

3. Auflage

Schriftenreihe
Band 340

Statistisches Bundesamt (Hrsg.)

In Zusammenarbeit mit dem
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
und dem Zentrum für Umfragen,
Methoden und Analysen, Mannheim

Datenreport 1997

Zahlen und Fakten über die
Bundesrepublik Deutschland



Bundeszentrale
für politische Bildung

Datenreport 1997

Schriftenreihe Band 340

Statistisches Bundesamt (Hrsg.)

In Zusammenarbeit mit dem
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
und dem Zentrum für Umfragen,
Methoden und Analysen, Mannheim

Datenreport 1997

Zahlen und Fakten über die
Bundesrepublik Deutschland



Bundeszentrale
für politische Bildung

Bonn 1998

3., in Teilen aktualisierte Auflage

Copyright dieser Ausgabe:

Bundeszentrale für politische Bildung

Redaktion: Gernot Dallinger

Redaktionsschluß: April 1997 (1. Auflage)

Produktion: Heinz Synal

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung
der Bundeszentrale für politische Bildung dar.

Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.

Satzherstellung: Fotosatz Froitzheim AG, Bonn

Druck und Bindung: Clausen & Bosse, Leck

ISBN 3-89331-364-8 · ISSN 0435-7604

Inhalt

Vorwort

15

Teil I: Gesellschaft, Wirtschaft, Staat im Spiegel der Statistik

1	Bevölkerung	19
1.1	Die Bevölkerung im Spiegel der Statistik	19
1.2	Bevölkerungsentwicklung	20
1.3	Die räumliche Bevölkerungsverteilung	24
1.4	Altersaufbau	27
1.5	Geburten und Sterbefälle	30
1.6	Familien und Haushalte	32
1.7	Eheschließungen, Scheidungen	36
1.8	Ausländische Bevölkerung	39
1.9	Wanderungen	44
2	Bildung	48
2.1	Einführung	48
2.2	Kindergärten	50
2.3	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	50
2.4	Betriebliche Berufsausbildung	57
2.5	Hochschulen	62
2.6	Weiterbildung	67
2.7	Bildungsniveau der Bevölkerung	69
2.8	Bildung und individuelle Merkmale	69
2.9	Öffentliche Bildungsausgaben	72
2.10	Ausbildungsförderung	73
3	Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit	76
3.1	Im Blickpunkt: Erwerbstätige und Arbeitslose	76
3.2	Erwerbstätigkeit als Unterhaltsquelle	78
3.3	Beteiligung am Erwerbsleben	79
3.4	Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen	82

3.5	Berufe und Tätigkeitsmerkmale	84
3.6	Stellung im Beruf	84
3.7	Arbeitslose und offene Stellen	88
3.8	Arbeitsplatzverlust, Kurzarbeit und Arbeitsmarktpolitik	92
3.9	Arbeitslosenquoten im Vergleich	93
3.10	Struktur der Arbeitslosigkeit	96
3.11	Einkommen der Arbeitslosen	102
4	Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte	103
4.1	Zielsetzung der Statistik über Einnahmen und Ausgaben	103
4.2	Von den Einnahmen zu den Ausgaben	103
4.3	Einnahmen der privaten Haushalte	104
4.4	Ausgaben der privaten Haushalte	108
4.5	Entwicklung der Verbrauchsausgaben im Zeitablauf	110
4.6	Zusammensetzung des Privaten Verbrauchs	111
4.7	Ausstattung der Haushalte	122
4.8	Vermögen	125
4.9	Haushalte mit Schulden	128
5	Wohnen	130
5.1	Altersstruktur des Wohnungsbestandes	130
5.2	Größe der Wohnungen	131
5.3	Ausstattung der Wohnungen	133
5.4	Mieten	135
5.5	Wohnsituation der Haushalte	137
5.6	Wohnungsbautätigkeit	142
6	Freizeit und Kultur	146
6.1	Auf dem Weg zur Freizeitgesellschaft?	146
6.2	Arbeitszeit und Urlaubstage	147
6.3	Ausgaben für Freizeit und Kultur	148
6.4	Unterhaltung und Kultur	150
6.5	Sport und Musizieren	156
7	Gesellschaftliche Mitwirkung	158
7.1	Einführung	158
7.2	Teilnahme am politischen Leben	158
7.3	Engagement in Berufsverbänden	170
7.4	Teilnahme am religiösen Leben	175

8	Gesundheit	180
8.1	Gesundheitszustand der Bevölkerung	180
8.2	Medizinische Versorgung	187
8.3	Gesundheitsvorsorge und Lebensführung	190
8.4	Schwangerschaftsabbrüche	193
8.5	Schwerbehinderte	194
8.6	Rehabilitationsmaßnahmen	196
8.7	Ausgaben für die Gesundheit	196
9	Soziale Sicherung	201
9.1	Entwicklung der Sozialversicherung	201
9.2	Das Sozialbudget	201
9.3	Die Elemente des Sozialbudgets	204
9.4	Gesetzliche Rentenversicherungen	205
9.5	Gesetzliche Krankenversicherung	210
9.6	Arbeitsförderung	212
9.7	Kindergeld	214
9.8	Erziehungsgeld	216
9.9	Sozialhilfe und Leistungen an Asylbewerber	217
9.10	Jugendhilfe	222
10	Rechtspflege	226
10.1	Einführung	226
10.2	Gerichte	226
10.3	Straffälligkeit	229
11	Öffentliche Haushalte	235
11.1	Die Aufgaben des Staates	235
11.2	Ausgaben der öffentlichen Haushalte	236
11.3	Einnahmen der öffentlichen Haushalte	240
11.4	Schulden der öffentlichen Haushalte	244
11.5	Personal der öffentlichen Haushalte	246
12	Gesamtwirtschaft im Überblick	250
12.1	Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Geschehens	250
12.2	Einführung in die gesamtwirtschaftliche Darstellung	251
12.3	Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts	253
12.4	Entstehung des Bruttoinlandsprodukts	255
12.5	Verwendung des Bruttoinlandsprodukts	258
12.6	Verteilung des Volkseinkommens	260
12.7	Außenwirtschaft	264

13	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	273
13.1	Bedeutung der Agrarwirtschaft	273
13.2	Bodennutzung	274
13.3	Landwirtschaftliche Betriebe	275
13.4	Beschäftigte in der Landwirtschaft	277
13.5	Pflanzliche Produktion	280
13.6	Tierische Produktion	283
13.7	Selbstversorgungsgrad	286
13.8	Forstwirtschaft	287
13.9	Fischerei	289
14	Produzierendes Gewerbe	291
14.1	Bedeutung des Produzierenden Gewerbes	291
14.2	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	292
14.3	Baugewerbe	300
14.4	Energie- und Wasserversorgung	303
14.5	Handwerk	305
15	Dienstleistungsbereich	309
15.1	Bedeutung des Dienstleistungsbereichs	309
15.2	Handel	309
15.3	Gastgewerbe	316
15.4	Kreditinstitute	321
15.5	Versicherungen	324
15.6	Freie Berufe	327
16	Preise und Löhne	329
16.1	Einführung	329
16.2	Preisindizes	329
16.3	Preisindex für die Lebenshaltung	330
16.4	Preisindex für Wohngebäude, Kaufwerte für Bauland	335
16.5	Internationale Entwicklung der Preisindizes für die Lebenshaltung	336
16.6	Verdienste von Arbeitern und Angestellten	337
16.7	Nominal- und Reallöhne	342
16.8	Abgabenbelastung	344
16.9	Arbeitskosten	344
17	Verkehr	347
17.1	Verkehr im Spannungsfeld von Wachstum und Umwelt	347
17.2	Verkehrsinfrastruktur	348
17.3	Fahrzeugbestände	351

17.4	Verkehrsleistungen	356
17.5	Verkehrsunfälle	360
18	Energie und Rohstoffe	364
18.1	Energieverbrauch im Wandel	364
18.2	Messung des Energieverbrauchs	365
18.3	Primärenergieverbrauch im Ländervergleich	366
18.4	Rohstoffgewinnung	368
18.5	Energieträger	368
18.6	Energieverbraucher	372
18.7	Energiepreise	372
19	Umwelt	377
19.1	Umweltökonomische Trends	377
19.2	Umweltbelastungen	384
19.3	Umweltzustand	400
19.4	Umweltschutz	403
20	Internationale Übersichten	410
20.1	Bevölkerung 1994	411
20.2	Bildung	412
20.3	Erwerbstätigkeit 1994	413
20.4	Gesundheitswesen	414
20.5	Bruttoinlandsprodukt 1995	415
20.6	Außenhandel 1994	416
20.7	Wirtschaftsdaten 1994	417

Teil II: Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden im vereinten Deutschland

A	<i>Einleitung</i>	421
1	Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden im vereinten Deutschland: Konzepte und Daten der Sozialberichterstattung	421
B	<i>Subjektives Wohlbefinden und Einstellungen</i>	426
2	Komponenten des Wohlbefindens	426
2.1	Positive Komponenten des Wohlbefindens	426
2.2	Negative Komponenten des Wohlbefindens	430
2.3	Subjektives Wohlbefinden bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen	432
2.4	Bewertung des Transformationsprozesses	435
3	Zufriedenheit in Lebensbereichen	441
3.1	Zufriedenheit nach Bevölkerungsgruppen	446
4	Einstellungen zur Rolle der Frau	450
4.1	Traditionelle Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau	450
4.2	Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kindern	452
4.3	Stellenwert der Berufstätigkeit der Frau	453
4.4	Fazit	456
5	Einstellungen der Deutschen gegenüber verschiedenen Zuwanderergruppen	457
5.1	Einstellungen zur Regelung der Zuzugsmöglichkeiten nach Deutschland	458
5.2	Einstellungen zu den Rechten der Zuwanderergruppen	460
5.3	Soziale Distanz der Deutschen zu verschiedenen Zuwanderergruppen	463
10		

C	<i>Lebensbedingungen und ihre Bewertungen</i>	468
6	Familie	468
6.1	Lebens- und Familienformen	468
6.2	Heiratsalter und Ehedauer	470
6.3	Haushaltsformen und relative Einkommenspositionen	473
6.4	Stellenwert von Ehe und Familie	475
6.5	Familie, Partnerschaft und subjektives Wohlbefinden	476
6.6	Vereinbarkeit von Familie und Beruf	478
6.7	Zusammenfassung	480
7	Bildung	481
7.1	Bildung und Erwerbsstatus	481
7.2	Bildung und Arbeitsplatzqualität	483
7.3	Bildung und subjektives Wohlbefinden	485
7.4	Bildung und Zukunftserwartungen	487
7.5	Fazit	488
8	Situation und Erwartungen auf dem Arbeitsmarkt	489
8.1	Erwerbsstatus und -beteiligung	489
8.2	Erwerbswünsche Nichterwerbstätiger	491
8.3	Subjektive Arbeitsmarktchancen	492
8.4	Berufliche Veränderungen	495
8.5	Arbeitszeitwünsche	496
8.6	Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Kindern	498
8.7	Fazit	501
9	Einkommensverteilung	502
9.1	Daten und Methoden	502
9.2	Einkommen und Einkommensverteilung nach Bevölkerungsgruppen in Privathaushalten	504
9.3	Relative Einkommensarmut in Privathaushalten unter besonderer Berücksichtigung von Zuwanderern	508
9.4	Die Bedeutung der Anstaltsbevölkerung und von Wohnungsnotfällen	510
9.5	Fazit	513

10	Armut	515
10.1	Die Messung von Niedrigeinkommen und Armutsgrenzen in West- und Ostdeutschland	515
10.2	Niedrigeinkommen und Armut – Ausmaß und Dauer	517
10.3	Armut in verschiedenen Bevölkerungsgruppen	521
11	Wohnen	526
11.1	Renovierungsbedürftigkeit und Modernisierungsmaßnahmen	526
11.2	Wohnraumversorgung	529
11.3	Mietunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland	531
11.4	Wohnmobilität	535
11.5	Wohnzufriedenheit	536
12	Gesundheit	538
12.1	Einschätzungen des Gesundheitszustandes	538
12.2	Inanspruchnahme von ambulanten Gesundheitsleistungen	542
12.3	Stationäre Inanspruchnahme – Krankenhausaufenthalte	545
12.4	Kuren und stationäre Heilbehandlungen	547
13	Umwelt	549
13.1	Stellenwert des Umweltschutzes für das persönliche Wohlbefinden	549
13.2	Zufriedenheit mit dem Umweltzustand	550
13.3	Sorgen der Bevölkerung um den Umweltschutz und Beeinträchtigungen durch Umweltprobleme	556
13.4	Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der Umweltsituation	562
D	<i>Sozialstruktur</i>	565
14	Zuwanderer in Westdeutschland	565
14.1	Charakterisierung der Zuwanderergruppen	566
14.2	Demographische Indikatoren	567
14.3	Wohnsituation und Wohnkosten	569
14.4	Qualifikationsniveau	571
14.5	Arbeitsmarktintegration	572
14.6	Haushaltseinkommen	574
14.7	Subjektive Indikatoren	576
12		

15	Integration von Ausländern	579
15.1	Beschäftigungsstruktur	579
15.2	Einkommensverteilung und Einkommensentwicklung	583
15.3	Soziale Integration	585
15.4	Fazit	588
16	Soziale Lagen und Mobilität	590
16.1	Soziale Lagen in Deutschland	590
16.2	Subjektive Schichtzugehörigkeit	594
<i>E</i>	<i>Bürger und Politik</i>	599
17	Politische Integration und politisches Engagement	599
17.1	Politisches Interesse und politische Partizipation	600
17.2	Bindung an Interessengruppen und politische Parteien	603
18	Sozialstaat und Demokratie	608
18.1	Rolle des Staates in der Sozialpolitik	608
18.2	Kürzung von Sozialleistungen	610
18.3	Bewertung sozialstaatlicher Leistungen	612
18.4	Übereinstimmung mit demokratischen Prinzipien	613
18.5	Zufriedenheit mit der Demokratie der Bundesrepublik	616
	Die Autoren (Teil II)	619
	Bibliographische Hinweise	621
	Stichwortverzeichnis	625

Vorwort

Die Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit setzt die Kenntnis der aktuellen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungen und Tendenzen voraus. Nur in Kenntnis der objektiven Daten ist eine fundierte Meinungsbildung zu den Herausforderungen möglich, denen unser Gemeinwesen zum Ende dieses Jahrhunderts gegenübersteht.

Als die Bundeszentrale für politische Bildung und das Statistische Bundesamt 1983 zum ersten Mal gemeinsam den „Datenreport“ herausgaben, verfolgten sie in erster Linie das Ziel, interessierten Bürgerinnen und Bürgern wichtige Ergebnisse der amtlichen Statistik in leicht verständlicher Form näherzubringen. Damit sollten vor allem Einsichten in Problemfelder vermittelt, deren enger Bezug zur persönlichen Lebenssituation jedes einzelnen deutlich gemacht und nicht zuletzt die Bedeutung statistischer Daten für eine rationale Entscheidungsfindung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft herausgearbeitet werden. In Weiterentwicklung dieses Ansatzes erschien die zweite Ausgabe des „Datenreport“ 1985 erweitert um einen Teil II „Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden“, den der Sonderforschungsbereich 3 der Universitäten Frankfurt und Mannheim konzipiert hatte.

Damit war dem „Datenreport“ ein Brückenschlag zwischen den Daten der amtlichen Statistik und den Erkenntnissen der Sozialwissenschaft über Meinungen, Bewertungen und Vorstellungen, die über das am gesetzlichen Auftrag ausgerichtete Erhebungsprogramm der statistischen Ämter hinausgehen, gelungen. Diese umfassende Darstellung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in der Bundesrepublik Deutschland in Form einer „Sozialberichterstattung“ hat sich als äußerst erfolgreich erwiesen.

Auch die vorliegende Ausgabe 1997 – die siebte seit 1983 – ist das Ergebnis des Zusammenwirkens von amtlicher Statistik und Sozialforschung. Durch die Bereitstellung von quantitativen und qualitativen Informationen aus den Arbeitsgebieten des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen in Mannheim sowie des Statistischen Bundesamtes und durch die Mitwirkung der Bundeszentrale für politische Bildung zeichnet der „Datenreport 1997“ ein umfassendes Bild von Tendenzen und Strömungen in der deutschen Gesellschaft.

Seit der Ausgabe 1992 dokumentiert der „Datenreport“ das Zusammenwachsen des wiedervereinten Deutschlands sowie noch bestehende Unterschiede. Im Rahmen der fortschreitenden europäischen Einigung besitzt diese Datensammlung über ein Kernland der Europäischen Union besondere Bedeutung. Das Informationsangebot des „Datenreport“ ist aus der Informationslandschaft der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr wegzudenken.

Der Präsident
der Bundeszentrale für politische Bildung
Dr. Günter Reichert

Der Präsident
des Statistischen Bundesamtes
Johann Hahlen

Teil I:

Gesellschaft, Wirtschaft, Staat im Spiegel der Statistik

Bearbeitung im Statistischen Bundesamt:

SABINE ALLAFI
RENATE KOENIG
DORIS STÄRK-RÖTTERS

mit Unterstützung von zahlreichen Mitarbeitern
aus den Fachabteilungen des Statistischen Bundesamtes

1 Bevölkerung

1.1 Die Bevölkerung im Spiegel der Statistik

Daten über Struktur und Entwicklung der Bevölkerung gehören zum grundlegenden Informationsbedarf für fast alle Bereiche von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Politik benötigt sie, weil viele Entscheidungen – etwa im Bildungs- und Gesundheitswesen – nur auf der Grundlage exakter bevölkerungsstatistischer Angaben getroffen werden können. Für das wirtschaftliche Geschehen sind demographische Gegebenheiten von Bedeutung, weil sie Informationen über den Menschen als Arbeitskraft, Einkommensbezieher und Konsumenten liefern.

Hinter den bloßen Zahlen verbergen sich aber auch Werthaltungen und Lebenseinstellungen, die ihrerseits wieder Rückwirkungen auf die Bevölkerungsstruktur haben. So spiegelt sich z. B. in der Zahl der Eheschließungen und -scheidungen, der Geburtenentwicklung und der Familiengröße die Einstellung der Gesellschaft zur Familie und zu Kindern wider. Der Altersaufbau hat direkte Auswirkungen auf

Tab. 1: Bevölkerung am 31. 12. 1995 nach ausgewählten Altersgruppen

Alter von bis unter Jahren	Insgesamt		Weiblich	
	1 000	%	1 000	%
<i>Deutschland</i>				
Unter 15	13 238	16,2	6 445	15,3
15–40	29 536	36,1	14 295	34,0
40–65	26 311	32,2	13 105	31,2
65 und älter	12 732	15,6	8 147	19,4
Insgesamt	81 817	100	41 993	100
<i>Früheres Bundesgebiet¹</i>				
Unter 15	10 941	16,2	5 326	15,4
15–40	24 531	36,3	11 911	34,3
40–65	21 574	31,9	10 725	30,9
65 und älter	10 597	15,7	6 735	19,4
Insgesamt	67 643	100	34 697	100
<i>Neue Länder²</i>				
Unter 15	2 298	16,2	1 119	15,3
15–40	5 004	35,3	2 384	32,7
40–65	4 736	33,4	2 380	32,6
65 und älter	2 136	15,1	1 412	19,4
Insgesamt	14 174	100	7 295	100

1 Einschl. der Angaben für Berlin. – 2 Ohne Angaben für Berlin-Ost.

die Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten der Bevölkerung und beeinflusst daher unmittelbar ihre Lebensweise.

Aufgrund dieser vielfältigen Wechselwirkungen und des weitreichenden Bedarfs an demographischen Daten ist es nicht verwunderlich, daß die Bevölkerungsstatistik zu den traditionsreichsten Arbeitsgebieten der amtlichen Statistik gehört. Auf den Ergebnissen der Volkszählung aufbauend, führen die Statistischen Ämter die Fortschreibung der Bevölkerungsentwicklung durch. Zur Bevölkerungsfortschreibung werden die Aufzeichnungen der Standesämter über Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle herangezogen. Über die Wanderungsbewegungen, d. h. die Zu- und Fortzüge, geben die Unterlagen der Einwohnermeldeämter Auskunft. Die Fortschreibungsdaten werden ergänzt durch die Ergebnisse der üblicherweise jährlich durchgeführten Mikrozensus, die eine Auswahl von 1 % der Bevölkerung erfassen, durch Hochrechnung aber verlässliche Aussagen über die Gesamtheit ermöglichen. Für die ehemalige DDR liegen in der Bevölkerungsstatistik im wesentlichen den bundesdeutschen vergleichbare Angaben vor. Zwar gab es andere Erhebungsverfahren, doch können mit deren Ergebnissen ebenso wie für das frühere Bundesgebiet Entwicklungen und Strukturen aufgezeigt werden.

1.2 Bevölkerungsentwicklung

Ende 1995 hatte Deutschland 81,8 Mill. Einwohner und damit etwa 22 Mill. mehr als kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. In West- und Ostdeutschland hat sich die Bevölkerungszahl seit 1939 jedoch sehr unterschiedlich entwickelt. Im früheren Bundesgebiet stieg sie zwischen 1939 und 1974 von 43,0 Mill. auf 62,1 Mill. Danach bewegte sie sich bis 1988 wieder unter der 62-Millionen-Grenze.

Die Zunahme der Bevölkerungszahl des früheren Bundesgebietes nach dem Zweiten Weltkrieg (trotz der Kriegsverluste) beruhte zunächst im wesentlichen auf der Aufnahme von Vertriebenen aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reichs und den deutschen Siedlungsgebieten im Ausland. 1950 betrug die Zahl der Vertriebenen im früheren Bundesgebiet rund 8 Mill.; das entsprach einem Anteil an der Bevölkerung von 16 %.

Zwischen 1950 und 1961 war der Bevölkerungszuwachs hauptsächlich auf die Zuwanderung aus der ehemaligen DDR zurückzuführen. Von 1950 bis zum Mauerbau am 13. August 1961 fanden etwa 2,6 Mill. Personen aus Ostdeutschland als Übersiedler im früheren Bundesgebiet Aufnahme.

Seit Mitte der 60er Jahre wird die Bevölkerungsentwicklung im früheren Bundesgebiet bzw. – ab November 1990 – in Deutschland entscheidend durch die Zu- und Abwanderung von Ausländerinnen und Ausländern beeinflusst. Zwischen 1961 und 1995 sind insgesamt 21,8 Mill. ausländische Staatsangehörige in das frühere Bundesgebiet bzw. nach Deutschland zugezogen, und 15,7 Mill. haben es wieder verlassen. Die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer erhöhte sich in diesem

Tab. 2: Bevölkerungsentwicklung seit 1939
in Tausend

Jahr ¹	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
1939	59 753	43 008	16 745
1950	68 724	50 336	18 388
1955	70 531	52 698	17 832
1960	72 973	55 785	17 188
1965	76 336	59 297	17 040
1970	78 069	61 001	17 068
1975	78 465	61 645	16 820
1980	78 397	61 658	16 740
1985	77 661	61 020	16 640
1986	77 780	61 140	16 640
1987	77 900	61 238	16 661
1988	78 390	61 715	16 675
1989	79 113	62 679	16 434
1990	79 753	63 726	16 028
1991	80 275	64 485	15 790
1992	80 975	65 289	15 685
1993	81 338	65 740	15 598
1994	81 539	66 007	15 531
1995	81 817	66 342	15 476

1 1939 Ergebnisse der Volkszählung; sonst jeweils am 31. 12.

Zeitraum von knapp 690 000 auf 7,2 Mill. Die Zunahme ist zum größten Teil auf Zuwanderungsüberschüsse zurückzuführen.

Ferner fanden zwischen 1962 und 1995 etwa 3 Mill. Aussiedlerinnen und Aussiedler im früheren Bundesgebiet bzw. – ab November 1990 – in Deutschland Aufnahme. Im Jahr 1990 wurde mit rund 397 000 Personen die mit Abstand höchste Aussiedlerzahl der Bundesrepublik Deutschland registriert. In den Jahren 1991 bis 1995 bewegte sich diese Zahl zwischen knapp 231 000 (1992) und 218 000 (1995). Insgesamt gesehen sind im Zeitraum 1950/95 etwa 3,5 Mill. Deutsche aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reichs sowie aus Ost- und Südosteuropa im früheren Bundesgebiet bzw. in Deutschland aufgenommen worden. Von ihnen kamen jeweils 1,4 Mill. aus Polen und der ehemaligen Sowjetunion. Weitere 421 000 stammten aus Rumänien.

Im Gebiet der ehemaligen DDR stieg die Bevölkerungszahl nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs als Folge der Aufnahme von Vertriebenen zunächst ebenfalls an, und zwar bis auf rund 19 Mill. im Jahr 1948. Die Zahl der Vertriebenen in der ehemaligen DDR – dort als „Neubürger“ oder „Umsiedler“ bezeichnet – betrug 1950 etwa 4,1 Mill., was einem Anteil an der Bevölkerung von 22 % entsprach.

Nach 1948 ging die Einwohnerzahl bis zum Mauerbau 1961 Jahr für Jahr zurück, hauptsächlich als Folge der starken Abwanderung in das frühere Bundesge-

Abb. 1: Jährliche Bevölkerungszunahme bzw. -abnahme

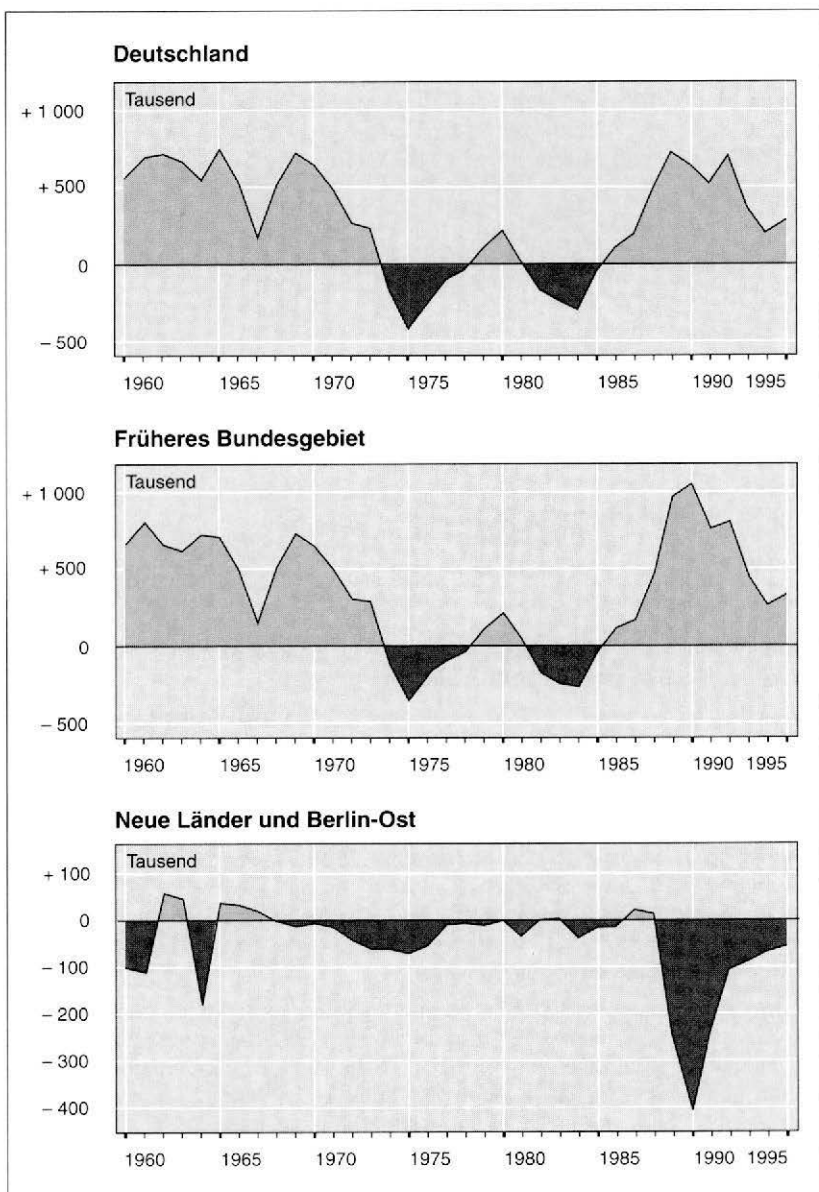
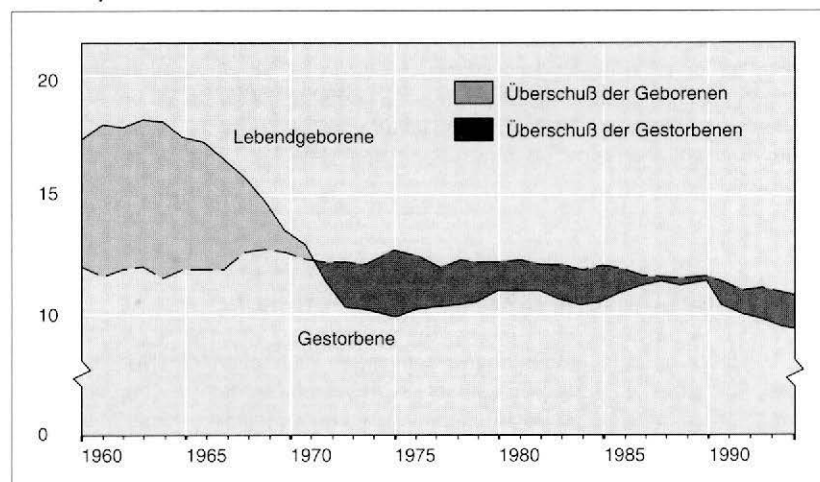


Abb. 2: Lebendgeborene und Gestorbene in Deutschland seit 1960
je 1 000 Einwohner



Tab. 3: Aussiedler und Aussiedlerinnen nach Herkunftsgebieten 1950 bis 1995

Zeitraum bzw. Jahr ¹	Einheit	Insgesamt	Herkunftsgebiet					
			Polen	Sowjet- union ²	Tschecho- slowakei ²	Ru- mänien	Jugo- slawien ²	Sonstige Gebiete
1950–1959	Anzahl	439 714	292 181	13 580	20 361	3 454	59 006	51 132
	%	100	66,4	3,1	4,6	0,8	13,4	11,6
1960–1969	Anzahl	221 516	110 618	8 571	55 733	16 294	21 108	9 192
	%	100	49,9	3,9	25,2	7,4	9,5	4,1
1970–1979	Anzahl	355 381	202 711	56 592	12 278	71 415	6 205	6 180
	%	100	57,0	15,9	3,5	20,1	1,7	1,7
1980–1989	Anzahl	984 087	632 800	176 565	12 727	151 157	3 282	7 556
	%	100	64,3	17,9	1,3	15,4	0,3	0,8
1990	Anzahl	397 075	133 872	147 950	1 708	111 150	961	1 434
	%	100	33,7	37,3	0,4	28,0	0,2	0,4
1991	Anzahl	221 995	40 129	147 320	927	32 178	450	991
	%	100	18,1	66,4	0,4	14,5	0,2	0,4
1992	Anzahl	230 565	17 742	195 576	460	16 146	199	442
	%	100	7,7	84,8	0,2	7,0	0,1	0,2
1993	Anzahl	218 888	5 431	207 347	134	5 811	120	45
	%	100	2,5	94,7	0,1	2,7	0,1	0,0
1994	Anzahl	222 591	2 440	213 214	97	6 615	182	43
	%	100	1,1	95,8	0,0	3,0	0,1	0,0
1995	Anzahl	217 898	1 677	209 409	62	6 519	178	53
	%	100	0,8	96,1	0,0	3,0	0,1	0,0

1 Früheres Bundesgebiet; ab 1. 11. 1990 Deutschland.

2 Bzw. Nachfolgestaaten.

biet. 1961 lag sie bei 17,1 Mill. Durch die hermetische Abriegelung der ehemaligen DDR konnte der Bevölkerungsrückgang nur vorübergehend gestoppt werden. 1973 sank die Einwohnerzahl – auch bedingt durch Geburtendefizite in den 70er Jahren – unter die 17-Millionen-Grenze. Die Massenflucht im Jahr 1989 beschleunigte den Bevölkerungsrückgang, und Ende 1990 hatte die ehemalige DDR nur noch 16,0 Mill. Einwohner. Bis Ende 1995 verringerte sich die Einwohnerzahl in den neuen Ländern und Berlin-Ost um weitere 550 000 Personen auf 15,5 Mill. In letzter Zeit ist aber eine Abschwächung des Bevölkerungsrückgangs zu beobachten.

1.3 Die räumliche Bevölkerungsverteilung

Der Bevölkerungszahl entsprechend veränderte sich auch die Bevölkerungsdichte, d.h. die Zahl der Einwohner je Quadratkilometer, in beiden Teilen Deutschlands. Im früheren Bundesgebiet stieg sie im Zeitraum 1950/74 von 201 auf 250 an, ging im Zeitraum 1985/86 auf 245 zurück und lag 1995 bei 266. In den neuen Ländern und Berlin-Ost verringerte sich dieser Wert zwischen 1950 und 1995 von 171 auf 143 Einwohner je Quadratkilometer. Wegen der wesentlich geringeren Bevölkerungsdichte in den neuen Ländern betrug die Dichteziffer für Deutschland insgesamt 229 Einwohner je Quadratkilometer. Am dichtesten be-

Tab. 4: Bundesländer nach Fläche und Einwohnern am 31. 12. 1995

Bundesland	Regierungssitz	Fläche 1 000 km ²	Einwohner	
			1 000	je km ²
Baden-Württemberg	Stuttgart	35,8	10 319	289
Bayern	München	70,6	11 993	170
Berlin	Berlin	0,9	3 471	3 897
Brandenburg	Potsdam	29,5	2 542	86
Bremen	Bremen	0,4	680	1 682
Hamburg	Hamburg	0,8	1 708	2 262
Hessen	Wiesbaden	21,1	6 010	285
Mecklenburg-Vorpommern	Schwerin	23,2	1 823	79
Niedersachsen	Hannover	47,6	7 780	163
Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf	34,1	17 893	525
Rheinland-Pfalz	Mainz	19,8	3 978	200
Saarland	Saarbrücken	2,6	1 084	422
Sachsen	Dresden	18,4	4 567	248
Sachsen-Anhalt	Magdeburg	20,4	2 739	134
Schleswig-Holstein	Kiel	15,8	2 725	173
Thüringen	Erfurt	16,2	2 504	155
Deutschland	Berlin/Bonn	357,0	81 817	229

siedelt sind die Stadtstaaten (Berlin: 3 897, Hamburg: 2 262, Bremen: 1 682 Einwohner je Quadratkilometer). Die geringste Besiedlung je Quadratkilometer weisen die Länder Mecklenburg-Vorpommern (79), Brandenburg (86), Sachsen-Anhalt (134), Thüringen (155) und Niedersachsen (163 Einwohner je Quadratkilometer) auf.

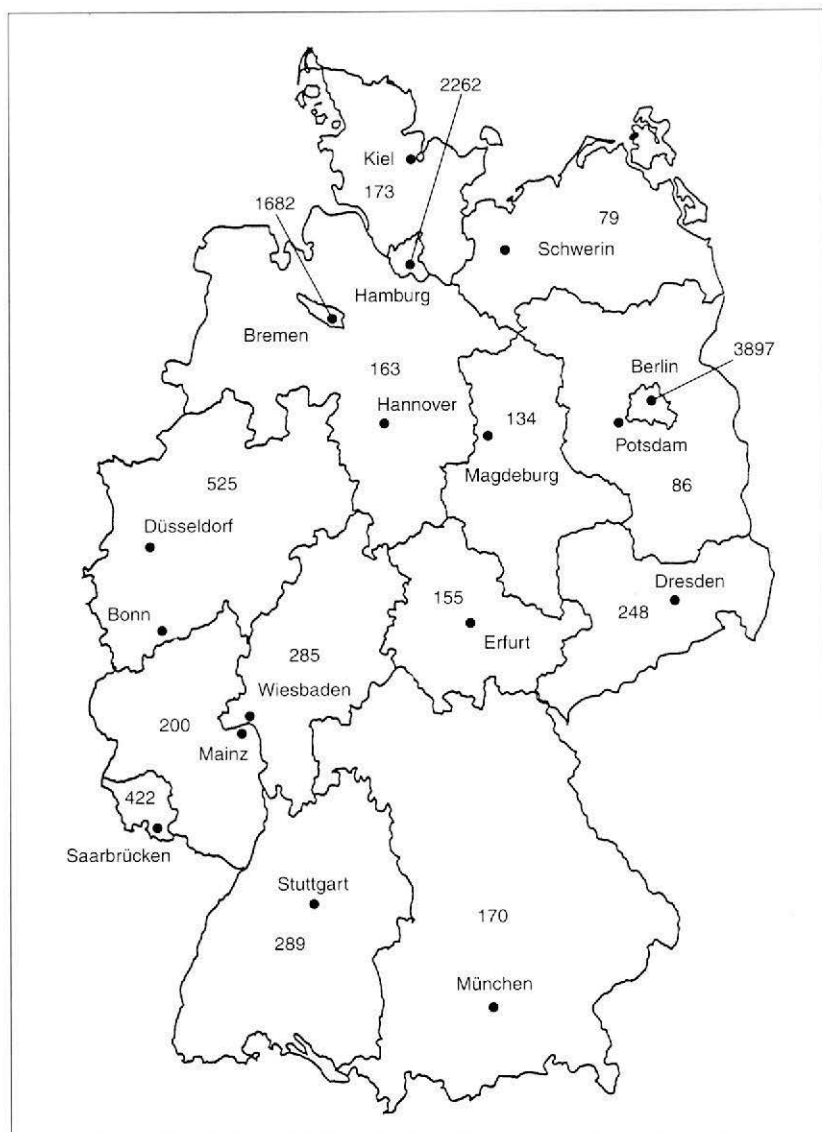
Mit einer Ausdehnung von rund 357 000 Quadratkilometern lag das vereinte Deutschland 1994 in Europa hinsichtlich der Fläche an siebenter Stelle und in bezug auf die Bevölkerungsdichte – nach den Niederlanden (377), Belgien (331) sowie Großbritannien und Nordirland (239) – an vierter Stelle (ohne die flächenmäßig kleinen Länder Malta, Monaco, San Marino und Vatikanstadt). Island mit durchschnittlich 3, Norwegen mit 13, Finnland mit 15 und auch die Russische Föderation mit 9 Einwohnern je Quadratkilometer sind im Vergleich dazu sehr dünn besiedelt.

Tab. 5: Einwohnerzahlen und Bevölkerungsdichten
in ausgewählten Großstädten am 31. 12. 1995

Rang- folge	Stadt	Einwohner in 1 000	Stadt	Einwohner pro km ²
1	Berlin	3 471	München	3 983
2	Hamburg	1 708	Berlin	3 897
3	München	1 236	Herne	3 500
4	Köln	966	Leipzig	3 077
5	Frankfurt a. M.	650	Essen	2 924
6	Essen	615	Oberhausen	2 914
7	Dortmund	599	Stuttgart	2 825
8	Stuttgart	586	Gelsenkirchen	2 778
9	Düsseldorf	571	Bochum	2 754
10	Bremen	549	Nürnberg	2 650
11	Duisburg	535	Düsseldorf	2 633
12	Hannover	523	Frankfurt a. M.	2 618
13	Nürnberg	492	Offenbach a. M.	2 601
14	Leipzig	471	Hannover	2 564
15	Dresden	469	Köln	2 384

Am 1. Januar 1996 gab es in Deutschland 14 626 politisch selbständige Gemeinden, und zwar 8 513 im früheren Bundesgebiet und 6 113 in den neuen Bundesländern. Erhebliche Unterschiede bestehen in beiden Teilen Deutschlands hinsichtlich der Verteilung der Einwohner auf Gemeindegrößenklassen. So lebten 1995 von der Bevölkerung der neuen Länder 19 % in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern gegenüber 6 % der Bevölkerung des früheren Bundesgebiets. Auf die Großstädte (Gemeinden mit 100 000 oder mehr Einwohnern) entfielen im früheren Bundesgebiet 33 % und in den neuen Ländern 27 % der jeweiligen Bevölkerung.

Abb. 3: Bevölkerungsdichte in den Ländern und Stadtstaaten
am 31. 12. 1995
Einwohner je km²

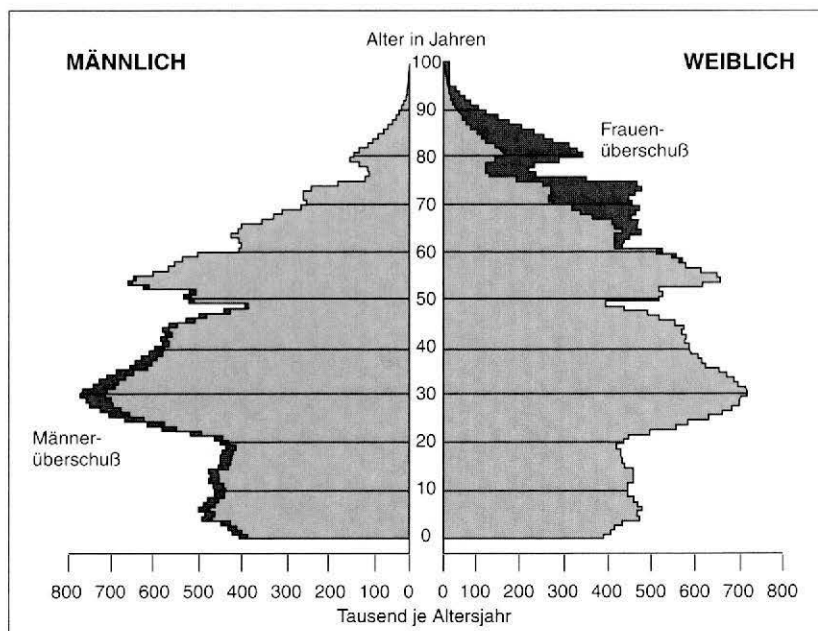


1.4 Altersaufbau

Zwischen dem Altersaufbau der Bevölkerung und der Zahl der Geburten sowie der Sterbefälle bestehen enge Wechselbeziehungen. So beeinflusst die Stärke der einzelnen Altersjahrgänge die Zahl der Geburten und Sterbefälle. Umgekehrt wirken sich Veränderungen der Geburtenhäufigkeit oder der Sterblichkeit unmittelbar auf die zahlenmäßige Besetzung der jeweiligen Jahrgänge aus. Langfristig führen solche Veränderungen u. a. zu einer Verschiebung der Relationen zwischen den Bevölkerungsgruppen im Kindes- bzw. Jugendalter, im erwerbsfähigen Alter und im Rentenalter. Gleichzeitig ändern sich damit auch die Quoten zwischen dem Teil der Bevölkerung, der sich aktiv am Erwerbsleben beteiligt, und dem, der von den Erwerbstätigen unterhalten werden muß.

Um den Altersaufbau der Bevölkerung zu veranschaulichen, verwendet man in der Statistik eine graphische Darstellungsform, die als Alterspyramide beschrieben wird. Während sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch deutlich die klassische Pyramidenform erkennen ließ, gleicht ihr Bild heute eher einer „zerzausten Wetzertanne“, wie sie der Bevölkerungsstatistiker Flaskämper treffend beschrieben hat. In dieser Darstellung treten die Wandlungen des Bevölkerungsaufbaus optisch besonders deutlich zutage.

Abb. 4: Altersaufbau der Bevölkerung Deutschlands am 1. 1. 1995



Die Unterschiede in der Altersstruktur werden bei der Betrachtung der jüngeren Generation besonders deutlich. Anfang 1995 betrug in Deutschland der Anteil der Nachwachsenden (unter 20jährige) 22 %. Auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 60 Jahre) entfielen 58 %, der Seniorenanteil (60jährige und

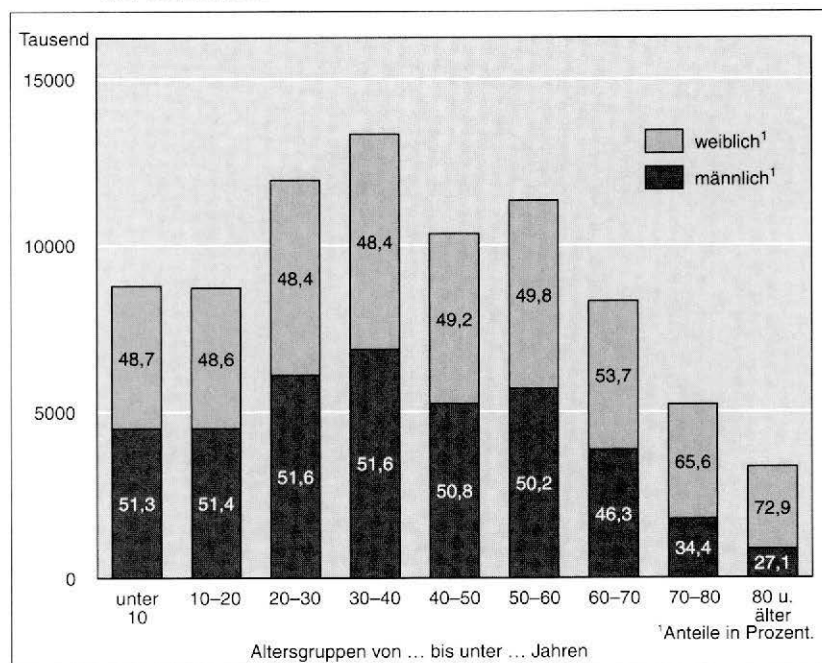
Tab. 6: Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung Deutschlands seit 1955

Jahres- anfang	Bevölkerung	Davon im Alter von . . . bis . . . Jahren				Jugend- quotient ¹	Alten- quotient ²
		bis 19	20-59	60 und mehr zusammen	darunter 80 und mehr		
	1 000	%					
1955	70 945	30,2	54,2	15,6	1,2	55,6	28,8
1965	75 591	28,6	52,7	18,6	1,7	54,3	35,4
1975	78 882	29,1	50,4	20,5	2,2	57,7	40,6
1985	77 709	24,2	55,9	19,9	3,2	43,3	35,6
1995	81 539	21,5	57,8	20,7	4,1	37,3	35,8

1 Altersgruppe der bis 19jährigen bezogen auf die Altersgruppe der 20- bis 59jährigen.

2 Altersgruppe der 60jährigen und Älteren bezogen auf die Altersgruppe der 20- bis 59jährigen.

Abb. 5: Bevölkerung Deutschlands am 1. 1. 1995 nach Altersgruppen und Geschlecht



ältere) betrug gut ein Fünftel. Etwa 4 % der Bevölkerung waren hochbetagt (80 Jahre oder älter). Der Jugendquotient (Zahl der unter 20jährigen bezogen auf die Zahl der 20- bis unter 60jährigen lag bei 37, während der Altenquotient (Zahl der 60jährigen und älteren bezogen auf die Zahl der 20- bis unter 60jährigen) 36 betrug. Vierzig Jahre zuvor, Anfang 1955, hatte das Verhältnis von Jugend- zu Altenquotient noch 56 : 29 betragen.

In Deutschland kommen im Durchschnitt auf 100 neugeborene Mädchen 106 Jungen. Wegen des erhöhten „Sterberisikos“ der männlichen Bevölkerung baut sich das zahlenmäßige „Übergewicht“ des männlichen Geschlechts jedoch mit zunehmendem Lebensalter ab. Bis zum Alter unter 50 Jahren überwiegt der Männeranteil. In der Altersgruppe der 50- bis unter 60jährigen geht die Geschlechterrelation in ein ungefähres Gleichgewicht und schließlich in einen Frauenüberschuß

Tab. 7: Geburten- oder Sterbeüberschuß je 1000 Einwohner
in ausgewählten europäischen Ländern 1994¹

Land	Bevölkerung ins- gesamt	Lebend- geborene	Gestor- bene	Überschuß Geborene (+) Gestorbene (-)
	1 000			
Deutschland	81 422	9,5	10,9	- 1,4
Belgien	10 116	11,5	10,4	+ 1,1
Bulgarien	8 818	10,0	12,9	- 2,9
Dänemark	5 205	13,4	11,8	+ 1,6
Finnland	5 088	12,8	9,4	+ 3,4
Frankreich	57 903	12,3	9,0	+ 3,3
Griechenland	10 426	9,8	9,4	+ 0,5
Großbritannien u. Nordirland	58 395	12,9	10,7	+ 2,1
Irland	3 571	13,4	8,6	+ 4,8
Island	266	16,7	6,6	+ 10,1
Italien	57 193	9,5	9,7	- 0,2
Niederlande	15 382	12,7	8,7	+ 4,1
Norwegen	4 318	13,9	10,2	+ 3,7
Österreich	8 030	11,5	10,0	+ 1,5
Polen	38 341	12,5	10,0	+ 2,5
Portugal	9 902	11,0	10,0	+ 1,0
Rumänien	22 922	10,9	11,7	- 0,8
Russische Föderation	147 370	9,5	15,6	- 6,0
Schweden	8 781	12,8	10,5	+ 2,3
Schweiz	7 131	11,9	8,9	+ 3,0
Slowakei	5 333	12,4	9,6	+ 2,8
Spanien	39 143	9,2	8,6	+ 0,6
Tschechische Republik	10 295	10,3	11,4	- 1,1
Türkei	60 771	22,8	6,6	+ 16,2
Ungarn	10 161	11,3	14,3	- 3,0

¹ Bzw. zuletzt verfügbare Ergebnisse.

über. Von den 60- bis unter 70jährigen Personen sind bereits 54 % weiblichen Geschlechts. In den obersten Altersgruppen macht sich das höhere Sterberisiko der Männer immer stärker bemerkbar. So beträgt der Frauenanteil bei den 70- bis unter 80jährigen 66 % und bei den 80jährigen oder älteren Personen sogar 73 %. Maßgebend hierfür sind neben der höheren Lebenserwartung der Frauen aber auch die starken Männerverluste im Zweiten Weltkrieg. Auf das Geschlechterverhältnis der Bevölkerung wirken sich ferner Wanderungen aus, an denen Männer im allgemeinen stärker beteiligt sind als Frauen.

1.5 Geburten und Sterbefälle

In Deutschland werden seit 1972 jedes Jahr weniger Kinder geboren als Menschen sterben. Im Jahr 1995 wurden 119 000 mehr Sterbefälle als Lebendgeborene gezählt. Weniger Sterbefälle als Geburten hatte es in Deutschland zuletzt im Jahr 1971 gegeben. Maßgeblich für diese Entwicklung waren die Sterbefallüberschüsse der deutschen Bevölkerung. Die ausländische Bevölkerung verzeichnete demgegenüber – vor allem wegen des höheren Anteils jüngerer Menschen – mehr Geburten als Sterbefälle.

Die Zahl der Lebendgeborenen hatte in Deutschland 1964 mit 1,36 Mill. ihren höchsten Stand erreicht. Sie ging dann bis 1975 auf 782 000 zurück, nahm anschließend bis 1980 auf 866 000 zu, fiel in den 80er Jahren zunächst erneut und stieg dann wieder auf 906 000 im Jahr 1990 an. Nach einem erneuten Rückgang ist 1996 die Anzahl der Geburten zum ersten Mal seit 1990 wieder gestiegen (vgl. Tab. 8).

In den neuen Ländern und Berlin-Ost ist die Zahl der Lebendgeborenen 1996 im Vergleich zum Vorjahr um 11,5 % auf 92 000 angestiegen. Die Steigerung fiel wesentlich höher aus als im früheren Bundesgebiet (2,9 %). In den neuen Ländern und Berlin-Ost hatte es nach 1989/90 überaus starke Rückgänge gegeben: Der Tiefstand von 79 000 Lebendgeborenen im Jahr 1994 bedeutete eine Abnahme um fast 60 Prozent gegenüber 1989. Die politischen Umwälzungen mit den zunächst starken Abwanderungen und den tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen wirkten sich hier aus. Nach der Geburtenhäufigkeit von 1995 wurden in den neuen Ländern und Berlin-Ost von je 1 000 Frauen im Durchschnitt 800 Kinder geboren, 1990 waren es noch 1 500. Im früheren Bundesgebiet lag dieser Durchschnitt bei etwa 1 300 Kindern je 1 000 Frauen. Die zur Erhaltung der Bevölkerungszahl auf längere Sicht erforderliche Zahl von 2 100 Kindern je 1 000 Frauen wird damit in Deutschland deutlich unterschritten.

Außerhalb einer Ehe werden in Deutschland 16 % der Kinder geboren. Ähnlich verhält es sich etwa in den Niederlanden. Erheblich niedriger liegt der Anteil der nichtehelichen Geburten u. a. in der Schweiz (etwa 6 %) und deutlich höher in Österreich, wo etwa ein Viertel der Neugeborenen nicht verheiratete Eltern hat.

Tab. 8: Geborene und Gestorbene in Deutschland 1950 bis 1995
in Tausend

Jahr	Lebendgeborene		Gestorbene		Überschuß der Geborenen (+) bzw. der Gestorbenen (-)	
	Anzahl	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 1 000 Einwohner
<i>Deutschland</i>						
1950	1 117	16,3	748	10,9	+ 368	+ 5,4
1960	1 262	17,3	877	12,0	+ 385	+ 5,3
1970	1 047	13,5	976	12,6	+ 72	+ 0,9
1975	782	9,9	990	12,6	- 207	- 2,6
1980	866	11,0	952	12,1	- 87	- 1,1
1985	814	10,5	930	12,0	- 116	- 1,5
1989	880	11,2	903	11,5	- 23	- 0,3
1990	906	11,4	921	11,6	- 16	- 0,2
1991	830	10,4	911	11,4	- 81	- 1,0
1992	809	10,0	885	11,0	- 76	- 0,9
1993	798	9,8	897	11,1	- 99	- 1,2
1994	770	9,5	885	10,9	- 115	- 1,4
1995	765	9,4	885	10,8	- 119	- 1,5
1996 ¹	789	9,6	879	10,7	- 90	- 1,1
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
1950	813	16,2	529	10,5	+ 284	+ 5,7
1960	969	17,4	643	11,6	+ 326	+ 5,9
1970	811	13,4	735	12,1	+ 76	+ 1,3
1975	601	9,7	749	12,1	- 149	- 2,4
1980	621	10,1	714	11,6	- 93	- 1,5
1985	586	9,6	704	11,5	- 118	- 1,9
1989	682	11,0	698	11,2	- 16	- 0,3
1990	727	11,5	713	11,3	+ 14	+ 0,2
1991	722	11,3	709	11,1	+ 13	+ 0,2
1992	721	11,1	695	10,7	+ 26	+ 0,4
1993	718	11,0	712	10,9	+ 6	+ 0,1
1994	691	10,5	703	10,7	- 12	- 0,2
1995	681	10,3	706	10,7	- 25	- 0,4
1996 ¹	697	10,5	705	10,6	- 8	- 0,1
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>						
1950	304	16,5	220	11,9	+ 84	+ 4,6
1960	293	17,0	234	13,6	+ 59	+ 3,4
1970	237	13,9	241	14,1	- 4	- 0,2
1975	182	10,8	240	14,3	- 59	- 3,5
1980	245	14,6	238	14,2	+ 7	+ 0,4
1985	228	13,7	225	13,5	+ 2	+ 0,1
1989	199	12,0	206	12,4	- 7	- 0,4
1990	178	11,1	208	12,9	- 30	- 1,8
1991	108	6,8	202	12,7	- 95	- 5,9
1992	88	5,6	190	12,1	- 102	- 6,5
1993	81	5,1	186	11,9	- 105	- 6,7
1994	79	5,1	181	11,7	- 103	- 6,6
1995	84	5,4	178	11,5	- 94	- 6,1
1996 ¹	92	5,9	174	11,2	- 8,2	- 5,3

1 Vorläufiges Ergebnis.

Die durchschnittliche Lebenserwartung in Deutschland nimmt weiter zu. Sie beträgt heute für einen neugeborenen Jungen 72,8 und für ein gerade zur Welt gekommenes Mädchen 79,3 Jahre. Dies entspricht gegenüber dem Stand von Ende der 80er Jahre einer Zunahme von über einem Jahr bei beiden Geschlechtern.

1.6 Familien und Haushalte

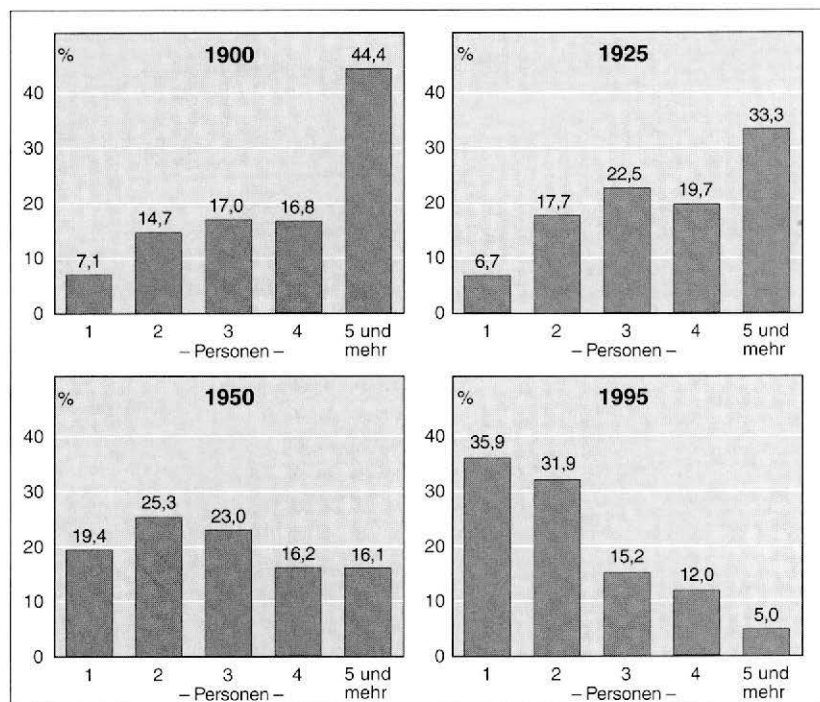
In der Entwicklung der Kinderzahl pro Ehe spiegelt sich der Übergang von der Groß- zur Kleinfamilie wider. Damit einher geht die Abnahme der Haushaltsgröße bei wachsender Zahl der Haushalte. Im April 1995 wurden in Deutschland mehr als 36,9 Mill. Haushalte, davon über 30,1 Mill. Haushalte im früheren Bundesgebiet und 6,8 Mill. Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost, ermittelt.

Im Jahre 1900 lebten in rund 44 % aller Privathaushalte fünf oder mehr Personen, 1995 lag der entsprechende Wert nur noch bei 5 %. Der Anteil der Zweipersonenhaushalte nahm von 15 % im Jahr 1900 auf 32 % 1995 zu, und der Anteil der Einpersonenhaushalte stieg im gleichen Zeitraum von 7 % auf 36 %. Somit lebten 1995 im früheren Bundesgebiet über 10,8 Mill. Personen, das sind mehr als 16 % der Bevölkerung, allein. Die durchschnittliche Haushaltsgröße belief sich um die Jahrhundertwende in Deutschland auf 4,5 Personen, 1995 hingegen nur noch auf 2,2 Personen in den alten Bundesländern. In den neuen Ländern und Berlin-Ost gab es 1995 fast 6,8 Mill. Privathaushalte, davon knapp 2,1 Mill. Einpersonenhaushalte (30,4 %) und rund 4,7 Mill. Mehrpersonenhaushalte (69,6 %). 1995 lebte etwa jede siebte bis achte Person (13,3 %) in den neuen Ländern und Berlin-Ost für sich allein; die durchschnittliche Haushaltsgröße betrug hier bereits weniger als 2,3 Personen.

Als Ursache für die seit der Jahrhundertwende abnehmende Haushaltsgröße kann u. a. der Wandel von der Agrar- zur Industriegesellschaft angesehen werden. Damit im Zusammenhang steht die Zunahme der Zahl städtischer Haushalte, die auch heute noch im Durchschnitt kleiner sind als die in ländlichen Gemeinden. In den Großstädten (früheres Bundesgebiet) sind insbesondere die Einpersonenhaushalte (47 % dieser Haushalte befinden sich dort) zahlreich vertreten. Im Jahre 1995 lebte jeder vierte bis fünfte Großstadtbewohner (23 %) allein, während in Gemeinden mit weniger als 100 000 Einwohnern nur etwa jeder achte (13 %) einen Einpersonenhaushalt führte.

Neben der Frage des Zusammenlebens in Haushalten und der Haushaltsstruktur ist auch die Frage des Familienverbandes – vor allem im Hinblick auf Kinder – von großer Bedeutung. 1995 lebten in Deutschland in knapp 56 % der Mehrpersonenhaushalte Kinder (ohne Altersbegrenzung). In den neuen Bundesländern lag dieser Anteil mit gut 58 % über dem in den alten (55 %). In der Hälfte (51 %) der knapp 13,4 Mill. Haushalte mit Kindern lebt in Deutschland nur ein Kind, über ein Drittel (37 %) dieser Haushalte hat zwei und 12 % haben drei und mehr Kinder. Im

Abb. 6: Haushaltsgrößen im früheren Bundesgebiet
in Prozent der Haushalte



Vergleich zum früheren Bundesgebiet ist der Anteil der Haushalte mit einem Kind bzw. mit zwei Kindern in den neuen Ländern und Berlin-Ost höher (mehr als 53 % bzw. 38 %) gegenüber 50 % bzw. 37 %, aber es gibt hier mit 8 % gegenüber 13 % im früheren Bundesgebiet deutlich weniger Haushalte mit drei und mehr Kindern.

1995 gab es im früheren Bundesgebiet insgesamt 1 163 000 alleinerziehende Mütter oder Väter mit einem oder mehreren Kindern unter 18 Jahren. (Hierzu zählen auch Alleinerziehende, die Partner in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft sind.) Diese Situation war in 116 000 Fällen auf den Tod des Partners und in 702 000 Fällen auf Scheidung oder Trennung zurückzuführen. 345 000 der Alleinerziehenden waren nie verheiratet. In den neuen Ländern und Berlin-Ost wurden 1995 rund 538 000 Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren ermittelt, was einen Anteil von 25,9 % an allen Familien mit Kindern unter 18 Jahren bedeutete, während dieser im früheren Bundesgebiet bei 15,7 % lag.

Besonders bemerkenswert ist die Entwicklung bei den alleinerziehenden Vätern, deren Zahl sich in den alten Bundesländern von 87 000 im Jahr 1972 auf 182 000

Tab. 9: Mehrpersonenhaushalte 1995 nach Haushaltsgröße und Zahl der Kinder im Haushalt¹

Haushalte mit ... Personen	Insgesamt	Davon				
		ohne Kinder	mit Kind(ern) ²			
			zusammen	1	2	3 und mehr
		1 000		% von Spalte „zusammen“		
Früheres Bundesgebiet						
2	9 612	8 496	1 116	100	X	X
3	4 571	205	4 366	91,3	8,7	X
4	3 618	21	3 596	4,1	93,8	2,1
5 und mehr	1 518	/	1 514	2,1	9,3	88,7
zusammen	19 319	8 727	10 592	49,9	36,7	13,4
Neue Länder und Berlin-Ost						
2	2 246	1 917	330	100	X	X
3	1 276	44	1 232	90,5	9,5	X
4	979	/	976	3,1	94,4	2,4
5 und mehr	227	/	227	/	9,5	88,9
zusammen	4 728	1 964	2 764	53,5	38,4	8,2
Deutschland						
2	11 858	10 412	1 446	100	X	X
3	5 847	249	5 598	91,1	8,9	X
4	4 596	24	4 572	3,9	93,9	2,2
5 und mehr	1 746	5	1 741	2,0	9,3	88,7
insgesamt	24 047	10 691	13 356	50,6	37,1	12,3

1 Ergebnisse des Mikrozensus. Bevölkerung in Privathaushalten.

2 Ohne Altersbegrenzung.

im Jahr 1995 erhöht hat. Von ihnen hatten rund 133 000 für ein Kind, 38 000 für zwei und 11 000 für drei und mehr Kinder unter 18 Jahren zu sorgen. Die Zahl der alleinerziehenden Frauen mit Kindern unter 18 Jahren ist zwischen 1972 und 1995 im früheren Bundesgebiet von 614 000 auf 982 000 gestiegen. Auch hier war in der überwiegenden Zahl der Fälle (661 000) nur ein Kind vorhanden. Immerhin hatten aber 257 000 Mütter zwei und 64 000 drei oder mehr Kinder allein zu erziehen.

Das Zusammenleben als nichteheliche Lebensgemeinschaft, ob als voreheliche Form, die meist von jungen Erwachsenen als „Ehe auf Probe“ verstanden wird, oder als nacheheliche Form, die von nicht mehr ledigen Personen eingegangen wird, stößt heute weitgehend auf gesellschaftliche Akzeptanz. Im Jahr 1995 existierten nach Schätzungen aus Ergebnissen des Mikrozensus in Deutschland mehr als 1,7 Mill. nichteheliche Lebensgemeinschaften, über 1,3 Mill. im früheren

Bundesgebiet und rund 400 000 in den neuen Ländern und Berlin-Ost. In den vergangenen zehn Jahren hat sich im früheren Bundesgebiet die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften fast verdoppelt. 1985 gab es dort schätzungsweise erst weniger als 700 000 solcher Partnerschaften.

Tab. 10: Nichteheliche Lebensgemeinschaften 1995¹

Gebiet	Insgesamt	Ohne Kinder		Mit Kind(ern) ²	
	1 000	1 000	% ³	1 000	% ³
Deutschland	1 741	1 266	72,7	475	27,3
Früheres Bundesgebiet	1 338	1 073	80,2	265	19,8
Neue Länder und Berlin-Ost	404	194	48,1	210	52,0

1 Schätzung aus Ergebnissen des Mikrozensus.

2 Kind(er) ohne Altersbegrenzung.

3 Anteil an Spalte „Insgesamt“.

Betrachtet man die nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern, dann fällt auf, daß im früheren Bundesgebiet 1995 in jeder fünften nichtehelichen Lebensgemeinschaft ein oder mehrere Kinder lebten, dagegen war dies in den neuen Ländern und Berlin-Ost in über der Hälfte (52 %) aller nichtehelichen Partnerschaften der Fall.

1995 waren von den rund 10,6 Mill. Ehepaaren mit Kindern (ohne Altersbegrenzung) in Deutschland 87 % beide Ehepartner Deutsche, bei mehr als 9 % dieser Ehepaare hatten beide Ehepartner eine ausländische Staatsangehörigkeit. Die übrigen knapp 4 % waren binationale Ehepaare mit nahezu gleich großen Anteilen von 1,7 bzw. 1,9 % der Paare mit deutschem Ehemann und ausländischer Ehefrau sowie ausländischem Ehemann und deutscher Ehefrau. Von den 2,7 Mill. Alleinerziehenden hatten gut 93 % die deutsche und knapp 7 % eine ausländische Staatsangehörigkeit.

Deutliche Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen Familien bestehen hinsichtlich der Zahl der Kinder (ohne Altersbegrenzung), wobei die ausländischen Familien durchweg kinderreicher sind. So hatten 1995 mehr als ein Viertel (knapp 27 %) von 1 Mill. ausländischen Ehepaaren und etwa jede bzw. jeder zehnte der ausländischen Alleinerziehenden drei und mehr Kinder im Haushalt. Bei den 9,2 Mill. deutschen Ehepaaren mit Kindern bzw. knapp 2,6 Mill. deutschen Alleinerziehenden lagen die Vergleichswerte bei 12 bzw. 6 %. Dagegen betrug der Anteil der Ein-Kind-Familien bei den ausländischen Ehepaaren mit Kindern 35 %, während er bei den deutschen Ehepaaren mit Kindern fast die Hälfte, nämlich 47 %, ausmachte.

Betrachtet man die binationalen Ehepaare mit Kindern, d. h. jene Paare, bei denen ein Partner die deutsche und der andere eine ausländische Staatsangehörigkeit

besitzt, dann zeigt sich, daß die Familiengrößenstrukturen der binationalen Ehepaare und der deutschen Ehepaare sehr ähnlich sind. So hat die Hälfte der Paare mit deutschem Ehemann und ausländischer Ehefrau ein Kind im Haushalt zu versorgen, bei den Paaren mit ausländischem Ehemann und deutscher Ehefrau beträgt dieser Anteil 47 %.

Auch die durchschnittliche Kinderzahl je Familie variiert mit der Staatsangehörigkeit der Ehepartner. Im Durchschnitt lebten 1995 100 ausländische Ehepaare mit 207 Kindern und 100 ausländische Alleinerziehende mit 153 Kindern zusammen, in den Haushalten von 100 deutschen Ehepaaren waren es 168, von 100 Alleinerziehenden 137 Kinder (ohne Altersbegrenzung).

Tab. 11: Ehepaare und Alleinerziehende in Deutschland 1995
nach Staatsangehörigkeit der Ehepartner/Alleinerziehenden
sowie Zahl der Kinder¹

Staatsangehörigkeit der Ehepartner/ Alleinerziehenden	Ins- gesamt	Davon mit Kind(ern)			Kinder je Familie
		1	2	3 und mehr	
	1 000	% von insgesamt			Anzahl
Beide Ehepartner Deutsche	9 238	47,1	40,6	12,3	1,68
Beide Ehepartner Ausländer	999	35,3	38,2	26,5	2,07
Ehemann Deutscher/Ehefrau Ausländerin	178	51,4	36,4	12,2	1,63
Ehemann Ausländer/Ehefrau Deutsche	204	47,3	39,6	13,1	1,69
Deutsche Alleinerziehende ²	2 553	70,8	23,5	5,8	1,37
Ausländische Alleinerziehende ²	183	61,9	28,3	9,8	1,53

1 Ergebnisse des Mikrozensus. Bevölkerung am Familienwohnsitz. Im Haushalt der Eltern(teile) lebende ledige Kinder ohne Altersbegrenzung.

2 Einschließlich der Alleinerziehenden, die Lebenspartner in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft sind.

1.7 Eheschließungen, Scheidungen

In Deutschland schlossen 1994 440 000 Paare die Ehe. Eine unter 500 000 liegende Zahl von Eheschließungen hatte es bereits von Ende der 70er bis Mitte der 80er Jahre gegeben. Der nachfolgende Anstieg war auf den veränderten Altersaufbau zurückzuführen und nicht auf eine Änderung des Heiratsverhaltens. Mehr als 600 000 Heiraten waren zuletzt 1967 festgestellt worden.

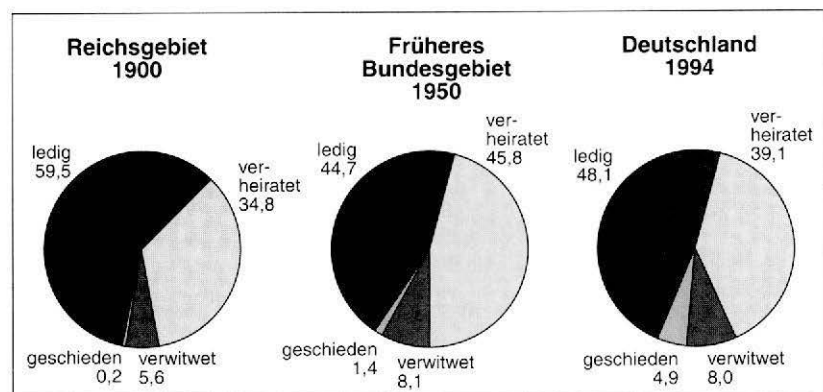
Die Entwicklung zu Beginn der 90er Jahre war durch die außerordentliche Abnahme der Eheschließungszahlen in den neuen Ländern und Berlin-Ost bestimmt. 1991 hatten sich hier nur noch halb so viele Paare das Jawort gegeben wie 1990. Seit 1993 steigt die Zahl der Eheschließungen Jahr für Jahr – allerdings in kleinen

Schritten – wieder an. Dieser Anstieg gleicht jedoch den Rückgang, der inzwischen in den alten Bundesländern eingesetzt hat, nicht aus, so daß in Deutschland insgesamt die Eheschließungszahlen weiter gesunken sind.

Unter den 440 000 vor einem deutschen Standesbeamten geschlossenen Ehen des Jahres 1994 waren 376 000, bei denen Mann und Frau Deutsche waren. 27 000 deutsche Frauen heirateten einen ausländischen Mann. Gleich viele deutsche Männer gingen mit einer ausländischen Frau die Ehe ein. Bei 11 000 Eheschließungen hatten beide Partner eine ausländische Staatsangehörigkeit. Die Heiraten zweier deutscher Partner nahmen in den letzten Jahren ab, während die zwischen deutschen und ausländischen Partnern sowie zwischen Ausländern und Ausländerinnen zunahmen.

Mit der Eheschließung warten junge Menschen immer länger. Seit Mitte der 70er Jahre ist in Deutschland das durchschnittliche Heiratsalter Lediger ständig angestiegen. 1994 waren ledige Männer bei der Hochzeit im Durchschnitt 29 Jahre und fünf Monate alt. Für die Frauen, die zum ersten Mal heirateten, ergab sich ein Durchschnittsalter von 27 Jahren und einem Monat. Von allen Männern und Frauen, die 1994 die Ehe eingingen, waren über drei Viertel ledig und etwa ein Fünftel geschieden.

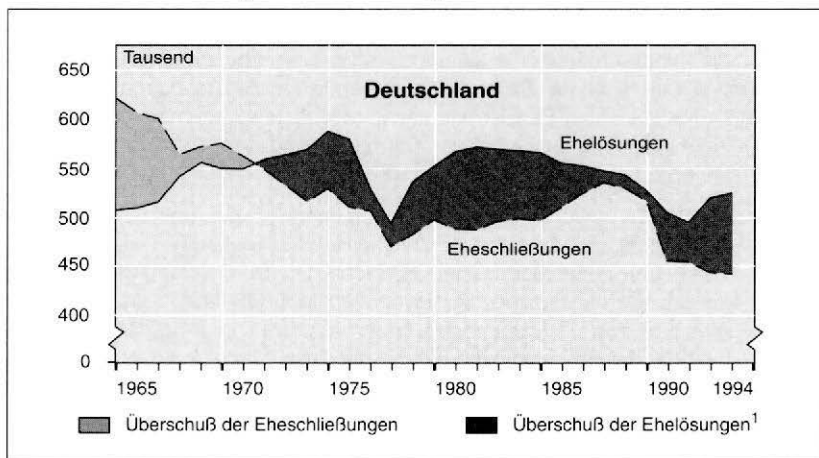
Abb. 7: Familienstand der Bevölkerung
in Prozent



Ehen können entweder durch den Tod eines Ehepartners oder durch Scheidung gelöst werden, wobei der erstgenannte Fall bei weitem überwiegt. Allerdings nahm der Anteil der Scheidungen erheblich zu. In den letzten Jahren stieg ihre Zahl auf 160 000 bis 170 000 an. Auf 10 000 bestehende Ehen kamen damit etwa 80 bis 85 Ehescheidungen. Berücksichtigt man die Ehedauer der geschiedenen Ehen, so wäre bei einem Anhalten der derzeitigen Scheidungshäufigkeit damit zu rechnen, daß etwa 30 % der Ehen im Laufe der Zeit wieder geschieden werden.

Mit der deutschen Vereinigung am 3. Oktober 1990 trat auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost das bundesdeutsche Scheidungsrecht in Kraft. Dies hatte, ähnlich wie die Reform dieses Rechts 1977 in den alten Bundesländern, einen starken

Abb. 8: Eheschließungen und Ehelösungen 1965 bis 1994



1 Durch Tod, Scheidung, Aufhebung oder Nichtigkeit der Ehe.

Tab. 12: Eheschließungen und Ehescheidungen in Deutschland 1950 bis 1994

Jahr	Eheschließungen		Ehescheidungen	
	insgesamt 1 000	je 1 000 Einwohner	insgesamt 1 000	je 1 000 Einwohner
1950	750	11,0	135	2,0
1955	617	8,8	74	1,1
1960	689	9,5	73	1,0
1965	621	8,2	85	1,1
1970	575	7,4	104	1,3
1975	529	6,7	148	1,9
1980	497	6,3	141	1,8
1985	496	6,4	179	2,3
1986	509	6,6	175	2,3
1987	524	6,7	180	2,3
1988	535	6,8	178	2,3
1989	530	6,7	177	2,2
1990	516	6,5	155	2,0
1991	454	5,7	136	1,7
1992	453	5,6	135	1,7
1993	443	5,5	156	1,9
1994	440	5,4	166	2,0

Rückgang der Zahl der Scheidungen zur Folge: 1990 wurden etwa ein Drittel weniger Ehen geschieden als 1989, und 1991 waren es im Vergleich zu 1989 weniger als ein Fünftel. Seit 1993 steigt hier die Zahl der Ehescheidungen aber deutlich an. Von der Scheidung sind nicht nur die Ehepartner betroffen, sondern auch deren Kinder. 1994 erlebten 135 000 minderjährige Kinder die Scheidung ihrer Eltern. Bei etwa 40 % der Kinder handelte es sich um das einzige minderjährige Kind des geschiedenen Paares.

1.8 Ausländische Bevölkerung

1.8.1 Stand und Entwicklung

Ende 1995 lebten in Deutschland etwa 7,2 Mill. Ausländerinnen und Ausländer. Gegenüber Ende 1989 hat sich diese Zahl um rund 2,1 Mill. erhöht. Der Anteil an der Bevölkerung stieg im gleichen Zeitraum von 6,4 auf 8,8 %.

Für die Veränderung der Zahl ausländischer Staatsangehöriger und ihrer Struktur ist zum weitaus größten Teil die Entwicklung dieses Bevölkerungsteils im früheren Bundesgebiet maßgebend. Hier hatte der 1950 einsetzende wirtschaftliche Aufschwung zu einem ständig wachsenden Bedarf an Arbeitskräften geführt, der bis zum Bau der Mauer am 13. August 1961 hauptsächlich durch die Aufnahme von Deutschen aus der ehemaligen DDR und Berlin-Ost gedeckt werden konnte. Ab diesem Zeitpunkt kam dann der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer eine immer größere Bedeutung zu. Dementsprechend erhöhte sich die Zahl der im früheren Bundesgebiet lebenden Ausländerinnen und Ausländer von knapp 690 000 im Jahr 1961 (1,2 % der Bevölkerung) auf 2,4 Mill. im Jahr 1970 (4,3 % der Bevölkerung). Nach einem vorübergehenden Rückgang zwischen 1974 und 1978 aufgrund des Anwerbestopps stieg die Zahl ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger als Folge der Familienzusammenführung sowie der verstärkten Einreise von Asylsuchenden 1982 auf knapp 4,7 Mill., 1983 ging sie erstmals seit 1978

Tab. 13: Ausländische Bevölkerung Deutschlands am 31. 12. 1994
nach Altersgruppen

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
unter 18	1 608,1	23,0	847,3	21,5	760,8	25,0
18–20	238,1	3,4	128,4	3,3	109,7	3,6
20–40	2 997,7	42,9	1 731,8	43,9	1 265,8	41,6
40–65	1 914,7	27,4	1 116,6	28,3	798,0	26,2
65 und älter	232,0	3,3	120,9	3,1	111,1	3,6
Insgesamt	6 990,5	100	3 945,1	100	3 045,5	100

wieder zurück. Die starke Abwanderung als Folge des Rückkehrhilfegesetzes führte 1984 zu einer weiteren Abnahme. Nach dem Auslaufen dieses Gesetzes stieg die Zahl der Menschen mit ausländischem Paß im Jahr 1985 wieder an. Ende 1995 betrug sie – auch bedingt durch den bis Mitte 1993 anhaltenden starken Zustrom von Asylsuchenden sowie durch die Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina – 6,9 Mill. (10,2 % der Bevölkerung). Im Zeitraum 1970/95 nahm die ausländische Bevölkerung im früheren Bundesgebiet somit um knapp 4,5 Mill. Personen zu.

Die meisten ausländischen Staatsangehörigen kamen in das frühere Bundesgebiet, um hier Arbeit zu finden. Sie sind größtenteils im erwerbsfähigen Alter und überwiegend männlichen Geschlechts. Im Laufe der Zeit nahm der Anteil der

Tab. 14: Entwicklung der ausländischen Bevölkerung Deutschlands seit 1961

Zeitpunkt	Anzahl in 1 000	Anteil an der Bevölkerung in %
<i>Früheres Bundesgebiet¹</i>		
06. 06. 1961	686,2	1,2
27. 05. 1970	2 438,6	4,3
25. 05. 1987	4 145,6	6,8
31. 12. 1989	4 845,9	7,7
30. 09. 1990	5 241,8	8,2
31. 12. 1991	5 771,8	8,8
31. 12. 1992	6 313,3	9,5
31. 12. 1993	6 665,7	9,9
31. 12. 1994	6 768,5	10,1
31. 12. 1995	6 931,8	10,2
<i>Neue Länder²</i>		
31. 12. 1989	191,2	1,2
30. 09. 1990	166,5	1,0
31. 12. 1991	110,5	0,8
31. 12. 1992	182,5	1,3
31. 12. 1993	212,4	1,5
31. 12. 1994	222,0	1,6
31. 12. 1995	242,1	1,7
<i>Deutschland</i>		
31. 12. 1989	5 037,1	6,4
30. 09. 1990	5 408,3	6,8
31. 12. 1991	5 882,3	7,3
31. 12. 1992	6 495,8	8,0
31. 12. 1993	6 878,1	8,5
31. 12. 1994	6 990,5	8,6
31. 12. 1995	7 173,9	8,8

1 Ab 1991 einschließlich Berlin-Ost.

2 Ab 1991 ohne Berlin-Ost.

Ausländerinnen hauptsächlich aufgrund der Familienzusammenführungen von 31 % im Jahr 1961 auf knapp 44 % im Jahr 1994 zu. Die Zahl ausländischer Kinder stieg ebenfalls an.

Auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost leben und arbeiten ausländische Staatsangehörige. Eine vom Umfang her mit den Verhältnissen im früheren Bundesgebiet vergleichbare Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer hat es dort allerdings nicht gegeben. Ende 1989 lebten in der ehemaligen DDR rund 191 200 Ausländerinnen und Ausländer (1,2 % der Bevölkerung). Bis Ende 1991 verringerte sich diese Zahl auf rund 110 500. Der Rückgang hing offensichtlich damit zusammen, daß ausländische Staatsangehörige in den Jahren 1990 und 1991 nach Auslaufen ihrer Arbeitsverträge bzw. der von der ehemaligen DDR getroffenen Arbeitskräftevereinbarungen in ihre Heimat zurückkehrten. Seit 1992 steigt die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer in den neuen Ländern – auch als Folge der Aufnahme von Asylsuchenden – Jahr für Jahr leicht an; Ende 1995 betrug sie 242 100 (1,7 % der Bevölkerung).

1.8.2 Aufenthaltsdauer

Von den knapp 7 Mill. Ausländerinnen und Ausländern, die Ende 1994 in Deutschland lebten, waren rund 49 % seit mindestens zehn Jahren – darunter 29 % bereits 20 Jahre oder länger – hier ansässig. Etwa 40 % lebten seit weniger als sechs Jahren in Deutschland, und 11 % hatten einen Aufenthalt von sechs bis unter zehn Jahren. Für 1994 ergibt sich eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Deutschland von 12,5 Jahren. Jeweils bezogen auf das frühere Bundesgebiet hatte sie 1973 noch 3,7 und 1983 durchschnittlich 10,6 Jahre betragen. Der gegenüber dem Zeitraum 1973/83 vergleichsweise geringe Anstieg der durchschnittlichen Verweildauer im Zeitraum 1983/94 ist darauf zurückzuführen, daß durch die Zuwanderung in den letzten Jahren die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit einer erst kürzeren Verweildauer stärker zugenommen hat als die Zahl derjenigen, die bereits seit längerer Zeit in Deutschland leben.

1.8.3 Geburtenentwicklung

1995 wurden in Deutschland 100 000 Kinder mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft geboren, die weitaus meisten von ihnen, nämlich 97 000, in den alten Bundesländern, wo auch der größte Teil der in Deutschland lebenden ausländischen Bevölkerung heimisch ist. In den alten Bundesländern wurde 1974 mit 108 000 die bisher höchste Zahl ausländischer Kinder geboren. Bis Mitte der 80er Jahre halbierte sich diese Zahl (mit einem zwischenzeitlichen Anstieg 1980 und 1981), danach stieg sie bis 1993 an und ging anschließend geringfügig zurück.

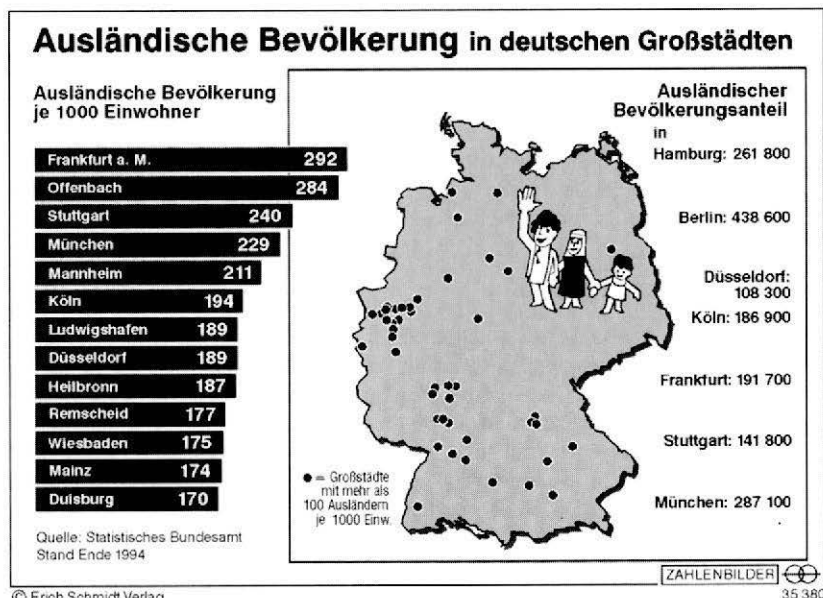
Ein Grund für diese Veränderung war die Entwicklung der Zahl der ausländischen Bevölkerung, die sowohl Mitte der 70er als auch Mitte der 80er Jahre zeitweise zurückgegangen war. Auch haben bis Ende 1974 Kinder aus deutsch-auslän-

dischen Ehen nur dann bei der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, wenn der Vater Deutscher war. Seit 1975 erhalten Kinder deutscher Mütter, die mit einem Ausländer verheiratet sind, ebenfalls die deutsche Staatsangehörigkeit.

1.8.4 Regionale Verteilung

In welchen Regionen des früheren Bundesgebiets ausländische Arbeitnehmer ihren Wohnsitz nehmen, hängt im wesentlichen von den örtlichen Wirtschaftsstrukturen und den Erwerbsmöglichkeiten ab. So liegt der Bevölkerungsanteil der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in den industriellen Ballungsgebieten wesentlich über dem Bundesdurchschnitt, in wirtschaftsschwachen Räumen dagegen erheblich darunter.

Wie sehr sich die ausländische Bevölkerung auf wenige Teile des früheren Bundesgebiets konzentriert, zeigt sich daran, daß etwa 3,4 Mill. oder 48 % von ihnen in kreisfreien Städten leben (Bevölkerungsanteil dieser Städte an der Gesamtbevölkerung: 31 %). So besaßen 1994 beispielsweise in Frankfurt/Main und Offenbach jeweils fast drei Zehntel aller Einwohner nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. In Stuttgart und München betrug der ausländische Bevölkerungsanteil 24 bzw. 23 %.



1.8.5 Asylsuchende und -berechtigte

Zwischen Ende der 70er Jahre und Mitte 1993 reisten verstärkt Menschen als Asylsuchende in das frühere Bundesgebiet bzw. nach Deutschland ein. Im früheren Bundesgebiet waren es 1980 fast 108 000; danach ging die Zahl auf etwa 20 000 im Jahr 1983 zurück, stieg dann aber – vom Jahr 1987 abgesehen – Jahr für Jahr an. Mit 438 200 erreichte die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland 1992

Tab. 15: Asylsuchende und Asylberechtigte ab 1972¹

Jahr	Asyl-suchende	Asyl-berechtigte	Anerkennungs- quote
	Anzahl		%
1972	5 289	2 844	39,8
1973	5 595	2 047	33,0
1974	9 424	4 133	32,4
1975	9 627	2 928	22,2
1976	11 123	2 654	18,4
1977	16 410	1 854	10,0
1978	33 136	2 307	10,3
1979	51 493	6 573	15,9
1980	107 818	12 783	12,0
1981	49 391	8 531	7,7
1982	37 423	6 209	6,8
1983	19 737	5 032	13,7
1984	35 278	6 566	26,6
1985	73 832	11 224	29,2
1986	99 650	8 853	15,9
1987	57 379	8 231	9,4
1988	103 076	7 621	8,6
1989	121 318	5 991	5,0
1990	193 063	8 518	4,4
1991	256 112	11 597	6,9
1992	438 191	9 189	4,3
1993	322 599	16 396	3,2
1994	127 210	25 578	7,3
1995	127 937	18 100	9,0

¹ Bis einschließlich 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.

Quelle: Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Nürnberg.

ihren bisher höchsten Stand. Als Folge der jeweils Mitte 1993 in Kraft getretenen Änderung von Artikel 16 des Grundgesetzes sowie der hiervon ausgehenden asylverfahrensrechtlichen Neuregelungen sank die Zahl der Asylsuchenden 1993 auf 322 600. Dieser Rückgang setzte sich 1994 fort. Im Jahr 1995 stellten 127 900 ausländische Staatsangehörige und damit nur etwa 700 mehr als 1994 (127 200) einen Asylantrag in Deutschland.

Der Anteil der als Asylberechtigte anerkannten Asylsuchenden unterliegt immer wieder Schwankungen. Zuletzt sank er im Zeitraum 1985/93 – das Jahr 1991 ausgenommen – von 29 auf rund 3 %. Seitdem ist wieder ein leichter Anstieg der Anerkennungsquote zu beobachten. Ende 1995 lebten in Deutschland etwa 158 800 ausländische Staatsangehörige, die entweder hier als Asylberechtigte anerkannt wurden oder als im Ausland anerkannte Flüchtlinge Asylberechtigten gleichgestellt sind.

1.9 Wanderungen

Bei der Beobachtung und Analyse der Veränderung der Einwohnerzahl kommt der räumlichen Bevölkerungsbewegung und damit den Wanderungen neben der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten und Sterbefälle) eine zentrale Bedeutung zu. Bei den Wanderungen wird unterschieden zwischen Wohnsitzwechseln innerhalb Deutschlands (Binnenwanderung) und solchen über die Grenzen Deutschlands (Außenwanderung). Die Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und der ehemaligen DDR wurden bis zum 3. Oktober 1990 in der Außenwanderungsstatistik erfaßt, seitdem handelt es sich um Binnenwanderungsfälle.

1.9.1 Binnenwanderung

Im Jahr 1995 haben 3,951 Mill. Personen ihren Wohnsitz innerhalb Deutschlands gewechselt. Bezieht man diese Zahl auf 1 000 Einwohner, erhält man die sog. Mobilitätsziffer. Sie gibt Aufschluß über die Häufigkeit, mit der Einwohner eines Gebiets ihren Wohnsitz wechseln. 1995 betrug die Mobilitätsziffer knapp 49, d. h. fast jeder 20. Einwohner ist in jenem Jahr innerhalb Deutschlands von einer Gemeinde in eine andere umgezogen. Betrachtet man die Entwicklung der räumlichen Mobilität der Bevölkerung seit 1970, so zeigt sich ein sehr unterschiedlicher Verlauf. Im Zeitraum 1970/80 verringerten sich die Wanderungen über die Gemeindegrenzen im früheren Bundesgebiet von 3,662 Mill. auf 3,024 Mill. Die Mobilitätsziffer sank im gleichen Zeitraum von 60 auf 49. Dieser Rückgang dürfte auch eine Folge der Gebietsreform in den alten Bundesländern sein. Im Zuge dieser Reform wurden Nahwanderungsfälle durch Eingemeindungen häufig zu Ortsumzügen und konnten sich deshalb in der Mobilitätsziffer nicht auswirken. Bis Ende der 80er Jahre war die Zahl der Wanderungen über die Gemeindegrenzen weiterhin rückläufig. 1991 lag sie dann erstmals seit 1980 wieder über der Drei-Millionen-Grenze. Seitdem ist ein kontinuierlicher Anstieg zu beobachten.

Im Jahr 1995 wurden 1,069 Mill. Wanderungen über die Landesgrenzen registriert. Im Zeitraum 1991/93 hatte sich diese Zahl von 1,127 Mill. auf 1 Million verringert.

Die Entwicklung der Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet sowie den neuen Ländern und Berlin-Ost war zwischen 1991 und 1994 gekennzeichnet

Tab. 16: Wanderungen über die Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen seit 1970

Jahr	Wanderungen über die					
	Gemeindegrenzen		Kreisgrenzen		Landesgrenzen	
	Anzahl in 1 000	je 1 000 Einwohner ¹	Anzahl in 1 000	je 1 000 Einwohner ¹	Anzahl in 1 000	je 1 000 Einwohner ¹
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
1970	3 662	59,8	2 942	48,1	1 118	18,5
1980	3 024	49,2	2 304	37,5	820	13,4
1985	2 572	42,1	1 850	30,3	640	10,5
1990	2 970	47,4	2 185	34,9	841	13,4
<i>Deutschland</i>						
1991	3 402	42,7	2 494	31,3	1 127	14,1
1992	3 506	43,7	2 530	31,5	1 084	13,5
1993	3 629	45,5	2 540	31,8	1 000	12,5
1994	3 912	48,1	2 686	33,0	1 049	12,9
1995	3 951	48,5	1 069	13,1

¹ Jeweils am 31. Dezember des Vorjahres.

durch eine Verringerung der Zuzüge aus den neuen Ländern und Berlin-Ost bei gleichzeitigem Anstieg der Wanderungen in entgegengesetzter Richtung. Bei den Zuzügen hat sich die rückläufige Entwicklung 1995 nicht fortgesetzt. In jenem Jahr verlegten 168 000 Menschen ihren Wohnsitz von den neuen in eines der alten

Tab. 17: Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin-Ost seit 1950

Jahr	Zuzüge aus den neuen Ländern und Berlin-Ost	Fortzüge nach den neuen Ländern und Berlin-Ost	Wanderungssaldo gegenüber den neuen Ländern und Berlin-Ost
1950	302 808	39 986	+ 262 822
1960	247 751	25 429	+ 222 322
1970	20 664	2 082	+ 18 582
1980	15 774	1 560	+ 14 214
1989	388 396	5 135	+ 383 261
1990	395 343	36 217	+ 359 126
1991	249 743	80 267	+ 169 476
1992	199 170	111 345	+ 87 825
1993	172 386	119 100	+ 53 286
1994	163 034	135 774	+ 27 260
1995 ¹	168 336	143 063	+ 25 273

¹ Vorläufiges Ergebnis.

Bundesländer. Dies waren 5 000 mehr als 1994. Erneut angestiegen ist die Zahl der „West-Ost-Umzüge“; mit 143 000 hat sie sich 1995 gegenüber 1990 nahezu vervierfacht.

1.9.2 Außenwanderung

Deutsche

Aus den Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet (ab Berichtsjahr 1991: Deutschland) und dem Ausland ergab sich für die deutsche Bevölkerung – im Gegensatz zum ausländischen Bevölkerungsteil – in den beiden letzten Jahrzehnten Jahr für Jahr ein Zuwanderungsüberschuß. Die Höhe dieses Überschusses wurde hauptsächlich vom Ausmaß der Zuwanderung, insbesondere von Spätaussiedlern aus osteuropäischen Ländern, bestimmt.

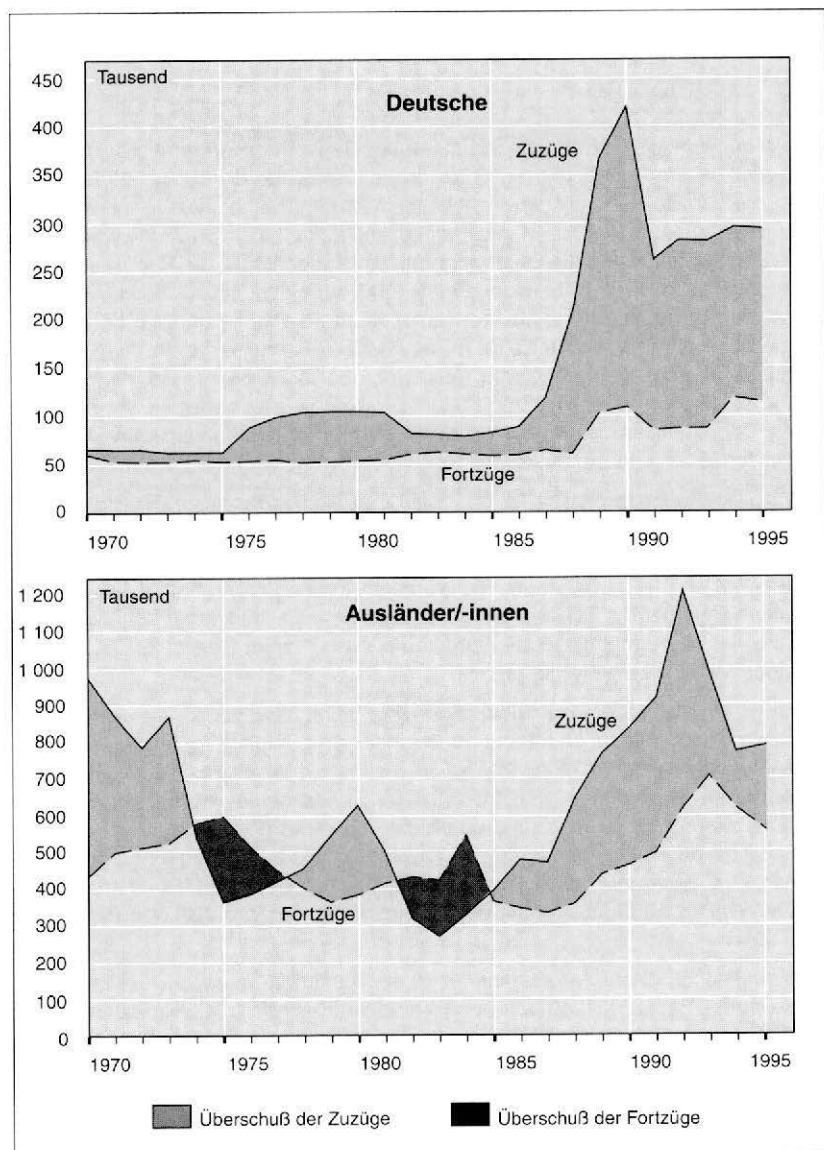
Ausländerinnen und Ausländer

Die in den beiden letzten Jahrzehnten im früheren Bundesgebiet (ab Berichtsjahr 1991: Deutschland) verzeichneten Außenwanderungssalden von ausländischen Staatsangehörigen resultieren aus einem relativ hohen Wanderungsvolumen. Dabei ist hervorzuheben, daß der Saldo mehrfach das Vorzeichen wechselte, was phasenweise geschah. Anders als noch in den 60er Jahren spiegelt die Entwicklung der Zu- und Fortzüge ausländischer Staatsangehöriger über die Bundesgrenzen nicht mehr eindeutig den Konjunkturverlauf in der Bundesrepublik Deutschland wider. Das Wanderungsverhalten der Ausländerinnen und Ausländer wird seit Mitte der 70er Jahre vielmehr von konjunkturunabhängigen Faktoren bestimmt. Zu nennen sind hier der Familiennachzug ausländischer Arbeitnehmer sowie die politische, wirtschaftliche und soziale Situation in den Herkunftsländern. Der Zustrom von Asylsuchenden, der auch bei ungünstiger Arbeitsmarktlage im Bundesgebiet bis zum Sommer 1993 anhielt, ist hierfür ein augenfälliges Beispiel.

Auf den Umfang der Zu- und Abwanderung ausländischer Staatsangehöriger wirken sich ferner Maßnahmen der Bundesregierung zur Steuerung der Wanderungsströme aus. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang der 1973 erlassene Anwerbestopp, das Rückkehrhilfegesetz von 1983 sowie asylrechtliche Maßnahmen.

Im Jahr 1992 hatte die Zuwanderung ausländischer Staatsangehöriger mit 1,208 Mill. ihren bisher höchsten Stand erreicht. Danach war bis 1994 ein Rückgang zu beobachten, der wesentlich mit der Entwicklung der Einreise von Asylsuchenden zusammenhing. 1995 stieg die Zahl der Zuzüge ausländischer Staatsangehöriger erstmals wieder an. Die Abwanderung von Ausländerinnen und Ausländern hatte sich seit 1987 Jahr für Jahr verstärkt. Seit 1994 ist jedoch ein Rückgang der Fortzugszahlen festzustellen.

Abb. 9: Wanderungen von Deutschen und ausländischen Staatsangehörigen über die Auslandsgrenzen Deutschlands seit 1970



1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.

2 Bildung

2.1 Einführung

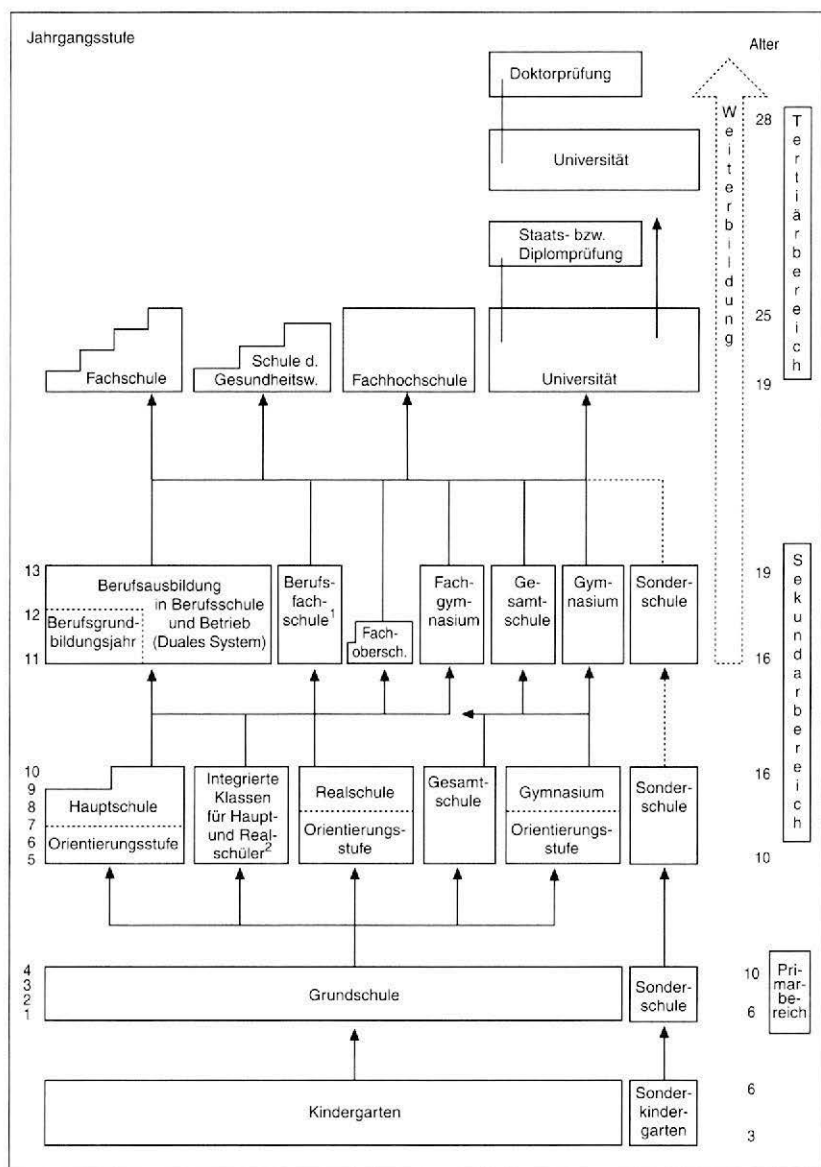
Die Bildungspolitik in Deutschland steht seit Beginn der 90er Jahre wieder einmal verstärkt im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Im Zuge der Diskussion um Einsparungen in den öffentlichen Haushalten werden Themen wie Verkürzung der Schulzeit der Abiturienten auf zwölf Jahre, die Einführung von Studiengebühren, die Verzinsung der BAföG-Leistungen sowie Maßnahmen zur Reduzierung der Studiendauer erörtert. Neben der Überfüllung der Hochschulen bewegt zur Zeit vor allem der nun auch im Westen Deutschlands deutlich sichtbare Lehrstellenmangel und damit auch die Zukunft des dualen Systems die betroffenen jungen Menschen, Eltern, Lehrkräfte und Ausbilder, aber auch diejenigen, die in Politik und Wissenschaft Verantwortung tragen. Deshalb ist es notwendig, zur Versachlichung der Diskussion und zur Problemlösung in der Bildungspolitik fundiertes statistisches Material bereitzustellen.

Nicht alle Bildungsprozesse lassen sich statistisch erfassen. „Bildung“ erfährt schon das Kleinkind in der Familie, indem es beispielsweise die Sprache und soziale Verhaltensweisen lernt. Hierüber können kaum quantitative Aussagen getroffen werden. Die vorhandenen statistischen Unterlagen vermitteln in erster Linie Erkenntnisse über die Schülerinnen und Schüler, Auszubildenden und Studierenden sowie über die eingesetzten Lehrkräfte. Abb. 1 zeigt Bereiche, für die statistisches Material zur Verfügung steht.

Darüber hinaus geben die Statistiken aber auch Einblick in die Rahmenbedingungen des Bildungsbereichs, die sich in den vergangenen Jahren grundlegend geändert haben. Entscheidende Einflüsse gehen dabei von der demographischen Entwicklung aus. Im früheren Bundesgebiet ist der Altersaufbau der Bevölkerung gekennzeichnet durch die geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre mit rund 1 Mill. Neugeborenen pro Jahr und die nachfolgenden geburten schwachen Jahrgänge mit etwa 600 000 Neugeborenen im Durchschnitt der Jahre 1974 bis 1989 sowie gut 700 000 Neugeborenen pro Jahr seit Beginn der 90er Jahre.

Ein drastischer Geburtenrückgang ist in den neuen Ländern und Berlin-Ost zu verzeichnen. Während 1989 dort noch fast 200 000 Kinder zur Welt kamen, waren es 1994 nur noch 79 000. Zeitversetzt ergeben sich hierdurch unterschiedliche Jahrgangsstärken bei den Schülern, Auszubildenden und Studenten. Allerdings ist die Bevölkerungsentwicklung nicht der einzige Einflussfaktor des Bildungsangebots und der Bildungsnachfrage. Von großer Bedeutung sind auch die individuellen Bildungsentscheidungen und die Maßnahmen zur Umsetzung bildungspolitischer Ziele.

Abb. 1: Das Bildungssystem in Deutschland



¹ Einschließlich Kollegschele

² Einschließlich Mittelschule, Sekundarschule, Regelschule, Regionalschule

2.2 Kindergärten

In Kindergärten werden Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt erzieherisch betreut. Seit dem 1. August 1996 hat jedes drei- bis sechsjährige Kind einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Um diesen Anspruch erfüllen zu können, ist das Angebot an Kindergartenplätzen in den letzten Jahren deutlich vergrößert worden. In Deutschland standen 1994 in den 37 377 Kindergärten und kindergartenähnlichen Einrichtungen insgesamt fast 2,5 Mill. Kindergartenplätze zur Verfügung. Damit lag die Versorgungsquote der Drei- bis unter Sechsjährigen 1994 bei 90,7 %.

Die 33 192 Einrichtungen im früheren Bundesgebiet konnten 1994 mit gut 1,9 Mill. Plätzen 330 000 Kindergartenplätze mehr bereitstellen als 1990. Dies bedeutet eine Steigerung der Versorgungsquote von 81,5 % auf 85,2 %.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost zeigte sich 1994 noch eine andere Situation. Die 4 185 Kindergärten und kindergartenähnlichen Einrichtungen dort boten 552 865 Kindergartenplätze an (gut 5 000 weniger als 1991). Bezogen auf die Kinder im Alter von drei bis unter sechs Jahren ergibt sich rechnerisch insgesamt eine Versorgungsquote von 116,9 %. Diese Quote resultiert in erster Linie aus dem drastischen Rückgang der Geburten in den neuen Ländern nach der „Wende“.

2.3 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

Die Wiedervereinigung Deutschlands hat zwei von unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Grundordnungen geprägte Schulwesen zusammengefügt. Das Grundgesetz weist den Bundesländern im Rahmen der föderalistischen Staatsordnung die Gesetzgebungskompetenz für das Schulwesen zu, die sie als Teil ihrer Kulturhoheit ausüben. Dagegen war in der ehemaligen DDR das gesamte politische System von den Grundsätzen des „demokratischen Zentralismus“ geprägt. Das Schulwesen wurde nach zentralen Vorgaben gelenkt und geplant. Nach der Wiedervereinigung wurde in den neuen Bundesländern das gesamte Schulwesen reformiert. Den neuen Bundesländern wurde die Zuständigkeit für die Ausgestaltung des Schulwesens übertragen. Der am Vorbild des früheren Bundesgebietes orientierte Umstellungsprozeß ist inzwischen in allen neuen Bundesländern weitestgehend abgeschlossen.

2.3.1 Schulbesuch

Die Schulkindergärten (für schulpflichtige, aber noch nicht schulreife Kinder) und die Vorklassen (für schulreife, aber noch nicht schulpflichtige Kinder) bereiten auf den Eintritt in die Grundschule vor. 1995 besuchten in Deutschland rund 84 000 Kinder diese Einrichtungen. Die Schulpflicht beginnt nach Vollendung des sech-

Tab. 1: Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen¹ 1991 bis 2015
in Tausend

Schuljahr	Insgesamt	Allgemeinbildende	Berufliche ¹
		Schulen	
1991 (Ist)	11 591	9 143	2 448
1992 (Ist)	11 816	9 345	2 471
1993 (Ist)	12 007	9 558	2 449
1994 (Ist)	12 188	9 760	2 428
1995 (Ist)	12 368	9 932	2 436
1996	12 666	10 145	2 521
1997	12 808	10 250	2 558
1998	12 876	10 287	2 589
1999	12 929	10 320	2 609
2000	12 901	10 286	2 615
2001	12 876	10 252	2 624
2002	12 838	10 191	2 647
2003	12 791	10 094	2 697
2004	12 721	9 964	2 757
2005	12 610	9 805	2 805
2006	12 455	9 617	2 838
2007	12 263	9 427	2 836
2008	12 056	9 250	2 806
2009	11 840	9 078	2 762
2010	11 638	8 914	2 724
2011	11 457	8 764	2 693
2012	11 282	8 621	2 661
2013	11 109	8 484	2 625
2014	10 941	8 358	2 583
2015	10 784	8 248	2 536

¹ Ohne Schulen des Gesundheitswesens.

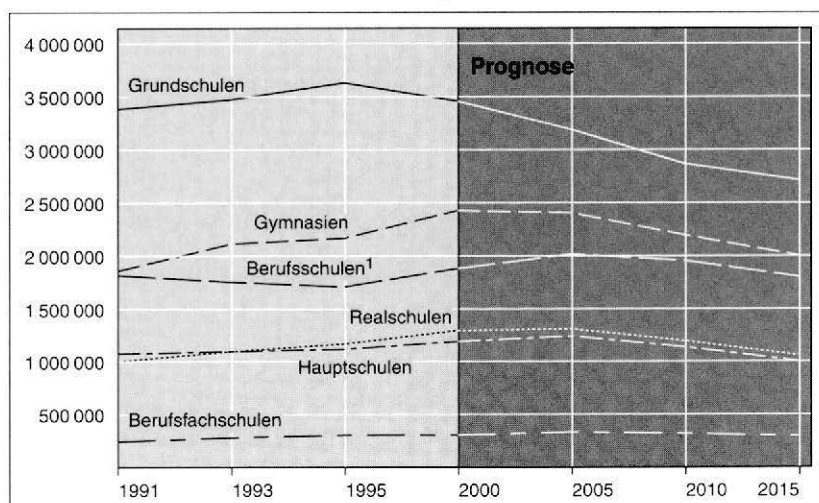
Quelle: Ist-Zahlen laut StBA, übrige laut KMK-Dokumentation Nr. 132.

sten Lebensjahres. Sie beträgt zwölf Jahre, davon in der Regel neun Vollzeitschuljahre und drei Teilzeitschuljahre.

Die meisten Kinder werden in die Grundschule, die in der Regel vier Schuljahre dauert, eingeschult. 1995 besuchten 3 634 300 Schülerinnen und Schüler in Deutschland eine Grundschule. Die Anzahl der Kinder, die jährlich eingeschult werden, wird mit zeitlicher Verzögerung durch die Geburtenentwicklung und durch Wanderungsbewegungen in der Bevölkerung (z. B. durch den Zu- oder Wegzug ausländischer Kinder) beeinflusst.

Seit Mitte der 80er Jahre steigt die Zahl der Einschulungen beständig an. Zu Beginn des Schuljahres 1995/96 wurden im gesamten Bundesgebiet 953 200 ABC-Schützen eingeschult. Die zahlenmäßige Entwicklung der Geburten schlägt sich auch in der Schülerzahl an den Grundschulen nieder. Ab 1998 werden eine Umkehr

Abb. 2: Schülerinnen und Schüler in ausgewählten Schularten 1991–2015



1 Einschl. Berufsoberschulen, Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr.

Quelle: Bis 1995 Ist-Zahlen des StBA, übrige Jahre KMK-Dokumentation Nr. 132.

der Wachstumsentwicklung und sinkende Schülerzahlen erwartet. Die Schülerzahl an allgemeinbildenden Schulen insgesamt wird bis zum Jahr 1999 auf 10,3 Mill. ansteigen und erst danach wieder sinken. Bis 2015 wird mit einem kontinuierlichen Rückgang gerechnet.

Die Schuljahre fünf und sechs der allgemeinbildenden Schulen dienen der Förderung und Orientierung aller Kinder im Hinblick auf ihre weitere Schullaufbahn. Zur Wahl stehen der Besuch einer schulartunabhängigen Orientierungsstufe, die den weiteren schulischen Werdegang noch offen läßt, sowie verschiedene weiterführende Schularten.

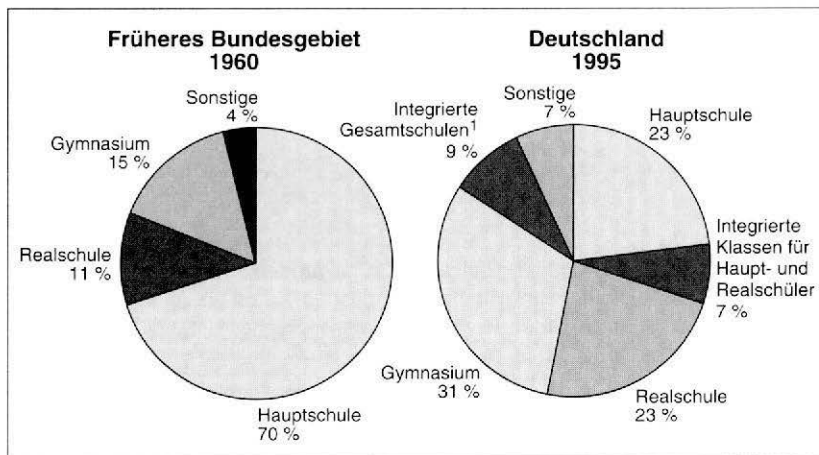
Welche der weiterführenden Schulen nach dem Besuch der Grundschule in Betracht kommen – schulartunabhängige Orientierungsstufe, Hauptschule, integrierte Klassen für Haupt- und Realschüler, Realschule, Gymnasium, Gesamtschule oder Freie Waldorfschule – richtet sich nach der Empfehlung der Grundschule, dem Wunsch der Eltern sowie den schulischen Leistungen des Kindes. 1995 wurden in den Hauptschulen 1,1 Mill., in den Realschulen 1,2 Mill. und in den Gymnasien 2,2 Mill. Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Außerdem besuchten je 0,4 Mill. die schulartunabhängige Orientierungsstufe und integrierte Klassen für Haupt- und Realschüler sowie 0,6 Mill. Schülerinnen und Schüler Integrierte Gesamtschulen (einschl. Freier Waldorfschulen), in denen die Bildungsgänge von Hauptschule, Realschule und Gymnasium in unterschiedlicher organisatorischer und inhaltlicher Ausgestaltung zusammengefaßt sind.

In der Wahl der weiterführenden Schule spiegelt sich der Trend zur höheren Bildung wider. Dies wird anschaulich, wenn man die Verteilung eines bestimmten Altersjahrgangs auf die unterschiedlichen Schularten im Zeitablauf betrachtet. Für eine solche Untersuchung erscheinen die 13jährigen (8. Klassenstufe) besonders geeignet, weil einerseits in diesem Alter in der Regel die Entscheidung für die weiterführende Schulart gefallen ist und sie andererseits noch der Vollzeitschulpflicht unterliegen. Dabei wird deutlich, daß sich der Schulbesuch in dieser Altersstufe kontinuierlich von den Hauptschulen auf die Realschulen, Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen verlagert hat. So wurden z. B. im Jahr 1960 im früheren Bundesgebiet noch 70 % der 13jährigen an Hauptschulen, aber nur 26 % an Realschulen und Gymnasien unterrichtet; 1995 lag das Verhältnis bei 23 % zu 54 % für Gesamtdeutschland.

Neben den bereits genannten Schularten gibt es die Sonderschulen. Diese sind Einrichtungen zur Förderung und Betreuung körperlich, geistig oder seelisch benachteiligter oder sozial gefährdeter Kinder, die nicht oder nicht mit ausreichendem Erfolg in anderen Schulen unterrichtet werden können. 1995 besuchten 391 100 Kinder Sonderschulen, also knapp 4 % der insgesamt etwa 9,9 Mill. Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen. Der überwiegende Teil (56 %) der Behinderten wurde in Klassen für Lernbehinderte unterrichtet.

Außerhalb der allgemeinen Schulpflicht besteht die Möglichkeit, Schulabschlüsse an Abendschulen und Kollegs nachzuholen. 1995 nutzten 44 400 Erwachsene dieses Bildungsangebot.

Abb. 3: Schulbesuch der 13jährigen an ausgewählten Schularten
1960 und 1995
in Prozent



1 Einschl. Freier Waldorfschulen.

Tab. 2: Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen
nach Schularten 1991 bis 1995

Schulart	1991	1992	1993	1994	1995
<i>Anzahl</i>					
Vorklassen und Schulkindergärten	76 763	80 176	84 757	86 468	84 024
Grundschulen	3 386 334	3 419 584	3 475 055	3 558 906	3 634 342
Orientierungsstufe ¹	369 788	394 601	376 210	374 908	374 692
Hauptschulen	1 076 417	1 088 628	1 102 018	1 113 433	1 123 509
Integrierte Klassen ^{2,3}	493 782	355 972	357 115	359 244	368 237
Realschulen	1 039 081	1 056 739	1 106 182	1 141 326	1 175 168
Gymnasien	1 864 360	2 047 241	2 115 847	2 148 702	2 164 625
Integrierte Gesamtschulen	382 832	437 285	465 079	489 120	508 569
Freie Waldorfschulen	53 473	56 121	58 725	60 979	63 021
Sonderschulen	344 006	360 209	371 880	382 946	391 118
Abendschulen und Kollegs	55 792	48 606	45 587	44 397	44 421
Insgesamt	9 142 628	9 345 162	9 558 455	9 760 429	9 931 726
<i>Prozent</i>					
Vorklassen und Schulkindergärten	0,8	0,9	0,9	0,9	0,8
Grundschulen	37,0	36,6	36,4	36,5	36,6
Orientierungsstufe ¹	4,0	4,2	3,9	3,8	3,8
Hauptschulen	11,8	11,6	11,5	11,4	11,3
Integrierte Klassen ^{2,3}	5,4	3,8	3,7	3,7	3,7
Realschulen	11,4	11,3	11,6	11,7	11,8
Gymnasien	20,4	21,9	22,1	22,0	21,8
Integrierte Gesamtschulen	4,2	4,7	4,9	5,0	5,1
Freie Waldorfschulen	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Sonderschulen	3,8	3,9	3,9	3,9	3,9
Abendschulen und Kollegs	0,6	0,5	0,5	0,5	0,4
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1 Schulartunabhängige Orientierungsstufe.

2 Integrierte Klassen an Haupt- und Realschulen.

3 1991 einschließlich 356 573 Schülerinnen und Schüler an Polytechnischen Oberschulen der ehem. DDR.

Die Zahl ausländischer Kinder an den allgemeinbildenden Schulen steigt weiter an, 1995 lag sie bei 913 300. Im früheren Bundesgebiet war 1975 nur etwa jeder 26. Schüler an allgemeinbildenden Schulen ausländischer Herkunft; 1995 dagegen in Deutschland jeder elfte.

Die Verteilung der Jugendlichen, die das allgemeinbildende Schulsystem verlassen, auf die einzelnen Abschlusarten ist in den letzten fünf Jahren relativ stabil geblieben. 1995 beendeten in Deutschland 23 % derjenigen, die aus den allgemeinbildenden Schulen abgingen, ihre Vollzeitschulpflicht mit einem Haupt-

Tab. 3: Ausländische Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen 1991 bis 1995

Schuljahr	Insgesamt	Allgemeinbildende Schulen		Berufliche Schulen ¹	
		Anzahl	%	Anzahl	%
1991	1 010 505	801 587	8,8	208 918	8,2
1992	1 063 233	836 799	9,0	226 434	8,8
1993	1 106 473	867 589	9,1	238 884	9,3
1994	1 130 238	887 246	9,1	242 992	9,6
1995	1 154 031	913 338	9,2	240 693	9,4

1 Einschließlich Schulen des Gesundheitswesens.

Tab. 4: Schulabgängerinnen und Schulabgänger nach allgemeinbildenden Abschlüßarten

Abschluß-jahr	Insgesamt	Nach Beendigung der Vollzeitschulpflicht		Mit Realschul- oder gleichwertigem Abschluß ¹	Mit Hochschul- oder Fachhochschulreife ¹
		ohne	mit		
		Hauptschulabschluß			
Anzahl					
1991	891 777	59 640	197 288	351 928	282 921
1992	920 319	63 558	209 757	356 369	290 635
1993	943 250	72 443	218 975	361 631	290 201
1994	966 126	74 048	221 984	378 720	291 374
1995	1 010 913	76 005	236 406	390 730	307 772
Prozent					
1991	100,0	6,7	22,1	39,5	31,7
1992	100,0	6,9	22,8	38,7	31,6
1993	100,0	7,7	23,2	38,3	30,8
1994	100,0	7,7	23,0	39,2	30,2
1995	100,0	7,5	23,4	38,7	30,4

1 Einschließlich allgemeinbildender Abschlüsse, die an beruflichen Schulen erworben wurden.

schulabschluß; der Anteil der Abgänger ohne Hauptschulabschluß lag bei 7,5 %. Mit einem Real- oder gleichwertigen Abschluß in der Tasche beendeten 39 % der Jugendlichen ihre Schulzeit, 30 % hatten eine Hochschul- oder Fachhochschulreife erworben.

Dieses Ausbildungsniveau ist das Ergebnis eines veränderten Bildungsverhaltens in den siebziger und achtziger Jahren, wonach die verstärkte Wahl höherer Bildungsabschlüsse einen steigenden Trend zu Realschulen und Gymnasien bzw. entsprechenden Einrichtungen begründet hatte. 1970 hatte im früheren Bundesgebiet der Anteil derjenigen, die mit Realschul- oder gleichwertigem Abschluß die Schule verließen noch bei 26 % und der jener mit Hochschul- oder Fachhochschulreife noch bei 11 % gelegen.

Tab. 5: Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen
sowie Schulen des Gesundheitswesens 1991 bis 1995

Schulart	1991	1992	1993	1994	1995
Berufsschulen	1 816 469	1 796 452	1 755 402	1 713 711	1 713 111
Berufsaufbauschulen	7 938	6 564	5 622	4 741	3 688
Berufsfachschulen	248 856	263 592	285 478	295 019	306 681
Fachoberschulen	76 495	75 461	76 859	77 999	78 329
Fachgymnasien	71 074	78 726	81 705	85 943	87 395
Kollegschulen	67 551	73 093	76 795	79 642	81 541
Berufsober-/Technische Oberschulen	5 538	5 256	4 456	3 923	3 879
Fachschulen ¹	154 362	171 693	162 766	166 773	161 129
Schulen des Gesundheitswesens ^{2,3}	104 153	106 608	110 529	116 465	125 134
Insgesamt	2 552 436	2 577 445	2 559 612	2 544 216	2 560 887

1 Einschließlich Fach-/Berufsakademien.

2 Ohne Angaben für Hessen. Ab 1992 werden die Daten von Thüringen den Fachschulen zugeordnet.

3 1991 ohne Angaben für Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Die Schulabgänger mit Haupt- oder Realschulabschluß setzen ihre Ausbildung überwiegend im dualen System von Berufsschule und Betrieb fort (siehe hierzu Kapitel 2.4). Die Berufsschule ergänzt hier die gleichzeitige praktische Ausbildung im Betrieb. Daneben wird die Berufsschule aber auch von Jugendlichen unter 18 Jahren ohne Ausbildungsvertrag besucht, die noch der dreijährigen Teilschulpflicht unterliegen. In Deutschland besuchten 1995 insgesamt 1,7 Mill. Jugendliche diese Schulart.

Außerdem besteht nach der Entlassung aus den allgemeinbildenden Schulen die Möglichkeit, eine Berufsfachschule zu besuchen. Es handelt sich dabei um Vollzeitschulen, die ein bis drei Jahre absolviert werden und zur Berufsvorbereitung oder auch zur vollen Berufsausbildung dienen. 1995 wurden rund 306 700 Schülerinnen und Schüler an Berufsfachschulen unterrichtet, und zwar bevorzugt in Wirtschafts-, Handels- und Verwaltungsberufen. Fachoberschulen bzw. Fachgymnasien, die den Zugang zu den Hochschulen eröffnen, besuchten 1995 165 700 Jugendliche. Die 81 500 Kollegschülerinnen und -schüler aus Nordrhein-Westfalen können allgemeinbildende und/oder berufsbezogene Bildungsgänge besuchen.

Die Fachschulen (einschließlich Fach-/Berufsakademien) werden in der Regel nach einer bereits erworbenen Berufsausbildung und praktischer Berufserfahrung besucht und vermitteln eine weitergehende fachliche Ausbildung im Beruf. 1995 gab es rund 161 100 Fachschülerinnen und Fachschüler.

Die Entwicklung der Schülerzahlen an beruflichen Schulen wird im wesentlichen von zwei gegensätzlichen Entwicklungen geprägt. Während die Schülerzahlen an

den Berufsschulen seit Mitte der 80er Jahre kontinuierlich sinken, ist bei den Berufsfachschulen und den Schulen, die den Hochschulzugang ermöglichen (Fachoberschulen und Fachgymnasien), ein Zuwachs zu beobachten. Hier schlagen sich sowohl die Bevölkerungsentwicklung als auch Änderungen in der Bildungsbeteiligung nieder. Nach einer Vorausschätzung der Kultusministerkonferenz werden die Schülerzahlen im Bereich der beruflichen Schulen bis 2006 weiter ansteigen.

An den Schulen des Gesundheitswesens wurden 1995 rund 125 100 Jugendliche zu (Kinder-)Krankenschwestern oder -pflegern oder für andere nichtakademische Gesundheitsdienstberufe ausgebildet.

2.3.2 Lehrerinnen und Lehrer

1995 unterrichteten in Deutschland 619 400 Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen und 104 700 an beruflichen Schulen. Ihre Zahl hat sich im früheren Bundesgebiet gegenüber 1970 aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge und der gestiegenen Bildungsnachfrage bis Ende der 80er Jahre wesentlich erhöht, insbesondere bei den Realschulen und Gymnasien. Allerdings sind die Lehrerzahlen trotz steigender Schülerzahlen bei einigen Schularten bereits wieder rückläufig.

Die Qualität der schulischen Ausbildung wird unter anderem durch die Schüler-Lehrer-Relation beeinflusst, die anzeigt, wie intensiv sich eine Lehrkraft mit dem einzelnen Schüler beschäftigen kann. Diese Betreuungsrelation konnte seit 1970 im früheren Bundesgebiet an allen Schularten verbessert werden. So verminderte sich z. B. die Anzahl der Schüler je Lehrer an den Sonderschulen zwischen 1970 und 1990 von durchschnittlich 15,3 auf 6,3, an den Realschulen von 23,1 auf 16,2. Seit den 90er Jahren ist allerdings wieder eine leichte Steigerung bei den allgemeinbildenden Schulen zu beobachten.

2.4 Betriebliche Berufsausbildung

Während der Besuch der Berufsschulen der Vermittlung der fachtheoretischen Ausbildungsinhalte dient, vollzieht sich die praktische Berufsausbildung durch das unmittelbare Lernen am Arbeitsplatz oder in den Ausbildungswerkstätten.

Der demographisch bedingte Druck auf den Lehrstellenmarkt hat seit Mitte der 80er Jahre nachgelassen und sich seit Beginn der 90er Jahre konsolidiert, weil geburtenschwächere Jahrgänge nach Abschluß der Schule vor dem Einstieg in das Berufsleben stehen. Seit 1992 wurde es für junge Leute jedoch wiederum zunehmend schwerer, ihren Wunschberuf zu erlernen. Zwar überstieg wie in den Vorjahren auch 1995 das Gesamtangebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen die Gesamtnachfrage, bei dieser Betrachtung bleiben allerdings die bestehenden regionalen Ungleichgewichte außer acht.

Tab. 6: Lehrkräfte¹ und Schüler-Lehrerrelation an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen 1992 bis 1995

Schulart	1992	1993	1994	1995
<i>Lehrkräfte</i>				
Allgemeinbildende Schulen	611 693	609 648	615 053	619 386
Vorklassen und Schulkindergärten	5 686	5 862	5 993	5 674
Grundschulen	171 360	169 842	171 705	174 010
Orientierungsstufe ²	24 279	23 220	22 889	22 836
Hauptschulen	74 867	75 684	76 103	75 880
Integrierte Klassen ³	26 579	24 335	24 640	24 492
Realschulen	65 009	65 410	66 062	66 271
Gymnasien	145 400	145 552	145 886	145 895
Integrierte Gesamtschulen	34 630	35 561	36 779	37 829
Freie Waldorfschulen	3 857	4 126	4 323	4 463
Sonderschulen	56 259	56 431	57 104	58 598
Abendschulen und Kollegs	3 767	3 625	3 569	3 438
Berufliche Schulen ⁴	103 923	104 137	103 894	104 715
Insgesamt	715 616	713 785	718 947	724 101
<i>Schülerinnen und Schüler je Lehrkraft</i>				
Allgemeinbildende Schulen	15,3	15,7	15,9	16,0
Vorklassen und Schulkindergärten	14,1	14,5	14,4	14,8
Grundschulen	20,0	20,5	20,7	20,9
Orientierungsstufe ²	15,5	16,2	16,4	16,4
Hauptschulen	14,5	14,6	14,6	14,8
Integrierte Klassen ³	14,1	14,7	14,6	15,0
Realschulen	16,3	16,9	17,3	17,7
Gymnasien	14,1	14,5	14,7	14,8
Integrierte Gesamtschulen	12,6	13,1	13,3	13,4
Freie Waldorfschulen	14,5	14,2	14,1	14,1
Sonderschulen	6,4	6,6	6,7	6,7
Abendschulen und Kollegs	12,8	12,6	12,4	12,9
Berufliche Schulen ⁴	23,7	23,5	23,3	23,3
Insgesamt	16,5	16,8	16,9	17,1

1 Vollzeitlehrkräfte und in Vollzeitlehrkräfte umgerechnete Teilzeitlehrkräfte.

2 Schulartunabhängige Orientierungsstufe.

3 Integrierte Klassen für Haupt- und Realschüler.

4 Ohne Schulen des Gesundheitswesens.

Quelle: KMK-Dokumentation Nr. 134, Seite 28/29.

Der Angebotsüberschuß hat sich seit 1992 kontinuierlich auf 19 300 Ausbildungsplätze im Jahr 1995 vermindert, weil in Teilen der Wirtschaft – auch als Folge des Beschäftigungsabbaus – eine sinkende Ausbildungsbereitschaft zu beobachten ist. Die Zahl der bis zum Beginn des Ausbildungsjahres 1995/96 neu

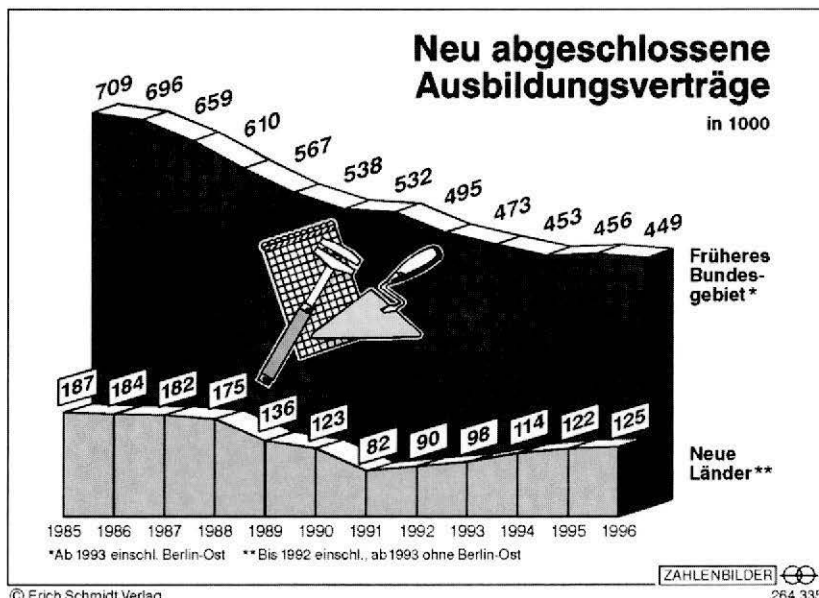
abgeschlossenen Ausbildungsverträge belief sich auf rund 579 000. Zum gleichen Zeitpunkt standen 44 000 unbesetzten Ausbildungsplätzen noch 25 000 unvermittelte Bewerberinnen und Bewerber gegenüber.

In den neuen Ländern konnte die Ausbildungsbilanz nur durch die Bereitstellung öffentlich geförderter außerbetrieblicher Ausbildungsplätze ausgeglichen werden. 1995 machten 21 100 Jugendliche von diesem Angebot Gebrauch.

In den letzten Jahren suchten nicht nur Haupt- und Realschulabgänger, sondern auch Abiturienten verstärkt eine betriebliche Berufsausbildung. Von den 579 000 Jugendlichen, die 1995 einen neuen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben, besaßen 15,0 % die Hochschul- oder Fachhochschulreife, 35,2 % verfügten über einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluß, und 34,4 % konnten den Besuch einer Hauptschule (mit oder ohne Abschluß) als höchsten Bildungsgang nachweisen. 15,4 % hatten eine sonstige Vorbildung (z. B. Berufsvorbereitungsjahr, schulisches Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschule).

Die Verteilung der Auszubildenden auf die Ausbildungsberufe läßt deutliche Schwerpunkte erkennen: 1995 konzentrierten sich 62 % aller Ausbildungsplätze männlicher und 74 % aller Ausbildungsplätze weiblicher Auszubildender auf nur 20 von insgesamt 373 anerkannten Ausbildungsberufen. Viele Jugendliche finden im Beruf ihrer Wahl keinen Ausbildungsplatz und müssen deshalb auf andere Ausbildungsgänge ausweichen oder Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen.

Abb. 4: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 1985–1995



Tab. 7: Auszubildende 1995

Gebiet	Auszubildende insgesamt	Ausländeranteil	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	
	Anzahl	%	Anzahl	%
<i>Insgesamt</i>				
Deutschland	1 579 339	7,7	578 582	36,6
Früheres Bundesgebiet ¹	1 250 208	9,7	456 160	36,5
Neue Länder	329 131	0,1	122 422	37,2
<i>Männlich</i>				
Deutschland	951 202	8,2	339 193	35,7
Früheres Bundesgebiet ¹	745 522	10,4	264 762	35,5
Neue Länder	205 680	0,1	74 431	36,2
<i>Weiblich</i>				
Deutschland	628 137	6,9	239 389	38,1
Früheres Bundesgebiet ¹	504 686	8,6	191 398	37,9
Neue Länder	123 451	0,1	47 991	38,9

1 Einschließlich Berlin-Ost.

Tab. 8: Auszubildende, Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen sowie bestandene Abschlußprüfungen 1991 – 1995 in Tausend

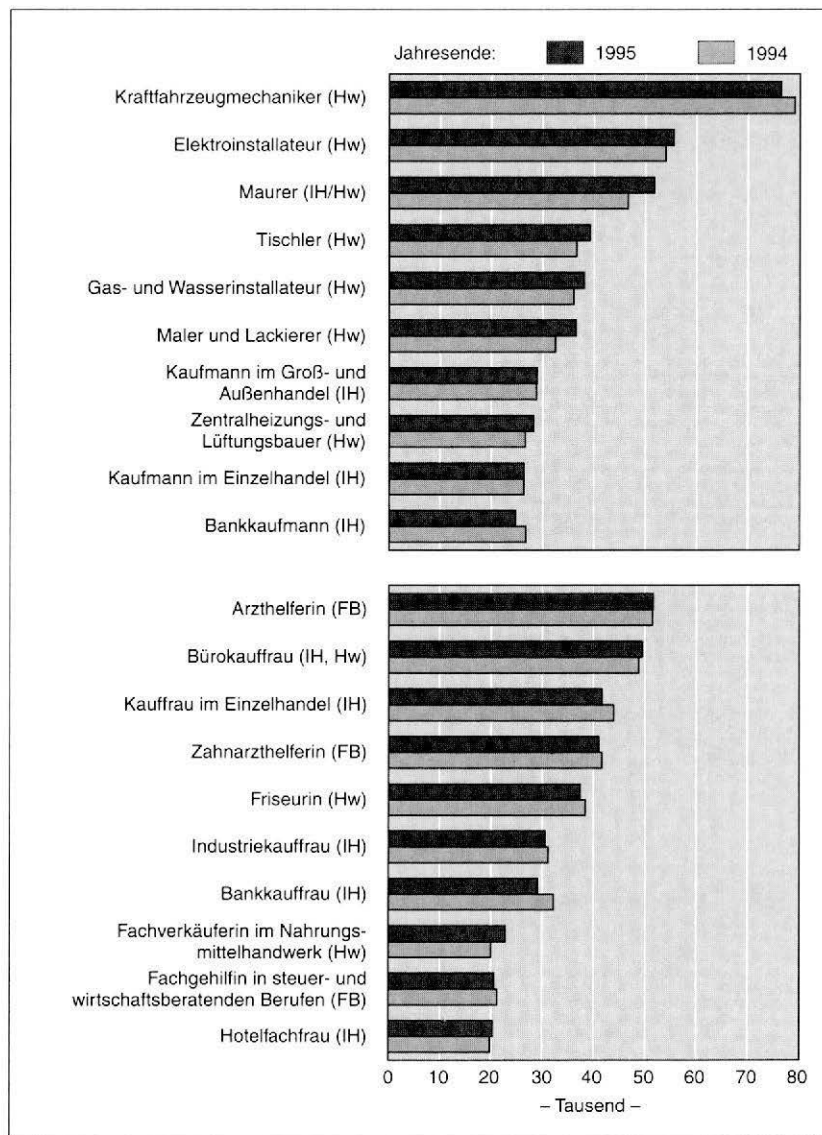
Jahr	Auszubildende insgesamt	Ausbildungsplätze		Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	Bestandene Abschlußprüfungen
		Angebot	Nachfrage		
1991	1 666	668	551	614	508
1992	1 666	722	608	585	504
1993	1 629	656	588	571	527
1994	1 580	622	587	567	545
1995	1 579	617	598	579	503

1995 befanden sich 1 579 300 Jugendliche in einer Berufsausbildung, davon waren 39,8 % weibliche Auszubildende. Der Anteil der ausländischen Auszubildenden lag bei 7,7 %.

Bei den jungen Männern rangiert der Beruf des Kraftfahrzeugmechanikers in der Beliebtheitsskala eindeutig an erster Stelle: jeder zwölfte Auszubildende ergreift ihn. Ein großer Teil der Mädchen entscheidet sich für die Berufe Arzthelferin und Bürokauffrau.

Am Ende der Berufsausbildung sind Abschlußprüfungen durchzuführen. Die Erfolgsquote lag 1995 bei 85 %, d.h. von 592 504 Prüfungen wurden 502 673 bestanden.

Abb. 5: Auszubildende in den zehn am stärksten besetzten Ausbildungsberufen in Deutschland



IH = Industrie und Handel (einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe); Hw = Handwerk; FB = Freie Berufe.

2.5 Hochschulen

2.5.1 Studierende

Seit Mitte der 60er Jahre, als die Hochschulen angesichts eines im internationalen Vergleich drohenden Bildungsrückstands der deutschen Bevölkerung breiteren Schichten geöffnet wurden, sind die Studentenzahlen in Deutschland kontinuierlich angestiegen.

Tab. 9: Studierende an Hochschulen in Tausend

Wintersemester	Ins-gesamt	Davon an		
		Uni-versitäten ¹	Kunst-hochschulen	Fach-hochschulen
Früheres Bundesgebiet				
1960/61	247	239	7	–
1970/71	422	412	10	–
1980/81	1 036	818	18	200
Deutschland				
1990/91	1 713	1 313	28	371
1991/92	1 776	1 350	29	396
1992/93	1 834	1 385	29	420
1993/94	1 867	1 397	30	440
1994/95	1 868	1 394	30	444
1995/96 ²	1 858	1 379	30	449

1 Einschließlich Gesamthochschulen, Pädagogischer und Theologischer Hochschulen.

2 Vorläufiges Ergebnis.

Tab. 10: Studienanfänger an Hochschulen in Tausend

Studienjahr	Ins- gesamt	Davon an		
		Uni- versitäten ¹	Kunsthoch- schulen	Fachhoch- schulen
Früheres Bundesgebiet				
1960	53	51	2	–
1970	87	84	3	–
1980	176	124	3	–
Deutschland				
1990	289	208	4	78
1991	317	231	4	82
1992	309	217	4	88
1993	291	195	4	92
1994	277	183	4	91
1995 ²	267	177	4	86

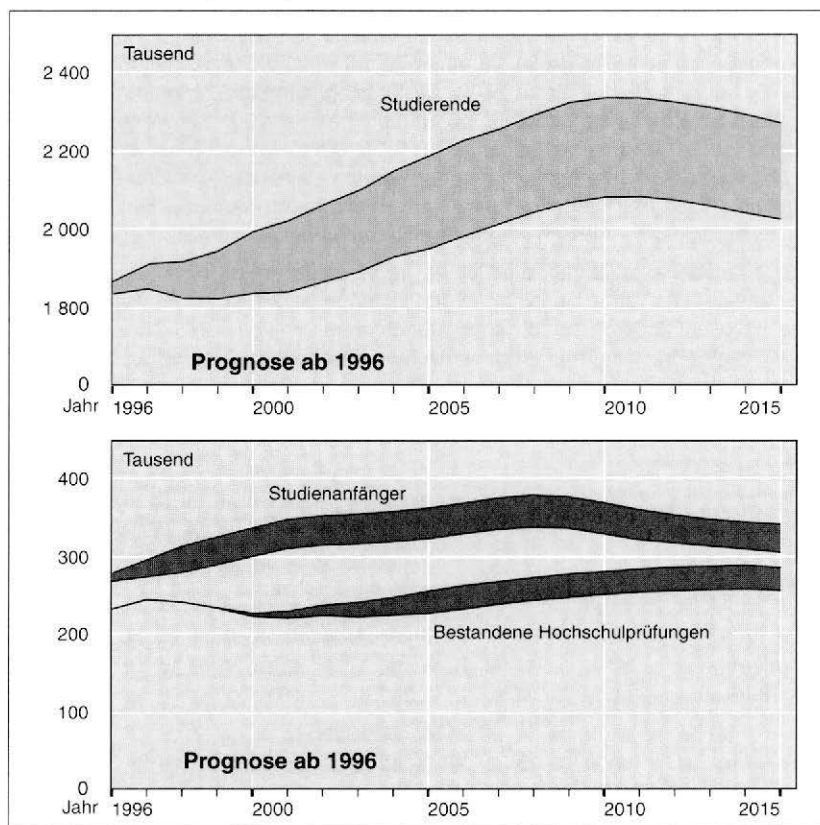
1 Einschließlich Gesamthochschulen, Pädagogischer und Theologischer Hochschulen.

2 Vorläufiges Ergebnis.

1994 wurde erstmals ein Stagnieren der Studierendenzahl verzeichnet. Auch 1995 blieb die Gesamtzahl der an deutschen Hochschulen immatrikulierten Studenten und Studentinnen gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert; insgesamt waren 1995 1,86 Mill. Studierende an einer Hochschule in Deutschland eingeschrieben.

Die gegenwärtige Entwicklung der Anzahl der Studierenden wurde in erster Linie durch sinkende Studienanfängerzahlen verursacht. Diese wiederum lassen sich auf den Geburtenrückgang Mitte der 70er Jahre zurückführen. Die Altersgruppe

Abb. 6: Studienanfänger, Studierende sowie bestandene Hochschulprüfungen¹ 1996 bis 2015



¹ Status-quo-Berechnung. Es wird geschätzt, daß 75 % bzw. 85 % eines Altersjahrgangs ein Studium aufnehmen. Diese unterschiedlichen Prognoseansätze erscheinen in der Graphik als Begrenzungslinien der Fläche.

Prognose: Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder. Dokumentation Nr. 133.

Prognose der Studienanfänger, Studierenden und Hochschulabsolventen bis 2015.

der 18- bis 21jährigen, aus der die Studienanfänger hauptsächlich stammen, wird in Zukunft jedoch wieder ansteigen. Da zusätzlich immer mehr Schülerinnen und Schüler die Hochschulreife erwerben, wird in Zukunft die Zahl der Studienanfänger und folglich auch die der Studierenden wieder zunehmen. Einer Vorausschätzung der Kultusministerkonferenz zufolge wird die Studierendenzahl in Deutschland Anfang des nächsten Jahrtausends die Zwei-Millionen-Grenze deutlich überschreiten.

Im Wintersemester 1995/96 waren 66 % aller Studierenden an Universitäten, Pädagogischen oder Theologischen Hochschulen eingeschrieben, an Fachhochschulen waren es 24 %. Die Anteile für die übrigen Hochschularten betrugen: Gesamthochschulen 8 %, Kunsthochschulen 2 %.

Die Auswahl eines Studienfachs durch die Studierenden ist wesentlich durch Zulassungsbeschränkungen sowie durch Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt beeinflusst. So schrumpfte beispielsweise angesichts anhaltender Lehrerarbeitslosigkeit der Anteil der Lehramtsstudenten und -studentinnen von 30 % im Wintersemester 1975/76 auf 12 % im Wintersemester 1994/95. Die Zuwendung der Studierenden zur Humanmedizin verstärkte sich in der zweiten Hälfte der 70er Jahre; seit dem Wintersemester 1980/81 ist der Anteil der Humanmediziner unter den Studierenden leicht rückläufig. Ähnlich verhält es sich bei den Ingenieurwissenschaften.

Demgegenüber verzeichnen die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften seit Mitte der 70er Jahre einen ungebrochenen Zulauf. Die Anzahl der Studierenden stieg in dieser Fächergruppe zwischen den Wintersemestern 1975/76 und 1995/96 um 197 %, während sich die Studentenzahl insgesamt lediglich verdoppelte.

Tab. 11: Studierende nach ausgewählten Fächergruppen in Tausend

Wintersemester	Ins-gesamt	Darunter				
		Sprach- und Kulturwissenschaften	Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	Mathematik, Naturwissenschaften	Humanmedizin	Ingenieurwissenschaften
Früheres Bundesgebiet						
1975/76	836	214	190	143	50	154
1980/81	1 036	236	265	160	78	185
Deutschland						
1990/91	1 713	303	449	262	98	335
1991/92	1 776	319	474	272	96	346
1992/93	1 834	358	513	295	108	386
1993/94	1 867	378	544	299	105	383
1994/95	1 868	389	556	294	102	375
1995/96 ¹	1 858	405	565	281	100	361

1 Vorläufiges Ergebnis.

Tab. 12: Die zehn am stärksten besetzten Studienfächer
im Wintersemester 1994/95 – deutsche Studierende –

Männer			Frauen		
Rang- folge	Studienfach	%	Rang- folge	Studienfach	%
1	Betriebswirtschaftslehre	8,2	1	Germanistik/Deutsch	7,0
2	Maschinenbau/-wesen	7,0	2	Betriebswirtschaftslehre	6,4
3	Elektrotechnik/Elektronik	6,4	3	Rechtswissenschaft	6,1
4	Rechtswissenschaft	5,7	4	Medizin (Allg.-Medizin)	5,3
5	Wirtschaftswissenschaften	4,9	5	Erziehungswissenschaften (Pädagogik)	4,6
6	Medizin (Allg.-Medizin)	4,2	6	Wirtschaftswissenschaften	3,4
7	Bauingenieurwesen/ Ingenieurbau	4,1	7	Anglistik/Englisch	3,4
8	Informatik	4,0	8	Biologie	3,2
9	Physik	3,1	9	Psychologie	2,7
10	Architektur	2,5	10	Architektur	2,6

Bei der Wahl des Studienfachs zeigen sich z. T. Unterschiede zwischen den Fachinteressen von Frauen und Männern. Studentinnen bevorzugen vor allem Fächer der Sprach- und Kulturwissenschaften, während sich ihre männlichen Kollegen stärker den technischen Wissenschaften zuwenden. Ähnlich stark ist für beide Geschlechter das Interesse an den Wirtschaftswissenschaften. Unverändert gehören auch die Rechtswissenschaften sowie die Medizin (Allgemeinmedizin) zu den zehn von Frauen wie Männern am häufigsten gewählten Studienfächern.

Tab. 13: Bestandene Prüfungen an Hochschulen in Tausend

Prüfungs- jahr	Ins- gesamt	Davon			
		Diplom (Universität) und ent- sprechende Abschluß- prüfungen	Doktor- prüfungen	Lehramts- prüfungen	Diplom (Fachhoch- schule)/ Kurz- studien- gänge
Früheres Bundesgebiet					
1970	62	26	11	25	–
1980	124	46	12	30	35
Deutschland					
1990	194	100	22	15	56
1991	196	98	22	17	59
1992	198	99	21	16	62
1993	202	101	21	16	63
1994	219	102	22	24	71

Die Zahl der bestandenen Prüfungen bzw. die Anzahl der Hochschulabsolventen ist in den vergangenen Jahren ebenfalls stark angewachsen; allerdings nicht in gleichem Ausmaß wie die Zahl der Studierenden. Dies könnte auf eine gestiegene Studienabbrecherquote hindeuten.

2.5.2 Personal

Ende 1994 waren an den Hochschulen in Deutschland insgesamt 512 000 Personen beschäftigt. Davon gehörten 247 000 oder 48 % zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal und 265 000 (52 %) zum Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personal. Vom wissenschaftlichen und künstlerischen Personal waren 148 000 hauptberuflich und 99 000 nebenberuflich tätig.

Zum hauptberuflich tätigen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal zählen u. a. die Professoren, die wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter sowie Dozenten und Assistenten; zum nebenberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal gehören zum Beispiel Lehrbeauftragte, wissenschaftliche Hilfskräfte und Gastprofessoren.

Im Berichtsjahr 1994 kamen auf eine hauptberufliche Lehrperson im Durchschnitt 13 Studierende. Diese in den letzten Jahren verbesserte Betreuungsrelation wird vor allem durch die Verhältnisse in den neuen Bundesländern beeinflusst. Die Struktur des Hochschulpersonals in den neuen Ländern unterschied sich auch 1994 noch deutlich von der im früheren Bundesgebiet. In der ehemaligen DDR war das wissenschaftliche und künstlerische Personal in der Regel hauptamtlich beschäftigt. Darüber hinaus waren insgesamt vergleichsweise mehr Lehrpersonen an den Hochschulen der neuen Länder tätig, so daß dort das Betreuungsverhältnis Studierende zu Lehrpersonal weitaus günstiger war als an westdeutschen Hochschulen.

Tab. 14: Personal an Hochschulen in Tausend

Jahr	Ins- gesamt	Wissenschaftliches und künstlerisches Personal		Verwaltungs-, technisches und sonstiges Personal		Studierende je haupt- berufliche Lehrperson
		haupt- beruflich	neben- beruflich	haupt- beruflich	neben- beruflich	
Früheres Bundesgebiet						
1973	222	63	24	114	21	11
1980	319	86	42	164	28	12
1990	370	109	55	205	2	15
Deutschland						
1991	470	143	61	262	3	12
1992	493	143	84	262	4	13
1993	507	145	94	265	2	13
1994	512	148	99	263	2	13

Beim nebenberuflichen Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personal an den Hochschulen im früheren Bundesgebiet ist der starke Rückgang zwischen 1980 und 1990 vor allem darauf zurückzuführen, daß seit 1982 die studentischen Hilfskräfte nicht mehr erfaßt werden.

2.6 Weiterbildung

Breite Bevölkerungsschichten haben die Notwendigkeit des „lebenslangen Lernens“ erkannt. In einer Zeit raschen technologischen Wandels müssen viele Erwerbstätige damit rechnen, daß sie ihren ursprünglich erlernten Beruf nicht ein Leben lang ausüben können. Immer häufiger nehmen deshalb Beschäftigte an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen teil. Aber auch die allgemeine Weiterbildung erfreut sich wachsender Beliebtheit, wie insbesondere der starke Zuspruch zu den Volkshochschulen sowie das rege Interesse der Bevölkerung am Besuch von einzelnen Lehrveranstaltungen an Hochschulen (sog. Gaststudium) erkennen lassen.

Eine seit 1979 in dreijährigem Abstand im Auftrag des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie durchgeführte repräsentative Umfrage unter 19- bis 64-jährigen Bundesbürgern bestätigt diese Tendenz. Danach haben 1994 in Deutschland gut vier von zehn Bürgerinnen und Bürgern in diesem Alter an irgendeiner Form von Weiterbildung teilgenommen (42 %). Hochgerechnet sind dies 19,9 Mill. Personen, die sich – teils mehrfach – weitergebildet haben. Die Teilnahmequote ist gegenüber 1991 um 5 Prozentpunkte gestiegen. Für das frühere Bundesgebiet wurde mit 43 % der höchste Stand seit Beginn der Umfrage 1979 erreicht. Die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Ländern waren 1994 etwas weniger weiterbildungsaktiv (Teilnahmequote 37 %) als die des früheren Bundesgebietes. 1991 hatte sich noch das umgekehrte Bild gezeigt.

An beruflicher Weiterbildung haben 1994 hochgerechnet rund 11,2 Mill. Personen teilgenommen. Die Beteiligung lag sowohl im früheren Bundesgebiet (23 %) als auch in den neuen Ländern (27 %) höher als 1991. An allgemeinen und politischen Weiterbildungsveranstaltungen haben sich 1994 hochgerechnet rund 12,5 Mill. Personen beteiligt, gegenüber 10,3 Mill. im Jahre 1991. Im früheren Bundesgebiet lag die Teilnahmequote mit 29 % deutlich höher als in den neuen Ländern (17 %). Die Entwicklung der Teilnehmerzahlen sowie vor allem das zeitliche Volumen lassen eine zunehmende Konzentration auf die berufsbezogene Weiterbildung erkennen.

Hochqualifizierte Männer und Frauen bemühen sich verstärkt um ihre Weiterbildung (64 % der Hochschulabsolventen nahmen 1994 an entsprechenden Maßnahmen teil). Dagegen wenden die Bundesbürger ohne abgeschlossene Berufsausbildung weniger Zeit für ihr Fortkommen auf; nur 19 % besuchten 1994 entsprechende Veranstaltungen.

Tab. 15: Weiterbildungsteilnahme nach Weiterbildungsbereichen 1994¹
in Prozent der Bevölkerung im Alter von 19 bis 64 Jahren

Weiterbildungsbereiche	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Berufliche Weiterbildung insgesamt			
und zwar			
Lehrgänge/Kurse zur Umschulung auf einen anderen Beruf	2	1	5
Lehrgänge/Kurse für den beruflichen Aufstieg (z. B. zum Meister, Techniker, Betriebswirt)	4	4	3
Besondere Lehrgänge/Kurse im Betrieb zur Einarbeitung in eine neue Arbeit	5	5	4
Lehrgänge/Kurse zur Anpassung an neue Aufgaben im Beruf	7	6	11
Sonstige Lehrgänge/Kurse im Beruf	9	10	8
Teilnahmequote an beruflicher Weiterbildung	24	23	27
Allgemeine Weiterbildung insgesamt			
und zwar Besuch von Kursen, Lehrgängen oder Vorträgen zu den Themenschwerpunkten:			
Fragen der Gesundheit und der gesundheitsrechtlichen Lebensführung	5	5	3
Versicherungs-, Renten-, Steuer- und sonstige Rechtsfragen	3	3	4
Wie man einen Haushalt führt	0	0	-
Wie man Kinder versorgt und erzieht oder ihnen in der Schule hilft	2	2	1
Wie man mit persönlichen oder familiären Problemen fertig wird	1	1	0
Sprachkenntnisse	5	6	3
Praktische Kenntnisse, die man manchmal braucht, z. B. Erste Hilfe, Reparaturen im Haus, am Auto	3	3	3
Naturwissenschaften und Technik	2	2	1
Wie man aktiv seine Freizeit gestalten kann, z. B. Basteln, ein Musikinstrument spielen, Tierhaltung, Gartenpflege und andere Hobbys	3	4	1
Wissen auf Gebieten, wie z. B. Kunst, Literatur, Religion, Geschichte oder Länderkunde	3	3	1
Umweltschutz/Ökologie	2	2	2
Kenntnisse für die Ausübung von Sportarten	3	3	1
Astrologie/Esoterische Fragen	0	1	0
Sonstige Themenbereiche	2	2	1
Politische Weiterbildung			
Besuch von Kursen, Lehrgängen oder Vorträgen zum Themenbereich: Rechte und Pflichten des Staatsbürgers, Wissen über Politik	1	1	1
Multikulturelle Fragen, toleranter Umgang mit Ausländern	1	1	0
Teilnahmequote an allgemeiner und politischer Weiterbildung	26	29	17

¹ Weiterbildungsteilnahme = Teilnahme in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung.

Quelle: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie
(Hrsg.): Berichtssystem Weiterbildung VI, Bonn 1996.

Die Volkshochschulen als bedeutender Träger der allgemeinen und politischen Weiterbildung verzeichneten 1994 6,4 Mill. Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Lehrgängen, Kursen und Arbeitsgemeinschaften, 2,8 Mill. Personen besuchten Einzelveranstaltungen; dabei sind Mehrfachzählungen durch Belegung mehrerer Veranstaltungen enthalten. Zum beliebtesten Volkshochschulangebot gehören die Sprachkurse, die 1994 von 27 % aller Teilnehmer belegt wurden. Etwa 58 000 Personen besuchten Lehrgänge, um einen Schulabschluß nachzuholen, davon wollten 36 % den Hauptschulabschluß erwerben.

An einem Gaststudium an einer Hochschule nahmen im Wintersemester 1994/95 32 000 Personen teil. Davon waren fast die Hälfte Frauen (45 %). Die beliebtesten Fachrichtungen der Gasthörer und Gasthörerinnen waren die Sprach- und Kulturwissenschaften sowie die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Die Gaststudierenden des Wintersemesters 1994/95 waren durchschnittlich 43 Jahre alt; fast ein Viertel war 60 Jahre und älter.

2.7 Bildungsniveau der Bevölkerung

Die Qualifikation der Bevölkerung ist auch von großer gesamtwirtschaftlicher Bedeutung, da neben der Ausstattung mit Bodenschätzen und Produktionsanlagen vor allem die Qualität der menschlichen Arbeitskraft („Humankapital“) das Leistungsvermögen einer Volkswirtschaft bestimmt. Für den einzelnen stellt die Ausbildung einen entscheidenden Schritt zur Selbstentfaltung und Entwicklung der Persönlichkeit dar.

Aktuelle Angaben über den Bildungsstand der Gesamtbevölkerung werden in der Regel aus dem jährlich durchgeführten Mikrozensus gewonnen. Bei der im April 1995 durchgeführten Erhebung hatten von allen Personen über 15 Jahre, die Angaben zur allgemeinen Schulbildung gemacht haben, 36 % einen sogenannten „höherwertigen“ Bildungsabschluß (Realschulabschluß/Fachhochschul-, Hochschulreife). In der Gruppe der 20- bis unter 30jährigen konnte bereits über die Hälfte (56,4 %) einen solchen Abschluß nachweisen, während die Altersjahrgänge ab 60 lediglich zu etwa 20,4 % eine Realschule oder ein Gymnasium erfolgreich absolviert hatten.

Im Jahre 1995 gaben 54,5 % der Personen, die Angaben zum beruflichen Bildungsabschluß gemacht haben, eine Lehre als beruflichen Ausbildungsabschluß an. 10 % hatten einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluß.

2.8 Bildung und individuelle Merkmale

Heute werden die Angebote des allgemeinen Bildungssystems von Frauen und Männern gleichberechtigt wahrgenommen, so daß bei der jüngeren Generation bezüglich des Bildungsgrades kaum noch geschlechtsspezifische Unterschiede

Tab. 16: Allgemeinbildender Schulabschluß der Bevölkerung im April 1995

Alter in Jahren	Ins- gesamt	Darunter mit Angaben zur allgemeinen Schulausbildung ¹					
		zu- sammen	noch in schu- licher Aus- bildung	mit allgemeinem Schulabschluß			
				Volks- schul-/ Haupt- schul- abschluß	Abschluß der Poly- tech- nischen Ober- stufe	Real- schul- oder gleich- wertiger Abschluß	Fach- hoch- schul- oder Hoch- schulreife
in 1 000							
15–19	4 325	4 063	2 513	700	109	614	128
20–29	11 154	10 394	108	3 162	1 265	2 769	3 091
30–39	12 890	12 032	/	4 516	1 685	2 819	3 008
40–49	10 597	9 873	/	4 911	1 130	1 857	1 973
50–59	11 772	10 931	/	7 354	363	1 785	1 428
60 und älter	17 724	16 141	/	12 761	79	2 016	1 284
Insgesamt	68 461	63 435	2 628	33 405	4 631	11 860	10 912
Nachrichtlich:							
Früheres Bundesgebiet	55 529	51 028	2 047	28 819	252	10 731	9 180
Neue Länder und Berlin-Ost	12 932	12 407	581	4 585	4 379	1 129	1 732
in % ²							
15–19	X	100	61,8	17,2	2,7	15,1	3,1
20–29	X	100	1,0	30,4	12,2	26,6	29,7
30–39	X	100	0,0	37,5	14,0	23,4	25,0
40–49	X	100	0,0	49,7	11,4	18,8	20,0
50–59	X	100	0,0	67,3	3,3	16,3	13,1
60 und älter	X	100	0,0	79,1	0,5	12,5	8,0
Insgesamt	X	100	4,1	52,7	7,3	18,7	17,2
Nachrichtlich:							
Früheres Bundesgebiet	X	100	4,0	56,5	0,5	21,0	18,0
Neue Länder und Berlin-Ost	X	100	4,7	37,0	35,3	9,1	14,0

1 Beantwortung freiwillig.

2 Anteil an allen Personen in der jeweiligen Altersgruppe, die Angaben zur allgemeinen Schulausbildung gemacht haben.

festzustellen sind. In der Altersgruppe der 20- bis 24-jährigen hatten 29,2 % der Männer und 31,2 % der Frauen die Fachhochschul- oder Hochschulreife. Demgegenüber besaßen im Jahr 1995 von den 50- bis 54-jährigen 19,3 % der männlichen, aber nur 10,8 % der weiblichen Bevölkerung das Abitur.

An den Realschulen wurden im Jahr 1995 etwa gleich viele Mädchen (51,2 %) wie Jungen unterrichtet; an den Gymnasien waren Mädchen sogar etwas stärker (54,3 %) vertreten.

In der beruflichen Ausbildung neigen Mädchen eher zu schulischen, junge Männer eher zu betrieblichen Ausbildungsgängen. 1995 stellten junge Frauen zum Beispiel

Tab. 17: Beruflicher Bildungsabschluß der Bevölkerung im April 1995

Alter in Jahren	Darunter mit beruflichem Bildungsabschluß ¹				
	Lehr-/ Anlern- ausbildung ²	Fachschul- abschluß ³	Fachschul- abschluß in der ehem. DDR	Fachhoch- schul- abschluß ⁴	Hochschul- abschluß ⁵
<i>in 1 000</i>					
15-19	270	/	/	-	-
20-29	6 373	428	153	259	414
30-39	7 434	939	269	618	1 237
40-49	5 885	806	228	497	1 077
50-59	6 313	883	243	427	786
60 und älter	7 832	890	192	337	607
Insgesamt	34 107	3 951	1 088	2 138	4 120
Nachrichtlich:					
Früheres Bundesgebiet	27 120	3 134	106	1 781	3 205
Neue Länder und Berlin-Ost	6 987	817	981	357	915
<i>in %</i>					
15-19	10,1	0,0	0,0	0,0	0,0
20-29	61,1	4,1	1,5	2,5	4,0
30-39	60,8	7,7	2,2	5,1	10,1
40-49	58,7	8,0	2,3	5,0	10,7
50-59	56,9	8,0	2,2	3,8	7,1
60 und älter	48,5	5,5	1,2	2,1	3,8
Insgesamt	54,5	6,3	1,7	3,4	6,6
Nachrichtlich:					
Früheres Bundesgebiet	53,7	6,2	0,2	3,5	6,3
Neue Länder und Berlin-Ost	57,8	6,8	8,1	3,0	7,6

1 Beantwortung freiwillig.

2 Einschließlich eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses oder eines beruflichen Praktikums.

3 Einschließlich einer Meister-/Technikerausbildung.

4 Einschließlich Ingenieurschulabschluß.

5 Ohne Fachhochschulabschluß.

an den Berufsfachschulen (64,5 %) und den Schulen des Gesundheitswesens (78,2 %) die Mehrheit der Schüler. In der betrieblichen Berufsausbildung sind die weiblichen Auszubildenden dagegen noch erheblich unterrepräsentiert: Im Jahr 1995 waren nur 39,8 % aller Auszubildenden Mädchen. An den deutschen Hochschulen lag der Anteil der Studentinnen im Wintersemester 1995/96 bei 41,6 %; bei den Studienanfängern machte der Frauenanteil 47,8 % aus.

Großen Einfluß auf die Bildungsbeteiligung der Bevölkerung hat die Staatsangehörigkeit. Der Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler, die ein Gymnasium besuchen, ist sehr gering: 1995 wurden nur etwa 9,3 % aller Ausländerkinder, die auf allgemeinbildende Schulen gingen, an Gymnasien unterrichtet, dagegen besuchten rund 26 % Hauptschulen (einschl. schulartunabhängiger Orientierungsstufe). Ungenügende Sprachkenntnisse, eine andere Einstellung der Eltern zur Notwendigkeit der Ausbildung sowie finanzielle Probleme führen in vielen Fällen zur geringeren Qualifikation der Ausländerkinder. Auch in der betrieblichen Berufsausbildung sind ausländische Jugendliche unterrepräsentiert. 1995 betrug ihr Anteil an den Auszubildenden 7,7 %. Ein Vergleich der ausländischen Auszubildenden insgesamt mit den für die Berufsausbildung besonders bedeutsamen Altersjahrgängen ergibt, daß 1995 rund ein Viertel der 15- bis 18jährigen Ausländerinnen und Ausländer eine betriebliche Berufsausbildung durchlief. Für die deutschen Jugendlichen liegt die Vergleichsquote bei rund der Hälfte. Etwas günstiger sieht es an den Hochschulen aus. Im Wintersemester 1995/96 war jeder 13. Student ausländischer Herkunft. Allerdings ist bei diesen Zahlenangaben zu berücksichtigen, daß die ausländischen Schülerinnen, Schüler und Auszubildenden überwiegend ihren ständigen Wohnsitz im Bundesgebiet haben, während sich die ausländischen Studierenden in der Mehrzahl hier nur vorübergehend zu Studienzwecken aufhalten.

2.9 Öffentliche Bildungsausgaben

In der Bundesrepublik Deutschland gehört Bildung im Sinne der „organisierten Wissensvermittlung“ seit über 150 Jahren zu den Aufgaben des Staates. Die öffentlichen Bildungsausgaben beliefen sich 1993 auf rund 155 Mrd. DM, das entsprach rund 9 % der gesamten Ausgaben der öffentlichen Haushalte (Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände). Dieser Betrag stellt nach der sozialen Sicherung den zweitgrößten Posten im öffentlichen Gesamthaushalt dar.

Der größte Teil der Bildungsausgaben wurde für Schulen und vorschulische Bildung ausgegeben (96,8 Mrd. DM). Für Lehre und Forschung an Hochschulen sowie für die Krankenbehandlung in den Hochschulkliniken wurden 45,5 Mrd. DM verausgabt, während auf die Bildungsförderung 7,6 Mrd. DM und auf das sonstige Bildungswesen (z. B. Volkshochschulen, nichtwissenschaftliche Bibliotheken) 4,7 Mrd. DM entfielen.

Tab. 18: Öffentliche Bildungsausgaben

Jahr	Ausgaben insgesamt Mrd. DM	DM je Einwohner	Anteil am öffentlichen Gesamthaushalt in %	Anteil am Bruttoinlands- produkt in %
<i>Früheres Bundesgebiet</i>				
1975	54,4	880	10,3	5,3
1980	73,8	1 199	10,0	5,0
1985	81,7	1 340	9,0	4,5
1989	91,3	1 472	8,7	4,1
1990	97,1	1 535	8,5	4,0
1991	107,8	1 651	7,6	4,0
<i>Deutschland</i>				
1992	143,9	1 786	8,9	4,7
1993	154,6	1 904	9,1	4,9

2.10 Ausbildungsförderung

Die Ausbildungsförderung ist zusammen mit anderen direkten Leistungen (z. B. Kindergeld, Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz) sowie den ausbildungsbezogenen indirekten steuerlichen Entlastungen Bestandteil der Maßnahmen, die dazu dienen, die unterschiedlichen Belastungen der Familien auszugleichen. Durch Ausbildungsförderung sollen junge Menschen aus Familien mit geringem Einkommen die Möglichkeit erhalten, eine Ausbildung nach ihrer Neigung, Eignung und Leistung durchzuführen.

Die Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ist seit Anfang der 80er Jahre mehrfach verändert worden.

Zur Zeit wird Ausbildungsförderung für den Besuch von weiterführenden allgemeinbildenden Schulen und Berufsfachschulen ab Klasse 10 und von Fach- und Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, nur an auswärts untergebrachte Schülerinnen und Schüler geleistet. Schüler-BAföG gibt es ferner für den Besuch von Abendschulen, Kollegs, Berufsaufbauschulen, von Fach- und Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt, sowie von Berufsfachschul- und Fachschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, sofern sie in einem zumindest zweijährigen Bildungsgang einen berufsqualifizierenden Abschluß (z. B. als staatlich geprüfter Techniker) vermitteln. Studenten-BAföG wird für den Besuch von Höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen gewährt; es wird je zur Hälfte als Zuschuß bzw. unverzinsliches Darlehen geleistet. Im Schulbereich wird die Ausbildungsförderung dagegen voll-

ständig als Zuschuß gewährt. Es ist geplant, das Darlehen im Hochschulbereich für Förderungszeiträume nach dem Ende der Regelstudienzeit verzinslich zu gestalten.

624 000 Kinder und Jugendliche erhielten im Jahr 1995 Leistungen nach dem BAföG. Da sich die Förderung jedoch zum Teil nicht über ein ganzes Jahr erstreckte, belief sich die Zahl der im Durchschnitt je Monat unterstützten Personen nur auf 418 000. Von den durchschnittlich 108 000 geförderten Schülerinnen und

Tab. 19: Ausbildungsförderung an Schulen und Hochschulen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

Jahr	Geförderte ¹ 1 000	Finanzieller Aufwand Mill. DM	Durchschnittlicher Förderungsbetrag pro Person ¹ DM je Monat
<i>Schülerinnen und Schüler</i>			
1991	163	875	446
1992	144	804	464
1993	124	716	481
1994	112	651	485
1995	108	650	503
<i>Studierende</i>			
1991	442	3 009	567
1992	442	3 012	568
1993	409	2 852	581
1994	355	2 458	577
1995	311	2 218	594
<i>Insgesamt</i>			
1991	605	3 884	534
1992	586	3 816	543
1993	533	3 568	558
1994	467	3 109	555
1995	418	2 868	571

1 Durchschnittlicher Monatsbestand.

Schülern besuchten 37 000 eine Berufsfachschule (einschl. aller Formen der beruflichen Grundbildung) und 29 000 eine Fachschule. Unter den durchschnittlich 311 000 geförderten Studierenden waren 209 000 an Universitäten (einschl. Pädagogischer und Theologischer Hochschulen sowie Gesamthochschulen) und 93 000 an Fachhochschulen eingeschrieben.

2,9 Mrd. DM wurden für die Ausbildungsförderung nach dem BAföG im Jahr 1995 in Deutschland ausgegeben, 0,65 Mrd. DM für die Schüler- und 2,2 Mrd. DM für die

Studentenförderung. Im Durchschnitt erhielt ein geförderter Schüler 503 DM je Monat, ein geförderter Student 594 DM. Wegen der niedrigeren Lebenshaltungskosten in den neuen Ländern gelten dort nach wie vor niedrigere Bedarfssätze als im früheren Bundesgebiet. Ein geförderter Schüler in den neuen Ländern erhielt 1995 durchschnittlich 432 DM (früheres Bundesgebiet: 533 DM), ein geförderter Student 493 DM (früheres Bundesgebiet: 615 DM).

Aufgrund der unzureichenden Anpassung der Freibeträge und der Bedarfssätze lag die durchschnittliche Zahl der Geförderten 1995 um 31 % – bei den Schülern um 34 % und bei den Studenten um 30 % – niedriger als 1991. Im gleichen Zeitraum verringerte sich der Finanzaufwand um 26 %.

3 Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit

3.1 Im Blickpunkt: Erwerbstätige und Arbeitslose

Statistische Angaben über den Problembereich „Beschäftigung und Arbeitslosigkeit“ vermitteln wichtige Aussagen über das Wirtschaftsleben und die Konjunkturentwicklung. Ihr hoher Stellenwert in der Wirtschaftspolitik resultiert in erster Linie aus den nun schon seit Mitte der 70er Jahre anhaltenden Ungleichgewichten am Arbeitsmarkt.

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands traten in den neuen Ländern und Berlin-Ost das zuvor in dieser Form unbekannte Problem der Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Gefahr des sozialen Abstiegs auf. Der Grund war die Freisetzung von Arbeitskräften beim Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft. Seit dieser Zeit steigt in den neuen Ländern und Berlin-Ost die Zahl der Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Arbeitslosigkeit ist keine abstrakte Größe, sondern sie greift entscheidend in das Leben der Betroffenen und ihrer Familien ein. So führen die mit der Arbeitslosigkeit verbundenen Einkommensverluste häufig nicht nur zu Konsumverzicht, sondern auch zu einer Einschränkung der gesellschaftlichen Teilhabe (Freizeitaktivitäten wie Kinobesuche, Klassenfahrten der Kinder etc.) und zu Problemen innerhalb der Familie.

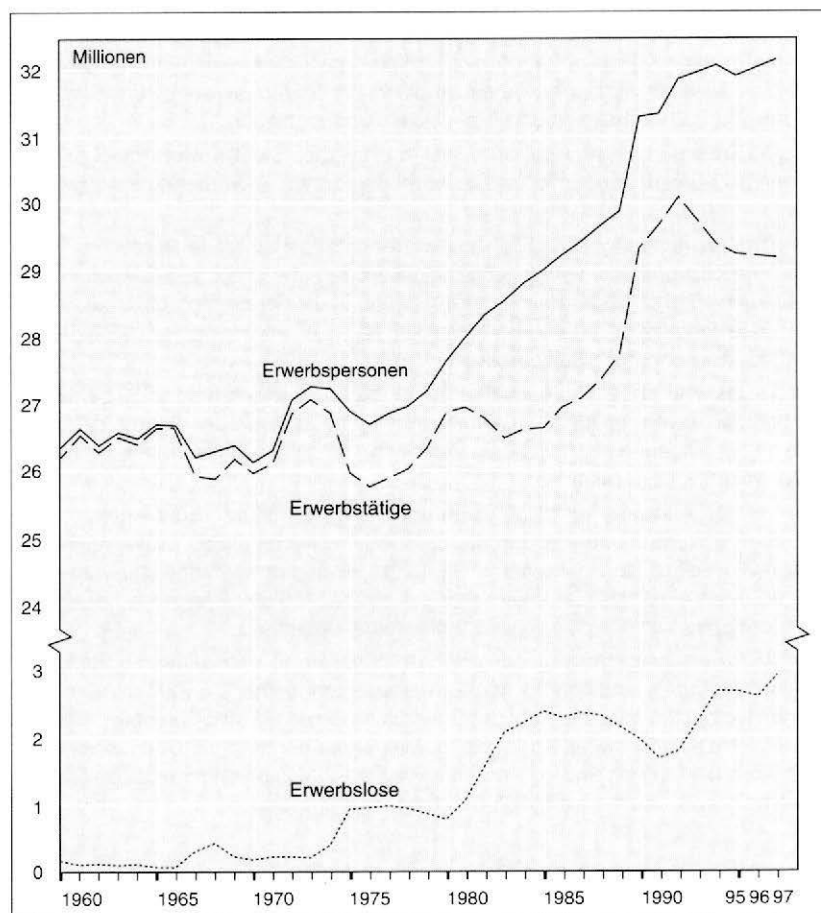
Tab. 1: Eckdaten zu Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit
Ergebnisse des Mikrozensus April 1997

Merkmal	Erwerbstätige		Erwerbslose	
	1 000	%	1 000	% ¹
<i>Deutschland</i>				
Insgesamt	35 805	100,0	4 475	11,1
Männer	20 549	57,4	2 380	10,4
Frauen	15 256	42,6	2 095	12,1
<i>Früheres Bundesgebiet</i>				
Insgesamt	29 200	100,0	2 913	9,1
Männer	16 901	57,9	1 698	9,1
Frauen	12 299	42,1	1 215	9,0
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>				
Insgesamt	6 605	100,0	1 562	19,1
Männer	3 649	55,2	683	15,8
Frauen	2 957	44,8	880	22,9

1 Anteile der Erwerbslosen an den Erwerbstätigen und Erwerbslosen.

So sollte der Blick beim Thema Erwerbstätigkeit nicht auf die finanziellen Aspekte verengt werden. Die Erwerbstätigkeit nimmt im menschlichen Leben einen zentralen Platz ein, nicht nur zur Sicherung des Lebensunterhalts, sondern auch

Abb. 1: Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit seit 1960¹ im früheren Bundesgebiet



¹ Ergebnisse des Mikrozensus; außer 1983 und 1984: Ergebnisse aus EG-Arbeitskräftestichprobe.

bei der persönlichen Selbstentfaltung, da die Arbeitsbedingungen die gesamten Lebensumstände entscheidend beeinflussen. Wer etwa am Arbeitsplatz ausreichend Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume hat, wird häufig auch sein

persönliches Umfeld aktiver gestalten als jene, die sich am Arbeitsplatz mit Monotonie und Unterordnung abfinden müssen.

Das Zahlenmaterial über Erwerbstätige und Arbeitslose stammt aus unterschiedlichen Quellen. Es sind dies die Statistiken der Arbeitsämter und die Beschäftigtenstatistik der Sozialversicherungsträger, die beide vorhandene Verwaltungsunterlagen auswerten, sowie die Erhebungen der Statistischen Ämter, wie der Mikrozensus oder die Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Gemeinschaften. Sie gehen zum Teil von unterschiedlichen Begriffsabgrenzungen aus, die beachtet werden müssen, damit bei der Interpretation der Zahlen keine Mißverständnisse auftreten. Vielfach wird nicht einheitlich zwischen Erwerbspersonen und Erwerbstätigen sowie Erwerbslosen und Arbeitslosen unterschieden.

Zu den Erwerbspersonen gehören aus statistischer Sicht sowohl die Erwerbstätigen als auch die Erwerbslosen: $\text{Erwerbspersonen} = \text{Erwerbstätige} + \text{Erwerbslose}$.

Erwerbstätig (umgangssprachlich auch „berufstätig“) sind alle Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen (abhängig Beschäftigte) sowie alle Selbständigen, Freiberufler und mithelfenden Familienangehörigen. Ob es sich um eine hauptberufliche Tätigkeit oder eine Nebentätigkeit handelt und wie hoch das Entgelt ist, spielt für die Zuordnung keine Rolle.

Erwerbslos sind alle Nichtbeschäftigten, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt registriert sind oder nicht. Als Arbeitslose gelten hingegen nur diejenigen Personen, die beim Arbeitsamt als solche gemeldet sind (vgl. 3.7 bis 3.11).

Nach diesen Abgrenzungen gab es im April 1997 im früheren Bundesgebiet rund 32,1 Mill. Erwerbspersonen, darunter 29,2 Mill. Erwerbstätige. Im Vergleich zum April 1991 zeigte sich bei einer Steigerung der Erwerbspersonenzahl um etwa 750 000 eine Abnahme der Erwerbstätigen um ca. 480 000 Personen, der ein Anstieg der Erwerbslosigkeit um gut 1,2 Mill. gegenüberstand.

Die Mikrozensusergebnisse vom April 1997 weisen in den neuen Ländern und Berlin-Ost einen Stand von 8,2 Mill. Erwerbspersonen aus. Die Zahl der Erwerbstätigen lag bei 6,6 Mill., die Zahl der Erwerbslosen bei 1,6 Mill. Personen. Die Zahl der Erwerbstätigen war im April 1997 damit gegenüber der Mikrozensuserhebung vom April 1991 in den neuen Ländern um rund 1,2 Mill. niedriger und die Zahl der Erwerbslosen war um rund 596 000 Personen gestiegen.

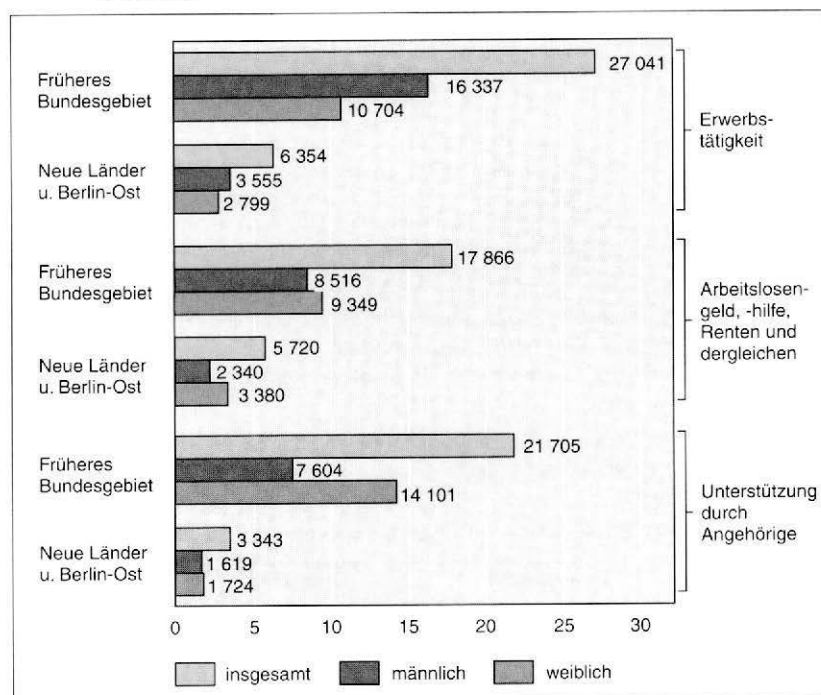
3.2 Erwerbstätigkeit als Unterhaltsquelle

Für 40,6 % der Bevölkerung in den elf alten Bundesländern war im April 1997 die eigene Erwerbstätigkeit die wichtigste Unterhaltsquelle. 32,6 % wurden ganz oder zum Teil durch Angehörige (Eltern, Ehepartner, Kinder usw.) versorgt. 23,9 % lebten überwiegend von Renten, Pensionen und Erträgen aus Vermögen, sonstigen

Unterstützungen und Sozialhilfe, und 2,9 % bestritten ihren Lebensunterhalt aus Arbeitslosengeld oder -hilfe.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost war im April 1997 für 41,2 % der Bevölkerung die eigene Erwerbstätigkeit die überwiegende Unterhaltsquelle. 21,7 % der Bevölkerung wurden von ihren Angehörigen unterstützt, 28,4 % lebten von Renten und dergleichen. Für 8,7 % der Bevölkerung waren Arbeitslosengeld oder -hilfe die wichtigsten Quellen des Lebensunterhalts.

Abb. 2: Bevölkerung nach überwiegender Lebensunterhalt im April 1997
in Tausend



3.3 Beteiligung am Erwerbsleben

Der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung (Erwerbsquote) im früheren Bundesgebiet lag 1997 mit 48,2 % etwas höher als 1950 (46,2 %), obwohl sich die Ausbildungszeiten verlängert haben und noch die Möglichkeit besteht, früher aus dem Erwerbsleben auszusteigen. Hier machen sich die Verschie-

Tab. 2: Erwerbsquoten

Anteil der Erwerbspersonen an 100 Männern bzw. Frauen

Jahr	Männer	Frauen	Verheiratete Frauen	Insgesamt
<i>Früheres Bundesgebiet</i>				
1950	63,2	31,3	25,0	46,2
1960	63,2	33,6	32,5	47,7
1970	58,3	30,2	35,6	43,5
1980	58,4	32,6	40,6	44,9
1985	60,3	35,9	42,5	47,6
1991	60,0	38,8	47,2	49,1
1993	59,3	39,3	48,2	49,1
1995	58,0	39,2	48,4	48,3
1997	57,3	39,6	49,2	48,2
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>				
1991	59,9	50,0	73,0	54,7
1993	55,7	47,7	68,9	51,5
1995	57,1	48,4	68,9	52,6
1997	57,6	48,5	67,7	53,0

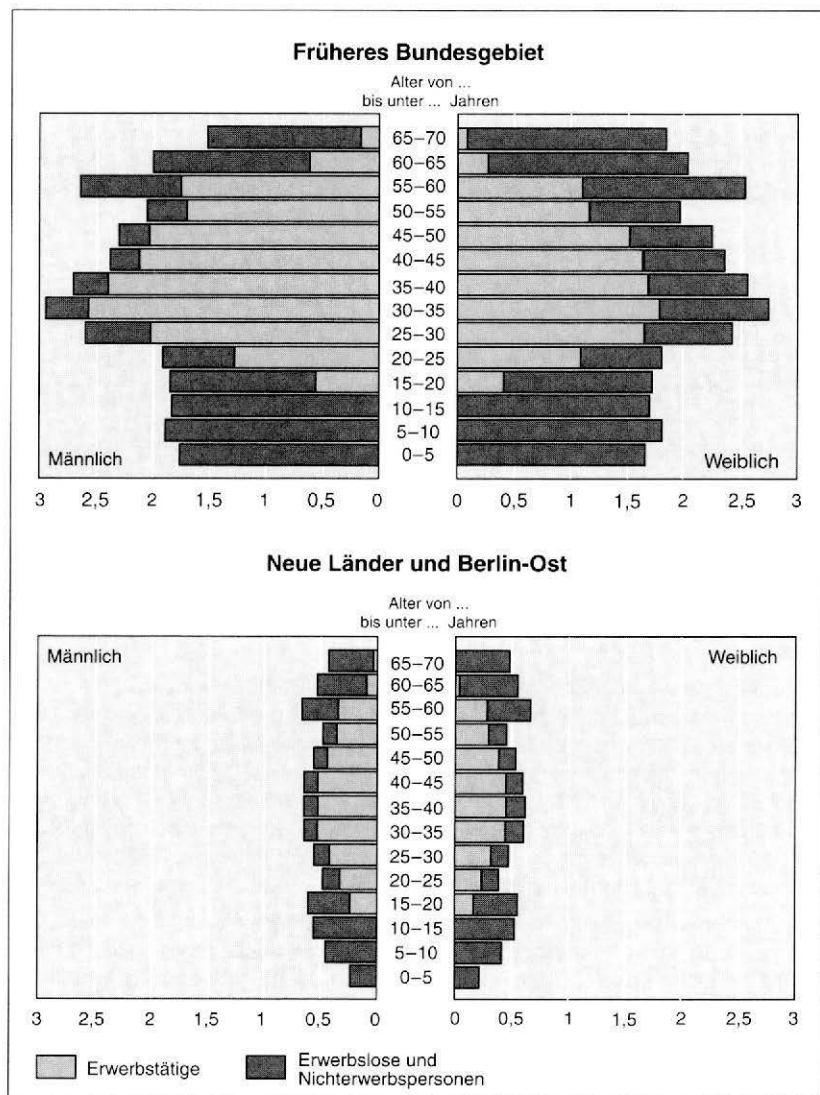
bungen im Altersaufbau der Bevölkerung bemerkbar. Vor allem aber hat sich auch das Erwerbsverhalten der Frauen, insbesondere das der verheirateten Frauen, verändert. Hier war der Anstieg der Erwerbsquote besonders hoch, nämlich von 25 % im Jahr 1950 auf 49,2 % im April 1997.

Bezogen auf die 15- bis unter 65jährigen Männer lag die Erwerbsquote bei 80,5 %, für die Frauen gleichen Alters bei 60,3 %.

Tab. 3: Frauenerwerbsquoten nach Altersgruppen

Alter von ... bis unter ... Jahre	Deutschland		Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost	
	1991	1997	1960	1991	1997	1991	1997
15-20	37,2	27,8	75,0	34,8	26,6	46,3	31,7
20-25	75,9	68,0	75,7	73,4	66,6	87,2	75,1
25-30	75,6	75,7	52,7	70,8	73,7	96,2	86,4
30-35	72,8	74,7	45,1	66,5	70,9	97,3	92,6
35-40	75,1	76,3	45,4	68,8	71,9	97,7	94,9
40-45	75,4	79,2	44,9	70,5	75,3	96,9	95,0
45-50	72,8	77,2	41,6	67,2	73,6	95,7	93,0
50-55	65,3	69,6	37,9	58,6	65,4	91,4	88,4
55-60	42,9	55,0	32,7	44,4	50,7	37,2	71,8
60-65	10,7	11,9	20,9	12,2	13,7	4,8	5,1
65-70	3,3	3,5	X	3,8	4,1	1,2	1,3

Abb. 3: Bevölkerung nach Alter und Beteiligung am Erwerbsleben
im April 1997¹
in Millionen



¹ Ergebnisse des Mikrozensus.

Der Anteil der Erwerbspersonen bei den Frauen liegt in den neuen Ländern und Berlin-Ost deutlich höher als im früheren Bundesgebiet. Besonders deutlich sind die Unterschiede bei den verheirateten Frauen (67,7 %), während sich die Erwerbsbeteiligung der Männer in den neuen Ländern (57,6 %) kaum von der im früheren Bundesgebiet unterscheidet.

Eine Aufschlüsselung der Erwerbsquote nach dem Alter der Frauen zeigt eine deutliche Zunahme der Erwerbsbeteiligung bei den 25- bis 54jährigen Frauen im früheren Bundesgebiet. Sie stieg seit 1960 um mehr als 60 %. In den neuen Ländern und Berlin-Ost erreicht die Frauenerwerbsquote bei den 25- bis 49jährigen einen Wert von 93 %, selbst bei den 50- bis 54jährigen liegt sie noch bei gut 88 %.

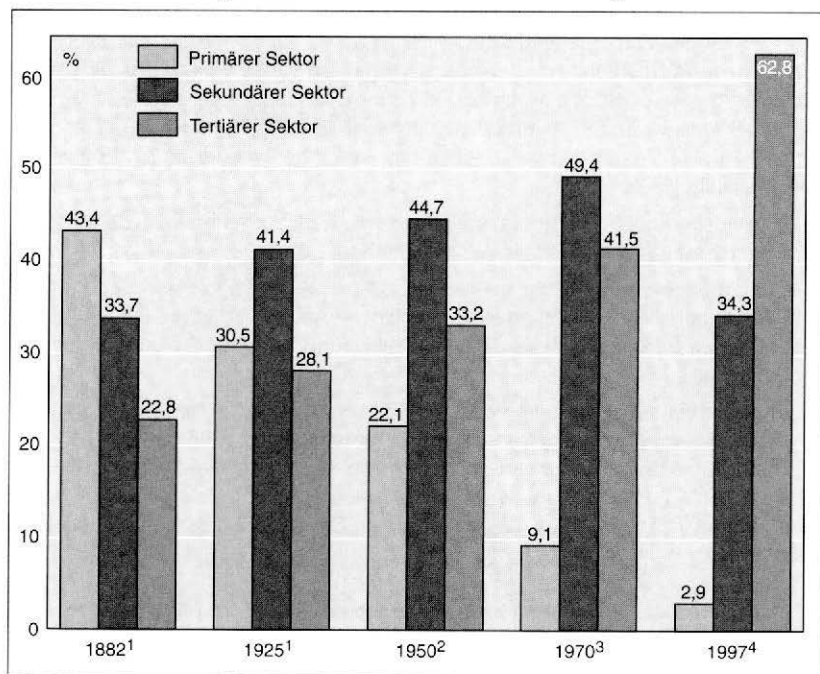
3.4 Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

Wendet man die traditionelle Aufgliederung der Wirtschaftsbereiche in primären (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei), in sekundären (Produzierendes Gewerbe) und in tertiären Sektor (Dienstleistungen) auf die wirtschaftliche Zugehörigkeit der Erwerbstätigen an, werden tiefgreifende Wandlungen im Zeitablauf offenkundig. Änderungen in den Produktions- und Fertigungsverfahren, zunehmende Automatisierung und Rationalisierung sowie die veränderte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen haben zu einer erheblichen Umverteilung der Erwerbstätigen geführt.

Am auffälligsten ist die Schrumpfung des primären Sektors: Vor rund 100 Jahren war dort mit über acht Mill. Menschen der größte Teil der Erwerbspersonen tätig; heute liegt der Anteil der dort Beschäftigten mit Abstand an letzter Stelle. War 1882 im damaligen Reichsgebiet nahezu jeder zweite Erwerbstätige im primären Sektor beschäftigt, so war es 1997 nur noch etwa jeder 34. in Deutschland, bezogen auf das frühere Bundesgebiet sogar nur noch jeder 37. Erwerbstätige. Insgesamt waren 1997 in Deutschland gut 1 Mill. Menschen in der Landwirtschaft beschäftigt, und zwar 796 000 im früheren Bundesgebiet und 252 000 in den neuen Ländern.

Der Abnahme der Erwerbstätigenzahlen im Agrarbereich steht eine starke Zunahme im tertiären Sektor gegenüber. Hier arbeiten heutzutage in Deutschland rund 63 % aller Erwerbstätigen, vor gut hundert Jahren war es nicht einmal ein Viertel. Nachdem das Produzierende Gewerbe im früheren Bundesgebiet in den 60er und 70er Jahren die meisten Arbeitsplätze bot (ca. 50 %), ist sein Beschäftigtenanteil in den vergangenen Jahrzehnten auf rund 34 % gefallen. Dabei gab es 1997 nur noch geringe Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern. In den neuen Bundesländern hatte er im April 1991 noch bei 42,3 %, im früheren Bundesgebiet bei 40,6 % gelegen.

Abb. 4: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen im Vergleich



1 Ergebnisse der Berufszählungen im Reichsgebiet – Erwerbspersonen.

2 Ergebnisse der Berufszählung im früheren Bundesgebiet.

3 Ergebnisse des Mikrozensus April 1970 im früheren Bundesgebiet.

4 Ergebnisse des Mikrozensus April 1997 in Deutschland.

Tab. 4: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen¹
(Ergebnisse des Mikrozensus) in Tausend

Wirtschafts- bereiche	Früheres Bundesgebiet					Neue Länder und Berlin-Ost	
	1960	1970	1980	1991	1997	1991	1997
Primärer Sektor	3 541	2 402	1 437	1 045	796	530	252
Sekundärer Sektor	12 807	13 005	12 174	12 065	10 084	3 285	2 203
Tertiärer Sektor	9 846	10 937	13 263	16 574	18 319	3 947	4 150
Insgesamt	26 194	26 344	26 874	29 684	29 200	7 761	6 605

¹ In den Abgrenzungen gibt es kleinere Abweichungen, da es Veränderungen bei den zugrunde liegenden Klassifikationen der Wirtschaftszweige im Zeitablauf gab.

3.5 Berufe und Tätigkeitsmerkmale

Der Wandel der Wirtschaftsstrukturen durch den allgemeinen technischen Fortschritt, neue Produktions- und Fertigungsverfahren sowie veränderte wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen haben auch viele Berufe bzw. Berufsbereiche verändert. In den „Dienstleistungsberufen“ sind heute in Deutschland 62 % aller Erwerbstätigen beschäftigt. Von ihnen wiederum sind mit 56 % über die Hälfte Frauen.

Der zweite stark besetzte Berufsbereich sind die Fertigungsberufe, in denen 26 % der Erwerbstätigen ihrem Broterwerb nachgehen.

Relativ unbedeutend in bezug auf die Zahl der Erwerbstätigen sind dagegen die landwirtschaftlichen Berufsbereiche mit einem Anteil von rund 3 % und die „Technischen Berufe“, in denen im April 1997 rund 7 % der Erwerbstätigen beschäftigt waren.

Betrachtet man anhand der Mikrozensus-Ergebnisse die von den Erwerbstätigen tatsächlich ausgeübten Tätigkeiten, so wird deutlich, daß 1996 nur noch 16,1 % von ihnen unmittelbar mit dem Gewinnen und Herstellen von Waren (auch Anbauen, Züchten, Bauen, Installieren und Montieren) befaßt waren. Fast 84 % dagegen übten Tätigkeiten aus, die im weitesten Sinne als Dienstleistungen gelten können.

Tab. 5: Erwerbstätige in Deutschland nach Berufsbereichen im April 1997¹

Berufsbereich ²	Insgesamt 1 000	Darunter weiblich %
Berufe in Land-, Tier-, Forst- wirtschaft und im Gartenbau	1 054	38,5
Bergleute, Mineralgewinner	105	/
Fertigungsberufe	9 343	17,5
Technische Berufe	2 377	16,4
Dienstleistungsberufe	22 263	56,4
Sonstige Arbeitskräfte	662	38,5
Insgesamt	35 805	42,6

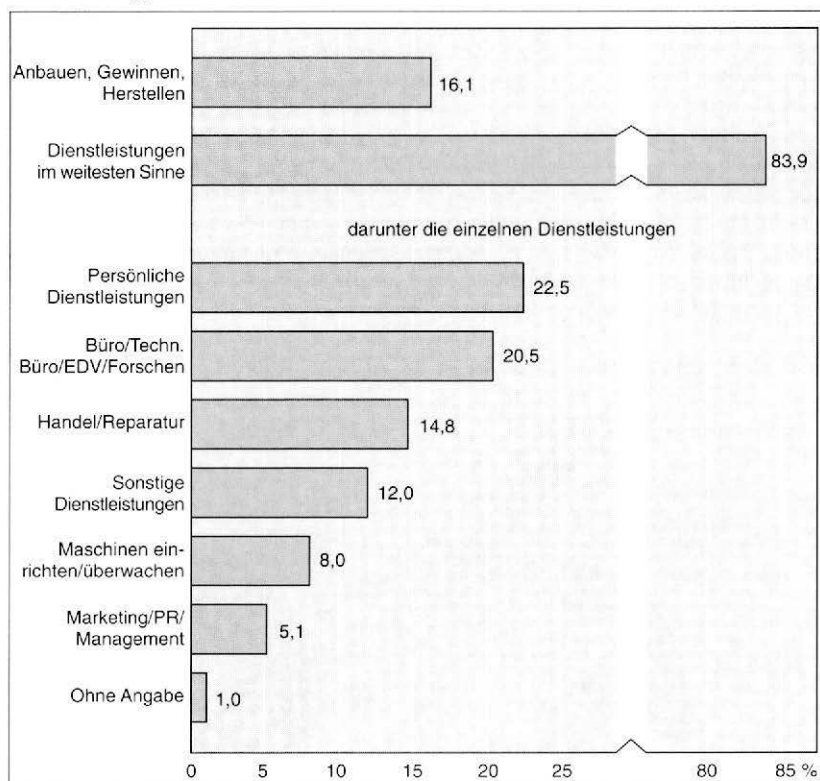
¹ Ergebnisse des Mikrozensus vom April 1997.

² Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1992.

3.6 Stellung im Beruf

Die traditionelle Aufgliederung nach der Stellung im Beruf (Selbständige, mit-
helfende Familienangehörige, Beamte, Angestellte und Arbeiter) spiegelt heutzutage nur noch in sehr eingeschränktem Maße die soziale Struktur der Erwerbstätigen wider, weil jede einzelne Gruppe – insbesondere die der Angestellten – eine

Abb. 5: Erwerbstätige in Deutschland nach Art der überwiegenden Tätigkeit 1996¹



1 Ergebnisse des Mikrozensus vom April 1996.

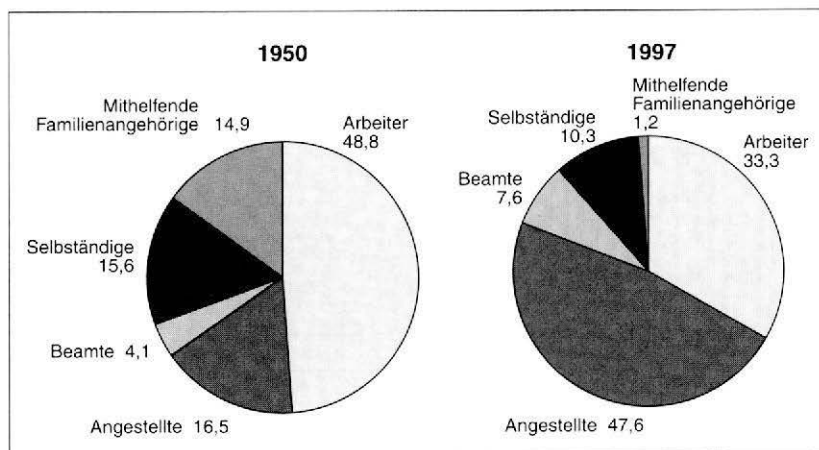
breite Palette hierarchischer Einstufungsmöglichkeiten bietet. Als historisch gewachsene Einteilung bringt sie jedoch im Zeitablauf gesellschaftliche Veränderungen zum Ausdruck und ist darüber hinaus weiterhin für das rechtliche Beschäftigungsverhältnis (z. B. Zugehörigkeit zur Rentenversicherung) von Bedeutung.

1997 standen 88,5 % aller Erwerbstätigen im früheren Bundesgebiet und 92,0 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost in einem abhängigen Arbeitsverhältnis, d. h. sie waren als Arbeiter, Angestellte (einschließlich Auszubildende) oder Beamte tätig. Die Angestellten stellten mit 47,6 bzw. 46,5 % den größten Anteil, gefolgt von den Arbeitern mit 33,3 bzw. 41,8 %. Selbständige waren mit 10,3 % im früheren Bundesgebiet und mit 7,8 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost, Beamte mit 7,6 % in den alten und mit 3,7 % in den neuen Bundesländern vertreten. Auf die unbe-

zahlten, zumeist in der Landwirtschaft tätigen mithelfenden Familienangehörigen entfiel ein Anteil von 1,2 bzw. 0,2 %.

Die Struktur der Erwerbstätigen nach der Stellung im Beruf hat sich in den letzten vier Jahrzehnten erheblich gewandelt: Während der Anteil der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen in den alten Bundesländern von 1950 bis 1997 um über 60 % zurückging, konnten die Angestellten und Beamten ihren Anteil fast verdreifachen. Diese Veränderung muß im Zusammenhang mit dem bereits ange-deuteten langfristigen Wandel in der Wirtschaftsstruktur gesehen werden. So hat beispielsweise der Rückgang der Erwerbstätigenzahlen in der Landwirtschaft mit ihrem hohen Anteil an Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen zu einem Rückgang dieser beiden Gruppen insgesamt beigetragen, während das starke Anwachsen des tertiären Sektors (Dienstleistungen) zu einer beträchtlichen Zunahme der Zahl der Angestellten führte.

Abb. 6: Erwerbstätige nach Stellung im Beruf im früheren Bundesgebiet in Prozent



In den alten wie auch in den neuen Bundesländern weist der Anteil der Selbständigen, der mithelfenden Familienangehörigen und der abhängig Erwerbstätigen für Männer und Frauen typische Unterschiede auf. Bei den Männern im früheren Bundesgebiet ist der Anteil der Selbständigen (13,1 %) und Beamten (9,2 %) etwa doppelt so hoch wie bei den Frauen (1997: 6,6 bzw. 5,3 %). In den neuen Bundesländern sind die Unterschiede noch deutlicher. Dort war im April 1997 ein Anteil von 9,8 % aller männlichen Erwerbstätigen selbständig, bei den Frauen waren es 5,2 %. Der Anteil der Beamten lag bei 4,9 %, der entsprechende Wert für Beamtinnen betrug 2,2 %. Die weiblichen Erwerbstätigen übten überwiegend Angestelltenberufe aus (früheres Bundesgebiet: 62,1 %; neue Länder und Berlin-Ost:

Tab. 6: Erwerbstätige nach Stellung im Beruf und Geschlecht im April 1997¹
in Prozent

Stellung im Beruf	Männer	Frauen
<i>Deutschland</i>		
Arbeiter ²	42,8	24,2
Angestellte ³	35,9	63,0
Beamte	8,4	4,7
Selbständige	12,5	6,3
Mithelfende Familienangehörige	0,4	1,8
<i>Früheres Bundesgebiet</i>		
Arbeiter ²	40,2	23,8
Angestellte ³	37,1	62,1
Beamte	9,2	5,3
Selbständige	13,1	6,6
Mithelfende Familienangehörige	0,5	2,2
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>		
Arbeiter ²	54,8	25,8
Angestellte ³	30,4	66,4
Beamte	4,9	2,2
Selbständige	9,8	5,2
Mithelfende Familienangehörige	0,1	0,4

1 Ergebnisse des Mikrozensus im April 1997.

2 Einschließlich Auszubildender in anerkannten gewerblichen Ausbildungsberufen.

3 Einschließlich Auszubildender in anerkannten kaufmännischen und technischen Ausbildungsberufen.

Tab. 7: Erwerbstätige in Deutschland nach Stellung im Beruf und
Ausbildungsabschluß im April 1997¹

Stellung im Beruf	Insgesamt	Darunter mit	
		Lehr-, Anlern- ausbildung ²	Fach-, Fachhoch-, Hochschul- abschluß
	1 000	%	
Selbständige	3 528	41,2	43,8
Mithelfende Familienangehörige	360	48,1	10,3
Beamte	2 455	33,7	55,2
Angestellte ³	16 986	55,2	30,0
Arbeiter ³	12 476	64,6	5,0
Insgesamt	35 805	55,6	24,2

1 Ergebnisse des Mikrozensus vom April 1997.

2 Einschließlich gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses sowie beruflichen Praktikums.

3 Einschließlich Auszubildender.

66,4 %). Von den erwerbstätigen Männern war jeweils der größere Teil (40,2 bzw. 54,8 %) als Arbeiter tätig.

Die berufliche Stellung hängt eng mit dem Ausbildungsstand der Erwerbstätigen zusammen. So sind Personen mit qualifizierten Ausbildungsabschlüssen unter den Selbständigen und Beamten wesentlich häufiger vertreten als in den übrigen Berufsgruppen. Eine Lehre bzw. eine Anlernausbildung dominiert dagegen bei den Arbeitern.

3.7 Arbeitslose und offene Stellen

Der Grundsatz der Vollbeschäftigung ist schon im Stabilitäts- und Wachstums-gesetz von 1967 postuliert worden und gehört zu den wichtigsten politischen Zielen, denn Arbeitslosigkeit ist sowohl ein schwerwiegendes persönliches Problem für die Betroffenen als auch eine große Herausforderung für die Gesellschaft. Zum einen müssen die Arbeitslosen gravierende finanzielle Einbußen hinnehmen und stehen häufig zusätzlich unter großer psychischer Belastung; zum anderen stellen sie für den Staat einen erheblichen Kostenfaktor dar, während sie mit dem Einsatz ihrer Arbeitskraft zur gesamtwirtschaftlichen Leistung beitragen könnten.

Vollbeschäftigung ist allerdings nicht mit völliger Ausschaltung von Arbeitslosigkeit gleichzusetzen, denn saisonale Arbeitslosigkeit (z. B. Winterarbeitslosigkeit im Baugewerbe) und vorübergehende Beschäftigungslosigkeit bei einem Arbeitsplatzwechsel lassen sich nie ganz vermeiden. Daher wird üblicherweise solange von einem Zustand der Vollbeschäftigung gesprochen, wie die Zahl der Arbeitslosen die Zahl der offenen Stellen nicht übersteigt.

Zu Beginn der 60er Jahre war nach dieser Abgrenzung im früheren Bundesgebiet Vollbeschäftigung erreicht. Es herrschte sogar ein Mangel an Arbeitskräften, der nur durch die Anwerbung von Ausländern und Ausländerinnen gemildert werden konnte. Seit 1974 liegt die jahresdurchschnittliche Zahl der Arbeitslosen jedoch erheblich über der Zahl der offenen Stellen. 1975 gab es im Jahresdurchschnitt bereits mehr als 1 Mill. Arbeitslose, und nach einem vorübergehenden geringfügigen Rückgang hatte die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt 1981 die Millionengrenze wiederum erheblich überschritten.

Im Laufe der Jahre 1982 bis 1988 verschlechterte sich die Arbeitsmarktlage weiter. Bis Anfang 1985 wurden 2,6 Mill. Arbeitslose registriert. Im Jahresdurchschnitt 1988 gab es noch 2,2 Mill. Arbeitslose. Ende 1988/Anfang 1989 verbesserte sich die Arbeitsmarktlage. Im Mai 1989 sank die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen erstmals wieder unter die Zwei-Millionen-Grenze. Bis zum Februar 1992 blieb der Bestand an Arbeitslosen unter dem jeweiligen Vorjahresergebnis und erreichte mit knapp 1,7 Mill. im Jahresdurchschnitt 1991 den niedrigsten Durchschnittswert seit 1982. Erst mit der beginnenden Konjunkturschwäche 1992 ging dann wieder ein Anstieg auf jahresdurchschnittlich 1,8 Mill. Personen einher, der sich auch in den

Jahren 1993 bis 1995 verstärkt fortsetzte. Im Jahresdurchschnitt 1993 waren 2,3 Mill., 1994 2,6 Mill. und 1995 ebenfalls ca. 2,6 Mill. Arbeitslose registriert. Der weitere starke Abbau der Beschäftigung hat die Arbeitslosigkeit 1996 wieder beträchtlich steigen lassen. So bewegte sie sich das ganze Jahr hindurch tendenziell zunehmend über Vorjahresniveau. Jahresdurchschnittlich stieg die Arbeitslosenzahl um 231 300 (1995/94: + 8 939). Infolgedessen überschritt auch die Arbeitslosenquote den früheren Höchststand Mitte der 80er Jahre spürbar. Auf der Basis der abhängigen zivilen Erwerbspersonen betrug sie jahresdurchschnittlich 10,1 %.

Tab. 8: Arbeitslose, offene Stellen und Arbeitslosenquoten
im früheren Bundesgebiet

Jahresdurchschnitt	Arbeitslose	Offene Stellen	Arbeitslosen- quoten ¹ %
	1 000		
1950 ²	1 868,5	118,5	11,0
1954 ²	1 410,7	139,7	7,6
1958 ²	763,9	221,6	3,7
1962	154,5	573,8	0,7
1966	161,1	539,8	0,7
1970	148,8	794,8	0,7
1974	582,5	315,4	2,6
1975	1 074,2	236,2	4,7
1976	1 060,3	235,0	4,6
1977	1 030,0	231,2	4,5
1978	992,9	245,6	4,3
1979	876,1	304,0	3,8
1980	888,9	308,3	3,8
1981	1 271,6	207,9	5,5
1982	1 833,2	104,9	7,5
1983	2 258,2	75,8	9,1
1984	2 265,6	87,9	9,1
1985	2 304,0	110,0	9,3
1986	2 228,0	153,9	9,0
1987	2 228,8	170,7	8,9
1988	2 241,6	188,6	8,7
1989	2 037,8	251,4	7,9
1990	1 883,1	313,6	7,2
1991	1 689,4	331,4	6,3
1992	1 808,3	323,5	6,6
1993	2 270,3	243,3	8,2
1994	2 556,0	233,6	9,2
1995	2 564,9	266,5	9,3
1996	2 796,2	270,4	10,1
1997	3 020,9	281,5	11,0

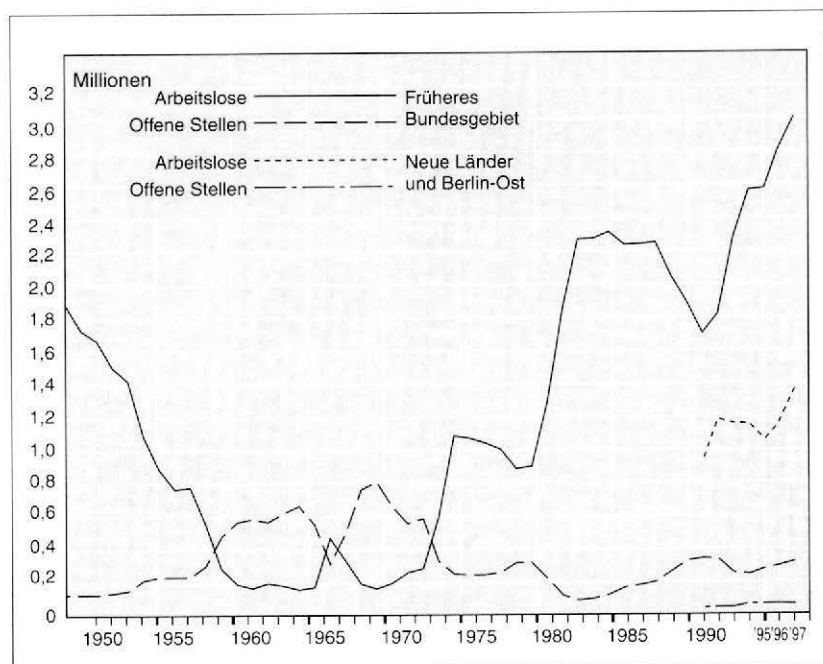
1 Bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen.

2 Ohne Angaben für das Saarland.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Auch 1997 hat sich die Arbeitslosigkeit weiter erhöht. Zwar gab es im Verlauf des Jahres Anzeichen der Besserung, bei jahresdurchschnittlicher Betrachtung ergab sich allerdings erneut eine spürbare Verschärfung. Jahresdurchschnittlich erhöhte sie sich um 224 700 oder 8 % auf 3,0 Mill.. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 11,0 %. Das gemeldete Stellenangebot hat sich 1997 erhöht. Betriebe und Verwaltungen nannten im Jahresverlauf 1997 2,65 Mill. Stellen, gut 2 % mehr als 1996. Der Stellenbestand erhöhte sich insgesamt aber nur schwach. Im Jahresdurchschnitt 1997 waren 281 500 Stellen gemeldet, rund 11 000 mehr als 1996.

Abb. 7: Arbeitslose und offene Stellen im früheren Bundesgebiet¹ und in den neuen Ländern und Berlin-Ost
Jahresdurchschnittswerte



¹ Bis 1958 ohne Angaben für das Saarland.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands trat auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost das Problem der Arbeitslosigkeit auf (in offener Form, verdeckte Arbeitslosigkeit gab und gibt es in allen Planwirtschaften). Der Hauptgrund für diese Entwicklung ist in der Anpassung der Wirtschaftsstruktur zu sehen. Dabei werden zunächst mehr Arbeitskräfte freigesetzt als neu eingestellt. So gab es im 2. Halbjahr

1990 durchschnittlich ca. 433 000 Arbeitslose, was einer Quote von 4,9 % entspricht. Dem standen nur etwa 25 000 offene Stellen gegenüber.

Im Jahresdurchschnitt 1991 hatte sich die Arbeitslosenquote bereits mehr als verdoppelt (10,3 %), sie stieg bis 1993 weiter auf 15,8 % an, nachdem sie 1992 bereits bei 14,8 % gelegen hatte. Im Jahresdurchschnitt 1994 lag die Arbeitslosenquote bei 16,0 % (1,14 Mill.). 1995 verringerte sich erstmals wieder die Arbeitslosenzahl jahresdurchschnittlich um 95 100 oder 8 % auf 1,05 Mill..

Ab 1996 verschlechterte sich der Arbeitsmarkt wieder spürbar. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl überschritt 1996 das Niveau des Vorjahres mit 1,17 Mill. um 121 800, 1997 mit 1,36 Mill. um 194 700. Zum Anstieg der Arbeitslosigkeit hat auch der abnehmende Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente

Tab. 9: Arbeitslose, offene Stellen und Arbeitslosenquoten 1991 – 1997
in Tausend

Jahres- durch- schnitt	Arbeitslose			Offene Stellen	Arbeitslosenquote in % ¹		
	ins- gesamt	Männer	Frauen		ins- gesamt	Männer	Frauen
Deutschland							
1991	2 602,2	1 280,6	1 321,6	362,8	7,3	6,4	8,5
1992	2 978,6	1 411,9	1 566,7	356,2	8,5	7,1	10,2
1993	3 419,1	1 691,6	1 727,6	279,5	9,8	8,6	11,3
1994	3 698,1	1 863,1	1 835,0	284,8	10,6	9,5	12,0
1995	3 611,9	1 850,6	1 761,3	321,3	10,4	9,6	11,4
1996	3 965,1	2 111,5	1 853,5	327,3	11,5	11,0	12,1
1997	4 384,5	2 342,4	2 042,1	337,1	12,7	12,2	13,3
Früheres Bundesgebiet							
1991	1 689,4	897,7	791,7	331,4	6,3	5,8	7,0
1992	1 808,3	982,8	825,5	323,5	6,6	6,2	7,2
1993	2 270,3	1 277,1	993,3	243,3	8,2	8,0	8,4
1994	2 556,0	1 461,6	1 094,3	233,6	9,2	9,2	9,2
1995	2 564,9	1 463,7	1 101,2	266,5	9,3	9,3	9,2
1996	2 796,2	1 616,5	1 179,7	270,4	10,1	10,4	9,9
1997	3 020,9	1 740,7	1 280,2	281,5	11,0	11,2	10,7
Neue Länder und Berlin-Ost							
1991	912,8	382,9	530,0	31,4	10,3	8,5	12,3
1992	1 170,3	429,1	741,1	32,7	14,8	10,5	19,6
1993	1 148,8	414,5	734,3	36,2	15,8	11,0	21,0
1994	1 142,1	401,4	740,6	51,1	16,0	10,9	21,5
1995	1 047,0	386,9	660,1	54,8	14,9	10,7	19,3
1996	1 168,8	495,0	673,8	56,8	16,7	13,7	19,9
1997	1 363,6	601,7	761,9	55,6	19,5	16,6	22,5

1 Bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

beigetragen. Die Arbeitslosenquote, auf der Basis der abhängigen zivilen Erwerbspersonen, betrug 1997 19,5 % (1996: 16,7 %). Im Jahresdurchschnitt 1997 standen mit 55 600 Stellenangeboten 2,2 % weniger zur Verfügung als 1996.

Um alle diese Zahlen richtig zu deuten, muß man sich vergegenwärtigen, daß es sich sowohl bei der Arbeitslosenzahl als auch bei der Zahl der offenen Stellen lediglich um Fälle handelt, die beim Arbeitsamt gemeldet sind. Im Hinblick auf die „tatsächliche“ Zahl der Personen ohne Arbeit gilt es zu bedenken, daß es sicherlich Arbeitsuchende gibt, die den Weg zum Arbeitsamt scheuen bzw. sich keine Vorteile davon erhoffen, wenn sie sich dort melden (sie werden als „Stille Reserve“ bezeichnet). Zur Stillen Reserve im weiteren Sinn zählen insbesondere auch diejenigen Personen, die sich in beruflicher Vollzeitweiterbildung oder in Deutschsprachkursen befinden, sowie ältere Bezieher von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, soweit sie der Arbeitsvermittlung nicht mehr zur Verfügung stehen (§ 105 c AFG). Ähnliches gilt für die Zahl der offenen Stellen. Hier wird ein großer Teil ohne Einschaltung des Arbeitsamtes vergeben und taucht ebenfalls in der Statistik nie auf. Die von der Bundesanstalt für Arbeit offiziell bekanntgegebenen Zahlen bieten dafür den Vorteil, daß sie anhand der Unterlagen der Arbeitsämter, ohne Befragung der Betroffenen, laufend aktualisiert werden können.

3.8 Arbeitsplatzverlust, Kurzarbeit und Arbeitsmarktpolitik

Der Zugang an Arbeitslosen in den alten Bundesländern belief sich von Januar bis Dezember 1997 auf insgesamt 4,9 Mill., 1 % weniger als 1996. Dabei lagen die Zugänge aus Erwerbstätigkeit (einschl. betrieblicher Ausbildung) insgesamt etwas unter denen des Vorjahres (– 3,3 %). Die Arbeitslosmeldungen von zuvor nicht Erwerbstätigen bewegten sich aber über den Vorjahreszahlen (+ 2 %). Zugleich nahm die Zahl der Abmeldungen merklich zu; so beendeten im gleichen Zeitraum 4,8 Mill. ihre Arbeitslosigkeit (3 % mehr). Somit ist der starke Anstieg des jahresdurchschnittlichen Bestandes an Arbeitslosen allein Konsequenz der längeren durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit. Sie lag für Personen, die 1997 ihre Arbeitslosigkeit beendeten, bei rund 32 Wochen, gegenüber 30 Wochen im Vorjahr.

In den neuen Bundesländern meldeten sich im Jahresverlauf 1997 2,3 Mill. Personen arbeitslos, 8 % mehr als im Jahr zuvor. Davon waren weitaus die meisten (1,4 Mill.) vor ihrer Arbeitslosmeldung beschäftigt. Wie auch in den Vorjahren sank der Anteil der zuvor Erwerbstätigen an allen Zugängen weiter, und zwar von 59 % auf 55 %. Dabei entwickelte sich der Zugang von Arbeitslosen, die sich nach einer betrieblichen Ausbildung arbeitslos meldeten, mit 60 800 stärker als 1996 (1997/96: + 22 %). Die durchschnittliche Dauer einer abgeschlossenen Arbeitslosigkeit betrug 1997 rund 32 Wochen, gegenüber 28,5 Wochen im Vorjahr. Im Lauf des Jahres 1997 beendeten 2,1 Mill. Personen ihre Arbeitslosigkeit, das waren 1 % weniger als 1996.

Um in konjunkturellen Schwächephasen Kündigungen zu vermeiden, gehen die Unternehmen oftmals zunächst zu Kurzarbeit über. Dieses Phänomen läßt sich im Zeitablauf eindrucksvoll belegen. Die höchsten Kurzarbeiterzahlen waren im Zeitraum der letzten 25 Jahre – neben 1993 – um das Jahr 1975 (Jahresdurchschnitt 1975: 773 300) sowie im Zeitraum 1981 bis 1984 festzustellen (Jahresdurchschnitt 1982: 606 000; Jahresdurchschnitt 1983: 675 100). 1993 war wieder ein deutlicher Anstieg zu beobachten. So lag die jahresdurchschnittliche Zahl 1993 im früheren Bundesgebiet bei 766 900, verringerte sich aber bis 1997 jahresdurchschnittlich auf 133 000. In den neuen Ländern und Berlin-Ost wurden die von Kurzarbeit betroffenen Personen erstmals ab Mitte 1990 erfaßt. Innerhalb eines Jahres erhöhte sich ihre Zahl von etwa 656 000 im Juli 1990 auf rund 1,6 Mill. im Juli 1991. Mit Auslaufen der besonderen Kurzarbeiterregelungen Ende 1991 ging ihre Zahl wieder stark zurück. Im Jahresdurchschnitt 1997 wurden nur noch 49 500 Menschen in Kurzarbeit gezählt.

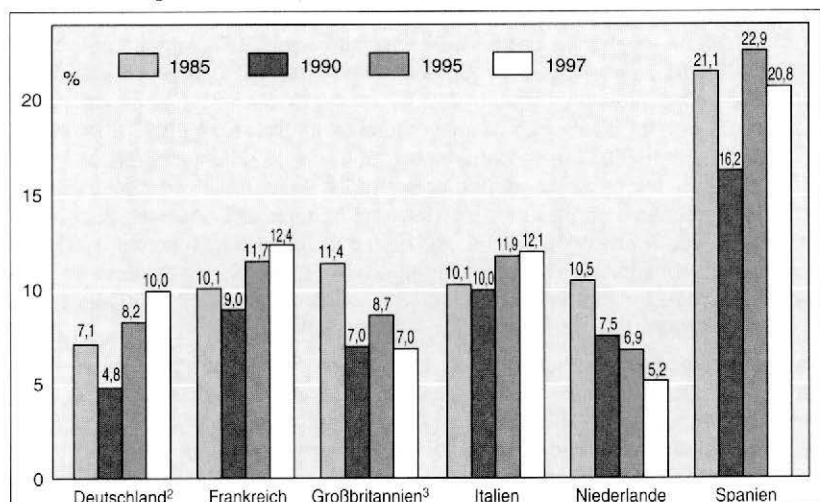
Ein besonderes Gewicht kommt nach wie vor den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit zu. Durch diese Maßnahmen soll der Ausgleich von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt verbessert werden, zugleich die Erwerbstätigkeit gefördert und die Arbeitslosigkeit gemindert werden. Allerdings haben diese Maßnahmen (wie z. B. Förderung der beruflichen Weiterbildung, Kurzarbeitergeld, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) in den neuen Ländern immer noch eine weitaus größere Bedeutung als im früheren Bundesgebiet. So wurden in den neuen Ländern und Berlin-Ost im Jahresdurchschnitt 1997 rund 600 000 Männer und Frauen (früheres Bundesgebiet: rund 580 000) durch ausgewählte Arbeitsmarkt- und sozialpolitische Maßnahmen gefördert.

Die Zahl der in allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung Tätigen (ABM einschl. Beschäftigte mit Produktivem Lohnkostenzuschuß) hat in Deutschland von 1995 bis 1997 um 21,4 % abgenommen (1997: 302 300 Personen). Die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung verringerte sich von 1995 bis 1997 um 23 % auf 431 000 Personen. Altersübergangs- und Vorruhestandsgeld wurde 1997 nur noch von 59 800 Personen in Anspruch genommen, das bedeutete eine Abnahme von 84 % gegenüber 1995.

3.9 Arbeitslosenquoten im Vergleich

Arbeitslosigkeit ist heute ein weltweites Problem. Zwar läßt sich ihr Ausmaß über Ländergrenzen hinweg aufgrund unterschiedlicher Erhebungsmethoden nicht exakt vergleichen, gleichwohl bemühen sich aber die internationalen Organisationen, insbesondere das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, die Arbeitslosenstatistiken soweit zu vereinheitlichen, daß die Daten näherungsweise vergleichbar werden.

Abb. 8: Jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquoten¹
in ausgewählten europäischen Ländern



1 Gemäß Schätzmethode von EUROSTAT für Vergleiche zwischen den Mitgliedstaaten.

2 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet.

3 Und Nordirland.

Tab. 10: Arbeitslosenquoten¹ in der Europäischen Union
Jahresdurchschnitt in %

Land	1991	1993	1995	1996	1997
Belgien	6,6	8,9	9,9	9,7	9,2
Dänemark	8,4	10,1	7,2	6,8	5,5
Deutschland	5,6	7,9	8,2	8,9	10,0
Griechenland	7,0	8,6	9,2	9,6	9,6
Finnland	7,0	17,2	16,2	15,3	13,1
Frankreich	9,5	11,7	11,7	12,4	12,4
Großbritannien und Nordirland	8,8	10,4	8,7	8,2	7,0
Irland	14,8	15,6	12,3	11,6	10,1
Italien	8,8	10,3	11,9	12,0	12,1
Luxemburg	1,7	2,7	2,9	3,0	2,6
Niederlande	5,8	6,6	6,9	6,3	5,2
Österreich	.	4,0	3,9	4,3	4,4
Portugal	4,0	5,7	7,3	7,3	6,8
Schweden	3,1	9,1	8,8	9,6	9,9
Spanien	16,4	22,8	22,9	22,2	20,8
EU-Länder insgesamt	8,2	10,7	10,7	10,8	10,7

1 Gemäß Schätzmethode von EUROSTAT für Vergleiche zwischen den Mitgliedstaaten.

Quelle: EUROSTAT.

Bei der Betrachtung der „Arbeitslosenquoten für Vergleiche zwischen den Mitgliedstaaten“ (Abb. 8) fällt auf, daß die Arbeitslosigkeit in den Ländern der EU zwischen 1985 und 1990 überwiegend zurückgegangen ist, seitdem ist sie aber in den meisten Staaten wieder angestiegen. Insgesamt stellt sich die Situation in vielen Staaten (z. B. Spanien, Italien, Frankreich oder Finnland) z. T. weitaus ungünstiger dar als in der Bundesrepublik Deutschland. 1997 wurden in der Europäischen Union der fünfzehn Staaten insgesamt 17,9 Mill. Arbeitslose registriert. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote lag bei 10,7 %.

Tab. 11: Arbeitslose und Arbeitslosenquoten nach Ländern
Jahresdurchschnitte 1996 und 1997

Bundesland	Arbeitslose		Arbeitslosenquoten ¹ in %	
	1996	1997	1996	1997
Baden-Württemberg	353 919	382 008	8,0	8,7
Bayern	401 991	442 283	7,9	8,7
Berlin-West	149 801	150 879	15,7	
Berlin-Ost	86 198	114 786	14,4	17,3 ²
Brandenburg	187 051	218 148	16,2	18,9
Bremen	44 374	46 951	15,6	16,8
Hamburg	83 942	92 520	11,7	13,0
Hessen	234 083	260 796	9,3	10,4
Mecklenburg-Vorpommern	147 786	168 364	18,0	20,3
Niedersachsen	386 244	413 832	12,1	12,9
Nordrhein-Westfalen	826 959	884 479	11,4	12,2
Rheinland-Pfalz	149 782	163 768	9,4	10,3
Saarland	52 065	56 539	12,4	13,6
Sachsen	322 322	374 139	15,9	18,4
Sachsen-Anhalt	234 451	270 444	18,8	21,7
Schleswig-Holstein	113 083	126 844	10,0	11,2
Thüringen	191 013	217 675	16,7	19,1
Deutschland	3 965 064	4 384 456	11,5	12,7
Früheres Bundesgebiet	2 796 243	3 020 900	10,1	11,0
Neue Länder und Berlin-Ost	1 168 821	1 363 556	16,7	19,5

1 Bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen.

2 Berlin insgesamt.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Innerhalb Deutschlands gibt es – abgesehen von den ohnehin vom wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Bundesländern betroffenen Regionen – zusätzlich einige strukturschwache Gebiete, die besonders hart von Arbeitslosigkeit betroffen sind. So liegen die Arbeitslosenquoten in den norddeutschen Küstengebieten, in Teilen des Ruhrgebiets und im Saarland erheblich über dem Bundesdurchschnitt.

3.10 Struktur der Arbeitslosigkeit

3.10.1 Problemgruppen des Arbeitsmarktes

Für die wirtschaftspolitische Beurteilung der Arbeitslosigkeit ist nicht nur deren Höhe, sondern auch ihre Struktur von Bedeutung. Nicht alle Personengruppen werden in gleichem Ausmaß durch die Beschäftigungskrise betroffen. Ältere Arbeitnehmer, Frauen, der ausländische Bevölkerungsteil, Schwerbehinderte und Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung werden mitunter auch als „Problemgruppen“ des Arbeitsmarktes bezeichnet.

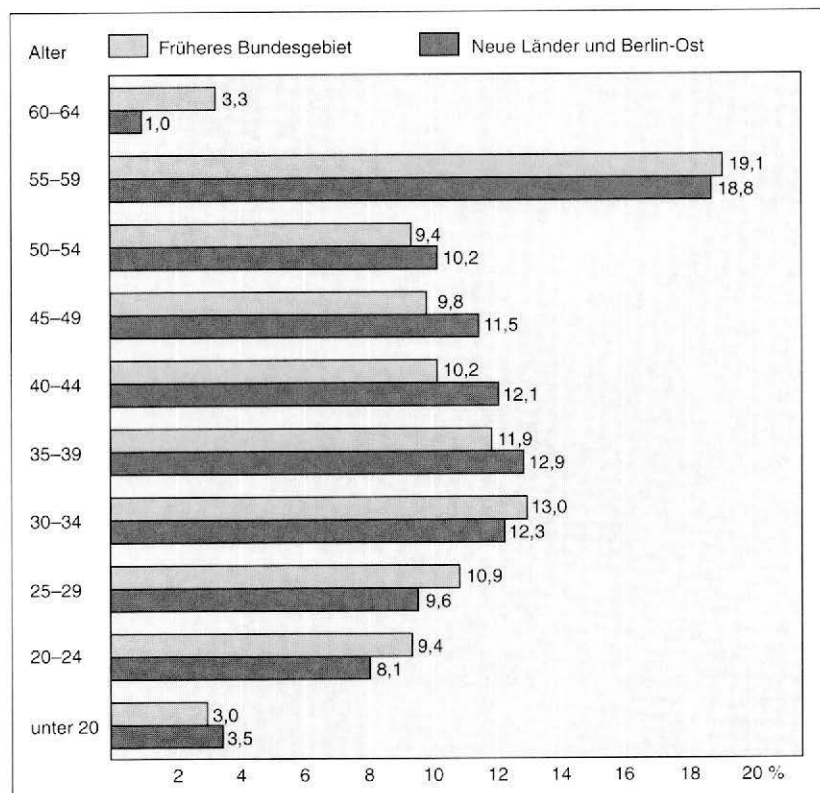
Auch 1997 bekamen ältere Frauen und Männer die Arbeitsmarktprobleme besonders stark zu spüren. Vor allem finden sie schwerer wieder eine Beschäftigung, wenn sie einmal arbeitslos sind. Dennoch haben ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – wegen der meist längeren Betriebszugehörigkeit und dem damit verbundenen Kündigungsschutz – grundsätzlich ein verhältnismäßig geringeres Risiko, arbeitslos zu werden. Ende September 1997 gab es in Deutschland 930 000 Arbeitslose im Alter von 55 und mehr Jahren; das waren 9,2 % mehr als im Vorjahr. Der Anteil der 55jährigen und älteren an allen Arbeitslosen lag damit bei 21,6 % (Vorjahr 22,1 %).

Die Arbeitslosigkeit Älterer erhöhte sich 1997 im früheren Bundesgebiet leicht unterdurchschnittlich, nachdem sie in den Vorjahren noch stark überdurchschnittlich gestiegen war. Dies beruht wohl darauf, daß die Zahl arbeitsmarktbedingter Verrentungen weiter zugenommen hat. Im Jahresdurchschnitt gab es 669 100 Arbeitslose über 55 Jahre, das sind 6 % mehr als 1996.

Seit die Möglichkeit Anfang 1993 in den neuen Ländern ausgelaufen ist, mit Altersübergangsgeld in den Vorruhestand zu gehen, hat sich die Arbeitslosigkeit Älterer kontinuierlich erhöht. Im Jahresdurchschnitt 1997 lag die Zahl der 55 Jahre und älteren Arbeitslosen mit 267 400 um 22 % über der des Vorjahres. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß sich die Zahl der 58jährigen und älteren, die Lohnersatzleistungen gem. § 105 c AFG beziehen, binnen Jahresfrist mehr als verdoppelt hat (+ 49 600 auf 79 200). Dadurch wurde der Rückgang beim Altersübergangsgeld (– 127 200 auf 58 400) etwa zur Hälfte ausgeglichen. Zusätzlich hat die Zahl arbeitsmarktbedingter Verrentungen auch weiter zugenommen.

Frauen sind vor allem in den neuen Ländern stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer. 1997 lag die durchschnittliche Arbeitslosenquote der Frauen in Deutschland, gemessen an allen abhängigen Erwerbspersonen, bei 13,3 %, die der Männer dagegen bei 12,2 %. Im früheren Bundesgebiet lag die Arbeitslosenquote der Frauen geringfügig unter der der Männer. Mit 10,7 % unterschritt ihre durchschnittliche Arbeitslosenquote um 0,5 Prozentpunkte die der Männer. In den neuen Bundesländern ist der Unterschied in der Arbeitslosenquote zwischen Männern und Frauen ausgeprägter. Im Jahresdurchschnitt 1997 lag die Quote bei den Männern bei 16,6 %, bei den Frauen aber bei 22,5 %.

Abb. 9: Altersgliederung der Arbeitslosen im September 1997
in Prozent aller Arbeitslosen



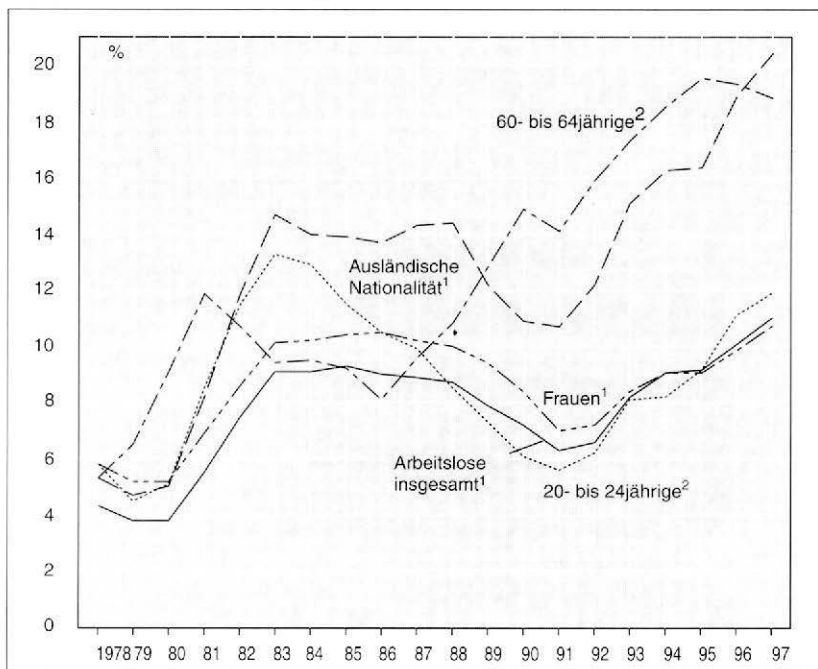
Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Ein nicht geringer Teil der arbeitslosen Frauen in Deutschland wünscht ausschließlich Teilzeitarbeit. Im früheren Bundesgebiet suchten im Jahresdurchschnitt 1997 insgesamt 22,2 % der arbeitslos gemeldeten Frauen eine Teilzeitarbeit, in den neuen Bundesländern betrug dieser Anteil nur 5,2 %.

Als besonders schwierig erweist sich die Arbeitsmarktlage für die ausländische Bevölkerung. Während zwischen 1960 und 1970 Ausländerinnen und Ausländer als „Gastarbeiter“ willkommen waren, um den bestehenden Arbeitskräftemangel zu beheben, gehören sie heute zu den Problemgruppen des Arbeitsmarktes. Sie verlieren eher den Arbeitsplatz und werden später wieder eingestellt als Deutsche.

Im Jahresdurchschnitt 1997 lag die Arbeitslosenquote der ausländischen Bevölkerung im früheren Bundesgebiet bei 20,4 % (521 600 Personen). In den neuen Län-

Abb. 10: Arbeitslosenquoten sogenannter Problemgruppen
im früheren Bundesgebiet 1978 bis 1997



1 Jahresdurchschnitt.

2 Ende September.

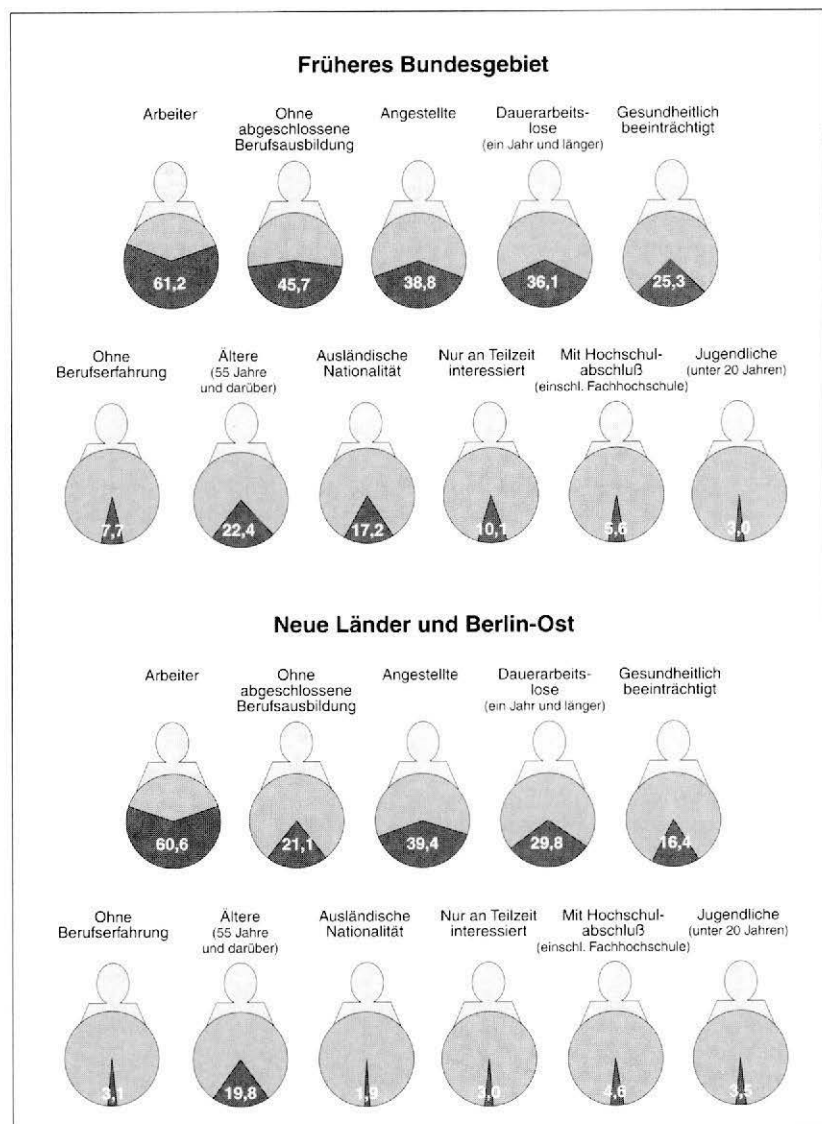
Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

dern und Berlin-Ost waren im Jahresdurchschnitt 1997 26 200 Ausländerinnen und Ausländer arbeitslos gemeldet.

Geringere Beschäftigungschancen als Gesunde haben Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen. Ihr Anteil an den Arbeitslosen im früheren Bundesgebiet lag 1997 bei 25 %, in den neuen Ländern und Berlin-Ost bei 16 %. Schwerbehindert und deshalb besonders schwer zu vermitteln waren in den alten Ländern 5,4 % aller Arbeitslosen, in den neuen Ländern 2,3 %. Überdurchschnittlich viele ältere Schwerbehinderte haben den Arbeitsmarkt im Rahmen der Vorruhestandsregelung vorzeitig verlassen.

Der Arbeitsmarkt für Jüngere (Altersgruppen unter 20 Jahre sowie 20 bis 24 Jahre) hat sich auch 1997 ungünstig entwickelt. Bei rückläufigen Erwerbspersonenzahlen sind ihre Arbeitslosenquoten weiter gestiegen; sie liegen im früheren Bundesgebiet bei 9,2 % bei den unter 20jährigen und 11,8 % bei den 20- bis 24jährigen (Gesamtquote: 11 %). Die Zahl der Arbeitslosen unter 20 Jahren ist 1997 in den alten

Abb. 11: Nahaufnahme der Arbeitslosigkeit
 Von je 100 Arbeitslosen im September 1997 waren¹:



¹ Summe über 100 wegen Mehrfachnennungen.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Ländern gegenüber dem Vorjahr um 1 % auf 81 500 zurückgegangen, während bei der Altersgruppe der 20- bis 24jährigen ein Zuwachs von 3 % auf 280 800 festgestellt wurde. Dennoch haben Probleme beim Übergang von der Ausbildung in den Beruf in vielen Bereichen zugenommen, da mehr Jugendliche nach Abschluß ihrer Lehre nicht übernommen wurden.

In den neuen Bundesländern hat sich der Arbeitsmarkt 1997 vor allem für die unter 20jährigen wegen größerer Ungleichgewichte auf dem Ausbildungsstellenmarkt ungünstig entwickelt. Allerdings lag die Arbeitslosenquote für diese Altersgruppe mit jahresdurchschnittlich 10,9 % deutlich unter der Gesamtquote (19,5 %), während die Arbeitslosenquote der 20- bis 24jährigen mit 19 % die Gesamtquote nur knapp unterschritten hat. Während die Zahl der jüngeren Arbeitslosen im Alter von 20 bis 24 Jahren gegenüber dem Vorjahr im Vergleich zur Gesamtquote unterdurchschnittlich gestiegen war (+ 12 % auf 107 000 Personen), erhöhte sie sich bei den unter 20jährigen wesentlich stärker (+ 29 % auf 32 000 Personen).

Eine Analyse der Altersgliederung der Arbeitslosen in Deutschland zeigt, daß knapp jeder fünfte Arbeitslose im September 1997 20 bis 29 Jahre alt war. Insgesamt waren 23 % der Arbeitslosen jünger als 30 Jahre.

Tab. 12: Arbeitslose nach der Art ihrer Berufsausbildung September 1997

Berufsausbildung	Anzahl	Anteil in %
<i>Deutschland</i>		
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	1 629 537	37,8
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	2 678 557	62,2
– betriebliche Ausbildung	2 196 592	51,0
– Berufsfach-/Fachschule	254 925	5,9
– Fachhochschule	63 561	1,5
– Universität/Hochschule	163 479	3,8
Insgesamt	4 308 094	100,0
<i>Früheres Bundesgebiet</i>		
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	1 339 176	45,7
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	1 593 731	54,3
– betriebliche Ausbildung	1 272 901	43,4
– Berufsfach-/Fachschule	156 404	5,3
– Fachhochschule	49 658	1,7
– Universität/Hochschule	114 768	3,9
Insgesamt	2 932 907	100,0
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>		
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	290 361	21,1
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	1 084 826	78,9
– betriebliche Ausbildung	923 691	67,2
– Berufsfach-/Fachschule	98 521	7,2
– Fachhochschule	13 903	1,0
– Universität/Hochschule	48 711	3,5
Insgesamt	1 375 187	100,0

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

3.10.2 Arbeitslosigkeit und Qualifikationsstruktur

Bei den sogenannten „Problemgruppen“ des Arbeitsmarktes verschärft sich die Situation insbesondere dann, wenn eine geringe berufliche Qualifikation vorliegt. Zwar ist eine gute Ausbildung längst kein Garant mehr für einen sicheren Arbeitsplatz. Dennoch sind die Arbeitsmarktchancen bei höherer Qualifikation günstiger, und das Risiko des Arbeitsplatzverlustes ist für qualifizierte Arbeitskräfte bedeutend geringer. 1997 verfügten in Deutschland 37,8 % der Arbeitslosen über keine abgeschlossene Berufsausbildung; im früheren Bundesgebiet war fast jeder zweite Arbeitslose ohne Berufsausbildung (September 1997: 45,7 %), während in den neuen Bundesländern rund ein Fünftel (September 1997: 21,1 %) aller Arbeitslosen keine Berufsausbildung hatte.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost entsprechen die Anteile der Arbeiter und Angestellten an den Arbeitslosen nahezu denen im früheren Bundesgebiet. Gleiches gilt für die arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren. Wesentlich niedriger liegen dagegen die Anteile der Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, der arbeitslosen Ausländer und derjenigen Arbeitslosen, die nur an Teilzeitarbeit interessiert sind.

3.10.3 Dauer der Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit trifft insbesondere diejenigen hart, die auch nach längerer Suche keinen Arbeitsplatz finden. Im September 1997 waren in Deutschland ca. 1 467 000 Arbeitslose, also gut jeder dritte, ein Jahr und länger ohne Beschäftigung. Die Zahl der Personen, die Ende September 1997 bereits zwei Jahre oder länger ohne Arbeitsplatz waren, belief sich auf 654 500. Nur wenigen Arbeitslosen gelingt es, schon nach kurzer Zeit einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Der Anteil der Arbeitslosen in Deutschland, die weniger als drei Monate beim Arbeitsamt registriert waren, sank von 1992 bis 1997 von 35,1 % auf 28,8 %.

3.11 Einkommen der Arbeitslosen

Mit der Dauer der Arbeitslosigkeit wächst die finanzielle Belastung der Betroffenen. Während die meisten Arbeitslosen im ersten Jahr ihrer Arbeitslosigkeit noch Arbeitslosengeld erhalten – es beläuft sich je nach Familienstand auf 67 % bzw. 60 % des letzten Nettoeinkommens – wird die niedrigere Arbeitslosenhilfe (57 % bzw. 53 % des letzten Nettoeinkommens) nur bei nachweisbarer Bedürftigkeit gewährt.

Von den Arbeitslosen, die 1997 in Deutschland gemeldet waren, bezogen 49,1 % Arbeitslosengeld und 30,9 % Arbeitslosenhilfe. Weitere 0,8 % erhielten in diesem Zeitraum Eingliederungsgeld. Damit betrug der Anteil der Leistungsempfänger unter den Arbeitslosen im Durchschnitt des Jahres 1997 80,8 %.

Tab. 13: Arbeitslose nach Dauer der Arbeitslosigkeit 1971 – 1997

Jahr jeweils September	Arbeitslose	Davon waren arbeitslos in %		
		unter 3 Monaten	3 Monate bis unter 1 Jahr	1 Jahr und länger
Früheres Bundesgebiet				
1971	146 740	60,7	34,0	5,3
1975	1 006 554	41,9	48,5	9,6
1979	736 690	41,8	38,3	19,9
1981	1 256 396	47,0	40,0	12,9
1983	2 133 900	33,5	41,6	24,9
1985	2 150 897	32,5	36,6	31,0
1990	1 727 742	35,2	35,0	29,7
1991	1 609 500	38,3	33,4	28,3
1992	1 783 608	37,8	35,6	26,6
1993	2 287 972	34,5	39,5	26,0
1994	2 452 466	31,1	36,4	32,5
1995	2 488 434	32,3	34,4	33,3
1996	2 748 515	31,4	35,9	32,7
1997	2 932 907	29,1	34,8	36,1
Neue Länder und Berlin-Ost				
1992	1 110 570	30,8	44,8	24,4
1993	1 159 098	29,2	40,1	30,7
1994	1 040 853	27,0	38,3	34,7
1995	1 032 610	30,9	40,3	28,8
1996	1 099 934	29,2	43,8	27,0
1997	1 375 187	28,2	42,0	29,8
Deutschland				
1992	2 894 178	35,1	39,1	25,8
1993	3 447 070	32,7	39,7	27,6
1994	3 493 319	29,9	36,9	33,2
1995	3 521 044	31,9	36,1	31,9
1996	3 848 449	30,7	38,2	31,1
1997	4 308 094	28,8	37,1	34,1

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Insgesamt hatte 1997 in den alten Bundesländern jeder vierte (25,2 %) und in den neuen Ländern rund jeder siebzehnte (5,8 %) beim Arbeitsamt registrierte Arbeitslose weder Anspruch auf Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Eingliederungshilfe. Hinzuzurechnen ist die gesamte „Stille Reserve“, die sich in dem Bewußtsein, keine Leistungen beanspruchen zu können, erst gar nicht beim Arbeitsamt meldet.

4 Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte

4.1 Zielsetzung der Statistik über Einnahmen und Ausgaben

Mit Einnahmen und Ausgaben beschäftigen sich viele Statistiken. Zu nennen sind insbesondere die Verdienststatistiken (vgl. Kap. 16), die Steuerstatistiken (vgl. Kap. 11), die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (vgl. Kap. 12), die Mikrozensuserhebungen und die Wirtschaftsrechnungen. Sie alle betrachten das Thema unter verschiedenen Blickwinkeln und bedienen sich darüber hinaus einer abweichenden Terminologie, so daß eine uneingeschränkte Vergleichbarkeit der Ergebnisse nicht gegeben ist. Im Mittelpunkt dieses Kapitels stehen bei den Einnahmen und Ausgaben die laufenden Wirtschaftsrechnungen, die Jahr für Jahr Angaben für ausgewählte Haushaltstypen liefern. Bei den Einnahmen aller Haushalte wurde außerdem – wegen der höheren Aktualität gegenüber den Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993 – weiterhin auf Daten des Mikrozensus zurückgegriffen. Die Daten zur Ausstattung, zum Vermögen und zu den Schulden wurden der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993 entnommen.

Die Wirtschaftsrechnungen konzentrieren sich vor allem auf die Frage, wieviel Geld die Haushalte zur Verfügung haben, ausgeben und sparen. Sie greifen dabei auf die Aufzeichnungen ausgewählter Haushalte aus unterschiedlichen sozialen Schichten zurück, die für die Statistik freiwillig über ihre Einnahmen und Ausgaben Buch führen. Die anfallenden Daten, die für die Wirtschafts- und Sozialpolitik und für verbraucherpolitische Zwecke unentbehrlich sind, ermöglichen eine Beurteilung der Einkommenssituation und der Verbrauchsgewohnheiten der Bevölkerung und liefern zugleich Informationen über den Lebensstandard. Es handelt sich also um eine sehr lebensnahe Statistik, die dem viel geäußerten Klagespruch, daß mit dem Einkommen kein Auskommen sei, ein wenig auf den Grund gehen möchte.

4.2 Von den Einnahmen zu den Ausgaben

Die Zusammenhänge zwischen Einkommen, Verbrauch und Vermögensbildung werden besonders deutlich am Aufbau des Schemas, das den Wirtschaftsrechnungen zugrunde liegt. Es geht von den Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus, berücksichtigt die öffentlichen Abgaben (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) und die Transferleistungen des Staates (z. B. Renten, Kindergeld) und führt zu den ausgabefähigen Einkommen. Aus ihnen ergibt sich nach Abzug der

Ausgaben für den Privaten Verbrauch und der „übrigen Ausgaben“ als Restgröße die Ersparnis.

- Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
- + Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
- + Einnahmen aus Einkommensübertragungen (öffentliche Renten, Kindergeld u. ä.) und Untervermietung
- = *Haushaltsbruttoeinkommen*
- Einkommen- und Vermögensteuern
- Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung
- = *Haushaltsnettoeinkommen*
- + sonstige Einnahmen (z. B. Einnahmen aus dem Verkauf gebrauchter Waren)
- = *Ausgabefähige Einkommen bzw. Einnahmen*
- Ausgaben für den Privaten Verbrauch
- Übrige Ausgaben (z. B. Kraftfahrzeugsteuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung)
- = *Ersparnis*

4.3 Einnahmen der privaten Haushalte

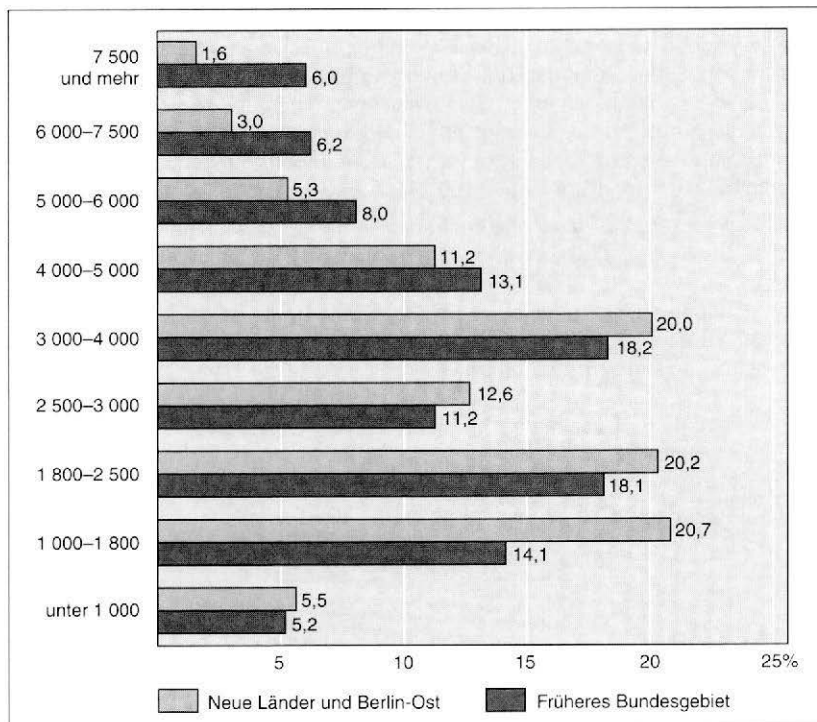
4.3.1 Verteilung des Haushaltseinkommens

Jeder Haushalt weiß ungefähr, wieviel Geld ihm monatlich zur Verfügung steht. Im Mikrozensus wird nach dem persönlichen Nettoeinkommen im Monat je Haushaltsmitglied gefragt. Dabei stufen sich die Haushalte in vorgegebene Einkommensgrößenklassen ein. Erfahrungsgemäß neigen sie zu einer Unterschätzung ihrer Einkünfte, so daß sich für die Analyse weniger die absolute Höhe als die Struktur der Einkommen eignet. Zudem ist das Haushaltsnettoeinkommen ein aus dem persönlichen Einkommen der Haushaltsmitglieder abgeleiteter Wert, der gewisse Unschärfen enthält.

Nach den Mikrozensussergebnissen hatten im Mai 1995 in Deutschland knapp 30 % aller Haushalte, die entsprechende Angaben zum Einkommen machten, zwischen 1 800 und 3 000 DM zur Verfügung. 31,2 % hatten netto monatlich 3 000 bis 5 000 DM. In der Einkommensklasse von 5 000 DM bis 7 500 DM befanden sich 13,1 % der Haushalte, und über 7 500 DM hatten 5,2 %. Am anderen Ende der Skala mußten 20,6 % der Haushalte mit weniger als 1 800 DM auskommen, wobei 5,2 % der Haushalte nach eigenen Angaben sogar weniger als 1 000 DM hatten.

Wie aus Abb. 1 ersichtlich, ist die Einkommensverteilung zwischen den alten und neuen Bundesländern noch unterschiedlich. Während im früheren Bundesgebiet 51,5 % der Haushalte monatlich über 3 000 DM zur Verfügung hatten, waren es in den neuen Ländern und Berlin-Ost erst 41,1 %.

Abb. 1: Einkommensverteilung im Mai 1995¹
monatliches Haushalts-Nettoeinkommen in DM



¹ Ohne Selbständige in der Landwirtschaft, ohne mithelfende Familienangehörige und ohne Haushalte, die keine Angaben zum Einkommen machten.

Die Haushalte mit den geringsten Einkommen bestanden überwiegend aus einer Person. Die oberen Einkommensklassen waren dagegen fast ausschließlich mit Mehrpersonenhaushalten besetzt, in denen häufig mehrere Haushaltsmitglieder zum Einkommen beitrugen.

4.3.2 Soziale Stellung und Höhe des Haushaltseinkommens

Differenziert man nach der sozialen Stellung der Bezugsperson des Haushalts, so liegen die Haushalte der Selbständigen (ohne Landwirte) – gemessen am Nettoeinkommen – an der Spitze der Einkommenspyramide. Etwa 49 % der Selbständigenhaushalte in Deutschland gaben gemäß Mikrozensus 1995 an, über ein monatliches Nettoeinkommen von 5 000 DM oder mehr zu verfügen. Bei den Beamtenhaushalten waren es knapp 48 %. Von den Angestelltenhaushalten hatten

etwa 31 % ein Einkommen dieser Größenordnung und von den Arbeiterhaushalten rund 13 %. Dagegen verfügten nur 7 % der Nichterwerbspersonenhaushalte (ohne Arbeitslosenhaushalte) über ein Nettoeinkommen von 5 000 DM und mehr.

Eine Durchschnittsbetrachtung der Einkommen liefern die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Hier wird das verfügbare Einkommen herangezogen, das in der Abgrenzung nicht genau mit dem Nettoeinkommen im Mikrozensus übereinstimmt; diese Abweichungen sollen aber im Rahmen dieser Darstellung nicht weiter ausgeführt werden. Danach betrug das verfügbare Einkommen je Haushalt 1993 im früheren Bundesgebiet 55 100 DM, je Haushaltsmitglied etwa 25 000 DM.

Für die verschiedenen Haushalte ergibt sich in der Durchschnittsbetrachtung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen folgendes Bild: Die Selbständigenhaushalte (außerhalb der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei) lagen 1993 hinsichtlich ihres verfügbaren Einkommens mit 128 300 DM je Haushalt an der Spitze. Dabei ist allerdings zu beachten, daß sie erhebliche Teile ihrer Aufwendungen für die Alterssicherung aus dem verfügbaren Einkommen bestreiten müssen, während bei

Tab. 1: Haushaltsnettoeinkommen nach sozialer Stellung im April 1995
Haushalte in Prozent

Stellung im Beruf der Haushaltsbezugsperson	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen . . . DM			
	unter 1 800	1 800– 3 000	3 000– 5 000	5 000 und mehr
<i>Deutschland</i>				
Selbständige	8,1	15,4	27,7	48,8
Beamte/Beamtinnen	2,9	12,1	37,4	47,6
Angestellte	8,3	25,3	35,7	30,8
Arbeiter/Arbeiterinnen	9,5	33,1	44,6	12,8
Nichterwerbspersonen	34,4	36,1	22,4	7,1
Insgesamt	20,6	29,9	31,2	18,3
<i>Früheres Bundesgebiet</i>				
Selbständige	7,0	14,6	26,6	51,8
Beamte/Beamtinnen	2,5	11,8	37,4	48,4
Angestellte	7,8	25,3	34,5	32,4
Arbeiter/Arbeiterinnen	8,5	33,1	44,2	14,2
Nichterwerbspersonen	33,0	35,1	23,5	8,4
Insgesamt	19,2	29,3	31,3	20,2
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>				
Selbständige	14,0	20,2	34,0	31,8
Beamte/Beamtinnen	10,4	17,8	37,5	34,2
Angestellte	10,5	25,1	41,8	22,7
Arbeiter/Arbeiterinnen	12,9	33,0	46,2	8,0
Nichterwerbspersonen	40,0	39,8	18,1	2,1
Insgesamt	26,2	32,8	31,2	9,9

den übrigen Erwerbstätigenhaushalten die meisten derartigen Aufwendungen in Form von Sozialbeiträgen als geleistete laufende Übertragungen bereits abgezogen sind. Unter den Arbeitnehmerhaushalten erreichten die Beamten mit 75 500 DM ein höheres verfügbares Einkommen als die Angestellten mit 63 600 DM je Haushalt. Deutlich niedriger lag hingegen das verfügbare Einkommen der Arbeiterhaushalte mit ca. 54 400 DM. Haushalte von Rentnern und Pensionären konnten 1993 über rund 40 000 bzw. etwa 57 000 DM verfügen; Haushalte von Arbeitslosengeld- oder -hilfeempfängern mußten mit einem durchschnittlichen Einkommen von 32 000 DM und die Haushalte von Sozialhilfeempfängern mit 26 200 DM auskommen.

Tab. 2: Verfügbares Einkommen der Privathaushalte 1993¹
im früheren Bundesgebiet

Haushalte von	DM je Haushalt	DM je Haushaltsmitglied
Landwirten	43 400	11 500
Übrigen Selbständigen	128 300	47 700
Beamten	75 500	27 600
Angestellten	63 600	27 300
Arbeitern	54 400	19 800
Arbeitslosengeld-/ -hilfeempfängern	32 000	14 300
Rentnern	39 500	24 000
Pensionären	56 500	34 500
Sozialhilfeempfängern	26 200	11 700
Insgesamt	55 100	24 900

¹ Rechenstand September 1994. Einschließlich nichtentnommener Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

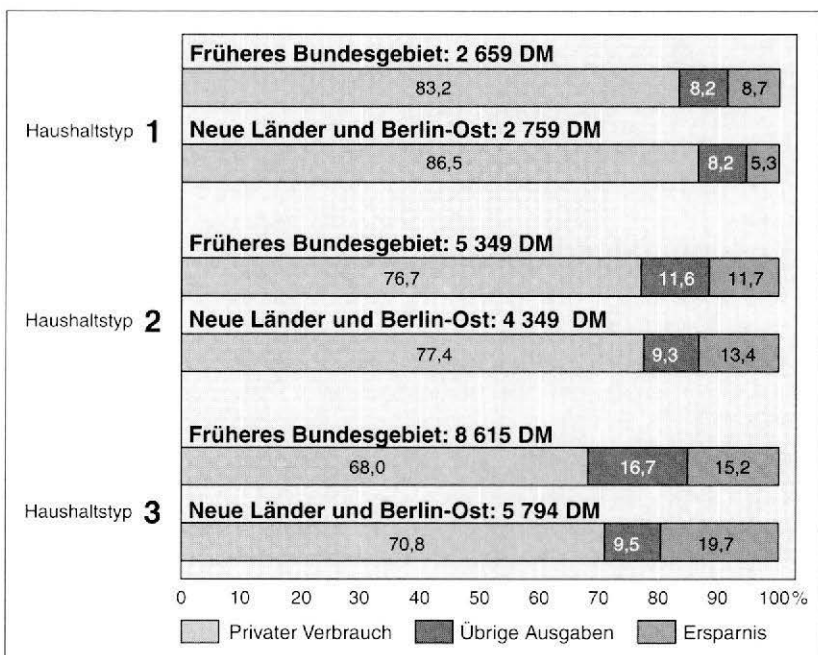
In den neuen Ländern und Berlin-Ost lag das durchschnittliche verfügbare Einkommen der Privathaushalte 1993 bei knapp 38 000 DM, während das verfügbare Einkommen je Haushaltsmitglied 16 400 DM betrug. In diesen Zahlen sind die nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit nicht enthalten, weil für deren Ermittlung bisher noch keine Statistiken vorliegen. Ohne Berücksichtigung der nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit errechnet sich für das frühere Bundesgebiet ein verfügbares Einkommen je Haushalt von 59 000 DM, das entsprechende Einkommen je Haushaltsmitglied lag 1993 bei 26 600 DM. Die Privathaushalte in Deutschland verfügten 1993 über durchschnittlich 55 100 DM, das einzelne Haushaltsmitglied über 24 700 DM.

Die Berechnung des verfügbaren Einkommens nach sozioökonomischen Haushaltsgruppen ist für die neuen Bundesländer (und daher auch für Deutschland) bislang nicht möglich, da die benötigten Basisstatistiken noch im Aufbau begriffen sind.

4.4 Ausgaben der privaten Haushalte

Einen Einblick in die Ausgabenstruktur der privaten Haushalte ermöglichen die laufenden Wirtschaftsrechnungen, allerdings beschränkt auf die in die Statistik einbezogenen Haushaltstypen. Die Statistik gibt es in der jetzigen methodischen Ausgestaltung im früheren Bundesgebiet seit nunmehr drei Jahrzehnten. Seit 1991 werden die laufenden Wirtschaftsrechnungen auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost durchgeführt. Dabei werden in den getrennten Erhebungsbereichen

Abb. 2: Verwendung der ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen je Haushalt und Monat nach Haushaltstyp 1995
absolut und in Prozent



früheres Bundesgebiet und neue Länder und Berlin-Ost jeweils drei in etwa vergleichbare Haushaltstypen zu ihren Einkommens- und Verbrauchsverhältnissen befragt. Die Auswahl der in die Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen einbezogenen Haushalte erfolgt nach streng vorgegebenen Kriterien, die sich aufgrund der ökonomischen und sozialen Unterschiede zwischen beiden Erhebungsgebieten noch unterscheiden. 1995 mußten die erfaßten Haushalte die in der folgenden Übersicht dargestellten Bedingungen erfüllen:

Übersicht: Auswahlkriterien für die an den laufenden Wirtschaftsrechnungen teilnehmenden Haushalte

Haushaltstyp/ Auswahlmerkmale	HAUSHALTSTYP		
	1	2	3
Früheres Bundesgebiet			
Haushaltsgröße	2 Personen	4 Personen	4 Personen
Personelle Zusammensetzung	Alleinstehendes Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern, darunter mindestens 1 Kind unter 15 Jahren	Ehepaar mit 2 Kindern, darunter mindestens 1 Kind unter 15 Jahren
Soziale Stellung des Hauptverdieners	Renten- oder Sozialhilfeempfänger	Arbeiter oder Angestellter	Angestellter oder Beamter
Einkommensniveau	geringes Einkommen	mittleres Einkommen	höheres Einkommen
Einkommensbezieher	eine oder beide Person(en)	1 Alleinverdiener, geringes, unregelmäßiges Einkommen des anderen Ehepartners ist zulässig	1 Hauptverdiener, Ehepartner darf mitverdienen
Einkommensgrenzen für	die laufenden Bruttoeinkommensübertragungen von Staat und Arbeitgeber 1995: 1 700 bis 2 500 DM	das Bruttoeinkommen aus hauptberuflicher nicht-selbständiger Arbeit der Bezugsperson 1995: 3 750 bis 5 700 DM	das Bruttoeinkommen aus hauptberuflicher nicht-selbständiger Arbeit der Bezugsperson 1995: 6 500 bis 8 800 DM
Haushaltsbruttoeinkommen	darf individuell höchstens um 40 % über dem vorgenannten Haupteinkommen liegen		
Neue Länder und Berlin-Ost			
Haushaltsgröße	2 Personen	4 Personen	4 Personen
Personelle Zusammensetzung	Alleinstehendes Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern, darunter mindestens 1 Kind unter 15 Jahren	Ehepaar mit 2 Kindern, darunter mindestens 1 Kind unter 15 Jahren
Soziale Stellung des Hauptverdieners	Renten- oder Sozialhilfeempfänger	Arbeiter oder Angestellter	Angestellter oder Beamter
Einkommensniveau	geringes Einkommen	mittleres Einkommen	höheres Einkommen
Einkommensbezieher	eine oder beide Person(en)	1 Hauptverdiener, Ehepartner darf mitverdienen	
Einkommensgrenzen für	die laufenden Bruttoeinkommensübertragungen von Staat und Arbeitgeber 1995: 1 700 bis 2 500 DM	die Bruttoeinkommen aus hauptberuflicher nicht-selbständiger Arbeit beider Ehepartner 1995: 3 050 bis 5 000 DM	die Bruttoeinkommen aus hauptberuflicher nicht-selbständiger Arbeit beider Ehepartner 1995: 5 500 bis 7 400 DM
Haushaltsbruttoeinkommen	darf individuell höchstens um 40 % über dem vorgenannten Haupteinkommen liegen		

Die wichtigste Bezugsgröße für die Darstellung der Ausgabenstruktur sind die ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen, sie bilden sozusagen die Leistungsgröße, die den Haushalten für unterschiedliche Verwendungszwecke zur Verfügung steht.

Der größte Teil der ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen wird für den sogenannten Privaten Verbrauch, das heißt für Essen, Wohnen, Kleiden, Reisen u. a., verwendet.

Die Ausgaben für den Privaten Verbrauch liegen im früheren Bundesgebiet als Folge des höheren Einkommens wesentlich über denen in den neuen Ländern und Berlin-Ost, anteilmäßig an den ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen aber niedriger.

Je niedriger das Einkommen, desto höher ist in der Regel der Anteil der Verbrauchsausgaben und desto weniger wird gespart. Auffällig ist, daß in den neuen Ländern und Berlin-Ost beim Haushaltstyp 2 und 3 der Anteil der übrigen Ausgaben wesentlich niedriger und der Anteil für das Sparen höher als im früheren Bundesgebiet ist.

4.5 Entwicklung der Verbrauchsausgaben im Zeitablauf

In den vier vergangenen Jahrzehnten konnten die privaten Haushalte ihren Lebensstandard nahezu kontinuierlich erhöhen. Das zeigt sich, wenn man die Ausgaben für den Privaten Verbrauch im Zeitablauf verfolgt. Besser als die Ergebnisse

Tab. 3: Privater Verbrauch je Einwohner und Jahr¹
in 1 000 DM

Jahr	In jeweiligen Preisen	In Preisen von 1991
<i>Früheres Bundesgebiet</i>		
1960	3 100	8 800
1970	6 100	13 300
1980	13 600	18 100
1990	20 900	21 700
1991	22 600	22 600
1992	23 700	22 800
1993	24 200	22 500
1994	25 000	22 600
<i>Deutschland</i>		
1991	20 400	20 400
1992	21 800	20 800
1993	22 500	20 700
1994	23 400	20 900
1995	24 200	21 200

¹ Ab 1991 vorläufige Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

der Wirtschaftsrechnungen eignen sich für diesen Zweck die Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die die Daten vierteljährlich preisbereinigt und in Form von Pro-Kopf-Werten bereitstellen.

Im Jahr 1994 wurden danach im früheren Bundesgebiet je Einwohner im Durchschnitt 25 000 DM für Zwecke des Privaten Verbrauchs ausgegeben. Gegenüber 1960 (3 100 DM) hat sich dieser Wert mehr als verachtfacht. Rechnet man die Preissteigerungen heraus, so hat sich der Private Verbrauch verzweieinhalbfacht. 1981 und 1982 ging zum erstenmal in der Nachkriegszeit der preisbereinigte Private Verbrauch zurück. Danach konnten wieder Zuwächse verzeichnet werden. Nur im Jahr 1993 verminderte sich der Private Verbrauch wiederum etwas.

Auch im gesamten Deutschland stieg der Private Verbrauch je Einwohner kontinuierlich. 1995 gaben die Einwohner durchschnittlich 24 200 DM aus. Seit 1991 (20 400 DM) hat sich damit der Private Verbrauch je Einwohner um 19 % erhöht, in Preisen des Jahres 1991 um 4 %.

4.6 Zusammensetzung des Privaten Verbrauchs

Ein erheblicher Teil der Verbrauchsausgaben entfällt auf die Grundbedürfnisse. Im Jahr 1994 entfielen 21 % der Ausgaben privater Haushalte in Deutschland auf

Tab. 4: Struktur der Ausgaben der privaten Haushalte für den Privaten Verbrauch¹

	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	1991	1994	1991	1994	1991	1994
Privater Verbrauch insgesamt in Mill. DM	1 630 330	1 902 860	1 446 940	1 647 070	183 390	255 790
davon in %:						
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	22,3	21,1	21,3	20,1	30,4	27,6
Bekleidung, Schuhe	7,7	6,9	7,7	7,1	7,3	5,5
Wohnungsmieten, Energie						
Wohnungsmieten	14,6	17,5	15,9	18,3	4,2	12,7
Energie (ohne Kraftstoffe)	4,2	3,7	4,1	3,6	5,0	4,4
Möbel, Haushaltsgeräte u. a.	9,0	8,9	8,8	8,7	10,8	10,3
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	5,7	6,1	5,9	6,2	4,3	5,8
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	17,7	16,4	17,3	16,4	20,8	16,0
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	11,3	11,0	11,2	11,0	11,9	11,4
Güter für die persönliche Ausstattung	7,5	8,3	7,8	8,6	5,2	6,3

1. Vorläufige Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Wohnungsmieten und Energie (ohne Kraftstoffe), ein etwa gleich hoher Anteil wurde für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren ausgegeben, wobei sich die Ausgabenstrukturen der privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin-Ost noch erheblich unterscheiden.

Bei den einzelnen Haushaltstypen sind zum Teil beträchtliche Unterschiede in der Zusammensetzung des Privaten Verbrauchs zu beobachten. So liegt der Anteil für die Grundbedürfnisse am Privaten Verbrauch bei einkommensschwächeren Haushalten wesentlich höher als bei einkommensstarken. 1995 verwendete z. B. im früheren Bundesgebiet der Haushaltstyp 1 von seinen Ausgaben 66,1 % für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren, Wohnungsmieten und Energie (ohne Kraftstoffe), Kleidung und Schuhe, Haushaltstyp 3 dagegen nur 52,1 %. In den neuen Ländern und Berlin-Ost lagen die entsprechenden Anteile bei 52,9 % bzw. 49,5 %.

Neben dem Einkommen werden die Verbrauchsstrukturen auch von der Anzahl der Haushaltsmitglieder und deren Alter bestimmt. Bei den Verbrauchsstrukturen in den neuen Ländern und Berlin-Ost spielt der Nachholbedarf, wenn auch abgeschwächt, noch immer eine nicht unwesentliche Rolle.

Während sich im früheren Bundesgebiet der Prozentsatz, der für Essen und Trinken ausgegeben wird, in den letzten drei Jahrzehnten unter dem Einfluß gestiegener Einkommen reduzierte, stiegen die Anteile anderer Ausgabengruppen, wie Wohnen oder Bildung, Unterhaltung und Freizeit, beträchtlich an. Auch in den absoluten Beträgen spiegelt sich die unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Ausgabengruppen wider. Während sich beispielsweise beim Haushaltstyp 2 die

Tab. 5: Ausgaben für den Privaten Verbrauch 1995
DM je Haushalt und Monat

Ausgabenposten	Früheres Bundesgebiet Haushaltstyp			Neue Länder und Berlin-Ost Haushaltstyp		
	1	2	3	1	2	3
Privater Verbrauch insges.	2 211	4 103	5 862	2 386	3 364	4 103
davon:						
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	540	896	1 150	535	825	930
Wohnungsmieten	666	982	1 260	446	537	590
Energie (ohne Kraftstoffe)	158	206	235	153	185	197
Kleidung, Schuhe	100	275	410	130	223	311
Verkehr, Nachrichten- übermittlung	272	704	976	389	650	811
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	148	462	715	185	382	483
Übrige Güter und Dienst- leistungen für den Privaten Verbrauch	328	579	1 117	549	562	781

Tab. 6: Anteil der Ausgaben am Privaten Verbrauch
im früheren Bundesgebiet
in Prozent

	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	1965	1995	1965	1995	1965	1995
Privater Verbrauch insgesamt (DM)	384	2 211	881	4 103	1 572	5 862
davon (%):						
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	50,2	24,4	40,0	21,8	28,4	19,6
Wohnungsmieten	16,2	30,1	11,2	23,9	12,1	21,5
Energie (ohne Kraftstoffe)	7,1	7,1	4,5	5,0	3,8	4,0
Kleidung, Schuhe	7,3	4,5	11,9	6,7	11,0	7,0
<i>zusammen</i>	<i>80,8</i>	<i>66,1</i>	<i>67,6</i>	<i>57,4</i>	<i>55,3</i>	<i>52,1</i>
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	2,8	12,3	9,7	17,1	16,2	16,7
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	3,4	6,7	6,5	11,3	8,0	12,2
Übrige Güter und Dienstleistungen für den Privaten Verbrauch	13,0	14,9	16,2	14,2	20,5	19,0

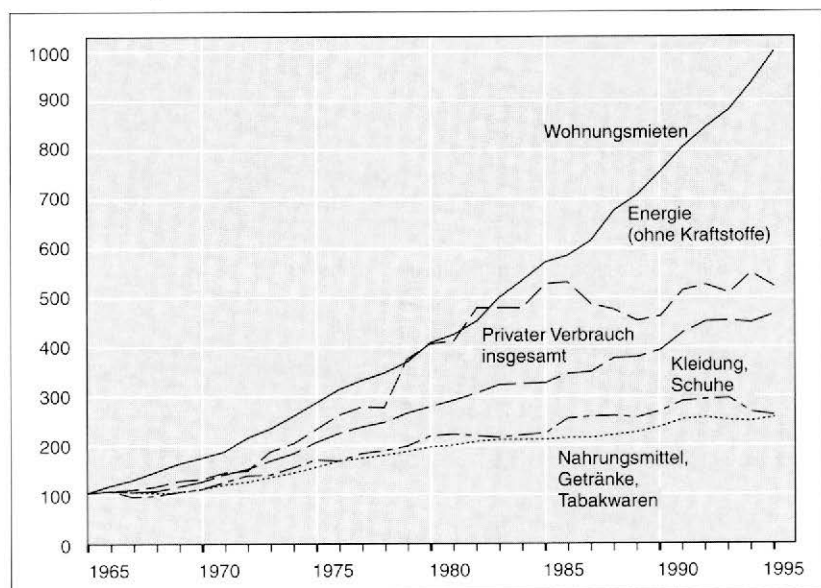
Tab. 7: Anteil der Ausgaben am Privaten Verbrauch
in den neuen Ländern und Berlin-Ost
in Prozent

	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	1991	1995	1991	1995	1991	1995
Privater Verbrauch insgesamt (DM)	1 597	2 386	2 569	3 364	3 249	4 103
davon (%):						
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	30,5	22,4	28,2	24,5	24,6	22,7
Wohnungsmieten	7,0	18,7	4,9	16,0	4,7	14,4
Energie (ohne Kraftstoffe)	6,3	6,4	4,0	5,5	3,8	4,8
Kleidung, Schuhe	7,1	5,4	9,9	6,6	10,2	7,6
<i>zusammen:</i>	<i>50,9</i>	<i>52,9</i>	<i>47,0</i>	<i>52,6</i>	<i>43,3</i>	<i>49,5</i>
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	17,6	16,3	24,6	19,3	26,5	19,8
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	8,9	7,8	12,0	11,3	12,5	11,8
Übrige Güter und Dienstleistungen für den Privaten Verbrauch	22,6	23,0	16,4	16,8	17,7	18,9

Ausgaben für Wohnungsmieten zwischen 1965 und 1995 verzehnfachten, stiegen die Aufwendungen für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren auf etwas mehr als das Doppelte.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß in die Ausgaben sowohl die Preis- wie die Mengenkomponente eingeht. Der Anstieg eines Ausgabenpostens kann also durch Preissteigerungen und/oder Erhöhung der nachgefragten Menge verursacht werden. Als dritte Möglichkeit ist der Übergang auf höherwertige und damit teurere Waren denkbar (Substitution). In der Regel ist die Ausgabensteigerung auf eine Kombination aller drei Faktoren zurückzuführen, wobei eine Komponente durch- aus überwiegen kann.

Abb. 3: Entwicklung einzelner Ausgabengruppen¹ im früheren Bundesgebiet
Basisjahr 1965



¹ Bei 4-Personen-Haushalten von Angestellten und Arbeitern mit mittlerem Einkommen im Vergleich zu ihrem gesamten Privaten Verbrauch.

4.6.1 Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren

In den neuen Ländern und Berlin-Ost hat sich der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren an den Ausgaben für den Privaten Verbrauch seit 1991 erheblich reduziert. So gaben beispielsweise Haushalte des Typs 1 1991 noch 30,5 % ihres Privaten Verbrauchs für den Kauf von Nahrungs-

Tab. 8: Ausgaben für ausgewählte Nahrungsmittel, Getränke
und Tabakwaren 1995
Durchschnitt je Haushalt und Monat

Gegenstand der Nachweisung	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	DM	%	DM	%	DM	%
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren insgesamt	539,90	100,0	895,83	100,0	1149,67	100,0
Nahrungsmittel	369,75	68,5	581,58	64,9	701,95	61,1
dar.: Fleisch und Fleischwaren	98,60	18,3	141,43	15,8	158,23	13,8
Fisch und Fischwaren	14,45	2,7	12,44	1,4	17,85	1,6
Milch	26,14	4,8	46,74	5,2	53,10	4,6
Käse	20,29	3,8	35,56	4,0	52,16	4,5
Frischobst	29,92	5,5	32,34	3,6	41,21	3,6
Frischgemüse	19,30	3,6	24,63	2,7	35,49	3,1
Brot und Backwaren	55,50	10,3	93,05	10,4	112,40	9,8
Getränke	79,44	14,7	144,45	16,1	184,73	16,1
dar.: Tafelwasser	14,62	2,7	22,08	2,5	26,86	2,3
Kaffee	16,73	3,1	19,03	2,1	19,25	1,7
Spirituosen	7,99	1,5	7,99	0,9	12,10	1,1
Bier	16,39	3,0	28,62	3,2	31,88	2,8
Tabakwaren	16,41	3,0	27,54	3,1	18,99	1,7
dar.: Zigaretten	12,65	2,3	24,41	2,7	14,40	1,3
Verzehr von Speisen und Getränken in Kantinen, Gaststätten u. ä.	74,30	13,8	142,26	15,9	243,99	21,2
dar.: Verzehr von Speisen in Gaststätten	52,40	9,7	88,79	9,9	156,40	13,6
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>						
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren insgesamt	534,72	100,0	824,82	100,0	930,14	100,0
Nahrungsmittel	360,27	67,4	515,75	62,5	555,50	59,7
dar.: Fleisch und Fleischwaren	97,01	18,1	138,04	16,7	141,85	15,3
Fisch und Fischwaren	15,36	2,9	11,12	1,3	11,72	1,3
Milch	22,09	4,1	40,44	4,9	43,33	4,7
Käse	20,88	3,9	26,84	3,3	29,88	3,2
Frischobst	28,88	5,4	32,39	3,9	35,65	3,8
Frischgemüse	19,11	3,6	22,59	2,7	24,19	2,6
Brot und Backwaren	53,46	10,0	78,79	9,6	84,94	9,1
Getränke	98,45	18,4	149,60	18,1	161,82	17,4
dar.: Tafelwasser	11,82	2,2	12,21	1,5	11,89	1,3
Kaffee	17,55	3,3	16,65	2,0	18,41	2,0
Spirituosen	14,22	2,7	17,48	2,1	19,22	2,1
Bier	22,98	4,3	35,04	4,2	38,46	4,1
Tabakwaren	10,13	1,9	28,03	3,4	23,49	2,5
dar.: Zigaretten	9,24	1,7	27,76	3,4	22,69	2,4
Verzehr von Speisen und Getränken in Kantinen, Gaststätten u. ä.	65,88	12,3	131,43	15,9	189,32	20,4
dar.: Verzehr von Speisen in Gaststätten	47,64	8,9	56,34	6,8	79,14	8,5

Tab. 9: Gekaufte Mengen und Kaufbeträge je Mengeneinheit für ausgewählte Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren 1995

Durchschnitt je Haushalt und Monat

Waren	Einheit	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
		Menge	DM je Mengeneinheit	Menge	DM je Mengeneinheit	Menge	DM je Mengeneinheit
Früheres Bundesgebiet							
Rindfleisch	kg	0,79	12,83	0,84	12,78	0,97	14,70
Schweinefleisch	kg	1,64	8,77	2,36	9,90	2,01	11,58
Geflügel	kg	1,13	7,27	1,39	8,14	1,25	10,06
Fisch	kg	0,54	11,92	0,34	12,09	0,46	14,55
Hart-, Schnitt-, Weich-, Schmelzkäse	kg	1,21	12,00	2,34	12,02	3,00	13,94
Eier, frisch	St	29	0,23	34	0,23	34	0,26
Butter	kg	1,11	7,32	1,14	7,19	1,44	7,50
Margarine	kg	1,23	3,32	1,52	2,82	1,30	3,06
Äpfel	kg	3,07	2,25	3,63	2,42	4,16	2,60
Apfelsinen	kg	1,37	1,92	0,99	1,85	1,38	1,94
Bananen	kg	1,88	2,59	2,95	2,53	3,12	2,72
Tomaten	kg	0,99	3,01	1,20	3,15	1,65	3,35
Gurken	kg	0,61	2,52	1,05	2,69	1,23	2,82
Brot	kg	6,23	3,79	8,08	4,01	8,58	4,35
Bienenhonig	kg	0,28	7,38	0,20	7,87	0,27	9,04
Bier	l	8,3	1,97	14,1	2,03	15,0	2,13
Zigaretten	St	55	0,23	108	0,23	62	0,23
Neue Länder und Berlin-Ost							
Rindfleisch	kg	0,54	11,48	0,52	11,93	0,44	12,24
Schweinefleisch	kg	1,88	8,07	2,76	8,48	2,77	8,82
Geflügel	kg	1,13	6,03	1,22	6,23	1,20	6,35
Fisch	kg	0,47	10,08	0,27	10,07	0,31	10,19
Hart-, Schnitt-, Weich-, Schmelzkäse	kg	1,20	11,58	1,84	11,27	1,98	11,81
Eier, frisch	St	23	0,20	29	0,18	31	0,18
Butter	kg	1,24	7,10	1,31	6,90	1,42	6,99
Margarine	kg	1,52	3,18	2,51	3,02	2,66	3,12
Äpfel	kg	2,42	2,07	3,35	2,10	3,70	2,12
Apfelsinen	kg	1,85	1,76	1,43	1,73	1,65	1,74
Bananen	kg	2,72	2,18	3,36	2,23	3,64	2,26
Tomaten	kg	1,20	2,78	1,61	2,79	1,79	2,84
Gurken	kg	0,97	2,23	1,87	2,26	1,95	2,29
Brot	kg	6,36	2,73	9,78	2,63	9,92	2,70
Bienenhonig	kg	0,26	6,55	0,16	6,25	0,14	6,54
Bier	l	11,9	1,93	18,8	1,86	20,2	1,90
Zigaretten	St	43	0,21	130	0,21	109	0,21

mitteln, Getränken und Tabakwaren aus, 1995 betrug dieser Anteil nur noch 22,4 %. Beim Haushaltstyp 2 verminderten sich die entsprechenden Anteile von 28,2 auf 24,5 % und beim Typ 3 von 24,6 auf 22,7 %. Dem anteiligen Rückgang dieser Ausgaben steht dabei ein absoluter Anstieg gegenüber. Dies ist nur daraus zu erklären, daß die mit den gestiegenen Einkommen einhergehende Ausweitung des Privaten Verbrauchs eine größere Wachstumsdynamik hatte als der Konsum von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren. Das bereits bestehende hohe Konsumtionsniveau bei diesen Gütern bewegt sich offensichtlich näher an Sättigungsgrenzen – sieht man zunächst einmal von den Ausgaben für Wohnung und Energie ab – als dies bei anderen Konsumgütern der Fall ist.

Mit den zuletzt erreichten Ausgabenanteilen bei Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren haben sich die Haushalte in den neuen Bundesländern den entsprechenden Ausgabenanteilen vergleichbarer Haushalte in den alten Bundesländern angenähert. Bei westdeutschen Haushalten der Typen 2 und 3 betrugen die Verbrauchsanteile der Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren 1995 21,8 bzw. 19,6 %; sie lagen damit nur geringfügig unter den Anteilen in den neuen Bundesländern. Jedoch waren die absoluten Ausgabebeträge in den alten Bundesländern bei allen Haushaltstypen höher als in den neuen Bundesländern. Bei Haushaltstyp 1 war in den alten Bundesländern der Anteil aufgrund des insgesamt niedrigeren Privaten Verbrauchs mit 24,4 % höher. Wie sich die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren genau zusammensetzen, kann den Tab. 8 und 9 entnommen werden.

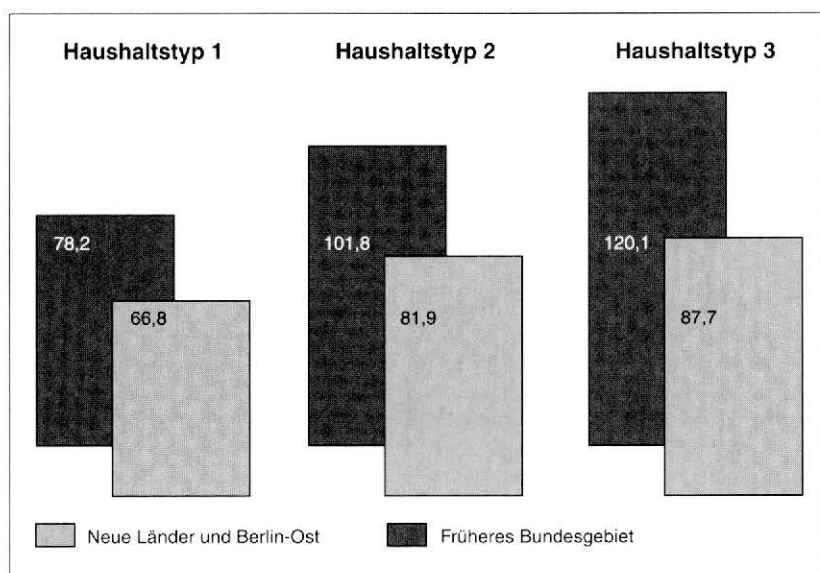
4.6.2 Wohnungsmieten, Energie

Ein sensibles Thema sind Wohnungsmieten und Energie. Im früheren Bundesgebiet hat der Anteil der Ausgaben für das Wohnen (Mieten und Energie) im Lauf der Jahre einen immer größeren Anteil der Ausgaben für den Privaten Verbrauch absorbiert. Dies ist vor allem auf den kontinuierlichen Anstieg der Wohnungsmieten zurückzuführen. Die für Wohnzwecke getätigten Aufwendungen stellen mittlerweile den größten Ausgabenposten des Privaten Verbrauchs. Bei den ausgabenschwächeren Haushalten des Typs 1 schlagen diese Ausgaben stärker zu Buche (37,2 %) als bei den einkommensstärkeren Haushalten der Typen 2 (29,0 %) oder 3 (25,5 %). Die Ausgaben für das Wohnen haben die in früheren Jahren traditionell an der Spitze der Verbrauchsausgaben rangierenden Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren von dieser Position verdrängt.

Auch in den neuen Ländern sind die Wohnungsmieten seit 1991 aufgrund der zwischenzeitlich durch Mietverordnungen mehrfach erhöhten Grundmieten und der zusätzlich berechneten Beschaffheitszuschläge für den Zustand von Miethäusern bei allen hier betrachteten Haushaltstypen stark gestiegen. Dies hat dazu geführt, daß Haushalte des Typ 1, die 1991 noch 7 % ihres Privaten Verbrauchs für die Zahlung von Mieten aufwendeten, 1995 bereits 18,7 % entrichten mußten. Berücksichtigt man, daß für Energie noch weitere Ausgaben von anteilig 6,4 %

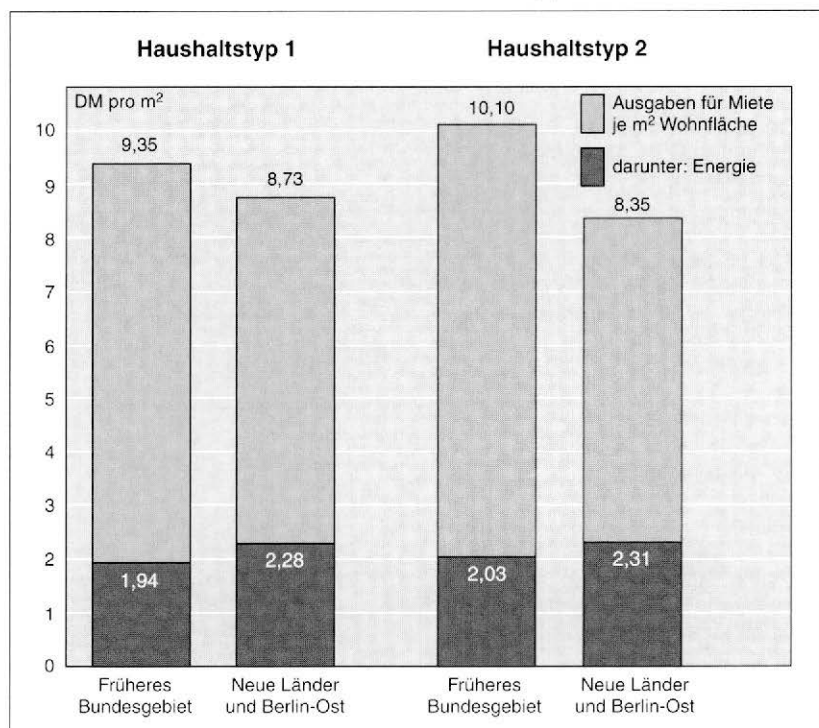
anfielen, wendeten diese Haushalte 1995 bereits rund ein Viertel ihrer Verbrauchsausgaben für das Wohnen auf. Bei Haushalten des Typs 2 erhöhten sich die für Wohnzwecke getätigten Ausgabenanteile von 8,9 auf 21,5 % und beim Typ 3 von 8,5 auf 19,2 %. Beim Haushaltstyp 1 haben auch in den neuen Ländern die für Wohnzwecke getätigten Ausgaben die Aufwendungen für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren vom traditionell ersten Platz der größten Verbrauchsausgabengruppe verdrängt. Beim Haushaltstyp 2 rangieren sie nach den letztgenannten Ausgaben auf Platz 2 und beim Haushaltstyp 3 nach den Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren und den Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung auf Platz 3.

Abb. 4: Größe der bewohnten Wohnung (Eigentümer und Mieter) in ausgewählten privaten Haushalten 1995 in Quadratmetern



Insgesamt lagen die für Wohnzwecke einschließlich Energiekosten zu tätigen Aufwendungen bei Haushalten aller hier zu betrachtenden Typen im früheren Bundesgebiet 1995 jedoch noch deutlich über den entsprechenden Aufwendungen in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Bei der Beurteilung muß allerdings berücksichtigt werden, daß der Beschaffenheitszustand der Wohnungen im Osten in aller Regel noch unter den im Westen üblichen Standards liegt. Darüber hinaus sind die Wohnungen in den neuen Ländern im Durchschnitt kleiner als in den alten Ländern.

Abb. 5: Ausgaben für Wohnungsmieten und Energie je Quadratmeter Wohnfläche in Mieterhaushalten der Haushaltstypen 1 und 2 in 1995



4.6.3 Güter für die Haushaltsführung

Während im früheren Bundesgebiet Güter für die Haushaltsführung eher einen geringen Anteil am Privaten Verbrauch einnehmen und in der Vergangenheit keine großen Schwankungen aufwiesen (5 bis 8 % des Privaten Verbrauchs), lagen diese Ausgaben in den neuen Bundesländern relativ über denen der vergleichbaren Haushaltstypen der alten Bundesländer, bei den Haushaltstypen 1 und 2 auch in der absoluten Höhe. Das gilt für nahezu alle Bestandteile dieser Position wie Möbel, Heimtextilien/Bodenbeläge, Tapeten und auch elektrische Haushaltsgeräte und ist Ausdruck des enormen Nachholbedarfs. Gleichwohl sind hier im Laufe der Jahre Verschiebungen innerhalb dieser Ausgabengruppe eingetreten. Lagen in den ersten Jahren nach der Vereinigung bei allen Haushaltstypen die Ausgabenprioritäten bei der Wohnungsmodernisierung und -verschönerung, so stehen mittlerweile Möbelkäufe, elektrische Haushaltsgeräte u. ä. Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung an der Spitze der Ausgaben dieser Gruppe.

Tab. 10: Ausgaben für ausgewählte Güter für die Haushaltsführung 1995
DM je Haushalt und Monat, Anteil am Privaten Verbrauch in Prozent

Art der Aufwendung	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	DM	%	DM	%	DM	%
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	130	5,9	275	6,7	459	7,8
darunter:						
Möbel	26	1,2	85	2,1	188	3,2
Bodenbeläge, Textilien, Haushaltswäsche	23	1,1	38	0,9	54	0,9
elektrische Haushaltsgeräte	21	0,9	45	1,1	63	1,1
Tapeten, Baustoffe, Reparaturen u. ä.	10	0,5	22	0,5	31	0,5
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>						
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	281	11,8	316	9,4	453	11,0
darunter:						
Möbel	106	4,5	107	3,2	202	4,9
Bodenbeläge, Textilien, Haushaltswäsche	41	1,7	33	1,0	45	1,1
elektrische Haushaltsgeräte	45	1,9	59	1,8	64	1,6
Tapeten, Baustoffe, Reparaturen u. ä.	31	1,3	44	1,3	57	1,4

4.6.4 Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Ausgaben für diesen Bereich beanspruchen den dritten Platz bei den Ausgaben der Haushalte für den Privaten Verbrauch im früheren Bundesgebiet. Dabei bilden Kauf und Unterhaltung von Pkw den Schwerpunkt der Ausgaben. Von den Haushaltstypen 2 und 3 der neuen Bundesländer wurden 1995 fast genauso hohe DM-Beträge für diesen Bedürfniskomplex ausgegeben wie im früheren Bundesgebiet. Haushalte des Typs 1 wendeten hier für diese Ausgaben sogar höhere Beträge auf. Die Ausgaben für die Unterhaltung von Kfz (vgl. Tab. 11) differieren aufgrund vielfältiger Einflüsse (im Westen sind häufiger zwei Pkw im Haushalt, im Osten gibt es weniger Garagen), sie haben sich jedoch schon deutlich angenähert.

4.6.5 Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit

Rund 11 bis 12 % des Privaten Verbrauchs entfallen in Vierpersonenhaushalten mit mittlerem und höherem Einkommen in Ost und West auf Ausgaben für Bildung, Unterhaltung und Freizeit.

Tab. 11: Monatliche Kosten der Kraftfahrzeughaltung 1995¹

DM je Haushalt und Monat, Struktur in Prozent

Art der Aufwendung	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	DM	%	DM	%	DM	%
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
Kraftstoffe	70	29,3	153	38,5	185	36,4
Garagenmieten	38	16,1	40	10,1	51	10,1
Kraftfahrzeugsteuer	17	7,2	28	7,1	35	6,8
Kraftfahrzeugversicherung	54	22,4	83	20,9	97	19,1
Reparaturen, Ersatzteile u. ä.	60	25,0	93	23,4	140	27,6
Insgesamt	239	100	397	100	508	100
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>						
Kraftstoffe	72	28,0	137	34,7	161	35,5
Garagenmieten	39	15,4	29	7,4	33	7,3
Kraftfahrzeugsteuer	16	6,4	24	6,0	27	5,9
Kraftfahrzeugversicherung	64	25,0	105	26,6	118	26,0
Reparaturen, Ersatzteile u. ä.	64	25,2	100	25,3	115	25,3
Insgesamt	255	100	395	100	454	100

1 Je Haushalt mit Kraftfahrzeug.

Die absoluten Ausgabebeträge hierfür differieren allerdings beträchtlich infolge des unterschiedlichen Umfangs des Privaten Verbrauchs, der wiederum durch die niedrigeren Einkommen der ostdeutschen Haushalte bedingt ist. Vergleicht man die Struktur der Ausgaben für Bildung, Unterhaltung und Freizeit, erkennt man in Ost und West unterschiedliche Verbrauchsgewohnheiten. So ist der Anteil der Käufe für Fernseh- und Rundfunkgeräte bei den ostdeutschen Haushalten infolge des noch immer nicht gedeckten Nachholbedarfs höher als bei den entsprechenden westdeutschen Haushalten. Ebenso sind die Ausgaben für Unterrichtsleistungen, in denen auch die Entgelte für Kindergarten und Hort enthalten sind, im Osten relativ höher. Dagegen geben westdeutsche Haushalte absolut und relativ mehr für Bücher, Zeitungen und Zeitschriften aus.

Bei 2-Personen-Rentnerhaushalten liegt der Anteil der Ausgaben für Bildung, Unterhaltung und Freizeit am Privaten Verbrauch bei 6,7 % (West) bzw. 7,8 % (Ost) und damit wesentlich niedriger als bei den 4-Personenhaushalten mit mittlerem und höherem Einkommen.

Der schon in den Vorjahren zu beobachtende höhere Ausgabenanteil der ostdeutschen Rentnerhaushalte bei dieser Ausgabengruppe ist durch die absolut und relativ höheren Ausgaben für Fernseh- und Rundfunkgeräte begründet.

Weitere Ausführungen zum Thema Ausgaben privater Haushalte für Freizeit enthält Kapitel 6.3.1 auf Seite 148.

Tab. 12: Ausgaben für Bildung, Unterhaltung und Freizeit 1995
DM je Haushalt und Monat, Anteil am Privaten Verbrauch in Prozent

Art der Aufwendung	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	DM	%	DM	%	DM	%
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	148	6,7	462	11,3	715	12,2
darunter:						
Fernseh-, Rundfunk-, Phono-, Foto- und Kinogeräte	19	0,9	52	1,3	80	1,4
Bücher, Zeitungen, Zeitschriften	40	1,8	64	1,6	106	1,8
Unterrichtsleistungen	1	0,0	76	1,9	116	2,0
Besuch von Theater-, Kino- u. Sportveranstaltungen u. ä.	4	0,2	24	0,6	43	0,7
Gartenpflege, Tierhaltung	32	1,5	49	1,2	71	1,2
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>						
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	185	7,8	382	11,3	483	11,8
darunter:						
Fernseh-, Rundfunk-, Phono-, Foto- und Kinogeräte	29	1,2	54	1,6	69	1,7
Bücher, Zeitungen, Zeitschriften	40	1,7	48	1,4	57	1,4
Unterrichtsleistungen	1	0,0	66	2,0	89	2,2
Besuch von Theater-, Kino- u. Sportveranstaltungen u. ä.	7	0,3	21	0,6	30	0,7
Gartenpflege, Tierhaltung	38	1,6	43	1,3	58	1,4

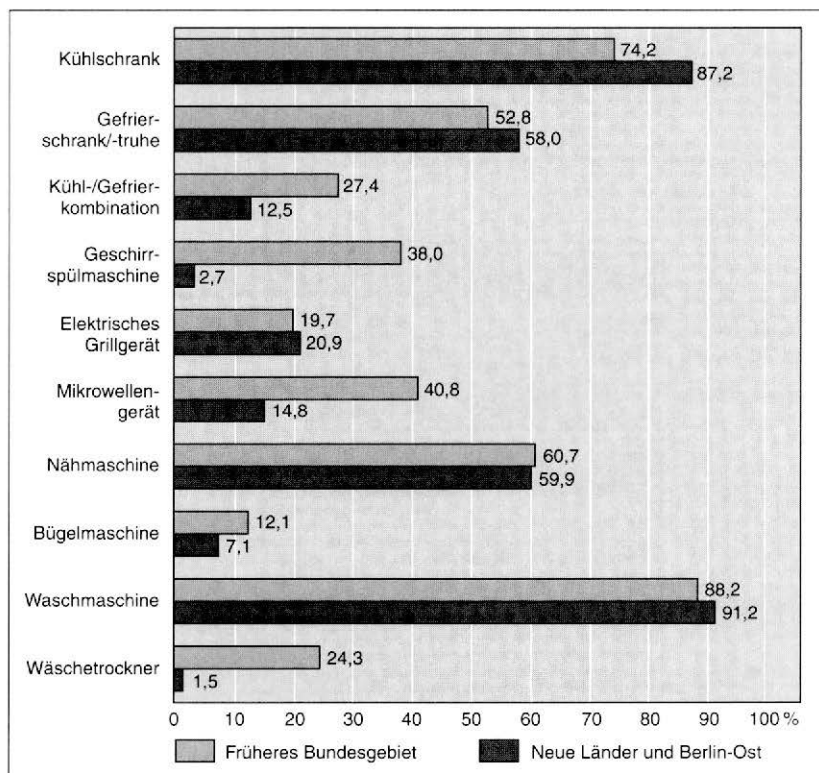
4.7 Ausstattung der Haushalte

Anhaltspunkte für den erreichten materiellen Lebensstandard der Haushalte lassen sich auch aus dem Besitz bestimmter Gebrauchsgüter, die das Leben angenehmer machen, gewinnen. Dazu gehört z.B. die Ausstattung mit Haushaltsgeräten, die die Haushaltsführung erleichtern, oder der Besitz von Unterhaltungselektronik oder Foto- und Kameraausrüstungen für Zwecke der Freizeitgestaltung. Auch die Anschaffung von technischen Neuerungen, seien es Videokameras/Camcorder, CD-Player oder PCs, lassen Rückschlüsse auf die Lebensverhältnisse der Haushalte zu.

Im Januar 1993 hatten nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe die Haushalte in Deutschland bei den „klassischen“ Haushaltsgeräten fast die Vollversorgung erreicht. 77 % der Haushalte hatten einen Kühlschrank, 24 % verfügten über eine Kühl-/Gefrierkombination, und 54 % besaßen einen Gefrierschrank oder eine Gefriertruhe. Wie diese Zahlen deutlich machen, gab es bei den Kühl- und Gefriergeräten teilweise eine Mehrfachausstattung in den Haushalten. Auch Waschmaschinen waren in rund neun Zehnteln (89 %) der Haushalte vorhanden. Eine Geschirrspülmaschine (30 %) und ein Mikrowellengerät (35 %) hatte annähernd jeder dritte Haushalt angeschafft.

Bei der „Standardausstattung“ mit Haushaltsgeräten wie Kühlschränken, Waschmaschinen und Nähmaschinen gab es im Januar 1993 kaum nennenswerte Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern. So gab es zwar mehr Kühlschränke im Osten (87 % gegenüber 74 %), dafür mehr Kühl-/Gefrierkombinationen

Abb. 6: Ausstattungsgrad der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern im Januar 1993

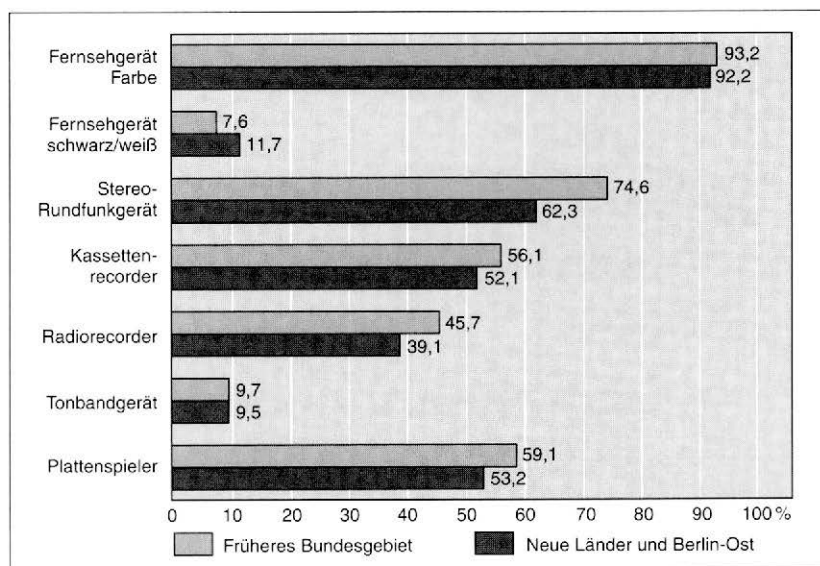


nen im Westen (27 % gegenüber 13 %). Reine Gefrierschränke oder -truhen waren in 58 % (Ost) bzw. 53 % (West) der Haushalte vorhanden. 91 % der Ost- und 88 % der West-Haushalte waren mit Waschmaschinen ausgerüstet; 21 % (Ost) bzw. 20 % (West) mit einem elektrischen Grillgerät. Auch bei Nähmaschinen gab es kaum Unterschiede: 60 % (Ost) und 61 % (West) der Haushalte besaßen eine.

Lediglich bei den Geräten, die etwas außerhalb der Standardausstattung liegen, gab es Diskrepanzen im Ausstattungsgrad. Das galt zum Beispiel für Geschirrspülmaschinen: 38 % der West-Haushalte, aber nur 3 % der Ost-Haushalte besaßen ein solches Gerät. Auch Mikrowellengeräte waren sehr unterschiedlich verbreitet: 41 % der Haushalte im früheren Bundesgebiet und 15 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost verfügten darüber. Eine der größten Differenzen gab es bei der Ausstattung mit Wäschetrocknern: Im Westen stand er immerhin in einem Viertel (24 %) der Haushalte, im Osten nur in knapp 2 %.

Güter für Zwecke der Unterhaltung und Freizeitgestaltung waren im Januar 1993 weit verbreitet. 96 % der Haushalte hatten ein Fernsehgerät, 93 % besaßen einen Farbfernseher. Der „dazugehörige“ Videorecorder stand in 46 % der Haushalte in Deutschland. Stereo-Rundfunkgeräte (72 %), Kassettenrecorder (55 %) und Plattenspieler (58 %) gehören zur klassischen Unterhaltungselektronik und waren daher sehr häufig vorhanden. Aber auch der Ausstattungsgrad mit CD-Playern war mit 35 % im Januar 1993 bereits sehr hoch.

Abb. 7: Ausstattungsgrad der Haushalte mit Unterhaltungselektronik im Januar 1993



Der Vergleich zwischen beiden Teilgebieten fällt ähnlich wie bei den Haushaltsgeräten aus. Bei Standardgeräten wie Fernsehern, Kassettenrecordern, Plattenspielern und Tonbandgeräten waren die Ausstattungsunterschiede zwischen west- und ostdeutschen Haushalten im Januar 1993 gering. Videorecorder und CD-Player dagegen waren noch unterschiedlich stark verbreitet. Bei den Videorecordern lag der Ausstattungsgrad bei 49 % für die Haushalte im früheren Bundesgebiet und bei 36 % für die Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost. CD-Player waren in 39 % bzw. 19 % der Haushalte vorhanden, 1988 besaßen lediglich 6 % der Haushalte im früheren Bundesgebiet einen CD-Player.

Technische Neuerungen wie Videokamera und PC verbreiten sich zunehmend in den Haushalten. So besaßen im Januar 1993 10 % eine Videokamera/Camcorder, 54 % dieser Geräte waren in den letzten beiden Jahren davor angeschafft worden. 21 % der Haushalte hatten einen PC, auch dieser war in 55 % der Fälle erst 1991 oder 1992 angeschafft worden. Dieses Verbreitungsmuster gilt gleichermaßen im früheren Bundesgebiet wie auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Im Januar 1993 hatten 11 % der Haushalte im früheren Bundesgebiet und 6 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost eine Videokamera. Knapp die Hälfte (48 %) der Haushalte im Westen und fast neun Zehntel (89 %) der Haushalte im Osten hatten die Videokamera 1991 oder 1992 gekauft. Vergleichbares gilt für den „Heimcomputer“: jeder zweite (51 %) Haushalt im früheren Bundesgebiet und gut drei Viertel (76 %) der Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost, die ein solches Gerät besaßen, hatten es höchstens seit 2 Jahren. Dabei betrug der Ausstattungsgrad für PC's bei den West-Haushalten 22 %, bei den Ost-Haushalten 16 %.

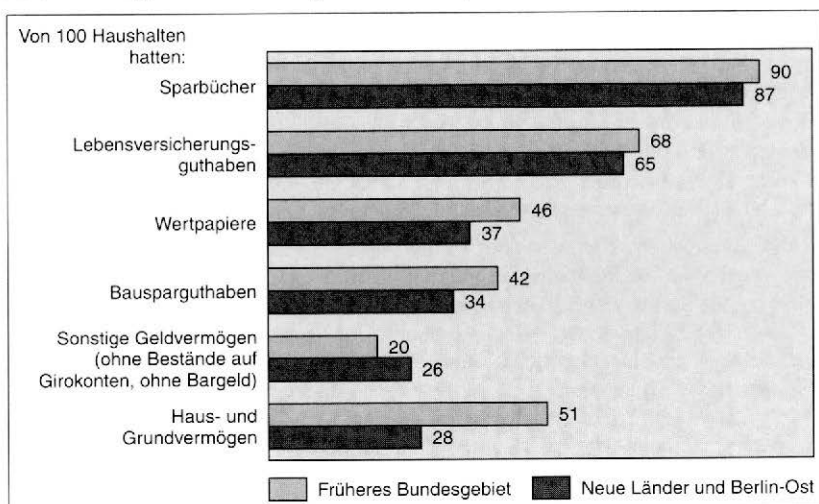
4.8 Vermögen

4.8.1 Geldvermögen

In der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe wurde im Dezember 1993 nach dem Geldvermögen gefragt. Sowohl im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost verfügten die privaten Haushalte überwiegend über Sparbücher. In 90 bzw. 87 von 100 Haushalten war mindestens ein Sparbuch vorhanden. Das durchschnittliche Sparguthaben dieser Haushalte belief sich im früheren Bundesgebiet auf 12 300 DM und in den neuen Ländern und Berlin-Ost auf 8 400 DM. Wertmäßig betrachtet, rangierten vor dem Sparbuch die Geldanlageformen Wertpapiere, Sonstiges Geldvermögen bzw. Versicherungsguthaben.

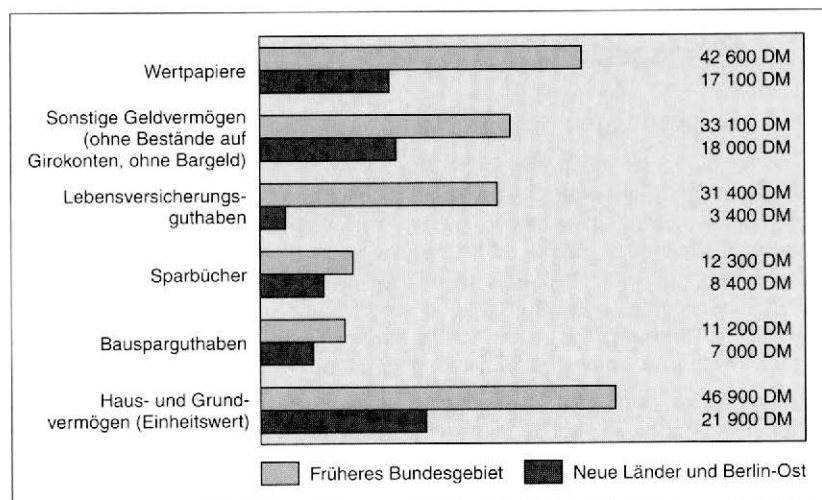
Nach dem Kontensparen sind Lebensversicherungen die beliebteste Form der Geldanlage. Ende 1993 nutzten 68 bzw. 65 % der privaten Haushalte diese Form der Vermögensbildung. Mit etwa 87 % in beiden Gebieten machten die Selbständigenhaushalte am häufigsten Gebrauch von Lebensversicherungen, die im wesentlichen zur Altersversorgung dienen. Dagegen hatten nur 50 bzw. 44 % der Nichterwerbstätigenhaushalte Lebensversicherungen. Grund dafür ist, daß es sich

Abb. 8: Ausgewählte Vermögensbestände privater Haushalte¹ Ende 1993



1 Ohne Anstaltsbevölkerung und Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr.

Abb. 9: Durchschnittliche Vermögensbestände privater Haushalte¹ mit der ausgewählten Vermögensform Ende 1993



1 Ohne Anstaltsbevölkerung und Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr.

bei diesen Haushalten ganz überwiegend um Rentner- bzw. Pensionärshaushalte handelt, deren Lebensversicherungen entweder bereits ausgezahlt wurden oder als zusätzliche Rente in Anspruch genommen werden.

Das durchschnittliche Versicherungsguthaben (Rückkaufwert) betrug bei Haushalten mit Versicherungsverträgen im früheren Bundesgebiet 31 400 DM sowie in den neuen Ländern und Berlin-Ost 3 400 DM.

1993 besaß im früheren Bundesgebiet fast jeder 2. Haushalt und in den neuen Ländern und Berlin-Ost jeder 3. Haushalt Wertpapiere in Form von Aktien, Investmentzertifikaten, festverzinslichen Wertpapieren, Sparbriefen u. ä. Im Durchschnitt war ein Wert dieser Depots zu Börsenkursen von Ende 1993 von 42 600 DM im früheren Bundesgebiet sowie 17 100 DM in den neuen Ländern und Berlin-Ost zu verzeichnen.

Insgesamt belief sich das erhobene Geldvermögen bezogen auf alle privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet auf 63 000 DM sowie in den neuen Ländern und Berlin-Ost auf 22 800 DM.

Das vorhandene Geldvermögen der privaten Haushalte weist erwartungsgemäß einen engen Zusammenhang zum Einkommen auf, das heißt, je höher das Einkommen, um so größer ist das Geldvermögen. Betrug es in Haushalten mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen unter 1 800 DM im früheren Bundesgebiet durchschnittlich 24 400 DM bzw. in den neuen Ländern und Berlin-Ost 12 600 DM, so lag es in Haushalten mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 6 000 bis unter 10 000 DM bereits durchschnittlich bei 136 100 DM im früheren Bundesgebiet bzw. 60 400 DM in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Tab. 13: Private Haushalte¹ nach Einkommen und durchschnittlichem Geldvermögen
Ende 1993 in DM

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis ... unter DM	Durchschnittliches Geldvermögen	
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
unter 1 800	24 400	12 600
1 800 – 2 500	38 800	20 900
2 500 – 4 000	56 900	26 700
4 000 – 6 000	80 800	38 300
6 000 – 10 000	136 100	60 400
10 000 – 35 000	280 700	/

¹ Ohne Anstaltsbevölkerung und Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr. Ohne Landwirte.

4.8.2 Haus- und Grundvermögen

Eigentum an Grund und Boden hat sich langfristig als bedeutende Form der Vermögensanlage erwiesen. Ende 1993 verfügten 14,6 Mill. private Haushalte im frü-

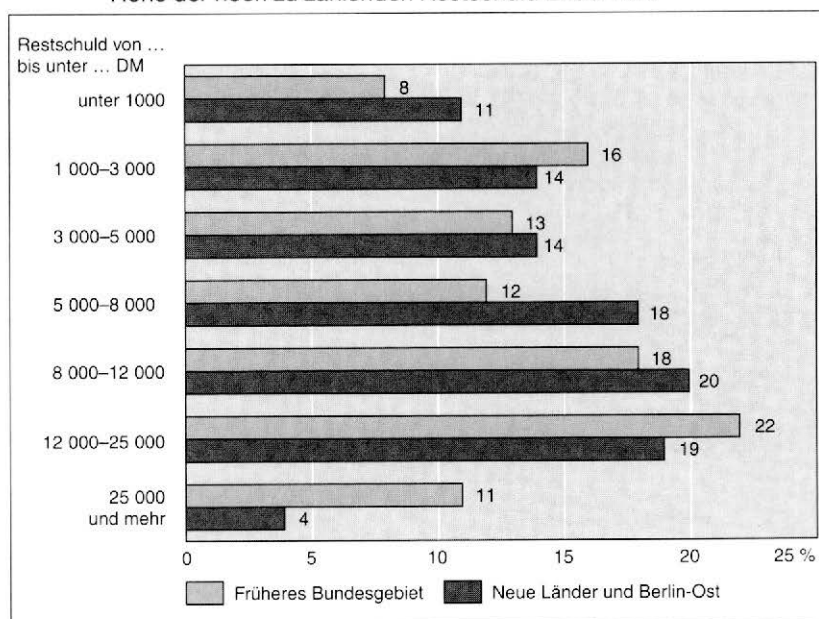
heren Bundesgebiet bzw. 1,9 Mill private Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost über Wohnungs-, Haus- und Grundstückseigentum. Während im früheren Bundesgebiet jeder zweite Haushalt Grundvermögen besaß, traf das in den neuen Ländern und Berlin-Ost nur für etwa jeden vierten Haushalt zu.

Der Einheitswert des Haus- und Grundvermögens betrug auf der Basis des letzten Einheitswert- bzw. Grundstücksteuerbescheids im Durchschnitt der Haushalte mit Haus- und Grundbesitz 46 900 DM bzw. 21 100 DM. Der Verkehrswert – das ist der Wert, den man glaubt erzielen zu können, wenn man Haus- und Grundbesitz zum Zeitpunkt der Befragung verkaufen würde – betrug durchschnittlich das Zehnfache vom Einheitswert.

4.9 Haushalte mit Schulden

Die Darstellung über die Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte bleibt unvollständig, wenn man die Schulden außer acht läßt. Ende 1993 zahlten 18 bzw.

Abb. 10: Private Haushalte¹ mit kurzfristigen Kreditverpflichtungen nach der Höhe der noch zu zahlenden Restschuld Ende 1993

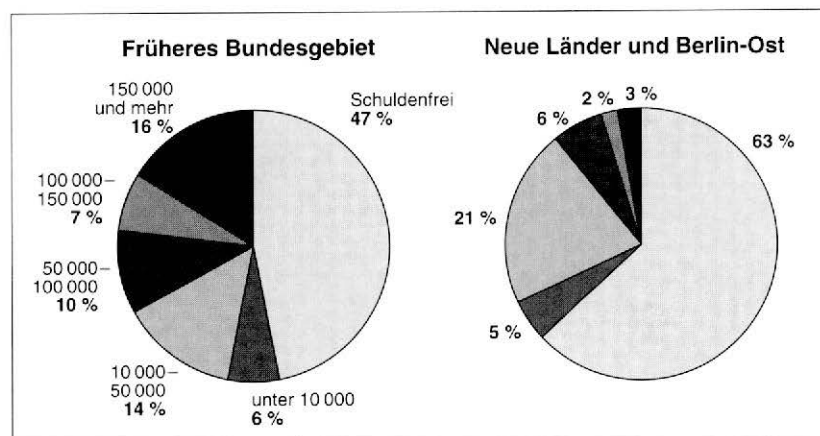


¹ Ohne Anstaltsbevölkerung und Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr.

19 von 100 Haushalten kurzfristige Kredite (ohne Hypothekenschulden und Baudarlehen, ohne Dispositionskredite) ab. Am häufigsten verschuldet waren Haushalte mit unter 40jährigen Bezugspersonen (bis 30 %) und am seltensten Haushalte mit über 65jährigen Bezugspersonen (4 %). Die noch zu zahlende Restschuld belief sich im Durchschnitt der Haushalte mit Kreditverpflichtungen auf 11 500 DM im früheren Bundesgebiet und 8 100 DM in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Weiter verbreitet als die kurzfristige Verschuldung ist die Aufnahme von Hypotheken und Baudarlehen. Wer Vermögen in Form von Haus- und Grundvermögen bilden will, kommt meist nicht umhin, zur Finanzierung seines Vorhabens längerfristige Gelder in Anspruch zu nehmen. Ende 1993 mußten im früheren Bundesgebiet 53 % und in den neuen Ländern und Berlin-Ost 37 % aller Haushalte mit Grundvermögen Hypotheken, Baudarlehen u.ä. zurückzahlen. Die Höhe der Restschuld belief sich im Durchschnitt bei Haushalten, die noch Tilgungs- und Zinszahlungen zu leisten hatten, auf 121 200 DM im früheren Bundesgebiet und 56 100 DM in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Von diesen Haushalten hatten 23 % im früheren Bundesgebiet und 5 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost Restschulden von 100 000 DM und mehr angegeben.

Abb. 11: Private Haushalte¹ mit Haus- und Grundvermögen nach ihrer Restschuld Ende 1993



¹ Ohne Anstaltsbevölkerung und Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr.

5 Wohnen

Angaben über Wohnen und Wohnungsversorgung werden in Deutschland in unregelmäßigen Zeitabständen erhoben. Nach der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 in den alten Bundesländern ist die 1-%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe vom 30. September 1993 (GWS '93) die neueste umfassende Datenquelle für die Beschreibung der Wohnsituation. Mit ihr wurden nun erstmals gesamtdeutsche Ergebnisse über Umfang und Qualität des Wohnungsbestandes sowie über seine Belegung bereitgestellt. Die Ergebnisse der GWS '93 haben gezeigt, daß die Wohnverhältnisse im früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin-Ost noch sehr unterschiedlich sind. Deshalb wurden die Ergebnisse für beide Teilgebiete getrennt nachgewiesen, um Vergleiche zwischen Ost und West zu ermöglichen.

Dieser Unterschied zwischen West und Ost zeigt sich schon bei sehr allgemeinen Übersichten, etwa einem Vergleich der durchschnittlichen Wohnfläche. Im Westen verfügte Ende September 1993 jede in der Erhebung erfaßte Person über 38 Quadratmeter und im Osten nur über 30 Quadratmeter. Die Wohnungen bestanden im Durchschnitt aus 4,4 bzw. 4,0 Räumen, durchschnittlich teilten sich je 2,3 bzw. 2,4 Personen eine Wohnung. Die unterschiedliche Wohnsituation wird nachfolgend genauer beschrieben.

Tab. 1: Wohnsituation in Deutschland 1993

Gebiet	Durchschnittliche Wohnfläche je		Durchschnittliche Raumzahl je		Personen je Wohnung
	Wohnung	Person	Wohnung	Person	
	m ²		Anzahl		
Deutschland	84,7	36,2	4,3	1,8	2,3
Früheres Bundesgebiet	88,1	37,8	4,4	1,9	2,3
Neue Länder u. Berlin-Ost	70,1	29,5	4,0	1,7	2,4

5.1 Altersstruktur des Wohnungsbestandes

Die Altersstruktur des Wohnungsbestandes zeigt ein abwechslungsreiches Bild. Insgesamt gesehen stammte ein Drittel der Wohnungen in Deutschland aus der Zeit bis 1948, über die Hälfte von ihnen sind in der Zeit von 1949 bis 1978 entstanden, und ein Sechstel wurde von 1979 bis zum Erhebungsstichtag gebaut. Im Osten lag der Anteil der bis 1948 gebauten Wohnungen bei über der Hälfte des Wohnungsbestandes, während es im Westen nur etwas mehr als ein Viertel war.

Tab. 2: Wohnungen in Wohngebäuden 1993 nach dem Baujahr

Gebiet	Wohnun- gen insge- samt 1 000	Davon wurden errichtet von ... bis ...					
		bis 1949		1949 – 1978		1979 – 1993	
		1 000	%	1 000	%	1 000	%
Deutschland	32 252	10 603	32,9	16 304	50,6	5 345	16,6
Früheres Bundesgebiet	26 131	7 495	28,7	14 500	55,5	4 136	15,8
Neue Länder u. Berlin-Ost	6 121	3 108	50,8	1 804	29,5	1 209	19,7

Die Zahlen für die neuen Länder und Berlin-Ost und die Durchschnittswerte zeigen eine deutlich schlechtere Wohnungsstruktur. Die Gebäude – und damit die Wohnungen – sind erheblich älter als in den alten Ländern. Gegenüber dem früheren Bundesgebiet machten sie einen großen Nachholbedarf deutlich, der im wesentlichen durch die geringere Neubautätigkeit auf dem Gebiet der ehemaligen DDR und die zunehmende Verschlechterung des allgemeinen Bauzustandes der Wohnungen ausgelöst worden ist.

5.2 Größe der Wohnungen

Von den am 30. September 1993 in Deutschland gezählten 32,3 Mill. bewohnten Wohnungen in Wohngebäuden (Freizeitwohnungen und Wohnungen von Angehörigen ausländischer Streitkräfte bleiben außer Betracht) waren 19,7 Mill. (61,2 %) von Hauptmietern und -mieterinnen sowie 12,5 Mill. (38,8 %) von Eigentümerinnen und Eigentümern bewohnt. Ein Vergleich zeigt, daß Eigentümerwohnungen mit durchschnittlich gut 111 Quadratmetern wesentlich größer waren als Mietwohnungen mit durchschnittlich rund 68 Quadratmetern. Drei Viertel der Mietwohnungen hatten bis 80 Quadratmeter Wohnfläche, während es bei den Eigentümerwohnungen gerade ein Fünftel war. Damit standen dem restlichen Viertel der über 80 Quadratmeter großen Mietwohnungen vier Fünftel der Eigentümerwohnungen in dieser Größenklasse gegenüber. Diese unterschiedliche Struktur war sicher zum größten Teil durch die Einfamilienhäuser bestimmt, die in der Mehrzahl über 100 Quadratmeter Wohnfläche aufwiesen.

Von der Gesamtzahl der bewohnten Wohnungen lagen 26,1 Mill. im früheren Bundesgebiet, von denen wiederum 15,2 Mill. (58,3 %) Mietwohnungen und 10,9 Mill. (41,7 %) Eigentümerwohnungen waren. Die Eigentümerquote, die den Anteil der von den Eigentümerinnen und Eigentümern selbst bewohnten Wohnungen gemessen an allen Wohnungen ausdrückt, lag im früheren Bundesgebiet bei 41,7 %. In den neuen Ländern und Berlin-Ost lag die Wohnungszahl bei 6,1 Mill., die sich in 4,5 Mill. (73,9 %) Mietwohnungen und 1,6 Mill. (26,1 %) Eigentümerwohnungen aufteilten.

Im früheren Bundesgebiet war mehr als die Hälfte der Wohnungen größer als 80 Quadratmeter, in den neuen Ländern lag dieser Anteil nur bei etwas mehr als einem

Tab. 3: Bewohnte Wohnungen in Wohngebäuden nach der Wohnfläche

Gebiet/ Art der Wohnung	Miet- und Eigentümerwohnungen					Durchschnittliche Fläche je Wohnung m ²
	Insgesamt	davon mit einer Fläche von ... bis unter ... m ²				
		unter 40	40–80	80–100	100 und mehr	
		1 000	%			
Deutschland	32 252	5,6	47,2	17,9	29,3	84,7
Mietwohnungen	19 748	8,7	64,8	16,1	10,4	67,9
Eigentümerwohnungen	12 504	0,7	19,5	20,8	59,0	111,1
Früheres Bundesgebiet	26 131	5,0	43,4	19,0	32,6	88,1
Mietwohnungen	15 225	8,1	61,5	18,1	12,3	70,1
Eigentümerwohnungen	10 907	0,6	18,2	20,2	61,0	113,1
Neue Länder und Berlin-Ost	6 121	8,5	63,4	13,2	15,0	70,1
Mietwohnungen	4 523	11,1	75,5	9,1	4,3	60,4
Eigentümerwohnungen	1 598	1,0	28,9	24,9	45,3	97,6

Viertel. So war auch die durchschnittliche Fläche einer Wohnung im Westen mit 88 Quadratmetern um 18 Quadratmeter größer als im Osten.

Bei der Betrachtung der Raumzahl je Wohnung zeigt sich insgesamt, daß in Deutschland etwa 70 % aller bewohnten Wohnungen vier und mehr Räume hatten. Da eine Küche jeweils auch als Raum gezählt wird, handelt es sich hierbei um Wohnungen mit drei und mehr Zimmern, die durchschnittliche Größe aller Wohnungen lag bei 4,3 Räumen.

Hier ist festzustellen, daß die Zahl der Wohnungen mit vier und mehr Räumen sowohl im Westen als auch im Osten etwa der Gesamtverteilung entsprach. Aller-

Tab. 4: Bewohnte Wohnungen in Wohngebäuden nach der Raumzahl 1993

Gebiet/ Art der Wohnung	Miet- und Eigentümerwohnungen					Räume je Woh- nung
	Ins- gesamt	mit ... Räumen				
		1 + 2	3	4	5 und mehr	
		1 000	%			
Deutschland	32 252	7,9	22,4	32,4	37,3	4,3
Mietwohnungen	19 748	12,1	31,4	38,1	18,4	3,7
Eigentümerwohnungen	12 504	1,3	8,3	23,3	67,1	5,3
Früheres Bundesgebiet	26 131	7,9	21,4	31,0	39,7	4,4
Mietwohnungen	15 225	12,5	31,1	37,0	19,3	3,7
Eigentümerwohnungen	10 907	1,4	7,9	22,6	68,1	5,3
Neue Länder und Berlin-Ost	6 121	8,2	26,6	38,2	26,9	4,0
Mietwohnungen	4 523	10,8	32,1	41,8	15,2	3,6
Eigentümerwohnungen	1 598	0,9	10,8	28,1	60,2	4,9

dings waren die Anteile der Vier-Raum-Wohnungen und der Wohnungen mit fünf und mehr Räumen in Ost und West vertauscht. Für den Osten wurden relativ mehr Vier-Raum-Wohnungen nachgewiesen, für den Westen relativ mehr Wohnungen mit fünf und mehr Räumen. Grund hierfür war im Westen die Eigentumspolitik und im Osten die Tatsache, daß beim Neubau von Wohnungen der Schwerpunkt auf den Vier-Raum-Wohnungen lag. Die durchschnittliche Raumzahl liegt im Westen mit 4,4 deshalb auch gegenüber 4,0 im Osten höher.

5.3 Ausstattung der Wohnungen

Die Qualität einer Wohnung wird hauptsächlich bestimmt durch ihre Ausstattung, besonders durch das Vorhandensein einer Sammelheizung (Fern-, Block-, Zentral-, Etagenheizung), Bad oder Dusche und WC. In Deutschland verfügten mehr als drei Viertel aller Wohnungen über Bad oder Dusche, WC und Sammelheizung. Sie gehörten zum besten Ausstattungstyp, der dem heutigen Neubaustandard entspricht. Beinahe jede fünfte Wohnung (18,5 %) verfügte zwar über Bad oder Dusche, nicht aber über eine Sammelheizung. Hier mußte mit Einzel- oder Mehr-raumöfen oder auch Elektrospeicherheizung geheizt werden. Nur bei etwa 5 % der Wohnungen war weder Bad/Dusche noch ein WC in der Wohnung vorhanden.

Es gibt einige besondere Ausstattungskriterien, die eine Wohnung für einen mehr-köpfigen Haushalt interessant machen können, dazu gehört auch eine „Wohn-küche“. Insgesamt hatte in Deutschland nur ein Fünftel aller Wohnungen eine Kü-che, die über 12 Quadratmeter groß war und damit als „Wohnküche“ eingestuft werden kann. Anteilmäßig fanden sich hiervon im früheren Bundesgebiet etwas mehr als in den neuen Bundesländern.

Tab. 5: Bewohnte Wohnungen in Wohngebäuden nach ihrer Ausstattung
1993

Ausstattung der Wohnungen	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt	32 252	100	26 131	100	6 121	100
Ausstattung:						
mit Bad/Dusche, WC und Sammelheizung	24 668	76,5	21 356	81,7	3 312	54,1
mit Bad/Dusche, WC ohne Sammelheizung	5 960	18,5	4 138	15,8	1 821	29,8
mit Bad/Dusche, ohne WC in der Wohnung	522	1,6	203	0,8	319	5,2
ohne Bad/Dusche, mit WC in der Wohnung	512	1,6	298	1,1	214	3,5
ohne Bad/Dusche, ohne WC in der Wohnung	590	1,8	136	0,5	454	7,4
Küche bis 12 m ² groß	23 742	73,6	18 987	72,7	4 754	77,7
Küche über 12 m ² groß	6 892	21,4	5 775	22,1	1 117	18,3
Kochnische	1 618	5,0	1 369	5,2	249	4,1

Ein wichtiges Ausstattungsdetail ist die Heizung, wobei wieder der Vergleich von früherem Bundesgebiet und neuen Ländern und Berlin-Ost sehr deutliche Unterschiede aufzeigt. Im Westen wurden mehr als zwei Drittel der Wohnungen mit Zentralheizung beheizt, 12,3 % mit Ofenheizung, 9,4 % mit Etagenheizung, 5,8 % mit Fernheizung und 4,9 % mit Elektrospeicherheizung. Die neuen Bundesländer wiesen eine völlig andere Verteilung auf. Führend waren dort bei der Beheizung immer noch die Einzel- und Mehrraumöfen bei gut zwei Fünfteln aller Wohnungen. Der nächste große Teil, mit mehr als einem Viertel, war an die Fernheizung angeschlossen. Hierbei handelte es sich überwiegend um Wohnungen, die mit den Plattenbauten in den Trabantsiedlungen vieler Städte entstanden sind und die generell fernbeheizt wurden. Nur ein knappes Viertel der Wohnungen hatte eine Block- oder Zentralheizung, der Rest war mit Etagenheizung (6,8 %) oder Elektrospeicherheizung (1,3 %) ausgestattet.

Tab. 6: Bewohnte Wohnungen in Wohngebäuden nach Heizungsart 1993

Wohnungen/ Heizungsart	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Wohnungen in Wohngebäuden insgesamt	32 252	100	26 131	100	6 121	100
Wohnungen mit ...						
Fernheizung	3 144	9,7	1 517	5,8	1 627	26,6
Block-/Zentralheizung	19 097	59,2	17 642	67,5	1 455	23,8
Etagenheizung	2 873	8,9	2 459	9,4	414	6,8
Einzel- oder Mehrraumöfen	5 766	17,9	3 222	12,3	2 544	41,6
Elektrospeicherheizung	1 371	4,3	1 291	4,9	80	1,3

Bei den für die Heizung verwendeten Energiearten gab es, abgesehen von der Fernheizung, bei der der Begriff „Fernwärme“ gewählt wurde, deutliche Schwerpunkte. Im früheren Bundesgebiet wurde mehr als die Hälfte aller Block- und Zentralheizungen mit Heizöl befeuert. Der Anteil der mit Gas betriebenen Heizanlagen erreichte gut zwei Fünftel und weist darauf hin, daß die Umstellung von Heizungen auf das umweltverträglichere Gas schon weit fortgeschritten ist. Von Etagenheizungen wurden neun Zehntel mit Gas betrieben, hier werden inzwischen fast ausschließlich Gasthermen verwendet. Bei den Einzel- und Mehrraumöfen dominieren als verwendete Energieart Heizöl und Gas. In den neuen Bundesländern wurden zwei Fünftel der Block- oder Zentralheizungen mit Gas und knapp ein Drittel mit Heizöl beschickt, bei einem bedeutenden Anteil von einem Viertel verwendete man Kohle. Etagenheizungen wurden anders als im früheren Bundesgebiet nur zur Hälfte mit Gas, dafür aber noch zu zwei Fünfteln mit Kohle betrieben. Bei den Einzel- und Mehrraumöfen brannte die weitaus größte Zahl mit Kohle.

Tab. 7: Bewohnte Wohnungen in Wohngebäuden nach Heizungsart und verwendeter Energie 1993

Heizungsart	Bewohnte Wohnungen insgesamt 1 000	Davon wurden überwiegend beheizt mit ...					
		Fern- wär- me	Heizöl	Gas	Elek- trizität	Kohle, Koks, Briketts	Holz oder sonstiges
Deutschland							
Wohnungen in Wohngebäuden insgesamt	32 252	9,7	35,1	36,6	7,2	10,2	1,1
davon: mit Fernheizung	3 144	100	—	—	—	—	—
mit Block- oder Zentralheizung	19 097	—	52,9	42,1	1,3	2,8	0,9
mit Etagenheizung	2 873	—	5,1	82,8	4,7	7,2	/
mit Einzel-/Mehrraumöfen	5 766	—	18,8	23,7	10,2	44,1	3,2
mit Elektrospeicherheizung	1 371	—	—	—	100	—	—
Früheres Bundesgebiet							
Wohnungen in Wohngebäuden zusammen	26 131	5,8	41,3	40,2	7,9	3,4	1,3
davon: mit Fernheizung	1 517	100	—	—	—	—	—
mit Block- oder Zentralheizung	17 642	—	54,7	42,2	1,3	0,9	0,9
mit Etagenheizung	2 459	—	5,5	88,5	4,9	0,9	/
mit Einzel-/Mehrraumöfen	3 222	—	31,3	27,9	13,4	21,9	5,6
mit Elektrospeicherheizung	1 291	—	—	—	100	—	—
Neue Länder und Berlin-Ost							
Wohnungen in Wohngebäuden zusammen	6 121	26,6	8,9	20,8	4,3	39,3	0,1
davon: mit Fernheizung	1 627	100	—	—	—	—	—
mit Block- oder Zentralheizung	1 455	—	31,4	41,5	0,6	26,3	/
mit Etagenheizung	414	—	2,7	49,0	3,8	44,4	/
mit Einzel-/Mehrraumöfen	2 544	—	3,0	18,4	6,1	72,2	/
mit Elektrospeicherheizung	80	—	—	—	100	—	—

5.4 Mieten

Bei der 1-%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993 wurden auch die Mieten erfaßt. Zur Miete werden neben der Grundmiete auch die kalten Betriebskosten gerechnet, also z. B. die monatlichen Beträge für Wasser, Kanalisation und Müllabfuhr. Nicht zur Miete rechnen hier die Umlagen für Zentralheizung oder Warmwasserversorgung, Garage usw.

Über die Höhe der Mieten wird öffentlich stark diskutiert. Diese Diskussion bezieht sich aber vor allem auf Mieten für Wohnungen, die in den letzten Jahren neu bezogen wurden. In die in den vorliegenden Tabellen ausgewiesenen Mietbeträge gehen aber auch die Mieten für langfristig vermietete Wohnungen ein, die meist niedriger sind. Deshalb liegen die hier nachgewiesenen Durchschnittswerte möglicherweise unter den bei Neuvermietungen erzielten Beträgen. Die Miethöhe wird außer vom Alter der Wohnung auch von der Ausstattung und der Größe beeinflusst.

Eine Mietwohnung in Deutschland kostete im September 1993 im Durchschnitt 573 DM, der durchschnittliche Preis je Quadratmeter Wohnfläche lag bei 8,64 DM. Wenn man den Ausstattungsgrad heranzieht, lassen sich diese Durchschnitte differenzieren. Dann reicht die Spannweite der Mietbeträge von monatlich 637 DM für eine Wohnung mit Bad oder Dusche, WC und Sammelheizung bis 218 DM monatlich für eine solche ohne Bad oder Dusche und ohne WC in der Wohnung. Entsprechend unterschieden sich auch die Quadratmetermieten, sie lagen bei 9,35 DM bzw. 4,44 DM. Im früheren Bundesgebiet lag das Mietniveau deutlich über dem Gesamtdurchschnitt für Deutschland. Für die Wohnung des besten Ausstattungstyps mußten 694 DM Miete einkalkuliert werden, die am schlechtesten ausgestatteten Wohnungen kosteten noch durchschnittlich 295 DM. Entsprechend lagen die durchschnittlichen Quadratmetermieten für beide Typen auch höher: 9,93 DM bzw. 6,84 DM.

In den neuen Ländern war das Mietenniveau deutlich niedriger. Das hat mehrere Gründe: der Wohnungsbestand ist deutlich älter als im Westen, zum anderen waren die Einkommensverhältnisse noch nicht dem West-Standard angeglichen, und schließlich ist ein Großteil der Wohnungen Beschränkungen bei der Mietpreisbildung unterworfen. Die inzwischen verabschiedeten gesetzlichen Erhöhungsmöglichkeiten werden sich erst nach und nach auswirken. So lag auch der durchschnittlich zu zahlende Mietbetrag bei nur 333 DM monatlich, das entsprach einer Quadratmetermiete von 5,58 DM. Wie im Westen war hier auch bei den besten Ausstattungen die Miete mit 373 DM höher, bei den schlechtesten erreichte sie mit 199 DM monatlich schon fast das Westniveau. Die Durchschnittsmiete je Quadratmeter lag im ersten Fall bei 6,24 DM, im zweiten bei 3,94 DM.

Auch die Wohnungsgröße hat einen Einfluß auf die Miethöhe. So wurden zwar für eine Kleinwohnung bis 40 Quadratmeter Wohnfläche in Deutschland durchschnittlich nur 339 DM monatlich bezahlt, aber diese Größenklasse umfaßte auch die teuersten Wohnungen mit einer Quadratmetermiete von 10,69 DM. Im früheren Bundesgebiet mußten hier sogar 12,77 DM angesetzt werden, während es in den neuen Ländern mit 5,96 DM knapp die Hälfte dieses Betrages war.

Ebenso hat das Baualter der Wohnungen Auswirkungen auf die Miete. Generell läßt sich sagen, daß alte Wohnungen relativ billiger sind als neue. Die bis 1948 entstandenen Wohnungen hatten im früheren Bundesgebiet eine Miete pro Quadratmeter Wohnfläche von 8,58 DM. Hier spielte mit, daß der weitaus größte Teil dieser Wohnungen im Laufe der Jahre durch Modernisierungsmaßnahmen auf den geltenden Wohnstandard gebracht worden ist. Der Abstand zu den jüngeren Wohnungen im Quadratmeterpreis war nicht sehr groß, er lag bei den Wohnungen, die 1988 und später errichtet wurden, mit 12,31 DM nur rund 40 % höher. In den neuen Bundesländern war die Situation ähnlich. Hier lag die durchschnittliche Miete je Quadratmeter bei 4,92 DM für die alten Wohnungen, die Neubauten der letzten Altersklasse aus den Jahren 1988 und später kosteten mit 6,44 DM nur rund 30 % mehr, was sicher mit den schon geschilderten Sonderfaktoren zu tun hatte.

Tab. 8: Bewohnte reine Mietwohnungen in Wohngebäuden
nach der Miete 1993 in DM

Ausstattung/Größe/Baujahr	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	Durchschnittliche Miete je					
	Wohnung	m ² Wohnfläche	Wohnung	m ² Wohnfläche	Wohnung	m ² Wohnfläche
Insgesamt	573	8,64	652	9,53	333	5,58
Ausstattung:						
mit Bad/Dusche, WC und Sammelheizung	637	9,35	694	9,93	373	6,24
mit Bad/Dusche, WC ohne Sammelheizung	431	6,78	504	7,80	319	5,14
mit Bad/Dusche, ohne WC in der Wohnung	336	5,61	435	7,98	272	4,29
ohne Bad/Dusche, mit WC in der Wohnung	300	5,90	357	7,05	237	4,63
ohne Bad/Dusche, ohne WC in der Wohnung	218	4,44	295	6,84	199	3,94
Größe von ... bis unter ... m ²						
unter 40	339	10,69	403	12,77	192	5,96
40 – 80	502	8,43	571	9,52	328	5,64
80 – 100	756	8,71	803	9,25	462	5,32
100 und mehr	1 049	8,78	1 101	9,19	586	5,02
Baujahr						
bis 1948	513	7,50	605	8,58	314	4,92
1949 – 1978	580	8,99	631	9,54	335	5,91
1979 – 1987	632	9,42	817	11,05	355	6,23
1988 und später	749	10,72	919	12,31	383	6,44

5.5 Wohnsituation der Haushalte

Die Wohnungsstichprobe erfaßte im September 1993 hochgerechnet 33 Mill. Haushalte, von denen 32,2 Mill. als Mieter oder Eigentümer in den hier beschriebenen Wohnungen in Wohngebäuden lebten; es waren 26,1 Mill. im früheren Bundesgebiet und 6,1 Mill. in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Nicht ganz ein Drittel (30,7 %) der Hauptmieter- und Eigentümerhaushalte waren Einpersonenhaushalte, ein sehr großer Teil von ihnen (42,7 %) hatte ein Lebensalter von 65 und mehr Jahren. Im früheren Bundesgebiet war der Anteil der Einpersonenhaushalte etwas höher (31,3 %), in den neuen Ländern geringer (27,9 %). Entsprechend umgekehrt war das Verhältnis bei den Mehrpersonenhaushalten; ein Viertel der Haushalte hatte Kinder.

Im früheren Bundesgebiet war die Ausstattung der Wohnungen mit Bad oder Dusche und WC wesentlich weiter gediehen als in den neuen Ländern. Die Zahl der Wohnungen ohne diesen Standard lag bei gut 2 % gegenüber rund 16 % im Osten. Während die Mehrpersonenhaushalte und auch die Haushalte mit Kindern sich anteilmäßig ziemlich gleich auf die einzelnen Ausstattungsvarianten verteilten, jeweils für Ost und West gesehen, wiesen die Einpersonenhaushalte ein deutlich

anderes Bild auf. Nicht einmal vier Fünftel dieser Haushalte im früheren Bundesgebiet verfügten über Wohnungen mit Bad oder Dusche, WC und Sammelheizung, noch etwas schlechter standen dabei die über 65jährigen da. Diese Personengruppe mußte sich also insgesamt, verglichen mit den Mehrpersonenhaushalten, mit einem höheren Anteil an schlechter ausgestatteten Wohnungen zufriedengeben.

Noch ungünstiger gestellt war diese Personengruppe in den neuen Ländern. Deutlich weniger als die Hälfte der alleinlebenden Menschen verfügte über Wohnungen mit Bad oder Dusche, WC und Sammelheizung, insgesamt hatten knapp drei Viertel dieser Haushalte Bad oder Dusche und WC, aber mehr als ein Fünftel hat weder Bad noch Dusche. Auch im Vergleich zu allen Haushalten in den neuen Ländern waren die Einpersonenhaushalte qualitativ schlechter untergebracht, die Mehrpersonenhaushalte und die mit Kindern wohnten dagegen deutlich besser als der Gesamtdurchschnitt.

Ein weiterer Faktor für die Wohnqualität ist die Wohnungsgröße. Alleinlebende Menschen im früheren Bundesgebiet verfügten durchschnittlich über 64 Quadratmeter Wohnfläche. Fast zwei Drittel von ihnen bewohnten zwischen 40 und 80

Tab. 9: Eigentümer- und Hauptmieterhaushalte in Wohnungen in Wohngebäuden nach Haushaltsgröße und Ausstattung 1993

Haushaltsgröße	Haushalte ins- gesamt	Davon in Wohnungen				
		mit Bad oder Dusche			ohne Bad oder Dusche	
		WC und	WC ohne	ohne WC	mit WC	ohne WC
		Sammelheizung		in der Wohnung	in der Wohnung	
	1 000	%				
Deutschland						
Haushalte mit						
1 Person	9 888	72,0	19,7	1,9	3,0	3,4
dar. 65 Jahre und älter	4 220	68,5	21,6	1,8	3,9	4,3
2 Personen und mehr	22 345	78,5	18,0	1,5	1,0	1,1
Kindern	8 315	80,2	16,4	1,4	0,8	1,1
Insgesamt	32 233	76,5	18,5	1,6	1,6	1,8
Früheres Bundesgebiet						
Haushalte mit						
1 Person	8 184	78,0	17,6	1,2	2,2	1,0
dar. 65 Jahre und älter	3 402	75,4	19,9	1,0	2,7	1,0
2 Personen und mehr	17 929	83,4	15,0	0,6	0,7	0,3
Kindern	6 408	85,2	13,4	0,5	0,6	0,3
Zusammen	26 113	81,7	15,8	0,8	1,1	0,5
Neue Länder und Berlin-Ost						
Haushalte mit						
1 Person	1 705	43,5	29,7	5,1	7,0	14,7
dar. 65 Jahre und älter	818	39,9	28,5	5,0	8,6	18,0
2 Personen und mehr	4 416	58,2	29,8	5,3	2,1	4,6
Kindern	1 907	63,5	26,5	4,6	1,6	3,8
Zusammen	6 120	54,1	29,8	5,2	3,5	7,4

Quadratmeter, bei einem knappen Viertel waren es sogar mehr als 80 Quadratmeter, etwa jeder siebente Einpersonenhaushalt wohnte in einer Kleinwohnung bis 40 Quadratmeter Wohnfläche. Die Haushalte über 65jähriger unterschieden sich hiervon. Der Anteil der in Kleinwohnungen lebenden älteren Personen war nur etwa halb so hoch wie bei allen Einpersonenhaushalten zusammen, die Größenklassen ab 40 Quadratmeter waren dafür alle stärker besetzt. Dies lag sicher auch daran, daß ältere alleinlebende Menschen früher mit ihren Familien in diesen größeren Wohnungen gelebt haben und nun allein dort geblieben sind.

In den neuen Ländern waren die Wohnungen im Durchschnitt kleiner. Einpersonenhaushalte verfügten im Durchschnitt über 52 Quadratmeter, Mehrpersonenhaushalte bewohnten 77 Quadratmeter. Gegenüber dem Westen war insgesamt die Verteilung auf die Größenklassen anders: die Größenklassen bis 80 Quadratmeter Wohnfläche waren im Osten (71,9 %) deutlich stärker besetzt als im Westen (48,5 %). Über ein Viertel der Einpersonenhaushalte, und damit fast doppelt so viele wie im Westen, lebte in Wohnungen bis 40 Quadratmeter Fläche. Dieser hohe Anteil ging zu Lasten der Anteile bei den Wohnungen über 80 Quadratmeter. Im Osten hatte nur jeder zehnte Alleinlebende eine Wohnung dieser

Tab. 10: Eigentümer- und Hauptmieterhaushalte in Wohnungen in Wohngebäuden nach der Wohnfläche 1993

Gebiet/ Haushaltsgröße	Haushalte ins- gesamt	Davon in Wohnungen mit einer Fläche von ... bis unter ... m ²				Durch- schnittliche Fläche je Wohnung
		unter 40	40-80	80-100	100 und mehr	
	1 000	%				m ²
Deutschland						
Haushalte mit						
1 Person	9 888	16,0	63,2	11,2	9,5	60,6
dar. 65 Jahre und älter	4 220	9,7	65,6	13,5	11,1	66,2
2 Personen und mehr	22 345	1,0	40,1	20,8	38,0	94,6
Kindern	8 315	0,7	35,9	20,8	42,6	98,9
Insgesamt	32 233	5,6	47,2	17,9	29,3	84,7
Früheres Bundesgebiet						
Haushalte mit						
1 Person	8 184	13,9	63,1	12,3	10,7	64,3
dar. 65 Jahre und älter	3 402	6,6	65,5	15,2	12,8	69,3
2 Personen und mehr	17 929	0,9	34,5	22,0	42,6	98,9
Kindern	6 408	0,7	28,8	21,9	48,6	104,3
Zusammen	26 113	5,0	43,5	19,0	32,6	88,1
Neue Länder und Berlin-Ost						
Haushalte mit						
1 Person	1 705	26,3	63,7	5,9	4,1	52,4
dar. 65 Jahre und älter	818	23,0	66,4	6,5	4,1	53,4
2 Personen und mehr	4 416	1,5	63,2	16,0	19,2	77,0
Kindern	1 907	0,9	59,8	16,9	22,3	80,5
Zusammen	6 120	8,5	63,4	13,2	15,0	70,1

Größe, während es im Westen jeder vierte war. Die über 65jährigen verteilten sich hier in etwa gleich auf die Wohnungsgrößen. Bei den Mehrpersonenhaushalten und auch bei denen mit Kindern zeigte sich der mit der Wohnungspolitik der ehemaligen DDR gesetzte Trend zur Wohnungsgröße von 40–80 Quadratmetern, in der über 60 % dieser Haushalte lebten.

Bei der GWS '93 wurden 17 Mill. Hauptmieterhaushalte gezählt, davon 12,8 Mill. im früheren Bundesgebiet und 4,2 Mill. in den neuen Ländern. Auch im Bereich der Mietzahlungen waren die Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern groß. Im Westen wurden durchschnittlich 652 DM monatlich bezahlt gegenüber nur 333 DM im Osten. Diese Differenz zeigte sich bei der Verteilung auf die Mietpreisklassen. Im früheren Bundesgebiet bezahlte die Hälfte der Mieterinnen und Mieter bis 600 DM monatlich für ihre Wohnung, die andere Hälfte mehr als 600 DM. In den neuen Ländern war das Mietniveau wesentlich niedriger, denn nahezu alle Mieterinnen und Mieter zahlten nur 600 DM oder weniger monatlich, nur ein verschwindend geringer Teil (3,6 %) lag darüber. Hier machten sich zum einen die

Tab. 11: Hauptmieterhaushalte in reinen Mietwohnungen in Wohngebäuden nach Haushaltsgröße und monatlicher Miete 1993

Haushaltsgröße	Hauptmieterhaushalte insgesamt	Darunter mit Mietangabe		Davon mit einer monatlichen Miete von ... bis unter ... DM					Miete je Wohnung	
				unter 400	400 – 500	500 – 600	600 – 1 000	1 000 und mehr		
	1 000	1 000	%	%					DM	
Deutschland										
Haushalte mit										
1 Person	6 629	6 483	97,8	41,4	18,6	14,2	21,7	4,0	484	
dar. 65 Jahre und älter	2 394	2 333	97,5	47,1	19,7	13,9	17,3	2,0	441	
2 Personen und mehr	10 394	10 208	98,2	26,0	14,6	14,0	33,5	11,8	629	
Kindern	4 274	4 205	98,4	24,4	14,1	13,2	34,6	13,6	655	
Insgesamt	17 023	16 691	98,0	32,0	16,2	14,1	28,9	8,8	573	
Früheres Bundesgebiet										
Haushalte mit										
1 Person	5 286	5 147	97,4	28,4	22,0	17,5	27,1	5,0	541	
dar. 65 Jahre und älter	1 798	1 741	96,8	31,6	24,6	18,1	23,0	2,6	504	
2 Personen und mehr	7 553	7 380	97,7	9,8	13,1	16,2	44,7	16,2	730	
Kindern	2 974	2 910	97,8	7,9	10,9	14,5	47,3	19,5	774	
Zusammen	12 839	12 526	97,6	17,4	16,7	16,7	37,5	11,6	652	
Neue Länder und Berlin-Ost										
Haushalte mit										
1 Person	1 344	1 336	99,4	91,4	5,8	1,8	0,9	0,1	262	
dar. 65 Jahre und älter	596	592	99,3	92,7	5,4	1,4	0,5	0,1	256	
2 Personen und mehr	2 841	2 829	99,6	68,3	18,7	8,2	4,4	0,4	367	
Kindern	1 301	1 295	99,6	61,6	21,5	10,4	6,0	0,5	388	
Zusammen	4 184	4 165	99,5	75,7	14,6	6,1	3,3	0,3	333	

Altersstruktur des Wohnungsbestandes, noch mehr aber die Mietpreisbindungsmaßnahmen bemerkbar.

Im früheren Bundesgebiet waren die Einpersonenhaushalte häufiger in den niedrigeren Mietklassen anzutreffen als der Durchschnitt aller Haushalte, sie verfügten auch über die vergleichsweise kleineren Wohnungen. Zwei Drittel von ihnen mußten mit unter 600 DM rechnen, bei den alleinlebenden alten Menschen waren es sogar drei Viertel. Das zeigte sich auch in den Durchschnittsmieten, die hier 541 DM bzw. 504 DM monatlich betrugen. In den neuen Ländern fiel diese Haushaltsgruppe fast vollständig (99 %) in die Mietklassen bis 600 DM, ein kaum meßbarer Teil zahlte mehr. Bei den alten Menschen war die Situation sogar noch eindeutiger, der Anteil in dieser Mietklasse war noch höher. Die durchschnittliche monatliche Miete erreichte hier 262 DM bzw. 256 DM.

Von den Mehrpersonenhaushalten, die ja mehrheitlich in größeren Wohnungen leben, hatten im früheren Bundesgebiet zwei Fünftel bis zu 600 DM Miete zu zahlen, der größere Teil von 60 % mußte aber über 600 DM einplanen, im Schnitt waren 730 DM zu entrichten. Bei den Haushalten mit Kindern verteilten sich die Anteile mit zwei Dritteln auf die Klassen über 600 DM und zu einem Drittel auf die Klasse

Tab. 12: Hauptmieterhaushalte in reinen Mietwohnungen in Wohngebäuden nach Haushaltsgröße und Mietbelastung 1993

Haushaltsgröße	Hauptmieterhaushalte insgesamt	Darunter mit Miet- und Einkommensangabe		Davon mit einer monatlichen Mietbelastung von ... bis unter ... %					Durchschn. Mietbelastung je Haushalt
				unter 15	15-20	20-30	30-40	40 und mehr	
				1 000	1 000 %	%			
Deutschland									
Haushalte mit									
1 Person	6 629	6 035	91,0	16,5	17,2	32,7	17,9	15,8	24,2
dar. 65 Jahre und älter	2 394	2 222	92,8	13,0	17,4	34,8	19,6	15,2	25,6
2 Personen und mehr	10 394	9 536	91,7	40,5	21,3	23,9	8,4	5,9	17,4
Kindern	4 274	3 944	92,3	35,4	19,1	26,0	10,8	8,6	18,9
Insgesamt	17 023	15 571	91,5	31,2	19,7	27,3	12,1	9,8	19,2
Früheres Bundesgebiet									
Haushalte mit									
1 Person	5 286	4 745	89,8	11,9	15,7	34,1	20,0	18,3	25,3
dar. 65 Jahre und älter	1 798	1 641	91,3	7,9	14,4	36,0	23,1	18,6	27,1
2 Personen und mehr	7 553	6 822	90,3	28,4	23,3	29,6	10,9	7,8	19,4
Kindern	2 974	2 699	90,8	20,1	20,9	33,2	14,4	11,5	21,9
Zusammen	12 839	11 566	90,1	21,6	20,2	31,5	14,6	12,1	21,1
Neue Länder und Berlin-Ost									
Haushalte mit									
1 Person	1 344	1 291	96,0	33,3	22,7	27,5	10,1	6,4	18,0
dar. 65 Jahre und älter	596	581	97,4	27,3	26,0	31,6	9,6	5,5	19,6
2 Personen und mehr	2 841	2 714	95,6	70,8	16,4	9,4	2,2	1,3	11,5
Kindern	1 301	1 244	95,7	68,8	15,2	10,5	3,1	2,3	11,8
Zusammen	4 184	4 005	95,7	58,7	18,4	15,2	4,7	2,9	12,7

unter 600 DM, die durchschnittliche Miethöhe lag bei 774 DM. In den neuen Ländern waren auch diese beiden Haushaltsgruppen fast vollständig in der niedrigeren Mietklasse versammelt, ihre Durchschnittsmieten betrugen 367 bzw. 388 DM.

Die Mietbelastung, die den Anteil des Nettoeinkommens bezeichnet, den die Hauptmieter bzw. Hauptmieterinnen für die Miete aufwenden müssen, war in beiden Teilen des Landes unterschiedlich hoch. Im früheren Bundesgebiet mußten Mieterinnen und Mieter durchschnittlich über ein Fünftel ihres Einkommens für Miete ausgeben. Bei den Einpersonenhaushalten lag der Anteil noch höher bei gut einem Viertel, und die alleinlebenden alten Menschen mußten einen noch größeren Teil ihres Einkommens zur Bestreitung der Wohnkosten aufwenden. Drei Viertel dieser Haushaltsgruppe mußten mehr als 20 % Mietbelastung bewältigen, eine Mietbelastung in Höhe von 30 % des Haushaltseinkommens hatten immer noch rund 40 % dieser Haushalte zu tragen. Bei den Mehrpersonenhaushalten und den Haushalten mit Kindern lag die Mietbelastung im Durchschnitt bei einem Fünftel des Nettoeinkommens. Ihre Verteilung auf die Mietbelastungsstufen zeigte eine Konzentration auf die Stufen bis 30 % Belastung, aber ein beträchtlicher Teil rechnete noch mit mehr als 40 % Belastung.

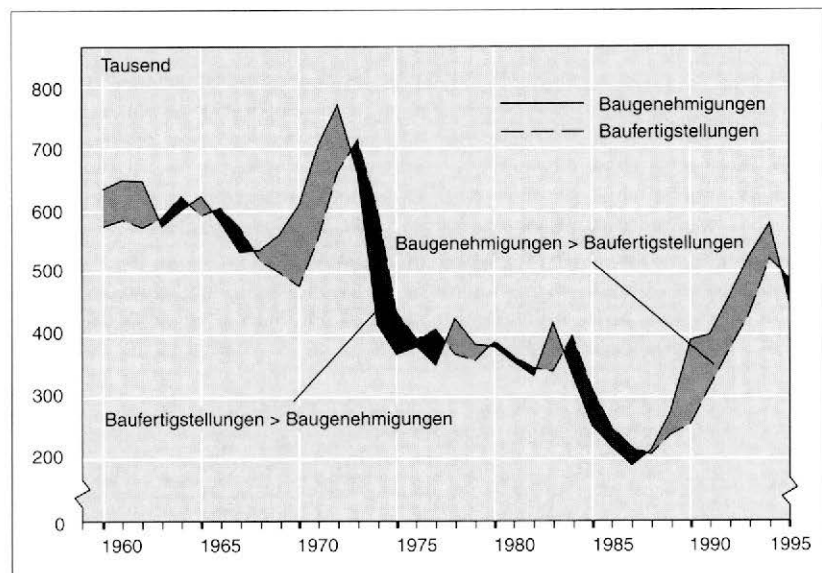
In den neuen Bundesländern lag die durchschnittliche Mietbelastung mit 12,7 % deutlich unter der im Westen. Zwar war die Einkommenssituation noch nicht vergleichbar, aber noch stärker wirkte sich am Stichtag die Mietpreisbindung aus. Auch hier waren die Einpersonenhaushalte am stärksten belastet, 17 % von ihnen verzeichneten mehr als 30 % Belastung. Bei den Mehrpersonen- und den Haushalten mit Kindern war die größte Zahl (rund 70 %) mit bis zu 15 % belastet, während ein Viertel zwischen 15 und 30 % aufbringen mußte.

5.6 Wohnungsbautätigkeit

Die Zahl der genehmigten und fertiggestellten Wohnungen im früheren Bundesgebiet in Wohn- und Nichtwohngebäuden blieb nach einer Belebung der Wohnungsbautätigkeit Anfang der 50er Jahre bis etwa Mitte der 60er Jahre relativ konstant; in dieser Zeit wurden jährlich 500 000 bis 600 000 Wohnungen fertiggestellt. 1970 bis 1972 gab es einen starken Anstieg der Wohnungsbaugenehmigungen bis auf rund 769 000 im Jahr 1972, denen mit zeitlicher Verzögerung die Fertigstellungen folgten, wobei jedoch nicht alle genehmigten Bauvorhaben realisiert wurden. Nach 1973 war ein starker Rückgang im Wohnungsbau zu verzeichnen, der sich bis 1984 auf einem Niveau von etwa 350 000 bis 400 000 genehmigten und fertiggestellten Einheiten pro Jahr einpendelte. Nachdem es 1988 mit nur 208 600 fertiggestellten Wohnungen einen Tiefpunkt im Wohnungsbau gab, konnte in den Folgejahren wieder eine Zunahme registriert werden. Die Zahl der Fertigstellungen betrug 1994 bereits wieder 505 200 Wohnungen. 1995 lag die Zahl der Fertigstellungen mit 498 500 nur geringfügig darunter.

Im Gebiet der ehemaligen DDR war die Wohnungsbautätigkeit wesentlich geringer als in den alten Bundesländern. Bis Mitte der 50er Jahre wurden jährlich nur etwa 30 000 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden fertiggestellt. Ende der 50er Jahre gab es einen Anstieg der Fertigstellungen bis auf 92 000 Wohnungen im Jahr 1961. Im Verlauf der 60er Jahre war ein Rückgang im Wohnungsbau auf etwa 70 000 fertiggestellte Wohnungen pro Jahr zu verzeichnen.

Abb. 1: Genehmigte und fertiggestellte Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden im früheren Bundesgebiet 1960 bis 1995



Ab Anfang der 70er Jahre stieg die Zahl der fertiggestellten Wohnungen wieder an, im Jahr 1974 wurden erstmals mehr als 100 000 Wohnungen gebaut. Dieses Niveau wurde über Jahre gehalten. Ende der 80er Jahre gab es einen erheblichen Rückgang der Fertigstellungen bis auf 62 500 Wohnungen im Jahr 1990. Zu Beginn der 90er Jahre hat sich dieser Rückgang verstärkt fortgesetzt; er resultierte maßgeblich daraus, daß die bis dahin dominierenden Plattenbauten nicht mehr errichtet wurden. Mit einer hohen Zahl jährlich genehmigter Wohnungen ab 1993 sind wieder höhere Fertigstellungszahlen zu erwarten; 1994 wurden 67 700 Wohnungen fertiggestellt, im Jahr 1995 waren es bereits 104 200 Wohnungen.

Im marktwirtschaftlichen System ist die Wohnungswirtschaft grundsätzlich von staatlichen Weisungen unabhängig. In der Bundesrepublik Deutschland wurden jedoch zur Förderung der Wohnungsbautätigkeit vielfältige Hilfen geschaffen. Sie

Tab. 13: Gebaute Wohnungen in den neuen Ländern und Berlin-Ost

Jahr	Gebaute Wohnungen	Jahr	Gebaute Wohnungen
1950	30 992	1989	92 347
1955	32 830	1990	62 468
1960	80 489	1991	16 670
1970	76 088	1992	11 477
1975	107 347	1993	23 598
1980	111 933	1994	67 704
1985	115 722	1995	104 214
1986	116 545		

reichen von Steuerermäßigungen für Bauherren über die Begünstigung des Bausparens (z. B. durch Zahlung von Wohnungsbauprämien) bis zum sogenannten sozialen Wohnungsbau, bei dem der Bau von Wohnungen mit öffentlichen finanziellen Zuwendungen (Darlehen, Zuschüsse usw.) direkt unterstützt wird. Damit verbunden ist eine Mietpreis- bzw. Belastungsbegrenzung sowie die Kopplung an bestimmte Einkommenshöchstgrenzen der Wohnungsinhaber.

Während in den 50er und z. T. auch noch in den 60er Jahren etwa die Hälfte der fertiggestellten Wohnungen im früheren Bundesgebiet mit öffentlichen Mitteln gefördert wurde, war es zu Anfang der 90er Jahre nur noch etwa ein Drittel bis ein Viertel.

Tab. 14: Fertiggestellte sowie im sozialen Wohnungsbau geförderte (bewilligte) Wohnungen

Jahr	Wohnungen		Jahr	Wohnungen	
	fertiggestellt	gefördert		fertiggestellt	gefördert
Früheres Bundesgebiet					
1950	371 900	319 400	1987	217 300	40 700
1960	574 400	326 700	1988	208 600	38 900
1970	478 100	165 100	1989	238 600	65 200
1980	388 900	97 200	1990	256 500	90 700
1981	365 500	92 900	1991	314 500	90 200
1982	347 000	98 900	1992	374 600	87 200
1983	340 800	104 100	1993	431 900	111 400
1984	398 400	80 400	1994	505 200	106 400
1985	312 100	69 000	1995	498 500	...
1986	251 900	52 100			
Neue Länder und Berlin-Ost					
1991	16 700	3 800	1994	67 700	55 600
1992	11 500	21 300	1995	104 200	...
1993	23 600	39 000			

Tab. 15: Kosten¹ von neu errichteten Wohnbauten
in DM

Jahr	Kosten je m ² Wohnfläche	Kosten je Wohnung
<i>Früheres Bundesgebiet</i>		
1960	386	27 800
1970	695	58 800
1980	1 629	160 800
1985	1 971	180 200
1990	2 051	191 100
1991	2 153	193 600
1992	2 276	201 600
1993	2 376	208 500
1994	2 443	215 900
1995	2 518	225 700
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>		
1991	1 888	177 900
1992	2 103	192 200
1993	2 257	193 900
1994	2 378	201 700
1995	2 453	197 900

1 Reine Baukosten, keine Grundstückskosten u. ä.

Von den fertiggestellten Wohnungen (ohne Wohnheime) in Deutschland befanden sich 1995 rund 26 % in Einfamilienhäusern, 14 % in Zweifamilienhäusern, in Gebäuden mit drei oder mehr Wohnungen waren es 60 %. Damit gewinnen die Mehrfamilienhäuser (Wohngebäude mit drei oder mehr Wohnungen) wieder an Gewicht.

Ein- und Zweifamilienhäuser werden im wesentlichen von privaten Bauherren errichtet. Mehrfamilienhäuser werden dagegen vor allem von Wohnungsunternehmen und sonstigen Bauherren, z. B. Versicherungsunternehmen, gebaut.

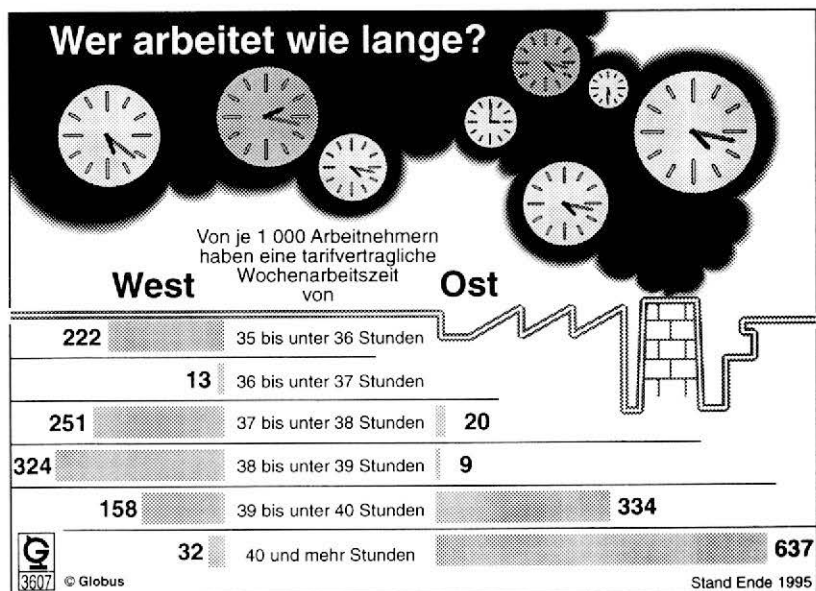
Für die Entwicklung der Wohnungsbautätigkeit sind neben dem Zinsniveau und der Entwicklung der Grundstückspreise die Baukosten von besonderer Bedeutung. Um einen Quadratmeter Wohnfläche im früheren Bundesgebiet zu errichten, mußten 1995 2 518 DM aufgewendet werden, 1970 waren es 695 DM, 1960 386 DM. Diese Beträge umfassen nur die reinen Baukosten, nicht dagegen die Grundstückskosten u. a. (zu den Bau- und Grundstückskosten siehe 16.4). Je Wohnung waren 1995 durchschnittlich 225 700 DM aufzubringen, wobei sich hinter dieser Zahl eine Bandbreite von 361 000 DM für ein Einfamilienhaus bis 165 100 DM für eine Wohnung in einem Mehrfamilienhaus verbirgt. In den neuen Bundesländern haben sich die Baukosten schon sehr stark dem Niveau des früheren Bundesgebiets angenähert. 1995 beliefen sie sich auf 2 453 DM je Quadratmeter bzw. 197 900 DM je Wohnung.

6 Freizeit und Kultur

6.1 Auf dem Weg zur Freizeitgesellschaft?

Die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland werden oft mit den unterschiedlichsten Schlagworten beschrieben. Man spricht von der Leistungsgesellschaft, der Konsumgesellschaft, aber auch der Freizeitgesellschaft, und man stellt damit – je nach Intention – verschiedene Aspekte in den Vordergrund. Daß zwei so gegensätzliche Begriffe wie Freizeit- und Leistungsgesellschaft überhaupt nebeneinander bestehen können, liegt daran, daß heutzutage Arbeitswelt und Privatleben zeitlich und räumlich weitgehend voneinander getrennt sind.

Zu Aspekten der Freizeitgesellschaft gibt es kein stringentes Indikatorensystem. Während Leistung – mit Einschränkungen – gemessen werden kann, gilt dies für die Freizeitgestaltung nur unter Vorbehalt. Das ist vor allem durch inhaltliche Abgrenzungsschwierigkeiten bedingt. Die Frage, was alles zur Freizeit gehört, werden verschiedene Personen unterschiedlich beantworten, zumal die Übergänge zwischen Arbeit und Freizeit fließend sind. Gilt z.B. die Essenszubereitung für einen Hobbykoch als beliebte Freizeitgestaltung, gehört sie für eine Hausfrau eher zur täglichen Pflicht. Wegen dieser definitorischen Schwierigkeiten gibt es keine



gesicherten statistischen Angaben über das Ausmaß der Freizeit. Hilfsweise können aber einige meßbare Tatbestände herangezogen werden, wie Arbeitszeiten, Urlaubstage, Ausgaben für Freizeitgüter, die darauf hindeuten, daß der Teilbereich Freizeit an Bedeutung gewonnen hat (vgl. auch Teil II, Kap. 13).

6.2 Arbeitszeit und Urlaubstage

Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit ist in den vergangenen 20 Jahren ständig zurückgegangen. Damit hat sich der Spielraum für Freizeitaktivitäten vergrößert. Wurden von Erwerbstätigen im früheren Bundesgebiet 1975 durchschnittlich 40 Wochenstunden geleistet, waren es 1995 nur noch rund 38 Stunden. Dabei lagen die Arbeitszeiten in den neuen Bundesländern höher als im früheren Bundesgebiet. Während in den neuen Ländern durchschnittlich 39,3 Stunden in der Woche gearbeitet wurde, betrug die Arbeitszeit in den elf alten Ländern durchschnittlich nur noch 37,3 Stunden. 1995 gab es immerhin noch 4,6 Mill. Erwerbstätige in Deutschland (12,9 %), die normalerweise 41 Stunden oder mehr in der Woche an ihrem Arbeitsplatz verbrachten. Hierin unterscheiden sich die neuen Bundesländer (9,1 %) vom früheren Bundesgebiet (13,8 %). Dagegen war der Anteil der Erwerbstätigen, die weniger als 21 Stunden in der Woche arbeiteten, in den elf alten Ländern deutlich höher (12,2 %) als in den neuen Ländern (3,2 %).

Die Tarifabschlüsse zu Beginn der 80er Jahre brachten vielen Erwerbstätigen zusätzliche Urlaubstage ein. Nach dem Bundesurlaubsgesetz steht allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein Mindesturlaub von 18 Werktagen (3 Wochen) zu. In den Tarifverträgen sind jedoch zumeist weit längere Zeiten vereinbart. So erhielten bereits Ende 1995 79 % aller von Tarifverträgen erfaßten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den alten Bundesländern mindestens sechs Wochen Urlaub im Jahr. Zwischen 1960 und 1995 ist die tarifliche Urlaubsdauer im Durchschnitt um etwa 17 auf 29,5 Tage angehoben worden.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost ist die durchschnittliche tarifvertragliche Urlaubsdauer von 26 Arbeitstagen (1991) auf 28,5 Arbeitstage im Jahr 1995 angestiegen. In der ehemaligen DDR wurden 18 bis 24 Arbeitstage Grundurlaub und für

Tab. 1: Tariflich vereinbarte Urlaubsdauer

Wochen	Betroffene Arbeitnehmer in % aller von Tarifverträgen erfaßten Arbeitnehmer			
	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder u. Berlin-Ost	
	Ende 1982	Ende 1995	Ende 1991	Ende 1995
4 bis unter 5	13	1	35	2
5 bis unter 6	45	20	40	51
6 oder mehr	38	79	25	47

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

bestimmte Arbeitnehmergruppen bis zu 10 Arbeitstage Zusatzurlaub gewährt. Für das Jahr 1988 ergab sich ein Durchschnittsurlaub von 21 Arbeitstagen gegenüber 29 Arbeitstagen im früheren Bundesgebiet.

6.3 Ausgaben für Freizeit und Kultur

6.3.1 Ausgaben der privaten Haushalte

In zunehmendem Maße lassen sich die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland ihre Freizeitaktivitäten Geld kosten. Die Ausgaben für Freizeitgüter¹ einschließlich Urlaub weisen weit überdurchschnittliche Steigerungsraten auf. Im früheren Bundesgebiet hat sich beim Vierpersonenhaushalt von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen (Haushaltstyp 2) dieser Budgetposten zwischen 1965 und

Tab. 2: Aufwendungen für Freizeitgüter und Urlaub
DM je Haushalt und Monat, Anteil am Privaten Verbrauch

Jahr	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	DM	%	DM	%	DM	%
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
1965	21	5,5	94	10,7	234	14,9
1970	35	6,8	134	12,3	301	16,1
1975	64	7,8	283	15,7	503	17,6
1980	107	9,1	406	16,6	737	19,4
1985	154	10,2	465	16,2	817	18,1
1990	229	12,8	637	18,4	1 091	21,0
1991	258	13,6	679	18,0	1 152	21,2
1992	276	13,9	732	18,4	1 232	21,4
1993	276	13,2	752	18,9	1 232	21,3
1994	294	13,6	761	19,2	1 261	21,5
1995	299	13,5	791	19,3	1 247	21,3
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>						
1991	249	15,6	442	17,2	595	18,3
1992	261	14,5	489	16,5	650	18,1
1993	341	16,3	554	17,3	710	18,6
1994	389	18,1	592	17,7	741	19,1
1995	415	17,4	632	18,8	784	19,1

¹ In der Kategorie der Freizeitgüter sind alle Ausgaben für Güter des Privaten Verbrauchs zusammengefaßt, die einen Bezug zum Freizeit- oder regenerativen Bereich von Haushalten aufweisen. Anders als die in der Verbrauchsgütergruppe „Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit“ zusammengefaßten Ausgaben enthalten die Ausgaben für Freizeitgüter nicht alle Ausgaben dieser Verbrauchsgütergruppe, umgekehrt sind in den Freizeitgüteraussgaben auch Positionen enthalten (z. B. anteilige Pkw-Ausgaben), die beim Privaten Verbrauch in anderen Gruppen (z. B. Verkehr und Nachrichtenübermittlung) enthalten sind.

1995 von 94 DM auf rund 791 DM monatlich, also um 741 % erhöht. Im Vergleich dazu stiegen die Gesamtausgaben für den Privaten Verbrauch im selben Zeitraum lediglich um 366 %. Der Anteil für Freizeitgüter und Urlaub an den gesamten privaten Verbrauchsausgaben dieses Haushaltstyps stieg dementsprechend von 10,7 % im Jahr 1965 auf 19,3 % im Jahr 1995.

Während sowohl die absolute Ausgabenhöhe als auch die Struktur der Ausgaben innerhalb der Gütergruppe (ohne Urlaub) bei Zweipersonenhaushalten von Rentnern bzw. Sozialhilfeempfängern (Haushaltstyp 1) in den alten wie in den neuen Bundesländern fast identisch sind, gibt es bei Vierpersonenhaushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen (Haushaltstyp 2) sowie Vierpersonenhaushalten von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen (Haushaltstyp 3) zwischen den beiden Erhebungsgebieten deutliche Unterschiede. Haushaltstyp 3 der neuen Länder und Berlin-Ost entspricht hinsichtlich der Aufwendungen für Urlaub und Freizeit weitgehend Haushaltstyp 2 des früheren Bundesgebietes.

Nach wie vor spielen Anschaffungen von hochwertiger Unterhaltungselektronik in den neuen Ländern eine große Rolle. Außerdem wurden für die Anschaffung von Kraftfahrzeugen bedeutende Summen ausgegeben.

Tab. 3: Aufwendungen für Freizeitgüter und Urlaub
nach Verwendungszweck 1995 DM je Haushalt und Monat

Art der Aufwendung	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder u. Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder u. Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder u. Berlin-Ost
Bücher, Zeitungen, Zeitschriften	40	39	63	48	104	56
Fernseh-/Rundfunkgeräte, Gebühren u. ä.	44	58	84	85	111	100
Kfz	41	49	112	112	144	131
Sport/Camping	10	14	91	57	157	79
Gartenpflege, Tierhaltung	32	43	49	46	71	61
Spiele/Spielwaren	3	3	39	27	45	28
Theater/Kino	3	5	20	16	33	23
Foto-/Kinogeräte	4	9	19	15	29	18
Werkzeuge	3	4	6	8	10	10
Sonstiges	30	25	94	50	166	66
Summe ohne Urlaub	210	250	577	463	870	572
Urlaub	89	166	215	170	378	211
Summe mit Urlaub	299	415	791	632	1247	784

6.3.2 Ausgaben der öffentlichen Haushalte

Auch die öffentlichen Haushalte wenden erhebliche Beträge für den Freizeitbereich auf. So erhöhten sich die Ausgaben für Sport und Erholung zwischen 1970 und 1994 von 2,1 Mrd. DM (im früheren Bundesgebiet) auf 11,4 Mrd. DM (in Deutsch-

land). Pro Jahr sind dies knapp 1 % der gesamten Ausgaben der öffentlichen Haushalte.

Von den 11,4 Mrd. DM für Sport und Erholung wurden 3,4 Mrd. DM für Park- und Gartenanlagen verwendet, 2,8 Mrd. DM für Badeanstalten, 3,1 Mrd. DM für Sportstätten und 1,6 Mrd. DM für die Förderung des Sports.

Außerdem gab die öffentliche Hand 1994 rund 14,5 Mrd. DM für den kulturellen Bereich aus. Mit 6,2 Mrd. DM entfiel davon knapp die Hälfte auf Theater und Musik, weitere 2,2 Mrd. DM wurden für Museen, Sammlungen und Ausstellungen aufgewendet und 0,6 Mrd. DM für Denkmalschutz und Denkmalpflege.

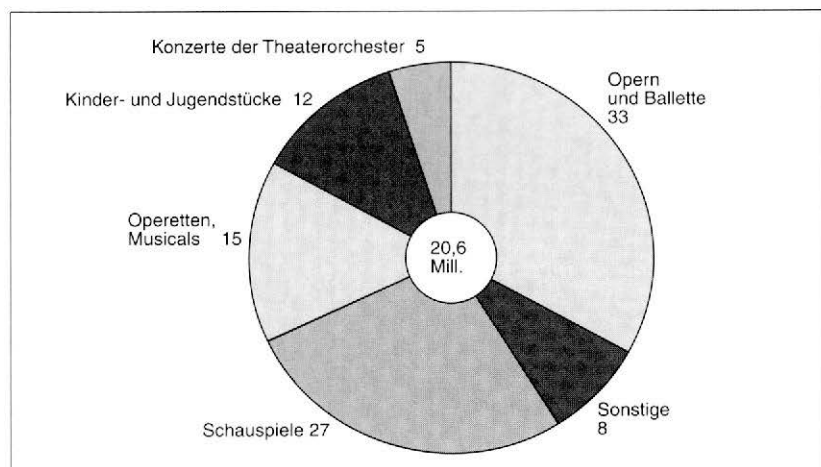
6.4 Unterhaltung und Kultur

Im Freizeitangebot wird häufig zwischen Kultur und Unterhaltung unterschieden. Die Trennung dieser beiden Aspekte zu konkretisieren, ist jedoch kaum möglich, weil kulturelle Einrichtungen – zu denen neben Theatern und Museen u. a. auch Presse, Hörfunk und Fernsehen gezählt werden – meist auch zur Unterhaltung beitragen. Es stellt sich die Frage, inwieweit die Massenkommunikationsmittel bereits die traditionellen Kultureinrichtungen verdrängt haben.

6.4.1 Theater

In der Spielzeit 1993/94 gab es in 120 Gemeinden in Deutschland 157 Theaterunternehmen mit 613 Spielstätten und fast 250 000 Plätzen. Bezogen auf die Be-

Abb. 1: Verteilung der Theaterbesucher an öffentlichen Theatern 1993/94 in Prozent nach Aufführungsarten



völkerungszahl dieser Gemeinden entspricht das einem Platzangebot von 8,8 je 1 000 Einwohner. Die insgesamt rund 59 000 Aufführungen verzeichneten 20,6 Mill. Besucherinnen und Besucher, also durchschnittlich rund 349 je Veranstaltung. Mit 6,8 Mill. Zuschauerinnen und Zuschauern lagen Opern und Ballette hinsichtlich der Besucherzahlen an der Spitze. Es folgten Schauspiele mit 5,5 Mill., Operetten und Musicals mit 3,0 Mill. Besuchern. Kinder- und Jugendstücke sahen sich 2,4 Mill. Personen an. Für die Konzerte der Theaterorchester interessierten sich 1,0 Mill. Frauen und Männer.

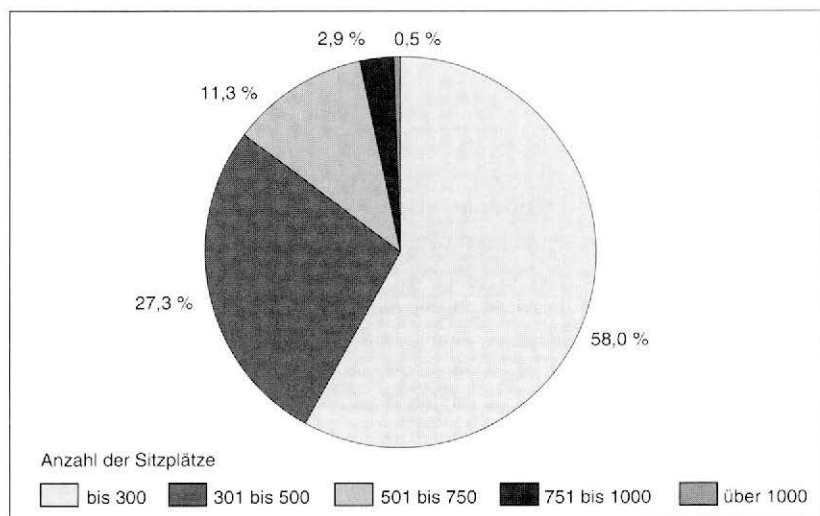
Die öffentlichen Theater erhalten zur Deckung ihrer laufenden Kosten seit jeher Zuschüsse – insbesondere von Ländern und Städten. Der Anteil der Ausgaben, den sie aus eigenen Einnahmen, also im wesentlichen aus dem Kartenverkauf, finanzieren können, wird immer geringer. Machten die eigenen Betriebseinnahmen 1969/70 noch 26 % aus, betrug das Einspielergebnis 1993/94 in Deutschland nur noch 13,2 %. In der Spielzeit 1993/94 lag der Zuschuß je Besucher im Durchschnitt bei rund 160 DM.

Die fast 40 000 Veranstaltungen der 188 Privattheater (Spielstätten) in Deutschland hatten 1993/94 rund 8,1 Mill. Besucherinnen und Besucher.

6.4.2 Kino

Die höchsten Besucherzahlen hatten die Filmtheater im früheren Bundesgebiet in den Jahren 1954 bis 1958 mit jährlich mehr als 700 Mill.; das waren rechnerisch 14

Abb. 2: Größenverhältnisse der ortsfesten Kinos am 31. 12. 1994



bis 15 Besuche je Einwohner im Jahr. In der ehemaligen DDR waren 1960 rund 240 Mill. Filmbesucherinnen und -besucher gezählt worden. In den darauffolgenden Jahren ging der Kinobesuch zurück. 1994 wurden von den Kinos in Deutschland nur noch 133 Mill. Besucherinnen und Besucher registriert; das waren 1,6 Film-besuche je Einwohner im Jahr. Die Zahl der ortsfesten Filmtheater (Leinwände) in Deutschland betrug 1994 insgesamt 3 216. Sie verfügten über durchschnittlich 190 Sitzplätze.

6.4.3 Museen

Einen bedeutenden Faktor im kulturellen Leben stellen die 3 947 Museen und ähnlichen Einrichtungen unterschiedlicher Fachgebiete und Trägerschaften in Deutschland dar. Sie zählten 1994 insgesamt rund 91 Mill. Besuche, darunter 849 Museen mit knapp 22 Mill. Besuchen in den neuen Ländern. Den größten Zuspruch fanden 1994 die Volks- und Heimatkundemuseen mit rund 18,5 Mill. Besuchen sowie die Kunstmuseen mit 15 Mill. Besuchen.

Tab. 4: Museen nach Sachgebieten und Besucherzahlen 1994

Museen	Anzahl	Besucher in 1 000
Volks- und Heimatkundemuseen	1 886	18 485
Kunstmuseen	441	15 000
Schloß- und Burgmuseen	186	12 130
Naturkundliche Museen	193	6 310
Naturwissenschaftliche und technische Museen	407	13 125
Historische und archäologische Museen	216	9 975
Kulturgeschichtliche Spezialmuseen	522	8 563
Sonstige Museen	96	7 614
Insgesamt	3 947	91 202

6.4.4 Fernsehen und Hörfunk

Inzwischen gibt es kaum noch Haushalte in Deutschland, die nicht über Hörfunk- und Fernsehgeräte verfügen. Ende 1994 waren im Bundesgebiet 36,2 Mill. Hörfunk- und 32,3 Mill. Fernsehempfänger angemeldet.

In den Hörfunkprogrammen der öffentlich-rechtlichen Landesrundfunkanstalten in Deutschland nahmen 1994 Musiksendungen mit 56,5 % der Sendezeit den breitesten Raum ein. Wortbeiträge strahlten die Landesrundfunkanstalten zu 40 % aus; am ausführlichsten wurde mit einem Anteil von 15,5 % der Sendezeit das Thema „Politik“ behandelt. 2,4 % der Zeit widmeten die Rundfunkanstalten den Ausländerprogrammen. Der Werbefunk nahm wie der Sport 1 % der Sendestunden in Anspruch.

Abb. 3: Öffentlich-rechtlicher Hörfunk in Deutschland 1994 (alle Programme)
in Prozent der Sendestunden

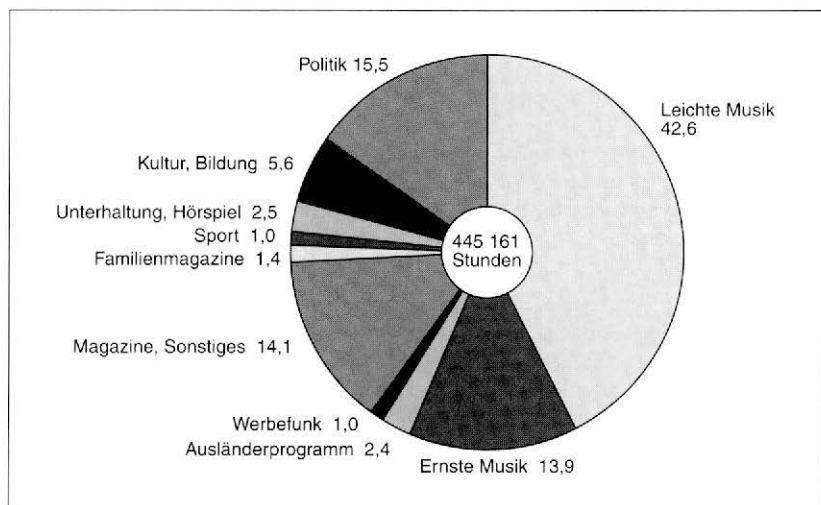
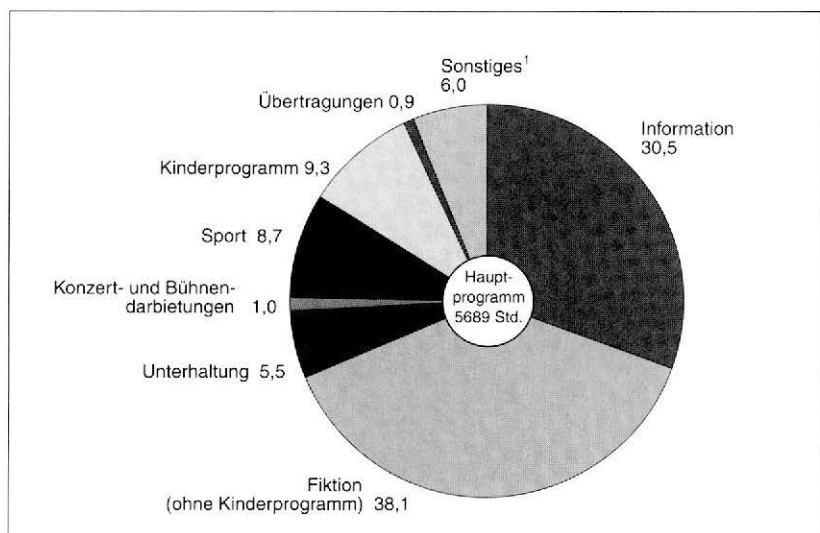


Abb. 4: Fernsehprogramm 1994 (Zweites Deutsches Fernsehen)
Anteil nach Programmkategorien in Prozent der Sendestunden



1 Sonstige Sendungen, sonstige Sendezeit (An- und Absagen, Trailer, Mainzeilmännchen usw.).

Für das Fernsehen (vgl. Abb. 4) liefert das ZDF eine Aufgliederung nach einzelnen Programmbereichen (Kategorien). Hier überwog 1994 Fiktion (u. a. mit Fernsehspielen, Filmen und Fernsehserien) mit ca. 38 % der Sendezeit, gefolgt von Information (30,5 %) sowie dem Kinderprogramm und Sport (9,3 bzw. 8,7 %).

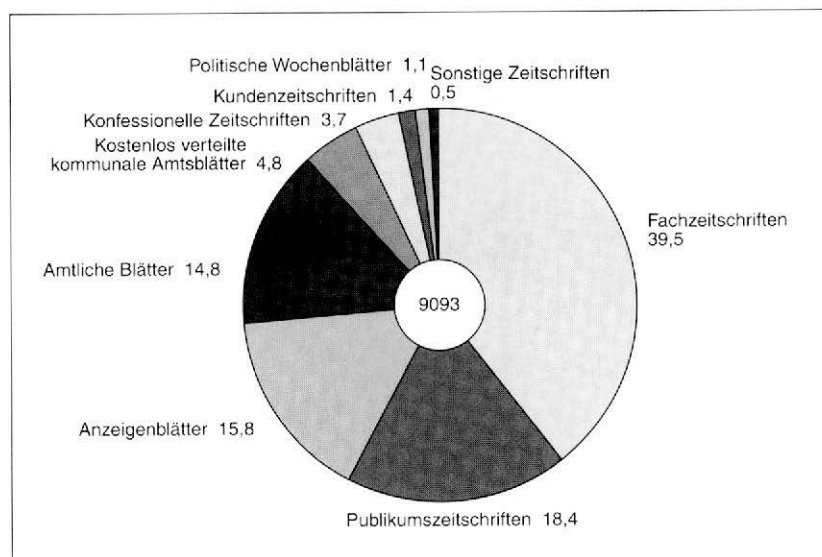
6.4.5 Zeitungen und Zeitschriften

Zeitungen und Zeitschriften sind neben Fernsehen und Hörfunk die wichtigsten Träger der öffentlichen Meinungsbildung; mit ihrer Lektüre wird ein beträchtlicher Teil der Freizeit verbracht. Ende 1994 erschienen 1 436 Zeitungen (381 Haupt- und 1 055 Nebenausgaben) mit einer Verkaufsauflage von insgesamt über 30 Mill. Exemplaren je Erscheinungstag. 63 % der Auflagen wurden im Abonnement und 37 % im Einzelverkauf vertrieben.

Die Zeitungsverlage finanzieren sich überwiegend aus dem Anzeigengeschäft. 62 % des Zeitungsumsatzes, der 1994 eine Höhe von 16,9 Mrd. DM erreichte, kamen aus dieser Einnahmequelle. 38 % entfielen auf Vertriebslöhne. Die „Durchschnittszeitung“ umfaßte im Laufe des Jahres 1994 rund 9 197 Seiten, und zwar 65 % mit redaktionellen Beiträgen und 35 % mit Anzeigen.

1994 wurden in Deutschland 9 093 Zeitschriften herausgegeben. Die Gesamtauflage je Erscheinungstag betrug im vierten Quartal 1994 rund 388 Mill. Exemplare.

Abb. 5: Zeitschriften 1994 nach Arten
in Prozent



plare, von denen 78 Mill. im Abonnement, 75 Mill. im Einzelverkauf und 234 Mill. durch unentgeltliche Verteilung ihre Leser erreichten. Der Zeitschriftenumsatz in Höhe von mehr als 16 Mrd. DM wurde zu 45 % aus dem Vertrieb und zu 55 % aus Anzeigen erzielt.

Den höchsten Anteil an der Auflage hatten die Publikumszeitschriften mit gut 131 Mill. Exemplaren, unter diesen wiederum die Illustrierten, Magazine, Programmzeitschriften und die Zeitschriften für Motor, Reise, Freizeit und Hobby mit zusammen rund 75 Mill. Exemplaren. Die nach der Zahl der Titel weitaus größte Gruppe bildeten die Fachzeitschriften. In 3 589 Publikationen aus den verschiedensten Gebieten und mit einer Gesamtauflage von fast 89 Mill. Exemplaren wurden Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeiten und fachliche Informationen verbreitet.

In großer Zahl, aber mit nur geringer Auflage, erschienen Blätter mit Mitteilungen von Gemeindeverwaltungen, mit Orts- und Vereinsnachrichten, aber auch Anzeigen für Gemeinden und Gemeindeteile. Eine beachtliche Verbreitung hatten ferner die Anzeigenblätter. Hier wurden 1 436 Titel erfaßt, die in 2 137 Ausgaben mit einer Auflage von 86 Mill. Exemplaren je Erscheinungstag zum überwiegenden Teil unentgeltlich verteilt wurden.

Aus der Vielseitigkeit des Angebots und der Verschiedenartigkeit der Leserkreise ergibt sich, daß viele Zeitschriften in nur geringer Auflage herauskommen. Fast jede zweite Zeitschrift (48 %) hatte weniger als 5 000 Exemplare je Erscheinungstag, und knapp neun von zehn Zeitschriften (87,2 %) erreichten nicht die Marke von 50 000. Am oberen Ende der Auflagenskala befanden sich 130 Zeitschriften (1,4 % aller Titel) mit Auflagen von einer halben Million und mehr. Sie vereinigten mit 186 Mill. Exemplaren knapp die Hälfte der gesamten Zeitschriftenauflage auf sich.

6.4.6 Bücher und Bibliotheken

Trotz veränderter Informationsmöglichkeiten, die aus der zunehmenden Verbreitung der elektronischen Medien resultieren, haben Bücher ihre Bedeutung als Quelle des Wissens und der Unterhaltung nicht eingebüßt. Hiervon zeugen insgesamt 70 600 Buchtitel, die 1994 aufgelegt wurden. Von den produzierten Titeln waren rund 52 700 Erstauflagen und 17 900 Neuauflagen.

Nach Sachgebieten gegliedert, entfiel 1994 der größte Teil der Buchtitel auf Sozialwissenschaften (22,4 %). Es folgten Sprach- und Literaturwissenschaften, Belletristik (18,4 %), angewandte Wissenschaften, Medizin, Technik (14,2 %) sowie Geographie, Geschichte (13,2 %).

Der Zugang zur Literatur wird durch die Einrichtungen des Bibliothekswesens erleichtert. 1994 gab es in Deutschland 13 328 öffentliche Bibliotheken mit einem Bestand von über 137 Mill. Medieneinheiten (insbesondere Bücher und Zeitschriften, aber auch Schallplatten, Kassetten, Spiele u. a.). Es wurden rund 309 Mill. Entleihungen an 9,4 Mill. Bibliotheksbenutzerinnen und -benutzer registriert.

Tab. 5: Buchproduktion 1994

Sachgebiet	Erst- und Neuauflagen	Anteil in %
Allgemeines	6 255	8,9
Philosophie, Psychologie	3 594	5,1
Religion, Theologie	3 815	5,4
Sozialwissenschaften	15 859	22,4
Mathematik, Naturwissenschaften	4 193	5,9
Angewandte Wissenschaften, Medizin, Technik	10 051	14,2
Kunst, Kunstgewerbe, Photographie, Musik, Spiel, Sport	4 547	6,4
Sprach- und Literaturwissenschaften, Belletristik	13 015	18,4
Geographie, Geschichte	9 314	13,2
Insgesamt	70 643	100

Die 1 359 wissenschaftlichen Bibliotheken in Deutschland verfügten 1994 über 236 Mill. Bände und Dissertationen. Auf 2,8 Mill. Bibliotheksbenutzerinnen und -benutzer entfielen dabei über 69 Mill. Entleihungen.

6.5 Sport und Musizieren

Mit Sport und Musik verbringen die Menschen in Deutschland einen großen Teil ihrer Freizeit – wenn auch überwiegend nur passiv. Über die Zahl der Besucherinnen und Besucher von Sportveranstaltungen im Bundesgebiet gibt es keine gesicherten Ergebnisse, und auch über den Umfang des Fernsehpublikums, das auf diese Weise wichtige Sportereignisse miterlebt, lassen sich keine genauen Angaben machen. Zahlen über aktiv Sporttreibende liegen nur insoweit vor, als sie in Sportvereinen organisiert sind.

Die Sportvereine verdanken der Trimm-Dich-Welle und dem gestiegenen Gesundheitsbewußtsein wachsenden Zulauf. Die Mitgliederzahl des Deutschen Sportbundes betrug 1994 ca. 22,3 Mill., die Anzahl der Vereine lag bei rund 85 500. Für den Vereinssport begeistern sich mehr Männer als Frauen. Von den Mitgliedern des Deutschen Sportbundes im Jahr 1994 waren fast zwei Drittel männlich. Groß ist das Interesse der Jugendlichen an den Sportvereinen. So sind von den Mitgliedern 22 % jünger als 15 Jahre und 35 % unter 22 Jahren.

Gemessen an den Mitgliederzahlen rangiert der Fußball unter den Sportarten mit Abstand an der Spitze der Beliebtheitskala. Mit 5,7 Mill. Mitgliedern stellen die Fußballvereine 26 % aller Beitragszahler des Deutschen Sportbundes. Es folgen die Turnvereine mit 4,6 Mill. Mitgliedern. Turnen gehört neben dem Tanzsport und Reiten zu den wenigen Sportarten, bei denen Frauen in den Vereinen zahlenmäßig

dominieren. Unter den übrigen Sportverbänden übersteigt nur noch die Mitgliedschaft in Tennis- und Schützenvereinen die Millionengrenze.

Einige Angaben über das aktive Musikleben in Deutschland liefert der Deutsche Sängerbund. Er hatte 1995 rund 1,8 Mill. Mitglieder, davon allerdings nur 704 000 aktive und mehr als 1,1 Mill. fördernde. Insgesamt gab es 1995 einschließlich der Kinder- und Jugendchöre 20 983 Bundeschöre, darunter 9 177 reine Männer- und 2 172 reine Frauenchöre.

Tab. 6: Die zehn mitgliederstärksten Sportverbände in Deutschland 1994

Spitzenverband	Mitglieder in 1 000	Spitzenverband	Mitglieder in 1 000
Fußball	5 676	Handball	827
Turnen	4 604	Tischtennis	750
Tennis	2 333	Reiten	681
Schützen	1 541	Skisport	681
Leichtathletik	832	Schwimmen	632

7 Gesellschaftliche Mitwirkung

7.1 Einführung

Ein demokratisches Staatswesen ist, um seinem Anspruch gerecht zu werden, auf die aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Inwieweit diese ihre durch die Verfassung garantierten Rechte auch nutzen, um Politik, Wirtschaft und Kultur mitzugestalten – darüber kann die amtliche Statistik aufgrund der Komplexität der Zusammenhänge nur Anhaltspunkte liefern. So vermittelt z. B. die Wahlstatistik Informationen über Parteipräferenzen und Wahlverhalten verschiedener Bevölkerungsgruppen. Auskunft über den Organisationsgrad der abhängig Beschäftigten gibt die Statistik der Gewerkschaftsmitglieder, während die Zahlen über die Teilnahme an Gottesdiensten das kirchliche Engagement dokumentieren. Es ist aber offensichtlich, daß die Statistik in diesem Bereich sehr schnell an ihre Grenzen stößt. Die nur lückenhaft vorhandenen statistischen Informationen über die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben können daher lediglich Anhaltspunkte für das Vorhandensein von sozialem und politischem Engagement liefern.

7.2 Teilnahme am politischen Leben

7.2.1 Wahlen

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland bekennt sich zu dem Verfassungsgrundsatz der Volkssouveränität. Er besagt, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht und von ihm in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt wird. Für die Lebendigkeit der Demokratie ist es von entscheidender Bedeutung, in welchem Maße die Bürgerinnen und Bürger von ihren in der Verfassung garantierten Rechten Gebrauch machen und damit Einfluß auf die politische Willensbildung nehmen. Die Ausübung des Wahlrechts, mit der über die Zusammensetzung der demokratischen Vertretungen in Gemeinde, Land und Bund entschieden wird, spielt dabei die zentrale Rolle. Da in der Bundesrepublik Deutschland keine Wahlpflicht besteht, wird die Wahlbeteiligung – unter gewissen Einschränkungen – als Gradmesser für das politische Engagement der Menschen herangezogen. Sie weist deutliche Unterschiede auf, je nachdem ob es sich um Bundestags-, Landtags-, Kommunalwahlen oder Wahlen zum Europäischen Parlament handelt.

Aufgrund des Beitritts der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland zum 3. Oktober 1990 wurde das bisherige Wahlgebiet um die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie Berlin-Ost erweitert. Für die Westberliner Bevölkerung – deren Interessen zuvor 22

vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählte Abgeordnete im Deutschen Bundestag vertraten – wurden die Voraussetzungen für eine direkte Teilnahme an der Wahl zum Deutschen Bundestag geschaffen. Obwohl also erstmals alle Deutschen gemeinsam ihre Abgeordneten wählen konnten, wurde bei der Wahl zum 12. Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990 die niedrigste Wahlbeteiligung nach 1949 ermittelt. Bei der ersten gesamtdeutschen Wahl machten nur 77,8 % der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch – 13,4 Mill. Menschen verzichteten auf eine Stimmabgabe. Bei der 14. Bundestagswahl am 27. September 1998 lag die Wahlbeteiligung bei 82,2 %.

Tab. 1: Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen¹

Wahl	Wahlberechtigte 1 000	Wahlbeteiligung %
1949 ²	31 208	78,5
1953 ²	33 121	86,0
1957	35 401	87,8
1961	37 441	87,7
1965	38 510	86,8
1969	38 677	86,7
1972	41 446	91,1
1976	42 058	90,7
1980	43 232	88,6
1983	44 089	89,1
1987	45 328	84,3
1990	60 437	77,8
1994	60 452	79,0
1998	60 763	82,2

1 Bis 1987 früheres Bundesgebiet, ohne Berlin-West, ab 1990 Deutschland.

2 Ohne Saarland.

Bei der ersten Bundestagswahl 1949 hatte die Wahlbeteiligung 78,5 % erreicht. In den folgenden Wahlen von 1953 bis 1983 lag sie zwischen 86,0 und 91,1 %. Die höchste Wahlbeteiligung von 91,1 % wurde bei der vorgezogenen Bundestagswahl im Herbst 1972 festgestellt. Damals wirkte sich auch die Senkung des Wahlalters auf 18 Jahre aus. Vergleicht man die Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl nach Bundesländern, so zeigt sich, daß die Abweichungen vom Bundesdurchschnitt – abgesehen von der ersten Bundestagswahl – meist nicht über zwei bis drei Prozentpunkte hinausgehen. Am eifrigsten machten 1998 – wie in den meisten vorangegangenen Wahlen – die Menschen im Saarland von ihrem Wahlrecht Gebrauch, gefolgt von den Wahlberechtigten in Hessen und Niedersachsen. Die niedrigste Wahlbeteiligung war 1998 in Sachsen-Anhalt zu verzeichnen. Unter dem Bundesdurchschnitt lag sie auch in Brandenburg, Berlin, Bremen, Bayern, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen.

Von besonderem politischen und soziologischen Interesse ist die Frage, ob es geschlechts- und altersspezifische Unterschiede im Wahlverhalten gibt. Um diese Zusammenhänge zu erhellen, wurden von 1953 bis 1990 repräsentative Sondererhebungen zur Bundestagswahl durchgeführt (bei der Bundestagswahl 1990 wurden diese Sondererhebungen auch auf die neuen Bundesländer und Berlin ausgedehnt), bei denen Wählerverzeichnisse und Stimmzettel in etwa 2 600 ausgewählten Wahlbezirken anonym ausgewertet werden. Damit ist sichergestellt, daß das Wahlgeheimnis nicht verletzt wird. Bei der 13. und 14. Bundestagswahl

Tab. 2: Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 1990
nach Geschlecht und Alter

Alter in Jahren	Wahlberechtigte ¹			Wahlbeteiligung ¹		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	1 000	%				
<i>Deutschland</i>						
unter 21	2 587	50,8	49,2	64,7	66,3	63,1
21 bis 29	10 347	51,0	49,0	64,4	65,0	63,8
30 bis 39	10 115	51,1	48,9	73,4	72,8	74,1
40 bis 49	8 723	50,4	49,6	80,9	80,8	80,9
50 bis 59	9 552	49,6	50,4	84,6	85,0	84,2
60 bis 69	7 381	42,3	57,7	86,5	88,2	85,3
70 und mehr	6 970	31,8	68,2	74,5	81,3	71,3
Insgesamt	55 676	47,1	52,9	76,3	77,0	75,7
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
unter 21	2 014	50,7	49,3	67,0	68,7	65,3
21 bis 29	8 239	51,0	49,0	66,0	66,8	65,1
30 bis 39	7 824	51,2	48,8	74,0	73,6	74,4
40 bis 49	6 860	50,6	49,4	81,3	81,2	81,3
50 bis 59	7 420	49,7	50,3	84,9	85,3	84,5
60 bis 69	5 859	43,0	57,0	86,6	88,3	85,3
70 und mehr	5 541	32,3	67,7	74,5	81,3	71,3
Insgesamt	43 758	47,3	52,7	76,9	77,8	76,1
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>						
unter 21	573	51,1	48,9	56,6	58,0	55,2
21 bis 29	2 108	51,0	49,0	58,4	57,9	58,8
30 bis 39	2 291	50,6	49,4	71,3	69,7	72,9
40 bis 49	1 863	49,5	50,5	79,3	79,0	79,6
50 bis 59	2 132	49,2	50,8	83,5	83,8	83,2
60 bis 69	1 521	39,9	60,1	86,4	88,0	85,3
70 und mehr	1 428	30,2	69,8	74,2	81,2	71,2
Insgesamt	11 917	46,5	53,5	74,0	73,9	74,1

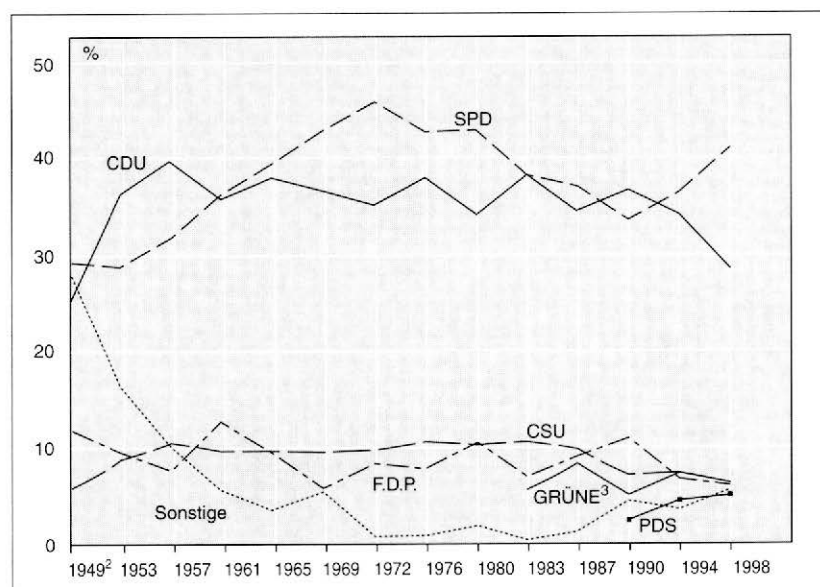
¹ Ohne Personen mit Wahlschein.

wurde die repräsentative Wahlstatistik ausgesetzt, so daß 1994 und 1998 keine Untersuchung nach Alter und Geschlecht vorgenommen werden konnte.

Aus den Untersuchungen der Jahre 1953 bis 1990 ging hervor, daß die Wahlbeteiligung der Frauen bei Bundestagswahlen insgesamt hinter derjenigen der Männer zurückblieb: In den Jahren 1953 und 1957 lag sie um 3,1 bzw. 3,3 Prozentpunkte niedriger; bei den folgenden Wahlen verringerte sich der Unterschied laufend bis auf 0,8 Prozentpunkte bei der Bundestagswahl 1976. In den darauffolgenden Wahlen vergrößerte sich der Unterschied jedoch wieder (1990: 1,3 Prozentpunkte). 1990 machten die Männer zu 77,0 % und die Frauen zu 75,7 % von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Diese Feststellung trifft jedoch nicht für die neuen Bundesländer zu, wo die Wahlbeteiligung der Frauen insgesamt um 0,2 % über der Beteiligung der Männer lag. Während dort nur 55,2 % der Frauen unter 21 Jahren (Männer 58,0 %) wählen gingen, lag in den Altersgruppen der 30- bis 39jährigen und der 40- bis 49jährigen die Wahlbeteiligung der Frauen um 3,2 % bzw. 0,6 % höher als die der Männer.

Stärker ausgeprägt sind die altersspezifischen Abweichungen. Die niedrigste Wahlbeteiligung, und zwar sowohl bei Männern als auch bei Frauen, wurde seit

Abb. 1: Stimmenanteile der Parteien bei den Bundestagswahlen¹



1 Seit 1953 Zweitstimmen, bis 1987 früheres Bundesgebiet, ab 1990 Deutschland.

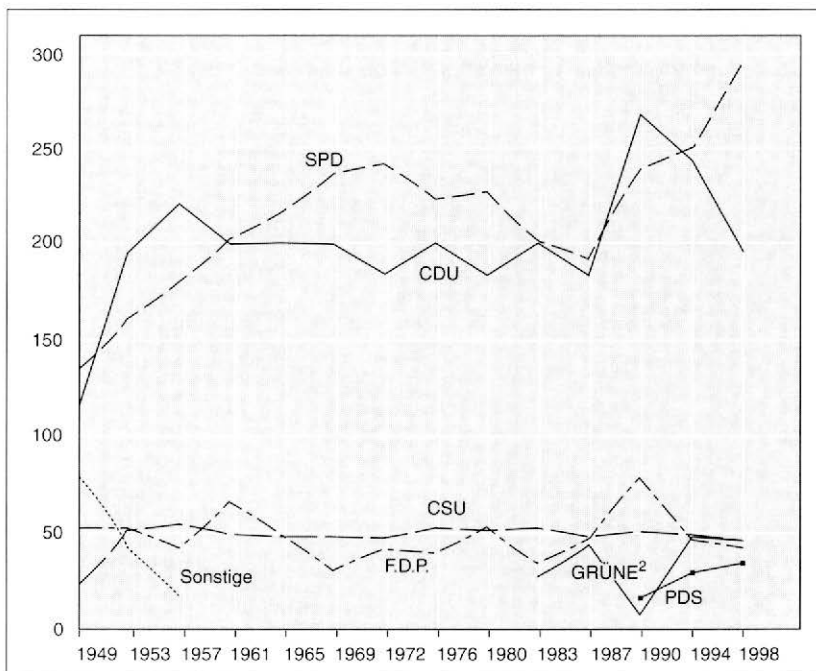
2 Ohne Saarland.

3 Bis 1987: GRÜNE; 1990: Bündnis 90/Grüne (nur neue Bundesländer); 1994 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

1953 bei den jungen Wahlberechtigten festgestellt. Ab dem 25. Lebensjahr nahm die Wahlbeteiligung bis zum Alter von 70 Jahren zu; danach ging sie wieder zurück, lag aber noch höher als in der Altersgruppe der unter 30jährigen.

Die Wählerinnen und Wähler geben ihre Stimmen seit den 60er Jahren ganz überwiegend den beiden großen Parteigruppierungen SPD und CDU/CSU sowie der F.D.P. Bei den Bundestagswahlen 1983 und 1987 konnten auch die GRÜNEN die Fünfprozenthürde überspringen. 1987 erreichten sie einen Stimmenanteil von 8,3 %. Seit der Bundestagswahl 1990 – der ersten gesamtdeutschen Wahl – ist auch die PDS im Deutschen Bundestag vertreten, nur 1990 die Listenvereinigung Bündnis 90/Grüne. Sie erreichten 1990 zwar nur Stimmenanteile von 2,4 % (PDS) und 1,2 % (Bündnis 90/Grüne) auf Bundesebene, übersprangen jedoch im Wahlgebiet Ost deutlich die Fünfprozentmarke. Sie konnten damit aufgrund einer für die erste gesamtdeutsche Wahl getroffenen Sonderregelung – die Sperrklausel von fünf Prozent war getrennt auf die neuen Bundesländer sowie Berlin-Ost und auf

Abb. 2: Sitzverteilung im Deutschen Bundestag¹



1 Bis 1987 früheres Bundesgebiet einschl. der Abgeordneten von Berlin-West, ab 1990 Deutschland.

2 Bis 1987: GRÜNE; 1990: Bündnis 90/Grüne (nur neue Bundesländer); 1994: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

den bis zum 3. Oktober 1990 geltenden Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland anzuwenden – in den Deutschen Bundestag einziehen. 1994 war die PDS nur aufgrund von vier Direktmandaten im Bundestag vertreten, da ihr Zweitstimmenanteil bei 4,4 % lag. 1998 erreichte sie neben vier Direktmandaten auch einen Zweitstimmenanteil von 5,1 %.

Besonders aufschlußreich war bisher die Analyse der Stimmabgabe in der Kombination von Geschlecht und Alter. Aufgrund der Bevölkerungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Kap. 1) haben die Frauen einen besonderen Einfluß auf das Wahlergebnis. Bei der Bundestagswahl 1990 wurden 52,9 % der gültigen Stimmen (ohne Briefwahlstimmen) von Frauen und 47,1 % von Männern abge-

Tab. 3: Wählerschaft der Parteien bei der Bundestagswahl 1990
nach dem Alter

Partei	Von 100 gültigen Zweitstimmen für die jeweilige Partei wurden abgegeben von Wählerinnen und Wählern im Alter von ... Jahren		
	18 bis 34	35 bis 59	60 u. mehr
<i>Deutschland</i>			
SPD	31,4	43,3	25,3
CDU	22,9	44,8	32,2
CSU	24,6	43,7	31,6
F.D.P.	26,6	50,9	22,4
GRÜNE	62,7	33,1	4,1
B 90/Gr	49,4	42,8	7,8
PDS	29,3	45,2	25,5
Insgesamt	28,8	44,2	27,0
<i>Früheres Bundesgebiet</i>			
SPD	32,3	43,0	24,7
CDU	22,9	44,2	33,0
CSU	24,6	43,7	31,6
F.D.P.	27,2	50,3	22,5
GRÜNE	62,7	33,1	4,1
B 90/Gr	–	–	–
PDS	48,9	39,0	12,7
Insgesamt	29,3	43,6	27,1
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>			
SPD	26,2	44,9	28,9
CDU	32,1	47,1	29,8
CSU	–	–	–
F.D.P.	24,9	52,9	22,2
GRÜNE	62,6	33,0	4,5
B 90/Gr	49,4	42,8	7,8
PDS	27,2	45,9	26,9
Insgesamt	26,9	46,6	26,5

geben. SPD, F.D.P., CDU, CSU und Bündnis 90/Grüne konnten mehr Frauen- als Männerstimmen auf sich vereinigen, bei der PDS und bei den nicht im Parlament vertretenen Parteien überwog dagegen der Anteil der männlichen Wähler. Im Vergleich zu den Ergebnissen der Bundestagswahl 1953 sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede allerdings geringer geworden. Damals zeigten die Wählerinnen eine noch deutlichere Vorliebe für CDU und CSU.

Die Untersuchung der Wählerschaft der Parteien nach ihrem Alter ergab ebenfalls Unterschiede. Aus der Analyse der Bundestagswahlergebnisse 1990 ging hervor, daß die CDU die relativ älteste Wählerschaft hatte. Diese Aussage traf für die alten wie für die neuen Bundesländer zu. Die SPD hatte ihre stärkste Wählerschaft bei den 35- bis 59jährigen, gefolgt von den 18- bis 34jährigen. In den neuen Bundesländern war ihr Anteil in der Altersgruppe der 18- bis 34jährigen jedoch am geringsten. Bei den GRÜNEN und dem Bündnis 90/Grüne war der Anteil der jungen Wählerinnen und Wähler außerordentlich hoch. Demgegenüber kam die Wählerschaft von F.D.P. und PDS vor allem aus der Altersgruppe der 35- bis 60jährigen.

In der Zusammensetzung des Parlaments sind verschiedene Bevölkerungsgruppen deutlich unterrepräsentiert. So ist die Zahl der weiblichen Abgeordneten im Deutschen Bundestag trotz steigender Tendenz weiterhin gering. Obwohl mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten Frauen sind, stellten sie im 12. Deutschen Bundestag nur 20,4 % der Abgeordneten und im 13. Bundestag 26,3 %. Im 14. Deutschen Bundestag sind unter den 669 Abgeordneten 206 Frauen, das entspricht einem Anteil von 30,8 %. Mit 57,4 % ist er bei den GRÜNEN am höchsten, bei CDU (19,7 %) und CSU (12,8 %) am niedrigsten. Bei der PDS erreicht der Frauenanteil 55,6 %, bei der SPD 35,2 % und bei der F.D.P. 20,9 %.

Das Durchschnittsalter der Mitglieder des Parlaments lag zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 1998 bei 49,8 Jahren. Es hat sich von der vierten (1961: 52,3 Jahre) bis zur siebten Wahlperiode (1972: 46,6 Jahre) kontinuierlich verringert und ist bis 1987 wieder leicht angestiegen (49,3 Jahre); 1990 war es auf 48,8 Jahre gesunken. 1994 ist es wieder auf 49,1 leicht angestiegen. Das höchste Durchschnittsalter hatten 1998 die Abgeordneten der CDU (51,2 Jahre). Am jüngsten waren die Parlamentarierinnen und Parlamentarier der GRÜNEN mit im Durchschnitt 43,3 Jahren.

Einen Überblick über die Berufe der Abgeordneten des 13. Deutschen Bundestages bietet eine kommentierte Aufstellung von Dr. Adalbert Hess.

Wesentliches Kriterium für die Eingruppierung in die Berufsgruppen (siehe Tab. 4) ist der derzeitige oder der zuletzt ausgeübte Beruf im Sinne der Erwerbsstellung. Wenn Abgeordnete den Beruf aufgaben oder aufgeben mußten (z. B. wegen Unvereinbarkeit von Amt und Mandat oder wegen Überbeanspruchung durch die politische Arbeit), wurde auf den Hauptberuf zur Zeit der erstmaligen Annahme des Mandates zurückgegriffen; bei langjähriger Abgeordnetenzzeit kann dieser Beruf dann allerdings weit zurückliegen. In anderen Fällen ergeben sich Zuordnungsschwierigkeiten, weil der Mandatsausübung keine oder fast keine Berufstätigkeit,

sondern unmittelbar die Berufsausbildung (oft Universität) vorausging. Hier erfolgte die Zuordnung zu der Gruppe „Sonstige“.

Tab. 4: Abgeordnete des 13. Deutschen Bundestages
nach beruflicher Tätigkeit (Stand: 1. 6. 1996)

Berufsgruppen	CDU/ CSU	SPD	BÜ 90/ GRÜNE	F.D.P.	PDS	Anzahl	%
Beamte							
Verwaltung/Justiz/Berufssoldaten	67	40	2	7	–	116	17,3
Universitäten und Hochschulen/ Schuldienst	39	59	5	8	6	117	17,4
Angestellte							
Öffentlicher Dienst/Körperschaften des öffentl. Rechts	28	34	8	1	–	71	10,6
Politische und gesellschaftliche Organisationen	25	39	15	5	8	92	13,7
Wirtschaft (Industrie/Handel/ Gewerbe/Verbände)	36	28	3	5	1	73	10,9
(Ev.) Pfarrer	3	4	–	–	1	8	1,2
Selbständige							
Industrie/Handel/Handwerk/ Gewerbe	26	7	–	7	–	40	5,9
Land- und Forstwirtschaft	17	–	–	2	–	19	2,8
Angehörige freier Berufe							
Rechtsanwälte/-innen/Notare/-innen	22	8	1	3	2	36	5,4
Andere	10	7	–	4	2	23	3,4
Hausfrauen	8	6	–	3	–	17	2,5
Arbeiter/-innen	2	6	–	–	3	11	1,6
Sonstige (einschließlich ohne bisherige Berufsausübung)	8	8	11	1	3	31	4,6
Keine verwendbaren Angaben	3	6	4	1	4	18	2,7
Abgeordnete insgesamt	294	252	49	47	30	672	100

Sicher weist in vielen Fällen die Abgeordnetentätigkeit selbst den Charakter eines eigenständigen Berufes auf, wobei die Dauer der Parlamentsmitgliedschaft, die wirtschaftliche Lage der Betroffenen, aber auch ihre berufliche Identifikation für die stärkere oder schwächere Ausprägung dieses besonderen Berufsbildes eine wesentliche Rolle spielen. Hier sind die Grenzen jedoch unscharf, weshalb auf die Bildung einer Kategorie „Berufspolitiker“ verzichtet wurde.

Immerhin können die gelieferten Daten doch eine Reihe Aufschlüsse und Hinweise geben: Zur beruflich-sozialen Ausgangslage, zu fachlichen und beruflichen Vorkenntnissen sowie – in Grenzen – zu psychologischen Voraussetzungen (mögliche Prägung durch die Ausbildung und frühere Berufsausübung). Weit verbreitet ist die

Meinung, daß die Berufsgruppen im Parlament überwiegend berufsständische Interessen vertreten. In dieser Hinsicht wird vor allem auf die hohe Zahl der Beamtinnen und Beamten (bzw. Beamten in der Rechtsstellung gemäß §§ 5 bis 10 Abgeordnetengesetz) hingewiesen. Die rund 35 % Beamtinnen und Beamten im Bundestag – ein Anteil, der sich im Vergleich zu früheren Wahlperioden kaum verändert hat – stellen jedoch eine nach Ausbildung und bisheriger Funktion (in Verwaltung, Justiz, Wissenschaft, Lehrberufen usw.), nach Alter und Erfahrung, nach Tätigkeitsbereichen (Bund, Länder, Kommunen) sowie vor allem nach der politischen Ausrichtung (Parteizugehörigkeiten) sehr heterogene Gruppe dar. Umgekehrt bedeutet etwa die kleine Gruppe der Arbeiterinnen und Arbeiter keineswegs, daß Arbeiterinteressen im Bundestag so gut wie nicht vertreten wären. Eine sehr viel größere Zahl von Abgeordneten hat ohnehin in einem Beschäftigungsverhältnis als Arbeiter begonnen, dann aber den gesellschaftlich-politischen Aufstieg über einen anderen Beruf – oft als Funktionär – vollzogen.

Die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen liegt im Vergleich zu den Bundestagswahlen niedriger. Außerdem sind die Unterschiede von Bundesland zu Bundesland stärker ausgeprägt. Eine relativ hohe Wahlbeteiligung von über 80 % wurde 1994 im Saarland erreicht; besonders niedrig war sie mit 56,3 % bei der Wahl 1994 in Brandenburg und Sachsen (58,4 %).

Tab. 5: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe bei den letzten Landtagswahlen in Prozent

Land	Wahl	Wahlbeteiligung	Stimmabgabe				
			CDU/CSU ¹	SPD	F.D.P.	GRÜNE	PDS
Baden-Württemberg	1996 ²	67,6	41,3	25,1	9,6 ³	12,1	–
Bayern	1998	69,8	52,9	28,7	1,7	5,7	–
Berlin ⁴	1995	68,6	37,4	23,6	2,5	13,2	14,6
Brandenburg ⁴	1994	56,3	18,7	54,1	2,2	2,9	18,7
Bremen	1995 ⁵	68,6	32,6	33,4	3,4	13,1	2,4
Hamburg	1997	68,7	30,7	36,2	3,5	13,9 ⁶	–
Hessen ⁴	1995	66,3	39,2	38,0	7,4	11,2	–
Mecklenburg-Vorpommern ⁴	1998	79,4	30,2	34,3	1,6	2,7	24,4
Niedersachsen ⁴	1998	73,8	35,9	47,9	4,9	7,0	–
Nordrhein-Westfalen	1995	64,0	37,7	46,0	4,0	10,0	–
Rheinland-Pfalz ⁴	1996	70,8	38,7	39,8	8,9	6,9	–
Saarland	1994	83,5	38,6	49,4	2,1 ⁷	5,5	–
Sachsen ⁴	1994	58,4	58,1	16,6	1,7	4,1	16,5
Sachsen-Anhalt ⁴	1998 ⁸	71,5	22,0	35,9	4,2	3,2	19,6
Schleswig-Holstein	1996	71,8	37,2	39,8	5,7	8,1	–
Thüringen ⁴	1994	74,8	42,6	29,6	3,2	4,5	16,6

1 CSU nur in Bayern.

2 Die REP erhielten 9,1 % der Stimmen.

3 F.D.P./DVP.

4 Zweitstimmen.

5 Die AFB erzielte 10,7 % der Stimmen.

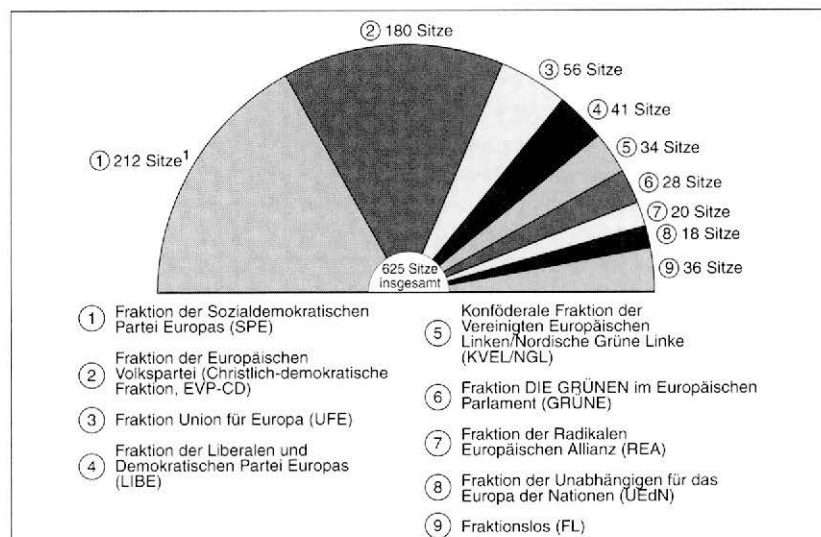
6 GRÜNE/GAL.

7 F.D.P./DPS.

8 Die DVU erzielte 12,9 % der Stimmen.

Allein regiert die CDU in Sachsen, die CSU in Bayern und die SPD in Brandenburg, Niedersachsen und im Saarland. Zusammen mit den GRÜNEN stellt die SPD in Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein die Landesregierung. In Sachsen-Anhalt regiert die SPD allein als Minderheitskabinett. In Baden-Württemberg regiert die CDU gemeinsam mit der F.D.P. Ein SPD-F.D.P.-Bündnis besteht in Rheinland-Pfalz. Große Koalitionen regieren in Berlin und Bremen. In Thüringen war nach der Landtagswahl vom 16. Oktober 1994 eine Mehrheit nur durch Bildung einer großen Koalition gesichert. In Mecklenburg-Vorpommern hat erstmals die SPD mit der PDS eine Koalition gebildet. Gegenüber den Landtagswahlen 1990 konnte die PDS in den fünf neuen Bundesländern erhebliche Stimmengewinne verzeichnen. Die F.D.P. ist in vier Länderparlamenten vertreten (Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein). Seit 1979 wählen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union (EU) in fünfjährigem Abstand die Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Im Juni 1994 wurden 567 Abgeordnete (1989: 518) direkt gewählt. Wieviele Abgeordnete ein Land vertreten, hängt von der Bevölkerungszahl ab. Deutschland stehen nach der Wiedervereinigung 99 Mandate (1989: 81) zu. Die Fraktionen des Europäischen Parlaments setzen sich nicht nach der Staatsangehörigkeit, sondern nach politischen Richtungen zusammen.

Abb. 3: Sitzverteilung im Europäischen Parlament nach Fraktionen
Stand: April 1998



1 Demission von Herrn West.

Insgesamt gingen im Juni 1994 rund 150 Mill. Menschen in der EU zur Wahl. Die Wahlbeteiligung ist bei den Direktwahlen zum Europäischen Parlament in der Bundesrepublik – wie übrigens auch in den anderen Mitgliedstaaten – wesentlich niedriger als bei nationalen Wahlen. Von den 60,5 Mill. bundesdeutschen Wahlberechtigten machten am 12. Juni 1994 nur 60,0 % von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Wenn man von Belgien, Luxemburg, Griechenland und Italien absieht (in diesen Ländern besteht Wahlpflicht), war die Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik, obwohl sie von 62,3 % auf 60,0 % gefallen ist, am höchsten. Am zweithöchsten war sie in Spanien mit 59,1 %. In Frankreich (52,7 %) und Dänemark (52,9 %) machte nur etwa die Hälfte der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Ebenfalls gering war die Wahlbeteiligung in Großbritannien (36,4 %). Stark zurückgegangen ist sie in Irland (von 68,3 % auf 44,0 %), in Portugal (von 51,2 % auf 35,5 %) und in den Niederlanden (von 47,2 % auf 35,6 %).

Von den auf die Bundesrepublik Deutschland entfallenden 99 Sitzen (1989: 81 Sitze) erhielt die SPD 40 (1989: 30), die CDU 39 (1989: 24), die GRÜNEN 12 (1989: 7) und die CSU 8 Sitze (1989: 7), die F.D.P. (1989: 4) und die Republikaner (1989: 6) konnten keine Mandate erringen.

Durch den Beitritt von Finnland, Österreich und Schweden zum 1. 1. 1995 stieg die Anzahl der Abgeordneten von 567 auf 626. Die Wahlbeteiligung lag 1996 in Finnland bei 57,6 %, in Österreich 1996 bei 67,5 % und in Schweden 1995 bei 41,6 %.

7.2.2 Mitgliedschaft in Parteien¹

Die Parteien spielen in der Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Rolle. Nach dem Grundgesetz haben sie die Aufgabe, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Ihre Gründung ist frei, ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen.

Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig und können vom Bundesverfassungsgericht verboten werden. Von dieser Möglichkeit wurde bisher zweimal Gebrauch gemacht: 1952 wurde die Sozialistische Reichspartei – eine extreme Rechtspartei – verboten, 1956 wurde die KPD für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst.

Die politische Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland war seit ihrer Gründung vor allem von vier Parteien geprägt: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU), Christlich-Soziale Union (CSU) in Bayern und Freie Demokratische Partei (F.D.P.).

Zu Beginn der 80er Jahre gelang den GRÜNEN in einer Reihe von Landesparlamenten und von 1983 bis 1990 auch im Bundestag das Eindringen in die bis

¹ Angaben über die Anzahl der Mitglieder stammen von den Parteien.

dahin relativ festgefügte Parteienlandschaft. Bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen erzielten die nur in den alten Bundesländern angetretenen GRÜNEN 3,8 % der Stimmen. Weil die sog. Fünfprozentklausel bei dieser Wahl in den alten und neuen Bundesländern getrennt angewandt wurde, konnten Bündnis 90/Grüne mit bundesweit 1,2 % und die PDS, die bundesweit 2,4 % der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte, erstmals in den Bundestag einziehen. Bei der zweiten gesamtdeutschen Bundestagswahl erzielte das Bündnis 90/Grüne 7,3 % der Zweitstimmen.

Schon immer kandidierte bei den Bundestagswahlen auch eine Anzahl kleinerer Parteien. Bei der ersten Bundestagswahl 1949 konnten diese zusammen 27,8 % der Stimmen auf sich vereinen, danach sind ihre Stimmenanteile stark zurückgegangen. Zu ihrer relativen Bedeutungslosigkeit auf Bundes- und Landesebene hat nicht zuletzt die Fünfprozentklausel beigetragen.

In der Bundesrepublik Deutschland haben gegenwärtig rund 2 Mill. Männer und Frauen das Mitgliedsbuch einer Partei. Das entspricht einem Anteil von gut 3 % der Bevölkerung im wahlberechtigten Alter. Die Partei mit der größten Mitgliedschaft ist die SPD. Bei ihrer Wiedergründung nach dem Zweiten Weltkrieg knüpfte sie an ihre bis ins 19. Jahrhundert zurückreichende Tradition als Arbeiterpartei an. Mit der Verabschiedung des Godesberger Programms 1959 vollzog sie die Öffnung zur Volkspartei. Ihre Mitgliederzahl betrug 1946 rund 711 000. Ende 1995 besaßen 817 650 Bürgerinnen und Bürger das Mitgliedsbuch dieser Partei, die 1976 mit 1 022 000 Mitgliedern ihren bisher höchsten Stand erreicht hatte. Der Anteil der Frauen in der SPD erhöhte sich von 15 % im Jahr der Wiedergründung auf 28,3 % Ende 1995. Im früheren Bundesgebiet war der Frauenanteil mit 28,4 % um rund 4 % höher als in den neuen Bundesländern. Unter den rund 27 000 Mitgliedern in den neuen Ländern einschließlich Berlin-Ost betrug der Frauenanteil 24,5 %.

Im Unterschied zur katholischen Zentrums Partei der Weimarer Zeit wenden sich die nach dem Ende der Herrschaft des Nationalsozialismus neugegründeten Unionsparteien – CDU und CSU – an Wählerinnen und Wähler beider christlicher Konfessionen. Sie betrachten ihre Gründung als Antwort auf die verhängnisvolle Zerrissenheit der Demokraten in der Weimarer Republik. Die CDU besitzt keinen bayerischen Landesverband, während die CSU nur in Bayern vertreten ist. Im Bundestag bilden beide Parteien eine gemeinsame Fraktion. Die Mitgliederzahl der CDU belief sich Ende 1995 auf 657 600, davon waren 24,9 % Frauen. 1995 stammten 71 800 Mitglieder aus den neuen Ländern (ohne Berlin, Berlin ist bei den Angaben für die CDU ins frühere Bundesgebiet eingerechnet). Der Frauenanteil war 1995 mit 34,4 % wesentlich höher als in den alten Ländern (23,7 %). Die CSU, deren Mitgliederzahl im Jahr 1946 bei 69 000 lag, hatte Ende 1995 insgesamt 179 650 Mitglieder. Der Anteil der weiblichen Parteimitglieder betrug zuletzt 16,2 %.

Die ebenfalls nach dem Krieg neugegründete F.D.P. will als liberale Partei besonders die Freiheit jedes Einzelnen in allen Lebensbereichen stärken. Das liberale

Manifest von 1985 geht von einem umfassenden Freiheitsbegriff aus. Die F.D.P. will eine Versöhnung von moderner Marktwirtschaft und einer offenen und veränderungsbereiten gesellschaftlichen Kultur. Im Vergleich zu ihrer politischen Bedeutung als Koalitionspartner in zahlreichen Bundes- und Landesregierungen besitzt die F.D.P. mit rund 80 000 Parteimitgliedern Ende 1995 eine relativ schmale Mitgliederbasis. Der Frauenanteil in der F.D.P. lag 1995 bei 23,9 %. In den neuen Bundesländern hatte die F.D.P. 1995 rund 5 000 Mitglieder.

Die PDS, die als Nachfolgepartei der SED in den neuen Ländern und Berlin-Ost anzusehen ist, hatte Ende 1995 insgesamt 114 940 Parteimitglieder, davon 2 388 in den alten Bundesländern.

Seit Mitte der 70er Jahre hat sich eine zunehmende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern außerhalb der etablierten Parteien in „Bürgerinitiativen“ engagiert. Sie richten sich vielfach gegen politische Maßnahmen von lokaler oder regionaler Bedeutung, die als umweltschädigend betrachtet werden, so z. B. gegen Kernkraftwerke, Autobahnausbau, Müllverbrennungsanlagen u. ä. Aus dieser Bewegung sind auch die „grünen“ Parteien mit über den Umweltschutz hinausgehenden politischen Programmen hervorgegangen. Die GRÜNEN hatten sich vor der Europawahl 1979 bundesweit als „Sonstige Politische Vereinigung (SPV) DIE GRÜNEN“ zusammengeschlossen, ehe sie sich 1980 als Partei auf Bundesebene konstituierten. Im Mai 1993 haben sich die GRÜNEN und das BÜNDNIS 90, ein 1991 entstandener Zusammenschluß der Bürgerbewegung gegen die SED-Regierung in der ehemaligen DDR, zu der Partei Bündnis 90/Die Grünen (B 90/Gr) zusammengeschlossen. Ihre Mitgliederzahl lag Ende 1995 bei 46 410, 38 % der Mitglieder waren Frauen. Rund 6 % der Mitglieder stellten 1995 die Landesverbände aus den neuen Bundesländern.

7.3 Engagement in Berufsverbänden

7.3.1 Das Recht auf Vereinigungsfreiheit

Mit der Freiheit der Meinungsäußerung eng verbunden ist das verfassungsmäßig verbürgte Grundrecht der Vereinigungsfreiheit. Alle Deutschen haben danach das Recht, sich in Vereinen und Gesellschaften zusammenzuschließen. Ausdrücklich gewährleistet ist auch für jedermann und alle Berufe das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden. Diese Koalitionsfreiheit hat zur Gründung einer Vielzahl von Wirtschaftsorganisationen und Berufsverbänden geführt.

Von besonderer Bedeutung sind die großen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervereinigungen, die sogenannten Tarifpartner, die im Rahmen der verfassungsmäßig garantierten Tarifautonomie Verträge über Arbeitsentgelte und -bedingungen ab-

schließen. Ihre Verhandlungsergebnisse beeinflussen sowohl das Wirtschaftsgeschehen insgesamt als auch die Lebensverhältnisse und die Einkommenssituation der Erwerbstätigen.

7.3.2 Gewerkschaften

Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland haben die in der Weimarer Zeit vorherrschende Zersplitterung in Einzel- und Richtungsgewerkschaften überwunden. Sie sind sogenannte Einheitsgewerkschaften, in denen Arbeitnehmer aller Parteien und Konfessionen zusammenarbeiten. Es gibt daher in der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen westlichen Ländern nur wenige, aber mitgliederstarke Gewerkschaftsorganisationen. Die größte ist der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) mit rund 9,4 Mill. Mitgliedern. Er setzt sich aus 16 Einzelgewerkschaften zusammen, die nach dem Prinzip der Industriegewerkschaft aufgebaut sind, d. h. in ihnen sind Arbeiter und Angestellte eines Industriezweiges unabhängig von ihrem Beruf zusammengeschlossen. Die größten Einzelgewerkschaften des DGB sind die IG Metall mit gut 2,9 Mill. und die ÖTV mit rund 1,8 Mill. Mitgliedern.

Neben den DGB-Gewerkschaften sind als weitere mitgliederstarke Arbeitnehmerorganisationen die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) mit rund 508 000

Tab. 6: Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
Stand: Ende 1995

Einzelgewerkschaften	Mitglieder	Anteil der Frauen
	1 000	%
Bau, Steine, Erden	640	9,7
Bergbau und Energie	376	7,4
Chemie, Papier, Keramik	723	23,3
Eisenbahner Deutschlands	398	19,0
Erziehung und Wissenschaft	307	67,8
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	83	28,3
Handel, Banken und Versicherungen	520	67,4
Holz und Kunststoff	171	18,6
Leder	23	46,7
Medien	207	32,7
Metall	2 869	17,8
Nahrung, Genuß, Gaststätten	322	39,8
Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV)	1 771	46,0
Polizei	199	14,0
Deutsche Postgewerkschaft	529	42,4
Textil-Bekleidung	216	59,6
DGB	9 355	30,6

Quelle: Deutscher Gewerkschaftsbund.

Mitgliedern und der Deutsche Beamtenbund (DBB) mit rund 1 076 000 Mitgliedern zu nennen. Im Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB) sind etwa 304 000 Männer und Frauen organisiert.

Insgesamt waren Ende 1995 in Deutschland etwa 11,2 Mill. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert. Setzt man diese Zahl mit der entsprechenden Gesamtzahl der abhängigen Erwerbstätigen (April 1995: 32,2 Mill.) in Beziehung, ergibt sich ein Organisationsgrad der Arbeitnehmerschaft der Bundesrepublik Deutschland von rund 35 %.

Tab. 7: Mitglieder ausgewählter Arbeitnehmerorganisationen

Gewerkschaft	1960	1970	1980	1990	1993	1995
	1 000					
Deutscher Gewerkschaftsbund	6 379	6 713	7 883	7 938	10 290	9 355
Deutsche Angestellten-gewerkschaft	450	461	495	573	528	508
Deutscher Beamtenbund	650	721	821	799	1 079	1 076

Quelle: Angaben der betreffenden Organisationen.

Die weiblichen Gewerkschaftsmitglieder konnten ihren Anteil an der gesamten Mitgliederzahl im Laufe der Zeit leicht erhöhen. Beim DGB belief er sich 1995 auf knapp 31 %, bei der DAG auf fast 54 %, beim DBB auf 30 %. Frauen sind damit in den Gewerkschaftsorganisationen insgesamt deutlich unterrepräsentiert.

7.3.3 Arbeitgeberverbände

Im Rahmen der Koalitionsfreiheit nehmen die Arbeitgeberverbände als sozialpolitische Interessenvertretungen der Deutschen Wirtschaft gemeinsam mit den Gewerkschaften die Tarifautonomie wahr. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es über tausend, teils fachliche, teils regional gegliederte Arbeitgeberverbände.

Der Organisationsgrad der Unternehmen in den Verbänden ist außerordentlich hoch. Die gemeinsame sozialpolitische Spitzenorganisation für alle Wirtschaftszweige – Landwirtschaft, Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Handwerk, Handel und Verkehr, Banken und Versicherungen – ist die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Die Arbeitgeber-Bundesvereinigung koordiniert die Verbandsarbeit von 46 Fachspitzenverbänden und 15 Landesverbänden und wahrt so die gemeinsamen sozialpolitischen Belange der Unternehmen, die über den Bereich eines Wirtschaftszweigs oder eines Landes hinausgehen und von grundsätzlicher Bedeutung sind.



7.3.4 Mitbestimmung

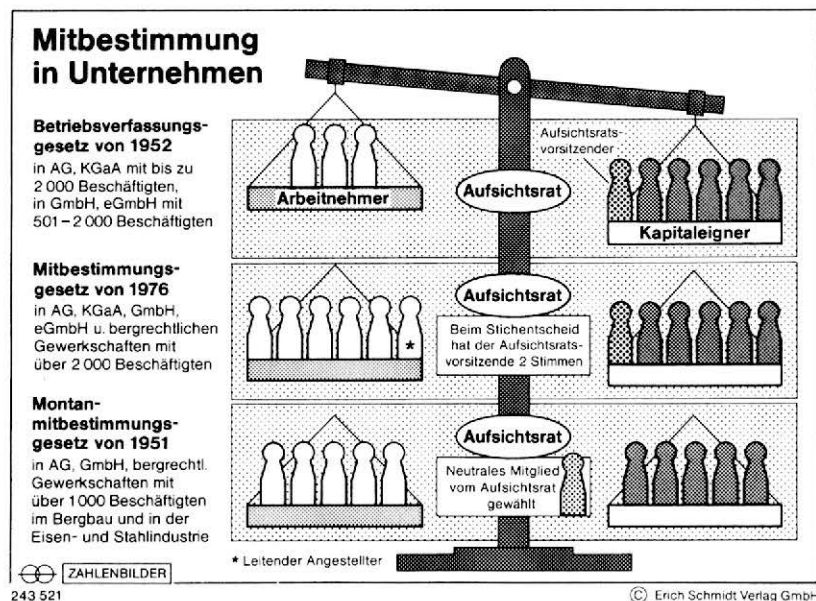
Neben dem Kampf um die materielle Absicherung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und der allgemeinen Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ist es seit langem ein erklärtes Ziel der Gewerkschaften, die Mitbestimmung im Betrieb zu verwirklichen. Der erste Schritt in diese Richtung erfolgte durch das Betriebsrätegesetz von 1920, das die Möglichkeit schuf, in allen Betrieben gewählte Arbeitnehmervertretungen einzurichten.

Heute gibt es in der Bundesrepublik Deutschland unterschiedliche Formen der Mitbestimmung, jeweils abhängig von Unternehmensgröße, Rechtsform und Wirtschaftszweig. Am weitesten entwickelt sind die Mitbestimmungsrechte in den Großbetrieben des Bergbaus und der Eisen- und Stahlerzeugung mit über 1 000 Beschäftigten, die unter das Montan-Mitbestimmungsgesetz von 1951 fallen. Nach diesem Gesetz wird der Aufsichtsrat je zur Hälfte von der Vertretung der Kapitalgeber und der Arbeitnehmer besetzt; beide Seiten einigen sich dann auf ein weiteres neutrales Mitglied. Dem Vorstand muß ein Arbeitsdirektor als vollberechtigtes Mitglied angehören, der nicht gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertretung im Aufsichtsrat gewählt werden kann.

Für die Großunternehmen mit mehr als 2 000 Beschäftigten der übrigen Industrie gilt das allgemeine Mitbestimmungsgesetz von 1976. Auch nach diesem Gesetz setzt sich der Aufsichtsrat zu gleichen Teilen aus der Vertretung der Kapitalgeber

und Arbeitnehmer zusammen. Bei Stimmengleichheit gibt jedoch die Stimme des bzw. der Vorsitzenden, der bzw. die nicht gegen den Willen der Kapitalgeber gewählt werden kann, den Ausschlag. Außerdem muß ein Mitglied der Arbeitnehmerseite der Gruppe der „leitenden Angestellten“ angehören.

Bei kleinen und mittleren Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften bis 2 000 Beschäftigte und Unternehmen bestimmter anderer Rechtsformen mit 500 bis 2 000 Beschäftigten) erfolgt die Mitbestimmung auf der Grundlage des Betriebsverfassungsgesetzes nach der sogenannten Drittelbeteiligung, d. h. ein Drittel der



Aufsichtsratsmitglieder besteht aus gewählten Arbeitnehmervertreterinnen und -vertretern. Ähnliche Regelungen bestehen bei einem Großteil der Unternehmen im öffentlich-rechtlichen Bereich (Sparkassen, Landesbanken, Eigenbetriebe).

In den übrigen Unternehmen besitzen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keinen institutionalisierten Einfluß auf die wirtschaftliche Unternehmensführung. Sie haben jedoch – abgesehen von Kleinbetrieben unter fünf Beschäftigten – nach dem Betriebsverfassungsgesetz das Recht, einen Betriebsrat zu wählen, der Mitsprache- und Mitwirkungsrechte in sozialen und personellen Angelegenheiten hat.

Nach der erstmals gesamtdeutschen Zusammenstellung des DGB wurden 1994 in rund 40 000 Betrieben rund 220 000 Betriebsratsmitglieder gewählt. Von den Mandaten entfielen drei Viertel (75 %) auf die Einzelgewerkschaften im DGB, ein

Fünftel (21 %) auf Nichtorganisierte und der Rest auf die DAG (2 %) und andere Organisationen (1 %). Der Anteil der Angestellten an der Gesamtzahl der Betriebsratsmitglieder belief sich auf 41,7 %, der Frauenanteil auf 23,4 % und der Anteil ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf 4,2 %. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung betrug 1994 77,3 %.

Für die knapp 5,4 Mill. Beamten, Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes in Deutschland (1995) regeln die Personalvertretungsgesetze des Bundes und der Länder die Mitbestimmung in den Dienststellen. Das Mitbestimmungsorgan im öffentlichen Dienst ist der Personalrat; seine Aufgaben und Befugnisse erstrecken sich analog zu den Regelungen in der Wirtschaft auf soziale und personelle Angelegenheiten.

7.3.5 Arbeitskämpfe

Wenn sich bei Tarifverhandlungen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite nicht einigen können und die Schlichtungsbemühungen eines unparteiischen Dritten scheitern, stellt sich die Frage des Arbeitskampfes. Falls sich bei einer Urabstimmung unter den beteiligten Gewerkschaftsmitgliedern eine Dreiviertelmehrheit für Streikmaßnahmen ausspricht, wird der Ausstand erklärt. Die Arbeitgeber können mit dem Kampfmittel der Aussperrung operieren, die eine vorübergehende Weigerung darstellt, alle oder einen Teil der Belegschaft zu beschäftigen und Lohn bzw. Gehalt zu zahlen.

In der Bundesrepublik Deutschland wird im Vergleich zu anderen Ländern wenig gestreikt. Während der vergangenen zwei Jahrzehnte waren die heftigsten Arbeitskämpfe 1971 und 1978 mit jeweils über 4 Mill. ausgefallenen Arbeitstagen sowie 1984 mit 5,6 Mill. ausgefallenen Arbeitstagen zu verzeichnen. In den übrigen Jahren lag die Zahl der verlorenen Arbeitstage weit darunter.

Auf die meisten größeren Streiks reagierten die Arbeitgeber mit Aussperrungen, durch die teilweise noch weitere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Arbeitskampf einbezogen wurden. 1995 gingen rund 248 000 Arbeitstage durch Arbeitskämpfe verloren.

7.4 Teilnahme am religiösen Leben

7.4.1 Kirche und Staat

Das Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemeinschaften wurde bereits in der Weimarer Reichsverfassung von 1919 in umfassender Weise geregelt. Ein Teil der Weimarer Kirchenartikel ist als Bestandteil des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland übernommen worden. Danach besteht in der Bundes-

republik Deutschland keine Staatskirche. Die aus den Grundrechtsgarantien folgende Freiheit der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften ist gewährleistet, und jede Religionsgemeinschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig. Dennoch bestehen auch heute noch enge Bindungen zwischen Kirche und Staat, und die Kirchen genießen weitgehende Rechte, so zum Beispiel das Recht, Steuern von ihren Mitgliedern zu erheben, oder das Recht der Einflußnahme auf die Besetzung theologischer Lehrstühle an staatlichen Universitäten.

7.4.2 Religionszugehörigkeit

Die Bevölkerung im früheren Bundesgebiet gehört überwiegend den christlichen Kirchen an, und zwar zu ungefähr gleichen Teilen der katholischen und der evangelischen Glaubensrichtung. Eine kleine Minderheit bekennt sich zu anderen christlichen Gemeinschaften, zum Beispiel zur Evangelisch-Methodistischen Kirche, zum Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (Baptisten), zur Altkatholischen Kirche, zur Gesellschaft der Freunde (Quäker) und zur Heilsarmee.

In der ehemaligen DDR hatte die evangelische Kirche 1989 rund 4,1 Mill. Mitglieder. Der katholischen Kirche gehörten zur gleichen Zeit 921 000 Menschen an. Das bedeutet, daß weniger als ein Drittel der Gesamtbevölkerung kirchlich gebunden war. Dieser Anteil hatte sich bis Ende 1992 sogar noch geringfügig verringert.

Der Anteil der katholischen Bevölkerung ist im Süden des früheren Bundesgebietes überdurchschnittlich hoch, insbesondere im Saarland, in Bayern und in Rheinland-Pfalz. Im Norden überwiegt dagegen der evangelische Volksteil.

Tab. 8: Verteilung der Konfessionen in den alten Bundesländern¹

Bundesländer	Anteil der Angehörigen an der Gesamtbevölkerung in %	
	evangelische Kirche ²	katholische Kirche
Baden-Württemberg	40,7	45,3
Bayern	23,9	67,2
Berlin-West	48,3	12,8
Bremen	61,0	10,0
Hamburg	50,2	8,6
Hessen	51,7	30,4
Niedersachsen	65,2	19,6
Nordrhein-Westfalen	35,2	49,4
Rheinland-Pfalz	37,2	54,5
Saarland	21,7	72,7
Schleswig-Holstein	73,3	6,2

¹ Ergebnis der Volkszählung 1987.

² Gliedkirchen der EKD ohne evangelische Freikirchen.

Die Anzahl der in Deutschland lebenden Juden liegt heute bei etwa 54 000. Vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten waren im Deutschen Reich 1933 etwa 503 000 Juden ansässig. Die größten jüdischen Gemeinden befinden sich in Berlin und Frankfurt am Main.

Durch den Zuzug von Ausländerinnen und Ausländern haben Religionsgemeinschaften an Bedeutung gewonnen, die früher in Deutschland kaum vertreten waren; so z. B. die griechisch-orthodoxe Kirche und der Islam, der nach den Ergebnissen der Volkszählung 1987 in der Bundesrepublik Deutschland etwa 1,7 Mill. Anhängerinnen und Anhänger hatte. Der Anteil der nichtchristlichen und religionslosen Bürgerinnen und Bürger, die in Deutschland lebten, betrug nach Angaben aus dem Jahr 1990 etwa 29 % der Gesamtbevölkerung.

7.4.3 Katholische Kirche*

Am Jahresende 1994 lebten rund 28 Mill. Katholikinnen und Katholiken in Deutschland. Ihr Anteil an der Bevölkerung betrug damit rund 35 %. Dieser Anteil ist seit 1950 nahezu gleich groß geblieben. Der Zuzug von Menschen katholischen Glaubens – meist ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihren Familienangehörigen – hatte bis 1988 rückläufige Taufzahlen und die zu Beginn der

Tab. 9: Katholische Kirche¹

Jahr	Mitglieder	Taufen	Trauungen	Kirchliche Beerdigun- gen	Teilnehmer am sonntägl. Gottesdienst
	1 000				
1960	24 710	473	214	262	11 895
1970	27 192	370	164	296	10 159
1980	26 720	258	125	288	7 769
1985	26 308	254	113	286	6 800
1987	26 306	270	114	278	6 430
1989	26 746	282	113	281	6 092
1990	28 252	300	116	298	6 190
1992	28 128	287	103	289	5 654
1994	28 003	282	97	292	5 404

¹ Angaben 1960–1989 früheres Bundesgebiet.

70er Jahre steigende Zahl der Kirchenaustritte (1970: 69 000) mehr als kompensiert. 1994 lag die Zahl der Kirchenaustritte in Deutschland bei 153 753.

Die katholische Kirche in Deutschland ist in sieben Erzbistümer und 20 Bistümer gegliedert. Die Zahl der Pfarreien und sonstiger Seelsorgestellen betrug 13 329 (1994). In der Pfarrseelsorge waren 1994 rund 11 000 Weltpriester und Ordens-

* Angaben: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz – Referat Statistik, Bonn.

priester tätig; ein Pfarrseelsorger betreut im Durchschnitt 2 550 Gläubige. Wegen Priestermangels können jedoch nicht alle Kirchengemeinden mit einem Priester besetzt werden.

Die Grundstrukturen des kirchlichen Lebens zeigt Tab. 9. Die Teilnahme an den sonntäglichen Eucharistiefeiern ging zwischen 1960 und 1989 um 5,8 Mill. Besucherinnen und Besucher oder um fast 49 % zurück. 1994 besuchten 5,4 Mill. Menschen den Sonntagsgottesdienst, dies sind durchschnittlich 19,3 % aller Katholikinnen und Katholiken in Deutschland. An Feiertagen oder an den Hochfesten der Kirche ist die Teilnahme an den Eucharistiefeiern höher.

Der starke Rückgang bei den kirchlichen Trauungen und Taufen gegenüber 1960 muß im Zusammenhang mit der starken Abnahme der standesamtlichen Eheschließungen und der Zahl der Lebendgeborenen gesehen werden (vgl. Kap. 1).

Gleichwohl sind die Bereitschaft zur katholischen Eheschließung und insbesondere die Bereitschaft zur katholischen Taufe nach wie vor weit verbreitet. Nahezu alle verstorbenen Katholikinnen und Katholiken werden auch heute noch kirchlich beerdigt.

7.4.4 Evangelische Kirche*

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) umfaßte Ende 1994 fast 28,2 Mill. Mitglieder; dies entspricht einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von rund 35 %

Tab. 10: Evangelische Kirche¹

Jahr	Mitglieder	Taufen	Trauungen	Bestattungen	Abendmahls- gäste
			1 000		
1963	28 796	476	204	335	7 727
1970	28 480	346	156	369	6 813
1980	26 104	222	94	347	9 056
1987	25 413	239	97	324	9 669
1989	25 132	252	101	321	9 569
1991	29 208	299	102	392	9 341 ²
1994	28 197	265	91	365	10 769

1 Angaben 1963–1989 früheres Bundesgebiet.

2 Früheres Bundesgebiet.

und einem solchen an der deutschen Bevölkerung von rund 38 %. Bei der Volkszählung im Jahre 1950 lagen diese Anteile noch bei jeweils rund 51 %.

In den 24 Gliedkirchen der EKD waren Ende 1994 knapp 25 000 Theologinnen und Theologen im aktiven Dienst tätig. Im Gemeindedienst standen in Deutschland

* Angaben der Evangelischen Kirche in Deutschland, Hannover. Ohne evangelische Freikirchen.

knapp 17 000 Pfarrerninnen und Pfarrer. Auf eine Gemeindepfarrerin bzw. einen Gemeindepfarrer entfielen damit im Durchschnitt rund 1 700 Kirchenmitglieder, im Jahre 1964 waren es noch durchschnittlich knapp 2 500. Auch die evangelischen Kirchen hatten seit Mitte der 60er Jahre vornehmlich aufgrund von Rückgängen der Zahl der Geburten und der standesamtlichen Eheschließungen Abnahmen bei der Anzahl der Taufen und Trauungen zu verzeichnen.

Im Jahre 1994 kamen in den westlichen Gliedkirchen der EKD auf 100 lebend-geborene Kinder mit einem oder zwei evangelischen Elternteilen 80 evangelische Kindtaufen (1963: 77). Hierbei ist zu berücksichtigen, daß ein Vergleich von Taufen und Geburten durch die sogenannten „Spätaufgaben“, d. h. Taufen von Kindern im Alter von ein bis dreizehn Jahren, beeinträchtigt wird. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der evangelischen Kindtaufen erreichte 1994 knapp 15 % in den westlichen Gliedkirchen. Die Anzahl der Trauungen ging bei den evangelischen Kirchen deutlich stärker zurück als in der katholischen Kirche: Während sich in den westlichen Gliedkirchen der EKD im Jahr 1963 von 100 Paaren mit einem oder zwei evangelischen Partnern 62 nach vollzogener standesamtlicher Eheschließung evangelisch trauen ließen, waren es 1994 nur noch 42. Die Aussage dieses Vergleichs wird durch die Wiederverheiratungen Geschiedener eingeschränkt. Geschiedene werden seltener kirchlich getraut als Personen, die erstmals heiraten. In Deutschland wurden 1994 rund 88 % aller evangelischen Gemeindeglieder nach dem Tod von einem evangelischen Pfarrer bzw. einer evangelischen Pfarrerin zur letzten Ruhe geleitet.

Im Jahre 1994 wurden in Deutschland im Durchschnitt von drei Zählsonntagen knapp 1,4 Mill. Gottesdienstbesucherinnen und -besucher gezählt, das waren knapp 5 % der evangelischen Kirchenmitglieder. Im langfristigen Vergleich zeigt sich, daß der Gottesdienstbesuch von 1969 bis 1973 stark nachgelassen hat. Die weitere, sodann jedoch wesentlich schwächer ausgeprägte Abnahme erklärt sich zu einem erheblichen Teil aus der infolge des Geburtenrückgangs gesunkenen Teilnahme an den Kindergottesdiensten. 8,8 Mill. Frauen und Männer (31,3 % der evangelischen Christinnen und Christen in Deutschland) besuchten die Christvespern und -metten am Heiligen Abend 1994. Die Beteiligung am Abendmahl nahm von 1972 bis 1985 bedeutend zu; 1994 wurden in Deutschland rund 10,8 Mill. Abendmahlsbeteiligungen ermittelt.

Stärker als die katholische Kirche ist die evangelische Kirche von Kirchenaustritten betroffen. Sie erreichten in der Vergangenheit 1970 und 1974 im früheren Bundesgebiet Höhepunkte, waren bis 1979 rückläufig und bewegen sich wieder auf einem verhältnismäßig hohen Niveau. Seit 1991 ist in Deutschland wiederum ein sprunghafter Anstieg der Austritte von 144 000 (1990) auf 321 000 zu verzeichnen. 1992 erfolgten rund 361 000 Austritte. 1994 wurden rund 290 000 Austritte und 35 000 Aufnahmen (ohne Erwachsenentaufen) registriert.

8 Gesundheit

8.1 Gesundheitszustand der Bevölkerung

Gesundheit wird von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) der Vereinten Nationen definiert als „Zustand eines vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht allein das Fehlen von Krankheiten und Gebrechen“. In dieser weit gefaßten Definition ist Gesundheit durch die amtliche Statistik jedoch nicht quantifizierbar. So gibt es in der Bundesrepublik Deutschland keine Statistik, die über alle Krankheiten der gesamten Bevölkerung berichtet. Dennoch lassen sich aus der amtlichen Statistik einige allgemeine Feststellungen zum Krankheitsgeschehen und Gesundheitszustand und damit über ein wichtiges Stück „Lebensqualität“ treffen.

Angaben über den Gesundheitszustand der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland liefern u. a. die Mikrozensusbefragungen. 1995 wurde eine Auswahl von 0,5 % der Bevölkerung danach befragt, ob sie sich am Befragungstag oder in den vier Wochen davor in ihrem Gesundheitszustand so beeinträchtigt fühlte, daß sie ihre übliche Beschäftigung (Berufstätigkeit, Hausarbeit, Schulbesuch usw.) nicht voll ausführen konnte. Die Ergebnisse einer so angelegten Befragung sind von subjektiven Vorstellungen nicht frei: Ob die Befragten krank sind oder nicht, hängt weitgehend von ihrer persönlichen Einschätzung ab. Allerdings sind es gerade diese persönlichen Einschätzungen (und nicht objektive Kriterien), die einen „Zustand eines vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens“ auszeichnen.

Die Beteiligung der Bevölkerung an der 1995 durchgeführten Erhebung liegt deutlich über der anderer freiwilliger Erhebungen (9,3 %), so daß im vorliegenden Fall die hochgerechneten Ergebnisse die gesundheitliche Situation der Bevölkerung besonders gut abbilden.

Im April 1995 bezeichneten sich 8,4 Mill. Personen als krank und 0,7 Mill. Personen als unfallverletzt, d. h. insgesamt 9,1 Mill. Personen oder rund 12,3 % der Bevölkerung litten unter einer gesundheitlichen Beeinträchtigung. Bei den Frauen war der Anteil der kranken und unfallverletzten Personen mit 13,0 % höher als bei den Männern (11,7 %). Die Gruppe der Frauen war auch wegen des höheren Anteils älterer Personen mit 12,2 % etwas stärker von Krankheit betroffen als die der Männer (10,5 %). Bei den Unfallverletzungen lag der Anteil der Männer mit 1,2 % höher als der Anteil der Frauen (0,8 %).

Krankheiten bzw. Unfallverletzungen wurden für Erwerbstätige in geringerem Maße als für die Gesamtbevölkerung festgestellt. Dies ist größtenteils damit zu erklären, daß die Berufstätigkeit vorwiegend vor dem 65. Lebensjahr beendet wird. Möglicherweise schätzen sich Erwerbstätige, im Vergleich zum Durchschnitt der

Tab. 1: Kranke und unfallverletzte Personen in Deutschland im April 1995

	Personen mit Angaben über ihre Gesundheit	Darunter			
		Kranke		Unfallverletzte	
			in % der Personen mit Angaben		in % der Personen mit Angaben
	1 000	1 000		1 000	
Deutschland					
Insgesamt	73 990	8 406	11,4	730	1,0
Männlich	35 990	3 785	10,5	430	1,2
Weiblich	38 000	4 622	12,2	300	0,8
Früheres Bundesgebiet					
Insgesamt	59 504	6 943	11,7	575	1,0
Männlich	28 974	3 166	10,9	340	1,2
Weiblich	30 530	3 777	12,4	235	0,8
Neue Länder und Berlin-Ost					
Insgesamt	14 486	1 463	10,1	155	1,1
Männlich	7 016	618	8,8	90	1,3
Weiblich	7 469	845	11,3	65	0,9

Bevölkerung, auch seltener als krank ein. Von 32,7 Mill. Erwerbstätigen mit Angaben zur Gesundheit hatten sich 1,8 Mill. Männer und 1,3 Mill. Frauen als krank bzw. unfallverletzt bezeichnet, was 9,7 % (Gesamtbevölkerung 12,3 %) entspricht. Rund 2,2 Mill. oder drei Viertel aller kranken und unfallverletzten Erwerbstätigen gaben an, arbeitsunfähig gewesen zu sein. Bezogen auf die Zahl der Erwerbstätigen ergab sich damit ein „Krankenstand“ von 6,8 %, und zwar für die Männer von 7,0 % und für die Frauen von 6,6 %. Bei den ca. 730 000 Unfallverletzten ergaben sich geschlechtsspezifisch unterschiedliche Unfallschwerpunkte. Arbeitsunfälle waren bei Männern mit 36,3 %, Haushaltsunfälle bei Frauen mit rund 30 % häufigste Unfallursachen. An zweiter Stelle folgten sowohl bei den Männern (27,6 %) als auch bei den Frauen (23,9 %) Freizeitunfälle.

8.1.1 Diagnosen der Krankenhauspatienten

Von 14,5 Mill. 1994 vollstationär in Krankenhäusern behandelten Patientinnen und Patienten liegen Informationen über die Hauptdiagnose vor. Der häufigste Behandlungsanlaß waren Krankheiten des Kreislaufsystems mit 2,3 Mill. Behandlungsfällen. Aufgrund von gut- und bösartigen Neubildungen sowie Verletzungen und Vergiftungen befanden sich jeweils 1,6 Mill. Menschen im Krankenhaus.

Der Anteil der Frauen an allen vollstationär Behandelten betrug 56 %. Von diesen insgesamt 8,1 Mill. Behandlungsfällen waren 1,1 Mill. durch eine Schwangerschaft bedingt. Männer waren hingegen vor allem wegen Krankheiten des Kreislaufsystems im Krankenhaus (1,2 Mill. Behandlungsfälle).

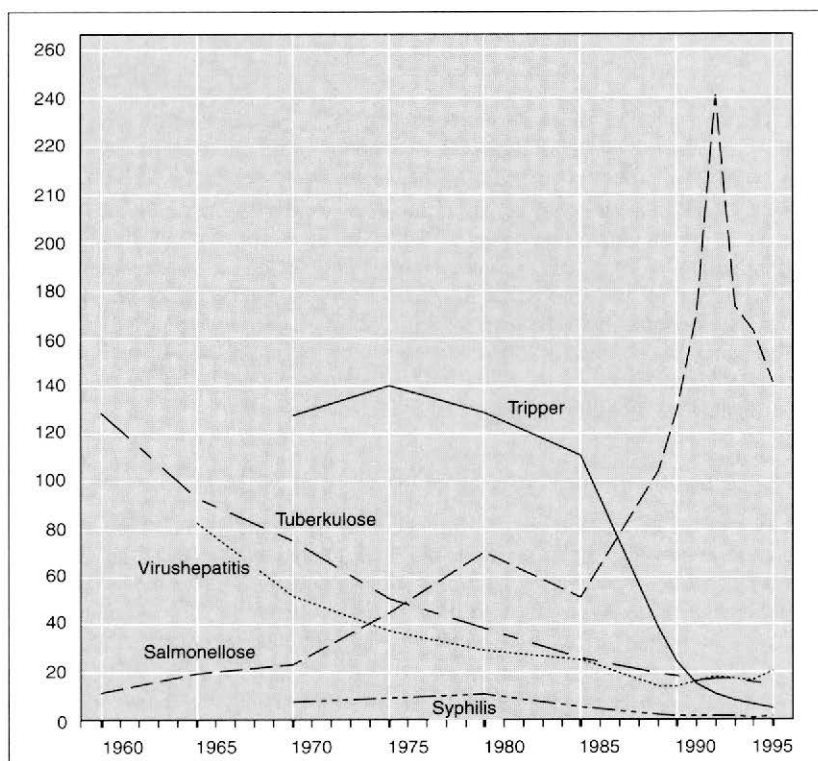
In 5,2 Mill. Fällen wurde in Verbindung mit der Hauptdiagnose eine Operation durchgeführt. Besonders häufig wurde bei Vorliegen von Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane operiert. Hier betrug der Anteil der operierten Patientinnen und Patienten rund 61 %.

8.1.2 Meldepflichtige Krankheiten und AIDS

Die meldepflichtigen Infektionskrankheiten, wie Tuberkulose, Kinderlähmung, Hepatitis, sind zahlenmäßig von untergeordneter Bedeutung. Sie werden aber von den Gesundheitsämtern besonders sorgfältig beobachtet, um eine Ausbreitung rechtzeitig erkennen und entsprechende Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

Im längerfristigen Vergleich spiegeln sich die Erfolge wider, die bei der Seuchenbekämpfung errungen werden konnten. Einige einst gefürchtete Infektionskrank-

Abb. 1: Entwicklung ausgewählter meldepflichtiger Krankheiten
je 100 000 Einwohner



heiten, wie Diphtherie und Kinderlähmung, treten heute nur noch vereinzelt auf. Auch die Zahl der Tuberkuloseerkrankten ist in Deutschland seit langem kontinuierlich rückläufig. Auf 100 000 Einwohner entfielen 1960 noch 129 Personen, die an dieser Krankheit litten. 1995 lag die entsprechende Vergleichszahl bei 15. In absoluten Zahlen zeigt sich hier ein Rückgang der Zahl der Neuerkrankungen von 93 700 auf 12 198.

Ebenfalls rückläufig ist die Gesamtzahl der Geschlechtskranken. Zwischen 1975 und 1995 sank sie von rund 117 100 um über 95 Prozent auf 5 251. Bezogen auf 100 000 Einwohner ging die Zahl der Geschlechtskranken insgesamt von 149 im Jahr 1975 auf 6 im Jahr 1995 zurück.

An der Anfang der 80er Jahre erstmals beobachteten Immunschwächekrankheit AIDS waren nach Aufzeichnungen des Robert-Koch-Instituts von Anfang 1982 bis Ende Juni 1996 in Deutschland insgesamt 14 899 Personen erkrankt. Betroffen waren 13 348 Männer und 1 551 Frauen. Fast alle AIDS-Fälle (14 676) wurden dabei aus dem früheren Bundesgebiet gemeldet. Bei 9 623 Personen hatte AIDS bereits zum Tode geführt. Die Zahl der seit Beginn der HIV-Epidemie Infizierten wird auf 50 000 bis 60 000 geschätzt. Weltweit nennt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bis Ende 1995 eine Gesamtzahl von rund 1,3 Mill. gemeldeten AIDS-Erkrankungen. Die tatsächlichen Zahlen dürften vermutlich wegen einer relativ großen Zahl nicht erfaßter Erkrankungen deutlich höher sein.

8.1.3 Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

1994 wurden der gesetzlichen Unfallversicherung insgesamt 2,1 Mill. Arbeits- und Wegeunfälle angezeigt.

Rund neun von zehn der angezeigten Fällen waren Arbeitsunfälle. Insgesamt war etwa jeder 19. Erwerbstätige von einem Arbeitsunfall betroffen. 1 712 Arbeitsunfälle endeten tödlich.

Tab. 2: Arbeits- und Wegeunfälle

Jahr	Angezeigte Arbeits- und Wegeunfälle in 1 000				
	Insgesamt	Arbeitsunfälle	darunter mit Todesfolge	Wegeunfälle	darunter mit Todesfolge
<i>Früheres Bundesgebiet</i>					
1970	2 647	2 392	4,3	255	1,9
1980	2 113	1 917	2,6	196	1,2
1989	1 775	1 602	1,5	173	0,7
<i>Deutschland</i>					
1992	2 332	2 069	1,8	262	0,9
1994	2 150	1 904	1,7	246	1,0

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Arbeitssicherheit '95, 1996.

1994 wurden in Deutschland rund 97 900 Berufskrankheiten angezeigt (Verdachtsfälle). Die Zahl der anerkannten Berufskrankheiten betrug 21 000. Es wurden 7 237 Berufskrankheitsrenten neu gewährt.

Sogenannte physikalische Einwirkungen wurden mit über 45 000 Verdachtsanzeigen am häufigsten als Ursache angezeigt. Mehr als die Hälfte (53 %) dieser Fälle gingen auf bandscheibenbedingte Erkrankungen zurück, bei fast einem Drittel (32 %) war Lärmschwerhörigkeit der Grund der Anzeige. Eine Berufskranktenrente aufgrund physikalischer Einwirkungen wurde 1994 in 2 231 Fällen bewilligt.

Tab. 3: Berufskrankheiten 1980 bis 1994¹

Berufskrankheiten	Nachweis	1980	1990	1994
1 Chemische Einwirkungen	Verdachtsanzeigen	1 874	2 796	3 719
	Neue Rentenfälle	88	140	292
2 Physikalische Einwirkungen	Verdachtsanzeigen	20 263	15 200	45 211
	Neue Rentenfälle	3 321	1 483	2 231
3 Infektionserreger, Parasiten sowie Tropenkrankheiten	Verdachtsanzeigen	3 879	3 197	3 313
	Neue Rentenfälle	899	229	206
4 Erkrankungen der Atemwege, der Lunge, des Rippenfells und des Bauchfells	Verdachtsanzeigen	6 518	13 393	17 998
	Neue Rentenfälle	1 491	1 823	2 789
5 Hautkrankheiten	Verdachtsanzeigen	12 058	20 702	21 452
	Neue Rentenfälle	429	760	846
6 Sonstige Krankheiten	Verdachtsanzeigen	522	2 452	3 303
	Neue Rentenfälle	7	17	54
Fälle nach DDR-BK-Recht	Verdachtsanzeigen	–	–	2 927
	Neue Rentenfälle	–	–	819
Zusammen	Verdachtsanzeigen	45 114	57 740	97 923
	Neue Rentenfälle	6 235	4 452	7 237

1 Bis 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Arbeitssicherheit '95, 1996.

An zweiter Stelle der angezeigten Fälle rangierten Hautkrankheiten (rund 21 500 Fälle). Am dritthäufigsten wurden Erkrankungen der Atemwege, der Lungen, des Rippenfells und des Bauchfells angezeigt (18 000 Fälle).

8.1.4 Todesursachen

Immer weniger Krankheiten nehmen heute einen tödlichen Ausgang. Dies ist einer der wichtigsten Gründe für die erheblichen Veränderungen in der Bedeutung der einzelnen Todesursachen. Die Sterbefälle an infektiösen und parasitären Krankheiten konnten in Deutschland stark eingedämmt werden und hatten 1995 nur

noch einen Anteil von 0,9 % an allen Sterbefällen. Dafür haben andere Ursachen an Gewicht gewonnen. Dies äußert sich u. a. in einer Konzentration der Sterbefälle auf wenige Todesursachen.

Etwa die Hälfte aller Todesfälle war im Jahr 1995 allein auf Krankheiten des Kreislaufsystems zurückzuführen. Etwa jeder fünfte Kreislauftote starb an akutem Herzinfarkt. Der Kreislauftod trat in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 53 % aller Sterbefälle weitaus häufiger auf als im früheren Bundesgebiet mit 47 %. Bösartige Neubildungen hatten einen Anteil von 24 % (früheres Bundesgebiet: 25 %; neue Länder und Berlin-Ost: 22 %). Davon entfielen 17 % auf Krebs der Atmungsorgane.

4,5 % der Sterbefälle insgesamt wurden 1995 durch Verletzungen und Vergiftungen verursacht. Bezogen auf 100 000 Einwohner starben 48 Menschen auf „unnatürliche“ Weise. Die Sterbeziffer lag im früheren Bundesgebiet bei 44 Getöteten je 100 000 Einwohner, in den neuen Ländern und Berlin-Ost bei 65. Jeweils 12 Menschen von 100 000 Einwohnern wurden 1995 Opfer von Kraftfahrzeugunfällen. Rund 73 % der Opfer waren Männer. Unfälle durch Sturz forderten – bezogen auf 100 000 Einwohner – insgesamt 12 Menschenleben. Diese Sterbeziffer lag im früheren Bundesgebiet (12) niedriger als in den neuen Ländern und Berlin-Ost (15).

1995 schieden 16 von 100 000 Einwohnern Deutschlands durch Selbstmord aus dem Leben. In den alten Bundesländern lag die Suizidziffer bei 15, in den neuen Bundesländern waren sogar 19 Suizide je 100 000 Einwohner zu beklagen. Jeweils über 70 Prozent der Opfer waren Männer.

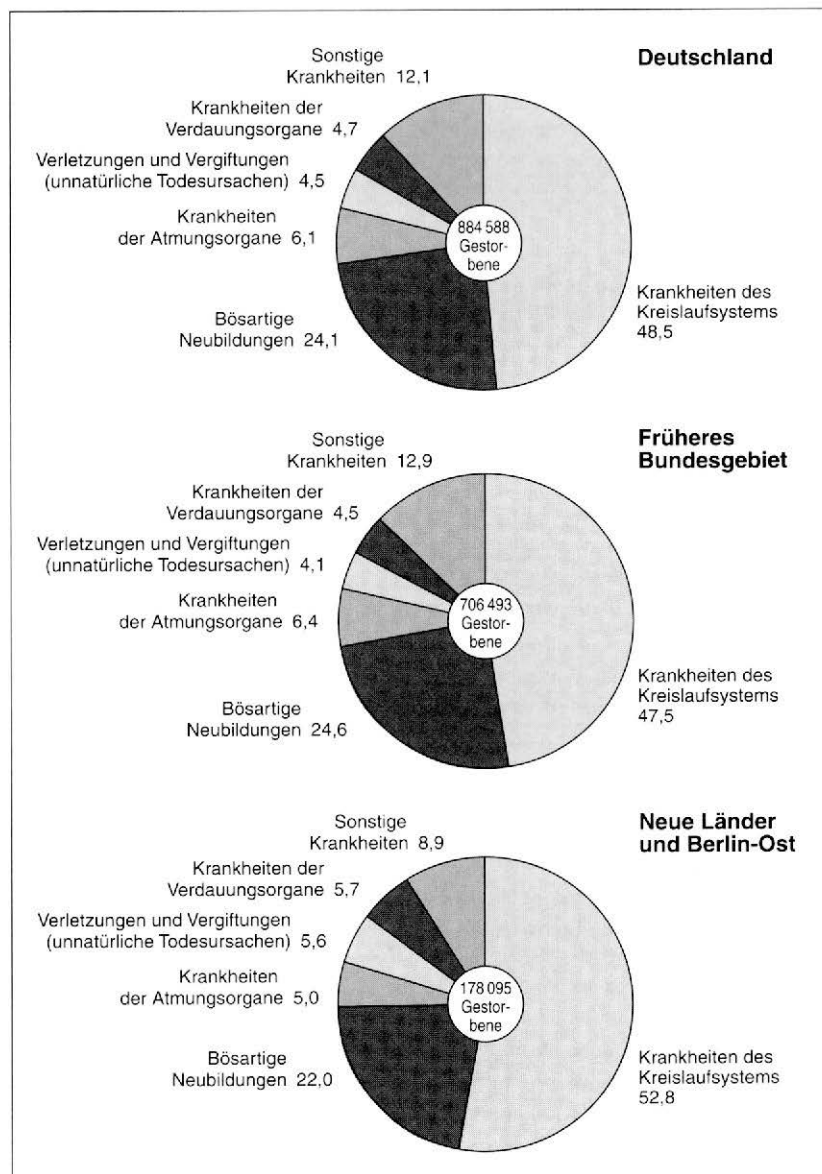
Medikamenten- und Drogenabhängigkeit führte 1995 in 1 067 Fällen zum Tode. Die Sterbefälle traten fast ausschließlich in den alten Bundesländern auf (früheres Bundesgebiet: 1 060 Gestorbene; neue Länder und Berlin-Ost: 7).

Durch Alkoholabhängigkeit fanden 1995 rund 5 950 Personen, 4 114 im früheren Bundesgebiet und 1 376 in den neuen Ländern und Berlin-Ost, den Tod. Bezogen auf 100 000 Einwohner wurden damit allein 6,7 Sterbefälle durch Alkoholmißbrauch verursacht. Diese Sterbeziffer lag in den neuen Ländern und Berlin-Ost (9) höher als im früheren Bundesgebiet (8).

Ein besonders wichtiges Indiz für den erreichten medizinischen Standard ist die Säuglings- und Müttersterblichkeit. Auf diesem Gebiet konnten erhebliche Fortschritte erzielt werden. Die Säuglingssterblichkeit ist in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen. 1995 starben noch 5 Säuglinge je 1 000 Lebendgeborene gegenüber 35 im Jahre 1960.

An Komplikationen der Schwangerschaft, bei der Entbindung und im Wochenbett sind 1960 insgesamt 1 317 Mütter gestorben. 1995 waren 41 Müttersterbefälle zu beklagen. Je 100 000 Lebendgeborene belief sich die Zahl der gestorbenen Mütter im Jahr 1960 auf 104. 1995 verstarben je 100 000 Lebendgeborene 5 Mütter.

Abb. 2: Todesursachen 1995
in Prozent der Todesfälle



8.2 Medizinische Versorgung

8.2.1 Berufstätige Ärztinnen und Ärzte

Für die Behandlung der Krankheiten ist eine quantitativ ausreichende und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung besonders bedeutsam. Die medizinische Versorgung hat sich in den vergangenen Jahren ständig verbessert. Die Zahl der Ärztinnen und Ärzte ist im Vergleich zu 1970 um insgesamt 116 % angestiegen. Rein rechnerisch entfielen 1995 auf jeden berufstätigen Arzt/jede Ärztin 299 Einwohner gegenüber 615 im Jahr 1970. Die Anzahl der Zahnärzte und -ärztinnen hat sich seit 1970 um rund 57 % erhöht. Im Jahr 1970 hatten sie pro Kopf noch durchschnittlich 2 027 Einwohner zu betreuen, 1995 waren es nur noch 1 350 Einwohner.

Tab. 4: Ärztedichte

Jahr	Ärztinnen/Ärzte		Zahnärztinnen/Zahnärzte	
	Anzahl	Einwohner je Ärztin/Arzt	Anzahl	Einwohner je Zahnärztin/Zahnarzt
1970	126 909	615	38 524	2 027
1980	173 325	452	42 949	1 825
1985	198 845	391	48 610	1 598
1991	244 238	329	54 972	1 460
1995	273 880	299	60 616	1 350

Quelle: (ab 1985) Bundesärztekammer.

Von den 273 880 berufstätigen Ärztinnen und Ärzten 1995 arbeiteten jeweils rund 11 % in der Inneren Medizin und in der Allgemeinmedizin. In den Chirurgischen Gebieten sowie der Frauenheilkunde und Geburtshilfe waren jeweils 5 % der Ärztinnen und Ärzte tätig. Knapp 4 % arbeiteten in der Kinderheilkunde.

Ärztinnen und Ärzte ohne Fachgebiet hatten einen Anteil von 29 %. Aus Tabelle 5 ist ersichtlich, daß der Anteil der Ärztinnen bei insgesamt 36 % lag. Allerdings gibt es ganz erhebliche Unterschiede in den einzelnen Fachgebieten. So lag der Anteil der Ärztinnen in den chirurgischen Gebieten, in der Orthopädie und in der Urologie weit unter diesem Durchschnitt. So gab es in der Urologie lediglich 6 % Ärztinnen. Hingegen betrug der Anteil der Frauen in der Kinderheilkunde 50 %.

41 % aller Ärztinnen und Ärzte übten ihren Beruf in freier Praxis aus, 48 % arbeiteten in einem Krankenhaus, und 11 % waren hauptberuflich bei Behörden, öffentlich-rechtlichen Körperschaften oder in einer sonstigen ärztlichen Tätigkeit beschäftigt.

Tab. 5: Berufstätige Ärztinnen und Ärzte am 31. 12. 1995
nach Fachgebiet und Geschlecht

Fachgebiet	Insgesamt		Männlich	Weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	
Insgesamt	273 880	100,0	176 527	97 353
Ärztinnen/Ärzte mit Fachgebiet	163 756	59,8	115 848	47 908
Allgemeinmedizin	29 709	10,8	19 875	9 834
Anästhesiologie	11 286	4,1	6 610	4 676
Arbeitsmedizin	2 236	0,8	1 369	867
Augenheilkunde	5 960	2,2	3 604	2 356
Chirurgische Gebiete	14 380	5,3	12 921	1 459
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	13 436	4,9	8 976	4 460
Hals-Nasen-Ohrenheilkunde/ Phoniatry und Pädaudiologie	4 832	1,8	3 604	1 228
Haut- und Geschlechtskrankheiten	4 060	1,5	2 263	1 797
Innere Medizin	31 147	11,4	24 186	6 961
Kinderheilkunde	10 523	3,8	5 301	5 222
Nervenheilkunde (Neurologie und Psychiatrie)	6 535	2,4	4 312	2 223
Orthopädie	6 431	2,3	5 783	648
Pathologische Gebiete	1 209	0,4	961	248
Psychiatrie und Psychotherapie	3 171	1,2	1 887	1 284
Radiologische Gebiete	5 187	1,9	3 821	1 366
Urologie	3 769	1,4	3 540	229
Sonstige Fachgebiete	9 885	3,6	6 835	3 050
Praktische Ärztin/Praktischer Arzt	12 123	4,4	6 917	5 206
Ärztinnen/Ärzte ohne Fachgebiet	79 015	28,9	43 440	35 575
Ärztin/Arzt im Praktikum	18 986	6,9	10 322	8 664

Quelle: Bundesärztekammer.

8.2.2 Nichtärztliches Personal in Krankenhäusern und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

In den Krankenhäusern und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen waren 1994 insgesamt 1 037 000 Personen beschäftigt, darunter 295 000 Teilzeitbeschäftigte. Der Anteil der Frauen an den Beschäftigten insgesamt betrug 80 %, wohingegen der Anteil der Frauen an den Teilzeitbeschäftigtenverhältnissen bei 94 % lag.

Dem Pflegedienst gehörte die größte Personalgruppe mit 437 000 Beschäftigten an, gefolgt vom medizinisch-technischen Dienst (166 000 Beschäftigte) und vom Wirtschafts- und Versorgungsdienst (125 000 Beschäftigte). Weitere große Bereiche sind der Funktionsdienst und der Verwaltungsdienst mit 98 000 und 80 000 Beschäftigten.

Tab. 6: Nichtärztliches Personal in Krankenhäusern und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 1994

Personalgruppe/ Berufsbezeichnung	Beschäftigte insgesamt	Davon:		Darunter: Teilzeitbeschäftigte
		männlich	weiblich	
Pflegedienst (Pflegebereich)	436 583	56 965	379 618	132 636
darunter:				
Krankenschwestern/-pfleger	325 287	42 473	282 814	90 782
Krankenpflegehelfer/-innen	34 807	5 182	29 625	10 490
Kinderkrankenschwestern/-pfleger	41 352	329	41 023	14 039
Medizinisch-technischer Dienst	166 442	22 515	143 927	47 725
darunter:				
Med.-techn. Radiologie-assistenten/-innen	15 596	1 164	14 432	3 849
Med.-techn. Laboratoriums-assistenten/-innen	26 329	957	25 372	7 431
Krankengymnasten/-innen	19 047	2 549	16 498	4 101
Funktionsdienst	98 014	20 226	77 788	24 311
darunter:				
Personal im Operationsdienst	29 762	5 999	23 763	5 597
Personal in der Anästhesie	13 198	4 476	8 722	2 063
Personal in der Ambulanz und in Polikliniken	12 865	2 004	10 861	3 927
Klinisches Hauspersonal	53 479	1 292	52 187	24 851
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	124 852	31 253	93 599	35 316
Technischer Dienst	27 783	26 518	1 265	991
Verwaltungsdienst	79 762	22 867	56 895	20 391
Sonderdienste	16 401	4 425	11 976	4 039
Sonstiges Personal	33 231	17 196	16 035	4 274
Insgesamt	1 036 547	203 257	833 290	294 534

8.2.3 Krankenhäuser

Ende 1994 gab es in Deutschland 3 666 Krankenhäuser und stationäre Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit insgesamt fast 791 000 Betten. Hiervon waren 2 337 Krankenhäuser mit 618 000 Betten und 1 329 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit 173 000 Betten. Insgesamt gab es im früheren Bundesgebiet 3 191 Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit gut 659 000 Betten und in den neuen Ländern und Berlin-Ost 475 Einrichtungen mit rund 131 000 Betten. Die Zahl der Krankenhäuser entwickelte sich in den letzten Jahren rückläufig, wohingegen bei den Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen eine Zunahme zu verzeichnen war.

In den Krankenanstalten wurden 1994 insgesamt 16,4 Mill. Patientinnen und Patienten stationär behandelt. Die durchschnittliche Verweildauer betrug 14,7 Tage,

Tab. 7: Stationäre Einrichtungen, Betten, Patienten und Verweildauer

Jahr	Gebiet	Einrichtungen	Betten	Stationär behandelte Patienten	Durchschnittliche Verweildauer Tage
		Anzahl	1 000	Mill.	
1970	Deutschland	4 213	873	11,2	24,6
	Früheres Bundesgebiet	3 587	683	9,3	24,9
	Neue Länder u. Berlin-Ost	626	190	2,3	23,3
1980	Deutschland	3 783	880	13,5	19,6
	Früheres Bundesgebiet	3 234	708	11,6	19,7
	Neue Länder u. Berlin-Ost	549	172	2,4	19,1
1985	Deutschland	3 635	844	14,3	18,0
	Früheres Bundesgebiet	3 098	675	12,2	18,0
	Neue Länder u. Berlin-Ost	537	169	2,6	18,4
1991	Deutschland	3 592	810	15,4	16,2
	Früheres Bundesgebiet	3 096	657	12,9	16,1
	Neue Länder u. Berlin-Ost	496	152	2,5	16,5
1994	Deutschland	3 666	791	16,4	14,7
	Früheres Bundesgebiet	3 191	659	13,6	14,9
	Neue Länder u. Berlin-Ost	475	131	2,8	13,6

wobei zwischen dem früheren Bundesgebiet mit 14,9 Tagen und den neuen Bundesländern mit 13,6 Tagen deutliche Unterschiede bestanden. Im Vergleich zu 1980 zeigt sich, daß mehr Kranke aufgenommen wurden, diese aber eine kürzere Zeit im Krankenhaus zubringen mußten. Für diese Entwicklung waren mehrere Gründe maßgebend, deren jeweilige Bedeutung sich schwer abschätzen läßt. Die höhere Anzahl älterer Menschen mit entsprechend größerer Krankheitsanfälligkeit hat ebenso eine Rolle gespielt wie die zunehmende Neigung, auch weniger schwerwiegende Krankheiten im Krankenhaus behandeln zu lassen oder die Bemühungen, durch eine Verkürzung des Krankenhausaufenthaltes die Kosten zu dämpfen. Darüber hinaus dürfte auch der medizinische Fortschritt die Behandlungszeiten verkürzt haben.

8.3 Gesundheitsvorsorge und Lebensführung

Für die Verhütung von Krankheiten bzw. den günstigen Verlauf des Heilungsprozesses ist die persönliche Lebensführung einer der entscheidenden Einflußfaktoren. Neben verschiedenen Anzeichen, die auf ein verbessertes Gesundheitsbewußtsein hindeuten, gibt es eine Reihe bedenklicher Erscheinungen, die eher skeptisch stimmen. So ist sich in Deutschland – wie in anderen Industriestaaten – ein Teil der erwachsenen Bevölkerung offensichtlich noch nicht der Be-

deutung einzelner Nahrungs- und Genußmittel für ihre Gesundheit bewußt. Die Aufnahme von zu wenig Jod beispielsweise, einem essentiellen Spurenelement für die Funktion der Schilddrüse, durch nicht richtig zusammengesetzte Nahrung begünstigt die Vergrößerung der Schilddrüse und führt zu den Krankheitsbildern Kropf bzw. Struma. Von medizinischer Seite wird festgestellt, daß bei vielen Deutschen eine tastbare Schilddrüsenvergrößerung vorliegt.

Die letzte amtliche Erhebung zu diesem Themenbereich fand im Rahmen des Mikrozensus 1995 statt. Im Zusammenhang mit den Fragen zur Vorsorge gegen Krankheitsrisiken wurde gefragt, ob jodiertes Speisesalz bekannt ist und bei der Zubereitung der Speisen Verwendung findet. Von den antwortenden Personen gaben rund 80 % an, das für die Strumaprophylaxe wichtige Jodsalz zu kennen und zu verwenden. 2,5 Mill. Personen (3,4 %) war dagegen Jodsalz oder dessen Bedeutung für die Gesundheit noch nicht bekannt. Insbesondere ältere Menschen verwenden seltener Jodsalz (74 % der über 65jährigen). Bei Kindern lag der Anteil der Jodsalzverwender bei 82 %. Hier dürften sich die gesundheitsbewußte Einstellung vieler Eltern und deren Aufklärung durch Frauen- und Kinderärztinnen bzw. -ärzte positiv auswirken. Gering ist hingegen der geschlechtsspezifische Unterschied: Männer gaben zu 79 % an, Jodsalz zu verwenden, bei den Frauen war es 1 % mehr.

Im früheren Bundesgebiet ist gegenüber den Ergebnissen des Jahres 1992 ein deutlicher Anstieg bei der Jodsalzverwendung festzustellen (78 % gegenüber 61 %). Eine noch höhere Verwendung von Jodsalz war in den neuen Ländern ermittelt worden, hier bejahten sogar 86 % der antwortenden Personen diese Frage.

Ein weiterer gesundheitlicher Risikofaktor ist der übermäßige Konsum von Genußmitteln, insbesondere von Tabak und Alkoholika. Im Rahmen der Mikrozensusbefragung vom April 1995 gaben 26,7 % der Bevölkerung in Deutschland (im Alter von zehn Jahren und mehr) an, Raucher bzw. Raucherin zu sein; dabei gab es kaum Unterschiede zwischen alten (27 %) und neuen (26 %) Bundesländern. Im Jahr 1978, als die gleichen Angaben zu den Rauchgewohnheiten erhoben wurden, lag der Anteil im früheren Bundesgebiet noch bei knapp 31 %. Von den gegen-

Tab. 8: Verbrauch ausgewählter Genußmittel je Einwohner¹

Erzeugnis	Einheit	1970	1980	1991	1995
Zigaretten	Stück	1 943	2 086	1 910	1 648
Bier	Liter	141	146	141	131
Branntwein zu Trinkzwecken	Liter	3,01	3,09	2,37	2,42
Trinkwein					
einschl. Schaumwein	Liter	.	25,2 ²	22,8 ³	22,2 ⁴

1 Bis einschließlich 1980 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

2 Wirtschaftsjahr 1980/81.

3 Wirtschaftsjahr 1991/92.

4 Wirtschaftsjahr 1994/95.

wärtigen Nichtraucherinnen und Nichtrauchern hatte jede bzw. jeder fünfte früher zur Zigarette oder zu sonstigen Tabakwaren gegriffen. 55,5 % der Antwortenden hatte noch nie geraucht. 61 % derjenigen, die rauchten, waren Männer, der Anteil der Raucherinnen nimmt allerdings stetig zu. Am häufigsten wurde in der Altersklasse der 20- bis unter 45jährigen geraucht mit knapp 40 %. In den folgenden Altersklassen wurde zunehmend weniger geraucht. Bei den Befragten im Alter von 65 Jahren und mehr waren es nur noch 11 %. Von jenen, die regelmäßig Zigaretten konsumierten, rauchten etwa 17 % mehr als 20 Zigaretten täglich.

Tab. 9: Rauchgewohnheiten der Bevölkerung 1995
10 Jahre und älter, in Prozent

Rauchgewohnheiten	Insgesamt	Männlich	Weiblich
Gegenwärtige Raucher/-innen	26,7	33,4	20,4
davon: regelmäßig	22,9	29,4	16,8
gelegentlich	3,8	4,1	3,5
Nichtraucher/-innen	73,3	66,6	79,6
Frühere Raucher/-innen	21,0	31,6	12,7

Über den Konsum und Mißbrauch von Genuß- und Rauschmitteln bei jungen Menschen im Alter von 12 bis 25 Jahren liegen Ergebnisse einer empirischen Untersuchung, die im Auftrag der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung Ende 1993/Anfang 1994 durchgeführt wurde, vor.

Zum Alkoholkonsum wurde ermittelt, daß von den befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen knapp ein Drittel mindestens einmal pro Woche Bier, 10 % Wein und alkoholische Mixgetränke und 7 % regelmäßig Spirituosen trinken. Die „traditionellen“ geschlechtsspezifischen Trinkgewohnheiten – junge Männer trinken häufiger Bier und Spirituosen, junge Frauen bevorzugen Wein/Sekt – wurden auch im Jahr 1993 bestätigt.

Die Studie ergab, daß alkoholische Getränke am Wochenende weit häufiger und dann auch in größeren Mengen getrunken werden. Allerdings ergab sich in der Entwicklung in den alten Bundesländern ein verändertes Trinkverhalten für die Werkstage. Tranken 1982 noch 29 % der 12- bis 25jährigen werktags regelmäßig Bier, 12 % Wein und 5 % Schnaps, so sank der Konsum dieser Getränke im Jahr 1993 auf 20 % (Bier), 6 % (Wein) und 3 % (Spirituosen). An den Wochenenden ergaben sich hingegen keine wesentlichen Änderungen.

Zur Frage nach dem Drogenkonsum hatten von den 12- bis 25jährigen 18 % angegeben, bereits Erfahrungen mit illegalen Drogen gemacht zu haben. Hier war im Ost-/West-Vergleich ein erheblicher Unterschied festzustellen (6 % in den neuen Bundesländern, 21 % in den alten Bundesländern). Über 90 % der Drogen-erfahrenen hatten hauptsächlich Haschisch oder Marihuana genommen, der Konsum von sonstigen illegalen Drogen (nach der Rangfolge der Konsumanteile: Aufputschmittel, Kokain, LSD, Schnüffelfstoffe und Heroin) war entsprechend gering.

8.4 Schwangerschaftsabbrüche

Eine Besonderheit gibt es bei der Statistik der Schwangerschaftsabbrüche, da im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin und in den neuen Ländern und Berlin-Ost bis zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28. Mai 1993 unterschiedliches materielles Recht galt. Während bis dahin im früheren Bundesgebiet die Indikationsregelung nach § 218 Strafgesetzbuch gültig war, wurden in den neuen Ländern und Berlin-Ost Schwangerschaftsabbrüche aufgrund der dort vorläufig weiterbestehenden Fristenregelung vorgenommen. Seit dem 16. Juni 1993 gilt im gesamten Bundesgebiet einheitlich die sogenannte Beratungsregelung, die vom Bundesverfassungsgericht bis zu seiner endgültigen gesetzlichen Neufassung als Übergangsregelung angeordnet wurde. Die gesetzliche Neure-

Tab. 10: Schwangerschaftsabbrüche 1995 nach dem Grund des Abbruchs

Altersgruppe/ Familienstand	Insgesamt	Anteile in Prozent nach dem Grund des Abbruchs					
		allg.- medizin. Indikation	psychia- trische Indikation	euge- nische Indikation	krimino- logische Indikation	Beratungs- regelung	nicht bekannt
unter 15	138	5,1	2,2	0,7	0,7	90,6	0,7
15 – unter 20	6 487	3,4	0,5	0,2	0,2	95,2	0,5
20 – unter 25	17 828	3,8	0,4	0,4	0,1	94,9	0,4
25 – unter 30	24 936	4,6	0,3	0,8	0,1	93,9	0,4
30 – unter 35	24 485	4,8	0,3	0,7	0,0	93,7	0,4
35 – unter 40	16 274	5,1	0,4	0,9	0,0	93,1	0,4
40 – unter 45	6 567	5,7	0,4	0,9	0,0	92,4	0,5
45 und mehr	720	9,0	1,1	1,8	0,0	87,9	0,1
unbekannt	502	8,2	0,6	1,2	0,4	88,4	1,2
Insgesamt	97 937	4,6	0,4	0,7	0,1	93,8	0,4
ledig	39 002	4,1	0,4	0,3	0,1	94,7	0,5
verheiratet	50 719	5,1	0,3	1,0	0,0	93,1	0,4
verwitwet	491	3,9	0,2	0,2	0,4	95,3	0,0
geschieden	6 443	3,7	0,5	0,4	0,0	94,9	0,5
unbekannt	1 282	9,7	0,2	0,4	0,0	88,6	1,2

gelung durch das Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz von 1995 wird sich in den Statistiken erst ab 1996 niederschlagen. Wegen der Vielfalt der gesetzlichen und methodischen Veränderungen ist eine Zeitreihendarstellung nicht sinnvoll. Hinzu kommen Meldedefizite von ärztlicher und Krankenhausseite, so daß die absolute Zahl der Schwangerschaftsabbrüche mit Vorbehalt zu betrachten ist.

Die Bundesstatistik ermöglicht derzeit jedoch Feststellungen über die wichtigsten Ursachen für die Schwangerschaftsabbrüche und gibt Hinweise auf die Lebensumstände der betroffenen Frauen. Für die politisch verantwortlichen Stellen bietet

die Statistik die Grundlage für gesundheitspolitische Entscheidungen über Hilfen für schwangere Frauen in Not- und Konfliktsituationen und zum Schutz des ungeborenen Lebens.

Im Berichtsjahr 1995 wurden in der Bundesrepublik Deutschland knapp 98 000 Schwangerschaftsabbrüche an das Statistische Bundesamt gemeldet, davon fast 74 000 aus den alten und gut 24 000 aus den neuen Bundesländern ohne Berlin. Auf 1 000 Lebend- und Totgeborene entfielen somit 129 Schwangerschaftsabbrüche. 2,7 % aller betroffenen Frauen waren unter 18 Jahre. Während in den alten Bundesländern der Eingriff vorwiegend in ambulanten Praxen vorgenommen wird (zu 82,9 %), überwiegt in den neuen Bundesländern die Vornahme in Krankenhäusern. Als den Abbruch bewirkende Methode wird zu 84,4 % die Methode der Vakuumaspiration angewandt. 37,4 % aller Frauen hatten vor dem Eingriff noch keine Lebendgeburt, wobei hier deutliche Unterschiede zwischen alten Bundesländern (43,3 %) und neuen Bundesländern (19,4) zu erkennen sind. Auch der Zeitpunkt des Eingriffs zeigt Unterschiede. Während in den Bundesländern 46 % aller Abbrüche vor der 8. Schwangerschaftswoche vorgenommen werden, ist das in den neuen Bundesländern nur bei 26 % der Fall.

8.5 Schwerbehinderte

Im Unterschied zu einer akuten Krankheit oder einer Unfallschädigung mit kurzer Heilungsdauer bedeutet Behinderung eine Einschränkung der Entfaltungsmöglichkeiten für längere Zeit, möglicherweise für das ganze Leben.

In der Statistik werden seit 1985 nur noch die Schwerbehinderten erfaßt. Als solche gelten Personen, denen ein Grad der Behinderung von 50 % oder mehr zuerkannt worden ist. Am 31. Dezember 1995 waren bei den Versorgungsämtern

Tab. 11: Schwerbehinderte am 31. 12. 1995

Schwerbehinderte	Insgesamt 1 000	Im Alter von . . . Jahren			
		unter 25	25–54	55–64	65 u. mehr
		%			
Insgesamt	6 497	3,8	20,8	24,8	50,6
Männer	3 454	4,1	21,8	28,6	45,5
Frauen	3 043	3,5	19,6	20,6	56,3

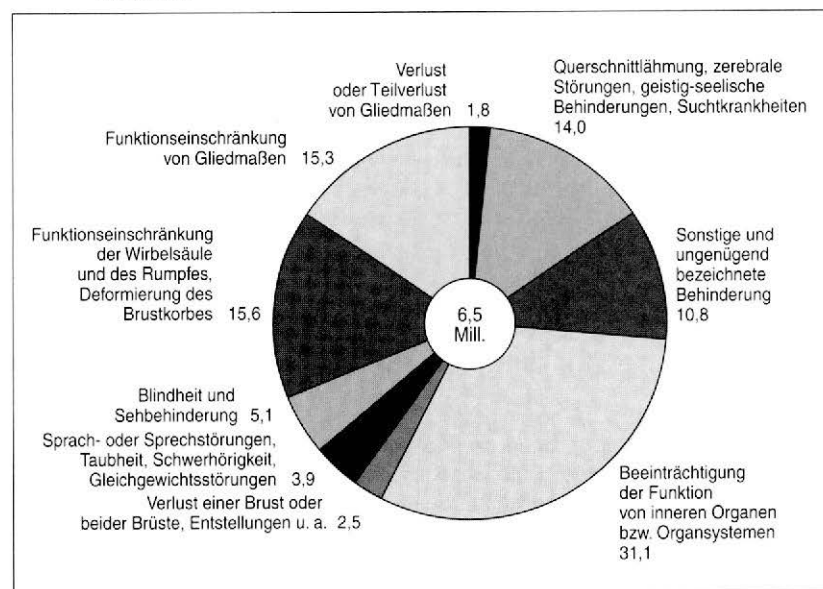
6,5 Mill. amtlich anerkannte Schwerbehinderte mit gültigem Ausweis registriert, das entsprach einem Anteil von rund 8 % der Bevölkerung. Über die Hälfte dieses Personenkreises (53,2 %) waren Männer.

Die Gliederung der Behinderten nach Altersgruppen zeigt eine starke „Alterslastigkeit“. Behinderung kommt bei Personen im fortgeschrittenen Alter naturgemäß häufiger vor als bei jüngeren Menschen. Drei Viertel (75,4 %) der Schwerbehinderten waren 55 Jahre oder älter, der Anteil der unter 25jährigen war mit 3,8 % relativ gering.

Die weitaus meisten Behinderungen – nämlich 84,2 % der Fälle – waren krankheitsbedingt. Weitere 3,7 % der Schwerbehinderten hatten dauernde Schäden in Krieg, Wehrdienst oder Zivildienst erlitten, und in 4,6 % der Fälle war die Behinderung angeboren. Bei 2,8 % wurde das Leiden durch einen Unfall oder eine Berufskrankheit verursacht.

Häufigste Behinderungsart ist die Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen oder Organsystemen mit einem Anteil von 31,1 %. Darunter befanden sich allein 1,0 Mill. Herz- und Kreislaufkranke, das sind 15,8 % aller Schwerbehinderten. Am zweithäufigsten waren die Fälle mit einer Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes sowie einer Deformierung des Brustkorbes (15,6 %). Bei 15,3 % der Schwerbehinderten lagen Funktionseinschränkungen der Gliedmaßen vor. Eine Querschnittlähmung, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen, Suchtkrankheiten

Abb. 3: Schwerbehinderte am 31. 12. 1995
nach Art der schwersten Behinderung
in Prozent



8.6 Rehabilitationsmaßnahmen

1994 wurden in Deutschland von der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung, der Kriegsoferversorgung und Kriegsopferversorge, der Bundesanstalt für Arbeit, der Sozialhilfe sowie der begleitenden Hilfe im Arbeits- und Berufsleben 1,92 Mill. Rehabilitationsmaßnahmen durchgeführt. Hierunter fallen alle Maßnahmen der Sozialleistungsträger, die das Ziel verfolgen, Behinderungen entgegenzuwirken sowie Behinderten und von Behinderung bedrohten Menschen einen angemessenen Platz im Arbeitsleben und in der Gesellschaft zu sichern.

Tab. 12: Rehabilitationsmaßnahmen 1994

Art der Maßnahmen	Insgesamt	Männlich %	Weiblich %
Medizinische Rehabilitationsmaßnahmen	1 398 995	51,4	48,6
Berufsfördernde Rehabilitationsmaßnahmen	432 453	66,6	33,4
Maßnahmen zur sozialen Eingliederung	91 536	75,1	24,9
Insgesamt	1 922 984	56,0	44,0

Von den Rehabilitationsmaßnahmen des Jahres 1994 entfielen 72,8 % auf medizinische und 22,4 % auf berufsfördernde Maßnahmen, 4,8 % dienten der allgemeinen sozialen Eingliederung. Weniger als die Hälfte der Maßnahmen (44,0 %) wurde von Frauen in Anspruch genommen. Bei den medizinischen Rehabilitanden war ein großer Anteil (45,5 %) in der Altersgruppe der 45- bis 60jährigen. Anders verhielt es sich dagegen bei den berufsfördernden Maßnahmen, die hauptsächlich Rehabilitanden im jüngeren und mittleren Lebensalter zuteil wurden. Hier waren 50,4 % der Rehabilitanden zwischen 14 und 35 Jahre alt. Maßnahmen zur sozialen Eingliederung wurden wiederum überwiegend (55,7 %) älteren Menschen ab 55 Jahre gewährt.

8.7 Ausgaben für die Gesundheit

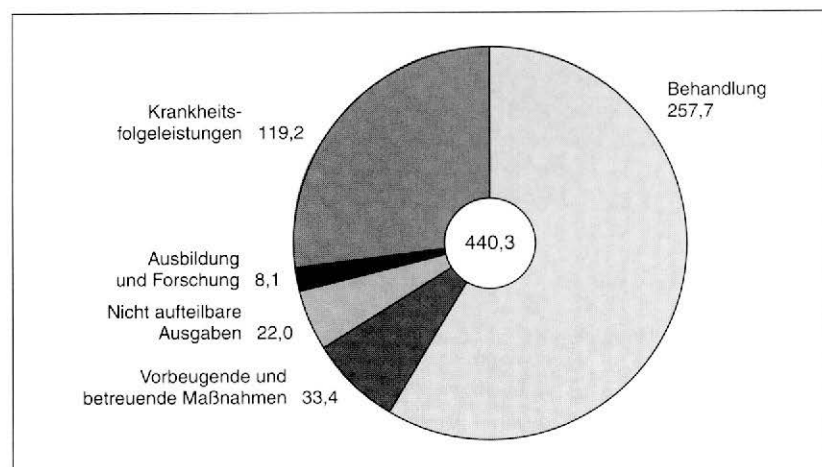
Zur Berechnung der Ausgaben für die Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit, für Krankheitsvorbeugung und zur Milderung von Krankheitsfolgen werden Daten aus einer Vielzahl statistischer Quellen (Finanzstatistik, Sozialbudget, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe in Verbindung mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, der gesetzlichen Rentenversicherung sowie den gesetzlichen Krankenversicherungen) zusammengetragen. Darüber hinaus sind in den Berechnungen die Aufwendungen der privaten Haushalte und der privaten

Krankenversicherungen enthalten sowie zusätzliche Ausgaben der öffentlichen Haushalte wie etwa für Ausbildung und Forschung im Gesundheitsbereich. (Die Angaben unterscheiden sich damit von denen des Sozialbudgets.)

Tab. 13: Ausgaben für die Gesundheit 1993 in Deutschland

Leistungsart	Mrd. DM	%
Behandlung	257,7	58,5
darunter:		
Stationäre Behandlung	99,5	22,6
Ambulante Behandlung	78,8	17,9
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz	69,3	15,7
Krankheitsfolgeleistungen	119,2	27,1
darunter:		
Maßnahmen zur Sicherung des Lebensunterhalts bei Krankheit und Invalidität	98,6	22,4
Vorbeugende und betreuende Maßnahmen	33,4	7,6
Ausbildung und Forschung	8,1	1,8
Nicht aufteilbare Ausgaben	22,0	5,0
Insgesamt	440,3	100,0

Abb. 4: Ausgaben für Gesundheit 1993 in Deutschland nach Leistungsarten in Mrd. DM

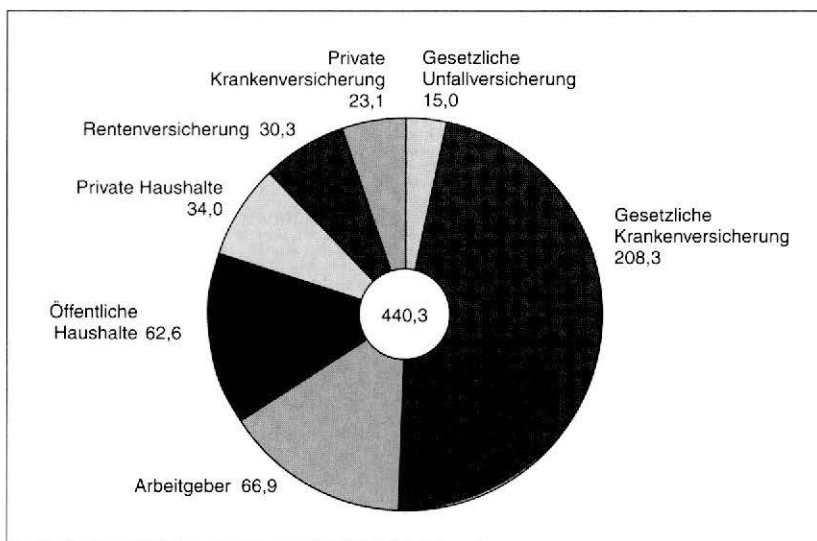


Im Jahr 1993 wurden für die Gesundheit in Deutschland insgesamt 440,3 Mrd. DM ausgegeben. Pro Kopf der Bevölkerung errechnete sich ein Betrag von 5 413 DM, der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttonationalprodukt lag bei 10,6 %.

257,7 Mrd. DM bzw. knapp 60 % des Gesamtbetrages waren für die medizinische Behandlung (ambulante und stationäre Behandlung einschließlich Arzneien, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz) erforderlich. Die Krankheitsfolgeleistungen, im wesentlichen Rehabilitationsmaßnahmen, Entgeltfortzahlung sowie Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten, beanspruchten 119,2 Mrd. DM und somit gut 27 % der Gesamtausgaben.

Die gesetzliche Krankenversicherung finanzierte mit 208,3 Mrd. DM gut 47 % aller Gesundheitsausgaben. Zweitgrößter Ausgabenträger waren mit 66,9 Mrd. DM die öffentlichen und privaten Arbeitgeber.

Abb. 5: Ausgaben für Gesundheit 1993 in Deutschland nach Ausgabenträgern in Mrd. DM



Ein längerfristiger Vergleich mit der Situation vor 20 Jahren ist nur für das frühere Bundesgebiet sinnvoll. Dort haben sich von 1970 bis 1993 die Ausgaben für Gesundheit von 69,7 Mrd. DM auf 376,5 Mrd. DM mehr als verfünffacht. Je Einwohner beliefen sich die gesamten Aufwendungen 1970 auf 1 149 DM und 1993 auf 5 728 DM. Der Anteil der Ausgaben für Gesundheit (ohne Einkommensleistungen) am Bruttosozialprodukt vergrößerte sich im gleichen Zeitraum von 6,5 % auf 10,1 %.

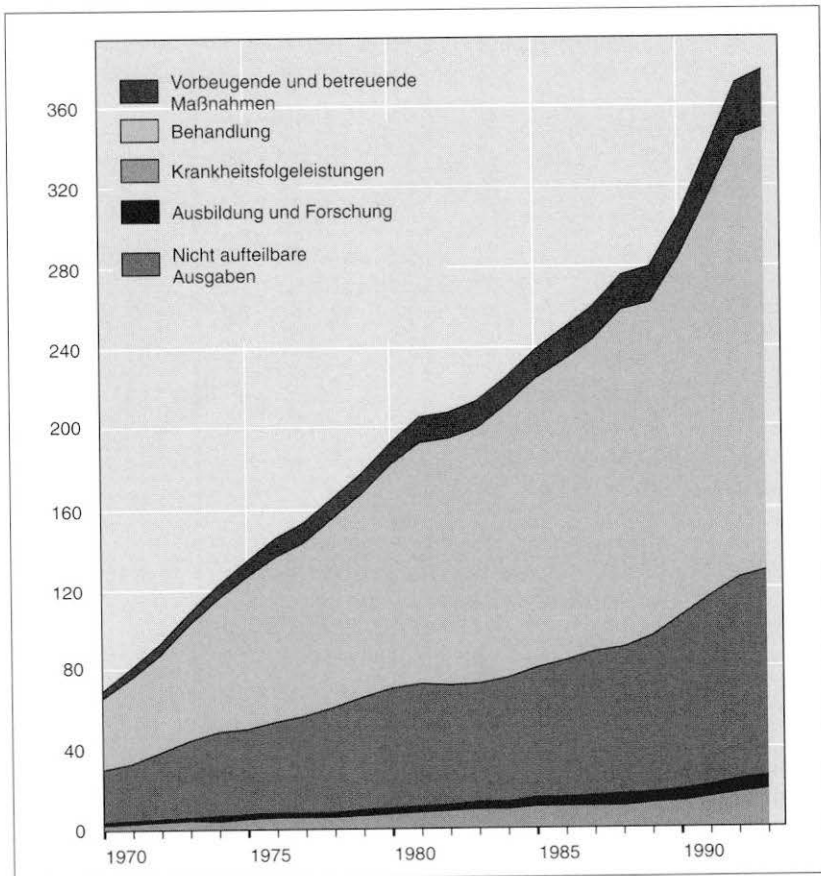
Für den Leistungsbereich „Behandlung“ wurden 1993 219,6 Mrd. DM aufgewandt. Gegenüber 1970 war damit ein nominaler Zuwachs von 519 % zu verzeichnen.

Dabei war der Ausgabenanstieg im Bereich stationäre Behandlung (nominal + 611 %) besonders ausgeprägt (vgl. dazu auch Kap. 9.5).

Auf Krankheitsfolgeleistungen entfielen in den alten Ländern 102,5 Mrd. DM. Gegenüber 1970 ist in diesem Bereich ein unterdurchschnittlicher Anstieg um nominal 287 % festzustellen.

Nahezu die Hälfte aller Ausgaben für die Gesundheit (45,8 %) im früheren Bundesgebiet wurde 1993 von der gesetzlichen Krankenversicherung getragen, 1970 gingen lediglich 35,5 % zu Lasten dieser Krankenkassen. Diese Verschiebung

Abb. 6: Ausgaben für Gesundheit nach Leistungsarten 1970 bis 1993
im früheren Bundesgebiet
in Milliarden DM



spiegelt neben gesamtwirtschaftlichen Faktoren wie der Preisentwicklung die Ausdehnung des Leistungsangebots und die Einbeziehung zuvor nicht versicherter Personengruppen zu Beginn der 70er Jahre wider.

Die öffentlichen und privaten Arbeitgeber im früheren Bundesgebiet trugen 1993 die zweitgrößte Last mit 60,7 Mrd. DM, also 16,1 % der Gesamtaufwendungen für Gesundheit. 1970 waren von ihnen noch 23,7 % der Ausgaben finanziert worden. Wesentlicher Bestandteil der Arbeitgebераufwendungen sind die Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall. Die übrigen Ausgabenträger haben ihre Anteile seit 1970 nur geringfügig verändert.

9 Soziale Sicherung

9.1 Entwicklung der Sozialversicherung

Das System der sozialen Sicherung hat in einer langen historischen Entwicklung zu seiner heutigen Form gefunden und spiegelt damit ein Stück deutscher Sozialgeschichte wider. Der Grundstein wurde im Jahre 1881 mit der von Otto von Bismarck angeregten Gesetzgebung zur Krankenversicherung der Arbeiter, dem Unfallversicherungsgesetz und dem Gesetz über die Invaliditäts- und Alterssicherung gelegt.

Zwei Weltkriege mit tiefgreifenden sozialen Umwälzungen haben die weitere Entwicklung entschieden geprägt. Von besonderer Bedeutung für den Ausbau der sozialen Sicherung war das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes. Heute fließt ein Großteil der Ausgaben der öffentlichen Haushalte (einschließlich der Sozialversicherungsträger und der Bundesanstalt für Arbeit) in die soziale Sicherung. Die Spardiskussionen der jüngeren Zeit zeigen jedoch, daß aufgrund steigender finanzieller Belastungen bei nicht im gleichen Maße gestiegenen Einnahmen in diesem Bereich zukünftig auch Einschränkungen in Kauf genommen werden müssen.

9.2 Das Sozialbudget

Die Strukturen und Zusammenhänge des Systems der sozialen Sicherung kommen im Sozialbudget der Bundesregierung am deutlichsten zum Ausdruck. Diese jährliche Zusammenstellung bietet in einer Gliederung nach Institutionen einen Überblick über die sozialen Leistungen der staatlichen Einrichtungen, der öffentlichen Körperschaften und der Arbeitgeber. Außerdem enthält sie eine Gruppierung nach Funktionen, d. h. nach Zweckbestimmung der Leistungen (z. B. Alte und Hinterbliebene, Gesundheit, Familie und Ehe, Wohnen).

Manche Institutionen sind nicht nur in einem einzigen, sondern in verschiedenen Bereichen zuständig. So sorgt etwa die Rentenversicherung nicht nur für Erwerbs- und Berufsunfähige, Alte und Hinterbliebene, sie ist vielmehr auch mit Aufgaben zur Sicherung und Wiederherstellung der Gesundheit betraut (z. B. im Rahmen von Rehabilitationsmaßnahmen oder Kuren). Das Sozialbudget macht diese Zusammenhänge erkennbar.

Die Leistungen des Sozialbudgets beliefen sich 1994 für Deutschland auf über 1,1 Billionen DM, von denen 900 Mrd. DM auf das frühere Bundesgebiet und 206 Mrd. DM auf die neuen Länder und Berlin-Ost entfielen.

Tab. 1: Leistungen des Sozialbudgets 1994

Institution	Leistungen insgesamt		Finanzierung durch		
			Beiträge der		Zuweisun- gen aus öffentlichen Mitteln
			Ver- sicher- ten	Arbeit- geber	
	Mrd. DM	%	Mill. DM		
Sozialbudget insgesamt	1 106,2	100,0	338 398	405 677	356 542
Allgemeine Systeme	774,6	70,0	331 200	261 717	144 874
Rentenversicherung	370,9	33,5	140 121	124 220	75 191
Krankenversicherung	229,1	20,7	147 007	77 074	1 905
Unfallversicherung	19,8	1,8	2 582	16 922	690
Arbeitsförderung	127,1	11,5	41 490	43 501	39 338
Kindergeld	21,1	1,9	—	—	21 069
Erziehungsgeld	6,7	0,6	—	—	6 681
Sondersysteme	8,6	0,8	6 179	520	4 199
Altershilfe für Landwirte	5,8	0,5	1 409	—	4 199
Versorgungswerke	2,8	0,2	4 770	520	—
Beamtenrechtliches System	74,7	6,8	—	40 528	25 747
Pensionen	49,9	4,5	—	28 509	16 368
Familienzuschläge	12,5	1,1	—	—	9 297
Beihilfen	12,4	1,1	—	12 019	82
Arbeitgeberleistungen	87,9	7,9	1 020	102 911	568
Entgeltfortzahlung	45,3	4,1	—	45 312	—
Betriebliche Altersversorgung	23,4	2,1	1 020	41 780	—
Zusatzversicherung	13,7	1,2	—	10 359	568
Sonst. Arbeitgeberleistungen	5,5	0,5	—	5 460	—
Entschädigungen	18,8	1,7	—	—	18 753
Soziale Entschädigung (KOV)	15,0	1,4	—	—	15 037
Lastenausgleich	0,7	0,1	—	—	711
Wiedergutmachung	2,2	0,2	—	—	2 211
Sonst. Entschädigungen	0,8	0,1	—	—	794
Soziale Hilfen und Dienste	106,5	9,6	—	—	89 736
Sozialhilfe ¹	58,0	5,2	—	—	53 540
Jugendhilfe	24,9	2,2	—	—	23 000
Ausbildungsförderung	2,3	0,2	—	—	2 280
Wohngeld	6,2	0,6	—	—	6 169
Öffentl. Gesundheitsdienst	3,6	0,3	—	—	2 887
Vermögensbildung	11,6	1,1	—	—	1 860
Indirekte Leistungen	72,7	6,6	—	—	72 665
Steuerliche Maßnahmen	67,2	6,1	—	—	67 220
Wohnungswesen	5,4	0,5	—	—	5 445
Nachrichtlich:					
Früheres Bundesgebiet	900,0	81,4	281 157	357 639	296 513
Neue Länder und Berlin-Ost	206,2	18,6	57 241	48 037	60 029

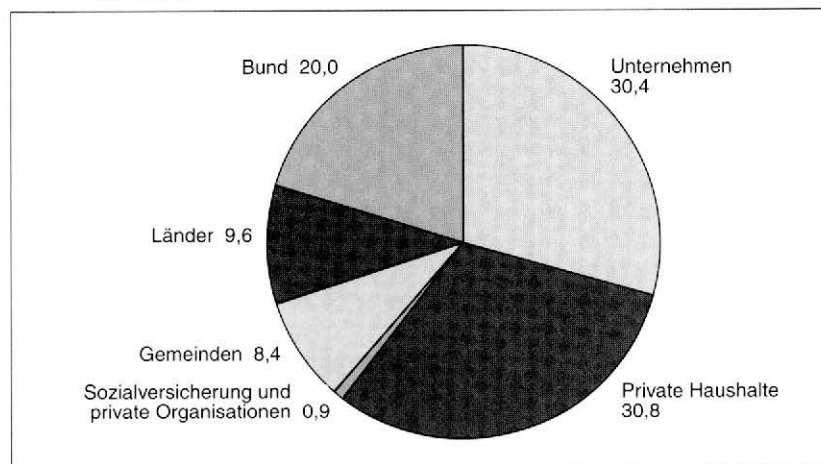
1 Einschl. Leistungen an Asylbewerber.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Die Sozialleistungsquote – das Verhältnis aller Sozialleistungen zum Bruttonationalprodukt – belief sich 1994 für Deutschland auf 33,4 %, für das frühere Bundesgebiet auf 30,4 % und für die neuen Länder einschließlich Berlin-Ost auf 60,0 %.

Die Sozialleistungsquote verändert sich kurzfristig in unterschiedlichen Steigerungsraten, insbesondere in Abhängigkeit vom Konjunkturverlauf der Wirtschaft: In Jahren schwachen Wirtschaftswachstums steigt die Sozialleistungsquote wesentlich stärker als in den Jahren eines voll einsetzenden Wirtschaftsaufschwungs, in denen das Sozialprodukt vorübergehend schneller wächst als die Sozialleistungen. Seit der Wiedervereinigung Deutschlands ist die Quote von 31,0 % in 1991 auf 33,4 % in 1994 gestiegen. Somit hat die gesamtdeutsche Quote wieder den Maximalwert von 1976/1977 (damals nur das frühere Bundesgebiet) erreicht.

Abb. 1: Finanzierung des Sozialbudgets 1994 nach Quellen
in Prozent



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Wer trägt wieviel dazu bei, daß das soziale Netz nicht reißt? Drei große Beitragszahler sind auszumachen: Der Staat (Bund, Länder und Gemeinden), die Unternehmen und die privaten Haushalte. Die privaten Haushalte waren mit rund 352 Mrd. DM oder 30,8 % scheinbar nur ein wenig höher belastet als die Unternehmen. Doch wenn man bedenkt, wie Staat und Unternehmen ihren Anteil finanzieren, so sind es letztlich die privaten Haushalte, die die Kosten tragen. Denn sie zahlen nicht nur die Steuern, mit denen der Staat seine Ausgaben finanziert, sondern auch die Preise, in die die Unternehmen ihre Sozialkosten einkalkulieren.

9.3 Die Elemente des Sozialbudgets

Mit 70 % nimmt das „Allgemeine System“ der sozialen Sicherung – das sind Renten-, Kranken- und Unfallversicherung, Arbeitsförderung, Kinder- und Erziehungsgeld – den größten Anteil am Sozialbudget ein. Sie werden zusammen mit der Sozial- und Jugendhilfe in den folgenden Abschnitten näher betrachtet.

Seit Jahresbeginn 1995 ist das Sozialsystem um eine weitere Säule ergänzt worden. Neben den gesetzlichen Systemen Kranken-, Renten-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung bietet die Pflegeversicherung nun Schutz vor den finanziellen Folgen der Pflegebedürftigkeit. Sie ist eine Pflichtversicherung – gesetzlich Versicherte sind in der Regel bei ihrer gesetzlichen Krankenkasse versichert, privat Versicherte bei ihrem privaten Versicherungsunternehmen. Im April 1995 trat die erste Stufe der Pflegeversicherung in Kraft, die Leistungen für die häusliche (ambulante) Pflege gewährt. Am 1. Juli 1996 ist die zweite Stufe in Kraft getreten. Damit haben auch Pflegebedürftige, die in Heimen leben, Anspruch auf staatliche Pflegeleistungen. Die Beiträge zu dieser Pflegeversicherung tragen Arbeitnehmer und Arbeitgeber je zur Hälfte. Um den Beitrag von Arbeitgeberseite zu gewährleisten, haben die Arbeitnehmer in den meisten Bundesländern ab 1995 auf einen gesetzlichen Feiertag im Jahr verzichtet. Der Beitrag lag bis Mitte 1996 bei einem Prozent des Bruttoarbeitsentgelts. Mit der Einführung der Zweiten Stufe der Pflegeversicherung und ihren stationären Pflegeleistungen wurde er auf 1,7 Prozent erhöht. Die entsprechenden Leistungen und ihre Finanzierung werden erstmals im Sozialbudget 1995 (Allgemeine Systeme) dargestellt.

Die Institution „Soziale Hilfen und Dienste“ bildete 1994 mit einem Aufwand von 106,5 Mrd. DM und einem Anteil von 9,6 % den zweitgrößten Block im Sozialbudget. In diesem Leistungsbereich sind Sozialhilfe, Jugendhilfe, Ausbildungsförderung (vgl. Kap. 2.10), Wohngeld, öffentlicher Gesundheitsdienst und Vermögensbildung zusammengefaßt.

Wohngeld wird gewährt, wenn das Haushaltseinkommen in einem unzumutbaren Mißverhältnis zu den Aufwendungen für eine angemessene Wohnung steht. Wohngeldleistungen erhielten Ende 1994 2,7 Mill. Haushalte, davon 1,9 Mill. Haushalte im früheren Bundesgebiet und 0,8 Mill. Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Von den 2,7 Mill. Haushalten mit Wohngeld erhielten 989 000 gleichzeitig Sozialhilfe oder Kriegsopferfürsorge. Die übrigen 1,8 Millionen verteilen sich zu 37 % auf Rentnerhaushalte, zu 28 % auf Haushalte von Erwerbstätigen, zu 25 % auf Arbeitslose und zu 11 % auf sonstige Nichterwerbstätige, z. B. Studierende.

Für die Förderung der Vermögensbildung wurden 1994 11,6 Mrd. DM ausgegeben. In dieser Institution werden staatliche Leistungen nach dem Fünften Vermögensbildungsgesetz, dem Wohnungsbau- und Sparprämienengesetz sowie Arbeitgeberleistungen erfaßt.

Für „Arbeitgeberleistungen“ wurden 1994 insgesamt 87,9 Mrd. DM aufgewendet. Hierzu zählen die Entgeltfortzahlungen im Krankheitsfall, die betriebliche Alters-

versorgung und die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst sowie sonstige Arbeitgeberleistungen (z.B. Bereitstellung von Betriebswohnungen), nicht aber die Arbeitgeberanteile an den Beiträgen zur Sozialversicherung oder Leistungen nach den Vermögensbildungsgesetzen u. ä.

Die beamtenrechtlichen Systeme hatten 1994 mit 74,7 Mrd. DM einen Anteil von 6,8 % am Sozialbudget. Wie bei den „Allgemeinen Systemen“ steht auch hier die Altersversorgung, und zwar des öffentlichen Dienstes, im Vordergrund.

Die „indirekten Leistungen“ beliefen sich 1994 auf 72,7 Mrd. DM, das sind 6,6 % des Sozialbudgets. Unter dieser Position sind insbesondere sozialpolitisch motivierte Steuererleichterungen für die privaten Haushalte zusammengefaßt, u. a. Kinderfreibeträge oder das Splitting-Verfahren für Ehegatten.

Die Bedeutung der Entschädigungsleistungen verliert mit zunehmendem Abstand von den Ereignissen in der Zeit des Nationalsozialismus 1933 bis 1945 an Gewicht. Durch finanzielle Entschädigungen für die Opfer der Gewaltherrschaft, des Krieges und der Kriegsfolgen versucht der Staat, zumindest auf materiellem Gebiet einen Beitrag zur Wiedergutmachung zu leisten. 1994 wurden 18,8 Mrd. DM für Entschädigungen verschiedener Art ausgegeben, davon 15 Mrd. DM überwiegend für Beschädigte und Hinterbliebene, 2,2 Mrd. DM für Wiedergutmachung bei Schäden an Leben, Gesundheit, Freiheit oder beruflichem sowie wissenschaftlichem Fortkommen durch nationalsozialistische Verfolgung, 713 Mill. DM für Lastenausgleich und 794 Mill. DM für sonstige Entschädigungen.

Die sogenannten Sondersysteme, nämlich die Altershilfe für Landwirte (1994: 5,8 Mrd. DM) und die Versorgungswerke für freiberuflich Tätige (1994: 2,8 Mrd. DM), umfassen zusammen 0,8 % des Sozialbudgets. Sie dienen in erster Linie der Altersversorgung bestimmter Berufsgruppen.

9.4 Gesetzliche Rentenversicherungen

Die Alters- und Hinterbliebenenversicherung wird in der Bundesrepublik Deutschland von folgenden Institutionen geleistet:

- Gesetzliche Rentenversicherung
- Pensionen im öffentlichen Dienst
- Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst
- Altershilfe für Landwirte
- Versorgungswerke (z. B. für Landwirte)
- Zusatzversicherung für einzelne Berufe
- Vertragliche und freiwillige Arbeitgeberleistungen.

Der wichtigste und umfassendste Bereich ist dabei die Rentenversicherung. 1994 lagen ihre Leistungen bei 371 Mrd. DM, das sind 34 % des Sozialbudgets bzw. ein Anteil von 11,2 % am Bruttosozialprodukt. Rund 44,1 Mill. Personen waren 1994 in

den drei Zweigen der Rentenversicherung (Rentenversicherung der Arbeiter, der Angestellten, knappschaftliche Rentenversicherung) erfaßt.

Von den Gesamtausgaben waren die Rentenzahlungen selbst mit rund 301 Mrd. DM 1994 der größte Posten. 19,5 Mrd. DM wurden darüber hinaus für die Krankenversicherung der Rentner aufgebracht und weitere 9,3 Mrd. DM für Gesundheits- und Rehabilitationsmaßnahmen.

Von den Mitte des Jahres 1994 rund 20,2 Mill. gezahlten Renten waren 71 % Versichertenrenten und 29 % Hinterbliebenenrenten. Die Gesamtzahl der Renten liegt höher als die Zahl der Rentenempfänger, da z. B. Witwen-/Witwerrente und Versichertenrente zugleich an eine Person gezahlt werden können.

Tab. 2: Gesetzliche Rentenversicherung 1994

Gegenstand der Nachweisung	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Rentenversicherung der		Knapp-schaftliche Rentenversicherung
				Arbeiter	Ange-stellten	
Pflichtmitglieder und Beitragszahler seit 1924 ¹				1 000		
Rentenbestand	44 090	35 087	9 003	21 673	22 008	410
	20 156	15 943	4 213	11 665	7 512	979
				Mrd. DM		
Einnahmen	367	300	68	181	160	25
dar. Beiträge (Soll)	260	218	42	112	145	3
Durchschnittliche Versichertenrente				DM		
Früheres Bundesgebiet	×	1 253	×	1 054	1 469	2 383
Neue Länder und Berlin-Ost	×	×	1 214	1 178	1 221	1 428

1 Ergebnis des Mikrozensus April 1994.

Mitte 1994 lag die durchschnittliche monatliche Versichertenrente in der Rentenversicherung der Arbeiter für Männer im früheren Bundesgebiet bei 1 562 DM und in den neuen Ländern und Berlin-Ost bei 1 531 DM, für Frauen bei 628 DM bzw. 997 DM. In der Angestelltenversicherung lagen die entsprechenden Durchschnittswerte für Männer bei 2 131 DM bzw. 1 651 DM und für Frauen bei 1 028 DM bzw. 1 040 DM. Der Unterschied in der Rentenhöhe von Männern und Frauen ist unter anderem dadurch bedingt, daß die heute anspruchsberechtigten Frauen im Verlauf ihres Arbeitslebens im Durchschnitt geringer entlohnte Tätigkeiten ausgeführt und außerdem ihre Erwerbstätigkeit vielfach – vor allem aus familiären Gründen – zeitweise unterbrochen oder frühzeitig beendet haben. Letzteres gilt hauptsächlich für die Frauen im früheren Bundesgebiet; in den neuen Ländern und

Berlin-Ost war die Erwerbsbeteiligung der Frauen durchgängig höher. Hieraus erklären sich die vergleichsweise höheren durchschnittlichen Rentenbeträge der Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Wie aus Abb. 2 und 3 ersichtlich ist, sind die Renten verschiedener Art in ihrer Höhe breit gestreut. Im früheren Bundesgebiet waren 1994 bei Männern Versichertenrenten von 1 800 DM bis unter 2 100 DM am häufigsten, in den neuen Ländern und Berlin-Ost zwischen 1 500 DM und 1 800 DM. Anders bei den Versichertenrenten der Frauen: Hier waren im früheren Bundesgebiet Renten in der Größenklasse von 300 DM bis unter 600 DM am häufigsten, in den neuen Ländern und Berlin-Ost dagegen zwischen 900 DM und 1 200 DM.

In der ehemaligen DDR war das Rentenrecht institutionell und materiell anders geregelt. Mit Wirkung vom 1. Januar 1992 wurde das Rentenrecht der Bundesrepublik auf die neuen Länder und Berlin-Ost ausgedehnt. Gleichzeitig wurden die Zusatz- und Sonderversorgungssysteme der ehemaligen DDR in die Rentenversicherung überführt. Die Bestandsrenten wurden zum 1. Januar 1992 entsprechend der Zahl der Arbeitsjahre und dem individuellen Durchschnittseinkommen der letzten 20 Jahre umgestellt. Renten, bei denen sich infolge der Neuberechnung ein niedrigerer Betrag als der bis Ende 1991 gezahlte ergab, wurden in Höhe der Differenz durch einen sogenannten Auffüllbetrag aufgestockt, der undynamisiert bis Ende 1996 gezahlt wurde und seitdem durch die Anpassungen abgeschmolzen wird. Ähnliche Regelungen betreffen die zwischen dem 1. Januar 1992 und dem 31. Dezember 1996 beginnenden Rentenzahlungen.

Die Rentenversicherung finanziert sich seit der Rentenreform von 1957 nach dem sogenannten „Umlageverfahren“. Vereinfacht ausgedrückt bedeutet dies, daß die Arbeitnehmer von heute im Rahmen des „Generationenvertrages“ die Renten für die Arbeitnehmer von gestern zahlen. Eine Ansammlung von Vermögen, aus dessen Erträgen die Renten finanziert werden, findet nicht statt.

Die Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern sind die wichtigste Finanzierungsquelle der gesetzlichen Rentenversicherung. 1994 entfielen auf diesen Posten 71 % der Einnahmen. Der Bund leistete Zuschüsse in Höhe von 20 % der Einnahmen. Die übrigen Einnahmen, wie Vermögenserträge oder Erstattungen anderer Institutionen, machen nur einen kleinen Anteil an der Gesamtfinanzierung aus.

Betrachtet man die zentrale Bedeutung der Beitragszahlungen, wird deutlich, wo sich Probleme für die Rentenfinanzierung ergeben können. Bleibt das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentenempfängern konstant, funktioniert das Umlageverfahren ohne größere Probleme. Ergibt sich aber kurz- bzw. langfristig eine steigende Zahl von Rentenempfängern je Beitragszahler, muß durch geeignete politische Maßnahmen (Beitragserhöhungen, höhere Bundeszuschüsse, geringere Anpassung der Renten u. a.) versucht werden, das System wieder ins Gleichgewicht zu bringen. In der Vergangenheit wurden die Beiträge mehrfach erhöht, zuletzt zum 1. Januar 1997, als der Beitrag zur Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten von 19,2 % auf 20,3 % des Bruttolohns bzw. -gehalts heraufgesetzt wurde.

Abb. 2: Die Verteilung der Renten nach Betragsgruppen am 1. 7. 1994
im früheren Bundesgebiet

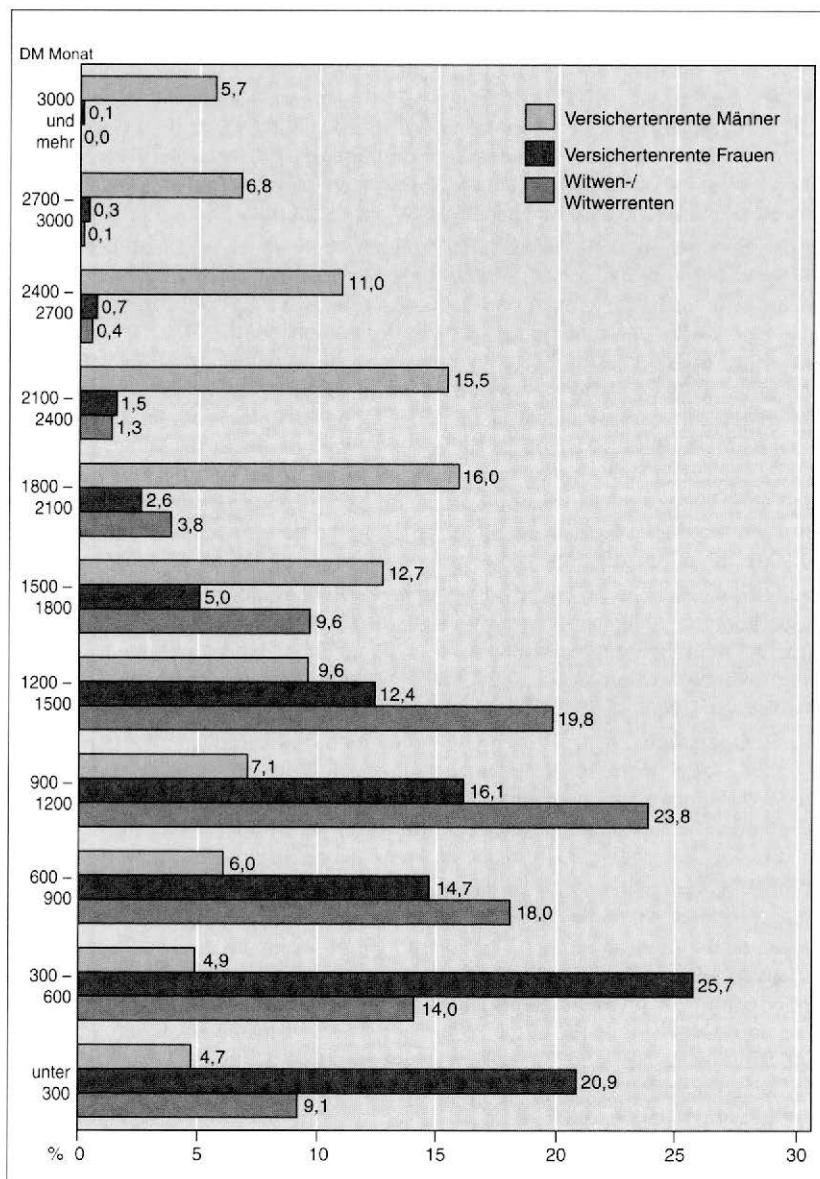
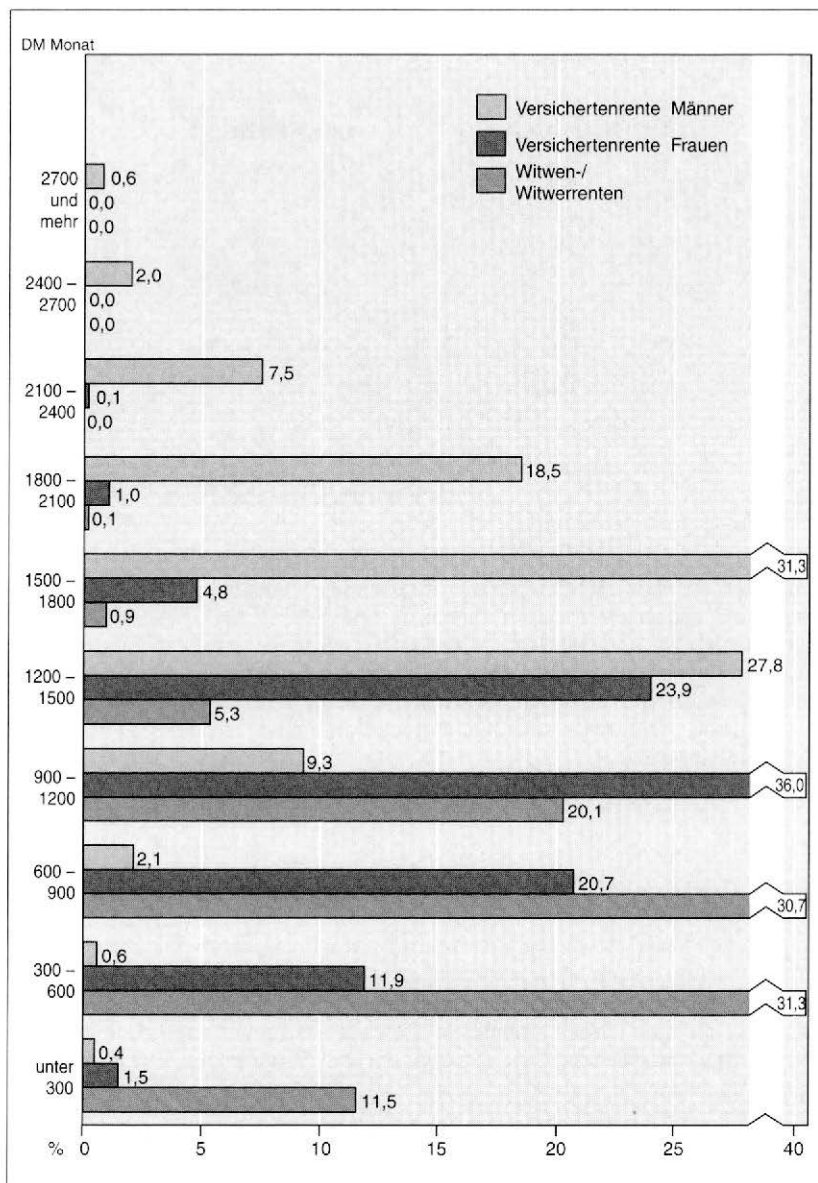
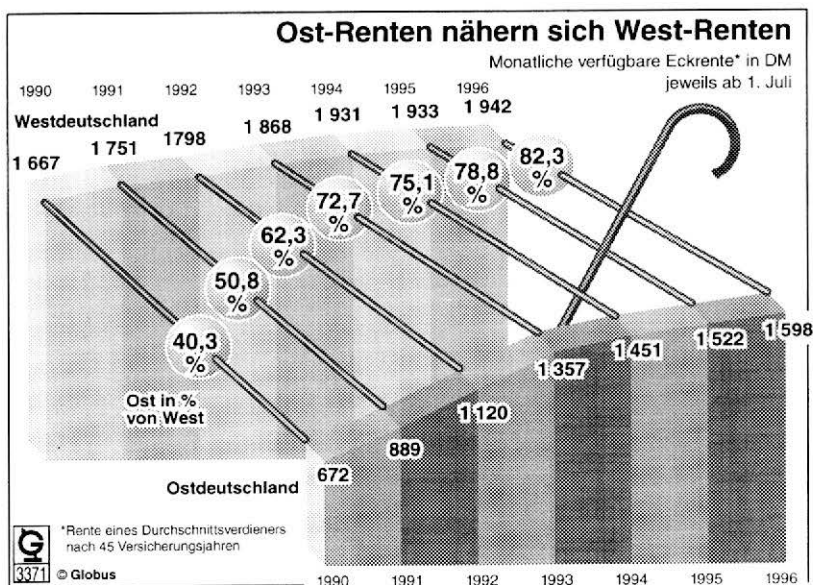


Abb. 3: Die Verteilung der Renten nach Betragsgruppen am 1. 7. 1994
in den neuen Ländern und Berlin-Ost





In den vergangenen Jahren wurde mit Blick auf die langfristige Entwicklung immer wieder auf schwerwiegende Probleme für das System der Rentenfinanzierung hingewiesen. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Lage und der demographischen Entwicklung hat die Diskussion um die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung an Dynamik gewonnen. Nicht zuletzt die Größenordnungen, um die es hier geht, haben dazu geführt, daß die Rentenversicherung insgesamt auf dem Prüfstand steht.

9.5 Gesetzliche Krankenversicherung

Zum Bereich Gesundheit werden im Sozialbudget die gesetzliche Kranken- und Unfallversicherung, die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall durch den Arbeitgeber, die Beihilfen im öffentlichen Dienst bei Krankheit, Mutterschaft und Tod und die Aufwendungen für den öffentlichen Gesundheitsdienst (Beratung und Aufklärung in gesundheitlichen Fragen, Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten usw.) gerechnet.

Für die finanzielle Absicherung des Krankheitsrisikos spielt die gesetzliche Krankenversicherung eine entscheidende Rolle. Pflichtmitglieder sind die in einem Arbeiter- oder Angestelltenverhältnis Beschäftigten, deren regelmäßiger Jahresver-

dienst die Beitragsbemessungsgrenze nicht übersteigt, sowie Rentnerinnen und Rentner, Auszubildende, Studierende und Arbeitslose. Ferner sind die landwirtschaftlichen Unternehmer und ihre mitarbeitenden Familienangehörigen sowie einige kleinere Gruppen von Selbständigen pflichtversichert.

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus standen 1994 insgesamt 72,0 Mill. Bürgerinnen und Bürger unter dem Schutz der gesetzlichen Krankenversicherung. Rund 30,5 Mill. waren Pflichtmitglieder, 4,7 Mill. freiwillige Mitglieder und 14,7 Mill. Rentnerinnen bzw. Rentner. 22,1 Mill. waren als Familienangehörige mitversichert. Insgesamt gehörten 88,5 % der Bevölkerung der gesetzlichen Krankenversicherung an; 9,1 % waren Mitglieder privater Kassen, 2,3 % hatten Anspruch auf sonstigen Versicherungsschutz (z. B. Sozialhilfeempfänger), etwa 0,1 % hatten keinen Krankenversicherungsschutz.

Im Jahre 1994 beliefen sich die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung auf 234 Mrd. DM; das entspricht einem Anteil von 21 % am Sozialbudget bzw. von rund 7 % am Bruttosozialprodukt. Die Ausgaben verteilten sich zu 82 % auf das frühere Bundesgebiet und zu 18 % auf die neuen Länder und Berlin-Ost. Die Leistungen je Versicherten beliefen sich in Deutschland auf 4 630 DM, im früheren Bundesgebiet auf 4 857 DM und in den neuen Ländern und Berlin-Ost auf 3 813 DM. Gegenüber dem Vorjahr sind die Ausgaben in Deutschland insgesamt um 10,6 % gestiegen.

Tab. 3: Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung

Art der Ausgaben	1992	1993	1994	1995 ¹
<i>Ausgaben in Mrd. DM</i>				
Ausgaben insgesamt	210,5	211,8	234,3	259,7
darunter:				
Behandlung durch Ärzte und Zahnärzte	45,9	48,0	50,5	52,4
Arzneien aus Apotheken, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz	55,1	47,0	51,5	55,3
Krankenhausbehandlung	64,3	68,5	74,5	77,6
Krankengeld	14,1	14,6	15,9	18,4
Verwaltungskosten	10,6	11,1	11,7	11,8
<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>				
Ausgaben insgesamt	15,0	0,6	10,6	10,8
darunter:				
Behandlung durch Ärzte und Zahnärzte	12,5	4,5	5,3	3,9
Arzneien aus Apotheken, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz	19,0	-14,7	9,5	7,4
Krankenhausbehandlung	12,5	6,6	8,8	4,0
Krankengeld	13,5	3,3	9,3	15,6
Verwaltungskosten	14,5	5,3	5,5	1,0

1 Vorläufige Ergebnisse.

Somit haben die Aufwendungen der gesetzlichen Krankenversicherung ein Jahr nach Inkrafttreten der Sparmaßnahmen des Gesundheitsreformgesetzes zum 1. Januar 1993 wieder kräftig zugenommen. Zum Vergleich: 1993 stiegen die entsprechenden Ausgaben gegenüber 1992 nur um 0,6 %. Besonders deutlich war in 1994 der Zuwachs bei Heil- und Hilfsmitteln und beim Zahnersatz. In diesem Bereich hatten sich 1993 spürbare Rückgänge ergeben. Die größten Kosten entstehen nach wie vor in den Krankenhäusern (74,5 Mrd. DM). Auch hier war der Kostenanstieg mit 8,8 % höher als 1993. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den durchschnittlichen Ausgaben je Mitglied wider, wie Tab. 4 mit den jährlichen Veränderungsdaten zeigt. Die Leistungsausgaben steigen ständig weiter. Deshalb wird versucht, die weiter ansteigenden Kosten über zusätzliche Sparmaßnahmen in Form eines neuen Gesundheitsreformgesetzes zu dämpfen.

Tab. 4: Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung je Mitglied
jährliche Veränderungen in Prozent

Jahr	Ausgaben je Mitglied insgesamt	Darunter für				
		ärztliche	zahn- ärztliche	Arzneien aus Apotheken	Zahnersatz	Kranken- haus- behandlung
		Behandlung				
Früheres Bundesgebiet						
1991	+ 10,6	+ 7,5	+ 9,5	+ 9,9	+ 13,7	+ 8,0
1992	+ 9,2	+ 6,7	+ 9,7	+ 9,1	+ 20,2	+ 8,3
1993	- 1,4	+ 2,7	+ 1,9	- 19,9	- 28,6	+ 5,0
1994	+ 9,3	+ 3,7	+ 4,4	+ 4,7	+ 15,2	+ 7,5
Neue Länder und Berlin-Ost						
1992	+ 44,4	+ 33,1	+ 48,7	+ 36,7	+ 127,2	+ 29,1
1993	+ 11,1	+ 19,3	+ 8,9	+ 6,4	- 54,7	+ 14,9
1994	+ 18,3	+ 15,7	+ 9,1	+ 13,3	+ 15,8	+ 16,7

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

9.6 Arbeitsförderung

Zum Maßnahmenkatalog der Arbeitsförderung gehören neben den Leistungen bei Arbeitslosigkeit (Zahlung von Arbeitslosengeld und -hilfe) und bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers (Konkursausfallgeld) auch Maßnahmen zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen (Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld), die Arbeitsvermittlung sowie die Förderung der beruflichen Bildung und die Gewährung von berufsfördernden Leistungen zur Rehabilitation. Somit wurden über den 1927 eingeführten Versicherungsschutz bei Arbeitslosigkeit hinaus neue Akzente der Arbeitsmarktpolitik dadurch gesetzt, daß die Unterhaltszahlungen an Arbeitslose in

immer stärkerem Umfang durch gezielte Förderungsmaßnahmen zur beruflichen Qualifizierung von Personen ohne Beschäftigung ergänzt werden.

Die Leistungen der Arbeitsförderung betrugen 1994 insgesamt 124 Mrd. DM (früheres Bundesgebiet 72 Mrd. DM, neue Länder und Berlin-Ost 52 Mrd. DM) gegenüber 127 Mrd. DM 1993. Im Hinblick auf die Ausgaben war die Arbeitsförderung damit 1994 die drittgrößte Institution im Rahmen der allgemeinen Systeme der sozialen Sicherung.

Von den Gesamtausgaben wurden 1994 45,9 Mrd. DM für Arbeitslosengeld und 17,4 Mrd. DM für Arbeitslosenhilfe aufgewendet, zusammen flossen also 51,1 % der Ausgaben in die unmittelbare Unterstützung von Arbeitslosen. Dabei erhielten im Jahresdurchschnitt 1994 rund 1 913 000 Menschen Arbeitslosengeld und 950 000 Arbeitslosenhilfe. Das bedeutet, daß von den 3,7 Millionen Arbeitslosen etwa drei Viertel Anspruch auf Leistungen hatte. Ein Viertel ging leer aus. Gründe hierfür waren, daß die Betroffenen noch gar keinen Anspruch auf diese Leistungen erworben hatten, die Anspruchsfrist abgelaufen war oder keine Bedürftigkeit anerkannt wurde.

Tab. 5: Daten der Arbeitsförderung

Gegenstand der Nachweisung	1993			1994		
	Deutsch- land	Früheres Bundes- gebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Deutsch- land	Früheres Bundes- gebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
	<i>1 000</i>					
Arbeitslose	3 419	2 270	1 149	3 698	2 556	1 142
Empfänger von						
Arbeitslosengeld	1 887	1 174	713	1 913	1 276	637
Arbeitslosenhilfe	759	523	236	950	627	323
	<i>Mill. DM</i>					
Einnahmen der						
Bundesanstalt						
für Arbeit	85 109	81 509	3 600	89 657	85 872	3 785
darunter Beiträge	79 894	76 325	3 569	81 536	77 806	3 730
Ausgaben der						
Bundesanstalt						
für Arbeit	109 535	58 969	50 566	99 864	58 244	41 620
darunter:						
Arbeitslosengeld	42 598	29 730	12 868	45 870	33 207	12 663
Kurzarbeitergeld, Maßnahmen zur						
Arbeitsbeschaffung	15 876	5 988	9 888	12 972	4 245	8 727
Mittel des Bundes						
Ausgaben insgesamt	17 842	12 095	5 747	23 944	14 092	9 852
darunter für						
Arbeitslosenhilfe	13 975	10 317	3 658	17 431	12 374	5 057

Der Umfang der Leistungen liegt beim Arbeitslosengeld bei 67 % des letzten Nettoeinkommens für Arbeitslose mit Kindern und bei 60 % für Arbeitslose ohne Kinder. Die Arbeitslosenhilfe beträgt 57 % des letzten Nettoeinkommens für Hilfeempfänger mit Kindern bzw. 53 % für Personen ohne Kinder. (Weitere Angaben vgl. Kapitel 3.11).

Neben den Ausgaben zur Unterstützung von Arbeitslosen hat die Arbeitslosenversicherung eine Vielzahl von weiteren Zuständigkeiten. Sie fördert die Berufsbildung und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM-Stellen), gibt Lohnzuschüsse und zahlt für Rehabilitation. Außerdem ermöglicht sie es den Unternehmen, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer frühzeitig in den Vorruhestand zu schicken: Die Bundesanstalt für Arbeit zahlt in der Überbrückungszeit Arbeitslosengeld.

Die Maßnahmen der Arbeitsförderung werden überwiegend als Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zur Arbeitslosenversicherung finanziert (1994 zu 90,9 %). Der Beitragssatz liegt seit 1993 bei 6,5 % des Bruttoarbeitsentgelts. Hiervon tragen Beschäftigte und Arbeitgeber jeweils die Hälfte. Von Arbeitgeberseite werden außerdem Umlagen erhoben, die zur Finanzierung des Konkursausfallgeldes und der Winterbau-Umlage dienen. Darüber hinaus trägt der Bund die Arbeitslosenhilfe; er ist auch verpflichtet, Darlehen und Zuschüsse zu gewähren, wenn die Bundesanstalt für Arbeit ihre Leistungen nicht aus eigenen Einnahmen und ihrer Rücklage finanzieren kann.

9.7 Kindergeld

Diese Leistung des Staates ist eine Art Zuschuß zum Unterhalt der Kinder – und damit ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit für die Familien und zu mehr Chancengleichheit für die Kinder. Wer Kinder hat und in Deutschland wohnt, hat Anspruch auf Kindergeld. Dies gilt auch für ausländische Bürgerinnen und Bürger, wenn sie eine gültige Aufenthaltsberechtigung oder Aufenthaltserlaubnis besitzen. Kindergeld können auch Väter oder Mütter erhalten, die – etwa aus beruflichen Gründen – für einige Zeit im Ausland leben. Allerdings zahlt der Staat das Kindergeld nur für Kinder, die im Bundesgebiet leben.

1994 bezogen 7,9 Mill. Berechtigte Kindergeld für 12,9 Mill. Kinder. Hinzu kommen rund 3,4 Mill. Kinder von Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die das Kindergeld von ihren Arbeitgebern direkt erhalten. Von den Empfangsberechtigten (ohne öffentlichen Dienst) waren 7,1 Mill. Deutsche (90,1 %) und 777 000 (9,9 %) ausländischer Herkunft.

Die Höhe des Kindergeldes ist gestaffelt nach der Zahl der Kinder. Von den Kindern, für die Kindergeld gezahlt wurde, waren 1994 60 % Erstkinder, 29 % Zweitkinder, 8 % Drittkinder und 3 % vierte und weitere Kinder. Das Kindergeld wird aus Bundesmitteln gezahlt. In 1994 wurden hierfür 16,6 Mrd. DM aufgewendet.

Tab. 6: Kindergeld (ohne öffentlichen Dienst)

Gegenstand der Nachweisung	1993			1994		
	Ins-gesamt	Deutsche	Ausländer/-innen	Ins-gesamt	Deutsche	Ausländer/-innen
	1 000					
Berechtigte ¹	7 849	7 069	780	7 873	7 096	777
Kinder insgesamt ¹	12 885	11 405	1 480	12 875	11 439	1 437
davon waren:						
1. Kinder	7 664	6 893	771	7 699	6 931	768
2. Kinder	3 816	3 370	446	3 813	3 381	432
3. Kinder	1 037	866	171	1 015	856	160
4. und weitere Kinder	368	277	91	348	271	77
	Mill. DM					
Ausgezahlte Beträge ²	16 657	14 371	2 286	16 580	14 426	2 154

1 Stand: November/Dezember.

2 Ausgezahlte Beträge mit Kindergeldzuschlag für geringverdienende Familien im Laufe des Jahres; ohne Geldrückläufe.

Zum Jahresbeginn 1996 ist das Jahressteuergesetz in Kraft gesetzt worden. Danach können Familien nunmehr zwischen dem Bezug von Kindergeld oder einem Steuerfreibetrag wählen. Das Kindergeld für das erste und zweite Kind betrug 1996 jeweils 200 DM. Für das dritte Kind werden 300 DM und für jedes weitere 350 DM



gezahlt. Ab 1997 erhöht sich das Kindergeld für das erste und zweite Kind von 200 DM auf 220 DM. Kindergeld wird bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres für alle Kinder gezahlt. Volljährige junge Menschen können in der Regel maximal bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres unter bestimmten Voraussetzungen weiterhin berücksichtigt werden, z. B. wenn sie sich noch in der Schul- oder Berufsausbildung befinden.

9.8 Erziehungsgeld

Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld sollen einem Elternteil die Möglichkeit geben, sein Kind während der ersten Lebensphase bei vollständigem oder mindestens weitgehendem Verzicht auf Erwerbstätigkeit zu betreuen. Seit Januar 1986 können Mütter und Väter Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub erhalten. Das Er-

Tab. 7: Empfänger/-innen von Erziehungsgeld¹ mit oder ohne Erziehungsurlaub 1994

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	Frauen	Männer
<i>nach der Staatsangehörigkeit</i>			
Deutsche	685 756	673 123	12 633
Ausländer/-innen	102 806	98 519	4 287
Insgesamt	788 562	771 642	16 920
<i>nach der Beteiligung am Erwerbsleben</i>			
Abhängig Beschäftigte ²	430 547	423 557	6 990
im Erziehungsurlaub	412 699	406 650	6 049
ohne Teilzeitbeschäftigung	397 004	391 850	5 154
mit Teilzeitbeschäftigung	15 695	14 800	895
ohne Erziehungsurlaub mit Teilzeitbeschäftigung	5 774	5 323	451
Arbeitsverhältnis beendet	8 357	8 082	275
Auszubildende ohne Erziehungsurlaub	3 717	3 502	215
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	9 997	9 188	809
Nichterwerbstätige	348 018	338 897	9 121
<i>nach der familiären Situation</i>			
Verheiratete und nicht dauernd Getrenntlebende	672 081	657 259	14 822
Alleinerziehende	80 449	79 361	1 088
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	36 032	35 022	1 010

1 Bewilligte Anträge.

2 Vor Erziehungsgeldbezug.

ziehungsgeld beträgt je Kind monatlich 600 Mark und wird in den ersten sechs Monaten gezahlt. Danach gelten Einkommensgrenzen. Dies gilt für ausländische Eltern gleichermaßen, wenn sie im Besitz einer gültigen Aufenthaltsberechtigung oder Aufenthaltsbescheinigung sind.

Im Jahre 1994 erhielten knapp 789 000 Mütter und Väter Erziehungsgeld. Die meisten Bezieher waren verheiratete Paare (85 %). Jede 10. Erziehungsgeldbezieherin war Alleinerziehende, während 5 % aller Berechtigten in einer sogenannten eheähnlichen Gemeinschaft lebten. Rund 681 000 Erziehungsgeldempfänger (86,4 %) erhielten über den sechsten Lebensmonat des Kindes hinaus noch Erziehungsgeld. Anspruch auf die volle Höhe von 600 DM hatten 56,3 % von ihnen, ein Erziehungsgeld zwischen 400 DM und 599 DM erhielten 14,3 %, bei weiteren 15,8 % der Berechtigten lag der Betrag unter 400 DM. Wegen Überschreitens der Einkommensgrenzen erhielten 13,6 % der Eltern ab dem siebten Lebensmonat des Kindes kein Erziehungsgeld mehr. Für Erziehungsgeld wurden aus Bundesmitteln insgesamt 6,7 Mrd. DM aufgewendet.

Gut die Hälfte der Erziehungsgeldempfängerinnen und -empfänger war erwerbstätig. Von den knapp 431 000 abhängig Beschäftigten nahmen die meisten, nämlich 96 %, auch Erziehungsurlaub. Nur gut 1 % setzte seine bisherige Tätigkeit fort, weitere 2 % haben das Arbeitsverhältnis beendet. Eine Teilzeittätigkeit während des Erziehungsurlaubs übten 3,8 % aus.

Obwohl Mütter und Väter Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub bekommen können, werden diese Leistungen fast ausschließlich von Frauen in Anspruch genommen. So bezogen 1994 nur 17 000 Väter Erziehungsgeld. Das sind 2 % aller Empfänger. Von ihnen waren 6 000 abhängig Beschäftigte, die Erziehungsurlaub nahmen; fast 900 Väter gingen einer Teilzeitbeschäftigung nach. Mit 9 000 Vätern aber zählte der größte Teil von ihnen zu den Nichterwerbstätigen.

9.9 Sozialhilfe und Leistungen an Asylbewerber

Die Sozialhilfe hat die Funktion, in Not geratenen Bürgerinnen und Bürgern ohne anderweitige Unterstützung eine der Menschenwürde entsprechende Lebensführung zu ermöglichen. Sie wird, sofern die im Bundessozialhilfegesetz (BSHG) aufgeführten Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind, nachrangig zur Deckung eines individuellen Bedarfs mit dem Ziel der Hilfe zur Selbsthilfe gewährt. Nachrangig bedeutet dabei, daß die Sozialhilfe als „Netz unter dem sozialen Netz“ nur dann eingreift, wenn die betroffenen Personen nicht in der Lage sind, sich aus eigener Kraft zu helfen, oder wenn die erforderliche Hilfe nicht von anderen, insbesondere Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen, erbracht wird.

Je nach Art der vorliegenden Notlage unterscheidet man in der Sozialhilfe zwei Haupthilfearten. Personen, die ihren Bedarf an Nahrung, Kleidung, Unterkunft,

Hausrat usw. nicht ausreichend decken können, haben Anspruch auf „Hilfe zum Lebensunterhalt“. In außergewöhnlichen Notsituationen, zum Beispiel bei gesundheitlichen oder sozialen Beeinträchtigungen, wird „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ gewährt. Als spezielle Hilfen kommen dabei u. a. die Hilfe zur Pflege, die Eingliederungshilfe für Behinderte oder die Krankenhilfe in Frage.

Das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) ist im November 1993 in Kraft getreten. Die Sicherstellung des Lebensunterhalts von Asylsuchenden und denjenigen, deren Ersuchen abgelehnt wurde, und die zur Ausreise verpflichtet sind, sowie von geduldeten Ausländerinnen und Ausländern richtet sich seitdem nach dem AsylbLG und nicht mehr nach dem BSHG. Angaben über die Leistungen an diesen Personenkreis werden daher nicht mehr in der Sozialhilfestatistik, sondern erstmals für das Jahr 1994 in der neuen Asylbewerberleistungsstatistik erfaßt. Deshalb sind die Ergebnisse der neu strukturierten Sozialhilfestatistik ab 1994 nur noch eingeschränkt mit denen der bisherigen Statistik vergleichbar.

Tab. 8: Ausgaben der Sozialhilfe
in Mill. DM

	1994	1995 ¹
Sozialhilfe insgesamt	49 732	52 081
davon:		
außerhalb von Einrichtungen	18 694	20 115
in Einrichtungen	31 038	31 966
Hilfe zum Lebensunterhalt	16 950	18 755
Hilfe in besonderen Lebenslagen	32 783	33 327
darunter nach ausgewählten Hilfearten:		
Krankenhilfe, sonstige Hilfe ²	1 987	2 101
Eingliederungshilfe für Behinderte	12 355	13 175
Hilfe zur Pflege	17 723	17 292

1 Die Daten beruhen auf einer Vorwegberechnung.

2 Sonstige Hilfe: Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation und Familienplanung.

Im Jahr 1995 wurden in Deutschland 52,1 Mrd. DM für Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz ausgegeben. Dies entspricht einem Zuwachs von 4,7 % gegenüber dem Vorjahr. Von den *Sozialhilfeausgaben* entfielen 18,8 Mrd. DM (+ 10,6 %) auf die Hilfe zum Lebensunterhalt, und 33,3 Mrd. DM (+ 1,7 %) wurden für Maßnahmen der Hilfe in besonderen Lebenslagen aufgewendet. Bei letzteren sind insbesondere die Leistungen für Pflegebedürftige mit 17,3 Mrd. DM und zur Eingliederung Behinderter mit 13,2 Mrd. DM von Bedeutung. Bei der Hilfe zur Pflege ist – nach einer starken Zunahme in den letzten Jahren – erstmals ein Rückgang um 2,4 % zu verzeichnen. Hierbei wirken sich das Inkrafttreten des Pflege-Versicherungsgesetzes zum Jahresbeginn 1995 und die daraus resultierenden Leistungen für die häusliche Pflege ab April 1995 aus. Insgesamt wurden 32,0 Mrd. DM für Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger in Einrichtungen, wie

z. B. Alten- und Pflegeheimen, aufgewendet. Die übrigen 20,1 Mrd. DM erhielten Personen außerhalb von Einrichtungen.

Die *Aufwendungen für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz* betrugen im Jahr 1995 in Deutschland 5,5 Mrd. DM und damit 1,7 % weniger als ein Jahr zuvor. Der größte Teil dieses Betrages in Höhe von 4,6 Mrd. DM wurde zur Deckung des täglichen Bedarfs der Asylsuchenden, d. h. für Unterkunft, Kleidung, Essen etc. ausgegeben. Daneben erhielten sie besondere Leistungen z. B. bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt, für die 0,9 Mrd. DM gezahlt wurden.

Zum Jahresende 1994 erhielten insgesamt 2,26 Mio. Männer und Frauen in 1,15 Mill. Haushalten „laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Ein-

Tab. 9: Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt
außerhalb von Einrichtungen am Jahresende 1994
nach Altersgruppen

Alter von . . . bis unter . . . Jahren	Insgesamt	Je 1 000 Einwohner	Männlich	Weiblich
<i>Insgesamt</i>				
unter 7	408 900	67	209 200	199 700
7-18	462 300	47	235 500	226 800
18-25	197 800	29	70 700	127 100
25-50	785 200	26	301 200	483 900
50-60	178 100	16	81 300	96 900
60-70	124 500	15	49 300	75 300
70 und älter	101 000	12	18 700	82 300
Zusammen	2 257 800	28	965 900	1 291 900
<i>Deutsche</i>				
unter 7	328 800	62	167 800	161 000
7-18	363 400	42	183 600	179 700
18-25	149 600	26	49 000	100 600
25-50	627 700	23	224 400	403 300
50-60	148 200	14	66 200	82 000
60-70	102 400	13	38 000	64 400
70 und älter	92 600	11	15 200	77 400
Zusammen	1 812 600	24	744 200	1 068 500
<i>Nichtdeutsche</i>				
unter 7	80 100	107	41 400	38 700
7-18	98 900	94	51 900	47 100
18-25	48 200	47	21 800	26 500
25-50	157 500	49	76 900	80 600
50-60	29 900	45	15 000	14 900
60-70	22 100	82	11 300	10 800
70 und älter	8 400	68	3 500	4 900
Zusammen	445 200	63	221 800	223 400

richtungen", die sogenannte „Sozialhilfe im engeren Sinne“. Die Zahl der deutschen Empfängerinnen und Empfänger belief sich auf 1,81 Mill., die der ausländischen auf 445 000, ihr Anteil lag somit bei knapp 20 %. Wie bereits eingangs erwähnt, sind die Angaben für 1994 nur bedingt mit den Vorjahreszahlen vergleichbar. Aussagen über die zahlenmäßige Entwicklung des Sozialhilfebezugs sind nur mittels einiger Eckzahlen für die deutschen Empfängerinnen und Empfänger möglich. So hat sich die Zahl der deutschen Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe im engeren Sinne gegenüber dem Jahresende 1993 um 6,3 % erhöht. Im Vorjahreszeitraum hatte die Steigerungsrate mit 7,9 % noch deutlich höher gelegen.

Unter denjenigen, die Sozialhilfe beziehen, überwogen mit 57,2 % die Frauen. Die Aufgliederung nach dem Alter zeigt, daß Kinder relativ häufig unter den Sozialhilfebezieher anzutreffen sind: So waren 38,6 % derjenigen, die Sozialhilfe beziehen, Kinder unter 18 Jahren. Das vergleichsweise hohe Sozialhilferisiko der Kinder wird auch durch die Sozialhilfequote (Zahl der Hilfebezieher je 1 000 Einwohner) deutlich. Während Ende 1994 von insgesamt 1 000 Einwohnern 28 Sozialhilfe im engeren Sinne bezogen, waren es bei den unter 7jährigen mit 67 je 1 000 mehr als doppelt soviel. Für die übrigen Altersgruppen unter 18 Jahren ergaben sich ebenfalls deutlich überdurchschnittliche Sozialhilfequoten.

Tab. 10: Haushalte von Empfängern/Empfängerinnen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende 1994 nach Haushaltstyp

Haushaltstyp	Insgesamt	Brutto- bedarf	Brutto- kaltmiete	Angerech- netes Ein- kommen	Netto- anspruch
Haushalte insgesamt	1 150 900	1 412	463	610	801
darunter:					
Ehepaare ohne Kinder	75 700	1 578	525	734	844
Ehepaare mit Kindern ¹	141 100	2 358	697	1 199	1 160
mit einem Kind	49 200	1 918	622	896	1 022
mit 2 Kindern	50 400	2 291	689	1 154	1 137
mit 3 und mehr Kindern	41 500	2 961	794	1 611	1 350
Einzelne nachgewiesene Haushaltsvorstände	455 000	1 011	393	361	650
männlich	193 500	933	349	254	679
weiblich	261 500	1 069	425	440	628
Alleinerziehende Frauen mit Kindern ¹	265 800	1 866	602	859	1 007
mit einem Kind	150 000	1 590	552	645	945
mit 2 Kindern	82 300	2 061	642	1 015	1 046
mit 3 und mehr Kindern	33 500	2 625	730	1 435	1 190

¹ 1 Kinder unter 18 Jahren.

Unter den 1,15 Mill. Haushalten, die Sozialhilfe im engeren Sinne bezogen, waren 455 000 Einpersonenhaushalte; darüber hinaus gab es 141 000 Ehepaare mit Kindern und 76 000 Ehepaare ohne Kinder. Besonders häufig, und zwar mit einer Anzahl von 266 000 Fällen waren alleinerziehende Frauen vertreten.

Die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen wird im wesentlichen nach Regelsätzen und Mehrbedarfszuschlägen gewährt; darüber hinaus werden i. d. R. auch die Unterkunftskosten übernommen. Die Gesamtsumme der vorgenannten Bedarfspositionen für den Haushaltsvorstand und dessen Haushaltsangehörige ergibt den Bruttobedarf. Zieht man hiervon das angerechnete Einkommen ab, erhält man den tatsächlich ausbezahlten Nettoanspruch. Im Durchschnitt ergab sich für ein Ehepaar mit zwei Kindern ein monatlicher Bruttobedarf von 2 291 DM, wovon allein rund 30 % auf die Kaltmiete entfielen. Bei diesen Haushalten wurden im Schnitt 1 154 DM eigenes Einkommen angerechnet, was letztendlich einen Nettoanspruch von 1 137 DM im Monat ergab. Für einen Einpersonenhaushalt wurde ein monatlicher Bruttobedarf von 1 011 DM festgestellt; nach Abzug des angerechneten Einkommens in Höhe von durchschnittlich 361 DM ergab sich ein monatlicher Nettoanspruch von 650 DM.

Die Angaben über die Empfänger von *Hilfe in besonderen Lebenslagen* weisen für das Jahr 1994 gewisse Untererfassungen auf, da einige Sozialämter Schwierigkeiten hatten, diesbezüglich die vollständigen Angaben zur Statistik zu melden. So fehlen hier insbesondere die Angaben für Hamburg und Bremen. Aus diesem Grunde sowie aufgrund der Änderungen im Zusammenhang mit dem Asylbewerberleistungsgesetz sind für diesen Empfängerkreis keine Vergleiche mit dem Vorjahr möglich. Für das Jahr 1994 wurden zur Statistik 1,31 Mill. Empfängerinnen und Empfänger von *Hilfe in besonderen Lebenslagen* gemeldet. Der Anteil der deutschen Empfängerinnen und Empfänger betrug 87 %, der Frauenanteil belief sich auf 57 %. Am häufigsten, und zwar in 43 % der Fälle, wurden Leistungen der Hilfe zur Pflege gewährt. Danach folgte die Eingliederungshilfe für Behinderte (28 %) sowie die Krankenhilfe (27 %). Die Hilfe in besonderen Lebenslagen wurde in über der Hälfte der gemeldeten Fälle (53 %) in Einrichtungen gewährt.

Regelleistungen zur Deckung des täglichen Bedarfs nach dem *Asylbewerberleistungsgesetz* erhielten zum Jahresende 1994 insgesamt 447 000 Personen. Davon waren 59,2 % männlich und 40,8 % weiblich. Über die Hälfte der *Leistungsempfänger* (53,5 %) war jünger als 25 Jahre. Das Durchschnittsalter aller Hilfebezieher betrug 23 Jahre. In der Mehrzahl kamen die Asylsuchenden aus Jugoslawien (Serbien, Montenegro), und zwar in 34 % der Fälle; weitere 16 % der Asylsuchenden hatten die Staatsangehörigkeit von Bosnien-Herzegowina und 11 % die der Türkei. Neben den vorgenannten Regelleistungen wurden noch 152 100 Fälle zur Statistik gemeldet, denen zum Jahresende 1994 besondere Leistungen nach dem AsylbLG (z. B. bei Krankheit, Schwangerschaft oder Geburt) gewährt wurden.

9.10 Jugendhilfe

Jugendhilfe umfaßt Maßnahmen und Einrichtungen, die zur Förderung der Entwicklung junger Menschen und ihrer Erziehung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Menschen dienen. Zum breiten Spektrum des Jugendhilfeangebots gehören erzieherische Hilfen und Maßnahmen der Jugendarbeit mit ihren verschiedenen Schwerpunkten sowie die Bereitstellung und der Betrieb von Einrichtungen wie Kindergärten, Heimen für junge Menschen, Jugendzentren sowie Erziehungs- und Familienberatungsstellen.

Jugendhilfe wird zum überwiegenden Teil von gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden („freien Trägern“) geleistet. Dabei reicht das Spektrum von zahlreichen Selbsthilfegruppen über Vereine bis hin zu den Kirchen und den bundesweit organisierten Jugend- und Wohlfahrtsverbänden. Auf der „öffentlichen“ Seite werden die Aufgaben der Jugendhilfe hauptsächlich von Kreisen und kreisfreien Städten, genauer von den dort eingerichteten Jugendämtern wahrgenommen.

1994 wurden von der Öffentlichen Hand insgesamt 32,8 Mrd. DM für Jugendhilfe ausgegeben. Für die Förderung der freien Träger wurde gut ein Viertel dieser Mittel gezahlt. Die Finanzierung erfolgte zu 87,9 % aus Mitteln von Bund, Ländern und kommunalen Gebietskörperschaften, der Rest wurde durch Kostenbeiträge, Teilnehmerbeiträge und Gebühren aufgebracht.

Zu den erzieherischen Hilfen gehören Hilfen, die überwiegend zur Unterstützung der häuslichen Erziehung beim Verbleib des jungen Menschen in seiner Familie gewährt werden. Diese werden zusammenfassend auch als ambulante erzieherische Hilfen bezeichnet. Daneben gibt es die Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses, bei denen der junge Mensch aus seinem Elternhaus herausgenommen und die Erziehungsaufgabe geeigneten Personen oder einer Einrichtung übertragen wird. Hierzu zählen auch die Adoptionen sowie ein Bündel erzieherischer Hilfen, bei denen eine gesetzliche Mitwirkungspflicht der Jugendämter besteht, auf die hier jedoch nicht näher eingegangen wird.

Im Laufe des Jahres 1994 wurden 236 400 ambulante erzieherische Maßnahmen beendet. Die Hilfearten wurden in sehr unterschiedlichem Umfang in Anspruch genommen bzw. gewährt. Die institutionellen Beratungen durch Erziehungsberatungsstellen und andere Beratungsdienste liegen mit 216 900 – das entspricht einem Anteil von 92 % – mit Abstand an der Spitze. Die institutionelle Beratung soll Kinder, Jugendliche, Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Probleme sowie bei der Lösung von Erziehungsfragen helfen.

Darüber hinaus wurden 12 500 Maßnahmen (5 %) verschiedener Arten erzieherischer Einzelbetreuung in Form von Unterstützung durch Erziehungsbeistände oder Betreuungshelfer bzw. in sozialer Gruppenarbeit durchgeführt. Erziehungsbeistände oder Betreuungshelfer sollen die jungen Menschen bei der Bewältigung

von Entwicklungsproblemen möglichst unter Einbeziehung des sozialen Umfelds unterstützen.

Die soziale Gruppenarbeit dient der Überwindung von Entwicklungsschwierigkeiten und Verhaltensproblemen sowie der Förderung und dem Einüben von sozial akzeptierten Formen der Auseinandersetzung mit Gleichaltrigen.

Bei 7 000 Familien konnte die sozialpädagogische Familienhilfe (3 %) abgeschlossen werden. Leistungen dieser Hilfeart kamen mindestens 16 950 Kindern und Jugendlichen zugute – also mehr jungen Menschen, als von der Einzelbetreuung erreicht wurden. Die sozialpädagogische Familienhilfe hat vor allem eine Verbesserung der Situation der Kinder und Jugendlichen in der Familie zum Ziel. Sie umfaßt die Unterstützung im gesamten Familienalltag, wie z. B. die Anleitung bei der Haushaltsführung und Ausgabenplanung oder die Integration der Familie in ihr soziales Umfeld.

Tab. 11: Ambulante erzieherische Hilfen 1994

Hilfeart	Beendete Hilfen	Am Jahresende andauernde Hilfen
Institutionelle Beratung	216 886	.
Erziehungs-/Familienberatung	185 018	.
Jugendberatung	29 803	.
Suchtberatung	2 065	.
Betreuung einzelner junger Menschen	12 538	15 180
Erziehungsbeistandschaft	4 292	9 374
Betreuungshilfe	3 573	2 887
soziale Gruppenarbeit	4 673	2 919
Sozialpädagogische Familienhilfe	6 966	9 951
Insgesamt	236 390	.

Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses gehen den ambulanten Hilfeformen, bei denen der junge Mensch in seinem Elternhaus verbleibt, nach. Nur wenn keine geeignete ambulante Hilfeform vorhanden ist, also eine ambulante Hilfe nicht ausreicht, soll Fremdunterbringung der Jugendlichen außerhalb des Elternhauses erfolgen.

Am Jahresende 1994 gab es in Deutschland 149 253 junge Menschen, die Hilfen zur Erziehung oder zur Persönlichkeitsentwicklung außerhalb des Elternhauses erhielten. 11 595 Kinder und Jugendliche waren in Tagesgruppen untergebracht; die übrigen lebten außerhalb des Elternhauses, die meisten von ihnen in einem Heim (70 880 bzw. 47,5 %).

Zur erzieherischen Betreuung, für Jugendarbeit, für Freizeitgestaltung und für Beratungen junger Menschen und ihrer Eltern standen am Jahresende 1994 fast

Tab. 12: Junge Menschen mit Hilfe zur Erziehung außerhalb des Elternhauses am Jahresende 1994

Unterbringungsform	Insgesamt	Männlich	Weiblich
Insgesamt	149 253	83 135	66 118
Erziehung in einer Tagesgruppe	11 595	7 917	3 678
Vollzeitpflege in einer anderen Familie	56 076	28 244	27 832
Heimerziehung; sonstige betreute Wohnform	80 077	46 202	33 875
darunter in Heimen	70 880	41 819	29 061
Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung	1 505	772	733

71 000 Institutionen zur Verfügung. Davon waren 68 000 Einrichtungen im engeren Sinne (95,7 %) mit einer Kapazität von gut 3,3 Mill. verfügbaren Plätzen. Darüber hinaus waren 954 Behörden, 1527 Geschäftsstellen freier Träger und 577 Zusammenschlüsse von Trägern der Jugendhilfe in diesem Bereich tätig.

In den Jugendhilfeeinrichtungen waren fast 550 000 Beschäftigte tätig, die meisten von ihnen (86,4 %) Frauen. Von den Beschäftigten arbeiteten 508 400 in Einrichtungen und 40 900 in Behörden, Geschäftsstellen und Zusammenschlüssen von Trägern. Größter Arbeitgeber im Jugendhilfesektor waren die öffentlichen Träger mit insgesamt rund 248 000 Beschäftigten, das sind 45,1 % aller in den Institutionen der Jugendhilfe Tätigen. Es folgten mit einem Anteil von 35 % die kirchlichen Träger sowie die anderen Träger der freien Jugendhilfe mit 19,9 %.

Tab. 13: Institutionen der Jugendhilfe mit verfügbaren Plätzen und tätigen Personen am 31. 12. 1994

Gegenstand der Nachweisung	Einrichtungen	Verfügbare Plätze in 1000	Tätige Personen
Tageseinrichtungen für Kinder	46 623	3 053	364 868
dar. Kindergärten	29 757	2 472 ¹	204 979
Einrichtungen mit erzieherischen Hilfen	3 937	104	65 254
Einrichtungen der Jugendarbeit	13 372	129	39 613
Beratungsstellen	2 129	–	12 358
Sonstige Einrichtungen	1 702	64	26 295
<i>Einrichtungen zusammen</i>	67 763	3 349	508 388
Behörden, Geschäftsstellen, Arbeitsgemeinschaften und sonstige Zusammenschlüsse von Trägern der Jugendhilfe	3 058	–	40 905
<i>Institutionen insgesamt</i>	70 821	3 349	549 293
öffentliche Träger	28 812	1 585	247 897
freie Träger	42 009	1 764	301 396

1 Einschließlich Plätze in alterseinheitlichen und altersgemischten Gruppen.

Von den am Jahresende 1994 insgesamt erfaßten 68 000 Einrichtungen überwogen mit 69 % eindeutig die Kindertageseinrichtungen, zu denen 856 Krippen, fast 30 000 Kindergärten, 3 660 Horte und 12 000 Tageseinrichtungen mit alters-einheitlichen bzw. mit altersgemischten Gruppen, zählten. Bei 55 % aller Kindertageseinrichtungen handelte es sich um Ganztageseinrichtungen, jedoch boten nur 3 von 10 Kindergärten Ganztagsplätze an. Für die rund 2,7 Mill. Kinder von 3 bis unter 6 Jahren standen 1994 fast 2,5 Mill. Kindergartenplätze zur Verfügung. Damit bestand für neun von zehn Kindern dieses Alters die Möglichkeit eines Kindergartenbesuchs.

10 Rechtspflege

10.1 Einführung

Eine der wichtigsten Aufgaben des Rechtsstaates besteht darin, für die Verwirklichung und Einhaltung des von der Volksvertretung gesetzten Rechts Sorge zu tragen. Bei einer von der Gewaltenteilung bestimmten Verfassung – wie dem Grundgesetz – fällt diese Aufgabe der sogenannten „dritten“ Gewalt, der Rechtsprechung, zu.

Zur Rechtspflege gehört aber nicht nur das Tätigwerden der Gerichte, in denen von unabhängigen Richtern Recht gesprochen wird, sondern auch die Vollstreckung dessen, was für Recht befunden wurde, beispielsweise im Strafvollzug oder durch Gerichtsvollzieher. Im weiteren Sinn kann auch die Tätigkeit der Polizei als Teil der Rechtspflege gesehen werden, soweit diese mit der Verhinderung von Straftaten einerseits und der Ermittlung von Tatverdächtigen in Strafsachen andererseits befaßt ist.

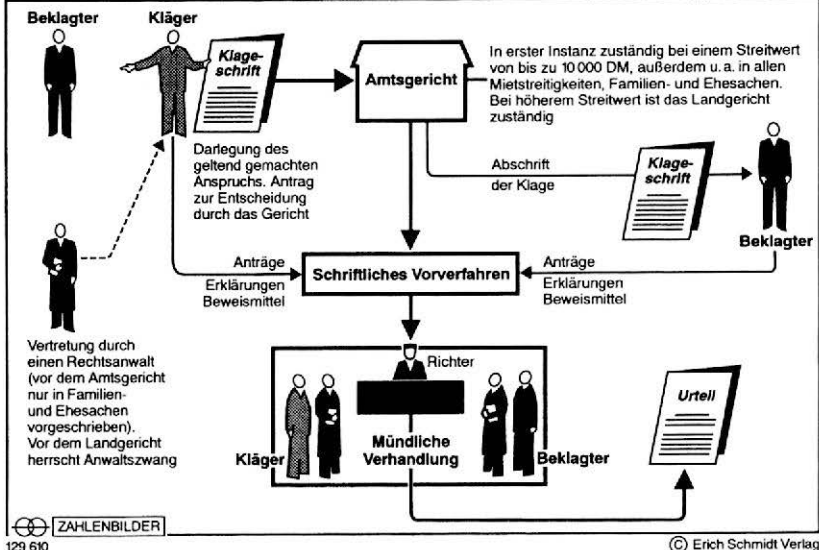
10.2 Gerichte

Die Gerichtsbarkeit umfaßt zum einen die ordentlichen Gerichte, die für Zivil- und Strafsachen zuständig sind, zum anderen die besonderen Gerichte, die sich mit Arbeits-, Sozial-, Verwaltungs- bzw. Finanzrechtsfragen befassen. Jeder dieser Zweige der Gerichtsbarkeit ist in mehrere Ebenen oder Instanzen gegliedert (bei den ordentlichen Gerichten vier: Amtsgericht – Landgericht – Oberlandesgericht – Bundesgerichtshof; bei Arbeits-, Verwaltungs- und Sozialgerichten drei und bei den Finanzgerichten zwei). Grundsätzlich besteht immer die Möglichkeit, gegen die Entscheidungen der Eingangsinstanzen Rechtsmittel einzulegen und damit

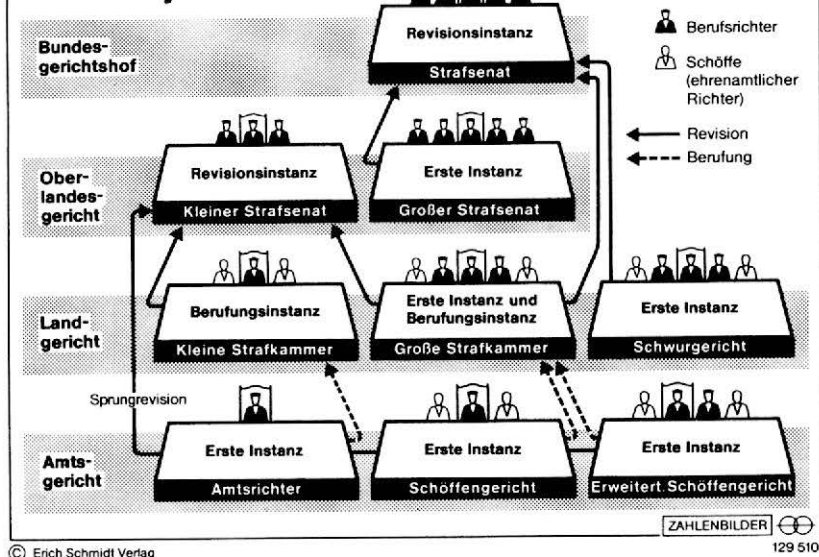
Tab. 1: Gerichte am 31. 12. 1994

Zivil- und Strafgerichte	848
Amtsgerichte	707
Landgerichte	116
Oberlandesgerichte	25
Arbeitsgerichte (erstinstanzliche)	123
Verwaltungsgerichte (erstinstanzliche)	52
Sozialgerichte (erstinstanzliche)	69
Finanzgerichte (erstinstanzliche)	19
Bundesgerichte	8

Der Gang eines Zivilprozesses



Die Strafjustiz



diese Entscheidungen in Berufungs- oder Revisionsverfahren durch höhere Gerichtsinstanzen überprüfen zu lassen. (Dabei richtet sich die Berufung gegen die tatsächliche, die Revision gegen die rechtliche Würdigung des Falles.)

Am 31. Dezember 1994 gab es in Deutschland insgesamt 848 Gerichte, die in Zivil- und Strafsachen tätig waren. Darüber hinaus bestanden 123 (erstinstanzliche) Arbeitsgerichte und insgesamt 140 (erstinstanzliche) Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichte.

Die Rechtsprechung wird grundsätzlich durch die Gerichte der Länder ausgeübt. Als letzte Instanz können in der Regel die acht Bundesgerichte (Bundesverfassungsgericht, Bundesgerichtshof, Bundesverwaltungsgericht, Bundesfinanzhof, Bundesarbeitsgericht, Bundessozialgericht, Bundespatentgericht, Bundesdisziplinargericht) angerufen werden.

Unter den Bundesgerichten hat das Bundesverfassungsgericht als „Hüter der Verfassung“ einen besonderen Rang. Es ist zugleich Gericht und Verfassungs-

Tab. 2: Ausgewählte Verfahren nach Art der Gerichte 1992 – 1994¹

Gericht/Verfahren	1992	1993	1994
<i>Zivilgerichte</i> (ohne Familiengerichte) ²			
Erledigte Zivilverfahren (1. Instanz)	1 690 186	1 959 528	2 086 528
Erledigte Zivilverfahren (Rechtsmittelinstanz)	156 058	161 815	159 051
<i>Familiengerichte</i> ²			
Erledigte Familienverfahren (1. Instanz)	402 745	435 815	441 586
Erledigte Familienverfahren (Rechtsmittelinstanz)	22 242	23 174	22 450
<i>Strafgerichte</i> ²			
Erledigte Strafverfahren (1. Instanz)	746 593	792 342	789 324
Erledigte Strafverfahren (Rechtsmittelinstanz)	54 571	59 018	55 411
<i>Verwaltungsgerichte</i> ²			
Erledigte verwaltungsrechtliche Verfahren (1. Instanz)	223 688	300 929	340 757
Erledigte verwaltungsrechtliche Verfahren (Rechtsmittelinstanz)	22 901	28 173	32 758
<i>Finanzgerichte</i> ²			
Erledigte finanzrechtliche Klagen	56 653	58 077	59 508
<i>Arbeitsgerichte</i> ²			
Erledigte arbeitsrechtliche Verfahren (1. Instanz)	599 930	613 821	640 953
<i>Sozialgerichte</i> ²			
Erledigte sozialrechtliche Verfahren (1. Instanz)	163 651	174 391	187 006
<i>Bundesverfassungsgericht</i> (1. und 2. Senat)			
Erledigte Verfahren	4 163	5 456	5 326
Eingereichte Verfassungsbeschwerden	4 214	5 246	5 194
Eingereichte Normenkontrollen	137	90	55

¹ Die Gesamtzahl der an deutschen Gerichten erledigten Gerichtsverfahren liegt höher als die Summe der hier (für ausgewählte Verfahren) angegebenen Werte.

² Ohne Bundesgerichte.

organ. Neben der Klarstellung der verfassungsmäßigen Ordnung und der Entscheidung bei Verfassungsstreitigkeiten zwischen Staatsorganen ist es auch zur Wahrung der Grundrechte berufen. Zu seiner umfassenden Kompetenz gehört darüber hinaus auch die Prüfung, ob Bundes- und Landesrecht mit dem Grundgesetz und ob Landesrecht mit Bundesrecht vereinbar ist (Normenkontrolle). Es besteht aus zwei Senaten, die sich jeweils aus acht Richterinnen und Richtern zusammensetzen, die je zur Hälfte vom Bundestag (durch einen Wahlmännerverschuß) und vom Bundesrat gewählt werden. Ihre Amtszeit dauert zwölf Jahre; sie können nicht wiedergewählt werden.

An den deutschen Gerichten waren am 1. Januar 1995 insgesamt 22 134 Richterinnen und Richter (im Landes- und Bundesdienst) tätig. Die Zahl der Staatsanwälte und -anwältinnen betrug zu diesem Zeitpunkt 5 375, die der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte 65 576. Außerdem waren 8 715 Anwaltsnotarinnen und -notare, die den Notarberuf neben ihrer Anwaltstätigkeit ausüben, sowie 1 628 (hauptberufliche) Notarinnen und Notare zugelassen.

Die in der Rechtspflege tätigen Personen sahen sich im Jahr 1994 einem Geschäftsanfall von mehr als 4 Millionen Gerichtsverfahren gegenüber, die in diesem Jahr in der ersten Instanz neu anhängig wurden. Allein bei den ordentlichen Gerichten wurden 1994 rund 2,53 Mill. Zivilverfahren (darunter rund 442 000 Familiengerichtsverfahren) und 789 000 Strafverfahren in der Eingangsinstanz erledigt. Dazu kamen noch rund 182 000 Zivilverfahren (einschl. 22 500 Familiengerichtsverfahren) sowie ca. 56 000 Strafverfahren, die 1994 in der Rechtsmittelinstanz erledigt wurden.

10.3 Straffälligkeit

10.3.1 Tatermittlung

1994 sind bei deutschen Polizeidienststellen 6,5 Mill. Straftaten (ohne Straßenverkehrsdelikte) bekanntgeworden, davon 5,1 Mill. im früheren Bundesgebiet (einschl. Berlin-Ost). Schwer abzuschätzen ist die Dunkelziffer, d. h. die Zahl der Straftaten, die unbekannt bleiben oder nicht angezeigt werden. Wie die Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundeskriminalamts zeigt, konnten von den gemeldeten Straftaten 44,4 % (alte Länder 46,5 %) aufgeklärt werden; in diesen Fällen wurde nach dem polizeilichen Ermittlungsergebnis zumindest ein namentlich bekannter Tatverdächtiger festgestellt. 1980 waren von 3,8 Mill. registrierten Straftaten im früheren Bundesgebiet 47,2 % aufgeklärt worden.

Wenngleich nicht alle ermittelten Straffälligen bzw. alle Opfer von Straftaten zur registrierten Bevölkerung in Deutschland gehören, ermöglicht die Umrechnung der Straftatenzahl auf je 100 000 Einwohner einen zeitlichen Vergleich, auf den eine veränderte Bevölkerungszahl keinen Einfluß hat. 1980 wurden im früheren Bun-

desgebiet 6 200 Straftaten je 100 000 Einwohner bekannt, 1994 waren es rund 7 700. Bezogen auf das vereinte Deutschland wurden 1994 etwa 8 000 Straftaten je 100 000 Einwohner gezählt.

1994 sind insgesamt 3,9 Mill. Diebstahlsfälle bekanntgeworden, gegenüber 3 725 Fällen von versuchtem oder vollendetem Mord oder Totschlag. Die Aufklärungsquote ist in der Regel stark von der Schwere des Verbrechens bzw. Vergehens

Tab. 3: Straftaten und Aufklärungsquote¹

Jahr	Bekanntgewordene Straftaten		Aufklärungsquote in %
	insgesamt	je 100 00 Einwohner	
1970	2 413 586	3 924	48,3
1980	3 815 774	6 198	47,2
1990	4 455 333	7 108	47,0
1992	6 291 519	7 838	42,3
1993	6 750 613	8 337	43,8
1994	6 537 748	8 038	44,4

¹ Bis einschließlich 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1992 Deutschland.

Quelle: Bundeskriminalamt.

abhängig. So wurden z. B. 1994 nur 49,5 % der Diebstähle ohne erschwerende Umstände (z. B. einfacher Ladendiebstahl), aber 87,3 % aller Mord- und Totschlagsfälle (einschl. Fälle von versuchtem Mord oder Totschlag) aufgeklärt.

Für die 1994 aufgeklärten Straftaten hat die Polizei insgesamt 2,0 Mill. Tatverdächtige ermittelt, darunter 1,6 Mill. Männer. 1,4 Mill. (69,9 %) aller Tatverdächtigen besaßen die deutsche Staatsangehörigkeit.

10.3.2 Strafverfolgung

Die Polizei ist als Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft verpflichtet, alle ihr durch Strafanzeige oder anderweitig bekanntgewordenen Straftaten zu verfolgen und den Sachverhalt gründlich und umfassend zu ermitteln.

Nach Abschluß dieses Ermittlungsverfahrens entscheidet die Staatsanwaltschaft, ob sie Anklage erhebt, einen Strafbefehl beantragt (hier dürfen nur Geldstrafen verhängt werden), Auflagen erteilt oder das Verfahren einstellt. Wird Anklage erhoben, muß das Gericht auf der Basis des ermittelten Sachverhalts entscheiden, ob ein Hauptverfahren eröffnet wird. Dieses Strafverfahren kann zu einer Verurteilung führen, es kann aber auch mit Freispruch, mit Einstellung des Verfahrens oder damit enden, daß von einer Strafe abgesehen wird.

Erst die Erläuterung dieser Zusammenhänge macht verständlich, weshalb die Zahl der ermittelten Tatverdächtigen so viel höher liegt als die Zahl der Verurteilten. Hinzu kommt, daß eine große Zahl von Personen (im Zusammenhang mit verschiedenen Delikten) mehrfach als tatverdächtig erfaßt wird, aber nur einmal im

Rahmen der Strafverfolgungsstatistik erscheint. Insgesamt sind also die Angaben zu den Tatverdächtigen und die zu den Verurteilten nur bedingt vergleichbar.

Bezieht man die Straßenverkehrsdelikte ein, so wurden 1994 im früheren Bundesgebiet 765 397 Personen im Rahmen eines Strafgerichtsprozesses verurteilt, und zwar 34 % wegen Vergehen im Straßenverkehr, 66 % wegen sonstiger Vergehen und Verbrechen. Da in den neuen Ländern die Strafverfolgungsstatistik derzeit noch nicht umfassend durchgeführt wird, können leider keine Ergebnisse für Gesamtdeutschland vorgelegt werden.

Tab. 4: Verurteilte nach Straftatengruppen im früheren Bundesgebiet in Prozent

Straftatengruppe	1970	1980	1990	1992	1993	1994
Straftaten im Straßenverkehr	47,9	45,0	37,4	36,7	34,4	34,5
Straftaten gegen die Person	8,9	8,4	8,6	8,2	7,9	8,2
Mord und Totschlag	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
gegen die sex. Selbstbestimmung	1,2	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7
Körperverletzung	4,3	4,5	4,7	4,4	4,3	4,5
andere gegen die Person ¹	3,4	3,1	3,2	3,0	2,9	2,9
Straftaten gegen das Vermögen	30,4	32,4	38,7	39,3	40,7	39,9
Diebstahl und Unterschlagung	21,6	22,2	22,9	23,8	24,5	22,4
Betrug, Untreue, Urkundenfälschung	5,8	7,3	12,7	12,4	13,2	14,3
andere gegen das Vermögen ²	3,0	2,9	3,1	3,1	3,1	3,2
Straftaten gegen den Staat, die öffentliche Ordnung und im Amt	2,5	2,3	2,4	2,2	2,2	2,4
Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz	–	2,0	3,5	4,0	3,8	3,9
Übrige Verbrechen und Vergehen	10,3	9,9	9,5	9,6	10,9	11,2

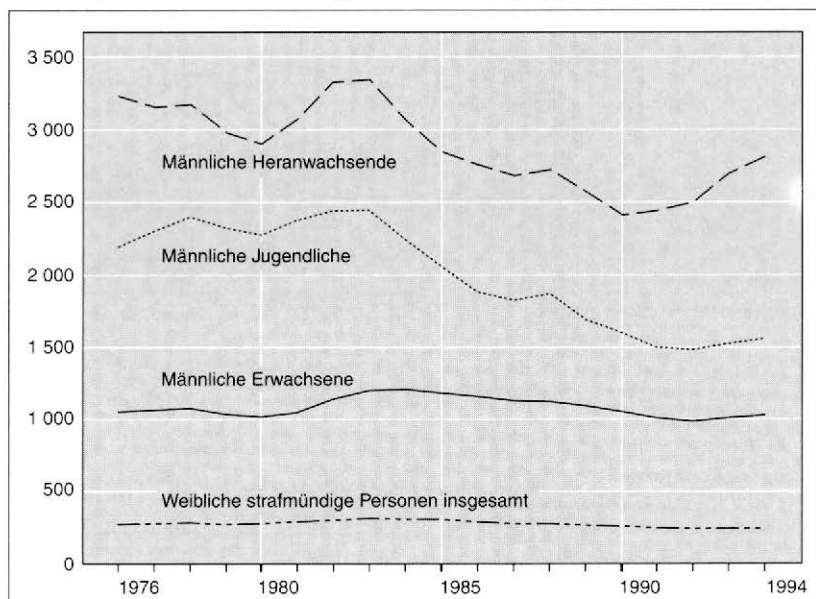
1 Straftaten gegen die persönliche Freiheit, Beleidigung usw.

2 Raub, Erpressung, Begünstigung, Hehlerei, Sachbeschädigung usw.

Von den Personen, die nicht im Zusammenhang mit Vergehen im Straßenverkehr verurteilt wurden, haben 1994 40 % eine Straftat gegen das Vermögen (z. B. Diebstahl, Unterschlagung, Raub) begangen. Die Zahl derer, die wegen einer Straftat gegen die Person (z. B. Mord, Körperverletzung) verurteilt wurden, liegt dagegen wesentlich niedriger (1994 bei 8 % der Verurteilten).

Je 100 000 strafmündige Deutsche, die im früheren Bundesgebiet wohnten, wurden 1994 insgesamt 1 077 Personen verurteilt. Diese sogenannte Verurteiltenziffer, die den Anteil von verurteilten Personen an der Wohnbevölkerung angibt, ermöglicht Vergleiche bezüglich der gerichtlich registrierten Kriminalität bestimmter Bevölkerungsgruppen. Für die ausländische Bevölkerung wird eine solche Ziffer nicht berechnet, weil ein erheblicher Teil der statistisch erfaßten ausländischen Verurteilten nicht zur Wohnbevölkerung in Deutschland gehört. Die nicht bei den

Abb. 3: Wegen Verbrechen und Vergehen¹ verurteilte Deutsche im früheren Bundesgebiet je 100 000 Einwohner der gleichen Personengruppe



1 Ohne Vergehen im Straßenverkehr.

Einwohnerbehörden gemeldeten ausländischen Verurteilten würden zu einer unzutreffenden Überhöhung der Verurteiltenziffern für die in Deutschland lebenden ausländischen Staatsangehörigen führen.

Unterscheidet man zwischen kriminologisch wichtigen Personengruppen, so ergibt sich ein differenziertes Bild: Männer wurden 1994 annähernd sechsmal so oft straffällig wie Frauen, Heranwachsende mehr als doppelt so häufig wie Erwachsene. Betrachtet man die Entwicklung der Verurteiltenziffern (s. Abb. 3) in den vergangenen zwei Jahrzehnten, so zeigt sich ab Mitte der 80er Jahre insgesamt ein Rückgang der Straffälligkeit. Allerdings sind seit Beginn der 90er Jahre insbesondere bei den männlichen Heranwachsenden zwischen 18 und 21 Jahren die Verurteiltenziffern wieder angestiegen.

Kinder unter 14 Jahren können in Deutschland strafgerichtlich nicht belangt werden. Straffällig gewordene Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren sowie unter bestimmten Voraussetzungen auch Heranwachsende werden nach dem Jugendstrafrecht abgeurteilt, das den Erziehungsgedanken in den Vordergrund stellt. Auf freiheitsentziehende Strafen wird bei Jugendlichen nur nach besonders schweren oder wiederholten Straftaten erkannt.

Tab. 5: Erkannte Strafen 1970 bis 1994 im früheren Bundesgebiet

a) Nach Jugendstrafrecht erkannte Strafen bzw. sonstige Maßnahmen

Art der Strafe bzw. Maßnahme	1970	1980	1990	1994
<i>Jugendstrafe</i>	11 687	17 982	12 103	13 998
<i>Zuchtmittel</i> (z. B. Jugendarrest, Zahlung eines Geldbetrages, Verwarnung)	101 061	98 090	50 434	52 593
<i>Erziehungsmaßnahmen</i> (z. B. Erteilung von Weisungen zur Lebensführung)	13 153	16 577	32 802	14 024
<i>Strafen bzw. Maßnahmen insgesamt</i> ¹	125 901	132 649	95 339	80 615

1 Strafen und Maßnahmen können nach dem Jugendstrafrecht nebeneinander angeordnet werden, so daß ihre Gesamtzahl höher ist als die Zahl der Verurteilten.

b) Nach allgemeinem Strafrecht erkannte Strafen

Art der Strafe	1970	1980	1990	1994
<i>Freiheitsstrafe</i>	88 248	104 850	102 454	114 749
davon bis einschl. 1 Jahr	79 100	91 268	85 587	90 955
mehr als 1 bis einschl. 5 Jahre	8 676	12 560	15 870	22 308
mehr als 5 bis einschl. 15 Jahre	402	968	941	1 400
lebenslang	70	54	56	86
<i>Strafarrest</i> ¹	626	868	292	264
<i>Geldstrafe</i> (allein)	464 818	494 114	512 343	578 419
<i>Insgesamt</i>	553 692	599 832	615 089	693 432

1 Kann nur gegen Angehörige der Bundeswehr verhängt werden.

Von den im Rahmen eines Strafgerichtsprozesses Verurteilten wurden 1994 im früheren Bundesgebiet knapp 72 000 Personen nach Jugendstrafrecht und über 693 000 Personen nach allgemeinem Strafrecht verurteilt. Eine freiheitsentziehende Jugendstrafe wurde gegen 14 000 Personen verhängt, wobei in 63 % der Fälle die Strafen zur Bewährung ausgesetzt wurden. Demgegenüber wurden 115 000 straffällige Personen zu einer Freiheitsstrafe nach allgemeinem Strafrecht verurteilt, in 79 000 Fällen (69 %) wurde diese zur Bewährung ausgesetzt. Auf eine Geldstrafe wurde 1994 in 578 000 Fällen erkannt.

10.3.3 Strafvollzug

In deutschen Justizvollzugsanstalten saßen am 31. Dezember 1994 rund 60 300 Personen ein. Darunter waren 20 200 Untersuchungs- sowie 2 300 Abschiebungshäftlinge. 36 700 Strafgefangene verbüßten ihre Freiheits- bzw. Jugendstrafe. Bei rund der Hälfte der Strafgefangenen (18 600) betrug die voraussichtliche Haftdauer mehr als 1 Jahr.

Von den Einsitzenden in Justizvollzugsanstalten waren 4,0 % Frauen. Bezogen auf die Strafgefangenen lag der Frauenanteil sogar nur bei 3,3 %.

Tab. 6: Einsitzende in deutschen Justizvollzugsanstalten am 31. 12. 1994

Art des Vollzugs	Insgesamt	Männer	Frauen
Strafgefangene	36 711	35 482	1 229
mit Freiheitsstrafe	32 446	31 319	1 127
mit Jugendstrafe	4 265	4 163	102
Sicherungsverwahrte	180	180	–
Untersuchungshäftlinge	20 203	19 269	934
Abschiebungshäftlinge	2 323	2 136	187
Sonstige Freiheitsentziehung	872	835	37

11 Öffentliche Haushalte

11.1 Die Aufgaben des Staates

Wandlungen in der Auffassung vom Staat und seinen Aufgaben lassen sich besonders deutlich aus den Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürger an das Leistungsangebot im öffentlichen Bereich ablesen. Lange Zeit hatte der Staat in erster Linie die allgemeinen Rahmenbedingungen für ein geordnetes Zusammenleben zu setzen und den Schutz nach außen zu sichern. Heute wird ihm eine Vielzahl zusätzlicher Leistungen abverlangt. Die Sorge für Bildung und Ausbildung, die soziale Sicherung, die Mitwirkung bei der Versorgung mit Wohnraum sind hierfür nur einige Beispiele.

Auch im wirtschaftlichen Bereich wird der Staat zunehmend in die Pflicht genommen. Über die traditionelle Aufgabe der Bereitstellung und Verbesserung der Infrastruktur hinaus hat er – entsprechend den allgemeinen Leitlinien der Wirtschaftspolitik – alles zu tun, um wirtschaftliche Stabilität und ein angemessenes Wachstum zu sichern und die Prinzipien des Sozialstaates zu verwirklichen. In vielen Bereichen von Wissenschaft und Forschung, bei der Förderung von Sport und Kultur usw. sind staatliche Hilfen inzwischen selbstverständlich geworden.

Alle diese Aufgaben erfordern den Einsatz erheblicher finanzieller Mittel, die von der Allgemeinheit bzw. der Wirtschaft über Steuern, Gebühren, Beiträge und durch Kredite aufgebracht werden müssen. Zur öffentlichen Haushaltswirtschaft gehören Einnahmen und Ausgaben von Bund, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden und kommunalen Zweckverbänden, ferner der Lastenausgleichsfonds und das ERP-Sondervermögen, das aus der Marshallplanhilfe der USA nach dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen ist, sowie die Etats der Sozialversicherungsträger und der Bundesanstalt für Arbeit.

Aufgaben ganz besonderer Art haben sich mit der deutschen Vereinigung ergeben. Die Deckung des großen Finanzbedarfs erfolgt in erster Linie durch spezielle Sonderfonds des Bundes. Die Finanzierung des Aufbaus einer modernen Infrastruktur der neuen Bundesländer erfolgte in den ersten Jahren durch den Fonds „Deutsche Einheit“.

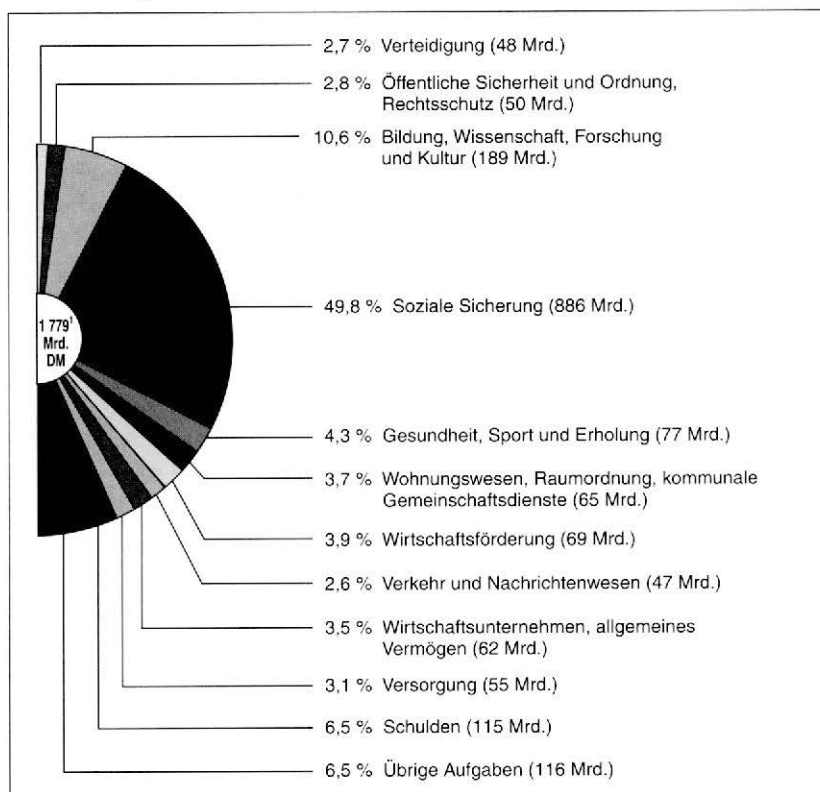
Die Schuldenabwicklung der ehemaligen DDR nahm zunächst der Kreditabwicklungsfonds wahr, ab 1995 sein Nachfolger Erblastentilgungsfonds, der auch die Schulden der Treuhand übernahm. Der Entschädigungsfonds finanziert vermögensrechtliche Ansprüche, wenn eine Rückgabe früheren Eigentums nicht möglich ist. Der Bundeshaushalt selbst erstreckt sich ab dem Jahr 1991 mit allen zentralen Aufgaben auf das vereinigte Deutschland.

11.2 Ausgaben der öffentlichen Haushalte

1995 beliefen sich die Ausgaben aller öffentlichen Haushalte (Bund einschl. seiner Sondervermögen, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Bundeseseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastenteilungsfonds, EU-Anteile, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände sowie Sozialversicherung, Zweckverbände und Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen) in Deutschland auf 1 852,5 Mrd. DM. Je Einwohner (Stand 30. 6.) betrugen die Ausgaben 1995 22 690 DM.

Um Größenordnung und Entwicklung des Ausgabenvolumens der öffentlichen Haushalte abschätzen zu können, wird es häufig in Relation zum Brutto Sozialprodukt, also dem Maß für die wirtschaftliche Gesamtleistung eines Staates, ge-

Abb. 1: Ausgaben der öffentlichen Haushalte 1994 nach Aufgabenbereichen



1 Nettoausgaben (um Zahlungen von anderen öffentlichen Haushalten bereinigt).

setzt („Staatsquote“). Die Staatsquote betrug 1995 in finanzstatistischer Abgrenzung unter Einbeziehung aller öffentlichen Haushalte 53,8 %.

Funktional untergliederte Daten liegen zur Zeit bis 1994 vor.

Der weitaus größte Ausgabenblock entfällt auf die Soziale Sicherung (darunter Sozialversicherung Ost mit ca. 128 Mrd. DM). Im Jahre 1994 erreichten die Ausgaben hierfür einen Anteil von fast 50 % am gesamten Ausgabenvolumen. Rund 11 % entfielen auf Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Mit knapp 7 % war der Schuldendienst der drittgrößte Ausgabenblock (vgl. Abb. 1). Es folgten der Bereich Gesundheit, Sport und Erholung, der Bereich Wirtschaftsförderung und der Bereich Wohnungswesen, Raumordnung, Kommunale Gemeinschaftsdienste mit jeweils ca. 4 %.

Betrachtet man die einzelnen Haushaltsebenen in Deutschland, so waren die Sozialversicherung und der Bund (einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds und EU-Anteile) 1995 am stärksten an den öffentlichen Ausgaben beteiligt.

Bei den meisten öffentlichen Haushalten fallen besonders die Personalausgaben ins Gewicht. In den Ländern erreichten sie 1995 einen Anteil von 39 %, bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden 31 % und beim Bund 11 % des Ausgabenvolumens. Alle öffentlichen Haushalte zusammen wendeten 1995 einen Betrag von 387 Mrd. DM oder ein Fünftel ihrer Ausgaben insgesamt für das Personal (einschl. Pensionen u. ä.) auf. Hierbei sollte nicht übersehen werden, daß viele Dienstleistungen der öffentlichen Hand, wie Schulen, Hochschulen, Polizei und Rechtsschutz, Gesundheitswesen, Verteidigung, Bau-, Steuer- und Zollverwaltung usw., sehr personalintensiv sind und daß wachsende Ansprüche an das Dienstlei-

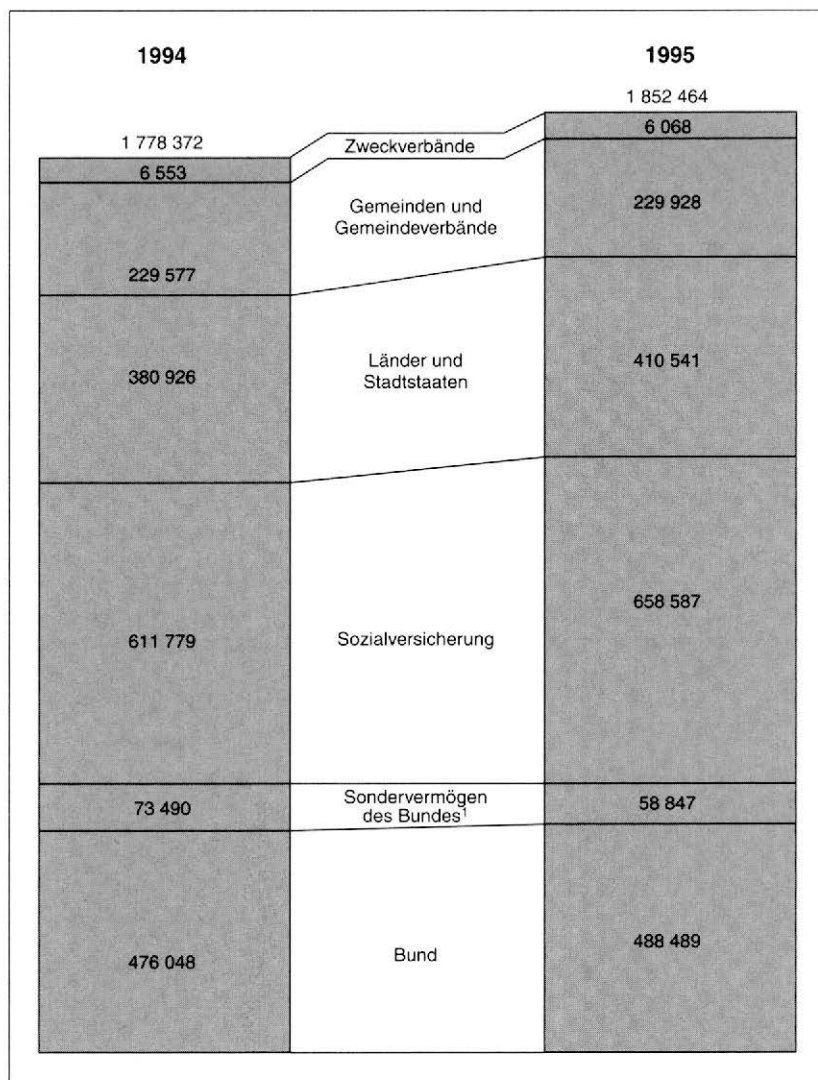
Tab. 1: Entwicklung der Ausgaben der öffentlichen Haushalte¹ 1951 bis 1995

Jahr ²	Ausgaben		Jahr ²	Ausgaben	
	Mill. DM	DM je Einwohner		Mill. DM	DM je Einwohner
1951	37 401	754	1988	647 088	10 536
1961	95 275	1 696	1989	678 052	10 938
1970	196 330	3 237	1990	745 958	11 797
1975	354 774	5 738	1991	894 653	13 971
1980	498 088	8 091	1992	1 034 390	12 838
1985	588 670	9 648	1993	1 085 506	13 370
1986	609 988	9 992	1994	1 125 153	13 821
1987	630 774	10 325	1995	1 154 619	14 142

¹ Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände, ab 1990 einschl. Fonds „Deutsche Einheit“, von 1991 bis 1994 einschl. Kreditabwicklungsfonds, ab 1995 einschl. Entschädigungsfonds und Erblastentilgungsfonds, ab 1994 einschl. Bundeseisenbahnvermögen.

² Bis einschl. 1991 früheres Bundesgebiet, ab 1992 Deutschland.

Abb. 2: Nettoausgaben der öffentlichen Haushalte nach
Körperschaftsgruppen
in Mill. DM



¹ Einschl. Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Anteile, Fonds „Deutsche Einheit“, Bundeseseisenbahnvermögen, 1994 Kreditabwicklungsfonds, 1995 Entschädigungsfonds und Erblastenteilungsfonds.

stungsangebot des Staates auch entsprechendes Fachpersonal in diesem Bereich erfordern.

Für Baumaßnahmen und sonstige Sachinvestitionen wurden 1995 in Deutschland Ausgaben in Höhe von rund 96 Mrd. DM getätigt. Rund 62 % hiervon entfielen allein auf den kommunalen Bereich. Weitere wichtige Ausgabenposten der öffentlichen Haushalte sind der laufende Sachaufwand mit etwa 401 Mrd. DM im Jahr 1995 (z. B. Ausgaben für Heiz-, Energie- und Betriebskosten, für Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens, für Verbrauchsmittel, aber auch sämtliche militärischen Anschaffungen) sowie Zuschüsse an private Haushalte (Renten- und Unterstützungszahlungen), an Unternehmen (Subventionen), an soziale und an sonstige Einrichtungen im In- und Ausland in Höhe von zusammen 738 Mrd. DM.

Die Finanzanteile der EU, die Ausgaben und Einnahmen der Sozialversicherung und der Zweckverbände werden finanzstatistisch erst seit 1974 erfaßt und bleiben daher in den Tab. 1 und 2, die die Entwicklung der öffentlichen Ausgaben im früheren Bundesgebiet seit 1951 und der Staatsquote seit 1970 aufzeigen, außer Betracht. Gewisse Vergleichsstörungen enthalten die Tabellen dennoch für die Jahre ab 1990, da ab diesem Zeitraum der Bund für das erweiterte Bundesgebiet zuständig ist und die neu errichteten Sondervermögen des Bundes, der Fonds „Deutsche Einheit“ (Ausgaben 1995: 7,2 Mrd. DM), das Bundeseisenbahnvermögen (Ausgaben 1995: 26,4 Mrd. DM), der Entschädigungsfonds (Ausgaben 1995: 1,0 Mrd. DM) sowie der Erblastentilgungsfonds – ab 1995 Nachfolger des Kreditabwicklungsfonds – (Ausgaben 1995: 21,5 Mrd. DM) einbezogen sind.

Tab. 2: Staatsquote: Ausgaben der öffentlichen Haushalte¹
in Prozent des Bruttosozialprodukts²

Jahr	Staatsquote	Jahr	Staatsquote
1970	29,1	1983	33,1
1971	30,0	1984	32,2
1972	30,5	1985	32,1
1973	30,2	1986	31,5
1974	32,1	1987	31,5
1975	34,5	1988	30,7
1976	32,9	1989	30,1
1977	32,4	1990	30,6
1978	32,9	1991	31,0
1979	32,9	1992	33,4
1980	33,7	1993	34,3
1981	34,4	1994	34,0
1982	34,5	1995	33,5

1 Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände, ab 1990 einschl. Fonds „Deutsche Einheit“, von 1991 bis 1994 einschl. Kreditabwicklungsfonds, ab 1995 einschl. Entschädigungsfonds und Erblastentilgungsfonds, ab 1994 einschl. Bundes-eisenbahnvermögen.

2 Bis einschl. 1991 früheres Bundesgebiet, ab 1992 Deutschland.

11.3 Einnahmen der öffentlichen Haushalte

Zur Finanzierung seiner Ausgaben hat der Staat im wesentlichen zwei Möglichkeiten: die Erhebung von Steuern und die Aufnahme von Krediten. Im Jahr 1994 standen – nach vorläufigen Ergebnissen – den öffentlichen Ausgaben von 1 125,2 Mrd. DM Einnahmen aus Steuern und sonstige Einnahmen (z. B. Gebühren, Mieten, Verkaufserlöse für Beteiligungen und Sachvermögen, Zinsen) von insgesamt 1 009,2 Mrd. DM gegenüber. Die Nettokreditaufnahme betrug rund 90 Mrd. DM.

1995 haben Bund, Länder und Gemeinden insgesamt 814 Mrd. DM an Steuern eingenommen (Tab. 3). Allein 579 Mrd. DM oder 71,1 % entfielen auf die Gemeinschaftsteuern, zu denen Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Zinsabschlag, Körperschaftsteuer sowie Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer rechnen.

Tab. 3: Kassenmäßige Steuereinnahmen vor der Steuerverteilung¹
1994 und 1995
in Mill. DM

Steuerart	1994 Deutschland	1995		
		Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder u. Berlin-Ost
Gemeinschaftsteuern	578 753,7	579 176,9	538 674,4	40 502,6
Bundessteuern	105 486,0	134 066,1	.	.
Landessteuern	36 551,0	36 601,5	32 431,0	4 170,5
Zölle	7 172,4	7 117,5	.	.
Gemeindesteuern	58 195,7	57 322,2	53 448,2	3 873,9
Insgesamt	786 158,8	814 284,2	.	.

¹ Abweichungen gegenüber den Steuereinnahmen nach der Verteilung infolge zeitlicher Überschneidungen.

Als Maß für die Steuerbelastung der Gesamtwirtschaft wird häufig die sogenannte volkswirtschaftliche Steuerquote herangezogen. Sie setzt das gesamte Steueraufkommen in Beziehung zum Bruttosozialprodukt. 1995 lag die Steuerquote bei 23,6 % gegenüber 22,3 % im Jahr 1970 und 23,1 % 1965.

Nach den Grundsätzen des Finanzwesens, wie sie im Grundgesetz festgelegt sind, lassen sich im Steuersystem der Bundesrepublik Deutschland Gemeinschafts-, Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern unterscheiden. Hinzu kommen die Zölle, deren Aufkommen der EU zustehen.

Die elf aufkommensstärksten Steuern sind in Tab. 4 aufgeführt. Am ergiebigsten ist die Lohn- und Einkommensteuer. Nach den Ergebnissen der nur im Dreijahresrhythmus durchgeführten Lohnsteuerstatistik und Statistik der veranlagten Einkommensteuer, die wegen der langen Erklärungs- und Veranlagungsfristen und der schwierigen Aufbereitungsarbeiten aus dem Jahr 1992 datieren, wurden

27,6 Mill. Lohn- und Einkommensteuerpflichtige (mit einem positiven Gesamtbetrag der Einkünfte) erfaßt. Zusammenveranlagte Ehegatten, ob mit ein oder zwei Einkommensbeziehern, wurden dabei grundsätzlich als ein Steuerpflichtiger behandelt. Der Gesamtbetrag der Einkünfte (nach der Steuergesetzgebung errechnet aus der Summe aller Einkünfte, gegebenenfalls auch Verluste, aus selbständiger oder nichtselbständiger Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung, Gewerbebetrieb, Land- und Forstwirtschaft sowie sonstigen Einkünften) dieser Steuerpflichtigen betrug 1,55 Billionen DM, die festgesetzte Einkommensteuer 276,4 Mrd. DM. Je Steuerpflichtigen waren das im Durchschnitt Einkünfte in Höhe von 56 300 DM, von denen 17,8 % Steuern zu entrichten waren.

Tab. 4: Die elf ergiebigsten Steuern 1994 und 1995
in Mill. DM

Steuerart	Ertrag steht ... zu	1994	1995		
		Deutsch- land	Deutsch- land	Früheres Bundes- gebiet	Neue Län- der und Berlin-Ost
Lohnsteuer	B/L/G	266 522,1	282 700,5	255 258,6	27 441,9
Umsatzsteuer	B/L/EU	195 265,5	198 496,3	183 431,4	15 064,9
Mineralölsteuer	B	63 846,6	64 887,8	.	.
Gewerbesteuer	G/B/L	44 086,3	42 151,8	40 029,8	2 122,0
Einfuhrumsatzsteuer	B/L/EU	40 432,9	36 126,0	35 151,3	974,7
Solidaritätszuschlag	B	1 580,2	26 267,3	.	.
Tabaksteuer	B	20 263,9	20 594,7	.	.
Körperschaftsteuer	B/L	19 568,8	18 135,8	18 766,9	- 631,1
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	B/L	17 746,4	16 914,4	16 182,0	732,4
Versicherungssteuer	B	11 399,7	14 103,9	.	.
Veranlagte Einkommen- steuer	B/L/G	25 509,8	13 997,2	17 206,1	- 3 208,9

B = Bund; EU = Europäische Union; G = Gemeinden; L = Länder.

Tab. 5: Lohn- und Einkommensteuerpflichtige 1992

Steuerpflichtige nach Steuerart	Steuer- pflichtige	Gesamt- betrag der Einkünfte	Lohnsteuer/ Einkommen- steuer	Steuer- belastung
	1 000	DM je Steuerpflichtigen		%
Nichtveranlagte Lohnsteuerpflichtige	891,7	11 600	1 100	9,6
Veranlagte Lohnsteuerpflichtige	24 487,1	57 400	9 900	17,2
Übrige Einkommensteuer- pflichtige (ohne Einkünfte aus nichtselbst. Arbeit)	2 177,5	61 700	15 400	25,0
Zusammen	27 556,3	56 300	10 000	17,8
Verlustfälle	1 922,5	-5 100	0	0
Insgesamt	29 478,8	52 300	9 400	17,9

Zwischen den einzelnen Gruppen variierten diese Werte allerdings beträchtlich. Auf die nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen (3,2 % aller Steuerpflichtigen) entfielen beispielsweise durchschnittliche Einkünfte von 11 600 DM, die im Durchschnitt mit 9,6 % Steuern belastet wurden. Demgegenüber hatten veranlagte Einkommensteuerpflichtige ohne Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (7,9 % aller Steuerpflichtigen) im Durchschnitt Einkünfte von 61 700 DM mit 25,0 % zu versteuern.

Aus den zusammengefaßten Ergebnissen über Lohn- und Einkommensteuerpflichtige lassen sich wichtige Anhaltspunkte über die Einkommensverteilung gewinnen, da alle steuerpflichtigen natürlichen Personen mit ihren (steuerlichen) Einkünften einbezogen sind. Von Nachteil ist, daß die Statistik zu einem relativ späten Zeitpunkt vorliegt, daß Ehegatten grundsätzlich als ein Steuerpflichtiger gezählt werden, daß Lücken hinsichtlich der Einbeziehung von Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft sowie Kapitalvermögen und sonstigen Einkünften (insbesondere Renteneinkünften) bestehen und daß darüber hinaus bei den Arbeitnehmern die Sozialversicherungsbeiträge und freiwilligen Sozialleistungen der Arbeitgeber nicht erfaßt werden.

Tab. 6: Einkommensverteilung 1992
nach der Lohn- und Einkommensteuerstatistik

Gesamtbetrag der Einkünfte von ... bis unter ... DM	Steuerpflichtige		Gesamtbetrag der Einkünfte	
	1 000	%	Mill. DM	%
1– 5 000	1 318,4	4,8	3 390,0	0,2
5 000– 10 000	1 440,8	5,2	10 959,2	0,7
10 000– 15 000	1 502,9	5,5	18 650,1	1,2
15 000– 20 000	1 300,7	4,7	22 728,2	1,5
20 000– 25 000	1 383,1	5,0	31 172,2	2,0
25 000– 30 000	1 517,9	5,5	41 774,5	2,7
30 000– 40 000	3 510,6	12,7	123 449,8	8,0
40 000– 50 000	3 783,2	13,7	169 979,1	11,0
50 000– 60 000	2 994,8	10,9	163 873,2	10,6
60 000– 75 000	3 108,3	11,3	208 282,8	13,4
75 000–100 000	2 969,6	10,8	254 971,4	16,4
100 000–250 000	2 439,4	8,9	328 453,5	21,2
250 000–500 000	206,6	0,7	68 846,6	4,4
500 000– 1 Mill.	54,7	0,2	36 686,9	2,4
1 Mill.– 2 Mill.	16,4	0,1	22 120,4	1,4
2 Mill.– 5 Mill.	6,6	0,0	19 511,5	1,3
5 Mill.–10 Mill.	1,5	0,0	10 390,6	0,7
10 Mill. u. mehr	0,8	0,0	14 996,6	1,0
Zusammen	27 556,3	100	1 550 236,5	100
Verlustfälle mit GdE > 0	554,7	–	6 546,8	–
Verlustfälle mit GdE ≤ 0	1 367,9	–	–16 381,9	–
Insgesamt	29 478,8	–	1 540 401,4	–

25,2 % der Steuerpflichtigen bezogen 1992 Einkünfte von weniger als 25 000 DM, 31,9 % flossen 25 000 bis 50 000 DM zu. 25 265 Steuerpflichtige und damit 0,09 % konnten als Einkommensmillionäre bezeichnet werden. Sie hatten einen Anteil an den Gesamteinkünften von 4,4 %. Er lag damit immer noch um 0,8 Prozentpunkte höher als der Anteil der rund 5,6 Mill. Steuerpflichtigen, die unter 20 000 DM jährlich verdienten.

Angaben aus der Umsatzsteuerstatistik – die Umsatzsteuer ist die Steuer mit der zweithöchsten Ergiebigkeit – liegen zuletzt für das Jahr 1992 für Deutschland vor. Damals erzielten 2,6 Mill. Steuerpflichtige (Voranmeldungssteuerpflichtige mit einem Jahresumsatz über 25 000 DM) steuerbare Umsätze von 6 328 Mrd. DM und leisteten Umsatzsteuer-Vorauszahlungen in Höhe von 125 Mrd. DM. Von besonderer Bedeutung war der Bereich des Produzierenden Gewerbes ohne Baugewerbe, das 14 % der Steuerpflichtigen stellte, aber 41 % des steuerbaren Umsatzes tätigte und 28 % der Steuervorauszahlungen des Jahres 1992 erbrachte.

Die Gesamtheit der Steuereinnahmen muß zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften so verteilt werden, daß sie die ihnen verfassungsmäßig zugewiesenen Aufgaben erfüllen können. Dabei legt das Grundgesetz fest, wem die Erträge bestimmter Steuern zufließen; für die Umsatzsteuer und die gemeindliche Beteiligung an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer wird durch Bundesgesetz geregelt, welche Teile dem Bund und den Ländern bzw. den Gemeinden zustehen. Darüber hinaus erhalten die Europäischen Gemeinschaften das Aufkommen aus den Zöllen und Anteile an der Umsatzsteuer sowie Bruttosozial-

Tab. 7: Kassenmäßige Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung¹
1994 und 1995
in Mill. DM

Einnahmen nach der Verteilung	1994	1995		
	Deutschland	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder u. Berlin-Ost
Es verbleiben				
dem Bund	378 899,5	366 071,7	-	-
den Ländern ²	269 192,6	312 698,8	239 489,0	73 209,8
Stadtstaaten ³	22 237,0	31 725,4	24 685,0	7 040,3
übr. Ländern	239 710,2	280 973,4	214 804,0	66 169,5
den Gemeinden/ Gemeinde- verbänden	97 094,5	94 535,2	86 095,0	8 440,2
der Europäischen Union	40 692,4	40 005,2	-	-
Insgesamt	785 879,0	813 310,9	-	-

¹ Abweichungen gegenüber den Steuereinnahmen nach der Verteilung infolge zeitlicher Überschneidungen.

² Einschl. Bundesergänzungszuweisungen (1994 nur in der Summe enthalten).

³ Ohne Gemeindesteuern.

produkts-Eigenmittel aus den Steuereinnahmen des Bundes. Schließlich findet ein Finanzausgleich zwischen finanzstarken und finanzschwachen Bundesländern statt.

Von den Steuereinnahmen des Jahres 1995 (813,3 Mrd. DM) verblieb dem Bund nach der Verteilung knapp die Hälfte (45 %); die andere Hälfte mußten sich die Länder (38 %), die Gemeinden (12 %) und die EU (5 %) teilen.

11.4 Schulden der öffentlichen Haushalte

Soweit zur Finanzierung der Staatsausgaben die eigenen Einnahmen der öffentlichen Haushalte nicht ausreichen, erfolgt sie durch die Aufnahme von Krediten. Dies hat zu einer wachsenden öffentlichen Verschuldung geführt. Der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte betrug am 31. Dezember 1995 1 976,1 Mrd. DM.

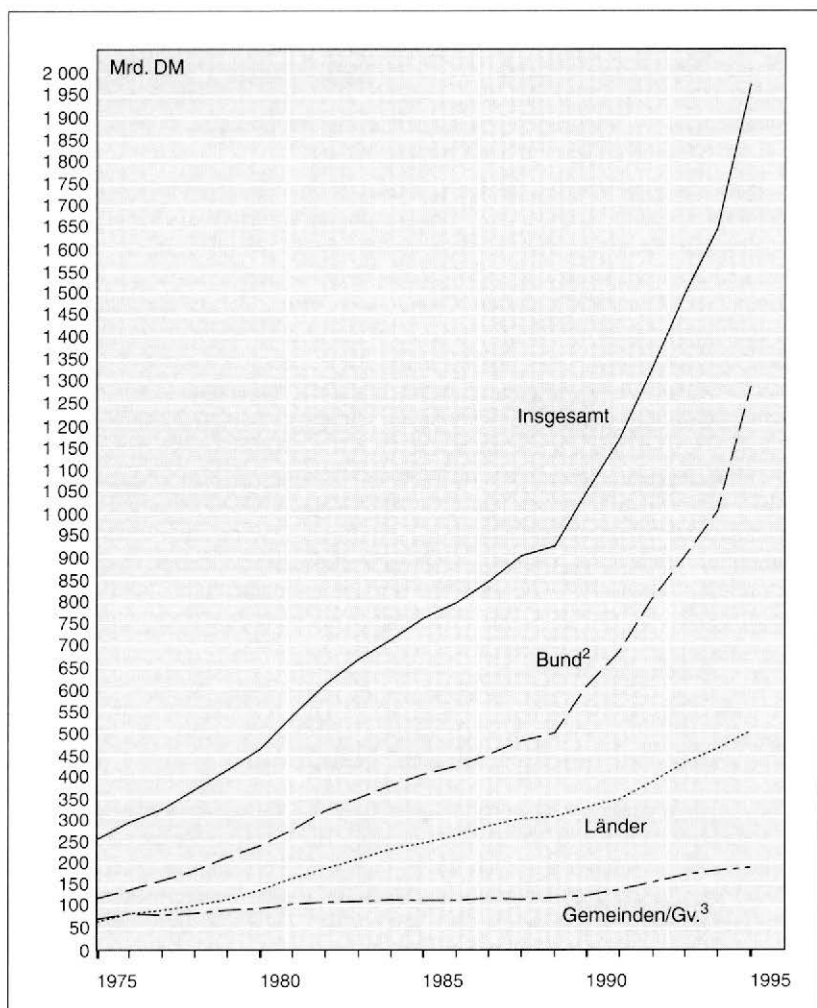
Davon entfielen auf den Bund einschließlich seiner Sondervermögen 1 285,1 Mrd. DM, auf die Länder 503,3 Mrd. DM und auf die Gemeinden und Gemeindeverbände (einschließlich Zweckverbände) 187,7 Mrd. DM. Die öffentlichen Schulden entstehen zum größten Teil über den Kreditmarkt, d. h. durch die Ausgabe von Wertpapieren (Anleihen, Schatzbriefe usw.) oder durch die direkte Aufnahme von Darlehen bei inländischen Versicherungen, Banken, Bausparkassen u.ä. (einschließlich Sozialversicherungsträger) sowie im Ausland. Die Staatsschulden erhöhten sich von 18,7 Mrd. DM im Jahr 1950 über 123,1 Mrd. DM im Jahr 1970 auf 844,3 Mrd. DM im Jahr 1987 und bis 1995 auf 1 976,1 Mrd. DM. Allein 1981 nahm die öffentliche Hand 73,4 Mrd. DM an Krediten netto (Schuldenaufnahme abzüglich Schuldentilgung am Kreditmarkt) neu auf. Nach den Ergebnissen der jährlichen Schuldenstatistik ist in den Jahren 1982 bis 1986 die jährliche Nettoneuverschuldung allerdings zurückgegangen. Sie belief sich 1982 noch auf 71,7 Mrd. DM und nahm dann kontinuierlich ab bis auf 37,8 Mrd. DM im Jahr 1986. 1987

Tab. 8: Kreditmarktschulden¹ der öffentlichen Haushalte 1950 bis 1995

Stichtag	Mill. DM	Stichtag	Mill. DM
31. 3. 1950	18 725	31. 12. 1987	844 253
31. 3. 1955	41 770	31. 12. 1988	898 954
31. 12. 1960	56 716	31. 12. 1989	924 755
31. 12. 1965	84 413	31. 12. 1990	1 048 761
31. 12. 1970	123 075	31. 12. 1991	1 165 521
31. 12. 1975	252 731	31. 12. 1992	1 331 503
31. 12. 1980	462 838	31. 12. 1993	1 499 155
31. 12. 1985	756 537	31. 12. 1994	1 645 142
31. 12. 1986	794 341	31. 12. 1995	1 976 093

¹ Kreditmarktschulden im weiteren Sinne (Wertpapiersschulden, Schulden bei Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmen und sonstigen in- und ausländischen Stellen sowie Ausgleichsforderungen). Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Abb. 3: Kreditmarktschulden¹ der öffentlichen Haushalte 1975 bis 1995
(ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten)



1 Kreditmarktschulden im weiteren Sinne (Wertpapierschulden, Schulden bei Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmen und sonstigen in- und ausländischen Stellen sowie Ausgleichsforderungen). Bis 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.

2 Einschl. Sondervermögen (ERP-Sondervermögen, Lastenausgleichsfonds, ab 1990 einschl. Fonds „Deutsche Einheit“ und Kreditabwicklungsfonds, abgelöst 1995 vom Erblastentilgungsfonds, ab 1994 einschl. Bundeseisenbahnvermögen und ab 1995 einschl. Ausgleichsfonds „Steinkohle“).

3 Einschl. Zweckverbände und Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

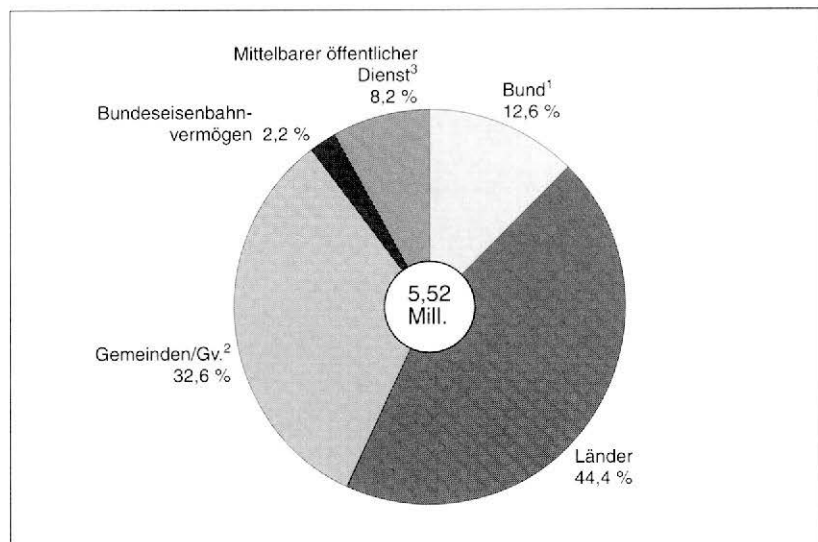
stieg sie wieder auf 49,9 Mrd. DM an und erreichte 1990 vor allem aufgrund eines höheren Finanzierungsbedarfs im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung 124,0 Mrd. DM. Davon entfielen auf den im Juli 1990 errichteten Fonds „Deutsche Einheit“ und den im September 1990 errichteten Kreditabwicklungsfonds zusammen 48,2 Mrd. DM. 1992 betrug die Nettoneuverschuldung aller öffentlichen Haushalte 166,0 Mrd. DM, 1995 331,0 Mrd. DM. Diese starke Zunahme ist vor allem auf die Übertragung der Schulden der Treuhandanstalt (rund 205 Mrd. DM) auf den Erblastentilgungsfonds zurückzuführen.

Der erhebliche Finanzbedarf infolge der deutschen Wiedervereinigung und aufgrund wachsender internationaler Verpflichtungen erfordert kurzfristig eine verstärkte Inanspruchnahme des Kreditmarktes durch die öffentlichen Haushalte. Die Diskussion über Auswirkungen und Grenzen der Staatsverschuldung gewinnt daher erneut an Aktualität. Nach dem Grundgesetz (Art. 115) darf die jährliche Kreditaufnahme des Bundes die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten. Gleichwohl ist auch bei Einhaltung dieses Grundsatzes zu beachten, daß zunehmende Verschuldung zu steigenden Zinszahlungen führt, die den Spielraum der Haushalte künftiger Jahre einengen. Die Zinslast für die Staatsschulden lag z. B. 1975 bei 15 Mrd. DM jährlich, war 1978 auf 22 Mrd. DM gestiegen und betrug 1986 bereits knapp 58 Mrd. DM. 1995 waren es 130,5 Mrd. DM. Mit wachsender öffentlicher Verschuldung verbindet sich auch die Gefahr, daß die öffentliche Nachfrage am Kreditmarkt private Kreditnachfrage verdrängt und damit die private Investitionstätigkeit hemmt. Andererseits können durch Kredite finanzierte Ausgaben des Staates in konjunkturschwachen Zeiten einen Ausgleich für die rückläufige Nachfrage in anderen Bereichen schaffen.

11.5. Personal der öffentlichen Haushalte

Die öffentlichen Arbeitgeber beschäftigten 1995 in Deutschland insgesamt 5,52 Mill. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (einschl. Berufs- und Zeitsoldaten sowie Grundwehrdienstleistende). Davon übten 4,45 Mill. Personen eine Vollzeit- und 1,07 Mill. eine Teilzeitbeschäftigung aus. Gegenüber dem Vorjahr wurden 126 000 Vollzeitkräfte oder 2,7 % weniger beschäftigt. Die Zahl der Teilzeitkräfte hat sich dagegen leicht um 10 000 oder 0,9 % erhöht. Die meisten Beschäftigten standen im Dienst der Länder. Mitte 1995 wurden 2,45 Mill. Landesbedienstete gezählt. Die Kommunen meldeten 1,80 Mill. Beschäftigte; bei den Bundesbehörden waren es 694 000, beim Bundeseisenbahnvermögen 120 000 und im mittelbaren öffentlichen Dienst (Bundesanstalt für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Sozialversicherungsträger und Träger der Zusatzversorgung sowie rechtlich selbständige Anstalten, Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts mit Dienstherrnfähigkeit) 450 000. Die Deutsche Bundespost wurde 1995 privatisiert und gehört nicht mehr zum öffentlichen Dienst.

Abb. 4: Beschäftigte des öffentlichen Dienstes 1995¹
nach Beschäftigungsbereichen



1 Einschl. Soldaten (Berufs-, Zeitsoldaten und Grundwehrdienstleistende).

2 Einschl. kommunaler Zweckverbände.

3 Sozialversicherungsträger, Bundesanstalt für Arbeit, Träger der Zusatzversorgung, Deutsche Bundesbank und Anstalten, Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts mit Dienstherrenfähigkeit.

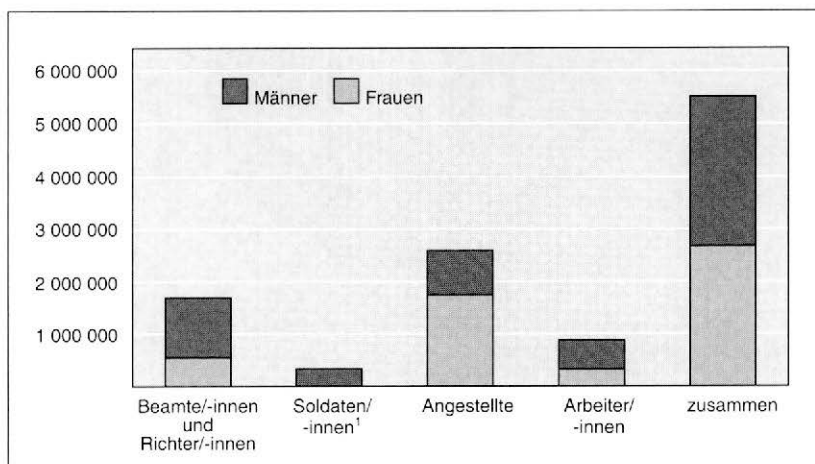
Die Bedeutung des öffentlichen Dienstes für die Erwerbstätigkeit zeigt sich, wenn die Mitarbeiterzahl der öffentlichen Hand in Beziehung zur Gesamtzahl der abhängig Erwerbstätigen gesetzt wird. Gemessen an den rund 32 Mill. abhängig Erwerbstätigen ergibt sich für den öffentlichen Dienst ein Anteil von 17 %. Damit steht im Durchschnitt jeder bzw. jede sechste abhängig Erwerbstätige in den Lohn- und Gehaltslisten der öffentlichen Arbeitgeber (zu den Personalausgaben vgl. 11.2).

In der Gliederung nach dem Dienstverhältnis wurden 2,59 Mill. Angestellte, 1,7 Mill. Beamtinnen und Beamte (einschließlich 22 000 Richterinnen und Richter), 890 000 Arbeiterinnen und Arbeiter und 342 000 Soldaten erfaßt. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Beamtinnen und Beamten (einschl. Richterinnen und Richter) gestiegen, während in den übrigen Dienstverhältnissen eine rückläufige Personalentwicklung zu verzeichnen war. Hierbei ist der Anstieg bei den Beamtinnen und Beamten und der Rückgang bei den Angestellten auf die Berufung von Angestellten in ein Beamtenverhältnis in den neuen Ländern und Berlin-Ost zurückzuführen. Innerhalb der einzelnen Dienstverhältnisse wird die Teilzeitbeschäftigung unterschiedlich in Anspruch genommen. Bei den in einem Beamtenverhältnis stehenden Beschäftigten betrug der entsprechende Anteil 12 %, bei den Angestellten

arbeiteten 24 % und bei den Arbeiterinnen und Arbeitern 27 % mit verkürzter Arbeitszeit.

Von den Beschäftigten, die 1995 in den Lohn- und Gehaltslisten der öffentlichen Arbeitgeber geführt wurden, waren 2,68 Mill. oder knapp 49 % Frauen. Ohne den militärischen Bereich der Bundeswehr liegt der Frauenanteil bei knapp 52 %. Diese Quote liegt im früheren Bundesgebiet deutlich niedriger (knapp 48 %) als in den neuen Bundesländern (gut 66 %).

Abb. 5: Beschäftigte des öffentlichen Dienstes 1995 nach dem Dienstverhältnis



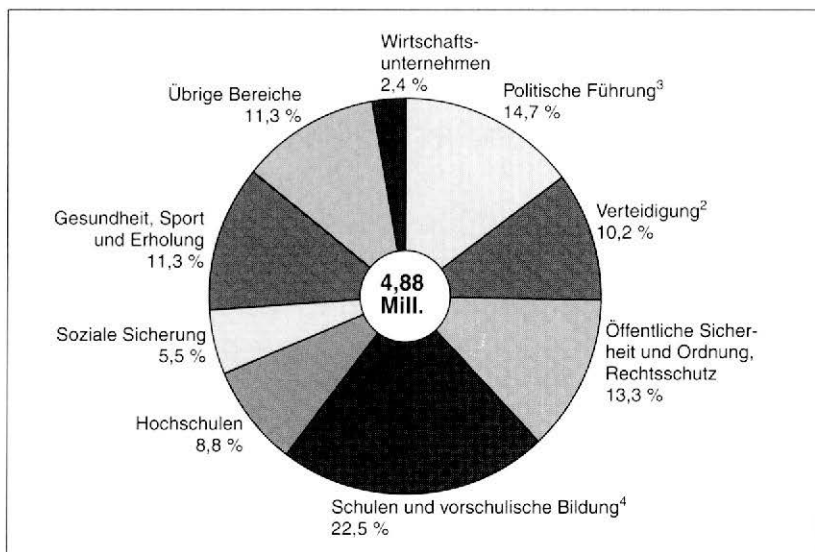
1 Einschl. Grundwehrdienstleistender.

Von 100 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes arbeiten im Durchschnitt 44 bei den Ländern, 33 bei den Kommunen, 13 bei den Bundesbehörden, 8 im Bereich des mittelbaren öffentlichen Dienstes und 2 beim Bundeseisenbahnvermögen.

Die Schwerpunkte des Personaleinsatzes der Gebietskörperschaften liegen im Bereich des Bildungswesens (34 %), der „Politischen Führung“ (15 %), der „Inneren Sicherheit“ (Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Rechtsschutz: 13 %), des Gesundheitswesens einschl. Sport und Erholung (11 %) und der „Äußerer Sicherheit“ (Verteidigung: 10 %).

Seit 1991, dem ersten Jahr nach der Wiedervereinigung, ist die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland drastisch zurückgegangen. Von einem damaligen Personalbestand von knapp 7 Mill. Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hat sich die Beschäftigtenzahl des öffentlichen Dienstes binnen vier Jahren auf 5,5 Mill. verringert. Diese Personalentwicklung hat mehrere Gründe. In den neuen Ländern bestand der Zwang, die Personalaus-

Abb. 6: Beschäftigte des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. 1995^{1,2}
nach Aufgabenbereichen



1 Ohne kommunale Zweckverbände.

2 Einschl. Soldaten (Berufs-, Zeitsoldaten und Grundwehrdienstleistende).

3 Einschl. zentraler und auswärtiger Angelegenheiten.

4 Einschl. Verwaltung.

stattung der Länder und der Kommunen den Verhältnissen im früheren Bundesgebiet anzupassen. Der Bund hat seine Sondervermögen Deutsche Bundesbahn/ Deutsche Reichsbahn und Deutsche Bundespost privatisiert. Vom Personal dieser Sondervermögen sind allein die Beamten der Deutschen Bundesbahn im öffentlichen Dienst verblieben. Sie werden von dem neu errichteten Bundeseisenbahnvermögen verwaltet und an die Deutsche Bahn AG ausgeliehen. Außerdem hat der Bund die zivilen und militärischen Arbeitsplätze bei der Bundeswehr den veränderten sicherheitspolitischen Gegebenheiten angepaßt. Nur im mittelbaren öffentlichen Dienst sind seit 1991 zusätzliche Arbeitsplätze im Zusammenhang mit dem Aufbau der Arbeitsverwaltung und der gesetzlichen Sozialversicherung in den neuen Ländern geschaffen worden.

12 Gesamtwirtschaft im Überblick

12.1 Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Geschehens

Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland wird als „soziale Marktwirtschaft“ bezeichnet. Darunter versteht man die Verbindung von „freier Marktwirtschaft“ mit einem Staat, der den ordnungs- und wirtschaftspolitischen Rahmen sichert und sozial ausgleichend wirkt.

Basis der gesamten staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ist das Grundgesetz. Darin ist kein bestimmtes Wirtschaftssystem festgelegt, es enthält aber eine Reihe normativer Bestimmungen, die als Rahmenbedingungen zu betrachten sind. Dazu zählen insbesondere die Garantie des Privateigentums sowie dessen soziale Verpflichtung, die Gewerbefreiheit, das Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes, die Vereinigungsfreiheit und die Freizügigkeit.

Weitere Grundsätze der Ordnungspolitik werden durch das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (1957), das Stabilitätsgesetz (1967), das Gesetz über das Kreditwesen (1961), das Gesetz über die Deutsche Bundesbank (1957) sowie eine Reihe anderer Gesetze (z. B. Tarifvertragsgesetz, Gewerbeordnung) näher bestimmt.

Darüber hinaus wirken sich auf das wirtschaftliche Geschehen Einflüsse der Sozialgesetzgebung und arbeitsrechtliche Regelungen aus, aber ebenso auch der föderalistische Staatsaufbau und die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in internationale Organisationen. Regelungen der Sozialgesetzgebung beeinflussen nicht nur die Lebensverhältnisse des Einzelnen, sondern auch die Ausgangssituation des Staates und der Sozialversicherungsträger sowie die Kostenrechnung der Unternehmen.

Nicht zuletzt werden die Konsum-, Spar- und Investitionsentscheidungen der Wirtschaftseinheiten (Unternehmen, Staat, Private Haushalte) durch die Steuer- und Abgabepolitik, die Regional- und Strukturpolitik sowie die Geldpolitik beeinflusst.

Die beschriebenen ordnungspolitischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten müssen von den politisch Verantwortlichen – aber auch von anderen Wirtschaftseinheiten – bei wirtschaftspolitischen und anderen Entscheidungen beachtet werden. Erforderlich für Entscheidungsprozesse sind aber auch quantitative Informationen, die unter anderem als wirtschaftsstatistische Daten von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder regelmäßig bereitgestellt werden.

12.2 Einführung in die gesamtwirtschaftliche Darstellung

Aufgabe der Wirtschaftsstatistiken ist es, wirtschaftliche Vorgänge und Ergebnisse in einzelnen Bereichen und in der Volkswirtschaft insgesamt zu erfassen, aufzubereiten und die Daten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Diese Daten dienen als Grundlage wirtschaftspolitischer und unternehmerischer Entscheidungen. Darüber hinaus werden sie von Forschungsinstituten, Hochschulen, Verbänden, internationalen Organisationen und von Unternehmen für Analyse- und Prognosezwecke genutzt.

Den umfassendsten Überblick über das wirtschaftliche Geschehen liefern die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), die statistisches Basismaterial aus nahezu allen Bereichen zu einem geschlossenen Gesamtbild zusammenfügen und gegebenenfalls durch Schätzungen ergänzen, um statistische Lücken zu schließen.

Der Darstellung der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge liegt der Kreislaufgedanke zugrunde. Damit das Bild überschaubar bleibt, wird in den VGR die Vielzahl der Wirtschaftseinheiten und der wirtschaftlichen Vorgänge zu Gruppen zusammengefaßt. Die Gruppen sind so gebildet, daß die vielschichtigen Zusammenhänge im Wirtschaftsleben möglichst klar erkennbar werden. Die Wirtschaftseinheiten werden in erster Linie nach der Art ihres wirtschaftlichen Verhaltens gruppiert; in grober Gliederung spricht man von den Sektoren Unternehmen, Private Haushalte, Staat und Ausland, in feiner Gliederung von Wirtschafts- bzw. Produktionsbereichen, Haushaltsgruppen usw. Die Abgrenzung und Zusammenfassung der wirtschaftlichen Vorgänge wird so vorgenommen, daß ein möglichst aussagefähiges Bild entsteht über die

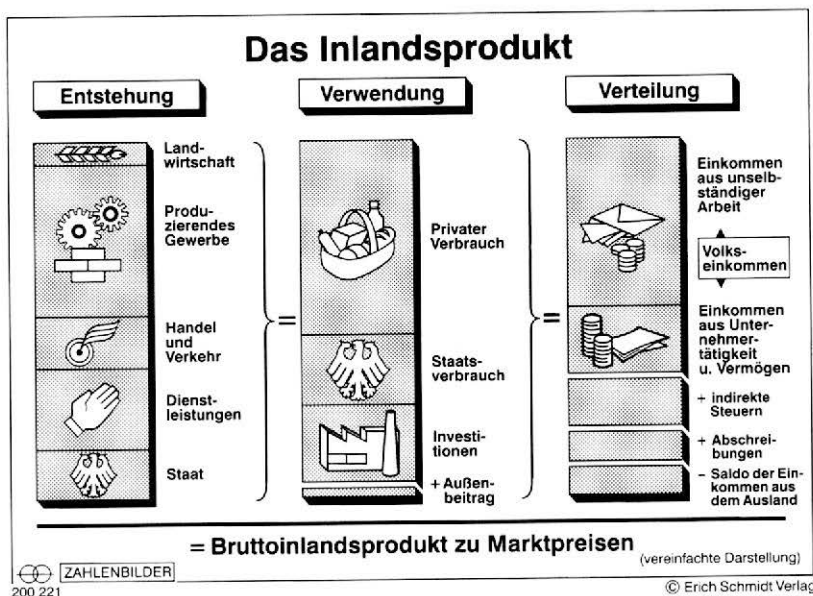
- Produktion, Verteilung und Verwendung der Güter,
- Entstehung, Verteilung, Umverteilung und Verwendung der Einkommen sowie die
- Vermögensbildung und ihre Finanzierung.

Die Ergebnisse der VGR werden grundsätzlich in Geldeinheiten ausgedrückt. Sie beziehen sich, wie das statistische Ausgangsmaterial, stets auf abgelaufene Zeiträume.

Die VGR sind als ein geschlossenes Kontensystem mit doppelter Verbuchung aller Vorgänge angelegt und umfassen daneben eine Reihe ergänzender Tabellen. In den Tabellen werden die Kontenpositionen teilweise tiefer untergliedert, nach besonderen Gesichtspunkten zusammengefaßt oder zum Beispiel um die Angaben in konstanten Preisen erweitert. Außerdem werden in den Input-Output-Tabellen die produktions- und gütermäßigen Verflechtungen in der Volkswirtschaft gezeigt.

Ziel der VGR ist die Quantifizierung der Leistung einer Volkswirtschaft als Ganzes. Diese kann aus drei Blickwinkeln heraus erfolgen:

- Wo ist die Leistung entstanden? Wie haben die einzelnen Wirtschaftsbereiche zum gesamtwirtschaftlichen Ergebnis beigetragen? (Entstehungsrechnung, vgl. 12.4)
- Wofür wurde das, was erarbeitet wurde, verwendet? Wurde es investiert, dem letzten Verbrauch zugeführt oder exportiert? (Verwendungsrechnung, vgl. 12.5)
- Wie wurde das bei der Erarbeitung der gesamtwirtschaftlichen Leistung entstandene Einkommen verteilt? (Verteilungsrechnung, vgl. 12.6)



Als zentrale Größen werden in der Entstehungsrechnung die Bruttowertschöpfung und das Bruttoinlandsprodukt, in der Verwendungsrechnung der Private Verbrauch und der Staatsverbrauch, die Bruttoinvestitionen und der Außenbeitrag und in der Verteilungsrechnung das Einkommen aus unselbständiger Arbeit und das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sowie das Volkseinkommen berechnet.

Im folgenden werden für die Jahre 1991 bis 1997 Angaben der VGR für Deutschland insgesamt und – soweit noch möglich – für die beiden Teilgebiete früheres Bundesgebiet und neue Länder und Berlin-Ost nachgewiesen und im Rahmen der Möglichkeiten vergleichende Betrachtungen durchgeführt. Darüber hinaus werden für das frühere Bundesgebiet einige auffällige Entwicklungen seit 1960 kommentiert.

12.3 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts

Das Bruttoinlandsprodukt ist ein Maß für die in einem bestimmten Wirtschaftsraum, zum Beispiel Deutschland, in einem Zeitraum, beispielsweise einem Kalenderjahr, erbrachte gesamtwirtschaftliche Leistung.

Es kann prinzipiell von drei Seiten berechnet und dargestellt werden. Die folgenden Angaben in Mrd. DM gelten für 1997:

1. Entstehungsseite

Produktionswert	8 622,9
– Vorleistungen (bereinigt)	5 276,3
= Bruttowertschöpfung (bereinigt)	3 346,6
+ Umsatzsteuer und Einfuhrabgaben	277,4
= Bruttoinlandsprodukt	3 624,0
+ Saldo der Einkommen aus der übrigen Welt	–23,9
= <i>Bruttosozialprodukt</i>	3 600,1

2. Verwendungsseite

Privater Verbrauch	2 095,2
+ Staatsverbrauch	703,4
+ Anlageinvestitionen	722,9
+ Vorratsveränderung	47,6
+ Außenbeitrag	54,9
= <i>Bruttoinlandsprodukt</i>	3 624,0

3. Verteilungsseite

Bruttosozialprodukt	3 600,1
– Abschreibungen	471,5
– Indirekte Steuern	459,8
+ Subventionen	66,9
= Volkseinkommen	2 735,7
– Einkommen aus unselbständiger Arbeit	1 907,0
= <i>Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen</i>	828,7

Im Jahr 1997 erreichte das deutsche Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen 3 624,0 Mrd. DM. Die Wirtschaftseinheiten in den neuen Ländern und Berlin-Ost erwirtschafteten davon einen Anteil von knapp 12 %. Im früheren Bundesgebiet war das nominale Bruttoinlandsprodukt 1997 mit 3 202,6 Mrd. DM mehr als zehnmal so hoch wie 1960, als es bei 302,7 Mrd. DM lag.

Die Zunahme oder Abnahme des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen wird sowohl durch die Veränderung des Volumens der gesamtwirtschaftlichen Leistung als auch durch die allgemeine Preisentwicklung beeinflusst. Bei einer Rechnung in konstanten Preisen eines bestimmten Basisjahres wird dagegen die Preisveränderung ausgeschaltet. Die jährlichen Veränderungsdaten des Bruttoinlandsprodukts in konstanten Preisen können so als Maßstab der (realen) Wirtschaftsentwicklung betrachtet werden. Im früheren Bundesgebiet hat das Bruttoinlands-

Tab 1: Bruttoinlandsprodukt

Jahr ¹	In jeweiligen Preisen		In Preisen von 1991	
	Mrd. DM	DM je Erwerbstätigen im Inland (Wirtschaftsleistung)	Mrd. DM	DM je Erwerbstätigen im Inland (Produktivität)
<i>Deutschland</i>				
1991	2 853,6	78 200	2 853,6	78 200
1992	3 078,6	85 900	2 916,4	81 400
1993	3 163,7	89 800	2 881,9	81 800
1994	3 328,2	95 100	2 960,2	84 600
1995	3 442,8	98 800	2 996,2	85 900
1996	3 523,5	102 400	3 034,6	88 200
1997	3 624,0	106 700	3 101,4	91 300
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>				
1991	206,0	28 100	206,0	28 100
1992	265,6	41 600	222,1	34 800
1993	323,2	52 000	242,8	39 000
1994	366,1	57 800	266,2	42 100
1995	393,0	61 400	278,0	43 500
1996	411,2	65 600	287,0	45 800
1997	421,4	69 300	291,9	48 000
<i>Früheres Bundesgebiet</i>				
1960	302,7	11 600	1 000,0	38 400
1970	675,3	25 400	1 543,2	58 100
1980	1 472,0	54 600	2 018,0	74 800
1990	2 426,0	85 200	2 520,4	88 500
1991	2 647,6	90 700	2 647,6	90 700
1992	2 813,0	95 500	2 694,3	91 500
1993	2 840,5	97 900	2 639,1	91 000
1994	2 962,1	103 400	2 694,0	94 000
1995	3 049,8	107 100	2 718,2	95 500
1996	3 112,3	110 500	2 747,6	97 600
1997	3 202,6	114 900	2 809,5	100 800

¹ Ab 1996 vorläufiges Ergebnis.

produkt zwischen 1960 und 1997 im jährlichen Durchschnitt preisbereinigt um rund 3,0 % zugenommen.

Neben dem Bruttoinlandsprodukt ist die Pro-Kopf-Leistung, als Maß für die Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen), eine wichtige Größe zur Beurteilung des wirtschaftlichen Fortschritts.

Die Pro-Kopf-Leistung in jeweiligen Preisen wird dabei als Wirtschaftsleistung bezeichnet. Sie dient in erster Linie zum Vergleich der Arbeitsproduktivität ver-

schiedener Gebiete innerhalb einer Periode. Im Gegensatz dazu wird die Pro-Kopf-Leistung in konstanten Preisen, die Produktivität genannt wird, zur Messung von Produktivitätsveränderungen zwischen mehreren Perioden verwendet.

In konstanten Preisen des Jahres 1991 gerechnet, war die Produktivität im früheren Bundesgebiet 1997 gut zweieinhalbmal so hoch wie 1960. Sie wuchs in diesem Zeitraum jährlich im Durchschnitt um 2,6 % an.

Die Wirtschaftsleistung, das heißt der Anteil des Bruttoinlandsprodukts, den jeder Erwerbstätige durchschnittlich erwirtschaftet, lag 1997 im früheren Bundesgebiet bei 114 900 DM. Die neuen Länder und Berlin-Ost erreichten 1997 mit 69 300 DM gut 60 % der Wirtschaftsleistung des früheren Bundesgebietes. Das ist bereits eine erhebliche Steigerung gegenüber 1991, dem Jahr eins nach der deutschen Vereinigung, in dem nur 31 % der Wirtschaftsleistung des Westens erzielt wurden.

12.4 Entstehung des Bruttoinlandsprodukts

Die Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts wird in tiefer Gliederung berechnet und nach maximal 58 Wirtschaftsbereichen veröffentlicht. Dabei läßt sich der Beitrag der einzelnen Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt an ihrer Bruttowertschöpfung messen.

Die Bruttowertschöpfung ist die Summe der von inländischen Wirtschaftseinheiten bzw. Wirtschaftsbereichen produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der von anderen Wirtschaftseinheiten bzw. von anderen Wirtschaftsbereichen bezogenen Vorleistungen (z. B. Rohstoffe, Vorprodukte, Handelswaren, Reparaturleistungen usw.). Tab. 2 zeigt die Wertschöpfung nach fünf zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen. Die Angaben in jeweiligen Preisen sind als absolute Beträge in Mrd. DM ausgewiesen und zeigen den Beitrag des jeweiligen Wirtschaftsbereiches zur Wertschöpfung, während in konstanten Preisen mit der prozentualen Veränderung der Bruttowertschöpfung die wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen im Zeitverlauf dokumentiert wird.

Abb. 1 zeigt anhand von zwei Kreisdiagrammen die Struktur der nominalen gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in Deutschland für die Jahre 1991 und 1997. In den Bereichen Handel und Verkehr (Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung 1991: 15,1 %; 1997: 14,6 %) und Staat, private Haushalte u. ä. (1991: 14,0 %; 1997: 14,1 %) traten keine großen Veränderungen auf. Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (1991: 1,5 %; 1997: 1,1 %) und des Produzierenden Gewerbes (1991: 39,1 %; 1997: 32,8 %) gingen deutlich zurück, während die Dienstleistungsunternehmen (1991: 30,3 %; 1997: 37,4 %) deutlich an Bedeutung gewonnen und seit 1995 eine höhere Bruttowertschöpfung als das Produzierende Gewerbe haben.

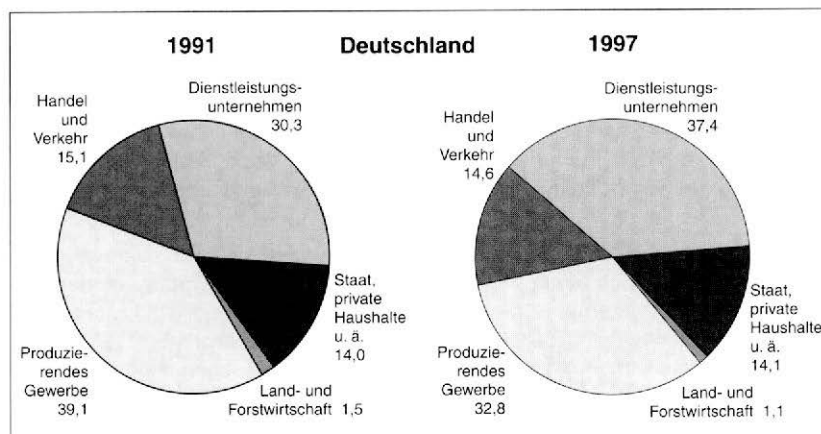
Ein Vergleich der Entstehungsstrukturen des früheren Bundesgebietes für die Jahre 1960 bis 1996 zeigt, daß das Produzierende Gewerbe auch hier seit 1994

Tab. 2: Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

Jahr ¹	Bruttowertschöpfung	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen	Staat, private Haushalte u. ä.
in jeweiligen Preisen in Mrd. DM						
<i>Deutschland</i>						
1991	2 756,8	41,0	1 077,2	416,9	835,6	387,1
1992	2 977,8	40,6	1 117,4	441,2	951,2	427,5
1993	3 053,6	36,5	1 079,2	454,1	1 034,2	449,6
1994	3 202,8	36,1	1 116,7	478,4	1 110,0	461,7
1995	3 313,3	36,3	1 133,3	494,6	1 169,3	479,8
1996	3 393,6	38,7	1 123,9	496,2	1 245,7	489,2
1997	3 489,9	39,4	1 144,5	508,7	1 305,1	492,3
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>						
1991	208,4	7,0	75,2	30,3	44,6	51,3
1992	263,1	6,9	89,6	36,7	67,1	65,9
1993	320,7	6,5	106,9	43,9	89,1	74,3
1994	/	/	126,9	49,4	101,9	77,0
1995	/	/	137,3	51,2	110,7	81,9
1996	/	/	141,6	51,8	121,6	83,5
1997	/	/	143,4	52,9	129,5	82,4
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
1991	2 548,4	34,1	1 002,0	386,6	790,0	335,8
1992	2 711,7	33,7	1 027,8	404,5	884,1	361,6
1993	2 732,9	30,0	972,4	410,2	945,1	375,3
1994	/	/	989,9	429,0	1 008,1	384,8
1995	/	/	996,0	443,4	1 058,5	397,9
1996	/	/	982,4	444,4	1 124,0	405,6
1997	/	/	1 001,1	455,8	1 175,6	409,9
in Preisen von 1991, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
<i>Deutschland</i>						
1992	2,1	17,2	- 1,1	2,4	5,6	1,8
1993	- 1,0	- 5,3	- 5,7	- 0,2	3,9	0,5
1994	2,6	- 3,8	2,8	1,6	3,8	1,3
1995	1,4	- 3,0	0,4	1,2	3,4	0,4
1996	1,7	8,6	- 1,4	1,0	5,3	0,6
1997	2,6	- 1,6	2,6	2,5	4,0	- 0,3
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>						
1992	7,6	- 3,4	9,3	8,3	18,6	- 3,3
1993	8,5	11,2	12,2	13,4	9,7	- 2,6
1994	/	/	15,7	8,3	8,7	- 1,1
1995	/	/	5,2	3,6	7,5	0,3
1996	/	/	3,9	1,7	6,6	- 0,8
1997	/	/	3,7	1,1	2,9	- 1,8
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
1970	4,8	3,0	5,3	5,1	3,5	5,2
1980	0,9	2,0	- 1,3	0,9	3,9	2,7
1990	5,5	4,2	4,7	7,8	7,2	2,1
1992	1,7	21,4	- 1,9	1,9	4,8	2,6
1993	- 1,8	- 7,9	- 7,2	- 1,3	3,6	1,0
1994	/	/	1,5	1,0	3,5	1,6
1995	/	/	- 0,2	1,0	3,1	0,4
1996	/	/	- 2,0	0,9	5,2	0,8
1997	/	/	2,4	2,6	4,0	- 0,1

1 Ab 1996 vorläufiges Ergebnis.

Abb. 1: Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche 1991 und 1997
in Prozent¹



1 1997 vorläufiges Ergebnis.

nicht mehr den größten Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung hat. Dieser Anteil war seit 1960 ständig zurückgegangen. Auffällig ist aber auch der starke Rückgang des Beitrags der Land- und Forstwirtschaft und die deutliche Erhöhung des Anteils der Dienstleistungsunternehmen an der gesamtwirtschaftlichen Leistung. Das verdeutlicht den volkswirtschaftlichen Strukturwandel, der sich in den letzten 37 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland vollzogen hat und der im wesentlichen von der Zunahme der Bedeutung der Dienstleistungsbereiche geprägt war.

Tab. 3: Erwerbstätige im Inland nach zusammengefaßten
Wirtschaftsbereichen in Deutschland

Jahr ¹	Insgesamt in 1 000	Land- und Forst- wirtschaft	Produ- zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungs- unter- nehmen	Staat, private Haushalte u.ä.
		in % von insgesamt				
1991	36 510	3,9	39,5	18,6	17,9	20,1
1992	35 844	3,4	37,9	19,0	19,1	20,6
1993	35 221	3,2	36,7	19,1	20,3	20,7
1994	34 986	3,0	35,9	19,1	21,2	20,8
1995	34 860	2,9	35,5	18,8	22,0	20,7
1996	34 423	2,8	34,7	18,8	22,9	20,9
1997	33 962	2,7	34,0	18,8	23,5	20,9

1 Ab 1996 vorläufiges Ergebnis.

Bei einer Betrachtung der beiden Teilgebiete ist auffallend, daß der Anteil der Dienstleistungsunternehmen an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in den neuen Ländern deutlich niedriger liegt als in Westdeutschland und auch 1997 noch nicht an den Anteil des Produzierenden Gewerbes heranreicht. Dagegen ist der Anteil des Staates in den neuen Ländern noch wesentlich stärker ausgeprägt als im früheren Bundesgebiet.

Die oben beschriebenen Umstrukturierungsprozesse in Deutschland haben auch einen Einfluß auf die Struktur der Erwerbstätigkeit und lassen sich gut anhand der Verteilung der Erwerbstätigen auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche nachvollziehen.

Während in Deutschland 1991 in den Abgrenzungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen noch knapp 40 % der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe arbeiteten, waren es 1997 nur noch 34 %. Umgekehrt waren 1991 nur rund 18 von 100 Erwerbstätigen bei Dienstleistungsunternehmen beschäftigt, 1997 waren es fast 24 (siehe Tab. 3). Während der Anteil der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei deutlich zurückging (Anteil 1991: 3,9 %; 1997: 2,7 %), gab es beim Handel und Verkehr (1991: 18,6 %; 1997: 18,8 %) und Staat, private Haushalte u. ä. (1991: 20,1 %; 1997: 20,9 %) keine auffälligen Änderungen.

12.5 Verwendung des Bruttoinlandsprodukts

Die Verwendungsrechnung als zweite Säule der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zeigt, wie die produzierten und importierten Waren und Dienstleistungen verwendet worden sind. Generell können sie, nach Abzug des Vorleistungsverbrauchs, der letzten inländischen Verwendung, das heißt dem Privaten Verbrauch, dem Staatsverbrauch und den Bruttoinvestitionen zugeführt oder aber ausgeführt werden. Angaben zur Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts enthalten Tab. 4 und 5.

Tab. 5 zeigt, daß in Deutschland der größte Teil (rund 59 %) der letzten inländischen Verwendung von Waren und Dienstleistungen für den Privaten Verbrauch eingesetzt wird. Unter Privatem Verbrauch wird dabei im wesentlichen der Kauf von Waren und Dienstleistungen durch inländische private Haushalte verstanden.

Etwas mehr als ein Fünftel der Güter der letzten inländischen Verwendung werden investiert, erhöhen also den Bestand an Anlagen (Ausrüstungen, Bauten) oder verändern die Vorratsbestände der Unternehmen und des Staates. Die Investitionen – insbesondere die Anlageinvestitionen – sind für die wirtschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung. Sie sind eine wesentliche Voraussetzung für den wirtschaftlichen Verlauf der kommenden Jahre.

Ein weiteres Fünftel der letzten inländischen Verwendung entfällt auf den Staatsverbrauch. Dieser umfaßt die Aufwendungen des Staates (Gebietskörperschaften, Sozialversicherung) für allgemeine Verwaltungsleistungen, Sicherheit, Bildung,

Tab. 4: Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland

Jahr ¹	Brutto- inlands- produkt	Privater Verbrauch	Staats- verbrauch	Brutto- investitionen	Außen- beitrag
in jeweiligen Preisen in Mrd. DM					
1991	2 853,6	1 630,3	556,7	668,8	- 2,3
1992	3 078,6	1 755,5	616,4	707,6	- 0,9
1993	3 163,7	1 829,3	634,9	681,8	17,8
1994	3 328,2	1 906,0	658,6	742,6	21,0
1995	3 442,8	1 975,3	668,6	753,9	27,1
1996	3 523,5	2 046,4	705,1	729,3	42,7
1997	3 624,0	2 095,2	703,4	770,5	54,9
in Preisen von 1991 in Mrd. DM					
1991	2 853,6	1 630,3	556,7	668,8	- 2,3
1992	2 916,4	1 676,4	579,4	679,8	- 19,2
1993	2 881,9	1 678,7	576,6	637,7	- 11,2
1994	2 960,2	1 699,0	588,9	683,5	- 11,2
1995	2 996,2	1 730,2	600,5	682,5	- 17,0
1996	3 034,6	1 757,6	616,9	660,1	0,0
1997	3 101,4	1 765,7	612,7	698,3	24,6
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					in Mrd. DM
1992	2,2	2,8	4,1	1,6	- 16,9
1993	- 1,2	0,1	- 0,5	- 6,2	8,0
1994	2,7	1,2	2,1	7,2	- 0,0
1995	1,2	1,8	2,0	- 0,1	- 5,9
1996	1,3	1,6	2,7	- 3,3	17,1
1997	2,2	0,5	- 0,7	5,8	24,6

1 Ab 1996 vorläufiges Ergebnis.

Gesundheitswesen u. ä., soweit sie der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden.

Zur Nachfrageseite des Bruttoinlandsprodukts gehört auch der Außenbeitrag. Er stellt den Saldo aus Aus- und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in die bzw. aus der „übrigen Welt“ dar. Tab. 4 zeigt, daß der nominale Außenbeitrag für Deutschland in den ersten beiden Jahren nach der deutschen Vereinigung negativ war, also nach Deutschland mehr Güter eingeführt als aus Deutschland ausgeführt worden sind. Dies hat sich 1993 wieder umgekehrt und seitdem ist der Außenbeitrag jährlich angestiegen.

Da die Waren und Dienstleistungsströme innerhalb Deutschlands nicht mehr zu erfassen und zuzuordnen sind, wurde die nach früherem Bundesgebiet und neuen Ländern getrennte Darstellung der Verwendung des Inlandsprodukts mit Jahresbeginn 1995 – mit Ausnahme der Bauinvestitionen – eingestellt.

Tab. 5: Letzte inländische Verwendung in jeweiligen Preisen

Jahr ¹	Letzte inländische Verwendung Mrd. DM	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Bruttoinvestitionen
		in % der letzten inländischen Verwendung		
1991	2 855,9	57,1	19,5	23,4
1992	3 079,5	57,0	20,0	23,0
1993	3 145,9	58,1	20,2	21,7
1994	3 307,2	57,6	19,9	22,5
1995	3 415,7	57,8	20,1	22,1
1996	3 480,8	58,8	20,3	21,0
1997	3 569,1	58,7	19,7	21,6

1 Ab 1996 vorläufiges Ergebnis.

12.6 Verteilung des Volkseinkommens

Neben der Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts ist als dritter Aspekt die Verteilung der Einkommen von Interesse. Das gesamtdeutsche Volkseinkommen erreichte 1997 einen Wert von 2 735,7 Mrd. DM, das waren 33 300 DM je Einwohner. Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit lagen insgesamt bei 1 907,0 Mrd. DM und je Arbeitnehmer (Lohnkosten) bei 63 020 DM.

Von dem für 1997 ermittelten gesamtdeutschen Volkseinkommen entfielen weniger als 70 % auf die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und gut 30 % auf die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (siehe Tab. 6). Um Mißverständnisse bei der Interpretation dieser Zahlen zu vermeiden, ist

Tab. 6: Verteilung des Volkseinkommens in Deutschland

Jahr ¹	Volkseinkommen		Einkommen aus unselbständiger Arbeit			Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen Mrd. DM
	Mrd. DM	DM je Einwohner	Mrd. DM	% vom Volkseinkommen	DM je Arbeitnehmer (Lohnkosten)	
1991	2 227,4	27 800	1 611,6	72,4	48 630	615,8
1992	2 373,8	29 500	1 741,2	73,4	53 780	632,5
1993	2 400,5	29 600	1 777,9	74,1	56 110	622,6
1994	2 510,0	30 800	1 824,1	72,7	58 120	685,9
1995	2 599,0	31 800	1 883,4	72,5	60 360	715,6
1996	2 657,0	32 400	1 902,5	71,6	61 870	754,5
1997	2 735,7	33 300	1 907,0	69,7	63 020	828,7

1 Ab 1996 vorläufiges Ergebnis.

anzumerken, daß zu den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen neben den Unternehmenseinkommen (Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Personengesellschaften, Einzelunternehmen einschließlich Landwirte, Freie Berufe usw.) auch die Vermögenseinkommen aller Bevölkerungsgruppen (also zum Beispiel auch die Zinsen aus dem Sparguthaben oder die Dividenden aus dem Aktienbesitz eines Arbeitnehmers) rechnen. Außerdem ist zu beachten, daß das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit die gesamten Sozialbeiträge (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteile) sowie die Lohnsteuer der Arbeitnehmer einschließt.

Tab. 7: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit¹ in Deutschland
in Mrd. DM

Gegenstand der Nachweisung	1991	1992	1993	1995	1996	1997
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 611,6	1 741,2	1 777,9	1 883,4	1 902,5	1 907,0
– Sozialbeiträge der Arbeitgeber	298,1	323,5	327,0	368,0	375,9	387,2
= Bruttolohn- und -gehaltssumme	1 313,6	1 417,7	1 450,9	1 515,5	1 526,6	1 519,8
– Abzüge	413,9	464,2	473,0	539,2	527,0	537,4
= Nettolohn- und -gehaltssumme	899,6	953,5	977,9	976,3	999,6	982,4
Nachrichtlich: Nettolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer monatlich DM	2 260	2 450	2 570	2 610	2 710	2 710

1 Ab 1996 vorläufiges Ergebnis.

Vom gesamten Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit entfielen 1997 in Deutschland 20,3 % auf die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, 28,2 % auf die Lohnsteuer und die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer (Abzüge). Die Summe der Nettolöhne und -gehälter betrug somit 51,5 % des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit bzw. 64,6 % der Bruttolohn- und -gehaltssumme. Die Belastung der Bruttolöhne und -gehälter durch die Abzüge und Sozialabgaben lag 1997 durchschnittlich bei gut 35 % gegenüber 31,5 % im Jahr 1991, dem Jahr eins der Deutschen Einheit.

Wegen der großen Erfassungsprobleme der innerdeutschen Einkommensströme werden das Volkseinkommen und andere Verteilungsgrößen nach dem Inländerkonzept nur noch für Deutschland, nicht mehr jedoch für die beiden Teilgebiete nachgewiesen. Im früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern gibt es aber noch Informationen zu den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, zur Bruttolohn- und -gehaltssumme sowie zur Nettolohn- und -gehaltssumme nach dem Inlandskonzept, das die im Inland entstandenen Einkommen betrachtet (s. Tab. 8).

Für das Jahr 1997 zeigt sich, daß im früheren Bundesgebiet der Anteil der Bruttolohn- und -gehaltssumme an den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit bei

Tab. 8: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, Bruttolohn- und -gehaltsumme, Nettolohn- und -gehaltsumme im Inland¹

Jahr	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Bruttolohn- und -gehaltsumme	Nettolohn- und -gehaltsumme	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Bruttolohn- und -gehaltsumme	Nettolohn- und -gehaltsumme
	in Mrd. DM			monatlich je Arbeitnehmer in DM		
Früheres Bundesgebiet						
1991	1 430,2	1 161,2	783,5	4 560	3 700	2 500
1992	1 529,4	1 240,2	826,8	4 830	3 920	2 610
1993	1 544,0	1 253,8	836,8	4 960	4 030	2 690
1994	1 571,3	1 260,8	825,6	5 120	4 110	2 690
1995	1 613,6	1 290,1	820,3	5 300	4 240	2 690
1996	1 629,2	1 299,6	838,2	5 420	4 320	2 790
1997	1 636,8	1 297,0	825,6	5 510	4 360	2 780
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
1992	6,9	6,8	5,5	5,9	5,8	4,5
1993	1,0	1,1	1,2	2,7	2,9	3,0
1994	1,8	0,6	-1,3	3,2	2,0	0,1
1995	2,7	2,3	-0,6	3,5	3,1	0,2
1996	1,0	0,7	2,2	2,2	2,0	3,5
1997	0,5	-0,2	-1,5	1,6	0,9	-0,4
Neue Länder und Berlin-Ost						
1991	177,7	149,3	114,0	2 130	1 790	1 370
1992	209,9	175,8	125,6	2 930	2 450	1 750
1993	232,9	196,1	140,4	3 370	2 840	2 030
1994	252,6	210,7	147,4	3 610	3 010	2 110
1995	271,4	226,6	156,7	3 850	3 210	2 220
1996	275,3	228,5	162,1	3 990	3 310	2 350
1997	272,5	224,5	157,8	4 100	3 370	2 370
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
1992	18,1	17,9	10,2	37,6	37,3	28,3
1993	10,9	11,6	11,7	15,0	15,7	15,9
1994	8,5	7,4	5,0	7,1	6,1	3,7
1995	7,4	7,6	6,3	6,5	6,6	5,4
1996	1,4	0,9	3,5	3,8	3,2	5,8
1997	-1,0	-1,7	-2,7	2,6	1,9	0,9

1 Ab 1996 vorläufiges Ergebnis.

79,2 % lag. Der Anteil der Nettolohn- und -gehaltsumme an dem Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit betrug 50,4 %, der an der Bruttolohn- und -gehaltsumme 63,7 %.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost sorgten die niedrigeren Belastungen durch Lohnsteuer und Sozialabgaben im Jahr 1997 für entsprechend höhere Anteils-

werte. Hier lag der Anteil der Bruttolohn- und -gehaltsumme an den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit bei 82,4 %. Die Nettolohn- und -gehaltsumme erreichte 57,9 % der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und 70,3 % der Bruttolohn- und -gehaltsumme.

Der durchschnittliche monatliche Nettoverdienst je Arbeitnehmer stieg im früheren Bundesgebiet in den Jahren 1991 bis 1997 um 11,2 % von 2 500 DM auf 2 780 DM. In den neuen Ländern und Berlin-Ost lag der Anstieg dagegen mit 73 % (1991: 1 370 DM; 1997: 2 370 DM) (siehe Tab. 8) deutlich höher. Dieser deutliche Zuwachs ist auf eine Zunahme der Nettolöhne um 38,4 % bei gleichzeitigem Beschäftigtenabbau um rund 20 % (1991: 6,95 Mill.; 1997: 5,54 Mill. Arbeitnehmer) zurückzuführen.

Tab. 9: Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und seine Verwendung in Deutschland

Jahr ¹	Verfügbares Einkommen ²		Privater Verbrauch		Sparquote = Ersparnis in % vom verfügbaren Einkommen
	Mrd. DM	DM je Einwohner	DM je Einwohner	in % vom verfügbaren Einkommen	
1991	1 871,3	23 400	20 400	87,1	12,9
1992	2 014,0	25 000	21 800	87,2	12,8
1993	2 083,9	25 700	22 500	87,8	12,2
1994	2 156,8	26 500	23 400	88,4	11,6
1995	2 229,5	27 300	24 200	88,6	11,4
1996	2 312,4	28 200	25 000	88,5	11,5
1997	2 355,1	28 700	25 500	89,0	11,0

1 Ab 1996 vorläufiges Ergebnis.

2 Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Sowohl die Einkommen aus unselbständiger Arbeit als auch der überwiegende Teil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen fließen den privaten Haushalten zu. Von dieser Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen müssen – wie bereits erwähnt – (direkte) Steuern und Sozialbeiträge gezahlt werden, die jedoch teilweise in Form von sozialen Leistungen und anderen Übertragungen den Haushalten wieder zugute kommen. Erst die Einkommen, die sich nach dieser Umverteilung ergeben, stehen zur freien Verfügung der Haushalte und können für den Privaten Verbrauch bzw. die Ersparnis verwendet werden.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Deutschland betrug 1997 rund 2 355 Mrd. DM. Auf jeden Einwohner entfielen somit im Durchschnitt 28 700 DM. Davon wurden 89 % für den Privaten Verbrauch aufgewendet und knapp 11 % gespart. Die Sparquote (Anteil der Ersparnis am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte) ist in Deutschland damit seit 1991 um fast zwei Prozentpunkte gefallen (siehe Tab. 9).

12.7 Außenwirtschaft

12.7.1 Die Bedeutung der außenwirtschaftlichen Verflechtungen

Welche Bedeutung den außenwirtschaftlichen Verflechtungen zukommt, wird u. a. dadurch deutlich, daß die Bundesrepublik Deutschland – nach den USA – den zweithöchsten Außenhandelsumsatz der Welt hat. Allerdings ist die Entwicklung des Außenhandels nur ein Aspekt der außenwirtschaftlichen Zusammenhänge. Wichtig sind auch die Entwicklung der Wechselkurse und der Zinssätze, die u. a. zu Bewegungen auf den Geld- und Kapitalmärkten sowie zu Preisänderungen am Weltmarkt führen, der Reiseverkehr ins Ausland, der ebenso wie der Import von Gütern den Abfluß von Devisen verursacht, und schließlich die Einbindung in internationale Organisationen mit ihren finanziellen Verpflichtungen, z. B. gegenüber der Europäischen Union, dem Weltwährungsfonds, den Entwicklungsländern und zunehmend auch gegenüber den Staaten Mittel- und Osteuropas.

12.7.2 Außenhandel

Über den Außenhandel liefert die amtliche Statistik detaillierte Angaben, nicht nur hinsichtlich Umfang und Handelspartnern, sondern auch bezüglich der Waren, die ein- bzw. ausgeführt werden.

Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland gilt als „exportabhängig“. In hohem Maße ist sie aber auch auf Importe (z. B. Erdöl- und Rohstoffeinfuhr) ange-

Tab. 10: Entwicklung von Wareneinfuhr und Warenausfuhr

Jahr ¹	Einfuhr	Ausfuhr	Bruttoinlandsprodukt	Einfuhr ²	Ausfuhr ²
	Mrd. DM			% des Bruttoinlandsprodukts	
1960	42,7	47,9	302,7	14,1	15,8
1970	109,6	125,3	675,3	16,2	18,6
1980	341,4	350,3	1 472,0	23,2	23,8
1985	463,8	537,2	1 823,2	25,4	29,5
1986	413,7	526,4	1 925,3	21,5	27,3
1987	409,6	527,4	1 990,5	20,6	26,5
1988	439,6	567,7	2 096,0	21,0	27,1
1989	506,5	641,0	2 224,4	22,8	28,8
1990	550,6	642,8	2 426,0	22,7	26,5
1991	643,9	665,8	2 853,6	22,6	23,3
1992	637,5	671,2	3 075,6	20,7	21,8
1993	566,5	628,4	3 159,9	17,9	19,9
1994	617,0	690,6	3 320,3	18,6	20,8
1995 ³	634,3	727,7	3 459,6	18,3	21,0

¹ Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Spezialhandel entsprechend der Außenhandelsstatistik.

³ Vorläufiges Ergebnis.

wiesen. Dies zeigt sich z. B. darin, daß 1995 der Anteil der Wareneinfuhr am Bruttoinlandsprodukt 18,3 % und der Anteil der Warenausfuhr am Bruttoinlandsprodukt 21,0 % betrugen. Insgesamt wurden von Deutschland im Jahre 1995 Waren im Wert von 634,3 Mrd. DM ein- und im Wert von 727,7 Mrd. DM ausgeführt.

Die wichtigsten Handelspartner der Bundesrepublik Deutschland sind die Mitgliedsländer der Europäischen Union, mit denen 1995 55 % der deutschen Wareneinfuhren und 57 % der deutschen Warenausfuhren getätigt wurden. Von den übrigen Ländern haben 1995 vor allem die Vereinigten Staaten, die Schweiz, Japan, Polen und die Tschechische Republik verstärkt deutsche Waren abgenommen; umgekehrt profitierten insbesondere die Vereinigten Staaten, Japan, die Schweiz und China von der deutschen Nachfrage.

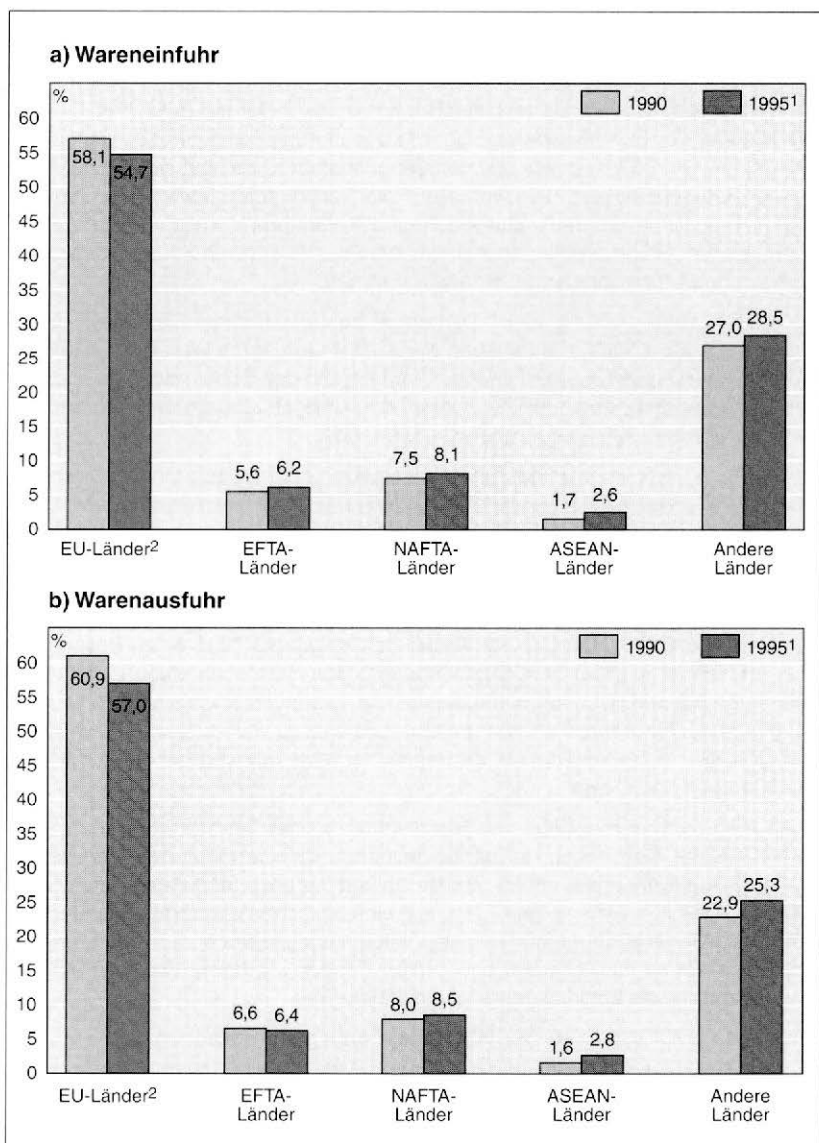
Für die Beurteilung von Handelsbeziehungen zu den einzelnen Ländergruppen ist auch der „Außenhandelsaldo“ (Wert der Ausfuhr abzüglich Wert der Einfuhr von Waren) von Interesse. Sowohl im Warenverkehr mit den EU-Ländern als auch mit den EFTA-Ländern, den NAFTA-Ländern, den ASEAN-Ländern und den anderen Ländern wurden 1995 Ausfuhrüberschüsse erzielt.

Innerhalb der einzelnen Ländergruppen ergeben sich jedoch Unterschiede. So wurden beispielsweise 1995 nach Frankreich Waren im Wert von 84,5 Mrd. DM exportiert und nur Waren im Wert von 68,1 Mrd. DM eingeführt. Dagegen überstieg die Einfuhr aus Irland (7,4 Mrd. DM), aus Finnland (6,7 Mrd. DM) und aus Portugal (6,6 Mrd. DM), die Ausfuhr dorthin um 4,1 Mrd. DM bzw. um jeweils 0,1 Mrd. DM. Damit wies in der Gruppe der EU-Länder lediglich der Warenaustausch mit Irland, Finnland und Portugal in der Handelsbilanz des Jahres 1995 einen Passivsaldo aus. Im Handel mit den Vereinigten Staaten, der 1991 noch einen Einfuhrüberschuß von 0,5 Mrd. DM verbuchte, schloß die Warenverkehrsbilanz im Jahr 1995 mit einem Ausfuhrüberschuß von 9,7 Mrd. DM nahezu wie im Jahr 1990 (9,8 Mrd. DM) und 1994 (9,5 Mrd. DM) ab. Zu Beginn der 80er Jahre hatten die Importe die Exporte noch überstiegen.

Fragt man nach dem Einfluß von Überschüssen oder Defiziten auf das binnenwirtschaftliche Geschehen, so ist zu beachten, daß den Güterströmen gegenläufige Geldströme entsprechen. Zur Bezahlung der gekauften Waren und Dienstleistungen kann nur in wenigen Fällen die einheimische Währung verwendet werden. In der Regel benötigt man Devisen, vereinfacht gesprochen: die Währung der Länder, in denen man einkauft bzw. dritter Länder, auf deren Währung sich die Handelspartner als Zahlungsmittel geeinigt haben.

Wird ebensoviel exportiert wie importiert, können die gekauften Güter mit den Devisen bezahlt werden, die für die verkauften Güter eingegangen sind. Wird dagegen mehr ein- als ausgeführt, vermindern sich die Devisenreserven des jeweiligen Landes. Auf lange Frist gesehen, schmelzen sie ganz zusammen, und das entsprechende Land ist gezwungen, sich mehr und mehr gegenüber anderen Ländern zu verschulden. (In dieser Position befinden sich heute beispielsweise viele Entwicklungsländer.)

Abb. 2: Außenhandel Deutschlands nach Ländergruppen 1990 und 1995



¹ Vorläufiges Ergebnis.

² Einschl. Angaben für Finnland, Österreich und Schweden, die seit dem 1. 1. 1995 Vollmitglieder der Europäischen Union sind.

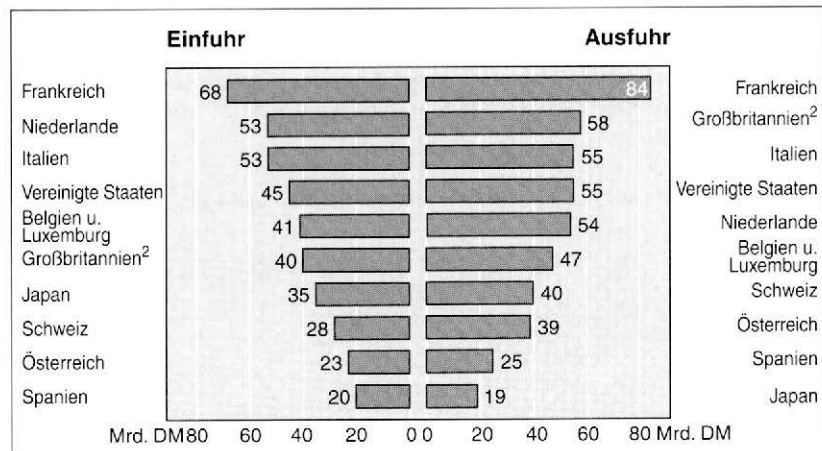
Außenhandelsdefizite einzelner Staaten sind Exportüberschüsse anderer Staaten. Aber nicht nur für Defizitländer, auch für Überschußländer entstehen Probleme. Ein Exportüberschuß bedeutet – am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland erläutert – nichts anderes, als daß ein Teil der im Inland produzierten Güter ins Ausland fließt, ohne daß dafür andere Güter importiert werden. Die Personen aber, die diese Güter hergestellt und gehandelt haben, werden für ihre Leistung in DM bezahlt; sie können auf dem deutschen Markt Güter nachfragen, ohne daß sie zum inländischen Angebot beigetragen haben. Diese Nachfrage, der kein entsprechendes Güterangebot gegenübersteht, kann die Preise in die Höhe treiben. Zunehmende Verschuldung auf der einen Seite, Preissteigerungen auf der anderen – dies sind nur zwei Auswirkungen anhaltender Außenhandelsungleichgewichte. Insofern wird verständlich, warum das „außenwirtschaftliche Gleichgewicht“ zu den Hauptzielen der Wirtschaftspolitik gehört.

Neben der Information über die Bestimmungsländer der Ausfuhr und die Ursprungsländer der Einfuhr ist die warenmäßige Aufschlüsselung der Exporte und Importe für die Durchleuchtung der Verflechtungen im Außenhandel von großer Bedeutung.

Aus Tab. 11 wird deutlich, daß Ein- und Ausfuhr unterschiedlich strukturiert sind und daß sich die Zusammensetzung der Warenströme im Verlauf der letzten drei Jahrzehnte verändert hat.

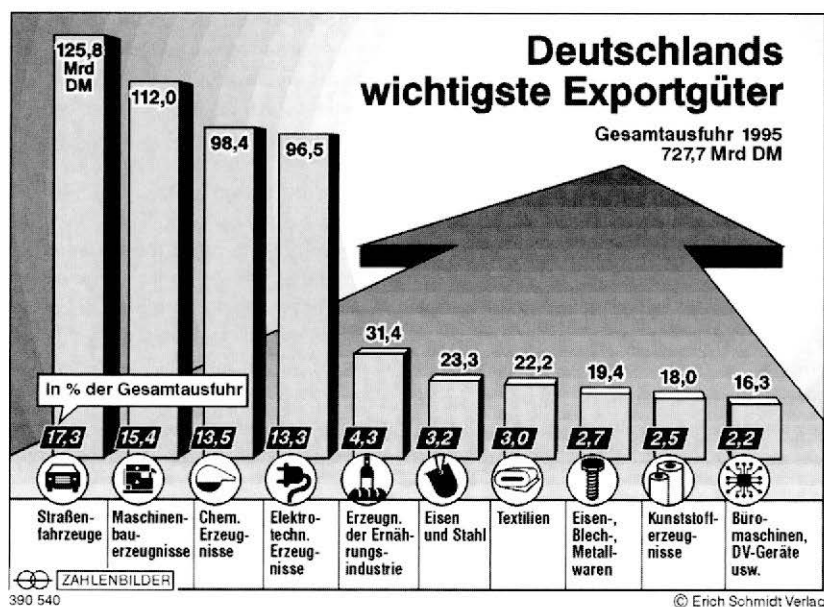
Das Schwergewicht der Ausfuhr Deutschlands liegt eindeutig bei den Fertigwaren mit einem Anteil von mittlerweile 87 % an der Gesamtausfuhr. Der Anteil dieser

Abb. 3: Die größten Handelspartner Deutschlands 1995¹
in Mrd. DM



¹ Vorläufiges Ergebnis.

² Und Nordirland.



Waren an der Einfuhr ist von etwa einem Drittel im Jahr 1960 auf nahezu drei Viertel (72 %) der 1995 insgesamt eingeführten Waren gestiegen. Die Güter der Ernährungswirtschaft (z. B. Nahrungsmittel tierischen und pflanzlichen Ursprungs, Genußmittel) machten 1960 rund ein Viertel der Einfuhr aus, 1995 nur noch 10 %. Trotz dieses relativen Rückgangs ist die Einfuhr dieser Güter nach wie vor von größerem Gewicht als die Ausfuhr. Aus Tab. 11 wird auch die relativ geringe Bedeutung der Ausfuhr von Rohstoffen gegenüber ihrer Einfuhr deutlich. Dies gilt, obwohl der Anteil der Rohstoffeinfuhr an der Gesamteinfuhr zwischen 1980 und 1995 deutlich zurückgegangen ist.

Tab. 11: Einfuhr und Ausfuhr nach Warengruppen¹ in Prozent

Wirtschaftszweig/ Warengruppe	Einfuhr ²				Ausfuhr ²			
	1960	1980	1990	1995	1960	1980	1990	1995
Ernährungswirtschaft	26,3	12,7	10,8	10,3	2,3	5,3	4,8	5,1
Gewerbliche Wirtschaft	72,7	86,0	87,8	86,2	97,4	94,0	94,8	93,3
davon:								
Rohstoffe	21,7	17,3	6,1	4,9	4,6	1,9	1,1	1,0
Halbwaren	18,9	17,6	11,3	9,6	10,4	8,7	5,3	5,0
Fertigwaren	32,2	51,2	70,5	71,7	82,4	83,4	88,4	87,4

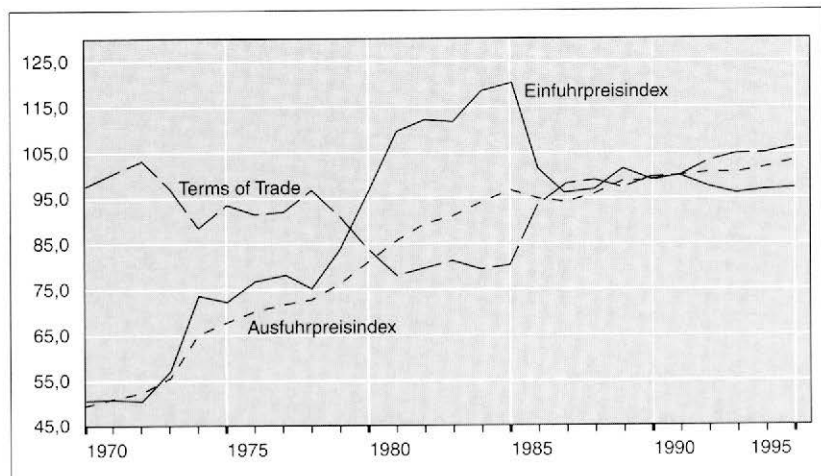
¹ Ohne Rückwaren und Ersatzlieferungen.

² Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1995 vorläufiges Ergebnis für Deutschland.

12.7.3 Außenhandelspreise

Die Indizes der Außenhandelspreise messen die Entwicklung der Preise aller Waren, die zwischen Deutschland und dem Ausland gehandelt werden. Damit stellen sie für Politik und Wirtschaft eine wertvolle Informationsquelle dar. Insbesondere dienen sie zur Abschätzung der Preiseinflüsse aus dem Ausland auf das inländische Preisniveau. Mit Hilfe der aus ihnen abgeleiteten Terms of Trade (Ausfuhrpreisindex dividiert durch Einfuhrpreisindex mal 100) kann darüber hinaus die Entwicklung der Austauschverhältnisse der deutschen Volkswirtschaft mit dem Ausland analysiert werden. Steigen beispielsweise die Ausfuhrpreise stärker als die Einfuhrpreise – wie zu Beginn der 70er Jahre und seit 1992 –, bedeutet dies, daß man für eine bestimmte Menge ausgeführter Güter einen höheren Erlös erhält und dafür mehr Güter im Ausland einkaufen kann als zuvor.

Abb. 4: Index der Ein- und Ausfuhrpreise in Deutschland¹
(1991=100)



1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet.

Bei den Ausfuhrpreisen ist seit 1970 ein nahezu durchgehender Preisanstieg festzustellen, während bei den Einfuhrpreisen Preisausschläge nach beiden Seiten zu verzeichnen waren, wobei jedoch die Preissteigerungen gegenüber den Preisrückgängen langfristig überwogen. Ursache für diese Entwicklung ist im wesentlichen die unterschiedliche Warenstruktur der Ein- und Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland. Bei den Importen sind Rohstoffe und auch Güter der Ernährungswirtschaft, die besonders häufig stärkeren Preisschwankungen unterliegen, von größerer Bedeutung als bei den Exporten.

Tab. 12: Index der Ein- und Ausfuhrpreise in Deutschland
(1991 = 100)

Jahr	Einfuhrpreisindex	Ausfuhrpreisindex	Terms of Trade
1970	51,0	49,8	97,6
1971	51,2	51,5	100,6
1972	50,9	52,6	103,3
1973	57,4	55,9	97,4
1974	73,8	65,4	88,6
1975	72,5	68,0	93,8
1976	77,0	70,6	91,7
1977	78,1	71,9	92,1
1978	75,3	73,0	96,9
1979	84,0	76,4	91,0
1980	96,6	81,2	84,1
1981	109,8	85,9	78,2
1982	112,3	89,6	79,8
1983	111,9	91,2	81,5
1984	118,6	94,3	79,5
1985	120,3	96,9	80,5
1986	101,5	95,1	93,7
1987	96,0	94,3	98,2
1988	97,1	96,2	99,1
1989	101,5	98,9	97,4
1990	99,2	99,0	99,8
1991	100,0	100,0	100,0
1992	97,6	100,7	103,2
1993	96,1	100,7	104,8
1994	96,9	101,6	104,9
1995	97,3	103,3	106,2

12.7.4 Zahlungsbilanz

Um das Bild der außenwirtschaftlichen Verflechtungen zu vervollständigen, empfiehlt sich auch die Betrachtung der Zahlungsbilanz. Die Zahlungsbilanz gibt ein zusammengefaßtes Bild der wirtschaftlichen Transaktionen zwischen In- und Ausländern. Sie gliedert sich in die Leistungsbilanz, die Bilanz der Vermögensübertragungen und die Kapitalbilanz. In der Leistungsbilanz werden alle Waren- und Dienstleistungsumsätze, Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie die laufenden Übertragungen dargestellt, die im Berichtszeitraum stattgefunden haben. Die Vermögensübertragungen werden in einer gesonderten Position ausgewiesen. Unter den Übertragungen insgesamt sind die Gegenbuchungen zu den Güter- und Kapitalbewegungen zu finden, die unentgeltlich erfolgt sind. Als Saldo der Kapitalbilanz erhält man die Zu- (+) oder Abnahme (-) des Netto-Auslandsvermögens.

Die Zahlungsbilanz ist wie jedes geschlossene Buchhaltungssystem stets ausgeglichen. In der hier gewählten Darstellung gilt für den rechnerischen Zusam-

menhang zwischen den erwähnten drei Teilen der Zahlungsbilanz folgende Gleichung:

$$\begin{aligned} & \text{Saldo der Leistungsbilanz} \\ & + \text{Saldo der Vermögensübertragungen} \\ & = \text{Saldo der Kapitalbilanz (+ Saldo der statistisch} \\ & \quad \text{nicht aufgliederbaren Transaktionen)} \end{aligned}$$

Um das Verständnis der Kapitalbilanz zu erleichtern, wurde eine Darstellung gewählt, die von der üblichen Form etwas abweicht. Dabei wurden die Vorzeichen in der Weise gesetzt, daß jede Bestandserhöhung mit einem Pluszeichen, jede Verminderung mit einem Minuszeichen erscheint.

Tab. 13: Saldo der Leistungsbilanz / Vermögensübertragungen
in Mill. DM

Jahr	Saldo der Leistungsbilanz						Vermögens- übertra- gungen							
	ins- gesamt	Waren- und Dienstleistungsverkehr			Erwerbs- und Ver- mögens- einkom- men	laufende Übertra- gungen								
		zusammen	Waren- verkehr¹ (fob-Werte)	Dienst- leistungs- verkehr										
Früheres Bundesgebiet														
1975	+	10 414	+	26 034	+	39 949	-13 915	+	3 058	-	18 678	-	52	
1980	-	24 106	-	5 414	+	14 871	-	20 285	+	5 492	-	24 184	-	1 638
1985	+	51 666	+	70 747	+	83 063	-	12 316	+	12 647	-	31 729	-	391
1987	+	84 183	+	104 908	+	121 884	-	16 976	+	10 871	-	31 596	-	168
1988	+	87 984	+	111 549	+	134 656	-	23 106	+	11 430	-	34 995	-	24
1989	+	106 484	+	117 810	+	141 504	-	23 694	+	25 786	-	37 112	+	149
Deutschland														
1990²	+	78 650	+	84 841	+	112 663	-	27 822	+	32 017	-	38 208	-	2 124
1991	-	29 949	-	2 787	+	32 385	-	35 172	+	34 275	-	61 438	-	1 009
1992	-	30 221	-	2 877	+	44 374	-	47 251	+	26 821	-	54 165	+	924
1993	-	22 390	+	14 354	+	69 076	-	54 722	+	21 715	-	58 459	+	800
1994	-	31 890	+	19 313	+	83 744	-	64 431	+	11 354	-	62 557	+	312
1995	-	30 052	+	28 118	+	94 655	-	66 537	+	392	-	58 562	-	862

1 Spezialhandel einschl. Ergänzungen.

2 Ab Juli 1990 gesamtdeutsche Angaben.

Aus der Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Tab. 13) geht hervor, daß den Außenhandelsüberschüssen Defizite beim Dienstleistungsverkehr (hauptsächlich verursacht durch die Reisefreudigkeit der Deutschen), und bei den laufenden Übertragungen (insbesondere Beiträge zum EU-Haushalt, Heimatüberweisungen der ausländischen Arbeitnehmer, private Renten, Pensionen und Unterstützungszahlungen an das Ausland) gegenüberstehen. Seit 1991 ist der Saldo der Leistungsbilanz negativ, wobei sich das Defizit (mit Ausnahme des Jahres 1993) in etwa in derselben Größenordnung – um 30 Mrd. DM – bewegt.

Tab. 14: Saldo der Kapitalbilanz
in Mill. DM

Jahr	Saldo der Kapitalbilanz					Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen
	insgesamt	Direktinvestitionen	Wertpapieranlagen	übriger Kapitalverkehr	Veränderung der Nettoauslandsaktiva der Deutschen Bundesbank ¹	
Früheres Bundesgebiet						
1975	+ 10 260	+ 3 702	+ 4 053	+ 4 724	- 2 219	+ 103
1980	- 27 925	+ 7 920	+ 6 762	- 14 713	- 27 894	+ 2 181
1985	+ 57 851	+ 13 505	- 6 103	+ 48 606	+ 1 843	- 6 576
1987	+ 80 427	+ 14 129	- 7 297	+ 32 376	+ 41 219	+ 3 588
1988	+ 90 881	+ 19 269	+ 64 272	+ 42 016	- 34 676	- 2 920
1989	+ 115 654	+ 15 252	+ 4 394	+ 115 005	- 18 997	- 9 021
Deutschland						
1990 ²	+ 101 495	+ 34 667	+ 5 687	+ 50 165	+ 10 976	- 24 969
1991	- 19 877	+ 32 492	- 41 338	- 11 350	+ 319	- 11 079
1992	- 22 794	+ 26 341	- 46 937	- 70 944	+ 68 745	- 6 501
1993	- 48 975	+ 22 400	- 182 353	+ 146 745	- 35 766	+ 27 385
1994	- 46 680	+ 25 913	+ 43 943	- 128 779	+ 12 242	+ 15 102
1995	- 38 167	+ 37 084	- 41 767	- 51 238	+ 17 754	+ 7 253

1 Zu Transaktionswerten.

2 Ab Juli 1990 gesamtdeutsche Angaben.

Aus der Kapitalbilanz Tab. 14 ist ersichtlich, daß die deutschen Direktinvestitionen im Ausland höher sind als die Anlagen des Auslands in Deutschland. 1995 wurden z. B. 37 Mrd. DM mehr von Deutschen im Ausland investiert, als ausländische Mittel bei uns in Investitionen flossen. Deutsche Wertpapiere waren dagegen 1995 vom Ausland stärker nachgefragt, als Deutsche ausländische Wertpapiere bezogen. Um 51 Mrd. DM war außerdem 1995 die Mittelzufuhr durch den übrigen Kapitalverkehr (vor allem Kreditverkehr) höher als der Kapitalabfluß.

Der Saldo der Kapitalbilanz – bereinigt um die „Statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen“ – entspricht dem Saldo der Leistungsbilanz zuzüglich des Saldos der Vermögensübertragungen. Den Leistungstransaktionen in Form des Waren- und Dienstleistungsverkehrs und der Übertragungen stehen entsprechende finanzielle Transaktionen gegenüber. Sofern die Überschüsse bzw. Defizite in der Leistungsbilanz nicht durch Gegenbewegungen im Kapitalverkehr ausgeglichen werden, verändern sich die Auslandsaktiva der Bundesbank (Gold, Devisen usw.) entsprechend.

13 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Die amtliche Statistik der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei gliedert sich in die überwiegend in zweijährigen oder längerfristigen Abständen stattfindenden Betriebsstatistiken und die im allgemeinen jährlich oder mit kürzerer Periodizität durchgeführten Erzeugungsstatistiken. Zusätzlich werden einschlägige Geschäftsstatistiken von Ministerien und Ergebnisse anderer Zentralstellen herangezogen.

Seit der Vereinigung Deutschlands wird auch in den neuen Bundesländern die amtliche Agrarstatistik auf der Grundlage der geltenden nationalen und supranationalen Rechtsvorschriften durchgeführt, so daß die methodische und zeitliche Vergleichbarkeit bei den vorliegenden Ergebnissen gegeben ist. In den folgenden Beiträgen wurden deshalb die gesamtdeutschen agrarstatistischen Entwicklungen mit denen im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern im Zusammenhang dargestellt. Auf eine gesamtdeutsche Aussage wird nur dann verzichtet, wenn gravierende Unterschiede im Entwicklungsstand einer Zusammenfassung entgegenstehen.

13.1 Bedeutung der Agrarwirtschaft

Mit der Versorgung der Bevölkerung und der Sicherstellung der Ernährung erbringt die Agrarwirtschaft eine bedeutsame Leistung. So werden ca. 83 % des Nah-

Tab. 1: Wichtige Eckdaten über die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft 1995 in Deutschland

Landwirtschaftlich genutzte Fläche der landwirtschaftlichen Betriebe	17,2 Mill. Hektar = 48 % der Fläche Deutschlands
Erwerbstätige ¹ in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ²	1,0 Mill. = 2,9 % aller Erwerbstätigen
Bruttowertschöpfung in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ²	36,3 Mrd. DM = 1,1 % der gesamten Bruttowertschöpfung
Selbstversorgungsgrad der Bundesrepublik Deutschland ³	83 % ⁴

1 Ergebnisse aus Berechnungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

2 Vorläufiges Ergebnis.

3 Inlandserzeugung in Prozent des Verbrauchs pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse, ohne Erzeugnisse aus Auslandsfuttermitteln.

4 1993/94.

rungsbedarfs in Deutschland aus heimischer Produktion gedeckt. Dennoch ist der Anteil der Landwirtschaft an der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung (Bruttowertschöpfung) mit 1,1 % außerordentlich gering. Auch für die Beschäftigung spielt die Landwirtschaft nur eine untergeordnete Rolle. Während um die Jahrhundertwende noch gut jeder dritte Erwerbstätige und 1950 immerhin rund jeder vierte in diesem Bereich tätig war, ist es gegenwärtig nur noch etwa jeder dreißigste (nach Berechnungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen).

In diesen Zahlen kommt zum Ausdruck, daß sich in der Landwirtschaft seit Jahren ein tiefgreifender Wandel der Produktionsstrukturen vollzieht, der hinsichtlich seiner Ausmaße und Auswirkungen ohne Beispiel ist. Er war begleitet von der Integration dieses Wirtschaftsbereichs in den gemeinsamen Agrarmarkt der Europäischen Union.

13.2 Bodennutzung

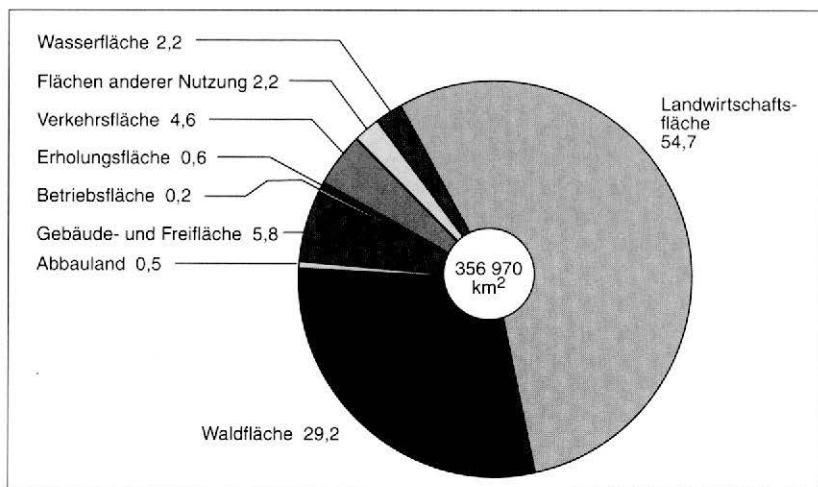
Die Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung 1993 lieferte erstmals für Deutschland Angaben zur Nutzung der Bodenfläche nach einheitlichen methodischen Maßstäben für alle 16 Bundesländer.

Die Ergebnisse zeigen, daß die Bodenfläche der Bundesrepublik Deutschland 356 970 Quadratkilometer beträgt. Nach wie vor beansprucht die Landwirtschaftsfläche mit 54,7 % den größten Anteil; während dieser Anteil im früheren Bundesgebiet 53,5 % betrug, lag er in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 57,6 % höher. In neun Ländern wird mehr als die Hälfte der Bodenfläche landwirtschaftlich genutzt. In Schleswig-Holstein ist der Anteil mit 73,5 % am höchsten. Neben den Stadtstaaten haben Hessen und Rheinland-Pfalz mit jeweils 43,8 % den geringsten Anteil.

Die Waldfläche nimmt einen Anteil von 29,2 % ein. Während im früheren Bundesgebiet 30,0 % der Fläche mit Wald bedeckt ist, sind es in den neuen Ländern und Berlin-Ost 27,3 %. Die walddreichsten Länder sind Rheinland-Pfalz mit 40,5 % und Hessen mit 39,8 %. Den geringsten Anteil an Waldfläche besitzt Schleswig-Holstein mit 9,2 %.

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfaßt 40 166 Quadratkilometer; das entspricht einem Anteil von 11,3 %. Im früheren Bundesgebiet ist der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche mit 12,7 % deutlich höher als in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 7,9 %. In den Flächenländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Bayern und Sachsen liegt der Anteil unter 10 %. Nordrhein-Westfalen mit 19,6 % und das Saarland mit 18,9 % besitzen den relativ größten Raum für Siedlungs- und Verkehrszwecke. In den Stadtstaaten nimmt die Siedlungs- und Verkehrsfläche über die Hälfte der Bodenfläche ein; in der Bundeshauptstadt Berlin sind es 68,0 %.

Abb. 1: Aufteilung der Fläche nach Nutzungsarten
1993 in Prozent



13.3 Landwirtschaftliche Betriebe

In der deutschen Landwirtschaft haben sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nachhaltige Strukturveränderungen vollzogen. So ist im früheren Bundesgebiet die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe von etwa 1,6 Mill. (1949) auf 0,5 Mill. (1995) zurückgegangen. Das betraf vor allem kleine und mittlere Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von 1 bis unter 20 Hektar. Die Anzahl der Betriebe, die 30 Hektar und mehr bewirtschaften, hat sich in diesem Zeitraum von etwa 56 000 auf 129 000 mehr als verdoppelt.

Tab. 2: Durchschnittliche Betriebsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe
in Hektar

Jahr	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost ¹
1949	.	8,06	.
1960	.	9,34	281,42
1970	.	11,67	612,54
1980	.	15,27	2 388,23
1991	27,59	19,62	284,47
1995	31,04	22,31	182,51

¹ Vor 1991 Güter, Genossenschaften und Kommunalbetriebe mit landwirtschaftlich genutzter Fläche.

Tab. 3: Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)
in der Landwirtschaft

Betriebe/Landwirtschaftlich genutzte Fläche	Einheit	Früheres Bundesgebiet			
		1960	1979	1991	1995
Landwirtschaftliche Betriebe	1 000	1 385	810	599	525
<i>davon nach Größenklassen der LF:</i>					
1 bis unter 10 ha	1 000	960	415	275	236
10 bis unter 20 ha	1 000	286	187	121	97
20 bis unter 50 ha	1 000	122	179	151	130
50 bis unter 100 ha	1 000	14	26	43	50
100 ha und mehr	1 000	3	4	8	12
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	1 000 ha	12 935	12 204	11 748	11 711
<i>davon nach Größenklassen der LF:</i>					
1 bis unter 10 ha	1 000 ha	4 105	1 786	1 167	985
10 bis unter 20 ha	1 000 ha	3 990	2 711	1 766	1 416
20 bis unter 50 ha	1 000 ha	3 504	5 341	4 746	4 136
50 bis unter 100 ha	1 000 ha	884	1 675	2 876	3 357
100 ha und mehr	1 000 ha	450	691	1 193	1 817
Durchschnittliche Betriebsgröße der Betriebe mit 1 ha und mehr	ha LF	9	15	20	22
		Einheit		Neue Länder und Berlin-Ost	
				Deutschland	
		1991	1995	1991	1995
Landwirtschaftliche Betriebe	1 000	18,6	30,2	617,3	555,1
<i>davon nach Größenklassen der LF:</i>					
1 bis unter 10 ha	1 000	9,5	13,7	284,5	250,0
10 bis unter 50 ha	1 000	4,0	6,6	276,4	233,5
50 bis unter 100 ha	1 000	1,1	2,2	44,4	51,7
100 bis unter 1 000 ha ¹	1 000	2,1	6,0	11,9	19,9
1 000 bis unter 3 000 ha	1 000	1,5	1,6	.	.
3 000 ha und mehr	1 000	0,4	0,1	.	.
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	1 000 ha	5 281	5 521	17 029	17 231
<i>davon nach Größenklassen der LF:</i>					
1 bis unter 10 ha	1 000 ha	31	50	1 198	1 035
10 bis unter 50 ha	1 000 ha	91	152	6 603	5 704
50 bis unter 100 ha	1 000 ha	75	158	2 950	3 515
100 bis unter 1 000 ha ¹	1 000 ha	796	2 031	6 277	6 978
1 000 bis unter 3 000 ha	1 000 ha	2 694	2 591	.	.
3 000 ha und mehr	1 000 ha	1 594	539	.	.
Durchschnittliche Betriebsgröße der Betriebe mit 1 ha und mehr	ha LF	284	183	28	31

1 Deutschland: Betriebe mit 100 ha und mehr.

In den neuen Bundesländern war nach der Bodenreform 1945/46 eine Vielzahl klein- und mittelbäuerlicher Betriebe entstanden, die die Versorgungslage der Bevölkerung verbessern und Vertriebenen sowie Landarbeitern eine Existenzgrundlage bieten sollten. Nur relativ wenige „volkseigene Güter“ wirtschafteten in dieser Zeit als Großbetriebe.

Die Zwangskollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft von 1952 bis 1960 führte zu einem rigorosen Konzentrationsprozeß, der auch in den Folgejahren verbunden mit Spezialisierungsmaßnahmen (Trennungen von Pflanzen- und Tierproduktion) weiter durchgesetzt wurde. Daraus resultierte, daß 1989 94 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche und über 96 % der Rinder- und Schweinebestände in 464 Staatsgütern (VEG), 3 844 Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und 370 weiteren genossenschaftlichen sowie zwischenbetrieblichen Einrichtungen konzentriert waren.

Als Privatbetriebe existierten zu diesem Zeitpunkt noch etwa 3 500 Erwerbsbetriebe, vorwiegend im Bereich des Gartenbaus. Die große Anzahl der persönlichen Hauswirtschaften der LPG-Mitglieder kann nicht zur Kategorie der landwirtschaftlichen Betriebe gezählt werden.

Nach der Vereinigung Deutschlands vollzog sich der Umstrukturierungsprozeß der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern nicht reibungslos. Vielfältige Probleme behinderten den zügigen Aufbau leistungsfähiger Familienbetriebe als Neu- oder Wiedereinrichter. Das hat zur Folge, daß weiterhin gravierende Strukturunterschiede zwischen der Landwirtschaft im früheren Bundesgebiet und derjenigen in den neuen Ländern bestehen. Die durchschnittliche Betriebsgröße ist dafür ein markantes Merkmal.

Von der landwirtschaftlich genutzten Fläche des früheren Bundesgebietes wurden 1960 nur 23 % von Betrieben in der Größenklasse 30 ha und mehr bewirtschaftet; 1995 betrug dieser Anteil schon 66 %. In den neuen Bundesländern sind derzeit 93 % der landwirtschaftlich genutzten Flächen in der Hand von Betrieben mit einer Größe von 100 Hektar und mehr.

13.4 Beschäftigte in der Landwirtschaft

Nach der Vereinigung Deutschlands gab es nach vorläufigen Angaben 1995 in den landwirtschaftlichen Betrieben 1,41 Mill. Familienarbeitskräfte und familienfremde Arbeitskräfte. Bei diesen Beschäftigten dominierten im früheren Bundesgebiet die Familienarbeitskräfte (88,0 %). In den neuen Ländern beträgt der Anteil der familienfremden Arbeitskräfte der Betriebe, deren Inhaber juristische Personen sind, d. h. Unternehmen des privaten und des öffentlichen Rechts, nur noch 52,4 %. Die noch immer bestehenden Unterschiede in den Betriebs- und Beschäftigtenstrukturen in der Landwirtschaft im früheren Bundesgebiet und in den neuen Län-

dern sind das Ergebnis der unterschiedlichen gesellschaftlichen Entwicklungen in beiden Teilen Deutschlands.

Im früheren Bundesgebiet sind die bäuerlichen Familienbetriebe strukturbestimmend. Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR wurde die einzelbäuerliche Landwirtschaft mit der Zwangskollektivierung zerschlagen. Jeder staatliche oder genossenschaftliche Großbetrieb (VEG und LPG) bewirtschaftete in der Regel mehrere tausend Hektar oder hielt sehr große Viehbestände. Nach der Einführung der „Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“ am 1. Juli 1990 wurde die Grundlage für die Herausbildung von Familienbetrieben (Neu- und Wiedereinrichter) in den neuen Ländern geschaffen.

Unabhängig von der weiteren Strukturentwicklung in beiden Gebieten sind Verantwortung und Bedeutung der Landwirtschaft für die Gesellschaft und Umwelt hervorzuheben. In der Regel ist der bäuerliche Familienbetrieb für den Betriebsinhaber und seine Familienangehörigen Arbeits- und Wohnbereich. Das hat besondere Bedeutung für die Erhaltung der Besiedlungsstruktur ländlicher Gebiete und die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen. Von den Landwirten wird selbstverantwortliches Handeln im ökologisch geprägten Anbau und in der artgerechten Nutztierhaltung gefordert. So haben neben der Sicherung der Ernährung die Erhaltung und Pflege der ländlichen Räume durch die Landwirtschaft eine weitaus größere Bedeutung, als sie im Beitrag der Landwirtschaft zur Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft zum Ausdruck kommt.

13.4.1 Beschäftigte in der Landwirtschaft im früheren Bundesgebiet

Der wirtschaftliche Aufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg veranlaßte zahlreiche Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe und deren mithelfende Familienangehörige, ihre bisherige Tätigkeit zugunsten von Beschäftigungen mit höheren Verdiensten vollständig oder teilweise aufzugeben. Dies führte unter anderem zu einer Umwandlung von Vollerwerbsbetrieben in Neben- und Zuerwerbsbetriebe. Erleichtert wurde diese Entwicklung auch durch den vermehrten Einsatz von Maschinen und die Anwendung rationeller Arbeitsverfahren. Beispielsweise stieg der Bestand an Schleppern im Alleinbesitz der Betriebe von 139 000 im Jahr 1950 auf etwa 1,1 Mill. im Jahre 1993.

In den landwirtschaftlichen Betrieben gab es nach vorläufigen Angaben 1995 annähernd 1,1 Mill. Familienarbeitskräfte. Von diesen waren lediglich 278 400 im Betrieb vollbeschäftigt. 360 800 Personen gingen noch einer anderen Erwerbstätigkeit nach. In fast jedem zweiten Betrieb war das außerbetriebliche Einkommen des Betriebsinhabers und seines Ehegatten größer als das betriebliche Einkommen.

Familienfremde Arbeitskräfte werden in der Landwirtschaft nur noch in sehr geringem Umfang eingesetzt. 1995 waren nach vorläufigen Angaben in den landwirtschaftlichen Betrieben rund 149 000 ständige und nichtständige familienfremde Arbeitskräfte beschäftigt (davon 72 000 Personen ständig).

Tab. 4: Entwicklung der Arbeitsleistung in der Landwirtschaft im früheren Bundesgebiet 1950 bis 1995

Wirtschaftsjahr	Betriebliche Arbeitsleistung in AK-Einheiten	
	1 000	je 100 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche
1950/51 ¹	3 885	29,0
1960/61 ¹	2 415	18,5
1970/71 ¹	1 434	11,5
1980	987	8,2
1988	821	7,0
1993	646	5,5
1995	572	4,8

1 Ohne Stadtstaaten.

Rechnet man die Leistung der in der Landwirtschaft mit betrieblichen Arbeiten beschäftigten rund 1,1 Mill. Arbeitskräfte (Familienarbeitskräfte und familienfremde Arbeitskräfte) auf AK-Einheiten um, so ergeben sich für 1995 rund 572 000 AK-Einheiten. Dabei entspricht eine AK-Einheit der Arbeitsleistung einer mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten Arbeitskraft im Alter von 16 bis unter 65 Jahren.

Der Zeitvergleich zeigt das Ausmaß der Abwanderung der Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft. Während für das Wirtschaftsjahr 1950/51 noch eine betriebliche Arbeitsleistung von 29 AK-Einheiten je 100 Hektar errechnet wurde, waren es für 1995 nach vorläufigen Angaben auch aufgrund der fortschreitenden Technisierung nur noch 4,8 AK-Einheiten je 100 Hektar.

13.4.2 Beschäftigte in der Landwirtschaft der neuen Länder

Die durch die Agrarpolitik der ehemaligen DDR geschaffenen großen und häufig sehr einseitig ausgerichteten landwirtschaftlichen Betriebe dominieren in den neuen Ländern nach Änderung ihrer Rechtsform weiterhin. Sie verfügten 1995 nach vorläufigen Angaben über 57,6 % der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche, beschäftigten 52,4 % aller landwirtschaftlichen Arbeitskräfte und erbrachten 63,0 % der betrieblichen Arbeitsleistungen. Die Produktionskapazitäten der bäuerlichen Familienbetriebe stiegen jedoch stetig an.

In der gesamten Landwirtschaft der neuen Länder waren 1995 nach vorläufigen Angaben rund 171 000 Personen beschäftigt. Das sind etwa 197 000 Personen oder 53,5 % weniger als 1991. Damit hat sich seit 1989 die Beschäftigtenzahl in der Landwirtschaft infolge der Umstrukturierung, aber auch der Ausgliederung bzw. Stilllegung nichtlandwirtschaftlicher Betriebsteile um etwa 637 000 verringert. Von den 171 000 Gesamtbeschäftigten waren 47 900 Betriebsinhaber oder ihre Familienangehörigen und 29 000 als familienfremde Arbeitskräfte in den bäuerlichen Familienbetrieben tätig.

13.5 Pflanzliche Produktion

In den vergangenen Jahren hat sich das Kulturartenverhältnis der landwirtschaftlich genutzten Flächen in Deutschland zugunsten des leistungsfähigeren Ackerlandes verändert. Diese Entwicklung läßt sich sowohl im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern nachvollziehen.

13.5.1 Anbauflächen

Der Anteil der Ackerflächen an der landwirtschaftlich genutzten Fläche ist seit 1960 in Deutschland um rund 6 % gestiegen. Das Grünland verringerte sich entsprechend anteilmäßig. So waren im Jahre 1995 im früheren Bundesgebiet etwa 63 % der landwirtschaftlich genutzten Flächen Ackerland und 36 % Grünland; in den neuen Ländern machten diese Anteile 80 % bzw. 19 % aus.

Der Umfang des Getreideanbaues insgesamt ist seit den 50er Jahren in Deutschland geringfügig zurückgegangen. Große Unterschiede sind jedoch im anteiligen Anbau der einzelnen Getreidearten festzustellen. So haben die ertragreichen Arten Weizen und Wintergerste den Roggen- und Haferanbau zurückgedrängt. Diese Tendenz gilt für beide deutschen Teilgebiete. Weiterhin ist der Anbau von Kartoffeln in Deutschland stark rückläufig.

13.5.2 Ernteerträge und Erntemengen

Sowohl im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern haben sich die Hektarerträge für Feldfrüchte, Gemüse- und Obstarten sowie Wein seit den 50er Jahren wesentlich erhöht.

Die beachtlichen Leistungssteigerungen sind vor allem auf züchterische Verbesserungen, ertragssteigernde Mineraldüngung, verbesserte Anbau- und Ernte-technik sowie die Weiterentwicklung des Pflanzenschutzes zurückzuführen. (Zunehmende Mineraldüngung und Pflanzenschutz können aber auch zu Belastungen des Bodens, des Wassers und der Nahrung führen.)

Durch Aufholen der neuen Länder konnten in der Feldwirtschaft außer bei Hackfrüchten und Feldfutter die Hektarerträge weiter angeglichen werden.

Obwohl es auch im Gemüseanbau zu beachtlichen Ertragssteigerungen gegenüber dem langjährigen Mittel kam, lag auch 1995 das Niveau der erzielten Hektarerträge in den neuen Ländern wesentlich unter demjenigen der alten Bundesländer.

Die Obst- und Weinmosterträge sind vom Witterungsverlauf stark abhängig, wenngleich auch hier durch intensivere Pflege und Übergang zu besonders ergiebigen Sorten Ertragssteigerungen erzielt werden konnten. Beim Weinmost ist die Qualität für die Absatzchancen von entscheidender Bedeutung.

Tab. 5: Anbaufläche auf dem Ackerland
(Ackerland = 100 %)

	1950/55	1987/92	1990	1995
<i>Deutschland</i>				
Weizen	11,9	21,1	20,4	21,8
Wintergerste	1,6	13,8	14,3	12,2
Sommergerste	6,0	8,3	7,7	5,6
Hafer	12,3	4,2	4,0	2,6
Roggen	20,0	7,7	9,0	7,3
übrige Getreidearten	3,7	3,4	3,2	5,7
<i>Getreide zusammen</i>	55,6	58,5	58,5	55,1
Kartoffeln	15,2	4,5	4,7	2,7
übrige Hackfrüchte	10,4	5,8	6,0	4,6
<i>Hackfrüchte zusammen</i>	25,5	10,3	10,6	7,2
Grünmais/Silomais	.	11,2	11,5	10,6
übrige Futterpflanzen	.	7,1	7,5	4,6
<i>Futterpflanzen zusammen</i>	13,0	18,3	19,0	15,1
Sonstige Ackerfläche	5,9	12,9	11,9	22,6
<i>Früheres Bundesgebiet</i>				
Weizen	13,8	23,3	22,9	21,9
Wintergerste	1,7	14,8	14,9	12,7
Sommergerste	7,1	8,8	8,3	6,8
Hafer	13,2	5,3	4,6	3,5
Roggen	17,2	5,2	5,7	5,1
übrige Getreidearten	4,2	5,0	4,9	7,1
<i>Getreide zusammen</i>	57,2	62,4	61,3	57,2
Kartoffeln	14,3	3,0	2,9	3,3
übrige Hackfrüchte	10,5	6,2	6,4	5,3
<i>Hackfrüchte zusammen</i>	24,8	9,1	9,3	8,7
Grünmais/Silomais	0,6	12,5	12,3	11,9
übrige Futterpflanzen	14,1	3,8	3,8	4,3
<i>Futterpflanzen zusammen</i>	14,6	16,3	16,1	16,2
Sonstige Ackerfläche	3,4	12,2	13,3	17,9
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>				
Weizen	8,8	17,6	16,5	21,6
Wintergerste	1,6	12,2	13,4	11,4
Sommergerste	4,3	7,4	6,6	3,5
Hafer	10,9	2,6	2,9	1,1
Roggen	24,5	11,7	14,1	10,9
übrige Getreidearten	3,0	0,7	0,6	3,2
<i>Getreide zusammen</i>	53,0	52,2	54,1	51,7
Kartoffeln	16,5	7,0	7,4	1,5
übrige Hackfrüchte	10,1	5,1	5,4	3,3
<i>Hackfrüchte zusammen</i>	26,7	12,1	12,8	4,9
Grünmais/Silomais	.	9,1	10,2	8,4
übrige Futterpflanzen	.	12,5	13,2	4,9
<i>Futterpflanzen zusammen</i>	10,3	21,5	23,4	13,3
Sonstige Ackerfläche	10,0	14,2	9,6	30,1

Tab. 6: Durchschnittliche Hektarerträge und Gesamterntemengen

Frucht-, Gemüse-, Obst, Wein	Hektarertrag			Erntemengen		
	1950/55	1989/94	1995	1950/55	1989/94	1995
<i>Deutschland</i>						
Feldfrüchte:		dt je ha			1 000 t	
Winterweizen	.	63,8	69,2	.	15 320,3	17 513,0
Roggen	.	42,1	52,5	.	3 344,8	4 521,3
Wintergerste	.	58,4	62,5	.	8 883,8	9 041,8
Kartoffeln ¹	.	296,1	314,1	.	12 280,4	9 898,3
Zuckerrüben	.	492,7	507,9	.	27 246,5	26 048,8
Gemüse:						
Weißkohl	.	581,9	660,1	.	491,7	503,4
Kopfsalat	.	220,6	225,1	.	85,2	86,1
Friseherbsen	.	38,9	55,5	.	18,8	17,0
Obst (Marktohtsbau):		kg je Baum			1 000 t	
Äpfel	.	.	12,2	.	.	573,3
Birnen	.	.	24,8	.	.	39,6
Wein:		hl je ha			1 000 hl	
Weißmost	.	.	80,9	.	.	6 783,7
Rotmost	.	.	89,0	.	.	1 726,5
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
Feldfrüchte:		dt je ha			1 000 t	
Winterweizen	27,5	68,0	70,5	2 759,5	10 851,1	11 181,3
Roggen	23,8	49,8	55,8	3 365,7	1 772,8	2 097,2
Wintergerste	29,9	60,2	61,7	408,4	5 972,6	5 802,7
Kartoffeln ¹	220,5	357,1	327,3	24 074,3	8 091,0	8 086,4
Zuckerrüben	344,7	547,0	537,6	7 916,7	20 941,8	19 854,3
Gemüse:						
Weißkohl	397,1	649,7	680,0	330,3	391,9	451,1
Kopfsalat	136,9	226,7	225,6	41,8	82,6	82,0
Friseherbsen	35,6	52,2	59,4	18,4	10,4	9,1
Obst (Marktohtsbau):		kg je Baum			1 000 t	
Äpfel	.	.	12,7	.	.	445,2
Birnen	.	.	26,5	.	.	35,1
Wein:		hl je ha			1 000 hl	
Weißmost	53,3	109,8	81,2	2 246,5	9 054,8	6 753,8
Rotmost	46,9	111,1	89,1	593,7	1 815,0	1 722,1
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>						
Feldfrüchte:		dt je ha			1 000 t	
Winterweizen	.	55,4	67,1	.	4 469,2	6 331,7
Roggen	.	35,8	49,9	.	1 572,0	2 424,1
Wintergerste	.	55,1	64,0	.	2 911,2	3 229,1
Kartoffeln ¹	.	222,6	266,0	.	4 189,4	1 811,9
Zuckerrüben	.	370,5	431,6	.	6 304,7	6 194,4
Gemüse:						
Weißkohl	.	412,7	526,7	.	99,8	52,3
Kopfsalat	.	119,5	215,5	.	2,6	4,0
Friseherbsen	.	29,5	51,6	.	8,4	7,9
Obst (Marktohtsbau):		kg je Baum			1 000 t	
Äpfel	.	.	10,6	.	.	128,1
Birnen	.	.	16,5	.	.	4,5

1 Mittelfrühe und späte Kartoffeln.

Tab. 7: Qualität der Weinmosternte in Deutschland¹

Mengenanteil der Qualitätsstufen in Prozent

Qualitätsstufe	1984	1986	1988	1990	1992	1995
Tafelwein	13,5	4,7	0,2	0,2	2,1	1,6
Qualitätswein	79,7	75,7	46,4	39,3	50,1	74,3
Qualitätswein mit Prädikat	6,8	19,6	53,4	60,5	47,8	24,1

1 Bis einschließlich 1990 früheres Bundesgebiet.

13.6 Tierische Produktion

Die Viehhaltung ist Grundlage der Versorgung mit tierischen Nahrungsmitteln und zugleich Haupteinkommensquelle der Landwirtschaft. Nahezu zwei Drittel der Verkaufserlöse im Agrarbereich stammen aus der tierischen Veredlungswirtschaft.

13.6.1 Viehbestände

Infolge des abrupten Abbaus der Viehbestände in den neuen Ländern, der durch die tiefgreifenden Umstrukturierungen der dortigen Landwirtschaft nach der Vereinigung ausgelöst wurde, sind zu Beginn der 90er Jahre die Bestände an Rindern, Schweinen und Schafen in Deutschland nachhaltig verringert worden. Seit 1992 setzte sich die Tendenz zur Bestandsabstockung in stark abgeschwächter Form fort. Dagegen wuchs infolge der zunehmenden Beliebtheit des Reitsports der Pferdebestand zwischen 1990 und 1994 kontinuierlich um insgesamt 22,0 % auf nahezu 600 000 Tiere an.

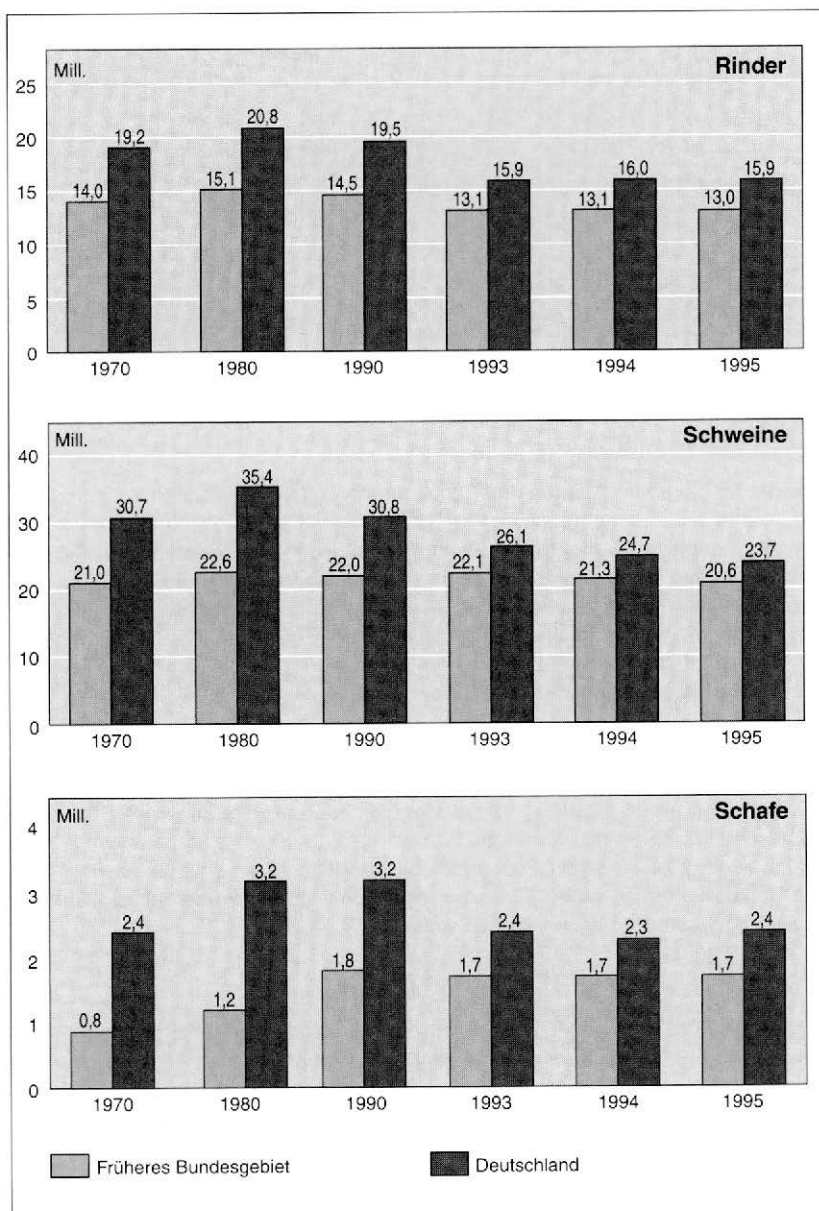
Im Dezember 1995 wurden in Deutschland 15,9 Mill. Rinder, 23,7 Mill. Schweine und 2,4 Mill. Schafe gehalten. Gegenüber dem Vorjahr nahm in Deutschland insgesamt der Bestand an Rindern um 0,5 % ab, während in den neuen Ländern ein Zuwachs von 0,8 % registriert wurde. Die gleichzeitige Reduktion des Schweinebestandes um 3,9 % resultierte aus Rückgängen um 6,0 % in den neuen Ländern und um 3,6 % im früheren Bundesgebiet. Dagegen war ein Zuwachs bei der Zahl der Schafe von insgesamt 4,2 % zu verzeichnen, der in den neuen Ländern mit 3,9 % leicht unterdurchschnittlich ausfiel.

13.6.2 Schlachtungen, Milch- und Eiererzeugung

Im Jahr 1995 wurden in Deutschland 4,3 Mill. Rinder, 39,4 Mill. Schweine, 0,5 Mill. Kälber und 0,9 Mill. Schafe geschlachtet. Das entsprach einer Fleischerzeugung von insgesamt 5,0 Mill. Tonnen, bzw. 1,9 % weniger als im Vorjahr. Im früheren Bundesgebiet belief sich der Rückgang auf 2,7 %, während in den neuen Ländern ein Zuwachs von 4,7 % verzeichnet wurde.

An Geflügelfleisch wurden 1995 in Deutschland ca. 590 000 Tonnen erzeugt, womit das Ergebnis des Vorjahres um 1,6 % übertroffen wurde. Während in den

Abb. 2: Viehbestand in Deutschland



neuen Ländern die Produktion um 9,1 % zunahm, wurde sie im früheren Bundesgebiet um 1,1 % verringert.

Die Eierproduktion betrug 1994 fast 14 Mrd. Stück. Mit 261 Eiern je Huhn hat sich die durchschnittliche Legeleistung (1990: 259 Eier je Huhn) etwas erhöht. Aufgrund

Tab. 8: Fleischerzeugung¹ von Rindern und Schweinen in 1 000 Tonnen

Jahr	Rinder	Schweine
<i>Deutschland</i>		
1993	1 538,7	3 746,9
1994	1 386,2	3 653,6
1995	1 347,3	3 602,0
<i>Früheres Bundesgebiet</i>		
1970	1 274,6	2 614,2
1980	1 493,9	3 213,6
1990	1 728,1	3 357,1
1993	1 460,9	3 302,0
1994	1 291,7	3 161,5
1995	1 248,9	3 086,0
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>		
1993	77,9	445,0
1994	94,5	492,1
1995	98,5	516,0

1 Einschließlich Abschnittsfette, ohne Innereien.

Tab. 9: Erzeugung von Kuhmilch und Herstellung von Milcherzeugnissen

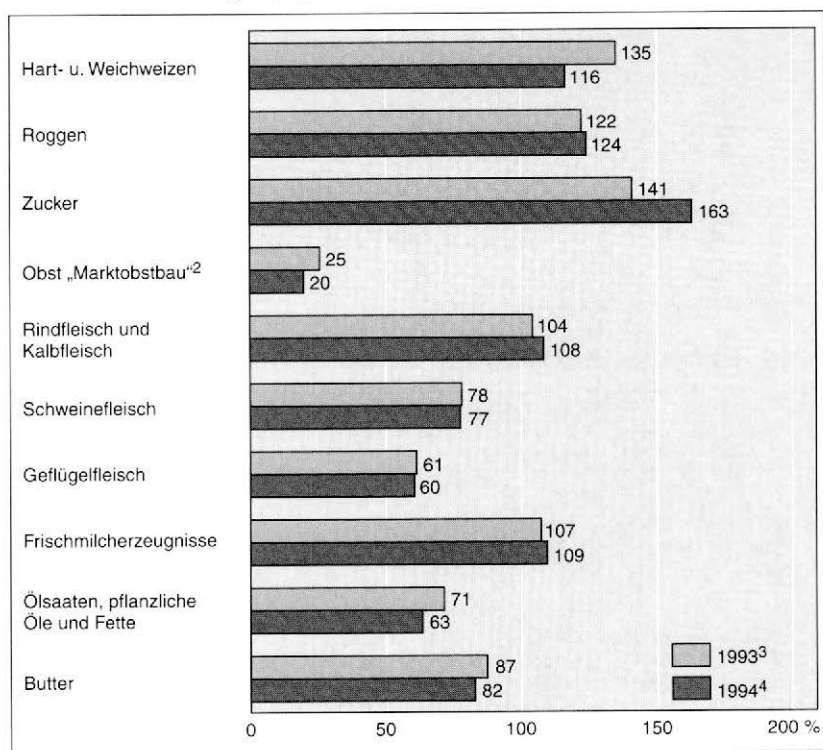
Jahr	Milchproduktion		Milcherzeugnisse in 1 000 t				Trinkmilch- absatz 1 000 t
	insges. 1 000 t	kg je Kuh	Butter	Käse	Speise- quark	Kondens- milch	
Deutschland							
1993	28 098	5 241	482	676	661	514	5 159
1994	27 866	5 264	461	700	699	528	5 326
1995	28 621	5 427	486	716	737	536	5 499
Früheres Bundesgebiet							
1970	21 856	3 800	494	222	267	436	3 076
1980	24 779	4 552	576	408	368	507	3 281
1990	23 672	4 857	393	563	550	440	4 019
1993	22 615	5 256	383	604	612	503	4 266
1994	22 421	5 286	366	608	633	505	4 402
1995	22 898	5 413	352	608	650	509	.
Neue Länder und Berlin-Ost							
1993	5 483	5 225	99	72	49	11	894
1994	5 445	5 174	95	92	66	23	925
1995	5 723	5 482	134	108	86	27	.

des Zuwachses der Milcherzeugung je Kuh um 3,1 % wurde im Jahr 1995 die gesamte Milcherzeugung gegenüber dem Vorjahr um 2,7 % auf 28,6 Mill. t gesteigert, obwohl sich gleichzeitig der Bestand an Milchkühen um 0,8 % verringerte.

13.7 Selbstversorgungsgrad

Der Selbstversorgungsgrad ist ein Indikator dafür, inwieweit der Bedarf an Nahrungsmitteln und Futtergetreide durch die Erzeugung der heimischen Landwirtschaft gedeckt wird.

Abb. 3: Selbstversorgungsgrad¹ in Deutschland



1 Selbstversorgungsgrad = Inlandserzeugung in Prozent des Verbrauchs für Nahrung, Futter, industrielle Verwertung, Saatgut, Marktverluste.

2 Ohne Zitrusfrüchte, Schalenobst und Trockenfrüchte, einschl. tropischer Früchte.

3 Pflanzliche Erzeugnisse 1992/93.

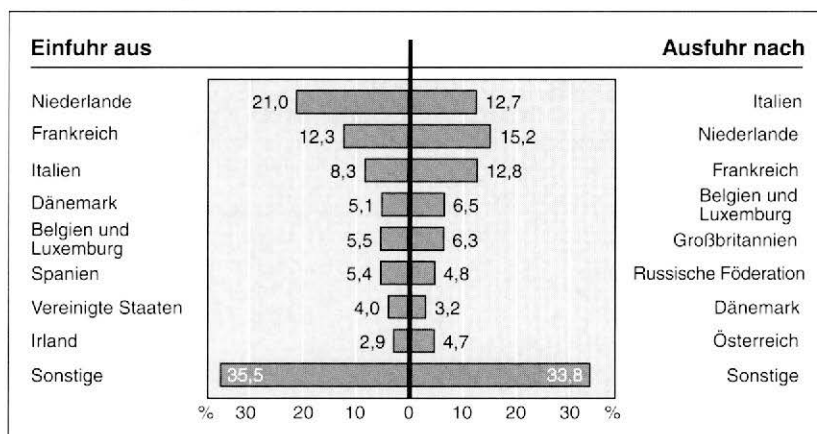
4 Pflanzliche Erzeugnisse 1993/94.

Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Im Wirtschaftsjahr 1993/94 konnte der Bedarf an Nahrungsmitteln in Deutschland durch die einheimische Landwirtschaft zu 83 % gedeckt werden. Bei Milch, Frischkäse, Sahne, Rind- und Kalbfleisch wurde Vollversorgung erreicht, während die Erzeugung von Magermilch- und Vollmilchpulver, Kondensmilch sowie Getreide und Zucker den Inlandsbedarf zum Teil weit übertraf. Die heimische Produktion von Fischen, Fischerzeugnissen, Butter, Eiern, Eierzeugnissen und Geflügelfleisch, aber auch von Hülsenfrüchten, Obst und Gemüse blieb wesentlich unter dem Inlandsbedarf.

Die Lücke zwischen Erzeugung und Bedarf im Inland muß im Warenverkehr mit dem Ausland gedeckt werden. Dieser Austausch landwirtschaftlicher Güter erfolgt in beiden Richtungen. Für die Waren der Ernährungswirtschaft insgesamt betrug der Einfuhrüberschuß im Jahr 1995 28,6 Mrd. DM. Er ergab sich als Saldo aus einem Einfuhrwert von 65,4 Mrd. DM und einem Ausfuhrwert von 36,9 Mrd. DM. Die wichtigsten Lieferländer für Nahrungsmittel sind seit langem die Niederlande und Frankreich mit wertmäßigen Anteilen an den Nahrungsmiteleinfuhren von rund 21 % bzw. 12 % im Jahr 1995.

Abb. 4: Die wichtigsten Ursprungs- und Bestimmungsländer für ernährungswirtschaftliche Güter 1995¹ in Deutschland



1 Vorläufiges Ergebnis.

13.8 Forstwirtschaft

Etwa 30 % der Fläche Deutschlands sind mit Wald bedeckt. Das läßt erlauben, welche Bedeutung der Wald als Wirtschaftsfaktor, aber auch in ökologischer Hinsicht und für die Landschaftsgestaltung hat.

Die EU-Agrarpolitik fördert die Aufforstung landwirtschaftlich genutzter Flächen. Damit sind beabsichtigte Wirkungen hinsichtlich der Art der Landnutzung sowie der Gestaltung und Pflege der Kulturlandschaft verbunden. Die mit der Aufforstung erfolgende Bindung eines erheblichen Flächenpotentials, das für die Nahrungs- und Futtermittelproduktion derzeit nicht benötigt wird, führt zu einer Entlastung der Agrarmärkte, schafft neue Arbeitsmöglichkeiten und wirkt sich günstig auf die Umwelt aus. Die Erweiterung der erneuerbaren Ressource Holz vollzieht sich dabei auf eine sehr umweltverträgliche Art und Weise.

Die Waldfläche der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland umfaßt rund 9,5 Mill. Hektar. Forstbetriebe bewirtschaften davon 8 Mill. Hektar, landwirt-

Tab. 10: Betriebe mit Waldfläche 1995

Betriebsarten	Anzahl der Betriebe mit mindestens 1 ha Waldfläche	Waldfläche 1 000 ha	Waldfläche je Betrieb ha
<i>Deutschland</i>			
Forstbetriebe	.	8 002,2	.
Staatsforsten	.	4 110,2	.
Körperschaftsforsten	.	2 064,7	.
Privatforsten	.	1 827,3	.
Landwirtschaftliche Betriebe mit Waldfläche	.	1 459,2	.
Betriebe mit Waldfläche insgesamt	.	9 461,4	.
<i>Früheres Bundesgebiet</i>			
Forstbetriebe	127 348	5 446,9	42,8
Staatsforsten	839	2 251,1	2 683,1
Körperschaftsforsten	10 603	1 796,0	169,4
Privatforsten	115 906	1 399,8	12,1
Landwirtschaftliche Betriebe mit Waldfläche	200 660	1 405,1	7,0
Betriebe mit Waldfläche insgesamt	328 008	6 852,1	20,9
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>			
Forstbetriebe	.	2 555,2	.
Staatsforsten	.	1 859,0	.
Körperschaftsforsten	.	268,7	.
Privatforsten	.	427,5	.
Landwirtschaftliche Betriebe mit Waldfläche	.	54,1	.
Betriebe mit Waldfläche insgesamt	.	2 609,3	.

schaftliche Betriebe 1,5 Mill. Hektar. 40 000 Hektar entfallen überwiegend auf privaten Waldbesitz von jeweils weniger als einem Hektar.

Die von Forstbetrieben bewirtschafteten Waldflächen sind zu 51 % Staatswald, zu 26 % Körperschaftswald und zu 23 % Privatwald.

Von der gesamten Waldfläche der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe konzentrieren sich 72 % auf das frühere Bundesgebiet, 28 % auf die neuen Länder und Berlin-Ost.

Nach Bundesländern gegliedert hat Bayern den mit Abstand größten Anteil am Waldbestand. Bezogen auf die Waldfläche der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sind das fast 24 %. Es folgen die Bundesländer Baden-Württemberg mit 13 % und Brandenburg mit 11 %.

Der jährliche Holzeinschlag bewegt sich gegenwärtig zwischen 25 und 35 Mill. Kubikmetern. Die verheerenden Sturmschäden Anfang 1990 hatten mehr als die doppelte Holzmenge zu Boden geworfen.

13.9 Fischerei

Die Gesamtanlandungen der deutschen Hochsee- und Küstenfischerei betrugen 1994 insgesamt 219 600 t. Im gleichen Jahr belief sich die Fischerzeugung der Binnenfischerei (Teichwirtschaft, Netzgehegehaltung, Fluß- und Seenfischerei) auf 44 500 t.

Die 1994 angelandeten Fangmengen lagen deutlich unter denen der Vorjahre (1993: 258 500 t; 1991: 253 600 t). Dieser Rückgang ist allein auf geringere Anlandungen der Hochsee- und Küstenfischerei in deutschen Häfen zurückzuführen. Im Ausland nahmen die Anlandungen deutscher Fangschiffe zu. Hauptanlandehäfen der Großen Hochseefischerei (Schiffe mit mehr als 250 BRT) waren in Deutschland Bremerhaven und Cuxhaven (rund 90 % der Inlandsanlandungen). Etwa 63 % der angelandeten Fische im Ausland entfielen 1994 auf die Niederlande. Die Kleine Hochsee- und Küstenfischerei löschte ihre Fangmengen schwerpunktmäßig in den Häfen Niedersachsens und Schleswig-Holsteins (rund 71 %).

Tab. 11: Anlande- und Fangergebnis der deutschen Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei
Fanggewicht der Inlands- und Auslandsanlandungen in Tonnen

	1991	1992	1993	1994
	Deutschland			
Meeresfischerei	253 556	265 438	258 512	219 626
Binnenfischerei	46 800	45 700	44 600	44 500
Fischerei insgesamt	300 356	311 138	303 112	264 126

Bei der Aufgliederung der Fangergebnisse (Inlandsanlandungen) steht der Hering mit einem – seit Jahren relativ konstanten – Anteil an erster Stelle (1994: 26,5 % bzw. 38 000 t), gefolgt von Kabeljau, der mit 17 600 t rund 12,3 % der Inlandsanlandungen abdeckt. Als weitere wichtige Meeresfrüchte folgen Krabben mit 16 800 t, Rotbarsch mit 13 800 t, Makrele mit 12 400 t und Seelachs mit 9 400 t. In der Muschelfischerei gab es 1994 einen starken Einbruch bei der Fangmenge: mit 5 900 t wurden nur noch 12,7 % der 1993 angelandeten Fänge erreicht.

Mit rund 25 200 t bzw. einem Anteil von 56,6 % bleibt die Forelle der wichtigste Speisefisch der Binnenfischerei; auf dem zweiten Rang liegt die Erzeugung von Speisekarpfen mit einem Anteil von 27,6 % (12 300 t).

14 Produzierendes Gewerbe

14.1 Bedeutung des Produzierenden Gewerbes

Das Produzierende Gewerbe ist weiterhin ein Zentralbereich der Wirtschaft, dessen Bedeutung sich allerdings in den vergangenen Jahren gegenüber dem Dienstleistungssektor verringert hat. Im früheren Bundesgebiet wurde bis Anfang der 70er Jahre im sekundären Sektor mehr als die Hälfte der gesamtwirtschaftlichen Leistung erbracht, und knapp die Hälfte der Erwerbstätigen fanden (nach Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) in diesem Bereich einen Arbeitsplatz. In den vergangenen drei Jahrzehnten nahm der Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung ab. 1995 hatte das Produzierende Gewerbe nur noch einen Anteil von 34 % an der Bruttowertschöpfung in Deutschland. Der Anteil der Erwerbstätigen lag nur noch bei 36 %.

Das Produzierende Gewerbe umfaßt in der Abgrenzung der amtlichen Statistik die Industrie und das Produzierende Handwerk. Dabei werden seit der Reform der Industriestatistik in den Jahren 1975 bis 1977 im allgemeinen nur Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr erfaßt. Im einzelnen setzt sich das Produzierende Gewerbe aus den Teilbereichen Energie- und Wasserversorgung, Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe sowie Baugewerbe zusammen. Unter diesen

Tab. 1: Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung, den Erwerbstätigen und den Anlageinvestitionen der gesamten Wirtschaft¹ in Prozent

Jahr ²	Bruttowertschöpfung	Erwerbstätige	Anlageinvestitionen
1960	53	48	33
1965	53	49	30
1970	52	49	31
1975	45	45	27
1980	44	43	25
1985	42	41	26
1990	40	40	26
1991	39	40	27
1992	38	38	26
1993	35	37	23
1994	35	36	22
1995	34	36	21

1 Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

2 Bis einschließlich 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

spielt das Verarbeitende Gewerbe die bedeutendste Rolle. Von den Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit 20 Beschäftigten und mehr arbeiteten 1994 in Deutschland 77 % aller Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe; 17 % waren im Baugewerbe, 4 % in der Energie- und Wasserversorgung und 2 % im Bergbau tätig.

14.2 Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

Bis Ende 1994 wurden die Daten im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe nach der „Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO)“ erhoben, aufbereitet und dargestellt. Ab 1995 trat jedoch an die Stelle der SYPRO „Die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“. Diese Klassifikation, die von der „Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 1)“ abgeleitet ist, und die in allen EU-Staaten nach einer Übergangsfrist ab 1995 für die Erhebung und Darstellung statistischer Daten verwendet werden soll, weicht erheblich vom bisherigen Gliederungsschema ab. Während der Umstellungsphase ist es aus diesem Grund nicht möglich, Daten zum Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in einer einheitlichen systematischen Gliederung bereitzustellen. Zum überwiegenden Teil beziehen sich die Angaben in diesem Abschnitt noch auf die SYPRO-Gliederung. Aus Aktualitätsgründen wurden jedoch auch Konjunkturdaten in die Abschnitte 14.2.2 und 14.2.3 aufgenommen, die nur nach der WZ 93 vor-

Tab. 2: Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1994

Bereich	Deutschland			Früheres Bundesgebiet		
	Unternehmen Anzahl	Beschäftigte 1 000	Umsatz Mill. DM	Unternehmen Anzahl	Beschäftigte 1 000	Umsatz Mill. DM
Bergbau	93	170	33 035	79	138	28 196
Verarbeitendes Gewerbe	39 629	6 833	1 957 214	34 199	6 271	1 855 803
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	5 518	1 295	527 288	4 680	1 179	501 192
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	18 335	3 700	914 215	15 843	3 427	872 556
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	11 500	1 263	269 690	10 087	1 159	256 627
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	4 276	575	246 020	3 589	506	225 428
Insgesamt	39 722	7 003	1 990 249	34 278	6 409	1 883 999

liegen. Sofern die Darstellung nach der WZ 93 erfolgt ist, ist dies besonders vermerkt. Vergleiche zwischen den Daten nach der WZ 93 und der SYPRO sind z. Z. wegen der strukturellen Unterschiede nicht sinnvoll.

Nach der bis 1994 verwendeten SYPRO wird das Verarbeitende Gewerbe nach der Art der hergestellten Güter in die Bereiche Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (z. B. Chemische Industrie), Investitionsgüter produzierendes Gewerbe (z. B. Maschinenbau), Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe (z. B. Bekleidungs-gewerbe) sowie Nahrungs- und Genußmittelgewerbe untergliedert. Von ihnen ist in Deutschland das Investitionsgüter produzierende Gewerbe sowohl hinsichtlich der Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten als auch in bezug auf den Gesamtumsatz der bedeutendste Bereich.

14.2.1 Unternehmensgröße

1994 waren in Deutschland in den 39 722 Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes rund 7 Mill. Personen beschäftigt. Dies ergab eine durchschnittliche Unternehmensgröße von 176 Beschäftigten. Gegenüber 1991, dem ersten Jahr mit gesamtdeutschen Ergebnissen, ist die Zahl der Unternehmen bis 1994 um 6 % und die der Beschäftigten um 23 % zurückgegangen. Damals lag die durchschnittliche Unternehmensgröße noch bei 215 Beschäftigten.

Tab. 3: Beschäftigte der größten Unternehmen¹

Die jeweils ... größten Unternehmen	Anteil an allen Beschäftigten des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes in %		
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	
	1994	1994	1984
6	9,1	9,9	10,2
10	11,9	13,0	13,3
25	16,2	17,7	19,9
50	19,7	21,4	24,7
100	23,7	25,7	30,1
Anzahl der Beschäftigten insgesamt	7 002 976	6 409 352	6 902 328

¹ Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr; Unternehmensgröße gemessen an den Beschäftigten.

Ordnet man die Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland nach der Beschäftigtenzahl, so waren 1994 in den zehn größten 832 000 Personen tätig. 820 Unternehmen (2,1 %) hatten 1994 1 000 und mehr Beschäftigte. In diesen Unternehmen wurden knapp 3 Mill. Personen beschäftigt. Dies entspricht einem Anteil von ca. 43 % – gemessen an allen Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr.

14.2.2 Betriebe, Beschäftigte, Umsatz und Exportquote

Wegen der bereits erwähnten Systematikumstellung zum 1. Januar 1995 beziehen sich die Daten dieses Abschnitts bereits auf die WZ 93. Langfristige Vergleiche sind zur Zeit wegen struktureller Veränderungen der Statistiken für den Bereich des Produzierenden Gewerbes leider nicht möglich.

In den rund 48 000 Betrieben des Wirtschaftsbereichs Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe (Abschnitte C und D der WZ 93) arbeiteten 1995 6,8 Mill. Menschen, davon rund 91 % im früheren Bundesgebiet und rund 9 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Die Beschäftigungsentwicklung in diesem Wirtschaftsbereich ist weiterhin rückläufig. 1995 nahm die Zahl der tätigen Personen in Deutschland gegenüber 1994 um 3,4 % ab, im früheren Bundesgebiet um 3,1 % und in den neuen Ländern und Berlin-Ost um 6,3 %.

Unter den 23 Abteilungen des Verarbeitenden Gewerbes waren in Deutschland der Maschinenbau, die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, die Herstellung von Metallerzeugnissen, die Chemische Industrie und das Ernährungsgewerbe am bedeutendsten. In diesen Branchen waren 1995 rund 3,4 Mill. Personen tätig. Der Anteil der Branchen an den Beschäftigten des Bereichs Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe war in Ost und West jedoch zum Teil recht unterschiedlich. Während z. B. in der Abteilung „10 Kohlenbergbau, Torfgewinnung“ in den neuen Ländern und Berlin-Ost 4,4 % aller Beschäftigten der Abschnitte C und D nachgewiesen wurden, waren es im früheren Bundesgebiet nur 1,8 %.

In Deutschland belief sich der Gesamtumsatz des Bereichs Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe 1995 auf 2 074 Mrd. DM (ohne Umsatzsteuer). Gegenüber 1994 entspricht dies einem Zuwachs von 4,1 %. Im früheren Bundesgebiet betrug der Umsatz 1 945 Mrd. DM (+ 3,5 %) und in den neuen Ländern und Berlin-Ost 128 Mrd. DM (+ 13,6 %). Die umsatzstärksten Branchen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes waren 1995 die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (262 Mrd. DM), der Maschinenbau (251 Mrd. DM), das Ernährungsgewerbe (221 Mrd. DM), die Chemische Industrie (220 Mrd. DM) und die Herstellung von Metallerzeugnissen (125 Mrd. DM). Auf diese fünf Branchen entfielen damit allein 52,0 % des gesamten Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe.

Ein großer Teil der im Verarbeitenden Gewerbe hergestellten Güter wird exportiert. Aus der Exportquote – dem Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz – läßt sich die Abhängigkeit bestimmter Branchen vom Auslandsgeschäft besonders deutlich ablesen. 1995 belief sie sich auf 28,4 %. Dabei lag die Exportquote im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe immer über dem Durchschnitt des gesamten Wirtschaftsbereiches (1995 beispielsweise bei 42,4 %).

Besonders hoch war die Exportquote bei der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie im sonstigen Fahrzeugbau, dort wurde 1995 mit 47,6 %

Tab. 4: Betriebe, Beschäftigte, Umsatz und Exportquote im Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe in Deutschland 1995

Wirtschaftsgliederung (nach WZ 93)	Betriebe Anzahl	Beschäftigte 1 000	Umsatz insges. Mill. DM	Exportquote %
C-D Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe	47 919	6 779	2 073 718	28,4
C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 520	186	40 507	5,5
10 Kohlenbergbau, Torfgewinnung	150	140	23 861	.
11 Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Erbringung verbundener Dienstleistungen	49	6	5 675	.
12 Bergbau a. Uran- und Thoriumerze	-	-	-	-
13 Erzbergbau	5	0	653	-
14 Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	1 316	39	10 318	14,9
D Verarbeitendes Gewerbe	46 398	6 593	2 033 211	28,8
15 Ernährungsgewerbe	5 085	525	221 015	9,8
16 Tabakverarbeitung	41	15	29 918	10,4
17 Textilgewerbe	1 449	151	32 120	26,4
18 Bekleidungsgewerbe	1 252	106	23 504	22,7
19 Ledergewerbe	384	35	8 359	22,9
20 Holzgewerbe (ohne Herstell. von Möbeln)	2 188	126	32 108	8,3
21 Papiergewerbe	1 072	155	54 045	30,2
22 Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	2 939	267	68 623	6,3
23 Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen	86	27	111 145	2,8
24 Chemische Industrie	1 717	536	219 654	41,6
25 Herstellung v. Gummi- u. Kunststoffwaren	2 956	362	88 404	23,3
26 Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	3 742	284	73 523	13,8
27 Metallerzeugung und -bearbeitung	1 128	295	101 558	32,8
28 Herstellung von Metallerzeugnissen	6 498	597	125 354	17,6
29 Maschinenbau	6 667	1 044	250 812	42,7
30 Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen	204	50	28 140	42,0
31 Herstellung von Geräten der Elektrizitäts-erzeugung, -verteilung u. ä.	2 341	495	123 227	32,0
32 Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	594	158	39 498	39,2
33 Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	2 018	234	48 921	37,1
34 Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	1 047	689	262 343	47,6
35 Sonstiger Fahrzeugbau	430	182	33 345	46,7
36 Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten usw.	2 450	255	55 481	16,3
37 Recycling	111	7	2 113	17,5

bzw. 46,7 % knapp die Hälfte des Gesamtumsatzes mit dem Ausland erzielt. Auch der Maschinenbau (42,7 %), die Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen (42,0 %) und die Chemische Industrie (41,6 %) sind stark exportabhängig.

Vergleichsweise niedrig war die Exportquote in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Sie erreichte z. B. 1995 im Verarbeitenden Gewerbe 12,2 %, im sonstigen Fahrzeugbau 28,2 % und im Maschinenbau 22,4 %.

14.2.3 Produktion

Ab dem Jahr 1991 stehen Indizes der Produktion sowohl für Deutschland als auch für die beiden Teilgebiete zur Verfügung. Mit der Einführung des Basisjahres 1991 wurden auch gleichzeitig die statistischen Wirtschaftsgliederungen auf die WZ 93 umgestellt, so daß ein Vergleich mit früheren Produktionsindizes nicht mehr sinnvoll ist.

In Deutschland ist die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe seit 1991 um fast 4 % zurückgegangen. In den neuen Bundesländern war seit 1991 ein Zuwachs von

Tab. 5: Entwicklung der Produktion im Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden und Verarbeitendes Gewerbe 1991 = 100

Wirtschaftsbereich (nach WZ 93)	1991	1992	1993	1994	1995
<i>Deutschland</i>					
C-D Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe	100	98,2	90,7	94,0	95,8
Vorleistungsgüterproduzenten	100	99,5	93,0	98,7	99,7
Investitionsgüterproduzenten	100	95,9	86,3	88,0	93,3
Gebrauchsgüterproduzenten	100	99,4	86,8	90,5	84,6
Verbrauchsgüterproduzenten	100	98,7	95,7	95,5	97,2
C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	100	93,0	86,1	83,1	79,8
D Verarbeitendes Gewerbe	100	98,4	90,8	94,4	96,3
<i>Früheres Bundesgebiet</i>					
C-D Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe	100	98,7	91,0	93,7	94,4
Vorleistungsgüterproduzenten	100	100,5	94,3	99,2	98,8
Investitionsgüterproduzenten	100	96,1	85,3	86,5	91,7
Gebrauchsgüterproduzenten	100	99,4	86,2	89,3	83,0
Verbrauchsgüterproduzenten	100	98,3	94,4	93,7	93,8
C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	100	99,6	92,9	91,1	90,1
D Verarbeitendes Gewerbe	100	98,7	90,9	93,8	94,5
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>					
C-D Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe	100	94,9	101,8	117,9	126,6
Vorleistungsgüterproduzenten	100	92,0	95,5	111,7	123,0
Investitionsgüterproduzenten	100	94,0	107,6	120,5	125,4
Gebrauchsgüterproduzenten	100	107,3	141,8	169,1	230,6
Verbrauchsgüterproduzenten	100	101,6	103,5	122,1	125,8
C Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	100	73,1	65,7	62,1	54,4
D Verarbeitendes Gewerbe	100	100,4	111,0	132,1	144,9

45 % zu beobachten, im früheren Bundesgebiet schwächte sich dagegen im gleichen Zeitraum die Konjunktur um knapp 6 % ab.

Im Bergbau allerdings – der auch im früheren Bundesgebiet seit 1991 um rund 10 % zurückging – wurde in den neuen Bundesländern bis zum Jahr 1995 die Produktion um fast 50 % eingeschränkt.

Eine Vorstellung über die Entwicklung der mengenmäßigen Produktion im früheren Bundesgebiet seit 1960 ermöglicht Tab. 6. Die einzelnen Erzeugnisse sind aus nahezu 6 000 Positionen der Produktionsstatistik herausgegriffen. Wie die Ergebnisse zeigen, hat sich in der Vergangenheit die Erzeugung von Gütern, für die ein hohes technisches Spezialwissen erforderlich ist, ständig erhöht, während die Produktion in anderen Branchen, z. B. der Bekleidungsindustrie, rückläufig war. Als Folge der weltweiten Arbeitsteilung fand hier eine Verlagerung von Produktionstätigkeiten ins Ausland statt. Bei einigen Erzeugnissen (z. B. Fernsehgeräten) ist eine Marktsättigung eingetreten.

Tab. 6: Produktion ausgewählter Erzeugnisse¹

Erzeugnis	Einheit	1960 ²	1970	1980	1990	1995
Fernsehempfangsgeräte	1 000 St.	2 164	2 927	4 425	3 595	2 008 ³
Personenkraftwagen ⁴	1 000 St.	1 674	3 132	3 250	4 179	4 607
Geräte und Einrichtungen für die automatische Datenverarbeitung ⁵	1 000 St.	–	138	437	4 514	7 007
Schuhe	1 000 Paar	151 906	158 336	103 765	61 877	45 592
Herranzüge	1 000 St.	6 650	8 537	5 381	3 552	1 469 ⁶
Damenkleider	1 000 St.	17 980	39 318	36 313	15 584	7 234 ⁷
Wurst- und Fleischwaren	1 000 t	257	405	862	1 200	2 208 ⁸
Brot	1 000 t	659	827	1 272	1 545	2 222 ⁹
Bier	1 000 hl	47 324	81 609	89 569	101 376	114 273

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1995 Deutschland.

2 Ohne Angaben für Berlin-West.

3 Diagonale des Bildschirms mehr als 52 cm.

4 Einschl. Wohnmobile.

5 Beinhaltet u. a. Kompakteinheiten, Zentraleinheiten, Tastaturen, Bildschirme und Drucker.

6 Einschl. Anzüge für Knaben.

7 Einschl. Kleider für Mädchen.

8 Ab 1995 einschl. sonstigen verarbeiteten Fleisches (ohne ungenießbare Schlachtnebenzeugnisse).

9 Ab 1995 einschl. anderer Backwaren aus Brotteig.

Der Bruttoproduktionswert, d. h. der gesamte Wert aller im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (in der Abgrenzung nach der SYPRO) erzeugten Waren und Dienstleistungen, erreichte 1994 in Deutschland rund 2 013 Mrd. DM, davon 1 901 Mrd. DM im früheren Bundesgebiet und 112 Mrd. DM in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Darin waren rund 51 % Vorleistungen anderer Unternehmen (z. B. Handelsware, Rohstoffe, vgl. 14.2.5) enthalten.

14.2.4 Investitionen

Von den in Deutschland 1994 erfaßten 39 722 Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes mit 20 Beschäftigten und mehr tätigten 35 360 Unternehmen Investitionen. Die Investitionssumme in diesem Bereich insgesamt belief sich auf rund 86 Mrd. DM. Gegenüber dem Jahr 1991, in dem noch 116 Mrd. investiert wurden, bedeutet dies einen Rückgang von 26 %. Der Rückgang der Investitionstätigkeit wurde in fast allen Wirtschaftszweigen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes beobachtet. Der größte Teil der Investitionen wurde wie bisher in Maschinen, maschinellen Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung (83 %), der Rest in Grundstücke und Bauten angelegt.

Tab. 7: Investitionen der Unternehmen des Bergbaus¹
und Verarbeitenden Gewerbes 1994 in Mill. DM

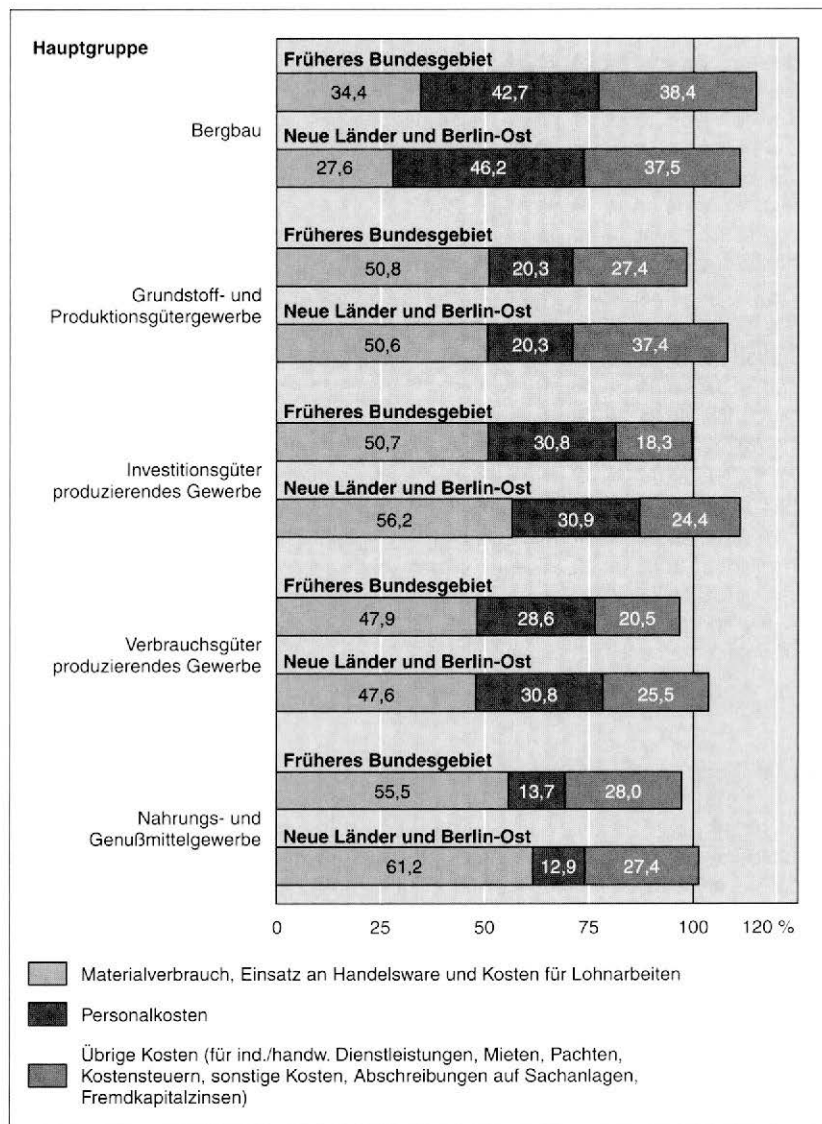
Bereich	Deutschland	Früheres Bundesgebiet
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	86 321	72 880
Bergbau	2 343	1 898
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	26 125	20 629
darunter:		
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	5 644	3 729
Chemische Industrie	10 706	8 840
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	34 869	31 189
darunter:		
Maschinenbau	6 330	5 369
Straßenfahrzeugbau, Reparaturen von Kraftfahrzeugen usw.	11 124	10 593
Elektrotechnik, Reparaturen von Haushaltsgeräten	9 026	8 305
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	12 679	10 984
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	10 305	8 180

¹ Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr.

Von den Investitionen entfielen 72,9 Mrd. DM auf das frühere Bundesgebiet (84,4 %) und 13,4 Mrd. DM (15,6 %) auf die neuen Länder und Berlin-Ost.

Mit 34,9 Mrd. DM lagen die Unternehmen des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes an der Spitze (40 % der Investitionen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes). In dieser Hauptgruppe kamen dem Straßenfahrzeugbau (11,1 Mrd. DM), der Elektrotechnik (9,0 Mrd. DM) und dem Maschinenbau (6,3 Mrd. DM) die größte Bedeutung zu. Lediglich die Chemische Industrie mit 10,7 Mrd. DM und das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mit 10,3 Mrd. DM konnten in den anderen Hauptgruppen ein ähnliches Investitionsniveau aufweisen. Diese fünf genannten Branchen hatten 1994 zusammen einen Anteil von 55 % am gesamten Investitionsvolumen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes.

Abb. 1: Ausgewählte Kosten im Bergbau und
im Verarbeitenden Gewerbe 1994
Anteil am Bruttoproduktionswert in Unternehmen
mit 20 Beschäftigten und mehr



14.2.5 Kostenstruktur

Einblick in die Kostensituation der Unternehmen im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe und in die erzielte Wertschöpfung gewähren die jährlichen Erhebungen zur Kostenstruktur (siehe Abb. 1).

Den weitaus größten Anteil am Bruttoproduktionswert, d. h. am gesamten Wert aller in diesem Wirtschaftsbereich erzeugten Produkte, machen die Kosten für Materialverbrauch, Einsatz an Handelsware und Lohnarbeiten (durch Subunternehmen) aus. Im früheren Bundesgebiet lag der Anteil dieser Kosten im Jahr 1994 bei 50,7 %, in den neuen Ländern und Berlin-Ost sogar bei 53,3 %. Den zweitgrößten Kostenfaktor bildeten die Personalkosten mit 25,8 % im früheren Bundesgebiet und 25,6 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Die übrigen Kosten (z. B. Mieten, Pachten, Kostensteuern, Abschreibungen) betrugen insgesamt 22,4 % für das frühere Bundesgebiet und 29,0 % für die neuen Länder und Berlin-Ost.

Die Summe der einzelnen Kostenanteile ergibt den gesamten Produktionskostenanteil. Dieser Anteil wies im Jahr 1994 in den beiden Teilgebieten gravierende Unterschiede auf. Während er im früheren Bundesgebiet bei 98,9 % lag, erreichte er in den neuen Ländern und Berlin-Ost 107,9 %. Mit anderen Worten, während im früheren Bundesgebiet im Rahmen der Produktionstätigkeit zumindest kostendeckend gewirtschaftet wurde, konnte dies in den neuen Ländern und Berlin-Ost noch immer nicht erreicht werden.

Abb. 1 zeigt, daß es sowohl zwischen den einzelnen Bereichen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes als auch im Vergleich der neuen Länder und Berlin-Ost mit dem früheren Bundesgebiet beträchtliche Unterschiede in der Kostenstruktur gibt. So liegt der Personalkostenanteil im Bergbau (früheres Bundesgebiet 42,7 %, neue Länder und Berlin-Ost 46,2 %) mehr als dreimal so hoch wie im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe (13,7 % bzw. 12,9 %).

14.3 Baugewerbe

Das Baugewerbe setzt sich in der Abgrenzung der amtlichen Statistik aus dem Bauhauptgewerbe und dem Ausbaugewerbe zusammen. Während das Bauhauptgewerbe überwiegend Hoch- und Tiefbauten bis zum Rohbau errichtet, erstreckt sich die Tätigkeit des Ausbaugewerbes auf die weitere Fertigstellung der Bauten bis zur Gebrauchsfähigkeit. Es umfaßt Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation, Installation von Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage, Elektroinstallation, Maler- und Lackiererarbeiten und ähnliche Tätigkeiten. Das Angebot des Baugewerbes ist somit sehr vielseitig und spiegelt in seinen Veränderungen langfristige Umstrukturierungsprozesse wider.

Bis in die 70er Jahre war die Bauwirtschaft eine Wachstumsbranche, die ihre Impulse aus dem Wiederaufbau, dem Wirtschaftsaufschwung und dem Wohnungs-

bedarf der zunehmenden Bevölkerung bezog. Seither ist die Wohnungspolitik durch eine stärkere Hinwendung zu qualitativen Zielsetzungen geprägt. Die Aufmerksamkeit wandte sich mehr der Erhaltung und Erneuerung der Städte zu. Die Modernisierung des Wohnungsbestandes ist ebenso bedeutsam geworden wie die Neubautätigkeit.

Zu Beginn der 80er Jahre erlebte die Baubranche im früheren Bundesgebiet einen ausgeprägten Abschwung. Dies äußerte sich u. a. in der hohen Zahl von Insolvenzen in diesem Bereich, die 1985 mit 3 228 ihren Höhepunkt erreichte.

Im Anschluß daran ging auch die Zahl der Insolvenzen im Baugewerbe kontinuierlich bis auf 1 703 Fälle im Jahr 1991 zurück. Seit 1992 steigen im früheren

Tab. 8: Entwicklung der Insolvenzen

Jahr	Insolvenzen insgesamt (Unternehmen und übrige Gemeinschaftsdner)		Darunter Baugewerbe	
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Deutschland	Früheres Bundesgebiet
1960	.	2 958	.	307
1970	.	4 201	.	451
1980	.	9 140	.	1 328
1981	.	11 653	.	1 942
1982	.	15 876	.	2 726
1983	.	16 114	.	2 467
1984	.	16 760	.	2 765
1985	.	18 876	.	3 228
1986	.	18 842	.	3 008
1987	.	17 589	.	2 638
1988	.	15 936	.	2 290
1989	.	14 643	.	2 058
1990	.	13 271	.	1 724
1991	13 323	12 922	1 730	1 703
1992	15 302	14 117	2 012	1 890
1993	20 298	17 537	2 795	2 334
1994	24 928	20 092	3 971	2 931
1995	28 785	21 714	5 542	3 649

Bundesgebiet die Insolvenzen wieder stark an, wobei 1995 3 649 Bauunternehmen Konkurs anmeldeten oder einen Vergleich beantragten. In den neuen Ländern und Berlin-Ost waren 1995 insgesamt 1 893 Bauunternehmen von einem Insolvenzantrag betroffen, was etwa einer siebzigfachen Zahl gegenüber dem Jahr 1991 entspricht.

Für Deutschland liegen Zahlen ab 1991 vor. Die Zahl der Insolvenzen im Baugewerbe hat sich von 1 730 Fällen im Jahr 1991 stetig erhöht. Sie betrug im Jahr 1995 bereits 5 542 Fälle – gut das Dreifache.

14.3.1 Unternehmen, Beschäftigte, Umsätze

Im Jahr 1994 zählten zum Baugewerbe in Deutschland 24 370 Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. Sie erzielten mit ihren rund 1,5 Mill. Arbeitskräften einen Umsatz von etwa 256 Mrd. DM. Rund 62 % der Bauunternehmen gehörten zum Bauhauptgewerbe, auf das auch der größte Teil des Umsatzes (78 %) entfiel.

Im früheren Bundesgebiet besteht im Baugewerbe eine ausgeprägte mittelständische Struktur. Von allen Bauunternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr hatten 1994 rund 72 % weniger als 50 tätige Personen. Nur 3,3 % der Unternehmen zählten mehr als 200 Beschäftigte, die meisten davon wiederum im Bauhauptgewerbe.

Tab. 9: Unternehmen¹, Beschäftigte und Umsatz im Baugewerbe 1994

Bereich	Unternehmen Anzahl	Beschäftigte 1 000	Umsatz Mill. DM
<i>Früheres Bundesgebiet</i>			
Baugewerbe	17 112	1 062	196 210
Bauhauptgewerbe	10 473	772	153 308
Ausbaugewerbe	6 639	290	42 902
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>			
Baugewerbe	7 258	441	59 446
Bauhauptgewerbe	4 652	321	45 808
Ausbaugewerbe	2 606	120	13 638

1 Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr.

Von den Beschäftigten des Baugewerbes in Deutschland waren 1994 etwa 1 093 000 im Bauhauptgewerbe und rund 410 000 im Ausbaugewerbe tätig. Allerdings bleibt das Bild unvollständig, wenn man nicht die kleineren Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten einbezieht, die insbesondere im Ausbaugewerbe tätig sind. Hier boten die Unternehmen in der Größenklasse von 10 bis 19 Beschäftigten weiteren 134 000 Personen einen Arbeitsplatz.

14.3.2 Kostenstruktur

Im Baugewerbe stellen die Personalkosten den größten Kostenfaktor dar. Gemessen am Bruttoproduktionswert dieses Bereichs – dem Gesamtwert aller erzeugten Produkte – ergab sich im Jahre 1994 im früheren Bundesgebiet ein Anteil von 36 % und in den neuen Ländern und Berlin-Ost ein Anteil von 33 %. Je nachdem, ob die jeweiligen Tätigkeiten der einzelnen Branchen material- oder personalintensiv sind, differieren diese Anteile zum Teil erheblich. Den höchsten Personalkostenanteil wiesen 1994 mit rund 50 % die Unternehmen des Maler- und Lackierergewerbes und des Gerüstbaus auf. Wegen der weitgehend industriellen

Fertigung waren die Personalkosten im Fertigteilbau mit 25,0 % im früheren Bundesgebiet und 27,8 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost von geringerer Bedeutung. Im allgemeinen steht einem niedrigen Personalkostenanteil ein hoher Materialkostenanteil gegenüber. Von den übrigen Kostenfaktoren im Baugewerbe spielen die Kosten für Fremd- und Nachunternehmerleistungen eine wichtige Rolle. Sie erreichten 1994 einen Anteil von 21,7 % im früheren Bundesgebiet und 21,3 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Insbesondere die großen Unternehmen machen von dieser Möglichkeit der Arbeitsteilung häufig Gebrauch (vgl. Abb. 2).

Abb. 2: Kostenstruktur der Unternehmen im Baugewerbe mit 20 Beschäftigten und mehr 1994
Bruttoproduktionswert in Prozent

	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Bruttoproduktionswert	202,8 Mrd. DM	61,9 Mrd. DM
davon sind:		
Personalkosten	35,5 %	33,4 %
Materialverbrauch	25,4 %	27,7 %
Kosten für Fremd- und Nachunternehmerleistungen	21,7 %	21,3 %
Übrige Kosten	13,8 %	15,2 %
Restgröße	3,7 %	2,4 %

14.4 Energie- und Wasserversorgung

14.4.1 Unternehmen, Beschäftigte, Umsätze

Im Bereich der Energie- und Wasserversorgung waren 1994 in Deutschland in 3 953 Unternehmen insgesamt etwa 381 000 Personen beschäftigt. Sie erzielten einen Umsatz von 215,7 Mrd. DM. Die Energie- und Wasserversorgung ist durch eine Vielzahl von kleinen und wenige große und umsatzstarke Unternehmen geprägt. Knapp drei Viertel der Unternehmen hatten 1994 weniger als 20 Be-

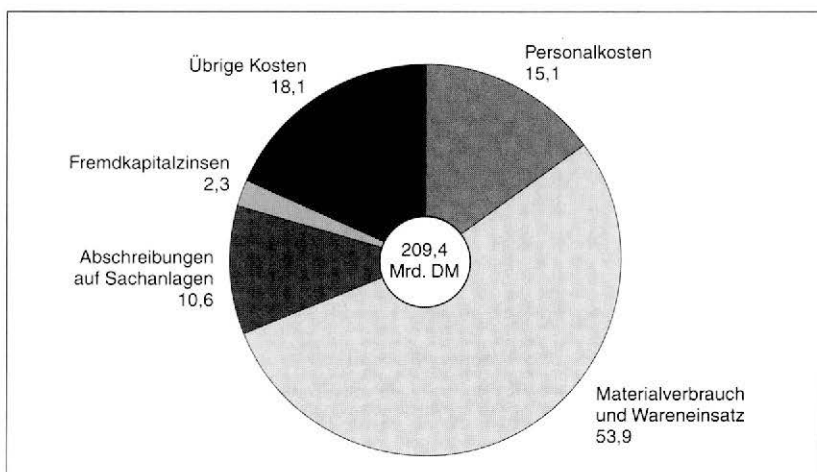
schäftigte. Zum Gesamtumsatz dieses Bereichs trugen sie nur 4,1 % bei. Umgekehrt gab es 76 Unternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten, auf die 60,2 % des Umsatzes entfielen.

Innerhalb der Energie- und Wasserversorgung gehörten 1994 nur 28 % der Unternehmen zum Teilbereich „Elektrizitätsversorgung“. Ihr Anteil an den Beschäftigten betrug aber 73,3 % und am Umsatz 72,5 %. Dies zeigt, daß es in der Elektrizitätswirtschaft im Durchschnitt wesentlich größere Unternehmen gibt als in den übrigen Bereichen, d. h. der Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. Hier ist auch die öffentliche Hand als Unternehmer stark engagiert. 29 % aller Elektrizitätsunternehmen sind wirtschaftliche Unternehmen der Gebietskörperschaften ohne eigene Rechtspersönlichkeit, sog. Regie- und Eigenbetriebe. Hinzu kommt, daß der Staat Beteiligungen an fast allen Kapitalgesellschaften der Elektrizitätsversorgung hält.

14.4.2 Kostenstruktur

Die Energie- und Wasserversorgung gehört zu den kapitalintensivsten Wirtschaftsbereichen in Deutschland. Gemessen am Bruttoproduktionswert waren im Jahr 1994 die Abschreibungen auf Sachanlagen mit 10,6 % und die Fremdkapitalzinsen mit 2,3 % deutlich höher als im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe oder im Baugewerbe. Der Personalkostenanteil betrug rund 15 %, während der entsprechende Wert im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe etwa 26 % ausmachte.

Abb. 3: Kostenstruktur der Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit 20 Beschäftigten und mehr 1994 in Deutschland
Anteil am Bruttoproduktionswert in Prozent



Den größten Kostenblock im Bereich der Energie- und Wasserversorgung bilden mit rund 54 % der Materialverbrauch und Wareneinsatz. Das ist darauf zurückzuführen, daß in diesem Bereich außer produzierenden Unternehmen auch Einheiten tätig sind, die lediglich fremdbezogene Energie und fremdbezogenes Wasser verteilen (vgl. Abb. 3).

14.5 Handwerk

Das Handwerk umfaßt insgesamt 127 Berufe, die auch als Gewerbebezüge bezeichnet werden. Sie sind in der Anlage A zur Handwerksordnung aufgeführt und reichen vom Maurer über den Kfz-Mechaniker bis hin zur Friseurin und Gebäudereinigerin. Wie aus den Beispielen hervorgeht, finden sich Handwerksunternehmen, also Unternehmen, deren Inhaber oder Leiter in einem der 127 Berufe einen Meisterbrief haben und daher in die Handwerksrolle eingetragen sind, nicht nur im Produzierenden Gewerbe, sondern auch in anderen Bereichen der Wirtschaft, wie im Handel und bei den Dienstleistungen. Allerdings waren 1995 rund zwei Drittel aller Handwerksunternehmen dem Produzierenden Gewerbe zuzurechnen.

Angaben über das gesamte Handwerk werden im Rahmen von Handwerkszählungen erhoben. Die letzte wurde 1995 durchgeführt. Darüber hinaus werden im Rahmen einer vierteljährlichen Stichprobenerhebung Daten zur Beurteilung der kurzfristigen Entwicklung im Handwerk ermittelt. Ferner werden in vierjährigem Abstand – ebenfalls durch eine Stichprobe – Angaben über die Struktur der Kosten in Handwerksunternehmen erfragt.

14.5.1 Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz

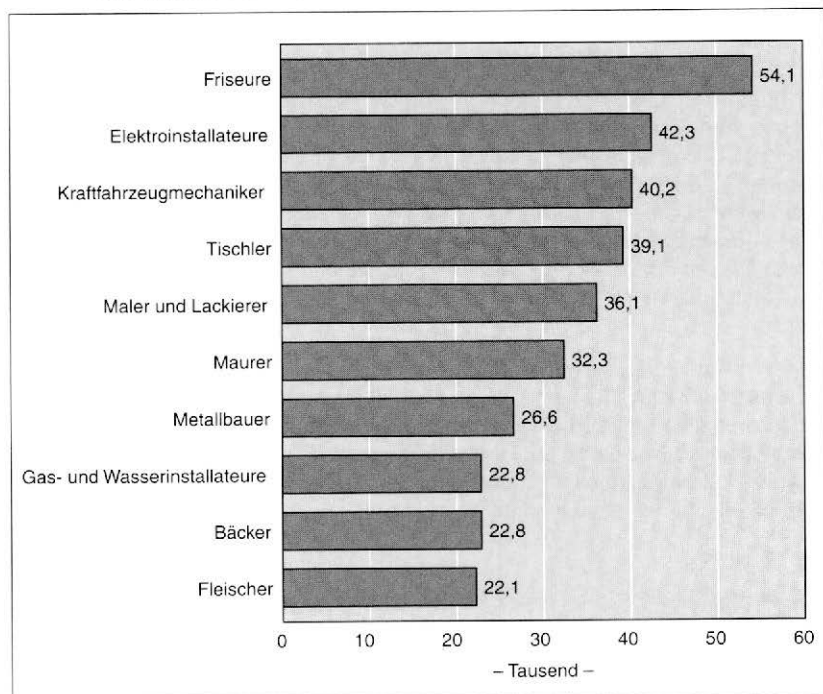
Bei der Handwerkszählung vom 31. März 1995 wurden rund 563 200 Handwerksunternehmen erfaßt. In ihnen waren – zum Stichtag 30. September 1994 – knapp 6,1 Mill. Personen tätig, darunter 1,8 Mill. Frauen. Zu den Beschäftigten zählen dabei alle in dem Unternehmen Tätigen, also nicht nur diejenigen, die handwerkliche Tätigkeiten ausüben, sondern z. B. auch Verkaufs- und Verwaltungspersonal. Der von diesen Unternehmen im Jahr 1994 erzielte Umsatz belief sich auf 800,6 Mrd. DM (ohne Umsatzsteuer). Je Beschäftigten wurden damit in einem Handwerksunternehmen im Durchschnitt fast 131 600 DM umgesetzt.

Zum Vergleich: Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in Deutschland betrug 1994 knapp 35 Mill.; der gesamtwirtschaftliche Produktionswert aller Wirtschaftsbereiche belief sich 1994 auf 7 897 Mrd. DM.

14.5.2 Die bedeutendsten Gewerbebezüge

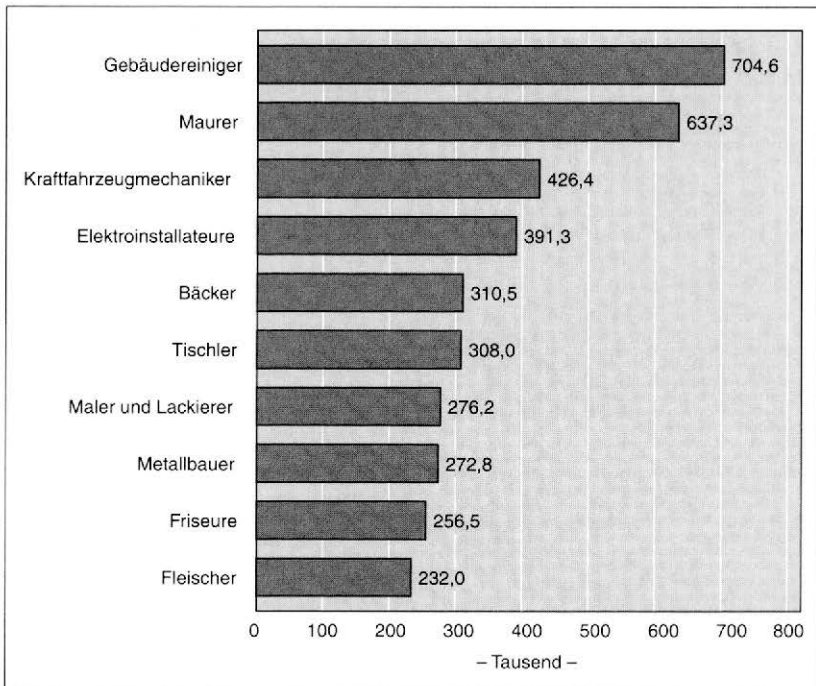
Trotz der Vielfalt von 127 Berufen gibt es auch im Handwerk eine deutliche Konzentration auf bestimmte Gewerbe. So stellen zehn Gewerbebezüge mit den meisten Unternehmen 60 % aller Handwerksunternehmen. Spitzenreiter war dabei das Friseurgewerbe mit 54 100 Unternehmen (vgl. Abb. 4).

Abb. 4: Die zehn bedeutendsten Gewerbebezüge nach der Zahl der Unternehmen am 31. 3. 1995



Die zehn Gewerbebezüge mit den meisten Beschäftigten umfaßten rund 63 % aller in einem Handwerksunternehmen tätigen Personen. Mit einer Ausnahme waren diese Gewerbebezüge identisch mit den o. g. Gewerbebezügen mit den meisten Unternehmen. Die Ausnahme bildete das Gebäudereinigerhandwerk, in dem rund 705 000 Personen tätig waren und das damit das Handwerk mit den meisten Beschäftigten war: 12 % aller in einem Handwerksunternehmen Beschäftigten waren in einem zum Gebäudereinigerhandwerk zählenden Unternehmen tätig (vgl. Abb. 5). Aus anderen Erhebungen (Arbeitsstättenzählung, Mikrozensus) ist bekannt, daß rund drei Viertel der in dieser Branche Tätigen teilzeitbeschäftigt sind.

Abb. 5: Die zehn bedeutendsten Gewerbebezüge nach der Zahl der Beschäftigten am 30. 9. 1994



14.5.3 Die Größe der Handwerksunternehmen

Obwohl sich die Zahl der Beschäftigten je Handwerksunternehmen in den letzten Jahren deutlich erhöht hat, ist das Handwerk nach wie vor einer der typischen Bereiche des deutschen Mittelstandes. Im Durchschnitt sind in einem Handwerksunternehmen 11 Personen tätig. 1963 waren es (im früheren Bundesgebiet) noch lediglich 6. Fast die Hälfte der Handwerksunternehmen haben weniger als 5 Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber und unbezahlt mithelfender Familienangehöriger). Der Anteil der in diesen Unternehmen tätigen Personen an allen Beschäftigten im Handwerk beträgt 10 %. Zwischen 5 und 9 Beschäftigte waren in 27 % der Handwerksunternehmen tätig; 10 und mehr Personen fanden sich in rund 26 % der Handwerksunternehmen (vgl. Tab. 10).

Das Handwerk besteht jedoch nicht nur aus kleinen und Kleinstunternehmen. Immerhin in rund 1 % der Handwerksunternehmen waren 100 und mehr Personen tätig. Insgesamt entfielen auf diese Unternehmen 23 % aller in Handwerksunternehmen Beschäftigten.

Tab. 10: Handwerksunternehmen¹ und deren Beschäftigte
nach Beschäftigtengrößenklassen

Unternehmen mit ... Beschäftigten	Handwerksunternehmen		Beschäftigte insgesamt	
	1 000	Anteil in %	1 000	Anteil in %
Insgesamt	563,2	100	6 085,0	100
davon:				
1-4	262,5	47	618,8	10
5-9	154,4	27	1 019,5	17
10 und mehr	146,3	26	4 446,6	73

1 Am 31. 3. 1995 mit Beschäftigtenzahl am 30. 9. 1994.

15 Dienstleistungsbereich

15.1 Bedeutung des Dienstleistungsbereichs

Der Dienstleistungsbereich – oft auch als „tertiärer Sektor“ bezeichnet – produziert im Gegensatz zum primären und sekundären Bereich (Land- und Forstwirtschaft bzw. Produzierendes Gewerbe) zumeist keine materiellen Güter. Das Angebot dieses Bereichs ist überaus vielfältig und umfaßt Leistungen des Handels, Gastgewerbes, Bank- und Versicherungsgewerbes, der Freien Berufe und des Verkehrsgewerbes. Dienstleistungen erbringt auch der öffentliche Dienst (vgl. Kap. 11). Der Verkehrssektor wird wegen seiner übergreifenden Bedeutung ebenfalls gesondert behandelt (vgl. Kap. 17).

Innerhalb einer hochentwickelten und deshalb in hohem Maße arbeitsteiligen Wirtschaft wächst die Bedeutung des Dienstleistungsbereichs. Der französische Wirtschafts- und Sozialexperte Fourastié hat den tertiären Sektor sogar als „die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts“ eingeschätzt und ihm zentrale Bedeutung für Wirtschafts-, Struktur- und Beschäftigungsentwicklung beigemessen. Tendenziell findet sich diese Auffassung u. a. in den wachsenden Beschäftigtenzahlen und dem steigenden Anteil dieses Bereichs an der wirtschaftlichen Gesamtleistung bestätigt.

Während um die Jahrhundertwende nur etwa jeder vierte Erwerbstätige (Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) im tertiären Sektor beschäftigt war, verdiente hier 1950 schon jeder dritte Erwerbstätige im früheren Bundesgebiet sein Brot. 1995 hatten in Deutschland rund 62 % aller Erwerbstätigen ihren Arbeitsplatz im Dienstleistungsbereich. Seinen Beitrag zur Bruttowertschöpfung konnte der Dienstleistungsbereich ebenfalls erhöhen. Im Jahr 1960 hatten Handel, Verkehr und sonstige Dienstleistungsunternehmen (einschl. Staat) einen Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Leistung im früheren Bundesgebiet von 41 %, in Deutschland dagegen 1995 von rund 65 %. Der Beitrag von Handel und Verkehr war im oben genannten Zeitraum rückläufig (von 18,5 % im früheren Bundesgebiet auf 14,9 % in Deutschland), während die übrigen Dienstleistungsunternehmen ihren Anteil von 13,6 % (früheres Bundesgebiet) auf 35,3 % (Deutschland) mehr als verdoppeln konnten. Der Anteil von Staat und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 8,8 % im früheren Bundesgebiet auf 14,5 % in Deutschland.

15.2 Handel

In der Abgrenzung der amtlichen Statistik gehören zum Handel alle Unternehmen, deren Hauptaufgabe im Vertrieb von Waren, also in der Mitteltätigkeit zwischen

Produktion und Verbrauch, und damit in einer vielfältigen Dienstleistungsfunktion besteht. In Deutschland ist nahezu jeder bzw. jede achte Erwerbstätige im Handel beschäftigt. Der Beitrag des Handels zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung liegt bei 9 %.

15.2.1 Unternehmen und Beschäftigte

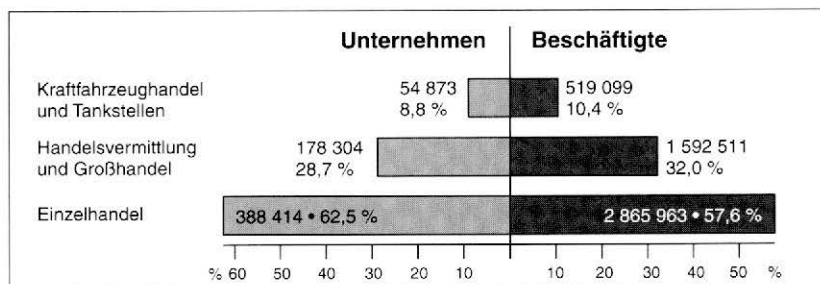
Einen umfassenden Überblick über die Struktur und Entwicklung im Handel und seinen Teilbereichen Kraftfahrzeughandel und Tankstellen, Handelsvermittlung und Großhandel sowie Einzelhandel liefern die in mehrjährigen Abständen stattfindenden Handels- und Gaststättenzählungen. Nach den Ergebnissen der Zählung im Jahr 1993 gab es in Deutschland rund 622 000 Handelsunternehmen, die zusammen knapp 5 Mill. Personen (einschl. aller Teilzeitkräfte) beschäftigten.

Der bedeutendste Bereich hinsichtlich der Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten ist der Einzelhandel und hier wiederum der Handel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren. Jedes fünfte Einzelhandelsunternehmen in Deutschland führte 1993 schwerpunktmäßig dieses Sortiment, und fast ein Drittel aller Beschäftigten im Einzelhandel war dort tätig.

Im früheren Bundesgebiet hat sich in den letzten Jahrzehnten im Handel ein tiefgreifender Wandel vollzogen. Nach 1945 führte das allgemeine wirtschaftliche Wachstum in der Wiederaufbauphase zwischen 1950 und 1960 zur Gründung neuer Unternehmen und zur Beschäftigung zusätzlicher Arbeitskräfte. In der darauffolgenden Zeit mußten jedoch bei tendenziell weiter zunehmender Beschäftigtenzahl viele Handelsunternehmen schließen.

Maßgeblich für diese Entwicklung waren vor allem Rationalisierungsmaßnahmen, die zu kostengünstigeren Angebotsformen führten (Verbrauchermärkte usw.). Sie sprachen mit ihren typischen Vorteilen, wie breiteres Warensortiment, preisgünstige Sonderangebote usw., einen wachsenden Kundenkreis an. Dadurch verschärfte sich die Konkurrenzsituation derart, daß zahlreiche Unternehmen aus dem Markt verdrängt wurden. Von dem Auslese- und Konzentrationsprozeß war vor allem der Lebensmitteleinzelhandel betroffen. In diesem Bereich ging die Zahl der Unter-

Abb. 1: Unternehmen und Beschäftigte am 30. 4. 1993 in Deutschland



nehmen zwischen 1960 und 1993 um 175 000 auf 76 000 und damit um 70 % zurück. Besonders stark reduzierte sich die Zahl der kleinen Lebensmittelgeschäfte, die als „Tante-Emma-Läden“ längst sprichwörtlich geworden sind.

Der Handel ist durch eine vorwiegend mittelständische Struktur gekennzeichnet. Die Hälfte aller Handelsunternehmen in Deutschland beschäftigte 1993 nicht mehr als zwei Personen; in neun von zehn Unternehmen waren weniger als zehn Beschäftigte tätig. Dazu gehören meistens die Inhaberinnen bzw. Inhaber der Unternehmen selbst und oft auch deren Angehörige.

Von erheblicher Bedeutung ist im Handelsbereich die Teilzeit- und Saisonbeschäftigung. Dies gilt vor allem für den Einzelhandel, wo mehr als 40 % (im Großhandel knapp 20 %) der Beschäftigten nur zeitweise tätig sind, und zwar immer dann, wenn besondere Belastungen vom Stammpersonal nicht bewältigt werden können. Eine große Rolle spielen in diesem Zusammenhang nicht nur die starken jahreszeitlichen Schwankungen (vgl. 15.2.3), sondern auch die unterschiedlichen Belastungen an den verschiedenen Wochentagen und Tagesstunden, z. B. infolge traditioneller Einkaufsgewohnheiten.

Bedingt durch die Wiedervereinigung erfuhr der Handel in den neuen Bundesländern eine Phase der Umstellung und Neuorientierung. Zahlreiche kleinere Geschäfte mußten in den letzten Jahren geschlossen werden, weil sie auf Dauer nicht rentabel betrieben werden konnten. 1988 verfügten beinahe 90 % der Verkaufsstellen in der ehemaligen DDR über weniger als 100 Quadratmeter Verkaufsfläche. Bis 1993 war der zahlenmäßige Anteil dieser kleinen Geschäfte auf 75 % zurückgegangen. Er lag damit aber immer noch höher als im früheren Bundesgebiet (65 %). Gleichzeitig entstanden in den neuen Bundesländern neue, insbesondere großflächige Verkaufsstätten wie Verbrauchermärkte, Fachmärkte und Warenhäuser, die es in der ehemaligen DDR kaum gegeben hatte.

15.2.2 Umsätze

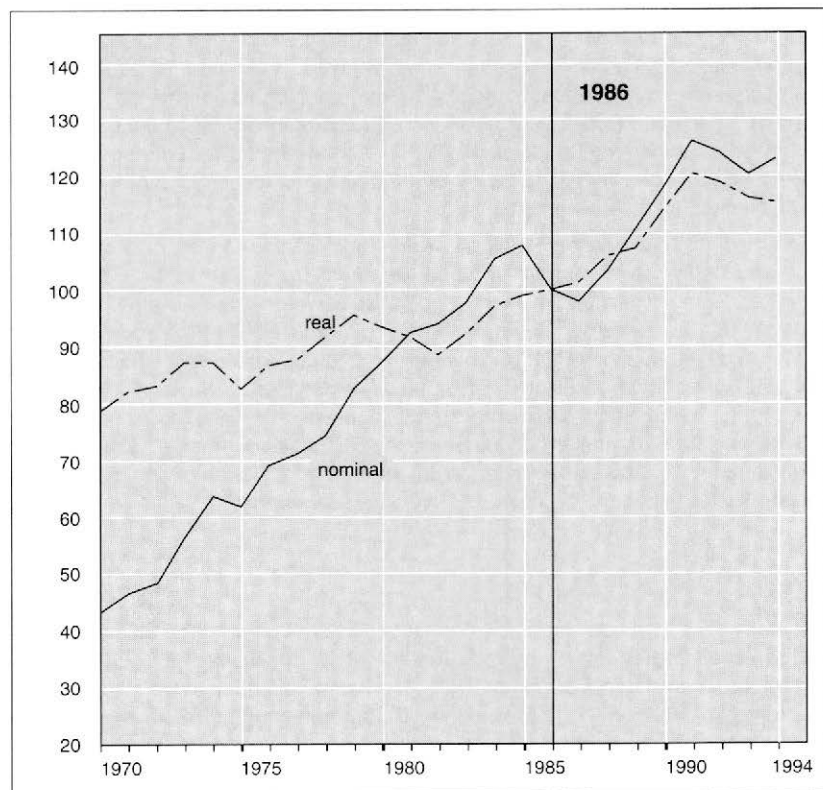
Aus der Gliederung des Umsatzes (Verkaufswert der Waren) nach Größenklassen werden die ausgeprägten Unterschiede zwischen der Vielzahl kleiner Handelsunternehmen und den wenigen großen Unternehmen in diesem Bereich deutlich. So konnten 1992 in Deutschland die Unternehmen mit 100 und mehr Beschäftigten, die nur einen Anteil von weniger als 1 % an der Gesamtzahl aller Handelsunternehmen hatten, 45 % des Gesamtumsatzes auf sich vereinigen.

Etwa 54 % der Handelsumsätze in Deutschland entfallen auf den Bereich Handelsvermittlung und Großhandel, 33 % auf den Einzelhandel und 13 % auf den Bereich Kraftfahrzeughandel und Tankstellen. Rund 50 % der Großhandelsunternehmen und 20 % der Einzelhandelsunternehmen hatten 1992 einen Umsatz von mehr als 1 Mill. DM, im Kraftfahrzeughandel und bei Tankstellen waren es 44 %.

In den sechziger Jahren konnten die Handelsunternehmen im früheren Bundesgebiet nahezu ununterbrochen hohe Umsatzsteigerungen verbuchen. Seit Anfang

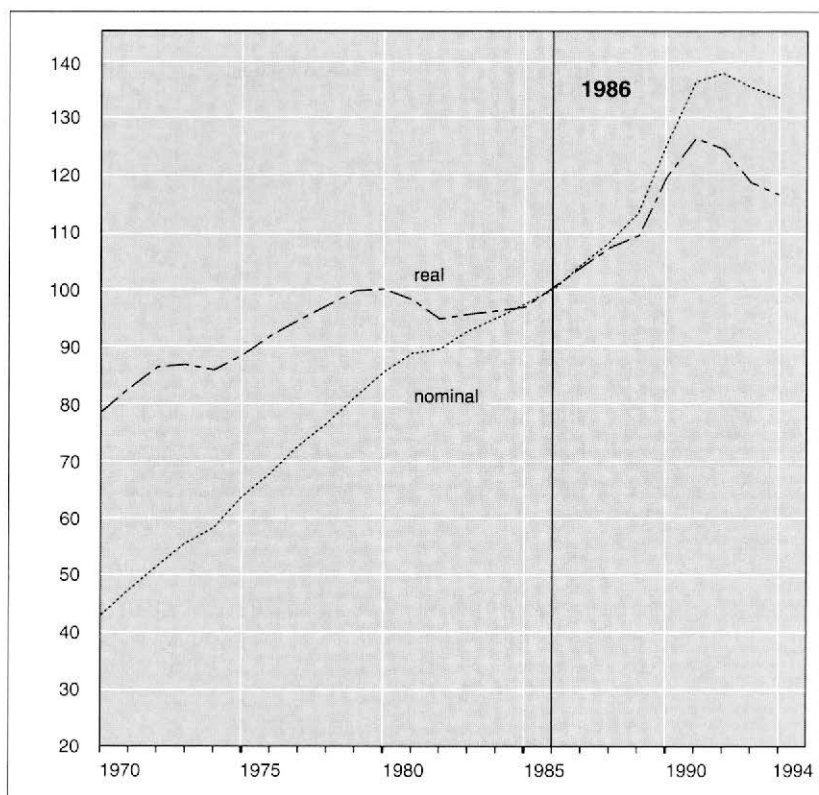
der 70er Jahre liegen die Zuwachsraten deutlich niedriger. Zu Beginn der 80er Jahre spiegelt sich in der Umsatzentwicklung des Handels besonders deutlich die gesamtwirtschaftliche Situation wider. Nach einer Schwächephase in den Jahren 1981 und 1982 stiegen die Handelsumsätze bis 1991 wieder an. Im Zeitraum von 1992 bis 1994 waren reale Umsatzeinbußen zu verzeichnen (vgl. Abb. 2 und 3).

Abb. 2: Umsatzentwicklung im Großhandel im früheren Bundesgebiet
(1986=100)



Die starken Umsatzsteigerungen in der Wiedervereinigungsphase 1990/1991 waren vor allem auf die lebhaftere Nachfrage der ostdeutschen Verbraucher nach westdeutschen Produkten zurückzuführen. Im Gegensatz dazu mußte der Handel in den neuen Bundesländern nach Einführung der Währungsunion im Juli 1990 drastische Umsatzeinbußen hinnehmen. Das gilt sowohl für den Einzelhandel als auch für den Großhandel, der völlig neu aufgebaut werden mußte. Erschwerend

Abb. 3: Umsatzentwicklung im Einzelhandel im früheren Bundesgebiet
(1986 = 100)



kommt für den ostdeutschen Groß- und Einzelhandel die Konkurrenz durch westdeutsche Handelsunternehmen hinzu, deren Niederlassungen in den neuen Ländern erhebliche Marktanteile haben. So entfielen 1992 fast 40 % der in den neuen Ländern und Berlin-Ost getätigten Einzelhandelsumsätze auf Firmen mit Sitz im früheren Bundesgebiet.

Im Jahr 1995 setzte der Großhandel in Deutschland 1 134 Mrd. DM um, im Einzelhandel beliefen sich die Verkaufserlöse auf 728 Mrd. DM (Angaben jeweils ohne Umsatzsteuer). Damit wurde in den beiden Bereichen das Vorjahresergebnis sowohl nominal als auch real übertroffen. Auffällig ist, daß die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze in den letzten Jahren deutlich hinter der des Privaten Verbrauchs zurückgeblieben ist. Der auf den Einzelhandel entfallende Anteil der Käufe von privaten Haushalten hat demzufolge abgenommen.

Abb. 4: Nominale Umsatzentwicklung im Großhandel und im Einzelhandel in den neuen Ländern und Berlin-Ost (1991 = 100)

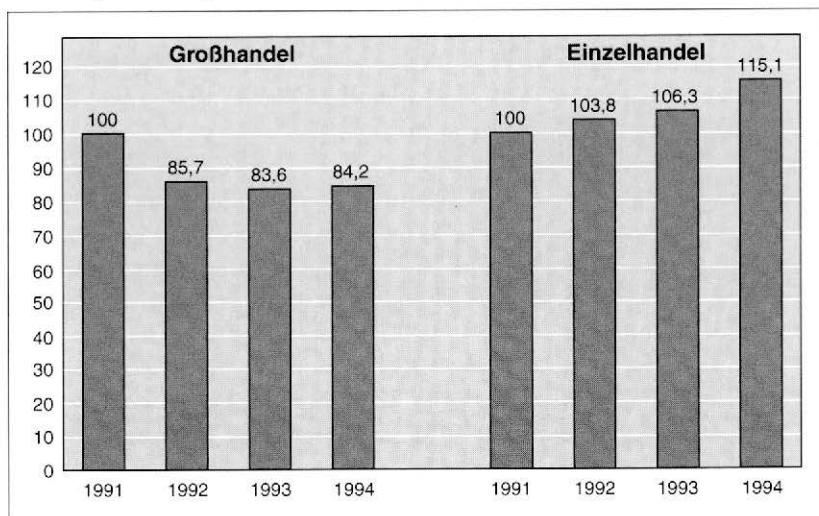
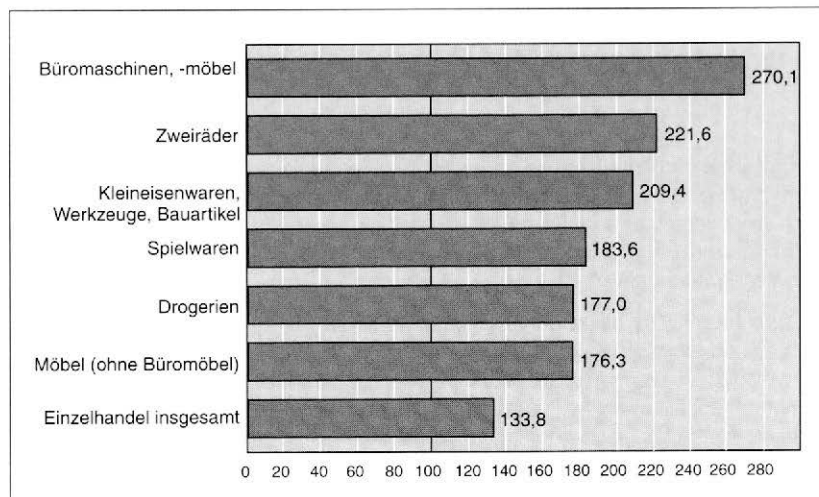


Abb. 5: Einzelhandelsumsätze 1994 nach ausgewählten Branchen im früheren Bundesgebiet (1986 = 100)



Die durchschnittliche Umsatzentwicklung im Einzelhandel konnte bei langfristiger Betrachtung von einzelnen Bereichen übertroffen werden; andere verzeichneten dagegen erheblich geringere Umsatzsteigerungen, vereinzelt sogar -rückgänge. So verbuchte beispielsweise im früheren Bundesgebiet der Facheinzelhandel mit Büromaschinen und -möbeln seit 1986 ein weitaus höheres Umsatzplus als der Facheinzelhandel mit anderen Gütergruppen (vgl. auch Abb. 5). Der Umsatzindex belief sich 1994 in dieser Branche auf 270 (1986 = 100).

An zweiter Stelle lag der Zweiradhandel (222). Auf den nächsten Plätzen der Branchen mit den höchsten Umsatzwerten im früheren Bundesgebiet rangierten Do-it-yourself-Waren (209), gefolgt von Spielwaren mit 184 Punkten, Drogeriebedarf (177) und Wohnmöbeln (176).

15.2.3 Saisonverläufe im Handel

Die Umsätze des Handels unterliegen im Jahresverlauf starken Schwankungen. Abgesehen von der konjunkturellen Entwicklung bestimmen – vor allem im Einzelhandel – Feiertage oder Urlaubszeiten die Betriebsergebnisse. So sind im allgemeinen besonders hohe Umsätze im Weihnachtsgeschäft zu beobachten. Ein weiteres – wenn auch weniger ausgeprägtes – Umsatzhoch ist in der Osterzeit (März/April) zu verzeichnen. Ausgesprochen niedrige Umsätze werden dagegen in den Monaten Januar/Februar sowie während der Sommerferien im August erzielt.

Im Großhandel mit Fertigwaren ist der Saisonverlauf im wesentlichen durch die gleichen Spitzen und Tiefen gekennzeichnet, die allerdings weniger stark ausgeprägt sind und gegenüber der Umsatzentwicklung im Einzelhandel häufig noch einen zeitlichen Vorlauf aufweisen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Einzelhändler ihren Warenbestand an der erwarteten Umsatzentwicklung ausrichten und versuchen, ihre Lager rechtzeitig aufzufüllen bzw. abzubauen.

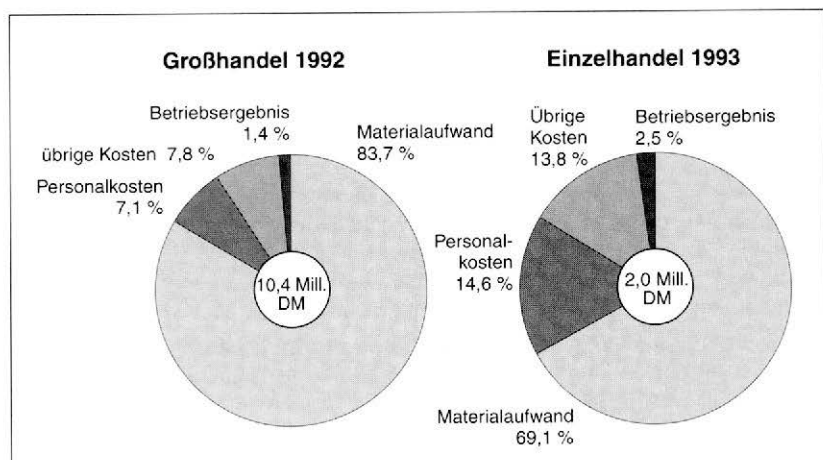
15.2.4 Kosten und Gewinne

Im Großhandel mußten 1992 im früheren Bundesgebiet durchschnittlich fast 84 % des Umsatzes für die Begleichung der Lieferantenrechnungen aufgewendet werden. Die Personalkosten beliefen sich auf durchschnittlich rund 7 %, weitere etwa 8 % entfielen auf die übrigen Kosten (Mieten, Kosten für Werbung und Reisen, Kosten des Fuhr- und Wagenparks, Fremdkapitalzinsen usw.). Die restlichen 1,4 % verblieben dem Unternehmen als betriebszweckbezogener Überschuß vor Abzug der ergebnisabhängigen Steuern (z. B. Einkommensteuer).

Im Einzelhandel, der im allgemeinen niedrigere Umsätze als der Großhandel tätigt, mußten 1993 im Durchschnitt 69 % des Umsatzes für die Bezahlung der Lieferanten einkalkuliert werden. Die Personalkosten lagen bei rund 15 %. Sie sind im allgemeinen höher als im Großhandel, weil u. a. die Beratung und Betreuung der Kundschaft – insbesondere bei hochwertigen Gebrauchsgütern – einen entsprechenden Personaleinsatz verlangen. Auch die Mieten und Pachten, die spe-

ziell bei guten Geschäftslagen in den Einkaufsstraßen der Großstädte hoch sind, fallen in der Regel im Einzelhandel stärker ins Gewicht als im Großhandel (1993: 3,3 %). Die übrigen Kosten schlugen beim Einzelhandel mit rund 14 % zu Buche. Als betriebszweckbezogener Überschuß verblieben 2,5 % des Umsatzes, d. h. um einen betriebszweckbezogenen Überschuß (vor Abzug der Steuern) von 25 000 DM zu erzielen, mußte im Durchschnitt ein Einzelhändler im Jahr Waren im Wert von 1 Mill. DM verkaufen.

Abb. 6: Aufteilung der Gesamtleistung im Handel
im früheren Bundesgebiet



15.3 Gastgewerbe

15.3.1 Betriebsarten des Gastgewerbes

Das Gastgewerbe zeichnet sich – ähnlich wie der Handel – durch eine große Vielfalt an Erscheinungsformen aus. Es umfaßt als größte Gruppe das Gaststättengewerbe, das sich vorwiegend der Verpflegung und Bewirtung von Gästen widmet, und das Beherbergungsgewerbe, das zusätzlich oder ausschließlich Übernachtungsmöglichkeiten anbietet.

Im Bereich des Beherbergungsgewerbes sind durch die starke Zunahme des Reiseverkehrs neben das traditionelle Unterbringungsangebot neue Betriebsformen getreten. Wachsender Beliebtheit erfreuen sich vor allem Ferienhäuser und Ferienwohnungen.

Tab. 1: Unternehmen des Gastgewerbes zum Zeitpunkt der Handels- und Gaststättenzählung 1993

Betriebsart	Unternehmen					
	Deutschland		Früheres Bundesgebiet ¹		Neue Länder	
	Anzahl ²	Anteil in %	Anzahl ²	Anteil in %	Anzahl ²	Anteil in %
Speisewirtschaften	68 712	40,3	59 797	40,9	8 915	36,7
Schankwirtschaften	60 944	35,8	53 202	36,4	7 742	31,9
Imbißhallen	21 781	12,8	17 057	11,7	4 724	19,5
Trinkhallen und sonst. Bewirtungsstätten	1 096	0,6	931	0,6	165	0,7
Bars, Tanzlokale	5 565	3,3	4 968	3,4	597	2,5
Cafés	7 172	4,2	5 901	4,0	1 271	5,2
Eisdielen	5 137	3,0	4 281	2,9	856	3,5
Gaststättengewerbe insgesamt	170 407	100	146 137	100	24 270	100
Hotels	11 596	25,6	10 557	25,3	1 039	30,2
Hotels garnis	8 272	18,3	7 737	18,5	535	15,5
Gasthöfe	8 550	18,9	8 050	19,3	500	14,5
Pensionen	6 888	15,2	6 323	15,1	565	16,4
Erholungs- und Ferienheime	678	1,5	631	1,5	47	1,4
Ferienzentren	13	0	9	0	4	0,1
Ferienhäuser, Ferienwohnungen	4 785	10,6	4 688	11,2	97	2,8
Hütten, Privatquartiere	3 166	7,0	2 666	6,4	500	14,5
Campingplätze	1 295	2,9	1 138	2,7	157	4,6
Beherbergungsgewerbe insgesamt	45 243	100	41 799	100	3 444	100
Kantinen und Caterer	7 096		5 721		1 375	
Gastgewerbe insgesamt	222 746		193 657		29 089	

1 Einschl. Berlin-Ost.

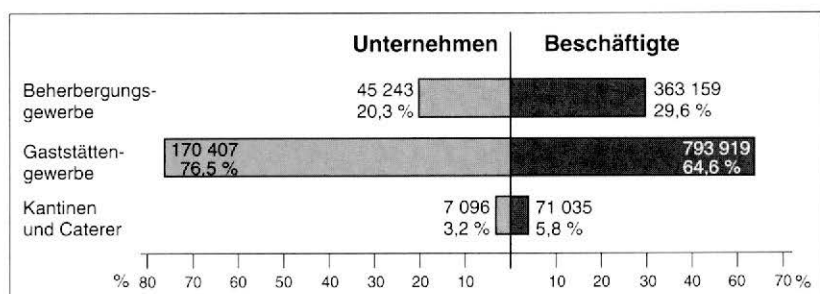
2 Es werden nicht die einzelnen Hotels usw., sondern die Unternehmen gezählt, die mehrere Betriebe unterhalten können.

15.3.2 Unternehmen und Beschäftigte

Bei der Handels- und Gaststättenzählung von 1993 wurden in Deutschland im gesamten Gastgewerbe rund 222 700 Unternehmen ermittelt, die insgesamt rund 1 228 000 Beschäftigten oder etwa 3 % aller Erwerbstätigen in der Bundesrepublik Arbeit boten. 65 % der Beschäftigten des Gastgewerbes waren in Gaststätten, 30 % im Beherbergungsgewerbe und knapp 6 % in Kantinen oder Cateringbetrieben tätig.

Im Laufe der letzten Jahrzehnte hat sich sowohl die Zahl der Unternehmen als auch die Zahl der Beschäftigten im Gastgewerbe stark erhöht. Der Kapazitätsausbau fand insbesondere während der 50er und 70er Jahre statt. Die Verbesserung der Einkommenssituation breiter Schichten der Bevölkerung führte zu

Abb. 7: Unternehmen und Beschäftigte des Gastgewerbes am 30. 4. 1993



einer Steigerung der Nachfrage nach Gastgewerbeleistungen und zu einer Auf-
fächerung des Angebots.

Zwischen 1968 und 1979 erhöhte das Gaststättengewerbe im früheren Bundes-
gebiet seinen Personalbestand um rund 20 %, das weniger beschäftigungsinten-
sive Beherbergungsgewerbe nur um 2 %. Von 1979 bis 1993 hat die Zahl der im
Gastgewerbe Beschäftigten im früheren Bundesgebiet weiterhin zugenommen
(Gaststättengewerbe: + 36 %, Beherbergungsgewerbe: + 37 %). Ursache hierfür
ist in erster Linie die wachsende Bedeutung der Teilzeitbeschäftigung, mit der
versucht wird, die unterschiedliche Belastung zu einzelnen Tageszeiten, Wochen-
tagen und im jahreszeitlichen Verlauf auszugleichen. Die Zahl der Unternehmen im
Gastgewerbe hat im gleichen Zeitraum im früheren Bundesgebiet leicht zuge-
nommen (Gaststättengewerbe: + 3 %, Beherbergungsgewerbe: – 2 %).

Das Gastgewerbe in Deutschland ist in noch stärkerem Maße als der Handel durch
eine kleinbetriebliche Struktur gekennzeichnet. In 44 % der Unternehmen waren
nur ein bis zwei Personen tätig, lediglich 10 % beschäftigten zehn Personen oder
mehr. Dabei spielt die Mitarbeit von Inhaber bzw. Inhaberin und deren Angehöriger
eine entscheidende Rolle.

15.3.3 Umsätze

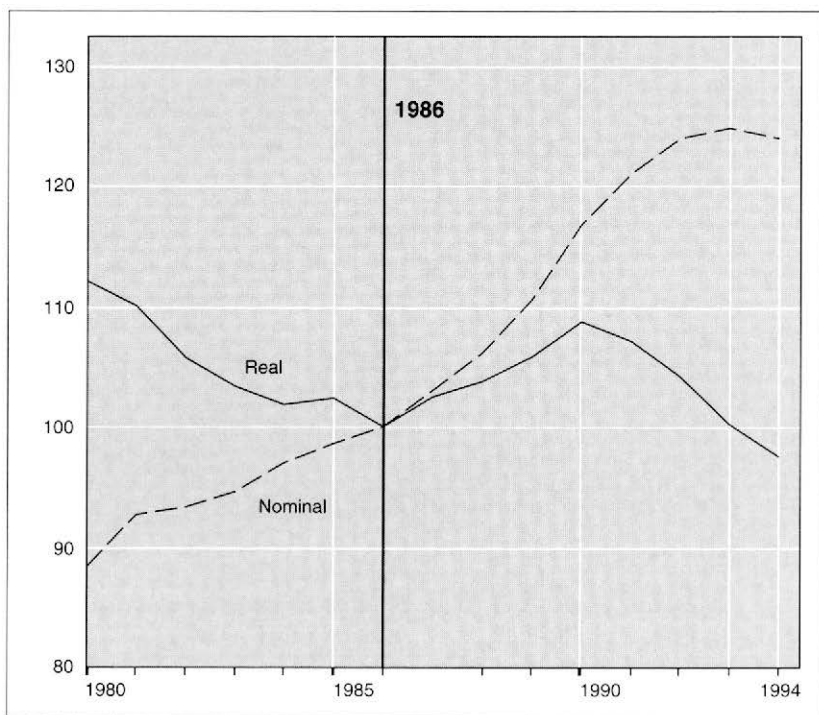
Die Unternehmen des Gastgewerbes in Deutschland erzielten 1992 einen durch-
schnittlichen Jahresumsatz von rund 400 000 DM. Umsätze unter 100 000 DM
hatten 1992 immerhin 24 % der Gastgewerbeunternehmen, dagegen verzeich-
neten nur 6 % einen Umsatz von 1 Mill. DM und mehr. Insgesamt wurden im Jahr
1992 rund 90 Mrd. DM im Gastgewerbe umgesetzt, damit wurde pro Kopf der
Beschäftigten ein Umsatz von 73 000 DM erzielt.

In den 80er Jahren erzielte das Gastgewerbe – vor allem im Beherbergungsbereich –
deutliche Umsatzzuwächse. Real, also nach Abzug der Preissteigerungen, sind da-
gegen die Umsätze seit 1980 zunächst zurückgegangen und zeigen erst seit 1987
wieder aufsteigende Tendenz. Seit 1991 ist die Entwicklung erneut rückläufig.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost hat sich die wirtschaftliche Lage des Gastgewerbes nach anfänglich großen Problemen in der Umstellungsphase 1990/91 verbessert. Seit 1992 ist ein deutlicher nominaler Umsatzanstieg zu verzeichnen (vgl. Abb. 9).

Im Jahr 1995 setzten die Gastgewerbeunternehmen in Deutschland rund 80 Mrd. DM (ohne Umsatzsteuer) um. Das Ergebnis des Jahres 1994 wurde damit um 0,3 %

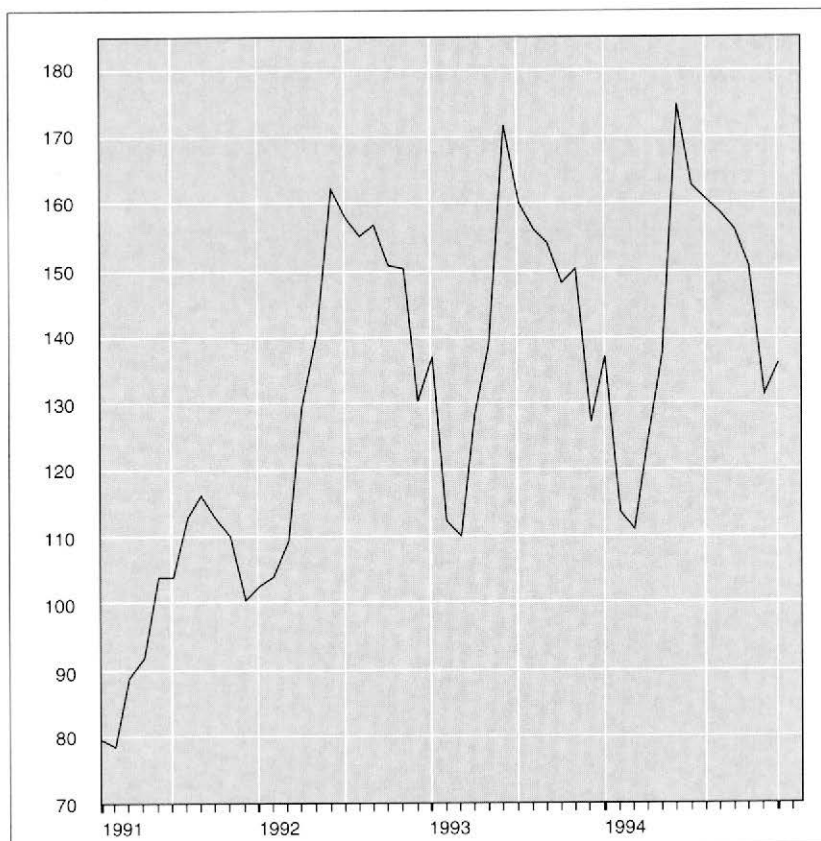
Abb. 8: Umsatzentwicklung im Gastgewerbe im früheren Bundesgebiet (1986=100)



unterschritten. Real, also preisbereinigt, ergab sich ein Rückgang von 2,0 %. Im 1. Halbjahr 1996 gingen die Umsätze noch weiter zurück (nominal – 3,2 %, real – 4,4 %).

Die jahreszeitliche Verteilung der Umsätze im Gastgewerbe wird traditionell durch die saisonalen Schwankungen des Reiseverkehrs mit einem ausgeprägten „Hoch“ im Sommer und einem „Tief“ im Winter beeinflusst, das von einem leichten Anstieg in der Weihnachtszeit unterbrochen wird.

Abb. 9: Nominale Umsatzentwicklung im Gastgewerbe in den neuen Ländern und Berlin-Ost
(1991 = 100)¹



1 Jahresdurchschnitt 1992: 140,3; 1993: 141,2; 1994: 149,2.

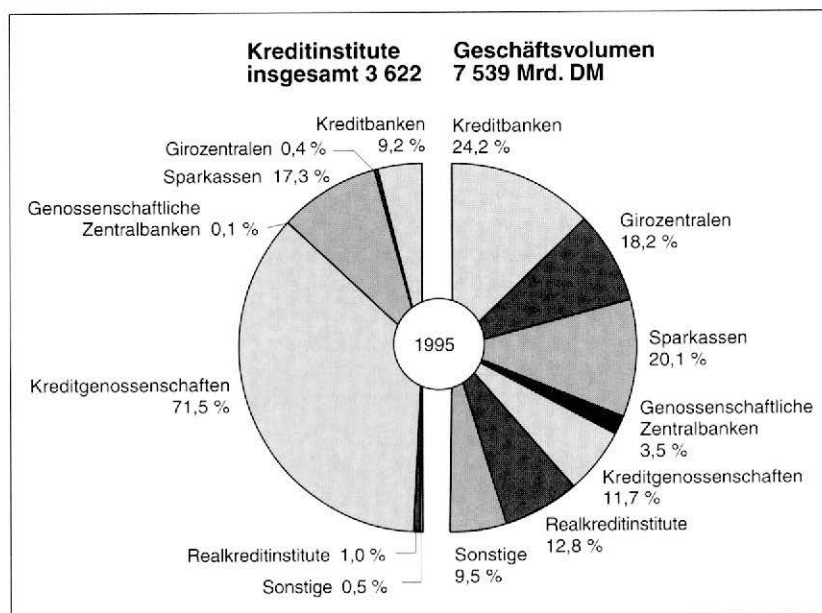
15.3.4 Kostenstruktur

In der Kostenstruktur im Gastgewerbe macht sich der Dienstleistungscharakter dieser Branche besonders bemerkbar. Bei einer Gesamtleistung je Unternehmen von rund 380 000 DM im früheren Bundesgebiet entfielen 1993 allein 25,5 % auf Personalkosten, etwa 8 % auf Mieten und Pachten und 20,5 % auf übrige Kosten (Brennstoffe, Instandhaltungskosten u. ä.). Der Materialaufwand betrug rund 37 % der Gesamtleistung. Als betriebszweckbezogener Überschuß verblieben bei den Gastgewerbeunternehmen durchschnittlich 9 % des Umsatzes.

15.4 Kreditinstitute¹

Im Rahmen einer hochentwickelten Volkswirtschaft spielt die Geld- und Kreditwirtschaft, und damit das Bankensystem, eine zentrale Rolle. Als Kapitalsammelstellen und Finanzierungsinstitute erfüllen die Banken wichtige gesamtwirtschaftliche Aufgaben. Diese werden in der Bundesrepublik Deutschland unter der Aufsicht der Deutschen Bundesbank wahrgenommen, die bis zur Errichtung der Europäischen Zentralbank Hüterin der Währung ist. Mit verschiedenen Mitteln – wie Zinspolitik, Offen-Markt-Politik usw. – kann sie innerhalb gewisser Grenzen die Geldversorgung der Volkswirtschaft steuern und damit zugleich Einfluß auf Konjunktur und Wachstum nehmen. Die Deutsche Bundesbank sorgt dabei auch für den nötigen Bargeldumlauf, der 1995 bei rund 264 Mrd. DM lag.

Abb. 10: Kreditinstitute und ihr Geschäftsvolumen



Aus der Zusammenarbeit von Bundesbank und den sogenannten Geschäftsbanken fallen Informationen an, die zu statistischen Ergebnissen zusammengestellt werden und wertvolle Aufschlüsse über Struktur und Entwicklung des Bankensystems liefern.

¹ Die Kreditinstitute in den neuen Ländern und in Berlin-Ost sind ab Juli 1990 in den Angaben enthalten bzw. Angaben für das gesamte Währungsgebiet der DM ab diesem Zeitpunkt.

15.4.1 Unternehmen

Im deutschen Bankwesen ist seit Jahren ein Fusionsprozeß im Gange. Er hat zu einer abnehmenden Zahl von Kreditinstituten geführt. Während 1973 im früheren Bundesgebiet 3 784 berichtspflichtige Kreditinstitute (Kreditinstitute mit einer bestimmten Mindestbilanzsumme) gezählt wurden, gab es 1984 nur noch 3 250. Ab 1985 wurden alle Kreditgenossenschaften in die statistische Berichtspflicht einbezogen, so daß Ende 1985 4 659 und Ende 1989 4 217 Kreditinstitute im früheren Bundesgebiet berichtspflichtig waren. Ende 1995 belief sich die Zahl der berichtspflichtigen Kreditinstitute einschließlich der ostdeutschen Institute auf 3 622. Unter ihnen waren die Kreditgenossenschaften zahlenmäßig am stärksten vertreten. Gemessen am Geschäftsvolumen sind jedoch andere Institutsgruppen, z. B. Kreditbanken, Sparkassen und Girozentralen, von weitaus größerer Bedeutung.

15.4.2 Beschäftigte und Arbeitskosten

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus im Mai 1995 waren rund 841 000 Erwerbstätige (2,3 % aller Erwerbstätigen) in Kredit- oder sonstigen Finanzierungsinstituten tätig. Von ihnen arbeiteten ca. 751 000 Männer und Frauen (gegenüber 490 000 im Jahr 1975) im früheren Bundesgebiet und 90 000 in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Die Kosten pro Kopf der 1992 im Kreditgewerbe Beschäftigten beliefen sich im früheren Bundesgebiet auf durchschnittlich 89 700 DM, in den neuen Ländern und Berlin-Ost auf 53 700 DM. Besonders starke Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland wurden mit 44 400 DM gegenüber 24 800 DM bei den Personalnebenkosten festgestellt. Dies sind vor allem Sonderzahlungen, Vergütungen arbeitsfreier Tage (Urlaub, Krankheit, sonstige gesetzliche oder betrieblich bezahlte Freizeiten), Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung sowie Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung und die berufliche Bildung.

15.4.3 Geschäftstätigkeit

Bei den Banken läßt die Bilanz – als Gegenüberstellung von Forderungen und Verbindlichkeiten zu einem bestimmten Stichtag – besonders deutlich Umfang und

Tab. 2: Aktiva der Kreditinstitute in Mill. DM

Forderungen (Aktiva)	1980 ¹	1990	1992	1995
Barreserve	70 898	118 663	116 013	88 288
Schecks und Inkassopapiere	4 029	5 848	6 400	3 408
Kredite an Kreditinstitute	658 266	1 843 171	1 889 052	2 398 338
Kredite an Nichtbanken	1 542 852	3 042 495	3 695 985	4 726 118
Beteiligungen	19 061	60 450	75 147	122 019
Sonstige Aktiva	56 154	173 202	168 208	200 708
Geschäftsvolumen insgesamt	2 351 260	5 243 829	5 950 805	7 538 879

1 Früheres Bundesgebiet.

Tab. 3: Passiva der Kreditinstitute in Mill. DM

Verbindlichkeiten (Passiva)	1980 ¹	1990	1992	1995
Einlagen und aufgenommene Kredite von Kreditinstituten	601 521	1 495 641	1 563 257	2 003 114
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	1 185 331	2 417 488	2 696 190	3 245 567
Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf	413 594	900 313	1 154 952	1 596 522
Kapital (einschl. offener Rücklagen gem. § 10 KWG ²)	76 923	198 712	245 221	316 476
Sonstige Passiva	73 891	231 675	291 185	377 200
Geschäftsvolumen insgesamt	2 351 260	5 243 829	5 950 805	7 538 879

1 Früheres Bundesgebiet.

2 Kreditwesengesetz.

Schwerpunkte der geschäftlichen Tätigkeit erkennen. Die Annahme von Einlagen einerseits, Kreditvergabe andererseits sind die wesentlichen Aufgaben des Bankensystems, die entsprechend im Bild der zusammengefaßten Bilanz erscheinen (Tab. 2 und Tab. 3).

Die Kredite an Nichtbanken, der bedeutendste Aktivposten in der Gesamtbilanz der Kreditinstitute, wurden 1995 zu rund 71 % an inländische Unternehmen und Privatpersonen vergeben, 23 % gingen an öffentliche Haushalte im Inland, 6 % der Kredite flossen an Kreditnehmer im Ausland.

Auf der Passivseite der Bilanz waren die Einlagen und aufgenommenen Kredite von inländischen Unternehmen und Privatpersonen mit etwa 85 % aller Einlagen und aufgenommenen Kredite von Nichtbanken besonders bedeutsam. Darunter hatten die Spareinlagen und Sparbriefe mit rund 46 % den größten Anteil. Etwa 9 % der Einlagen und aufgenommenen Kredite von Nichtbanken stammten von inländischen öffentlichen Haushalten, 7 % von ausländischen Gläubigern.

Die Einlagen der Bausparkassen stellen wegen ihrer Zweckbindung (sie dürfen innerhalb bestimmter Fristen ausschließlich für Wohnungsbauzwecke verwendet werden) Spareinlagen besonderer Art dar. Ende 1995 bestanden bei den 35 Bausparkassen 31 Mill. Bausparverträge in den alten und neuen Bundesländern. Die Höhe der Einlagen auf den Konten der Bausparkassen betrug 158 Mrd. DM. Gleichzeitig wurden Darlehen in Höhe von rund 170 Mrd. DM in Anspruch genommen, die nunmehr zu tilgen waren. Etwa 11 % der bestehenden Verträge, 11 % der Einlagen und rund 10 % der Darlehen entfielen auf die neuen Länder. Im Vergleich zu 1970 haben sich in Deutschland die Zahl der bestehenden Verträge und der Bauspareinlagenbestand mehr als verdreifacht, der Bestand an Baudarlehen hat sich sogar vervierfacht.

Die Ausgabe von Kapitalmarktpapieren (Aktien und festverzinsliche Wertpapiere) ist ein wesentlicher Bestandteil der Geschäftstätigkeit der Banken. Die Emission eigener festverzinslicher Wertpapiere (z. B. Pfandbriefe, Bankobligationen) dient der Beschaffung von Fremdkapital, die Ausgabe von Anleihen der öffentlichen

Hand sowie von Anleihen und Aktien der Unternehmen übernehmen die Banken als Dienstleistungen für diese Stellen.

1995 setzten die Kreditinstitute festverzinsliche Wertpapiere inländischer Emittenten – vorwiegend Bankschuldverschreibungen – im Wert von rund 620 Mrd. DM ab. Insgesamt waren Ende 1995 festverzinsliche Wertpapiere mit einem Nominalwert (Nennwert) von 2 870,3 Mrd. DM im Umlauf. 1995 betrug der Absatz von DM-Anleihen ausländischer Emittenten 102,7 Mrd. DM. Im Umlauf befanden sich entsprechende Papiere mit einem Nominalwert von 402,2 Mrd. DM.

Tab. 4: Absatz und Umlauf von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien inländischer Emittenten
Nominalwert in Mill. DM

Jahr	Festverzinsliche Wertpapiere		Aktien	
	Absatz	Umlauf ¹	Absatz ²	Umlauf ¹
1970	20 816	158 005	2 374	55 604
1980	137 453	548 645	3 702	91 134
1988	208 952	1 151 640	2 712	121 906
1989	253 262	1 232 236	4 730	132 036
1990	428 698	1 458 943	7 362	144 686
1991	442 089	1 686 765	3 656	151 618
1992	572 767	1 991 515	4 295	160 813
1993	733 126	2 394 728	5 224	168 005
1994	627 331	2 664 814	6 114	190 012
1995	620 120	2 870 295	5 894	211 231

1 Am Jahresende.

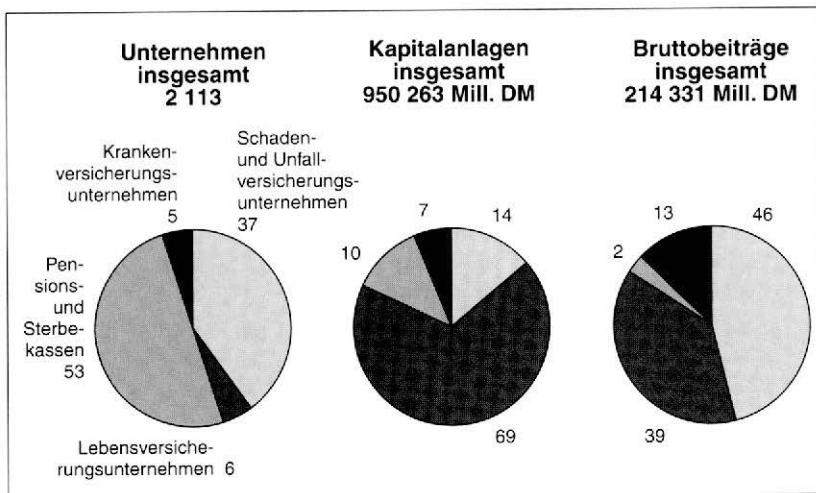
2 Durch Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen.

Im Vergleich zu festverzinslichen Wertpapieren ist der Erwerb von Aktien mit größeren Risiken, aber auch mit höheren Gewinnmöglichkeiten verbunden. Entsprechend ist der Aktienmarkt in der Bundesrepublik von geringerer Bedeutung als der Rentenmarkt (Markt der festverzinslichen Wertpapiere). 1995 waren Aktien mit einem Nominalwert von 211,2 Mrd. DM im Umlauf. Der Wert der in diesem Jahr durch Einzahlung von Finanzmitteln abgesetzten Aktien inländischer Aktiengesellschaften betrug 5,9 Mrd. DM (Nominalwert).

15.5 Versicherungen

Die Versicherungswirtschaft bietet mit einem breitgefächerten Dienstleistungsangebot materielle Absicherung gegen die verschiedenartigsten Risiken. Dadurch macht sie Verluste und Schadensfälle kalkulierbar. Dies wird für Wirtschaft und

Abb. 11: Versicherungsunternehmen, Bruttobeiträge, Kapitalanlagen 1994
ohne Rückversicherungsunternehmen in Deutschland
in Prozent



private Haushalte angesichts wachsender Gefahren und im Hinblick auf die Höhe möglicher Schäden immer wichtiger.

15.5.1 Unternehmen und Beschäftigte

Diese Entwicklung stellt wachsende Ansprüche an die Leistungsfähigkeit der Versicherungswirtschaft. Hierin dürfte ein Grund für die Konzentration in diesem Bereich liegen. Die Zahl der unter staatlicher Aufsicht stehenden Versicherungsunternehmen ist allein zwischen 1975 und 1994 von ungefähr 5 700 auf 2 113 zurückgegangen.

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 1995 arbeiteten in Deutschland 453 000 Erwerbstätige (dies entspricht 1,3 % aller Erwerbstätigen) in Versicherungsunternehmen. Im früheren Bundesgebiet waren 397 000 Personen und in den neuen Ländern und Berlin-Ost rund 56 000 Personen in diesen Unternehmen tätig. 1975 waren im Versicherungsgewerbe 271 000 Erwerbstätige (früheres Bundesgebiet) gezählt worden.

Die Arbeitskosten des Versicherungsgewerbes beliefen sich 1992 im früheren Bundesgebiet auf durchschnittlich 95 400 DM pro Kopf der Beschäftigten und in den neuen Ländern und Berlin-Ost auf 49 400 DM. Sie lagen damit in Westdeutschland über dem Arbeitskostenniveau des Kreditgewerbes, in Ostdeutschland dagegen darunter.

15.5.2 Geschäftstätigkeit

Der Umfang der Geschäftstätigkeit läßt sich vor allem aus den abgeschlossenen Verträgen und den Versicherungssummen ablesen. Er findet seine Entsprechung im Vermögen der Versicherungswirtschaft, die mit zu den größten Anlegern auf dem Kapitalmarkt gehört.

Das Lebensversicherungsgeschäft betrieben 1994 in Deutschland 120 Unternehmen. Gemessen an der Gesamtzahl aller Versicherungsunternehmen waren dies nur 5,7 %. Die Versicherungssumme aller abgeschlossenen Lebensversicherungsverträge erreichte Ende 1994 rund 2 537 Mrd. DM. Das Beitragsaufkommen von 84 Mrd. DM im Jahr 1994 entsprach einem Anteil von 39 % am gesamten Beitragsaufkommen aller Versicherungsunternehmen¹. Die Kapitalanlagen dieser Sparte erreichten 1994 einen Anteil von 69 % am entsprechenden Wert der gesamten Versicherungswirtschaft.

Im Unterschied zu den Lebensversicherungen wird bei den Schaden- und Unfallversicherungen (z. B. Feuer-, Hausrat-, Haftpflichtversicherungen) sowie bei den Krankenversicherungen lediglich das aktuelle Risiko abgedeckt und daher nicht im gleichen Maß Kapitalvermögen gebildet wie bei den Lebensversicherungsunternehmen.

Für die Kranken- sowie die Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen gibt Tab. 5 einen Überblick über Beiträge einerseits und Zahlungen für Versicherungsfälle andererseits.

Tab. 5: Beiträge und Zahlungen für Versicherungsfälle¹ in Mill. DM

Jahr	Krankenversicherungsunternehmen		Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen	
	Bruttobeiträge	Bruttoszahlungen für Versicherungsfälle	Bruttobeiträge	Bruttoupfwendungen für Versicherungsfälle
1970	4 098	2 624	12 791	9 924
1980	9 825	7 096	36 397	28 633
1985	13 616	9 378	50 693	38 772
1990	18 652	14 375	64 845	53 325
1991	20 624	15 930	76 676	61 237
1992	22 764	17 411	84 056	68 341
1993	25 714	18 883	92 183	75 190
1994	28 025	19 884	98 793	76 768

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.

Die Zahlungen der privaten Krankenkassen für Versicherungsfälle betrugen 1994 rund 19,9 Mrd. DM. Bei den Schaden- und Unfallversicherungen waren die Aufwendungen der Kraftfahrtversicherung mit rund 50 % von besonderem Gewicht.

¹ Ohne Rückversicherungsunternehmen.

15.6 Freie Berufe

Das Bild des Dienstleistungsbereichs wäre unvollständig, würde man die Freien Berufe außer acht lassen. Allerdings ist das statistische Material über diesen Bereich wegen der Vielfalt der Freien Berufe und der besonderen Probleme ihrer Erfassung lückenhaft und ermöglicht nur Teilaussagen.

Zum Bereich der Freien Berufe werden alle Männer und Frauen gerechnet, die selbständig in einem wissenschaftlichen, künstlerischen, ärztlichen, beratenden und ähnlichen Beruf tätig sind (nicht jedoch selbständige Gewerbetreibende). Während über die freiberuflich im Gesundheitswesen Tätigen und über einige beratende Berufe, etwa im Anwaltsbereich, in der Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung, Ingenieurberufe sowie Architektinnen und Architekten, Material vorliegt, können über selbständige Dolmetscherinnen und Dolmetscher, Künstlerinnen und Künstler usw. kaum Angaben gemacht werden.

Tab. 6: Steuerpflichtige freiberuflich tätige Personen mit Einkünften aus freiberuflicher Tätigkeit 1992¹

Berufsgruppen	Anzahl der Steuerpflichtigen ²	Durchschnittliche Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit (DM)	Davon			
			Steuerpflichtige mit negativen Einkünften	Steuerpflichtige mit positiven Einkünften		
				unter 40 000 DM	40 000 DM bis 100 000 DM	100 000 DM und mehr
Rechtsanwälte und Notare einschl. Patentanwälte	34 198	150 000	0,4	12,4	31,0	56,2
Wirtschaftsprüfer, vereidigte Buchprüfer, Steuerberater, Steuerbevollmächtigte, sonstige Wirtschaftsberater	31 186	156 800	0,5	16,9	28,2	54,4
Ärzte	85 665	216 700	0,2	9,3	18,3	72,1
Zahnärzte, einschl. Dentisten, aber ohne Zahntechniker	33 565	230 800	0,1	6,4	16,8	76,7
Tierärzte	5 735	78 500	0,4	32,4	41,2	26,0
Heilpraktiker und sonstige Heilberufe	30 594	64 200	0,4	41,3	41,5	16,7
Architekten, einschl. Innenarchitekten, Vermessungsingenieure, Bauingenieure, sonst. Ingenieure, Techniker, Chemiker, Chemotechniker, Physiker	65 716	132 300	0,7	26,7	33,6	39,0
Künstlerische Berufe	24 002	40 600	0,9	75,0	16,3	7,8
Sonstige freie Berufe	204 883	64 200	0,8	59,0	23,3	16,9
Insgesamt	515 544	119 400	0,6	37,0	25,1	37,3

1 Vorläufiges Ergebnis.

2 Einschl. Verlustfälle.

15.6.1 Freiberuflich tätige Personen und ihre Einkünfte

Eine gewisse Vorstellung von der Anzahl der freiberuflich tätigen Personen vermitteln die Angaben über die Einkommensteuerpflichtigen mit einem gesonderten Nachweis ausgewählter Freier Berufe. Da diese Statistik alle drei Jahre erhoben wird und erst nach Abwicklung der Einkommensteuer-Veranlagung durchgeführt werden kann, liegen zur Zeit nur Ergebnisse für das Jahr 1992 vor; dabei sind in der Tab. 6 nur die Angehörigen Freier Berufe nachgewiesen, deren Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit die übrigen Einkünfte übertreffen.

1992 belief sich die Anzahl der freiberuflich Tätigen, die den in Tab. 6 genannten Berufsgruppen angehörten, auf 515 544 Personen; ihre durchschnittlichen Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit betrugen 119 400 DM.

15.6.2 Beschäftigte

Nach der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten waren in Deutschland im freiberuflichen Gesundheits- und Veterinärwesen (Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte usw.) sowie in Rechtsanwaltspraxen, Unternehmensberatungen, Architektur- und Ingenieurbüros 1995 rund 1 563 000 Männer und Frauen (sozialversicherungspflichtig) beschäftigt, davon allein 36,2 % beim freiberuflichen Gesundheits- und Veterinärwesen.

Tab. 7: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Deutschland
am 30. 6. 1995

Wirtschaftsklasse	Beschäftigte
Freiberufliches Gesundheitswesen	556 430
Freiberufliches Veterinärwesen sowie Anstalten und Einrichtungen	9 745
Rechtsanwaltspraxen, Notariate, sonstige Rechtsberatung	120 195
Unternehmensberatung, Wirtschaftsprüfung	396 648
Architekten-, Bauingenieur-, Vermessungs- und sonstige Büros	479 486

Zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten rechnen auch die Auszubildenden. 1995 wurden in Deutschland 160 349 Jugendliche im Ausbildungsbereich „Freie Berufe“ ausgebildet. Nahezu 95 % von ihnen waren Mädchen, die vor allem eine Ausbildung als Arzt- oder Zahnarzthelferin, als Fachgehilfin in steuer- und wirtschaftsberatenden Berufen sowie als Rechtsanwaltsfachangestellte durchliefen. Insgesamt wurden 1995 10,2 % aller Auszubildenden bzw. 24,2 % der weiblichen Auszubildenden im Bereich der Freien Berufe ausgebildet. Die Freien Berufe leisten damit einen bedeutenden Beitrag zur beruflichen Ausbildung junger Menschen.

16 Preise und Löhne

16.1 Einführung

Die Entwicklung der Preise macht sich an jedem Geldbeutel bemerkbar, sei es bei den täglichen Einkäufen oder bei den Überlegungen, ob man sich eine Urlaubsreise, eine größere Anschaffung oder gar ein Eigenheim leisten kann. Preissteigerungen – etwa bei Grundstoffen, Investitionsgütern u. ä. – sind aber ebenso für die Unternehmen von Bedeutung, da sie ganz wesentlich ihre Kostensituation beeinflussen. Nicht zuletzt ist die allgemeine Preisentwicklung ein wichtiger Aspekt, wenn es gilt, zwischen den Tarifpartnern Lohn- und Gehaltserhöhungen auszuhandeln.

Auch die Entwicklung von Löhnen und Gehältern ist für die Arbeitnehmer- wie für die Unternehmensseite gleichermaßen bedeutsam: Für die einen sind Lohn- und Gehaltszahlungen Hauptbestandteil des Einkommens, für die anderen ein wesentlicher Kostenfaktor.

Die engen Wechselwirkungen zwischen Preisen und Löhnen werden häufig im Schlagwort Lohn-Preis-Spirale verkürzt dargestellt. Es besagt in starker Vereinfachung, daß Preissteigerungen in der Regel zu höheren Lohnforderungen führen und daß Steigerungen der Löhne und Gehälter über erhöhte Produktionskosten und erweiterte Nachfrage wiederum Preiserhöhungen verursachen. Unter welchen Voraussetzungen und Einschränkungen diese Annahmen zutreffen, kann hier nicht im einzelnen diskutiert werden. Für das Verständnis der Ausführungen zu den Löhnen und Preisen in den folgenden Abschnitten ist es aber wichtig, die engen Verknüpfungen dieser wirtschaftlichen Größen nicht aus dem Auge zu verlieren.

16.2 Preisindizes

Um die Preisentwicklungen auf den verschiedenen Märkten statistisch beobachten und darstellen zu können, gibt es in der Bundesrepublik Deutschland ein nahezu lückenloses System von Preisindizes. Für fast alle Stadien des Wirtschaftsablaufs, vom Einkauf der für die Produktion notwendigen Güter bis zum Absatz der Waren an die Endverbraucher, werden von der amtlichen Statistik laufend Preise erhoben und zu Indizes weiterverarbeitet.

So gibt es Preisindizes für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes und für landwirtschaftliche Betriebsmittel, Indizes für Erzeugerpreise, gewerblicher und landwirtschaftlicher sowie forstwirtschaftlicher Produkte, für Großhandelsverkaufspreise und schließlich für Verbraucherpreise. Darüber hinaus werden Indizes

der Baupreise, der Preise für Verkehrsleistungen sowie Indizes der Ein- und Ausfuhrpreise berechnet.

Alle Preisindizes haben das Ziel, die Preisentwicklung in einem bestimmten Bereich auf eine Kennziffer zu komprimieren und damit eine „Meßlatte“ zu liefern, an der durchschnittliche Veränderungen gegenüber einem Vergleichszeitraum quantifiziert werden können. Wie ein solcher Preisindex zustande kommt, wird im folgenden beispielhaft und stark vereinfacht am Preisindex für die Lebenshaltung, dem wohl bekanntesten Indikator des Statistischen Bundesamtes, erläutert.

16.3 Preisindex für die Lebenshaltung

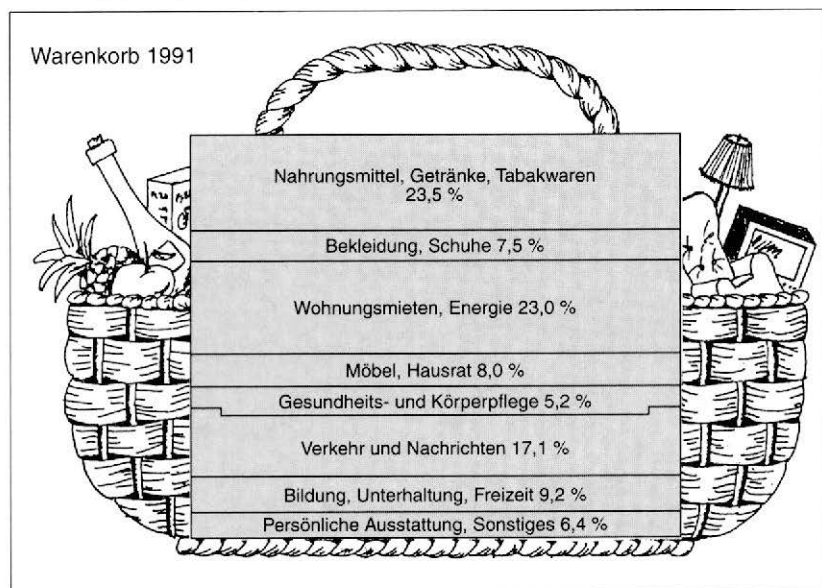
Bei der Interpretation der amtlichen Preisindizes für die Lebenshaltung kommt es in der Öffentlichkeit häufig zu Mißverständnissen. Weit verbreitet ist der Irrtum, ein Index könne unbesehen auf die Situation des eigenen Haushalts übertragen werden. Dabei wird jedoch verkannt, daß in der Statistik die einzelne Person oder der einzelne Haushalt stets nur als Teil des Ganzen Berücksichtigung findet. Für die Statistik tritt die Einzelbetrachtung gegenüber einer Gesamtbetrachtung zurück, die mit Durchschnittswerten arbeitet. Zu diesem Zweck werden anhand von Aufzeichnungen in Haushaltsbüchern bestimmte Haushaltstypen abgegrenzt, die sich nach Größe, Zusammensetzung, Einkommen und Verbrauchsstruktur unterscheiden. Es sind dies Vierpersonenhaushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen, Vierpersonenhaushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen und Zweipersonenhaushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen. Für diese Haushaltstypen werden spezielle Preisindizes berechnet, allerdings nur für die beiden Teilgebiete „früheres Bundesgebiet“ und „neue Länder“. Da nämlich die durchschnittlichen Einkommen der Haushalte im aktuellen Basisjahr (1991) der Verbraucherpreisstatistik in West- und Ostdeutschland noch signifikante Unterschiede aufwiesen, mußten die Haushaltstypen für die beiden Teilgebiete unterschiedlich definiert werden; eine Zusammenfassung der west- und ostdeutschen Indizes für die speziellen Haushaltstypen zu gesamtdeutschen Indizes ist nicht möglich. Daneben gibt es den umfassenden Preisindex aller privaten Haushalte, der sowohl für das frühere Bundesgebiet und für die neuen Länder einschließlich Berlin-Ost als auch für Deutschland insgesamt errechnet wird.

Die Berechnung der einzelnen Preisindizes basiert auf einer gezielten Auswahl von etwa 750 Waren und Dienstleistungen, die Fülle und Vielfalt des Marktangebotes möglichst gut repräsentieren sollen. Sie werden unter Auswertung der Anschreibungen in den Haushaltsbüchern in den „Warenkorb“ der Indexberechnung aufgenommen. Entsprechend ihrer Verbrauchsbedeutung, die sich aus dem jeweiligen Anteil am Haushaltsbudget ableitet, wird ihnen im Warenkorb ein entsprechendes „Gewicht“ zugeteilt. Dadurch ist gewährleistet, daß z. B. eine Preis-

erhöhung bei Brot eine stärkere Auswirkung auf die Veränderung des Preisindex hat als eine Verteuerung von Salz oder einem anderen Gut mit geringer Verbrauchsbedeutung.

Für alle in den Preisindizes für die Lebenshaltung berücksichtigten Positionen verfolgen Preisbeobachter in 190 über das ganze Land verteilten Gemeinden im Auftrag der amtlichen Statistik laufend in den verschiedenartigsten Berichtsstellen jede Preisveränderung. Die einzelnen Meldungen, die in die Gesamtberechnung des Index eingehen, summieren sich monatlich zu rund 400 000 Preisreihen. Schon diese hohe Zahl macht deutlich, wie umfassend die Dokumentation der Preisentwicklung ist. In regelmäßigen Abständen wird der „Warenkorb“ aktualisiert und werden die Gewichte der Indizes neu berechnet, um Änderungen der Verbrauchsgewohnheiten berücksichtigen zu können.

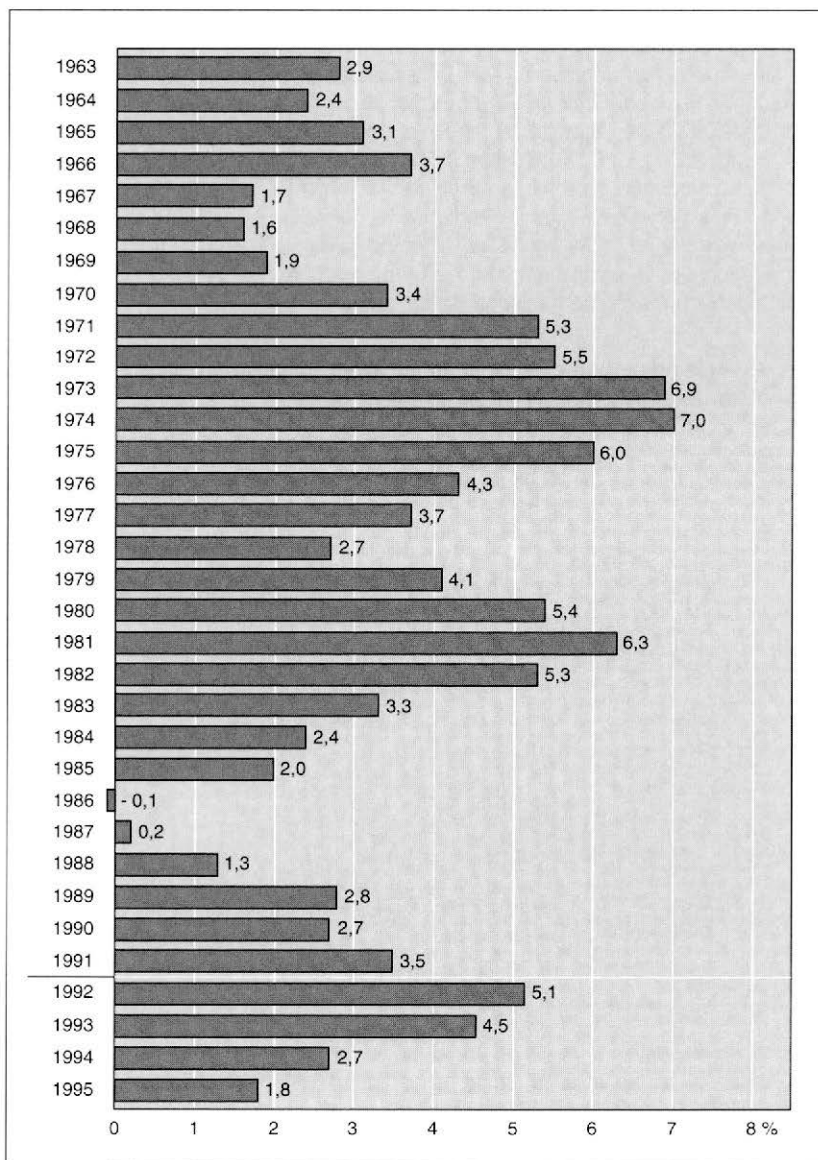
Abb. 1: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland



Welche Preisveränderungen sich von Jahr zu Jahr ergaben, zeigt Abb. 2. Ihr liegt der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte zugrunde, der für das frühere Bundesgebiet seit 1962 ermittelt wird. Ergebnisse für Deutschland liegen seit 1991 vor.

In Deutschland stieg der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte von 1991 bis 1995 um 14,8 %. Für das frühere Bundesgebiet wurden 12,5 %, für

Abb. 2: Jährliche Preisveränderungsraten¹ 1963 bis 1995

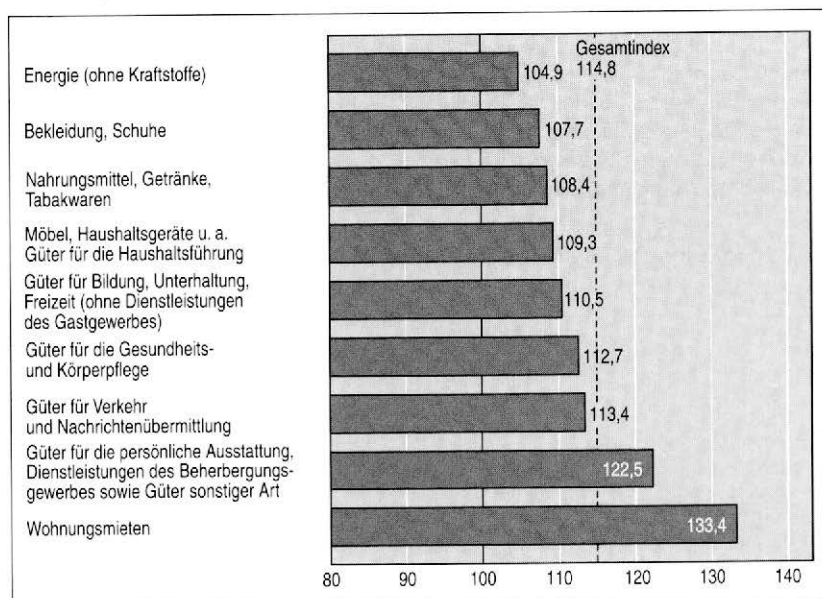


¹ Gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. Bis einschl. 1991 früheres Bundesgebiet; ab 1992 Deutschland.

die neuen Länder und Berlin-Ost 32,7 % ermittelt. Damit wird deutlich, daß die Ergebnisse für Deutschland von der Heranführung subventionierter Preise an ein marktwirtschaftliches Preisniveau in den neuen Ländern und Berlin-Ost beeinflußt wurden.

Innerhalb des Zeitraums 1962 bis 1995 wurden die höchsten Preissteigerungsraten in den Jahren 1973 und 1974 mit 6,9 % bzw. 7,0 % ermittelt. Hauptursache waren die starken Ölpreiserhöhungen dieser Jahre. Umgekehrt wirkte sich der Ölpreisrückgang des Jahres 1986 ganz wesentlich auf den Preisindex für die Lebenshaltung aus, der sich erstmals im dargestellten Beobachtungszeitraum verringerte, und zwar um 0,1 % gegenüber dem Vorjahr.

Abb. 3: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1995 nach ausgewählten Gütergruppen in Deutschland (1991 = 100)



Wie Abb. 3 zeigt, verlief die Preisentwicklung bei den einzelnen Gütergruppen unterschiedlich. Bei einer allgemeinen Steigerung der Verbraucherpreise von 14,8 % im Zeitraum von 1991 bis 1995 sind bei Wohnungsmieten mit gut 33 % bzw. bei Gütern für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Gütern sonstiger Art mit knapp 23 % überdurchschnittliche Preissteigerungen zu verzeichnen. Nur mäßige Preissteigerungen gab es dagegen bei der Energie (+ 4,9 %) und bei Bekleidung, Schuhen (+ 7,7 %).

Die überdurchschnittliche Erhöhung der Wohnungsmieten war wesentlich durch die 1. und 2. Grundmietenverordnung im Oktober 1991 bzw. Januar 1993 sowie durch das Mietenüberleitungsgesetz im August 1995 in den neuen Ländern mitbestimmt. Im früheren Bundesgebiet haben sich die Wohnungsmieten im gleichen Zeitraum nur um 21,3 % erhöht, während sie im Osten um 326 % anstiegen.

Die häufig geäußerte Vermutung, der Preisindex weise zu geringe Preissteigerungen nach, hängt vor allem mit zwei Fehlwahrnehmungen zusammen: Zum einen werden Preissteigerungen stärker empfunden als gleichbleibende oder gar sinkende Preise; zum anderen wird häufig vergessen, daß in den Preisindizes durchschnittliche Preiserhöhungen für die Verbrauchsausgaben eines fiktiven Haushalts erfaßt werden.

Um dies an einem Beispiel zu verdeutlichen: Ein Haushalt heizt mit Öl und profitiert von den Preissenkungen in diesem Bereich. Ein anderer Haushalt, der Gas verwendet, das sich weniger (bzw. erst mit zeitlicher Verzögerung) verbilligt hat, wird durch die Preisentwicklung in weit geringerem Umfang entlastet.

Im Budget des fiktiven Indexhaushalts sind – entsprechend der anteiligen Verbrauchsbedeutung – alle Heizenergiearten (Gas, Kohle, Koks, Holz, Elektrizität und Öl) berücksichtigt, so daß auch die unterschiedliche Preisentwicklung dieser Energieträger entsprechend in die Indexberechnung eingeht. Aus diesem Grund wirken sich extreme Preissteigerungen oder Preissenkungen in gemilderter Form auf die Entwicklung des Gesamtindex aus.

Tab. 1: Preisindizes für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte
1991 = 100

Jahr	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
1962	–	37,1	–
1965	–	40,3	–
1970	–	45,5	–
1975	–	61,2	–
1980	–	74,6	–
1985	–	90,2	–
1986	–	90,0	–
1987	–	90,3	–
1988	–	91,4	–
1989	–	94,0	–
1990	–	96,5	–
1991	100	100	100
1992	105,1	104,0	113,5
1993	109,8	107,7	125,4
1994	112,8	110,6	130,0
1995	114,8	112,5	132,7
1996	116,5	114,1	135,6

16.4 Preisindex für Wohngebäude, Kaufwerte für Bauland

Die Preise für die Errichtung von Wohngebäuden haben sich in Deutschland zwischen 1991 und 1995 um 17,1 % bzw. jahresdurchschnittlich um 4,3 % erhöht. Sie sind damit stärker gestiegen als die Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (+ 14,8 %).

Im früheren Bundesgebiet sind im gleichen Zeitraum die Preise für Wohngebäude weniger stark als in Deutschland insgesamt, nämlich um 15,4 % bzw. um 3,9 % im Jahresdurchschnitt gestiegen. Der Preisauftrieb hat sich hier damit gegenüber dem langfristigen Trend etwas verlangsamt. Zwischen 1962 und 1995 verteuerten sich Wohngebäude im Mittel jährlich um 4,8 %. Die Preise haben dadurch in diesem Zeitraum auf das 4,7fache zugenommen – gegenüber einer Verdreifachung der Lebenshaltungspreise.

Gegenüber 1991, dem Beginn der Baupreisstatistik in den neuen Ländern und Berlin-Ost, ist dort das Bauen von Wohngebäuden 1995 um über 27 % teurer geworden. Der Preisanstieg war damit ca. 75 % höher als in den alten Bundesländern (15,4 %). Die jährlichen Preissteigerungsraten nähern sich jedoch denen im früheren Bundesgebiet an.

Die Statistik der Kaufwerte für Bauland erfaßt die Verkäufe von unbebauten Grundstücken mit einer Fläche ab 100 Quadratmeter. Im Jahr 1995 wurden in Deutschland rund 112 400 Verkäufe von unbebautem Bauland statistisch ausgewertet. Dabei wurden 209 Quadratkilometer Bauland veräußert. Je Veräuße-

Tab. 2: Preisindex für Wohngebäude
(Neubau; Bauleistungen am Bauwerk; 1991 = 100)

Jahr	Preisindex für Wohngebäude ¹	Jahr	Preisindex für Wohngebäude ¹
<i>Früheres Bundesgebiet</i>			
1960	21,1	1991	100
1970	36,5	1992	105,7
1980	70,3	1993	110,5
1985	80,5	1994	112,8
1990	93,7	1995	115,4
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>			
1992	110,8	1994	123,3
1993	118,7	1995	127,0
<i>Deutschland</i>			
1992	106,4	1994	114,3
1993	111,7	1995	117,1

1 Einschl. Umsatzsteuer.

rungsfall wechselten 1 857 Quadratmeter Bauland den Besitzer. Der durchschnittliche Kaufwert je Quadratmeter betrug 70,28 DM. Die Kaufwerte für Bauland variieren sehr stark nach Regionen, Gemeindegrößen, örtlicher Lage, Baugebieten sowie Art und Größe des Grundstücks. Typisch ist, daß mit steigender Einwohnerzahl in den Städten und Gemeinden sich die Kaufwerte für Bauland stark erhöhen. Bei den unterschiedlichen Baugebieten wurden die höchsten Verkaufserlöse in Wohngebieten in geschlossener Bauweise sowie in Geschäftsbereichen erzielt. Recht unterschiedliche Verkaufsergebnisse zeigt die Statistik für das frühere Bundesgebiet sowie für die neuen Länder und Berlin-Ost.

Seit Bestehen dieser Statistik, d. h. im Zeitraum von 1962 bis 1995, wurde im früheren Bundesgebiet eine Verneunfachung der durchschnittlich gezahlten Quadratmeterpreise für baureifes Land festgestellt. 1995 kostete ein Quadratmeter Bauland (baureifes Land, Rohbauland und sonstiges Bauland) im Durchschnitt 98,97 DM, wobei der niedrigste tatsächlich gezahlte Quadratmeterpreis bei wenigen Pfennigen und der höchste bei 16 000 DM lag. Im früheren Bundesgebiet wurde rund die Hälfte der in Deutschland veräußerten Baulandflächen verkauft und fast drei Viertel der erzielten Kaufsumme realisiert. Damit lagen die durchschnittlichen Kaufwerte je Flächeneinheit hier deutlich über denen in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

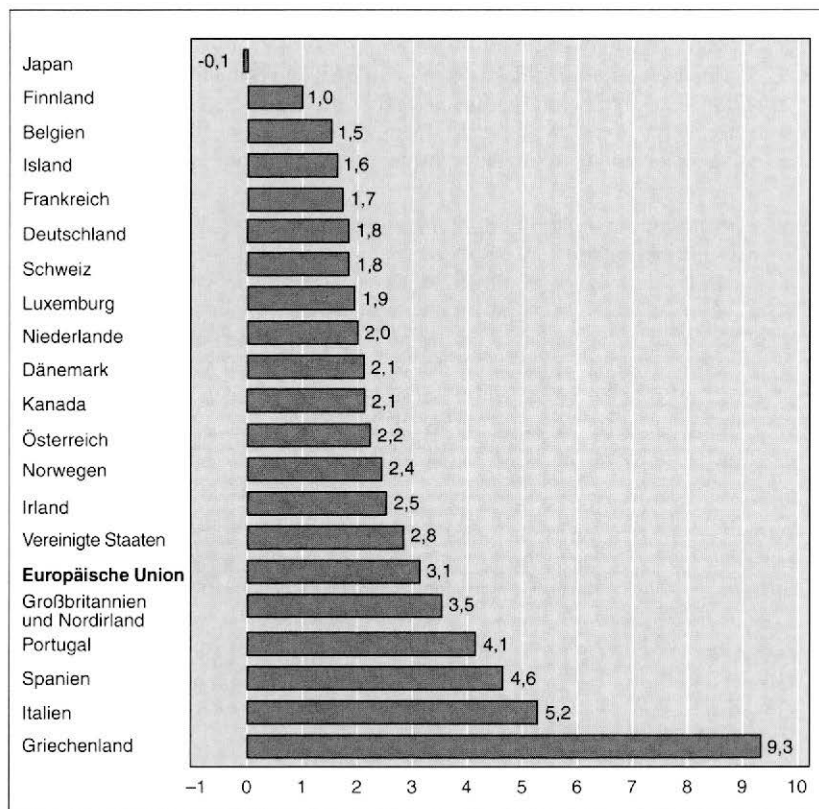
In den neuen Ländern und Berlin-Ost kostete der Quadratmeter Bauland 1995 im Durchschnitt 38,95 DM, rund 39 % des Wertes im früheren Bundesgebiet. Der tatsächlich bezahlte Quadratmeterpreis schwankte zwischen wenigen Pfennigen und 18 000 DM. Je Veräußerungsfall sind in den neuen Ländern 2 840 Quadratmeter Bauland verkauft worden, im früheren Bundesgebiet waren es 1 410 Quadratmeter.

16.5 Internationale Entwicklung der Preisindizes für die Lebenshaltung

Die geringste Preissteigerungsrate bei den Kosten für die Lebenshaltung – als einem der wichtigsten Konvergenzkriterien für die bevorstehende Europäische Wirtschafts- und Währungsunion – hatte 1995 unter den EU-Ländern Finnland mit 1,0 %, die höchste Griechenland mit 9,3 % zu verzeichnen. Im EU-Durchschnitt stiegen die Kosten für die Lebenshaltung um 3,1 %. In Japan war eine Stagnation (- 0,1 %) und in den Vereinigten Staaten eine Steigerung von 2,8 % zu beobachten. In Deutschland stiegen die entsprechenden Preise um 1,8 %. Geringere Preissteigerungsraten als in Deutschland hatten unter den EU-Ländern außer Finnland nur noch Belgien (1,5 %) und Frankreich (1,7 %) zu verzeichnen.

Betrachtet man die Preisentwicklung der letzten vier Jahre, so lag die Preissteigerungsrate in Deutschland mit 14,8 % nahezu auf dem Niveau des EU-Durchschnitts (14,5 %). In den meisten EU-Ländern außer Italien, Spanien, Portugal und

Abb. 4: Preisveränderungen 1995 gegenüber 1994 im internationalen Vergleich in Prozent



Griechenland entwickelten sich die Preise von 1991 bis 1995 günstiger als in Deutschland. Am ungünstigsten verlief auch hier wiederum die Entwicklung in Griechenland mit einer Steigerungsrate von 60,6 %.

16.6 Verdienste von Arbeitern und Angestellten

16.6.1 Jahresverdienste

Wer als Arbeitnehmer beschäftigt ist, weiß sicherlich, was er am Monatsende – bildlich gesprochen – in der Lohntüte hat. Nicht allen ist jedoch bekannt, was sie

brutto, also vor Abzug von Steuern, Sozialabgaben u. ä., verdienen. Erst recht gilt dies, wenn man, wie in Tab. 3, auch einmalige Sonderzahlungen, Gratifikationen, Urlaubsgeld, 13. Monatsgehalt usw. berücksichtigt.

Vergleicht man die Verdienste von Arbeitern und Angestellten, so läßt sich eine Reihe von interessanten Entwicklungen erkennen. Die Jahresverdienste der Arbeiter haben sich im früheren Bundesgebiet von 1975 bis 1995 um 145 %, die der Angestellten sogar um 159 % erhöht. Dadurch hat sich auch der Abstand zwischen den Verdiensten von Arbeitern und Angestellten vergrößert. In der Industrie

Tab. 3: Bruttojahresverdienste der (vollbeschäftigten) Arbeiter und Angestellten
in DM

Geschlecht	Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost	Ost-West-Verdienstrelation
	1975	1985	1995	1995	1995
<i>Industrie¹</i>					
<i>Arbeiter</i>					
Insgesamt	23 037	38 279	56 344	40 000	71,0
Männer	24 614	40 582	58 928	41 162	69,9
Frauen	16 665	27 986	41 521	31 791	76,6
<i>Angestellte</i>					
Insgesamt	31 937	55 679	82 699	55 875	67,6
Männer	35 257	61 122	90 304	62 707	69,4
Frauen	23 055	39 917	60 649	46 612	76,9
<i>Angestellte in Industrie¹, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe</i>					
Insgesamt	28 769	48 611	73 892	53 981	73,1
Männer	33 316	56 329	84 059	61 565	73,2
Frauen	21 277	35 522	55 918	47 318	84,6

1 Einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.

verdienten 1975 Arbeiter im Durchschnitt rund 72 % von dem, was Angestellte bezogen. 1985 belief sich dieser Anteil auf 68,7 % und 1995 auf 68,1 %. Diese Entwicklung ist auch davon beeinflusst, daß besonders qualifizierte Arbeiter in das Angestelltenverhältnis übernommen werden.

Für die neuen Länder und Berlin-Ost lagen entsprechende Ergebnisse erstmals für das Berichtsjahr 1991 vor. Die Verdienstrelation zwischen den Arbeitern und den Angestellten in der Industrie belief sich auf 85 % und lag damit weit über der Relation – selbst 16 Jahre zuvor – im früheren Bundesgebiet. Bis 1995 verringerte sie sich auf 72 %, d. h. auf die Relation des Jahres 1975 im früheren Bundesgebiet.

Obwohl die Verdienste der Frauen in den vergangenen Jahren gestiegen sind, verdienen sie nach wie vor wesentlich weniger als Männer. Die Verdienste der Arbeiterinnen lagen 1995 im Durchschnitt um 29,5 % unter denen ihrer männlichen Kollegen. 1985 hatte der Abstand dagegen noch 31 % und 1975 gut 32 % betragen. Die entsprechende Spanne lag bei den Angestellten 1975 und 1985 fast unverändert bei 35 % und reduzierte sich bis 1995 auf 33 %.

Wesentlich geringer war 1995 der Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Die Industrie-Arbeiterinnen verdienen 1995 im Durchschnitt 23 % weniger als ihre männlichen Kollegen. 1992 waren es noch 27 % weniger. Die Spanne nahm allerdings bei den weiblichen Angestellten in der Industrie von 25 % im Jahr 1992 auf 26 % im Jahr 1995 und in Industrie, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe von 21 % auf 23 % zu.

Die hohen Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern im früheren Bundesgebiet haben verschiedene Ursachen. Zum einen sind vor allem ältere Frauen im Durchschnitt weniger gut ausgebildet und damit häufig in weniger qualifizierten Berufen tätig. Zum zweiten bleiben ihnen Tätigkeiten, die durch besondere Erschwernisse (Lärm, Hitze, Gefahr) gekennzeichnet sind, aber auch durch entsprechende Zuschläge abgegolten werden, völlig verschlossen (z. B. Tätigkeiten im Bergbau, am Hochofen u. ä.). Umgekehrt sind in Wirtschaftsbereichen, in denen die Verdienste niedrig liegen, besonders viele Frauen beschäftigt, z. B. in der Textil- und der Schuhindustrie (siehe 16.6.2).

Außerdem wirkt sich aus, daß Männer mehr Überstunden leisten als Frauen und daß Frauen – auch wenn man die Ausbildungsunterschiede berücksichtigt – sowohl in den mittleren als auch gehobenen Führungspositionen unterrepräsentiert sind.

Tab. 4: Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden der (vollbeschäftigten) Arbeiter in der Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk)

Jahr	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
1960	43,2	46,3	–	–
1965	41,4	45,1	–	–
1970	40,7	44,8	–	–
1975	38,3	41,2	–	–
1980	40,0	42,1	–	–
1985	39,5	40,9	–	–
1990	38,4	39,9	–	–
1991	38,1	39,6	40,0	40,8
1992	37,7	39,3	40,0	41,1
1993	36,7	38,2	40,1	41,4
1994	37,1	38,6	38,8	40,3
1995	37,2	38,8	39,0	39,7

Bei den Angestellten muß noch berücksichtigt werden, daß die Verdienste der technischen Angestellten erheblich über denen der kaufmännischen Angestellten liegen (vgl. Tab. 6), daß aber nur 7 % der weiblichen Angestellten in technischen Berufen tätig sind gegenüber 45 % der männlichen Angestellten.

Die Industriearbeiter erreichten in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1995 rund 71 % des Durchschnittsverdienstes der Industriearbeiter im früheren Bundesgebiet. Für die Frauen wurde mit rund 77 % eine günstigere Ost-West-Verdienstrelation ermittelt als für die Männer (70 %). Bei den Angestellten betrug die Ost-West-Verdienstrelation 1995 in der Industrie 68 %. Auch hier war die Relation bei den weiblichen Angestellten (77 %) günstiger als bei den männlichen Angestellten (69 %).

16.6.2 Bruttostundenverdienste der Industriearbeiter

Bei den Bruttostundenverdiensten der Industriearbeiter bestehen nicht nur erhebliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen, sondern auch zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen und den verschiedenen Leistungsgruppen.

Der Stundenverdienst aller Industriearbeiter im früheren Bundesgebiet hat sich von 1960 bis 1995 mehr als verneunfacht, wobei die Stundenverdienste der Arbeiterinnen stärker anstiegen als die ihrer männlichen Kollegen. Auch anhand der Stundenverdienste zeigt sich also, daß der Abstand zwischen der Bezahlung von Männern und Frauen geringer geworden ist.

Bei einem Durchschnittsstundenverdienst von 26,59 DM im früheren Bundesgebiet und von 18,75 DM in den neuen Ländern im Jahr 1995 für männliche Industriearbeiter wurden die höchsten Stundenverdienste mit durchschnittlich 34,54 DM in der Mineralölverarbeitung und in den neuen Ländern mit 25,42 DM im Bereich Tabakverarbeitung (ohne Herstellung von Zigarren, Zigarillos, Stumpen) gezahlt. Die niedrigsten Stundenverdienste wurden im früheren Bundesgebiet mit durchschnittlich 19,57 DM in der Herstellung von Zigarren, Zigarillos, Stumpen und in den neuen Ländern in der Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen) mit 11,48 DM nachgewiesen. Unterscheidet man nach sogenannten Leistungsgruppen zwischen Facharbeitern (Leistungsgruppe 1), angelernten Arbeitern (Leistungsgruppe 2) und Hilfsarbeitern (Leistungsgruppe 3), ergaben sich 1995 für die gesamte Industrie folgende Durchschnittswerte:

	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Leistungsgruppe 1:	27,99 DM	19,80 DM
Leistungsgruppe 2:	25,26 DM	17,57 DM
Leistungsgruppe 3:	22,11 DM	16,14 DM

In der Leistungsgruppe 1 variierten im früheren Bundesgebiet die Stundenverdienste für männliche Industriearbeiter zwischen 35,66 DM in der Mineralölverarbeitung und 20,64 DM in der Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schu-

hen). In den neuen Ländern variierten die Stundenverdienste in der Leistungsgruppe 1 zwischen 28,88 DM in der Tabakverarbeitung (ohne Herstellung von Zigarren, Zigarillos, Stumpen) und 11,94 DM in der Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen). In der Leistungsgruppe 3 lag die Bandbreite im früheren Bundesgebiet 1995 zwischen 28,86 DM in der Tabakverarbeitung (ohne Herstellung von Zigarren, Zigarillos, Stumpen) und 17,07 DM (Herstellung von Schuhen; Reparatur von Schuhen usw.). Der höchste Wert in der Leistungsgruppe 3 wurde in den neuen Ländern im Bereich Tabakverarbeitung (ohne Herstellung von Zigarren, Zigarillos, Stumpen) mit 22,89 DM erzielt, dagegen erreichten die Verdienste im Bekleidungsgewerbe nur 9,47 DM pro Stunde.

Tab. 5: Durchschnittliche Bruttostundenverdienste der Arbeiter
in der Industrie
(einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk) in DM

Jahr	Insgesamt	Männer	Frauen
<i>Früheres Bundesgebiet</i>			
1960	2,69	2,89	1,89
1965	4,26	4,54	3,09
1970	6,09	6,49	4,49
1975	9,85	10,40	7,52
1980	13,41	14,16	10,25
1985	16,39	17,23	12,54
1990	20,21	21,17	15,49
1991	21,45	22,46	16,52
1992	22,68	23,70	17,51
1993	23,93	24,91	18,48
1994	24,66	25,65	19,03
1995	25,57	26,59	19,73
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>			
1991	10,45	10,80	8,53
1992	13,41	13,82	10,74
1993	15,57	16,02	12,16
1994	16,95	17,45	13,42
1995	18,23	18,75	14,51

16.6.3 Monatsverdienste der Angestellten

Auch bei den Angestellten ist eine breite Fächerung der Verdienste festzustellen. Je nachdem, welche Anforderungen und Fähigkeiten an eine Tätigkeit geknüpft sind, erfolgt eine Einordnung in die Leistungsgruppen II bis V.

Durchweg am wenigsten verdienen die Angestellten im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern im Einzelhandel. Besonders hoch lagen die Durch-

Tab. 6: Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten 1995
in DM

		Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk), Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe		Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk)	
		kaufm. Angestellte	techn. Angestellte	kaufm. Angestellte	techn. Angestellte
<i>Früheres Bundesgebiet</i>					
Durchschnittsverdienst	Männer	5 792	6 657	6 511	6 793
	Frauen	4 137	4 735	4 542	4 843
Höchster Wert in Leistungsgruppe II ¹	Männer	7 387	7 765	7 927	7 870
	Frauen	6 014	6 879	6 441	7 013
Niedrigster Wert in Leistungsgruppe V ²	Männer	3 331	4 080	3 559	3 885
	Frauen	3 018	3 269	3 091	3 264
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>					
Durchschnittsverdienst	Männer	4 369	4 819	4 666	4 840
	Frauen	3 477	3 785	3 512	3 793
Höchster Wert in Leistungsgruppe II ¹	Männer	5 561	5 443	5 447	5 451
	Frauen	4 657	4 904	4 641	4 907
Niedrigster Wert in Leistungsgruppe V ²	Männer	2 730	2 895	2 718	2 826
	Frauen	2 665	2 573	2 477	2 552

1 Angestellte mit besonderen Erfahrungen und selbständigen Leistungen in verantwortlicher Tätigkeit.

2 Angestellte in einfacher Tätigkeit, die keine Berufsausbildung erfordert.

schnittsverdienste im früheren Bundesgebiet in der Mineralölverarbeitung und im Bereich der Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen. In den neuen Ländern und Berlin-Ost wurden die höchsten Gehälter im Baugewerbe, in der Elektrizitätsversorgung und im Bergbau gezahlt.

16.7 Nominal- und Reallöhne

Bisher beschränkten sich die Angaben auf die tatsächlichen (nominalen) Verdienste. Preisänderungen, die die Kaufkraft der Einkommen beeinflussen, blieben unberücksichtigt. Bezieht man nun den Preisverlauf in die Betrachtung ein, so kommt man zu den Reallöhnen als einer Maßgröße für die Entwicklung der Kaufkraft (vgl. Tab. 7).

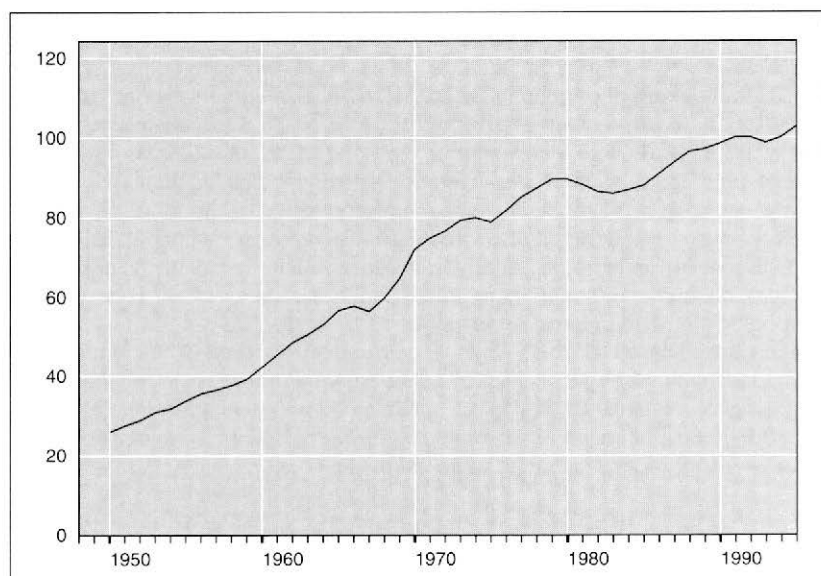
Ein Vergleich zeigt, daß die Reallöhne zwar deutlich hinter den Nominallöhnen zurückgeblieben sind, gleichwohl aber bis 1980 zum Teil kräftige Steigerungsraten zu verzeichnen waren. Während die Nominallöhne 1980 rund neunmal so hoch lagen wie 1950, war der Reallohn oder die Kaufkraft der durchschnittlichen Bruttowochenverdienste von Industriearbeitern 1980 etwa dreieinhalbmal so hoch wie 30 Jahre zuvor.

Tab. 7: Entwicklung der Nominal- und Reallöhne im früheren Bundesgebiet
Index der durchschnittlichen Bruttowochenverdienste der Arbeiter in der
Industrie¹ (1991 = 100)

Jahr	Nominal	Real	Jahr	Nominal	Real
1950	7,7	25,8	1986	81,9	90,8
1960	15,1	42,1	1987	84,6	93,8
1965	23,3	56,6	1988	88,0	96,5
1970	33,2	71,9	1989	91,2	97,2
1975	48,7	78,8	1990	95,0	98,5
1980	67,0	89,6	1991	100,0	100,0
1981	70,0	88,1	1992	104,1	100,0
1982	72,4	86,4	1993	106,5	98,6
1983	74,4	86,0	1994	111,0	100,0
1984	76,9	86,9	1995	116,1	102,8
1985	79,4	87,9			

1 Einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.

Abb. 5: Reallohnindex im früheren Bundesgebiet



In den Jahren 1981 bis 1983 ist der Reallohn gegenüber den Vorjahren jeweils gesunken, während der Nominallohn weiter anstieg. Die Preissteigerungen sind also in diesen Jahren über die Lohnsteigerungen hinausgegangen, was zuvor nur in den Jahren 1967 und 1975 der Fall gewesen war. Ab 1984 stieg auch der Reallohn

wieder an, lag 1986 etwas über dem Niveau von 1980 und erhöhte sich danach weiter bis zum Jahr 1991 (vgl. Abb. 5). 1992 blieb der Reallohn konstant und fiel 1993 erstmals wieder (- 1,4 %). In den Jahren 1994 und 1995 ergaben sich zwar hohe Nominallohnzuwächse von 4,2 % und 4,6 %, aber aufgrund der hohen Preissteigerungsraten nur reale Lohnzunahmen von 1,4 % und 2,8 %. Der Nominallohnindex lag 1995 um 16,1 %, der Reallohnindex dagegen nur um 2,8 % über dem Stand des Jahres 1991.

Einschränkend ist anzumerken, daß hier von Bruttoverdiensten ausgegangen wird. Der für Verbrauchsausgaben maßgebliche Nettoverdienst ist von der jeweiligen Steuer- und Abgabenbelastung abhängig. Nach Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes ist der Nettoverdienst im früheren Bundesgebiet real seit 1991 bei Arbeitnehmern ohne Kinder um gut 3 % und mit Kindern – unter Berücksichtigung des erhöhten Kindergeldes – um 1 bis 2 % zurückgegangen.

16.8 Abgabenbelastung

Von besonderem Interesse ist neben der Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter die Entwicklung der Abgabenlast auf Löhne bzw. Gehälter. Erst wenn Steuern und Sozialbeiträge gezahlt sind, ergibt sich das Nettoeinkommen.

Zur Quantifizierung der Abgabenlast können hilfsweise Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen herangezogen werden. Aus diesen Ergebnissen läßt sich für das frühere Bundesgebiet eine Abgabenquote (das Verhältnis von Lohnsteuern und tatsächlich gezahlten Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer zur gesamtwirtschaftlichen Bruttolohn- und -gehaltssumme) von knapp 16 % im Jahr 1960 ermitteln, die auf rund 23 % im Jahr 1970 und auf etwas über 30 % im Jahr 1990 stieg. Für Deutschland (einschl. der neuen Länder und Berlin-Ost) hat sich die Abgabenquote 1991 auf knapp 32 % und in den Jahren 1992 und 1993 auf knapp 33 % erhöht. In den Jahren 1994 und 1995 stieg sie auf etwa 34 % bzw. knapp 36 %. Diese Relation vermittelt lediglich eine globale Größenordnung; je nach Einkommenshöhe, Familiengröße usw. ergeben sich im einzelnen starke Abweichungen und Unterschiede. Auch müßten – streng genommen – die Steuererstattungen im Rahmen der Einkommensteuerveranlagungen von der Abgabenbelastung abgezogen werden (vgl. auch Kap. 12.6).

16.9 Arbeitskosten

Wie bereits angedeutet, sind Löhne und Gehälter für die Wirtschaft ein entscheidender Kostenfaktor. Nachdem in den vorhergehenden Abschnitten der Einkommensaspekt bei den Arbeitnehmern im Vordergrund stand, soll im folgenden der Kostengesichtspunkt bei den Arbeitgebern näher beleuchtet werden.

Die Arbeitskosten umfassen die Bruttolöhne und -gehälter sowie weitere Kosten, die auf gesetzlichen Regelungen, Tarifverträgen oder betrieblichen Vereinbarungen beruhen und unmittelbar mit der Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zusammenhängen. Sie werden in der amtlichen Statistik durch die beiden Hauptbestandteile „Entgelt für geleistete Arbeit“ und „Personalnebenkosten“ dargestellt. Hiervon ist das Entgelt für geleistete Arbeit als die „direkte“ Vergütung der Arbeitszeit definiert; alle anderen Kosten – wie die Vergütung arbeitsfreier Tage (Urlaub, Krankheit, gesetzliche Feiertage, sonstige bezahlte gesetzliche oder betriebliche Freizeit), die Sonderzahlungen (vermögenswirksame Leistungen, zusätzliches Urlaubsgeld, Gratifikationen, 13. Monatsgehalt), Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung sowie die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung und berufliche Bildung – zählen zu den Personalnebenkosten.

Tab. 8: Arbeitskosten je Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe im früheren Bundesgebiet

	1972	1992	1972	1992
	DM		%	
Arbeitskosten	22 900	75 200	100	100
Entgelt für geleistete Arbeit	14 700	41 700	64,2	55,5
Personalnebenkosten	8 200	33 500	35,8	44,5

Tab. 9: Arbeitskosten je Arbeitnehmer nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen 1992

Wirtschaftsbereich	Insgesamt		Entgelt für geleistete Arbeit		Personalnebenkosten	
	DM	%	DM	%	DM	%
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
Produzierendes Gewerbe	75 200	100	41 700	55,5	33 500	44,5
Großhandel	69 600	100	41 900	60,2	27 700	39,8
Einzelhandel	53 500	100	32 200	60,2	21 300	39,8
Kreditgewerbe	89 700	100	45 300	50,5	44 400	49,5
Versicherungsgewerbe	95 400	100	49 100	51,5	46 300	48,5
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>						
Produzierendes Gewerbe	41 500	100	25 000	60,2	16 500	39,8
Großhandel	40 400	100	24 900	61,6	15 500	38,4
Einzelhandel	37 900	100	22 800	60,2	15 100	39,8
Kreditgewerbe	53 700	100	28 900	53,8	24 800	46,2
Versicherungsgewerbe	49 400	100	27 500	55,7	21 900	44,3

Von 1972 bis 1992 sind im früheren Bundesgebiet die Personalnebenkosten im Produzierenden Gewerbe weit stärker gewachsen (+ 309 %) als die Entgelte für geleistete Arbeit (+ 184 %). Entsprechend hat sich in diesem Zeitraum der Anteil der Personalnebenkosten von 35,8 % auf 44,5 % der Arbeitskosten erhöht. Der Teil der Personalnebenkosten, der auf gesetzlichen Regelungen beruht (z. B. Pflichtbeiträge der Arbeitgeber zur Sozialversicherung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall), stieg von 17,4 % auf 19,6 % der gesamten Arbeitskosten.

Die Personalnebenkosten sind prozentual um so höher, je mehr Beschäftigte das Unternehmen hat. Beispielsweise betrug 1992 das Verhältnis von Personalnebenkosten zum Entgelt für geleistete Arbeit bei Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten 40:60, bei Unternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten dagegen 48:52.

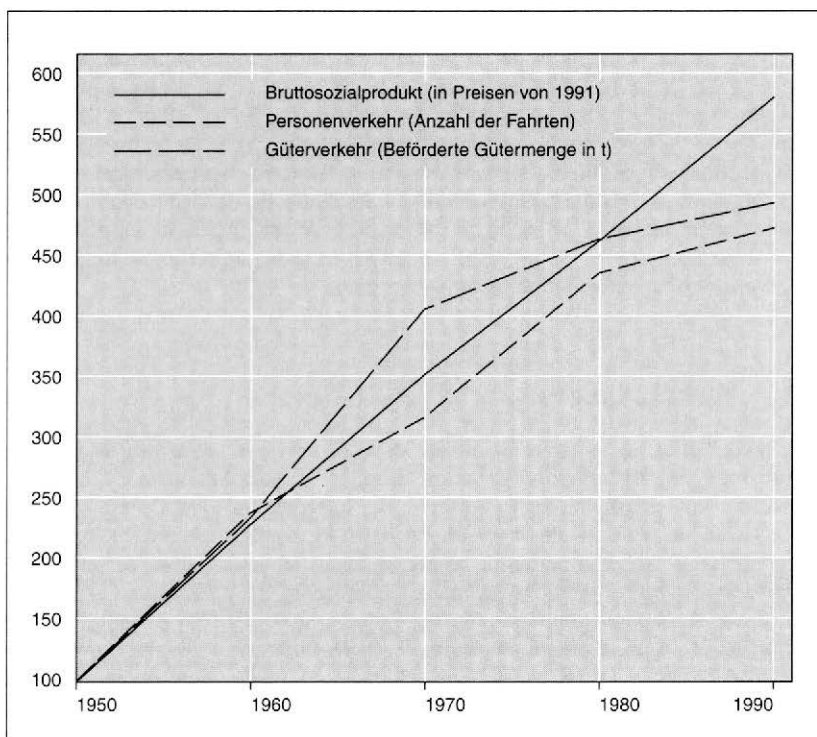
Im Jahr 1992 wurden erstmals auch die Arbeitskosten in den neuen Ländern und Berlin-Ost ermittelt. Erwartungsgemäß ergaben sich zwischen Ost- und Westdeutschland erhebliche Niveauunterschiede bei den Arbeitskosten insgesamt, besonders aber bei den Personalnebenkosten. Dagegen stimmt in Ost und West die Rangfolge der Wirtschaftszweige nach den Arbeitskosten weitgehend überein: Groß- und Einzelhandel hatten jeweils niedrigere, das Kredit- und Versicherungsgewerbe jeweils höhere Aufwendungen als das Produzierende Gewerbe.

17 Verkehr

17.1 Verkehr im Spannungsfeld von Wachstum und Umwelt

Der Verkehrssektor zählt mit einem Anteil von etwa 3,5 % am deutschen Sozialprodukt zu den weniger bedeutenden Wirtschaftszweigen. Dieser Anteilswert ist aber kaum geeignet, den Stellenwert des Verkehrs in einer modernen Industriegesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland angemessen zu beschreiben. Er berücksichtigt nur unvollständig die funktionale Seite des Verkehrs, die sich in der für moderne Industriegesellschaften typischen hohen Mobilität von Personen und Gütern in nahezu allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen zeigt.

Abb. 1: Entwicklung von Bruttosozialprodukt, Personen- und Güterverkehr im früheren Bundesgebiet 1950 = 100



Die Entwicklung der Industriegesellschaften, das Ausmaß der heutigen internationalen Arbeitsteilung und wirtschaftlichen Verflechtung der Volkswirtschaften, die Ausbreitung transnationaler Unternehmen – gegenwärtig mit dem Schlagwort „Globalisierung“ umschrieben – und nicht zuletzt das Entstehen eines Tourismus- und Freizeitgewerbes wären ohne parallele oder vorangegangene technische Innovationen im Verkehr und ohne massive Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur nicht möglich gewesen. Die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftswachstum und Verkehrsentwicklung waren in der Aufbauphase der Bundesrepublik Deutschland besonders stark: Wirtschaft und Verkehr wiesen zwischen 1950 und 1980 annähernd gleiche Wachstumsraten auf. Im folgenden Jahrzehnt blieb die Verkehrsentwicklung hinter dem Wirtschaftswachstum zurück, verzeichnete aber weiterhin erhebliche Zuwachsraten. Seit Anfang dieses Jahrzehnts wächst der Verkehr in Deutschland wieder in einer der Sozialproduktentwicklung ähnlichen Größenordnung.

Die über lange Zeit vorherrschende positive Grundeinstellung zum Verkehr ist im Verlauf der letzten Jahrzehnte einer stetig zunehmenden kritischen Haltung gewichen. Vom Verkehr ausgehende Belastungen wie Flächenverbrauch für Verkehrsinfrastruktur, hoher Energieverbrauch, Schadstoffausstoß, Lärm sowie Todesopfer, Verletzte und Sachschäden durch Verkehrsunfälle werden nicht mehr als unvermeidbar akzeptiert. Im Mittelpunkt der Kritik steht bereits seit längerer Zeit der anscheinend unaufhaltsam wachsende Straßenverkehr. Angelehnt an das Konzept eines ressourcenschonenden Wirtschaftswachstums (sustainability) wird auch für den Verkehr eine „sustainable mobility“ gefordert. Der Streit über die „richtige“ Verkehrspolitik hat sich im Verlauf der letzten Jahre verschärft, weil die Deutsche Einheit und die politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen in Osteuropa ebenso wie die Einführung des Gemeinsamen Marktes in der Europäischen Union und die Liberalisierung von Verkehrsmärkten einen neuen Wachstumsschub im Güter- und Personenverkehr ausgelöst haben.

17.2 Verkehrsinfrastruktur

Ein wesentlicher limitierender Faktor für das Verkehrswachstum war und ist die vorhandene Verkehrsinfrastruktur. In der Bundesrepublik Deutschland, für deren Wirtschaftswachstum seit ihrer Gründung der internationale Handel eine bedeutende Rolle spielt, wurde die öffentliche, d. h. jedermann zu gleichen Bedingungen zugängliche Verkehrsinfrastruktur frühzeitig als wichtiger Wirtschaftsstandortfaktor erkannt und entsprechend finanziell gefördert. Im Vordergrund stand zunächst der Verkehrswegeausbau für den Güterverkehr. Der steigende Wohlstand breiter Bevölkerungsschichten führte bald zu einer massiven Zunahme des Pkw-Individualverkehrs, so daß dieser Entwicklung durch einen vorrangigen Ausbau des Straßennetzes Rechnung getragen wurde. Dies führte zur Vernachlässigung des Schienenverkehrs, verbunden mit Streckenstillegungen vor allem in ländlichen

Gebieten. 1990 betrug die Streckenlänge der Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs im früheren Bundesgebiet knapp 30 000 km, zu Beginn der fünfziger Jahre waren es noch über 38 000 km gewesen. Die Deutsche Reichsbahn brachte in das vereinte Deutschland ein Streckennetz von etwa 14 000 km ein. Die Länge der gesamtdeutschen Schienenstränge (über 45 000 km) würde – hintereinander verlegt – eine Umrundung unseres Planeten auf dem Äquator ermöglichen.

Tab. 1: Länge der innerdeutschen Verkehrswege¹

Art der Verkehrswege	1960	1970	1980	1990	1991	1995
1 000 km						
Straßen						
Straßen des überörtlichen Verkehrs	135,3	162,3	171,5	173,9	226,5	228,6
dar. Autobahnen	2,5	4,1	7,3	8,8	10,9	11,1
Gemeindestraßen	227	270	308	325	.	413 ²
Schienenstrecken						
Eisenbahnstrecken	36	33,1	31,6	29,9	44,1	45,1
dar. elektrifiziert	4,2	8,9	11,5	12,0	16,6	18,9
Straßen-, Stadt- und U-Bahnstrecken	3,2	2,1	1,9	1,9	2,9	2,9
Bundeswasserstraßen						
Insgesamt	4,5	4,4	4,4	4,4	7,3	7,3
dar. für den Güterverkehr	3,7	4,1	4,2	4,2	6,2	6,4
Rohrfernleitungen						
Rohölleitungen	0,5	1,6	1,6	1,7	2,7	2,7
Mineralölproduktleitungen	–	0,5	0,5	0,5	0,6	0,7

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1960 ohne Saarland und Berlin-West; ab 1991 Deutschland.

2 Stand: 1. 1. 1993.

Das Straßennetz des überörtlichen Verkehrs (Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen) hat heute eine Länge von etwa 229 000 km, davon entfallen über 11 000 km (ca. 5 %) auf Autobahnen. Damit verfügt Deutschland nach den USA über das längste Autobahnnetz der Welt. Im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts begann sich mehr und mehr die Einsicht durchzusetzen, daß eine Ausweitung des Straßennetzes zur Bewältigung des Lkw-Güterverkehrs und des Pkw-Individualverkehrs weiteren Straßenverkehr notwendig machen und damit zu einer „Kette ohne Ende“ führen könnte. Der Straßenneubau wurde zunehmend auf Instandsetzung und punktuelle Ausbaumaßnahmen des vorhandenen Netzes, z. B. den Bau von Ortsumgehungen oder von dritten Spuren auf Autobahnen, eingeschränkt. Anstelle der Straßeninfrastruktur rückte die Sanierung und Modernisierung des Schienennetzes der Eisenbahnen in den Vordergrund der Verkehrsinfrastrukturpolitik. Neben der Elektrifizierung weiterer Eisenbahnstrecken wurde mit dem Bau eines Hochgeschwindigkeitsnetzes begonnen, das auf einigen Strecken insbesondere in Nord-Süd-Richtung bereits in Betrieb ist. Dieses Netz

Tab. 2: Entwicklung der Verkehrsausgaben des Bundes

Jahr ¹	Verkehrsausgaben insgesamt Mill. DM	In % der Gesamtausgaben	Darunter	
			für Bundesfernstraßen Mill. DM	in % der Verkehrsausgaben
1950	526	4,4	206	39,2
1955	1 761	7,8	490	27,8
1960	3 600	8,7	1 700	47,2
1965	7 153	10,9	3 315	46,3
1970	11 192	12,7	5 108	45,6
1975	19 204	12,0	5 824	30,3
1980	24 283	11,2	6 830	28,1
1985	25 269	9,8	6 158	24,4
1990	25 959	8,3	6 724	25,9
1994	52 741	11,2	10 700	20,3

¹ Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, bis einschl. 1955 ohne Saarland und Berlin-West; 1994 Deutschland.

ermöglicht mit neuentwickelten InterCityExpress-Zügen Reisegeschwindigkeiten von bis zu 250 Stundenkilometern.

Die Deutsche Einheit und die Grenzöffnungen zu Osteuropa haben die deutsche Verkehrspolitik zu gravierenden Änderungen ihrer bisherigen Verkehrsinfrastrukturplanung gezwungen. Im Vergleich zum früheren Bundesgebiet war das Verkehrsnetz der ehemaligen DDR unterentwickelt und zudem in einem schlechten Zustand. Der zeitlich mit der Deutschen Einheit zusammenfallende politische und ökonomische Wandel in Osteuropa hat zudem Deutschland weitaus stärker als früher zu einer Drehscheibe der Verkehrsströme in der Mitte Europas gemacht. Zusätzlich zu Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur innerhalb der neuen Bundesländer mußte auch dem Neu- und Ausbau der über das Gebiet der neuen Länder verlaufenden Ost-West-Verkehrsverbindungen eine hohe Priorität eingeräumt werden. Seit 1991 finanziert der Bund mit Vorrang 17 besonders wichtige Vorhaben des Straßen-, Schienen- und Binnenwasserstraßenverkehrs: die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit.

Neben Straßen, Schienen und Binnenwasserstraßen zählen zur Verkehrsinfrastruktur auch Bahnhöfe, Terminals des kombinierten Verkehrs, Flughäfen, Binnenhäfen, Seehäfen und Rohrleitungen, die erst in ihrer Gesamtheit ein modernes Verkehrssystem bilden. Mit dem 1992 eröffneten Main-Donau-Kanal existiert jetzt eine durchgehend „nasse“ Verkehrsverbindung zwischen der Nordsee und dem Schwarzen Meer. Im selben Jahr wurde der neue Flughafen München in Betrieb genommen, der sich schnell zu einem weiteren Drehkreuz des stark wachsenden internationalen Luftverkehrs auf deutschem Boden entwickelt hat. 1995 sind die Start- und Landebahnen des Flughafens Stuttgart dem heutigen Standard eines internationalen Flugplatzes angepaßt worden. Kürzlich wurde entschieden, den Flughafen Schönefeld am südlichen Rand von Berlin zu einem Großflughafen

auszubauen, der mittelfristig den Flugverkehr des Flugplatzes Berlin-Tempelhof und längerfristig auch des Flughafens Berlin-Tegel vollständig übernehmen soll. Ein weiteres Großprojekt der Verkehrsentwicklung ist der Bau einer Magnetschwebebahn zwischen Hamburg und Berlin, die Mitte des nächsten Jahrzehnts in Betrieb gehen soll.

Neben dem Bund beteiligen sich auch die Länder, Kreise und Kommunen an den Kosten für Instandhaltung und Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur, die finanzielle Hauptlast trägt aber nach wie vor der Bund. Der Mitte 1993 vom Deutschen Bundestag beschlossene Bundesverkehrswegeplan 1992 – die erste gesamtdeutsche Planung, die bis heute die maßgebliche Grundlage der Verkehrsinfrastrukturförderung des Bundes darstellt – geht von einem Investitionsvolumen von 538,8 Mrd. DM bis zum Jahr 2012 aus.

Tab. 3: Bundesverkehrswegeplanungen 1992
Investitionen 1991–2012

Verkehrszweige	Investitionen	
	Mrd. DM	%
Bundesstraße	209,6	38,9
Eisenbahnstrecke	213,6	39,7
Bundeswasserstraße	30,3	5,6
Übrige Bereiche	85,3	15,8
	538,8	100,0

Parallel dazu fördert die Europäische Union im Rahmen des TEN-Programms (TEN = Transeuropäische Netze) den Ausbau einer staatenübergreifenden Verkehrsinfrastruktur. Der Schwerpunkt des Programms, das sich aus einer größeren Zahl von Einzelprojekten mit jeweils erheblichem Investitionsvolumen zusammensetzt, liegt auf Straßen- und Schienenverbindungen zwischen West- und Osteuropa, weil auf diesen Routen der stärkste Verkehrszuwachs erwartet wird. Das gesamte Investitionsvolumen des TEN-Programms bis zum Jahr 2010 wird auf ca. 770 Mrd. DM geschätzt.

17.3 Fahrzeugbestände

Anzahl und Struktur inländischer Fahrzeugbestände sind ein wichtiger Maßstab für die Mobilität einer Volkswirtschaft. Angesichts des heutigen hohen Anteils von ausländischen Fahrzeugen am inländischen Verkehr läßt sich aber nur mit großen Unsicherheiten von Änderungen inländischer Fahrzeugbestände auf entsprechende Entwicklungen des Verkehrsvolumens schließen. Hinzu kommt in der Schifffahrt und in der Luftfahrt, daß zahlreiche von inländischen Unternehmen ein-

gesetzte Schiffe bzw. Flugzeuge nicht im Inland, sondern im Ausland registriert und somit nicht in inländischen Fahrzeugbeständen enthalten sind.

Mitte 1995 waren in Deutschland 47,3 Mill. Kraftfahrzeuge (Pkw, Lkw, Sattelschlepper, Omnibusse, Motorräder und sonstige Krafträder) zugelassen. 40,4 Millionen Fahrzeuge (85 %) zählten zur Gruppe der Pkw. Somit kann heute rein rechnerisch jeder Einwohner in Deutschland auf dem Vordersitz eines Pkw Platz nehmen.

Tab. 4: Kraftfahrzeugbestand
in 1 000

Jahr ¹	Zulassungspflichtige Kraftfahrzeuge				
	Insgesamt	darunter			
		Pkw	Motor- räder	Omnibusse	Lkw, Sattel- zugmaschinen
1950	2 293	570	1 130	15	425
1955	5 184	1 663	2 433	26	571
1960	8 004	4 490	1 892	33	689
1965	12 168	9 267	717	39	901
1970	16 783	13 941	229	47	1 063
1975	21 011	17 898	250	60	1 166
1980	26 938	23 192	572	70	1 367
1985	30 191	25 845	993	69	1 345
1990	35 554	30 685	1 233	70	1 467
1995	47 267	40 404	2 067	86	2 339

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, bis einschl. 1955 ohne Saarland und Berlin-West; 1995 Deutschland.

Im früheren Bundesgebiet stieg die Zahl der Lkw (einschl. Sattelzugmaschinen) zwischen 1950 und 1990 um das Dreieinhalbfache, die Pkw-Zahl nahm in diesem Zeitraum um mehr als das Fünzigfache zu. Im Jahr 1962 besaß lediglich jeder vierte Haushalt im früheren Bundesgebiet mindestens einen Pkw, im Jahr 1993 waren es schon drei von vier Haushalten. In den neuen Bundesländern, in der die Pkw-Dichte vor der Maueröffnung im Jahr 1989 lediglich 235 Fahrzeuge pro 1 000 Einwohner (50 % des Westniveaus) betragen hatte, entwickelte sich der Pkw-Bestand in den Folgejahren dynamisch. Er erhöhte sich bis zum Jahresanfang 1995 auf 436 Fahrzeuge pro 1 000 Einwohner und damit auf 88,5 % der Pkw-Dichte im früheren Bundesgebiet. Bereits im Jahr 1993 konnten zwei von drei Haushalten in den neuen Bundesländern über mindestens einen eigenen Pkw verfügen.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung vertritt in einer im Jahr 1994 veröffentlichten Prognose über die Pkw-Bestandsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2010 die Auffassung, daß ein Ende der Motorisierungszunahme vorerst

noch nicht in Sicht sei. Das Institut rechnet mit einem Anstieg des Pkw-Bestandes bis zum Ende des nächsten Jahrzehnts um ein Viertel auf rund 50 Mill. Fahrzeuge. Die heute noch bestehenden Unterschiede in der Pkw-Ausstattung zwischen Ost- und Westdeutschland werden danach allmählich abgebaut, bis zum Jahr 2010 wird die Pkw-Dichte in den beiden Landesteilen nahezu identisch sein. Vier von fünf Haushalten werden im Jahr 2010 mindestens einen Pkw besitzen, nahezu jeder vierte Haushalt wird dann mit zwei oder mehr Pkw ausgestattet sein.

Der Fahrzeugpark im Eisenbahnverkehr des früheren Bundesgebietes ist seit den fünfziger Jahren kontinuierlich geschrumpft, wobei der Bestand an Personenzugwagen bis 1990 auf weniger als die Hälfte verringert wurde. Ein weiterer Teil der Waggons wurde durch Fahrzeuge mit größerer Sitzplatzkapazität ersetzt, so daß die Sitzplatzkapazität in dieser Zeitspanne lediglich um etwa ein Drittel abgenommen hat. Auch die Zahl der im früheren Bundesgebiet eingesetzten Lokomotiven und Triebwagen halbierte sich zwischen 1950 und 1990. Dieser Bestandsabbau ging ebenfalls einher mit der Inbetriebnahme leistungsfähigerer Triebfahrzeuge. Seit den sechziger Jahren vollzog sich der Übergang von der Dampflokomotive auf Lokomotiven mit Diesel- oder Elektroantrieb. Die noch im Jahre 1960 im früheren Bundesgebiet eingesetzten 7 700 Dampflokomotiven sind aus dem heutigen normalen Zugbetrieb völlig verschwunden. In den neuen Bundesländern wurden mehrere Dutzend noch regelmäßig genutzte Dampfzüge erst im Laufe der letzten Jahre ausrangiert. Parallel dazu wurde – zunächst in den westlichen Landesteilen und heute auch bereits auf Strecken in den neuen Bundesländern – mit Hoch-

Tab. 5: Bestand an Schienenfahrzeugen
Anzahl

Jahr ¹	Eisenbahn-Fahrzeuge			Straßenbahn-, Stadtschnell- u. U-Bahn-Fahrzeuge	
	Lokomotiven, Triebwagen, Triebköpfe	Güterwaggons	Personenzugwagen	Straßenbahnen	Stadtschnell- u. U-Bahnen
1950	13 700	270 000	25 100	10 200	400
1955	12 800	257 000	23 900	11 800	500
1960	12 000	272 700	21 800	11 700	1 400
1965	11 200	289 400	19 800	9 000	1 500
1970	8 900	282 500	18 400	6 600	1 600
1975	9 000	291 200	17 900	5 300	2 000
1980	8 900	285 400	14 900	4 400	2 400
1985	8 500	258 100	13 700	3 500	3 000
1990	7 300	206 900	11 800	2 900	3 500
1991	12 000	317 600	19 300	7 400	3 900
1995	12 000 ²	199 300 ²	16 400 ²	6 200	4 100

¹ Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, bis einschl. 1955 ohne Saarland und Berlin-West; ab 1991 Deutschland.

² Stand 1994.

geschwindigkeitszügen im Personenfernverkehr (den ICE) eine neue Zugtechnik in Betrieb genommen, die sich zwischenzeitlich zu einer ernstzunehmenden Konkurrenz für den innerdeutschen Flugverkehr entwickelt hat.

Zahlreiche Großstädte – vor allem im früheren Bundesgebiet – schafften in den sechziger und siebziger Jahren ihre Straßenbahnen ab und bauten statt dessen das Straßennetz für den Individualverkehr aus oder ersetzten die Straßenbahnen durch Omnibuslinien. Im Laufe des vergangenen Jahrzehnts begann ein Umdenkungsprozeß, der zu einer Neubewertung der Rolle von Straßenbahnen und ihrer speziellen Varianten – der Stadtschnellbahnen und U-Bahnen – in den Förderprogrammen zum Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und zur Zurückdrängung des motorisierten Individualverkehrs führte. Städte mit einem noch einigermaßen intakten und flächendeckenden Straßenbahnnetz modernisieren seitdem ihre Gleise und vor allem ihren Fahrzeugpark mit hohem Aufwand. Die Zahl der Straßenbahnfahrzeuge hat zwar im früheren Bundesgebiet bis zum Jahr 1990 stetig abgenommen, ein großer Teil der verbleibenden Fahrzeuge ist aber grundlegend modernisiert, durch größere Neufahrzeuge ersetzt oder durch Stadt- und U-Bahnen abgelöst worden, so daß die angebotene Sitzplatzkapazität im Jahr 1990 lediglich etwa 10 % geringer als im Jahr 1950 war.

Der zur deutschen Flagge zählende Binnenschiffsbestand ist im früheren Bundesgebiet seit den fünfziger Jahren stetig verringert worden und hat auch nach der Deutschen Einheit – also einschließlich der Binnenschiffsflotte der ehemaligen DDR – nicht mehr die Größenordnung der Nachkriegszeit erreicht. Betrachtet man die Struktur des Schiffsbestandes näher, so zeigt sich, daß hauptsächlich veraltete,

Tab. 6: Schiffsbestand
Anzahl

Jahr ¹	Binnenschiffe				Seeschiffe (Handelsschiffe)		
	Frachtschiffe		Schub- u. Schleppschiffe	Passagierschiffe	Trockenfrachter	Tanker	Passagierschiffe
	Motor-schiffe	Leichter, Kähne u. Schuten					
1950	1 950	3 480	920	500	1 600	40	100
1955	2 410	3 610	830	630	2 120	100	100
1960	4 620	2 990	800	570	2 120	100	110
1965	5 660	1 850	690	610	2 200	120	120
1970	5 190	1 150	450	520	2 270	130	130
1975	3 970	820	390	490	1 270	140	130
1980	3 190	620	340	470	1 210	120	150
1985	2 620	530	290	440	1 130	120	150
1990	2 210	520	270	470	730	70	110
1995	1 830	1 290	460	680	570	50	140

¹ Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, bis einschl. 1955 ohne Saarland und Berlin-West; 1995 Deutschland.

kleine und nicht flexibel einsetzbare Binnenschiffe – insbesondere Schiffe ohne eigenen Antrieb (Leichter, Schuten und Schleppkähne) – aus dem Verkehr genommen wurden. Die heute eingesetzten Binnenschiffe sind wesentlich leistungsfähiger als früher. Sie verfügen über eine höhere Ladekapazität und Motorleistung, weisen teilweise eine größere Transportsicherheit auf (z. B. Doppelhüllen-Tankschiffe) und sind meistens mit Radar für einen Betrieb „rund um die Uhr“ ausgestattet. Die Zahl der Spezialschiffe u. a. für Containertransporte und Roll-on-roll-off-Ladungen nimmt seit Jahren stetig zu.

Wie in der Binnenschifffahrt ist auch im Seeverkehr eine kontinuierliche Verringerung des Schiffsbestandes unter deutscher Flagge bei gleichzeitiger Modernisierung der Flotte feststellbar. Im Unterschied zur Binnenschifffahrt hat zur Abnahme des Seeschiffsbestandes auch das Auslaggen von Schiffen, d.h. die Registrierung der Schiffe in einem anderen Staat, beigetragen. Die ausgeflaggten (unter fremder Flagge fahrenden) Schiffe werden im Regelfall weiterhin unter deutschem Management bzw. deutschem wirtschaftlichen Einfluß betrieben.

Tab. 7: Luftfahrzeugbestand des zivilen Luftverkehrs
Anzahl

Jahr ¹	Ins- gesamt ²	Flugzeuge mit einem Startgewicht				Hub- schrauber
		bis 2 t	über 2 t bis 20 t	über 20 t		
				zusam- men	darunter mit Strahlturbi- nen	
1960	1 111	975	83	38	4	14
1965	2 052	1 729	187	66	30	70
1970	3 792	3 263	288	115	100	126
1975	5 998	5 165	449	140	136	244
1980	7 769	6 565	685	153	146	366
1985	7 958	6 823	543	178	166	414
1990	9 158	7 702	682	306	284	468
1995	11 488	9 508	836	440	397	704

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, bis einschl. 1955 ohne Saarland und Berlin-West; 1995 Deutschland.

2 Nur motorisierte Luftfahrzeuge (ohne Luftschiffe).

Die Fahrzeugbestandsentwicklung in der Luftfahrt ist in den vergangenen Jahrzehnten ähnlich dynamisch wie im Straßenverkehr verlaufen. Wie im Straßenverkehr ist auch im Luftverkehr eine überdurchschnittliche Zunahme derjenigen Fahrzeugtypen zu beobachten, die ausschließlich oder überwiegend privat, d. h. zur aktiven Freizeitgestaltung genutzt werden. Es handelt sich hierbei vor allem um kleine ein- und zweimotorige Flugzeuge sowie um Motorsegler. Die nächst größere Klasse der Flugzeuge (bis 20 Tonnen Startgewicht) wird hauptsächlich für Geschäftsflüge eingesetzt. Flugzeuge der höchsten Gewichtsklasse, die heute na-

hezu ausnahmslos über Turbinenantrieb verfügen, werden von der gewerblichen Luftfahrt zur Beförderung von Personen, Fracht und Post eingesetzt. Im Bereich des Arbeitsflugs – hierzu zählen neben dem Einsatz von Flugzeugen im Hochbau oder in der Landwirtschaft auch Verkehrsüberwachungs- und Rettungsflüge – hat sich der Hubschrauber als dominierendes Fluggerät durchgesetzt.

17.4 Verkehrsleistungen

Maßeinheiten für Verkehrsleistungen sind im Personenverkehr die Anzahl der Fahrten (beförderte Personen) sowie die in Personenkilometern (Pkm) gemessene Beförderungsleistung, d. h. das Produkt aus der Zahl der Fahrten und der zurückgelegten Entfernung, und im Güterverkehr die Menge der beförderten Güter in Tonnen sowie die in Tonnenkilometern (tkm) gemessene Beförderungsleistung.

17.4.1 Beförderungen im Personenverkehr

Der Pkw ist das beherrschende Verkehrsmittel im Personenverkehr in Deutschland. Im früheren Bundesgebiet wurden schon Mitte 1955 mehr Fahrten mit dem eigenen Pkw als mit öffentlichen Verkehrsmitteln unternommen, im Jahr 1990 wurde für knapp 80 % aller Fahrten der Pkw benutzt.

Tab. 8: Personenverkehr der Verkehrszweige

Jahr ¹	Beförderte Personen						
	Motorisierter Individualverkehr		Öffentlicher Straßenpersonenverkehr ²		Eisenbahnverkehr ³		Luftverkehr
	Mill.	Mrd. Pkm ⁴	Mill.	Mrd. Pkm ⁴	Mill.	Mrd. Pkm ⁴	Mill.
1950	4 300	30,7	3 892	25,0	1 470	31,9	0,4
1955	10 600	78,4	5 890	38,7	1 553	37,4	2,1
1960	15 300	161,7	6 541	49,3	1 400	40,9	4,9
1965	19 630	267,4	6 509	52,4	1 165	40,6	10,4
1970	23 120	350,6	6 460	60,1	1 053	39,2	21,3
1975	29 004	439,1	7 042	69,5	1 081	39,2	27,7
1980	31 881	504,4	7 095	76,1	1 167	41,0	35,9
1985	30 123	516,0	6 143	64,3	1 134	43,5	41,7
1990	36 506	641,1	6 258	67,5	1 172	44,6	62,6
1991	43 465	753,7	8 296	86,3	1 530	57,0	62,4
1995	45 670	773,8	8 317	80,3	1 656	63,6	90,0

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, bis einschl. 1955 ohne Saarland und Berlin-West; ab 1991 Deutschland.

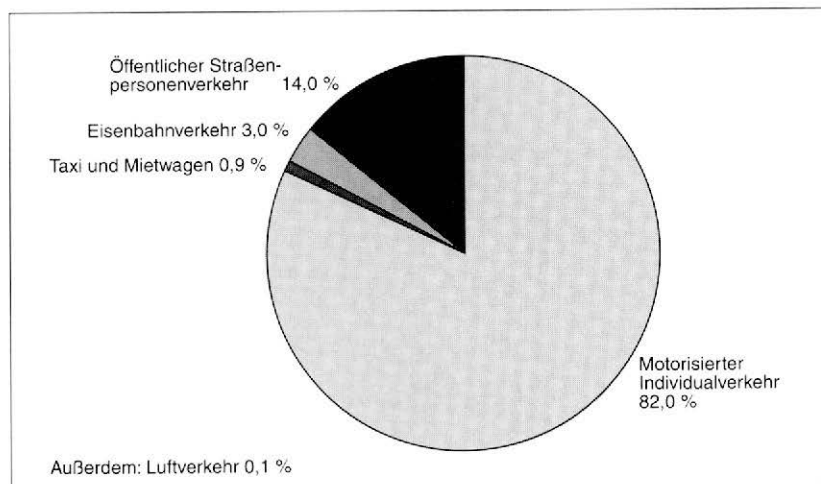
2 Einschl. Taxi- und Mietwagenverkehr.

3 Bis einschl. 1980 ohne S-Bahnverkehr in Berlin-West.

4 Personenkilometer im Inland.

Die Deutsche Einheit bewirkte keine Trendumkehr im Personenverkehr. In den neuen Bundesländern, in denen zu Zeiten der ehemaligen DDR kein dem Westen vergleichbares Wachstum des Pkw-Individualverkehrs zugelassen worden war, mußte der öffentliche Personenverkehr bereits kurz nach der politischen Wende massive Rückgänge hinnehmen, während Fahrten mit dem Pkw sich in kürzester Zeit vervielfachten. Ende 1995 entfiel in Deutschland auf Fahrten mit dem Pkw mit 82 % ein höherer Anteil am gesamten Personenverkehr als im früheren Bundesgebiet kurz vor der Deutschen Einheit.

Abb. 2: Personenverkehr der Verkehrszweige 1995
Anzahl der Fahrten



Es bleibt abzuwarten, ob die mit der Gründung der Deutschen Bahn AG eingeleitete Eisenbahnstrukturreform, die auch die Regionalisierung des Schienenpersonennahverkehrs einschließt, sowie die massive finanzielle Förderung des öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs eine Trendwende zugunsten der öffentlichen Verkehrsmittel bewirken können. Glaubt man den Prognosen zur längerfristigen Entwicklung des Personenverkehrs, so wird die Dominanz des Pkw-Individualverkehrs weiter zunehmen, auch wenn bei öffentlichen Verkehrsmitteln mit höheren Wachstumsraten gerechnet wird. Im Rahmen der Erstellung des Bundesverkehrswegeplans 1992 ist folgende Entwicklung der Beförderungsleistungen (Pkm-Leistung) im Personenverkehr für den Zeitraum 1991 bis 2010 prognostiziert worden:

- | | |
|--|--------|
| - Pkw (einschl. motorisierte Zweiräder) | + 19 % |
| - Omnibusse, Straßen-, Stadt- und U-Bahnen | + 41 % |
| - Eisenbahn (einschl. S-Bahn) | + 66 % |

Den physischen Personenverkehr ersetzende Telekommunikationsdienste (*computing instead of commuting*) werden voraussichtlich an Bedeutung gewinnen, sie dürften das weitere Wachstum des Personenverkehrs auf absehbare Zeit aber nicht verhindern, sondern allenfalls geringfügig dämpfen können.

17.4.2 Beförderungen im Güterverkehr

Vor hundert Jahren – im Jahr 1896 – wurde der erste speziell für Güterbeförderungen konstruierte Lastkraftwagen zugelassen. Lkws verdrängten binnen kurzer Zeit sowohl die bis dahin vorherrschenden Pferdefuhrwerke als auch die „Rollfuhr“ von Eisenbahnwaggons auf Straßen im Nahbereich von Bahnhöfen. Heute ist der Lkw im Güternahverkehr nahezu konkurrenzlos. Als Folge von Stilllegungen und Rückbau von Anschlußgleisen kann die Eisenbahn heute nur noch wenige, quantitativ kaum ins Gewicht fallende Gütermengen direkt vom Versender zum Empfänger transportieren.

Tab. 9: Gütertransport im Eisenbahn- und Straßenverkehr

Jahr ¹	Beförderte Güter					
	Eisenbahnverkehr		Straßenfernverkehr		Straßennahverkehr	
	Mill. t	Mrd. tkm ²	Mill. t	Mrd. tkm ²	Mill. t	Mrd. tkm ²
1950	208,8	34,9	32,9	7,1	375,0	7,2
1955	262,9	48,8	70,4	16,7	770,0	13,6
1960	317,1	53,1	99,2	23,7	1 090,0	21,8
1965	311,4	58,2	133,3	32,6	1 510,0	29,9
1970	378,0	71,5	164,9	41,9	1 972,0	36,1
1975	315,0	55,3	229,9	59,3	1 925,0	37,6
1980	350,1	64,9	298,2	80,0	2 255,0	44,4
1985	324,4	64,0	335,7	91,6	1 965,0	40,6
1990	303,7	61,8	438,1	120,4	2 410,0	49,4
1991	401,3	82,2	511,8	144,3	2 865,0	58,4
1995	326,6	70,9	802,9	208,9	2 709,3	75,7

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, bis einschl. 1955 ohne Saarland und Berlin-West; ab 1991 Deutschland.

2 Tonnenkilometer im Inland.

Im Güterfernverkehr wurde der Lkw-Einsatz durch zahlreiche Reglementierungen, die zum Teil noch heute in Form von Konzessionen und Kontingenten existieren, quantitativ begrenzt. Es ist sicherlich nicht zuletzt auf diese administrativen Maßnahmen zurückzuführen, daß noch bis Anfang der achtziger Jahre im früheren Bundesgebiet mehr Güter mit der Bahn als im Straßenfernverkehr transportiert wurden. In den folgenden Jahren baute der Lkw seinen Marktanteil am gesamten Güterfernverkehr stetig aus, während der Bahnanteil deutlich schrumpfte. Das Binnenschiff, als weiterer direkter Konkurrent von Lkw und Eisenbahn im Güterfernverkehr, konnte sein Frachtvolumen bis heute in etwa halten, sein Marktanteil

Tab. 10: Güterbeförderung in der Binnen- und Seeschifffahrt sowie im Luftverkehr

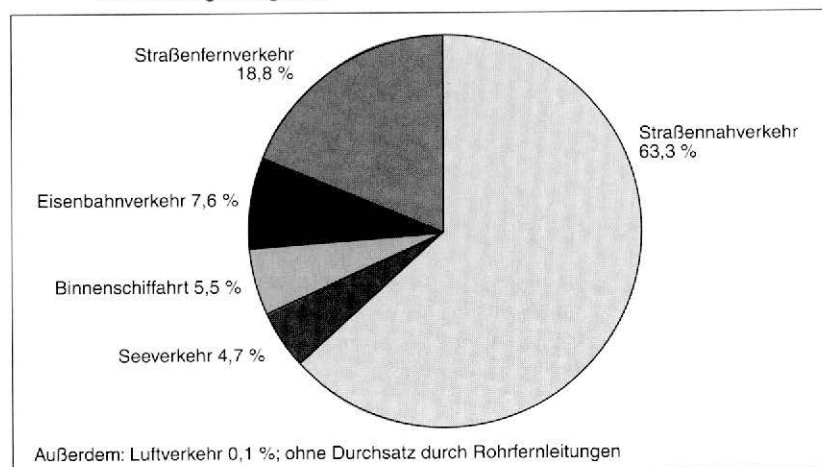
Jahr ¹	Beförderte Güter			
	Binnenschifffahrt		Seeverkehr	Luftverkehr
	Mill. t	Mrd. tkm ²	Mill. t	Mill. t
1950	71,9	16,7	25,7	0,0
1955	124,6	28,6	53,2	0,1
1960	172,0	40,4	77,2	0,1
1965	195,7	43,6	99,3	0,2
1970	240,0	48,8	131,9	0,4
1975	227,3	47,6	131,4	0,5
1980	241,0	51,4	154,0	0,7
1985	222,4	48,2	139,0	0,9
1990	231,6	54,8	143,5	1,3
1991	230,0	56,0	149,7	1,4
1995	237,9	64,0	198,0	1,8

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, bis einschl. 1955 ohne Saarland und Berlin-West; ab 1991 Deutschland.

2 Tonnenkilometer im Inland.

ging jedoch auch zurück. Neben dem Straßengüterfernverkehr verzeichnete auch die Luftfracht kontinuierlich hohe Zuwachsraten, die insgesamt auf dem Luftweg beförderte Gütermenge war und ist im Vergleich zu den Transportmengen der anderen Verkehrsträger aber gering.

Abb. 3: Güterverkehr der Verkehrszweige 1995
Beförderungsmenge in t



Güterbeförderungen mit Lkw waren in der ehemaligen DDR noch wesentlich stärker als im früheren Bundesgebiet zugunsten von Eisenbahntransporten mengenmäßig beschränkt worden. Die politische Wende zu Beginn dieses Jahrzehnts brachte ebenso wie im Personenverkehr auch im Güterverkehr den Durchbruch des Straßenfahrzeugs zum dominierenden Verkehrsmittel. Die Eisenbahn mußte massive Rückgänge ihrer bisherigen Transportmengen hinnehmen, die neben der erfolgreichen Konkurrenz des Lkw aber auch auf Produktionseinschränkungen oder -stilllegungen in wichtigen Gewerbezweigen mit bahnaffinen Gütern insbesondere des Braunkohlebergbaus und der Mineralölindustrie sowie auf das veraltete und schlecht gewartete Schienennetz zurückzuführen sind. Im früheren Bundesgebiet setzt sich die bereits vor der Deutschen Einheit eingetretene Entwicklung – Zunahmen im Straßengüterverkehr, Abnahmen im Eisenbahngüterverkehr – ebenfalls fort. Die Eisenbahn hat im Verlauf der letzten Jahre kontinuierlich weitere Marktanteile an den Lkw verloren.

Der für 1995 gegenüber 1991 ermittelte außerordentlich hohe Zuwachs bei der Menge der transportierten Güter im Straßengüterfernverkehr ist zu einem erheblichen (bisher nicht quantifizierbaren) Umfang auf statistisch-methodische Änderungen zurückzuführen. Erste Ergebnisse einer in 1994 eingeführten Straßengüterverkehrsstatistik lassen vermuten, daß der Straßengüterfernverkehr bis 1993 untererfaßt worden ist.

Die im Zusammenhang mit der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans 1992 erstellte Prognose zur Entwicklung des Güterfernverkehrs im Zeitraum 1991 bis 2010 basiert noch auf Daten über den Straßengüterverkehr nach der bis 1993 angewandten Methode, so daß das Niveau der Entwicklung im Straßengüterfernverkehr wahrscheinlich unterschätzt worden ist. Die prognostizierten Verkehrsleistungen im Güterverkehr basieren auf der Annahme, daß Bahn und Binnenschiff zu Lasten des Lkw verkehrspolitisch gefördert werden. Folgende Zuwachsraten wurden für die tkm-Leistung prognostiziert:

- | | |
|---------------------|---------|
| – Lkw (Fernverkehr) | + 46 % |
| – Binnenschiff | + 84 % |
| – Eisenbahn | + 126 % |

17.5 Verkehrsunfälle

Eine negative Folge des Verkehrs ist die hohe Zahl an Verkehrsunfallopfern, die jährlich verletzt oder getötet werden. So kamen im Jahre 1994 im Eisenbahnverkehr 286 Personen, im Luftverkehr 98 Passagiere und Besatzungsmitglieder, in der Binnenschifffahrt 1 Person und auf deutschen Straßen 9 814 Menschen ums Leben.

Auch 1995 wurden mit Abstand die meisten Getöteten und Verletzten bei Straßenverkehrsunfällen registriert: bei rund 388 000 Unfällen mit Personenschaden

(– 1,2 % gegenüber dem Vorjahr) wurden 9 454 Menschen getötet (– 3,7 %) und über 512 000 verletzt (– 0,8 %). Während im früheren Bundesgebiet die Zahl der Personenschadensunfälle um 2,0 % abnahm, wurde in den neuen Ländern und Berlin-Ost noch ein Zuwachs von 1,8 % ermittelt. Jedoch ist der nach dem Fall der Mauer zu verzeichnende erschreckend hohe Anstieg der Unfälle deutlich abgeflacht.

Tab. 11: Straßenverkehrsunfälle

Jahr ¹	Unfälle mit Personenschaden	Getötete	Schwerverletzte	Leichtverletzte
1955	296 071	12 791	143 718	227 442
1960	349 315	14 406	145 439	309 521
1965	316 361	15 753	132 725	300 765
1970	377 610	19 193	164 437	367 358
1975	337 732	14 870	138 038	319 759
1980	379 235	13 041	148 952	351 511
1985	327 745	8 400	115 533	306 562
1990	340 043	7 906	103 403	344 755
1995	388 003	9 454	122 973	389 168

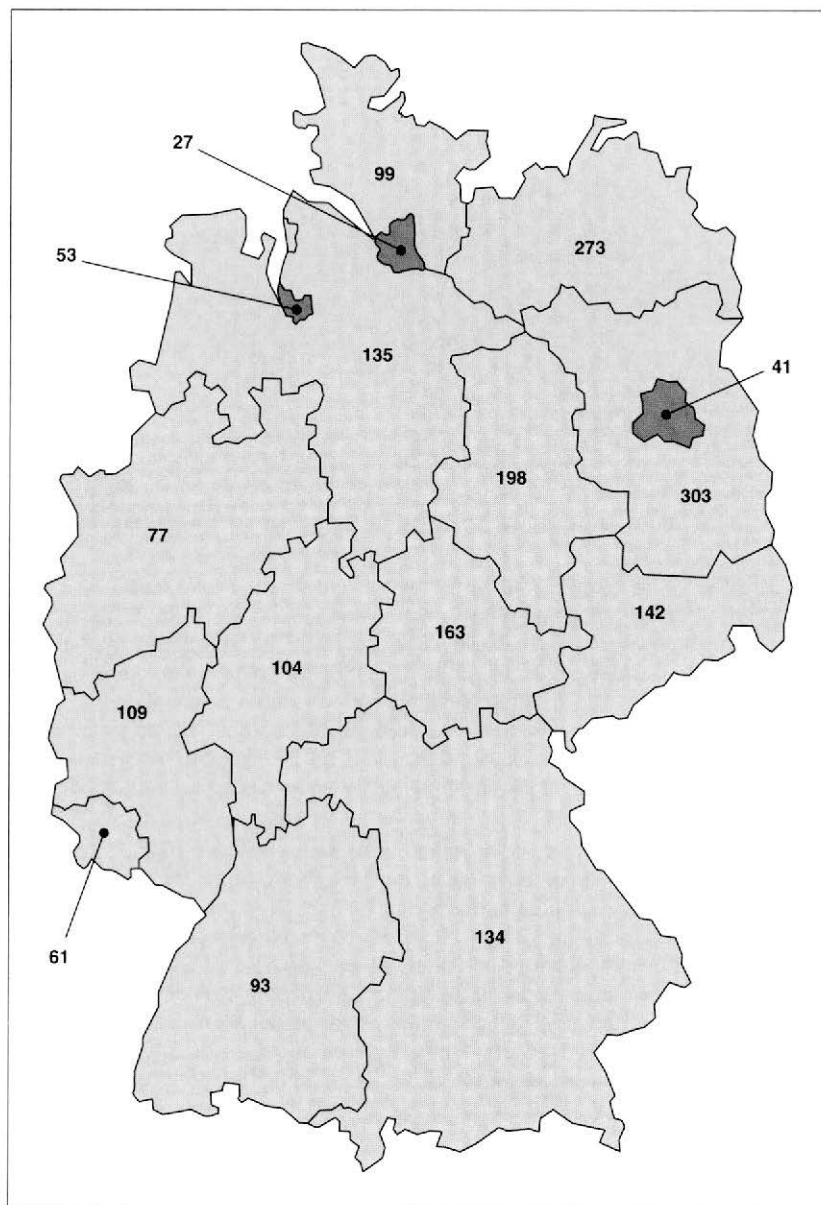
1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1955 ohne Saarland und Berlin-West; 1995 Deutschland.

Die Zahl der Verkehrstoten war im früheren Bundesgebiet mit 6 526 – seit Einführung der Statistik im Jahre 1953 – noch nie so niedrig wie 1995. Erfreulich ist, daß in den neuen Ländern und Berlin-Ost ein weiterer Rückgang bei der Zahl der Verkehrstoten auf 2 928 (– 2,9 %) ermittelt werden konnte und sich damit der seit 1992 anhaltende positive Trend fortsetzte. Dennoch starben – bezogen auf 1 Mill. Einwohner – in den neuen Ländern noch fast doppelt so viele Menschen im Straßenverkehr (189) wie im früheren Bundesgebiet (99). Die Getötetenrate nach Bundesländern war mit 27 in Hamburg am niedrigsten und mit 303 in Brandenburg am höchsten.

Die Dominanz des Pkw im Straßenverkehr belegt auch der hohe Anteil der Pkw-Benutzer an den Verkehrsoffern: 63 % der Verkehrstoten sowie der Verletzten kamen in einem Pkw zu Schaden. Besonders unfallgefährdet sind die jungen Pkw-Insassen im Alter zwischen 18 und 29 Jahren. Sie stellen je über 26 % der Verkehrstoten und der Verletzten. Auch ältere Menschen über 65 Jahren zählen anteilmäßig mit 16 % häufig zu den Todesopfern. Besonders die Fußgänger im Alter von 75 Jahren und mehr sind stark betroffen. Ihr Anteil an allen im Straßenverkehr Getöteten beträgt 3,9 %. Die Zahl der getöteten Kinder unter 15 Jahren erreichte 1995 mit 418 (– 3,0 %) den niedrigsten Stand seit Einführung der Statistik im Jahr 1953.

Nach wie vor ereignen sich die meisten Unfälle mit Personenschaden innerhalb von Ortschaften (64 %). Aufgrund der Verkehrsdichte und dem häufigen Auftreten der ungeschützten Verkehrsteilnehmer ist die Gefährdung auf innerörtlichen

Abb. 4: Getötete je 1 Mill. Einwohner nach Bundesländern



Straßen besonders hoch. Auf die innerhalb der Ortschaften niedrigeren Fahrgeschwindigkeiten ist es jedoch zurückzuführen, daß hier nur 26 % der Getöteten registriert wurden. Auf den Außerortsstraßen (ohne Autobahnen) passierten 30 % der Personenschadensunfälle, aber fast zwei Drittel (64 %) der Verkehrsoffer kam hier ums Leben. Auf den Autobahnen wurden 6,6 % aller Unfälle mit Personenschaden und 10 % der Getöteten gezählt.

Tab. 12: Straßenverkehrsunfälle 1995 in Deutschland und die dabei Getöteten nach der Ortslage

Ort des Unfalls	Unfälle mit Personenschaden	Getötete insgesamt	Darunter Kinder unter 15 Jahren
Innerhalb von Ortschaften	246 617	2 435	166
Außerhalb von Ortschaften (ohne Autobahnen)	115 873	6 041	214
Auf Autobahnen	25 513	978	38
Insgesamt	388 003	9 454	418

Als Hauptunfallursachen werden seit Jahren die „nicht angepaßte Geschwindigkeit“ und die „Mißachtung der Vorfahrt“ festgestellt. Insbesondere bei schweren Unfällen spielt auch der „Alkoholeinfluß“ eine bedeutende Rolle. Einige Unfallursachen zeigen eine deutliche Alters- oder Geschlechtsabhängigkeit. So werden „nicht angepaßte Geschwindigkeit“, „Abstandsfehler“ oder „Fehler beim Überholen“ überdurchschnittlich häufig jüngeren Fahrern vorgeworfen, während „Abbiegefehler“ oder „Vorfahrtsmißachtung“ mit steigendem Alter deutlich zunehmen. Frauen verursachen weniger häufig als Männer Unfälle durch „nicht angepaßte Geschwindigkeit“, durch „Überholfehler“ oder durch „Alkoholeinfluß“. Sie mißachten aber öfter die Vorfahrt oder machen Fehler beim Abbiegen.

18 Energie und Rohstoffe

18.1 Energieverbrauch im Wandel

Die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft hängt u. a. von einem kontinuierlichen und gesicherten Energieeinsatz ab. Die Gewinnung der Energiestoffe, ihre Aufbereitung, ihr Transport, die Umwandlung in Endenergie für den Verbrauch und ihre Vermarktung obliegen der Energiewirtschaft. Sie stellt die Versorgung unserer Volkswirtschaft mit Energie sicher. Der Energieverbrauch wird mit Hilfe der sog. Primärenergie gedeckt, die in der Natur vorkommt bzw. durch technische Prozesse und „Know-how“ vom Menschen nutzbar gemacht wird. Grundlage unserer Energieversorgung bilden nach wie vor die fossilen Primärenergieträger Kohle, Erdöl und Erdgas. Als nichtfossiler Brennstoff hat Uran in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen.

Die in den vergangenen Jahrzehnten festgestellte parallel verlaufende Entwicklung zwischen dem Bruttoinlandsprodukt als Indikator für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft und dem Energieverbrauch konnte in dieser Eindeutigkeit seit einigen Jahren nicht mehr beobachtet werden.

Auch in der öffentlichen Diskussion hat eine Veränderung stattgefunden. Standen in früheren Jahren Fragen über den Ausbau der Energieversorgung, die Sicherung der zukünftigen Verfügbarkeit und der allgemeine Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen im Mittelpunkt der Erörterungen, so wird nach dem „Erdgipfel“, der zweiten UN-Umweltkonferenz vom 3. bis 14. Juni 1992 in Rio de Janeiro, der globale Klimaschutz, vor allem die Reduzierung der CO₂-Emissionen, als wichtigstes Thema für die Zukunft angesehen. CO₂-Emissionen entstehen bei der Verbrennung fossiler Energieträger. Somit ist diese Frage auch ein Anliegen der Energiewirtschaft. Für die Lösung der aktuellen Klimaproblematik am Beispiel der Energiewirtschaft ist es erforderlich, daß die entsprechenden Maßnahmen ökonomisch, ökologisch und sozial verträglich wirken, um die Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsfaktors Energie am Industriestandort Deutschland nicht zu gefährden.

Im Zusammenhang mit der Reduzierung der CO₂-Emissionen kommt der Forderung nach verstärktem Einsatz erneuerbarer Energien gestiegene Bedeutung zu. Zu den erneuerbaren Energien zählen Wind, Sonne, Wasserkraft, Gezeitenenergie, Geothermie und Biomasse. In der Industrie, der Energiewirtschaft und den privaten Haushalten ist mittlerweile eine Reihe von Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität und/oder Wärme aus erneuerbaren Energiequellen in Betrieb. Ihre Anzahl und die aus ihnen erzeugte Strom- und/oder Wärmemenge wird in den nächsten Jahren – bedingt durch zahlreiche staatliche Förderprogramme – noch wachsen.

18.2 Messung des Energieverbrauchs

Zur Messung des Energieverbrauchs lassen sich zwei verschiedene Größen heranziehen: zum einen der Primärenergieverbrauch, der die aus der Natur gewonnenen Energiemengen angibt; zum anderen der Endenergieverbrauch, der den Verbrauch bei den Endabnehmern (im wesentlichen Industrie, Verkehr, Haushalte) mißt. Eine Unterscheidung beider Größen ist vor allem deshalb notwendig, weil die Primärenergieträger im Rohzustand meist nicht unmittelbar für Verbrauchszwecke nutzbar sind (beispielsweise muß man, um ein Auto zu betreiben, Rohöl in Benzin oder Dieselmotorkraftstoff umwandeln) und daher eine Umwandlung durchgeführt werden muß, bei der Energieverluste entstehen. Die Differenz zwischen beiden Größen liegt bei rund 35 %.

Tab. 1: Entwicklung des Energieverbrauchs
in Petajoule¹

Jahr	Primärenergieverbrauch	Endenergieverbrauch	Jahr	Primärenergieverbrauch	Endenergieverbrauch
<i>Früheres Bundesgebiet</i>					
1950	3 971	2 541	1982	10 596	6 888
1960	6 199	4 270	1983	10 689	6 916
1970	9 870	6 751	1984	11 022	7 194
1971	9 948	6 761	1985	11 284	7 389
1972	10 383	7 034	1986	11 338	7 535
1973	11 092	7 442	1987	11 373	7 524
1974	10 723	7 139	1988	11 425	7 438
1975	10 191	6 859	1989	11 219	7 223
1976	10 853	7 293	1990	11 495	7 429
1977	10 912	7 305	1991	11 990	7 828
1978	11 401	7 605	1992	11 905	7 749
1979	11 964	7 892	1993	11 978	7 843
1980	11 436	7 529	1994	11 914	7 705
1981	10 964	7 221	1995	12 042	7 852
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>					
1990	3 300	2 011	1993	2 139	1 325
1991	2 471	1 445	1994	2 093	1 295
1992	2 183	1 298	1995	2 122	1 345
<i>Deutschland</i>					
1990	14 795	9 440	1993	14 117	9 167
1991	14 461	9 273	1994	14 006	9 000
1992	14 088	9 047	1995	14 164	9 197

¹ 1 Petajoule = 10¹⁵ Joule.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.

Das vereinfachte Schema der Energiebilanz verdeutlicht die Zusammenhänge:

Primärenergieverbrauch

- Nichtenergetischer Verbrauch (z. B. Verwendung als Rohstoff für die Kunststoffherzeugung)
- Verbrauch im Energiesektor
- Umwandlungsverluste
- = *Endenergieverbrauch*.

Seit 1950 hat sich im früheren Bundesgebiet sowohl der Primär- als auch der Endenergieverbrauch verdreifacht. Zwischen 1950 und 1973, dem Jahr der ersten Ölpreiskrise, stieg der Energieverbrauch im früheren Bundesgebiet kontinuierlich an. Die jährlichen Zuwachsraten (bezogen auf den Primärenergieverbrauch) lagen im Durchschnitt bei 4,5 %. Seither ist die Aufwärtsentwicklung mehrmals unterbrochen worden. So bewirkten z. B. die enormen Preisschübe beim Rohöl zu Beginn der 80er Jahre (vgl. 18.7), daß weniger Energie verbraucht wurde.

Seit 1990, dem Jahr der Wiedervereinigung, ist in Deutschland der Primärenergieverbrauch von 14 795 Petajoule auf 14 164 Petajoule gesunken. Stark reduziert hat sich der Energieverbrauch in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Dort wurden in den Jahren 1990 bis 1992 allein 1 117 Petajoule (34 % des Verbrauchs) eingespart. 1995 ist auch der Energieverbrauch in den neuen Ländern und Berlin-Ost, erstmals seit der Wiedervereinigung, gestiegen.

18.3 Primärenergieverbrauch im Ländervergleich

In den Industrieländern bestimmen die kommerziellen Energieträger (Kohle, Mineralöl, Gas, Kernenergie und Wasserkraft) das Bild. Hauptenergiequelle der Dritten Welt ist dagegen eine Kombination kommerzieller und nicht-kommerzieller Brennstoffe: Brennholz und Holzkohle, tierische und pflanzliche Abfallprodukte. Rund 2,5 Mrd. Menschen – knapp die Hälfte der Weltbevölkerung – sind auf diese Energieträger angewiesen.

1995 betrug der kommerzielle Weltprimärenergieverbrauch 8 135,8 Mill. toe (die äquivalente Tonne Öl ist eine theoretische Berechnungseinheit). Die beiden Hauptverbraucher waren die Vereinigten Staaten (25,4 %) und China (ohne Taiwan) (10,2 %). Den höchsten Pro-Kopf-Verbrauch wies Singapur auf (9,90 toe/Einw.), gefolgt von den Vereinigten Staaten (7,86 toe/Einw.) und von Kanada (7,02 toe/Einw.). Im Gegensatz dazu lag der durchschnittliche Pro-Kopf-Verbrauch in den Ländern Afrikas bei nur 0,33 toe/Einw.

Verfügbarkeit und Preisniveau der Energieträger prägen auch deren Bedeutung, d. h. ihren Beitrag zum gesamten Energieverbrauch. Dies wird beispielsweise deutlich an den hohen Anteilen der Energie aus Wasserkraft in Norwegen, aber auch in Neuseeland, der Schweiz, Österreich, Schweden und Kanada, oder der

Tab. 2: Primärenergieverbrauch im internationalen Vergleich 1995

Land	Je Einwohner in toe ¹	Anteile der Energieträger in %				
		Kohle	Mineralöl	Gas	Kern- energie	Wasser- kraft
<i>Europa</i>	2,373	22,2	42,1	19,7	13,3	2,8
Deutschland	4,121	27,5	40,2	19,9	11,8	0,5
Belgien und Luxemburg	5,333	16,6	46,2	19,1	18,0	0,2
Dänemark	3,860	33,0	53,0	14,5	–	0,0
Finnland	4,504	17,8	43,5	12,6	21,3	4,8
Frankreich	4,060	5,5	37,8	12,6	41,3	2,8
Griechenland	2,469	33,0	65,9	0,0	–	1,2
Großbritannien und Nordirland	3,754	21,9	37,4	30,1	10,5	0,2
Irland	2,815	20,0	58,0	21,0	–	1,0
Italien	2,668	7,3	62,2	28,2	–	2,4
Niederlande	5,296	11,8	46,3	40,7	1,2	0,0
Norwegen	4,819	3,4	45,9	0,0	–	50,2
Österreich	2,899	10,8	48,1	26,0	–	14,7
Portugal	1,792	22,2	73,3	–	–	4,0
Russische Föderation	4,246	19,1	23,4	50,9	4,1	2,4
Schweden	4,897	4,9	39,8	1,6	40,2	13,5
Schweiz	3,249	0,9	50,4	8,6	25,2	15,0
Spanien	2,494	19,1	56,8	7,5	14,5	2,1
<i>Afrika</i>	0,326	37,0	43,2	16,0	1,3	2,7
<i>Amerika</i>	3,520	19,9	42,3	26,6	7,8	3,5
Kanada	7,024	11,0	35,5	29,7	11,1	12,7
Vereinigte Staaten	7,861	23,9	39,0	27,0	8,8	1,3
<i>Asien²</i>	0,626	45,7	38,6	8,8	4,8	2,1
China ³	0,682	76,9	18,9	1,9	0,4	1,9
Taiwan	3,103	25,7	53,6	5,9	13,8	1,2
Indonesien	0,354	6,0	55,2	37,6	–	1,1
Japan	3,919	17,5	54,5	11,2	15,2	1,6
Korea, Republik	3,311	18,3	63,6	6,2	11,6	0,3
Malaysia	1,743	4,0	57,3	37,3	–	1,4
Philippinen	0,278	8,0	89,4	0,0	–	2,7
Singapur	9,902	–	95,4	5,0	–	–
<i>Australien und Ozeanien⁴</i>
Australien	5,335	43,4	36,5	18,7	–	1,4
Neuseeland	3,636	9,2	43,1	30,0	–	17,7

1 1 toe = 1 Tonne Öläquivalent = 41 860 kJ Hu/kg (unterer Heizwert/kg).

2 Einschließlich der Angaben für Australien.

3 Ohne die Angaben für Taiwan.

4 Die Angaben für Australien sind bei Asien einbezogen.

großen Bedeutung von Kohle in China (ohne Taiwan), Australien, Dänemark, Griechenland und in Deutschland.

18.4 Rohstoffgewinnung

Deutschland verfügt nur über sehr geringe Rohstoffvorkommen. Ausnahmen bilden lediglich die ergiebigen Lagerstätten von Salz, Steinkohle und Braunkohle. Bei der Versorgung mit allen übrigen Rohstoffen und Energieträgern ist Deutschland weitgehend auf Einfuhren angewiesen.

Braunkohle ist der bedeutendste heimische Energieträger. So wurden 1994 in Deutschland rund 207 Millionen Tonnen, darunter 102 Millionen Tonnen (etwa 49 %) in den neuen Bundesländern, gefördert. Aufgrund der veränderten Wirtschaftslage und der Umstrukturierungsmaßnahmen ist dort die Förderung allerdings gegenüber 1991 um 66 Millionen Tonnen zurückgegangen.

Rückläufig ist auch die Förderung der Steinkohle, die nur in den westdeutschen Revieren abgebaut wird. Die Förderung reduzierte sich von 66,4 Millionen Tonnen 1991 auf 52,0 Millionen Tonnen 1994. Die inländische Förderung von Erdöl und Erdgas bleibt wegen mangelnder Vorkommen weiterhin erheblich hinter dem Bedarf zurück.

Tab. 3: Förderung wichtiger Rohstoffe in Deutschland

Jahr	Braunkohle		Steinkohle		Erdöl		Erdgas	
	Mill. t	PJ ¹	Mill. t	PJ ¹	Mill. t	PJ ¹	Mrd. m ³ ²	PJ ¹
1991	279,4	2 349	66,4	1 977	3,5	149	21,2	746
1992	241,7	2 032	65,9	1 963	3,3	140	20,9	735
1993	221,8	1 881	57,9	1 724	3,1	130	20,2	711
1994	207,1	1 775	52,0	1 545	2,9	126	20,4	718

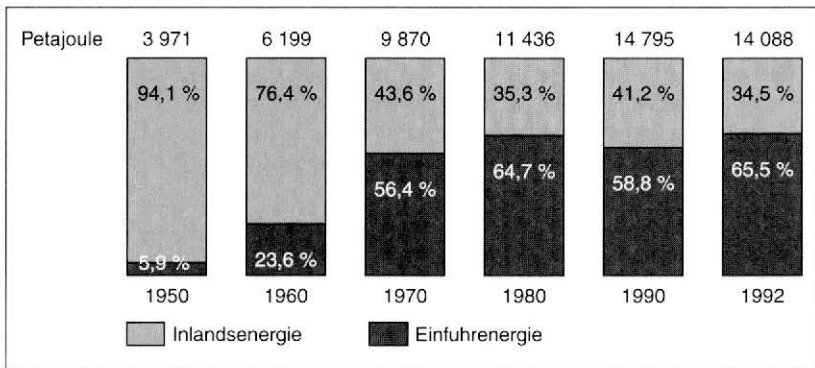
1 PJ = Petajoule = 10^{15} Joule.

2 Heizwert = 35 169 kJ/m³.

18.5 Energieträger

Der in den 50er und 60er Jahren stark gestiegene Energiebedarf wurde überwiegend durch den Import von Mineralöl gedeckt, das sich seinerzeit gegenüber den heimischen Energieträgern Braunkohle und Steinkohle als kostengünstiger erwies. Bei mengenmäßig etwa gleichbleibendem Einsatz von Kohle stieg der Mineralölverbrauch von 1950 bis 1980 fast auf das Dreißigfache. Hierdurch hat sich die Bedeutung der einzelnen Energieträger für die Energieversorgung des früheren

Abb. 1: Primärenergieverbrauch nach Inlands- und Einfuhrenergie¹



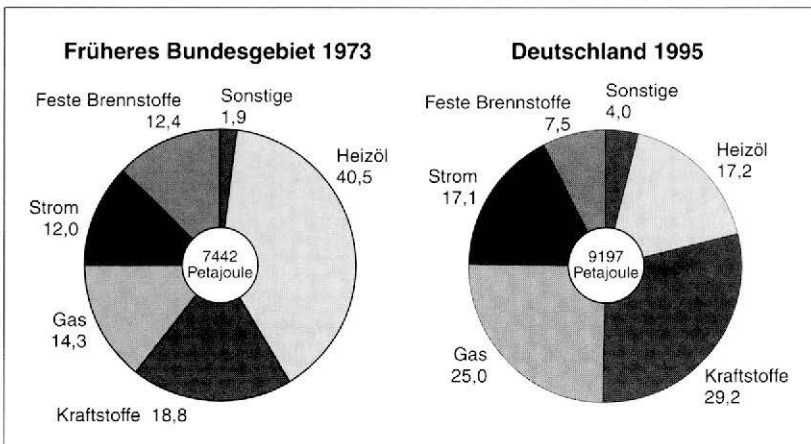
¹ Bis 1980 früheres Bundesgebiet; 1990 und 1992 Deutschland.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.

Bundesgebietes erheblich verändert. 1950 hatte die Kohle noch einen Anteil von 88 %, 1980 nur noch von knapp 30 % an der gesamten Energieerzeugung, während auf Mineralöl fast die Hälfte entfiel.

Allerdings haben die starken Ölpreiserhöhungen und die Furcht vor wachsender Abhängigkeit von den Öllieferanten Ende der 70er und zu Beginn der 80er Jahre eine Rückbesinnung auf die heimischen Energiequellen bewirkt. Außerdem wurde mehr Gas verwendet und der Ausbau der Kernenergie forciert.

Abb. 2: Bedeutung der Energieträger beim Endenergieverbrauch in Prozent



In der Bundesrepublik Deutschland hatte das Mineralöl 1995 einen Anteil von 40 %, die Kohle von 27 %, Gas von 20 % und die Kernenergie von 10 % am Primärenergieverbrauch.

Gegenüber 1990 hat sich die Struktur des Energieverbrauchs in den neuen Ländern und Berlin-Ost stark verändert und nähert sich immer mehr westdeutschen Strukturen, insbesondere beim Anteil von Mineralöl und Gas, an. Viel höher als im früheren Bundesgebiet ist jedoch noch der Anteil der Kohle mit 41 % im Jahr 1995

Tab. 4: Primärenergieverbrauch nach Energieträgern
in Petajoule (PJ) bzw. Prozent

Jahr	Steinkohle		Braunkohle		Mineralöl		Naturgase		Kernenergie		Sonstige	
	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%
<i>Früheres Bundesgebiet</i>												
1950	2 893	72,8	607	15,2	185	4,7	3	0,1	–	–	284	7,2
1960	3 760	60,7	856	13,8	1 301	21,0	32	0,5	–	–	249	4,0
1970	2 839	28,8	896	9,1	5 242	53,1	543	5,5	61	0,6	289	2,9
1980	2 259	19,8	1 149	10,0	5 443	47,6	1 887	16,5	420	3,7	278	2,4
1990	2 169	18,9	941	8,2	4 707	40,9	2 034	17,7	1 383	12,0	261	2,3
1991	2 239	18,7	964	8,0	4 938	41,2	2 186	18,2	1 386	11,6	275	2,3
1992	2 087	17,5	979	8,2	4 944	41,5	2 151	18,1	1 492	12,6	252	2,1
1993	2 069	17,3	923	7,7	4 994	41,7	2 245	18,7	1 439	12,0	308	2,6
1994	2 066	17,3	929	7,8	4 927	41,4	2 230	18,7	1 424	12,0	337	2,8
1995	1 984	16,5	929	7,7	4 932	41,0	2 365	19,6	1 436	11,9	396	3,3
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>												
1990	138	4,2	2 260	68,5	528	16,0	281	8,5	64	1,9	29	0,9
1991	94	3,8	1 539	62,3	607	24,5	246	10,0	–	–	– 15	– 0,6
1992	79	3,6	1 187	54,4	668	30,6	255	11,7	–	–	– 6	– 0,3
1993	62	2,9	1 052	49,2	724	33,8	302	14,1	–	–	0	0,0
1994	56	2,7	932	44,5	750	35,9	360	17,2	–	–	– 6	– 0,3
1995	73	3,4	803	37,8	768	36,2	472	22,3	–	–	6	0,3
<i>Deutschland</i>												
1990	2 307	15,6	3 200	21,6	5 234	35,4	2 315	15,6	1 448	9,8	290	2,0
1991	2 333	16,1	2 503	17,3	5 545	38,4	2 433	16,8	1 386	9,6	261	1,8
1992	2 166	15,4	2 166	15,4	5 612	39,8	2 406	17,1	1 492	10,6	246	1,7
1993	2 131	15,1	1 975	14,0	5 718	40,5	2 547	18,0	1 439	10,2	308	2,2
1994	2 122	15,1	1 861	13,3	5 677	40,5	2 591	18,5	1 424	10,2	331	2,4
1995	2 057	14,5	1 732	12,2	5 700	40,3	2 837	20,0	1 436	10,1	402	2,8

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.

(früheres Bundesgebiet 24 %). 1990 hatte dieser Anteil in den neuen Ländern jedoch noch bei 73 % gelegen. Während im früheren Bundesgebiet ca. 12 % der Primärenergie in Atomkraftwerken erzeugt wird, wird seit 1991 – nach der Stilllegung des Reaktors in Greifswald – in den neuen Ländern und Berlin-Ost keine Atomenergie mehr erzeugt. An der Stromerzeugung Deutschlands hatte die Kernenergie 1995 einen Anteil von 29 %. Innerhalb der EU hat in Frankreich (76 %) die

Tab. 5: Anteil der Kernenergie in der Europäischen Union
an der Stromerzeugung 1995

Land	%	Land	%
Niederlande	7	Spanien	33
Großbritannien	27	Schweden	47
Deutschland	29	Belgien	55
Finnland	30	Frankreich	76

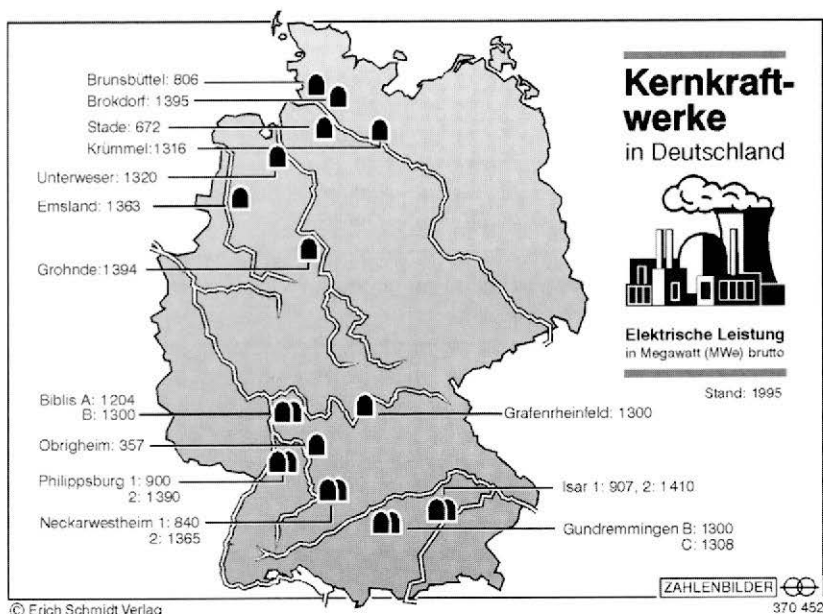
Tab. 6: Endenergieverbrauch nach Energieträgern
in Petajoule (PJ) bzw. Prozent

Jahr	Feste Brennstoffe		Kraftstoffe		Heizöl		Gas		Strom		Fernwärme	
	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%
<i>Früheres Bundesgebiet</i>												
1950	2 041	80,3	112	4,4	16	0,6	235	9,3	122	4,8	12	0,5
1960	2 398	56,2	475	11,1	547	12,8	471	11,0	340	8,0	34	0,8
1970	1 356	20,1	1 197	17,8	2 586	38,4	759	11,3	718	10,6	127	1,9
1980	796	10,6	1 736	23,1	2 283	30,3	1 432	19,0	1 115	14,8	163	2,2
1990	624	8,4	2 195	29,6	1 421	19,2	1 656	22,3	1 339	18,0	185	2,5
1991	618	7,9	2 219	28,4	1 594	20,4	1 802	23,0	1 377	17,6	208	2,7
1992	574	7,4	2 268	29,4	1 533	19,8	1 791	23,1	1 372	17,7	202	2,6
1993	513	6,6	2 309	29,5	1 553	19,8	1 876	24,0	1 366	17,4	214	2,7
1994	522	6,8	2 260	29,4	1 480	19,2	1 855	24,1	1 372	17,8	205	2,7
1995	528	6,7	2 295	29,2	1 433	18,3	1 978	25,2	1 392	17,7	217	2,8
<i>Neue Länder und Berlin-Ost</i>												
1990	973	48,5	328	16,3	26	1,3	217	10,8	267	13,3	196	9,8
1991	513	35,5	317	21,9	97	6,7	167	11,6	185	12,8	167	11,5
1992	358	27,5	343	26,4	123	9,5	170	13,1	173	13,3	132	10,2
1993	255	19,2	360	27,2	152	11,5	237	17,9	161	12,2	158	11,9
1994	182	14,1	378	29,2	149	11,5	264	20,4	167	12,9	155	12,0
1995	158	11,7	390	29,0	152	11,3	317	23,6	182	13,5	147	10,9
<i>Deutschland</i>												
1990	1 597	16,9	2 523	26,8	1 448	15,4	1 873	19,9	1 606	17,0	381	4,0
1991	1 131	12,2	2 535	27,3	1 691	18,3	1 969	21,3	1 562	16,9	375	4,0
1992	932	10,3	2 611	28,9	1 656	18,3	1 961	21,7	1 545	17,1	334	3,7
1993	768	8,4	2 670	29,2	1 706	18,6	2 113	23,1	1 527	16,7	372	4,1
1994	703	7,8	2 638	29,3	1 630	18,1	2 119	23,6	1 539	17,1	360	4,0
1995	686	7,5	2 685	29,2	1 585	17,2	2 295	25,0	1 574	17,1	363	3,9

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.

Atomenergie den höchsten Anteil, gefolgt von Belgien (55 %) und Schweden (47 %). 1995 waren in Deutschland 19 Kernkraftwerke in Betrieb (s. Seite 372).

Bei den Endabnehmern wirkt sich die geänderte Bedeutung der Energieträger – bei längerfristiger Beobachtung – in nachlassendem Heizölverbrauch, aber wachsender Nachfrage nach Gas, Strom und Kraftstoff aus.



18.6 Energieverbraucher

Der Energiebedarf der drei Verbrauchergruppen Industrie, Verkehr, Haushalte (einschl. Kleinverbraucher) hat sich in der Vergangenheit unterschiedlich entwickelt. Während im früheren Bundesgebiet 1950 noch die Industrie mit einem Anteil von rund 46 % Hauptabnehmer von Endenergie war und Haushalte und Kleinverbraucher nur mit 37 % am Endverbrauch partizipierten, hat sich das Verhältnis mittlerweile umgekehrt.

Bei einer Zunahme des gesamten Endenergieverbrauchs im früheren Bundesgebiet zwischen 1950 und 1995 um 209 % betrug die entsprechende Wachstumsrate bei der Industrie 88 %, bei Haushalten und Kleinverbrauchern 289 % und beim Verkehr 405 %. Die Ursachen für diese unterschiedliche Entwicklung liegen insbesondere in der zunehmenden Ausstattung der privaten Haushalte mit elektrischen Haushaltsgeräten (vgl. Kap. 4.7), gestiegenen Verkehrsleistungen (vgl. Kap. 17) und im relativ sparsameren Energieeinsatz im Rahmen der Industrieproduktion.

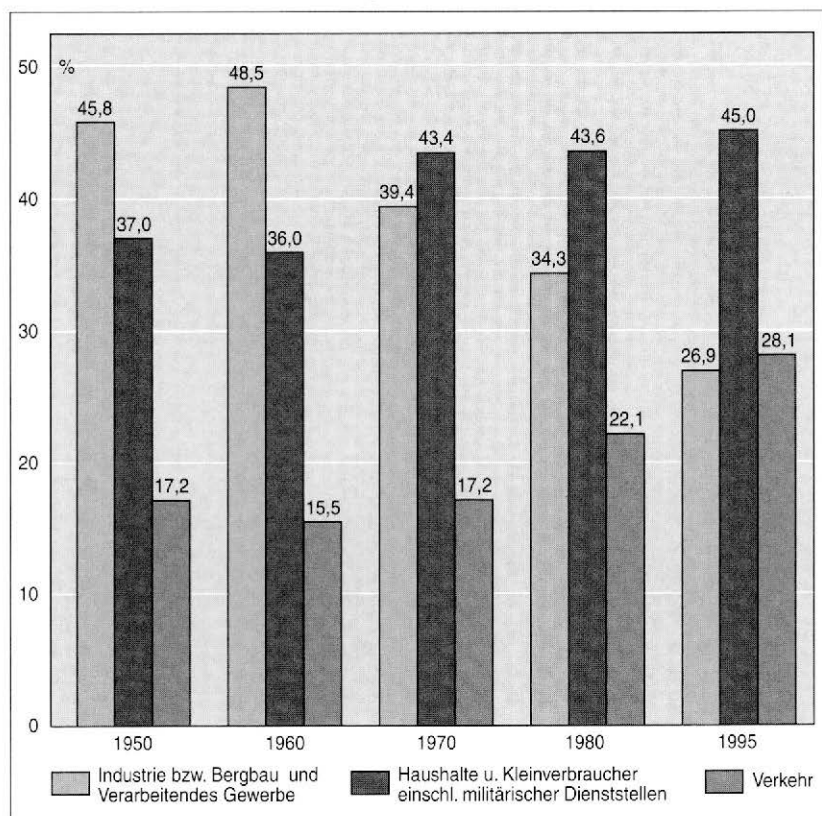
18.7 Energiepreise

Kein anderer Teilbereich im Preisindex für die Lebenshaltung im früheren Bundesgebiet hatte in den 70er Jahren bis Mitte der 80er Jahre ähnlich starke Preisstei-

gerungen aufzuweisen wie die Warengruppe „Energie“. In dieser Entwicklung kommen die Preisschübe auf den internationalen Rohölmärkten und ihre Folgewirkungen zum Ausdruck. Der Preis je eingeführter Tonne Rohöl ist von 60 DM im Jahre 1970 auf 622 DM im Jahre 1985 gestiegen, also auf mehr als das Zehnfache. 1995 lag der Rohölpreis bei nur noch 186 DM je Tonne (vgl. Tab. 7).

Preisunterschiede bei den einzelnen Förderländern haben neben anderen Ursachen (z. B. neue Funde) zu einer Änderung der Rangfolge der Lieferanten geführt (vgl. Tab. 8). 1976 stammten über 90 % der bundesdeutschen Ölimporte aus OPEC-Staaten, 1990 nur noch 52 %. Demgegenüber erhöhte sich im gleichen Zeitraum der entsprechende Anteil des Nordseeöls von rund 1 % auf 30 %. Die

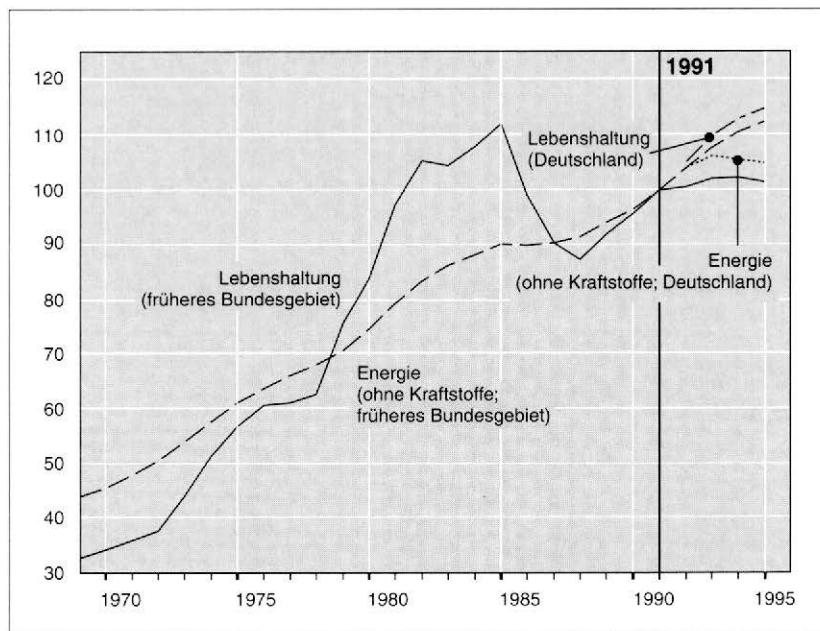
Abb. 3: Verbraucher von Endenergie¹



¹ Bis 1980 früheres Bundesgebiet; 1995: Deutschland.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.

Abb. 4: Energiepreisentwicklung (ohne Kraftstoffe)
(1991 = 100)



Tab. 7: Einfuhr von rohem Erdöl nach Preis und Menge¹

Jahr	Mill. DM	1 000 t	DM je t	Jahr	Mill. DM	1 000 t	DM je t
1970	5 938	98 786	60	1983	37 771	65 213	579
1971	7 679	100 230	77	1984	41 663	66 934	622
1972	7 411	102 600	72	1985	39 918	64 193	622
1973	9 083	110 493	82	1986	16 951	66 569	255
1974	22 956	102 543	224	1987	16 017	63 840	251
1975	19 718	88 414	223	1988	14 830	72 037	206
1976	23 825	97 669	244	1989	17 046	66 327	257
1977	23 537	96 290	244	1990	20 195	72 400	279
1978	19 970	94 375	212	1991	22 722	89 951	253
1979	29 895	107 355	279	1992	21 966	97 309	226
1980	44 168	96 876	456	1993	20 790	99 446	209
1981	49 107	79 247	620	1994	20 646	106 844	193
1982	44 712	72 542	616	1995 ²	18 625	100 142	186

¹ Bis einschließlich 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.

² Vorläufiges Ergebnis.

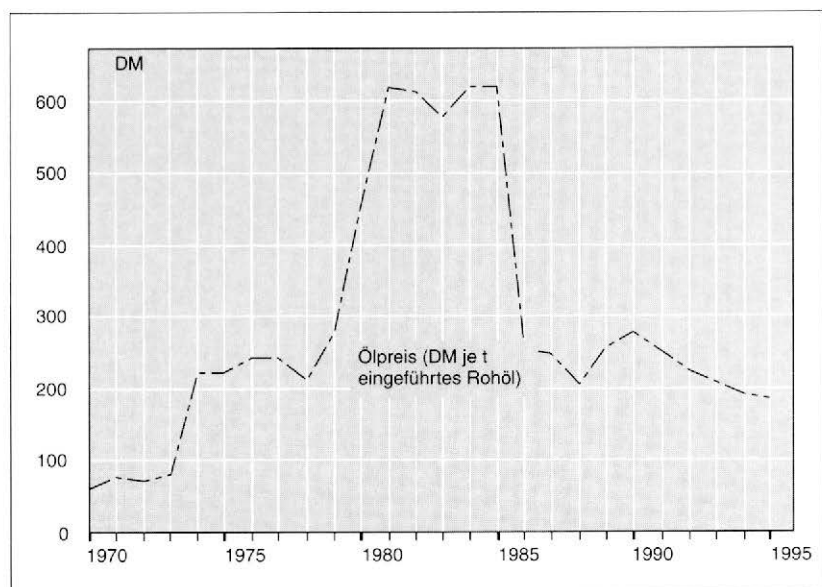
Tab. 8: Einfuhr von rohem Erdöl aus den wichtigsten Förderländern

Land	1994		1995 ¹	
	1 000 t	DM je t	1 000 t	DM je t
Norwegen	19 140	203	21 506	195
Russische Föderation	23 006	178	20 350	170
Großbritannien u. Nordirland	17 304	198	17 018	194
Libyen	11 834	200	11 274	190
Saudi-Arabien	7 083	181	6 158	174
Algerien	6 828	216	5 311	207
Nigeria	6 793	212	4 422	200
Syrien	4 981	181	4 411	179
Venezuela	3 908	159	3 886	157
Angola	1 187	214	1 911	192

1 Vorläufiges Ergebnis.

wichtigsten Länder, aus denen die Bundesrepublik Deutschland Mineralöl bezog, waren 1995 Norwegen, die Russische Föderation, Großbritannien und Nordirland, Libyen und Saudi Arabien.

Abb. 5: Entwicklung des Ölpristdurchschnittswertes¹ 1970 bis 1995



1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Während der Preisindex für Energie (ohne Kraftstoffe) im früheren Bundesgebiet von 1991 auf 1995 um 1,4 % gestiegen ist, hat er sich in den neuen Ländern und Berlin-Ost – hauptsächlich als Folge der Freigabe von subventionierten Preisen im Jahr 1991 – um 36,3 % erhöht. Im gesamtdeutschen Durchschnitt stiegen die Energiekosten in diesem Zeitraum um 4,9 %, wobei jedoch 1994 und 1995 rückläufige Tendenzen (– 0,5 bzw. – 0,7 %) zu verzeichnen waren.

19 Umwelt

19.1 Umweltökonomische Trends

Die Schädigung und die Schutzwürdigkeit der natürlichen Umwelt haben in den letzten Jahren im Bewußtsein der Allgemeinheit, in der Medienlandschaft und in den Parteiprogrammen wesentlich an Bedeutung gewonnen. Persönlich erfahrene Umweltbelastungen wie Lärm, Luft- und Wasserverschmutzung führten in weiten Bevölkerungskreisen zu einem geschärften Bewußtsein für die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen. Zunehmend wird deutlich, daß Umwelt- und Wirtschaftspolitik aufeinander abgestimmt werden müssen, daß Management und Umweltschutz ihre langfristigen Ziele nur in Zusammenarbeit und nicht über Konfrontation erreichen können. Spätestens seit der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro ist das Schlagwort *sustainability* oder nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung in aller Munde. Dahinter verbirgt sich die letztlich ökonomische Grundregel, daß ein Kapital, aus dem Einkommen erzielt wird, intakt gehalten werden muß, und zwar – das ist das entscheidend Neue an diesem Ziel – auch und gerade über die zeitlichen Grenzen der Gegenwart hinaus. Das Naturvermögen soll an unsere Kinder möglichst in dem Zustand und Wert übergeben werden, wie wir es von unseren Eltern erhalten haben; Verantwortung für die Zukunft als neues Prinzip. Auf dem Weg zur *sustainability* sind Maßnahmen von Interesse und Bedeutung, die die Effizienz des Einsatzes natürlicher Ressourcen verbessern, die einen Strukturwandel zu umweltschonenden wirtschaftlichen Tätigkeiten fördern und die auch im Verhalten der Konsumenten die Inanspruchnahme von Umweltgütern auf das erforderliche Mindestmaß reduzieren.

Bevor auf ausgewählte umweltrelevante Themen näher eingegangen wird, sollen in einem kurzen Überblick einige Aspekte aufgezeigt werden, inwieweit die Natur bei der Herstellung und beim Konsum von Gütern eingesetzt und verbraucht wird. Die hier vorgestellten Ergebnisse zeigen Eckdaten aus den neu entwickelten Umweltökonomischen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes.

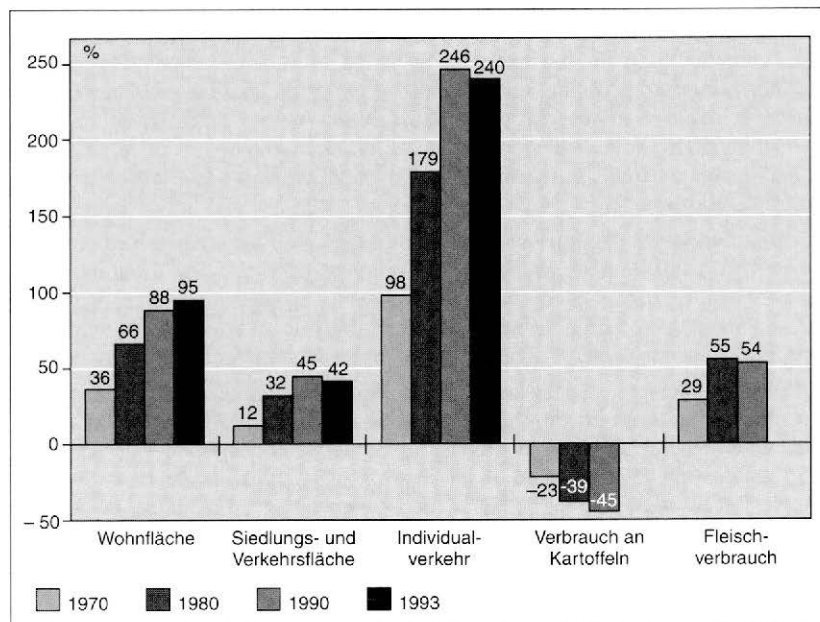
Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, von denen Belastungen von Natur und Umwelt ausgehen, haben sich in den letzten 30 Jahren stark verändert. Die Zahl der Einwohner im früheren Bundesgebiet stieg von 1960 bis 1994 um fast 20 % auf rund 66 Mill. Bei einer Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen um rund 10 % auf 29 Mill. – und gleichzeitigem Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit um 27 % – stieg das Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen je Erwerbstätigen um 145 % auf 94 000 DM. Gleichzeitig erhöhte sich der Kapitalstock je Erwerbstätigen in den vergangenen 35 Jahren sogar um 240 %. Durch zunehmenden Einsatz von Kapital und abnehmenden Einsatz von

Arbeit konnte die Arbeitsproduktivität seit 1960 auf das Dreieinhalbfache gesteigert werden.

Gleichzeitig hat sich in diesem Zeitraum das Verbraucherverhalten stark gewandelt. Die pro Kopf der Bevölkerung zur Verfügung stehende Wohnfläche hat sich zwischen 1960 und 1993 von 19 Quadratmetern auf fast 38 Quadratmeter nahezu verdoppelt. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche je Einwohner ist heute um 42 % höher als 1960. Die im Durchschnitt pro Einwohner im motorisierten Individualverkehr zurückgelegte Kilometerzahl stieg im genannten Zeitraum um 240 % an (vgl. Abb. 1). Auch die Ernährungsgewohnheiten haben sich stark gewandelt. Das zeigt sich z. B. an einem deutlich höheren Fleischverbrauch (+ 54 %) und einem Rückgang des Kartoffelkonsums (- 45 %).

Diese Beispiele von Verhaltensänderungen, die sich u. a. in einem höheren Konsumniveau niederschlagen, führen im Zuge des wirtschaftlichen Wachstums auch zu einer stärkeren Inanspruchnahme des „Produktionsfaktors“ Natur. Das zeigt sich besonders deutlich an der Entwicklung folgender Kennziffern, die den Grad der Umweltbelastung messen: Zwischen 1960 und 1990 ist in den alten Bundesländern die Entnahme von Rohstoffen einschließlich der nicht verwerteten Be-

Abb. 1: Bedarfsfelder des Privaten Verbrauchs je Einwohner im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber 1960 in %



standteile (z. B. Abraum) von rund 1,3 Mrd. Tonnen auf rund 2,1 Mrd. Tonnen um 65 % angestiegen. Die Einfuhr nahm um 185 % zu, während der Primärenergieverbrauch um 85 % und die Transportleistungen im Güterverkehr um 147 % angestiegen sind. Die Abgabe von Schadstoffen an die Luft war mit 738 Mill. Tonnen 1990 um 30 % höher als 1960, das Abfallaufkommen stieg um 45 % auf 164 Mill. Tonnen (vgl. Tab. 1).

Tab. 1: Langfristige Entwicklung (1960–1990) sowie aktuelle Daten der Material- und Energieflüsse

Gegenstand der Nachweisung	Maßeinheit	Früheres Bundesgebiet					Neue Länder u. Berlin-Ost	Deutschland
		1960	1970	1980	1990	1992		
Rohstoffentnahme (Inland)	Mill. t	1 253,2	1 514,2	2 104,8	2 072,0	·	·	3 729 ¹
Einfuhr	Mill. t	135,7	307,2	384,4	387,1	429,7	26,1	455,8
Primärenergieverbrauch	Mill. t SKE	211,5	366,8	390,2	392,2	406,6	76,2	482,8
Gütertransportleistung	Mrd. tkm	121,3	215,6	256,0	299,7	319,4	43,3	362,7
Luftemissionen	Mill. t	568,1	775,5	822,4	737,9	757,8 ²	203,9 ²	961,7 ²
darunter:								
Stickstoffdioxid (NO ₂)	Mill. t	1,6	2,6	3,1	2,6	2,4 ²	0,5 ²	2,9 ²
Schwefeldioxid (SO ₂)	Mill. t	3,3	3,9	3,3	1,0	0,9 ²	3,0 ²	3,9 ²
Kohlendioxid (CO ₂)	Mill. t	555,0	757,0	807,0	727,0	740,0 ²	195,0 ²	935,0 ²
Abfallaufkommen	Mill. t	112,9	112,8	185,7	163,9	142,6 ¹	50,2 ¹	192,8 ¹
Wasseraufkommen	Mill. m ³	20 150,0	34 403,0 ³	44 632,0 ⁴	46 440,0	45 969 ⁵	5 947 ⁵	51 916 ⁵
Abwasseranfall	Mill. m ³	17 800,0	34 182,0 ³	44 895,0 ⁴	44 385,0	43 766 ⁵	6 357 ⁵	50 123 ⁵

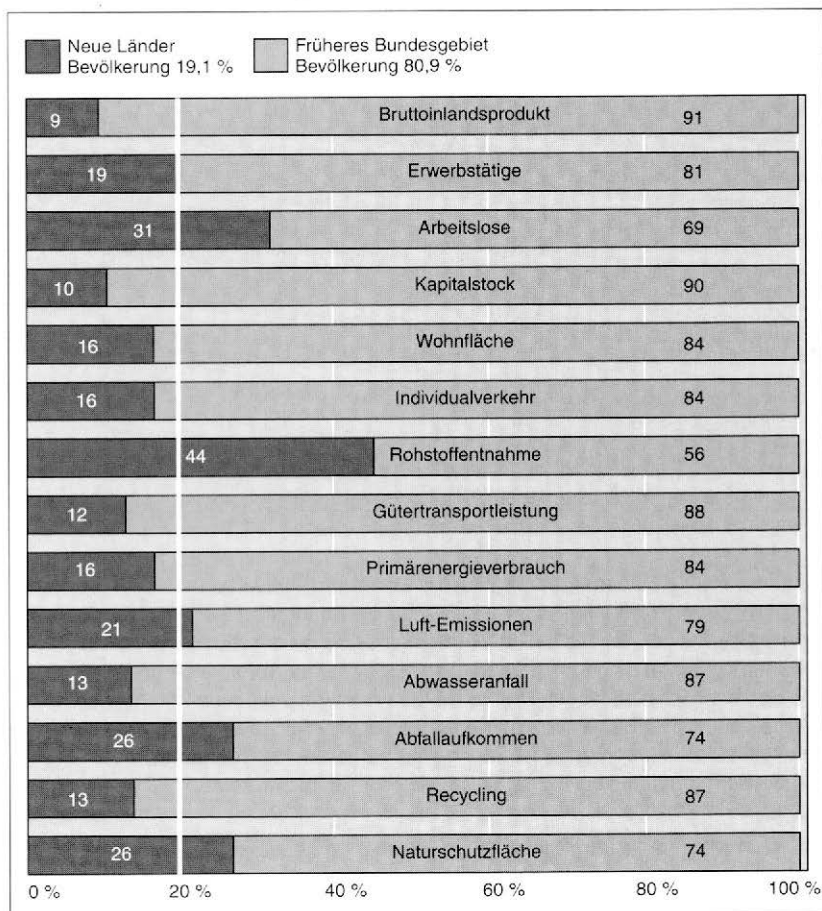
1 1993. – 2 Vorläufige Werte. – 3 1975. – 4 1979. – 5 1991.

Setzt man diese Belastungskennziffern in Beziehung zur wirtschaftlichen Leistung, also z. B. zum Bruttoinlandsprodukt, war die Zunahme in der Regel jedoch geringer. So wurden je 1 000 DM Bruttoinlandsprodukt 1960 noch 568 kg Luftschadstoffe emittiert und 1990 lediglich 293 kg, das Abfallaufkommen ging von 113 kg auf 65 kg zurück. Der Primärenergieverbrauch sank von 211 Tonnen Steinkohleeinheiten je Mill. DM Bruttoinlandsprodukt 1960 auf 156 Tonnen und die Gütertransportleistung von 121 Tonnenkilometer auf 119 Tonnenkilometer. Lediglich die Einfuhr nahm von 136 kg je 1000 DM Bruttoinlandsprodukt 1960 auf 154 kg 1990 zu.

Die hier präsentierten Ergebnisse verdeutlichen, daß in den vergangenen 30 Jahren im Hinblick auf Rohstoff- und Energieverbrauch zwar effizienter gewirtschaftet wurde, zugleich aber die absoluten jährlichen Belastungen deutlich anstiegen.

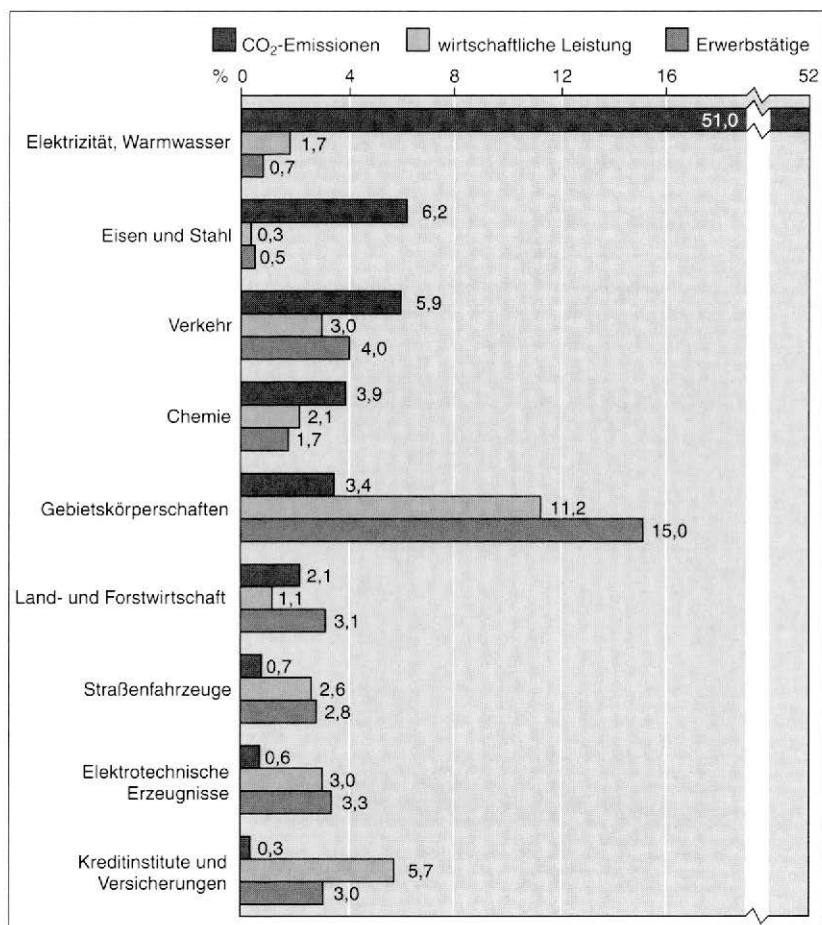
Ein Vergleich zwischen alten und neuen Ländern zeigt bei diesen Kenngrößen zum Teil erhebliche Unterschiede: Anfang der 90er Jahre hatten die neuen Länder einen Anteil von 19 % an der Einwohnerzahl Deutschlands, ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt betrug 9 %. Der Anteil der Erwerbstätigen Inländer lag bei 19 %, die Anteile von Kapitalstock (10 %), Wohnfläche (16 %) und im motorisierten Individualverkehr zurückgelegten Personenkilometern (16 %) lagen jeweils niedriger als der Bevölkerungsanteil. Die Anteile der Belastungskennziffern für die neuen Länder machten beim Primärenergieverbrauch 16 %, bei der Gütertransportleistung 12 %, bei den Luft-Emissionen 21 % und beim Abfallaufkommen 26 % aus (vgl. Abb. 2).

Abb. 2: Deutschland zu Beginn der 90er Jahre



Besondere Bedeutung im Rahmen des Konzepts der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen hat die Betrachtung von branchenbezogenen Informationen. Für die einzelnen Wirtschaftsbereiche soll ein jeweils gleichbleibender Satz von Daten bereitgestellt werden, der auch hier Aussagen zu Zusammenhängen zwischen ökologischen und ökonomischen Aspekten ermöglicht. Beispielhaft werden hier die Kohlendioxid (CO₂)-Emissionen dargestellt und wiederum in Beziehung zu wirtschaftlicher Leistung und Erwerbstätigen gesetzt. Hier zeigt sich die Bedeu-

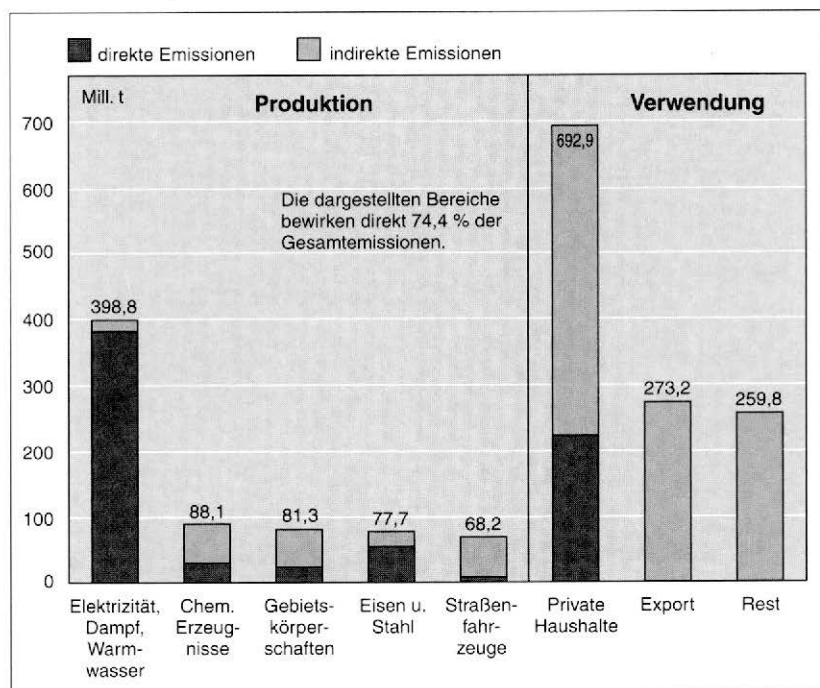
Abb. 3: Direkte CO₂-Emissionen, wirtschaftliche Leistung und Erwerbstätige in ausgewählten Produktionsbereichen 1993 in Deutschland
Anteil an allen Produktionsbereichen in %



tung des Bereichs Elektrizitätserzeugung, dem mehr als 50 % der Emissionen aller Produktionsbereiche zuzurechnen sind, aber unter 2 % der Wertschöpfung. Auch andere energieintensive Produktionsbereiche wie Chemie, Eisen- und Stahlerzeugung und Verkehr haben im Vergleich zu ihrer Beschäftigtenzahl und ihrer Wertschöpfung einen überproportionalen Anteil an den CO₂-Emissionen (vgl. Abb. 3).

Eine Betrachtung der direkten Emissionen der einzelnen Wirtschaftsaktivitäten allein führt jedoch nur zu einer unvollständigen Aussage über die mit der Produktion verbundenen Emissionen. In einem zweiten Schritt werden deshalb auch die in den Vorleistungen enthaltenen indirekten Emissionen berücksichtigt. So können z. B. die in der Energieerzeugung anfallenden Emissionen den Energiekunden und ihrer jeweiligen Produktion bzw. dem Konsum (z. B. bei den privaten Haushalten) zugerechnet werden. Die Untersuchung dieser direkten und indirekten Emissionen liefert Informationen darüber, wo Möglichkeiten zur Emissionsvermeidung zu suchen sind. Ist der Anteil der direkten Emissionen in einem Produktions- oder Nachfragebereich relativ hoch, so liegen Vermeidungsmöglichkeiten in diesem Bereich selbst. Sind dagegen die indirekten Emissionen hoch, so können Emissionen eher in den vorgelagerten Bereichen vermieden werden.

Abb. 4: Wichtigste Emittenten von Kohlendioxid in Deutschland 1991



Dieser Zusammenhang ist wiederum am Beispiel der CO₂-Emissionen dargestellt. Es zeigt sich, daß dem Bereich private Haushalte hohe direkte, aber noch weitaus höhere indirekte CO₂-Emissionen zugerechnet werden müssen, während bei den in bezug auf CO₂ bedeutenden Produktionsbereichen die direkten Emissionen dominieren (vgl. Abb. 4).

Betrachtet man diese Zusammenhänge für andere Luftschadstoffe, zeigt sich, daß zum Teil ganz andere Produktionsbereiche einen großen Anteil an den jeweiligen Emissionen haben. So spielen beim Methanausstoß vor allem die Landwirtschaft, die Mülldeponien sowie Gewinnung und Verarbeitung von Kohle eine Rolle, beim Stickoxid sind der Verkehr und die Elektrizitätserzeugung die wichtigsten Emittenten, die Kohlenmonoxidemissionen wurden 1991 zu rund einem Drittel (bezogen auf die CO-Emissionen aller Produktionsbereiche) durch die Eisen- und Stahlherstellung verursacht.

Tab. 2: Kumulierte Luftemissionen der letzten inländischen Nachfragebereiche in Deutschland 1991

Emissionen	Einheit	Privater Verbrauch im Inland	Sonstige inländische Nachfragebereiche	Zusammen
CO ₂	Mill. t	692,9	259,8	952,7
	%	73	27	100
SO ₂	1 000 t	3 071,6	1 356,3	4 427,9
	%	69	31	100
NO _x	1 000 t	2 203,9	733,8	2 937,7
	%	75	25	100
Staub	1 000 t	776,2	356,3	1 132,5
	%	69	31	100
CO	1 000 t	7 381,8	1 320,2	8 702,0
	%	85	15	100
CH ₄	1 000 t	4 263,7	1 983,0	6 246,7
	%	68	32	100
NMVOC ¹	1 000 t	1 627,3	575,4	2 202,7
	%	74	26	100
N ₂ O	1 000 t	160,2	38,6	198,8
	%	81	19	100

1 Flüchtige organische Verbindungen (ohne Methan).

Tab. 2 zeigt die Summe der direkten und indirekten Emissionen (sog. kumulierte Emissionen) für die großen Nachfragebereiche der Volkswirtschaft. Bei dieser Betrachtung sind alle Emissionen der Produktionsbereiche den Nachfragebereichen zugerechnet. Sie erlaubt Aussagen darüber, welche Emissionen, z. B. durch den privaten Verbrauch, direkt oder indirekt, verursacht wurden. Einbezogen sind hier auch die durch den Import (im Ausland) verursachten Luftemissionen, während die im Inland durch die Produktion von Exportgütern verursachten Emissionen nicht berücksichtigt sind.

Der Anteil des privaten Verbrauchs an der letzten inländischen Verwendung von Gütern insgesamt lag 1991 bei 57 %, die der übrigen Nachfragebereiche (Staatsverbrauch, Anlageinvestitionen und Vorratsveränderungen) entsprechend bei 43 %. Der Prozentsatz der dem privaten Verbrauch zuzurechnenden Luft-Emissionen lag also für alle untersuchten Stoffe deutlich höher als dieser Wert, besonders hoch waren die Anteile beim Kohlenmonoxid (CO, 85 %) und bei Lachgas (N₂O, 81 %).

19.2 Umweltbelastungen

19.2.1 Luftbelastung

Die Überwachung der Luftbelastung in der Bundesrepublik Deutschland ist im Fünften Teil des Bundesimmissionsschutzgesetzes festgelegt. Die Länder haben danach Belastungsgebiete, das sind Gebiete, in denen zu erwarten ist, daß schädliche Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen (gasförmige oder feste Spurenstoffe, Lärm, Gerüche) hervorgerufen werden können, festzulegen und in diesen Gebieten die Luftbelastung zu überwachen.

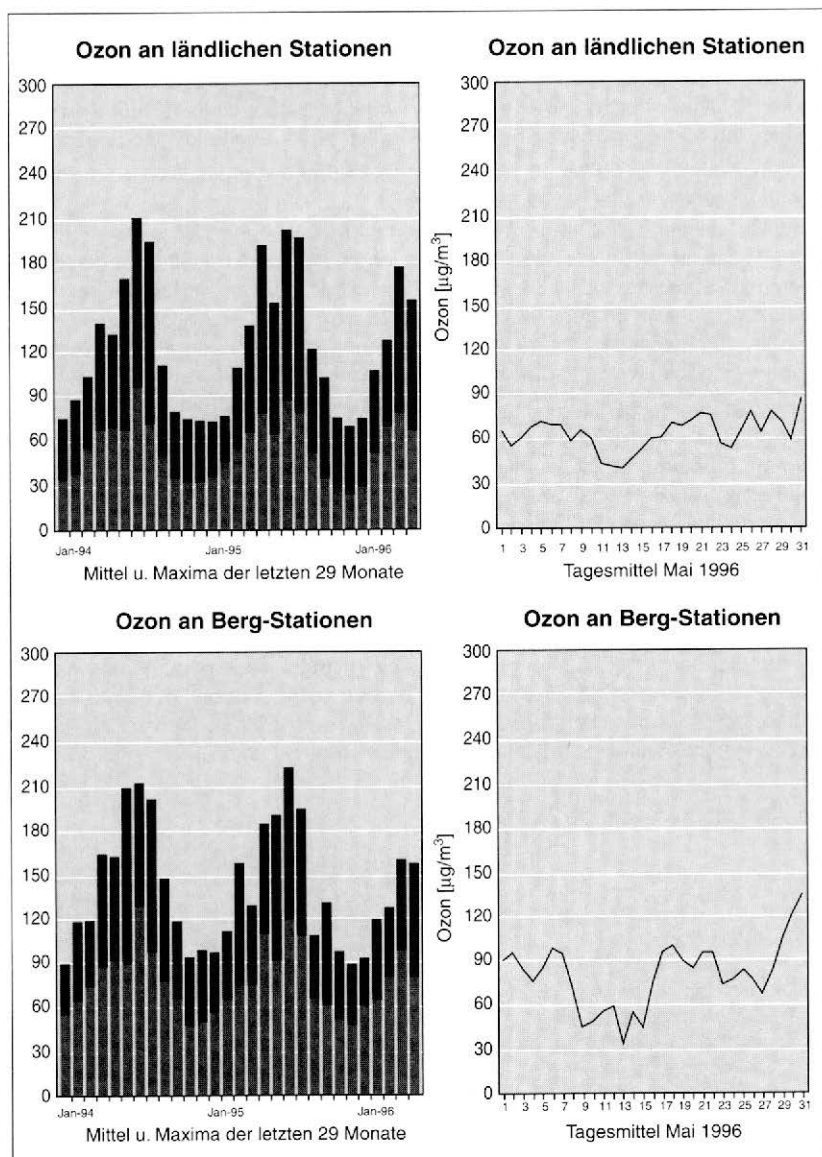
Die Auswahl der Schadstoffkomponenten, die in Belastungsgebieten zu messen sind, obliegt den zuständigen Landesbehörden und wird in Abhängigkeit von der Belastungsstruktur durch Verkehr, Industrie und Gewerbeansiedlungen festgelegt. Die Komponenten, die in den jeweiligen Belastungsgebieten in der Bundesrepublik Deutschland gemessen werden, stimmen im wesentlichen überein.

Die von den Ländern geschaffenen Überwachungsbehörden berichten in unregelmäßiger Folge in einem vom Bundesimmissionsschutzgesetz vorgeschriebenen „Luftreinhalteplan“ über die Emissionsstruktur, die Immissionsbelastung, über Wirkungen und über Maßnahmen, die zum Zwecke der Luftreinhaltung getroffen wurden oder getroffen werden sollen.

Um einen Anhaltspunkt für die Bedeutung der gemessenen Schadstoffkonzentrationen zu haben, werden sie mit Grenzwerten verglichen, deren Einhaltung gewährleisten soll, daß keine schädlichen Auswirkungen der Luftbelastung, auch für Risikogruppen, zu befürchten sind. Die Grenzwerte werden auch herangezogen, um bei Neuansiedlung von Emittenten (genehmigungsbedürftige Anlagen) über die Genehmigung zu entscheiden.

Neben der Immissionsüberwachung in Belastungsgebieten wird punktuell in Waldgebieten die Immission und die Deposition (Ablagerung von Schadstoffen auf dem Boden und im Kronendach) erfaßt sowie in abgelegenen Regionen, meist auf Bergkuppen, die sogenannte Hintergrundbelastung in einem Meßnetz des Umweltbundesamtes gemessen. Ein wichtiger Problembereich ist der Anstieg der Ozonkonzentration in der bodennahen Luftschicht einerseits und die Abnahme der stratosphärischen Ozonkonzentration andererseits.

Abb. 5: Ozonkonzentrationen in Deutschland
Januar 1994 bis Mai 1996



Quelle: Umweltbundesamt.

Ozon-Konzentration der Atemluft (bodennahes Ozon)

Die bodennahe Ozonkonzentration (O_3 -Immissionsbelastung) wird in den letzten Jahren verstärkt beobachtet. Grund dafür ist, daß der vom Bundesministerium für Umweltschutz veröffentlichte „Orientierungswert“ von 180 Mikrogramm pro Kubikmeter, der für Ozon nicht überschritten werden sollte, in den Sommermonaten immer häufiger erreicht und überschritten wird. Dies gilt nicht allein für Ballungsgebiete, sondern sogar verstärkt für abgelegene Wald- und Gebirgsregionen.

In Abb. 5 sind die Meßergebnisse des Umweltbundesamtes für den Zeitraum Januar 1994 bis Mai 1996 (29 Monate) dargestellt. Die Grafiken geben die Ozon-Monatsmittelwerte und Maxima – beziehungsweise Tagesmittelwerte für Mai 1996 – einerseits für die ländlichen Stationen und andererseits für die Bergstationen „Schauinsland“, „Brotjacklriedl“ und „Schmücke“ wieder. Der Vergleich der Ozonbelastung an den ländlichen Stationen mit den Bergstationen zeigt deutlich die durchschnittliche gravierende Erhöhung der Ozonkonzentration in den Bergen. Dagegen weichen die Maxima nicht stark voneinander ab.

Ozon wird zwar nicht direkt emittiert, die Entstehung in der bodennahen Schicht ist aber dennoch anthropogen, d. h. durch den Menschen verursacht, insofern die Vorläuferprodukte (Kohlenwasserstoffe und Stickoxide), über die aus photochemischen Reaktionen Ozon gebildet wird, anthropogenen Ursprungs sind. Obwohl ein Trend in der O_3 -Immissionsbelastung noch nicht deutlich erkennbar ist, besteht kein Anlaß für Entwarnung, da das Ozon-Konzentrationsniveau bedenklich hoch ist.

Stratosphärische Ozonkonzentration (oberhalb 15 km)

Die stratosphärische Ozonkonzentration, die, meßtechnisch bedingt, nur indirekt über die Ozonschichtdicke erfaßt wird, nimmt alljährlich über der Antarktis im Frühling (September/Oktober) drastisch ab (um ca. 60 %). Obwohl natürliche Prozesse bei dieser Abnahme eine Rolle spielen (das Schmelzen von „Eis-Wolken“

Tab. 3: Ozonabbauende Stoffe

	Hintergrundkonzentration ¹	Jährliche Zunahme in %	Relatives Ozonschädigungspotential
Trichlorfluormethan (F11)	0,2 ppb	5,7	1,0
Dichlordifluormethan (F12)	0,32 ppb	6,0	1,0
Dichlorfluormethan (22)	0,05 ppb	11,7	0,05–0,10
Trifluortrichlorethan (F113)	0,03 ppb	10,0	0,8
Tetrachlorkohlenstoff	0,14 ppb	2,1	1,0
1,1,1-Trichlorethan	0,12 ppb	13,0	0,2
Halon 1211 (CF_2BrCl)	2,0 ppt	10–30	3,0
Halon 1301 (CF_3Br)	1,0 ppt	·	10,0

¹ ppb = part per billion = 1 : 1 000 000 000, ppt = part per trillion = 1 : 1 000 000 000 000.

Quelle: WMO-Report No. 16 „Atmospheric Ozone“, 1985.

und die damit einhergehende Freisetzung von ozonzerstörenden Substanzen), wird mittlerweile in der Fachwissenschaft kaum mehr bezweifelt, daß die Atmosphärenchemie über der Antarktis und auch über der Arktis anthropogen bedingt stark gestört ist. Als ozonabbauende Stoffe werden insbesondere halogenierte Kohlenwasserstoffe wie die Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW), die in der Natur nicht vorkommen, identifiziert. Die Wirksamkeit solcher halogenierter Kohlenwasserstoffe beim Abbau des stratosphärischen Ozons beruht auf zwei Eigenschaften: FCKW sind reaktionsträge, und sie werden in der unteren Atmosphäre kaum abgebaut. Deswegen gelangen sie in die Stratosphäre, wo sie einen Reaktionszyklus in Gang setzen, der zum Ozonabbau führt. In Tab. 3 sind die dominanten ozonabbauenden Stoffe zusammen mit der prognostizierten jährlichen Zunahme sowie ihrem relativen Ozonschädigungspotential aufgeführt.

Die gegenläufige Entwicklung des Ozons in der Stratosphäre und der Troposphäre läßt nicht den Schluß zu, daß insgesamt eine Kompensation stattfindet. Das stratosphärische Ozon ist mengenmäßig ungleich mehr als das troposphärische, so daß ein troposphärischer Anstieg – in der Größenordnung, die zur Zeit geschieht – die Auswirkungen stratosphärischer Ozonabnahme (verstärktes Eindringen von Ultraviolett-B-Strahlen) nicht einzudämmen vermag.

Für die Bundesrepublik Deutschland wurde 1991 eine FCKW-Halon-Verbotsverordnung erlassen, die das Inverkehrbringen, die Verwendung sowie teilweise die Produktion dieser Stoffe bis zum Jahre 1995 verbietet. In Tab. 4 sind die Produktions- und Verwendungsziffern (Inlandsverkäufe) für FCKWs sowie die Produktion von Halonen für die Bundesrepublik Deutschland angegeben.

Tab. 4: Vollhalogenierte FCKW und Halone in Deutschland

	Einheit	1989	1990	1991	1992	1993	1994
<i>FCKW¹</i>							
Produktion	t/a	106 530	80 683	65 326	59 246	51 840	16 029
Verkauf im Inland	t/a	46 000	37 000	27 000	15 000	9 000	2 400
<i>Halone²</i>							
Produktion	t/a	18 000	16 000	13 000	–	–	–

1 Die Produktion wurde im Frühjahr 1994 eingestellt.

2 In gewichteten Tonnen (Produktionsmenge x Ozonabbaupotential); die Produktion wurde 1992 eingestellt.

Quelle: Umweltbundesamt.

Treibhauseffekt

Der Treibhauseffekt bewirkt die für Mensch, Tier und Pflanze notwendigen Klimaverhältnisse auf der Erde. Ohne den Treibhauseffekt wäre auf der Erdoberfläche eine Durchschnittstemperatur von -15°C zu erwarten, das wären 30°C weniger als gegenwärtig. Die Existenz des Treibhauseffekts ist Bedingung für alles irdische Leben. Unter dem Treibhauseffekt ist die Absorption und teilweise Rückstrahlung

des von der Erde in die Atmosphäre abgestrahlten Infrarotlichtes zu verstehen. Der Treibhauseffekt ist ein sekundärer Effekt auf die Sonneneinstrahlung. Primär ist die Abstrahlung der Erde. Der Treibhauseffekt, von dem in der öffentlichen Diskussion gesprochen wird, ist nicht dieser quasi natürliche Effekt, sondern die Besorgnis, daß der „natürliche“ Treibhauseffekt anthropogen, d. h. durch menschliche Einwirkungen bedingt, eine Veränderung dahingehend erfährt, daß es zu einer „Aufheizung“ der Atmosphäre kommt. Es wird angenommen, daß die vom Menschen emittierten klimarelevanten Spurengase eine solche Veränderung herbeiführen. In Tab. 5 werden die wichtigsten Treibhausgase beschrieben.

Tab. 5: Charakteristika der Treibhausgase

Gas ¹	CO ₂	CH ₄	N ₂ O	O ₃	R11	R12
Konzentration (ppm ²)	354	1,72	0,31	0,03	0,00028	0,00048
Verweilzeit (Jahre)	120	10	150	0,1	60	130
Anstieg (% pro Jahr)	0,5	1	0,25	0,5	5	3
Relatives Treibhauspotential (konzentrationsbezogen)	1	21	206	2 000	12 400	15 800
Anteil am Treibhauseffekt in %	50	13	5	7	5	12

1 CO₂ = Kohlendioxid; CH₄ = Methan; N₂O = Distickstoffoxid; O₃ = Ozon; R11 und R12 = Fluorchlorkohlenwasserstoffe.

2 ppm = part per million = 1 : 1 000 000.

Quelle: Deutscher Bundestag – Enquete-Kommission des 11. Deutschen Bundestages „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“.

Emissionen

Emissionsdaten setzen sich in der Emissionsstatistik aus zwei Komponenten zusammen:

- aus emissionsrelevanten Aktivitäten und
- zugehörigen Emissionsfaktoren.

Emissionsrelevante Aktivitäten sind Energieverbrauch, Produktherstellung, Produktnutzung und Abfallbeseitigung.

Emissionsfaktoren sind Kennwerte für das mittlere Emissionsverhalten von Anlagen, die vom Umweltbundesamt aufgrund von Stichproben und theoretischen Erwägungen festgelegt und ermittelt sowie ständig überprüft und erneuert werden.

Es werden im wesentlichen zwei Darstellungsformen für die Emissionsdarstellung benutzt:

- Für wirtschaftliche Sektoren und Subsektoren (im wesentlichen Kraft- und Fernheizwerke, Industrie, Haushalte und Kleinverbraucher, Verkehr, Landwirtschaft) werden die Emissionen an Massenschadstoffen in zeitlicher Entwicklung dargestellt.
- Zur Darstellung der räumlichen Verteilung von Emissionen werden sowohl für einzelne Sektoren als auch in der Zusammenfassung aller Emittenten-

Tab. 6: Emissionen nach Emittentengruppen in Deutschland

Jährliche Emissionen	Einheit	1990	1992	1994 ¹
<i>Kohlendioxid (CO₂)</i>	Mill. t	1 014	927	897
Industrieprozesse	%	2,7	2,7	2,8
Übriger Verkehr	%	2,2	1,9	2,0
Straßenverkehr	%	14,7	17,2	18,2
Haushalte	%	12,7	13,2	13,8
Kleinverbraucher	%	7,5	7,0	6,5
Industrief Feuerungen	%	21,0	18,1	17,5
Kraft- u. Fernheizwerke	%	39,2	39,8	39,2
<i>Stickstoffoxide</i> <i>(NO_x berechnet als NO₂)</i>	1 000 t	2 640	2 357	2 211
Industrieprozesse	%	1,3	1,0	1,0
Übriger Verkehr	%	10,1	9,7	10,7
Straßenverkehr	%	46,3	49,0	47,3
Haushalte	%	4,1	4,6	4,7
Kleinverbraucher	%	2,6	2,5	2,7
Industrief Feuerungen	%	13,4	11,5	11,5
Kraft- u. Fernheizwerke	%	22,2	21,7	22,1
<i>Schwefeldioxid (SO₂)</i>	1 000 t	5 326	3 436	2 995
Industrieprozesse	%	4,2	2,5	2,8
Übriger Verkehr	%	0,5	0,3	0,4
Straßenverkehr	%	1,4	1,7	1,7
Haushalte	%	8,4	6,6	6,6
Kleinverbraucher	%	8,7	5,6	6,8
Industrief Feuerungen	%	23,9	19,5	19,1
Kraft- u. Fernheizwerke	%	52,7	63,7	62,6
<i>Kohlenmonoxid (CO)</i>	1 000 t	10 743	7 926	6 738
Industrieprozesse	%	6,4	7,6	8,8
Gew. u. Verteil. v. Brennst.	%	0,3	0,2	0,2
Übriger Verkehr	%	2,3	2,3	2,7
Straßenverkehr	%	60,4	62,6	58,7
Haushalte	%	19,4	14,7	15,3
Kleinverbraucher	%	1,9	1,8	2,1
Industrief Feuerungen	%	8,1	9,4	10,6
Kraft- u. Fernheizwerke	%	1,2	1,4	1,5
<i>Ammoniak (NH₃)</i>	1 000 t	759	649	622
Tierhaltung	%	86,2	85,1	85,7
Düngeranwendung	%	9,8	9,9	9,3
Industrieprozesse	%	2,2	1,6	1,3
Sonstige Quellen	%	1,8	3,4	3,7

1 Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Umweltbundesamt.

noch Tab. 6: Emissionen nach Emittentengruppen in Deutschland

Jährliche Emissionen	Einheit	1990	1992	1994 ¹
<i>Distickstoffoxid (N₂O)</i>	1 000 t	211	198	186
Land- u. Abfallwirtschaft	%	40,2	33,8	35,3
Produktverwendung	%	2,9	3,1	3,3
Industrieprozesse	%	38,8	46,8	43,5
Verkehr	%	5,6	4,4	5,9
Haushalte	%	1,5	1,8	1,8
Kleinverbraucher	%	0,9	0,7	0,8
Industriefeuerungen	%	2,9	2,5	2,5
Kraft- u. Fernheizwerke	%	7,1	6,8	6,9
<i>Staub</i>	1 000 t	2 024	820	754
Schüttgutumschlag	%	13,9	24,4	25,6
Industrieprozesse	%	21,3	15,9	17,2
Übriger Verkehr	%	1,4	2,7	2,9
Straßenverkehr	%	2,0	5,4	5,6
Haushalte	%	6,6	7,8	7,3
Kleinverbraucher	%	9,1	6,7	7,8
Industriefeuerungen	%	22,1	12,4	10,7
Kraft- u. Fernheizwerke	%	23,6	24,8	22,9
<i>Flüchtige organische Verbindungen ohne Methan</i>	1 000 t	3 155	2 505	2 135
Lösemittelverwendung	%	36,8	43,5	51,0
Industrieprozesse	%	4,9	5,4	6,4
Gew. u. Verteil. v. Brennst.	%	7,0	7,2	4,1
Übriger Verkehr	%	2,5	2,4	3,0
Straßenverkehr	%	44,5	38,0	31,7
Haushalte	%	3,3	2,4	2,4
Kleinverbraucher	%	0,3	0,3	0,4
Industriefeuerungen	%	0,4	0,4	0,5
Kraft- u. Fernheizwerke	%	0,3	0,4	0,4
<i>FCKW und Halone</i>	1 000 t	43	22	8
<i>Methan (CH₄)</i>	1 000 t	5 682	5 194	5 216
Abfallwirtschaft	%	32,9	36,2	37,5
Landwirtschaft	%	36,0	33,1	31,8
Industrieprozesse	%	0,2	0,2	0,1
Gew. u. Verteil. v. Brennst.	%	27,3	27,9	28,3
Übriger Verkehr	%	0,1	0,0	0,0
Straßenverkehr	%	1,1	0,9	0,7
Haushalte	%	1,8	1,2	1,0
Kleinverbraucher	%	0,2	0,1	0,1
Industriefeuerungen	%	0,3	0,2	0,2
Kraft- u. Fernheizwerke	%	0,2	0,2	0,2

1 Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Umweltbundesamt.

gruppen Emissionskataster erstellt. Darstellungseinheit ist dabei nicht eine emittierende Anlage, z. B. ein Kraftwerk, sondern ein Quadrat mit den Abmessungen 10 x 10 km.

Anfang der 90er Jahre sind die Emissionen aller genannten Schadstoffe in Deutschland zurückgegangen.

19.2.2 Abfälle

19.2.2.1 Abfallbilanz

Die Abfallbilanz stellt eine mengenmäßige Gegenüberstellung der Abfallerzeugung und der Abfallentsorgung dar. Die vorliegende Abfallbilanz für das Jahr 1993 weist erstmalig Angaben zu den Abfällen zur Beseitigung und zu den Abfällen zur Verwertung in der Terminologie des neuen Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes nach. Die Angaben zu den Abfällen zur Verwertung beziehen sich auf die außerbetriebliche Verwertung. Zu beachten ist, daß bestimmte Stoffe in Deutschland nach geltendem Recht Abfall oder Wertstoff sein können. Dies gilt z. B. für Stoffe wie Metallschrott, die noch einen Handelswert haben können und die daher vom Besitzer nur eingeschränkt als Abfall angesehen werden. Angaben zur innerbetrieblichen Abfallverwertung bleiben den künftigen Abfallstatistiken nach neuem Umweltstatistikgesetz vorbehalten.

Beim Vergleich der abfallstatistischen Daten 1993 zu 1990 muß insbesondere die politische und wirtschaftliche Übergangssituation 1990 in den neuen Ländern beachtet werden, die u. a. zu Sonderentwicklungen in bestimmten Bereichen des Abfallsektors führte. Aus diesem Grunde sind die Daten für 1993 in ihrer Struktur aussagefähiger als die entsprechenden Daten für 1990.

19.2.2.2 Abfallaufkommen

Das Abfallaufkommen insgesamt in Deutschland belief sich im Jahr 1993 auf 339 Mill. Tonnen. Es war damit gegenüber 379 Mill. Tonnen im Jahr 1990 um 11 % niedriger. Der Rückgang betraf sowohl das frühere Bundesgebiet (- 12 %) als auch die neuen Länder (- 4 %). Der Hauptanteil des Abfallaufkommens entfiel mit 290 Mill. Tonnen auf das Produzierende Gewerbe (Abnahme 1993 zu 1990: - 11 %).

Beim Abfallaufkommen ist die starke Abnahme bei den Abfällen zur Beseitigung auffällig. Hier gingen die Abfälle um nicht weniger als 46 Mill. Tonnen (- 16 %) auf 253 Mill. Tonnen im Jahr 1993 zurück (früheres Bundesgebiet: - 17 %, neue Länder: - 11 %).

Besonders deutlich wird diese Entwicklung im Produzierenden Gewerbe mit einem Rückgang um 36 Mill. Tonnen. (- 14 %) auf 218 Mill. Tonnen. Prozentual gesehen war diese Abnahme im früheren Bundesgebiet (- 16 %) sogar noch höher als in den neuen Ländern (- 6 %).

Gegenläufig zur Entwicklung bei den Abfällen zur Beseitigung verlief die Entwicklung bei den Abfällen zur Verwertung. Hier war 1993 zu 1990 ein starker Anstieg

der zur Verwertung vorgesehenen Abfallmengen um 6 Mill. (+ 8 %) auf 85 Mill. Tonnen zu verzeichnen. Hierzu trugen die „Privaten Haushalte, Kleingewerbe, Dienstleistungen“ (+ 6 Mill. Tonnen) wesentlich bei.

Genauere Aufschlüsse über die Entwicklung der Abfallmengen 1993 zu 1990 liefert die Betrachtung nach hauptsächlichen Abfallkategorien und nach beteiligten Wirtschaftsbereichen.

Die Kategorie „Bauschutt, Bodenaushub“ weist die höchsten Abfallmengen auf. Bei dieser Abfallkategorie, zu der auch der Straßenaufbruch und die Baustellenabfälle gerechnet werden, spielt der Bodenaushub mengenmäßig die weitestgrößte Rolle. Die Abfallmenge an Bauschutt und Bodenaushub lag mit 143 Mill. Tonnen im Jahr 1993 um 10 Mill. Tonnen höher als im Jahr 1990. Hier ist eine stark unterschiedliche Entwicklung im früheren Bundesgebiet und in den neuen Bundesländern zu verzeichnen. Im früheren Bundesgebiet nahm die Bauproduktion der Bauwirtschaft im Beobachtungszeitraum um rund 7 % zu. Gleichwohl gingen die gesamten Abfallmengen an Bauschutt und Bodenaushub um 19 Mill. auf 105 Mill. Tonnen zurück. Dies ist auf den Rückgang bei den zu beseitigenden Mengen an Bauschutt und Bodenaushub zurückzuführen, während die zur Verwertung bestimmten Mengen geringfügig anstiegen. Man kann daher davon ausgehen, daß in der Bauwirtschaft Maßnahmen zur Abfallvermeidung bereits 1993 anfangen zu greifen.

In den neuen Ländern war die Entwicklung der Baunachfrage infolge des immensen Modernisierungs- und Sanierungsbedarfs durch eine dynamische Entwicklung in allen Bausparten gekennzeichnet (1993 zu 1990: + 56 %). Hierbei war der Anstieg bei den Tiefbauleistungen noch höher als bei den Hochbauleistungen. Aufgrund der gestiegenen Bauaktivitäten und insbesondere der Tiefbauarbeiten, die wegen der erforderlichen Erdarbeiten besonders „abfallintensiv“ sind, nahm in den neuen Ländern das Aufkommen an Bauschutt, Bodenaushub um nicht weniger als 29 Mill. auf 38 Mill. Tonnen zu.

Das Bergematerial stellt taubes Gestein dar, das bei der Förderung im untertägigen Bergbau anfällt und nicht wieder unterirdisch verfüllt wird. Es wird überwiegend oberirdisch aufgehaldet, kann jedoch auch verwertet werden. Die Menge an Bergematerial ging 1993 gegenüber 1990 entsprechend der rückläufigen Förderung von Steinkohle und Kalirohsalzen um 21 Mill. auf 68 Mill. Tonnen zurück.

Deutlich war auch der Rückgang bei den Produktionsabfällen (ohne Klärschlämme aus der Abwasserreinigung sowie ohne „Sekundärabfälle“ aus der Abfallbeseitigung). Hier war eine Abnahme um 21 Mill. Tonnen auf 78 Mill. Tonnen (- 22 %) festzustellen. Ursächlich dafür war die Entwicklung in den neuen Ländern, in denen sich die Produktionsabfälle 1993 gegenüber 1990 auf weniger als die Hälfte reduzierten (- 56 % auf 13 Mill. Tonnen). Nicht zuletzt auch der verringerte Einsatz von Braunkohle (Abnahme der Förderung 1993 zu 1990 um 54 %) und die Entwicklung hin zu höherwertigen Energieträgern in den neuen Ländern dürften zu dem Rückgang beigetragen haben.

Auch im früheren Bundesgebiet nahmen die Produktionsabfälle zwischen 1990 und 1993 ab, und zwar um 5 Mill. Tonnen. Maßgeblich hierfür war der Rückgang der zur Beseitigung bestimmten Produktionsabfälle – hauptsächlich mineralische Abfälle – um 6 Mill. auf 24 Mill. Tonnen.

Die besonders überwachungsbedürftigen Abfälle stellen ganz überwiegend Produktionsabfälle dar. Deren Aufkommen (gerechnet ohne Klärschlämme sowie ohne Sekundärabfälle aus der Sonderabfallverbrennung) ging von 13 Mill. um 30 % auf 9 Mill. Tonnen zurück (früheres Bundesgebiet: – 18 %, neue Länder: – 69 %). Abfälle, die zur Beseitigung bestimmt waren, und in geringerem Umfang auch zur Verwertung bestimmte Abfälle waren hiervon betroffen.

Besonders auffällig ist der Rückgang der besonders überwachungsbedürftigen Abfälle in der chemischen Industrie. Hier verringerten sich die zur Beseitigung bestimmten Abfälle von 2,7 Mill. auf 1,6 Mill. Tonnen. Auch die zur Verwertung bestimmten Abfälle waren von 0,8 Mill. auf 0,6 Mill. Tonnen rückläufig. Ähnliche Trends waren auch in anderen Branchen wie der Mineralölverarbeitung, der Eisenschaffenden Industrie, dem Maschinenbau oder dem Straßenfahrzeugbau festzustellen.

Für die Abfallkategorie „Hausmüll, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, Sperrmüll, Kehrrikt“ können erstmals für das Jahr 1993 verlässliche Gesamtangaben gemacht werden. Ein Vergleich mit entsprechenden Angaben für 1990 ist äußerst problematisch, was mit der damaligen wirtschaftlichen Übergangssituation in den neuen Ländern zusammenhängt. Bei einem allgemeinen Umbruch der Entsorgungsstrukturen fanden u. a. Entfrachtungen von Sperrmüll und ähnlichen Abfällen von Wirtschaft und Privaten Haushalten in größeren Mengen statt; hinzu kommt eine erstmalige statistische Erfassung in den neuen Ländern.

Die Gesamtmenge an Hausmüll, hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen, Sperrmüll, Kehrrikt belief sich 1993 auf 43 Mill. Tonnen. Auf das Produzierende Gewerbe und auf Krankenhäuser entfielen hiervon ca. 6,5 Mill. Tonnen und auf die öffentliche Straßenreinigung 1,6 Mill. Tonnen. Die privaten Haushalte (einschl. Kleingewerbe und Dienstleistungen) erzeugten 35 Mill. Tonnen Hausmüll. Hierin sind die Abfälle zur Beseitigung („graue Tonne“) in Höhe von 24 Mill. Tonnen sowie die Getrennsammlungen verwertbarer Abfälle in Höhe von 11 Mill. Tonnen enthalten.

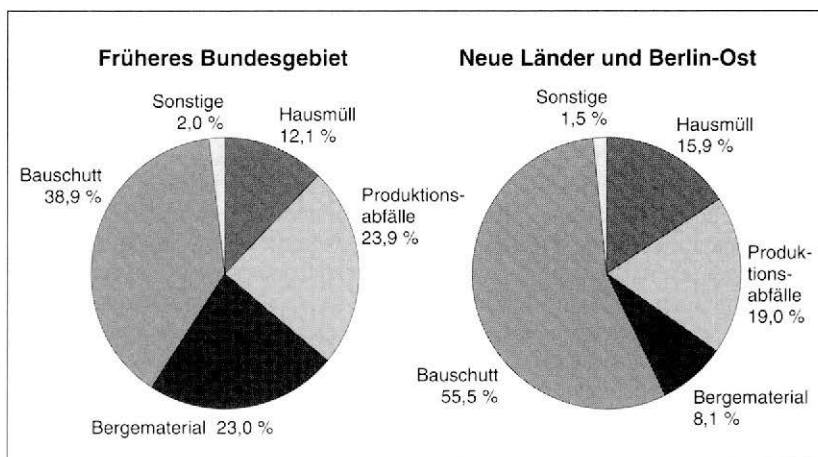
19.2.2.3 Abfallentsorgung

In der amtlichen Abfallstatistik bestehen aufgrund der bisherigen Rechtsgrundlage gesicherte Angaben nur über die Abfallbeseitigung. Hierunter sind die öffentliche Abfallbeseitigung, die gewerbliche Abfallbeseitigung und die betriebseigene Abfallbeseitigung im Produzierenden Gewerbe („betriebliche Eigenentsorgung“) zu verstehen. Für die Abfallverwertung im gewerblichen Bereich liegen Angaben von Seiten der Abfallerzeuger („Abgabe von Abfällen an weiterverarbeitende Betriebe und den Altstoffhandel“), nicht jedoch von Seiten der Abfallverwerter vor. Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich daher im wesentlichen auf die Abfallbeseitigung.

In öffentlich zugänglichen Abfallbeseitigungsanlagen der öffentlichen Hand und der gewerblichen Entsorgungswirtschaft wurden im Jahr 1993 insgesamt 141 Mill. Tonnen Abfälle entsorgt, was einen Rückgang gegenüber 1990 um 22 Mill. Tonnen bedeutet. In den neuen Ländern stieg die Entsorgungsleistung noch um 5 Mill. Tonnen, während sie in dem früheren Bundesgebiet um 27 Mill. Tonnen abnahm.

Die betriebliche Eigenentsorgung im Produzierenden Gewerbe ging 1993 gegenüber 1990 um 11 Mill. auf 33 Mill. Tonnen stark zurück. Besonders ausgeprägt war diese Tendenz im früheren Bundesgebiet. Zum Rückgang haben das wesentlich verringerte Abfallaufkommen des Produzierenden Gewerbes im Bereich der Produktionsabfälle und des Bauschutts, Bodenaushubs, die zunehmende Abfallverwertung und offensichtlich auch eine an Bedeutung gewinnende Abfallvermeidung durch Änderung der Produktionsabläufe und Verfahren (zum Beispiel in der Chemie) beigetragen.

Abb. 6: Struktur des Abfallaufkommens nach Abfallarten 1993



Die betriebliche Eigenentsorgung im Produzierenden Gewerbe, gemessen am Abfallaufkommen zur Beseitigung, lag 1993 im Verarbeitenden Gewerbe bei annähernd 50 %. Hierbei lag die Entsorgungsleistung im Bereich Steine, Erden (Ab Lagerung von Bodenaushub, Bauschutt, anderen mineralischen Abfällen), der Chemie (Deponierung und Verbrennung besonders überwachungsbedürftiger Abfälle und anderer Abfälle) und der Eisenschaffenden Industrie, Gießerei (Deponierung metallurgischer Schlacken, von Gießereialsanden etc.) mit jeweils rund 60 % besonders hoch.

Untersucht man die Entsorgungssituation in Deutschland anhand der Zahl der öffentlich zugänglichen und betriebseigenen Deponien, so läßt sich folgendes Grobbild gewinnen:

Gegenüber 1990 nahm im früheren Bundesgebiet 1993 die Anzahl der öffentlich zugänglichen Deponien von 3 000 auf etwa 2 600 ab, wozu die Schließung von Bauschutt- und Bodenaushubdeponien maßgeblich beitrug. Die betriebseigenen Anlagen waren um 180 auf 680 rückläufig. Ein anderes Bild zeigt sich in den neuen Ländern, in denen die Zahl der Hausmülldeponien und Deponien für Bauschutt und Bodenaushub von über 3 000 auf knapp 500 drastisch reduziert wurde. Überdies wurden nahezu alle ungeordneten Ablagerungen (1990: Anzahl ca. 1 200) für die Abfallentsorgung geschlossen. Auch im Bereich der betriebseigenen Anlagen der Industrie ging die Zahl der Deponien (Rückgang von 600 auf 200) stark zurück.

Tab. 7: Aufkommen von Abfällen nach Abfallarten
Abfälle insgesamt in 1 000 t

Jahr	Aufkommen von Abfällen insgesamt								Von den Abfällen insgesamt waren besonders überwachungsbedürftige Abfälle ³
	insgesamt	davon							
		Hausmüll, haushaltsähnliche Gewerbeabfälle, Sperrmüll, Kehrriecht	Bergematerial aus dem Bergbau	Abfälle aus der Produktion ¹	Bauschutt, Bodenaushub, Straßenaufbruch, Baustellenabfälle	krankenhaus-spezifische Abfälle	Auto-wracks ²	Klärschlämme, Schlämme aus der Abwasserreinigung (Trocken-substanz)	
Früheres Bundesgebiet									
1990	307 760	35 209	72 248	70 023	124 287	59	1 535	4 398	9 909
1993	270 678	32 719	62 327	64 789	105 419	56	871	4 496	8 120
Neue Länder und Berlin-Ost									
1990	70 805	14 974	16 592	29 155	9 094	24	8	959	3 170
1993	67 853	10 768	5 486	12 896	37 678	12	57	957	973
Deutschland									
1990	378 564	50 183	88 840	99 177	133 381	83	1 543	5 357	13 079
1993	338 530	43 486	67 813	77 685	143 095	68	928	5 453	9 093

1 Ohne Bauschutt, Straßenaufbruch, Bodenaushub; einschl. Abfälle aus der Energiegewinnung; ohne Klärschlamm aus der Industrie; ohne Sekundärabfälle aus der Abfallverbrennung.

2 Berechnet aufgrund der in inländischen Entsorgungsanlagen entsorgten Autowracks.

3 Abfälle nach der Verordnung zu § 2 Abs. 2 Abfallgesetz (AbfG); hier ohne Klärschlämme aus der Industrie; ohne Sekundärabfälle aus der Abfallverbrennung.

19.2.2.4. Internationaler Vergleich des Abfallaufkommens

Bisher liegen nur sehr wenige Eckdaten über das Abfallaufkommen innerhalb und außerhalb der Europäischen Union vor, die mit gewissen Einschränkungen international vergleichbar sind.

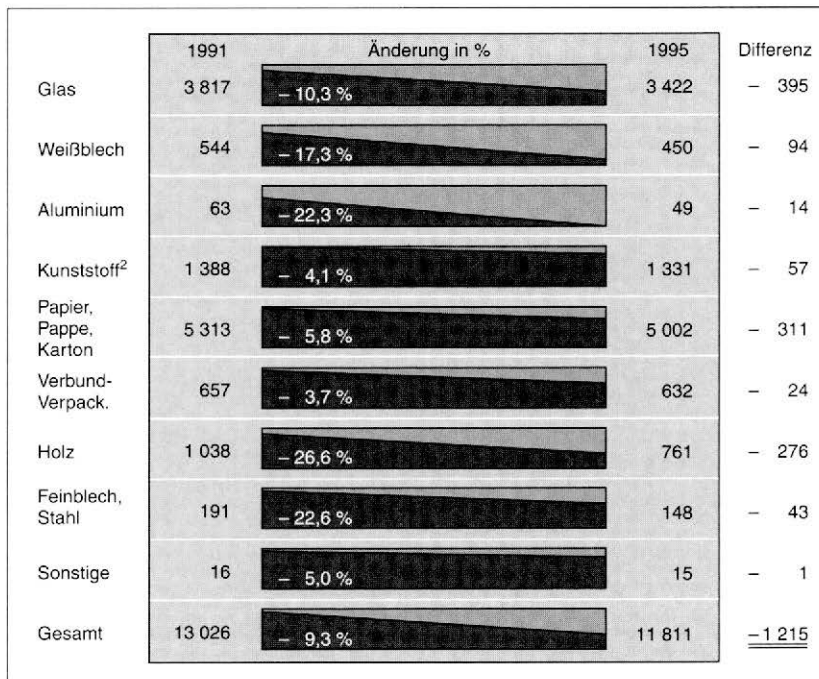
Zieht man das Hausmüllaufkommen pro Kopf der Bevölkerung als einen Vergleichsmaßstab heran, so nimmt Deutschland, bezogen auf das Jahr 1990 mit ca.

350 kg je Einwohner einen Mittelplatz innerhalb der europäischen Länder ein. Höher lag das Abfallaufkommen pro Kopf in den Niederlanden, während es in Frankreich, Italien, Großbritannien und Belgien etwa gleich hoch war wie in Deutschland. Niedriger lag das Pro-Kopf-Aufkommen an Hausmüll in Portugal und in Spanien.

19.2.3 Verpackungen

Für die Umweltbelastungen bei Herstellung, Verteilung und Konsum von Gütern spielen neben Rohstoff- und Energieeinsatz und dem eigentlichen Produktionsprozeß vor allem Belastungen durch den Transport der Güter und durch den Einsatz von Verpackungen eine Rolle. Einsparungen bzw. Wiederverwertung von Verpackungen können das Abfallaufkommen deutlich senken. Anfang der neunziger Jahre ist die Abfallmenge insgesamt und je Einwohner zurückgegangen (vgl. den vorangegangenen Abschnitt). Zugleich wurden Einsparungen beim Verpack-

Abb. 7: Entwicklung des Verpackungsverbrauchs 1991 bis 1995
in 1 000 t



1 Relevanter Verbrauch im Sinne der VerpackV (ohne Mehrweg, Haushaltsverp., Schadstoffverp.).

2 Inkl. Kunststoff/Kunststoffverbunde.

Quelle: GVM Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung.

kungsverbrauch einerseits und eine über das sog. „Duale System“ organisierte steigende Wiederverwertung von Verpackungen festgestellt. Der Verpackungsverbrauch (einschl. der Transportverpackungen) lag nach Angaben der Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung 1995 bei 11,8 Mill. Tonnen, gegenüber 13,0 Mill. Tonnen 1991. Papier, Pappe und Karton hatten 1995 gewichtsbezogen den größten Anteil mit 42 %, es folgten Glas mit 29 % und Kunststoffe mit 11 %. Die Wiederverwertungsquoten (nur für Haushalte und Kleingewerbe, also insbesondere ohne Transportverpackungen) lagen 1994 je nach Material zwischen 31 % (Aluminium) und 73 % (Papier) der verbrauchten Verpackungen.

19.2.4 Wassergewinnung und Abwasserbeseitigung

Häusliche und industrielle Abwässer belasten in hohem Maße die Flüsse und Seen des Bundesgebietes. Gefährdet wird hierdurch nicht nur das Oberflächenwasser, sondern auch das Grundwasser, das insbesondere der Trinkwasserversorgung dient.

1991 wurden in der Bundesrepublik Deutschland der Natur rund 48 Mrd. Kubikmeter Wasser entnommen; entsprechend hoch war die Abwassermenge. Den größten Teil des Wassers brauchen die Wärmekraftwerke für die öffentliche Versorgung, die es überwiegend als Kühlwasser wieder ableiten. Am gesamten Abwasser machte der Kühlwasseranteil 1991 rund 76 % aus, produktionsspezifische Abwässer trugen mit 5 % bei, und über 19 % bestanden aus sonstigem Abwasser.

Tab. 8: Wassergewinnung 1991 in Deutschland
in Mill. Kubikmetern

Wirtschaftszweig	Wassergewinnung insgesamt	Grund- und Quellwasser	Oberflächenwasser	Uferfiltrat
Öffentliche Wasserversorgung	6 516	4 693	1 430	393
Wasserversorgung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	10 981	3 026	7 412	543
Wasserversorgung bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung	28 776	47	28 719	10
Sonstige Wasserversorgung ¹	1 332	976	342	14
Insgesamt	47 605	8 742	37 903	960

1 Z. B. Landwirtschaft (Bewässerung).

Fast ein Viertel der Abwassermenge (mehr als 10 Mrd. Kubikmeter) wurde mechanisch, biologisch, chemisch oder chemisch-physikalisch behandelt. Von der unbehandelt abgeleiteten Menge (35 Mrd. Kubikmeter) stammten 97 % aus Kühlprozessen, die – zwar nicht verschmutzt, aber erwärmt – direkt in ein Oberflächengewässer oder in den Untergrund führen.

Das Abwasser der privaten Haushalte wurde 1991 zu 90 % durch öffentliche Anlagen gesammelt und abgeleitet. Das bedeutet, daß rund 90 % der Bevölkerung an ein mittlerweile ca. 357 000 km langes Kanalnetz angeschlossen sind. Das Abwasser von rund 88 % der an öffentliche Kanalisationen angeschlossenen Einwohner wird in Kläranlagen biologisch behandelt.

Tab. 9: Abwasserbeseitigung 1991 in Deutschland
in Mill. Kubikmetern

Wirtschaftszweig	Direkt eingeleitetes Abwasser insgesamt ¹	Behandeltes Abwasser	Darunter biologisch	Unbehandeltes Abwasser	Darunter Kühlwasser
Öffentliche Abwasserbeseitigung	8 682 ²	8 512	7 911	170	–
Abwasserbeseitigung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	8 505	1 645	819	6 860	6 026
Abwasserbeseitigung bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung	27 971	52	1	27 919	27 873
Sonstige Abwasserbeseitigung	500	415	310	85	56
Insgesamt	45 658	10 624	9 041	35 034	33 955

¹ In ein Gewässer bzw. in den Untergrund.

² Einschl. Niederschlags- und Fremdwasser.

19.2.5 Dünger, Pflanzenschutzmittel und Streusalz

Zur Erhöhung der Erträge sind die Lieferungen von Düngemitteln an die Landwirtschaft im früheren Bundesgebiet bis 1987/88 kräftig gewachsen. Bei Düngemitteln auf der Grundlage von Phosphat, Kali und Kalk war zwischen 1950 und 1980 etwa eine Verdoppelung der Lieferungen zu verzeichnen. Der Absatz von Stickstoffdünger an die Landwirtschaft erhöhte sich sogar auf fast das Fünffache. Ab Anfang der 90er Jahre nahm der Düngemittelverbrauch wieder ab. 1995/96 ist der Düngemittelverbrauch jedoch zum Teil wieder etwas angestiegen.

Der Inlandsabsatz von Pflanzenschutzmitteln wurde für das Jahr 1991 erstmals für Gesamtdeutschland nachgewiesen und betrug 36 937 Tonnen Wirkstoffmenge. Im Jahr 1994 waren es 29 769 Tonnen; der Anteil der Herbizide betrug 1991 18 992 Tonnen gegenüber 14 834 Tonnen 1994.

Streusalz wird auf Straßen und Autobahnen im früheren Bundesgebiet nach wie vor gegen Schnee und Glatteis eingesetzt. Witterungsbedingt ist der Verbrauch

Tab. 10: Düngemittellieferungen an die Landwirtschaft
Kilogramm Nährstoff je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche

Düngart	Früheres Bundesgebiet ¹				Deutschland ²	
	1950/51	1970/71	1980/81	1990/91	1993/94	1995/96
Stickstoff	25,5	83,3	126,6	115,3	102,0	110,1
Phosphat	29,4	67,2	68,4	42,9	26,3	24,9
Kali	46,5	87,2	93,4	62,3	40,8	40,4
Kalk	47,2	49,5	92,9	120,1	84,1	103,9

1 Einschl. Brache.

2 Ohne Brache.

starken Schwankungen unterworfen. Der Durchschnittsverbrauch der Jahre 1991/92 bis 1994/95 betrug für die Bundesstraßen und Autobahnen in Deutschland rund 346 000 Tonnen, wobei der Verbrauch im Winter 1994/95 mit 482 000 Tonnen besonders hoch war.

19.2.6 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen

Bei der Lagerung und insbesondere beim Transport wassergefährdender Stoffe ist besondere Sorgfalt geboten, um Schäden für die Umwelt und damit für die Menschen auszuschließen. Im Jahr 1994 ereigneten sich in Deutschland 1 407 Unfälle bei der Lagerung und beim Transport wassergefährdender Stoffe. Dabei belief sich das ausgelaufene Volumen auf rund 4 600 Kubikmeter wassergefährdender Stoffe; wiedergewonnen werden konnten über 3 300 Kubikmeter. Bei fast 84 % der Unfälle wurden Unfallfolgen, wie z. B. Verunreinigung des Bodens, eines Gewässers oder einer Wasserversorgung festgestellt. Mehr als zwei Drittel aller Unfälle ereigneten sich mit Heizöl und Dieselmotortreibstoff.

Tab. 11: Unfälle bei der Lagerung und beim Transport
wassergefährdender Stoffe
ausgelaufenes und wiedergewonnenes Volumen

Gegenstand der Nachweisung	Früheres Bundesgebiet				Deutschland		
	1980	1985	1990	1991	1992	1993	1994
Unfälle	1 892	1 670	1 729	1 646	1 825	2 029	1 407
	<i>Anzahl</i>						
	<i>m³</i>						
Ausgelaufenes Volumen	8 942	5 239	2 693	4 539	1 480	2 575	4 649
Wiedergewonnenes Volumen	5 252	2 018	1 934	2 783	999	1 656	3 301
Prozent	59	39	72	61	68	64	71

19.3 Umweltzustand

Eine besonders schwierige Aufgabe ist es, die durch umweltbelastende Aktivitäten verursachten Umweltveränderungen statistisch zu erfassen. Zwar liegen vielfältige Informationen aus Meßnetzen, Verwaltungsunterlagen, Forschungsprojekten u. ä. vor, aber zugleich fehlen in der Regel zusammenfassende Daten für diesen Bereich. Zur Zeit wird im Statistischen Bundesamt an Konzepten gearbeitet, die Zustandsveränderungen mit Hilfe von repräsentativen Stichproben zu erfassen. Die nachfolgenden Kapitel beleuchten einzelne Aspekte von Zustandsveränderungen – entwickelt aufgrund spezieller Fragestellungen, die zu Beginn der 80er Jahre besonders dringlich erschienen und deren statistische Erfassung insofern frühzeitig in Angriff genommen wurde.

19.3.1 Waldschäden

Seit Ende der 70er Jahre wurden in Deutschland zunehmend flächenhafte Waldschäden registriert, die sich nicht mehr ausschließlich auf natürliche Ursachen wie Schädlingsbefall, Windwurf, Schneebruch, Wildschäden und sonstige bekannte Ursachen zurückführen ließen. Nach den jährlichen Waldzustandsberichten der Bundesregierung sind die Ursachen für diese Schäden vielschichtig. Neben den

Tab. 12: Waldschäden in Deutschland 1990 bis 1996
in Prozent der Probestämme

Bundesland	Schadstufe 1 schwach geschädigt				Schadstufen 2–4 deutliche Schäden			
	1992	1993	1994	1996	1992	1993	1994	1996
Hamburg	35	31	33	35	17	14	15	15
Niedersachsen	39	35	41	37	13	16	17	15
Nordrhein-Westfalen	34	34	36	·	16	16	15	·
Schleswig-Holstein	27	27	32	30	13	16	18	27
<i>Nordwestdt. Länder</i>	36	34	38	·	14	16	16	·
Brandenburg	45	39	40	41	25	17	18	11
Mecklenburg- Vorpommern	46	57	48	38	43	30	11	6
Sachsen	40	35	35	30	21	24	25	18
Sachsen-Anhalt	37	38	47	29	32	33	18	14
Thüringen	30	33	33	36	54	50	45	37
<i>Ostdt. Länder</i>	41	40	40	36	34	29	23	16
Baden-Württemberg	50	46	39	40	24	31	26	35
Bayern	45	42	39	37	32	22	30	16
Hessen	36	36	37	39	33	35	38	35
Rheinland-Pfalz	41	40	40	42	13	14	21	22
Saarland	27	28	29	32	18	21	18	21
<i>Süddt. Länder</i>	44	42	39	38	27	25	29	25

Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Dauerbelastungen durch Luftschadstoffe und Standortfaktoren beeinflussen auch kurzfristig wirkende Faktoren den jeweiligen Kronenzustand der Waldbäume, der schon seit Jahren nach einem gleichbleibenden Stichprobenverfahren ermittelt wird. Zum besseren Vergleich sind die Abgrenzungen nach verschiedenen Schadklassen beibehalten worden, wenngleich die einzelnen Schadstufen nach der Entlaubung/Entnadelung bzw. Vergilbung inzwischen differenzierter betrachtet werden. Zunehmenden Streß für die Waldbäume bedeuten neuerdings

- die Abfolge besonders trockener warmer Sommer, die vielen natürlich vorhandenen Waldinsekten eine Massenvermehrung erlaubte und zu starken Fraßschäden führte, und
- die Häufung von Samenjahren, was sich auf Nadel- und Blattbildung auswirkte.

Die Ergebnisse der Waldschadenserhebung 1996 zeigen, daß sich das Schadensniveau in den ostdeutschen Ländern mit 16 % deutlichen Schäden gegenüber 1991 (38 %) stark reduziert hat, während für die süddeutschen Länder die Schadensquote von 1991 (24 %) bis 1996 (25 %) leicht zunahm. Im Vergleich der Bundesländer liegt Thüringen mit 37 % knapp vor Hessen mit 35 %.

19.3.2 Gefährdete Tiere und Pflanzen

Artengefährdung und -vernichtung resultieren meist aus der Veränderung oder Zerstörung der natürlichen Lebensräume. Besonders bedroht sind Gebiete, die aufgrund ihrer selten anzutreffenden ökologischen Bedingungen ohnehin bereits einen geringen Raum einnehmen (z. B. Feuchtgebiete). Während die Landwirtschaft in früheren Jahrhunderten wesentlich zur Pflege der hohen Artenvielfalt beigetragen hat, ist sie in den letzten 30 Jahren ein Hauptverursacher der Artenverarmung. Die Gründe liegen in der Nivellierung nährstoffarmer, trockener oder nasser Standorte zugunsten landwirtschaftlich besser geeigneter Produktionsbedingungen, in Flurbereinigungen sowie in vermehrtem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Düngern. Zu den weiteren Verursachern der Artengefährdung zählen u. a. Maßnahmen des Straßenbaus, der Siedlungs- und Bautätigkeit, des Tourismus und Landschaftseingriffe durch Rohstoffgewinnung.

19.3.3 Gesundheitsbeeinträchtigung der Bevölkerung

Neben Luft- und Wasserverschmutzung, Lärm und Radioaktivität sind Umweltchemikalien und Schadstoffrückstände in Nahrungsmitteln eine potentielle Gefahr für die menschliche Gesundheit. Dies gilt vor allem für die Schwermetalle Blei, Cadmium und Quecksilber, die sich in Pilzen und Wassertieren und beim Menschen in Leber und Nieren ablagern können. Vielfältige Schäden bei Menschen, Tieren, Pflanzen und Mikroorganismen können ferner durch chlorierte Kohlenwasserstoffe – z. B. in Pestiziden, Lösemitteln oder Ausgangsprodukten für Kunststoffe – hervorgerufen werden.

Tab. 13: Tier- und Pflanzenarten nach dem Grad ihrer Gefährdung¹

Tierart Pflanzenart	Jahr	Insge- samt	Aktuell gefährdet bzw. aus- gestorben	Potentiell gefährdet
		Anzahl	%	%
Tierarten				
Wirbeltiere				
Säugetiere	1984	93	47,3	6,5
Vögel	1991	273	44,0	7,0
Kriechtiere	1984	12	75,0	–
Lurche	1984	19	57,9	–
Fische und Rundmäuler ²	1984	70	70,0	1,4
Stachelhäuter	1984	37	10,8	40,5
Muscheln	1984	31	32,3	22,6
Schnecken	1984	270	21,5	25,9
Wanzen ³	1984	800	5,1	–
Fransenflügler	1984	222	4,1	7,2
Ausgewählte Gruppen der Hautflügler	1984	1 686	36,5	–
Pflanzenarten				
Farn- und Blütenpflanzen	1996	> 3 319	25,6	1,0
Moose	1996	1 121	39,3	4,8
Flechten	1996	> 1 680	54,5	5,3
Großpilze	1996	> 4 385	23,4	–
Armleuchteralgen	1996	40	85,0	–

1 Ab 1991 Deutschland.

2 Ohne die marinen Fischarten.

3 Aus mangelndem Kenntnisstand nur teilweise ausgewertet.

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Die Forschungen über den Zusammenhang zwischen Schadstoffen in der Luft und Atemwegserkrankungen sind noch nicht abgeschlossen. Kaum mehr bestreitbar ist aber, daß die Luftverunreinigung solche Krankheiten begünstigt. Besonderer Beachtung bedarf hier auch die Belastung von Innenräumen mit Schadstoffen.

Zu den nachweisbaren umweltbedingten Erkrankungen gehört u. a. die Lärmschwerhörigkeit. Sie nimmt auch unter den Berufskrankheiten eine führende Position ein. Einzelne Berufsgruppen sind in ihrer Arbeitsumgebung häufig wesentlich höheren Schadstoffkonzentrationen ausgesetzt als die übrige Bevölkerung. Beispielsweise leiden viele Bergbauarbeiter unter Erkrankungen durch Stäube (Silikose), die in manchen Fällen sogar einen tödlichen Ausgang nehmen (vgl. Kap. 8.1.3).

19.4 Umweltschutz

19.4.1 Internationales Umweltrecht

Die Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen durch Umweltverschmutzung macht vor Ländergrenzen nicht halt und ist ein internationales Problem. Deshalb bleibt auch der Erfolg räumlich begrenzter Umweltschutzmaßnahmen beschränkt. Die Europäische Union trug diesem Tatbestand Rechnung, indem sie auf der Grundlage ihres Umweltaktionsprogramms von 1973 eine Vielzahl bedeutsamer Umweltschutzrichtlinien erließ. Alle Mitgliedstaaten sind verpflichtet, diese Richtlinien, die Mindestanforderungen festlegen, in nationales Recht umzusetzen. Die im Juni 1985 getroffene Entscheidung über die sukzessive Einführung des schadstoffarmen Autos (vgl. Abschnitt 19.4.4) zeigt allerdings die Schwierigkeiten, zu einer für alle Länder befriedigenden Lösung zu kommen. Neben die Regelungen auf EU-Ebene tritt eine Reihe weiterer internationaler Abkommen, die sich vornehmlich auf Fragen des Gewässerschutzes, der Luftreinhaltung und der Abfallwirtschaft beziehen.

Nicht zuletzt die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro und die Klimakonferenz im März 1995 in Berlin haben gezeigt, wie schwer internationale Vereinbarungen im Umweltschutz und -recht, gerade im Hinblick auf den sich verschärfenden Nord-Süd-Konflikt, erreicht werden können.

19.4.2 Umweltschutzeinrichtungen

Ein wichtiger Ansatzpunkt für die statistische Beschreibung von Umweltschutzmaßnahmen sind monetäre Größen, wie die Ausgaben für Umweltschutz oder der Wert von Umweltschutzeinrichtungen, der am Bruttoanlagevermögen für die Beseitigung, Verringerung oder Vermeidung von Umweltbelastungen in den Bereichen Abfallbeseitigung, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung und Luftreinhaltung gemessen wird. Im früheren Bundesgebiet stieg der Wert des Bruttoanlagevermögens für Umweltschutz, gerechnet in Preisen von 1991, im Produzierenden Gewerbe stetig von 39 Mrd. DM im Jahr 1975 auf 99 Mrd. DM im Jahr 1995. Beim Staat erhöhte sich der Wert im gleichen Zeitraum von 129 Mrd. DM auf 285 Mrd. DM.

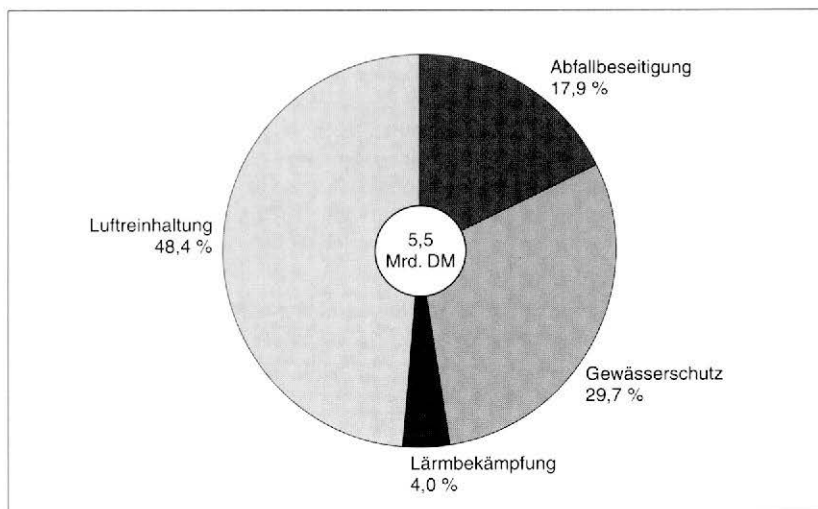
Die Umweltschutzeinrichtungen des Staates und Produzierenden Gewerbes dienen unterschiedlichen Zwecken. Während 1994 das Anlagevermögen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe zu 56 % im Bereich der Luftreinhaltung, zu knapp 30 % für den Gewässerschutz, zu 9 % für die Abfallbeseitigung und zu 5 % für die Lärmbekämpfung eingesetzt wurde, dominierte beim Staat deutlich der Gewässerschutz mit 92 % des Anlagenbestandes. Dies ist auf den großen Bestand an Kanalisations- und Kläranlagen zurückzuführen. Knapp 7 % der Einrichtungen des Staates dienten der Abfallbeseitigung.

19.4.3 Ausgaben für Umweltschutz

Die folgenden Daten über Ausgaben für Umweltschutz – das sind Investitionen und laufende Ausgaben für den Betrieb von Umweltschutzeinrichtungen – beschränken sich, wie die Angaben über Umweltschutzeinrichtungen, auf die Bereiche Abfallbeseitigung, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung sowie Luftreinhaltung im früheren Bundesgebiet. Die Daten umfassen lediglich das Produzierende Gewerbe und den Staat, die aber nach Schätzungen für 1990 zusammen mehr als 80 % aller Umweltschutzausgaben in den genannten Umweltbereichen tätigen.

Die Ausgaben für Umweltschutz des Produzierenden Gewerbes und des Staates betrugen 1994 insgesamt 42 Mrd. DM gegenüber 13,4 Mrd. DM im Jahr 1975. Während bis 1992 von Jahr zu Jahr mehr für den Umweltschutz ausgegeben wurde, sind die Ausgaben seitdem gesunken. 1994 verringerten sie sich gegenüber dem Vorjahr um 2,8 %, preisbereinigt betrug der Rückgang sogar 4,1 %. Dies ist auf einen deutlichen Rückgang der Investitionen für Umweltschutz des Staates und des Produzierenden Gewerbes in den Jahren 1993 und 1994 zurückzuführen. Daß die Investitionen des Staates gesunken sind, dürfte zum einen mit der Verlagerung von Entsorgungsaktivitäten vom Staat auf Unternehmen – außerhalb des Produzierenden Gewerbes – zusammenhängen, zum anderen führte die angespannte Haushaltslage vieler Kommunen zu Ausgabenkürzungen. Im Produzierenden Gewerbe geht die Verringerung der Umweltschutzinvestitionen mit konjunkturbedingt rückläufigen Investitionen in den Jahren 1993 und 1994 einher.

Abb. 8: Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe 1993 im früheren Bundesgebiet



Im Jahr 1994 gab das Produzierende Gewerbe mit 18,6 Mrd. DM (44,3 %) nicht ganz so viel für den Umweltschutz aus wie der Staat (23,4 Mrd. DM oder 55,7 %). Davon waren beim Staat 45 % investive Umweltschutzausgaben, im Produzierenden Gewerbe überwogen die laufenden Ausgaben für den Betrieb der Umweltschutzeinrichtungen mit rund 75 %.

Von den gesamten Investitionen des Produzierenden Gewerbes dienten 1993 im früheren Bundesgebiet 5,0 % (5,5 Mrd. DM) dem Umweltschutz. Der Anteil der Unternehmen des Produzierenden Gewerbes, die in Umweltschutzmaßnahmen investierten, verminderte sich von 13,8 % im Jahr 1975 auf 8,3 % im Jahr 1993. Von den Wirtschaftszweigen des Produzierenden Gewerbes investierten 1993 die Energieversorgung und die Chemische Industrie am meisten für den Umweltschutz. Die Energieversorgung war allein mit 26,6 % und die Chemische Industrie mit 20,7 % an den gesamten Investitionen für Umweltschutz des Produzierenden Gewerbes beteiligt.

Fast die Hälfte aller Umweltschutzinvestitionen im Produzierenden Gewerbe dienten 1993 der Luftreinhaltung, knapp ein Drittel dem Gewässerschutz, der Rest verteilte sich auf Abfallbeseitigung und Lärmbekämpfung.

19.4.4 Schadstoffreduzierte Personenkraftwagen

Der Straßenverkehr hat am Gesamtausstoß von Luftschadstoffen (vgl. Tab. 6) einen nicht unerheblichen Anteil. So stammten 1994 47 % der Stickstoffemissionen, 59 % der Kohlenmonoxidemissionen und 32 % der flüchtigen organischen Verbindungen aus dem Straßenverkehr.

Seit den ersten Vereinbarungen zur Einführung schadstoffreduzierter Personenkraftwagen auf EG-Ebene im Jahre 1985 wurden die Emissionsgrenzwerte für Neuzulassungen laufend verschärft und damit die durchschnittlichen Schadstoffemissionen des Pkw-Bestandes deutlich vermindert. Lediglich die Kohlendioxidemissionen sind aufgrund höherer Gesamtfahrleistungen und mangelnder technischer Möglichkeiten zu deren Reduzierung weiter angestiegen. Während 1986 rund 2 % des Pkw-Bestandes schadstoffreduziert waren, waren es Anfang 1996 mehr als drei Viertel (siehe Tab. 14).

19.4.5 Natur- und Landschaftsschutz

Bisher haben sich die Naturschutzbemühungen stark auf die Ausweisung von Schutzgebieten konzentriert. Diese Praxis hat jedoch gezeigt, daß ein System voneinander isolierter Schutzgebiete inmitten eines dicht genutzten und besiedelten Landes Probleme wie anhaltende Artenverluste, Destabilisierung von Ökosystemen und Landschaftsverbrauch nicht aufhalten kann. Vor diesem Hintergrund wurde das Jahr 1995 vom Europarat – zum zweiten Mal seit 1970 – zum „Europäischen Naturschutzjahr“ erklärt, und die Mitgliedsländer wurden aufgerufen, den Naturschutz nicht auf die Ausweisung und Pflege von Schutzgebieten

Tab. 14: Neuzulassungen und Bestand schadstoffreduzierter Pkw

Jahr	Personen- kraftwagen insgesamt	Darunter schadstoffreduziert	
Antriebsart		zusammen	Anteil an Personenkraftwagen insgesamt
	1000	1000	%
<i>Neuzulassungen¹</i>			
1985	2 379	269	11,3
1990	3 041	2 977	97,9
1993	3 194	3 186	99,7
1995	3 314	3 309	99,8
darunter mit:			
Ottomotor	2 830	2 826	99,9
Dieselmotor	484	483	99,8
<i>Bestand am Jahresanfang²</i>			
1986	26 099	652	2,5
1991	30 695	15 073	49,1
1994	39 202	26 498	67,6
1996	40 499	31 578	78,0
darunter mit:			
Ottomotor	34 922	26 366	75,5
Dieselmotor	5 568	5 207	93,5

1 Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet.

2 Bis einschl. 1991 früheres Bundesgebiet.

Quelle: Kraftfahrtbundesamt.

zu beschränken. Vielmehr soll „Naturschutz auf der ganzen Fläche“ angewendet werden, da das gesamte System nur intakt zu halten ist, wenn Naturschutzbelange bei allen Flächennutzungen Berücksichtigung finden. Inwieweit dieser „moderne Naturschutz“ als Basis der allgemein als Handlungsziel akzeptierten nachhaltig-umweltgerechten Nutzung in Zukunft realisiert werden kann, erscheint offen. Im vorliegenden Report kann allerdings angesichts der Datenverfügbarkeit nur über den Bestand an Schutzgebieten verschiedener Kategorien berichtet werden, ohne Angaben über die Qualität von Natur und Landschaft – sowohl innerhalb als auch außerhalb dieser Gebiete – machen zu können. Nicht berücksichtigt ist ferner die Schaffung des europäischen Netzes von FFH („Flora Fauna Habitat“)-Schutzgebieten nach der europäischen FFH-Richtlinie, da diese Gebiete für die Erhaltung europaweit wichtiger Lebensräume sowie gefährdeter Pflanzen- und Tierarten von deutscher Seite noch nicht benannt sind.

Die strengste Schutzgebietskategorie nach dem Bundesnaturschutzgesetz stellen *Naturschutzgebiete* und Nationalparke dar. Sie sollen einen besonderen Schutz von Natur und Landschaft für Lebensgemeinschaften oder Lebensstätten, aus

wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen oder landeskundlichen Gründen oder wegen ihrer Seltenheit, besonderen Eigenart oder Schönheit gewährleisten. Ende 1995 gab es im Bundesgebiet 5 314 Naturschutzgebiete mit 6 845 Quadratkilometern Fläche. Die Naturschutzgebietsfläche schwankt in den Flächenländern zwischen 0,9 % (Saarland und Sachsen) und 2,1 % (Brandenburg); der Durchschnitt für das Bundesgebiet beträgt 1,9 %.

Tab. 15: Schutzgebiete in der Bundesrepublik Deutschland

Typ	Anzahl	Fläche ha	Anteil an der Staatsfläche %	Bemerkung
Naturschutzgebiete	5 314	684 503	1,9	Ohne Wasserflächen der Nord- und Ostsee
Nationalparke	12	726 502	2,0	Davon ca. 80 % Watt- und Wasserflächen an der Nord- und Ostsee
Naturwaldreservate	634	23 777	0,2	0,2 % an der Waldfläche; Stand 1995
Feuchtgebiete internationaler Bedeutung	29	671 204	1,9	Inkl. Schleswig-Holsteinischem Wattenmeer
Europareservate	18	266 838	0,8	Vogelschutzgebiete für Watt- und Wasservögel; überwiegend Naturschutzgebiete
Biosphärenreservate	13	1 232 199	3,5	Davon ca. 40 % Watt- und Wasserflächen an der Nord- und Ostsee
Landschaftsschutzgebiete	5 893	8 798 205	24,6	In einigen Ländern keine aktuellen Daten vorhanden
Naturparke	74	5 678 800	15,9	11 weitere Naturparke sind in den neuen Ländern einstweilig sichergestellt

Quelle: Bundesamt für Naturschutz. – Bearbeitungsstand 1996. Neben inhaltlichen Unterschieden ist darauf hinzuweisen, daß eine Addition der Schutzgebietstypen nicht möglich ist, da sie sich in erheblichem Umfang überschneiden.

Die Schutzkategorie der *Nationalparke* umfaßt großräumige Ausschnitte charakteristischer natürlicher Großlandschaften, die überwiegend die Voraussetzung von Naturschutzgebieten erfüllen. Sie sollen sich in einem vom Menschen nicht oder wenig beeinflussten Zustand befinden und insbesondere der Erhaltung eines möglichst artenreichen heimischen Pflanzen- und Tierbestandes dienen. In der Bundesrepublik existieren gegenwärtig zwölf Nationalparke mit einer Fläche von insgesamt 7 265 Quadratkilometern. Nationalparke können, da großräumig ausgewiesen, in ihren „Kernzonen“ den Schutzgebietsstatus von Naturschutzgebieten übertreffen, aber in Teilbereichen durch starken Tourismus und andere menschliche Nutzungen entwertet werden.

Naturwaldreservate wurden in den vergangenen Jahren in den Ländern verstärkt auf der Grundlage der novellierten Landeswaldgesetze ausgewiesen. Unter verschiedenen Bezeichnungen gibt es zur Zeit 634 solcher Reservate mit zusammen rund 23 800 Hektar, also einer durchschnittlichen Größe von knapp 38 Hektar. In der Praxis gibt es zwei Kategorien solcher Waldschutzgebiete: In Baden-Württemberg z. B. die „Bannwälder“ als Totalreservate, in denen jede Waldbewirtschaftung grundsätzlich untersagt ist (auch Totholz bleibt in der Fläche), und die „Schonwälder“, in denen durch gezielte forstliche Maßnahmen bestimmte Waldformen mit den für sie typischen Pflanzen- und Tierarten erhalten werden. Letztere sind in Tab. 15 nicht erhalten. Aufgrund der fehlenden oder nur sehr extensiven Bewirtschaftung haben diese Waldschutzgebiete für den Naturschutz als Flächen für den Biotop- und Artenschutz einen besonders hohen Wert. Einige Waldschutzgebiete sind deshalb gleichzeitig Naturschutzgebiete, in denen verstärkt Waldökosystemforschung betrieben wird.

Die Feuchtgebiete von internationaler Bedeutung für Watt- und Wasservögel umfassen Gewässer und andere wasserbeeinflusste Landschaftsteile, die wichtigsten Lebensstätten charakteristischer Tier- und Pflanzengemeinschaften, landschaftliche Besonderheiten oder für die Landschaft charakteristische Ausschnitte. Inzwischen sind 29 Feuchtgebiete internationaler Bedeutung mit einer Fläche von 6 712 Quadratkilometer ausgewiesen. Es wird angestrebt, diese Feuchtgebiete mit der Zeit alle nach den Naturschutzgesetzen rechtlich zu sichern.

International bedeutsame Lebensräume für Watt- und Wasservögel können das Prädikat „Europareservat“ vom Internationalen Rat für Vogelschutz verliehen bekommen. Hier müssen Kernbereiche als Naturschutzgebiete gesichert sein, die Jagd teilweise verboten und andere Beunruhigungen, z. B. durch Wassersport und Sportfischerei, ausgeschlossen sein.

Biosphärenreservate sind Gebiete, die im Rahmen des UNESCO-Umweltprogramms „Der Mensch und die Biosphäre“ geschaffen wurden. Das weltweite Netzwerk soll alle wichtigen Hauptökosystemtypen der Erde erfassen. In Biosphärenreservaten sollen die Natur geschützt, Ökosystemforschung betrieben sowie naturferne in naturnahe und natürliche Lebensgemeinschaften und Lebensräume überführt werden. Die traditionelle und langfristig tragfähige Wirtschaftsweise der einheimischen Bevölkerung wird ausdrücklich in das Konzept einbezogen. Biosphärenreservate sind in Schutzzonen untergliedert. Sie sind durch die im Bundesnaturschutzgesetz festgelegten Schutzgebietskategorien für den Naturschutz unterschiedlich stark geschützt.

Landschaftsschutzgebiete sind trotz hohen Anspruchs nach dem Bundesnaturschutzgesetz als schwächste Schutzkategorie einzuordnen. Ihr Ziel ist der Schutz und Erhalt von Natur und Landschaft zur Erhaltung und Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes oder der Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, wegen der Vielfalt, Eigenart oder Schönheit des Landschaftsbildes oder wegen der Erholungsbedeutung. Auf dem Gebiet der Bundesrepublik bestanden

Ende 1995 insgesamt 5 893 Landschaftsschutzgebiete mit einer Fläche von etwa 88 000 Quadratkilometern.

Als letzte Kategorie enthalten sind die 74 Naturparke mit einer Gesamtfläche von knapp 56 800 Quadratkilometern. Naturparke sind großräumige Landschaftsausschnitte, die nach den Grundsätzen und Zielen der Raumordnung und Landesplanung für die Erholung oder den Fremdenverkehr vorgesehen sind. Sie sind daher weniger als Schutzkategorie, sondern eher als Planungskategorie im raumordnerischen Sinne zur Sicherung und Entwicklung einer landschaftsbezogenen Erholung anzusehen. Der Flächenanteil der Naturparke ist meist als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. In den Landesnaturschutzgesetzen der neuen Bundesländer ist dem Naturschutz in den Naturparks ein höherer Stellenwert eingeräumt worden.

Im gesamten Bundesgebiet führen die Mehrfachzuordnungen von nationalen und internationalen Schutzgebietskategorien mit und ohne Rechtsverbindlichkeit zu Schutzgebietsüberlagerungen. Daher ist eine Summierung der Schutzgebietsflächen in Tab. 15 nicht zulässig.

20 Internationale Übersichten

Ausgehend von dem in der Präambel des Grundgesetzes ausgesprochenen Auftrag, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“, ist die Bundesrepublik Deutschland in einer Vielzahl internationaler Organisationen vertreten.

Von besonderer Bedeutung für ihre Außenpolitik ist vor allem aber ihre Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU) und im Atlantischen Bündnis (NATO). Seit 1973 ist sie offiziell Mitglied der Vereinten Nationen, in deren zahlreichen Unterorganisationen sie bereits vor ihrem Beitritt mitgearbeitet hat.

Die Bundesrepublik Deutschland unterhält zu fast allen Staaten der Welt diplomatische Beziehungen; 1995 war sie in 192 Ländern vertreten.

Vor diesem Hintergrund werden zu einigen wichtigen Themenbereichen (Bevölkerung, Bildung, Erwerbstätigkeit, Gesundheit, Wirtschaft) internationale Vergleichszahlen zusammengestellt. Sie stammen aus einer Vielzahl internationaler Quellen, die vom Statistischen Bundesamt ausgewertet werden.

Diese Zahlen können nur Größenordnungen vermitteln, da Unterschiede der statistischen Begriffe, der Erhebungsverfahren und der Bearbeitungsmethoden die Vergleichbarkeit der Angaben von Land zu Land erheblich beeinträchtigen. Auch hinsichtlich der Aktualität der Ergebnisse müssen bei einer vergleichenden Übersicht stets Einschränkungen in Kauf genommen werden.

Anmerkungen zu Tab. 20.1

1 Wenn Daten für 1994 noch nicht vorlagen, Ergebnisse für den zuletzt verfügbaren Zeitpunkt bzw. Zeitraum. – 2 Letzte verfügbare Vermessungsergebnisse bzw. Schätzungen der Vereinten Nationen, zum Teil nationale Angaben. – 3 Einschl. der Angaben für Zypern, des asiatischen Teils der Türkei und der Russischen Föderation. – 4 Ohne Angaben für die Färöer und Grönland. – 5 Ohne Angaben für die arktischen Gebiete. – 6 Ca. 80 % der Fläche und ca. 36 % der Bevölkerung befinden sich im asiatischen Teil der Russischen Föderation. – 7 Ohne Angaben für Zypern, den asiatischen Teil der Türkei und der Russischen Föderation, deren Angaben in Europa enthalten sind. – 8 Ohne Angaben für Taiwan. – Einschl. der Angaben für Tibet (autonome Region), 1 228 000 km², Bevölkerung 1992: 2 280 000. – 9 Einschl. der Angaben des indischen Teils von Jammu und Kaschmir (138 995 km², Bevölkerung: 8 435 000), dessen politischer Status noch unbestimmt ist, sowie Sikkim (7 096 km², Bevölkerung: 444 000).

Tab. 20.1: Bevölkerung 1994¹

Land	Fläche ² 1 000 km ²	Bevölkerung		Lebend- geborene	Gestor- bene	Überschuß Geborene (+) Gestorbene (-)
		ins- gesamt	Einwohner je km ²			
		1 000	Anzahl			
Europa ³	23 770	787 853	33	-	-	-
EU-Länder insgesamt	3 236	370 961	115	10,9	9,9	+ 1,0
Deutschland	357	81 422	228	9,5	10,9	- 1,4
Belgien	31	10 116	331	11,5	10,4	+ 1,1
Dänemark ⁴	43	5 205	121	13,4	11,8	+ 1,6
Finnland	338	5 088	15	12,8	9,4	+ 3,4
Frankreich	544	57 903	106	12,3	9,0	+ 3,3
Griechenland	132	10 426	79	9,8	9,4	+ 0,5
Großbritannien und Nordirland	244	58 395	239	12,9	10,7	+ 2,1
Irland	70	3 571	51	13,4	8,6	+ 4,8
Italien	301	57 193	190	9,5	9,7	- 0,2
Luxemburg	3	404	156	13,5	9,4	+ 4,1
Niederlande	41	15 382	377	12,7	8,7	+ 4,1
Österreich	84	8 030	96	11,5	10,0	+ 1,5
Portugal	92	9 902	107	11,0	10,0	+ 1,0
Schweden	450	8 781	20	12,8	10,5	+ 2,3
Spanien	506	39 143	77	9,2	8,6	+ 0,6
Bulgarien	111	8 818	80	10,0	12,9	- 2,9
Island	103	266	3	16,7	6,6	+ 10,1
Norwegen ⁵	324	4 318	13	13,9	10,2	+ 3,7
Polen	323	38 341	119	12,5	10,0	+ 2,5
Rumänien	238	22 922	96	10,9	11,7	- 0,8
Russische Föderation ⁶	17 075	147 370	9	9,5	15,6	- 6,0
Schweiz	41	7 131	173	11,9	8,9	+ 3,0
Tschechische Republik	79	10 295	131	10,3	11,4	- 1,1
Türkei	775	60 771	78	22,8	6,6	+ 16,2
Ungarn	93	10 161	109	11,3	14,3	- 3,0
Afrika	30 305	708 284	23	-	-	-
Ägypten	1 001	61 636	62	29,5	7,1	+ 22,4
Kenia	580	27 343	47	13,0	4,3	+ 8,7
Südafrika	1 221	40 555	33	14,1	5,1	+ 9,0
Amerika	42 050	763 440	18	-	-	-
Brasilien	8 512	159 143	19	20,8	6,9	+ 13,9
Kanada	9 971	29 141	3	13,2	7,2	+ 6,0
Mexiko	1 958	91 858	47	31,2	4,5	+ 26,7
Vereinigte Staaten	9 364	260 631	28	15,7	8,8	+ 6,9
Asien ⁷	30 980	3 341 932	108	-	-	-
China ⁸	9 561	1 187 891	124	17,7	6,5	+ 11,2
Indien ⁹	3 288	918 570	279	28,5	9,6	+ 18,9
Japan	378	124 815	330	10,1	7,0	+ 3,1
Korea, Republik	99	44 563	449	15,9	5,2	+ 10,7
Australien und Ozeanien	8 537	28 123	3	-	-	-
Australien	7 713	17 853	2	14,5	7,1	+ 7,4
Neuseeland	271	3 531	13	16,4	7,8	+ 8,6
Welt	135 641	5 629 632	42	-	-	-

Tab. 20.2: Bildung¹

Land	Jahr	Schüler/-innen und Studierende nach Bildungsbereichen in 1 000		
		Primarbereich	Sekundarbereich	Tertiärbereich
<i>Europa</i>				
EU-Länder insgesamt	1991	22 623 ^{2,3}	32 850 ^{2,3}	9 824 ^{2,4}
Deutschland	1993	3 640	8 070	2 148
Belgien	1991	712	766	276 ⁵
Dänemark	1992	325	456	157
Finnland	1993	391	459	197
Frankreich	1993	4 061	5 737	2 075
Griechenland	1990	813	851	195
Großbritannien und Nordirland	1992	5 023	4 537	1 528
Irland	1992	399	362	108
Italien	1993	2 863	4 716	1 682
Luxemburg	1986	22	25	1
Niederlande	1992	1 046	1 370	507
Österreich	1993	382	778	227
Portugal	1991	1 005	778	191
Schweden	1992	595	603	227
Spanien	1992	2 554	4 774	1 371
Bulgarien	1993	839	363	206
Island	1992	25	30	5 ⁵
Norwegen	1993	310	380	177
Polen	1993	5 194 ⁶	2 109	694
Rumänien	1992	1 201	2 452	236
Russische Föderation	1994	7 849	13 732 ⁷	4 587 ⁷
Schweiz	1993	423	559	149
Tschechische Republik	1991	521 ⁶	1 120	129
Türkei	1992	6 708	4 300	1 143 ⁷
Ungarn	1993	1 009 ⁶	529	134
<i>Afrika</i>				
Ägypten	1993	7 732	6 133	620 ⁸
Kenia	1993	5 643	458	22
Südafrika ⁹	1991	5 758	2 939	467
<i>Amerika</i>				
Brasilien	1992	30 106	4 086	1 595
Kanada	1992	2 438	2 392	2 022
Mexiko	1993	14 469	6 977	1 358
Vereinigte Staaten	1993	23 694	20 578	14 473
<i>Asien</i>				
China ¹⁰	1993	124 212	53 837	4 505
Indien	1993	108 201	64 116	4 951
Japan	1991	9 157	10 677	2 899
Korea, Republik	1994	4 099	4 569	2 099
<i>Australien und Ozeanien</i>				
Australien	1993	1 634	1 282	964
Neuseeland	1993	323	377	163

¹ Dem Primarbereich sind die Schulen zugeordnet, die, normalerweise beginnend mit dem sechsten Lebensjahr, im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht eine Grundausbildung von mindestens vier, im Durchschnitt aber von etwa sechs Jahren Dauer vermitteln. Der Sekundarbereich umfaßt in der Regel zwei Bildungsabschnitte (Sekundarbereich I und II). Der längere Abschnitt (Sekundarbereich I) endet in den meisten Ländern mit der Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht. Der sich anschließende kürzere Abschnitt (Sekundarbereich II) vermittelt einen weiterführenden Abschluß. Der Tertiärbereich umfaßt die Ausbildungsgänge nach Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht, die an den jeweils letzten Abschluß einer Ausbildung im Sekundarbereich II anschließen. – 2 Ohne Angaben für Luxemburg. – 3 Ohne Angaben für Griechenland. – 4 Ohne Angaben für Belgien. – 5 1990. – 6 Die Angaben beziehen sich auf Schüler/-innen bis zur 8., teilweise bis zur 9. oder 10. Klassenstufe. – 7 1993. – 8 Nur Universitäten. – 9 Ohne Angaben für die ehem. unabhängigen Homelands Transkei, Bophuthatswana, Venda und Ciskei. – 10 Ohne Angaben für Taiwan.

Tab. 20.3: Erwerbstätigkeit 1994¹

Land	Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung	Erwerbstätige in (in)		
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierenden Gewerbe	sonstigen Wirtschaftsbereichen
<i>Europa</i>				
EU-Länder insgesamt	46	5,6	30,7	63,8
Deutschland	49	3,3	37,0	59,7
Belgien	41	2,9	28,9	68,2
Dänemark	54	5,0	26,5	68,4
Finnland	49	8,6	26,3	65,1
Frankreich	44	5,2	26,9	67,9
Griechenland	41	20,8	23,6	55,6
Großbritannien und Nordirland	50	2,1	27,8	70,1
Irland	40	13,1	27,1	59,7
Italien	40	7,7	32,1	60,2
Luxemburg	43	3,2	27,0	69,9
Niederlande	48	4,0	23,3	72,7
Österreich	48	6,9	35,4	57,7
Portugal	49	11,8	32,5	55,8
Schweden	49	3,4	25,0	71,6
Spanien	40	9,9	30,1	60,0
Bulgarien	46	22,1	35,2	42,7
Island	55	9,2	25,2	65,7
Norwegen	50	5,3	23,4	71,2
Polen	45	26,2	31,3	42,5
Rumänien	46	36,0	35,8	28,2
Russische Föderation	49	14,9	37,9	47,2
Schweiz	56	3,9	28,8	67,3
Tschechische Republik	53	7,0	42,8	50,2
Türkei	35	44,9	21,7	33,4
Ungarn	40	13,1	35,4	51,4
<i>Afrika</i>				
Ägypten	29	38,4	21,5	40,1
Kenia	42	18,6	19,8	61,6
Südafrika	38	12,9	30,4	56,7
<i>Amerika</i>				
Brasilien	44	22,8	22,7	54,5
Kanada	51	4,1	22,6	73,3
Mexiko	39	26,9	22,0	51,1
Vereinigte Staaten	51	2,9	24,0	73,1
<i>Asien</i>				
China ²	51 ³	54,3	22,7	23,0
Indien	38	5,5	36,3	58,2
Japan	54	5,8	34,0	60,2
Korea, Republik	46	13,6	33,2	53,2
<i>Australien und Ozeanien</i>				
Australien	49	5,1	23,6	71,3
Neuseeland	48	10,4	25,0	64,6

¹ Wenn Daten für 1994 noch nicht vorlagen, Ergebnisse für den zuletzt verfügbaren Zeitpunkt bzw. Zeitraum.

– ² Ohne Angaben für Taiwan. Staatlicher Sektor. – ³ Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung.

Tab. 20.4: Gesundheitswesen

Land	Einwohner je Arzt/Ärztin	Einwohner je Kranken- hausbett	Im 1. Lebensjahr Ge- storbene (ohne Totgeborene) je 1 000 Lebendgeborene
	Anzahl		
	1994 ¹	1994 ^{1, 2}	
<i>Europa</i>			
EU-Länder insgesamt	306 ⁴	136	6
Deutschland	305	103	6
Belgien	274	124	8
Dänemark	357	183	6
Finnland	371	99	5
Frankreich	362	106	6
Griechenland	259	199	8
Großbritannien und Nordirland	623 ⁴	170	6
Irland	630	289	6
Italien	193	147	7
Luxemburg	466	87	5
Niederlande	388	176	6
Österreich	291	102	6
Portugal	342	235	8
Schweden	390	164	5
Spanien	244	244	7
Bulgarien	314	102	14
Island	351	64	5
Norwegen	298	183	8
Polen	437	178	15
Rumänien	571	129	23
Russische Föderation	219	78	21
Schweiz	307	128	6
Tschechische Republik	325	145	9
Türkei	976	451	65
Ungarn	279	102	15
<i>Afrika</i>			
Ägypten	581	532	67
Kenia	7 156	740	69
Südafrika	1 569	244	53
<i>Amerika</i>			
Brasilien	843	271	58
Kanada	465	149	7
Mexiko	1 271	1 233	36
Vereinigte Staaten	385	223	9
<i>Asien</i>			
China ⁵	642	427	44
Indien	2 182	1 070	82
Japan	565	74	4
Korea, Republik	819	250 ⁵	11
<i>Australien und Ozeanien</i>			
Australien	442	196	7
Neuseeland	323	182	9

1 Wenn Daten für 1994 noch nicht vorlagen, Ergebnisse für den zuletzt verfügbaren Zeitpunkt bzw. Zeitraum. –
 2 Ohne Vorsorge- bzw. Rehabilitationseinrichtungen. – 3 Länder der Europäischen Union: 1994, Frankreich:
 1993. – 4 Ohne Angaben für Nordirland. – 5 Ohne Angaben für Taiwan. – 6 Einschl. Kliniken.

Tab. 20.5: Bruttoinlandsprodukt 1995

Land	Währungs- einheit	Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen				
		in jeweiligen Preisen	Anteil in % des Bruttoinlandsprodukts			
			Privater Verbrauch	Staats- verbrauch	Investi- tionen	Außen- beitrag
<i>Europa</i>						
EU-Länder insgesamt ¹	Mrd. ECU	6 189	60,6	19,0	19,0	+ 1,5
Deutschland	Mrd. DM	3 458	57,0	19,5	22,4	+ 1,0
Belgien	Mrd. bfrs	7 920	61,5	14,9	17,7	+ 5,7
Dänemark	Mrd. dkr	969	53,5	24,9	17,5	+ 4,1
Finnland	Mrd. Fmk	550	54,4	21,5	16,4	+ 7,7
Frankreich	Mrd. FF	7 677	59,9	19,6	18,2	+ 2,4
Griechenland ¹	Mrd. Dr.	23 196	74,9	14,0	20,5	- 9,4
Großbritannien und Nordirland	Mrd. £	700	64,1	21,3	15,5	- 0,8
Irland ¹	Mrd. Ir£	35	56,0	16,0	14,4	+ 13,6
Italien	Mrd. Lit	1 770 949	62,5	16,5	18,1	+ 2,8
Luxemburg ¹	Mrd. lfrs	469	57,5	12,8	21,5	+ 8,1
Niederlande	Mrd. hfl	635	59,8	14,0	20,3	+ 5,9
Österreich	Mrd. S	2 352	55,2	18,9	27,0	- 1,2
Portugal	Mrd. Esc	13 755	67,6	19,2	25,0	- 11,8
Schweden	Mrd. skr	1 635	52,2	25,9	15,6	+ 6,3
Spanien	Mrd. Ptas	69 722	62,1	16,4	21,3	+ 0,2
Bulgarien ¹	Mrd. Lw	543	73,7	17,1	8,5	+ 1,7
Island	Mrd. ikr	456	60,1	20,7	15,8	+ 3,4
Norwegen	Mrd. nkr	923	49,7	20,7	23,6	+ 6,0
Polen ¹	Mrd. Zl	210	64,3	18,8	15,9	+ 1,0
Rumänien ¹	Mrd. l	49 795	61,5	13,6	26,9	- 2,1
Russische Föderation ¹	Mrd. Rbl	610 993	39,6	27,6	28,3	+ 4,5
Schweiz	Mrd. sfr	359	58,5	14,1	23,4	+ 4,0
Tschechische Republik	Mrd. Kč	1 212	57,3	20,0	28,0	- 5,2
Türkei	Mrd. TL	7 554 758	71,5	11,1	23,7	- 4,7
Ungarn ¹	Mrd. Ft	4 351	72,4	12,6	21,5	- 6,5
<i>Afrika</i>						
Ägypten ²	Mrd. ägypt£	205	72,6	10,5	19,2	- 2,3
Kenia ¹	Mrd. K.Sh.	390	58,7	17,5	20,6	+ 3,2
Südafrika	Mrd. R	485	60,9	20,5	19,3	- 0,4
<i>Amerika</i>						
Brasilien ¹	Mrd. R\$	356	62,7	15,4	20,8	+ 1,2
Kanada	Mrd. kan\$	780	59,8	19,3	18,5	+ 2,5
Mexiko	Mrd. mex\$	1 604	67,3	10,4	19,4	+ 2,9
Vereinigte Staaten	Mrd. US-\$	7 246	68,0	15,7	17,8	- 1,4
<i>Asien</i>						
China ^{1,3}	Mrd. RMB¥	4 648	44,5	12,8	40,8	+ 1,9
Indien ^{1,4}	Mrd. iR	9 456	60,0	10,7	23,2	-
Japan	Mrd. ¥	480 693	60,1	9,7	28,6	+ 1,5
Korea, Republik	Mrd. ₩	351 295	52,9	10,4	37,1	- 1,0
<i>Australien und Ozeanien</i>						
Australien ^{1,5}	Mrd. \$A	454	62,3	17,5	22,0	- 2,0
Neuseeland ^{1,4}	Mrd. NZ\$	86	60,0	14,7	22,3	+ 2,0

1 Angaben für 1994. – 2 Angaben für Rechnungsjahr, das am 30. Juni endet. – 3 Ohne Angaben für Taiwan. – 4 Angaben für Rechnungsjahr, das am 1. April beginnt. – 5 Angaben für Rechnungsjahr, das am 1. Juli beginnt.

Tab. 20.6: Außenhandel 1994

Land	Einfuhr		Ausfuhr		Ein- (-) bzw. Ausfuhr- (+) überschuß	
	ins-gesamt	je Einwohner	ins-gesamt	je Einwohner	ins-gesamt	je Einwohner
	Mill. DM	DM	Mill. DM	DM	Mill. DM	DM
<i>Europa</i>						
EU-Länder insgesamt ¹	2 421 994	6 938	2 501 886	7 167	+ 79 892	+ 229
Deutschland	616 955	7 577	690 573	8 481	+ 73 617	+ 904
Belgien-Luxemburg	206 122	19 593	229 182	21 785	+ 23 060	+ 2 192
Dänemark	55 690	10 699	64 685	12 427	+ 8 995	+ 1 728
Finnland	37 847	7 438	48 255	9 484	+ 10 408	+ 2 046
Frankreich	393 589	6 797	403 560	6 970	+ 9 971	+ 172
Griechenland	34 795	3 337	15 213	1 459	- 19 582	- 1 878
Großbritannien und Nordirland	378 711	6 485	327 842	5 614	- 50 869	- 871
Irland	40 804	11 426	55 099	15 430	+ 14 295	+ 4 003
Italien	271 354	4 745	306 967	5 367	+ 35 613	+ 622
Niederlande	235 906	15 336	254 718	16 559	+ 18 812	+ 1 223
Österreich	89 455	11 140	72 955	9 085	- 16 500	- 2 055
Portugal	43 781	4 421	29 105	2 939	- 14 676	- 1 482
Schweden	83 941	9 559	99 225	11 300	+ 15 284	+ 1 741
Spanien	144 287	3 686	124 942	3 192	- 19 345	- 494
Bulgarien	8 300	941	4 856	551	- 3 445	- 391
Island	2 387	8 975	2 639	9 920	+ 251	+ 945
Norwegen	44 368	10 275	56 461	13 076	+ 12 094	+ 2 801
Polen	34 762	907	27 885	727	- 6 876	- 179
Rumänien	10 203	445	9 726	424	- 477	- 21
Russische Föderation	62 683	425	102 567	696	+ 39 885	+ 271
Schweiz	109 786	15 396	113 829	15 963	+ 4 043	+ 567
Tschechische Republik	23 983	2 330	23 223	2 256	- 761	- 74
Türkei	37 739	621	29 363	483	- 8 377	- 138
Ungarn	23 604	2 323	17 355	1 708	- 6 249	- 615
<i>Afrika</i>						
Ägypten	15 556	252	5 636	91	- 9 921	- 161
Kenia	3 497	128	2 468	90	- 1 028	- 38
Südafrika	36 455	899	39 037	963	+ 2 582	+ 64
<i>Amerika</i>						
Brasilien	57 660	362	70 642	444	+ 12 983	+ 82
Kanada	239 785	8 228	268 954	9 229	+ 29 170	+ 1 001
Mexiko	130 020	1 415	100 493	1 094	- 29 526	- 321
Vereinigte Staaten	1 117 469	4 288	830 908	3 188	- 286 561	- 1 099
<i>Asien</i>						
China ²	187 503	158	196 248	165	+ 8 745	+ 7
Indien	43 471	47	40 631	44	- 2 840	- 3
Japan	445 577	3 570	641 584	5 140	+ 196 008	+ 1 570
Korea, Republik	165 980	3 725	155 706	3 494	- 10 274	- 231
<i>Australien und Ozeanien</i>						
Australien	84 467	4 731	79 626	4 460	- 4 841	- 271
Neuseeland	19 301	5 466	19 763	5 597	+ 462	+ 131

1 Aus methodischen Gründen noch ohne Angaben für Finnland, Österreich und Schweden. – 2 Ohne Angaben für Taiwan.

Tab. 20.7: Wirtschaftsdaten 1994¹

Land	Produktion				Fertig- gestellte Wohnungen je 100000 Einwohner
	Steinkohle	Rohstahl	Elektrizität Mill. kWh je 100 000 Einwohner	Pkw 1 000	
	1 000 t				
<i>Europa</i>					
EU-Länder insgesamt	127 813	151 774	606	.	.
Deutschland	54 344	40 827	639	4 222	704
Belgien	0	11 332	717	427	473
Dänemark	–	722	784	–	246
Finnland	–	3 420	1 273	.	525
Frankreich	7 458	18 025	823	3 175	522
Griechenland	–	846	390	–	980
Großbritannien u. Nordirland	47 807	17 379	558	1 467	310
Irland	0	283	483	–	610
Italien	108	26 148	406	1 341	370
Luxemburg	–	3 073	291	–	769
Niederlande	–	6 173	512	92	599
Österreich	–	4 399	673	45	552
Portugal	149	748	279	–	559
Schweden	0	4 955	1 630	353	403
Spanien	17 947	13 444	397	1 822	522
Bulgarien	173	2 492	435	–	124
Island	–	–	.	–	615
Norwegen	300	455	2 617	–	370
Polen	132 666	11 113	352	326	246
Rumänien	4 054	5 793	240	86	131
Russische Föderation	194 400	48 762	587	796	.
Schweiz	–	800	879	–	573
Tschechische Republik	17 376	7 085	570	174	306
Türkei	2 857	12 276	131	213	390
Ungarn	1 040	1 937	328	33	205
<i>Afrika</i>					
Ägypten	.	2 622	77	–	.
Kenia	.	.	12	–	.
Südafrika	196 086	8 320	450	191 ²	63
<i>Amerika</i>					
Brasilien	4 600	25 747	164	1 249	.
Kanada	36 644	13 897	1 829	1 216	561
Mexiko	10 500	12 247	145	840	.
Vereinigte Staaten	857 661	91 243	1 285	6 614	462
<i>Asien</i>					
China ³	1 206 101	92 613	75	248	.
Indien	251 688	19 285	38	298	.
Japan	6 933	98 295	680	7 801	1 353
Korea, Republik	7 136	33 745	370	1 806	.
<i>Australien und Ozeanien</i>					
Australien	174 454	8 424	907	300	955
Neuseeland	2 991	766	896	–	638
<i>Welt</i>	3 567 729	729 525	221	35 518	.

1 Wenn Daten für 1994 nicht vorlagen, Ergebnisse für den zuletzt verfügbaren Zeitpunkt bzw. Zeitraum. – 2 Verkauf. – 3 Ohne Angaben für Taiwan.

Teil II:

Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden im vereinten Deutschland

Herausgegeben von

ROLAND HABICH

Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung im
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

HEINZ-HERBERT NOLL

Abteilung Soziale Indikatoren im
Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA)

Die Herausgeber danken Marion Obermaier und insbesondere Ursula Gerlach für die zuverlässige Mithilfe und Unterstützung bei den redaktionellen Arbeiten. Die Redaktionsarbeiten wurden vorwiegend im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) durchgeführt. Die graphischen Darstellungen in diesem Teil wurden überwiegend von Roland Habich entworfen und erstellt.

A Einleitung

1 Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden im vereinten Deutschland: Konzepte und Daten der Sozialberichterstattung

Ziel einer regelmäßigen und umfassenden Sozialberichterstattung, wie sie der Datenreport verfolgt, ist die kontinuierliche Wohlfahrtsmessung und Dauerbeobachtung des sozialen Wandels. Für die verschiedenen Aspekte der objektiven Lebensbedingungen sowie die darauf bezogenen subjektiven Perzeptionen und Bewertungen sollen zuverlässige Daten bereitgestellt werden, die es erlauben, den Zustand und die Entwicklung der deutschen Gesellschaft zu beurteilen. Darüber hinaus kommt es darauf an, möglichst frühzeitig signifikante Trends des gesellschaftlichen Wandels – auf der Ebene sozialer Strukturen, aber auch individueller Einstellungen und Verhaltensweisen – aufzuspüren und empirisch zu beschreiben.

Auch im siebten Jahr nach der deutschen Vereinigung verdient die kritische Beobachtung des Verlaufs der gesellschaftlichen Transformation in den neuen Bundesländern und der „inneren Einigung“ besondere Beachtung. Es gilt nicht nur, die Entwicklung der Lebensbedingungen und den Wandel sozialer Strukturen, Verhaltensweisen und Wertorientierungen systematisch zu verfolgen und zu beschreiben, sondern auch die Prozesse der Transformation der früheren DDR-Gesellschaft und ihrer Integration in die institutionellen Strukturen der Bundesrepublik hinsichtlich ihrer Konsequenzen für die Bürger zu analysieren.

Die Angleichung der Lebensverhältnisse und der schrittweise Abbau des Modernitäts- und Wohlfahrtsgefälles zwischen den alten und den neuen Bundesländern sind gesellschaftspolitische Ziele, deren Realisierung mehr Aufwand erfordert und sich als schwieriger erweist, als von manchen gedacht. Der Weg dorthin ist zudem offenbar wesentlich länger und konfliktreicher, als es allgemein erwartet wurde. Eine detaillierte Beobachtung der Entwicklung der faktischen sozialen Strukturen und der objektiven Lebensbedingungen sowie der sich ergebenden Probleme, Defizite und Friktionen, aber natürlich auch der Erfolge, ist eine wesentliche Voraussetzung, um die gesetzten Ziele schließlich zu erreichen. Zu den Aufgaben der Sozialberichterstattung gehört es unter diesen Umständen auch, zu registrieren und zu beschreiben, wie die Bürger im Osten und Westen Deutschlands ihre jeweilige Situation definieren, wie sie die sich verändernden Lebensumstände wahrnehmen und bewerten und wie sich daraus resultierend das subjektive

Wohlbefinden, das soziale Klima und die Stimmungslage der Bevölkerung verändern. Für die Herstellung der „inneren Einheit“ sind nicht zuletzt auch Informationen über die wechselseitigen Wahrnehmungen und Zuschreibungen der Bürger in Ost- und Westdeutschland von Bedeutung.

Bei einem „social monitoring“ dieser gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse geht es auch darum, den Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft steuerungsrelevante Probleminformationen zur Verfügung zu stellen, aber mehr noch stellt sich der Datenreport die Aufgabe, dem Informationsbedürfnis der interessierten Öffentlichkeit gerecht zu werden. Der Teil II dieses Datenreports erweitert das Informationsangebot der amtlichen Statistik um die Perspektive der nichtamtlichen, sozialwissenschaftlichen Sozialberichterstattung. In den Beiträgen dieses Teils kommt nicht nur eine zumindest partiell in stärkerem Maße durch sozialwissenschaftliche Theorieansätze strukturierte Sichtweise zur Geltung, die Beiträge dieses Teils stützen sich auch auf eine nichtamtliche, spezifisch sozialwissenschaftliche Datenbasis. Die Zusammenarbeit von amtlicher Statistik und wissenschaftlicher Sozialberichterstattung hat sich erstmals in dem Datenreport von 1985 niedergeschlagen. Die spezifische Arbeitsteilung, die dabei gefunden wurde, hat sich – das zeigen die seither erschienenen Ausgaben – bewährt. Im Mittelpunkt des sozialwissenschaftlichen Teils stand jeweils der Zusammenhang von objektiven Lebensbedingungen und deren subjektiver Wahrnehmung und Bewertung. Informationen über subjektive Sachverhalte und Befindlichkeiten wie Einstellungen, Erwartungen, Präferenzen und Beurteilungen sind auch für die Berichterstattung in diesem Teil des Datenreports 1997 von zentraler Bedeutung.

Die einzelnen Beiträge sind überwiegend darauf ausgerichtet, einerseits die verschiedenen Lebenslagen und andererseits die Einstellungen, Erwartungen und das subjektive Wohlbefinden der Bundesbürger zu analysieren und zu beschreiben. Dabei finden objektive Aspekte der Lebensbedingungen und subjektive Situationseinschätzungen mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen Berücksichtigung. Die Beiträge sind zudem durchgängig darauf ausgerichtet, Veränderungen über die Zeit – teilweise auch auf der Basis individueller Längsschnittdaten – zu erfassen und zu analysieren.

Der vorliegende Datenreport 1997 informiert über die Wohlfahrtsentwicklung und den gesellschaftlichen Wandel in der Bundesrepublik Deutschland und stellt dabei erneut – wie schon in den Ausgaben von 1992 und 1994 – den Ost-West-Vergleich in den Mittelpunkt seiner Berichterstattung. In dem – wie sich herausgestellt hat – längere Zeit erfordernden Prozeß des Zusammenwachsens der beiden Teilsellschaften richtet sich die Aufmerksamkeit weiterhin in besonderem Maße auf die in vielerlei Hinsicht noch bestehenden und sich nur schrittweise verringern den Unterschiede und Diskrepanzen zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Das sich in den materiellen Lebensbedingungen niederschlagende Wohlstandsgefälle sowie die Unterschiede im subjektiven Wohlbefinden, in Verhaltensstrukturen, Einstellungen und Wertorientierungen werden wohl noch längere Zeit die

besondere Aufmerksamkeit der Berichterstattung erfordern, auch wenn Informationen darüber nicht mehr für Schlagzeilen taugen.

Obwohl die amtliche Statistik zweifellos die Hauptlast der Bereitstellung von Informationen über die Gesellschaft zu tragen hat, ist gerade unter den außergewöhnlichen Umständen der deutschen Wiedervereinigung deutlich geworden, wie wichtig und unverzichtbar eine leistungsfähige sozialwissenschaftliche Umfrageforschung für eine aktuelle und differenzierte Sozialberichterstattung ist. Die sozialwissenschaftliche Umfrageforschung stellt nicht nur Informationen zu Themen und Fragestellungen bereit, die außerhalb des Erhebungsprogramms der amtlichen Statistik liegen, sondern sie ergänzt das System der Informationsgewinnung auch in methodischer Hinsicht. Die sozialwissenschaftliche Umfrageforschung verfügt nicht über die umfangreichen Stichproben der amtlichen Statistik, aber sie kann mit ihrem Instrumentarium häufig schneller und flexibler auf veränderte Bedingungen und Informationsanforderungen reagieren und ihr Erhebungsprogramm den spezifischen Umständen anpassen.

Die Beiträge im Teil II des vorliegenden Datenreports 1997 stützen sich – wie zuletzt in der Ausgabe von 1992 – auf unterschiedliche Erhebungsprogramme der empirischen Sozialforschung, die speziell für die gesellschaftliche Dauerbeobachtung konzipiert worden sind: das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS), die Wohlfahrtssurveys und sie ergänzende Buseinschaltungen sowie auf einige Einzelerhebungen.

Die Mehrzahl der Beiträge zu diesem Datenreport beruht auf den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), das auch bereits für frühere Ausgaben des Datenreports genutzt worden ist. Das Sozio-oekonomische Panel ist eine repräsentative Längsschnitterhebung zur empirischen Beobachtung des sozialen Wandels, in der seit 1984 eine Ausgangsstichprobe von rund 12 000 Personen in der früheren Bundesrepublik und West-Berlin jährlich befragt wird. Noch vor Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wurde auf dem Gebiet der ehemaligen DDR im Juni 1990 eine Basisbefragung des Sozio-oekonomischen Panels mit der Zielsetzung durchgeführt, eine Längsschnittdatenbasis als Grundlage für die Beobachtung der Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern zu schaffen. Die Stichprobe der Basisbefragung des SOEP-Ost umfaßte 2 179 Haushalte bzw. 4 453 Personen. Die weiteren Wellen des SOEP-Ost wurden parallel und weitgehend synchron mit den Wellen des SOEP-West durchgeführt. Das Sozio-oekonomische Panel wurde ursprünglich im Rahmen des Sonderforschungsbereichs 3 „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“ der Universitäten Frankfurt und Mannheim konzipiert und wird vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin durchgeführt. Als eine Längsschnitterhebung zielt das SOEP primär darauf ab, Informationen über Veränderungen im Zeitablauf auf der Mikroebene von Individuen und Haushalten bereitzustellen. Die thematischen Schwerpunkte des SOEP liegen in den Bereichen des Einkommens und der Erwerbstätigkeit, aber es werden auch Längsschnittinformationen – im

Rahmen variierender thematischer Vertiefungen – zu anderen Aspekten der sozioökonomischen Lebensverhältnisse, wie z.B. Bildung und Weiterbildung, Soziale Sicherung und Armut, Soziale Netzwerke und in begrenztem Umfang auch zu subjektiven Bewertungen in Form von Zufriedenheit erhoben.

Das Sozio-oekonomische Panel erfaßt seit der ersten Erhebungswelle im Jahre 1984 in Westdeutschland neben der deutschen Wohnbevölkerung auch Ausländer und ihre Haushalte. Da es sich um eine Wiederholungsbefragung handelt, die auch alle neu hinzugekommenen Haushaltsmitglieder einbezieht, werden Zuwanderer, die im Zuge des Familiennachzugs (insbesondere aus den klassischen Hauptanwerbeländern des Mittelmeerraumes) nach Westdeutschland gekommen sind, automatisch erfaßt. Aber Zuwanderer wurden bislang dann nicht erfaßt, wenn sie in neu gegründete Haushalte ziehen. Um die Veränderung der Grundgesamtheit „Wohnbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland“ durch diese Immigranten seit 1984 adäquat berücksichtigen zu können, wurde das SOEP in den Jahren 1994/95 um eine „Zuwanderer-Stichprobe“ ergänzt, die eine Betrachtung verschiedener Zuwanderergruppen nach Staatsangehörigkeit und Herkunftsregion ermöglicht. Mit dieser Zusatzerhebung kann die bisherige „statistische Lücke“ in bezug auf Zuwanderer zum Teil geschlossen werden. Bei dieser Stichprobe ist es kein Problem, nach dem „Zuwanderungsstatus“ zu fragen. Auf diese Weise sind nicht nur Aussiedler identifizierbar, sondern auch andere Zuwanderer-Gruppen. Die Zuwanderer-Stichprobe des SOEP wurde mit über 500 Befragungshaushalten, in denen rund 1 600 Personen leben, von denen über 1 000 Erwachsene befragt wurden, so angelegt, daß eigenständige Analysen der Zuwanderer möglich sind, die seit 1984 (dem Beginn der SOEP-Erhebung) nach Westdeutschland gekommen sind.

Die allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ist eine Repräsentativbefragung, die in der Bundesrepublik seit 1980 in zweijährigem Turnus durchgeführt wird. Verantwortlich für die Konzeption und Durchführung der ALLBUS-Erhebung ist das Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim. Die Datenaufbereitung, Archivierung und Weitergabe der Daten erfolgt über das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung in Köln. Mit wechselnden inhaltlichen Themenschwerpunkten und der teilweisen Replikation von Fragen stellt der ALLBUS eine der meistgenutzten Datenquellen für die sozialwissenschaftliche Forschung und Lehre in Deutschland dar. Orientiert an den Zielsetzungen der deskriptiven Sozialberichterstattung, der Untersuchung des sozialen Wandels und der international vergleichenden Analyse werden regelmäßig Informationen zu den Bereichen Sozialstruktur und Sozialbeziehungen, allgemeine Werte und Grundeinstellungen sowie zur Legitimität der sozialen und politischen Ordnung erhoben. Der Themenschwerpunkt des ALLBUS 1996 sind Einstellungen gegenüber ethnischen Gruppen in Deutschland. Weitere Themen dieser Befragung waren u.a. Einstellungen zu Familie und Ehe sowie zur Rolle der Frau. Kernstück des ALLBUS-Erhebungsprogramms ist eine ausführliche Standarddemographie. Seit 1986 umfaßt die ALLBUS-Umfrage auch den deutschen Part des International Social Survey Programme (ISSP).

Die Grundgesamtheit der ALLBUS-Umfragen bestand bis einschließlich 1990 aus den wahlberechtigten Personen in der früheren Bundesrepublik und West-Berlin, die in Privathaushalten leben. Seit 1991 besteht die Grundgesamtheit aus der erwachsenen Wohnbevölkerung – Deutschen und Ausländern – in Deutschland. Die Stichprobengröße betrug bis 1991 rund 3 000 Befragte. Seit 1992 beträgt die Nettofallzahl 2 400 Befragte in den alten und 1 100 Befragte in den neuen Bundesländern. Die Stichproben wurden bis 1992 nach dem ADM-Design gezogen. Danach wurden Gemeindestichproben aus den Einwohnermelderegistern verwendet.

Der Wohlfahrtssurvey wurde ebenfalls im Rahmen des Sonderforschungsbereichs 3 „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“ der Universitäten Frankfurt und Mannheim entwickelt und im Bereich der alten Bundesrepublik insgesamt viermal (1978, 1980, 1984 und 1988) durchgeführt. Im Jahre 1990 wurde der Wohlfahrtssurvey auf Ostdeutschland ausgedehnt; 1993 wurde der erste gesamtdeutsche Survey erhoben. In den Jahren 1994, 1995 und schließlich 1996 konnten zentrale Fragen aus dem Wohlfahrtssurveyprogramm durch Beteiligung beispielsweise im „Sozialwissenschaftenbus“ repliziert werden. Die Grundgesamtheit der Wohlfahrtssurveys bilden jeweils alle Personen der deutschen Wohnbevölkerung, die in Privathaushalten leben und das 18. Lebensjahr vollendet haben. Der Stichprobenumfang lag in den Jahren 1978 bis 1988 jeweils zwischen 2 000 und 2 500 Befragten, seit 1993 werden etwa 2 000 Personen in Westdeutschland und etwa 1 000 in Ostdeutschland befragt. Die Surveys enthalten gemäß dem Replikationsprinzip zum großen Teil gleichlautende Fragen, darüber hinaus aber auch jeweils wechselnde thematische Schwerpunkte mit neuen und aktuellen Fragestellungen.

Die in den folgenden Beiträgen präsentierten Informationen vermitteln ein Bild der aktuellen Lebensverhältnisse und der erkennbaren Tendenzen des sozialen Wandels in West- und Ostdeutschland, wie es sich aus der Perspektive der Wohlfahrtsforschung, gestützt auf repräsentative empirische Daten der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung, gegenwärtig darstellt. Zusammen mit den Daten der amtlichen Statistik in Teil I dieses Datenreports wird damit zugleich ein wesentlicher Ausschnitt der verfügbaren quantitativen Informationen zum Zustand und Wandel der deutschen Gesellschaft sowie zum erreichten Stand und dem bisherigen Verlauf der deutschen Vereinigung und den damit verbundenen Prozessen der gesellschaftlichen Transformation dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

(Heinz-Herbert Noll/Roland Habich)

B Subjektives Wohlbefinden und Einstellungen

2 Komponenten des Wohlbefindens

Die Überwindung des Wohlstandsgefälles zwischen Ost- und Westdeutschland ist eine der bedeutendsten Etappen auf dem Weg zur deutschen Einheit. Die objektiven Lebensbedingungen in Ostdeutschland haben sich seit 1990 bereits deutlich an das westdeutsche Niveau angeglichen. Die Realeinkommen sind gestiegen, die Ausstattung der Haushalte mit höherwertigen Gebrauchsgütern hat sich erhöht, der Zustand der Umwelt hat sich verbessert, Wahl-, Meinungs- und Reisefreiheit eröffneten neue Chancen der individuellen Entfaltung. Diesen unumstrittenen Verbesserungen stehen die Probleme und Belastungen des Umbruchs gegenüber: die gestiegene Arbeitslosigkeit, die Zunahme der Kriminalität und der allgegenwärtige Zwang, sich in einer vollkommen veränderten Gesellschaft zurechtzufinden. In Westdeutschland blieben die Lebensbedingungen der Bürger auf hohem Niveau stabil. Die Vereinigungskosten haben alles in allem nicht zu größeren Einbußen an Lebensqualität geführt.

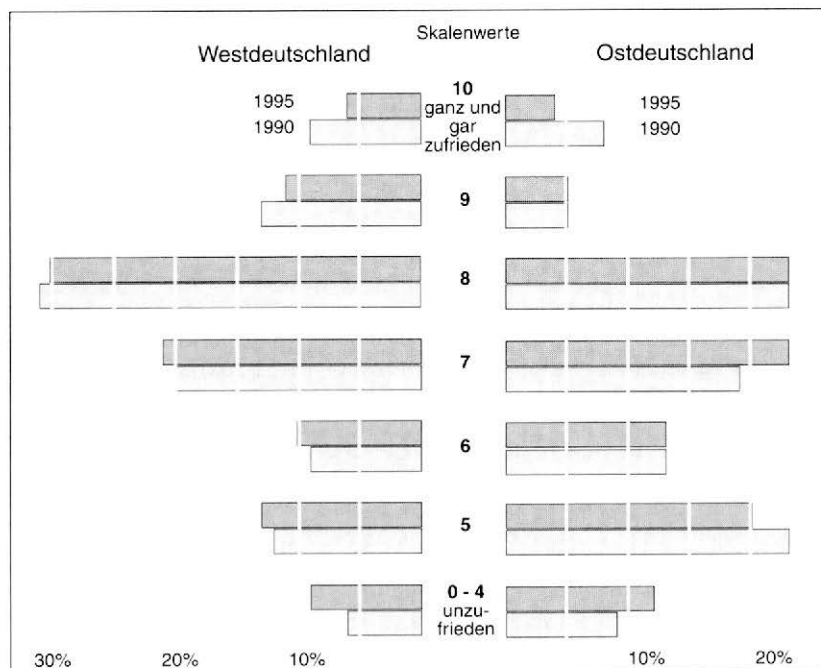
Die Wohlfahrtsentwicklung läßt sich jedoch nicht ausschließlich anhand der Veränderung objektiver Indikatoren beschreiben. Ebenso bedeutsam ist das subjektive Wohlbefinden – das heißt, wie die Menschen ihre Lebensbedingungen wahrnehmen und bewerten, wie zufrieden sie damit sind, welche Ängste sie haben und ob sie sich große Sorgen machen. Zum subjektiven Wohlbefinden zählen sowohl positive als auch negative Faktoren. Die Entwicklung des subjektiven Wohlbefindens in Ost und West gibt Aufschluß über den Erfolg der Bemühungen, die innere Einheit herzustellen. Die Analysen in einzelnen Bevölkerungsgruppen weisen auf noch bestehende Defizite hin, denen gesellschaftspolitische Beachtung zuteil werden sollte.

2.1 Positive Komponenten des Wohlbefindens

Die positiven Komponenten des subjektiven Wohlbefindens lassen sich hinsichtlich affektiver und kognitiver Dimensionen unterscheiden. Affektive Aspekte zielen beispielsweise auf das Ausmaß der Empfindung von Glück/Unglück ab, kognitive Aspekte werden als das Ergebnis eines Bewertungsprozesses verstanden. Die Maßstäbe der Bewertung werden in vielfältigen Vergleichsprozessen ermittelt: Die

gegenwärtig vorhandenen Lebensumstände werden mit denen verglichen, die man sich wünscht, die man früher einmal hatte, die man in Zukunft für sich erhofft oder die relevante Bezugspersonen haben. Neben diesen Vergleichen spielen Anspruchsniveaus und Wichtigkeiten eine entscheidende Rolle bei der Evaluation der Lebensbedingungen. Die Zufriedenheit mit dem Leben ist das Ergebnis einer solchen kognitiven Gesamtbilanz. Üblicherweise wird dieser Indikator mit Hilfe der Zufriedenheitsskala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) erhoben.

Abb. 1: Die Zufriedenheit mit dem Leben



Datenbasis: SOEP 1990/1995.

Im Jahr 1990 ordnete sich die große Mehrheit der westdeutschen Befragten im oberen Bereich der Skala ein (vgl. Abb. 1). Die Werte 7 und 8 vereinen mehr als die Hälfte aller Nennungen auf sich. Dieser Befund dokumentiert das hohe Niveau des subjektiven Wohlbefindens in Westdeutschland. Von 1990 bis 1995 ist die Zufriedenheit mit dem Leben auf einem sehr hohen Niveau verblieben. Der Mittelwert der Lebenszufriedenheit ist um 0,3 Punkte, d.h. nur geringfügig zurückgegangen (vgl. Tab. 1). Der Anteil derjenigen, die mit ihrem Leben ganz und gar zufrieden sind, hat sich leicht verringert. Der Anteil der Unzufriedenen hat sich um denselben Wert erhöht.

Tab. 1: Die Zufriedenheit mit dem Leben

	Allgemeine Lebenszufriedenheit ¹							Durchschnitt	
	Anteile Unzufrieden								Anteile Ganz und gar zufrieden
		0-4	5	6	7	8	9		
	in %							Ø	
Westdeutschland									
1990	6	12	9	20	31	13	9	7,3	
1991	6	9	9	20	34	14	9	7,4	
1992	6	11	10	21	32	12	8	7,2	
1993	7	11	11	21	31	12	8	7,2	
1994	8	12	11	21	32	10	7	7,0	
1995	9	13	10	21	30	11	6	7,0	
Ostdeutschland									
1990	9	23	13	19	23	5	8	6,6	
1991	17	23	14	18	20	5	3	6,1	
1992	14	23	17	21	19	5	2	6,1	
1993	15	20	15	20	22	6	2	6,2	
1994	14	19	15	23	23	4	3	6,3	
1995	12	20	13	23	23	5	4	6,4	

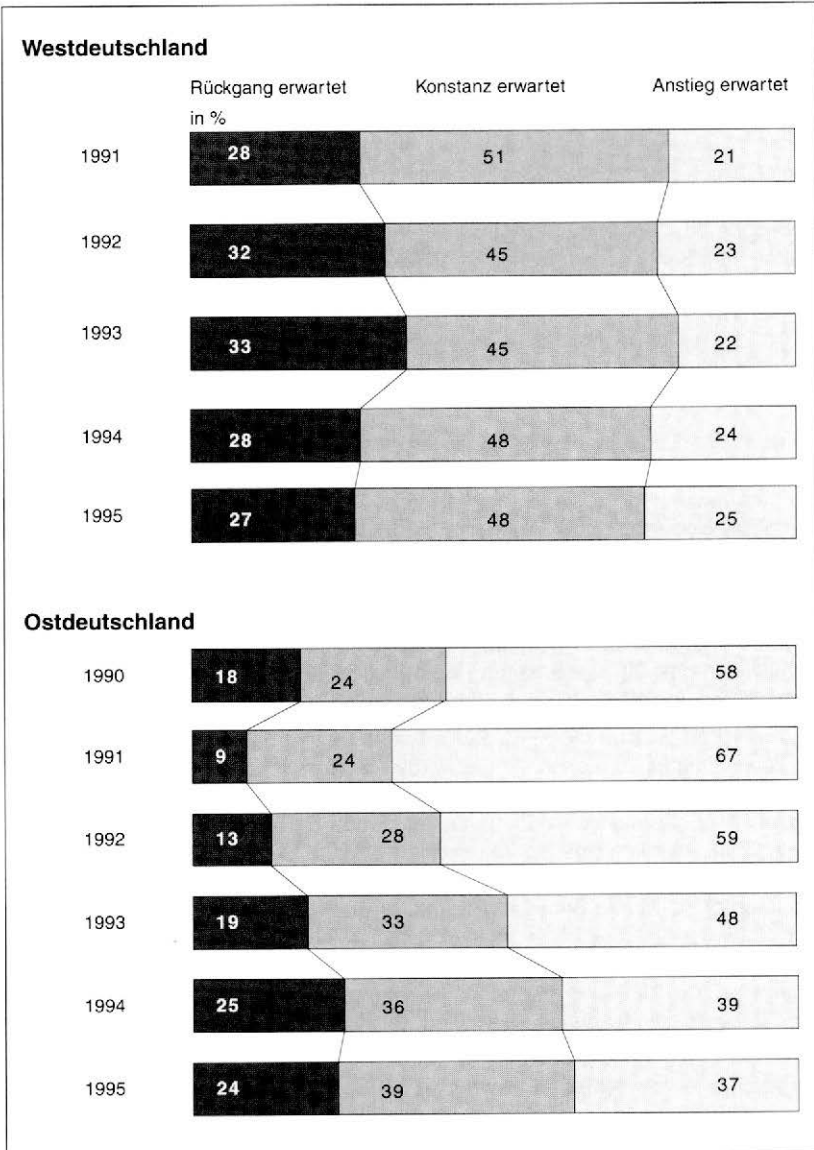
1 Zufriedenheitsskala von 0 (= ganz und gar unzufrieden) bis 10 (= ganz und gar zufrieden).
Datenbasis: SOEP 1990–1995.

Die ostdeutschen Befragten waren 1990 deutlich unzufriedener mit ihrem Leben als die Westdeutschen. Der Abstand der beiden Mittelwerte betrug zu diesem Zeitpunkt 0,7 Skalenpunkte. Vor allem der oberste Skalenbereich, der eine sehr große Zufriedenheit mit dem Leben dokumentiert, wurde in Ostdeutschland vergleichsweise selten gewählt. Stark besetzt ist dagegen die Mitte der Skala. Nahezu ein Viertel der ostdeutschen Befragten ordnete sich hier ein. Vor allem die Unsicherheiten bei der Bewertung der sich radikal verändernden Lebensbedingungen sind die Ursachen dieses Phänomens.

Von 1990 bis 1991 hat sich in Ostdeutschland der Anteil der Unzufriedenen nahezu verdoppelt, der bereits geringe Anteil der Hochzufriedenen hat weiter abgenommen. Nach diesem drastischen Rückgang der Zufriedenheit im Jahr 1991 ist ein zwar kontinuierlicher, jedoch sehr langsamer Anstieg zu beobachten. Der Abstand zwischen ost- und westdeutschem Mittelwert erreichte 1991 mit 1,3 Skalenpunkten sein Maximum. Seitdem gleichen sich beide Werte an, 1993 betrug die Differenz 1,0 Skalenpunkte und 1995 noch 0,6 Skalenpunkte.

Wie weit verbreitet die Hoffnungen auf einen Anstieg der Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland waren, erweist sich bei einem Vergleich der aktuellen Zufriedenheit mit der in fünf Jahren erwarteten Lebenszufriedenheit (vgl. Abb. 2). Im Jahr

Abb. 2: Gegenwärtige Lebenszufriedenheit im Vergleich zur erwarteten Lebenszufriedenheit in fünf Jahren



Datenbasis: SOEP 1990–1995.

1990 rechnete mehr als die Hälfte der ostdeutschen Befragten mit einem Anstieg, nur ein Fünftel befürchtete einen Rückgang. Diese Erwartungen wurden 1991 noch verstärkt – und offensichtlich von der tatsächlichen Entwicklung enttäuscht. Denn seitdem sinkt der Anteil derjenigen, die einen Anstieg ihrer Lebenszufriedenheit erwarten, drastisch ab: von zwei Dritteln im Jahr 1991 auf fast ein Drittel der Befragten im Jahr 1995. Spiegelbildlich hierzu steigt der Anteil derjenigen, die mit einem Rückgang der Lebenszufriedenheit rechnen. In Westdeutschland hat sich das Bild von 1991 bis 1995 kaum verändert. Nahezu jeder zweite Befragte geht davon aus, daß sich die eigene Lebenszufriedenheit in den nächsten Jahren nicht ändern wird. Nur jeder vierte erwartet einen Anstieg und nur jeder dritte rechnet mit einem Rückgang. Im Jahr 1993 betrug der Abstand zwischen beiden Gruppen 11 Prozentpunkte. Seitdem nähern sich die Größen beider Gruppen kontinuierlich an.

2.2 Negative Komponenten des Wohlbefindens

Zu den negativen Komponenten des subjektiven Wohlbefindens werden Sorgen und Anomiesymptome gerechnet. Im Gegensatz zum Globalmaß der allgemeinen Lebenszufriedenheit beziehen sich die Sorgen auf einzelne Lebensbereiche, wie beispielsweise Arbeit oder Wohnen. Die meisten Sorgen äußern die Befragten in Ost- und Westdeutschland im Hinblick auf gesamtgesellschaftliche Aspekte (Tab. 2). An vorderster Stelle steht hierbei die Entwicklung der Kriminalität in Deutschland. Die Hälfte der Westdeutschen und fast drei Viertel der ostdeutschen Bevölkerung machen sich darüber große Sorgen. Mit Sorge werden auch der Schutz der Umwelt, die Erhaltung des Friedens, die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und die Entwicklung der Arbeitslosigkeit betrachtet.

Deutlich geringer sind die Sorgenäußerungen bei Aspekten, die sich auf die persönliche Situation beziehen. Im Jahr 1993 stieg in Westdeutschland der Anteil derjenigen, die sich Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung machten, auf 40 %. Zum gleichen Zeitpunkt machten sich aber nur 14 % der Befragten große Sorgen um ihre eigene wirtschaftliche Situation, und 7 % sorgten sich um die Sicherheit des Arbeitsplatzes. In Ostdeutschland fällt diese Diskrepanz wegen der größeren persönlichen Betroffenheit deutlich geringer aus. Im Jahr 1995 machen sich 25 % der Ostdeutschen große Sorgen um ihre eigene wirtschaftliche Situation, 24 % der ostdeutschen Erwerbstätigen sorgen sich um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes, 21 % der Befragten befürchten, weiterhin nicht in ihrer Wohnung bzw. in ihrem Haus wohnen zu können. Diese Anteile sind nahezu doppelt bzw. sogar dreimal so groß wie die entsprechenden Anteile in Westdeutschland.

Vergleicht man die zeitliche Entwicklung der Sorgenäußerungen mit der Zeitreihe der erwarteten Veränderung der Lebenszufriedenheit (vgl. Abb. 2 und Tab. 2), dann zeigt sich für Ostdeutschland ein bemerkenswertes Phänomen. Im Jahr 1991 erreichte das Ausmaß der Sorgen das Maximum: mehr als ein Drittel der Ost-

Tab. 2: Sorgen in West- und Ostdeutschland, 1990–1995

	„Große Sorgen“ um . . .						
	Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung	Eigene wirtschaftliche Situation	Sicherheit des Arbeitsplatzes	Umweltschutz	Erhaltung des Friedens	Weiter in Wohnung oder Haus wohnen zu können	Kriminalität in Deutschland
	in %						
Westdeutschland							
1990	19	13	8	62	26	–	–
1991	19	11	6	52	42	–	–
1992	24	14	8	58	38	–	–
1993	40	14	7	51	44	7	–
1994	37	18	10	40	42	7	53
1995	25	15	10	45	43	7	52
Ostdeutschland							
1990	36	28	38	58	41	–	–
1991	46	37	46	46	47	–	–
1992	35	30	36	58	50	–	–
1993	40	28	23	49	53	18	–
1994	40	25	22	37	54	18	74
1995	27	25	24	42	52	21	71

Datenbasis: SOEP 1990–1995.

deutschen sorgte sich um die eigene wirtschaftliche Situation, fast jeder zweite ostdeutsche Erwerbstätige machte sich große Sorgen um die Sicherheit des Arbeitsplatzes. Wie die spätere Entwicklung zeigte, war dies nicht Ausdruck einer ostdeutschen „Jammer-Mentalität“, sondern die Vorwegnahme tatsächlich eintretender Umbruchbelastungen. Zum gleichen Zeitpunkt war jedoch der Anteil derjenigen, die mittelfristig einen Anstieg ihrer Lebenszufriedenheit erwarteten, ebenfalls am größten. Dieser Zusammenhang von Sorgen und erwarteter Verbesserung wird verständlich, wenn man sich den Optimismus jener Zeit vergegenwärtigt. In den ersten Jahren nach der Wende waren nicht nur die Westdeutschen, sondern auch die Ostdeutschen mehrheitlich davon überzeugt, daß die Probleme des Umbruchs innerhalb weniger Jahre zu bewältigen sein werden. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Ab 1991 kann zwar ein deutlicher Rückgang der Sorgenäußerungen in den meisten Lebensbereichen beobachtet werden. Alles in allem bestehen auch 1995 in diesem Bereich jedoch noch erhebliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland.

Wesentlich geringer fallen zu diesem Zeitpunkt die Ost-West-Differenzen hinsichtlich der sogenannten Anomiesymptome aus, die sich beispielsweise auf eine allgemeine Unsicherheit oder Orientierungslosigkeit beziehen (vgl. Tab. 3). Der Aussage, daß die Arbeit keine Freude macht, stimmen 16% sowohl der ost-

Tab. 3: Anomiesymptome

	Anomiesymptome			
	Keine Zu- versicht	Öfter Ein- samkeits- gefühle	Arbeit- macht keine Freude	Verhältnis- se sind zu kompliziert geworden
	„Stimmt ganz und gar“ und „stimmt eher“ in %			
Westdeutschland				
1992	40	21	16	16
1993	44	24	16	18
1995	34	24	16	18
Ostdeutschland				
1990	38	20	16	30
1991	44	19	16	33
1992	41	19	16	32
1993	39	21	16	28
1995	39	21	16	28

Datenbasis: SOEP 1990–1995.

deutschen als auch der westdeutschen Befragten zu. Annähernd gleiche Zustimmung in Ost und West finden auch die Dimensionen der Einsamkeit und der Zukunftszuversicht. Deutliche Unterschiede zeigen sich dagegen bei der Zustimmung zur Aussage, daß die Verhältnisse so kompliziert geworden sind und man sich deshalb fast nicht mehr zurechtfindet. Dieser Feststellung stimmt 1991 immerhin ein Drittel der Ostdeutschen zu – ein Wert, der bei den enormen gesellschaftlichen Umbrüchen, die die Menschen zu verarbeiten hatten, nicht überraschen kann. Erstaunlich ist dagegen, daß dieser Anteil in den folgenden Jahren nicht deutlich abnimmt, sondern 1995 noch immer bei 28 % liegt.

2.3 Subjektives Wohlbefinden bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen

Beachtenswerte Differenzen hinsichtlich des subjektiven Wohlbefindens existieren nicht nur zwischen Ost- und Westdeutschland, sie sind auch zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen zu beobachten. Die Identifikation von Problemlagen ist hierbei von besonderer gesellschaftspolitischer Bedeutung. Ältere Menschen und Personen, die in Haushalten mit geringem Einkommen leben, sind vergleichsweise häufig mit ihrem Leben unzufrieden (vgl. Tab. 4).

Besonders stark ausgeprägt sind die Unterschiede jedoch zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen. Jeder vierte Arbeitslose ordnet sich im unteren Bereich der Zufriedenheitsskala ein. Bei den Erwerbstätigen sind es dagegen nur 6 % in

Tab. 4: Die Zufriedenheit mit dem Leben und Zukunftszuversicht
in einzelnen Bevölkerungsgruppen

	Allgemeine Lebenszufriedenheit ¹				Gegenwärtige Lebenszufriedenheit im Vergleich zur erwarteten Lebenszufriedenheit in fünf Jahren			
	Eher unzufrieden (0-4)		Eher zufrieden (6-10)		Rückgang erwartet		Anstieg erwartet	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %							
Insgesamt	9	12	78	68	27	24	25	37
Geschlecht								
Männer	9	11	80	70	28	23	26	40
Frauen	9	13	76	66	27	25	24	34
Alter								
18-34 Jahre	8	10	82	75	18	15	39	53
35-59 Jahre	9	14	78	63	25	22	25	36
über 60 Jahre	11	12	74	65	41	39	9	17
Einkommen ¹								
oberstes Quintil	5	8	87	76	25	23	26	29
unterstes Quintil	12	17	70	57	27	17	29	51
Haushaltsgröße								
Einpersonenhaushalte	14	14	69	59	28	31	25	31
Mehrpersonenhaushalte	7	12	80	70	27	23	25	38
Erwerbsstatus								
Erwerbstätig	6	9	83	74	23	20	30	40
Arbeitslos	25	25	58	45	27	17	40	51

1 Zufriedenheitsskala von 0 (= ganz und gar unzufrieden) bis 10 (= ganz und gar zufrieden).

2 Bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen.

Datenbasis: SOEP 1995.

Westdeutschland bzw. 9 % in Ostdeutschland, die eher unzufrieden mit ihrem Leben sind. Die Hoffnung, daß es sich bei der Arbeitslosigkeit und den damit verbundenen Einbußen des Wohlbefindens nur um einen vorübergehenden Zustand handelt, wird durch die Tatsache belegt, daß in dieser Bevölkerungsgruppe die Erwartung auf einen Anstieg der Lebenszufriedenheit besonders groß ist. Jeder zweite Arbeitslose in Ostdeutschland und 40 % der westdeutschen Erwerbslosen rechnen mit einer mittelfristigen Verbesserung. Ebenso groß sind die Erwartungen nur noch bei einer Bevölkerungsgruppe: den Jüngeren. Bei den über 60jährigen erhofft dagegen nur ein relativ geringer Teil eine Verbesserung der Lebenszufriedenheit. Zwischen Männern und Frauen gibt es nur geringfügige Unterschiede hinsichtlich der Lebenszufriedenheiten.

Ein vergleichbares Bild ergibt die Analyse der Sorgensymptome in einzelnen Bevölkerungsgruppen (vgl. Tab. 5). Jeder zweite Arbeitslose sorgt sich um die eigene wirtschaftliche Situation, ein Drittel der ostdeutschen Erwerbslosen befürchtet, in

Tab. 5: Sorgen in einzelnen Bevölkerungsgruppen

	„Große Sorgen“ um ...									
	Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung		Eigene wirtschaftliche Situation		Sicherheit des Arbeitsplatzes		Weiter in Wohnung oder Haus wohnen zu können		Kriminalität in Deutschland	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %									
Insgesamt	25	27	15	25	10	24	7	21	52	71
Geschlecht										
Männer	25	26	15	25	10	23	6	19	50	66
Frauen	25	28	15	25	9	26	8	22	55	74
Alter										
18–34 Jahre	19	22	17	26	10	20	7	18	41	58
35–59 Jahre	28	30	17	30	10	29	7	24	50	73
über 60 Jahre	28	30	10	15	4	10	8	20	67	84
Einkommen ¹										
oberstes Quintil	19	26	4	10	5	18	3	14	48	68
unterstes Quintil	28	29	25	43	16	30	11	29	52	63
Haushaltsgröße										
Einpersonenhaushalte	25	26	14	24	9	22	6	25	54	72
Mehrpersonenhaushalte	25	28	15	25	10	25	7	20	52	70
Erwerbsstatus										
Erwerbstätig	23	26	14	22	9	24	5	18	45	67
Arbeitslos	34	36	46	52	–	–	9	34	60	69

1 Bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen.

Datenbasis: SOEP 1995.

Zukunft nicht mehr in der bisherigen Wohnung wohnen zu können. Mit 29% ist dieser Anteil bei einkommensschwachen Ostdeutschen fast ebenso groß. Die wirtschaftliche Lage in diesen Gruppen ist offensichtlich so prekär, daß ein großer Teil erwartet, bei einer Erhöhung der Miete sich eine andere, d.h. vor allem billigere Wohnung suchen zu müssen. Bei den Älteren dominiert dagegen die Sorge um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung – vor allem jedoch um die Entwicklung der Kriminalität in Deutschland. Relativ gering sind in dieser Altersgruppe dagegen die Anteile derjenigen, die sich um die eigene wirtschaftliche Situation sorgen. Die hier aufgefundenen gruppenspezifischen Muster des subjektiven Wohlbefindens stimmen nicht nur in Ost- und Westdeutschland annähernd überein, sie sind auch zeitlich stabil. Dies gilt vor allem für die Dimension der Anomie (vgl. Tab. 6).

In beiden Teilen der Bundesrepublik lassen sich vor allem bei den Älteren und den Arbeitslosen überdurchschnittlich häufig Anomiesymptome beobachten. Der durch das Lebensalter bzw. die Arbeitslosigkeit erzwungene Ausschluß von einem

Tab. 6: Anomiesymptome in einzelnen Bevölkerungsgruppen

	Anomiesymptome							
	Keine Zuversicht		Öfter Einsamkeitsgefühle		Arbeit macht keine Freude		Verhältnisse sind zu kompliziert geworden	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	„Stimmt ganz und gar“ und „stimmt eher“ in %							
Insgesamt	34	39	24	21	16	16	18	28
Geschlecht								
Männer	33	36	18	17	16	15	14	25
Frauen	35	42	29	25	16	17	21	30
Alter								
18–34 Jahre	22	26	19	18	16	15	11	16
35–59 Jahre	35	43	21	20	17	18	15	26
über 60 Jahre	47	50	34	29	14	13	29	48
Einkommen ¹								
oberstes Quintil	27	32	22	19	15	15	12	22
unterstes Quintil	37	43	26	22	22	18	24	29
Haushaltsgröße								
Einpersonenhaushalte	42	47	46	40	21	17	23	39
Mehrpersonenhaushalte	32	37	18	18	15	16	16	26
Erwerbsstatus								
Erwerbstätig	28	30	17	16	16	16	11	17
Arbeitslos	47	58	36	29	–	–	36	35

1 Bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen.

Datenbasis: SOEP 1995.

wesentlichen Teil des Lebens – der Arbeit – bringt nicht nur materielle Einbußen mit sich. Er kann in einer um Arbeit und Beruf zentrierten Gesellschaft auch zur sozialen Isolation führen, die sich in vermehrten Einsamkeitsgefühlen und Orientierungsproblemen widerspiegelt.

2.4 Bewertung des Transformationsprozesses

Die Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens in West- und Ostdeutschland dokumentieren nicht zuletzt das nach wie vor erkennbare Wohlfahrtsgefälle zwischen beiden Landesteilen. Gerade dann, wenn die erhoffte und durch politische Akteure auch versprochene schnelle Angleichung der Lebensverhältnisse langsamer zustandekommt, als viele erwartet haben, kommt den entsprechenden Bewertungen der Bürger eine besondere Bedeutung zu. Die Einschätzung zur Entwicklung der Lebensbedingungen seit 1990, die individuelle Einstufung des Verlaufs der per-

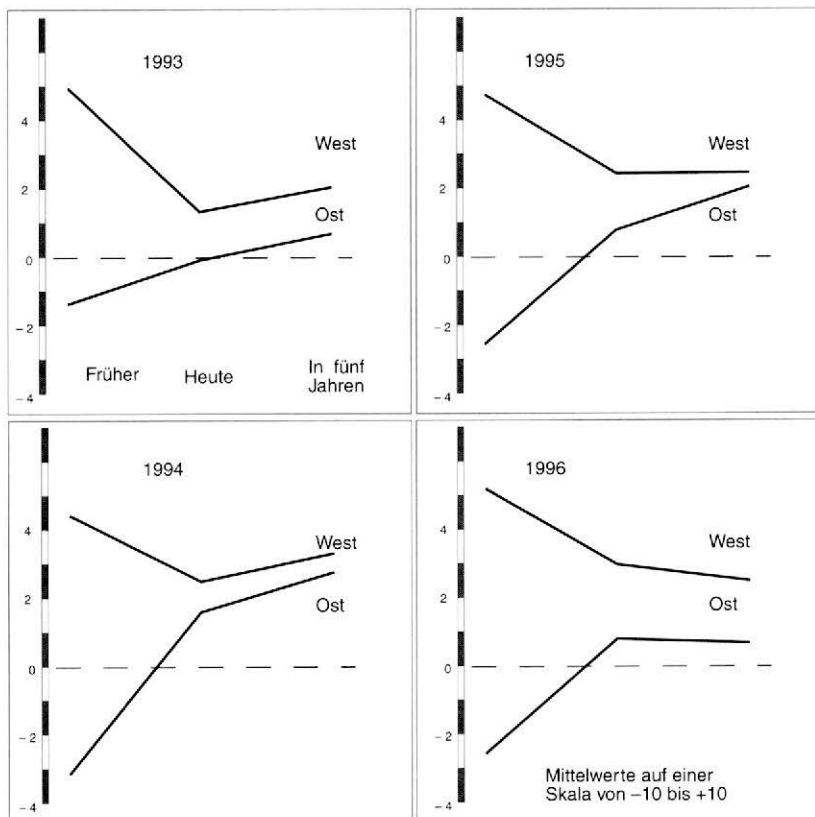
Tab. 7: Indikatoren der Bewertung des Transformationsprozesses

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	1993	1994	1995	1996	1993	1994	1995	1996
	in %							
Lebensbedingungen haben sich seit 1990 . . .								
eher verbessert	10	17	21	21	48	59	61	48
eher verschlechtert	31	19	30	28	23	17	17	19
kein großer Unterschied	59	64	48	51	29	24	23	33
Verlauf der Lebensverhältnisse seit 1990 ¹								
gleichbleibend	–	41	30	40	–	17	13	21
auf und ab	–	10	7	7	–	15	15	16
insgesamt steigend	–	28	28	26	–	47	47	40
insgesamt fallend	–	21	35	26	–	32	26	22
Bewertung der wirtschaftlichen Situation des eigenen Haushalts								
verbessert	–	23	19	19	–	58	59	50
etwa gleich	–	59	51	55	–	26	25	30
verschlechtert	–	18	30	26	–	16	16	19
Mittelwerte auf einer Skala von – 10 bis + 10								
Bewertung des politischen Systems: vor 1989, heute, in fünf Jahren								
vor 1989	–	4.5	4.8	5.1	–	–3.1	–2.6	–2.7
heute	–	2.8	2.4	3.0	–	1.6	1.4	0.8
in fünf Jahren	–	3.3	2.4	2.5	–	2.3	2.0	0.7
Bewertung des wirtschaftlichen Systems: vor 1989, heute, in fünf Jahren								
vor 1989	–	5.0	5.5	5.7	–	–2.0	–2.2	–0.7
heute	–	2.5	2.2	2.5	–	2.9	3.2	2.0
in fünf Jahren	–	3.3	2.3	1.7	–	3.9	3.2	1.6
Bewertung des sozialen Systems: vor 1989, heute, in fünf Jahren								
vor 1989	–	–	–	6.0	–	–	–	6.3
heute	–	–	–	2.1	–	–	–	0.3
in fünf Jahren	–	–	–	0.0	–	–	–	–1.7

1 Vorgegeben waren auch verschiedene grafisch dargestellte Verläufe der persönlichen Lebensverhältnisse, anhand derer sich die Befragten einordnen konnten.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993, Buseinschaltungen 1994, 1995, 1996.

Abb. 3: Die Bewertung des politischen Systems
– früheres System – heutiges System – zukünftiges System



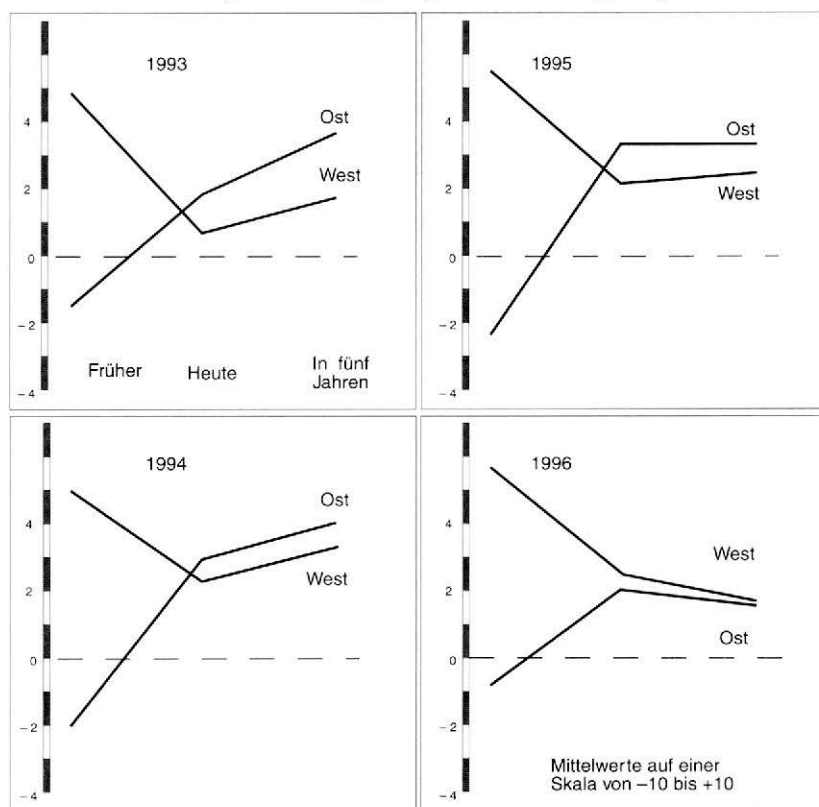
Datenbasis: Buseinschaltungen 1993, 1994, 1995, 1996.

sönlichen Lebensverhältnisse seit 1990 sowie die Einschätzung der wirtschaftlichen Situation des eigenen Haushalts im Vergleich zu früher stellen deshalb drei wichtige übergreifende Indikatoren der Bewertung des Transformationsprozesses dar. Ergänzt wird dies zudem durch die jeweilige vergleichende Bewertung des politischen, des wirtschaftlichen und des sozialen Systems heute, vor 1989 und in fünf Jahren. Mit diesen Informationen wird zugleich die Brücke zwischen der eigenen Situation und zentralen Dimensionen des deutschen Sozialstaates hergestellt.

Bei der Einschätzung der Lebensbedingungen, des wahrgenommenen Verlaufs der Lebensverhältnisse und der Entwicklung der wirtschaftlichen Situation des eigenen Haushalts seit 1990 bleibt die mit großer Mehrheit positive Bewertung in Ost-

deutschland seit 1993 im wesentlichen stabil, wenn auch zum Jahresende 1996 lediglich knapp die Hälfte eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen wahrnimmt. In Westdeutschland votiert eine Mehrheit bei allen drei Indikatoren praktisch durchgängig für „etwa gleich“, aber die negativen Einschätzungen nehmen seit 1995 zu. Hier bietet sich die Interpretation an, daß die breite Mehrheit in Westdeutschland bis 1994 die Transformation vorwiegend als ostdeutsches Phänomen angesehen hat, seit dieser Zeit jedoch auch verstärkt Auswirkungen im eigenen, westdeutschen Landesteil wahrnimmt. Die Daten für das Jahr 1996 machen bei allen erkennbaren Unterschieden auch darauf aufmerksam, daß neben den überwiegend transformationsbedingten Einschätzungen auch die gesamtdeutsche wirtschaftliche Krise in den Bewertungen der Bürger zum Ausdruck kommt.

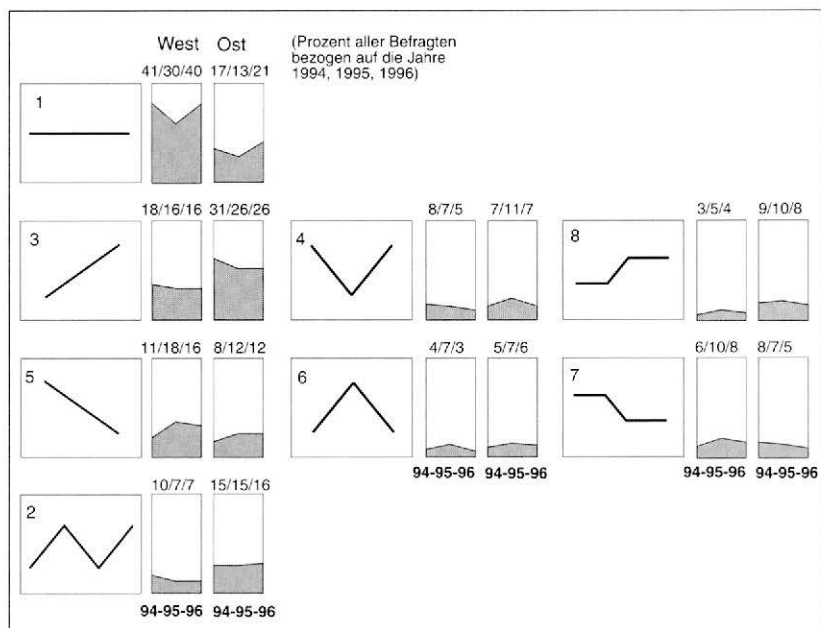
Abb. 4: Die Bewertung des Wirtschaftssystems
– früheres System – heutiges System – zukünftiges System



Datenbasis: Buseinschaltungen 1993, 1994, 1995, 1996.

Die Wirtschaftskrise und die Finanzierungskrise sozialstaatlicher Sicherungssysteme bleiben somit nicht ohne Wirkung auf die entsprechenden Wahrnehmungen der Bürger. Die vergleichenden Bewertungen des politischen und ökonomischen Systems heute, vor 1989 und in fünf Jahren liegen im Jahre 1995 zwischen den Bewertungen der Jahre 1993 und 1994 und haben sich 1996 im Bereich der Politik in Westdeutschland leicht verbessert (vgl. Abb. 3 und 4). In

Abb. 5: Verlauf der persönlichen Lebensverhältnisse seit 1990



Datenbasis: Buseinschaltungen 1994, 1995, 1996.

Ostdeutschland allerdings hat sich die Bewertung des politischen Systems ebenso wie die des ökonomischen Systems weiter verschlechtert. Beachtenswert ist darüber hinaus, daß die ostdeutsche Bevölkerung das frühere ökonomische System der DDR (vor 1989) nicht mehr so negativ beurteilt wie in den Jahren zuvor. Die in Westdeutschland bereits 1995 erkennbare, eher zurückhaltende oder auch negative Zukunftseinschätzung setzt sich im Jahre 1996 in beiden Landesteilen fort. Die Bewertung des zukünftigen politischen Systems wird im Vergleich zu heute leicht pessimistisch, die des wirtschaftlichen Systems sogar deutlich pessimistisch gesehen. In Ost- und Westdeutschland wird zudem die Zukunft des Netzes der sozialen Sicherung sehr skeptisch beurteilt. Vor allem im Vergleich mit der jeweiligen Situation vor der deutschen Vereinigung und dem heutigen sowie dem

zukünftig erwarteten System wird damit ein durchgreifender Vertrauensverlust erkennbar. Was im Trend bereits bei den entsprechenden Zufriedenheitsfragen zu beobachten ist, schlägt offenbar auf die Systembewertungen durch. Die heute geäußerte Projektion der Zukunftsaussichten zeichnet ein insgesamt eher düsteres Bild.

Die Bewertung des Verlaufes der persönlichen Lebensumstände von 1990 bis heute zeigt, daß sich dieser Pessimismus nicht auf etwaige Verschlechterungen der objektiven Lebensbedingungen zurückführen läßt (vgl. Abb. 5). Fragt man die Deutschen in Ost und West danach, welches der 8 Piktogramme diesen Verlauf am besten wiedergeben würde, dann entscheiden sich im Jahr 1996 vier von zehn Westdeutschen für „gleichbleibend“ (Piktogramm 1) und vier von zehn Ostdeutschen für „insgesamt steigend“ (Piktogramme 3, 4 und 8). Nur 16 % der Westdeutschen und 12 % der Ostdeutschen meinen, daß der Verlauf ihrer Lebensbedingungen seit der Wende vom Bild „andauernd fallend“ (Piktogramm 5) am besten wiedergegeben wird. Ein Vergleich der Angaben für die Jahre 1994, 1995 und 1996 macht deutlich, daß die Bewertungen über die Zeit verhältnismäßig stabil ausfallen.

Dies führt zu der Interpretation, daß die Wohlfahrtsentwicklung insgesamt, zu der das subjektive Wohlbefinden mit Zufriedenheiten und Zukunftseinschätzungen gehört, im Vergleich zu früheren Zeitpunkten deutlich instabiler geworden ist. Und mit einer Verzögerungszeit von mehreren Jahren werden auch in Westdeutschland negative Reaktionen beobachtet, wo sich die Bevölkerung ja zunächst mit der Vereinigung und den damit einhergehenden Probleme wenig zu beschäftigen schien. Diese Reaktionen folgen dem Schema, daß zunächst die allgemeine Lage und die allgemeinen Zukunftsaussichten negativer eingeschätzt werden, während die persönliche Situation noch als gut gilt. Aber eine sich verschlechternde Stimmung ist eine „soziale Tatsache“ und könnte sich in andere Bereiche hinein fortpflanzen.

(Thomas Bulmahn/Roland Habich)

3 Zufriedenheit in Lebensbereichen

Die Menschen bewerten die verschiedenen Lebensbereiche, wie z. B. Familie, Arbeit oder öffentliche Sicherheit, ganz unterschiedlich. Die Wahrnehmungen der Bereiche stehen dabei im Zusammenhang mit der jeweiligen objektiven Situation. Mit einem hohen Einkommen sind die Menschen in der Regel zufriedener als mit einem niedrigen. Zugleich spielen aber auch individuelle Maßstäbe, Anspruchsniveaus oder Vergleiche mit Bezugspersonen eine besondere Rolle für das Ausmaß an Zufriedenheit oder Unzufriedenheit. Für das Ziel einer Angleichung der Lebensverhältnisse in West- und Ostdeutschland sind die Beurteilungen der Bevölkerung über ihre Lebensbedingungen von großer Bedeutung. Sie geben nicht nur Auskunft über die Angleichung der materiellen Lebensumstände, sondern auch darüber, wie die Ostdeutschen den Abstand zu den westdeutschen Verhältnissen einschätzen.

Die Zufriedenheitswerte können auch als Maßstab für Ungleichheiten in der Gesellschaft interpretiert werden. Der Vergleich der Zufriedenheiten von verschiedenen Bevölkerungsgruppen gibt Aufschluß darüber, welche Gruppen in der Gesellschaft zu den eher privilegierten oder den eher unterprivilegierten im Hinblick auf das subjektive Wohlbefinden zählen. Als eine große Differenzierungslinie erweist sich dabei immer noch die Grenze zwischen West- und Ostdeutschland. Die ostdeutsche Bevölkerung weist auch fünf Jahre nach der Vereinigung noch ein deutlich niedrigeres Wohlbefinden auf als die westdeutsche. Dies ist nicht nur ein Ausdruck für die nach wie vor schlechteren materiellen Lebensbedingungen in den neuen Bundesländern, sondern auch ein Zeichen für die geringe Geschwindigkeit bei der Anpassung und vielleicht auch eine Kritik an der Richtung der gesellschaftlichen Veränderungen aus der Sicht der ostdeutschen Bevölkerung. Die Beobachtung von Zufriedenheitswerten über die Zeit läßt zugleich Rückschlüsse auf Veränderungen in der objektiven Lage zu. Der Anstieg der Zufriedenheit mit der Umweltsituation in Ostdeutschland ist hierfür ein Beispiel.

Die positiven oder auch die negativen Bewertungen bestimmter Lebensbereiche geben auch Hinweise auf „horizontale“ Ungleichheiten in der Gesellschaft. Anders als bei einer „vertikalen“ Rangordnung, z.B. nach Einkommen oder Bildung, stellt sich jedoch die Frage nach dem Maßstab. Wie und nach welchem Standard können so unterschiedliche Bereiche wie Gesundheit oder Umweltschutz in eine Rangfolge gebracht werden? Eine Lösung des Problems besteht darin, eine einheitliche Skala zur Messung der Zufriedenheiten in den verschiedenen Lebensbereichen zu verwenden. Sie reicht von 0 bis 10, und die Befragten entscheiden für die jeweiligen Lebensbereiche, ob sie die „10“ wählen und damit hochzufrieden sind, ob sie die „0“ wählen und damit sehr unzufrieden sind, oder ob sie mit den Werten zwischen „0“ und „10“ ihr Urteil abstufen. Die Zufriedenheitsfragen richten sich zum größten Teil an die Gesamtbevölkerung und in einzelnen Bereichen an Teilgruppen, wie z.B. Erwerbstätige, da nur sie die Frage nach der Zufriedenheit mit der Arbeit beantworten können. In der folgenden Tabelle 1 werden für jeden

Tab. 1: Zufriedenheit mit den Lebensbereichen

		Zufriedenheit in Lebensbereichen				
		Jahr	Anteil „eher unzufrieden“	Anteil „eher zufrieden“	darunter: „hochzu- frieden“	Mittelwert
Gesundheit	West	1990	17	67	9	6,6
		1991	17	68	9	6,6
		1992	17	70	9	6,6
		1993	18	68	9	6,5
		1994	19	67	8	6,4
		1995	19	67	7	6,4
	Ost	1990	11	76	18	6,6
		1991	17	65	12	6,6
		1992	17	66	9	6,6
		1993	18	65	8	6,5
		1994	19	63	7	6,3
		1995	18	64	5	6,3
Arbeit	West	1990	9	81	12	7,3
		1991	9	80	9	7,2
		1992	7	84	9	7,4
		1993	9	79	9	7,1
		1994	10	78	9	7,0
		1995	13	77	8	6,9
	Ost	1990	11	76	18	7,2
		1991	21	64	12	6,4
		1992	14	74	9	6,8
		1993	14	74	9	6,8
		1994	13	74	7	6,8
		1995	15	71	9	6,7
Haushaltseinkommen	West	1990	14	70	9	6,7
		1991	12	75	10	6,9
		1992	14	73	8	6,7
		1993	15	70	8	6,6
		1994	18	66	8	6,4
		1995	16	68	8	6,5
	Ost	1990	28	49	6	5,5
		1991	41	37	2	4,8
		1992	38	38	1	4,9
		1993	32	47	2	5,3
		1994	31	50	3	5,4
		1995	29	52	3	5,6
Lebensstandard	West	1991	7	82	10	7,3
		1992	9	80	9	7,1
		1993	7	82	11	7,3
		1995	9	80	11	7,2
	Ost	1990	15	63	8	6,3
		1991	21	56	4	5,9
		1992	21	54	2	5,8
		1993	16	65	3	6,2
		1995	13	69	4	6,5

Noch Tab. 1

Freizeit	West	1990	17	71	16	6,9
		1991	16	72	16	7,0
		1992	14	75	16	7,0
		1993	15	73	16	7,0
		1994	16	73	15	7,0
		1995	17	72	16	6,9
	Ost	1991	22	63	14	6,4
		1992	22	63	12	6,3
		1993	23	62	11	6,2
		1994	24	61	10	6,2
		1995	22	65	12	6,4
Wohnung	West	1990	8	84	22	7,7
		1991	7	86	23	7,8
		1992	8	85	21	7,7
		1993	7	85	22	7,8
		1994	8	85	22	7,7
		1995	8	85	20	7,7
	Ost	1990	17	71	25	6,9
		1991	16	70	16	6,9
		1992	18	68	10	6,6
		1993	18	69	13	6,7
		1994	16	71	13	6,8
Angebot Waren, Dienstleistungen	West	1991	14	76	16	7,1
		1992	9	83	16	7,5
		1993	-	-	-	-
		1994	14	76	14	7,0
	Ost	1990	68	16	2	3,2
		1991	31	54	7	5,7
		1992	27	60	12	6,0
		1994	25	61	7	6,0
Umwelt	West	1991	16	66	6	6,4
		1992	17	65	4	6,3
		1993	22	58	4	5,9
		1994	14	71	7	6,6
		1995	19	63	3	6,1
	Ost	1990	67	18	1	3,1
		1991	54	28	2	4,1
		1992	54	28	1	4,2
		1993	44	35	1	4,6
		1994	31	50	2	5,5
Tätigkeit im Haushalt	West	1995	31	47	1	5,3
		1990	13	69	11	6,7
		1992	-	-	-	-
		1993	14	67	9	6,5
		1994	14	66	9	6,5
	Ost	1995	15	65	8	6,4
		1993	16	61	8	6,4
		1994	16	60	6	6,3
		1995	16	62	7	6,3

Fehlende Jahre: Indikator nicht erhoben.

Datenbasis: SOEP 1990-1995.

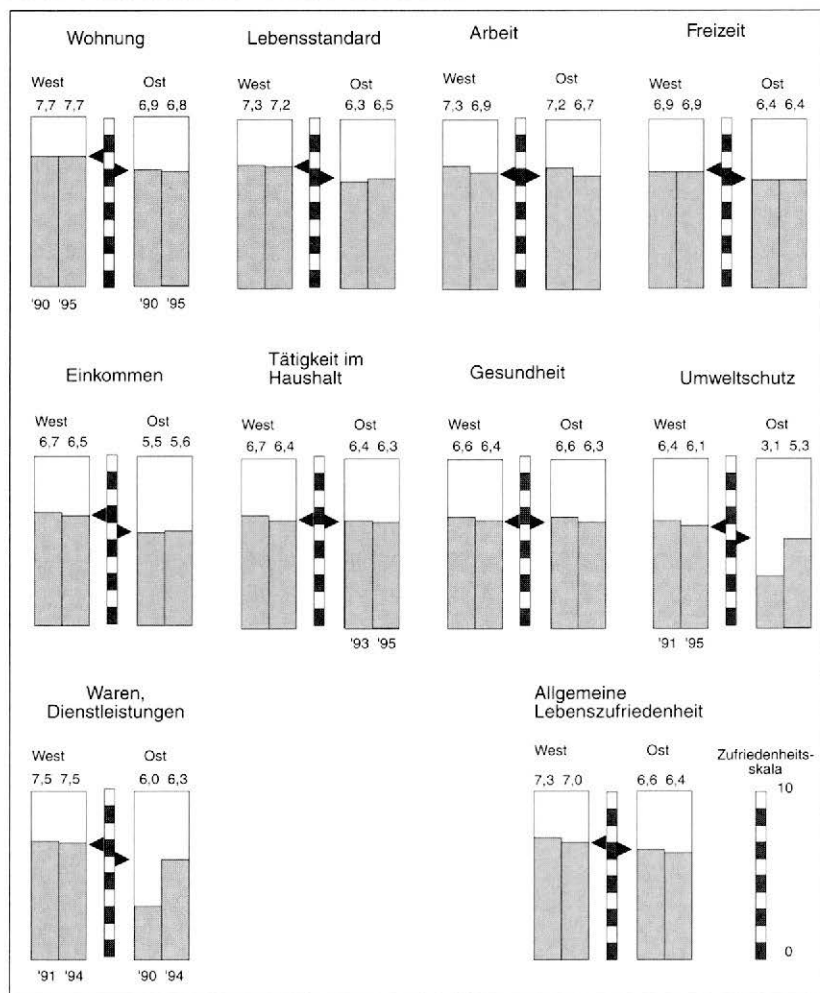
Bereich die „eher Zufriedenen“ und die „eher Unzufriedenen“ ausgewiesen, wobei die Werte „6“ bis „10“ als Zufriedenheit und die Werte „0“ bis „4“ als Unzufriedenheit interpretiert werden. In der Tabelle 1 spiegelt die Reihenfolge der Lebensbereiche zugleich die Rangfolge der Zufriedenheitswerte im Jahr 1995 wider.

In Westdeutschland werden Aspekte, die den materiellen Lebensstandard bestimmen, hoch bewertet. Die Bevölkerung ist mit der „Wohnung“, dem „Lebensstandard“ und dem „Angebot an Waren und Dienstleistungen am Ort“ zufriedener als mit anderen Bereichen. Auch die ostdeutsche Bevölkerung bewertet die materiellen Lebensumstände nicht schlecht, denn sie sind mit der Wohnung, der Arbeit (sofern die Menschen erwerbstätig sind) und dem Lebensstandard relativ zufrieden. In beiden Landesteilen wird die Wohnung, die als Privatsphäre individuell gestaltbar ist, am höchsten und der „Zustand der Umwelt in der Region“ als quasi öffentlicher Bereich am schlechtesten beurteilt. Das Zufriedenheitsniveau in West- und Ostdeutschland unterscheidet sich allerdings noch ganz erheblich. Während im Westen die Spannweite der Werte von 7,7 als höchste Zufriedenheit bei der Wohnung bis hin zu 6,1 für die Umwelt geht, reichen die Werte für diese Lebensbereiche in Ostdeutschland von 6,8 bis 5,3. Hier liegen die Zufriedenheiten vor allem in den Bereichen, die stark auf die objektive, materielle Lage Bezug nehmen, etwa einen Skalenpunkt unter den westdeutschen Werten, beispielsweise in den Bereichen Einkommen, Wohnung, Lebensstandard, Warenangebot und Umweltsituation in der Region. Mit dem Haushaltseinkommen und der Wohnung sind zum Beispiel in Ostdeutschland jeweils doppelt so viele unzufrieden wie in Westdeutschland (29 % im Vergleich zu 16 % bzw. 16 % im Vergleich zu 8 %).

Die Rangfolge in beiden Landesteilen ist ebenfalls nicht identisch. Während die Bevölkerung in den alten Bundesländern mit dem „Angebot an Waren und Dienstleistungen am Ort“ zufrieden ist (Rangplatz 3, Mittelwert 7,0), liegt die Bewertung dieses Bereichs in den neuen Ländern auf dem drittletzten Platz (Mittelwert 6,0). Dieser für die DDR-Gesellschaft typische Mangel ist offensichtlich im neuen Wirtschaftssystem nicht zur vollen Zufriedenheit beseitigt worden. Auch beim Haushaltseinkommen zeigt sich eine größere Diskrepanz, da die Ostdeutschen deutlich unzufriedener sind als die Westdeutschen (im Durchschnitt 5,6 in Ostdeutschland und 6,5 im Westen). In diesen Angaben kommt das niedrigere Lohnniveau ebenso wie nicht erfüllte Erwartungen an eine Angleichung in den neuen Ländern zum Ausdruck. Bei den Ostdeutschen rangiert dafür bei den Erwerbstätigen der Bereich „Arbeit“ relativ hoch und erreicht mit einem Mittelwert von 6,7 fast das westdeutsche Niveau von 6,9.

Wird die Bewertung der Lebensbereiche seit 1991 betrachtet, so zeigt sich, daß im Westen die Werte stabil bleiben oder sinken, während sie im Osten tendenziell steigen. Damit findet eine Annäherung statt, die in dieser Form bei der Vereinigung 1990 nicht beabsichtigt war. In Westdeutschland wird 1995 kein Bereich so positiv bewertet wie 1991, wenn auch die Differenzen zum Teil nicht gravierend sind. In sechs von neun Bereichen sind immerhin die Zufriedenheiten auf dem niedrigsten Niveau in der hier betrachteten Zeitreihe, und zwar bei der Wohnung (7,7), der Ar-

Abb. 1: Zufriedenheit mit Lebensbereichen



Datenbasis: SOEP 1990–1995.

beit (6,9), der Freizeit (6,9), der Gesundheit (6,4), der Tätigkeit im Haushalt (6,4) und dem Warenangebot (7,0; 1994). In Ostdeutschland steigen die Bewertungen des materiellen Lebensstandards: von 1991 auf 1995 beim Lebensstandard von 5,9 auf 6,5, beim Einkommen von 4,8 auf 5,6, beim Umweltzustand von 4,1 auf 5,3 und bei dem Warenangebot von 5,7 auf 6,0. Das bedeutet, daß trotz der nach wie vor vorhandenen Unzufriedenheit mit dem Lebensstandard die ostdeutsche Bevölke-

rung Verbesserungen der materiellen Lage wahrnimmt. Im Zeitvergleich schlechtere Werte erhalten hingegen die eher immateriellen Bereiche Gesundheit und Tätigkeit im Haushalt.

Die Zufriedenheitsentwicklung läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Alles in allem spiegeln sich die gewachsenen Belastungen der letzten Jahre in Westdeutschland im sinkenden subjektiven Wohlbefinden wider. In Ostdeutschland wird eine Verbesserung der Situation wahrgenommen, wobei das Niveau noch weit vom westdeutschen entfernt ist. Die Richtung der Veränderung ist in dem hier betrachteten Fünfjahreszeitraum in den meisten Fällen allerdings nicht konstant, sondern schwankt uneinheitlich. Eine weitergehende Annäherung der Werte im Westen an die niedrigen in Ostdeutschland kann jedoch durchaus als gesellschaftliches Krisensymptom gedeutet werden.

3.1 Zufriedenheit nach Bevölkerungsgruppen

Wird die Bevölkerung weiter unterteilt nach bestimmten sozialstrukturellen Kriterien, wie zum Beispiel Geschlecht, Alter oder Bildung, so zeigen sich bestimmte

Tab. 2a: Zufriedenheit von Bevölkerungsgruppen mit Lebensbereichen

Zufriedenheit mit ...		Geschlecht		Alter			Bildung		
		Männer	Frauen	18-34 Jahre	35-59 Jahre	60 Jahre und älter	Hauptschulabschluß	Mittlere Reife	Abitur
Ø									
Gesundheit	West	6,6	6,6	7,0	6,0	5,1	6,1	6,6	6,9
	Ost	6,5	6,2	6,9	5,8	4,8	5,7	6,7	6,8
Arbeit	West	6,9	6,8	6,9	6,9	5,6	6,8	7,1	6,9
	Ost	6,7	6,6	6,7	6,4	–	6,5	6,7	6,9
Lebensstandard	West	7,1	7,2	6,9	7,2	7,7	7,1	7,4	7,4
	Ost	6,4	6,5	6,3	6,4	7,0	6,5	6,4	6,7
Haushaltseinkommen	West	6,5	6,5	6,2	6,6	7,1	6,5	6,7	6,7
	Ost	5,5	6,5	5,3	5,6	6,5	5,7	5,4	5,9
Freizeit	West	6,8	6,9	6,0	7,0	8,4	7,3	6,7	6,2
	Ost	6,3	6,5	5,5	6,8	8,1	7,2	5,8	5,9
Wohnung	West	7,6	7,7	7,3	7,9	8,2	7,8	7,8	7,6
	Ost	6,7	6,8	6,6	6,9	7,4	7,1	6,6	6,5
Umwelt	West	6,2	6,1	6,0	6,1	6,6	6,1	6,3	6,0
	Ost	5,4	5,2	5,2	5,3	5,6	5,4	5,3	5,1
Tätigkeit im Haushalt	West	6,2	6,5	6,3	6,6	6,5	6,5	6,4	6,3
	Ost	6,2	6,4	6,3	6,4	6,1	6,4	6,3	5,9

Datenbasis: SOEP 1995.

Konstellationen von Wohlbefinden. Die Gründe liegen darin, daß diese Bevölkerungsgruppen unterschiedliche Lebensbedingungen vorfinden oder unterschiedliche Ansprüche entwickelt haben. Die Tabellen 2 a und 2 b geben Auskunft über das durchschnittliche Niveau der Zufriedenheiten in den Lebensbereichen für das Jahr 1995.

Das Zufriedenheitsprofil zwischen Männern und Frauen in Westdeutschland ist weitgehend ähnlich. Frauen sind lediglich mit ihrer Tätigkeit im Haushalt zufriedener als Männer. Aus Zeitbudgetstudien ist bekannt, daß Frauen nach wie vor den größten Teil der Hausarbeit leisten und Männer sehr zurückhaltend sind – vor allem bei solchen Arbeiten wie Bügeln oder Bad putzen. In Ostdeutschland sind Frauen etwas unzufriedener mit ihrer Gesundheit als Männer.

Das Alter differenziert das Zufriedenheitsniveau in verschiedenen Lebensbereichen deutlich stärker. Dies gilt für West- wie für Ostdeutschland. In der Regel sind Ältere zufriedener als Jüngere, aus naheliegenden Gründen bildet die Zufriedenheit mit der Gesundheit eine Ausnahme. Mit der Arbeit sind ältere Erwerbstätige ebenfalls deutlich unzufriedener als jüngere. Besonders positiv hebt sich die Bevölkerung über 60 Jahre bei der Bewertung der Freizeit von den Jüngeren zwischen 18 und 34 Jahren ab (Mittelwerte von 8,4 und 6,0 im Westen sowie 8,1 und

Tab. 2 b: Zufriedenheit von Bevölkerungsgruppen mit Lebensbereichen

Zufriedenheit mit . . .		Erwerbsstatus			Einkommen	
		Erwerbstätig	Arbeitslos	Rentner	Unterstes Quintil	Oberstes Quintil
		Ø				
Gesundheit	West	6,9	6,6	5,3	6,3	6,6
	Ost	6,9	6,3	5,1	6,5	6,9
Arbeit	West	7,0	–	–	6,6	7,1
	Ost	6,8	–	–	6,3	7,3
Lebensstandard	West	7,1	6,9	7,6	6,0	6,3
	Ost	6,6	5,7	7,0	5,2	5,7
Haushaltseinkommen	West	6,5	6,0	6,9	5,3	7,5
	Ost	5,7	4,4	6,3	4,2	7,1
Freizeit	West	6,2	7,0	8,3	6,4	6,8
	Ost	5,5	7,0	8,1	6,0	6,1
Wohnung	West	7,6	7,4	8,1	7,0	8,0
	Ost	6,7	6,5	7,3	6,3	7,1
Umwelt	West	6,1	5,9	6,4	6,0	6,3
	Ost	5,3	5,1	5,5	5,2	5,7
Tätigkeit im Haushalt	West	6,4	6,4	6,5	6,1	6,5
	Ost	6,4	6,0	6,4	6,2	6,6

Datenbasis: SOEP 1995.

5,5 in Ostdeutschland). Ältere sind deutlich weniger durch Familien- und Berufsarbeit belastet und verfügen entsprechend über mehr freie Zeit. Diese Differenz erklärt maßgeblich auch die Unterschiede bei der Zufriedenheit mit diesem Lebensbereich. Den Lebensstandard, das Haushaltseinkommen und die Wohnung bewerten Ältere höher, wobei das unterschiedliche Anspruchsniveau hier sicherlich eine Rolle spielt. In diesen Ergebnissen bestätigt sich die Tendenz, daß ältere Menschen generell ein höheres Zufriedenheitsniveau haben als die jüngere Bevölkerung.

Menschen mit höherer Bildung haben auch häufig höhere Ansprüche an die verschiedenen Lebensbedingungen. Es könnte daher gefolgert werden, daß sie sich in ihren Zufriedenheiten negativer als Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen äußern. Die Tabelle 2 a zeigt, daß in beiden Landesteilen Personen mit Hauptschulabschlüssen in der Hälfte der Fälle höhere Zufriedenheitswerte aufweisen als Personen mit Abitur. Sie sind mit der Freizeit, der Wohnung, der Tätigkeit im Haushalt und der Umweltsituation am Ort zufriedener. Personen mit Abitur dokumentieren eine höhere Zufriedenheit mit der Gesundheit, was allerdings auch auf das durchschnittlich geringere Durchschnittsalter dieser Gruppe zurückzuführen ist. Des weiteren sind sie mit dem Einkommen, dem Lebensstandard und der Arbeit zufriedener. Dieses Ergebnis entspricht den Erwartungen, da Bessergebildete zumeist auch bessere Berufspositionen einnehmen, die auch besser entlohnt sind.

Werden Erwerbstätige mit Arbeitslosen und Rentnern verglichen, so sind hier eindeutige Tendenzen feststellbar. Arbeitslose sind am unzufriedensten mit den Lebensbereichen – mit Ausnahme von Gesundheit und Freizeit. Das Haushaltseinkommen wird in Ostdeutschland von dieser Gruppe besonders schlecht bewertet. Im Vergleich zu Erwerbstätigen äußern Rentner zumeist ein höheres Zufriedenheitsniveau, auch beim Einkommen und beim Lebensstandard fallen ihre Urteile besser aus. Arbeitslose können damit beim subjektiven Wohlbefinden als Problemgruppe bezeichnet werden.

Die Verteilung der Zufriedenheiten nach Einkommensklassen entspricht insofern den Erwartungen, da Wohlhabendere zufriedener sind als finanziell Schlechtergestellte. Dies betrifft insbesondere das Haushaltseinkommen, reicht jedoch auch bis in den Gesundheitsbereich, die Freizeit oder die Umweltsituation am Ort hinein. Mit ausreichenden finanziellen Spielräumen lassen sich Nachteile, z.B. bei den Wohnverhältnissen, beseitigen, die die Schlechtergestellten eher in Kauf nehmen müssen. Die Werte der Personen mit geringem Einkommen liegen dabei noch unter denen von Arbeitslosen.

Es kann festgehalten werden, daß die wechselseitige Annäherung beim subjektiven Wohlbefinden der Annäherung in der objektiven Lage entspricht. Die Krisensymptome und Ängste der Westdeutschen entsprechen wachsenden Belastungen und Unsicherheiten in ökonomischer und sozialer Hinsicht, und die fortdauernde Unzufriedenheit in Ostdeutschland ist den dortigen schlechteren Verhältnissen geschuldet, die sich nicht in dem Maße wie erwartet den west-

deutschen angleichen. Arbeitslose und finanziell Schlechtergestellte lassen sich als Problemgruppen identifizieren, während Ältere und Wohlhabendere ein hohes Wohlbefinden dokumentieren. Die Ergebnisse der differenzierteren Betrachtung nach einzelnen Bevölkerungsgruppen unterscheiden sich nicht zwischen West- und Ostdeutschland. Der Anteil der Unterprivilegierten im Hinblick auf das subjektive Wohlbefinden ist jedoch in Ostdeutschland noch deutlich höher als im Westen.

(Annette Spellerberg)

4 Einstellungen zur Rolle der Frau

Einstellungen zur Rolle der Frau sind wichtige Indikatoren für das gesellschaftliche Klima in bezug auf die Gleichstellung von Mann und Frau. Dieses Klima wird u.a. davon beeinflusst, in welchem Ausmaß Frauen erwerbstätig sind. Insofern ist auch gut fünf Jahre nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu erwarten, daß sich die Einstellungen zur Rolle der Frau in den alten und neuen Bundesländern unterscheiden. Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang an die starke Förderung der Berufstätigkeit von Frauen in der DDR; Frauen stellten in der DDR fast die Hälfte der erwerbstätigen Personen. Auch 1995 lag die Erwerbsquote von Frauen in den neuen Bundesländern mit 74 % deutlich höher als in den alten Bundesländern mit 61 % (15- bis 65jährige).

Vor diesem Hintergrund wird im folgenden untersucht, inwieweit sich die ost- und westdeutsche Bevölkerung im Jahr 1996 in ihren Einstellungen unterscheiden, und wie sich die Einstellungen seit 1991 entwickelt haben. Fragen zur Rolle der Frau können auf unterschiedliche Aspekte zielen: zum einen allgemein auf die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau (Frau ins Haus, Mann in den Beruf), zum anderen auf spezifische Aspekte, wie etwa die Frage, ob eine Berufstätigkeit der Frau negative Konsequenzen für Kinder hat, oder die Frage, welchen Stellenwert die Berufstätigkeit der Frau im Vergleich zu der des Mannes haben soll. Im folgenden werden die genannten Aspekte getrennt untersucht.

4.1 Traditionelle Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau

Wie die Zahlen in Tabelle 1 belegen, ist die Zustimmung zur traditionellen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau im Jahr 1996 – wie auch 1991 – in den neuen Bundesländern niedriger als in den alten Bundesländern: Nur gut ein Viertel der Ostdeutschen, aber die Hälfte der Westdeutschen meinen 1996, daß „es für alle Beteiligten viel besser“ sei, wenn der Mann im Berufsleben steht und die Frau sich um Haushalt und Kinder kümmert. Die Ost-West-Unterschiede müssen vor dem Hintergrund der unterschiedlichen gesellschaftlichen Entwicklungspfade in der Vergangenheit und der auch heute weiter bestehenden Niveauunterschiede in der faktischen Erwerbsbeteiligung von Frauen gesehen werden. Interessanterweise ist dabei die Zustimmung zur traditionellen Arbeitsteilung in Ostdeutschland zwischen 1991 und 1996 leicht gesunken, während in Westdeutschland praktisch keine Veränderung zu verzeichnen ist. Angesichts des Abbaus von Betreuungsmöglichkeiten für Kinder ist diese Entwicklung überraschend, da es in den neuen Bundesländern faktisch schwerer geworden ist, nicht-traditionelle Modelle der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung zu leben. Möglicherweise hat die noch gestiegene Arbeitslosigkeit dazu beigetragen, daß die Vorstellung einer Versor-

Tab. 1: Einstellungen zur traditionellen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau

	„Es ist für alle Beteiligten viel besser, wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Haus bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert.“ „stimme voll und ganz zu“ bzw. „stimme eher zu“			
	Ost		West	
	1991	1996	1991	1996
	in %			
Insgesamt ¹	33	26	50	50
Geschlecht				
Männer	35	27	51	53
Frauen	30	26	49	47
Verheiratete Frauen ²				
berufstätig	22	18	31	30
nicht berufstätig	37	30	58	65
Alter				
18–30 Jahre	23	19	34	29
31–45 Jahre	26	18	39	35
46–65 Jahre	37	31	60	61
über 65 Jahre	52	38	77	80
Bildung				
Hauptschulabschluß	44	38	64	66
mittlere Reife / polytechnische Oberschule	27	19	43	43
Abitur/Fachabitur	19	16	27	25

1 Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.

2 Verheiratet und mit dem Partner zusammenlebend.

Datenbasis: ALLBUS Baseline-Studie 1991, ALLBUS 1996.

gerehe, in der nur der Mann berufstätig ist, in den neuen Bundesländern weiter an Boden verloren hat.

In beiden Teilen Deutschlands hängt die Unterstützung für das traditionelle Modell der Arbeitsteilung erheblich vom Alter der Befragten ab. Die Zusammenhänge sind in den alten Bundesländern besonders stark: Bei den 18- bis 30jährigen stimmt 1996 nur eine Minderheit von knapp 30 % der traditionellen Arbeitsteilung zu, im Vergleich zu einer breiten Mehrheit von 80 % bei den über 65jährigen. In den neuen Bundesländern differiert die Zustimmung der Jüngeren und Älteren weniger stark. Gravierende Unterschiede gibt es auch zwischen den Bildungsgruppen. Von den Hauptschulabsolventen in den alten Bundesländern vertreten 1996 knapp zwei Drittel der Befragten traditionelle Ansichten – im Vergleich zu einem Viertel der Personen mit Hochschulreife. In den neuen Bundesländern liegen die entsprechenden Anteile bei 38 % bzw. 16 %.

Neben Alter und Bildung ist der Erwerbsstatus der Frau von Bedeutung, wobei dies wiederum besonders stark für Westdeutschland gilt: In den alten Bundesländern stimmen verheiratete, nicht berufstätige Frauen zu 65 % der traditionellen Arbeitsteilung zu, verglichen mit nur 30 % der verheirateten berufstätigen Frauen. In Ostdeutschland liegen die entsprechenden Anteile bei 30 % bzw. 18 %.

4.2 Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kindern

Die Möglichkeiten von Müttern, erwerbstätig zu sein, sind in starkem Maße davon abhängig, inwieweit Kinder außerhäuslich betreut werden können. Aufgrund des umfassenden staatlichen Betreuungssystems für Kinder hatten Mütter in der DDR im Vergleich zur alten Bundesrepublik nur in geringem Maße mit dem Problem der Vereinbarkeit von Beruf und Kindern zu kämpfen. Auch mehrere Jahre nach der Vereinigung ist in den neuen Bundesländern die öffentliche Kinderbetreuung – trotz des teilweisen Abbaus – besser ausgebaut als in den alten Bundesländern.

Tab. 2: Einschätzungen zu den Konsequenzen der Berufstätigkeit der Frau

	„Ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist.“ „stimme voll und ganz zu“ bzw. „stimme eher zu“			
	Ost		West	
	1991	1996	1991	1996
	in %			
Insgesamt ¹	58	49	76	76
Geschlecht				
Männer	59	49	79	80
Frauen	67	49	73	72
Verheiratete Frauen ²				
berufstätig	54	46	71	64
nicht berufstätig	61	52	75	77
Alter				
18–30 Jahre	47	45	68	67
31–45 Jahre	55	44	70	68
46–65 Jahre	64	53	83	81
über 65 Jahre	63	55	85	88
Bildung				
Hauptschulabschluß	63	53	81	82
mittlere Reife / polytechnische Oberschule	53	46	75	74
Abitur/Fachabitur	56	48	65	64

1 Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.

2 Verheiratet und mit dem Partner zusammenlebend.

Datenbasis: ALLBUS Baseline-Studie 1991, ALLBUS 1996.

Die Kinderbetreuungsmöglichkeiten und die jahrzehntelange gesellschaftliche Erfahrung der Vereinbarkeit von Kindern und Beruf in Ostdeutschland spiegeln sich in den unterschiedlichen Einstellungen der Menschen in Ost- und Westdeutschland wider: 1996 befürchten nur knapp die Hälfte der ostdeutschen Befragten, aber gut drei Viertel der westdeutschen, daß ein Kleinkind unter der Berufstätigkeit seiner Mutter leidet (vgl. Tab. 2). Ähnlich wie bei der Frage zur traditionellen Arbeitsteilung ist auch hier der Anteil der Ostdeutschen, die sich traditionell bzw. besorgt äußern, gegenüber 1991 um knapp 10 Prozentpunkte gesunken. In Anbetracht der Verschlechterung der objektiven Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch den Abbau der Kinderbetreuungseinrichtungen erscheint dies ausgesprochen erstaunlich und kann wohl am ehesten als Gegenreaktion zu den herrschenden westdeutschen Vorstellungen zur Berufstätigkeit von Müttern gewertet werden.

Insbesondere in Westdeutschland differieren die Einschätzungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, doch sind die Unterschiede durchweg weniger stark als bei der Frage zur traditionellen Arbeitsteilung: Höher gebildete und jüngere Personen sowie berufstätige Frauen aus den alten Bundesländern äußern sich weniger besorgt in bezug auf die negativen Konsequenzen der Berufstätigkeit der Mutter. Darüber hinaus stehen in den alten Bundesländern Männer der Berufstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern etwas skeptischer gegenüber als Frauen: 80 % der Männer, aber nur 72 % der Frauen sehen hier Probleme. In Ostdeutschland sind 1996 nennenswerte Einstellungsunterschiede nur zwischen älteren und jüngeren Personen feststellbar.

4.3 Stellenwert der Berufstätigkeit der Frau

Mit den Fragen zur traditionellen Arbeitsteilung und zu möglichen negativen Auswirkungen der Berufstätigkeit auf die Kinder wird noch nichts darüber in Erfahrung gebracht, welchen Stellenwert das berufliche Engagement von Frauen im Vergleich zu dem des Mannes hat.

In den neuen Bundesländern sind 25 % und in den alten Bundesländern 34 % der Befragten der Meinung, daß es für eine Frau wichtiger sei, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen (vgl. Tab. 3). Die Ablehnung einer eigenständigen Berufstätigkeit der Frau ist noch höher, wenn danach gefragt wird, ob eine Frau bei Arbeitsplatzmangel auf die Berufstätigkeit verzichten soll, vorausgesetzt, ihr Mann wäre in der Lage, die Familie zu ernähren (vgl. Tab. 4). Hier stimmen 33 % der Ostdeutschen und 46 % der Westdeutschen zu. Auffallend ist, daß die Westdeutschen bei Fragen zum Stellenwert der Berufstätigkeit der Frau zwar traditioneller als die Ostdeutschen sind, aber die Unterschiede wesentlich weniger stark ausfallen als bei den vorherigen Einstellungsfragen. Besonders bei der Frage nach einer eigenständigen Karriere ist die Differenz zwischen beiden

Tab. 3: Einstellungen zu einer eigenständigen Karriere der Frau

	„Für eine Frau ist es wichtiger, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.“ „stimme voll und ganz zu“ bzw. „stimme eher zu“			
	Ost		West	
	1991	1996	1991	1996
	in %			
Insgesamt ¹	30	25	32	34
Geschlecht				
Männer	30	23	30	34
Frauen	31	27	34	35
Verheiratete Frauen ²				
berufstätig	20	19	25	23
nicht berufstätig	41	33	41	48
Alter				
18–30 Jahre	19	16	20	16
31–45 Jahre	23	15	20	22
46–65 Jahre	35	32	43	42
über 65 Jahre	54	38	54	66
Bildung				
Hauptschulabschluß	45	41	42	48
mittlere Reife / polytechnische Oberschule	22	15	30	26
Abitur/Fachabitur	16	12	16	18

1 Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.

2 Verheiratet und mit dem Partner zusammenlebend.

Datenbasis: ALLBUS Baseline-Studie 1991, ALLBUS 1996.

Landesteilen mit 9 Prozentpunkten relativ gering. In der westdeutschen Bevölkerung findet demnach zwar die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau eine breite Unterstützung (vgl. Tab. 1), doch die Vorstellung, daß es für eine Frau wichtig sei, ihrem Mann bei der Karriere zu helfen, wird nur von einer Minderheit unterstützt.

Die Einstellungen zu einer eigenständigen Karriere der Frau haben sich in Ost- wie in Westdeutschland seit 1991 nur wenig geändert. Anders bei der Frage nach dem Berufsverzicht der Frau bei Arbeitsplatzmangel: Hier stimmen vor allem ostdeutsche Befragte 1996 deutlich seltener zu als 1991. Die Bevölkerung in den neuen Bundesländern scheint also angesichts der negativen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt immer weniger bereit zu sein, die traditionelle Versorgungsehe zu unterstützen. Für Westdeutschland scheint sich im übrigen eine ähnliche Entwicklung anzudeuten: Die Zustimmung zum Berufsverzicht von Frauen ist seit Beginn der 90er Jahre leicht zurückgegangen.

Tab. 4: Einstellungen zur Berufstätigkeit der Frau bei einem Mangel an Arbeitsplätzen

	„Eine verheiratete Frau sollte auf eine Berufstätigkeit verzichten, wenn es nur eine begrenzte Anzahl von Arbeitsplätzen gibt und wenn ihr Mann in der Lage ist, für den Unterhalt der Familie zu sorgen.“ „stimme voll und ganz zu“ bzw. „stimme eher zu“			
	Ost		West	
	1991	1996	1991	1996
	in %			
Insgesamt ¹	44	33	52	46
Geschlecht				
Männer	47	34	53	47
Frauen	41	33	51	45
Verheiratete Frauen ²				
berufstätig	29	23	41	30
nicht berufstätig	47	42	59	53
Alter				
18–30 Jahre	27	28	39	28
31–45 Jahre	34	20	42	33
46–65 Jahre	53	41	60	55
über 65 Jahre	73	47	78	75
Bildung				
Hauptschulabschluß	61	46	67	60
mittlere Reife / polytechnische Oberschule	35	26	44	38
Abitur/Fachabitur	25	20	32	26

1 Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.

2 Verheiratet und mit dem Partner zusammenlebend.

Datenbasis: ALLBUS Baseline-Studie 1991, ALLBUS 1996.

Bei beiden Fragen zum Stellenwert der Berufstätigkeit der Frau gibt es zum Teil erhebliche Einstellungsunterschiede innerhalb der Bevölkerung. Dies gilt wie schon bei den anderen Einstellungsfragen insbesondere für die alten Bundesländer. So ist dort die Mehrheit der über 65jährigen – nämlich 66 % bzw. 75 % der Befragten – der Ansicht, daß eine Frau ihrem Mann bei der Karriere helfen und bei Arbeitsplatzmangel auf ihren Beruf verzichten solle. Im Vergleich dazu vertritt in der jüngsten Altersgruppe nur eine Minderheit von 16 % bzw. 28 % diese Ansichten. Ebenfalls große Einstellungsunterschiede finden sich zwischen den unterschiedlichen Bildungsgruppen. Erwartungsgemäß zeigt sich auch, daß berufstätige verheiratete Frauen in geringerem Ausmaß für die Priorität der Karriere des Mannes und für einen Berufsverzicht plädieren. Interessanterweise unterscheiden sich Männer, die ja von einem Berufsverzicht und Karriereunterstützung profitieren würden, in ihren Antworten nur geringfügig von den Frauen.

4.4 Fazit

Als Fazit läßt sich festhalten, daß sich die Einstellungen der Bevölkerung zur Rolle der Frau in den neuen und alten Bundesländern nach wie vor beträchtlich – und sogar stärker als vor fünf Jahren – unterscheiden. In den neuen Bundesländern steht die Mehrheit der Bevölkerung der traditionellen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau ablehnend gegenüber. Gleichzeitig ist in den neuen Bundesländern die Skepsis, daß ein Kleinkind unter der Berufstätigkeit der Mutter leide, weniger verbreitet. Ebenfalls Unterschiede – aber weniger starke – gibt es zwischen den alten und neuen Bundesländern im Hinblick auf die Frage, inwieweit Frauen eine eigenständige berufliche Karriere zuzugestehen ist. Die Einstellungen innerhalb der Bevölkerung variieren bei allen Fragen nach Alter und Bildung der Personen sowie dem Erwerbsstatus der Frau, wobei dies für die alten Bundesländer stärker als für die neuen gilt. Männer und Frauen unterscheiden sich in ihren Einstellungen vergleichsweise wenig.

(Karin Kurz)

5 Einstellungen der Deutschen gegenüber verschiedenen Zuwanderergruppen

Auch wenn die Frage, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist oder nicht, in der öffentlichen Diskussion weiter umstritten ist, findet Einwanderung faktisch seit längerem statt. Seit 1955 wurden auf der Grundlage bilateraler Abkommen Millionen ausländischer Arbeitskräfte angeworben, zunächst aus Italien, später unter anderem aus Griechenland, der Türkei und Jugoslawien. Diese „Gastarbeiterperiode“ dauerte bis zum Jahr 1973, als infolge der wirtschaftlichen Rezession ein Anwerbestopp verhängt wurde. Ein Teil dieser Gastarbeiter blieb auf Dauer in Deutschland, und Familiennachzug und Geburtenüberschuß ließen die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer im Laufe der Zeit steigen. Wegen des in Deutschland geltenden, auf dem Abstammungsprinzip basierenden Staatsbürgerschaftsrechts fanden Einbürgerungen nur in sehr geringem Umfang statt, so daß die hier geborenen und aufgewachsenen Kinder der ehemaligen Gastarbeiter rechtlich Ausländer sind.

Ende der 80er Jahre rückten andere Zuwanderergruppen in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses: die deutschstämmigen Aussiedler und die Asylbewerber. Die Umbruchsituation in Osteuropa führte aufgrund erleichterter Ausreisebedingungen, verbunden mit massiven wirtschaftlichen Problemen in den Herkunftsländern, zu einem starken Anstieg der Zahl der deutschstämmigen Aussiedler – eine Entwicklung, die Überlegungen zur Kontingentierung der Zuwanderung auslöste. Gleichzeitig stieg auch die Zahl der Asylbewerber kräftig an, wozu neben den anhaltenden Krisen in der Dritten Welt der Bürgerkrieg in Jugoslawien sowie zunehmend die politisch und wirtschaftlich schwierige Situation im zerfallenden Ostblock beitrugen. Folge dieser Entwicklung war eine teilweise sehr polemisch geführte Debatte, die in den sogenannten Asylkompromiß mündete, mit dem das Recht auf Asyl in Deutschland eingeschränkt wurde.

Die Einstellungen der einheimischen Deutschen gegenüber diesen verschiedenen Zuwanderergruppen sind Thema dieses Beitrags. Bei den Arbeitsmigranten werden wir zwei quantitativ bedeutsame Nationalitäten exemplarisch herausgreifen: die Italiener, als rechtlich privilegierte EU-Bürger und Angehörige des westeuropäischen Kulturkreises, und die Türken, als Nicht-EU-Bürger und Nicht-Europäer. Behandelt werden drei Dimensionen der Einstellungen gegenüber Zuwanderern, nämlich die Akzeptanz ihrer Immigration, die Einstellungen hinsichtlich ihrer rechtlichen Gleichstellung und die soziale Distanz auf der persönlichen Ebene.

5.1 Einstellungen zur Regelung der Zuzugsmöglichkeiten nach Deutschland

Die Frage, welche Zuzugsmöglichkeiten nach Deutschland verschiedenen Immigrantengruppen zugestanden werden sollen, ist ein zentraler Bestandteil in der Bestimmung des Verhältnisses zwischen Deutschen und Ausländern. Am freizügigsten sind die Westdeutschen im Hinblick auf die Zuzugsmöglichkeiten von Arbeitnehmern aus der Europäischen Union eingestellt. 1996 befürwortet jeder dritte Befragte, daß ein Zuzug uneingeschränkt möglich sein soll, die übrigen hingegen sind mit dem geltenden Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes innerhalb der Europäischen Union nicht (völlig) einverstanden: 55 % plädieren für eine Begrenzung und 12 % sogar für eine völlige Unterbindung des Zuzugs (vgl. Tab. 1). Hinsichtlich der anderen drei Immigrantengruppen sind die Einstellungen noch ablehnender: Am ehesten wird noch den Aussiedlern ein Recht auf Immigration eingeräumt, darauf folgen die Asylsuchenden, und das Schlußlicht bilden Arbeitnehmer aus

Tab. 1: Einstellungen zum Zuzug verschiedener Zuwanderergruppen nach Deutschland

	West			Ost		
	1991	1992	1996	1991	1992	1996
	in %					
Arbeitnehmer aus Staaten der EU						
Zuzug soll uneingeschränkt möglich sein	35	35	33	13	13	11
Zuzug soll begrenzt werden	55	56	55	62	63	51
Zuzug soll völlig unterbunden werden	10	9	12	26	24	38
Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Staaten						
Zuzug soll uneingeschränkt möglich sein	11	10	8	6	5	4
Zuzug soll begrenzt werden	60	62	59	55	59	46
Zuzug soll völlig unterbunden werden	29	29	33	39	36	49
Asylsuchende						
Zuzug soll uneingeschränkt möglich sein	13	12	13	15	15	12
Zuzug soll begrenzt werden	65	64	66	69	67	67
Zuzug soll völlig unterbunden werden	22	24	22	15	18	21
Deutschstämmige Aussiedler aus Osteuropa						
Zuzug soll uneingeschränkt möglich sein	22	19	15	15	15	13
Zuzug soll begrenzt werden	68	71	74	73	74	69
Zuzug soll völlig unterbunden werden	10	10	12	12	11	18

Datenbasis: ALLBUS 1991, 1992 und 1996.

Staaten, die nicht der Europäischen Union angehören. Für letztere präferieren nur 8 % der Befragten eine uneingeschränkte Zuzugsmöglichkeit, 33 % dagegen die völlige Unterbindung des Zuzugs.

In den neuen Bundesländern ist das Meinungsklima restriktiver als in den alten. Mit Ausnahme der Asylsuchenden, deren Zuzug auch in Westdeutschland – relativ betrachtet – nur geringe Unterstützung erfährt, steht die ostdeutsche Bevölkerung der Immigration ablehnender gegenüber als die westdeutsche, insbesondere wenn es um die Zuwanderung von Arbeitnehmern aus der Europäischen Union geht. Für diese Gruppe befürworten 1996 im Osten lediglich 11 % der Befragten (gegenüber 33 % im Westen) uneingeschränkte Zuzugsmöglichkeiten, 38 % (gegenüber 12 % im Westen) sind für eine völlige Unterbindung des Zuzugs. Auch hinsichtlich des Zuzugs von Arbeitnehmern aus Nicht-EU-Staaten und von Aussiedlern ist man im Osten kritischer eingestellt: Der Anteil der Befragten, der eine völlige Unterbindung des Zuzugs wünscht, liegt um 16 bzw. 6 Prozentpunkte höher als im Westen. Vermutlich sind diese Unterschiede zum Großteil durch die schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkt in Ostdeutschland erklärbar, die jede Zuwanderung von potentiellen Konkurrenten um Arbeitsplätze bedrohlich erscheinen läßt.

Was die zeitliche Entwicklung des Meinungsklimas in den vergangenen fünf Jahren angeht, ist das Bild in Westdeutschland im wesentlichen von Konstanz geprägt: Lediglich bei der Zustimmung zur uneingeschränkten Zuzugsmöglichkeit von Aussiedlern aus Osteuropa ist ein merklicher Rückgang um 7 Prozentpunkte zu verzeichnen (vgl. Tab. 1). In Ostdeutschland dagegen hat der Anteil der Befragten, der eine völlige Unterbindung des Zuzugs wünscht, bei allen vier Immigrantengruppen zugenommen, am stärksten bei den Arbeitnehmern aus EU- und Nicht-EU-Staaten mit 12 bzw. 10 Prozentpunkten.

In West- und Ostdeutschland bestehen im Jahr 1996 zum Teil erhebliche Einstellungsunterschiede zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen (vgl. Tab. 2). Je älter die Befragten, desto restriktiver ist die Haltung zur Zuwanderung. Lediglich bei den Aussiedlern aus Osteuropa äußern sich ältere Befragte nicht wesentlich kritischer als jüngere. Mit steigender Schulbildung nimmt der Anteil der Befragten, der eine völlige Unterbindung des Zuzugs wünscht, bei allen vier Zuwanderergruppen ab. Am größten fallen die Differenzen bei der Zuwanderung von Arbeitnehmern aus Nicht-EU-Staaten aus. Hier befürworten 44 % (West) bzw. 60 % (Ost) der Befragten mit Hauptschulabschluß eine völlige Unterbindung des Zuzugs. Von den Befragten mit Hochschulreife sind es nur 16 % (West) bzw. 26 % (Ost). Schließlich variieren die Einstellungen zur Immigration auch mit dem Nationalstolz. Personen, die sehr stolz darauf sind, Deutscher zu sein, befürworten in stärkerem Maße eine völlige Unterbindung der Zuwanderung als Personen mit geringerem Nationalstolz. In West- und Ostdeutschland ist dieser Zusammenhang beim Zuzug von Arbeitnehmern aus Nicht-EU-Staaten und Asylbewerbern besonders deutlich.

Tab. 2: Befürwortung der völligen Unterbindung des Zuzugs von Angehörigen verschiedener Zuwanderergruppen in ausgewählten Bevölkerungsgruppen

	West				Ost			
	Arbeitnehmer aus Staaten der EU	Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Staaten	Asyl-suchende	Deutsch-stämmige Aus-siedler aus Ost-europa	Arbeitnehmer aus Staaten der EU	Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Staaten	Asyl-suchende	Deutsch-stämmige Aus-siedler aus Ost-europa
	in %							
Insgesamt	12	33	22	12	38	49	21	18
Altersgruppen								
18-29 Jahre	8	22	13	8	29	37	13	14
30-44 Jahre	12	29	19	12	37	46	19	18
45-59 Jahre	10	34	21	13	41	53	24	19
60 Jahre und älter	17	43	33	11	41	56	25	18
Schulabschluß								
Hauptschule	18	44	31	16	47	60	30	22
Mittlere Reife	8	27	17	9	37	50	18	18
Fachhochschul-/Hochschulreife	5	16	9	5	19	26	8	7
Stolz, Deutscher zu sein								
überhaupt nicht	9	20	13	90	38	44	14	16
nicht sehr	8	28	17	12	37	46	17	17
ziemlich	13	35	23	11	34	47	18	15
sehr	18	44	33	14	49	62	36	27

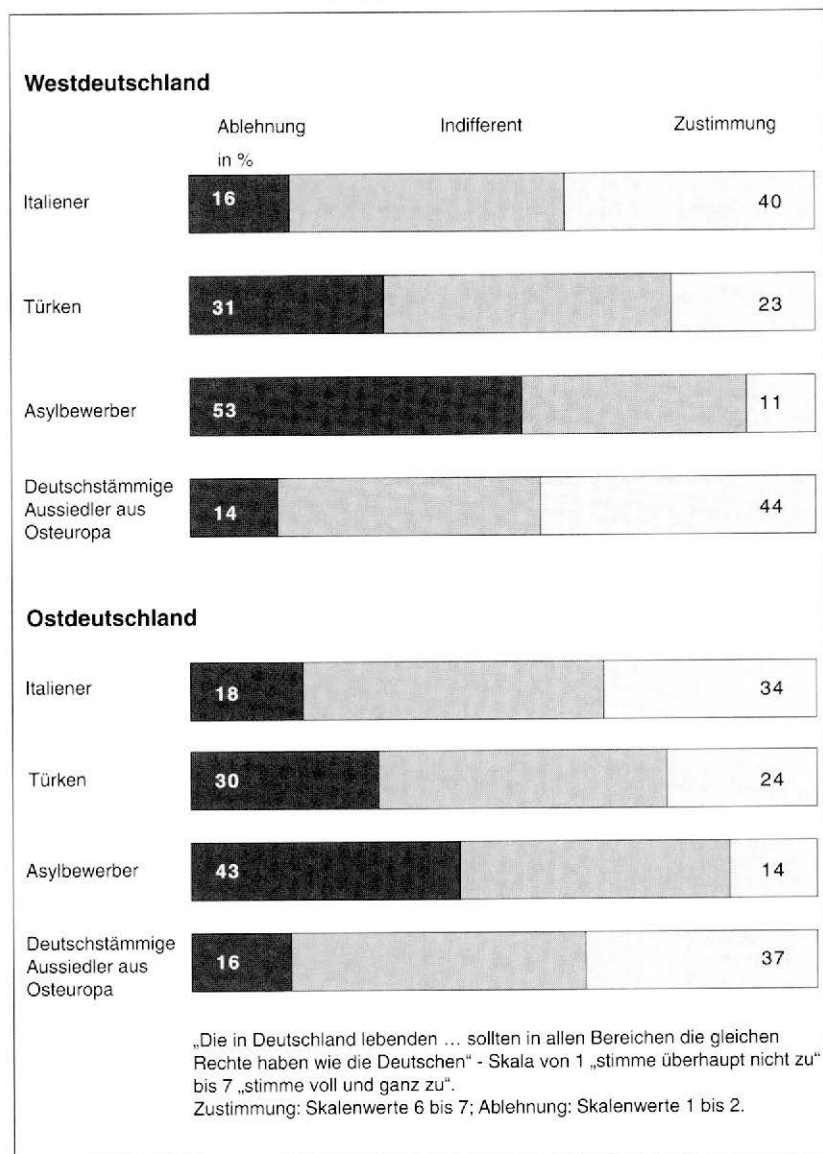
Datenbasis: ALLBUS 1996.

5.2 Einstellungen zu den Rechten der Zuwanderergruppen

5.2.1 Grundsätzliche Einstellungen zur Gleichberechtigung der verschiedenen Zuwanderergruppen

Über die Frage nach der Akzeptanz des Zuzugs hinaus stellt sich die Frage, inwieweit die Deutschen bereit sind, den Immigranten, die bereits in Deutschland leben, die gleichen Rechte wie den einheimischen Deutschen zuzugestehen. Für die Gruppen der Aussiedler und Italiener findet die Forderung nach Gleichberechtigung in allen Bereichen in West- und Ostdeutschland mehr Zustimmung als Ablehnung (vgl. Abb. 1). In bezug auf Türken und vor allem auf Asylbewerber überwiegt dagegen die Ablehnung. Daß 53 % der Befragten im Westen und 43 % der Befragten im Osten der Forderung nach gleichen Rechten für Asylbewerber nicht zustimmen, kann dabei auf zweierlei Weise interpretiert werden. Es kann zum einen mit dem Status „Asylbewerber“ zusammenhängen und darauf hindeuten,

Abb. 1: Einstellung zur Gleichberechtigung der in Deutschland lebenden Zuwanderergruppen



Datenbasis: Allbus 1996.

daß die Mehrheit der Befragten davon ausgeht, daß sich das Asylbegehren im allgemeinen als unbegründet herausstellen wird. Oder es kann bedeuten, daß das Recht auf Asyl in den Augen der Befragten lediglich bloßes Zufluchtgewähren ohne Anrecht auf gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben der Aufnahmegesellschaft beinhaltet. Gleiche Rechte für die Türken lehnen immerhin ungefähr 30 % der Befragten eher ab, ein insbesondere im Kontrast zu der anderen Arbeitsmigrantengruppe der Italiener bemerkenswert hoher Anteil. Den kulturell weniger fremden Italienern, die zudem als EU-Bürger faktisch juristisch bessergestellt sind, wollen mit 40 % bzw. 34 % fast genauso viele Befragte in allen Bereichen gleiche Rechte zubilligen wie den deutschstämmigen Aussiedlern (44 % bzw. 37 %). Auch im Hinblick auf die Aussiedler, die ja ein verbrieftes Anrecht auf die deutsche Staatsbürgerschaft und alle damit verbundenen Rechte haben, findet damit die Forderung nach rechtlicher Gleichbehandlung keine ungeteilte Zustimmung.

Zwischen West- und Ostdeutschen bestehen nur geringe Unterschiede in der Befürwortung gleicher Rechte für Zuwanderer. Während die Forderung nach Gleichberechtigung der Asylbewerber in Ostdeutschland stärkere Zustimmung als in Westdeutschland findet, wird die Gleichberechtigung der Italiener und der Aussiedler im Westen etwas stärker befürwortet.

Tab. 3: Ablehnung gleicher Rechte für in Deutschland lebende Zuwanderergruppen in ausgewählten Bevölkerungsgruppen

	West				Ost			
	Italiener	Türken	Asylbewerber	Deutschstämmige Aussiedler aus Osteuropa	Italiener	Türken	Asylbewerber	Deutschstämmige Aussiedler aus Osteuropa
	in %							
Insgesamt	16	31	53	14	18	30	43	16
Altersgruppen								
18-29 Jahre	13	21	41	11	16	28	38	14
30-44 Jahre	15	25	47	13	15	26	42	17
45-59 Jahre	14	32	55	16	20	30	44	19
60 Jahre und älter	22	46	65	17	20	34	45	14
Schulabschluß								
Hauptschule	20	40	61	19	22	36	46	18
Mittlere Reife	14	28	50	12	18	28	44	18
Fachhochschul-/Hochschullehre	11	18	38	8	9	18	31	8
Stolz, Deutscher zu sein								
überhaupt nicht	9	18	35	9	14	25	36	17
nicht sehr	15	28	50	14	16	26	41	14
ziemlich	17	33	56	15	15	26	40	15
sehr	22	43	64	18	30	45	53	23

Datenbasis: ALLBUS 1996.

Die Verbreitung diskriminierender Einstellungen variiert sowohl in West- als auch in Ostdeutschland zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen (vgl. Tab. 3). Personen mit niedriger Schulbildung oder ausgeprägtem Nationalstolz sind in West- und Ostdeutschland insbesondere dagegen, Türken und Asylbewerbern die gleichen Rechte wie den Deutschen zuzubilligen. Eine stark ablehnende Haltung zur Gleichberechtigung dieser beiden Gruppen besteht auch bei älteren Personen in Westdeutschland. Im Hinblick auf Italiener und insbesondere Aussiedler sind die Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen geringer.

5.2.2 Einstellungen zu konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Gleichberechtigung der Zuwanderer

Betrachten wir die Meinung der Bevölkerung, wenn nicht allgemein und grundsätzlich nach gleichen Rechten, sondern nach konkreten Rechtsinhalten gefragt wird. Im politischen Bereich ist u.a. das Kommunalwahlrecht für Ausländer schon seit längerem in der Diskussion, teilweise – für EU-Bürger – ist es inzwischen verwirklicht. Das Kommunalwahlrecht für alle in Deutschland lebenden Ausländer befürworten in Westdeutschland 26 % der Befragten, 41 % lehnen es ab (vgl. Abb. 2). In Ostdeutschland ist der Anteil der Ablehner ungefähr genauso groß, der der Befürworter geringfügig größer.

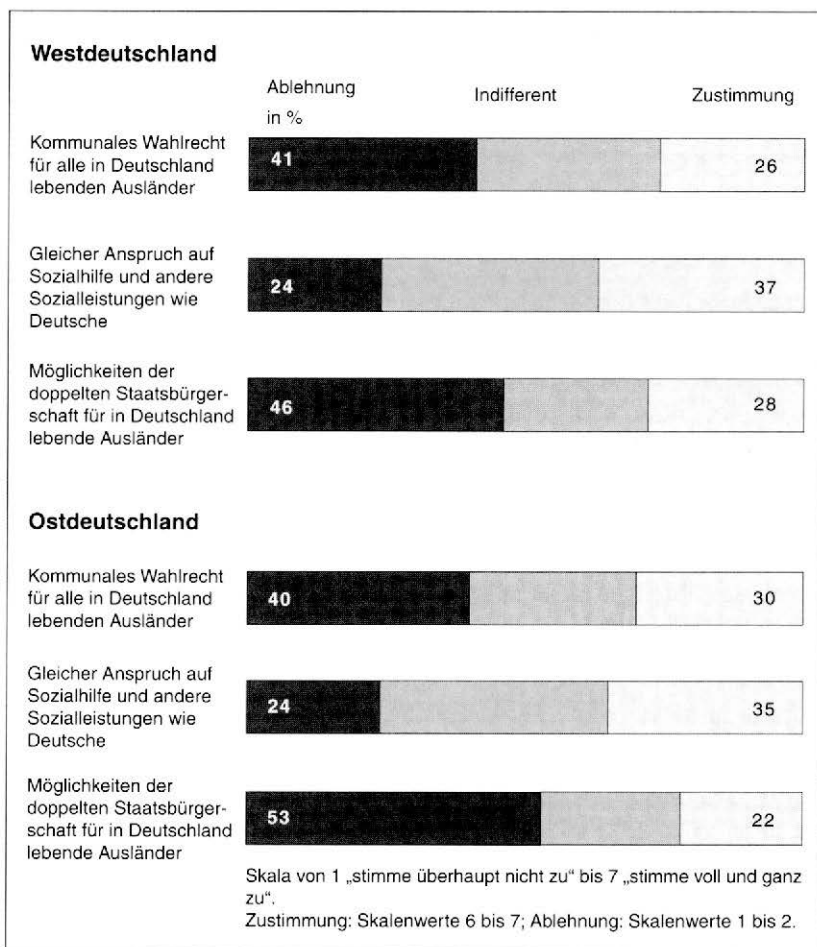
Ein angesichts der leeren öffentlichen Kassen im Augenblick besonders konfliktträchtiger Bereich im Hinblick auf die Gleichberechtigung der hier lebenden Einwanderergruppen sind die sozialstaatlichen Transferleistungen. Das gleiche Anrecht auf Sozialleistungen wie die Deutschen wollen 37 % der Westdeutschen und 35 % der Ostdeutschen den hier lebenden Ausländern zubilligen, jeweils ungefähr ein Viertel der Befragten lehnt ein solches Anrecht ab.

Der wichtigste Weg, um die Rechtsstellung der in Deutschland lebenden Ausländer zu verbessern, ist die Erleichterung der Einbürgerung. Zu erreichen wäre dies insbesondere durch die Anerkennung doppelter Staatsbürgerschaften. Für die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft sprechen sich 28 % der Westdeutschen und 22 % der Ostdeutschen aus. Mit 46 % bzw. 53 % ist der Anteil derjenigen, die eine solche Maßnahme ablehnen, recht hoch.

5.3 Soziale Distanz der Deutschen zu verschiedenen Zuwanderergruppen

Wie stellt sich nun das Verhältnis der Deutschen zu den verschiedenen Zuwanderergruppen auf der persönlichen Ebene dar? Tabelle 4 enthält Informationen zur sozialen Distanz gegenüber den verschiedenen Fremdgruppen, d. h. zur Bereitschaft der Deutschen, Beziehungen unterschiedlicher Intimität und Nähe mit den Angehörigen dieser Gruppen einzugehen. Ein Italiener wäre als Nachbar, d. h. auf

Abb. 2: Einstellungen zu konkreten Gleichstellungsmaßnahmen für die in Deutschland lebenden Ausländer



Datenbasis: Allbus 1996.

einer Ebene eher geringer Nähe, nur 6 % der westdeutschen und 13 % der ostdeutschen Befragten unangenehm. Damit ist die soziale Distanz gegenüber Italienern sogar geringer als gegenüber den deutschstämmigen Aussiedlern, die 17 % bzw. 19 % der Befragten als Nachbarn unangenehm wären. Deutlich unbeliebter ist in beiden Teilen Deutschlands ein türkischer Nachbar: Ein Drittel der Westdeutschen und 43 % der Ostdeutschen empfänden türkische Nachbarn als

unangenehm. Noch weniger als Nachbarn geschätzt werden Asylbewerber, denen knapp die Hälfte der Befragten in West und Ost negativ gegenübersteht. Bei den Ergebnissen für die Asylbewerber und die Aussiedler ist allerdings nicht auszuschließen, daß einige der Befragten an die Nachbarschaft eines Wohnheims und nicht an einen einzelnen Nachbarn gedacht haben, so daß die Distanzwerte für diese Gruppen eventuell überschätzt sein könnten. Generell bleibt festzuhalten, daß jeweils ein großer Anteil der Befragten der Anwesenheit von Angehörigen einer Minderheitengruppe in ihrer Nachbarschaft indifferent gegenübersteht.

Tab. 4: Soziale Distanz zu Angehörigen verschiedener Zuwanderergruppen¹

	West		Ost	
	Nachbar	Familienmitglied	Nachbar	Familienmitglied
	in %			
Italiener				
angenehm	53	40	34	24
weder noch	41	43	53	46
unangenehm	6	17	13	30
Türke				
angenehm	27	15	14	7
weder noch	40	31	43	35
unangenehm	33	54	43	58
Asylbewerber				
angenehm	16	11	11	7
weder noch	36	29	41	35
unangenehm	49	61	48	58
Deutschstämmiger Aussiedler aus Osteuropa				
angenehm	41	31	30	20
weder noch	43	45	51	47
unangenehm	17	25	19	33

¹ Beurteilung, wie angenehm Angehörige dieser Gruppen als Nachbarn wären bzw. wie angenehm es wäre, wenn ein Angehöriger dieser Gruppen in die eigene Familie einheiraten würde. Antwortskala von -3 „sehr unangenehm“ bis +3 „sehr angenehm“. Unangenehm: Skalenpunkte -3 bis -1; weder noch: 0; angenehm: +1 bis +3.

Datenbasis: ALLBUS 1996.

Dies gilt auch, wenn man auf eine intimere Ebene wechselt und danach fragt, ob die Angehörigen dieser Gruppen als Familienmitglieder willkommen wären. Im Fall eines Türken oder Asylbewerbers wird dies sowohl im Osten als auch im Westen von einer Mehrheit der Befragten negativ bewertet, wobei bemerkenswert ist, wie stark im Westen bei einem Türken zwischen den beiden Beziehungsbereichen Nachbarschaft und Heirat differenziert wird. Ohnehin ist auffällig, wie schlecht die Türken – verglichen mit den Italienern – bei der Frage nach der sozialen Distanz im

Gegensatz zur Frage nach der rechtlichen Gleichstellung abschneiden. Diese Ergebnisse dürften wohl mit den größeren kulturellen Unterschieden zusammenhängen, die weniger eine Legitimation für rechtliche Benachteiligung darstellen, aber von vielen Deutschen als problematisch vor allem für engere soziale Beziehungen eingeschätzt werden. Ein deutschstämmiger Aussiedler wäre einem Viertel der Westdeutschen und einem Drittel der Ostdeutschen als Familienmitglied eher unangenehm. Italiener werden im Vergleich zu deutschstämmigen Aussiedlern im Osten kaum, im Westen dagegen etwas stärker als potentielle Familienmitglieder geschätzt.

Generell fällt auf, daß in Ostdeutschland die soziale Distanz zu Italienern und Türken, also zu den Vertretern der sog. „Gastarbeiter“population der alten Bundesrepublik, größer ist, während im Fall der Aussiedler und insbesondere der Asylbewerber die Einstellungsunterschiede zwischen Ost und West geringer sind. Vermutlich ist dies weniger als Ausdruck einer größeren Ablehnung dieser beiden Gruppen im Osten zu werten, sondern eher darauf zurückzuführen, daß in Ostdeutschland nur wenige Angehörige dieser Personengruppen leben und deshalb kaum Gelegenheiten zu Kontakten und dem Abbau von Fremdheitsgefühlen bestehen.

Tab. 5: Negative Einstellung zur Einheirat von Angehörigen verschiedener Zuwanderergruppen in die eigene Familie in ausgewählten Bevölkerungsgruppen

	West				Ost			
	Italiener	Türken	Asylbewerber	Deutschstämmige Aussiedler aus Osteuropa	Italiener	Türken	Asylbewerber	Deutschstämmige Aussiedler aus Osteuropa
	in %							
Insgesamt	17	54	61	25	30	58	58	33
Altersgruppen								
18–29 Jahre	8	39	46	19	14	46	42	19
30–44 Jahre	13	43	52	20	28	56	60	33
45–59 Jahre	17	60	65	29	33	60	60	34
60 Jahre und älter	29	74	77	31	39	64	65	38
Schulabschluß								
Hauptschule	24	64	70	30	41	66	65	40
Mittlere Reife	11	50	59	23	23	54	55	30
Fachhochschul-/Hochschulreife	10	40	45	16	21	49	51	21
Stolz, Deutscher zu sein								
überhaupt nicht	9	34	39	15	19	39	38	19
nicht sehr	11	44	52	24	26	52	54	31
ziemlich	19	61	69	27	31	59	59	34
sehr	26	69	73	31	41	69	70	37

Datenbasis: ALLBUS 1996.

Betrachtet man die Einstellungen einzelner Bevölkerungsgruppen, so ähnelt das Bild dem bei den bisher betrachteten Indikatoren der Fremdenfeindlichkeit. Das Alter spielt bei der sozialen Distanz eine noch stärkere Rolle als zuvor bei der Frage nach der rechtlichen Gleichstellung. Die Älteren zeichnen sich durch eine große soziale Distanz zu Immigrantengruppen aus – am deutlichsten im Westen gegenüber Türken und Asylbewerbern. Bei den Angehörigen der jüngsten Generation dagegen bestehen zwar noch Vorbehalte gegenüber engeren Beziehungen zu kulturell stark von den Deutschen verschiedenen Gruppen, aber fast keine mehr gegenüber der Einheirat eines Italieners in die eigene Familie. Je höher die Schulbildung, desto geringer ist die geäußerte soziale Distanz gegenüber allen unterschiedlichen Immigrantengruppen. Auch zwischen dem Stolz, Deutscher zu sein, und der Einstellung zur Einheirat eines Angehörigen einer Zuwanderergruppe in die eigene Familie besteht ein deutlicher Zusammenhang. Daß Personen mit ausgeprägtem Nationalstolz näheren Kontakten zu Fremdgruppen eher ablehnend gegenüberstehen, kann wohl – anders als bei den Älteren – weniger auf Berührungsängste oder Fremdenscheu zurückgeführt werden, sondern deutet eher auf bewußte Ablehnung von Kontakten aufgrund von Überlegenheitsgefühlen hin.

(Achim Koch/Martina Wasmer)

C Lebensbedingungen und Bewertungen

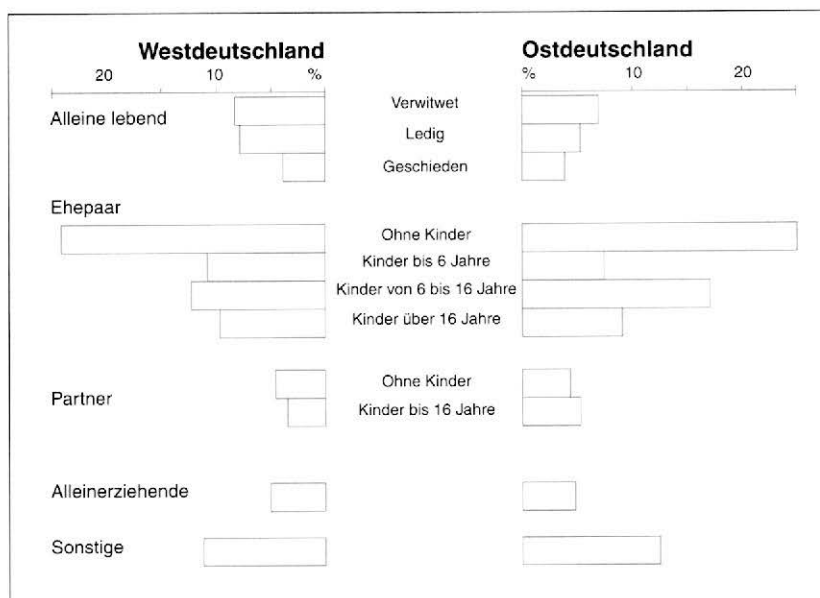
6 Familie

In modernen Industriegesellschaften hat sich als vorherrschende Familienform die Kern- oder Kleinfamilie mit Eltern und Kindern in einer Haushaltsgemeinschaft herausgebildet. Die zentrale gesellschaftliche Leistung der Familie ist die Versorgung und Erziehung von Kindern, die somit die biologische und soziale Reproduktion der Gesellschaft gewährleistet. Aus der zunehmenden Verbreitung alternativer Lebensformen neben der traditionellen Kernfamilie, bei rückläufigen Geburtenraten und hohen Scheidungszahlen wird in der öffentlichen Diskussion häufig ein Bedeutungsverlust der Familie gefolgert. Sehr drastische und kurzfristige Veränderungen im Familienbereich, mit Einbrüchen der Heirats- und Geburtenziffern, gingen mit der politischen und sozialen Transformation in Ostdeutschland einher. Vor diesem Hintergrund wird untersucht, welche Lebens- und Familienformen in der Bundesrepublik vorherrschen, wie sich die Familiengründung und die Ehestabilität in der Folge von Geburtsjahrgangskohorten verändert haben und in welchen relativen Einkommenspositionen sich Personen in verschiedenen Haushaltsformen befinden. Weiterhin wird analysiert, welcher Stellenwert Partnerschaft und Kindern zugeschrieben wird und welcher Zusammenhang zwischen familialen Lebensformen und subjektivem Wohlbefinden besteht.

6.1 Lebens- und Familienformen

Sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern lebt etwa ein Drittel der Bevölkerung ab 16 Jahre zusammen mit einem Ehepartner und einem oder mehreren Kindern in einem Haushalt. Während in den neuen Bundesländern der Anteil von Verheirateten mit Kindern zwischen 6 und 16 Jahren noch höher ist als in den alten Bundesländern, findet man weniger verheiratete Ostdeutsche als Westdeutsche mit Kindern unter sechs Jahren. Der niedrige Anteil von Ehepartnern mit Kleinkindern resultiert auf der strukturellen Ebene u. a. aus der stark gesunkenen Neigung zur Familiengründung in Ostdeutschland nach der Wende. Wegen des Geburtenrückgangs sind die Geburtsjahrgänge der ersten Hälfte der neunziger Jahre sehr klein, was auch erhebliche Auswirkungen auf andere Lebensbereiche hat, z.B. auf die Nachfrage nach Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder und Grundschulplätzen.

Abb.1: Lebens- und Familienformen in Ost- und Westdeutschland



Datenbasis: SOEP 1995.

Neben den sinkenden Geburtenraten tritt das Phänomen der zunehmenden Alterung unserer Gesellschaft mit ihren vielfältigen Auswirkungen auf das Netz der sozialen Sicherung, aber auch auf sich verschärfende individuelle Problemlagen in verschiedenen Lebensformen auf, z.B. nach dem Tod eines Ehepartners. Verwitwet und allein leben in den alten Bundesländern 8 % und in den neuen Bundesländern 7 % der Personen ab 16 Jahre. Da Frauen eine höhere Lebenserwartung haben als Männer und Ehefrauen meistens jünger sind als ihre Ehemänner, überwiegen ältere Frauen in dieser Lebensform. Ein nicht unerheblicher Teil der Ehen wird allerdings auch durch Scheidungen aufgelöst. Bei den Anteilen der geschiedenen Alleinlebenden sind trotz der höheren Scheidungsziffern in der früheren DDR keine Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland festzustellen. Durch die Tendenz zur erneuten Partnerschaft und Wiederheirat finden sich in den neuen Bundesländern keine deutlich größeren Anteile von geschiedenen Alleinlebenden und Alleinerziehenden als in den alten Bundesländern.

In den Medien wird im Zusammenhang mit der Ausbreitung sogenannter „alternativer Lebensformen“ immer wieder über eine Krise der Familie diskutiert. Nach Wohngemeinschaften und unverheiratet zusammenlebenden Paaren sind in den letzten Jahren vor allem auch „Singles“ in das Blickfeld des öffentlichen Interesses geraten. In Westdeutschland ist ein Trend zu beobachten, daß immer

mehr jüngere Männer und Frauen sich dafür entscheiden, ledig und allein in einem Haushalt zu leben. Auch in den neuen Bundesländern hat sich diese Lebensform im Laufe des sozialen Transformationsprozesses zunehmend durchgesetzt. So leben in den alten Bundesländern 8 % der Befragten und in den neuen Bundesländern 5 % als Ledige allein in einem Haushalt. Der Anteil von unverheirateten Paaren ohne Kinder unterscheidet sich nicht wesentlich zwischen West- und Ostdeutschland, während unverheiratete Paare mit Kindern in den neuen Bundesländern häufiger anzutreffen sind als in den alten Bundesländern.

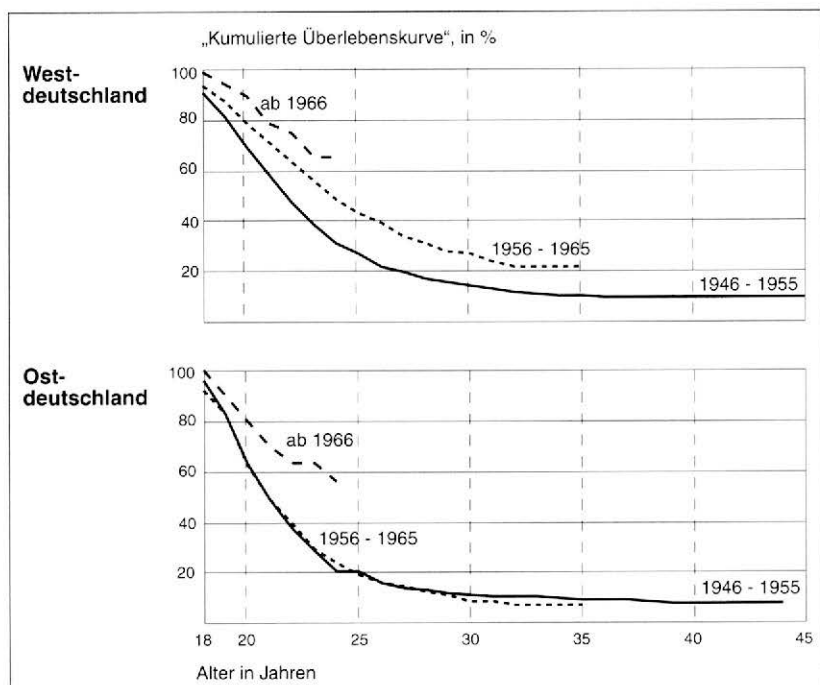
6.2 Heiratsalter und Ehedauer

Dem sozialen Wandel im Bereich der Familie liegen u.a. individuelle Veränderungen beim Heirats- und Fertilitätsverhalten in der Abfolge der Geburtsjahrgänge zugrunde. Insbesondere die Geburtsjahrgänge der 40er Jahre zeigten eine Neigung zur frühen Eheschließung und Geburt von Kindern. Bei den jüngeren Geburtsjahrgängen sank im Zusammenhang mit der Bildungsexpansion und der zunehmenden Erwerbsbeteiligung jüngerer Frauen in Westdeutschland die Tendenz zur frühen Heirat und Elternschaft.

Ein Wandel in der Heiratsneigung läßt sich anhand der kumulierten Überlebenskurve für das Alter bei der ersten Eheschließung für eine Abfolge von Geburtskohorten anschaulich darstellen (vgl. Abb. 2). Die Kurve zeigt, welcher Anteil einer Kohorte zu bestimmten Lebensjahren noch keine Ehe geschlossen hat. Der Verlauf der Kurve unterscheidet sich deutlich bei den verschiedenen Kohorten in den alten Bundesländern (vgl. Abb. 1). Seit den Geburtsjahrgängen der frühen 50er Jahre bleiben in der jeweils jüngeren Kohorte zunehmende Anteile junger Frauen länger ledig, und die Kurven zeigen dementsprechend einen flacheren Verlauf. Während von der ältesten Kohorte mit 25 Jahren nahezu 80 % bereits verheiratet waren, trifft das für weniger als 60 % der jüngeren Kohorte (1956–1965) zu. Bei der jüngsten Kohorte verläuft der Heiratsprozeß noch langsamer, d. h. es wird noch später eine Ehe geschlossen. Diese Entwicklung zu einem Anstieg des Heiratsalters fand zeitgleich mit der Bildungsexpansion statt. Allein durch die längere Ausbildungsdauer dieser Kohorten ist ein Aufschub bei der Erstheirat zu erwarten, da meist erst nach dem Abschluß der schulischen und beruflichen Ausbildung geheiratet wird. Diskutiert wird auch, ob durch die höhere Bildung und die verbesserten beruflichen Möglichkeiten bei Frauen in den jüngeren Geburtsjahrgängen die Attraktivität einer Heirat gesunken ist und somit nicht nur ein Aufschub der Heirat, sondern auch längerfristig höhere Ledigenquoten zu verzeichnen sind.

In Ostdeutschland ist eine andere Entwicklung zu beobachten als in Westdeutschland. Die weitgehende Eingliederung der Frauen in die berufliche Ausbildung und das Berufsleben hat sich in der früheren DDR nicht in einem höheren Heiratsalter niedergeschlagen. Allerdings waren auch die Wahlmöglichkeiten ge-

Abb. 2: Heiratsalter von Frauen in West- und Ostdeutschland



Datenbasis: ALLBUS 1980–1991, kumulierter Datensatz.

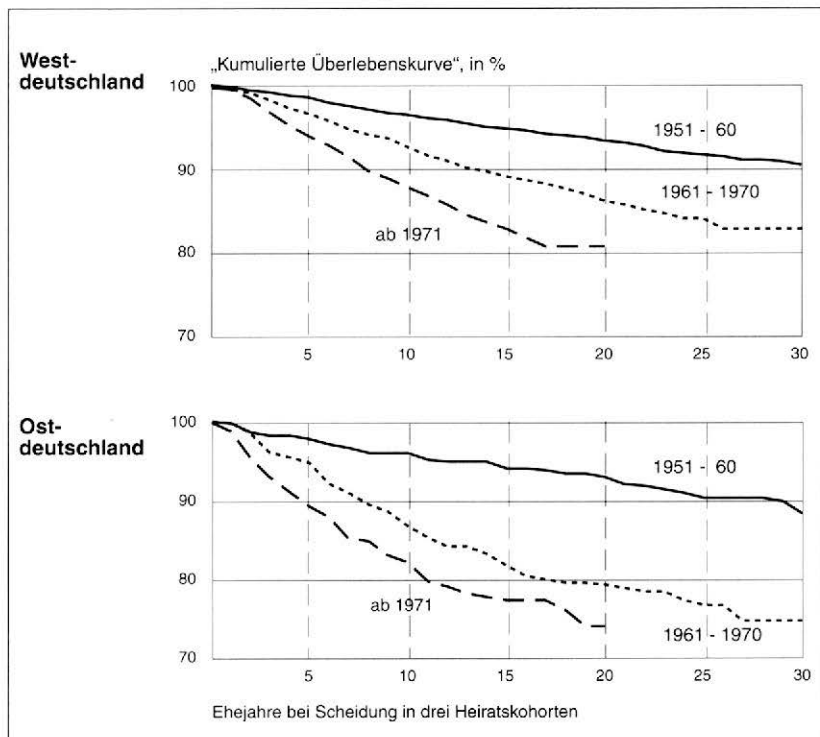
ringer, und ein eigenständiges Wohnen war für junge Männer und Frauen in der Regel nur über eine Heirat möglich. Bei den beiden älteren Kohorten in Ostdeutschland wurde der überwiegende Teil der Ehen in einer kurzen Altersspanne geschlossen: Bereits bis um Ende des 25. Lebensjahres hatten nahezu 80 % der Frauen eine Ehe geschlossen. Erst bei der jüngsten Kohorte, den Geburtsjahrgängen ab 1966, ist eine deutliche Veränderung festzustellen: Der Heiratsprozeß verläuft erheblich langsamer. Ein deutlich geringerer Anteil als bei den älteren Kohorten ist bis zum 25. Lebensjahr verheiratet. Hier zeigt sich aus der Kohortenperspektive der drastische Rückgang in der Heiratsneigung nach der Wende. In den neuen Bundesländern fand damit eine rasche Annäherung an die alten Bundesländer in Richtung eines deutlich gestiegenen Heiratsalters statt. Zunehmende Wahlmöglichkeiten, aber auch wirtschaftliche und soziale Unsicherheiten im ostdeutschen Transformationsprozeß haben wohl maßgeblich zu dieser Entwicklung beigetragen.

In der Diskussion um Auflösungstendenzen der Ehe wird vielfach auf gestiegene Scheidungszahlen verwiesen. Für die Abfolge von Eheschließungskohorten in den

alten Bundesländern ist eine Zunahme der Neigung zur Auflösung der Ehe zu erkennen. So steigen bei den jeweils jüngeren Kohorten die Anteile derjenigen deutlich, die nach 5, 10 oder 15 Ehejahren geschieden wurden (vgl. Abb. 3). Während Frauen mit hoher beruflicher Qualifikation bereits bei den älteren Kohorten ein höheres Scheidungsrisiko aufwiesen, ist bei den jüngeren Kohorten auch das Scheidungsrisiko bei Frauen mit niedriger beruflicher Qualifikation gestiegen.

Eine frühe Eheschließung, aber auch Vollerwerbstätigkeit von Frauen bringt ebenfalls ein erhöhtes Scheidungsrisiko mit sich. Deshalb verwundert es auch wenig, daß in der DDR die Ehestabilität vergleichsweise gering war. Bereits ältere Heiratsjahrgänge weisen eine geringere Ehestabilität als die jüngste Heiratskohorte in Westdeutschland auf. Früher als in den alten Bundesländern ist in Ostdeutschland bereits bei der Kohorte 1961 bis 1971 ein erheblicher Anstieg des Scheidungsrisikos zu verzeichnen. Bei der jüngsten Heiratskohorte wurde etwa jede fünfte Ehe nach 15 Ehejahren geschieden. In den alten Bundesländern wurde in der

Abb. 3: Ehedauer bis zur Scheidung (1. Ehen) in West- und Ostdeutschland



Datenbasis: Kumulierter ALLBUS 1980–1991.

gleichen Kohorte etwa jede sechste Ehe nach 15 Ehejahren geschieden. Westdeutsche Ehen sind somit auch bei den jüngeren Heiratskohorten noch stabiler als ostdeutsche.

6.3 Haushaltsformen und relative Einkommenspositionen

Die verschiedenen Haushaltsformen gehen mit unterschiedlichen relativen Einkommenspositionen für das bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen einher. Relative Einkommenspositionen sind hier definiert als gruppenspezifische Durchschnittseinkommen in Prozent des Gesamtdurchschnittseinkommens. Als Indikator für die Streuung wird der Variationskoeffizient ausgewiesen. Je niedriger der Variationskoeffizient, desto kleiner ist die Standardabweichung im Verhältnis zum Mittelwert, und desto enger streuen die Einkommen um den Mittelwert in der jeweiligen Haushaltsform. Die Berechnungen basieren auf getrennten Berechnungen für Ost- und Westdeutschland. Unterschiede zwischen den einzelnen Haushaltsformen treten in den alten Bundesländern bei einer insgesamt höheren Ungleichheit in der Einkommensverteilung akzentuierter hervor als in den neuen Bundesländern (vgl. Tab. 1). Die höchste relative Einkommensposition haben unverheiratete Partner ohne Kinder mit 121 in den neuen Bundesländern und sogar 144 in den alten Bundesländern. Auch Ehepaare ohne Kinder und ledige Alleinlebende verfügen

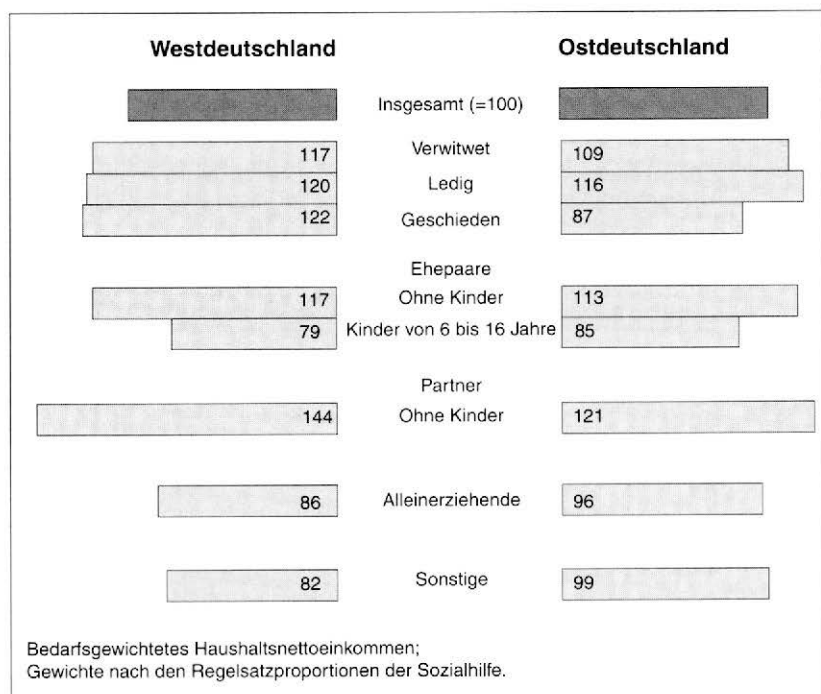
Tab. 1: Lebensformen und relative Einkommenspositionen

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Relative Position	Variationskoeffizient	Relative Position	Variationskoeffizient
Insgesamt	100		100	
Alleinlebend				
ledig	120	0,49	116	0,45
geschieden	122	0,84	87	0,46
verwitwet	117	0,87	109	0,26
Alleinerziehend	86	1,27	96	0,71
Partner ohne Kinder	144	0,54	121	0,30
Ehepaar ohne Kinder	117	0,71	113	0,40
Ehepaar mit Kindern				
unter 6 Jahren	81	0,53	84	0,35
Ehepaar mit Kindern				
von 6 bis 16 Jahre	79	0,44	85	0,34
Sonstige	82	0,44	99	0,33

Datenbasis: SOEP 1995.

noch über ein überdurchschnittliches Einkommen, wenn auch deutlich unterhalb des Niveaus von unverheirateten Partnern. Erhebliche Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern sind bei geschiedenen Alleinlebenden zu beobachten: In Ostdeutschland verfügen sie nur über ein unterdurchschnittliches Einkommen, in Westdeutschland liegen sie dagegen deutlich über dem Durchschnitt. Allerdings weist bei dieser Bevölkerungsgruppe in Westdeutschland der vergleichsweise hohe Variationskoeffizient von 0,87 auf eine hohe Streuung in der Einkommensverteilung hin. Haushaltsformen mit Kindern gehen mit unterdurchschnittlichem Einkommen einher. (Ehe-)Paare mit Kindern im Haushalt haben besonders niedrige relative Einkommenspositionen, allerdings bei moderater Streuung. Eine sehr heterogene Einkommenssituation findet man dagegen bei unvollständigen Familien. Die ungünstige relative Einkommensposition von Alleinerziehenden ist gepaart mit einem hohen Maß an Ungleichheit in der Verteilung der Einkommen, wie die hohen Variationskoeffizienten zeigen. In dieser Personengruppe ist das Risiko, in Einkommensarmut zu geraten, auch besonders hoch.

Abb. 4: Haushaltsnettoeinkommen bei verschiedenen Haushaltsformen 1995



Datenbasis: SOEP 1995.

6.4 Stellenwert von Ehe und Familie

Sinkende Heiratsneigung und abnehmende Ehestabilität werden häufig als Ergebnis einer abnehmenden subjektiven Bedeutung der Familie in der Bevölkerung gewertet. Vor diesem Hintergrund wird untersucht, wie wichtig in Ost und West Ehe bzw. Partnerschaft und Kinder im Leben sind.

Tab. 2: Wichtigkeit von glücklicher Ehe, Partnerschaft und Kindern

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	sehr wichtig	wichtig	sehr wichtig	wichtig
	in %			
Insgesamt				
Für andere dasein im Leben	26	64	25	65
Erfolg im Beruf	23	48	29	47
Eigenes Haus im Leben	23	33	23	27
Sich selbst verwirklichen	19	50	20	57
Viel mit Freunden zusammensein	19	57	16	55
Sich etwas leisten können	17	64	21	65
Reisen im Leben wichtig	10	36	9	35
Politischer, gesellschaftlicher Einsatz	2	15	1	11
Glückliche Ehe, Partnerschaft				
Insgesamt	68	23	68	21
Männer	68	26	70	24
Frauen	68	21	67	19
Altersgruppen				
16–30 Jahre	68	24	72	20
31–45 Jahre	75	21	76	20
46–60 Jahre	70	23	71	24
61 Jahre und älter	58	25	53	21
Kinder haben im Leben				
Insgesamt	44	34	49	34
Männer	37	37	43	39
Frauen	49	32	54	30
Altersgruppen				
16–30 Jahre	32	33	40	32
31–45 Jahre	51	29	61	30
46–60 Jahre	47	36	50	37
61 Jahre und älter	42	41	43	39

Datenbasis: SOEP 1995.

Zwischenmenschliche Beziehungen im privaten Bereich haben in Ost und West einen besonders hohen Stellenwert. Es zeigt sich auch, daß subjektive Prioritäten von den faktischen Lebensverhältnissen abhängig sind. Eine glückliche Ehe (bzw. Partnerschaft) steht in der Wichtigkeitsrangfolge sowohl bei der westdeutschen als auch bei der ostdeutschen Bevölkerung an erster Stelle. Andere Bereiche, wie Beruf und Lebensstandard, werden zwar auch überwiegend als wichtig eingestuft, aber seltener als „sehr wichtig“. Die überwiegende Mehrheit der Befragten, d. h. jeweils etwa 90 % in Ost- und Westdeutschland, beurteilen eine glückliche Ehe oder Partnerschaft mindestens als wichtig für ihr Leben, mehr als zwei Drittel sogar als sehr wichtig. Bei älteren Menschen über 60 Jahre ist die subjektive Bedeutung einer glücklichen Ehe und Partnerschaft etwas geringer. Eine ausgesprochene Familienorientierung mit Kindern als zentralem Bestandteil findet eine geringere Priorität. In diesem Bereich finden sich sowohl alters- als auch geschlechtsspezifische Unterschiede. So geben 37 % der Männer und 49 % der Frauen in Westdeutschland an, daß Kinder zu haben sehr wichtig für ihr Leben ist. In Ostdeutschland wird der Stellenwert von Kindern etwas höher eingestuft. 43 % der Männer und 54 % der Frauen erachten Kinder als sehr wichtig für ihr Leben. Dennoch erachten etwa drei Viertel der Westdeutschen und mehr als 80 % der Ostdeutschen Kinder mindestens als wichtig für ihr Leben. In der Altersgruppe von 31 bis 45 Jahre haben Kinder einen besonders hohen Stellenwert, in der jüngsten Altersgruppe von 16 bis 30 Jahre den geringsten. Insgesamt zeigen Männer eine stärkere berufliche Orientierung und eine geringere Familienorientierung als Frauen. Ehe und Partnerschaft haben trotz gesunkener Heiratsneigung auch Mitte der neunziger Jahre den zentralen Platz in der subjektiven Prioritätenliste über verschiedene Lebensbereiche.

6.5 Familie, Partnerschaft und subjektives Wohlbefinden

Die allgemeine Lebenszufriedenheit, gemessen auf der Skala von 0 „ganz und gar unzufrieden“ bis 10 „ganz und gar zufrieden“, ist in den neuen Bundesländern mit durchschnittlich 6,4 deutlich geringer als in den alten Bundesländern mit 7,0. Neben den Niveauunterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland findet man auch zwischen den einzelnen Familien- und Lebensformen Differenzen. Die geringste Lebenszufriedenheit äußern sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern geschiedene oder vom Partner getrennt lebende Befragte in Einpersonenhaushalten: Die durchschnittliche Zufriedenheit mit dem Leben beträgt bei dieser Lebensform 6,2 im Westen und 5,6 im Osten. Das sind jeweils 0,8 Skalenpunkte unter dem Gesamtdurchschnitt der Untersuchungsregion. Alleinerziehende schätzen ihre Lebenszufriedenheit dagegen höher ein und liegen in den neuen Bundesländern mit durchschnittlich 6,4 nicht unter dem Gesamtdurch-

schnitt. Sie äußern sich zudem vergleichsweise optimistisch über ihre zukünftig erwartete Lebenszufriedenheit. In Ostdeutschland erwarten sie in fünf Jahren eine Erhöhung ihrer Lebenszufriedenheit um durchschnittlich 0,5 und in Westdeutschland um 0,4 Skalenpunkte. Verwitwete Menschen, die allein leben, erwarten dagegen eine Abnahme ihrer Lebenszufriedenheit.

Tab. 3: Zufriedenheit mit der Tätigkeit im Haushalt und dem Leben gegenwärtig und in 5 Jahren

	Zufriedenheit mit					
	Leben, gegenwärtig		Leben, in 5 Jahren		Tätigkeit im Haushalt	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	Ø					
Insgesamt	7,0	6,4	6,9	6,5	6,5	6,3
Alleinlebend						
ledig	6,7	6,0	7,1	6,4	6,1	5,9
geschieden	6,2	5,6	6,3	6,0	6,1	6,2
verwitwet	6,4	6,6	5,9	6,0	6,6	6,3
Alleinerziehend	6,6	6,4	7,0	6,9	6,2	6,5
Partner ohne Kinder	7,3	6,5	7,5	7,3	6,5	6,3
Ehepaar ohne Kinder	7,2	6,4	6,8	6,2	6,8	6,5
Ehepaar mit Kindern unter 6 Jahren	7,1	6,7	7,5	7,1	6,5	6,6
Ehepaar mit Kindern von 6 bis 16 Jahre	6,9	6,3	7,1	6,6	6,5	6,1

Zufriedenheitsskala: „ganz und gar unzufrieden“ = 0; „ganz und gar zufrieden“ = 10.

Datenbasis: SOEP 1995.

Lebensereignisse wie Trennung und Scheidung stellen für lange Zeit eine erhebliche psychische Belastung dar. Alleinlebende, die geschieden sind oder vom Partner getrennt leben, haben nicht nur eine geringe Lebenszufriedenheit, sie sind auch durch Einsamkeit in ihrem Wohlbefinden beeinträchtigt. Auch „Singles“ und Alleinerziehende haben Defizite beim subjektiven Wohlbefinden, sind häufiger einsam und haben wenig Freude bei der Arbeit. Allerdings werden die Defizite von diesen Bevölkerungsgruppen eher als temporär eingeschätzt. Ledige Alleinlebende, aber auch Alleinerziehende zeigen im Unterschied zu geschiedenen und verwitweten Befragten mehr Zukunftsoptimismus.

In einer Lebensphase, in der die eigenen Kinder in der Regel das Elternhaus verlassen haben und der Ehepartner verstorben ist, müssen sich ältere Menschen an die Situation, allein in einem Haushalt zu leben, anpassen. Diese Situation geht häufig mit einem geringen subjektiven Wohlbefinden einher. Verwitwete Alleinlebende leiden zu einem erheblichen Anteil unter Einsamkeit: 60 % in Westdeutschland und 46 % in Ostdeutschland fühlen sich oft einsam. Aber nicht nur Einsamkeit

Tab. 4: Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens¹

	Einsamkeit ²		Zukunfts- zuversicht ³		Keine Arbeitsfreude ⁴		Finde mich nicht mehr zurecht ⁵	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %							
Insgesamt	24	22	66	61	16	16	18	29
Alleinlebend								
ledig	32	36	70	57	23	23	14	30
geschieden	41	33	54	36	21	14	20	35
verwitwet	60	46	49	53	19	15	33	51
Alleinerziehend	37	27	66	63	23	18	17	22
Partner ohne Kinder	12	23	80	72	12	9	8	27
Ehepaar ohne Kinder	18	18	63	52	13	16	21	38
Ehepaar mit Kindern								
unter 6 Jahren	14	12	73	73	15	15	10	18
Ehepaar mit Kindern								
von 6 bis 16 Jahre	17	13	70	64	16	16	15	18

1 Antwortkategorien: stimmt ganz und gar/stimmt eher.

2 Ich fühle mich oft einsam.

3 Wenn ich an die Zukunft denke, bin ich eigentlich recht zuversichtlich.

4 Meine Arbeit macht mir keine Freude.

5 Die Verhältnisse sind so kompliziert geworden, daß ich mich fast nicht mehr zurechtfinde.

Datenbasis: SOEP 1995.

kennzeichnet diese Lebensform. Auch weitere subjektive Beeinträchtigungen treten bei dieser Personengruppe verstärkt auf: So haben mehr als die Hälfte der verwitweten Alleinlebenden in Ostdeutschland und ein Drittel in Westdeutschland Probleme, sich mit den komplizierten Verhältnissen zurechtzufinden, und nur jeweils etwa die Hälfte sieht zuversichtlich in die Zukunft.

6.6 Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Mit der gestiegenen Erwerbsbeteiligung von Frauen in der alten Bundesrepublik hat auch das Problem der Doppelbelastung von Frauen durch Familie und Beruf an Relevanz gewonnen. In der ehemaligen DDR galt es als selbstverständlich, daß auch Mütter eine volle Berufstätigkeit ausübten. Schwierigkeiten bei den Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden als wichtige Ursachen für die „Krise der Familie“ angesehen. So erachten auch in der Altersgruppe von 31 bis 45 Jahre mehr als die Hälfte der westdeutschen Frauen und 46 % der ostdeutschen Frauen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als persönliches Problem. Häufig beklagt werden fehlende Einrichtungen und Betreuungsmöglichkeiten für Kinder. Mehr als die Hälfte der Frauen mit kleinen Kindern in den alten

und neuen Bundesländern machen sich Sorgen um die Möglichkeiten zur Kinderbetreuung. Flexiblere Öffnungszeiten von Kindergärten, Kinderbetreuung in der Schule und auch flexiblere Arbeitszeitgestaltung werden von ost- und westdeutschen Frauen überwiegend als wichtige Maßnahmen zur leichteren Vereinbarkeit von Familie und Beruf angesehen.

Tab. 5: Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Frauen

	Westdeutschland	Ostdeutschland
	in %	
Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein persönliches Problem ¹		
Frauen, insgesamt	18	18
Altersgruppen		
16–30 Jahre	27	35
31–45 Jahre	51	46
46–60 Jahre	17	17
61 Jahre und älter	5	3
Sorgen um die Möglichkeit der Kinderbetreuung ²		
Große Sorgen	17	17
Einige Sorgen	35	42

1 Anteil der Frauen, die auf die Frage: „Die Arbeitszeit von Berufstätigen läßt sich nicht immer ganz einfach mit Aufgaben in der Familie und im Haushalt vereinbaren. Ist das für Sie persönlich ein Problem?“ mit „JA“ geantwortet haben.

2 Nur Befragte, in deren Haushalt kleine Kinder leben.

Datenbasis: SOEP 1995.

Tab. 6: Bedeutung von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Frauen

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	sehr wichtig	wichtig	sehr wichtig	wichtig
	in %			
Wichtigkeit von Maßnahmen zur Erleichterung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie				
Längere Ladenöffnungszeiten	10	23	9	22
Kürzere Wochenarbeitszeit	4	22	9	29
Flexiblere Arbeitszeitgestaltung	16	37	14	40
Flexiblere Öffnungszeiten von Kindergärten	19	29	13	28
Kinderbetreuung durch die Schule				
bei Unterrichtsausfall	19	30	17	30
Mehr Ganztagschulen	10	23	7	22

Datenbasis: SOEP 1995.

6.7 Zusammenfassung

Während in den alten Bundesländern die Heiratsneigung bereits bei den Geburtsjahrgängen der 50er Jahre erheblich gesunken war, ist in Ostdeutschland eine vergleichbare Entwicklung erst nach der Wende zu beobachten. Mit höheren Ledigenquoten geht eine Veränderung der Haushalts- und Familienstruktur einher – vor allem die stärkere Verbreitung von „Single-Haushalten“ und unverheiratet zusammenlebenden Paaren. Die Tendenz zu einer geringeren Ehestabilität setzte in Ostdeutschland früher und stärker ein als in den alten Bundesländern. Männer und Frauen mit Kindern bis 16 Jahre im Haushalt befinden sich in niedrigen relativen Einkommenspositionen, insbesondere im Vergleich zu (Ehe-)Paaren ohne Kinder. Im gesamten Bundesgebiet wird einer glücklichen Ehe oder Partnerschaft dennoch eine besonders hohe Bedeutung für das Leben zugewiesen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird von jüngeren Frauen häufig als problematisch erachtet. Eine niedrige Lebenszufriedenheit findet man in erster Linie bei alleinlebenden, geschiedenen oder vom Partner getrennt lebenden Männern und Frauen. Verwitwete Alleinlebende leiden insbesondere unter Einsamkeit.

(Stefan Weick)

7 Bildung

In einer sich immer schneller wandelnden Arbeitswelt nimmt die Bildung eine Schlüsselrolle mit wachsender Bedeutung ein. Sie bestimmt zum einen unmittelbar den aktuellen Arbeitsmarkterfolg der Erwerbspersonen, zum anderen mittelbar die individuelle Anpassungskapazität an sich stark verändernde Arbeitsanforderungen und damit die zukünftigen Arbeitschancen. Der Erfolg am Arbeitsmarkt wirkt sich direkt auf das persönliche Wohlbefinden aus. Darüber hinaus prägt das individuelle Bildungsniveau jedoch auch Werturteile und Anspruchsniveaus und bestimmt dadurch unabhängig vom Arbeitsmarktstatus das subjektive Wohlbefinden und die Zukunftserwartungen.

In diesem Kapitel wird anhand objektiver und subjektiver Indikatoren der Zusammenhang von Bildung und Erwerbsstatus, Arbeitsplatzqualität, subjektivem Wohlbefinden und Zukunftserwartungen beschrieben. Da der formale Bildungserwerb in der Regel mit Beendigung der beruflichen Ausbildung abgeschlossen wird, orientieren sich die unterschiedenen Bildungskategorien am erreichten beruflichen Bildungsniveau; entsprechend werden Personen, die sich noch in beruflicher Ausbildung befinden, nicht betrachtet. Das Niveau der beruflichen Bildung wird in vier Kategorien erfaßt: ohne abgeschlossene Berufsausbildung, mit abgeschlossener Berufsausbildung (z.B. Lehre), Fachhochschule sowie Hochschule. Diese Bildungsabschlüsse werden für West- und Ostdeutschland getrennt betrachtet. Zusätzlich wird dem besonderen Status der Gastarbeiter, die über keinen in Deutschland erworbenen berufsbildenden Abschluß verfügen, mit einer eigenen Kategorie Rechnung getragen.

7.1 Bildung und Erwerbsstatus

In Tabelle 1 wird der Zusammenhang von Bildungsniveau und Erwerbsstatus ausgewiesen. Mit höherem Bildungsniveau steigt tendenziell die Wahrscheinlichkeit, eine Vollzeitbeschäftigung auszuüben. Dies gilt sowohl für West- als auch für Ostdeutschland. Auffällig ist der Befund, daß Fachhochschulabsolventen in Westdeutschland mit 76% eine etwas höhere Vollzeit-Erwerbsquote aufweisen als Hochschulabsolventen (69%). Die im Vergleich zur Hochschulausbildung stärkere Ausrichtung der Fachhochschulausbildung an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes könnte dafür eine Erklärung sein. Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung haben in Ostdeutschland mit lediglich 25% deutlich ungünstigere Chancen für eine Vollzeitbeschäftigung als die entsprechende Gruppe in Westdeutschland, in der 40% der Deutschen und 50% der ausländischen Bevölkerung vollzeitbeschäftigt sind.

Tab. 1: Bildung und Erwerbsstatus in West- und Ostdeutschland^{1,2}

	Erwerbsstatus					
	Vollzeitbe- schäftigt ⁴	Teilzeitbe- schäftigt ⁴	Gering- fügig be- schäftigt ⁵	In Fortbil- dung/Ums- schulung	Arbeits- los ⁶	Sonstig nicht- erwerbstätig
	in % (Zeilen)					
Insgesamt	57	10	2	1	9	21
Westdeutschland						
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	40	11	4	0	8	37
ohne abgeschlossene Berufsausbildung (Ausländer)	50	6	2	1	16	25
mit abgeschlossener Berufsausbildung	60	11	2	1	6	20
Fachhochschule	76	10	3	0	4	7
Hochschule	69	10	3	1	5	11
Ostdeutschland						
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	25	6	0	1	25	44
mit abgeschlossener Berufsausbildung	59	6	1	2	18	15
Fachhochschule ³	68	14	0	1	7	11
Hochschule	73	6	1	2	7	12

1 Ohne Personen älter als 65 Jahre, ohne Zivil-/Wehrdienst, Mutterschafts-/Erziehungsurlaub.

2 Ohne Personen, die sich in allgemein- oder berufsbildenden Schulen oder Hochschulen befinden.

3 Inklusive Ingenieur-/Fachschulabschlüsse vor 1990.

4 Einschließlich Kurzarbeit und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM).

5 Ohne Arbeitslose.

6 Ohne ABM, Fortbildung und Umschulung.

Datenbasis: SOEP 1995.

Der Anteil an Teilzeit- sowie geringfügiger Beschäftigung verteilt sich relativ gleichmäßig über die Bildungsniveaus; auffällig sind jedoch die sehr geringen Anteile geringfügiger Beschäftigung in Ostdeutschland (vgl. Teil II, Kap. 8).

Arbeitslosigkeit ist bekanntlich ungleich verteilt; sie ist vor allem nicht unabhängig von der Qualifikation der Beschäftigten. Das Risiko einer Arbeitslosigkeit nimmt mit steigendem Bildungsniveau deutlich ab. Während beispielsweise 8% der Westdeutschen ohne einen beruflichen Ausbildungsabschluß arbeitslos sind, sinkt diese Quote auf 5% bei den Personen mit Hochschulabschluß. Dieser Zusammenhang mit dem Bildungsabschluß gilt sowohl für West- als auch für Ostdeutschland, wobei er in Ostdeutschland deutlich ausgeprägter zu beobachten ist als in Westdeutschland.

7.2 Bildung und Arbeitsplatzqualität

Über die Frage nach der Arbeitsmarktpartizipation hinaus ist von Interesse, inwiefern sich bei Erwerbstätigen bildungsspezifische Unterschiede in der jeweiligen Arbeitsplatzqualität feststellen lassen. Hierzu werden objektive Indikatoren wie Arbeitseinkommen und Wochenarbeitszeit sowie subjektive Indikatoren wie Einschätzung des Abwechslungsgehalts der Arbeit und nervliche Belastung betrachtet. In Tabelle 2 werden die Werte für verschiedene Indikatoren nach dem Bildungsniveau differenziert dargestellt.

Die ausgewiesenen durchschnittlichen Arbeitseinkommen, der klassische Indikator für die Arbeitsplatzqualität, belegen anschaulich, daß und wie sich Bildung „auszahlt“. Dieses Ergebnis ist sowohl für West- als auch für Ostdeutschland zu beobachten. Von verblüffender Konstanz sind dabei die Einkommensrelationen Ost/West über die verschiedenen Bildungsniveaus hinweg: Sowohl Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, solche mit abgeschlossener Berufsausbildung als auch Hochschulabsolventen erzielen in Ostdeutschland rund zwei Drittel der Einkommen der entsprechenden westlichen Bildungskategorie.

Das Risiko einer unterwertigen, d. h. einer ausbildungsinadäquaten Beschäftigung, ist sowohl in West- als auch in Ostdeutschland für Hochschulabsolventen am niedrigsten. Die „Risiko-Distanz“ von ostdeutschen Hochschulabsolventen zu Erwerbstätigen mit abgeschlossener Berufsausbildung ist jedoch minimal; zudem tritt das Phänomen der unterwertigen Beschäftigung in Ostdeutschland deutlich stärker auf als in Westdeutschland.

Hochschulabsolventen haben die größten Chancen, eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu erhalten. Für die „klassischen“ Bildungsniveaus (mit abgeschlossener Berufsausbildung, mit Hochschulabschluß) lassen sich in West- und Ostdeutschland bemerkenswert ähnliche Beschäftigungsraten im öffentlichen Dienst beobachten.

Mit zunehmendem Bildungsniveau steigt – ebenfalls sowohl in West- als auch in Ostdeutschland – die Wahrscheinlichkeit, eine Existenz als Selbständiger zu führen. Dieses Ergebnis wird bestimmt durch die klassischen Freiberufler mit akademischer Ausbildung wie beispielsweise Zahnärzte und Architekten.

Die Arbeitsbelastung, hier gemessen über die tatsächlich geleistete Wochenarbeitszeit, steigt mit zunehmendem Bildungsniveau an. Hier ist somit eine Teilkompensation für die höheren Einkommen festzustellen. Demgegenüber ist die Lage der Arbeitszeit über die Bildungsniveaus und die beiden Regionen hinweg recht ähnlich verteilt.

Hinsichtlich des Arbeitsweges zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland. Tendenziell fällt in Westdeutschland der Arbeitsweg bei Erwerbstätigen mit höherem Bildungsniveau länger aus; mit zunehmendem Anspruch an die Qualität der Arbeit steigt die erforderliche regionale Mobilitätsbereitschaft. In Ostdeutschland ist jedoch eher eine Gleichverteilung über die Bil-

Tab. 2: Bildungserträge auf dem Arbeitsmarkt^{1,2} –
Objektive und subjektive Indikatoren

	Westdeutschland					Ostdeutschland				Ins- ge- sam
	ohne	ohne (Ausl.)	mit	Fach- hoch- schule	Hoch- schule	ohne	mit	Fach- hoch- schule ³	Hoch- schule	
	abgeschlossene(r) Berufsausbildung		abgeschlos- sene(r) Berufs- ausbildung							
	% bzw. Ø									
Einkommen ⁴ (in DM)	3710	3520	4460	6570	6670	2540	2930	3700	4500	4350
Im erlernten Beruf tätig	53	45	67	85	80	62	55	64	62	65
Unterwertige Beschäftigung	–	–	16	19	12	–	25	32	24	18
Befristete Beschäftigung ⁵	5	9	4	6	13	13	6	4	14	6
ABM-Stelle ⁶	–	–	–	–	–	12	6	2	5	5
Öffentlicher Dienst	20	16	25	28	47	29	26	43	49	28
Arbeiter	55	80	30	1	4	66	58	7	2	34
Angestellter	36	13	54	67	51	31	33	81	71	48
Beamter	1	2	7	16	31	2	2	2	9	8
Selbständiger	8	5	10	16	13	2	7	11	17	10
Wochenarbeitszeit ⁷ (Std.)	43,5	41,7	43,6	44,8	46,5	44,5	45,7	46,5	49,2	44,3
Job-Sharing	9	7	6	0	2	1	7	3	1	6
Arbeitszeit abends	22	29	21	19	31	26	21	17	21	23
Arbeitszeit nachts	9	14	10	4	5	6	11	6	2	9
Samstagsarbeit	31	33	34	34	40	43	38	28	37	35
Sonntagsarbeit	13	15	16	13	21	13	15	16	20	16
Dauer Arbeits- weg (Min.)	23,7	21,4	23,5	29,4	26,6	41,4	30,4	27,2	31,1	25,4
Abwechslungsreiche Tätigkeit	53	35	62	76	73	57	62	73	82	62
Selbst. Gestaltung des Arbeitsablaufs	38	23	41	56	47	14	28	41	45	39
Hohe nervliche Anspannung	27	19	25	37	52	21	22	50	55	29
Strenge Kontrolle der Arbeitsleistung	11	28	11	5	6	25	23	21	11	14
Öfter Konflikte mit Vorgesetzten	2	4	3	0	2	4	3	2	2	3
Gutes Verhältnis zu Arbeitskollegen	75	79	75	81	73	69	76	74	69	75
Stetes Lernen für berufl. Fortkommen	23	23	35	50	53	40	37	49	54	37
Hohe Arbeits- zufriedenheit	45	51	49	50	48	46	43	44	53	48

dungsniveaus zu beobachten. Auffällig ist zudem, daß die Zeit, die für den Arbeitsweg aufgewandt werden muß, in Ostdeutschland für alle Bildungsniveaus höher ist als in Westdeutschland. Als Gründe hierfür können die ungünstigere Verkehrs-Infrastruktur sowie der Zwang zu höherer Flexibilität in einer ungünstigeren Arbeitsmarktsituation gesehen werden.

Auch anhand der ausgewählten subjektiven Arbeitsplatzindikatoren sind Unterschiede zwischen den einzelnen Bildungsgruppen zu erkennen. Vielseitigkeit und Gestaltungsspielraum der Tätigkeit nehmen erwartungsgemäß mit steigendem Bildungsniveau zu. Diese Besserstellung wird jedoch erkauft mit einer stärkeren nervlichen Belastung am Arbeitsplatz, die typisch ist für qualifiziertere Tätigkeiten.

Bemerkenswert ist der mit zunehmendem Bildungsgrad höhere Anteil derjenigen Erwerbstätigen, die angeben, sie könnten bei der Ausübung ihrer Tätigkeit öfter etwas dazulernen, was ihrem beruflichem Fortkommen nützen würde. Für West- und Ostdeutschland zeigt sich ein ähnliches Bild. Damit wird erkennbar, daß sich Unterschiede in den Arbeitsplatzmerkmalen zwischen den Bildungsniveaus im Zeitverlauf tendenziell verstärken werden.

Die Arbeitsplatzzufriedenheit dagegen scheint kaum mit dem Bildungsniveau zu korrelieren. Vor dem Hintergrund der ermittelten, teilweise starken Unterschiede in den objektiven Arbeitsplatzmerkmalen wird deutlich, daß die subjektive Wahrnehmung der eigenen Möglichkeiten und verschiedene Anspruchsniveaus bei dieser Einschätzung eine relevante Rolle spielen.

7.3 Bildung und subjektives Wohlbefinden

Ein höheres Bildungsniveau kann nicht nur – als Primärziel schulischer und beruflicher Bildung – Vorteile am Arbeitsmarkt verschaffen, sondern darüber hinaus unterschiedliche Lebenschancen eröffnen und somit ganz generell das subjektive Wohlbefinden in verschiedenen Teilbereichen des Lebens steigern. In Tabelle 3 sind dazu Zufriedenheitsangaben für wichtige Dimensionen nach dem Bildungsniveau differenziert dargestellt (vgl. auch Teil II, Kap. 3).

Anmerkungen zu Tabelle 2

- 1 Nur Vollzeit- und (regelmäßig) Teilzeitbeschäftigte.
 - 2 Ohne Personen, die sich in allgemein- oder berufsbildenden Schulen oder Hochschulen befinden.
 - 3 Inklusive Ingenieur-/Fachschulabschlüsse vor 1990.
 - 4 Nur abhängig Vollzeitbeschäftigte (Bruttomonatseinkommen).
 - 5 Ohne ABM.
 - 6 Nur für Ostdeutschland verfügbar.
 - 7 Nur Vollzeitbeschäftigte, nicht in Kurzarbeit (einschl. Überstunden).
- Datenbasis: SOEP 1995.

Tab. 3: Bildung und subjektives Wohlbefinden¹

	Westdeutschland					Ostdeutschland				Insgesamt
	ohne	ohne (Ausl.)	mit	Fachhochschule	Hochschule	ohne	mit	Fachhochschule ²	Hochschule	
	abgeschlossene(r) Berufsausbildung		abgeschlossene(r) Berufsausbildung							
	in %									
Zufrieden mit										
Gesundheit	31	45	39	42	49	23	35	37	38	38
Wohnung	63	49	65	75	62	58	44	43	36	60
Tätigkeit im Haushalt ³	39	45	35	32	37	33	33	34	26	36
Umfang der Freizeit	56	49	49	44	34	59	38	32	33	47
Gestaltung der Freizeit	53	44	51	49	45	42	35	35	32	48
Lebensstandard	47	36	52	64	54	34	32	34	38	47
Allgemeine Lebenszufriedenheit	41	44	48	46	50	28	31	29	37	43
Lebenszufriedenheit in 5 Jahren	39	53	45	57	61	30	36	34	43	44

1 Ohne Personen, die sich in allgemein- oder berufsbildenden Schulen oder Hochschulen befinden.

2 Inklusive Ingenieur-/Fachschulabschlüsse vor 1990.

3 Falls im Haushalt tätig.

Datenbasis: SOEP 1995.

Die Zufriedenheit mit dem Gesundheitszustand nimmt mit steigendem Bildungsniveau markant zu. Dies gilt sowohl für West- als auch für Ostdeutschland; auffällig sind jedoch die durchweg niedrigeren Zufriedenheitswerte bei den Ostdeutschen. Die Zufriedenheit mit der Wohnsituation ist in Westdeutschland über die Bildungsniveaus hinweg weitgehend gleich verteilt; auch hier zeigt sich somit – bei zu unterstellenden Unterschieden in der objektiven Situation – eine realistische Wahrnehmung des Machbaren, die sich auch im subjektiven Wohlbefinden niederschlägt. In Ostdeutschland sind dagegen Höherqualifizierte deutlich unzufriedener mit ihrer Wohnsituation. Dies könnte auf ein mangelndes Angebot am Wohnungsmarkt hindeuten, welches eine Ausdifferenzierung der Qualität der Wohnformen nach Einkommenshöhe zunächst noch behindert.

Die Zufriedenheit mit dem Umfang der Freizeit nimmt sowohl in West- als auch in Ostdeutschland mit steigendem Bildungsniveau ab. Dies korrespondiert mit dem für die Arbeitszeit ermittelten Ergebnis. Bemerkenswerterweise ergeben sich jedoch für die Gestaltung der unterschiedlich knappen Freizeit keine nennenswerten Unterschiede zwischen den Bildungsniveaus. Auffällig sind dagegen die niedrigeren Zufriedenheitswerte in Ostdeutschland, die auf das niedrigere Einkommensniveau (und den damit eingeschränkten Gestaltungsspielraum) sowie das noch immer generell ungünstigere Freizeitangebot in dieser Region zurückgeführt werden dürften. Ein ähnliches Bild ergibt sich auch für die Einschätzung des Lebensstandards.

Die aktuelle sowie die für die nähere Zukunft antizipierte Lebenszufriedenheit ist bei der qualifiziertesten Personengruppe am höchsten. Dieser gelassene Blick in die Zukunft dürfte die für diese Personen meist objektiv gegebene höhere Anpassungskapazität an sich wandelnde Lebensverhältnisse widerspiegeln.

7.4 Bildung und Zukunftserwartungen

Abschließend sollen die Einschätzungen der Zukunft anhand verschiedener wichtiger sozialer Bereiche betrachtet werden. Die Ergebnisse finden sich in Tabelle 4.

In Westdeutschland steigt die Zuversicht hinsichtlich der persönlichen als auch der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung mit steigendem Bildungsniveau an. Im Kontrast zu dieser Tendenz steht die Wahrnehmung der letzteren Dimension in Ostdeutschland: Hier sind es die besser Ausgebildeten, die sich um die Entwick-

Tab. 4: Bildung und Einschätzung der Zukunft¹

	Westdeutschland					Ostdeutschland				Insgesamt
	ohne	ohne (Ausl.)	mit	Fachhochschule	Hochschule	ohne	mit	Fachhochschule ²	Hochschule	
	abgeschlossene(r) Berufsausbildung					abgeschlossene(r) Berufsausbildung				
	in %									
„Keine“ großen Sorgen um:										
Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung	73	73	74	74	81	82	71	71	67	74
Persönliche wirtschaftliche Situation	82	66	86	86	87	82	72	81	83	82
Arbeitsplatzsicherheit	91	78	90	94	92	69	74	78	83	87
Sicherheit der Wohnsituation	91	83	93	96	94	76	79	83	82	90
Möglichkeiten der Kinderbetreuung ³	82	82	90	90	87	78	85	88	89	87
Entwicklung der Kriminalität	39	54	45	56	65	30	27	29	30	43
Erhaltung des Friedens	50	39	59	65	64	52	46	53	51	54
Schutz der Umwelt	55	66	57	54	51	70	58	54	57	57

1 Ohne Personen, die sich in allgemein- oder berufsbildenden Schulen oder Hochschulen befinden.

2 Inklusive Ingenieur- / Fachschulabschlüsse vor 1990.

3 Falls kleine Kinder in der Familie leben.

Datenbasis: SOEP 1995.

lung der allgemeinen Situation größere Sorgen machen als schwächer Qualifizierte. Offensichtlich erleichtert eine bessere Ausbildung die Wahrnehmung der Risiken der ostdeutschen Entwicklung und ermöglicht es gleichzeitig, die – objektiv gegebene – potentiell günstigere Entwicklung der persönlichen Situation von der allgemeinen Tendenz abgekoppelt zu betrachten.

Ebenfalls unterschiedlich wird die Arbeitsplatzsituation in West- und Ostdeutschland betrachtet. Während sich in Westdeutschland keine nennenswerten Unterschiede nach Bildungsniveau beobachten lassen, ist in Ostdeutschland mit zunehmendem Bildungsniveau eine günstigere Einschätzung festzustellen. Bemerkenswert sind ebenfalls die West/Ost-Unterschiede hinsichtlich der Einschätzung der Entwicklung der Kriminalität. Während diese in Westdeutschland – entgegen den häufig zu beobachtenden Erwartungen populistischer Wahltaktik – mit geringerem Bildungsgrad als weniger bedrohlich eingeschätzt wird, sind in Ostdeutschland keine bildungstypischen Unterschiede zu erkennen; zudem wird dort diesem Problem ein deutlich geringerer Stellenwert beigemessen als in Westdeutschland.

7.5 Fazit

Das Bildungsniveau erweist sich insgesamt als wichtiger Indikator für die individuellen objektiven Arbeitsmarktchancen und deren subjektive Bewertung. Zugleich wirkt es sich auch auf die allgemeine Lebenszufriedenheit aus. Im Bereich der objektiven Indikatoren sind für West- und Ostdeutschland sehr ähnliche Muster hinsichtlich der Wirkung von Bildung zu beobachten. Offensichtlich gleichen sich die beiden Regionen hinsichtlich der untersuchten Aspekte immer weiter an. Dies gilt jedoch nicht für die Einschätzung des subjektiven Wohlbefindens und die Erwartungen an die Zukunft. Starke Unterschiede in Lebensverhältnissen und Sozialisation führen – selbst bei Berücksichtigung des Bildungsniveaus – noch immer zu großen Divergenzen in subjektiven Bewertungen.

(Felix Büchel/Markus Pannenberg)

8 Situation und Erwartungen auf dem Arbeitsmarkt

Seit Jahren kennzeichnen Beschäftigungsprobleme den deutschen Arbeitsmarkt. Während in Ostdeutschland unmittelbar nach der Vereinigung ein massiver Abbau von Arbeitsplätzen einsetzte – etwa vier Millionen Beschäftigte verloren ihren Arbeitsplatz –, konnte in Westdeutschland der durch die Vereinigung bedingte kurze Boom die sich bereits abzeichnende wirtschaftliche Abschwächung bis 1992 hinauszögern. 1996 waren in Deutschland fast vier Millionen Menschen als arbeitssuchend registriert; etwa zwei Millionen Menschen befanden sich darüber hinaus in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik oder suchten ohne die Unterstützung des Arbeitsamtes eine Beschäftigung. Welche Folgen die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt für erwerbstätige und nichterwerbstätige Frauen und Männer verschiedener Altersgruppen in West- und Ostdeutschland kurz nach der Vereinigung (1991) und vier Jahre später (1995) hatten, wird im folgenden aufgezeigt.

8.1 Erwerbsstatus und -beteiligung

Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Entwicklung der altersspezifischen Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen für drei Altersgruppen: 16- bis 34jährige, 35- bis 55jährige sowie 56- bis 65jährige. Deutlich zu erkennen ist in Ostdeutschland der Beschäftigungseinbruch infolge der Vereinigung. Den stärksten Anstieg der Arbeitslosigkeit verzeichneten Frauen mittleren Alters. Der Anteil Arbeitsloser in der Gruppe aller Frauen im Alter zwischen 35 bis 55 Jahren hatte sich von 1991 bis 1995 mehr als verdoppelt (von 7% auf 16%). Auch ältere Frauen gerieten verstärkt in die Arbeitslosigkeit. 1991 waren lediglich 8% der älteren Frauen arbeitslos gemeldet, 1995 hingegen 14%. Bei älteren Männern stieg zwar der Anteil Nichterwerbstätiger um 9 Prozentpunkte auf 63%, sie konnten jedoch vielfach durch die Nutzung des Vorruhestandes Arbeitslosigkeit vermeiden.

Während in Ostdeutschland Frauen im Beobachtungszeitraum überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind, sind es in Westdeutschland vor allem (ältere) Männer. Einen erheblichen Rückgang in der Beschäftigung verzeichneten allerdings auch jüngere Frauen. Ihre gestiegene Nichterwerbstätigkeit spiegelte sich nur zum Teil in einer höheren Arbeitslosenquote wider, da von dieser Altersgruppe auch verstärkt der Mutterschutz/Erziehungsurlaub und Bildungsmaßnahmen in Anspruch genommen wurden. Im letzteren Fall mag sogar die Erwerbsorientierung gestiegen sein, denn über eine verbesserte Ausbildung kann versucht werden, längerfristig die eigenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen.

Tab. 1: Entwicklung der Arbeitsmarktbeteiligung

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	Männer		Frauen		Männer		Frauen	
	1991	1995	1991	1995	1991	1995	1991	1995
in %								
im Alter von 16–34 Jahren								
Erwerbstätig ¹	82	80	70	65	84	84	69	67
Vollzeitbeschäftigt	62	62	41	39	72	66	52	39
Teilzeitbeschäftigt ²	8	8	20	20	4	7	11	20
In Berufsausbildung (Lehre)	12	9	10	6	8	11	7	9
Nichterwerbstätig	18	21	30	35	16	16	31	33
Wehr- und Zivildienst	2	2	0	0	3	2	0	0
Mutterschutz /								
Erziehungsurlaub	0	0	6	9	0	0	10	11
In Ausbildung	13	12	9	11	7	7	10	9
Arbeitslos gemeldet ³	2	5	2	5	6	7	9	10
Nichterwerbstätig:								
suchend	0	1	2	1	0	0	1	2
nicht suchend	1	1	11	9	0	0	1	1
im Alter von 35–55 Jahren								
Erwerbstätig ¹	95	91	68	67	93	86	86	77
Vollzeitbeschäftigt	92	87	31	32	92	83	69	58
Teilzeitbeschäftigt ²	2	4	36	36	1	3	17	18
In Berufsausbildung (Lehre)	1	0	0	0	0	1	1	1
Nichterwerbstätig	5	10	32	33	7	14	14	23
Mutterschutz /								
Erziehungsurlaub	0	0	1	2	0	0	0	1
In Ausbildung	0	1	0	1	1	1	1	3
Arbeitslos gemeldet ³	3	5	2	5	4	10	7	16
Nichterwerbstätig:								
suchend	0	1	3	3	1	0	2	0
nicht suchend	2	3	27	22	1	2	3	3
im Alter von 56–65 Jahren								
Erwerbstätig ¹	55	52	30	34	46	37	16	17
Vollzeitbeschäftigt ²	47	47	15	13	41	28	10	9
Teilzeitbeschäftigt	8	4	15	21	5	9	6	8
In Berufsausbildung (Lehre)	0	0	0	0	0	0	0	0
Nichterwerbstätig	45	48	70	66	54	63	84	83
Arbeitslos gemeldet ³	4	12	3	5	16	15	8	14
Nichterwerbstätig:								
suchend	1	0	1	1	2	3	3	3
nicht suchend	40	36	66	59	37	45	72	66

1 Nichterwerbstätige (d. h. auch Arbeitslose) mit Nebenerwerbstätigkeit werden als Erwerbstätige ausgewiesen.

2 Einschl. geringfügiger Beschäftigung.

3 Arbeitslose ohne jegliche Arbeitsmarktbeteiligung.

Datenbasis: SOEP 1991, 1995.

8.2 Erwerbswünsche Nichterwerbstätiger

In der Tabelle 2 werden die Erwerbswünsche Nichterwerbstätiger im Alter von 16 bis 34 Jahre und im Alter von 35 bis 55 Jahre ausgewiesen, gegliedert nach der Dringlichkeit des Erwerbswunsches, dem gewünschten Beschäftigungsumfang und den Gründen für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit. Auf die Darstellung der Wünsche der 56jährigen und Älteren wurde verzichtet; diese wollen zu etwa 90% nicht mehr erwerbstätig werden. Ein Grund für die auch hier sichtbare hohe Erwerbsorientierung insbesondere von Frauen in Ostdeutschland mag in der Tatsache liegen, daß Erwerbsarbeit für diese Gruppe nicht nur im Hinblick auf die Einkommenserzielung relevant ist. Soziale Kontakte, Identitätsstiftung und Sinngebung durch Erwerbsarbeit sowie auch Freude an der Berufstätigkeit mögen für Frauen mittleren Alters eine weitere besondere Bedeutung haben. Knapp zwei Drittel der ostdeutschen Frauen (West: 57%), aber nur 43% der ostdeutschen Männer (West: 51%) geben 1995 an, daß für die Aufnahme einer Beschäftigung auch andere Motive als Geldgründe von Bedeutung seien.

Tab. 2: Indikatoren der künftigen Erwerbsbeteiligung 1995

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	im Alter von 16–34 Jahren				im Alter von 35–55 Jahren			
	in %							
Zeitpunkt der gewünschten Arbeitsaufnahme								
Möglichst sofort	28	11	42	33	46	13	57	63
Innerhalb des kommenden Jahres								
Erst später oder gar nicht	28	16	22	29	8	11	26	13
	44	73	37	38	46	77	17	24
Gewünschte Arbeitsaufnahme sofort oder innerhalb des kommenden Jahres								
Interesse an einer Voll- oder Teilzeitstelle								
Vollzeitbeschäftigung	79	44	88	36	84	31	94	62
Teilzeitbeschäftigung	4	40	1	26	6	52	0	14
Beides recht/weiß noch nicht								
	17	17	12	38	10	17	6	25
Grund dafür, erwerbstätig zu sein								
Geld verdienen	52	44	55	38	49	43	57	37
Andere Gründe	3	5	2	1	1	10	0	4
Beides gleichermaßen	46	51	43	61	50	47	43	60
Aktive Stellensuche innerhalb der letzten 3 Monate								
Ja	50	40	65	50	71	46	78	69

Datenbasis: SOEP 1995.

Frauen in Ostdeutschland sind an einer unverzüglichen Aufnahme der Erwerbsarbeit sehr interessiert. Verglichen mit der entsprechenden Altersgruppe in Westdeutschland will in Ostdeutschland 1995 unter den jüngeren nichterwerbstätigen Frauen der dreifache Anteil, unter den Frauen mittleren Alters sogar fast der fünffache Anteil „sofort“ erwerbstätig werden. 69% der Frauen mittleren Alters und 50% der jüngeren Frauen haben darüber hinaus in den letzten Monaten aktiv nach einer Stelle gesucht. Frauen in Westdeutschland dagegen wollen zu etwa zwei Dritteln später oder gar nicht erwerbstätig werden. Auch die ostdeutschen Männer weisen eine höhere Erwerbsorientierung als westdeutsche Männer auf. So wollen 1995 42% der jüngeren und 57% der mittleren Altersgruppe „sofort“ erwerbstätig werden, in Westdeutschland dagegen lediglich 28% bzw. 46%. Erst später oder gar nicht erwerbstätig werden wollen in Ostdeutschland nur 17% der nichterwerbstätigen Männer im mittleren Alter, in Westdeutschland sind es 46%. Insgesamt sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede der Erwerbsorientierung in Ostdeutschland gering, in Westdeutschland deutlich ausgeprägt.

Aus Tabelle 2 wird auch deutlich, in welchem Umfang Nichterwerbstätige eine Beschäftigung aufzunehmen wünschen. Frauen in Ostdeutschland wollen verstärkt eine Teilzeitarbeit aufnehmen, jedoch bewegt sich dieser Wunsch im Vergleich zu Westdeutschland auf einem niedrigeren Niveau. In Westdeutschland will 1995 mehr als die Hälfte der weiblichen Arbeitssuchenden im Alter zwischen 35 und 55 Jahren (sofort oder innerhalb des kommenden Jahres) einer Teilzeitarbeit nachgehen, in Ostdeutschland nur 14%. Bei den Jüngeren sind die Unterschiede ebenfalls deutlich ausgeprägt. 38% der jüngeren Frauen in Ostdeutschland wollten 1991 sowohl einen Teilzeit- als auch einen Vollzeitjob annehmen bzw. waren sich noch nicht im klaren über den gewünschten Beschäftigungsumfang. Dieser Anteil sinkt 1995 auf ein Viertel, was als Eingewöhnung in das neue System interpretiert wird. Nichterwerbstätige Männer bevorzugen in beiden Teilen Deutschlands fast immer eine Vollzeitbeschäftigung.

8.3 Subjektive Arbeitsmarktchancen

Die eigenen Arbeitsmarktchancen werden in Westdeutschland insgesamt günstiger eingeschätzt als in Ostdeutschland (vgl. Tab. 3 und 4). Generell wird es mit steigendem Alter schwieriger, eine geeignete Stelle zu finden, wobei sich Erwerbstätige bessere Chancen als Nichterwerbstätige ausrechnen. Männer halten es häufiger als Frauen für leicht, eine geeignete Stelle zu finden. Frauen schätzen es entsprechend öfter für praktisch unmöglich ein, eine neue Beschäftigung zu finden. Eine Ausnahme bilden weibliche Erwerbstätige in Westdeutschland. Sie sehen 1995 ihre Lage graduell besser als Männer.

Bei den Nichterwerbstätigen (Tabelle 3) gibt etwa ein Drittel der Frauen in beiden Teilen Deutschlands einer Jobsuche keine Chancen. Nur 3% der Frauen in Ost-

Tab. 3: Nichterwerbstätige und ihre subjektiven Arbeitsmarktchancen¹

	Stelle finden wäre . . .			
	Leicht	Praktisch unmöglich	Leicht	Praktisch unmöglich
	1991		1995	
	in %			
Westdeutschland				
Männer, insgesamt	37	24	19	27
16-34 Jahre	45	15	29	14
35-55 Jahre	12	33	10	23
56-65 Jahre	10	76	1	73
Frauen, insgesamt	21	34	16	35
16-34 Jahre	36	18	24	23
35-55 Jahre	15	28	12	27
56-65 Jahre	7	76	3	77
Ostdeutschland				
Männer, insgesamt	8	38	9	32
16-34 Jahre	14	18	18	10
35-55 Jahre	5	19	4	17
56-65 Jahre	1	81	3	77
Frauen, insgesamt	6	33	3	37
16-34 Jahre	9	23	5	18
35-55 Jahre	1	31	1	35
56-65 Jahre	0	83	3	83

1 Frage: „Ist oder wäre es für Sie leicht, schwierig oder praktisch unmöglich, eine geeignete Stelle zu finden?“

Datenbasis: SOEP 1991, 1995.

deutschland (Männer 9%) und 16% der Frauen in Westdeutschland (Männer 19%) halten es 1995 für leicht, eine neue Stelle zu finden. Der überwiegende Teil der älteren Frauen schätzt seine Lage als nahezu chancenlos ein: 77% dieser Gruppe in Westdeutschland (Männer 73%) und 83% in Ostdeutschland (Männer 77%) meinen, eine Stellenfindung sei praktisch unmöglich. Auch jüngere Nichtbeschäftigte in Ostdeutschland – insbesondere Frauen – haben Schwierigkeiten, eine Beschäftigung zu finden. Hier meinen lediglich 5% (Männer: 18%), es sei leicht, einen geeigneten Job zu finden. Jüngere Frauen in Westdeutschland sehen dagegen vergleichsweise gute Chancen. Etwa ein Viertel der Frauen hält es 1995 für leicht, eine geeignete Stelle zu finden. Dies hängt auch mit der längerfristigen Erwerbsorientierung zusammen, wonach Frauen in Westdeutschland zunächst ihre Ausbildungsinvestitionen erhöhen, um später über günstigere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verfügen.

Die subjektiven Arbeitsmarktchancen der Erwerbstätigen in West- und Ostdeutschland haben sich seit 1991 nahezu angeglichen (vgl. Tab. 4). In beiden Teilen Deutschlands hält es 1995 etwa ein Viertel der männlichen Beschäftigten für leicht,

Tab. 4: Erwerbstätige und ihre subjektiven Arbeitsmarktschancen¹

	Stelle finden wäre . . .			
	Leicht	Praktisch unmöglich	Leicht	Praktisch unmöglich
	1991		1995	
	in %			
Westdeutschland				
Männer, insgesamt	39	14	26	17
16-34 Jahre	57	5	40	6
35-55 Jahre	30	14	19	16
56-65 Jahre	11	54	7	60
Frauen, insgesamt	38	13	30	15
16-34 Jahre	49	5	42	5
35-55 Jahre	34	13	21	17
56-65 Jahre	9	48	16	46
Ostdeutschland				
Männer, insgesamt	15	27	24	17
16-34 Jahre	23	10	37	6
35-55 Jahre	9	32	16	17
56-65 Jahre	3	78	1	71
Frauen, insgesamt	6	34	10	24
16-34 Jahre	10	22	17	11
35-55 Jahre	3	40	5	29
56-65 Jahre	2	88	1	75

1 Frage: „Wenn Sie Ihre jetzige Stelle verlieren würden, wäre es für Sie dann leicht, schwierig oder praktisch unmöglich, wieder eine mindestens gleichwertige Stelle zu finden?“

Datenbasis: SOEP 1991, 1995.

eine neue, gleichwertige Beschäftigung zu finden, jeweils 17% halten dies für praktisch unmöglich. Ostdeutsche Frauen dagegen schätzen ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt pessimistischer als westdeutsche Frauen ein. Nur 10% halten es für leicht, eine neue Stelle zu finden, in Westdeutschland liegt der Anteil dreimal so hoch.

Auch unter den Erwerbstätigen schätzen Ältere ihre Lage schlechter als andere Altersgruppen ein. Frauen wie Männer beurteilen ihre Lage ähnlich als aussichtslos: Praktisch kein Älterer in Ostdeutschland hält es für leicht, eine Stelle zu finden, in Westdeutschland sagen dies immerhin 7% der Männer und 16% der Frauen. Der höhere Prozentsatz der Frauen muß allerdings relativiert werden. Etwa drei Viertel der 56- bis 65jährigen halten es 1995 für praktisch unmöglich, eine neue, gleichwertige Stelle zu finden. Während erwerbstätige ältere Männer vielfach hoch eingestufte Vollzeit-Beschäftigungen ausüben, deren adäquater Ersatz nicht einfach ist, sind ältere Frauen häufiger in niedrigen Lohngruppen teilzeitbeschäftigt, die geringe Qualifikationen erfordern. In Ostdeutschland ist dies anders. Hier sind ältere Frauen im Durchschnitt zwar auch schlechter eingestuft als Männer, jedoch

nicht in dem Maße wie in Westdeutschland. Fast alle verfügen über eine berufliche Ausbildung. Die subjektiven Chancen, wieder eine gleichwertige Arbeit zu finden, klaffen daher unter den erwerbstätigen Frauen und Männern dieser Altersgruppe nicht so weit auseinander wie in Westdeutschland.

In den übrigen Altersgruppen sind unter den Erwerbstätigen in Ostdeutschland deutlichere geschlechtsspezifische Differenzen auszumachen. Frauen im Alter unter 56 Jahren sehen ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt schlechter als Männer dieser Altersgruppe. Erwerbstätige Frauen mittleren Alters sehen es 1995 sogar zu 29% als praktisch unmöglich an, wieder eine gleichwertige Stellung zu finden, Männer dagegen zu 17%; 5% der Frauen und 16% der Männer meinen, dies sei leicht. Die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt von Frauen im (durch Kindererziehung geprägten) mittleren Alter stelle sich damit unter den „neuen“ Rahmenbedingungen als schwierig heraus.

8.4 Berufliche Veränderungen

In konjunkturellen Schwächeperioden und strukturellen Umbrüchen geschehen berufliche Veränderungen Erwerbstätiger häufiger unfreiwillig. Bestimmte Personengruppen wollen oder müssen ihre Beschäftigung häufiger wechseln als andere. Frauen hingegen geben ihre Beschäftigung häufig „freiwillig“ zeitweise oder ganz auf, um Kinder zu erziehen. Sie stellen dann bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt fest, daß ihre Qualifikationen während der Erwerbsunterbrechung abgenommen haben und sie eine schlechtere Stelle sowie einen Einkommensverlust hinnehmen müssen. Für Ältere sind freiwillige Arbeitswechsel nur im Ausnahmefall profitabel.

In Tabelle 5 wird aus einer Längsschnittperspektive gezeigt, welche beruflichen Veränderungen Erwerbstätige im jeweiligen Jahr vor den beiden Beobachtungszeitpunkten 1991 und 1995 tatsächlich durchlaufen haben. Es ist zu erkennen, daß der Umbruch nach der deutschen Vereinigung in Ostdeutschland von vielen Arbeitskräften ein überdurchschnittliches Maß an beruflicher Mobilität erforderte. Von den 1991 in einer Beschäftigung Verbliebenen waren nur etwa zwei Drittel noch am selben Arbeitsplatz wie im Vorjahr (West: Männer 79%, Frauen 72%) beschäftigt. Dieser Anteil erhöhte sich 1995 geringfügig auf etwa 70%, während in Westdeutschland stabile Verhältnisse dafür sorgten, daß 81% der männlichen und 73% der weiblichen Beschäftigten 1995 an ihrem Arbeitsplatz verblieben.

Unter den Erwerbstätigen gehören ältere Männer meist zur stabilen Kernbelegschaft (1995: 92%). Eine ähnlich stabile berufliche Position haben auch Männer im mittleren Alter (87%). Ältere Frauen dagegen verzeichnen den stärksten Rückgang stabiler Beschäftigungsverhältnisse aller Altersgruppen (1991: 88%, 1995: 80%). In Ostdeutschland sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede kaum vorhanden. Frauen und Männer sind etwa in gleichem Umfang von beruflichen Veränderungen betroffen. Bei den beruflichen Veränderungen der Beschäftigten spielt

Tab. 5: Berufliche Veränderungen 1991 und 1995

	Erwerbstätige mit beruflicher Veränderung seit Anfang des letzten Jahres						Erwerbstätige ohne berufliche Veränderung	
	Neuer Arbeit- geber / Arbeit- geberwechsel		Innerbetriebliche Veränderung		Neuaufnahme einer Beschäftigung			
	1991	1995	1991	1995	1991	1995	1991	1995
	in %							
Westdeutschland								
Männer, insgesamt	8	7	2	2	4	6	79	81
16-34 Jahre	15	10	3	1	9	10	63	70
35-55 Jahre	4	5	2	2	1	3	90	87
56-65 Jahre	1	1	0	1	0	1	88	92
Frauen, insgesamt	9	7	2	2	8	9	72	73
16-34 Jahre	15	10	3	2	11	14	62	64
35-55 Jahre	6	5	1	1	7	6	79	80
56-65 Jahre	0	2	0	2	4	3	88	80
Ostdeutschland								
Männer, insgesamt	18	13	5	2	3	8	66	71
16-34 Jahre	20	14	0	2	5	9	60	66
35-55 Jahre	18	13	6	2	2	6	69	75
56-65 Jahre	6	8	5	0	1	5	78	71
Frauen, insgesamt	15	11	5	2	5	8	68	70
16-34 Jahre	15	14	5	2	9	12	61	59
35-55 Jahre	15	10	6	2	3	6	74	78
56-65 Jahre	7	7	0	0	1	1	73	75

Datenbasis: SOEP 1991, 1995.

der Arbeitgeberwechsel erwartungsgemäß die größte Rolle; seine Bedeutung nimmt jedoch von 1991 auf 1995 ab. Besonders ausgeprägt ist dies bei den Jüngeren, mit der Ausnahme jüngerer Frauen in Ostdeutschland. Jüngere befinden sich 1995 häufiger in stabilen Beschäftigungen als noch im Jahre 1991.

8.5 Arbeitszeitwünsche

Arbeitszeitverkürzungen können möglicherweise einen weiteren Abbau der Beschäftigung verhindern. Inwieweit Beschäftigte bereit sind, auf bezahlte Arbeit zu verzichten, wird in Tabelle 6 dargestellt. Hier werden die vereinbarte und die gewünschte Arbeitszeit abhängig Beschäftigter gegenübergestellt. Insgesamt geht der Trend in Richtung einer geringeren Arbeitszeit. Sowohl 1991 als auch 1995 liegt die durchschnittliche vereinbarte Arbeitszeit über der durchschnittlich gewünschten Arbeitszeit. Die meisten Menschen würden also, wenn sie den Umfang ihrer

Arbeitszeit selbst wählen könnten, auch unter Berücksichtigung der entsprechenden Einkommenseinbußen, weniger als gegenwärtig arbeiten. Je höher die vereinbarte Arbeitszeit, desto größer ist der Wunsch, weniger zu arbeiten. Die hohe Erwerbsorientierung in Ostdeutschland ist auch an diesem Indikator zu erkennen. So liegt die vereinbarte und die gewünschte Arbeitszeit bei beiden Geschlechtern über der in Westdeutschland.

Tab. 6: Vereinbarte und gewünschte Arbeitszeit

	Abhängig ¹ Beschäftigte 1991				Abhängig ¹ Beschäftigte 1995			
	Westdeutschland		Ostdeutschland		Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	in %							
Vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit								
1–19 Stunden	2	17	1	2	3	21	3	4
20–34 Stunden	2	25	2	17	4	25	3	25
35–39 Stunden	64	44	4	7	67	42	19	12
40–42 Stunden	23	11	72	63	19	10	67	56
43 Stunden und mehr	9	3	22	12	8	2	9	3
Durchschnittliche Arbeitszeit (Ø)	39,0	30,9	41,3	37,7	38,1	30,0	39,7	35,9
Gewünschte Arbeitszeit ²								
1–19 Stunden	2	14	2	3	5	17	7	12
20–34 Stunden	9	41	3	26	11	41	4	27
35–39 Stunden	43	30	15	18	37	26	23	22
40–42 Stunden	35	12	57	46	35	13	47	35
43 Stunden und mehr	11	3	22	7	13	3	19	6
Durchschnittliche gewünschte Arbeitszeit (Ø)	38,1	28,9	40,6	35,7	37,4	29,1	38,4	32,8

1 Ohne Auszubildende und ohne Nichterwerbstätige mit geringfügiger Nebenerwerbstätigkeit.

2 Frage zur gewünschten Arbeitszeit: „Wenn Sie den Umfang Ihrer Arbeitszeit selbst wählen könnten und dabei berücksichtigen, daß sich Ihr Verdienst entsprechend der Arbeitszeit ändern würde: Wie viele Stunden in der Woche würden Sie dann am liebsten arbeiten?“

Datenbasis: SOEP, 1991 und 1995.

Teilzeitarbeit wird bei den abhängig Beschäftigten überwiegend von Frauen ausgeübt und gewünscht. In beiden Teilen Deutschlands zeigt sich jedoch eine unterschiedliche Entwicklung. Obwohl Beschäftigungsformen mit geringer Stundenzahl sowohl vom tatsächlichen Umfang her als auch hinsichtlich der Wünsche der Beschäftigten in Westdeutschland zunahmen, wollen Personen mit einer niedrigen wöchentlichen Stundenzahl häufig mehr arbeiten. Wunsch und Wirklichkeit entwickeln sich jedoch auseinander. 1991 sind 17% der westdeutschen Frauen weniger als 19 Stunden pro Woche erwerbstätig, 1995 bereits 21%; im gleichen Zeitraum nimmt der Wunsch nach einem derartigen Arbeitszeitumfang jedoch auf „nur“ 17% zu. Es überwiegt der Wunsch nach einem Beschäftigungsumfang von mehr als 19 Stunden. 41% wünschen sich, 20 bis 34 Stunden zu arbeiten, aber nur

25% sind in diesem Umfang beschäftigt. In Ostdeutschland hingegen wollen mehr Frauen eine Tätigkeit mit geringem Beschäftigungsumfang ausüben, als tatsächlich zur Verfügung stehen. Nur 4% der Frauen arbeiten weniger als 19 Stunden wöchentlich, aber 12% wünschen sich eine derartige Arbeitszeit. 1995 arbeiten die meisten Frauen (56%) zwischen 40 und 42 Stunden; aber nur für 35% ist dies die optimale Arbeitszeit.

Bei den Männern in Ostdeutschland ist das Bild differenzierter. Hier wünschen sich (auf niedrigem Niveau) mehr Männer, Teilzeit zu arbeiten. Auch ein Teil der bereits Vollzeitbeschäftigten würde seine Arbeitszeit reduzieren. Zugleich würden einige der Vollzeitbeschäftigten aber auch gerne mehr arbeiten. Insgesamt haben 76% der abhängig Beschäftigten 1995 eine Arbeitszeit von 40 Stunden und mehr, aber „nur“ 66% wollen auch soviel arbeiten. In Westdeutschland ist hingegen „nur“ reichlich ein Viertel der Männer 40 Stunden und mehr wöchentlich beschäftigt, aber knapp die Hälfte wünscht dies auch. Insgesamt wollen die abhängig beschäftigten Frauen und Männer in beiden Teilen Deutschlands ihre Arbeitszeit um durchschnittlich knapp eine Stunde pro Woche reduzieren; in Ostdeutschland würden Frauen ihre Arbeitszeit im Durchschnitt sogar um drei Stunden verkürzen. An diesen Beispielen wird deutlich, daß die Arbeitszeiten in West- und Ostdeutschland noch nicht optimal mit den Bedürfnissen der Beschäftigten abgestimmt sind und durchaus Potentiale zur Umverteilung von Arbeit darstellen.

8.6 Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Kindern

Der Wunsch vieler Frauen nach kürzerer Arbeitszeit ist auch in Ostdeutschland vor dem Hintergrund des Problems der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sehen. In der DDR waren Männer und Frauen nahezu gleich gut ausgebildet und nahezu ebenso häufig in das Erwerbsleben integriert. Vollzeiterwerbsarbeit war die Norm. Nach der deutschen Vereinigung sind ostdeutsche Frauen mit dem traditionelleren westdeutschen System konfrontiert. Die (außerschulische) Erziehung der Kinder ist primär privat zu regeln und fällt in den Zuständigkeitsbereich der Mutter; dies führt dazu, daß das Vorhandensein von (Klein-)Kindern vor allem für Mütter eine wichtige Rolle bei der Entscheidung spielt, erwerbstätig zu sein oder nicht. Ein gesetzliches Rahmenwerk setzt zudem Anreize zur Freistellung der Mütter für Aufgaben der Kindererziehung. Besondere Bedeutung hat auch der Erziehungsurlaub, der für Erziehende (fast ausschließlich Mütter) mit einer Weiterbeschäftigungsverpflichtung im Unternehmen verbunden ist. Der Anspruch auf Erziehungsurlaub wurde inzwischen auf drei Jahre ausgedehnt, die Gewährung von Erziehungsgeld bleibt jedoch auf zwei Jahre begrenzt. Diese familienpolitische Maßnahme konnte allerdings nicht die durch Kindererziehung entstehenden Nachteile auf dem Arbeitsmarkt ausgleichen, denn Ostdeutschland verzeichnete nach der deutschen Vereinigung in kurzer Zeit einen Rückgang der Geburten um zwei Drittel. Für Frauen, die Kinder bekamen, hatte der Erziehungsurlaub stärkere

Tab. 7a: Erwerbsbeteiligung von Frauen in Westdeutschland

	Insgesamt	Erwerbs- quote ²	Erwerbstä- tigenquote	Nichter- werbstätig	Mutterschutz/ Erziehungs- urlaub	Geringfügig beschäftigt	Teilzeitbe- schäftigt	Vollzeitbe- schäftigt	Arbeitslos gemeldet
	in Tsd.	in %							
März/April 1991									
Frauen insgesamt ¹	19 199	72	67	28	3	10	18	38	2
Frauen ohne Kinder unter 16 Jahren ³	12 199	74	72	26	0	0	13	49	2
Mütter ⁴ mit Kindern unter 16 Jahren, davon jüngstes Kind bis 3 Jahre	6 447	66	57	45	7	13	27	17	2
Kind 4-6 Jahre	2 015	60	33	41	23	9	16	8	3
Kind 7-12 Jahre	1 300	66	63	34	1	17	31	15	2
Kind 13-16 Jahre	1 985	70	67	30	0	13	34	20	3
	1 147	74	73	27	0	12	31	30	1
März/April 1995									
Frauen insgesamt ¹	19 548	74	64	26	5	11	18	36	5
Frauen ohne Kinder unter 16 Jahren ³	12 647	75	69	25	0	11	13	46	6
Mütter ⁴ mit Kindern unter 16 Jahren, davon jüngstes Kind bis 3 Jahre	6 901	71	57	29	12	12	28	16	3
Kind 4-6 Jahre	1 956	80	37	20	40	9	17	12	3
Kind 7-12 Jahre	1 574	56	52	44	0	16	27	9	4
Kind 13-16 Jahre	2 244	74	70	26	0	15	38	17	3
	1 127	73	71	27	0	9	29	33	2

1 Im Alter von 16 bis 59 Jahren.

2 Erwerbstätige sowie arbeitslos gemeldete oder in Mutterschutz/Erziehungsurlaub.

3 Einschl. Mütter mit Kindern im Haushalt älter als 16 Jahre.

4 Ausschließlich Kinder, die im Haushalt der Mutter leben.

Datenbasis: SOEP, 1991–1995.

Auswirkungen auf ihr Erwerbsverhalten als auf Mütter in Westdeutschland. So zeigen Tabelle 7a und Tabelle 7b, daß sich in Ostdeutschland die Inanspruchnahme des Erziehungsurlaubs nach der Geburt eines Kindes von 1991 bis 1995 von 26% auf 58% mehr als verdoppelt hat, in Westdeutschland nahm sie im gleichen Zeitraum um 17 Prozentpunkte auf 40% zu.

Die höhere Erwerbsorientierung ostdeutscher Mütter ist ebenfalls in Tabelle 7b zu erkennen. Während sich Frauen ohne Kinder in beiden Teilen Deutschlands in ihrer Erwerbsorientierung nur geringfügig unterscheiden, zeigen sich deutliche Unterschiede bei Frauen mit Kindern. In Ostdeutschland bleibt seit 1991 die Erwerbsquote von Müttern (Erwerbstätige, Arbeitslose und Mütter im Mutterschutz/Erziehungsurlaub in Relation zu allen Müttern einer jeweiligen Altersgruppe) auf hohem Niveau bestehen. 1995 beträgt sie 96%, 1991 waren es 94%. In Westdeutschland liegt diese Quote auf niedrigerem Niveau; sie steigt jedoch an (1991: 66%, 1995: 71%).

Tab. 7b: Erwerbsbeteiligung von Frauen in Ostdeutschland

	Insgesamt	Erwerbs- quote ²	Erwerbstä- tigenquote	Nichter- werbstätig	Mutterschutz/ Erziehungs- urlaub	Geringfügig beschäftigt	Teilzeitbe- schäftigt	Vollzeitbe- schäftigt	Arbeitslos gemeldet
	in Tsd.	in %							
März/April 1991									
Frauen insgesamt ¹	4 943	87	73	14	5	2	12	60	9
Frauen ohne Kinder unter 16 Jahren ³	2 782	79	69	21	0	2	11	56	10
Mütter ⁴ mit Kindern unter 16 Jahren, davon jüngstes	2 160	94	79	6	8	2	13	64	8
Kind bis 3 Jahre	626	92	55	8	26	2	9	44	11
Kind 4-6 Jahre	472	81	85	9	1	1	16	67	6
Kind 7-12 Jahre	701	97	90	3	0	2	14	75	7
Kind 13-16 Jahre	361	96	92	4	0	3	12	77	4
März/April 1995									
Frauen insgesamt ¹	4 542	87	67	13	6	4	14	49	15
Frauen ohne Kinder unter 16 Jahren ³	2 517	79	64	21	0	5	11	48	15
Mütter ⁴ mit Kindern unter 16 Jahren, davon jüngstes	2 025	96	72	4	10	4	18	50	15
Kind bis 3 Jahre	331	99	36	1	58	8	6	21	5
Kind 4-6 Jahre	498	94	72	7	0	3	19	49	22
Kind 7-12 Jahre	773	95	81	5	0	2	23	56	15
Kind 13-16 Jahre	423	97	82	3	0	3	16	63	15

1 Im Alter von 16 bis 59 Jahre.

2 Erwerbstätige sowie arbeitslos gemeldete oder in Mutterschutz/Erziehungsurlaub.

3 Einschl. Mütter mit Kindern im Haushalt älter als 16 Jahre.

4 Ausschließlich Kinder, die im Haushalt der Mutter leben.

Datenbasis: SOEP, 1991-1995.

Während in beiden Teilen Deutschlands Mütter mit Kleinstkindern immer häufiger Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen, sind nach dieser Phase erhebliche Unterschiede im Erwerbsverhalten zu erkennen. In Ostdeutschland versuchen Frauen mit Kindern ab 4 bis 6 Jahre häufig, auf den Arbeitsmarkt zurückzukehren; für mehr als ein Fünftel ist dies jedoch nicht möglich. Auch für Mütter von älteren Kindern ab 7 Jahre ist es schwierig, eine Stelle zu finden. Offensichtlich haben die zahlreichen Betriebsschließungen und -umwandlungen mit dazu geführt, daß ostdeutsche Mütter trotz Beschäftigungsgarantie ihren Arbeitsplatz verloren. In Westdeutschland scheinen auf den ersten Blick Mütter mit Erwerbswunsch kaum Arbeitsmarktprobleme zu haben. Nur wenige Frauen mit Kindern ab 4 Jahre melden sich arbeitslos. Allerdings ist auch ein Rückgang der Erwerbsorientierung zu beobachten: Die Erwerbsquote von Müttern mit Kleinkindern (4 bis 6 Jahre) nimmt von 1991 auf 1995 um 10 Prozentpunkte auf 56% ab. Da die Erwerbstätigen- und Arbeitslosen-

quote weitgehend unverändert ist, müssen sich einige in dieser Gruppe (zumindest übergangsweise) in die Familie zurückgezogen haben („Stille Reserve“).

Die Tabellen 7 a und 7 b zeigen auch die unterschiedlichen Arbeitszeitpräferenzen der Mütter. In Westdeutschland ist vor dem Hintergrund einer Mehrfachbelastung Teilzeitarbeit für viele Mütter die einzig mögliche Beschäftigungsform. Die Teilzeitquote liegt daher vergleichsweise hoch (1991: 27%, 1995: 28%). Sozialversicherungsfreie geringfügige Beschäftigung wird zudem noch von reichlich einem Zehntel ausgeübt. In Ostdeutschland arbeiten 1995 (noch immer) die meisten Mütter in Vollzeit (50%). Jedoch verzeichnet auch hier Teilzeitarbeit einen deutlichen Anstieg. Diese Beschäftigungsform wird somit auch in Ostdeutschland immer mehr akzeptiert, um Familie und Beruf vereinbaren zu können.

8.7 Fazit

Insgesamt zeigen die vorliegenden Ergebnisse, daß Frauen und Männer verschiedener Altersgruppen von den Folgen wirtschaftlicher Schwächeperioden und einem strukturellen Umbruch unterschiedlich betroffen sind. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen können die berufliche Integration einzelner Personengruppen unterstützen bzw. erschweren; Alter, Geschlecht und das Vorhandensein von Kindern spielen eine wichtige Rolle für das Arbeitsmarktgeschehen.

Insgesamt übersteigt in beiden Teilen Deutschlands die Arbeitsnachfrage das Arbeitsangebot erheblich, wachsende Arbeitslosigkeit ist die Folge. Zum Teil kann dies durch Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik aufgefangen werden. Bei den Befunden zum Erwerbsverhalten von Müttern wird deutlich, daß das zeitlich limitierte Alternativangebot des Erziehungsurlaubs enorm an Attraktivität gewonnen hat. Eine Beschäftigung im Anschluß an den Erziehungsurlaub ist aber auch in Ostdeutschland für viele Frauen nicht zu finden, was sich in der überdurchschnittlichen Arbeitslosenquote von Müttern mit Kindern über 3 Jahre ausdrückt. In Westdeutschland sind Mütter nach dem Erziehungsurlaub kaum arbeitslos. Sie werden zumeist wieder in ihrem früheren Betrieb erwerbstätig, einige ziehen sich auch zumindest für einige Jahre „freiwillig“ in die Familie zurück.

Der Vorruhestand stellt sich als weiteres attraktives Alternativangebot zur Erwerbsarbeit in Ostdeutschland heraus. Auch Männer verlassen vorzeitig dauerhaft den Arbeitsmarkt; dies sicherlich nicht zuletzt wegen der schlechten (Wieder-)Beschäftigungschancen. Während sich in Ostdeutschland vor allem Mütter im Beobachtungszeitraum deutlich verschlechtert haben, sind es in Westdeutschland Männer, die durch die Krise in der Industrie arbeitslos wurden. Hier sind Alternativangebote zur Erwerbsarbeit nicht in ausreichendem Maß vorhanden bzw. nicht attraktiv genug, so daß die Betroffenen bei Arbeitsplatzverlust zumeist arbeitslos werden.

(Elke Holst/Jürgen Schupp)

9 Einkommensverteilung

Mit der deutschen Vereinigung hat die Verteilung der personellen Einkommen, nicht zuletzt aufgrund der Niveauunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, wieder an Bedeutung gewonnen. Darüber hinaus gab es seit Mitte der 80er Jahre eine „schleichende“ Veränderung der Einkommensverteilung durch die großen Zuwanderungswellen nach Westdeutschland. Um diesen Prozeß im Zeitverlauf nachzubilden, werden Analysen der Haushaltseinkommen (Netto-Äquivalenzeinkommen) für 1985 (ohne Ostdeutschland), 1990 und 1995 vorgelegt. Für Westdeutschland lassen sich für diesen Zehnjahreszeitraum auch Einflüsse der konjunkturellen Lage auf die Einkommensverteilung ablesen. Erstmals wird auch der Einfluß von Wohnungslosigkeit auf die Einkommensverteilung untersucht.

9.1 Daten und Methoden

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) erfaßt seit der ersten Erhebungswelle im Jahre 1984 in Westdeutschland neben der deutschen Wohnbevölkerung auch Ausländer und ihre Haushalte. Seit 1990 wird diese Studie auch in den neuen Bundesländern durchgeführt. Da es sich um eine Wiederholungsbefragung handelt, die auch alle neu hinzugekommenen Haushaltsmitglieder einbezieht, werden Zuwanderer, die im Zuge des Familiennachzugs (insbesondere aus den klassischen Hauptanwerbeländern des Mittelmeerraumes) nach Westdeutschland gekommen sind, automatisch erfaßt. Auf der anderen Seite werden wie bei jeder Wiederholungsbefragung Zuwanderer nicht erfaßt, wenn sie in neu gegründete Haushalte ziehen. Um die Veränderung der Grundgesamtheit „Wohnbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland“ durch diese Immigranten seit 1984 adäquat berücksichtigen zu können, wurde das SOEP in den Jahren 1994/95 um eine Zuwanderer-Stichprobe ergänzt, die eine Betrachtung verschiedener Zuwanderergruppen nach Staatsangehörigkeit und Herkunftsregion ermöglicht (vgl. auch Teil II, Kap. 14).

Das SOEP enthält nur Zuwanderer, die in Privathaushalten leben. Zuwanderer in Sammelunterkünften oder Übergangswohnheimen werden nicht erhoben. Sieht man von den mehr als 300 000 Aussiedlern, die im Jahre 1996 noch in Heimen untergebracht sind, einmal ab, so werden die Ergebnisse durch die verbleibenden, nicht erfaßten Zuwanderergruppen nicht wesentlich beeinträchtigt, da es sich quantitativ um eine sehr kleine Personenzahl handelt. Außerdem kann man argumentieren, daß es sich bei diesen Zuwanderern um Personen handelt, die noch nicht richtig in Deutschland „angekommen“ sind.

Weitere Probleme stellen die Untererfassung von Personen in Anstalten und die mangelhafte Berücksichtigung von Wohnungsnotfällen in vollen Bevölkerungsumfragen dar. Im SOEP wird die „Anstaltsbevölkerung“ im Rahmen des Weiter-

verfolgungskonzeptes im Grundsatz erfaßt. Dies gilt auch für einen Teil der Wohnungsnotfälle, also z.B. für Personen, die ohne Mietvertrag aufgrund von Nutzungsverträgen in Wohnraum eingewiesen werden, sowie für Personen ohne Mietvertrag, für die der Sozialhilfeträger Kosten übernimmt. Andererseits werden aber Personen, die ohne festen Wohnsitz in Notübernachtungen, Asylen und Frauenhäusern leben, sowie solche, die als Selbstzahler in Billigpensionen leben, und Personen, die ohne jegliche Unterkunft sind, praktisch nicht erfaßt. Auf Basis von Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. kann man davon ausgehen, daß im SOEP mehrere hunderttausend derartige Wohnungsnotfälle nicht berücksichtigt werden. Mit Hilfe von Modellrechnungen wird erstmals der Einfluß von Wohnungslosigkeit auf die Einkommensverteilung und insbesondere auf die Einkommensarmut abgeschätzt.

Im Rahmen der folgenden Analysen werden für das Jahr 1995 folgende Gruppen unterschieden:

- die gesamte Wohnbevölkerung in Deutschland (Privat- und Anstaltshaushalte – außer Zuwanderern in Anstalten – sowie Wohnungsnotfälle), darunter
 - Personen in Privathaushalten in Westdeutschland, darunter
 - Personen in Haushalten von Deutschen und Ausländern, die schon 1984 in Westdeutschland lebten, sowie deren Kinder (ohne Berücksichtigung des Familiennachzugs aus dem Ausland);
 - alle Personen in Privathaushalten in Ostdeutschland;
 - Personen in Haushalten mit Zuwanderern, die nach 1984 aus dem Ausland nach Westdeutschland gekommen sind (einschließlich des Familiennachzugs). Diese Gruppe umfaßt in der hier verwendeten Abgrenzung neben Übersiedlern aus der DDR (bis Juni 1990) auch die seit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion als Binnenwanderer von Ost- nach Westdeutschland umgezogenen Personen (vgl. Teil II, Kap. 14).

Im Jahr 1985 lebten in der Bundesrepublik Deutschland 61,0 Millionen und in der DDR 16,7 Millionen Menschen. Die meisten der folgenden Angaben beziehen sich nur auf die Bevölkerung in Privathaushalten (60,1 Millionen in West- und 16,6 Millionen in Ostdeutschland). In der DDR konnte man den Anteil der Personen, die in privaten Haushalten mit Ausländern lebten, bei Berechnungen vernachlässigen; in der Bundesrepublik Deutschland betrug er 1985 knapp 9%.

Im vereinigten Deutschland des Jahres 1995 beträgt der Anteil von Personen, die in Haushalten mit Ausländern und Zuwanderern leben, knapp 14% der Gesamtbevölkerung von etwa 81 Millionen Menschen. Dabei muß beachtet werden, daß in der hier verwendeten Abgrenzung von Zuwanderern – aufgrund der ost-west-deutschen Binnenwanderung – weit mehr als die Hälfte der Personen in Haushalten mit mindestens einem Zuwanderer Deutsche im Sinne des Grundgesetzes sind (Aussiedler und Übersiedler). Die Personen in Haushalten mit seit 1984 nach

Westdeutschland zugewanderten Haushaltsmitgliedern machen 11% der westdeutschen (9% der gesamtdeutschen) Wohnbevölkerung aus.

Die größte Teilgruppe der 1995 in Privathaushalten lebenden Zuwanderer sind die Aussiedler (etwas über 2 Millionen leben im Jahre 1995 noch in Deutschland); die nächstgrößere Zuwanderergruppe umfaßt den Familiennachzug aus den ehemaligen „Anwerbeländern“ (knapp 1,3 Millionen Menschen leben im Jahre 1995 in privaten Haushalten mit Familiennachziehern in Westdeutschland). Bezogen auf Westdeutschland stellen Personen in Haushalten mit Ost-West-Binnenwanderern, die seit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion von Ostdeutschland nach Westdeutschland gezogen sind, die drittgrößte Gruppe dar (mit etwas über einer Million), gefolgt von Übersiedlern, d.h. Menschen, die vor der Wiedervereinigung Deutschlands von der DDR nach Westdeutschland gezogen sind (etwa 800 000 Personen). Am kleinsten ist die Zahl der Asylberechtigten und Flüchtlinge, von denen etwa 700 000 in Privathaushalten leben. Zu den sonstigen Zuwanderern, die insgesamt 1,3 Millionen Personen ausmachen, zählen u.a. Deutsche, die nach einem Auslandsaufenthalt wieder nach Deutschland zurückgekommen sind, sowie EU-Arbeitsmigranten, soweit sie nicht der Gruppe des Familiennachzugs zugeordnet werden.

9.2 Einkommen und Einkommensverteilung nach Bevölkerungsgruppen in Privathaushalten

Tabelle 1 stellt die Einkommenssituation in Privathaushalten für die Jahre 1985, 1990 und 1995 dar. Für Ostdeutschland liegen erst seit 1990 Einkommensangaben vor, da es in der DDR keine für die gesamte Bevölkerung repräsentative Datenbasis für Einkommensanalysen gab. Das SOEP hat erstmals im Juni 1990 in Ostdeutschland Daten erhoben, wodurch noch ein Schnappschuß der Erwerbs- und Einkommenssituation gelang, wie sie in der DDR galt; nicht erfaßt wurden allerdings die seit Mitte 1989 nach Westdeutschland übersiedelten Personen und Haushalte.

Die Einkommensangaben, die von Befragten in Ostdeutschland gemacht wurden und werden, sind unter wohlfahrtstheoretischen Gesichtspunkten allerdings nicht unmittelbar mit den entsprechenden Angaben von Befragten in Westdeutschland vergleichbar. Ein Grund – der zu DDR-Zeiten galt und nach wie vor gilt – sind unterschiedliche Preisniveaus in Ost- und Westdeutschland. D. h., daß die Kaufkraft einer D-Mark in Ostdeutschland nach wie vor höher als in Westdeutschland ist, weil insbesondere das Mietpreisniveau deutlich niedriger ist (vgl. Teil II, Kap. 11).

Zwar liegen keine amtlichen Angaben zu den Unterschieden im Preisniveau zwischen Ost- und Westdeutschland vor, jedoch kann auf Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zurückgegriffen werden. Um die Ein-

kommensangaben vergleichbar zu machen, werden die Nominalbeträge für Ostdeutschland entsprechend dem niedrigeren Preisniveau erhöht. Im Juni 1990 wurde ein Abstand von rund 43% geschätzt, der sich bis zum Frühjahr 1995 auf etwa 13% reduziert. Für das Jahr 1990 gibt es auch das Problem der Vergleichbarkeit der Ost-Mark mit der D-Mark sowie das Problem unterschiedlicher Preis- und Kaufstrukturen. Im folgenden wird mit einem Wechselkurs zwischen Ost-Mark und D-Mark im Verhältnis 1:1 gerechnet; dies ist gerechtfertigt, da eine Kaufkraftbereinigung vorgenommen wird. Problematischer ist die fehlende Möglichkeit, für die DDR deren andere Preisstruktur und den privilegierten Zugang zu bestimmten Waren und Diensten berücksichtigen zu können. Modellrechnungen haben jedoch gezeigt, daß die Verteilung der Nominaleinkommen in der DDR eine gute Schätzung für die Verteilung der tatsächlichen Kaufkraft darstellt, da sich die Subventionierung alltäglicher Gebrauchsgüter auf der einen Seite und die Privilegien der Nomenklatura auf der anderen Seite ungefähr ausgleichen. Alle Einkommensangaben werden zusätzlich auf das westdeutsche Preisniveau des Jahres 1995 normiert, d.h. in westdeutschen Preisen des Jahres 1995 ausgedrückt.

Um die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen, basieren alle Einkommens- und Armutsanalysen auf bedarfsgewichteten „Netto-Äquivalenzeinkommen“ (vgl. auch Teil II, Kap. 10). Deren Berechnung liegen die monatlichen Haushalts-Nettoeinkommen zugrunde, d.h. die regelmäßigen Einkünfte nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben zuzüglich der Sozialtransfers. Als Bedarfsgewichte werden die Regelsatzproportionen des Bundessozialhilfegesetzes benutzt, die dem Haushaltsvorstand ein Gewicht von 1, weiteren Erwachsenen ein Gewicht von 0,8 und Kindern – je nach Lebensalter – Gewichte zwischen 0,5 und 0,9 zuordnen. Das Netto-Äquivalenzeinkommen für einen Haushalt wird unter der Annahme, daß alle Personen eines Haushaltes gleichermaßen am Haushaltseinkommen partizipieren, jedem Haushaltsmitglied zugeordnet. Die Analyse erfolgt dann auf der Ebene von Personen.

Zur Charakterisierung der Einkommensverteilung werden verschiedene Maße präsentiert. Die gesamte Ungleichheit der Einkommensverteilung wird mit dem Gini-Koeffizienten ausgedrückt, der bei völliger Gleichverteilung Null beträgt und bei totaler Ungleichverteilung den Wert 1 annimmt. Außerdem werden die sogenannten Dezil-Ratios errechnet. Diese ergeben sich aus dem Verhältnis verschiedener Einkommensbeträge bzw. -schwellen, die die Bevölkerung in zehn gleichgroße Gruppen von Einkommensbeziehern gliedert (Dezile). Es werden drei Schwellenwerte verwendet: Der Wert 90 gibt die Einkommensschwelle an, die die reichsten 10% der Bevölkerung von den 90% der Bevölkerung mit darunterliegenden Einkommen trennt; der Wert 50 (Median) gibt die Einkommensschwelle an, die die Hälfte der Bevölkerung mit höheren Einkommen von der mit niedrigeren Einkommen unterscheidet; der Wert 10 schließlich indiziert die Einkommensschwelle, die die ärmsten 10% von den 90% der Bevölkerung mit höheren Einkommen abgrenzt. Die Relationen zwischen diesen Einkommensschwellen (90:10;

Tab. 1: Netto-Äquivalenzeinkommen¹ und Einkommensungleichheit der Bevölkerung in Privathaushalten in West- und Ostdeutschland sowie Deutschland insgesamt 1985, 1990 und 1995
– in Preisen von 1995 –

	insgesamt	Westdeutschland				Ostdeutschland	
		ohne	mit	davon in Haushalten			
		Haushalte(n) von Zuwanderern ²	ohne Ausländer	mit Ausländern	mit Zuwanderern		
1985							
Netto-Äquivalenzeinkommen in DM/Monat (Mittelwert)		1553 ³		1574 ³	1339 ³		
Relative Einkommensposition (Insgesamt = 100)		100,0		101,3	86,3		
Dezil-Ratio ⁴							
90:10		3,35		3,29	3,40		
90:50		1,80		1,80	1,96		
50:10		1,86		1,83	1,73		
Gini-Koeffizient		.272		.269	.284		
Personen (in Millionen)		60,1		54,9	5,2		
1990							
Netto-Äquivalenzeinkommen in DM/Monat		1842 ³		1877 ³	1508 ³	1216 ^{3, 5}	
Relative Einkommensposition		100,0		101,9	81,9	66,0	
Dezil-Ratio ⁴							
90:10		3,18		3,10	3,12	2,31	
90:50		1,79		1,75	1,77	1,49	
50:10		1,77		1,77	1,77	1,55	
Gini-Koeffizient		.263		.260	.270	.183	
Personen (in Millionen)		62,4		56,7	5,7	16,3	
1995							
Netto-Äquivalenzeinkommen in DM/Monat	1836	1944	1883	1973	1547	1396	1648 ⁵
Relative Einkommensposition	94,4	100,0	96,6	104,0	81,6	73,6	86,5 ⁵
Dezil-Ratio ⁴							
90:10	3,32	3,29	3,37	3,19	3,42	3,44	2,76
90:50	1,76	1,80	1,80	1,78	1,81	1,87	1,56
50:10	1,84	1,82	1,88	1,80	1,89	1,83	1,77
Gini-Koeffizient	.271	.272	.281	.275	.276	.276	.215
Personen (in Millionen)	81,2	58,7	65,7	54,8	3,9	7,2	15,3

1 Äquivalenzeinkommen sind unter Bedarfsgesichtspunkten modifizierte Pro-Kopf-Einkommen. Die Bedarfsgewichte sind abgeleitet aus den aktualisierten Regelsatzproportionen des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) vom Juli 1990.

2 Als Zuwanderer gelten: Übersiedler aus der DDR bis Juni 1990, Ost-West-Migranten seit Juli 1990, Aussiedler, Asylbewerber und Flüchtlinge, Zuwanderer aus Hauptanwerbeländern inklusive Familiennachzüge, sonstige Zuwanderer.

3 DM in Preisen von 1995 bei einer Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung privater Haushalte seit 1985 um + 24,7 % und seit 1990 um + 16,6 %.

90:50; 50:10) sind robuste Indikatoren der Einkommensungleichheit. Beim Vergleich zwischen Bevölkerungsgruppen lassen sich hieraus anschaulich Verteilungsunterschiede im oberen oder unteren Einkommensbereich ablesen.

Beim Vergleich der ostdeutschen mit den westdeutschen Einkommen im Jahre 1990 ergibt sich folgendes Bild: Der Abstand der durchschnittlichen Netto-Äquivalenzeinkommen der ostdeutschen zu den westdeutschen Privathaushalten betrug mehr als 30%, auch wenn man die höhere Kaufkraft der DDR-Mark berücksichtigt. Allerdings waren die Einkommen in der DDR weitaus gleichverteilt als in Westdeutschland. Der Gini-Koeffizient der DDR betrug im Jahre 1990 nur .18, während er in Westdeutschland bei .26 lag.

Anschaulicher sind die Dezil-Ratios. Während in Westdeutschland die Einkommensschwelle des obersten Zehntels der Einkommensverteilung 3,2 mal so hoch war wie die des ärmsten Zehntels, lag diese Schwelle in der DDR nur bei 2,3. Auch im unteren und mittleren Einkommensbereich war die Einkommensungleichheit geringer, allerdings nicht ganz so deutlich wie im obersten Einkommensbereich. Die Einkommensschwelle, die die oberen 50% von den unteren 50% der Einkommensbezieher trennt (Median), lag im Verhältnis zu den 10% Ärmsten in der DDR bei 1,6, in Westdeutschland bei 1,8.

Im Jahre 1995 ist der Niveauunterschied in den Realeinkommen der Personen und Haushalte in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland kleiner geworden. Durch die Kaufkraftbereinigung ist der Einkommensabstand zwischen Ost- und Westdeutschland geringer als bei den Veröffentlichungen, die auf Nominalwerten beruhen. Die ostdeutsche Bevölkerung hat im Durchschnitt ein Netto-Äquivalenzeinkommen von 88% des entsprechenden westdeutschen Einkommens erreicht (1648 DM gegenüber 1883 DM für Westdeutschland ohne Zuwanderer). Allerdings hat die Einkommensungleichheit in Ostdeutschland erwartungsgemäß zugenommen; jedoch hat sie noch nicht das westdeutsche Ausmaß erreicht. Während der Gini-Koeffizient für Westdeutschland (ohne Berücksichtigung von Zuwanderern) im Zeitraum 1990 bis 1995 von .26 auf .28 zugenommen hat, stieg dieser Wert in Ostdeutschland von .18 auf .22. Allerdings hat im unteren Einkommensbereich die Ungleichheit so weit zugenommen, daß sie mit einer Dezil-Ratio von 1,8 für die Median-Einkommensbezieher im Verhältnis zu den ärmsten 10% in der westdeutschen Größenordnung liegt.

Fortsetzung Anmerkungen Tabelle 1

- 4 Die Dezil-Ratio gibt das Verhältnis von höheren zu niedrigeren Einkommensschwellen an. Eine Einkommensschwelle von 90 grenzt die reichsten 10% der Bevölkerung ab, ein Wert von 50 (Median) trennt die Hälfte der Bevölkerung mit höheren Einkommen von der Hälfte der niedrigeren Einkommen; ein Wert von 10 grenzt die ärmsten 10% der Bevölkerung ab.
- 5 Die Einkommen in Ostdeutschland sind bereinigt um Preisniveauunterschiede gegenüber Westdeutschland (1990: +43,3%; 1995: +12,9%).
- 6 Wegen der Vergleichbarkeit über die Zeit bezieht sich „insgesamt“ auf „Westdeutsche ohne Haushalte von Zuwanderern“.

Datenbasis: SOEP 1985, 1990, 1995.

Das Netto-Äquivalenzeinkommen in Preisen von 1995 ist für die Bevölkerung in Westdeutschland (ohne Zuwanderer) von 1 553 DM (nominal: 1 245 DM) im Jahre 1985 über 1 842 DM (nominal: 1 580 DM) im Jahre 1990 auf 1 944 DM im Jahre 1995 gestiegen. Inklusive der Zuwanderer liegt das Netto-Äquivalenzeinkommen in Westdeutschland für 1995 mit 1 883 DM im Monat um etwa 60 DM niedriger, da Zuwanderer über ein geringeres Einkommen verfügen: Die bedarfsgewichteten Durchschnittseinkommen der Zuwanderer in Westdeutschland unterschreiten im Jahre 1995 mit 1396 DM deutlich den Vergleichswert für Ostdeutschland. Dort sind die Einkommen kaufkraftbereinigt von 1 216 DM im Jahre 1990 auf 1 648 DM im Jahre 1995 (jeweils in westdeutschen Preisen von 1995) gestiegen.

Gemessen am Gini-Koeffizient hat die Einkommensungleichheit der ursprünglichen westdeutschen Bevölkerung von 1985 bis 1995 leicht zugenommen. Dieser Trend wird noch etwas ausgeprägter, wenn man die Zuwanderer nach Westdeutschland einbezieht; der Gini-Koeffizient steigt dann auf etwas über 0.28. Dies liegt vor allem daran, daß Zuwanderer die niedrigsten Durchschnittseinkommen aufweisen. Die Berücksichtigung der Personen in ostdeutschen Privathaushalten ergibt hingegen einen ungleichheitsreduzierenden Effekt, obwohl deren Durchschnittseinkommen auch niedriger liegen als die der Westdeutschen; die Einkommen der Ostdeutschen sind aber relativ gleich verteilt; auch für Gesamtdeutschland ergibt sich dadurch ein Gini-Koeffizient von 0.27. Auch die Dezil-Ratios belegen die Zunahme der Einkommensungleichheit bei Berücksichtigung von Personen in Zuwandererhaushalten in Westdeutschland: Dies gilt insbesondere für den unteren Einkommensbereich.

Betrachtet man für Westdeutschland die Entwicklung des Jahres 1985 über das Jahr 1990 bis zum Jahr 1995, so steigt das Durchschnittseinkommen stetig an. Interessant ist der Ungleichheit reduzierende Effekt des wirtschaftlichen Aufschwungs zwischen 1985 und 1990. Sowohl für Westdeutschland insgesamt als auch für die Haushalte mit und ohne Ausländer sinkt die Einkommensungleichheit von 1985 bis 1990 signifikant, während sie im Zuge des wirtschaftlichen Abschwungs im Jahre 1995 das Ausmaß der Ungleichheit des Jahres 1985 sogar übersteigt.

9.3 Relative Einkommensarmut in Privathaushalten unter besonderer Berücksichtigung von Zuwanderern

Die durch die Zuwanderungen seit Mitte der 80er Jahre erfolgte Erhöhung der Einkommensungleichheit in Westdeutschland und die nach der Vereinigung gestiegene Ungleichheit in Ostdeutschland wirken sich auch auf die Einkommensarmut aus. Einkommensarmut wird hier als „relative Armut“ definiert: Als arm gilt eine Person, deren Netto-Äquivalenzeinkommen unter der Hälfte des durch-

Tab. 2: Armutsquoten¹ der Bevölkerung in Privathaushalten in West- und Ostdeutschland sowie Deutschland insgesamt 1985, 1990 und 1995 – in % der Personen in Privathaushalten –

	insgesamt	Westdeutschland					Ostdeutschland
		ohne	mit	davon in Haushalten			
		Haushalte(n) von Zuwanderern ²	ohne Ausländer	mit Ausländern	mit Zuwanderern		
1985							
Referenz-Einkommen in DM/Monat ³		1553 ⁴		1553 ⁴	1553 ⁴		
Armutsschwelle:							
40 %		5,0		4,6	8,8		
50 %		11,9		11,1	19,1		
60 %		20,9		19,4	36,1		
Personen (in Millionen)		60,1		54,9	5,2		
1990							
Referenz-Einkommen in DM/Monat ³		1842 ⁴		1842 ⁴	1842 ⁴		1842 ⁴
Armutsschwelle:							
40 %		3,8		3,2	9,6		9,7 ⁵
50 %		10,5		9,4	21,1		26,5 ⁵
60 %		18,6		16,9	37,4		43,5 ⁵
Personen (in Millionen)		62,4		56,7	5,7		16,3
1995							
Referenz-Einkommen in DM/Monat ³	1883	1944	1883	1883	1883	1883	1883
Armutsschwelle:							
40 %	5,9	5,4	6,0	4,1	12,1	16,8	5,3 ⁵
50 %	12,5	11,8	12,8	9,9	22,7	28,5	11,6 ⁵
60 %	21,7	20,3	21,8	17,6	35,9	45,2	21,6 ⁵
Personen (in Millionen)	81,2	58,7	65,7	54,8	3,9	7,2	15,3

1 Relative Armutsquoten werden in Relation zum durchschnittlichen Netto-Äquivalenzeinkommen in Westdeutschland berechnet. Für die Wohnbevölkerung im Jahre 1995 in Deutschland insgesamt werden die Durchschnittswerte für Personen in westdeutschen Haushalten inklusive Zuwanderer zugrunde gelegt.

2 Als Zuwanderer gelten: Übersiedler aus der DDR bis Juni 1990, Ost-West-Migranten seit Juli 1990, Aussiedler, Asylbewerber und Flüchtlinge, Zuwanderer aus Hauptanwerbeländern inklusive Familiennachzüge, sonstige Zuwanderer.

3 Durchschnittliche Netto-Äquivalenzeinkommen zur Ableitung der Armutsgrenzen; vgl. Tabelle 1.

4 DM in Preisen von 1995 bei einer Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung privater Haushalte seit 1985 um + 24,7 % und seit 1990 um + 16,6 %.

5 Die Einkommen in Ostdeutschland sind bereinigt um Preisniveauunterschiede gegenüber Westdeutschland (1990: + 43,3 %; 1995: + 12,9 %).

Datenbasis: SOEP 1985, 1990, 1995.

schnittlichen Netto-Äquivalenzeinkommens einer Referenzbevölkerung liegt (vgl. Teil II, Kap. 10).

Als Referenzwert für die Berechnung der ostdeutschen Armutsraten wird für 1990 und 1995 das durchschnittliche Einkommen in Westdeutschland herangezogen.

Hierbei ergeben sich aufgrund des hohen Einkommensanstiegs in Ostdeutschland im Zeitverlauf stark sinkende Armutsraten. Ginge man hingegen vom Mittelwert der ostdeutschen Einkommen aus, so ergäben sich aufgrund der zunehmenden Einkommensungleichheit langsam steigende Armutsraten (vgl. Teil II, Kap. 10).

Im Jahre 1995 (vgl. Tab. 2) sind unabhängig davon, welche Armutsschwelle man benutzt, und ob man für Westdeutschland Zuwanderer berücksichtigt oder nicht, die Armutsquoten in Ost- und Westdeutschland recht ähnlich. Die Standard-Armutsquote (50%-Schwelle) für Ostdeutschland beträgt 11,6%, während sie für Westdeutschland ohne Zuwanderer 11,8% und unter Einschluß der Zuwanderer 12,8% beträgt. Im Jahre 1985 wurde in Westdeutschland eine Armutsrate (50%-Schwelle) von 11,9% gemessen. Ohne Berücksichtigung der Zuwanderer ist die Armutsrate im Jahr 1995 mit 11,8% praktisch ebenso hoch wie elf Jahre zuvor. Gleiches gilt für die Rate des Niedrigeinkommensbereichs (60%-Schwelle) und die Rate der „strengen Armut“ (40%-Schwelle). Berücksichtigt man die Zuwanderung, so erhöhen sich alle drei Armutsindikatoren um etwa einen Prozentpunkt.

Da die Zuwanderer-Population jedoch nur mit einem relativ geringen Gewicht in die Gesamtquote eingeht, muß dieser Anstieg für die Gesamtbevölkerung auf extrem hohe Armutsquoten der Zuwanderer selbst zurückgeführt werden. Die vorletzte Spalte von Tabelle 2 zeigt auch, daß die Standard-Armutsquote (50%-Schwelle) für Zuwanderer fast 30% beträgt; immerhin 17% sind als streng arm zu bezeichnen, und fast die Hälfte dieser Bevölkerungsgruppe lebt im Bereich von Niedrigeinkommen. Diese Armutsquoten sind deutlich höher als die für die Bevölkerung in Ostdeutschland. Dies liegt zum einen am rund 15% niedrigeren realen Durchschnittseinkommen der Zuwanderer im Vergleich zu ostdeutschen Personen; darüber hinaus ist auch die Einkommensungleichheit in Ostdeutschland deutlich geringer als bei Zuwanderern.

9.4 Die Bedeutung der Anstaltsbevölkerung und von Wohnungsnotfällen

In Umfragen, aber beispielsweise auch in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes, werden Personen, die in Anstalten leben, üblicherweise nicht erfaßt. Im SOEP werden große Anstrengungen unternommen, auch Personen zu befragen, die mit festem Wohnsitz in Anstalten leben. Schätzungen lassen es als berechtigt erscheinen, daß im Jahre 1995 die Hälfte der Anstaltsbevölkerung durch das SOEP repräsentiert wird (hochgerechnet über 700 000 Personen in Anstalten). Dadurch ist es möglich, zumindest teilweise den Einfluß der Anstaltsbevölkerung auf die Einkommensverteilung abzuschätzen; Analysen der Anstaltsbevölkerung selbst sind aufgrund von kleinen Fallzahlen nicht sinnvoll.

In bezug auf Wohnungsnotfälle ist die Situation noch schwieriger. Dies liegt zum einen daran, daß ihre Gesamtzahl nicht genau bekannt ist, zum zweiten aber auch daran, daß Wohnungsnotfälle im SOEP nicht exakt identifizierbar sind. Es ist deswegen nur sehr schwer abzuschätzen, wie viele aus diesem Personenkreis im SOEP nicht erfaßt werden. Deshalb werden erstmals – wenn auch nur für Westdeutschland im Jahre 1995 – Sensitivitätsrechnungen mit unterschiedlichen Schätzwerten zur Bedeutung von Wohnungslosigkeit für die Verteilung der Einkommen und der Einkommensarmut durchgeführt.

Als Untergrenze für die im SOEP nicht erfaßten Wohnungsnotfälle werden 200 000 Personen angenommen; dies entspricht nach Schätzungen in etwa der Zahl von wohnungslosen Einpersonenhaushalten (ca. 180 000; darunter ca. 45 000 Obdachlose). Eine mittlere Zahl von 500 000 Personen schließt zusätzlich wohnungslose Aussiedler ein, die meist noch in Wohnheimen untergebracht sind (ca. 336 000 Personen). Als Obergrenze wird bei den Sensitivitätsberechnungen von 900 000 Wohnungsnotfällen ausgegangen; dies entspricht der Gesamtzahl aller geschätzten Wohnungsnotfälle in Westdeutschland. Allerdings sind bei dieser Zahl auch vor allem in Mehrpersonenhaushalten lebende Wohnungsnotfälle enthalten (ca. 400 000 Personen, ohne wohnungslose Aussiedler). Alle Varianten bewegen sich in der Größenordnung, die auch für die Untererfassung der tatsächlichen Wohnbevölkerung im Rahmen von Volkszählungen geschätzt wird.

Allen Wohnungsnotfällen steht der Regelsatz der Sozialhilfe zu. Für die Modellrechnungen wird angenommen, daß alle Wohnungsnotfälle über genau diesen Regelsatz verfügen (pauschaliert mit DM 530 im Monat). Da die Äquivalenzeinkommen nach den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe berechnet werden, sind die Äquivalenzeinkommen für Ein- und Mehrpersonenhaushalte in diesem Falle gleich.

Tabelle 3 zeigt die Ergebnisse dieser Sensitivitätsrechnungen. Die Zahl der hochgerechneten Untersuchungseinheiten erhöht sich von 65,7 Millionen Personen in Privathaushalten auf 66,4 Millionen durch die Berücksichtigung von Anstalten und auf 66,6 bis 67,3 Millionen Personen bei Berücksichtigung von Wohnungsnotfällen. Alle Angaben beziehen sich auf Westdeutschland.

Die Kennziffern der Einkommensverteilung und die Armutsquote werden für drei Populationen ausgewiesen: Privathaushalte in Westdeutschland (unter Berücksichtigung von Zuwanderern), die Bevölkerung in Privat- und Anstalts Haushalten (ohne Asylbewerber und Flüchtlinge in Anstalten) und die gesamte Wohn- und Anstaltsbevölkerung unter Einschluß von Wohnungsnotfällen (aber wiederum ohne Asylbewerber und Flüchtlinge in Anstalten).

Vergleicht man in den Zeilen 1 und 2 von Tabelle 3 die Ergebnisse für die Bevölkerung in Privathaushalten einerseits und für die Bevölkerung in Privat- und Anstalts Haushalten andererseits, so zeigen sich kaum Unterschiede. Dies liegt unter anderem daran, daß Personen in Arbeiterheimen durchweg Erwerbseinkommen erzielen und ältere Heimbewohner oft über hohe Renten und Pensionen verfügen.

Tab. 3: Netto-Äquivalenzeinkommen und Einkommensungleichheit und Armut in Westdeutschland 1995 unter Berücksichtigung von Anstaltshaushalten und Wohnungsnotfällen

	Perso- nen	Netto- Äquiva- lenzein- kom- men	Gini- Koeffi- zient	Dezil-Ratio			Armutsquote bei Armutsschwelle		
	Mill.	DM/ Monat		90:10	90:50	50:10	40 %	50 %	60 %
Bevölkerung in Privathaushalten	65,7	1883	.281	3,37	1,80	1,88	6,0	12,8	21,8
Bevölkerung in Privat- und Anstaltshaushalten	66,4	1879	.282	3,37	1,80	1,88	6,1	12,9	21,9
Bevölkerung in Privat- und Anstaltshaushalten einschl. Wohnungsnotfälle									
wohnungslose Einpersonenhaushalte (200 Tsd.)	66,6	1875	.283	3,39	1,81	1,88	6,4	13,0	21,9
wohnungslose Einpersonenhaushalte (500 Tsd.)	66,9	1869	.285	3,44	1,82	1,98	6,7	13,4	22,1
Wohnungsnotfälle insgesamt (900 Tsd.)	67,3	1860	.287	3,55	1,82	1,94	7,3	13,9	22,4

Datenbasis: SOEP-West 1995.

Zwar ist das bedarfsgewichtete Durchschnittseinkommen der Personen im Anstaltsbereich niedriger als jenes der Bevölkerung in Privathaushalten, jedoch ist die Zahl der Einkommensarmen in Anstalten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung zu klein, um die Armutsquote signifikant ansteigen zu lassen.

Etwas differenzierter stellt sich die Situation unter Berücksichtigung der Wohnungsnotfälle dar. Der Effekt auf das durchschnittliche Netto-Äquivalenzeinkommen hängt zwar von der Zahl der zusätzlich einbezogenen Wohnungslosen ab, ist aber aufgrund des insgesamt doch geringen Gewichtes der Wohnungsnotfälle erwartungsgemäß klein. In Variante A (nur 200 000 vom SOEP nicht erfaßte wohnungslose Einpersonenhaushalte) sinkt das monatliche Netto-Äquivalenzeinkommen nur um 4 DM; bei der mittleren und wohl realistischsten Variante B (500 000 vom SOEP nicht erfaßte Wohnungsnotfälle) sinkt das Durchschnittseinkommen um 8 DM. Bei der letztgenannten Variante C (insgesamt 900 000 vom SOEP nicht erfaßte Wohnungsnotfälle) sinkt das Durchschnittseinkommen aber

auch nur um etwa 20 DM. Deutlich größer sind die Effekte auf die Ungleichheit der Einkommen.

Durch das Einbeziehen von nicht in der Stichprobe enthaltenen Wohnungsnotfällen steigt der Gini-Koeffizient von .281 bei Privathaushalten auf Werte bis zu .287. Dies sind – gemessen an der Robustheit des Gini-Koeffizienten – nennenswerte Anstiege. Die Dezil-Ratios (90:10) steigen nach Berücksichtigung von Wohnungslosen ebenfalls erwartungsgemäß von 3,37 auf 3,55 an. Entsprechend liegen auch die Armutsraten nach Berücksichtigung von Wohnungsnotfällen deutlich höher.

Bezieht man realistischere Wohnungslose in einem Umfang von 500 000 Personen in die Armutsberechnung ein, so steigt die Standard-Armutsrate um 0,5 Prozentpunkte. Geht man von einem Wohnungslosenumfang von 900 000 aus, so erhöht sich die Armutsrate um insgesamt einen Prozentpunkt. Armutsraten, die an der 40%-Schwelle gemessen werden, steigen etwas stärker. Armutsraten unter der 60%-Schwelle etwas langsamer; bisher als arm eingestufte Personen mit Einkommen zwischen den Referenzwerten mit und ohne Wohnungsnotfälle fallen dadurch aus der Armutspopulation heraus.

9.5 Fazit

Im internationalen Vergleich liegt die Einkommensungleichheit in Westdeutschland im mittleren Bereich. Dies gilt sowohl für die Arbeitseinkommen wie für die Haushaltseinkommen. Analysiert man den Effekt der deutschen Vereinigung im Jahre 1995, so ist trotz der niedrigeren Durchschnittseinkommen in Ostdeutschland die durchschnittliche gesamtdeutsche Einkommensungleichheit nicht gewachsen, da die Einkommen in Ostdeutschland wesentlich gleicher verteilt sind als in Westdeutschland.

Ein Vergleich der Einkommensverteilung in Westdeutschland in den konjunkturellen Tälern der Jahre 1985 und 1995 mit der Situation im Konjunkturoch des Jahres 1990 zeigt, daß eine gute konjunkturelle Lage auch die Ungleichheit der Haushaltseinkommen reduzieren kann.

Die insgesamt hohe Stabilität der Einkommensungleichheit in Westdeutschland wird auch durch die Zuwanderungen, die seit Mitte der 80er Jahre stattgefunden haben, nicht wesentlich beeinträchtigt. Erwartungsgemäß erhöhen Zuwanderer die Einkommensungleichheit, da sie relativ niedrige Durchschnittseinkommen haben (die noch unter denen in Ostdeutschland liegen), und diese Einkommen auch ähnlich ungleich verteilt sind wie die Einkommen der übrigen Gruppen in Westdeutschland. Bei den Zuwanderern ist besonders auffällig, daß sie hohe Raten relativer Einkommensarmut aufweisen. Durch die Berücksichtigung der „Anstaltsbevölkerung“ werden die Ergebnisse praktisch nicht verändert.

Erstmals werden hier Sensitivitätsrechnungen zur Bedeutung von Wohnungslosigkeit für die Verteilung der Einkommen und der Einkommensarmut in der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt. Während die Durchschnittseinkommen durch Wohnungsnotfälle nur wenig abgesenkt werden, steigt das Ausmaß der Einkommensungleichheit in bemerkenswerter Weise an. Augenfällig wird dieser Einfluß im Zusammenhang mit der relativen Einkommensarmut. Die Armutsraten steigen ungefähr in dem Ausmaß an, das dem Anteil der Obdachlosen an der Gesamtbevölkerung entspricht, da alle Obdachlosen einkommensarm sind. Gleichwohl führt dieser statistische Anstieg nicht dazu, daß man das Ausmaß der Einkommensarmut in Deutschland insgesamt anders beurteilen muß als ohne Berücksichtigung von Wohnungsnotfällen und Zuwanderern. Wie auch immer man mißt: Gemessen an der Einkommensverteilung und den Armutsquoten sind wir von einer Zwei-Drittel-Gesellschaft weit entfernt.

(Joachim Frick/Peter Krause/Gert Wagner)

10 Armut

In der Bundesrepublik Deutschland ist in den 90er Jahren neben den steigenden Arbeitslosenzahlen auch ein deutlicher Anstieg der Zahl der Sozialhilfeempfänger zu beobachten. Als Folge der Arbeitslosigkeit, aber auch infolge der Zuwanderung von Ausländern ist die Zahl der Sozialhilfeempfänger kontinuierlich gestiegen und hat Ende 1995 mit mehr als 2,5 Millionen Personen in etwa 1,3 Millionen Haushalten einen neuen Höchststand erreicht. Diese Entwicklung wurde Mitte der 80er Jahre unter dem Stichwort „Neue Armut“ zusammengefaßt – die These von einer „Zwei-Drittel-Gesellschaft“, nach der eine wachsende, stabile Minderheit der Gesellschaft möglicherweise auf Dauer ausgegrenzt wird, ist Ausdruck gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Statistische Angaben zur Sozialhilfe bilden jedoch lediglich einen Teil der Wirklichkeit ab – sie informieren über die sogenannte „bekämpfte“ Armut. Die Gesamtzahl der Personen und Haushalte, die kurz- oder längerfristig unter einem gesellschaftlich als notwendig anerkannten Einkommensniveau liegen, ist zur Zeit aus diesen Daten noch nicht ableitbar. Außerdem weiß man wenig, welche Bevölkerungsgruppen in welchem Ausmaß und wie lange von Niedrigeinkommen und Armut betroffen sind. Mit der Verfügbarkeit von Längsschnittdaten ist es möglich, differenzierte Aussagen über diese Gruppen am unteren Ende der Einkommenshierarchie zu machen. Im folgenden sollen dazu Informationen zur Betroffenheit und Dauer von Armut in West- und Ostdeutschland präsentiert werden.

10.1 Die Messung von Niedrigeinkommen und Armutsgrenzen in West- und Ostdeutschland

Wenn man zur Erfassung von Armut auf die Sozialhilfestatistik zurückgreift, operiert man mit einem Armutsbegriff, bei dem der Eckregelsatz der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt das gesellschaftlich definierte Existenzminimum darstellt. Diese politisch sanktionierte Armutsgrenze ist jedoch aufgrund der unterschiedlichen sozialpolitischen Konzepte, die international zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden, weder mit anderen Ländern vergleichbar noch über die Zeit hinweg notwendigerweise stabil.

Der hier verwendete Armutsbegriff beruht daher auf einem sogenannten relativen Armutskonzept. Eine Person wird dann als arm angesehen, wenn ihr – im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt – der Zugriff auf materielle Ressourcen (Einkommen) in erheblicher Weise verschlossen bleibt. Im allgemeinen wird dabei mit drei Schwellenwerten operiert: Eine Armutsgrenze von 40% des Durchschnittseinkommens zur Abgrenzung einer strengen Einkommensarmut; 50% des Durchschnittseinkommens geben ein mittleres Armutspotential an; 60% des Durchschnittseinkommens kennzeichnen eine armutsnahe Einkommenssituation. Basis

einer derartigen Armuts- bzw. Niedrigeinkommensberechnung ist das verfügbare monatliche Haushaltseinkommen, das mittels einer dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) entlehnten Gewichtung, in die Zahl und Alter der Haushaltsmitglieder eingehen, an den Bedarf unterschiedlicher Haushaltsgrößen angepaßt wird. Diese altersspezifischen Bedarfssätze wurden letztmalig im Jahre 1990 dahingehend überarbeitet, daß die Altersgruppen neu bestimmt wurden und ein Sonderzuschlag für Kleinkinder in Einelternhaushalten eingeführt wurde. Die Begriffe „Äquivalenzgewichtung“ und „Äquivalenzeinkommen“ nehmen auf diesen Bedarf Bezug (vgl. auch Teil II, Kap. 9). In Tabelle 1 werden die jeweiligen Mittelwerte der Haushaltsnettoeinkommen, der Äquivalenzeinkommen sowie der daraus berechneten Armutsgrenze (50%-Schwelle) für den Zeitraum von 1984 bis 1989 in Westdeutschland dargestellt. Die ausgewiesenen DM-Beträge der Äquivalenzeinkommen stellen unter Bedarfsgesichtspunkten modifizierte Pro-Kopf-Einkommen dar und geben das Wohlstandsniveau der jeweiligen Haushalte wieder.

Tab. 1: Einkommen und Armutsgrenzen in Westdeutschland 1984–1989
(Äquivalenzeinkommen in DM pro Monat)

	Haushalts- einkommen ¹	Äquivalenzeinkommen ² in DM pro Monat	Armutsgrenze 50 %-Schwelle
	Ø		
1984	2 886	1 222	611
1985	2 967	1 246	623
1986	3 124	1 321	661
1987	3 219	1 370	685
1988	3 256	1 404	702
1989	3 355	1 467	733

1 Durchschnittliches Nettoeinkommen der Haushalte nach Angaben der Auskunftsperson im Haushalt für alle Haushaltsmitglieder.

2 Äquivalenzgewichtung nach der BSHG-Regelung vor 1990.

Datenbasis: SOEP 1984–1989.

Für die Transformationsphase seit 1990 werden die Äquivalenzeinkommen und Armutsschwellen für Ost- und Westdeutschland getrennt ausgewiesen (vgl. Tab. 2). Die Einkommen in Ostdeutschland lagen nominal im Jahr 1990 durchschnittlich noch bei weniger als der Hälfte der westdeutschen Einkommen. Selbst nach Berücksichtigung von Kaufkraftunterschieden – im Juni 1990 wird hierbei 1,00 DM West mit etwa 1,43 Mark Ost gleichgesetzt – war der Einkommensabstand zwischen Ost und West noch erheblich. Seit 1990 sind die Einkommen in Ostdeutschland kontinuierlich gestiegen; der Einkommensabstand zwischen Ost und West hat sich dabei deutlich reduziert. Nominal liegt das Durchschnittseinkommen in Ostdeutschland im Jahr 1995 etwa bei 78% des mittleren Einkommens in Westdeutschland. Stellt man die nach wie vor noch günstigeren Preisverhältnisse in Ostdeutschland in Rechnung, so verringert sich der tatsächliche Einkommensabstand zwischen Ost und West auf etwa 12%.

Tab. 2: Äquivalenzeinkommen in West- und Ostdeutschland seit 1990
(in DM pro Monat)

	Äquivalenzeinkommen ¹ in DM pro Monat		
	Westdeutschland	Ostdeutschland	Ostdeutschland kaufkraftbereinigt ²
	Ø		
1990	1 580	727	1 042
1991	1 632	872	1 121
1992	1 715	1 066	1 256
1993	1 805	1 250	1 409
1994	1 840	1 376	1 547
1995 ³	1 870	1 458	1 646

1 Äquivalenzgewichtung nach der BSHG-Regelung seit 1990.

2 Kaufkraftparitäten für Ostdeutschland (Westdeutschland = 100):
1990: 143,3; 1991: 128,6; 1992: 117,8; 1993: 112,7; 1994: 112,4; 1995: 112,9.

3 In Westdeutschland einschließlich Zuwanderer seit 1984.

Datenbasis: SOEP 1990–1995.

10.2 Niedrigeinkommen und Armut – Ausmaß und Dauer

Armut zielt nach der hier verwendeten Definition auf den relativen Abstand der jeweiligen Lebens- und Einkommensbedingungen zum durchschnittlichen Wohlstandsniveau ab. Daher macht es für die Zeit der Transformation von 1990 bis 1995 noch wenig Sinn, die Einkommenssituation der ostdeutschen und westdeutschen Haushalte in bezug auf ein einheitliches gesamtdeutsches Niveau zu beurteilen. Auch wenn die Einkommen der privaten Haushalte in Ostdeutschland sich inzwischen dem westdeutschen Niveau angenähert haben (vgl. Teil II, Kap. 9), legen die unterschiedlichen Verläufe und ungleichen Lebensverhältnisse für diesen Zeitraum eine gesonderte Betrachtung nahe. Die Betroffenheit von Armut wird deshalb für Ost- und Westdeutschland getrennt dargestellt.

Die Armutsraten für Westdeutschland sind – bezogen auf die jeweiligen Bevölkerungsquerschnitte – für die Zeit zwischen 1984 und 1989 leicht rückläufig (vgl. Tab. 3); sie sinken zu Beginn der 90er Jahre weiter auf 10% (vgl. Tab. 4). Seit 1993 ist hingegen ein Anstieg der Armutsraten in Westdeutschland zu verzeichnen. Im Jahr 1995 hat die Armutsrate einen neuen Höchststand von 13% erreicht. Gemessen an der 50%-Armutsschwelle beträgt die Armutsrate im langjährigen Durchschnitt etwa 11%. Die Armutsquote von Ausländern war ab 1984 mehr als doppelt so hoch wie die der Deutschen und lag im Jahre 1995 bei über 26%. Etwa 6% der westdeutschen Bevölkerung leben 1995 in relativ strenger Einkommensarmut, und mehr als jeder fünfte Westdeutsche wohnt in einem Haushalt mit einem Einkommen im „armutsnahen“ Bereich. Der hohe Anstieg der Armutspopulation gegenüber 1994 ist einerseits auf die erstmalige Berücksichtigung von Zuwande-

rungen nach Westdeutschland zurückzuführen; Übersiedler, Aussiedler und Asylberechtigte, die seit 1984 nach Westdeutschland gezogen sind (vgl. Teil II, Kap. 9, Kap. 14). Andererseits hat sich aber auch in der bereits zuvor ansässigen westdeutschen Bevölkerung die Einkommensungleichheit nochmals spürbar erhöht, was, ebenso wie bereits zwischen 1993 und 1994, zu einem weiteren Anstieg der Armutsraten geführt hat.

Tab. 3: Betroffenheit von Armut in Westdeutschland 1984–1989

	Armutsgrenzen ¹				
	„Strenge Armut“ 40 %	„Armut“ 50 %			„Relative Armut“ 60 %
	Gesamt	Gesamt	Deutsche	Ausländer	Gesamt
	in %				
1984	5,2	12,6	11,8	25,0	21,0
1985	5,0	11,9	11,1	26,0	20,9
1986	5,0	11,9	11,0	27,1	20,1
1987	4,5	10,7	9,7	25,8	19,9
1988	5,3	11,0	10,4	20,8	20,4
1989	4,8	10,3	9,5	23,3	19,5

1 Äquivalenzgewichtung nach der BSHG-Regelung vor 1990.

Datenbasis: SOEP 1984–1989.

Verwendet man dieselben Kriterien zur Berechnung der Äquivalenzeinkommen für Ostdeutschland (vgl. Tab. 4, rechter Block), so zeigt sich, daß im Jahre 1990, bezogen auf das Durchschnittseinkommen in Ostdeutschland, Einkommensarmut

Tab. 4: Betroffenheit von Armut in West- und Ostdeutschland 1990–1995

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Armutsgrenzen ¹			Armutsgrenzen ²		
	„Strenge Armut“ 40 %	„Armut“ 50 %	„Relative Armut“ 60 %	„Strenge Armut“ 40 %	„Armut“ 50 %	„Relative Armut“ 60 %
	in %					
1990	3,9	10,5	18,5	0,8	3,5	8,6
1991	4,3	10,0	18,4	2,4	4,3	9,4
1992	4,4	10,0	18,6	2,3	6,1	10,7
1993	5,2	11,1	19,8	3,0	6,3	11,8
1994	4,7	11,1	21,9	2,9	7,9	13,4
1995 ³	6,1	13,0	21,9	3,1	7,9	13,0

1 Armutsschwellenwert, bezogen auf das westdeutsche Durchschnittsniveau.

2 Armutsschwellenwert, bezogen auf das ostdeutsche Durchschnittsniveau.

3 Westdeutschland einschließlich Zuwanderer seit 1984.

Datenbasis: SOEP 1990–1995.

mit einer Quote von etwas mehr als 3% praktisch nicht vorhanden war. Die Situation hat sich bis 1995 wesentlich verändert, ohne allerdings den hohen westdeutschen Stand zu erreichen. Gemessen an der 50%-Schwelle stieg die Armutsquote stufenweise auf etwa 8% im Jahre 1995 an. Die Einkommen in Ostdeutschland sind zwar inzwischen weniger gleich verteilt als noch zu Beginn der Transformation im Jahr 1990; das Ausmaß der Ungleichheit ist jedoch weiterhin weniger ausgeprägt als in Westdeutschland.

Geht man nun einen Schritt weiter und nimmt als Vergleichsmaßstab für die ostdeutsche Einkommenssituation die durchschnittlichen westdeutschen Einkommen (nominal und kaufkraftbereinigt), dann ergeben sich im Zeitverlauf 1990 bis 1995 aufgrund des deutlichen Abbaus der Einkommensunterschiede zu Westdeutschland sowie aufgrund der Übertragung des westdeutschen Sozialsystems rückläufige Armutsquoten (vgl. Tab. 5). Bei einer nominalen Betrachtungsweise sinken die Armutsraten von ursprünglich hohen 65% auf 17%; unter Berücksichtigung von Kaufkraftparitäten (für 1995 werden hier 1,00 DM in Westdeutschland als 1,13 DM in Ostdeutschland gerechnet) gehen im selben Zeitraum die Quoten von 27% auf 11,5% zurück und liegen damit 1995 erstmalig knapp unterhalb der westdeutschen Armutsraten. Sofern man für West- und Ostdeutschland, ähnlich wie bei der Berechnung des Sozialhilfeanspruchs, gleichermaßen von den Einkommens- und Bedarfslagen in Westdeutschland ausgeht, geben diese Quoten realistischerweise den sozialpolitisch bedeutsamen Umfang der Armutspopulation in Ostdeutschland an. Für Deutschland insgesamt liegen die Armuts-

Tab. 5: Schätzung der relativen Einkommensarmut in Ostdeutschland im Vergleich zum Durchschnittseinkommen in Westdeutschland¹ 1990–1995

	Kriterium: Nominales ostdeutsches Durchschnittseinkommen			Kriterium: Kaufkraftbereinigtes ² ostdeutsches Durchschnittseinkommen		
	Armutsgrenzen ¹			Armutsgrenzen ¹		
	„Strenge Armut“ 40 %	„Armut“ 50 %	„Relative Armut“ 60 %	„Strenge Armut“ 40 %	„Armut“ 50 %	„Relative Armut“ 60 %
	in %					
1990	39,8	65,0	83,5	9,9	26,7	45,6
1991	22,7	48,0	70,7	8,3	20,5	38,2
1992	14,8	30,2	51,3	7,8	17,8	31,7
1993	10,5	23,9	40,7	6,9	16,0	28,9
1994	9,5	19,4	32,9	7,1	13,3	22,9
1995 ³	8,8	17,2	30,8	5,3	11,5	21,5

¹ Äquivalenzgewichtung nach dem westdeutschen Regelsatz.

² Kaufkraftparitäten für Ostdeutschland (Westdeutschland = 100):

1990: 143,3; 1991: 128,6; 1992: 117,8; 1993: 112,7; 1994: 112,4; 1995: 112,9.

³ Westdeutschland einschließlich Zuwanderer.

Datenbasis: SOEP 1990–1995.

raten im Jahr 1995 bei 12,8%, 6% leben darunter in strenger Armut, insgesamt 21,8% gehören dem Niedrigeinkommensbereich an.

Die Dauer der Armut in Westdeutschland im Zeitraum 1984 bis 1989 und im Zeitraum 1990 bis 1995 wird aus Tabelle 6 ersichtlich. Bezogen auf das 50%-Armutsniveau waren in den Jahren 1984 bis 1989 etwa 27% der Bevölkerung und in den Jahren 1990 bis 1995 etwa 23% der Bevölkerung mindestens einmal von Armut betroffen; etwa 73% (77%) lebten im Zeitraum 1984 bis 1989 (1990 bis 1995) in Haushalten ohne Armutsperioden. Von strenger Armut (40%-Schwelle) waren darunter etwa 15% (1984 bis 1989) beziehungsweise etwa 12% (1990 bis 1995) der Westdeutschen in den jeweiligen sechs Jahren mindestens einmal betroffen; in armutsnahe Einkommenslagen (60%-Schwelle) kamen zwischen 1984 und 1989 sogar 41% (1990 bis 1995: 36%) der Bevölkerung in Westdeutschland. In dem Zeitraum von 1984 bis 1989 war insgesamt ein größerer Anteil der westdeutschen Bevölkerung mindestens einmal von Armut betroffen als in dem nachfolgenden Zeitraum von 1990 bis 1995; dies ist insofern nicht verwunderlich, als die jährlichen Armutsraten zu Beginn der 90er Jahre einen Tiefstand aufwiesen.

Die Daten verdeutlichen zum einen, daß die meisten Armutsphasen eher kurzfristiger Natur sind. Dies gilt, obwohl die individuellen Armutsphasen in den hier gewählten Sechsjahresperioden oft (noch) nicht abgeschlossen sind und die individuelle Dynamik bei dieser Betrachtung somit überschätzt wird. Von dauerhaften Armutslagen ist jedoch immer nur ein vergleichsweise kleiner Teil der Armutspopulation betroffen. Zum zweiten wird aber auch deutlich, daß das Armutsrisiko in den betrachteten sechs Jahren deutlicher höher ist, als die jährlichen Quoten zwischen 10% und 13% nahelegen. Kumuliert über sechs Jahre waren von 1984 bis 1989 27% und von 1990 bis 1995 23% der westdeutschen Bevölkerung mindestens einmal unter der Armutsgrenze. 17% aller Haushalte in Westdeutschland waren von 1984 bis 1989 und 13% von 1990 bis 1995 kurzfristig arm, d.h. das jeweilige Einkommen lag höchstens zweimal unter der Armutsgrenze; und 10% waren 1984 bis 1989 längerfristig bzw. häufiger als zweimal arm (1990 bis 1995 ebenfalls 10%). Mit zunehmender Armutsdauer nimmt der betroffene Bevölkerungsanteil immer weiter ab, mit einem allerdings harten Kern von dauerhaft Armen.

Langfristige Armut hängt von der jeweils betrachteten Armutsgrenze ab. Gemessen an der strengen Armutsgrenze kommt im Sechsjahreszeitraum 1984 bis 1989 (1990 bis 1995) eine andauernde Armutsphase von fünf und mehr Jahren mit 1,3% (1,0%) praktisch nicht vor, bei der mittleren Armutsgrenze sind dies jedoch immerhin 5% (4%) der Bevölkerung, und im armutsnahen Bereich befinden sich dauerhaft 11% (10%) der westdeutschen Bürger. Diese Befunde deuten darauf hin, daß Perioden strenger Armut durchschnittlich schneller überwunden werden als Perioden mittlerer Armut, während im armutsnahen Bereich von einer deutlich höheren Persistenz ausgegangen werden muß. Sozialpolitisch bedeutsam ist in diesem Zusammenhang, daß die niedrigere kumulative Betroffenheit von Armut in der Sechsjahresperiode von 1990 bis 1995 gegenüber der vorausgehenden Sechsjahresperiode lediglich die kurzfristigen Armutsperioden tangiert; der Bevölke-

rungsanteil in mittel- und langfristigen Armutsperioden ist hingegen trotz unterschiedlicher jährlicher Armutsraten in beiden Sechsjahresperioden etwa gleich hoch.

Tab. 6: Dauer von Armut in Westdeutschland 1984–1989 und 1990–1995

	1984–1989			1990–1995		
	Armutsgrenze			Armutsgrenze		
	40 %	50 %	60 %	40 %	50 %	60 %
	in %					
Unter der jeweiligen Armutsgrenze						
Nie	85,4	73,4	59,2	87,9	77,1	63,8
1 Jahr	8,5	11,5	13,5	6,4	8,5	10,5
2 Jahre	2,7	5,1	7,1	2,7	4,6	6,3
3 Jahre	1,0	3,4	5,3	1,1	3,7	5,1
4 Jahre	1,1	1,8	3,9	0,9	2,1	4,6
5 Jahre	0,9	2,3	4,4	0,7	1,5	3,5
6 Jahre	0,4	2,4	6,6	0,3	2,5	6,2
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Datenbasis: SOEP 1984–1995.

Die Daten machen deutlich, daß Armut oft als ein eher kurzfristiger Einkommensverlust zu verstehen ist. Sie zeigen aber auch, daß ein insgesamt doch beträchtliches Risiko besteht, unter die Armutsgrenze zu fallen. Die Armutspopulation erscheint dabei überaus heterogen: Während die große Mehrheit der Armutspopulation auf der einen Seite ein hohes Risiko hat, unter die Armutsgrenze zu fallen, hat sie auf der anderen Seite jedoch auch eine entsprechend hohe Chance, in einem der darauffolgenden Jahre wieder aus der Einkommensarmut herauszukommen. Diesen Gruppen steht die zwar quantitativ kleinere Gruppe der dauerhaft Armen gegenüber, deren Chancen, die Armut zu verlassen, jedoch sehr gering zu sein scheinen. Weitere Analysen weisen eindringlich darauf hin, daß auch in den Gruppen der eher kurzfristig Armen häufig wiederholte Armutsperioden auftreten und diese in Zeiten außerhalb der Armut lediglich über Einkommen im Bereich unterhalb des Bevölkerungsdurchschnitts verfügen. Insgesamt bleibt das Armutsrisiko keineswegs auf den unteren Einkommensbereich beschränkt, sondern es reicht bis weit in mittlere Einkommenslagen hinein.

10.3 Armut in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

Statistische Angaben über die individuelle Betroffenheit und über die Dauer von Niedrigeinkommen und Armut beziehen sich nach der hier verwendeten Definition

auf „Haushalte mit unzureichenden Haushaltseinkommen“. Der Verlust der Erwerbstätigkeit und die daraus folgende „Verarmung“ führen nicht zuletzt zu Beeinträchtigungen aller Haushaltsmitglieder und müssen von diesen verarbeitet werden. Im folgenden wird deshalb der Frage nachgegangen, bei welchen individuellen Charakteristika, Familien- und Haushaltsformen unzureichende Haushaltseinkommen auftreten und welche soziodemographischen Gruppen demzufolge über- oder unterdurchschnittlich von Armut betroffen sind.

In Tabelle 7 wird die Betroffenheit von Armut in verschiedenen Bevölkerungsgruppen dokumentiert, und in Tabelle 8 werden ergänzend dazu wichtige Merkmale von Familien- und Haushaltsformen aufgeführt. Die Darstellung nach soziodemographischen Gruppen erfolgt für 1985, 1990 und 1995 in Westdeutschland sowie für 1990 und 1995 in Ostdeutschland. Die ostdeutschen Daten für 1990 wurden im Juni noch vor Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (1. Juli) erhoben. Die Ergebnisse dokumentieren somit die soziodemographische Struktur der Armut am Ende der DDR; die Armutsgrenze wurde demzufolge aus der Einkommensverteilung von 1990 in Ostdeutschland abgeleitet. Im Jahr 1995 haben sich die Lebensbedingungen in Ostdeutschland an das westdeutsche Niveau angenähert. Demzufolge wird bei der Darstellung der soziodemographischen Struktur der Armut in Ostdeutschland im Jahr 1995 die kaufkraftbereinigte westdeutsche Armutsgrenze zugrundegelegt.

Die Haushalte werden nach ihrer Größe, nach dem Alter des Haushaltsvorstandes, nach Haushaltstypen und nach der Haushaltszusammensetzung unterschieden. In bezug auf die hier berücksichtigten soziodemographischen Merkmale sind klare Zusammenhänge mit dem Erwerbsstatus, der Bildung, dem Alter und wiederum mit der Nationalität zu finden, während geschlechtsspezifische Unterschiede erst seit kurzem in geringem Umfang zu beobachten sind. In Westdeutschland hat die individuelle Betroffenheit von Armut bei Ausländern zugenommen. Nichterwerbstätige sind im Zeitverlauf zunehmend von Armut betroffen, wogegen die Armut bei Erwerbstätigen eher gesunken ist. Bei Arbeitslosen sind die bereits zuvor hohen Armutsraten im Jahr 1995 nochmals deutlich angestiegen. Sowohl Personen mit Hauptschulabschluß ohne Lehre wie auch (Fach-)Hochschulabsolventen zeigen im Zeitverlauf tendenziell zunehmende Armutsraten. Im Hinblick auf siedlungsstrukturelle Unterschiede sind im Zeitverlauf bemerkenswerte Verschiebungen festzustellen: Mitte der 80er Jahre hatten Großstädte die niedrigsten und ländliche sowie kleinstädtische Gemeinden hingegen die höchsten Armutsraten. Auch 1995 sind die Quoten im ländlich-kleinstädtischen Raum besonders hoch, aber auch die Quoten in den Großstädten sind zwischenzeitlich beträchtlich angestiegen.

Die soziodemographische Struktur der Armutspopulation in Ostdeutschland ist im Jahr 1995 in weiten Teilen ähnlich der in Westdeutschland; dennoch gibt es strukturbedingt einige Abweichungen. Arbeitslose und Nichterwerbstätige sind im Vergleich zu Westdeutschland etwas weniger von Armut betroffen, was auf Unterschiede im vorangegangenen Erwerbsleben zurückzuführen ist. Im mittleren Bildungsbereich sind die Armutsraten eher höher und im obersten und untersten

Tab. 7: Betroffenheit von Armut in Ost- und Westdeutschland 1985, 1990 und 1995 nach Bevölkerungsgruppen

	Armutsraten in % nach der 50 %-Armutsgrenze				
	Westdeutschland			Ostdeutschland	
	1985	1990	1995	1990	1995
	in %				
Insgesamt	11,8	10,5	13,0	3,4	11,5
Geschlecht					
Männer	11,8	9,9	12,0	3,2	11,2
Frauen	11,9	11,0	14,0	3,6	11,8
Nationalität des Haushaltsvorstandes					
Deutsche	11,0	9,4	10,0	3,4	11,5
Ausländer	26,0	26,3	26,1	–	–
Nationalität der Person					
Deutsche	9,5	8,1	9,2	2,8	9,4
Ausländer	18,0	20,2	27,1	–	–
Erwerbsstatus					
Erwerbstätig	7,4	6,2	6,8	2,1	7,5
Arbeitslos	28,3	20,4	33,8	–	25,7
In Ausbildung	16,6	17,8	18,8	6,5	18,6
Nicht erwerbstätig	10,5	10,8	12,1	4,6	4,9
Bildung					
Hauptschule	15,6	15,7	20,4	5,1	11,0
Hauptschule mit Lehre	9,8	8,1	9,4	3,0	10,3
Realschule	6,0	5,7	7,5	2,7	10,3
Abitur	9,4	5,4	6,3	1,9	5,0
(Fach-)Hochschule	2,1	3,5	4,1	0,6	2,1
Gemeindegrößenklassen					
Unter 2 000 Ew.	21,1	15,1	16,3	4,4	13,7
2 000–20 000 Ew.	13,9	12,2	15,1	1,7	10,4
20 000–100 000 Ew.	12,1	9,8	11,2	4,4	13,4
100 000–500 000 Ew.	9,6	8,7	14,0	2,6	13,3
über 500 000 Ew.	7,7	8,8	9,9	3,4	4,5
Alter					
0–15 Jahre	20,3	16,7	21,8	5,1	19,7
16–30 Jahre	13,1	11,7	15,3	3,9	13,5
31–45 Jahre	10,8	9,9	11,5	3,5	12,9
46–60 Jahre	9,0	8,4	9,6	1,3	8,8
61–75 Jahre	6,0	6,6	6,9	2,6	2,2
76 Jahre und älter	11,1	7,9	7,3	3,7	2,6
Familienstand					
verh., zusammenbl.	9,2	8,1	10,3	1,9	7,8
verh., getr. lebend	16,5	11,6	18,3	4,8	20,4
ledig	12,1	10,6	11,6	4,4	12,6
geschieden	13,1	11,5	14,5	4,3	20,0
verwitwet	7,6	7,8	8,4	5,1	2,4
Haushaltsgröße					
1 Person	6,7	6,4	6,9	3,6	8,6
2 Personen	6,5	6,0	6,2	2,7	3,5
3 Personen	8,0	8,7	12,5	2,3	10,2
4 Personen	12,0	11,6	15,0	2,7	14,3
5 Personen und mehr	30,0	24,1	28,8	11,4	39,3

Datenbasis: SOEP 1984–1995.

Bildungsbereich eher niedriger als in Westdeutschland. Verheiratet Zusammenlebende wie auch Verwitwete sind im Vergleich zur westdeutschen Bevölkerung eher weniger stark, Getrenntlebende und Geschiedene hingegen eher stärker von Armut betroffen. Personen im höheren Alter weisen in Ostdeutschland geringe Armutsraten auf.

Tab. 8: Betroffenheit von Armut in Ost- und Westdeutschland 1985, 1990 und 1995 im Haushaltskontext

	Armutsraten in % nach der 50 %-Armutsgrenze				
	Westdeutschland			Ostdeutschland	
	1985	1990	1995	1990	1995
	in %				
Alter des Haushaltsvorstandes					
bis 45 Jahre	13,8	12,5	16,1	4,4	15,3
46–65 Jahre	11,2	9,6	11,7	1,5	8,6
66 Jahre und älter	8,0	7,2	6,1	3,6	2,1
Personengruppen im Haushalt					
Haushaltsvorstand	9,2	8,4	9,8	3,2	9,4
(Ehe-)Partner	8,9	8,0	10,1	2,2	8,0
Kind(er) unter 18 Jahren	20,6	17,9	21,4	5,3	20,0
Kind(er) ab 18 Jahre	12,6	11,8	16,5	3,2	14,4
Weitere Haushaltsmitglieder	18,2	16,6	23,8	3,6	7,8
Haushaltstypen					
Einpersonen-Haushalt	7,5	6,7	7,3	33,5	7,6
Partner-Haushalt	4,5	3,9	5,0	1,8	2,9
Familien-Haushalt	16,2	14,8	16,8	3,3	16,1
Einelternhaushalt	28,0	36,2	42,4	16,1	35,5
Nachelterlicher Haushalt	8,4	8,9	14,0	2,1	8,6
Haushalts- und Lebenszyklus					
Haushaltsvorstand bis 45 Jahre					
Einpersonen-Haushalt	9,8	5,7	7,0	3,3	6,8
Partner-Haushalt	2,7	5,6	6,4	4,3	1,6
Haushaltsvorstand 46–65 Jahre					
Einpersonen-Haushalt	6,5	8,9	8,9	0,0	16,5
Partner-Haushalt	3,2	2,8	4,8	1,2	4,0
Familienhaushalt					
mit einem Kind	9,1	9,6	11,0	1,7	12,1
mit zwei Kindern	13,7	14,1	13,9	3,4	12,6
mit drei u. mehr Kindern	40,6	26,0	31,4	9,3	46,2
Einelternhaushalt	38,0	36,2	42,4	16,1	35,5
Nachelterlicher Haushalt	8,4	8,9	14,0	2,1	8,6
Haushaltsvorstand 66 Jahre und älter					
Einpersonen-Haushalt	6,2	6,4	6,8	5,3	2,3
Partner-Haushalt	7,8	3,9	3,8	1,5	1,6

Datenbasis: SOEP 1984–1995.

Die darüber hinaus gewählte haushaltsspezifische Betrachtung macht deutlich, daß Armut vor allem für bestimmte Haushaltsformen ein besonderes Problem darstellt. Die ausgewiesenen Quoten dokumentieren eine ungleiche Verteilung des

Armutsrisikos im Lebenszyklus. Kinder leben häufiger in von Armut betroffenen Haushalten als Erwachsene. Familienhaushalte mit drei und mehr Kindern sowie Einelternhaushalte sind überaus häufig von Armut betroffen. Dies gilt gleichermaßen für West- und Ostdeutschland. Mit 17% ist die Armutsrate bei Einpersonenhaushalten im Alter von 46 bis 65 Jahren in Ostdeutschland im Jahr 1995 überaus hoch; in Westdeutschland besteht in der entsprechenden Gruppe keine Armut. Haben die flankierenden sozialpolitischen Maßnahmen im ostdeutschen Transformationsprozeß die Altersarmut sogar eher reduziert, so ist im Zuge des Abbaus der Erwerbsbeteiligung durch Vorruhestandsregelungen offenkundig eine neue Problemgruppe entstanden, die massiv von Armut betroffen ist.

Alles in allem widerlegen diese Daten aber auch die weit verbreiteten Meinungen über typische Armutspopulationen, wie sie zum Beispiel in den Begriffen der „Altersarmut“ oder in dem Schlagwort „Die Armut ist weiblich“ zum Ausdruck kommen. Bezieht man alle Personen in den Haushalten in die Betrachtung ein, so wird vielmehr deutlich, daß vorwiegend bei Familien mit Kindern das Haushaltseinkommen nicht mehr ausreichend ist, um den in den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe zum Ausdruck gebrachten Bedarf für alle Haushaltsmitglieder zu decken.

(Roland Habich/Peter Krause)

11 Wohnen

Bei der angestrebten Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland spielen auch die Wohnverhältnisse eine wichtige Rolle. Die über Jahrzehnte hinweg praktizierte staatliche Wohnungsverwaltung in Ostdeutschland hat dazu geführt, daß die Eigentümerquote (Anteil der selbstnutzenden Eigentümer an allen Haushalten) zurückging und mit rund einem Viertel (26%) sehr niedrig ist. Diese Quote hat sich seit 1990 wenig verändert; allerdings ist innerhalb des Marktsegmentes „Mietwohnungen“ u.a. aufgrund staatlicher Förderprogramme eine deutliche Privatisierungstendenz festzustellen. Der Anteil der kommunalen Wohnungen an allen ostdeutschen Mietwohnungen sank von 1990 bis 1995 von 60% auf 45%. Gleichzeitig stieg der Anteil der Mietwohnungen in privater Hand von 14% auf 26%; er liegt damit aber immer noch weit unter dem entsprechenden Wert für die alten Länder (70%). Bei westdeutschen Haushalten ist die Eigentümerquote mit rund 43% (1995) höher, im Vergleich zu anderen Industrieländern in Europa jedoch ebenfalls sehr niedrig. Ausländerhaushalte in den alten Bundesländern weisen eine noch niedrigere Eigentümerquote (19%) aus. Gemeinsam ist den neuen und alten Ländern, daß die Wohnverhältnisse von Eigentümerhaushalten im Durchschnitt wesentlich besser sind als die der Mieterhaushalte, insbesondere ist die Wohnfläche erheblich größer. Die hohen Investitionen der selbstnutzenden Eigentümer in Ostdeutschland haben dazu beigetragen, daß sich der Wohnungsstandard hier von dem der westdeutschen Eigentümer in geringerem Maße unterscheidet, als dies aktuell bei den Mietwohnungen der Fall ist.

11.1 Renovierungsbedürftigkeit und Modernisierungsmaßnahmen

Erhebliche Unterschiede beim Gebäudezustand bestehen nicht nur zwischen West- und Ostdeutschland, sondern generell auch zwischen selbstnutzenden Eigentümern und Mietern. In Ostdeutschland bewerteten 1995 19% der Haushalte die Gebäude, in denen sie wohnen, als „ganz renovierungsbedürftig“ bzw. „abbruchreif“ (vgl. Tab. 1); dieser Anteil hat sich seit 1993 nicht verändert. Die Beurteilung fällt bei Hauptmietern mit knapp einem Viertel weit schlechter aus als bei Eigentümern (5%). Knapp die Hälfte aller Haushalte in Ostdeutschland bewertet den Zustand des Wohngebäudes mit „teilweise renovierungsbedürftig“; in Westdeutschland ist dies rund ein Drittel. Rund zwei Drittel der Haushalte in Westdeutschland stufen den Gebäudezustand mit „gut“ ein, bei den Eigentümerhaushalten sind es sogar drei Viertel. Von den Eigentümerhaushalten mit ausländischem Haushaltsvorstand in Westdeutschland bewerten sogar 90% den Gebäudezustand als „gut“. Bei den ausländischen Mietern ist der Anteil der Haushalte, die ihr

Tab. 1: Gebäudezustand 1995 und Modernisierungsmaßnahmen seit 1992

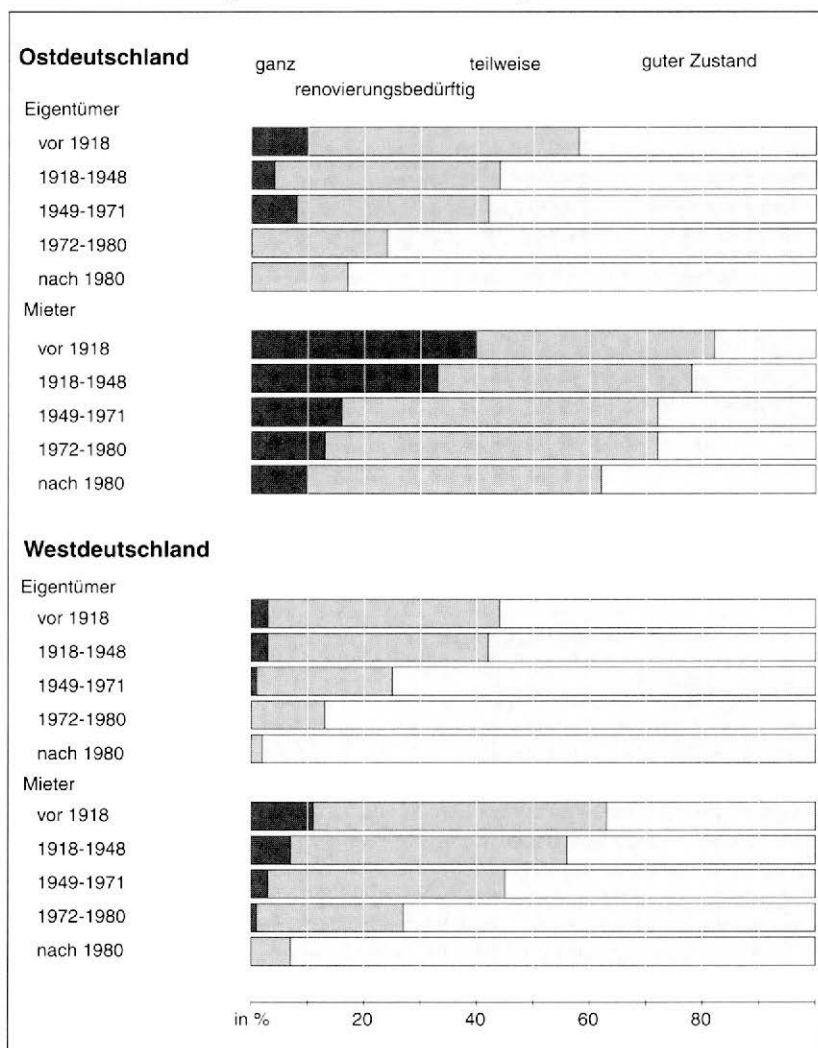
	Westdeutschland						Ostdeutschland		
	Deutsche			Ausländer			Eigen-tümer	Mieter	Insge-samt
	Eigen-tümer	Mieter	Insge-samt	Eigen-tümer	Mieter	Insge-samt			
	in %								
Einschätzung des Gebäudezustandes									
in gutem Zustand	75	57	65	90	53	60	57	25	33
teilweise renovierungsbedürftig	24	39	32	8	36	31	38	51	48
ganz renovierungsbedürftig bis abbruchreif	1	4	3	2	11	9	5	24	19
Modernisierungsmaßnahmen im Zeitraum 1992 bis Frühjahr 1995									
Insgesamt	43	26	34	35	26	27	80	42	52
Küche	12	10	11	16	10	11	18	9	11
Bad/WC	12	7	9	18	9	10	27	12	16
Heizung	9	5	7	11	6	10	37	21	25
Fenster	14	9	11	17	10	15	45	24	30
Sonstiges	28	9	18	20	9	19	48	19	27

Datenbasis: SOEP 1992 – 1995.

Gebäude als „ganz renovierungsbedürftig“ bzw. „abbruchreif“ einstufen, mit 11% zwar deutlich höher als bei westdeutschen Mietern, doch erheblich niedriger als bei ostdeutschen Mieterhaushalten.

Der immer noch gravierende Unterschied bei der Bewertung des Gebäudezustands zwischen West- und Ostdeutschland macht deutlich, daß Verbesserungen im Wohnungsbestand nur allmählich erreicht werden können. Zwar wurden die Renovierungsleistungen in den neuen Bundesländern 1995 erstmals vom Neubauvolumen übertroffen. Dabei waren die Bauleistungen an bestehenden Gebäuden jedoch preisbereinigt kaum höher als im Vorjahr. Eine Betrachtung der Modernisierungsmaßnahmen im Zeitraum 1992 bis 1995 in Ostdeutschland, die von Eigentümern bzw. Mietern teilweise selbst finanziert wurden, zeigt, daß bei 42% der Hauptmieter und bei 80% der Eigentümer der Zustand des bewohnten Gebäudes durch mindestens eine Maßnahme verbessert wurde (vgl. Tab. 1). Danach hatten sowohl bei selbstgenutztem Eigentum als auch bei Mietwohnungen die Modernisierung der Heizungsanlage und der Einbau neuer Fenster höchste Priorität. Im Bereich der Küche ist hingegen eine geringere Modernisierungstätigkeit festzustellen; hier sind in den letzten vier Jahren nur bei 9% der Hauptmieterhaushalte Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt worden, bei den Eigentümern waren es 18%. Angesichts der hohen Dringlichkeit der Sanierung von Sanitärbereich und Heiztechnik ist dieser Bereich noch von nachrangiger Bedeutung.

Abb. 1: Einschätzung des Zustandes des Wohngebäudes



Datenbasis: SOEP 1995.

Die bisherigen Mieterhöhungen in Ostdeutschland haben offenbar nicht ausgereicht, um eine weitere Beschleunigung der Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen zu bewirken. Insbesondere bei den Gebäuden, die in kommunalem Besitz sind, waren Modernisierungsmaßnahmen unterdurchschnittlich.

Dagegen sind für Gebäude im Besitz von Genossenschaften und privaten Eigentümern deutlich höhere Modernisierungsleistungen erbracht worden. Diese Werte lagen allerdings weit unter dem entsprechenden Anteil bei selbstnutzenden Eigentümern.

In Westdeutschland wurden aufgrund des besseren Ausgangszustandes der Gebäude nur in reichlich einem Drittel der Haushalte im Zeitraum 1992 bis 1995 Modernisierungsmaßnahmen vorgenommen. Einmal abgesehen von dem hohen Anteil sonstiger Modernisierungsmaßnahmen durch die Eigentümer (28%), waren hier die Ausgaben für die Modernisierung der Küche ein wichtiger Ausgabenposten.

Die Einschätzung des Zustandes der Wohngebäude hängt stark vom Baualter ab (vgl. Abb. 1); insbesondere bei den von Mieterhaushalten bewohnten Gebäuden in Ostdeutschland ist der Altbaubestand in hohem Maße „ganz renovierungsbedürftig“. Auffallend ist, daß der bauliche Zustand unter den ostdeutschen Mietgebäuden, die nach 1980 errichtet wurden, lediglich von knapp 40% der Bewohner als „gut“ bezeichnet wird; in Westdeutschland sind dies weit über 90%. Wenn die selbstnutzenden Eigentümer in älteren Gebäuden ebenfalls höheren Renovierungsbedarf angeben, dann ist dies zum Teil auch Ausdruck der begrenzten Lebensdauer von Wohngebäuden. Die überwiegend mehr als 80 Jahre alten Gebäude (Gebäudealter vor 1918) müssen im allgemeinen in aufwendiger Weise renoviert bzw. instandgesetzt werden.

11.2 Wohnraumversorgung

Nach wie vor ist die Wohnraumversorgung der Haushalte von Eigentümern und Mietern in West- und Ostdeutschland unterschiedlich (vgl. Tab. 2). Im Jahr 1995 lebten westdeutsche Haushalte im Durchschnitt in 3,6 Räumen mit einer Wohnfläche von 92 Quadratmetern; den ostdeutschen Haushalten standen 3,1 Räume und 70 Quadratmeter zur Verfügung. Eine Wohnfläche in dieser Größenordnung (72 Quadratmeter) hatten auch die in Westdeutschland lebenden Ausländer. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß Ausländer-Haushalte im Durchschnitt mit 2,9 Personen deutlich größer sind als deutsche Haushalte in Ost- (2,3) bzw. Westdeutschland (2,2). Drei Viertel der Haushalte in Ostdeutschland haben eine Wohnfläche von weniger als 80 Quadratmetern. In Westdeutschland leben 52% aller Haushalte in Wohnungen mit mehr als 80 Quadratmeter Wohnfläche. Eine Unterversorgung mit Wohnraum (d.h. es gibt im Haushalt mehr Personen, als Wohnräume zur Verfügung stehen) ist daher bei Haushalten mit deutschem Haushaltsvorstand in Westdeutschland mit 6% in deutlich geringerem Maße gegeben als in Ostdeutschland (13%). Bemerkenswert ist die hohe Unterversorgung mit Wohnraum bei den in Westdeutschland lebenden Ausländerhaushalten (36%). Diese Unterschiede in der objektiven Wohnflächenversorgung spiegeln sich auch in der

subjektiven Einschätzung der Bewohner wider: Die Beurteilung der Wohnungsgröße zeigt, daß in den westdeutschen Haushalten die Wohnung nur von 16% als „zu klein“ eingestuft wird. Dagegen sind dies in Ostdeutschland 22%. Bei den Mieterhaushalten ist der Anteil jeweils deutlich höher (23% bzw. 26%); das gilt besonders für die in Westdeutschland lebenden Haushalte von Ausländern (36%).

Tab. 2: Wohnflächenversorgung privater Haushalte in West- und Ostdeutschland nach dem Wohnstatus 1995

	Westdeutschland						Ostdeutschland		
	Deutsche			Ausländer					
	Eigen-tümer	Mieter	Insgesamt	Eigen-tümer	Mieter	Insgesamt	Eigen-tümer	Mieter	Insgesamt
	in %								
Haushaltsgröße in Personen (Mittelwert)	2,6	1,9	2,2	2,7	3,0	2,9	2,8	2,2	2,3
Wohnfläche in m ² (Mittelwert)	115	73	92	100	67	72	94	60	70
Wohnflächenversorgung (Anteil in %)									
bis 40 m ²	1	9	5	2	11	10	2	18	13
41–80 m ²	20	60	43	32	67	62	43	68	62
81–120 m ²	43	26	33	45	20	23	37	11	18
über 120 m ²	36	5	19	21	2	5	18	3	7
Zahl der Wohnräume über 6 m ² (Mittelwert)	4,6	2,9	3,6	3,8	2,8	2,9	4,2	2,7	3,1
Wohnraumversorgung (Anteil in %)									
gut versorgt	59	27	41	35	7	11	46	13	22
Wohngleichgewicht	36	66	53	42	55	53	46	72	65
unterversorgt	5	7	6	23	38	36	8	15	13
Einschätzung der Wohnungsgröße (Anteil in %)									
zu klein	8	23	16	9	36	31	9	26	22
angemessen	75	70	72	50	62	60	79	66	69
zu groß	17	7	12	41	2	9	12	8	9

Datenbasis: SOEP 1995.

Auffallend ist der hohe Anteil unter den Eigentümerhaushalten, die ihre Wohnung als „zu groß“ bewerten. Dabei spielt sicherlich eine Rolle, daß die räumliche Mobilität dieser Haushalte insbesondere in der nachelterlichen Phase des Lebenszyklus sehr gering ist und oftmals ältere Alleinlebende oder Paare immer noch eine früher benötigte, familiengerechte Wohnung oder gar ein komplettes Einfamilienhaus bewohnen.

11.3 Mietunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland

Die Mieten (Bruttokaltmiete inklusive kalte Betriebskosten für Wasser, Müll etc.) sind in Ostdeutschland auch 1995 wieder deutlich stärker gestiegen als in Westdeutschland. Die durchschnittliche Miete pro Quadratmeter (7,56 DM) war dennoch um rund ein Viertel niedriger als in den alten Bundesländern (vgl. Tab. 3). Die für die Höhe der Miete wichtigen Einflußfaktoren haben in West- und Ostdeutschland weiterhin ein unterschiedliches Gewicht. In Westdeutschland ist das Baujahr der Gebäude ein wichtiger Bestimmungsgrund. Der Unterschied der Quadratmeter-Miete zwischen Altbauten (vor 1919) und in den letzten 15 Jahren (1981 und später) errichteten Neubauten lag hier 1995 bei 4 DM, in Ostdeutschland jedoch lediglich bei rund 1,70 DM. Wichtigstes Kriterium für die Höhe der Miete ist in Ostdeutschland der Gebäudezustand. Die Mieten pro Quadratmeter waren bei gutem Gebäudezustand mit 8,85 DM um reichlich zwei DM höher als bei „ganz renovierungsbedürftigen“ Gebäuden. Hier zeigt sich, daß die vom Gesetzgeber ermöglichten Mieterhöhungen genutzt wurden.

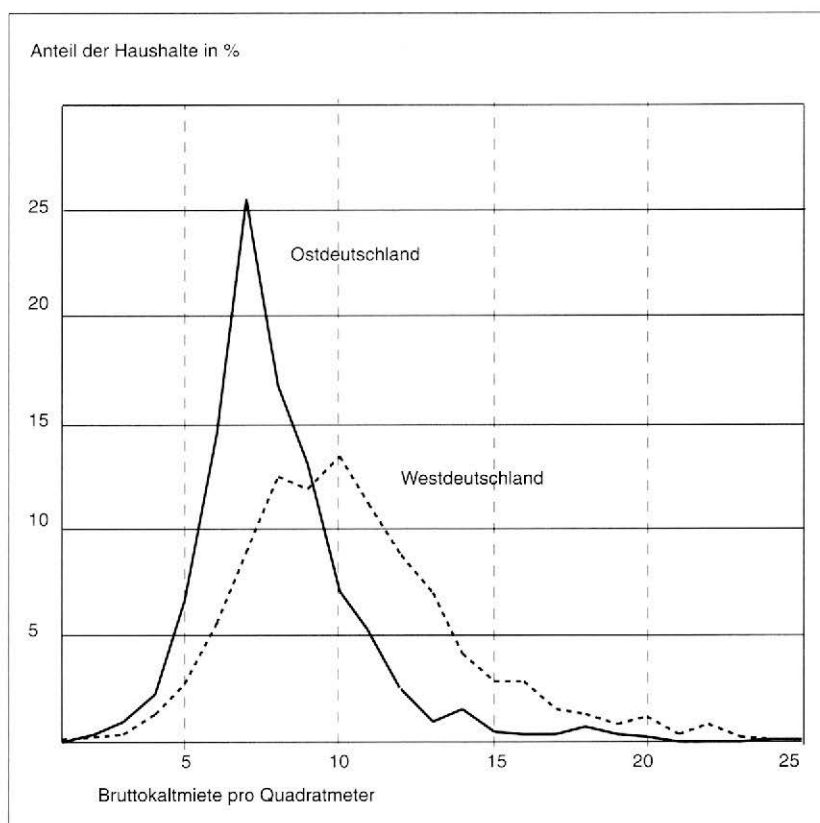
Die Verteilung der Bruttokaltmieten ist zwischen west- und ostdeutschen Haushalten nach wie vor sehr unterschiedlich (vgl. Abb. 2). 90% der ostdeutschen

Tab. 3: Wohnkosten von Hauptmieter-Haushalten 1995

	Westdeutschland		Ostdeutschland
	Deutsche	Ausländer	
Bruttokaltmiete (in DM/Monat)	698	651	437
Bruttokaltmiete (in DM/m ²)	9,99	10,24	7,56
Mietbelastungsquote (Bruttokaltmiete in % des Haushaltsnetto-Einkommens)	24	22	18
Mietbelastungsquote (in %)			
bis 10 %	6	12	18
10 %–20 %	39	42	50
20 %–30 %	31	23	21
über 30 %	24	23	11
Einschätzung der Miete (in %)			
günstig			
1993	48	30	11
1995	44	32	19
angemessen			
1993	40	47	46
1995	40	37	50
zu hoch			
1993	12	23	43
1995	16	31	31
Sozialer Wohnungsbau (in %)	13	18	7
Bezug von Wohngeld (in %)	7	8	14

Datenbasis: SOEP 1993 und 1995.

Abb. 2: Verteilung der Bruttokaltmiete 1995 in West- und Ostdeutschland



Datenbasis: SOEP 1995.

Mieterhaushalte zahlen Mieten, die sich von der Durchschnittsmiete nur um bis zu zwei DM unterscheiden. Dagegen zahlen 90% der Haushalte von Deutschen und Ausländern in den alten Ländern Mieten, die von der Durchschnittsmiete um bis zu fünf DM abweichen. Allgemein setzt sich der Trend zur Spreizung der Mieten jedoch fort.

Die durchschnittliche Mietbelastungsquote (Anteil der Bruttokaltmiete am Haushalts-Nettoeinkommen) war 1995 in Westdeutschland mit 24% weiterhin höher als in Ostdeutschland (18%). Dabei war der Anteil der Haushalte mit Belastungsquoten von über 30% in Westdeutschland mit knapp einem Viertel mehr als doppelt so hoch wie in Ostdeutschland (11%). Die Hälfte der ostdeutschen Mieter hat eine Belastungsquote von 10% bis 20%. Der Anteil der Haushalte, die weniger als

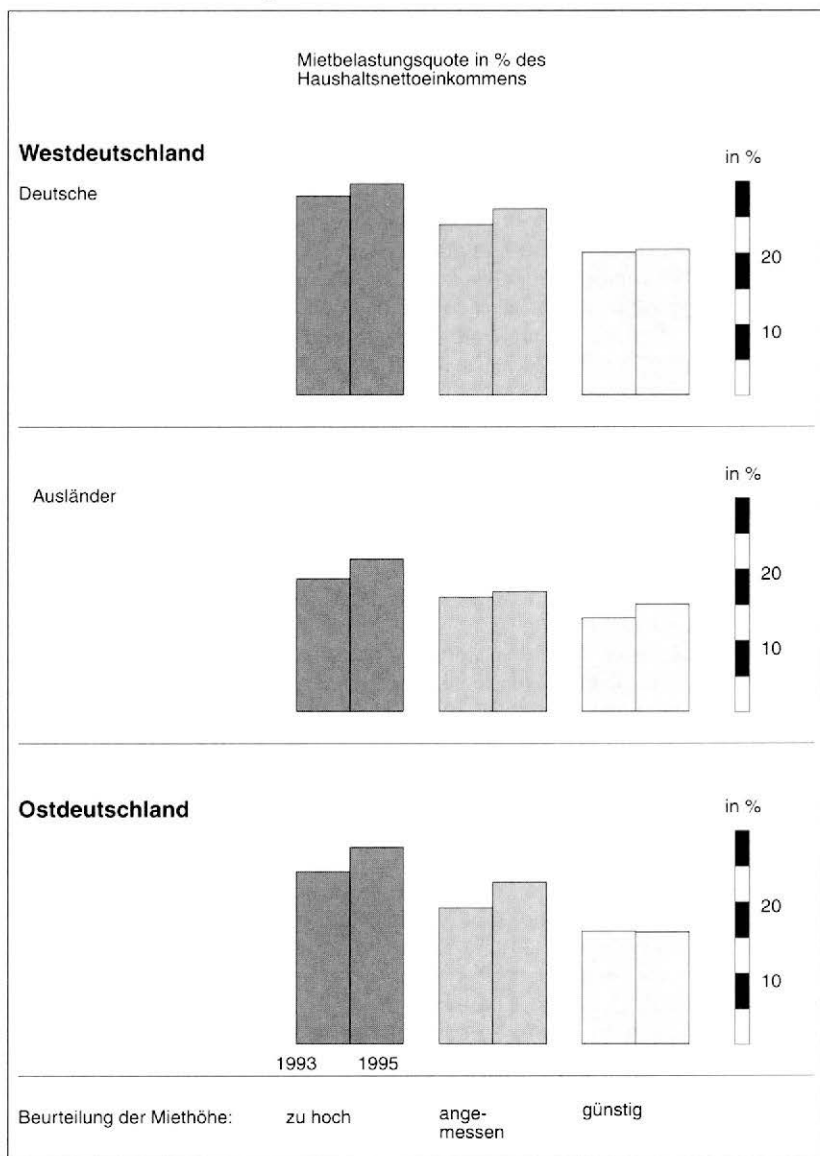
10% ihres monatlichen Nettoeinkommens für die Miete aufwenden müssen, ist in Ostdeutschland mit 18% dreimal so hoch wie bei westdeutschen Haushalten. Ausländische Mieter im Westen zahlen aufgrund ihrer räumlichen Konzentration in Städten zwar höhere Mieten pro Quadratmeter; ihre durchschnittliche Mietbelastung ist aufgrund geringerer Wohnflächen und höherer Einkommen jedoch etwas niedriger als bei deutschen Haushalten.

Die Höhe der Miete wird von den Haushalten in West- und Ostdeutschland unterschiedlich bewertet (vgl. Tab. 3). Während deutsche Mieter in Westdeutschland ihre Miete nur zu 16% als „zu hoch“ einstufen, sind dies bei den Ausländern sowie in Ostdeutschland doppelt so viele. Die Entwicklung im Zeitverlauf seit 1993 belegt hier jedoch eine zunehmende Akzeptanz höherer Mieten in Ostdeutschland, wo dieser Anteil 1993 nach den drastischen Auswirkungen der ersten beiden Grundmietverordnungen noch bei 43% lag. In den alten Bundesländern hat die durchschnittliche Mietbelastungsquote nach einem zügigen Anstieg in den vorangegangenen Jahren 1995 mit 24% einen bisherigen Höchststand erreicht. Die Entwicklung der Einschätzung der Miethöhe verläuft hier gleichgerichtet: Sowohl Deutsche wie auch Ausländer beurteilen inzwischen – im Vergleich zu 1993 – ihre Miete zu größeren Teilen als „zu hoch“.

Westdeutsche Haushalte, die ihre Miete 1995 als „angemessen“ bezeichnen (vgl. Abb. 3), haben im Durchschnitt eine Mietbelastungsquote von 26%; in Ostdeutschland dürfte eine solche Belastung zur Zeit noch als „zu hoch“ gelten. Die durchschnittliche Belastungsquote von deutschen Haushalten, die im Westen ihre Miete als „günstig“ bewertet haben, liegt bei 20% und damit nur wenig unter dem entsprechenden Wert ostdeutscher Mieter, die ihre Miete als „angemessen“ empfinden (23%). Zugleich geben ausländische Mieter mit als „zu hoch“ eingestufte Miete lediglich 21% ihres Einkommens dafür aus. Ein Vergleich dieser Ergebnisse im Zeitverlauf bestätigt die Akzeptanz steigender Mieten für ostdeutsche Haushalte: Während als „angemessen“ bezeichnete Mieten 1993 noch mit einer durchschnittlichen Mietbelastungsquote von 19% einhergingen, liegt dieser Wert für 1995 fast vier Prozentpunkte höher. Diese Veränderung fällt für die beiden Vergleichsgruppen in den alten Ländern deutlich geringer aus.

Die Betrachtung ausgewählter Haushaltstypen belegt für beide Teile Deutschlands überdurchschnittliche Belastungsquoten für Alleinlebende (insbesondere Frauen) sowie für Alleinerziehende und Haushalte mit mindestens einem Arbeitslosen. Die Mietbelastungsquoten in Deutschland sinken deutlich mit steigendem Einkommen, sind aber relativ unabhängig von der Höhe der Quadratmeter-Mieten. Auch Haushalte mit geringem Einkommen zahlen im Durchschnitt hohe Mieten pro Quadratmeter. Dies ist teilweise auch auf Segmentierungstendenzen auf dem deutschen Wohnungsmarkt zurückzuführen, wonach bestimmte soziale Gruppen diskriminiert werden und häufig schlechte Qualität relativ teuer bezahlen müssen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die einkommensschwachen Haushalte in Westdeutschland erheblich höhere Teile ihrer Einkommen für Mieten aufwenden müssen als die ostdeutschen Haushalte.

Abb. 3: Mietbelastungsquoten von Hauptmieter-Haushalten nach Beurteilung der Miethöhe



Datenbasis: SOEP 1993–1995.

Der Anteil der Wohngeldempfänger ist 1995 weiter zurückgegangen: In Westdeutschland erhielten noch rund 7% der Mieterhaushalte Wohngeld (Ausländer 8%), in Ostdeutschland war dieser Anteil doppelt so hoch. In den tendenziell preiswerteren Wohnungen des Sozialen Wohnungsbaus in Westdeutschland leben relativ viele Ausländer-Haushalte (18%), während dieser Wert in den neuen Ländern mit 7% vergleichsweise niedrig liegt.

11.4 Wohnmobilität

Die räumliche Mobilität privater Haushalte ist in Deutschland nach wie vor gering; eher werden lange Berufswege in Anspruch genommen, als daß insbesondere Haushalte, in denen der Haushaltsvorstand älter als 40 Jahre ist, umziehen (vgl. Tab. 4). Die Umzugshäufigkeit jüngerer Mieterhaushalte (Haushaltsvorstand jünger als 40 Jahre) ist sowohl in West- als auch in Ostdeutschland am höchsten. Dagegen ist der Umzug von Eigentümern eine Ausnahme; der Immobilienbesitz erweist sich als zentrales Hindernis räumlicher Mobilität.

Tab. 4: Räumliche Mobilität privater Haushalte in West- und Ostdeutschland nach Wohnstatus und Alter des Haushaltsvorstandes

	Anteil der mobilen Haushalte							
	1993/94				1994/95			
	Westdeutschland		Ostdeutschland		Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Eigen-tümer	Mieter	Eigen-tümer	Mieter	Eigen-tümer	Mieter	Eigen-tümer	Mieter
	in %							
Alter des Haushaltsvorstandes								
bis 40 Jahre	3	20	2	10	4	22	2	13
41-65 Jahre	2	6	1	5	2	6	1	5
über 65 Jahre	1	5	0	5	2	4	0	5
Insgesamt	2	12	1	7	3	12	1	8

Datenbasis: SOEP 1993-1995.

Die Umzugshäufigkeit jüngerer Mieter hat 1994/95 beim Vergleich mit dem Vorjahr leicht zugenommen. Als Gründe für den letzten Wohnungswechsel werden dabei insbesondere berufliche Aspekte und der Eigentumserwerb häufiger genannt als zuvor (vgl. Tab. 5). Zu den wichtigsten Ursachen für einen Wohnungswechsel gehören jedoch nach wie vor familiäre Veränderungen (z.B. Heirat, Geburt oder Tod eines Haushaltsmitglieds). Knapp ein Viertel der mobilen Haushalte in Westdeutschland hat aus diesem Grund die Wohnung gewechselt, in Ostdeutschland rund ein Fünftel. Eine unzureichende Wohnungsgröße war 1993/94 in Ost-

Tab. 5: Gründe für den Wohnungswechsel in West- und Ostdeutschland

	1993/94		1994/95	
	West-deutschland	Ost-deutschland	West-deutschland	Ost-deutschland
	in %			
Kündigung vom Vermieter	9	6	5	3
Umwandlung in Eigentum	2	3	1	1
Eigentumserwerb	12	10	17	12
Berufliche Gründe	13	9	15	12
Familiäre Gründe	23	13	23	21
Wohnungsgröße	18	28	21	17
Andere wohnungsbezogene Gründe	16	23	10	21
Sonstige	7	8	8	13

Datenbasis: SOEP 1993–1995.

deutschland noch der wichtigste Grund für den Wohnungswechsel. Nunmehr sind es auch hier – wie in Westdeutschland – familiäre Gründe. Allerdings ist die Wohnungsgröße weiterhin eine wichtige Ursache für Mobilität, dabei wird überwiegend eine Vergrößerung der Wohnfläche angestrebt. Insbesondere im Osten spielen auch „andere wohnungsbezogene Gründe“ (über 20% in beiden Jahren) eine große Rolle; dabei handelt es sich häufig um Umzüge in preiswertere und meist auch kleinere Wohnungen. Inwieweit dies auf Ausweichmechanismen bei zu hohen Mietsteigerungen in der alten Wohnung zurückzuführen ist, kann mit den vorliegenden Daten nicht endgültig geklärt werden.

11.5 Wohnzufriedenheit

Die durchschnittliche Wohnzufriedenheit erreicht bei den westdeutschen Eigentümerhaushalten den Wert 8,3 (vgl. Tab. 6) und liegt damit im Vergleich mit westdeutschen Mietern aufgrund besserer Wohnflächenversorgung und in der Regel deutlich höherer Wohnqualität um einen Skalenpunkt höher (7,2). Eine besonders hohe Wohnzufriedenheit haben Eigentümerhaushalte von Ausländern in Westdeutschland, die im Durchschnitt einen Wert von 9,0 erreichen. Mit lediglich 6,3 liegt die Wohnzufriedenheit der Mieterhaushalte in Ostdeutschland in einem Bereich, der auf verbreitete Unzufriedenheit hindeutet. Reichlich ein Fünftel der ostdeutschen Mieterhaushalte sind mit ihrer Wohnung unzufrieden, dieser Anteil entspricht demjenigen bei Ausländern in den alten Ländern.

Angesichts dieser nach wie vor beträchtlichen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland – sowohl in den objektiven Wohnbedingungen als auch in der

Tab. 6: Wohnzufriedenheit privater Haushalte 1995

	Westdeutschland						Ostdeutschland		
	Deutsche			Ausländer					
	Eigen-tümer	Mieter	Insgesamt	Eigen-tümer	Mieter	Insgesamt	Eigen-tümer	Mieter	Insgesamt
	Ø bzw. %								
Wohnzufriedenheit (Mittelwert)	8,3	7,2	7,7	9,0	6,4	6,9	7,9	6,3	6,7
Anteile									
unzufrieden (0 bis 4)	3	10	7	1	22	18	5	22	17
indifferent (5)	5	12	9	3	12	10	7	15	14
zufrieden (6 bis 9)	65	66	65	50	58	56	68	56	59
hoch zufrieden (10)	27	12	19	46	8	16	20	7	10

Datenbasis: SOEP 1995.

subjektiven Einschätzung der Bevölkerung – muß wohl davon ausgegangen werden, daß sich der Prozeß der Angleichung der Wohnverhältnisse noch weit über das Jahr 2000 hinziehen wird.

(Joachim Frick/Herbert Lahmann)

12 Gesundheit

Die Herstellung gleicher Chancen für eine ausreichende Gesundheitsversorgung gehört zu den Aufgaben einer an den Zielen sozialer Gerechtigkeit orientierten Gesundheitspolitik. Allerdings wird das Prinzip der Chancengleichheit immer wieder bedroht. Die Bedrohung kann dabei zahlreiche Ursachen haben und sich auf alle Leistungsbereiche der gesundheitlichen Versorgung beziehen. Ursachen sind etwa die ungleiche Einkommensverteilung, unterschiedliche Belastungen durch gesundheitliche Risiken der Umwelt oder die Belastungen am Arbeitsplatz. Auch der Zugang zu den verschiedenen Leistungsbereichen der Gesundheitsversorgung ist nicht für alle Bevölkerungsgruppen gleich. Deshalb ist die Sicherstellung einer flächendeckenden, alle Schichten und Gruppen der Bevölkerung gleichermaßen umfassenden Versorgung ein allgemein akzeptiertes Prinzip der deutschen Gesundheitspolitik. Der Vereinigungsprozeß hat nicht zuletzt auch den Blick für regionale Ungleichverteilungen geschärft. Regionale Differenzen relevanter Gesundheitsindikatoren sind auch Signale für eine ungleiche Verteilung von Chancen, Risiken oder Belastungen.

Ein Aspekt wird deshalb – neben den Unterschieden nach Geschlecht, Alter und Berufsbildung – auf der Beantwortung der Frage liegen, ob sich auch regionale Unterschiede in der Beurteilung des Gesundheitszustandes und in der Gesundheitszufriedenheit sowie in der Inanspruchnahme der verschiedenen Leistungen der gesundheitlichen Versorgung zeigen. Dabei wird regional nach zwei Gesichtspunkten differenziert. Es wird gefragt, welche Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern bestehen, und es wird untersucht, ob es Unterschiede zwischen den ländlichen und den städtischen Regionen gibt. Ein spezifisch regionaler Gesichtspunkt im gesundheitlichen Bereich ist die unterschiedliche Versorgungsdichte bei niedergelassenen Ärzten und Krankenhausbetten. Zu untersuchen ist, ob sich das unterschiedliche Angebot an Gesundheitsleistungen auf die Höhe und Verteilung der Inanspruchnahme auswirkt.

12.1 Einschätzungen des Gesundheitszustandes

Angaben zur Beschreibung des Gesundheitszustandes und zur Gesundheitszufriedenheit unterscheiden sich durch den Grad der subjektiven Prägung. Die Einschätzung des Gesundheitszustandes bildet stärker den „objektiven“ Zustand ab, die Aussagen zur Zufriedenheit das „subjektive“ Moment. Zwar ersetzt die Beschreibung des Gesundheitszustandes nicht das professionelle Urteil des Arztes, ist also kein Ersatz für das Krankenblatt, aber auch zwischen Ärzten besteht keineswegs immer Übereinstimmung in der Beurteilung des gesundheitlichen Zustands der Patienten. Langjährige internationale Erfahrungen zeigen, daß die Menschen sehr wohl in der Lage sind, ihren Gesundheitszustand hinreichend ge-

nau zu beschreiben, um mit diesen Aussagen eine zuverlässige Basis für vergleichende Analysen zu bilden.

Während sich die Beschreibung des Gesundheitszustandes primär auf das Krankheits- bzw. Gesundheitsgeschehen bezieht, sind die Angaben zur Zufriedenheit mit der Gesundheit in einen breiteren Lebenszusammenhang zu stellen. Zwar ist die Zufriedenheit mit der Gesundheit zunächst vom tatsächlichen Krankheitsgeschehen abhängig, sie ist aber auch abhängig vom jeweiligen Anspruch an das gesundheitliche Wohlbefinden. Wenn die Zufriedenheit sinkt, kann dies sowohl auf ein gestiegenes Anspruchsniveau als auch auf eine tatsächliche Verschlechterung des Gesundheitszustandes zurückzuführen sein. Dies erklärt z.B. den Befund, daß bei vergleichbarem gesundheitlichen Status die Zufriedenheit älterer Menschen höher ist als die jüngerer.

Selbstverständlich ist die Gesundheitszufriedenheit stark von der Einschätzung des tatsächlichen gesundheitlichen Zustandes und damit vom Wissen um die medizinischen Belange geprägt. Und die Einschätzung des Zustandes ist nicht unabhängig vom individuellen Anspruchsniveau an das gesundheitliche Wohlbefinden. Aber während die Zufriedenheit stärker mit dem Anspruchsniveau variiert, ist die Veränderung der Zustandseinschätzung eher auf die tatsächliche Veränderung der Morbidität und die Veränderung des Wissens um das Gesundheits- und Krankheitsgeschehen zurückzuführen. Und mit zunehmendem Wissen um die medizinischen Belange steigt auch die Wahrscheinlichkeit, eine Beeinträchtigung im Vergleich zu einem „optimalen“ Gesundheitszustand besser erkennen zu können. Daraus folgt, daß mit zunehmendem Wissen eher die Wahrscheinlichkeit steigt, den eigenen Gesundheitszustand kritischer zu sehen, als daß zunehmendes Wissen zu einer günstigeren Beurteilung führt. Das zunehmende Interesse gerade jüngerer Menschen an allem, was mit Gesundheit und Krankheit zu tun hat, vor allem das Interesse an den umweltbezogenen gesundheitlichen Risiken mag Unterschiede erklären, die in Tabelle 1 gezeigt werden.

Es kann angenommen werden, daß die Verschlechterung in der Beurteilung des Gesundheitszustandes im Jahre 1995 im Vergleich zu 1992 nicht mit einer entsprechenden Verschlechterung der tatsächlichen Morbidität zu erklären ist. Neben dem gestiegenen Anspruchsniveau könnte deshalb vor allem die zunehmende Aufmerksamkeit für alle krankheits- bzw. gesundheitsrelevanten Informationen einen Einfluß ausüben.

Das Urteil der Männer hat sich im Durchschnitt zwar stärker verschlechtert als das der Frauen, doch ist auch 1995 die Beurteilung des Gesundheitszustandes durch die Frauen immer noch deutlich schlechter als die der Männer. Diese Zahlen bestätigen, daß Frauen im Vergleich zu den Männern kritischer über ihren Gesundheitszustand urteilen, weniger zufrieden sind (vgl. Tab. 2) und regelmäßiger und häufiger zum Arzt gehen (vgl. Tab. 3 und 4). Bisher gibt es für diese immer wieder bestätigten geschlechtsspezifischen Differenzen noch keine umfassenden und allgemein anerkannten Erklärungen.

Tab. 1: Gesundheitszustand nach Geschlecht, Alter und regionaler Verteilung

	Gesundheitszustand					
	gut	zufrieden- stellend	schlecht	gut	zufrieden- stellend	schlecht
	1992			1995		
	in %					
Insgesamt	52	31	17	46	34	20
Geschlecht						
Männer	58	28	14	50	33	17
Frauen	47	33	20	43	34	23
Alter						
unter 40 Jahren	76	18	5	66	26	8
40–59 Jahre	50	33	16	42	37	21
60 Jahre und älter	22	44	35	22	41	37
Berufsbildung						
ohne Abschluß	46	32	22	43	31	26
mittl. Abschluß	53	31	16	46	35	19
Fachhoch-, Hochschule	64	24	12	55	32	13
Bundesländer						
Westdeutschland	51	31	18	46	33	21
Ostdeutschland	57	29	14	46	36	18
Gemeindegröße						
unter 20 Tsd.	52	32	17	47	34	19
20–100 Tsd.	53	29	19	46	33	21
100 Tsd. und mehr	52	31	17	45	33	22

Datenbasis: SOEP 1992, 1995.

Die Unterschiede in den Altersgruppen bestätigen die Vermutung vom Einfluß des Erfahrungshintergrundes und des Informationsniveaus auf die Beurteilung des Gesundheitszustandes. Zunächst spiegeln die Differenzen in den drei Altersgruppen die realen Differenzen in der Morbiditätsstruktur wider. Der Gesundheitszustand wird mit steigendem Alter im Durchschnitt schlechter, was sich auch in den Urteilen zeigen muß. Während aber im zeitlichen Vergleich in der Gruppe der 60jährigen und Älteren die Urteile über den Gesundheitszustand weitgehend gleich geblieben sind, ist in der Altersgruppe der unter 40jährigen der Anteil derjenigen am stärksten zurückgegangen, die ihren Gesundheitszustand zumindest als gut einschätzen. Aber auch in der Gruppe der 40jährigen bis unter 60jährigen hat sich die Beurteilung des Gesundheitszustandes erheblich verschlechtert.

Erheblichen Einfluß auf die Einschätzung des Gesundheitszustandes hat der berufliche Abschluß. Dabei gilt, daß mit höheren Abschlüssen der Gesundheitszustand günstiger eingeschätzt wird. Dies spiegelt auch Differenzen im realen Krankheitsgeschehen wider und dürfte u.a. auf die unterschiedlichen Belastungen am Arbeitsplatz zurückzuführen sein. Allerdings haben sich die Unterschiede ver-

Tab. 2: Gesundheitszufriedenheit und Zufriedenheitsveränderungen

	Zufriedenheit		Veränderung von 1992 nach 1995		
	1992	1995	zufriedener	etwa gleich	unzufriedener
	Ø		in %		
Insgesamt	6,6	6,4	16	59	25
Geschlecht					
Männer	6,8	6,6	15	62	24
Frauen	6,4	6,3	17	57	26
Alter					
unter 40 Jahren	7,6	7,3	14	62	24
40–59 Jahre	6,5	6,2	15	60	26
60 Jahre und älter	5,5	5,4	19	55	26
Berufsbildung					
ohne Abschluß	6,4	6,3	19	54	28
mittl. Abschluß	6,6	6,4	15	61	24
Fachhoch-, Hochschule	7,1	6,7	13	64	23
Bundesländer					
Westdeutschland	6,6	6,4	16	59	25
Ostdeutschland	6,5	6,3	15	59	26
Gemeindegröße					
unter 20 Tsd.	6,6	6,5	17	58	25
20–100 Tsd.	6,6	6,5	15	60	25
100 Tsd. und mehr	6,6	6,3	15	60	25

Datenbasis: SOEP 1992, 1995.

ringert. In der Gruppe mit den höchsten Berufsabschlüssen verringert sich der Anteil mit einer eher zufriedenen Einschätzung der Gesundheit um fast 10%. Da nicht angenommen werden kann, daß gerade in der Gruppe mit höherem Abschluß die Morbidität real gestiegen ist, dürfte dies darauf zurückzuführen sein, daß die besser Informierten ihren Gesundheitszustand kritischer sehen bzw. sich stärker an einem Idealbild des gesunden Menschen orientieren.

Die regionalen Differenzierungen zeigen, daß insbesondere in den neuen Bundesländern die Urteile negativer geworden sind. Bemerkenswert aber ist, daß diese Veränderung ein Anpassungsprozeß an das Meinungsbild in den alten Bundesländern ist und somit 1995 kaum noch Unterschiede zwischen den beiden Teilen Deutschlands bestehen. Zwischen den ländlichen und den städtischen Regionen bestehen nahezu keine Differenzen in der Beurteilung des Gesundheitszustandes, und in allen drei Gemeindegrößenklassen verlief die Entwicklung von 1992 zu 1995 gleichförmig. Dies läßt darauf schließen, daß auch die Morbiditätsstrukturen zwischen ländlichen und städtischen Gebieten nicht erheblich voneinander abweichen. Und auch im Anspruchs- und Informationsniveau dürften keine gravierenden Unterschiede existieren.

Zwischen der Gesundheitseinschätzung und der Gesundheitszufriedenheit besteht ein enger Zusammenhang. Deshalb spiegeln sich die Unterschiede in der Einschätzung des Gesundheitszustandes auch in der Gesundheitszufriedenheit. So zeigt Tabelle 2 ein Absinken des Zufriedenheitsniveaus. Dies gilt für Männer und Frauen, für alle Altersgruppen und unabhängig von Ausbildung und Wohnort. Die Zufriedenheit mit der Gesundheit ist bei den jüngeren Altersgruppen, den Personen mit den höchsten Abschlüssen und den Einwohnern in den Großstädten am deutlichsten gesunken. Dabei läßt sich eine Tendenz erkennen, die aufmerksam beobachtet werden sollte: Insbesondere die jüngere, höher qualifizierte Bevölkerung in den Großstädten sieht ihren Gesundheitszustand zunehmend kritischer und wird zugleich unzufriedener.

Insgesamt ist der Anteil derjenigen, die zwischen 1992 und 1995 unzufriedener wurden, höher als der Anteil derjenigen, die zufriedener wurden. Nahezu 60% blieben in ihrem Urteil stabil. Unterschiede zeigen sich allerdings in der Geschlechts- und Altersverteilung sowie nach der Berufsausbildung. Frauen weisen im Vergleich zu Männern ein weniger stabiles Muster auf. Und mit zunehmendem Alter verändert sich die Zufriedenheit mit der Gesundheit stärker. Insgesamt läßt sich folgende Tendenz ablesen: Je höher die Gesundheitszufriedenheit, desto wahrscheinlicher ist ein gleichbleibend hohes Niveau.

12.2 Inanspruchnahme von ambulanten Gesundheitsleistungen

Indikatoren zur Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen können unter verschiedenen Gesichtspunkten interpretiert werden. Sie sind Ausdruck des Krankheitsgeschehens der Bevölkerung. Sie sind darüber hinaus eine wichtige Basis zur Einschätzung der Versorgungssituation. Struktur und Entwicklung der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen sind auch entscheidende Grundlagen für die Beurteilung der Kosten im Gesundheitswesen, zum Aufdecken von Versorgungsdefiziten und zum Erkennen von Überkapazitäten oder Ineffektivitäten.

Die Probleme einer Bewertung lassen sich am Beispiel der ambulanten Inanspruchnahme verdeutlichen. Eine Steigerung der Häufigkeit von Arztbesuchen kann darauf hinweisen, daß die Krankheiten zugenommen haben. Es könnte auch sein, daß die Neigung in der Bevölkerung gestiegen ist, bei Beschwerden einen Arzt aufzusuchen. Die Verhaltensänderung könnte z.B. auf vermehrte Angst und Unsicherheit zurückzuführen sein, aber auch auf ein verbessertes Wissen um Krankheiten und deren frühzeitige Erkennung. Umgekehrt kann eine Verringerung der Inanspruchnahme einen verbesserten Gesundheitszustand anzeigen, aber auch die Situation, den Arzt nur dann aufzusuchen, wenn es dringend notwendig ist.

Zur Beschreibung der ambulanten Inanspruchnahme werden zwei Indikatoren herangezogen. Die „Quartalsinanspruchnahme“ ist der Anteil derjenigen, die in den letzten drei Monaten vor der Befragung mindestens einmal einen Arzt aufgesucht haben. Als zweite Kennziffer wird die Kontakthäufigkeit pro Patient im letzten Quartal benutzt, d.h. die durchschnittliche Anzahl von Arztkontakten im letzten Quartal. Dieser Indikator bezieht sich stärker auf einzelne Krankheitsepisoden und sagt etwas über die Entscheidungen der Ärzte und über ihr therapeutisches Handeln aus, da die Häufigkeit innerhalb einer morbiden Episode primär durch das Überweisungs- bzw. Wiederbestellverhalten der jeweiligen Ärzte bestimmt wird.

Tab. 3: Arztbesuche und durchschnittliche Anzahl der Arztbesuche pro Patient im letzten Quartal

	Arztbesuche	Durchschnittliche Anzahl	Arztbesuche	Durchschnittliche Anzahl
	1992		1995	
	in %	Ø	in %	Ø
Insgesamt	71	4,4	73	4,5
Geschlecht				
Männer	64	4,2	65	4,2
Frauen	76	4,6	79	4,8
Alter				
unter 40 Jahren	63	3,4	64	3,3
40–59 Jahre	68	4,3	70	4,7
60 Jahre und älter	84	5,7	88	5,8
Berufsbildung				
ohne Abschluß	71	4,6	75	4,8
mittl. Abschluß	71	4,5	72	4,6
Fachhoch-, Hochschule	70	3,6	69	3,6
Bundesländer				
Westdeutschland	71	4,7	72	4,7
Ostdeutschland	69	3,4	74	3,8
Gemeindegröße				
unter 20 Tsd.	69	4,1	71	4,4
20–100 Tsd.	71	4,7	73	4,5
100 Tsd. und mehr	72	4,7	73	4,7
Arztdichte				
über Durchschnitt	–	–	71	4,8
unter Durchschnitt	–	–	73	4,8

– Angaben nicht verfügbar.

Datenbasis: SOEP 1992, 1995. Bundesanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn.

Tabelle 3 zeigt, daß gut 70% der Bevölkerung mindestens einmal im Quartal zum Arzt gehen. Dieser Anteil hat sich in den letzten Jahren praktisch kaum verändert. Auch die Unterschiede zwischen Frauen und Männern sowie zwischen den auf-

geführten Altersgruppen sind im Vergleich der Jahre ähnlich. Stets gilt, daß die Frauen regelmäßiger zum Arzt gehen als die Männer.

Allerdings gibt es zwischen Männern und Frauen Unterschiede in der Entwicklung von 1992 zu 1995. Während Männer ihr Inanspruchnahmeverhalten kaum geändert haben, ist der Anteil bei den Frauen um mehr als 3 Prozentpunkte gestiegen. Diese Steigerung könnte ein Ergebnis der höheren Teilnahme an Früherkennungs- bzw. Vorsorgemaßnahmen sein, an denen Frauen regelmäßiger teilnehmen als Männer.

Eine unterschiedliche Entwicklung zeigt sich nach Berufsbildungsabschlüssen. Während 1992 kaum Differenzen bestanden, hat sich die Verteilung 1995 verändert. Bei Personen ohne Berufsabschluß stieg die Quartalsinanspruchnahme um mehr als 4 Prozentpunkte, bei der Gruppe mit mittleren Abschlüssen um knapp 2 Prozentpunkte, und bei Personen mit höherem Abschluß sank sie um 2 Prozentpunkte.

Daneben ist eine unterschiedliche Entwicklung zwischen den neuen und den alten Bundesländern erkennbar. 1992 war in den alten Ländern, 1995 in den neuen Ländern eine höhere Inanspruchnahmequote zu verzeichnen. Daß dies auf eine höhere Morbidität zurückzuführen ist, ist wenig wahrscheinlich. Unterschiede zwischen Ortsgrößenklassen sind nicht besonders ausgeprägt, es besteht allerdings die Tendenz, daß in größeren Städten der regelmäßige Arztbesuch etwas ausgeprägter ist als in ländlichen Gebieten. Die Daten bestätigen darüber hinaus den Befund, daß eine höhere Arztdichte keinen Einfluß auf einen regelmäßigen Arztbesuch hat. Eine höhere Zahl an Ärzten veranlaßt die (potentiellen) Patienten nicht, regelmäßiger zum Arzt zu gehen.

Der zweite Indikator für die ambulante Inanspruchnahme, die Häufigkeit der Arztkontakte im letzten Quartal, zeigt eine Struktur, die im wesentlichen der Quartalsinanspruchnahme gleicht (Tab. 3). Die Häufigkeit ist bei Frauen zwar höher als bei Männern, aber diese Unterschiede fallen geringer aus als bei der Quartalsinanspruchnahme. Auch die Altersverteilung zeigt die erwarteten Unterschiede in den Frequenzen zwischen den Gruppen, und die Differenzierung nach Berufsabschlüssen weist aus, daß Personen mit höheren Qualifikationen nicht nur seltener als Personen ohne Abschluß einen Arzt aufsuchen, sondern auch eine geringere Frequenz haben.

1992 und 1995 lag die Kontaktfrequenz in Westdeutschland erheblich über derjenigen in Ostdeutschland. Diese Differenzen sind 1995 geringer geworden; die Häufigkeit ist in Ostdeutschland um mehr als 10% gestiegen. Zwar liegt die Frequenz immer noch deutlich unter jener der alten Länder, eine Angleichung ist aber erkennbar. Auch die Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Regionen haben sich angeglichen. Auch für diesen Indikator gilt, daß das frühere Stadt-Land-Gefälle in der ambulanten Versorgung nicht mehr besteht. Eher besteht flächendeckend eine Tendenz zur Überversorgung. Damit ist auch verbunden, daß mit höheren Kosten für das Gesundheitswesen keine oder nur marginale Ver-

besserungen im Gesundheitszustand erreicht werden. Auf derartige Ineffizienzen könnten Daten hinweisen, die zeigen, daß die Kontaktfrequenz dann im Durchschnitt höher ist, wenn die Zahl der Ärzte in den betreffenden Praxiseinzugsbereichen besonders hoch ist. Während bei der Quartalsinanspruchnahme, die primär durch das Patientenverhalten gesteuert wird, keine derartigen Einflüsse erkennbar waren, liegt die Frequenz in den Gebieten, in denen eine überdurchschnittlich hohe Zahl von Ärzten praktiziert, etwas höher als in Gebieten mit einer geringeren Arztdichte. Die Differenzen sind zwar nicht besonders ausgeprägt, aber hochgerechnet auf die Zahl der Mehrkontakte und umgerechnet auf die dadurch verursachten Kosten ergeben sich Summen, die kaum noch als geringfügig bezeichnet werden können.

12.3 Stationäre Inanspruchnahme – Krankenhausaufenthalte

Auch zur Beschreibung der stationären Inanspruchnahme werden wieder zwei Indikatoren herangezogen. Die erste Kennziffer erfaßt den Anteil derjenigen, die im letzten Jahr mindestens eine Nacht als Patient im Krankenhaus verbracht haben. Die zweite Kennziffer ist die Gesamtzahl der im letzten Jahr verbrachten Nächte im Krankenhaus. Da die niedergelassenen Ärzte über die stationäre Einweisung entscheiden, ist die Höhe des Anteils derer, die mindestens einmal im Jahr im Krankenhaus waren, auch von dem Verhalten der Ärzte abhängig. Somit ist dieser Indikator auch ein Hinweis auf die Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung. Die Zahl der im Krankenhaus verbrachten Nächte ist ein Hinweis auf die durchschnittliche Verweildauer, einen der wichtigsten Indikatoren für die Entwicklung der stationären Versorgung.

Insgesamt ist ein leichtes Absinken des Anteils derer zu verzeichnen, die mindestens eine Nacht im Krankenhaus verbracht haben; ob damit eine allgemeine Tendenz erkennbar wird, kann mit den vorliegenden Daten nicht entschieden werden. Die Betrachtung nach dem Geschlecht weist zunächst eine gleiche Verteilung in 1992 und 1995 aus, wobei der höhere Wert bei Frauen auch von Geburten beeinflusst ist. Die Altersverteilung zeigt demgegenüber keine einheitliche Entwicklung. Zwar wird deutlich, daß etwa ab dem 60. Lebensjahr die Wahrscheinlichkeit der Krankenhauseinweisung ansteigt, allerdings ist die Veränderung von 1992 nach 1995 nicht einheitlich.

Eine differenziertere Entwicklung zeigt sich für die alten und die neuen Bundesländer. Im Jahre 1992 lag der Anteil in Westdeutschland noch etwa 30% über dem in Ostdeutschland; 1995 sind die Werte im wesentlichen identisch. Im Osten ist der Anteil gestiegen, im Westen gesunken. Auch dies weist auf eine Angleichung des ärztlichen Entscheidungsverhaltens hin und könnte als ein Zeichen der Vereinheitlichung des medizinischen Versorgungssystems interpretiert werden. Wie Ta-

belle 4 zeigt, hat auch die „Bettendichte“ in der jeweiligen Region kaum einen Einfluß auf die Krankenhauseinweisungen. Diese Zahlen werden zudem durch die Aufschlüsselung nach Gemeindegrößenklassen bestätigt: Auch zwischen ländlichen und städtischen Gebieten gibt es keine Unterschiede.

Tab. 4: Krankenhausaufenthalt und Dauer

	Krankenhausaufenthalt im letzten Jahr und Dauer			
	Aufenthalt	Zahl der Nächte	Aufenthalt	Zahl der Nächte
	1992		1995	
	in %	Ø	in %	Ø
Insgesamt	12,7	21,6	12,5	19,5
Geschlecht				
Männer	10,7	22,8	10,4	21,0
Frauen	14,5	20,8	14,3	18,5
Alter				
unter 40 Jahren	11,5	13,7	9,9	11,8
40–59 Jahre	10,3	18,9	10,8	18,1
60 Jahre und älter	17,6	30,6	18,2	26,6
Berufsbildung				
ohne Abschluß	12,9	23,1	13,7	21,9
mittl. Abschluß	13,2	21,0	12,6	18,5
Fachhoch-, Hochschule	9,1	22,1	9,5	18,7
Bundesländer				
Westdeutschland	13,3	21,5	12,5	19,7
Ostdeutschland	10,1	21,8	12,4	18,4
Gemeindegröße				
unter 20 Tsd.	12,9	22,3	12,6	18,2
20–100 Tsd.	12,5	22,6	13,2	21,7
100 Tsd. und mehr	12,7	19,9	11,8	19,3
Bettendichte				
über Durchschnitt	–	–	12,6	20,2
unter Durchschnitt	–	–	12,4	19,5

– Angaben nicht verfügbar.

Datenbasis: SOEP 1992, 1995. Bundesanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn.

Die Angaben zur Anzahl der im Krankenhaus verbrachten Nächte, die als Verweildauern interpretiert werden, zeigen den schon seit mehr als 20 Jahren anhaltenden Trend zur Verkürzung. Das gilt für alle hier untersuchten Bevölkerungsgruppen. Allerdings gibt es einige interessante Unterschiede. Während Frauen zwar häufiger mindestens einmal im Krankenhaus waren, verbringen die Männer im Durchschnitt mehr Nächte im Krankenhaus als Frauen. Dies kann auf morbiditätsspezifische Ursachen zurückgeführt werden. Auch für die altersspezifischen Aufschlüsselungen gilt: Die Zahl der im Krankenhaus verbrachten Nächte steigt mit dem Alter kontinuierlich an.

Kein Einfluß geht von der Höhe des Leistungsangebots – hier gemessen durch die Bettendichte in der Region – auf dessen Inanspruchnahme aus. Hier zeigt sich auch, daß keine regionalen Engpässe in der stationären Versorgung mehr existieren. Damit ist nicht gesagt, daß es in einzelnen Gebieten, bei bestimmten Versorgungsstufen oder für bestimmte Krankheitsgruppen nicht doch Defizite gibt; deren Effekte fallen aber statistisch nicht mehr ins Gewicht.

Tab. 5: Anteil der Personen, die eine Kur in Anspruch genommen haben

	Kuraufenthalte	
	1992	1995
	in %	
Insgesamt		
Geschlecht		
Männer	4,8	6,2
Frauen	4,1	6,0
Alter		
unter 40 Jahren	1,9	3,0
40–59 Jahre	4,8	6,3
60 Jahre und älter	8,9	10,7
Berufsbildung		
ohne Abschluß	4,0	5,7
mittl. Abschluß	5,3	6,5
Fachhoch-, Hochschule	4,3	5,5
Bundesländer		
Westdeutschland	5,3	6,7
Ostdeutschland	3,1	4,0
Gemeindegröße		
unter 20 Tsd.	4,5	5,4
20–100 Tsd.	5,0	7,3
100 Tsd. und mehr	5,1	6,3

Datenbasis: SOEP 1992, 1995.

12.4 Kuren und stationäre Heilbehandlungen

Ein medizinischer Versorgungssektor, der in den letzten Jahren zunehmend in die gesundheitspolitische Diskussion geraten ist, betrifft die Kuren und stationären Heilbehandlungen, die Rehabilitation bzw. rehabilitativen Interventionen; auch „tertiäre Prävention“ genannt. So werden verstärkt Zweifel an der medizinischen Notwendigkeit und der therapeutischen Effizienz von Kuren geäußert. Sicher ist, daß die Inanspruchnahme von Kuren und stationären Heilbehandlungen auch von

Kriterien beeinflusst wird, die nichts mit der medizinischen Notwendigkeit zu tun haben.

Die in Tabelle 5 dokumentierte Inanspruchnahme von Kuren und stationären Heilbehandlungen gibt einen allgemeinen Überblick über diese Problematik. Auf die wachsende ökonomische Bedeutung dieses Bereichs weist der Anstieg von 1992 zu 1995 hin, der kaum auf Morbiditätsgründe zurückzuführen sein dürfte. Zu klären wäre etwa, warum der Anstieg bei Männern deutlich höher lag als bei Frauen. Daß die Notwendigkeit eines Kuraufenthaltes mit wachsendem Alter steigt, ist eine natürliche Folge des Alterungsprozesses.

Aufschlußreich für die Plausibilität der vermuteten Fehlanspruchnahme sind die Aufschlüsselungen nach beruflichen Abschlüssen. Wenn es keine krankheitsunabhängigen Mechanismen des Zugangs zur Rehabilitation gäbe, dann müßten die Ergebnisse zur Inanspruchnahme von Kuren strukturell denen der Inanspruchnahme der anderen Gesundheitsleistungen entsprechen. Die Daten zur Inanspruchnahme medizinischer Leistungen, die deutlich vom Krankheitsgeschehen beeinflusst werden, weisen übereinstimmend aus, daß Gruppen mit den höchsten Abschlüssen deutlich niedrigere Inanspruchnahmeraten haben. Deshalb ist der Schluß naheliegend, daß es für die Inanspruchnahme der Kuren einen Zugangsmechanismus gibt, der nicht durch das Morbiditätsgeschehen allein gesteuert wird. Denn Personen mit mittleren und höheren Abschlüssen gehen vergleichsweise wesentlich häufiger zur Kur, als es die morbiditätsrelevanten Daten wahrscheinlich machen.

Erhebliche Unterschiede gibt es noch zwischen den alten und den neuen Ländern. Diese Differenzen zeigen, daß das Wissen um die Zugangs- und Auswahlkriterien eine Rolle spielen dürfte. Für die Bevölkerung in den neuen Bundesländern sind diese gesundheitlichen Leistungen ein Angebot, das noch nicht den Bekanntheitsgrad haben dürfte wie im Westen. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Ortsgrößenklassen sind dagegen nicht erheblich, sie entsprechen weitgehend den morbiditätsrelevanten Inanspruchnahmeindikatoren. Auch diese Kennziffer ist deshalb ein Hinweis auf die weitgehende Einebnung von Unterschieden im Inanspruchnahmeverhalten von ländlicher und städtischer Bevölkerung.

(Hanfried Andersen/Markus Grabka/Johannes Schwarze)

13 Umwelt

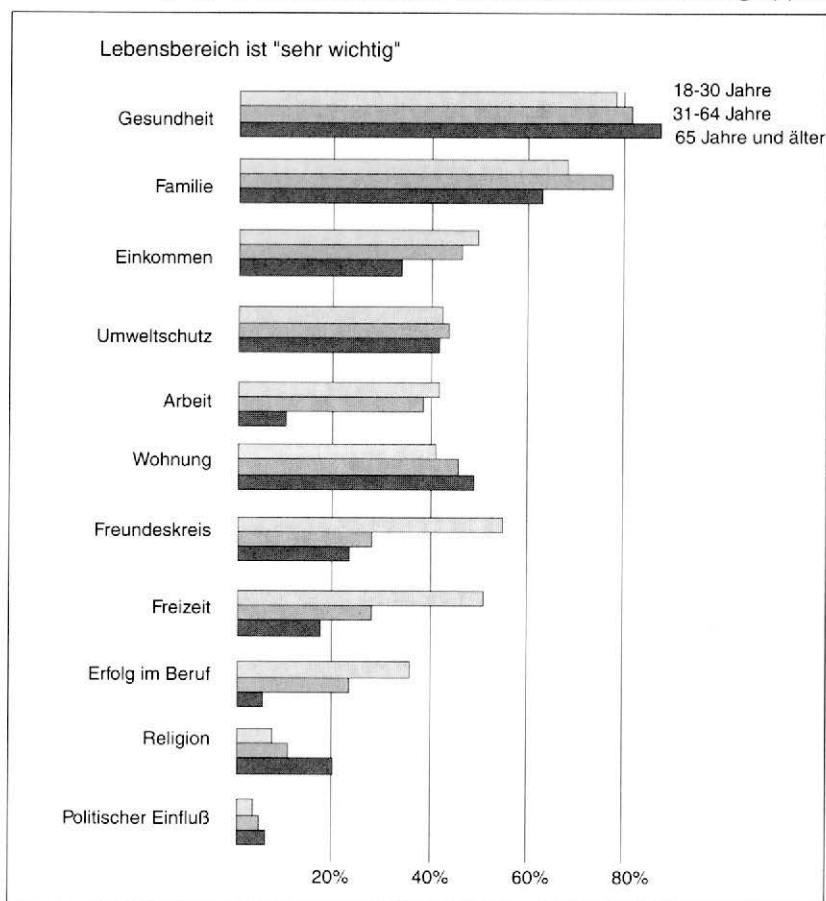
Das Wissen um die Bedeutung der Umwelt und die massive Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen hat seit Beginn der 70er Jahre in allen Bevölkerungsgruppen deutlich zugenommen. Nahezu alle Bereiche des alltäglichen Lebens werden von Umweltproblemen begleitet, ob es sich dabei um die Wohnlage, die Wohnumgebung, die Freizeitaktivitäten, die Erholungsmöglichkeiten oder das Aufwachsen der Kinder in einer „gesunden“ Lebensumwelt handelt. Die Umweltthematik hat zu Beginn der 90er Jahre nicht zuletzt dadurch neue Aktualität erlangt, daß durch die deutsche Einheit und die Umweltprobleme der neuen Länder verstärkte Aktivitäten von seiten der öffentlichen Hand in diesem Bereich notwendig geworden sind.

13.1 Stellenwert des Umweltschutzes für das persönliche Wohlbefinden

Wie „wichtig“ für Deutsche in den alten und neuen Bundesländern der Umweltschutz ist, wird daran deutlich, daß 1994 94% der Bevölkerung im Westen und 92% im Osten dieses Thema als „sehr wichtig“ oder „wichtig“ einstufen, wobei es zwischen den Befragten im Westen und Osten kaum Unterschiede gibt: Für 43% im Westen und 42% im Osten stellt der Umweltschutz ein „sehr wichtiges“ Thema dar. Bildet man für die verschiedenen Lebensbereiche eine Rangfolge bezüglich des Stellenwertes in der Bevölkerung, so zeigt sich, daß neben der überragenden Bedeutung der privaten Lebensbereiche Gesundheit und Familie der öffentliche Bereich Umweltschutz im Westen als ähnlich wichtig angesehen wird wie Wohnung oder Arbeit. Im Osten dagegen sind Wohnung oder gar Arbeit derzeit wesentlich wichtiger als Umweltschutz.

Betrachtet man die Bedeutung der verschiedenen Lebensbereiche für das persönliche Wohlbefinden der einzelnen Altersgruppen, so nimmt der Stellenwert von Einkommen, Arbeit, Erfolg im Beruf, Freundeskreis und Freizeit mit zunehmendem Alter ab. Auch die Wichtigkeit von Umweltschutz nimmt mit zunehmendem Alter leicht ab, jedoch nicht so stark wie die oben genannten Lebensbereiche. Die Wichtigkeit der Lebensbereiche Gesundheit, Wohnung, Politischer Einfluß und Religion steigt dagegen mit zunehmendem Alter an. Ein ähnlicher Trend war auch in früheren Befragungen zu beobachten, wobei die Altersunterschiede in der Einschätzung des Lebensbereichs Umwelt im Laufe der Zeit immer weiter abgenommen haben. Die geringeren Altersunterschiede in der Wichtigkeit des Umweltschutzes hängen sowohl mit einer steigenden Bedeutung für die ältere als auch mit der leicht abnehmenden Bedeutung des Umweltschutzes für die jüngere Generation zusammen.

Abb.1: Wichtigkeit von Lebensbereichen in Deutschland nach Altersgruppen



Datenbasis: SOEP 1994.

13.2 Zufriedenheit mit dem Umweltzustand

Im Vergleich mit anderen „Zufriedenheiten“ rangiert die Zufriedenheit mit dem Umweltzustand fast immer auf einem der niedrigsten Plätze. Vor allem im Jahr 1993 erhielt die Zufriedenheit mit dem Umweltzustand im Osten im Vergleich zu allen anderen Bereichen mit deutlichem Abstand die niedrigsten Werte (1993 West: 5,9; 1993 Ost: 4,6) (auf der Skala von 0 = ganz und gar unzufrieden bis 10 = ganz

und gar zufrieden). Die höchste Zufriedenheit gab es in allen Jahren sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland mit dem privaten Umfeld, wie z.B. mit der Wohnung oder der Wohngegend. Allerdings wurden im Osten in allen Lebensbereichen niedrigere Werte in der Zufriedenheit erreicht als im Westen. Die Zufriedenheit mit dem Zustand der Umwelt nahm in den Jahren 1993 bis 1995 im Osten nur den niedrigsten Rangplatz ein.

Tab. 1: Zufriedenheit mit dem Umweltzustand in West- und Ostdeutschland

	Zufriedenheit ¹ mit dem Umweltzustand					
	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1993	1994	1995	1993	1994	1995
	Ø					
Insgesamt	5,9	6,6	6,2	4,6	5,4	5,2
Alter						
18–30jährige	5,8	6,4	6,1	4,4	5,1	5,1
31–44jährige	5,6	6,3	6,1	4,4	5,0	5,0
45–64jährige	5,9	6,7	6,2	4,6	5,5	5,2
über 65jährige	6,2	7,0	6,5	4,9	5,9	5,5
Ortsgröße						
bis 2 000 Einw.	6,1	7,2	6,8	5,1	5,8	5,7
2 000–< 5 000 Einw.	6,3	6,8	6,5	4,9	5,8	5,3
5 000–< 20 000 Einw.	6,2	6,9	6,4	5,0	5,7	5,6
20 000–< 50 000 Einw.	6,1	6,7	6,3	4,3	5,3	5,1
50 000–< 100 000 Einw.	6,0	6,7	6,1	4,8	5,2	5,1
100 000–< 500 000 Einw.	5,5	6,2	5,8	4,0	4,7	4,6
über 500 000 Einw.	5,4	6,1	5,6	4,0	4,6	4,6

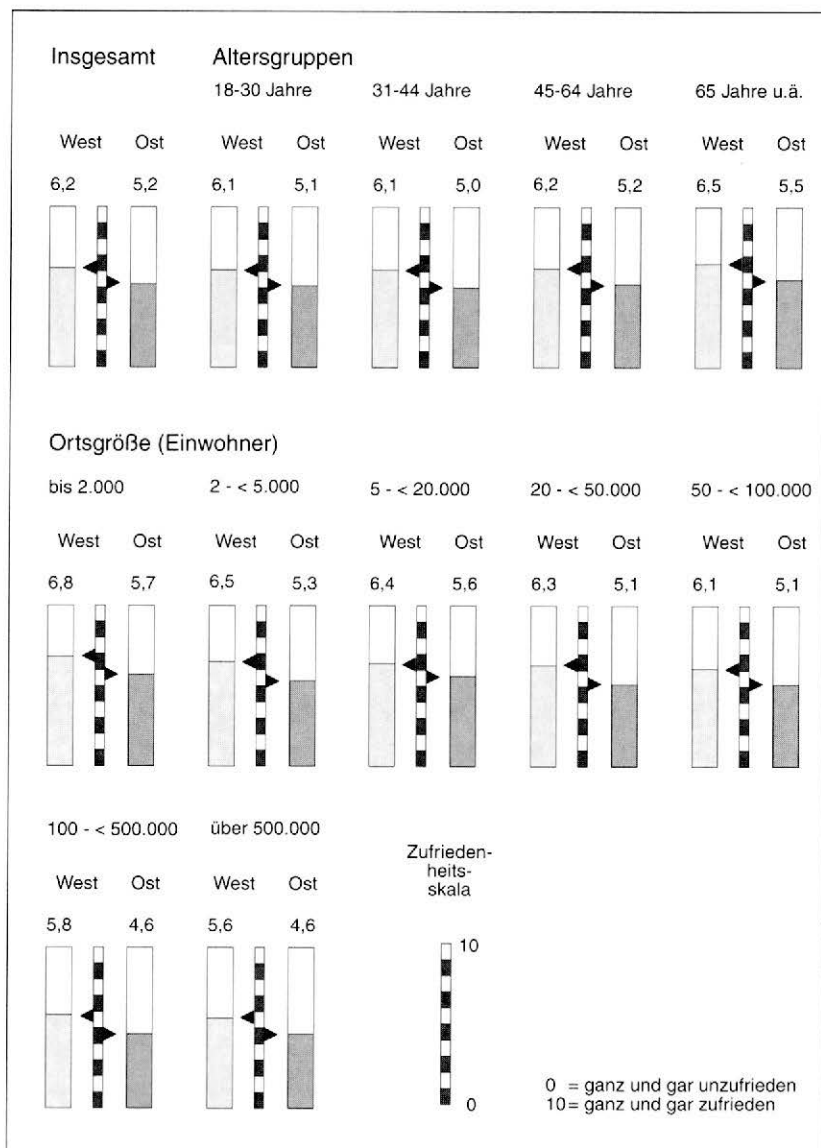
1 Mittelwerte auf der Zufriedenheitsskala von 0 = ganz und gar unzufrieden bis 10 = ganz und gar zufrieden.

Datenbasis: SOEP 1993, 1994, 1995.

Der absolute Tiefpunkt in der Umweltzufriedenheit war 1990 im Osten unmittelbar nach der Wende festzustellen (4,1). Mittlerweile hat sich die durchschnittliche Zufriedenheit mit dem Zustand der Umwelt nach einem kurzzeitigen Anstieg 1994 im Jahr 1995 im Osten auf einen Wert von 5,2 „eingependelt“ (vgl. Tab. 1 und Abb. 2). Die Schwankung in der Zufriedenheit mit dem Umweltzustand betrifft sämtliche Altersgruppen. Eine geringe Zufriedenheit mit dem Umweltschutz in den jüngeren Jahrgängen könnte mit einem höheren Anspruch an Maßnahmen des Umweltschutzes zusammenhängen. Dennoch bleibt festzuhalten, daß die Altersunterschiede bei der Zufriedenheit mit dem Bereich Umwelt im Laufe der vergangenen Jahre abgenommen haben.

Im Vergleich zwischen den alten und den neuen Bundesländern zeigen sich immer noch große Unterschiede. Betrachtet man die Ergebnisse der letzten Jahre, so wird deutlich, daß selbst die höchste Zufriedenheit im Osten (1994: 5,4) nicht an

Abb. 2: Zufriedenheit mit dem Umweltzustand 1995
in West- und Ostdeutschland



Datenbasis: SOEP 1995.

die niedrigste Zufriedenheit im Westen (1993: 5,9) heranreicht, also das West-Ost-Gefälle in der Zufriedenheit mit dem Zustand der Umwelt sehr ausgeprägt ist.

Betrachtet man die Anteile der mit dem Umweltzustand eher zufriedenen und der eher unzufriedenen Befragten, so hat sich zwischen 1993 und 1995 im Osten der Anteil der Zufriedenen deutlich erhöht (vgl. Tab. 2). Während noch 1993 fast die Hälfte (45%) der Befragten im Osten mit dem Umweltzustand unzufrieden war, so waren es 1995 nur noch 32%, die sich mit dem Umweltzustand eher unzufrieden zeigten. Dennoch bleibt auch in dieser Betrachtungsweise eine Kluft zwischen Ost und West bestehen: Deutlich mehr als die Hälfte – in manchen Altersgruppen sogar zwei Drittel oder drei Viertel der Befragten – sind im Westen mit dem Zustand der Umwelt zufrieden. Dagegen erreicht der Anteil der Zufriedenen im Osten nicht einmal 50%.

Tab. 2: Zufriedenheit mit dem Umweltzustand in West- und Ostdeutschland

	Zufriedenheit ¹ mit dem Umweltzustand											
	„eher zufrieden“						„eher unzufrieden“					
	West			Ost			West			Ost		
	1993	1994	1995	1993	1994	1995	1993	1994	1995	1993	1994	1995
	in %											
Insgesamt	58	71	63	34	48	45	23	13	19	45	32	32
Alter												
18–30jährige	56	68	62	34	44	46	25	16	20	47	35	34
31–44jährige	53	66	60	31	41	44	26	17	22	47	38	35
45–64jährige	58	72	64	32	51	42	22	12	19	45	30	32
über 65jährige	64	76	67	41	55	52	19	9	15	40	24	28
Ortsgröße												
bis 2 000 Einw.	63	82	76	45	58	54	21	7	13	34	25	25
2 000–< 5 000 Einw.	64	73	70	42	53	49	16	9	15	36	22	26
5 000–< 20 000 Einw.	66	77	70	44	53	55	18	11	14	38	26	26
20 000–< 50 000 Einw.	62	74	66	28	44	39	18	11	16	50	34	32
50 000–< 100 000 Einw.	57	73	65	34	48	46	23	13	19	40	38	34
100 000–< 500 000 Einw.	49	62	56	22	36	33	30	17	23	56	44	46
über 500 000	50	61	52	22	35	36	30	20	26	57	42	42

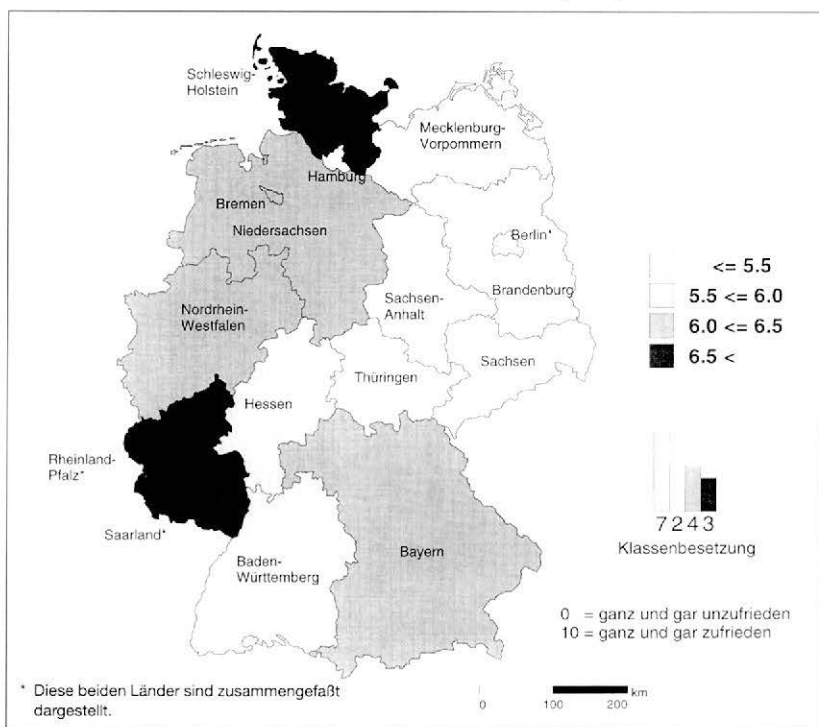
1 Mittelwerte auf der Zufriedenheitsskala von 0 = ganz und gar unzufrieden bis 10 = ganz und gar zufrieden.

Datenbasis: SOEP 1993, 1994, 1995.

Berücksichtigt man die Größe der Wohnorte der Befragten, so ist in Ost- wie auch in Westdeutschland in den Dörfern und in den mittelgroßen Städten (bis 50 000 Einwohner) gleichermaßen die höchste Zufriedenheit mit dem Umweltzustand festzustellen. Die geringste Zufriedenheit mit dem Zustand der Umwelt herrscht in ganz Deutschland in den Städten und Großstädten ab 100 000 Einwohner. Die regionale Differenzierung nach Bundesländern wird in Abb. 3 dargestellt. Es wird hier deutlich, daß in allen neuen Ländern, aber auch im Stadtstaat Hamburg, die ge-

ringste Zufriedenheit mit dem Umweltzustand besteht. Doch auch zwischen den alten Ländern gibt es Unterschiede. So sind die Befragten in Schleswig-Holstein und in Rheinland-Pfalz/Saarland (die beiden letztgenannten Bundesländer wurden in der Datenbasis zusammengefaßt) zufriedener mit dem Zustand der Umwelt als der westliche Durchschnitt (6,2), während in Baden-Württemberg der Wert unter dem Durchschnitt liegt. In den neuen Ländern erreicht das „Küstenland“ Mecklenburg-Vorpommern die höchste Zufriedenheit unter den neuen Ländern. Gemeinsam ist diesen Ländern – zumindest Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern –, daß sie eine relativ geringe Bevölkerungsdichte, einen niedrigen Industrialisierungsgrad und einen niedrigen Verstädterungsgrad aufweisen.

Abb. 3: Zufriedenheit mit dem Zustand der Umwelt (1995)



Datenbasis: SOEP 1995.

Neben dem Alter der Befragten gibt es weitere Merkmale der Befragten, wie z.B. Bildung oder Parteipräferenz, nach denen sich Unterschiede in der Zufriedenheit mit dem Umweltzustand ergeben. Betrachtet man die Ergebnisse der vergangenen Jahre, so waren Personen mit höherer Bildung mit dem Zustand der Umwelt

weniger zufrieden als Personen mit geringer Schulbildung. Im Jahr 1995 waren diese Unterschiede jedoch deutlich geringer als in den Jahren zuvor (vgl. Tab. 3). In der jüngsten Altersgruppe äußerten sich Befragte mit Fachhochschulreife/Abitur sogar etwas zufriedener mit dem Zustand der Umwelt als Befragte mit Volkschulabschluß.

Derartige Effekte werden durch Alterseffekte überlagert, wobei innerhalb der Altersklassen größere Unterschiede feststellbar sind als zwischen den verschiedenen Bildungsabschlüssen. Auch eine Regressionsanalyse ergab, daß das Alter einen etwas größeren Einfluß auf die Umweltzufriedenheit hat als der Bildungsabschluß. Es bleibt jedoch festzuhalten, daß sowohl die Unterschiede in der Zufriedenheit mit dem Umweltschutz zwischen den verschiedenen Bildungsabschlüssen als auch zwischen den Altersgruppen im Laufe der Jahre abgenommen haben. Die Umweltproblematik ist also mittlerweile für Befragte jeden Alters und jeder Bildung relevant geworden. Eine multiple Regression ergab, daß der Einfluß der Befragungsregion (Ost- oder Westdeutschland) auf die Umweltzufriedenheit mit Abstand am größten ist, dicht gefolgt von dem Einfluß der Gemeindegrößengruppe, und erst dahinter rangieren Alter und Bildung der Befragten als Einflußgrößen auf die Umweltzufriedenheit.

Tab. 3: Zufriedenheit¹ mit dem Umweltzustand in verschiedenen Altersgruppen nach Geschlecht, Bildung und Parteipräferenz – Gesamtdeutschland 1995 –

	Zufriedenheit mit dem Umweltzustand			
	Altersgruppen			
	18–30 Jahre	31–44 Jahre	45–64 Jahre	über 65 Jahre
	Ø			
Bildungsabschluß				
Volks- und Hauptschulabschluß	5,8	5,9	5,9	6,3
Realschulabschluß	5,9	5,8	6,1	6,2
Fachhochschulreife/Abitur	6,0	5,7	6,0	6,1
Geschlecht				
Männer	6,1	6,0	6,1	6,3
Frauen	5,8	5,8	5,9	6,2
Parteipräferenz				
CDU	6,0	5,8	5,5	5,9
CSU	6,2	6,4	6,0	6,6
FDP	6,7	6,1	6,5	6,2
SPD	5,5	5,3	5,5	5,9
Bündnis 90/Grüne	5,1	5,2	4,6	5,2
PDS	4,3	4,2	4,6	4,0

1 Mittelwerte auf der Zufriedenheitsskala von 0 = ganz und gar unzufrieden bis 10 = ganz und gar zufrieden.

Datenbasis: SOEP 1993, 1994, 1995.

Deutliche Unterschiede in der Zufriedenheit mit dem Umweltzustand ergeben sich auch nach der Parteipräferenz. Während Anhänger der Regierungsparteien (CDU, CSU, FDP) eher mit dem Zustand der Umwelt zufrieden sind, so sind die Anhänger anderer Parteien weitaus weniger zufrieden (vgl. Tab. 3). Da die Umweltproblematik ein zentrales Anliegen der Partei Bündnis90/Die Grünen ist, erreichen die Befragten mit dieser Parteipräferenz erwartungsgemäß sehr niedrige Werte der Zufriedenheit. Noch unzufriedener sind allerdings die Anhänger der PDS, wobei davon auszugehen ist, daß dies vor allem Befragte aus den neuen Ländern sind, die ohnehin in sämtlichen Lebensbereichen deutlich niedrigere Zufriedenheitswerte erreichen. Neben einer etwas größeren Zufriedenheit mit zunehmendem Alter und einer deutlich größeren Zufriedenheit mit einem geringeren Verstädterungsgrad der Wohngemeinde liefert auch die politische Grundeinstellung einen wesentlichen Beitrag zur Wahrnehmung des Umweltzustandes.

Die geringe Zufriedenheit mit dem Umweltzustand in den neuen Ländern insgesamt ist sicherlich auf die im Vergleich zu Westdeutschland deutlich schlechteren Umweltschutzmaßnahmen in der Industrie, den Kraftwerken und den Haushalten zurückzuführen. Diese „Altlast“ aus DDR-Zeiten beeinträchtigt auch heute noch maßgeblich den Zustand der Umwelt und wird von den Bürgern wahrgenommen. Allerdings scheint sich trotzdem der Zustand der Umwelt für die Bevölkerung in Ostdeutschland seit der Wende spürbar verbessert zu haben. Der deutliche Anstieg der Zufriedenheit mit dem Zustand der Umwelt in den neuen Bundesländern ist ein Prozeß, der vermutlich auch auf Erfolge in der Umweltpolitik zurückzuführen ist.

Allerdings könnte der Anstieg in der Zufriedenheit mit dem Umweltzustand auch darin begründet sein, daß es andere Bereiche gibt, in denen die Probleme größer geworden sind. So kann angenommen werden, daß bei zunehmender Wichtigkeit der Arbeitsmarktsituation den Umweltproblemen eine geringere Aufmerksamkeit geschenkt wird und damit diese Probleme im Vergleich zu anderen Problemen geringer erscheinen.

13.3 Sorgen der Bevölkerung um den Umweltschutz und Beeinträchtigungen durch Umweltprobleme

Mit der Frage „Machen Sie sich um den Schutz der Umwelt große Sorgen, einige Sorgen oder keine Sorgen?“ wurde die Besorgnis der Bevölkerung zu diesem Thema erfragt. Im Gegensatz zur Zufriedenheit mit dem Zustand der Umwelt, die sich auf die gegenwärtige Situation bezieht, zielt diese Frage eher auf die zukünftige Entwicklung in diesem Bereich.

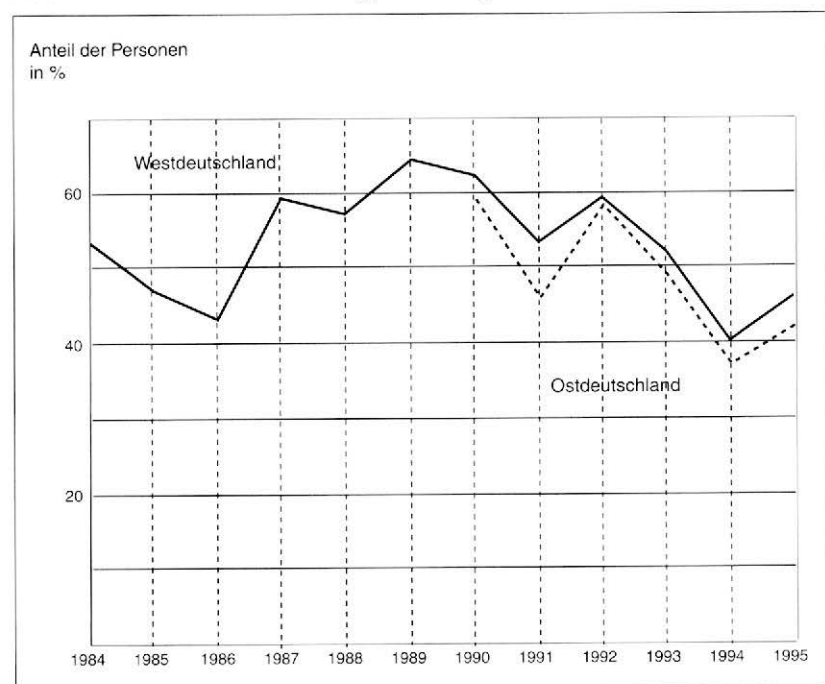
Im Vergleich zu anderen Lebensbereichen nehmen die Sorgen um den Umweltschutz insgesamt einen hohen Stellenwert ein. Übertroffen wird der Lebensbereich

Umwelt, um den sich 44% der Befragten 1995 Sorgen machten, nur noch von Sorgen um die Friedenserhaltung (45%) und Sorgen um die Kriminalität in Deutschland (55%). Diese beiden Bereiche erreichen vor allem im Osten deutlich höhere Werte als im Westen.

Der Anteil derjenigen, die „große Sorgen“ äußerten, schwankte in den vergangenen zehn Jahren zwischen 39% (1994) und 63% (1989) (vgl. Abb. 4). Im Jahr 1994 bestand die höchste Zufriedenheit mit dem Zustand der Umwelt, und es wurden gleichzeitig die geringsten Sorgen bezüglich des Umweltschutzes geäußert. Dagegen gaben in den Jahren von 1987 (dem Folgejahr des Tschernobyl-Unfalls) bis 1989 ca. 60% der Befragten an, sich große Sorgen bezüglich des Umweltschutzes zu machen. Seit der Wiedervereinigung ist jedoch der Anteil derjenigen mit großen Sorgen um den Umweltschutz wieder um fast 20 Prozentpunkte gefallen und liegt 1995 bei 46% im Westen und 42% im Osten.

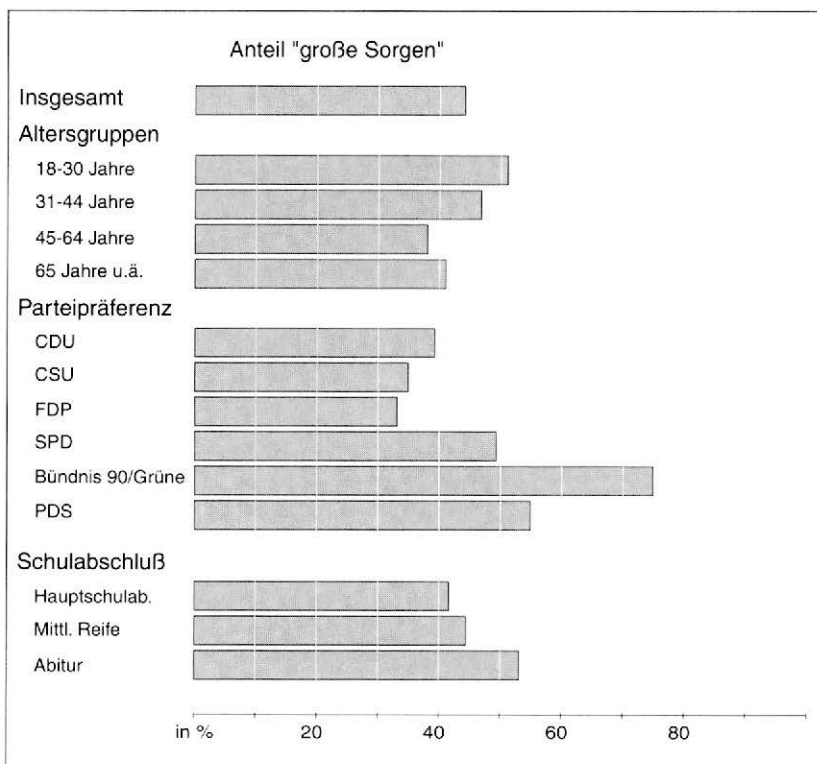
Bei den Sorgen um die Umwelt ergibt sich ein deutlicherer Einfluß des Alters, als dies bei der „Zufriedenheit mit dem Umweltzustand“ der Fall war. Mit zunehmendem Alter sinkt bzw. stagniert der Anteil derjenigen, die sich große Sorgen

Abb. 4: Anteil der Personen mit „großen Sorgen“ um den Umweltschutz



Datenbasis: SOEP 1984 – 1995.

Abb. 5: „Große Sorgen“ um den Umweltschutz bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen 1995



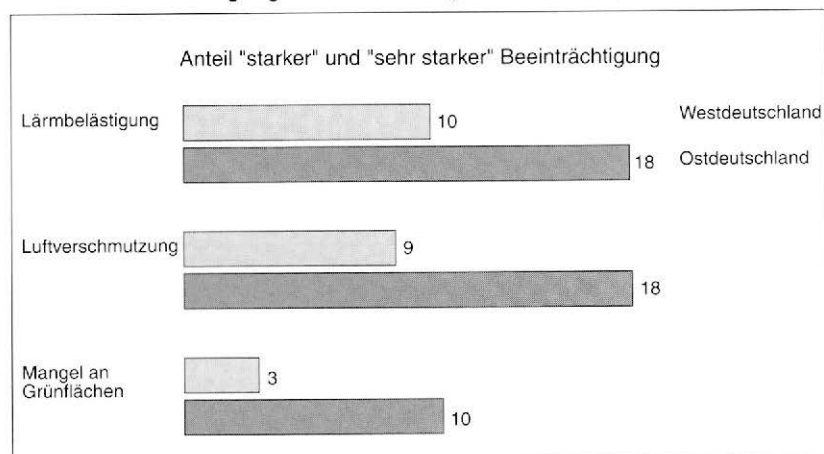
Datenbasis: SOEP 1995.

um den Umweltschutz machen. Berücksichtigt man die Parteipräferenz der Befragten, so zeigt sich (vgl. Abb. 5), daß sich Befragte, die die Regierungsparteien präferieren, am wenigsten Sorgen, Anhänger von Bündnis90/DieGrünen am meisten Sorgen um den Umweltschutz machen. Unterscheidet man die Befragten nach ihren Bildungsabschlüssen, so ergibt sich, daß die Besorgnis um die Umwelt mit höheren Bildungsabschlüssen deutlich zunimmt. Hier entsprechen die Unterschiede zwischen den Bildungsabschlüssen denen der vergangenen Jahre.

Betrachtet man die einzelnen Umweltbereiche, wie z.B. Lärmbelästigung, Luftverschmutzung oder den Mangel an Grünanlagen, in denen sich die Befragten beeinträchtigt fühlen können, so sind erneut große Unterschiede in der Umweltwahrnehmung zwischen Ost und West festzustellen. Seit der deutschen Wiedervereinigung ist der Anteil derjenigen, die im Osten über die einzelnen Umweltprobleme klagen, deutlich zurückgegangen. Dennoch war 1994 in den neuen

Ländern der Anteil derer, die sich durch Lärmbelästigung und Luftverschmutzung „stark“ oder „sehr stark“ beeinträchtigt fühlen, zum Teil doppelt so hoch wie im Westen. Der Anteil derjenigen, die in Ostdeutschland einen Mangel an Grünanlagen in der Nähe ihres Wohngebietes beklagen, war sogar dreimal so hoch (vgl. Abb. 6).

Abb. 6: Beeinträchtigung der Bevölkerung durch Umweltprobleme



Datenbasis: SOEP 1994.

In den alten Bundesländern hat sich über einen längeren Zeitraum die Beurteilung der wohnortnahen Umweltsituation nur wenig verändert. Die beiden größten Probleme stellen 1994 in beiden Teilen Deutschlands Lärmbelästigung und Luftverschmutzung dar. Betrachtet man den Einfluß der Ortsgröße auf die Beurteilung der Umweltsituation, so ist wenig überraschend, daß in Großstädten die meisten Befragten eine „sehr starke“ oder „starke“ Beeinträchtigung in nahezu allen Bereichen der Umwelt äußern (vgl. Tab. 4). Die Anteile derjenigen, die über Lärmbelästigung klagen, sind in großen Städten doppelt so hoch wie in Dörfern. Allerdings fällt auf, daß bei den Klagen über Lärmbelästigung im Osten die höchsten Werte in kleinen und mittelgroßen Städten erreicht werden. Aus Studien über die Quellen der Lärmbelästigung ist bekannt, daß Verkehrslärm von der Mehrheit der Bevölkerung als Hauptquelle der Belästigung angesehen wird. Daher könnten diese hohen Beeinträchtigungen durch Lärm in kleinen Gemeinden darauf zurückzuführen sein, daß die gestiegene Motorisierung und der damit verbundene Verkehrslärm in den ländlichen Regionen als eine besonders negative Entwicklung wahrgenommen werden.

Was die Beeinträchtigung durch Luftverschmutzungen angeht, so liegt der niedrigste Anteil im Osten bei 11% der Befragten, die sich dadurch beeinträchtigt fühlen und reicht bis zu 30%. Dagegen erreichen die Anteile der Befragten im Westen

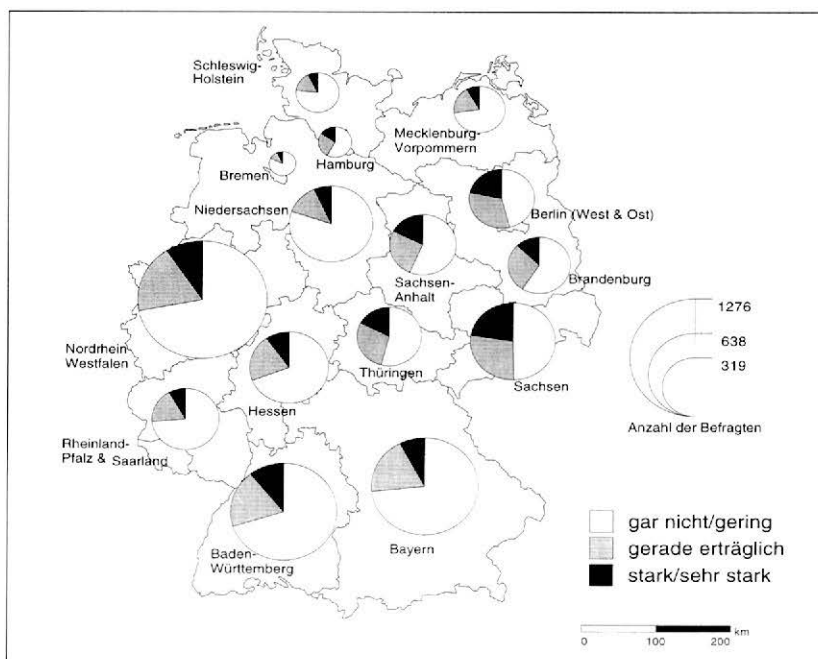
Tab. 4: Beeinträchtigungen durch Umweltprobleme in West- und Ostdeutschland¹ in verschiedenen Gemeindegrößenklassen

	„Sehr starke“, „starke“ Beeinträchtigung						
	unter 2 000	2 000 -< 5 000	5 000 -< 20 000	20 000 -< 50 000	50 000 -< 100 000	100 000 -< 500 000	500 000 und mehr
	in %						
Westdeutschland							
Lärmbelästigung	8	10	8	8	11	9	14
Luftverschmutzung	2	7	5	9	7	9	13
Mangel an Grünfläche	0	0	1	2	4	4	6
Ostdeutschland							
Lärmbelästigung	10	29	17	20	22	18	20
Luftverschmutzung	11	18	15	19	15	22	30
Mangel an Grünfläche	3	8	8	15	9	14	18

¹ Beantworter/in des Haushaltsfragebogens.

Datenbasis: SOEP 1994.

Abb. 7: Beeinträchtigungen durch Luftverunreinigungen (1995)



Datenbasis: SOEP 1995.

Tab. 5: Anteil „sehr starker“ und „starker“ Beeinträchtigung durch Umweltprobleme¹ in Gesamtdeutschland

	Umwelt-Klagen		
	Lärmbelästigung	Luftverschmutzung	Mangel an Grünfläche
	in %		
Alter			
18–30 Jahre	8,2	9,4	5,4
31–44 Jahre	11,9	12,3	5,4
45–64 Jahre	12,5	10,9	3,5
über 65 Jahre	10,4	7,6	3,8
Schulabschluß			
Volks- und Hauptschule	11,7	10,1	3,4
Realschule	10,7	9,1	4,8
Fachhochschule/Abitur	11,3	11,4	5,1
Parteipräferenz			
CDU	9,0	6,8	2,1
CSU	9,5	8,6	2,0
FDP	11,2	5,5	1,0
SPD	11,7	10,0	3,0
Bündnis 90/Grüne	17,3	21,6	8,4
PDS	15,4	20,1	8,9

1 Beantworter/in des Haushaltsfragebogens.

Datenbasis: SOEP 1994.

selbst in den Städten nur 13%. Bereits in den kleinen und mittelgroßen Gemeinden im Osten wird eine stärkere Beeinträchtigung durch Luftverunreinigungen wahrgenommen als in den größten Städten im Westen. Eine Betrachtung auf der Ebene der Bundesländer zeigt, daß die Länder, in denen die großen Ballungsräume liegen, die höchsten Anteile an Befragten aufweisen, die sich durch Luftverschmutzungen beeinträchtigt fühlen (vgl. Abb. 7). So gibt mehr als die Hälfte der Befragten in Berlin und in Sachsen an, daß sie von Luftverschmutzungen beeinträchtigt sei. Dagegen sind die Gebiete mit einer niedrigen Bevölkerungsdichte (im Osten unter 100 Einwohnern/km² und im Westen unter 200 Einwohnern/km²) und einem niedrigen Verstärkerungs- und Industrialisierungsgrad diejenigen, in denen sich die Menschen am wenigsten durch Luftverschmutzung beeinträchtigt fühlen.

Der Mangel an zugänglichen Grünflächen oder freier Natur ist ein Umweltproblem, das auch in deutlich verstärktem Maße im Osten wahrgenommen wird. Während sich maximal 6% der Westdeutschen in den Großstädten dadurch beeinträchtigt fühlen, geben fast 18% der Ostdeutschen in den Großstädten an, sich durch einen Mangel an Grünflächen „stark“ oder „sehr stark“ beeinträchtigt zu fühlen.

Betrachtet man die Beeinträchtigungen nach dem Alter der Befragten, so zeigt sich, daß in nahezu allen Bereichen mit höherem Alter eine zunehmende Zufriedenheit mit der Umwelt und abnehmende Klagen und Sorgen einhergehen (vgl.

Tab. 5). Eine Ausnahme bilden allerdings Klagen über Lärmbelästigung, die mit zunehmendem Alter eher ansteigen.

Die Parteipräferenz der Befragten beeinflusst offensichtlich nicht nur die Zufriedenheit mit dem Umweltzustand und die Sorgen um den Umweltschutz, sondern auch die unmittelbar wahrgenommene Beeinträchtigung durch Umweltprobleme (vgl. Tab. 5). So steigt der Anteil derjenigen, die sich durch Lärm beeinträchtigt fühlen, von 9% der CDU-Anhänger auf 15% der PDS-Anhänger und sogar auf 17% der Bündnis90/Die Grünen-Anhänger. Die Beeinträchtigung durch Luftverschmutzung steigt von 6% bis 7% (CDU und FDP) auf 20% (PDS) und erreicht sogar 22% der Befragten (Bündnis90/Die Grünen). Bezüglich der relativ hohen Werte bei PDS-Anhängern muß natürlich berücksichtigt werden, daß die Befragten aus den neuen Ländern grundsätzlich mit der Umweltsituation unzufriedener waren als Befragte aus den alten Ländern.

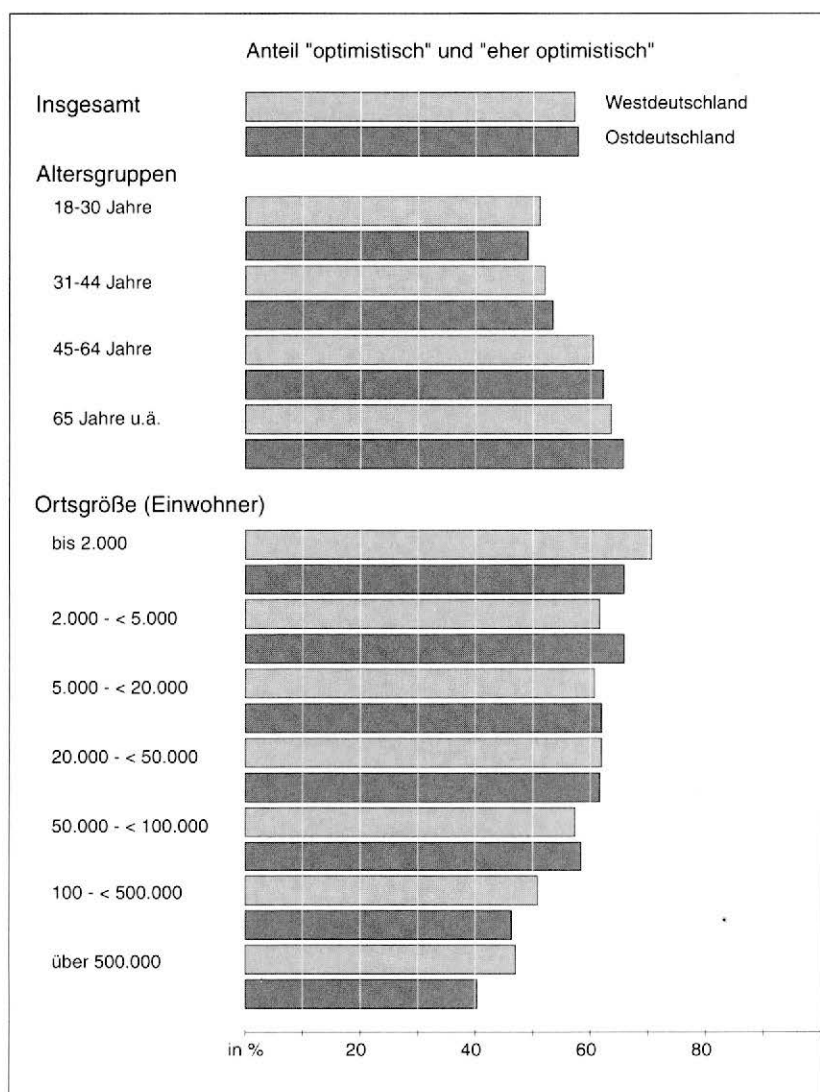
13.4 Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der Umweltsituation

Obwohl deutliche Unterschiede in der Umweltzufriedenheit und in der Wahrnehmung der Umweltprobleme zwischen den Befragten in Ost- und Westdeutschland vorhanden waren, zeigt sich in den Erwartungen an die zukünftige Entwicklung der Umweltsituation eine „bundesdeutsche Einigkeit“ (vgl. Abb. 8).

Eine deutliche Mehrheit der Befragten (ca. 57 bis 58%) beurteilte die „Entwicklung der Umweltsituation für die nächsten Jahre hier in der Region“ „eher optimistisch“/ „optimistisch“. Unter den 18-30jährigen ist der Zukunftsoptimismus etwas verhaltener, mit 51% der Befragten im Westen und 49% im Osten äußert sich 1995 nur noch die Hälfte diesbezüglich optimistisch, wohingegen zwei Drittel der über 65jährigen die Umweltsituation in den nächsten Jahren optimistisch einschätzen. Auch bei dieser Fragestellung zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Ortsgrößen. Während sich die – ohnehin mit dem Umweltzustand zufriedeneren – Bewohner/innen der kleinen Orte weiterhin optimistisch bezüglich der Entwicklung der Umweltsituation in ihrer Region äußern, erwarten die Großstadtbewohner/innen im Osten nur zu 40% Verbesserungen bezüglich der Entwicklung der Umwelt in ihrer Umgebung. Diese Einschätzung könnte auf eine gewisse Resignation der Stadtbewohner/innen hinsichtlich des Erfolges von Umweltmaßnahmen hindeuten.

In der Einschätzung der Bundesbürger nimmt der Umweltschutz unter den „öffentlichen“ Lebensbereichen immer noch einen hohen Stellenwert ein, hat jedoch in der Gesamteinschätzung an Wichtigkeit verloren. Die Sorgen der deutschen Bevölkerung um ihre Umwelt und die Zufriedenheit mit den praktizierten Umweltschutzmaßnahmen unterlagen in der jüngsten Zeit großen Schwankungen. Während ein Anstieg in den Umweltsorgen und in der Unzufriedenheit mit der Umwelt-

Abb. 8: Optimistische Einschätzung der Entwicklung im Umweltbereich



Datenbasis: SOEP 1995.

situation wahrscheinlich durch Umweltereignisse, wie z.B. dem Tschernobyl-Unfall, ausgelöst wird, sind für die abnehmenden Sorgen im Umweltbereich vermutlich die zunehmenden Probleme und Sorgen in anderen Bereichen, wie z.B. der

Kriminalität oder der Arbeitsmarktsituation, mitverantwortlich. Bezüglich der wahrgenommenen Umweltbeeinträchtigungen bleibt ein deutliches Ost-West-Gefälle erhalten. Hier haben zwar die eingeleiteten Maßnahmen Erfolge gezeigt, jedoch besteht auch weiterhin Handlungsbedarf. Der größte Teil der Befragten beurteilt die Entwicklung der Umweltsituation in der Region seines/ihrer Wohnortes eher optimistisch, jedoch in den Städten und Großstädten – besonders im Osten – ist der Zukunftsoptimismus eher verhalten, so daß besonders dort weitere Maßnahmen im Umweltschutz erforderlich sind.

(Caroline Kramer)

D Sozialstruktur

14 Zuwanderer in Westdeutschland

Über die soziale und ökonomische Lage von Zuwanderern, die nach Inkrafttreten des „Rückkehrförderungsgesetzes“ für „Gastarbeiter“ 1983 und verstärkt seit Beginn der „Einwanderungswelle“ im Jahre 1988 nach Deutschland gekommen sind, ist wenig bekannt. Zum einen handelt es sich bei diesen Zuwanderern um eine relativ kleine Gruppe, die in repräsentativen Bevölkerungsstichproben in der Regel nur mit kleinen Fallzahlen vertreten ist. Zum zweiten stellen „Aussiedler“ fast 40% dieser Zuwanderer; da diese in der Regel einen deutschen Paß erhalten, können sie von der amtlichen Statistik nicht ohne weiteres als Zuwanderer identifiziert werden.

Im Jahre 1995 betrug der Anteil der Personen in Haushalten mit Zuwanderern (seit 1984) an der gesamten Wohnbevölkerung in Deutschland rund 5%. Betrachtet man nur Westdeutschland, so sind auch „Übersiedler“ aus der DDR eine wichtige „Zuwanderergruppe“; ebenso „Ost-West-Umzieher“, die ihren Wohnsitz nach der Wiedervereinigung nach Westdeutschland verlegt haben. Auch diese Ost-West-Mobilität wird von der amtlichen Statistik unbefriedigend erfaßt. Alle Zuwanderer, einschließlich der Personen aus der DDR bzw. Ostdeutschland, die seit 1984 nach Westdeutschland gekommen sind, machen etwa 8% der westdeutschen Bevölkerung aus. Dieser Anteil ist somit größer als der Anteil der „klassischen“ Gastarbeiter und ihrer Familien; diese stellen etwa 5% der westdeutschen Wohnbevölkerung (vgl. Teil II, Kap. 15).

Mit der „Zuwanderer-Stichprobe“ des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) kann die „statistische Lücke“ in bezug auf Zuwanderer zum Teil geschlossen werden. Im SOEP ist es kein Problem, den „Zuwanderungsstatus“ der Befragten zu erheben. Auf diese Weise werden Aussiedler und andere Zuwanderer-Gruppen erfaßt. Die Zuwanderer-Stichprobe des SOEP enthält über 500 Befragungshaushalte mit rund 1 600 Personen, von denen über 1 000 als Erwachsene befragt werden. Mit der bereits im Jahre 1984 begonnenen „Ausländer-Stichprobe“ des SOEP, die Haushalte aus den Anwerbeländern Italien, Griechenland, Jugoslawien, Spanien und der Türkei umfaßt, können Zuwanderer identifiziert werden, die im Zuge des „Familiennachzugs“ seit 1984 nach Westdeutschland gekommen sind. Im folgenden werden nur Zuwanderer nach Westdeutschland betrachtet, da der Zuwandereranteil in Ostdeutschland vernachlässigbar gering ist. Untersucht werden Zuwanderer, die seit 1984 nach Westdeutschland gekommen sind; von denen sind rund drei Viertel jedoch erst nach 1988 zugewandert. Dabei werden verschiedene Gruppen unterschieden:

- Übersiedler aus der DDR nach Westdeutschland (bis Juni 1990);
- Ost-West-Umzieher nach dem Juni 1990;
- Aussiedler aus Ost-Europa;
- Asylbewerber und Flüchtlinge; dazu zählen Asylbewerber, Asylberechtigte und deren Angehörige, Kontingentflüchtlinge, de-facto-Flüchtlinge und heimatlose Ausländer;
- Zuwanderer aus den klassischen Anwerbeländern einschließlich Familiennachzug in bereits in Deutschland bestehende Haushalte; dazu gehören auch Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien.
- Sonstige Zuwanderer; diese sehr heterogene Gruppe wird in den Tabellen nur „nachrichtlich“ ausgewiesen und nicht weiter interpretiert.

Betrachtet werden nur Zuwanderer, die in Privathaushalten leben. Asylbewerber und Flüchtlinge, die in Heimen leben, sind nicht enthalten. Man kann die Zuwanderergruppe dadurch charakterisieren, daß es sich um diejenigen handelt, die die Absicht haben, längerfristig in Deutschland zu bleiben und deswegen in Privathaushalte gezogen sind. Die Ausnahme können Kriegsflüchtlinge aus Ex-Jugoslawien sein, die in Privathaushalte von Familienangehörigen gezogen sind und gleichwohl nur vorübergehend bleiben wollen.

14.1 Charakterisierung der Zuwanderergruppen

Bei den Asylbewerbern/Flüchtlingen handelt es sich in erster Linie um Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien (40%); hinzu kommen Personen aus Polen (10%) und der ehemaligen Sowjetunion (10%). Der Rest verteilt sich – in der SOEP-Stichprobe – im wesentlichen auf den Irak, Iran, Vietnam, Eritrea und Angola. Insofern wird mit dieser Population offensichtlich nicht das typische Asylbewerber-Spektrum abgedeckt, da es sich nur um die „erfolgreichen“ Asylbewerber bzw. asylberechtigten Flüchtlinge handelt, die bereits in privaten Haushalten leben.

Die Heterogenität zwischen den verschiedenen Zuwanderergruppen zeigt sich beim Vergleich der Rückkehrabsichten ins Heimatland: „Ganz sicher“ zurück will kein einziger der Aussiedler und nur ein Anteil von 4% der Übersiedler. Höher sind die Anteile bei Zuwanderern aus den Anwerbeländern mit rund 30% sowie bei Asylbewerbern/Flüchtlingen bzw. sonstigen Zuwanderern, bei denen jeder sechste bzw. jeder fünfte ganz sicher zurückkehren will.

Bei der Frage nach deutschen Sprach- und Schreibkenntnissen wird deutlich, daß lediglich 6% der Aussiedler „schlecht“ oder „gar nicht“ deutsch sprechen können. Dieser Anteil ist vergleichbar mit dem sonstiger Zuwanderer, jedoch deutlich niedriger als bei Asylbewerbern/Flüchtlingen mit knapp einem Drittel und rund 13% bei den aus den Anwerbeländern zugewanderten Personen. Umgekehrt gibt

fast ein Drittel der Asylbewerber/Flüchtlinge an, „sehr gut“ oder „gut“ deutsch sprechen zu können; bei den Aussiedlern sind es 60%. Eine genauere Analyse der Sprachkenntnisse von Aussiedlern nach dem Herkunftsland zeigt, daß es insbesondere Aussiedler aus Rumänien sind, die nach eigener Einschätzung „(sehr) gut“ Deutsch sprechen (rund 90%), während dieser Anteil bei Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion und Polen mit rund 50% deutlich kleiner ist.

Im folgenden werden die einzelnen Zuwanderergruppen mit der „Bestandsbevölkerung“ verglichen, die bereits im Jahre 1984 in Deutschland lebte. Diese Bestandsbevölkerung wird nach Haushalten mit deutschem Haushaltsvorstand in West- und Ostdeutschland unterschieden; hinzu kommen Haushalte mit ausländischem Haushaltsvorstand aus den „Hauptanwerbeländern“, aus Italien, Griechenland, dem ehemaligen Jugoslawien, Spanien und der Türkei.

Analysiert wird eine Reihe von Indikatoren, die für vier unterschiedliche Populationen errechnet werden: alle Personen in privaten Haushalten; erwachsene Personen ab 16 Jahre; 16- bis 65jährige Personen, die gewissermaßen die „aktive Bevölkerung“ abgrenzen, sowie alle privaten Haushalte. Haushalte der „Bestandsbevölkerung“ umfassen Haushalte ohne jeden Zuwanderer. Hingegen können in Zuwanderer-Haushalten auch Personen enthalten sein, die selbst nicht zugewandert sind. Im Rahmen der folgenden Analysen werden diese Personen jedoch als Zuwanderer behandelt und derjenigen Subgruppe zugewiesen, der die tatsächlichen Zuwanderer im Haushalt angehören.

14.2 Demographische Indikatoren

Tabelle 1 zeigt im oberen Teil ausgewählte Indikatoren für alle Personen in privaten Haushalten. Bei Zuwanderern handelt es sich erwartungsgemäß um eine überdurchschnittlich junge Population. Dabei fallen mit einem Durchschnittsalter von 24 Jahren „Familiennachzieher“ aus Anwerbeländern und mit einem Alter von 27 Jahren Asylbewerber/Flüchtlinge besonders ins Auge. Insgesamt ist die Zuwandererpopulation mit durchschnittlich weniger als 30 Jahren um etwa 10 Jahre jünger als der Bestand an Deutschen und um etwa 5 Jahre jünger als der Ausländerbestand in Westdeutschland.

Das niedrige Durchschnittsalter bedeutet nicht, daß keine alten Menschen zuwandern: Bei Übersiedlern bis Juni 1990, Aussiedlern und Asylbewerbern/Flüchtlingen beträgt der Anteil 66jähriger und Älterer etwa 4%; dies ist aber nur ein Viertel dessen, was im deutschen Bevölkerungsbestand beobachtet wird. Lediglich aus den Anwerbeländern wandern im Rahmen des Familiennachzuges nur wenige Ältere zu. Einen Unterschied in der Altersstruktur von Zuwanderern und dem Bevölkerungsbestand findet man bei den unter 40jährigen; diese machen bei den Zuwanderern mehr als 70% aus, während ihr Anteil im Bevölkerungsbestand (gleichermaßen bei Deutschen und Ausländern) nur etwas über 50% beträgt.

Tab. 1: Bevölkerung, Zuwanderer und demographische Indikatoren

	Bestandsbevölkerung			Haushalte mit Zuwanderern seit 1984						Insgesamt
	Deutsche	Ausländer West	Deutsche Ost	Übersiedler bis Juni 1990	Ost-West-Wanderer ab Juli 1990	Aussiedler	Asylbewerber/Flüchtlinge	Zuwanderer aus Anwerbeländern	Sonstige Zuwanderer	
Alle Personen in privaten Haushalten										
Alter (Ø)	40,6	34,3	38,8	29,4	28,1	29,6	27,0	24,7	28,3	38,3
Altersklassen (in %)										
bis 16 Jahre	19	22	21	30	26	33	36	32	28	21
17–40 Jahre	33	36	35	47	53	38	44	51	46	35
41–65 Jahre	30	38	31	19	20	25	(16)	17	23	30
66 und älter	17	4	14	(4)	(1)	(4)	(4)	(0)	(3)	15
Private Haushalte										
Haushaltsgröße in Personen (Ø)	2,2	2,8	2,3	2,8	2,4	3,5	3,7	3,5	2,6	2,3
Haushaltstypologie (in %)										
Ein-Personen-Haushalte	36	19	28	25	22	(7)	(4)	(3)	24	32
Paare ohne Kinder	28	29	27	(17)	36	19	(26)	23	21	27
Alleinerziehende	6	5	6	(2)	(1)	(6)	(10)	(3)	(5)	6
Paare mit Kindern unter 16 Jahren	19	30	26	46	31	50	(44)	58	36	22
Paar mit Kindern über 16 Jahre	8	15	9	(10)	(6)	14	(6)	(7)	(10)	9
Mehr-Generationen-Haushalte	1	2	1	(2)	–	(4)	(7)	(7)	(1)	1
Sonstige Haushalte	2	2	4	–	(4)	(1)	(4)	(0)	(3)	2

(): Fallzahl < 30; –: kein Nachweis.

Datenbasis: SOEP 1995.

Im unteren Teil von Tabelle 1 sind Indikatoren zur Struktur der privaten Haushalte in Deutschland dargestellt. Die durchschnittliche Haushaltsgröße beträgt 2,3 Personen, was den Werten der Bestandsbevölkerung in Ostdeutschland entspricht. Haushalte mit deutschem Haushaltsvorstand in der westdeutschen Bestandsbevölkerung sind mit 2,2 Personen die kleinsten beobachteten Haushalte. Alle Zuwanderergruppen leben in größeren Haushalten, wobei allerdings Ost-West-Umzieher nach oben nicht signifikant vom Durchschnitt abweichen. Die ausländische Bestandsbevölkerung weist mit 2,8 Personen im Durchschnitt bereits eine größere Nähe zum „typischen deutschen Haushalt“ auf als Aussiedler, Zuwanderer aus den Anwerbeländern und Asylbewerber/Flüchtlinge, die in Haushalten mit durchschnittlich 3,5 und 3,7 Personen leben. Hier wird deutlich, daß diese Zuwanderergruppen oft im Haushaltsverband gewandert sind; außerdem bietet das Leben in großen Haushalten wirtschaftliche Vorteile, die sich einkommensschwache Zuwanderer zunutze machen können.

Darüber hinaus fällt auf, daß etwa ein Drittel aller Haushalte in Deutschland Ein-Personen-Haushalte sind. Wiederum weicht die deutsche Bestandsbevölkerung in

West- und Ostdeutschland nur wenig von diesem Durchschnittswert ab: Der Anteil ist in Westdeutschland etwas höher und in Ostdeutschland etwas niedriger. Im Einklang mit dem niedrigeren Durchschnittsalter gibt es weniger verwitwete Personen bei den Zuwanderern, wodurch der Anteil der Ein-Personen-Haushalte geringer ausfällt. Wie bereits die durchschnittliche Haushaltsgröße erwarten ließ, ist dieser Wert für Aussiedler, Asylbewerber/Flüchtlinge und für aus den Anwerbeländern Zugewanderte unterdurchschnittlich. Umgekehrt ist der Anteil der Mehr-Generationen-Haushalte mit 4% bis 7% bei diesen drei Subgruppen überdurchschnittlich hoch, was als Beleg für die größere Bedeutung des Familienverbandes in diesen Bevölkerungsgruppen gewertet werden kann.

14.3 Wohnsituation und Wohnkosten

Wohnen ist ein Grundbedürfnis; insofern kommt der Wohnsituation auch eine zentrale Bedeutung für das Verhalten und Wohlbefinden der Menschen zu. Die durchschnittliche Wohnfläche aller privaten Haushalte in Deutschland beträgt etwa 86 Quadratmeter (vgl. Tab. 2). Deutlich über dem Durchschnitt liegen die Haushalte der deutschen Bestandsbevölkerung in Westdeutschland (92 Quadratmeter); dies ist u.a. mit dem höheren Eigentümeranteil in dieser Gruppe zu erklären (vgl. auch Teil II, Kap. 11). Entsprechend gestaltet sich auch die Verteilung der Zahl der Wohnräume.

Beide Indikatoren sind jedoch ohne Bezug auf die Zahl der jeweils in der Wohnung lebenden Haushaltsmitglieder nur eingeschränkt aussagefähig. Daher wird zusätzlich als „Wohnraumunterversorgung“ eine Situation bezeichnet, in der in einem Haushalt weniger als ein Wohnraum pro Person zur Verfügung steht. Darauf bezogen wird deutlich, daß über zwei Drittel der Asylbewerber/Flüchtlinge unterversorgt sind, während dies für den Bevölkerungsdurchschnitt etwa 17% sind. In der westdeutschen Bestandsbevölkerung sind etwas über 10% unterversorgt, in Ostdeutschland über 20% und im Ausländer-Bevölkerungsbestand in Westdeutschland über ein Drittel. Während Übersiedler und Ost-West-Umzieher ihre Einkommensposition – im Vergleich zu den in Ostdeutschland Gebliebenen – durch den Umzug nach Westen deutlich verbessern können, trifft dies bei der Wohnraumversorgung nur bedingt zu; beide Gruppen weisen fast so hohe Unterversorgungsquoten auf wie die ostdeutsche Bestandsbevölkerung. Aussiedler, Asylbewerber/Flüchtlinge und Zuwanderer aus den Anwerbeländern liegen mit Unterversorgungsquoten von rund 50% bis fast 80% noch weit über dem Ausländer-Bevölkerungsbestand in Westdeutschland.

Diese deutlich schlechtere Wohnflächenversorgung schlägt sich auch in der Bewertung der Wohnungsgröße nieder: Insbesondere Aussiedler, Zuwanderer aus den Anwerbeländern bzw. Asylbewerber/Flüchtlinge schätzen ihre Wohnung zu 34%, 38% bzw. 44% als „zu klein“ ein; im gesamten Bundesdurchschnitt sind es 18%.

Tab. 2: Wohnen und Wohnkosten

	Bestandsbevölkerung			Haushalte mit Zuwanderern seit 1984					Insgesamt	
	Deutsche	Ausländer West	Deutsche Ost	Übersiedler bis Juni 1990	Ost-West-Wanderer ab Juli 1990	Aus-siedler	Asyl-be-werber/ Flücht-linge	Zuwan-derer aus Anwerbe-ländern		Sonstige Zu-wanderer
Private Haushalte										
Wohnfläche in m ² (Ø)	92	79	69	82	78	79	66	70	68	86
Zahl der Wohnräume über 6 m ² (Ø)	3,6	3,2	3,1	3,3	2,9	3,1	2,6	2,8	3,4	3,5
Bruttokaltmiete (Ø in DM/m ²)	9,89	10,31	7,57	10,20	12,25	9,78	10,91	11,09	10,62	9,49
Bruttokaltmiete in % des Haushaltsnetto-einkommens	24,6	23,8	18,4	23,8	25,8	24,3	30,8	22,4	26,4	23,2
Einschätzung der Wohnungsgröße (in %)										
zu klein	16	25	22	23	19	34	(44)	38	32	18
angemessen	73	64	70	69	73	64	(56)	60	65	71
zu groß	12	11	9	(8)	(9)	(2)	–	(2)	(3)	11
Selbstnutzende Eigentümer (in %)	45	24	27	11	(7)	8	–	9	26	38
Sozialer Wohnungsbau (in %)	13	16	7	25	(7)	41	(40)	17	13	13
Alle Personen in privaten Haushalten										
Wohnraumunterversorgung (weniger als ein Wohnraum pro Kopf; in %)	12	35	21	20	17	52	77	62	23	17

(): Fallzahl < 30; –: kein Nachweis.

Datenbasis: SOEP 1995.

Der westdeutsche Wohnungsmarkt benachteiligt mobile Personen, da neu abgeschlossene Mietverträge im allgemeinen eine höhere Bruttokaltmiete aufweisen als länger bestehende Mietverträge. Insofern ist es nicht überraschend, daß fast alle Zuwanderergruppen – allein aufgrund der relativ kurzen Wohndauer – überdurchschnittliche Bruttokaltmieten zahlen müssen (über 10 DM pro Quadratmeter), obwohl sie überdurchschnittlich häufig in den tendenziell preiswerteren Wohnungen des Sozialen Wohnungsbaus leben. Lediglich Aussiedler zahlen eine ähnlich niedrige Miete wie die westdeutsche Bestandsbevölkerung; auch in der räumlichen Verteilung unterscheiden sich diese beiden Gruppen nur wenig.

Insgesamt schwanken die durchschnittlichen Bruttokaltmieten (mit Ausnahme der Mieten in Ostdeutschland) nur geringfügig; dies gilt überraschenderweise auch für die Mietbelastungsquoten, gemessen als Anteil der Bruttokaltmiete am gesamten Haushaltsnettoeinkommen (vgl. auch Teil II, Kap. 11). Insgesamt beträgt diese Belastungsquote etwa 23%; der Durchschnitt wird von der vergleichsweise niedrigen Quote von 18% in Ostdeutschland beeinflusst. In deutschen Bestandshaus-

halten in Westdeutschland beträgt die Mietbelastungsquote knapp ein Viertel des Haushaltsnettoeinkommens; die Werte sind für die ausländische Bestandsbevölkerung sowie für Übersiedler, Ost-West-Umzieher und Aussiedler ähnlich hoch. Überdurchschnittliche Belastungsquoten werden aufgrund der schlechten Einkommensposition für Asylbewerber/Flüchtlinge mit über 30% beobachtet.

Wenig überraschend ist der niedrige Anteil der Zuwanderer, die in selbstgenutztem Wohneigentum leben. Die seit langem in der Bundesrepublik lebende Ausländerbevölkerung hat hingegen im Rahmen ihrer Integrationsbemühungen diesen Anteil schon fast auf das ostdeutsche Niveau von etwa einem Viertel anheben können. Umgekehrt profitieren etwa 40% der zur Miete wohnenden Aussiedler- und Asylbewerber-/Flüchtlingshaushalte vom Sozialen Wohnungsbau; im Durchschnitt aller Haushalte beträgt dieser Anteil etwa 13%.

Unter Berücksichtigung der zugleich höheren Wohngeldbezugsquote der Zuwanderer (bei Aussiedlern 24%, bei Asylbewerbern 34%) zeigt sich im Vergleich zur Bestandspopulation eine deutliche Schlechterstellung von Zuwanderern bei der Wohnsituation.

14.4 Qualifikationsniveau

Nicht nur für die kurzfristige Arbeitsmarktintegration, sondern auch für die langfristige gesellschaftliche Integration der Zuwanderer selbst und ihrer Kinder spielt das Qualifikationsniveau (Schul- und Ausbildungsabschluß) eine große Rolle (vgl. Tab. 3). Während in der Gesamtbevölkerung etwa 6% keinen Schulabschluß aufweisen, ist dieser Anteil bei der ausländischen Bestandsbevölkerung in Westdeutschland und bei den Zuwanderern aus den Anwerbeländern mit etwa einem Viertel sehr hoch; keine andere Gruppe erreicht diesen hohen Anteil von Erwachsenen ohne Schulabschluß. Auch bei Aussiedlern und Asylbewerbern/Flüchtlingen ist dieser Anteil mit 17% beachtlich hoch; den niedrigsten Wert weisen Ostdeutsche auf; dies gilt sowohl für die Bestandsbevölkerung als auch für die vom Osten nach Westen Mobilien.

Anders stellt sich die Situation für den höchsten Schulabschluß (Fachhochschulreife, Abitur und ähnliche Abschlüsse) dar. Etwa ein Fünftel der Gesamtbevölkerung hat einen derartigen Schulabschluß. Den niedrigsten Anteil weist die Gruppe der Zuwanderer aus den Anwerbeländern mit weniger als 10% auf. Ebenfalls unterdurchschnittliche Anteile finden sich in der ausländischen Bestandsbevölkerung in Westdeutschland sowie bei Übersiedlern aus der DDR, gefolgt von Ostdeutschen und Aussiedlern. Mit etwa einem Fünftel haben Asylbewerber/Flüchtlinge hingegen einen überraschend hohen Anteil an Personen mit höherem Schulabschluß, der dem in der Bestandsbevölkerung praktisch entspricht.

Tab. 3: Schul- und Berufsqualifikationsniveau

	Bestandsbevölkerung			Haushalte mit Zuwanderern seit 1984						Insgesamt
	Deutsche West	Ausländer West	Deutsche Ost	Übersiedler bis Juni 1990	Ost-West-Wanderer ab Juli 1990	Aus-siedler	Asyl/be-werber/ Flücht-linge	Zuwan-derer aus Anwerbe-ländern	Sonstige Zu-wanderer	
	in %									
Schulabschluß										
Kein Abschluß	4	25	3	(6)	(1)	13	(17)	22	(8)	6
Mittlerer Abschluß	73	61	81	80	78	70	64	70	64	74
Fachhochschul-reife/Abitur	23	14	16	14	21	17	(19)	8	28	21
Berufsabschluß										
Kein Abschluß	24	55	12	19	10	41	53	61	19	24
Mittlerer Abschluß	63	36	79	73	79	45	(28)	35	59	64
Fachhoch-/Hoch-schulabschluß	13	8	10	(8)	11	14	(19)	(4)	23	12

(): Fallzahl < 30; -: kein Nachweis.

Datenbasis: SOEP 1995.

Die Polarität im Qualifikationsniveau von Asylbewerbern/Flüchtlingen wird noch deutlicher, wenn man den Anteil derjenigen betrachtet, die einen Fachhochschul- bzw. Universitätsabschluß haben. In der Gesamtbevölkerung beträgt dieser Anteil etwa 12%. Die niedrigsten Anteile weisen die ausländische Bestandsbevölkerung in Westdeutschland und Zuwanderer aus den Anwerbeländern sowie Ostdeutsche auf. Mit 14% ist der Anteil bei Aussiedlern überdurchschnittlich hoch, während der Wert bei Asylbewerbern/Flüchtlingen mit knapp 20% ungewöhnlich hoch ist.

14.5 Arbeitsmarktintegration

Internationale Erfahrungen zeigen, daß Zuwanderer jung und in hohem Maße erwerbswillig sind; insofern sind Vollzeiterwerbsquoten von über 63% für Übersiedler und über 70% für Ost-West-Umzieher zu erwarten gewesen, während entsprechende Quoten von 44% für Aussiedler und nur 27% für Asylbewerber/Flüchtlinge außergewöhnlich niedrig sind.

Für Asylbewerber/Flüchtlinge ist die Integration in den westdeutschen Arbeitsmarkt besonders schwierig, da dieser Zuwanderergruppe nur nachrangig eine Arbeitserlaubnis gewährt wird. Deswegen ist es nicht überraschend, daß etwa ein Fünftel der Asylbewerber/Flüchtlinge „geringfügig beschäftigt“ ist; hier dürften zum Teil „schattenwirtschaftliche Aktivitäten“ eine Rolle spielen, für die faktisch keine Arbeitserlaubnis notwendig ist. Umgekehrt zeigt dies, daß Asylbewerber/

Tab. 4: Arbeitsmarkt und Erwerbseinkommen

	Bestandsbevölkerung			Haushalte mit Zuwanderern seit 1984						Insgesamt
	Deutsche West	Ausländer West	Deutsche Ost	Übersiedler bis Juni 1990	Ost-West-Wanderer ab Juli 1990	Aussiedler	Asylbewerber/Flüchtlinge	Zuwanderer aus Anwerbeländern	Sonstige Zuwanderer	
Erwerbsstatus (in %):										
Vollzeit	52	53	54	63	71	44	(27)	51	47	52
Teilzeit	10	6	7	(8)	(5)	8	(2)	(6)	(10)	9
Geringfügig	10	10	8	(8)	(8)	9	(20)	6	(8)	10
Nicht erwerbstätig	28	22	31	21	16	29	52	38	35	29
Arbeitslos gemeldet (in %)	6	11	16	5	10	15	21	12	8	8
Vollzeit-Erwerbstätige:										
Brutto-Erwerbseinkommen (Ø in DM/Monat)	4840	4390	3290	4180	4280	3610	(3290)	3600	4690	4430
Durchschnittliche Arbeitszeit (Ø in Std./Woche)	43,1	40,9	45,1	43,2	44,5	41,1	(40,4)	43,0	43,4	43,4
Anteil mit befristetem Arbeitsvertrag (in %)	9	10	16	8	13	15	46	11	12	11
Anteil mit (in %)										
Nacharbeit	23	18	25	34	20	19	(6)	22	30	23
Wochenendarbeit	31	28	35	18	35	21	(8)	17	42	32

(): Fallzahl < 30; -: kein Nachweis.

Datenbasis: SOEP 1995.

Flüchtlinge bereit sind, unter widrigen Arbeitsverhältnissen zu arbeiten, um im Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft Fuß zu fassen. Dennoch ist der Anteil der arbeitslos Gemeldeten bei Asylbewerbern erwartungsgemäß mit über 20% am höchsten, während für die westdeutsche Bestandsbevölkerung und Übersiedler nur etwa 5% gemessen werden. Alle anderen Gruppen liegen mit Werten zwischen 10% und 16% auf einem vergleichsweise überdurchschnittlichen Niveau.

Das Brutto-Erwerbseinkommen für Vollzeitbeschäftigte ist ein einfacher Indikator für den „Arbeitsmarkterfolg“ der verschiedenen Gruppen von Erwerbstätigen. Das durchschnittliche Brutto-Monatserwerbseinkommen in der Gesamtbevölkerung beträgt etwa 4 400 DM. Die deutsche Bestandsbevölkerung in Westdeutschland liegt mit 4 850 DM deutlich über, die Bestandsbevölkerung in Ostdeutschland mit 3 300 DM unter dem Durchschnitt. Bei einer derartigen „gesamtdeutschen“ Betrachtung liegt die ausländische Bestandsbevölkerung in Westdeutschland recht genau auf dem Durchschnittswert, von dem Übersiedler und Ost-West-Umzieher geringfügig nach unten abweichen. Weit unterdurchschnittliche Einkommen – jedoch sind sie nicht niedriger als die der ostdeutschen Bestandsbevölkerung – weisen vollzeiterwerbstätige Aussiedler und Asylbewerber/Flüchtlinge auf.

Die durchschnittlichen, effektiven Wochenarbeitszeiten variieren nur geringfügig; der hohe Durchschnitt für die ostdeutsche Bestandsbevölkerung dürfte durch die höheren Tarifarbeitszeiten in Ostdeutschland bedingt sein.

Die „Qualität“ von Arbeitsplätzen kann man durch den Anteil der Beschäftigten mit befristeten Arbeitsverträgen und den Anteil von Nacht- und Sonntagsarbeit messen. Etwas über 10% aller Erwerbstätigen geben einen befristeten Arbeitsvertrag an. Der Wert für die deutsche Bestandsbevölkerung in Westdeutschland liegt mit 9% am Durchschnitt; dies gilt auch für die ausländische Bestandsbevölkerung. Übersiedler weisen mit 8% einen leicht unterdurchschnittlichen Wert auf, während der Anteil in der ostdeutschen Bestandsbevölkerung sowie bei den Ost-West-Umziehern und Aussiedlern mit 13% bis 16% gleichermaßen über dem Durchschnitt liegt. Auffällig ist, daß fast 50% der erwerbstätigen Asylbewerber/Flüchtlinge über einen befristeten Arbeitsvertrag verfügen.

Über 20% der Erwerbstätigen in Deutschland arbeiten auch nachts und sogar über 30% auch an Sonntagen; allerdings werden hier auch Erwerbstätige gezählt, die lediglich unregelmäßig zu diesen Zeiten arbeiten. Wiederum entsprechen die Werte für die deutsche Bestandsbevölkerung in Westdeutschland ungefähr den Durchschnittswerten; am stärksten weichen – überraschenderweise – Asylbewerber/Flüchtlinge ab, die zu unterdurchschnittlichen Anteilen von etwa 6% bzw. 8% auch nachts und an Sonntagen arbeiten. Dies spricht dafür, daß Asylbewerber/Flüchtlinge in nur wenigen, spezifischen Branchen tätig sind.

14.6 Haushaltseinkommen

Die Einkommenssituation von Personen wird nicht nur von ihren eigenen Einkommen bestimmt, sondern in Mehrpersonenhaushalten auch vom Einkommen weiterer Haushaltsmitglieder. Gleichwohl ist auch das Haushaltseinkommen als Wohlfahrtsindikator wenig aussagekräftig, solange nicht Größe und Zusammensetzung der Haushalte kontrolliert werden. Dies geschieht durch die Berechnung des sogenannten Haushalts-Äquivalenzeinkommens, bei dem eine Bedarfsgewichtung in Anlehnung an das Bundessozialhilfegesetz erfolgt (vgl. Teil II, Kap. 9 und Kap. 10).

In Tabelle 5 wird die relative Einkommensposition, basierend auf dem Äquivalenzeinkommen, dargestellt. Normiert auf den Mittelwert für die Gesamtbevölkerung (Index = 100), haben Deutsche in Westdeutschland mit einem Durchschnittswert von 110 die beste Position inne. Umgekehrt liegt die Einkommensposition für Ostdeutsche mit etwas über 80% unter dem gesamtdeutschen Mittelwert und auch für die ausländische Bestandsbevölkerung in Westdeutschland (85%). Wie zu erwarten ist, haben Zuwanderer unterdurchschnittliche Einkommenspositionen. Einzige Ausnahme bildet die Gruppe der Ost-West-Wanderer (nach Juni 1990); diese Gruppe liegt auf dem Durchschnitt. Übersiedler verfügen über ein

Tab. 5: Haushaltseinkommen

	Bestandsbevölkerung			Haushalte mit Zuwanderern seit 1984					Insgesamt	
	Deutsche West	Ausländer West	Deutsche Ost	Übersiedler bis Juni 1990	Ost-West-Wanderer ab Juli 1990	Aussiedler	Asylbewerber/Flüchtlinge	Zuwanderer aus Anwerbeländern		Sonstige Zuwanderer
Private Haushalte										
Haushaltsnettoeinkommen (Ø in DM/Monat)	3810	3800	2970	3960	3870	3400	2360	3520	3520	3630
Bezug von Sozialhilfe (in %)	2,7	5,5	2,4	3,6	–	12,6	52,1	4,5	3,3	3,2
Bezug von Wohngeld (in %)	4,4	6,8	12,7	10,3	7,0	23,6	33,6	4,5	7,0	6,6
Alle Personen in privaten Haushalten										
Relative Einkommensposition (Ø)	109,7	85,9	81,1	91,9	102,8	65,1	44,4	70,9	89,1	100
Anteil der Personen mit:										
bis 50 %	7,8	18,8	14,5	(10,2)	(12,9)	32,4	72,0	21,5	19,8	11,3
50 %–100 %	45,9	56,0	63,0	60,5	44,0	60,8	23,1	63,8	43,3	50,3
100 %–150 %	30,3	16,6	19,4	21,3	27,5	4,1	(4,9)	(13,5)	29,3	26,2
über 150 % des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens	16,0	8,6	3,1	(8,0)	15,6	(2,7)	–	(1,2)	(7,6)	12,2

(): Fallzahl < 30; –: kein Nachweis.

Datenbasis: SOEP 1995.

Äquivalenzeinkommen von etwas über 90% des Gesamtdurchschnitts und haben damit erwartungsgemäß einen Vorsprung gegenüber der Bestandspopulation in Ostdeutschland. Weiter unterdurchschnittlich, auch in bezug auf die "Alt"-Zuwanderer der Ausländer, ist die Einkommensposition von Zuwanderern aus den Anwerbeländern (70%), von Aussiedlern (65%) und Asylbewerbern/Flüchtlingen mit lediglich knapp 45%.

Einen weiteren Einblick in die Einkommensverteilung gibt der Anteil der Personen, die unter 50% des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens sowie zwischen 50% und 100%, zwischen 100% und 150% und über 150% liegen. Personen, die über weniger als 50% des durchschnittlichen Haushalts-Äquivalenzeinkommens verfügen, werden als einkommensarm bezeichnet (vgl. Teil II, Kap. 10). Dies sind 11% der gesamten Wohnbevölkerung (in privaten Haushalten) in Deutschland, wenn man den gesamten Einkommensdurchschnitt als Grundlage nimmt. Die Armutsquote ist für die deutsche Bestandsbevölkerung in Westdeutschland mit knapp 8% am niedrigsten; Übersiedler liegen mit 10% wenig schlechter; die ausländische Bestandsbevölkerung in Westdeutschland, die ostdeutsche Bestandsbevölkerung und Ost-West-Umzieher sowie Zuwanderer aus den Anwerbeländern weisen mit 13% bis 22% bereits deutlich höhere Armutsquoten auf. Etwa ein Drittel der Aussiedler und über zwei Drittel der Asylbewerber/Flüchtlinge müssen als einkommensarm bezeichnet werden.

Die Einkommenslage wird weiter verdeutlicht, wenn man den Anteil der Haushalte betrachtet, die Sozialhilfe oder Wohngeld beziehen (vgl. Tab. 5). Bezogen auf alle Haushalte sind dies 3% und 7%; erwartungsgemäß liegen die Anteile für die deutsche Bestandsbevölkerung in Westdeutschland jeweils unter dem Durchschnitt. Der Anteil der Sozialhilfe-Haushalte variiert bei der Bestandsbevölkerung deutlich, jedoch nicht dramatisch; am höchsten ist der Anteil bei der ausländischen Bestandsbevölkerung in Westdeutschland (über 5%). Größere Unterschiede gibt es beim Bezug von Wohngeld, das etwa 13% aller Haushalte in Ostdeutschland beziehen; hier werden die entsprechenden Sonderregelungen wirksam und deutlich. Weit überdurchschnittliche Quoten weisen die Haushalte von Aussiedlern und Asylbewerbern/Flüchtlingen auf.

Die Probleme von Asylbewerbern/Flüchtlingen, eine Arbeitserlaubnis zu erhalten, drücken sich in einer Sozialhilfebezugsquote von über 50% aus; diese Quote ist auch für Aussiedler mit etwa 13% beachtlich hoch. Beide Gruppen weisen mit 24% und 34% Wohngeldbezug ebenfalls überdurchschnittliche Werte auf. Eine detaillierte Analyse belegt jedoch einen mit zunehmender Verbleibedauer in Deutschland deutlichen Rückgang dieser Transferabhängigkeit, so daß Sozialhilfe – mangels einer expliziten Eingliederungspolitik – auch als „Integrationshilfe“ angesehen werden kann.

14.7 Subjektive Indikatoren

Wie bekannt ist, machen sich mehr Personen Sorgen um die „allgemeine wirtschaftliche Entwicklung“ (vgl. Teil II, Kap. 2) als um die „eigene wirtschaftliche Entwicklung“. Wie zu erwarten ist, variiert in verschiedenen Gruppen der Anteil der Personen, die sich „große“ Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung machen, nur geringfügig um den Mittelwert von 25%; allerdings schlägt eine schlechte eigene wirtschaftliche Situation auch auf das Ausmaß an Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung durch: So werden in der ausländischen Bestandsbevölkerung in Westdeutschland, bei Asylbewerbern/Flüchtlingen und in der ostdeutschen Bestandsbevölkerung jeweils zu fast 30% „große“ Sorgen geäußert.

Sorgen um die eigene wirtschaftliche Entwicklung variieren erwartungsgemäß deutlich. Weniger als 15% der Bestandsbevölkerung in Westdeutschland machen sich hier große Sorgen, während sich etwa 45% der Asylbewerber/Flüchtlinge in dieser Hinsicht besorgt äußern. Alle anderen Gruppen liegen in einem vergleichbaren Bereich von 25% bis gut 30%.

Die Zufriedenheiten mit dem Leben sowie mit einzelnen Lebensbereichen informieren über das globale und konkrete subjektive Wohlbefinden (vgl. Teil II, Kap. 2). Der Mittelwert (auf der Skala von 0 bis 10) für die Gesamtbevölkerung beträgt in

Tab. 6: Subjektives Wohlbefinden

	Bestandsbevölkerung			Haushalte mit Zuwanderern seit 1984						Insgesamt
	Deutsche West	Ausländer West	Deutsche Ost	Übersiedler bis Juni 1990	Ost-West-Wanderer ab Juli 1990	Aussiedler	Asylbewerber/Flüchtlinge	Zuwanderer aus Anwerbeländern	Sonstige Zuwanderer	
Personen ab 16 Jahre										
Große Sorgen um allgemeine wirtschaftliche Entwicklung (in %)	25	30	27	25	26	24	30	22	21	25
Große Sorgen um eigene wirtschaftliche Entwicklung (in %)	14	27	25	32	28	29	45	35	16	18
Zufriedenheit ¹ (✓)										
Wohnung	7,6	7,1	6,7	7,4	7,5	7,3	6,7	6,5	7,4	7,5
Gesundheit	6,4	6,5	6,3	7,3	6,9	7,2	7,1	7,4	7,4	6,5
Lebensstandard	7,2	6,6	6,4	6,8	6,8	7,0	5,8	6,5	7,2	7,0
Einkommen	6,6	5,9	5,5	6,1	5,7	5,9	4,8	5,9	6,5	6,3
Leben aktuell	7,0	6,8	6,4	6,8	6,6	7,3	6,3	7,1	7,2	6,9
Leben in 5 Jahren	6,9	7,2	6,5	7,5	7,4	7,6	7,5	7,3	7,5	6,9

(): Fallzahl < 30; -: kein Nachweis.

1 Zufriedenheitsskala von 0 (= ganz und gar unzufrieden) bis 10 (= ganz und gar zufrieden).

Datenbasis: SOEP 1995.

allen Bereichen ungefähr 7; nur die Werte für Zufriedenheit mit der Gesundheit (6,5) und die Einkommenszufriedenheit (6,3) weichen deutlich nach unten ab. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen und Lebensbereichen sind relativ gering.

Insgesamt weisen Asylbewerber/Flüchtlinge die niedrigsten Zufriedenheiten auf – mit Ausnahme der Gesundheitszufriedenheit, die mit einem Mittelwert von 7,1 Punkten über dem Bevölkerungsdurchschnitt liegt, d.h. auch über dem Durchschnitt der Bestandsbevölkerung in West- und Ostdeutschland. Bei der Gesundheitszufriedenheit kommt insbesondere das niedrige Durchschnittsalter der Zuwanderer zum Ausdruck. Übersiedler, Aussiedler und Zuwanderer aus den Anwerbeländern weisen geringfügig höhere Gesundheitszufriedenheiten auf als Asylbewerber/Flüchtlinge.

Asylbewerber/Flüchtlinge sind mit ihrem Haushaltseinkommen extrem unzufrieden (4,8), gefolgt von der Bestandsbevölkerung in Ostdeutschland (5,5). Erwartungsgemäß weist die deutsche Bestandsbevölkerung in Westdeutschland die höchste Einkommenszufriedenheit auf (6,6), während die ausländische Bestandsbevölkerung, Übersiedler, Ost-West-Umzieher und Aussiedler mit Werten um 6 auf dem gleichen Zufriedenheitsniveau liegen.

Im Hinblick auf die künftige Entwicklung ist der Vergleich der aktuellen Lebenszufriedenheit mit der erwarteten Zufriedenheit in fünf Jahren besonders aufschlußreich. Für die deutsche Bestandsbevölkerung zeigen sich kaum Unterschiede zwischen der aktuellen und der erwarteten Lebenszufriedenheit, während

die Ausländer in Westdeutschland sowie alle Zuwanderergruppen in fünf Jahren eine höhere Lebenszufriedenheit erwarten, d.h. optimistisch in die Zukunft blicken. Besonders ausgeprägt ist dieser „Optimismus“ bei Asylbewerbern/Flüchtlingen (von 6,3 auf 7,5); am geringsten fällt diese Veränderung für die schon heute sehr zufriedenen Aussiedler (von 7,3 auf 7,6) und Zuwanderer aus den Anwerbeländern (von 7,1 auf 7,3 Punkte) aus.

(Joachim Frick/Gert Wagner)

15 Integration von Ausländern

Die Arbeitsmigranten, die zwischen dem ersten Anwerbeabkommen mit Italien 1955 und dem Anwerbestopp 1973 in den westlichen Teil Deutschlands gekommen waren, gliederten sich am unteren Ende der beruflichen Hierarchie ein und übten vor allem Tätigkeiten im Bereich der industriellen Serienfertigung und der Schwerindustrie aus. Auch heute, mehr als vier Jahrzehnte nach dem ersten Anwerbevertrag konzentrieren sich ausländische Beschäftigte aus der Türkei, Italien, Griechenland, Spanien und dem ehemaligen Jugoslawien noch immer am unteren Ende der beruflichen Hierarchie. Allerdings gibt es Anzeichen dafür, daß sich die Kinder der ehemaligen Gastarbeiter – die sogenannte zweite Generation – besser in den Arbeitsmarkt integrieren als die erste. Auch hinsichtlich der sozialen Integration waren Ausländer lange Zeit in gesellschaftlichen Randpositionen zu finden. Mangelnde Sprachkenntnisse, aber auch Vorurteile der Einheimischen gegenüber Fremden erschwerten soziale Kontakte zwischen ausländischer und einheimischer Bevölkerung. Hinsichtlich der sozialen Integration kann angenommen werden, daß sich mit besseren Sprachkenntnissen auch vermehrt Kontakte zur deutschen Bevölkerung ergeben.

Im folgenden wird dargestellt, ob ausländische Beschäftigte allmählich in höhere berufliche Positionen aufsteigen konnten und ob der Prozeß der sozialen Integration weiter voranschreitet. Dazu werden zunächst die Veränderungen der beruflichen und ökonomischen Positionen ausländischer Beschäftigter im Vergleich zu deutschen abgebildet. Dann werden anhand der Sprachkenntnisse, der interethnischen Freundschaften, der Aufenthaltsorientierungen, der nationalen Selbstidentifikation und der Akzeptanz der Staatsbürgerschaft Aussagen über die Veränderung der sozialen Integration der Ausländer aus den Anwerbeländern gemacht. Bei diesen Analysen erfährt die zweite Generation eine besondere Aufmerksamkeit, da aufgrund des Schulbesuchs in der Bundesrepublik bessere Sprachkenntnisse und durch deutsche Zeugnisse auch bessere Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt bestehen. Zur zweiten Generation wird hier gerechnet, wer in Deutschland geboren wurde oder eine deutsche Schule besucht hat. Um zwei Kohorten der zweiten Generation betrachten zu können, werden zwei Längsschnittdatensätze des Sozio-ökonomischen Panels der Jahre 1984 bis 1989 und 1991 bis 1995 ausgewertet. Aus Gründen der Vergleichbarkeit mit einer deutschen Kontrollgruppe wurde jeweils eine obere Altersgrenze von 25 Jahren gesetzt.

15.1 Beschäftigungsstruktur

Zunächst wird untersucht, wie sich die berufliche Stellung von Ausländern und Deutschen zwischen 1984 und 1989 sowie zwischen 1991 und 1995 verändert hat.

Dabei werden nur Personen betrachtet, die einer regelmäßigen Teilzeitarbeit mit mindestens der Hälfte der tariflichen Arbeitszeit nachgehen. 1984 waren 70% der Ausländer als un- oder angelernte Arbeiter beschäftigt, von den deutschen Beschäftigten übten nur 16% entsprechende Tätigkeiten aus (vgl. Tab. 1). Zwischen 1984 und 1989 verringerte sich der Anteil der un- und angelernten Arbeiter, während im gleichen Zeitraum der Facharbeiteranteil anstieg. Auch der Anteil der ausländischen mittleren und höheren Angestellten verdoppelte sich, blieb jedoch mit 6% im Vergleich zu 37% bei deutschen Beschäftigten äußerst gering. Zwischen 1991 und 1995 setzte sich der rückläufige Trend bei den un- und angelernten Arbeitern weiter fort. Ausländische Beschäftigte waren nun häufiger in Angestelltenberufen beschäftigt.

Tab. 1: Deutsche und ausländische Erwerbstätige nach Stellung im Beruf

Fallzahlen (N)	Ausländer		Deutsche ¹		Ausländer		Deutsche ¹	
	1984	1989	1984	1989	1991	1995	1991	1995
	1086	1141	2565	2755	1004	937	2837	2694
	in %							
Insgesamt								
Ungelernte Arbeiter	25	20	4	4	22	16	3	3
Angelernte Arbeiter	45	44	12	12	40	39	11	8
Facharbeiter	19	23	18	17	24	23	18	16
Einfache Angestellte	4	3	10	9	3	8	5	11
Mittlere/höhere Angestellte	3	6	33	37	8	10	43	41
Selbständige	4	4	12	11	3	4	10	12
Zweite Generation ²								
Ungelernte Arbeiter	22	15	9	3	10	2	2	1
Angelernte Arbeiter	25	35	11	14	33	25	14	8
Facharbeiter	32	28	21	24	33	30	25	24
Einfache Angestellte	14	7	18	11	7	16	4	14
Mittlere/höhere Angestellte	5	15	29	37	15	26	43	43
Selbständige	2	2	3	6	1	1	4	4
Frauen								
Ungelernte Arbeiterinnen	35	33	6	7	36	27	7	6
Angelernte Arbeiterinnen	48	44	12	14	40	38	11	9
Facharbeiter/Meister	3	5	3	4	3	2	5	3
Einfache Angestellte	8	7	21	18	7	15	9	20
Mittlere/gehobene Angestellte	3	8	39	42	12	17	54	45
Selbständige	4	4	13	9	2	2	8	10
Türkische Zuwanderer								
Ungelernte Arbeiter	36	27			27	22		
Angelernte Arbeiter	42	42			41	35		
Facharbeiter/Meister	14	22			24	26		
Einfache Angestellte	5	2			3	8		
Mittlere/gehobene Angestellte	2	6			4	8		
Selbständige	2	1			2	2		

1 Der zu 100 % fehlende Wert entspricht dem Beamtenanteil.

2 Ausländer, die eine deutsche Schule besucht haben und 1984 bzw. 1991 höchstens 25 Jahre alt sind. Für Deutsche: Die gleiche Altersgruppe (16 bis 25 Jahre).

Datenbasis: SOEP, Längsschnittdatensätze der Jahre 1984–1989 und 1991–1995.

Ein günstigeres Bild zeigte sich bei Ausländern der zweiten Generation. Bereits 1984 war der Anteil der un- und angelernten Arbeiter niedriger und der Facharbeiteranteil höher. Insbesondere zwischen 1991 und 1995 reduzierte sich der Anteil der un- und angelernten Arbeiter weiter, so daß 1995 nur noch 2% der zweiten Generation als ungelernte und 25% als angelernte Arbeiter beschäftigt waren. Immerhin ein Viertel war in mittleren und höheren Angestelltenpositionen und weitere 16% waren in einfachen Angestelltenpositionen tätig. Deutsche der gleichen Altersgruppe sind jedoch wesentlich öfter in Angestelltenpositionen beschäftigt, 43% der deutschen 16- bis 25jährigen arbeiteten in mittleren und höheren Angestelltenpositionen. Die zweite Generation nimmt somit auf dem Arbeitsmarkt eine Position zwischen der Generation der Eltern und der entsprechenden deutschen Altersgruppe ein.

1984 konzentrierten sich ausländische Frauen in hohem Maße in un- und angelernten Arbeiterpositionen. Zwischen 1984 und 1995 ging dieser Anteil jedoch deutlich zurück, dennoch waren 1995 noch immer 65% der ausländischen Frauen als un- oder angelernte Arbeiterinnen tätig. Zu mittleren und höheren Angestelltenpositionen fanden ausländische Frauen häufiger Zugang als ausländische Männer. Im Vergleich zu deutschen Frauen zeigten sich erhebliche Unterschiede. Während 1995 insgesamt nur 18% der deutschen Frauen in Arbeiterberufen einer Erwerbstätigkeit nachgingen, waren es immerhin 67% der ausländischen Frauen.

Türkische Erwerbstätige waren von allen Zuwanderern am häufigsten in un- und angelernten Arbeiterberufen tätig. Zwischen 1984 und 1995 reduzierte sich dieser Anteil jedoch von 78% auf 57%. Türkische Beschäftigte waren nun häufiger in Facharbeiterberufen zu finden, zu Angestelltenberufen fanden sie nur in geringer Zahl Zugang.

Insgesamt unterscheidet sich die Struktur der ausländischen Beschäftigten noch immer erheblich von der deutscher Erwerbstätiger. Die Struktur der Anwerbung, die eine Eingliederung der Migranten am unteren Ende der beruflichen Hierarchie zur Folge hatte, war auch 1995 noch gut zu erkennen. Dennoch hat sich die Beschäftigungsstruktur der ausländischen Beschäftigten zwischen 1984 und 1995 erheblich verändert. Insbesondere die zweite Generation war häufiger im Angestelltenbereich beschäftigt.

Bei der Betrachtung, in welchen Branchen Ausländer arbeiten und wie sich die Verteilung über die einzelnen Sektoren zwischen 1984 und 1995 verändert hat, geht es insbesondere um die Frage, ob ausländische Beschäftigte auch in attraktive Bereiche des Dienstleistungssektors vordringen konnten. Es zeigt sich, daß das produzierende Gewerbe noch immer der wichtigste Beschäftigungsbereich für ausländische Arbeitnehmer ist, während deutsche Arbeitnehmer überwiegend im Dienstleistungsbereich beschäftigt sind (vgl. Tab. 2). Zwischen 1984 und 1989 veränderte sich die Branchenzugehörigkeit von Ausländern und Deutschen nur wenig, ausländische Beschäftigte waren überproportional oft im produzierenden Gewerbe vertreten. Zwischen 1991 und 1995 reduzierte sich jedoch

der Anteil der ausländischen Beschäftigten im produzierenden Gewerbe erheblich, so daß 1995 nur noch jeder zweite ausländische Erwerbstätige im produzierenden Gewerbe beschäftigt ist. Ausländische Arbeitskräfte sind nun in weit stärkerem Maße im Bereich der sozialen und staatlichen Dienste beschäftigt. In diesem Bereich hatte sich ihr Anteil zwischen 1984 und 1995 mehr als verdoppelt, ohne jedoch den hohen Beschäftigungsanteil von Deutschen in diesem Bereich zu erreichen (31%).

Tab. 2: Deutsche und ausländische Erwerbstätige nach Branche

	Ausländer		Deutsche ¹		Ausländer		Deutsche ¹	
	1984	1989	1984	1989	1991	1995	1991	1995
	in %							
Insgesamt								
Produzierendes Gewerbe	63	64	33	35	58	50	33	31
Bau	13	13	8	6	11	14	6	6
Handel, Verkehr	8	6	16	16	8	11	18	19
Produktionsnahe Dienste	2	3	7	8	2	3	8	7
Konsumorientierte Dienste	6	6	3	3	8	8	3	3
Soziale und staatliche Dienste	6	5	28	29	10	13	28	31
Zweite Generation ²								
Produzierendes Gewerbe	43	55	35	40	57	45	32	33
Bau	10	7	8	9	3	7	7	6
Handel, Verkehr	23	12	20	15	14	14	22	18
Produktionsnahe Dienste	1	4	6	8	4	5	8	6
Konsumorientierte Dienste	15	9	4	4	4	6	3	4
Soziale und staatliche Dienste	6	12	24	23	16	23	26	30
Frauen								
Produzierendes Gewerbe	63	57	22	24	48	38	22	20
Baugewerbe	0	1	2	2	0	0	1	2
Handel, Verkehr	9	7	21	20	8	14	22	22
Produktionsnahe Dienste	2	6	9	10	4	7	8	7
Konsumorientierte Dienste	13	13	6	5	17	14	5	3
Soziale und staatliche Dienste	12	17	36	38	22	27	38	44
Türkische Zuwanderer								
Produzierendes Gewerbe	71	69			61	53		
Baugewerbe	11	12			11	9		
Handel, Verkehr	6	5			8	11		
Produktionsnahe Dienste	2	3			3	8		
Konsumorientierte Dienste	4	3			5	7		
Soziale und staatliche Dienste	5	7			12	13		

1 Der zu 100 % fehlende Wert entfällt auf Beschäftigte in der Landwirtschaft.

2 Für Deutsche: Die gleiche Altersgruppe (16 bis 25 Jahre).

Datenbasis: SOEP, Längsschnitte der Jahre 1984–1989 und 1991–1995.

Bei den Erwerbstätigen der zweiten Generation war der Beschäftigtenanteil im produzierenden Gewerbe 1984 bereits deutlich niedriger als bei den ausländischen Erwerbstätigen insgesamt. Zwischenzeitlich nahm der Anteil der im produzierenden Gewerbe Beschäftigten zwar noch einmal zu, 1995 lag er jedoch bei 45% und somit unter dem der Ausländer insgesamt. Speziell für die zweite

Generation gewann der Bereich der staatlichen und sozialen Dienste an Bedeutung, wo sich ihr Anteil seit 1984 vervierfacht hat.

Ausländische Frauen unterschieden sich 1984 in ihrer Verteilung über die Branchen kaum von den Ausländern insgesamt, abgesehen von der Tatsache, daß sie nicht im Baubereich, dafür häufiger in konsumorientierten sowie staatlichen und sozialen Diensten beschäftigt waren. Zwischen 1984 und 1995 reduzierte sich der Anteil der im produzierenden Gewerbe beschäftigten Frauen überproportional von 63% auf 38%. Im Bereich der staatlichen und sozialen Dienstleistungen war wiederum ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Der Anteil der Frauen in den produktionsnahen Diensten ist mit 7% zwar niedrig, entsprach jedoch dem von deutschen Frauen, die insgesamt häufiger im Dienstleistungsbereich vertreten waren als ausländische Frauen.

Türkische Arbeitnehmer waren 1984 überdurchschnittlich oft im produzierenden Bereich tätig. Dies galt zwar auch noch für 1995, doch die Differenz zu den Ausländern insgesamt war geringer geworden. Der Anteil der türkischen Beschäftigten im produzierenden Gewerbe reduzierte sich überproportional. Türkische Beschäftigte sind nun häufiger im Bereich der sozialen und staatlichen Dienstleistungen und im Handel und Verkehr beschäftigt.

15.2 Einkommensverteilung und Einkommensentwicklung

In diesem Abschnitt wird der Frage nachgegangen, wie sich die Veränderung der Beschäftigungsstruktur der ausländischen Arbeitnehmer (abhängig Beschäftigte) auf deren Einkommen ausgewirkt hat. Erwartungsgemäß lag der durchschnittliche Verdienst ausländischer Arbeitnehmer unter dem von deutschen Beschäftigten. Aufgrund der gezeigten Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur ausländischer Arbeitnehmer hätten überdurchschnittliche Einkommenssteigerungen erwartet werden können. Dies ist jedoch nicht der Fall. Die Einkommensschere zwischen ausländischen und deutschen Beschäftigten hat sich noch etwas geöffnet (vgl. Tab. 3). Während 1984 ausländische Beschäftigte 84% des durchschnittlichen Verdienstes eines deutschen Arbeitnehmers erzielten, waren es 1995 nur 80%.

Bei der zweiten Generation zeichnet sich eine günstigere Entwicklung ab. Die durchschnittlichen Einkünfte der zweiten Generation lagen 1984 und 1988 in etwa auf dem Niveau der deutschen Vergleichsgruppe und 1991 und 1995 nur geringfügig darunter. Dies ist ein überraschendes Ergebnis. Aufgrund der unterschiedlichen schulischen und beruflichen Bildung von jungen Ausländern und Deutschen war eine unterschiedliche Einkommensentwicklung zu erwarten. Allerdings sind die Einkommen in der Berufseinstiegsphase, die hier betrachtet wird, noch vergleichsweise wenig nach Bildung und Qualifikation differenziert.

Tab. 3: Bruttoverdienst ausländischer und deutscher abhängig Beschäftigter

	Ausländer		Deutsche ¹		Ausländer		Deutsche ¹	
	1984	1989	1984	1989	1991	1995	1991	1995
	Mittelwert in DM							
Insgesamt	2 400	2 870	2 760	3 200	2 930	3 430	3 560	4 290
Zweite Generation	1 970	2 700	1 960	2 710	2 740	3 380	2 640	3 430
Frauen	1 820	2 040	1 960	2 300	2 100	2 660	2 580	3 110
Türkische Zuwanderer	2 300	2 800			2 880	3 370		
Stellung im Beruf								
Ungelernte Arbeiter	2 100	2 340	1 710	1 640	2 440	2 710	1 730	2 050
Angelernte Arbeiter	2 360	2 860	2 230	2 530	2 870	3 300	2 730	3 100
Facharbeiter/Meister	2 850	3 240	2 830	3 270	3 430	3 980	3 510	4 150
Einfache Angestellte	1 760	2 250	1 840	2 070	2 270	3 120	2 030	2 850
Mittlere/höhere Angestellte	3 490	3 710	3 240	3 810	3 270	3 920	3 890	4 890
Branche								
Produzierendes Gewerbe	2 450	2 930	3 040	3 590	3 070	3 540	3 980	4 750
Bau	2 720	3 170	2 880	3 320	3 380	3 840	3 430	4 320
Handel, Verkehr	2 340	2 730	2 160	2 630	2 610	3 120	3 110	3 570
Produktionsnahe Dienste	/	/	3 130	3 490	2 240	3 140	3 810	4 800
Konsumorientierte Dienste	1 500	1 850	1 760	2 180	1 800	2 720	2 090	2 710
Soziale und staatliche Dienste	2 460	2 970	2 590	2 870	2 560	3 270	3 510	4 080

/ Fallzahlen unter N=30.

Datenbasis: SOEP, Längsschnitte der Jahre 1984–1989 und 1991–1995.

Ausländische Frauen erzielten jeweils Einkünfte, die im Durchschnitt sowohl unter denen ausländischer Männer als auch denen deutscher Frauen lagen. Während die hohe Teilzeitquote bei deutschen Frauen ein wichtiger Grund für die niedrigeren Einkünfte darstellt, sind ausländische Frauen überproportional an Arbeitsplätzen tätig, die nur geringe Qualifikationsanforderungen stellen und eine entsprechend niedrige Entlohnung bieten. Türkische Arbeitnehmer bezogen im Durchschnitt geringere Einkünfte als Ausländer insgesamt.

Differenziert nach der beruflichen Stellung zeigt sich, daß ausländische Beschäftigte in ihren wichtigsten Beschäftigungsbereichen sogar höhere Einkünfte erzielten als deutsche. Ausländische ungelernte Arbeiter erzielten 1995 ein Durchschnittseinkommen von 2 710 DM, die entsprechenden deutschen Kollegen im Durchschnitt aber nur 2 050 DM. Diese Differenz erklärt sich hauptsächlich aus dem unterschiedlichen Arbeitsumfang. Bei deutschen ungelernten Arbeitern war der Anteil von Teilzeitbeschäftigten, insbesondere von Frauen, sehr hoch, während ausländische Beschäftigte kaum Teilzeittätigkeiten ausübten. Dies gilt auch für einfache Angestellte, wo die durchschnittlich niedrigere Stundenzahl deutscher Beschäftigter, insbesondere von Frauen, zu durchschnittlich höheren Einkünften der ausländischen Beschäftigten beitrug. Krasse Einkommensunterschiede zwischen ausländischen und deutschen Arbeitnehmern bestanden bei den mittleren und höheren Angestellten. Hier erzielten deutsche Beschäftigte deutlich höhere Bezüge. Dies zeigt, daß ausländische Angestellte in diesem Bereich noch nicht in die höheren Hierarchieebenen vordringen konnten.

Im Produzierenden Gewerbe verdienten ausländische Beschäftigte jeweils weniger als deutsche Arbeitnehmer. Auch im Baubereich waren die Einkommen von ausländischen Beschäftigten zwischen 1984 und 1995 geringer. Während deutsche Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe höhere Löhne erzielten als im Baugewerbe, war dies bei ausländischen Arbeitnehmern umgekehrt. Ausländische Beschäftigte erzielten in allen Sparten des Dienstleistungsbereiches geringere Einkünfte als im Produzierenden Gewerbe.

Insgesamt hätte aufgrund der Veränderung der Beschäftigungsstruktur ausländischer Arbeitskräfte eine günstigere Einkommensentwicklung erwartet werden können. Der höhere Anteil von Ausländern im Dienstleistungsbereich und in Angestelltenberufen wirkte sich auf die Einkommensentwicklung der ausländischen Beschäftigten nicht positiv aus, sondern hatte zur Folge, daß sich ihre Einkommensposition, gemessen an deutschen Beschäftigten, sogar noch geringfügig verschlechterte. Dies zeigt wiederum, daß ausländische Beschäftigte zwar bereits im Dienstleistungsbereich angekommen, aber noch nicht in höhere und besser dotierte Bereiche vorgedrungen sind.

15.3 Soziale Integration

Nach eigener Einschätzung beherrscht mehr als die Hälfte aller Ausländer aus Mittelmeerländern die deutsche Sprache gut. Im Untersuchungszeitraum stieg dieser Anteil ab 1984 zunächst deutlich an. Doch zwischen 1991 und 1995 zeigte sich ein leichter Rückgang derer, die ihre Deutschkenntnisse als gut einschätzten. Es ist zwar denkbar, daß sich aufgrund von räumlicher und sozialer Segregation die Sprachkenntnisse bei einigen tatsächlich verschlechterten. Häufiger dürfte sich jedoch lediglich die Einschätzung verändert haben, z.B. weil die Umgebung als fremder und die Kommunikation mit Deutschen als schwieriger empfunden werden.

Bei der zweiten Generation bestehen kaum mehr Sprachbarrieren. 93% beherrschten 1995 die deutsche Sprache gut. Eine unterdurchschnittliche Sprachkompetenz zeigte sich allerdings bei ausländischen Frauen und türkischen Zuwanderern. Im Beobachtungszeitraum hatten sich die Sprachkenntnisse der türkischen Immigranten jedoch deutlich verbessert. Sprachbarrieren zwischen ausländischer und deutscher Bevölkerung bestehen somit in der Hauptsache bei der ersten Generation.

Bessere Sprachkenntnisse und längere Aufenthaltsdauer sollten im Prinzip dazu führen, daß sich die sozialen Beziehungen zwischen Migranten und Einheimischen intensivieren. Dies ist jedoch nicht der Fall. Zwischen 1992 und 1994 zeichnete sich eine zunehmende soziale Segregation der ausländischen Bevölkerung ab. Wird nach den drei wichtigsten Personen außerhalb des eigenen Haushalts gefragt, mit denen die Befragten näher befreundet sind und mit denen sie sich am häufigsten treffen, zeigt sich, daß bei mehr als der Hälfte aller Ausländer unter den

Tab. 4: Sprachkenntnisse, interethnische Freundschaften, Wunsch nach dauerhaftem Aufenthalt und nationale Selbstidentifikation

	Erste Längsschnittkohorte		Zweite Längsschnittkohorte	
	1984	1989	1991	1995
	in %			
Gute Deutschkenntnisse				
Insgesamt	42	46	56	55
Zweite Generation	86	89	92	93
Frauen	35	40	51	48
Türkische Zuwanderer	30	31	50	49
Interethnische Freundschaften ¹				
Insgesamt		48	48	42
Zweite Generation		60	67	59
Frauen		46	46	40
Türkische Zuwanderer		35	37	33
Dauerhafte Bleibeabsicht				
Insgesamt	30	39	43	47
Zweite Generation	34	54	59	52
Frauen	27	38	42	47
Türkische Zuwanderer	26	35	39	43
Selbstidentifikation als Deutsche(r) ²				
Insgesamt	10	11	14	11
Zweite Generation	15	19	30	21
Frauen	10	10	12	10
Türkische Zuwanderer	6	4	8	7

1 Die Netzwerkfragen wurden erstmals 1988 erhoben und dann im 2-Jahres-Rhythmus. Der Wert für 1989 bezieht sich auf 1988. Die Angaben für 1991 beziehen sich auf 1992 und die von 1995 auf 1994.

2 Wegen abweichender Fragestellung im Jahre 1984 wird hier der Wert für 1985 ausgewiesen.

Datenbasis: SOEP, Längsschnittdatensätze der Jahre 1984–1989 und 1991–1995.

drei wichtigsten Bezugspersonen keine deutsche Person war. In der kurzen Zeit zwischen 1992 und 1994 nahm der Anteil der Ausländer mit intensiven Beziehungen zu Deutschen ab. Bei der zweiten Generation sind aufgrund besserer Sprachkenntnisse mehr interethnische Freundschaften zu erwarten. Tatsächlich hat die zweite Generation von Ausländern weitaus mehr soziale Kontakte mit Deutschen als die ausländische Bevölkerung insgesamt. Allerdings zeigte sich auch bei der zweiten Generation zwischen 1992 und 1994 ein deutlicher Rückgang der interethnischen Freundschaften. Während 1992 zwei Drittel mindestens einen deutschen Freund hatten, sank dieser Anteil überraschend deutlich auf 59%. Dieser starke Rückgang interethnischer Freundschaftsbeziehungen muß als Indiz für eine wachsende Distanz zwischen der ausländischen und der deutschen Bevölkerung gewertet werden. Besonders ausgeprägt war die soziale Segregation bei türkischen Zuwanderern, von denen 1994 nur ein Drittel eine deutsche Kon-

taktperson hatte. Auch bei türkischen Zuwanderern war der Segregationsgrad 1994 höher als 1992.

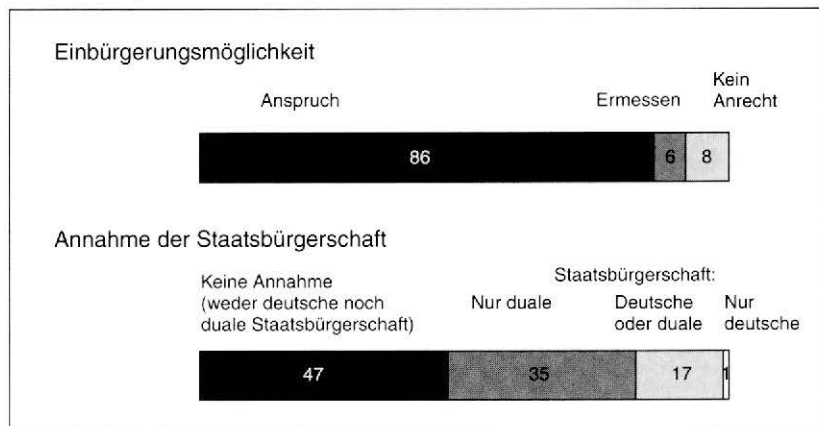
Für die hier betrachteten Migrantengruppen ist die Bundesrepublik Deutschland zum Lebensmittelpunkt geworden. Es stellt sich jedoch die Frage, ob die Migranten ihren Aufenthalt selbst als dauerhaft verstehen. 1984 hatten noch relativ wenige Migranten aus Mittelmeerländern die Absicht, für immer in Deutschland zu bleiben. Weniger als ein Drittel hatte sich für einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland entschieden. 1995 war es knapp die Hälfte (47%). Dies bedeutet jedoch nicht, daß die andere Hälfte der hier lebenden Ausländer plant, ins Herkunftsland zurückzukehren. Auch von denjenigen, die nicht für immer in Deutschland bleiben wollen, hat kaum jemand konkrete Rückkehrabsichten. Falls eine Rückkehr überhaupt erwogen wird, so nur in ferner Zukunft. Bei der zweiten Generation lag der Anteil derer, die sich für einen dauerhaften Aufenthalt entschieden hatten, zu allen Zeitpunkten deutlich über dem Durchschnitt. Dies überrascht nicht. Die zweite Generation ist in Deutschland aufgewachsen und kennt das Herkunftsland der Eltern meist nur aus Ferienaufenthalten. Überraschend ist jedoch, daß der Anteil derer, die sich als Angehörige der zweiten Generation bewußt für einen dauerhaften Aufenthalt entschieden hatten, zwischen 1991 und 1995 rückläufig war. Bei türkischen Zuwanderern und bei Frauen ist dagegen ein kontinuierlicher Anstieg des Personenkreises mit dauerhafter Aufenthaltsabsicht zu beobachten.

Auch wenn sich viele Ausländer bereits für einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland entschieden haben, fühlen sich nur wenige als Deutsche. 1995 hatten nur 11% „ganz“ oder „mehr“ das Empfinden, Deutsche zu sein. Von den türkischen Zuwanderern waren es nur 7%. Eine Ausnahme bildet die zweite Generation, und zwar die zweite hier betrachtete Kohorte. Von ihnen fühlten sich 1991 30% als Deutsche, 1995 jedoch nur noch 21%. Es ist anzunehmen, daß der geringer gewordene Identifikationsgrad Mitte der 90er Jahre einen Trend zur Ausgrenzung der ausländischen Bevölkerung in Deutschland reflektiert, aber auch Ausdruck eines gewachsenen ethnischen Selbstbewußtseins der ausländischen Migranten und ihrer Kinder ist.

Bedingt durch die lange Aufenthaltsdauer hat die Mehrheit der hier untersuchten Migrantengruppen einen Anspruch auf Einbürgerung. Dieser wird nach 15jährigem Aufenthalt gewährt bzw. bei in Deutschland Geborenen auf Antrag vor Vollendung des 23. Lebensjahres zuerkannt. 86% der Zuwanderer aus der Türkei, Italien, Griechenland, Spanien und dem ehemaligen Jugoslawien hatten 1994 einen Rechtsanspruch auf die Staatsbürgerschaft, und weitere 6% hätten eine Ermessenseinbürgerung beantragen können. Doch nur 18% erwogen, in nächster Zeit einen Antrag auf die deutsche Staatsbürgerschaft zu stellen. Gäbe es die Möglichkeit, die deutsche Staatsbürgerschaft ohne Aufgabe der Staatsangehörigkeit des Herkunftslandes zu erlangen, also eine sogenannte duale Staatsbürgerschaft, wäre die Akzeptanz größer. Immerhin 35% würden eine duale Staatsbürgerschaft akzeptieren, nicht aber die deutsche unter Aufgabe der

Staatsangehörigkeit des Herkunftslandes. Knapp die Hälfte aller Ausländer würde die Staatsangehörigkeit in nächster Zeit nicht aufgeben und somit weiterhin auf die mit der Staatsbürgerschaft verbundenen Vorteile der Rechtssicherheit vor Abschiebung und der politischen Einflußnahme verzichten.

Abb. 1: Anspruch und Akzeptanz der deutschen Staatsbürgerschaft



Datenbasis: SOEP 1994.

Hinsichtlich der sozialen Integration zeigen sich vor allem bei der zweiten Generation erhebliche Probleme. In der zeitlichen Perspektive waren für die erste Hälfte der 90er Jahre sogar Tendenzen der Desintegration festzustellen. Insbesondere die zweite Generation hat keine klaren Perspektiven. Die Herkunftsländer der Eltern sind ihnen fremd, und auch in der deutschen Gesellschaft werden sie nicht als vollwertige Mitglieder akzeptiert. Insbesondere seit der Vereinigung von DDR und Bundesrepublik zeigen sich gesellschaftliche Schließungstendenzen und eine größere Zahl von Konflikten zwischen Deutschen und Ausländern. Dies drückt sich auch in der verringerten Zahl sozialer Kontakte zwischen Deutschen und Zuwanderern aus. Für die ausländische Bevölkerung ist die Distanz zur deutschen Bevölkerung und damit auch zu Deutschland gewachsen.

15.4 Fazit

Die als Gastarbeiter zugewanderten Ausländer und ihre Familienangehörigen können sich allmählich aus den unteren Positionen des Arbeitsmarktes lösen. Zwar ist die Struktur der Anwerbung, die zu einer Eingliederung der Arbeitsmigranten am unteren Ende der beruflichen Hierarchie geführt hat, noch immer

deutlich zu erkennen, doch die Beschäftigten der zweiten Generation sind in Angestelltenberufen und im Dienstleistungsbereich weitaus öfter vertreten. Sie erreichen zwar nicht in dem Maße qualifizierte Beschäftigungsbereiche wie gleichaltrige Deutsche, aber wesentlich öfter als die erste Generation. Hinsichtlich ihrer Einkommensposition, gemessen am Anteil des Durchschnittsverdienstes von Deutschen, haben ausländische Beschäftigte leicht verloren. Die höheren Beschäftigungsanteile im Dienstleistungsbereich, in dem ausländische Beschäftigte niedrigere Löhne erzielen, ist eine Ursache hierfür. Während die berufliche Integration somit langsam voranschreitet, sind hinsichtlich der sozialen Integration Probleme erkennbar. Bei der zweiten Generation sind leichte Desintegrationstendenzen festzustellen, die sich in einem geringeren Grad an sozialen Kontakten und geringerer Identifikation mit Deutschland ausdrücken.

(Wolfgang Seifert)

16 Soziale Lagen und Mobilität

Nicht zuletzt im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung finden Probleme der sozialen Ungleichheit und der Verteilung wieder erhöhte Aufmerksamkeit. Im Vordergrund steht dabei das Wohlstandsgefälle zwischen Ost und West, wie es in den vorangegangenen Kapiteln dokumentiert wurde. Kaum minder bedeutsam sind aber auch die Konsequenzen für die Binnenstruktur sozialer Ungleichheit, die mit der Transformation in Ostdeutschland verbunden sind. Für den Bereich der neuen Bundesländer war zu erwarten, daß mit der Einführung der Marktwirtschaft nicht nur das Wohlstandsniveau steigen, sondern auch die Ungleichheit (vgl. Teil II, Kap. 9 und Kap. 10) der früher noch vergleichsweise homogenen Lebensbedingungen zunehmen und sich eine differenzierte Struktur der sozialen Schichtung etablieren wird.

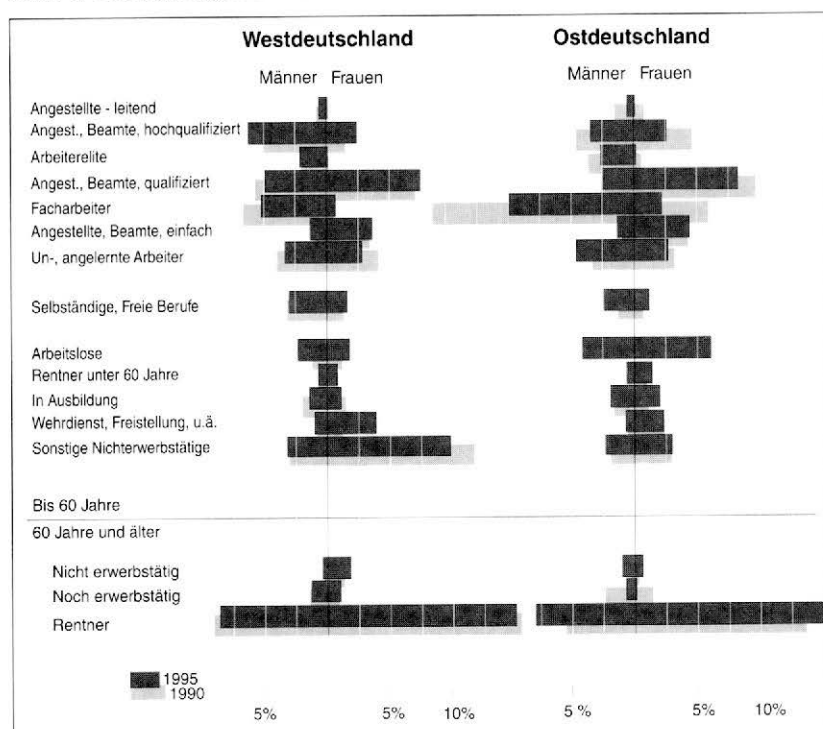
Soziale Schichtung und soziale Lagen sind Begriffe, die sich auf die vertikale Gliederung der Gesellschaft und auf die Position von Personen in einer Statushierarchie beziehen. Soziale Schichtung bezeichnet eine strukturelle Ungleichheit zwischen sozialen Positionen, die sich z.B. in Einkommens-, Prestige- und Einflußdifferenzen manifestiert. Begriffe wie „soziale Lagen“ beziehen sich daneben auch auf sogenannte neue soziale Ungleichheiten, die alte, durch soziale Schichtung determinierte Ungleichheiten überlagern, verstärken oder abschwächen. In Dimensionen „neuer“ sozialer Ungleichheiten treten neben objektiven Merkmalen der Benachteiligung auch subjektive Merkmale in den Mittelpunkt der Betrachtung.

16.1 Soziale Lagen in Deutschland

Im folgenden wird ein Gesamtbild der Sozialstruktur der Bundesrepublik präsentiert, das einzelne Elemente der sozialen Schichtung aufnimmt (vgl. Abb. 1). Die erwachsene Bevölkerung wird hier für West und Ost getrennt nach Männern und Frauen, unter und über 60jährigen und nach insgesamt 17 Lagen der Erwerbstätigen und der Nichterwerbstätigen aufgegliedert. Im Blickpunkt steht die Sozialstruktur 1995. Durch die Vergleichswerte zum Jahr 1990 in Westdeutschland und Ostdeutschland wird darüber hinaus die Richtung des sozialen Wandels illustriert. In Tabelle 1 werden dazu ergänzend Daten über die soziale Mobilität, d.h. die Bewegung der Personen zwischen 1990 und 1995 innerhalb dieser sozialen Lagen, dokumentiert. In Tabelle 2 wird darüber hinaus aufgezeigt, inwieweit mit den einzelnen sozialen Lagen auch unterschiedliche Lebensbedingungen und ein unterschiedliches Niveau im Bereich des subjektiven Wohlbefindens verknüpft sind.

Die massivsten Veränderungen der Sozialstruktur hat es nach 1990 auf dem ost-deutschen Arbeitsmarkt gegeben. Aus einer ursprünglich vollbeschäftigten Ar-

Abb. 1: Soziale Lagen in West- und Ostdeutschland



Datenbasis: SOEP 1990/1995.

beitsgesellschaft ist eine zerklüftete Beschäftigungsstruktur geworden, die sich im Zeitverlauf rasch gewandelt hat. Arbeitslosigkeit, Arbeitsbeschaffungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, Vorruhestand und Hausfrauenrolle sind für einen erheblichen Teil der ehemals Erwerbstätigen in der DDR zumeist ungewollte neue Lebensformen geworden. In der Folgezeit hat sich die Geschwindigkeit des ostdeutschen Transformationsprozesses jedoch deutlich verringert. Der allgemeine Trend ist unbestreitbar: eine beachtliche Annäherung der ostdeutschen Mobilität an das west-deutsche Niveau. Die erheblichen Turbulenzen der ersten Jahre sind somit in eine etwas ruhigere Periode eines stetigen, wenn auch langsamen Aufbaus übergegangen. Die zunächst erhebliche, transformationsbedingte Mobilität, von der nahezu alle ostdeutschen Erwerbstätigen betroffen waren, reduziert sich nach 1994 auf Dimensionen, wie sie in Westdeutschland üblich sind. Das Ausmaß der ostdeutschen Mobilität hat im betrachteten Zeitraum seit 1990/91 jährlich abgenommen, während es im Westen in diesem Zeitraum relativ konstant blieb. In der westdeutschen Sozialstruktur fällt einzig die Zunahme der Frauenerwerbstä-

Tab. 1: Mobilität sozialer Lagen von 1990 nach 1995,
Personen unter 60 Jahren

Soziale Lagen 1995	Soziale Lagen 1995												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
	in % der sozialen Lage 1990												
Westdeutschland													
1 Leitende Angestellte	18	11	23	1	4	1	4	2	3	0	0	2	33
2 Selbständige	7	67	4	1	4	2	1	1	3	0	0	5	3
3 Hochqual. Angestellte, Beamte	5	4	73	1	9	0	1	0	3	1	0	3	2
4 Arbeiterelite	1	3	6	53	9	6	6	4	3	3	0	5	2
5 Qualifiz. Angestellte, Beamte	1	3	14	1	60	0	7	1	4	2	0	5	3
6 Facharbeiter	0	5	2	9	5	51	2	11	7	2	0	3	4
7 Einf. Angestellte, Beamte	1	4	3	0	23	0	44	5	4	1	1	7	6
8 Un-, angel. Arbeiter	0	1	0	3	4	9	5	52	13	2	0	4	6
9 Arbeitslos	0	8	3	2	4	2	6	9	28	5	5	8	21
10 Rentner unter 60 Jahren	0	0	2	0	0	0	2	0	0	86	0	0	9
11 In Ausbildung	0	3	6	1	25	25	8	5	4	2	2	11	10
12 Wehrdienst, Freistellung u. ä.	0	6	4	1	9	10	16	8	4	0	1	20	22
13 Nicht erwerbstätig, sonstiges	0	3	5	0	8	1	4	5	3	1	4	11	55
Ostdeutschland													
1 Leitende Angestellte	6	14	32	0	19	0	8	2	8	4	0	1	7
2 Selbständige	4	54	3	2	8	8	1	3	12	0	1	4	1
3 Hochqual. Angestellte, Beamte	3	9	43	1	20	2	6	1	8	1	0	3	3
4 Arbeiterelite	2	4	5	26	7	24	6	11	8	2	1	1	3
5 Qualifiz. Angestellte, Beamte	0	3	9	1	45	4	14	2	11	2	1	3	4
6 Facharbeiter	0	4	1	6	5	39	5	16	14	3	1	3	3
7 Einf. Angestellte, Beamte	0	1	1	0	15	11	24	10	24	5	0	5	3
8 Un-, angel. Arbeiter	0	1	1	1	3	14	4	24	32	5	2	5	8
9 Arbeitslos	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
10 Rentner unter 60 Jahren	0	0	0	0	0	0	0	0	0	84	0	0	16
11 In Ausbildung	0	1	0	3	13	29	13	4	8	0	3	17	8
12 Wehrdienst, Freistellung u. ä.	0	5	6	0	12	13	11	12	24	0	1	10	6
13 Nicht erwerbstätig, sonstiges	0	7	9	0	11	4	6	3	21	5	5	8	21

- Daten für 1990 nicht ausweisbar.

Datenbasis: SOEP 1990-1995.

tigkeit und die damit einhergehende Abnahme des Anteils der bisher Nichterwerbstätigen, d. h. insbesondere der Hausfrauen, ins Gewicht.

Obleich die Arbeitsmarktveränderungen in Ostdeutschland nahezu alle Gruppen umfaßt haben, läßt das gesamtdeutsche Bild der Sozialstruktur noch einige Nachwirkungen der hohen Erwerbsbeteiligung und besonderen Bedeutung der Erwerbsarbeit in der DDR-Gesellschaft (vgl. Teil II Kap. 4, 6 und 8) erkennen. Wir finden im Jahre 1995 noch immer eine überdurchschnittlich starke Besetzung mit männlichen und weiblichen Facharbeitern und bei einigen Angestelltenpositionen. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Ostdeutschland liegt gerade in den mittleren Altersgruppen noch deutlich über den entsprechenden Erwerbsquoten in Westdeutschland (vgl. Teil II Kap. 8).

Betrachtet man den Verbleib der früher Erwerbstätigen (vgl. Tab. 1), sind die enormen Unterschiede zwischen den tiefgreifenden Umbrüchen im Osten und der relativ stetigen Entwicklung im Westen, besonders deutlich zu erkennen. Wie in der Tabelle an den relativ hohen Anteilen in der Diagonalen ablesbar, verbleibt in praktisch allen sozialen Lagen von Erwerbstätigen die Mehrheit der Personen in ihrer Kategorie, und berufliche Aufstiege sind wahrscheinlicher als Abstiege. Dennoch ist auch in Westdeutschland von einer insgesamt mobilen Gesellschaft auszugehen. Im Osten finden sich davon abweichend umfangreiche Veränderungen in fast allen sozialen Lagen, und lediglich vergleichsweise kleinere Gruppen können ihren Status über die Zeit halten. Auf der einen Seite sind berufliche Abstiege aus höheren Statuslagen häufiger als in Westdeutschland; auf der anderen Seite sind auch nicht unbedeutende Aufstiege aus einfachen und mittleren Lagen zu beobachten.

Soziale Lagen sind auch als Handlungskontexte von Bedeutung, die unterschiedliche Chancen der Lebensgestaltung bieten. Die Ungleichheit der Lebensbedingungen, die mit der Zugehörigkeit zu den hier unterschiedenen sozialen Lagen verbunden ist, äußert sich beispielsweise in Einkommensunterschieden

Tab. 2: Indikatoren der objektiven und subjektiven Wohlfahrt in sozialen Lagen 1995

	Haushalts- nettoein- kommen pro Kopf		Zufriedenheit ¹ mit						Große Sor- gen über eigene wirt- schaftliche Lage	
			Lebens- standard		Einkommen		Leben			
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	Ø in DM		Ø						in %	
Unter 60 Jahren										
Leitende Angestellte	3 330	/	7,5	/	7,3	/	7,5	/	7	/
Selbständige	2 130	1 480	7,0	6,7	6,2	5,8	7,1	6,6	20	26
Hochqual. Angestellte, Beamte	2 500	1 790	7,6	6,8	7,1	6,4	7,3	6,8	8	10
Arbeiterelite	1 790	1 430	6,8	6,3	6,6	5,4	6,7	6,4	17	20
Qualifiz. Angestellte, Beamte	2 000	1 530	7,3	6,6	6,7	5,7	7,2	6,6	10	21
Facharbeiter	1 630	1 310	7,0	6,5	6,2	5,6	7,1	6,7	16	22
Einf. Angestellte, Beamte	1 730	1 350	7,0	6,4	6,3	5,6	7,1	6,3	14	21
Un-, angel. Arbeiter	1 540	1 220	6,6	6,5	6,1	5,5	6,8	6,5	25	35
Arbeitslos	1 190	1 010	5,5	5,1	4,3	3,8	5,7	5,2	48	56
Rentner unter 60 Jahren	1 610	1 310	6,9	6,0	6,0	5,1	6,3	5,7	19	36
In Ausbildung	1 250	1 190	7,2	6,7	6,4	5,4	7,3	6,9	20	18
Wehrdienst, Freistellung u. ä.	1 250	980	6,8	6,1	5,8	4,4	7,1	6,6	22	33
Nicht erwerbstätig, sonstiges	1 440	1 150	7,1	6,4	6,5	4,9	7,0	6,6	16	26
60 Jahre und älter										
Nicht erwerbstätig	1 890	1 330	7,3	6,4	6,6	5,6	6,7	6,5	15	22
Erwerbstätig	2 150	/	7,2	/	6,7	/	7,2	/	7	/
Rentner	1 920	1 480	7,6	7,0	7,0	6,3	6,8	6,5	10	15

/ Fallzahl unter 30.

1 Mittelwert der Zufriedenheitsskala von 0 bis 10.

Datenbasis: SOEP 1990–1995.

und auch in einem unterschiedlichen subjektiven Wohlbefinden (vgl. Tab. 2). Die Ost-West-Unterschiede sind gerade in den Einkommensverhältnissen immer noch beträchtlich (vgl. Teil II, Kap. 9 und 10), auch wenn sich der Abstand zu den westdeutschen Vergleichsgruppen seit 1990 zum Teil beachtlich verringert hat. Vergleicht man die finanzielle Situation der verschiedenen sozialen Lagen, dann liegen dabei die Gruppe der (Fach-)Arbeiter und der einfachen Angestellten näher am westdeutschen Niveau als höherqualifizierte Gruppen.

Mit den verschiedenen sozialen Lagen variiert auch das subjektive Wohlbefinden erheblich. In der Zufriedenheit mit dem Lebensstandard, dem Einkommen wie auch der allgemeinen Lebenszufriedenheit manifestiert sich das nach wie vor bestehende Wohlfahrtsgefälle zwischen West und Ost für alle betrachteten sozialen Lagen. Es zeigt sich zudem, daß in Ostdeutschland die Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation weiterhin für fast alle Gruppen über dem westdeutschen Niveau liegen.

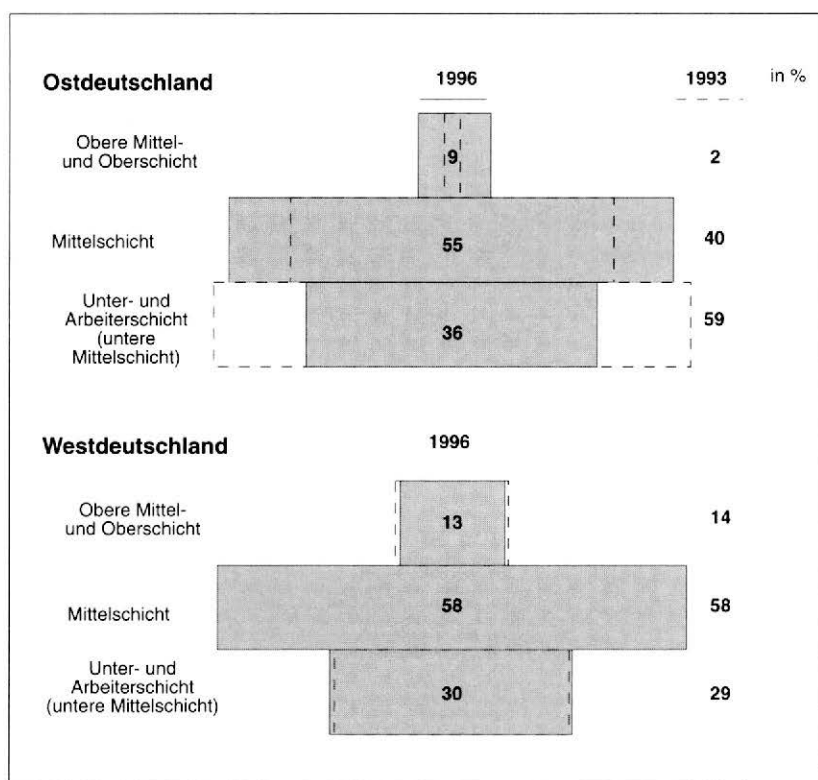
16.2 Subjektive Schichtzugehörigkeit

Eine wesentliche Ergänzung des Bildes der Sozialstruktur liefern Informationen über die subjektive Schichteinstufung. Angaben darüber, wie sich Personen in eine vorgegebene Rangordnung sozialer Schichten einstufen, bieten vor allem Aufschlüsse darüber, wie verschiedene Bevölkerungsgruppen innerhalb der Gesellschaft ihren eigenen Status im Vergleich zu anderen wahrnehmen und bewerten, welchem sozialen Milieu sie sich zuordnen und aus welcher Perspektive sie am gesellschaftlichen Leben partizipieren, Fragen, die auch heute noch im Vergleich von Ost- und Westdeutschland von Interesse sind.

Die Unterschiede in der Struktur der sozialen Schichtung, die sich auf der Basis der subjektiven Einstufung der Befragten im Vergleich der alten und neuen Bundesländer ergeben, waren im dritten Jahr nach der Wiedervereinigung noch eklatant: Während sich für die neuen Bundesländer im Jahre 1993 eine pyramidenförmige Schichtstruktur mit einer breiten Basis ergab, wie sie für Arbeitergesellschaften charakteristisch ist, wies die Verteilung in den alten Bundesländern die typische Zwiebelform einer Mittelschichtgesellschaft auf (vgl. Abb. 2). Aber auch in der Dimension der subjektiven Schichtzugehörigkeit sind bis 1996 Verschiebungen in Richtung einer Angleichung zu erkennen: Die Pyramidenform in Ostdeutschland verwandelt sich allmählich in die Zwiebelform.

1993 identifizierte sich noch eine deutliche Mehrheit von 59 % aller Ostdeutschen mit der Unter- bzw. Arbeiterschicht und lediglich vier von zehn Befragten ordneten sich der Mittelschicht zu. Bis 1996 wächst der Mittelschichtanteil auf 55 %, und darunter ordnen sich nur noch 36 % der ostdeutschen Bevölkerung ein. In Westdeutschland sind demgegenüber nur wenige, leichte Verschiebungen zu beobachten. Bereits 1993 betrachten sich nur noch 29 % aller Bürger der Arbeiter-

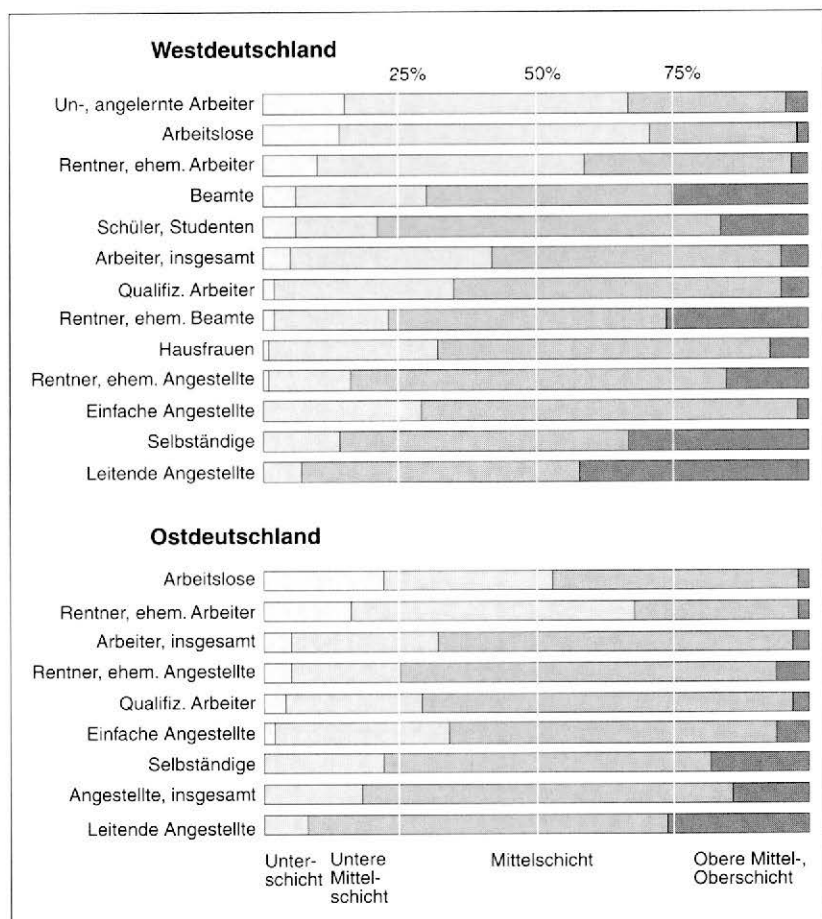
Abb. 2: Subjektive Schichteinstufung 1993 und 1996



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993, Buseinschaltung 1996.

schicht zugehörig, und mehr als jeder zweite identifiziert sich mit der Mittelschicht. Daran hat sich bis 1996 praktisch nichts geändert. Auch der Anteil derjenigen, die sich als Angehörige der oberen Mittelschicht und Oberschicht betrachten, war im Westen 1993 mit 13 % bis 14 % erheblich größer als im Osten, wo sich damals lediglich 2 %, 1996 aber bereits 9 % der gesellschaftlichen „Elite“ zurechneten. Im Vergleich zu früheren Erhebungszeitpunkten sind somit bemerkenswerte Veränderungen, d. h. Tendenzen zur Angleichung der früher unterschiedlichen Strukturen festzustellen. Es hat den Anschein, als ob im Unterschied zu der rasanten Dynamik im Bereich der beruflichen Mobilität die Strukturen der sozialen Schichtung, wie sie sich auf der Basis individueller subjektiver Einstufungen ergeben, erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung in Bewegung geraten sind. Ein ähnlicher Prozeß ergab sich für das subjektive Wohlbefinden, das langsamer zunahm, als die Entwicklung der objektiven Lebensbedingungen hatte erwarten lassen.

Abb. 3: Subjektive Schichteinstufung nach Statusgruppen



Datenbasis: Sozialwissenschaftenbus 1996.

Obwohl die subjektive Schichteinstufung nicht nur von objektiven Faktoren bestimmt wird, sondern auch von dem zugrundeliegenden Bezugsrahmen und den verwendeten Vergleichs- und Bewertungsmaßstäben abhängt, ist in Ostdeutschland wie in Westdeutschland ein enger und in seinem Muster weitgehend identischer Zusammenhang mit dem sozioökonomischen Status festzustellen. Wer z.B. eine Arbeiterposition einnimmt oder eingenommen hat, identifiziert sich auch subjektiv überwiegend mit der Arbeiterschicht, wer einen Angestellten- oder Beamtenstatus hat, ordnet sich mit höherer Wahrscheinlichkeit der Mittelschicht zu

(vgl. Abb. 3). Die Tatsache, daß sich Befragte aus den neuen Bundesländern in früheren Erhebungen über alle Statuskategorien hinweg zu größeren Anteilen mit der Arbeiterschicht und zu geringeren Teilen mit der Mittel- und Oberschicht identifizieren, machte deutlich, daß die Ost-West-Differenzen in der subjektiven Schichteinstufung nur in begrenztem Umfang mit Unterschieden in der Verteilung auf die verschiedenen Statuskategorien erklärt werden konnte. Auch dies hat sich inzwischen geändert. Vor allem bei ostdeutschen Erwerbstätigen (vgl. Abb. 3) ist nunmehr ein deutlicher Zusammenhang zwischen beruflichem Status und subjektiver Schichteinstufung zu finden. Überraschend ist, daß 1996 Gruppen wie beispielsweise die der qualifizierten Arbeiter sich bereits zu höheren Anteilen als die westdeutsche Vergleichsgruppe (68% gegenüber 60%) der Mittelschicht zugehörig fühlen.

Tab. 3: Subjektive Schichteinstufung und Bewertung der Lebensbedingungen

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	Unter-schicht	Untere Mittel-schicht	Mittel-schicht	Ober-schicht	Unter-schicht	Untere Mittel-schicht	Mittel-schicht	Ober-schicht
	in %							
Lebensbedingungen haben sich 1990 verbessert	14	18	20	29	16	39	56	76
Verlauf der persönlichen Lebensverhältnisse: aufsteigend	20	27	24	33	19	34	42	49
Wirtschaftliche Situation des Haushaltes seit 1990 verbessert	8	16	19	26	11	39	59	72
Wirtschaftliche Situation des Haushaltes in fünf Jahren besser	18	18	17	27	18	21	30	47
Mittelwert (\bar{x})								
Allgemeine Lebenszufriedenheit	6,8	7,2	7,4	8,3	6,8	7,0	6,8	6,7
Zufriedenheit mit Lebensbereichen								
Lebensstandard	5,8	6,8	7,7	8,6	4,3	6,6	7,2	7,8
Wohnung	7,3	7,7	8,2	8,7	6,2	7,0	7,4	7,7
Umwelt	7,3	7,5	7,7	7,9	6,5	6,5	6,8	9,1
Öffentliche Sicherheit	6,2	5,9	5,5	5,5	3,7	3,9	4,1	4,3
Politische Partizipation	5,3	5,7	6,1	6,3	4,8	5,5	5,3	6,4
Netz der sozialen Sicherung	5,9	5,8	5,7	6,0	4,1	4,9	5,4	5,0

Datenbasis: Sozialwissenschaftenbus 1996.

Daß die subjektive Zuordnung zu den verschiedenen sozialen Schichtungen einen Indikator für differentielle Lebenschancen darstellt, kann aus den Ergebnissen in

Tabelle 3 abgelesen werden. Sowohl im Hinblick auf die Bewertung des bisherigen Transformationsprozesses als auch in Bezug auf die Zufriedenheitseinschätzungen einzelner Lebensbereiche sind bemerkenswerte Unterschiede zwischen den sozialen Schichten festzustellen. Ganz allgemein ist festzustellen, daß mit höheren sozialen Schichten auch bessere Lebensbedingungen und ein entsprechend höheres Wohlbefinden verknüpft sind. Dies gilt im Prinzip für Ost- und Westdeutschland, wobei die schichtspezifischen Differenzen in Ostdeutschland jedoch stärker ausgeprägt sind. Während beispielsweise der Einschätzung, die Lebensbedingungen hätten sich seit 1990 verbessert, in Westdeutschland 29 % der Oberschicht, aber lediglich 14 % derjenigen, die sich der Unterschicht zugehörig fühlen, zustimmen, liegt die Bandbreite in Ostdeutschland zwischen 16 % und 76 %. Bei der Bewertung des Verlaufs der persönlichen Lebensverhältnisse, bei der wahrgenommenen Verbesserung der wirtschaftlichen Situation des eigenen Haushaltes und dessen zukünftiger Entwicklung sind ähnlich große Differenzen zu beobachten. In der Dimension des Wohlbefindens bleibt allerdings der Abstand zu den westlichen Vergleichsgruppen weitgehend gewahrt, und die zum Teil durchaus sehr positive Bewertung einzelner Lebensbereiche schlägt sich in der allgemeinen Lebenszufriedenheit (noch) nicht nieder.

(Roland Habich/Heinz-Herbert Noll/Thomas Bulmahn)

E Bürger und Politik

17 Politische Integration und politisches Engagement

Mit der Vereinigung Deutschlands stellt sich nicht nur die Frage nach der wirtschaftlichen, kulturellen und institutionellen Integration, sondern auch die Frage nach der Integration der Bürger in die politische Willensbildung. Für eine Demokratie ist es entscheidend, wie stark ihr die Einbeziehung der Bürger in das politische Geschehen gelingt. In diesem Zusammenhang spricht man auch von politischer Integration. Unter politischer Integration versteht man den Prozeß, in dessen Verlauf die Bürger durch ihre eigene politische Beteiligung in den politischen Willensbildungsprozeß einbezogen werden und dadurch sowohl die demokratischen „Spielregeln“ anerkennen als auch Loyalitätsbeziehungen gegenüber den politischen Institutionen und Akteuren entwickeln, die allgemein verbindliche Entscheidungen vorbereiten oder treffen und deren Entscheidungen sie als Staatsbürger unterworfen sind.

Es ist eine offene Frage, wieviel politische Beteiligung der Bürger einer Demokratie braucht. Hierzu existieren unterschiedliche Meinungen, die von Positionen reichen, die dem Ausmaß politischer Beteiligung wenig Bedeutung für das Funktionieren eines demokratischen politischen Systems beimessen, bis hin zu Positionen, die davon ausgehen, daß ein politisches System erst dann die Demokratie verwirklicht hat, wenn eine umfassende politische Beteiligung aller Bürger realisiert ist. Die Frage nach dem „richtigen“ Ausmaß politischer Beteiligung ist nur normativ, nicht aber empirisch zu beantworten. Man kann jedoch davon ausgehen, daß es ein Warnsignal für eine Demokratie ist, wenn eine Gesellschaft hinter das bereits einmal erreichte Ausmaß politischer Integration der Bürger zurückfällt. Wie sich die politische Integration der Bürger – gemessen an dem Ausmaß politischer Beteiligung – entwickelt hat, kann also im Gegensatz zu der Frage, welches Ausmaß an Beteiligung das richtige für eine Demokratie ist, empirisch beantwortet werden.

Für die Bundesrepublik stellt sich die Frage nach der Entwicklung politischer Beteiligung als Gradmesser politischer Integration aber nicht nur unter dieser Perspektive. Nach der Vereinigung ist es mindestens ebenso wichtig, ob und in welchem Ausmaß die Bürger in den neuen Bundesländern in das politische System hineingewachsen sind und ob der Zugang zum politischen Willensbildungsprozeß auf vergleichbarem Niveau gewährleistet ist. Diese Frage ist nicht nur im Hinblick auf die politische Integration, sondern auch im Hinblick auf die Gleichheit der Einflußmöglichkeiten in der politischen Willensbildung wichtig. Aus der empirischen

Forschung über die politische Beteiligung der Bürger weiß man, daß Bürger, die sich stärker als andere politisch beteiligen, auch größere Chancen haben, daß ihre Interessen und Anliegen bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Deshalb soll hier der Frage nachgegangen werden, wie sich die politische Integration der Bürger in den politischen Prozeß entwickelt hat. Dazu sollen in einem ersten Schritt das politische Interesse, die Beteiligung bei Wahlen und die Beteiligung an nicht-institutionellen Formen politischer Partizipation betrachtet werden. In einem zweiten Schritt geht es um die Frage, in welchem Maße Bürger, vermittelt über die Mitgliedschaft in Interessengruppen und Parteien, in den politischen Willensbildungsprozeß eingebunden sind.

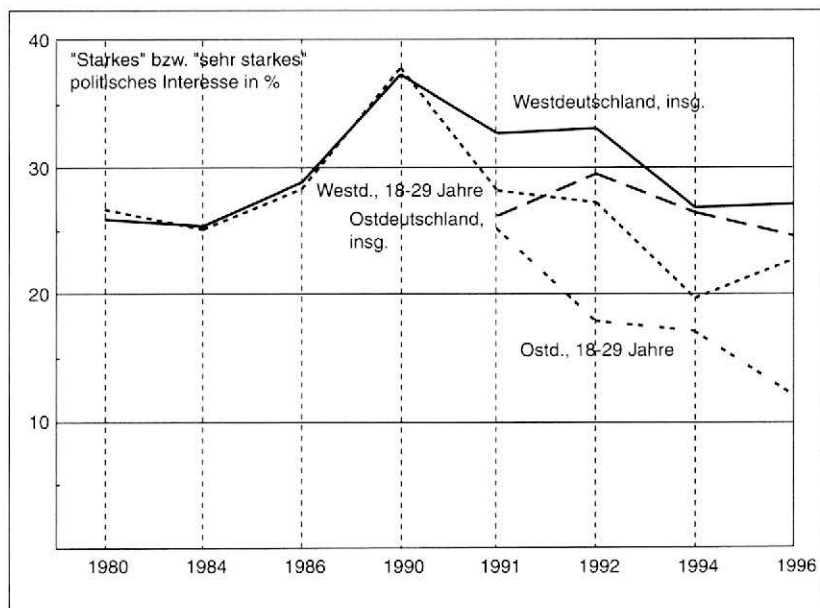
17.1 Politisches Interesse und politische Partizipation

Das Interesse der Bürger für Politik ist ein wichtiger Gradmesser, inwieweit sie das politische Geschehen registrieren und an ihm teilnehmen. Es ist ein guter Indikator dafür, ob das politische Geschehen von den Bürgern als etwas betrachtet wird, das für den einzelnen wichtig genug ist, um sich darüber zu informieren und sich gegebenenfalls auch dafür zu engagieren. Das politische Interesse der Bürger wird durch die einfache Frage „Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, mittel, wenig oder überhaupt nicht?“ in vergleichbarer Form bereits seit 1969 in repräsentativen Bevölkerungsumfragen erfaßt. Danach hat sich der Anteil derjenigen, die sich für Politik „überhaupt nicht“ interessieren, von etwa 16% im Jahre 1969 auf unter 6% Anfang der 90er Jahre reduziert, seit 1994 steigt er allerdings wieder etwas an. Im gleichen Zeitraum hat sich der Anteil derjenigen, die sich „stark“ oder sogar „sehr stark“ für Politik interessieren, von 18% im Jahre 1969 auf knapp 30% erhöht, mit einem deutlichen Spitzenwert von 37% im Jahr der Vereinigung.

Langfristig gesehen sind heute also mehr Bürger in das politische Geschehen einbezogen als noch vor knapp drei Jahrzehnten. Werden die letzten anderthalb Jahrzehnte etwas genauer betrachtet, zeigt sich jedoch, daß das Interesse an der Politik nach dem Jahr der deutschen Vereinigung deutlich nachgelassen hat. Kann nach dem Spitzenwert von 1990 für die Jahre 1991 und 1992 noch davon ausgegangen werden, daß der Anteil der Bürger, die sich „stark“ oder „sehr stark“ für Politik interessieren, im langfristigen Trend liegt, gilt das danach nicht mehr. Und bereits 1991 setzte eine Entwicklung ein, die nicht ganz unproblematisch ist. Während in den Jahren von 1980 bis 1990 sich junge Leute (zwischen 18 und 29 Jahren) nicht vom Bevölkerungsdurchschnitt unterschieden, zeigt sich danach ein Auseinanderdriften von Gesamt- und junger Bevölkerung. Das Interesse der jungen Leute an der Politik nimmt schneller ab als im Bevölkerungsdurchschnitt. Dieser Befund gilt für alte wie neue Bundesländer, ist allerdings in den neuen Ländern stärker ausgeprägt. Ohnehin ist das politische Interesse in den neuen Ländern niedriger als in den alten Ländern. Unter der jungen Bevölkerung geht der

Anteil derjenigen, die sich „stark“ oder „sehr stark“ für Politik interessieren, sogar auf einen Anteil von knapp über 10% zurück (vgl. Abb. 1).

Abb. 1: Die Entwicklung des politischen Interesses 1980–1996

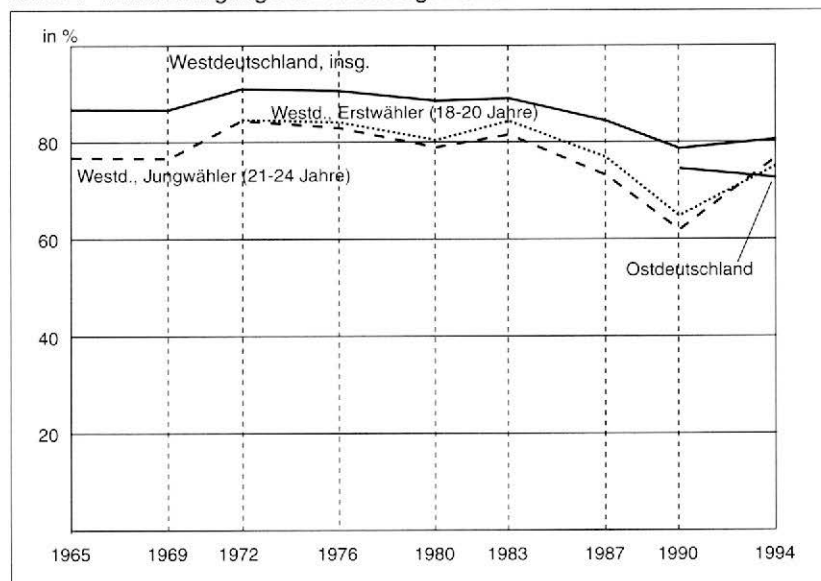


Datenbasis: Allbus 1980–1996.

Diese Entwicklung ist problematisch, weil aus der politischen Verhaltensforschung bekannt ist, daß Erfahrung mit der Politik zur Einbindung und Integration ins politische Geschehen führt. Entziehen sich die Bürger der Möglichkeit, Erfahrung zu sammeln, ist auch ihre politische Integration in Frage gestellt. Es ist in diesem Zusammenhang der Rückzug der jungen Generation aus der Politik diskutiert worden, und einige Entwicklungen sprechen für diese These. Was sich in der Entwicklung des politischen Interesses erst seit 1990 zeigt, findet in der Wahlbeteiligung schon seit der Bundestagswahl 1987 seinen Ausdruck. Nach der repräsentativen Wahlstatistik lag die Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen in der alten Bundesrepublik 1987 fast fünf und 1990 etwa 12 Prozentpunkte unter dem Mittelwert von 88,8% zwischen 1965 und 1987. Auch bei der Bundestagswahl 1994 lag die Wahlbeteiligung noch etwa acht Prozentpunkte unter dem langfristigen Trend. Besonders bedeutsam ist an dieser Entwicklung aber, daß der Niedergang der Wahlbeteiligung bei den Erst- und Jungwählern überdurchschnittlich hoch war. Sie lag 1987 etwa sieben, 1990 dann bereits 18 Prozentpunkte unter dem langfristigen Durchschnitt bei Jung- und Erstwählern, der etwas

mehr als 80% betrug. Für 1994 existieren keine Daten der repräsentativen Wahlstatistik. Insofern sind auch keine verlässlichen Aussagen über das Erst- und Jungwählerverhalten möglich. Die Wahlbeteiligung in den alten Ländern ist jedoch in der Bevölkerung insgesamt 1994 wieder etwas gestiegen. In den neuen Ländern lag die Wahlbeteiligung schon 1990 deutlich unter der in den alten Bundesländern. Durch die weitere Verringerung in den neuen und die leichte Verbesserung in den alten Bundesländern öffnet sich 1994 eine Schere in der Wahlbeteiligung zwischen Ost und West (vgl. Abb. 2).

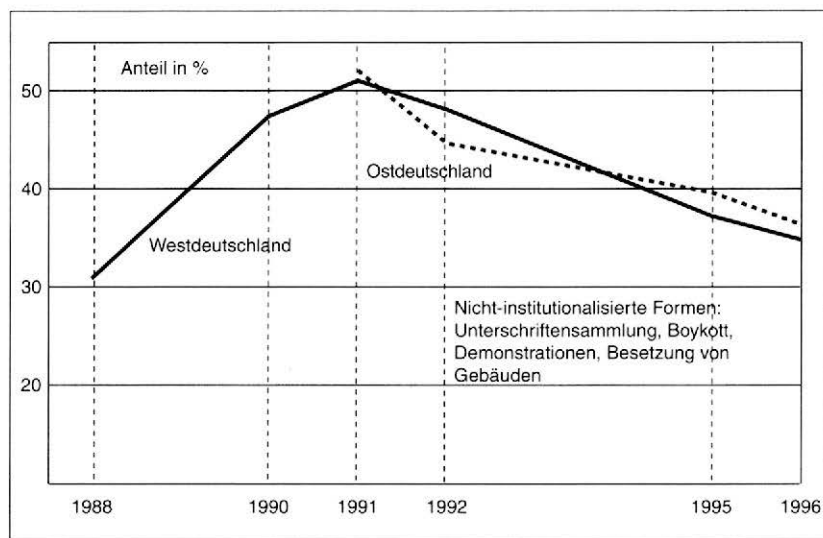
Abb. 2: Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen



Quelle: Repräsentative Wahlstatistik.

Auch die progressive Entwicklung nicht-institutionalisierter Beteiligung (z. B. Unterschriftensammlungen, Demonstrationen, Proteste, Boykotts) scheint an ein vorläufiges Ende gekommen zu sein. Zwischen 1988 und 1991 ist der Anteil der Bürger, die angaben, sich derartiger politischer Handlungsformen bereits bedient zu haben, von 31% auf 51% kontinuierlich angestiegen. Ab 1992 sinkt dieser Anteil stark ab und erreicht 1996 fast wieder das Niveau von 1988. Auch in Ostdeutschland sinkt der Anteil der Bürger, die sich dieser Formen politischer Beteiligung bedient haben, von 52% 1991 auf 37% im Jahre 1996 ab (vgl. Abb. 3). Diese Entwicklung paßt zu dem bekannten Befund, daß nicht-institutionalisierte Formen politischer Beteiligung traditionelle institutionalisierte Formen wie z. B. Wählen nicht ersetzen, sondern ergänzen. Nimmt die traditionelle Beteiligung ab, ist auch mit einer Abnahme eher unkonventioneller Formen zu rechnen.

Abb. 3: Die Entwicklung nicht-institutionalisierter Form politischer Beteiligung 1988–1996



Datenbasis: Allbus 1980, 1990, 1991, 1992, KSPW-Bus 1995, Sozialwissenschaftenbus 1996/2.

Alle drei Indikatoren zur politischen Integration – politisches Interesse, Wahl- und nicht-institutionalisierte Beteiligung – verweisen darauf, daß seit Ende der 80er Jahre die Einbeziehung der Bürger in den politischen Prozeß abnimmt. Dabei mag die deutsche Vereinigung, die das politische System insgesamt unter „Streß“ gesetzt und die Bürger verunsichert haben mag, eine gewisse Rolle spielen. Alleiniger Grund ist sie allerdings nicht, wie die bereits früher einsetzende negative Entwicklung der Wahlbeteiligung in der alten Bundesrepublik zeigt. Bedeutsam ist die Vereinigung gleichwohl, denn die Integration der Bürger der neuen Bundesländer hat bislang nicht das Niveau der alten Bundesländer erreicht, und bei der jungen Bevölkerung ist die Entwicklung trotz positiver Entwicklung im Durchschnitt nach wie vor negativ.

17.2 Bindung an Interessengruppen und politische Parteien

Ein weiterer Indikator für die Integration der Bürger in den politischen Prozeß ist die Mitgliedschaft in Interessengruppen und politischen Parteien. Sie sind meist durch gesellschaftliche Selbstorganisation entstanden und dienen dem Zweck der Vertretung gemeinsamer politischer, wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Inter-

essen. Interessengruppen nehmen die Interessen ihrer Mitglieder auf verschiedenen Wegen wahr, z.B. durch das Einwirken auf Parteien, Parlamente, Regierungen und Behörden oder die Öffentlichkeit allgemein. Politische Parteien sind unmittelbar Akteure des Regierungssystems. Da die Mitgliedschaft freiwillig ist, ist der Grad, zu dem Bürger sich in Interessengruppen und politischen Parteien organisieren, ein zentrales Merkmal der politischen Integration. Anders als die Wahlbeteiligung oder Formen nicht-institutionalisierter Beteiligung, die für den einzelnen singuläre Ereignisse bleiben können, zeichnen sich Mitgliedschaften in Interessengruppen und politischen Parteien dadurch aus, daß sie in der Regel langfristig sind. Verliert die Mitgliedschaft in Interessengruppen und politischen Parteien für den einzelnen an Attraktivität, so ist dies ein Warnsignal für die jeweilige Organisation. Geschieht dies in großem Umfang, ist dies auch ein Warnsignal für das politische Gemeinwesen insgesamt.

Im internationalen Vergleich zeichnet sich die alte Bundesrepublik durch einen mittleren Organisationsgrad aus. In Westeuropa sind nur die Niederlande und die skandinavischen Länder stärker organisiert. Der Anteil der Bürger, die in Interessengruppen organisiert sind, liegt zwischen 1986 und 1992 in den alten Bundesländern relativ konstant bei knapp 40%. Auch der Anteil der Parteimitglieder in der Bevölkerung ist in diesem Zeitraum im Durchschnitt mit knapp 4% relativ konstant. Der Anteil der Mitglieder in Freizeitvereinen liegt in etwa so hoch wie derjenige an Mitgliedschaften in Interessengruppen. Insgesamt nehmen damit mehr als 60% der Bürger in den alten Ländern über Mitgliedschaftsverhältnisse am gesellschaftlichen Leben teil (vgl. Tab. 1).

In den neuen Bundesländern lag der Anteil der Mitglieder in Interessengruppen an der erwachsenen Bevölkerung 1991 deutlich höher als in den alten Ländern, was insbesondere auf den sehr hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad zurückzuführen ist. Doch die Mitgliedschaft in Interessengruppen nimmt in den neuen Ländern rapide ab. 1992 lag der Mitgliederanteil nur noch geringfügig über dem in den alten Ländern. Mitgliedschaften in Freizeitvereinen sind in den neuen Ländern erheblich seltener als in den alten Ländern, der Anteil derjenigen, die über Mitgliedschaftsverhältnisse am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, dementsprechend niedriger und abnehmend.

Für die Erfassung aller Mitgliedschaften der Bürger in Interessengruppen, Parteien und Vereinen steht Zahlenmaterial nur bis 1992 zur Verfügung, danach nur noch für die Mitgliedschaft in Gewerkschaften und politischen Parteien. Von besonderem Interesse ist angesichts der Entwicklung des politischen Interesses und der Wahlbeteiligung, ob sich auch bei den Mitgliedschaften ein Auseinanderdriften der jüngeren und älteren Bevölkerung ergibt. Bleibt bei den Interessengruppen und politischen Parteien der Nachwuchs aus, ist das nicht nur kennzeichnend für die aktuelle Situation, sondern wirkt sich auch auf die Zukunft dieser Organisationen aus. Die Entwicklung in den alten Bundesländern, bezogen auf alle Interessengruppen zwischen 1986 und 1992, ergibt einen relativ konstanten Mitgliedschaftsanteil von etwas über 40% in der Bevölkerung ab 30 Jahre. Demgegenüber

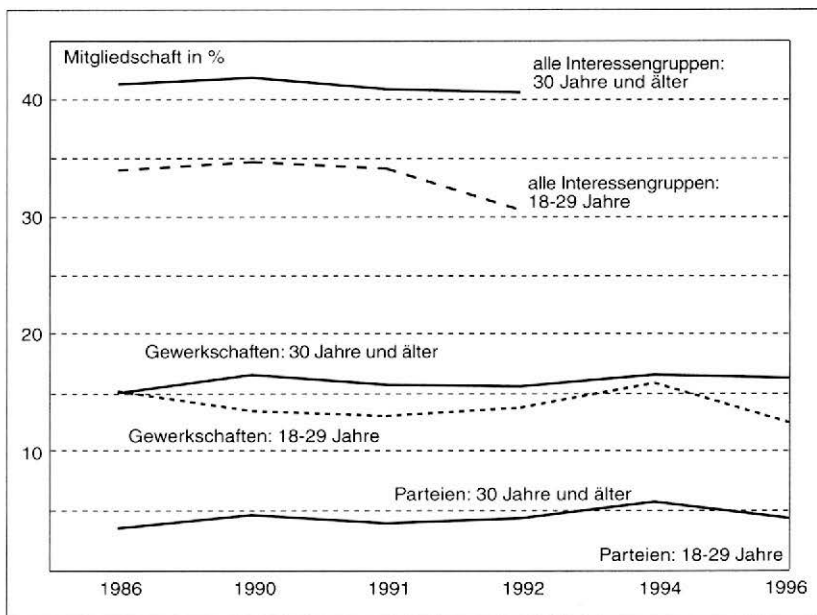
Tab. 1: Mitgliedschaft in Interessengruppen, Parteien und Vereinen in Deutschland 1986–1992

	1986	1990	1991		1992	
			West	Ost	West	Ost
		in %				
Interessengruppen						
I. Arbeit und Wirtschaft						
Gewerkschaften						
DGB	14	13	13	32	13	24
DAG	1,5	2,7	2,2	2,5	2,2	2,8
CGB (Christl.)	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1
Beamtenbund	2,0	2,0	1,9	0,4	1,5	0,5
Verband freier Berufe	1,2	1,4	0,8	0,8	0,9	0,7
anderer Berufsverband	3,8	3,5	5,2	3,6	4,3	4,4
ULA (leit. Angest.)	0,1	0,3	0,1	0,1	0,3	0,0
Unternehmerverband	0,2	0,3	0,2	0,5	0,4	0,1
Gewerbeverband	1,3	1,3	0,9	2,7	1,3	2,7
Bauernverband	1,0	0,6	0,8	0,6	0,5	0,1
II. Weltanschauung/ideell						
Bürgerinitiative	0,7	1,2	1,0	0,3	1,0	0,3
Kirchlicher Verein	6,0	5,9	5,5	1,7	5,8	1,4
III. Sozialbereich						
Vertriebenenverband	1,0	1,0	0,7	0,1	0,8	0,3
Wohlfahrtsverband	3,7	2,9	3,4	1,2	3,1	1,2
Jugendorganisation	0,4	1,1	1,0	0,1	0,8	0,7
IV. andere						
Politische Parteien	3	4	4	3	4	3
Freizeitvereine						
Gesangverein	5	6	4	1	5	2
Sportverein	27	27	26	9	27	10
Hobbyverein	5	7	7	4	7	3
Heimatverein	6	6	5	1	4	1
sonst. gesell. Verein	7	10	6	1	5	1
Mitglied in Interessengruppen	40	40	39	48	39	41
Mitglied in Verein	39	42	39	14	39	16
Nirgendwo Mitglied	39	36	38	45	40	49

Datenbasis: ALLBUS 1986, 1990, 1991, 1992.

liegt der Anteil bei den 18- bis 29jährigen deutlich darunter, und er nimmt seit 1990 leicht ab. Betrachtet man die Entwicklung der Gewerkschaftsmitgliedschaft 1986 bis 1996, ist zwar auch hier die jüngere Bevölkerung etwas geringer organisiert, ein Auseinanderdriften von jüngerer und älterer Bevölkerung läßt sich allerdings allenfalls zwischen 1994 und 1996 feststellen. Bei der Mitgliedschaft in politischen Parteien ist die Differenz im Mitgliedschaftsanteil zwischen jüngerer und älterer Bevölkerung in diesen zehn Jahren relativ konstant (vgl. Abb. 4).

Abb. 4: Die Entwicklung von Mitgliedschaften in Interessengruppen und Parteien in zwei Altersgruppen (Westdeutschland)

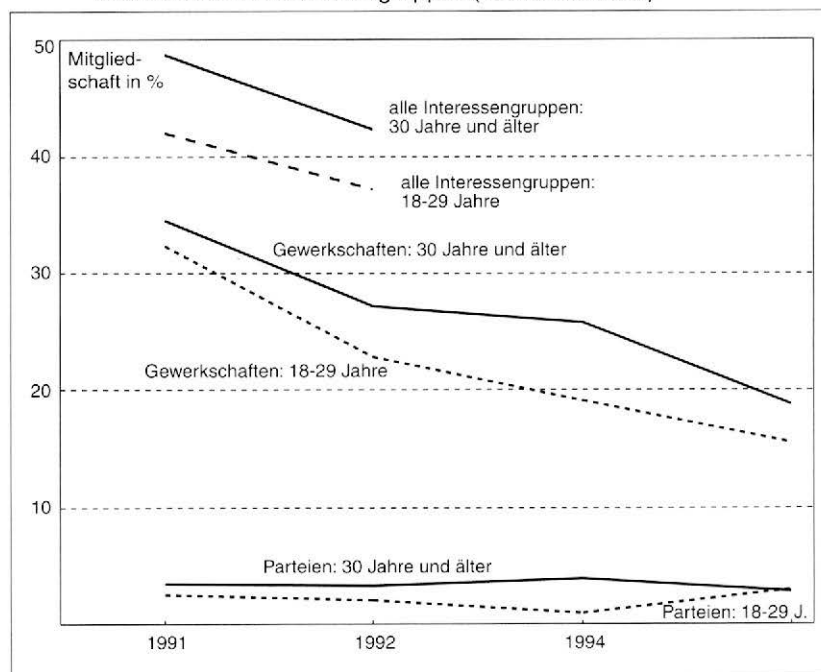


Datenbasis: Allbus 1986, 1990, 1991, 1992, 1994, 1996.

In den neuen Bundesländern ist der generelle Befund der gleiche: Ältere sind höher organisiert als Jüngere. Ein Auseinanderdriften von jüngerer und älterer Bevölkerung läßt sich nicht feststellen. Allerdings geht die Mitgliedschaft in allen Interessengruppen zwischen 1991 und 1992 massiv zurück, und bezogen auf die Gewerkschaften liegt zwischen 1991 und 1996 ein kontinuierlicher negativer Trend vor. Die Entwicklung bei den politischen Parteien ist hingegen auf geringerem Niveau als in den alten Ländern relativ konstant (vgl. Abb. 5).

Insgesamt erweisen sich damit Mitgliedschaftsverhältnisse in den alten Ländern als relativ stabil, auch wenn es Hinweise darauf gibt, daß die junge Bevölkerung den Interessengruppen in den 90er Jahren mehr fernbleibt als früher. Im Gegensatz zu den anderen Indikatoren politischer Integration zeigt sich hier also kein Einbruch in den alten Ländern. Mitgliedschaftsverhältnisse scheinen die Entwicklung abnehmender politischer Integration noch aufzufangen. Demgegenüber ist die Entwicklung in den neuen Ländern problematisch. Alle Indikatoren verweisen auf eine wachsende Abnahme der Einbindung der Bürger in den politischen Prozeß. Damit stellt sich die Frage nach der politischen Integration in Deutschland, nicht nur bezogen auf die Bevölkerung insgesamt, sondern insbesondere hin-

Abb. 5: Die Entwicklung von Mitgliedschaften in Interessengruppen und Parteien in zwei Altersgruppen (Ostdeutschland)



Datenbasis: Allbus 1991, 1992, 1994, 1996.

sichtlich des Unterschieds zwischen Ost und West. Die Einbeziehung der Bürger in den neuen Ländern in die politische Willensbildung scheint zunehmend weniger zu gelingen.

(Bernhard Weißels/Hans-Dieter Klingemann)

18 Sozialstaat und Demokratie

Mit dem Beitritt der fünf neuen Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschland ist auch auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ein liberal-demokratisches und sozialstaatliches Institutionengefüge errichtet worden. Die Funktionsfähigkeit dieses institutionellen Arrangements hängt wesentlich von der Akzeptanz durch die Bürger ab. Wie aus einer Vielzahl von Studien bekannt ist, betrachten die Bürger der ehemaligen DDR auch nach dem Zusammenbruch des staatssozialistischen Systems die sozialpolitischen Errungenschaften dieses Systems als eine positive und erhaltenswerte Leistung.

Deshalb ist es eine offene Frage, wie sie den Sozialstaat der Bundesrepublik Deutschland bewerten. Im Vergleich zu den alten Ländern dürften die Bürger der neuen Länder umfassendere und ausgeprägtere Erwartungen an die sozialstaatlichen Leistungen haben.

18.1 Rolle des Staates in der Sozialpolitik

Als Kern des bundesrepublikanischen Sozialstaats wird die Absicherung der Bürger bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, im Alter und in Notsituationen bezeichnet. Die Frage, ob die Bürger eine staatliche Zuständigkeit in diesen Bereichen befürworten, kann deshalb als grundsätzliche Zustimmung zu diesem Sozialstaat gewertet werden (vgl. Tab. 1).

1991 ist in den alten Bundesländern mit 91% die Zustimmung zur staatlichen Zuständigkeit in diesen Kernbereichen bereits äußerst stark ausgeprägt. Dieser ausgesprochen hohe Zustimmungswert wird aber von den Bürgern der neuen Bundesländer noch übertroffen, dort umfaßt er mit 99% fast die gesamte Bevölkerung. Zwischen beiden Landesteilen gibt es danach zwar die erwarteten Unterschiede, diese sind aber geringer ausgeprägt als erwartet. Dies könnte daran liegen, daß sich der Sozialstaat der Bundesrepublik und das sozialistische System der Sozialpolitik hinsichtlich der Rolle des Staates in diesen Kernbereichen nur unwesentlich unterscheiden. Zwischen 1991 und 1994 nimmt in beiden Landesteilen die Zustimmung zur staatlichen Zuständigkeit geringfügig ab. Ob darin erste Anzeichen einer Abkehr vom Sozialstaat zum Ausdruck kommen, muß die weitere Entwicklung zeigen.

Die Analysen für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in den alten und neuen Bundesländern deuten aber darauf hin, daß die in den 90er Jahren wieder aufgeflamnte Diskussion um die Krise des Sozialstaats mit solchen Abkehrerscheinungen einhergeht. In beiden Landesteilen lassen sich 1991 zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen (Geschlecht, Alter, berufliche Stellung, ideologische Orientierung, Parteipräferenz) noch keine signifikanten Unterschiede finden. Dagegen

weisen 1994 die klassischen Gegner des Sozialstaats – die Selbständigen – sowohl in den alten als auch den neuen Bundesländern nur noch unterdurchschnittliche Zustimmungswerte zur staatlichen Zuständigkeit auf. Im Zuge der Diskussion um die Krise des Sozialstaats scheinen danach alte Konfliktlinien wie-

Tab. 1: Zuständigkeit des Staates für soziale Absicherung

	„Der Staat muß dafür sorgen, daß man auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat“			
	West		Ost	
	1991	1994	1991	1994
	in %			
Insgesamt	90	87	99	97
Geschlecht				
Männer	91	85	99	96
Frauen	90	89	99	97
Altersgruppen				
18–34 Jahre	94	92	100	97
35–59 Jahre	89	84	98	96
über 60 Jahre	88	87	98	99
Berufliche Stellung				
Selbständige	83	74	98	83
Beamte	90	84	100	94
Angestellte	88	83	99	96
Arbeiter	96	92	98	100
Arbeitslose	96	93	99	99
Rentner/Pensionäre	87	89	98	98
Ideologische Orientierung				
Links	92	89	99	98
Mitte	90	88	99	96
Rechts	88	82	99	93
Parteipräferenz				
PDS	–	–	100	99
Bündnis 90/Die Grünen	90	89	99	98
SPD	93	91	98	96
FDP	85	80	98	92
CDU/CSU	87	83	100	97
Republikaner	86	79	100	95

Datenbasis: Allbus 1991, 1994.

der aufzubrechen. Auf der Ebene der grundlegenden Zustimmung zum Sozialstaat überwiegt aber nach wie vor der Konsens. Denn auch 1994 ist die Mehrheit der Selbständigen in den alten (74%) und in den neuen Bundesländern (83%) für eine staatliche Zuständigkeit.

18.2 Kürzung von Sozialleistungen

Ein wesentliches Element der in den 90er Jahren neu aufgekommenen Krisendiskussion um den Sozialstaat sind die Kürzungen von Sozialleistungen. Mit dem Ziel der Sanierung der öffentlichen Haushalte und der Steigerung der Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft werden seit 1993 verstärkt Sozialleistungen gekürzt, weitere Kürzungen stehen noch bevor. In welchem Ausmaß die Bürger solche Maßnahmen unterstützen, darauf können Einstellungen zu Sozialleistungskürzungen eine Antwort geben.

Tab. 2: Kürzung von Sozialleistungen allgemein

	Sozialleistungen					
	Aus- weiten	Beibe- halten	Kür- zen	Aus- weiten	Beibe- halten	Kür- zen
	West			Ost		
	in %					
Insgesamt	28	60	12	71	28	1
Geschlecht						
Männer	23	62	14	63	35	1
Frauen	34	57	10	79	21	0
Altersgruppen						
18–34 Jahre	35	55	10	74	26	0
35–59 Jahre	25	63	12	69	30	1
über 60 Jahre	24	61	15	75	24	1
Berufliche Stellung						
Selbständige	8	63	29	49	45	6
Beamte	22	65	13	31	69	0
Angestellte	25	63	12	64	35	1
Arbeiter	29	62	9	72	28	0
Arbeitslose	56	41	3	85	15	0
Rentner/Pensionäre	23	62	15	78	22	0
Ideologische Orientierung						
Links	36	56	8	73	26	1
Mitte	27	62	11	72	27	1
Rechts	20	60	20	61	37	2
Parteipräferenz						
PDS	–	–	–	82	18	0
Bündnis 90/Die Grünen	38	57	5	68	31	1
SPD	30	62	8	74	25	1
FDP	25	60	15	68	32	0
CDU/CSU	18	64	18	55	43	2
Republikaner	25	51	24	79	14	7

Datenbasis: Allbus 1994.

Frägt man nach den Einstellungen zu Sozialleistungen allgemein – ob diese in Zukunft gekürzt werden sollen, ob sie so bleiben sollen wie bisher oder ob sie ausgeweitet werden sollen – so unterscheiden sich erwartungsgemäß die Bürger der alten und der neuen Länder deutlich voneinander (vgl. Tab. 2). 1994 spricht sich in Ostdeutschland eine klare Mehrheit von 71% für eine Ausweitung der Sozialleistungen aus, während sich in Westdeutschland eine klare Mehrheit von 60% für die Beibehaltung des Status quo ausspricht. In beiden Teilen Deutschlands ist nur eine Minderheit für Kürzungen der Sozialleistungen, das aber in sehr unterschiedlichem Ausmaß. In Westdeutschland sind es 12% und in Ostdeutschland 1%. In der ersten Hälfte der 90er Jahre unterstützt in beiden Landesteilen also nur eine Minderheit Sozialleistungskürzungen allgemein.

Einzelne Bevölkerungsgruppen innerhalb der beiden Landesteile nehmen in dieser Frage aber unterschiedliche Positionen ein. In Westdeutschland sind es die Selbständigen, die sich überdurchschnittlich häufig für Kürzungen und unterdurchschnittlich häufig für eine Ausweitung aussprechen. Umgekehrt weisen die Arbeitslosen überdurchschnittliche Werte für eine Ausweitung von Sozialleistungen auf. In Ostdeutschland gibt es keine Unterschiede bei der Kategorie „Kürzungen“, was angesichts der niedrigen Zustimmungswerte im Aggregat nicht weiter verwundert. Deutliche Unterschiede gibt es dagegen bei der Kategorie „Ausweitung“. Selbständige, Beamte und Anhänger der CDU/CSU wollen in unterdurchschnittlichem Maß die Sozialleistungen ausweiten, während Arbeitslose und PDS-Anhänger sich in überdurchschnittlichem Maß für eine Ausweitung von Sozialleistungen aussprechen.

Tab. 3: Kürzung spezifischer Sozialleistungen

		Ausweiten		Beibehalten		Kürzen	
		West	Ost	West	Ost	West	Ost
		in %					
Renten und Pensionen	1990	55	–	43	–	2	–
	1995	48	67	42	27	10	6
Arbeitslosenunterstützung	1990	37	–	50	–	13	–
	1995	35	61	44	31	21	8

Datenbasis: ISSP 1990, KSPW-Bus 1995.

Frägt man nach Einstellungen zu Kürzungen spezifischer Sozialleistungen – Renten und Pensionen sowie Arbeitslosenunterstützung – dann spricht sich 1995 in beiden Landesteilen ebenfalls nur eine Minderheit für Kürzungen aus (vgl. Tab. 3). Bei Renten und Pensionen ist die Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland (6% vs. 10%) aber deutlich geringer als bei der Arbeitslosenunterstützung (8% vs. 21%). Darin mag sich die schlechtere Arbeitsmarktlage in den neuen Bundesländern widerspiegeln, die mit einer größeren Anzahl von Personen einhergeht, die auf die Arbeitslosenunterstützung angewiesen sind.

Die Antworten auf Fragen zur Kürzung spezifischer Sozialleistungen sind aber noch in einer weiteren Hinsicht interessant. In den alten Bundesländern nimmt zwischen 1990 und 1995 sowohl bei Renten und Pensionen als auch bei der Arbeitslosenunterstützung der Anteil der Befragten zu, der sich für Leistungskürzungen ausspricht. Bei Renten und Pensionen steigt der Anteil von 2% auf 10% und bei der Arbeitslosenunterstützung von 13% auf 21%. Die anhaltende Diskussion um die (Finanzierungs-)Krise des Sozialstaats scheint danach zumindest in den alten Bundesländern mit einer Erhöhung der Akzeptanz von Sozialleistungskürzungen einherzugehen. Ob eine solche Entwicklung auch in den neuen Bundesländern stattgefunden hat, muß offenbleiben, da hierzu keine Informationen vorliegen.

18.3 Bewertung sozialstaatlicher Leistungen

Die Bewertung der persönlichen Alterssicherung oder Absicherung bei Invalidität und im Krankheitsfall zeigt, in welchem Ausmaß die Bürger mit den Ergebnissen der Sozialpolitik zufrieden sind (vgl. Tab. 4). 1994 bewerten, wie erwartet, die Bürger in Ostdeutschland die Absicherung weniger positiv als die westdeutsche Bevölkerung. In Ostdeutschland fühlen sich 47% ausreichend gesichert, in den alten Bundesländern dagegen 67%.

Die Bevölkerungsgruppen innerhalb der neuen und der alten Bundesländer unterscheiden sich aber beträchtlich voneinander. In beiden Landesteilen steigt mit dem Alter die positive Bewertung der Absicherung. Vor allem die Angehörigen jüngerer Generationen scheinen dagegen skeptisch zu sein. Die Beamten bewerten ihre Absicherung überdurchschnittlich als gut, die Arbeitslosen dagegen unterdurchschnittlich. Personen, die ideologisch rechts orientiert sind, äußern sich positiver als die, die ideologisch links orientiert sind. Außerdem sind die Anhänger der Regierungsparteien (CDU/CSU, FDP) zufriedener als die Anhänger von PDS und Bündnis90/Die Grünen.

Insgesamt dokumentieren diese Analyseergebnisse, daß die Bürger der neuen Länder dem Sozialstaat des vereinigten Deutschlands eher skeptisch gegenüberstehen; dies auch deshalb, weil sie mehr Sozialstaat erwarten. Da der Sozialstaat ein kennzeichnendes Merkmal des demokratischen Systems der Bundesrepublik ist, stellt sich die Frage, wie es mit der allgemeineren Akzeptanz dieses demokratischen Systems bestellt ist.

Tab. 4: Bewertung der sozialstaatlichen Leistungen, 1994

	„Ausreichend gesichert im Alter, vor Invalidität und im Krankheitsfall“	
	West	Ost
	in %	
Insgesamt	67	47
Geschlecht		
Männer	70	50
Frauen	65	44
Altersgruppen		
18–34 Jahre	54	43
35–59 Jahre	71	44
über 60 Jahre	80	58
Berufliche Stellung		
Selbständige	78	53
Beamte	93	69
Angestellte	68	47
Arbeiter	64	46
Arbeitslose	46	34
Rentner/Pensionäre	78	55
Ideologische Orientierung		
Links	62	44
Mitte	69	49
Rechts	74	51
Parteipräferenz		
PDS	–	37
Bündnis 90/Die Grünen	58	39
SPD	69	53
FDP	77	60
CDU/CSU	78	64
Republikaner	66	47

Datenbasis: Allbus 1994.

18.4 Übereinstimmung mit demokratischen Prinzipien

Bei der Einstellung der Bürger zu einem demokratischen System müssen zumindest zwei Ebenen unterschieden werden. Die erste Ebene betrifft die Frage, ob überhaupt eine Demokratie gewollt wird oder möglicherweise eine andere politische Herrschaftsordnung. Die zweite Ebene betrifft die Frage, inwieweit die in einem Lande existierende Form der Demokratie unterstützt wird. Da die zweite Frage nur sinnvoll gestellt werden kann, wenn die erste positiv beantwortet ist, wenden wir uns zunächst dieser grundsätzlichen Ebene zu.

Es besteht weitgehende Einigkeit darüber, daß in jedem Fall zwei Institutionen verfassungsmäßig garantiert sein müssen, damit überhaupt von einer Demokratie gesprochen werden kann: die liberalen Grundrechte und der pluralistische Parteienwettbewerb. Diese beiden Institutionen können als die minimalen Merkmale jeder Demokratie bezeichnet werden. Die Frage, ob überhaupt eine Demokratie gewollt wird, kann deshalb anhand der Einstellungen zu verschiedenen Prinzipien dieser beiden Institutionen beantwortet werden. Für beide Institutionen wird nach der Zustimmung zu jeweils zwei Prinzipien gefragt: bei den liberalen Grundrechten nach der Zustimmung zur Meinungsfreiheit und zum Demonstrationsrecht und beim pluralistischen Parteienwettbewerb nach der Zustimmung zu einer politischen Opposition und der Chance aller politischen Parteien, eine Regierung zu stellen.

Tab. 5: Übereinstimmung mit demokratischen Prinzipien

	West		Ost	
	1991	1995	1991	1995
	in %			
Liberale Grundrechte				
Jeder sollte das Recht haben, für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist	97	90	97	96
Jeder Bürger hat das Recht, notfalls für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen	94	90	96	94
Pluralistischer Parteienwettbewerb				
Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar	95	91	96	96
Jede demokratische Partei sollte grundsätzlich die Chance haben, an die Regierung zu kommen	92	84	94	90

Datenbasis: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984–1992, KSPW-bus 1995.

Die überwiegende Mehrheit der Bürger der alten und der neuen Länder stimmt sowohl 1991 als auch 1995 mit den vier demokratischen Prinzipien überein (vgl. Tab. 5). Die Zustimmung liegt mit einer Ausnahme bei mindestens 90%. Die Unterschiede zwischen beiden Landesteilen sind nur sehr gering, allerdings ist die relativ höhere Übereinstimmung in den neuen Ländern überraschend. Im Zeitvergleich zwischen 1991 und 1995 ist in den alten und in den neuen Ländern eine leichte Abnahme der Übereinstimmung festzustellen. Bei dem insgesamt äußerst hohen Zustimmungsniveau ist diese Abnahme aber noch nicht sehr bedeutsam.

Die Übereinstimmung mit den demokratischen Prinzipien kann nach verschiedenen Bevölkerungsgruppen aufgeschlüsselt werden (vgl. Tab. 6). Bei keiner der in der Tabelle aufgeführten Gruppen können nennenswerte Unterschiede festgestellt werden. Derartige Unterschiede waren angesichts der sehr hohen Prozentsätze der Übereinstimmung für die Befragten insgesamt aber auch nicht zu erwarten.

Tab. 6: Übereinstimmung mit demokratischen Prinzipien
für verschiedene Gruppen¹

	Libérale Grundrechte				Pluralistischer Parteienwettbewerb			
	Meinungs- freiheit		Demon- strationsrecht		Politische Opposition		Regierungs- chance	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %							
Insgesamt	90	96	90	94	91	96	84	90
Geschlecht								
Männer	90	97	91	94	93	96	84	90
Frauen	90	95	89	93	90	95	85	90
Altersgruppen								
18-24 Jahre	94	97	90	96	88	97	80	86
25-34 Jahre	93	99	94	93	94	94	87	86
35-49 Jahre	92	96	89	94	92	97	85	94
über 50 Jahre	87	95	88	93	90	95	84	90
Schulbildung								
ohne Abschluß								
Hauptschulabschluß	88	93	89	90	89	93	81	89
Mittlere Reife	91	98	90	96	93	96	89	91
Fachhochschulabschluß, Abitur	95	96	92	96	97	98	88	91
Parteipräferenz								
PDS	-	98	-	97	-	97	-	91
Bündnis 90/Die Grünen	99	100	99	95	97	98	92	93
SPD	92	98	91	95	94	98	85	93
FDP	100	100	94	100	94	94	83	83
CDU/CSU	88	96	85	93	91	97	86	93
Ideologische Orientierung								
Links	92	97	95	96	93	97	86	92
Mitte	88	97	88	94	92	96	86	91
Rechts	93	95	89	92	93	95	84	89
Wertorientierung								
Materialisten	86	98	88	93	90	96	78	94
Mischtypen	89	96	88	94	91	95	84	88
Postmaterialisten	97	94	97	98	95	99	94	91

¹ Zur genauen Frageformulierung vgl. Tab. 5.

Datenbasis: KSPW-Bus 1995.

Insgesamt zeigen die beiden Tabellen, daß die Bürger der alten und der neuen Länder in allen Bevölkerungsgruppen 1991 und 1995 mit den grundlegenden demokratischen Prinzipien übereinstimmen. Aus diesen Ergebnissen kann zwar eine Akzeptanz der Demokratie als solcher gefolgert werden, aber nicht notwendigerweise auch eine Akzeptanz der Demokratie der Bundesrepublik.

18.5 Zufriedenheit mit der Demokratie der Bundesrepublik

Die Akzeptanz der Demokratie der Bundesrepublik wird mit einer Frage nach der Zufriedenheit mit dem Funktionieren dieser Demokratie gemessen. In der Tabelle 7 sind die Anteile der Befragten verzeichnet, die mit dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik zufrieden sind. In diesem Falle gibt es deutliche Unterschiede zwischen den alten und den neuen Ländern. Während in den alten Ländern eine relativ klare Mehrheit mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden ist, läßt sich Gleiches in den neuen Ländern nur für eine Minderheit sagen.

Tab. 7: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	1991	1992	1993	1994	1991	1992	1993	1994
	in %							
Insgesamt	69	64	57	62	40	42	35	38
Geschlecht								
Männer	70	65	54	62	42	41	36	39
Frauen	68	63	59	63	38	42	34	38
Altersgruppen								
18–24 Jahre	66	69	56	56	41	44	37	40
25–34 Jahre	69	58	57	58	37	44	35	37
35–49 Jahre	70	63	55	61	41	41	35	37
über 50 Jahre	70	64	58	67	41	40	35	39
Schulbildung								
Hauptschulabschluß	68	63	56	61	43	45	37	39
Mittlere Reife	71	66	62	64	41	42	38	42
Fachhochschulabschluß/Abitur	71	66	61	61	37	39	33	35
Parteipräferenz								
PDS	–	–	–	–	10	20	–	–
Bündnis 90/Die Grünen	52	51	–	–	27	31	–	–
SPD	68	64	–	–	40	41	–	–
FDP	77	78	–	–	49	44	–	–
CDU/CSU	84	80	–	–	63	69	–	–
Republikaner, NPD	37	33	–	–	–	–	–	–
Ideologische Orientierung								
Links	63	61	55	61	31	29	27	27
Mitte	72	65	56	66	44	46	41	48
Rechts	77	66	59	72	52	52	41	56
Wertorientierung								
Materialisten	74	70	64	76	44	46	39	41
Mischtypen	70	61	54	67	40	40	34	42
Postmaterialisten	59	61	52	51	32	36	30	39

Datenbasis: Eurobarometer.

In beiden Landesteilen gibt es keinen sichtbaren zeitlichen Trend. In den alten Ländern fluktuiert der Zufriedenheitsanteil in der Zeitspanne von 1991 bis 1994 um 60% und in den neuen Ländern um 40% (vgl. Tab. 7).

Bei der Differenzierung der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie nach gesellschaftlichen Gruppen gibt es bei den demographischen Merkmalen (Geschlecht, Alter, Schulbildung) nur geringe Unterschiede. Bei politischen Merkmalen (Parteipräferenz, ideologische Orientierung und Wertorientierung) sieht das hingegen ganz anders aus. In Westdeutschland sind Anhänger der Republikaner bzw. der NPD mit Abstand die Unzufriedensten, und in Ostdeutschland trifft das selbe für die Anhänger der PDS und etwas schwächer auch für die von Bündnis 90/Die Grünen zu. Die höchste Demokratiezufriedenheit weisen in beiden Landesteilen die Anhänger der CDU/CSU auf. Bei der ideologischen Orientierung gibt es ein Links-Rechts-Gefälle, das heißt, die Linken sind unzufriedener als die Rechten und umgekehrt. Ähnlich verhält es sich bei der Wertorientierung: Personen mit einer postmaterialistischen Wertorientierung sind unzufriedener als Personen mit einer materialistischen Wertorientierung. In Ostdeutschland sind die Unterschiede bei der Wertorientierung allerdings deutlich geringer als in Westdeutschland.

Aus den dargestellten Daten können zwei allgemeine Schlußfolgerungen gezogen werden. Die Bürger der alten und der neuen Länder stimmen mit den grundlegenden demokratischen Prinzipien überwiegend überein. Die Mehrheit der Bürger der alten Länder ist darüber hinaus auch mit dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik zufrieden. Letzteres läßt sich aber für die Bürger der neuen Länder nicht feststellen. Sie stehen nicht nur dem Sozialstaat der Bundesrepublik skeptisch gegenüber, sondern auch der Demokratie der Bundesrepublik. Diese Skepsis hat sich in den Jahren nach der deutschen Vereinigung nicht verringert, so daß auch gegenwärtig noch von zwei getrennten Teilgemeinschaften der Deutschen ausgegangen werden muß – zumindest was die Unterstützung des Sozialstaats und der Demokratie der Bundesrepublik betrifft.

(Dieter Fuchs/Edeltraud Roller)

Die Autoren

Die Autoren des Teils II, die an den jeweiligen Kapitelenden aufgeführt sind, sind oder waren an den unten aufgeführten Instituten beschäftigt.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin:

Prof. Dr. Gert Wagner ist Professor an der Fakultät für Sozialwissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum und Leiter des Projektes „Das Sozio-oekonomische Panel“ (SOEP) am DIW. Dr. Joachim Frick, Elke Holst, Dr. Peter Krause, Dr. Markus Pannenberg, Dr. Jürgen Schupp, Dr. Johannes Schwarze sind wissenschaftliche MitarbeiterInnen im Projekt „Das Sozio-oekonomische Panel“ im DIW. Herbert Lehmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Konjunktur“; Markus Grabka ist Mitarbeiter im SOEP-Projekt. (Ansprechpartner: soepmail@diw-berlin.de)

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB):

Dr. Roland Habich ist Koordinator der Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“ im Forschungsschwerpunkt 3 des WZB. Thomas Bulmann und Dr. Annette Spellerberg sind wissenschaftliche MitarbeiterInnen in dieser Abteilung. (Ansprechpartner: rhabich@medea.wz-berlin.de)

Prof. Hans-Dieter Klingemann ist Direktor der Abteilung „Institutionen und Sozialer Wandel“ im Forschungsschwerpunkt 3 des WZB. PD Dr. Dieter Fuchs, Dr. Edeltraud Roller und Dr. Bernhard Weßels sind wissenschaftliche MitarbeiterInnen in dieser Abteilung. (Ansprechpartner: wessels@medea.wz-berlin.de)

Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim

Dr. Heinz-Herbert Noll ist Leiter der Abteilung „Soziale Indikatoren“ des ZUMA. Dr. Caroline Kramer und Stefan Weick sind wissenschaftliche MitarbeiterInnen in der Abteilung „Soziale Indikatoren“. (Ansprechpartner: NOLL@zuma-mannheim.de)

Achim Koch ist Leiter der Abteilung „Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (Allbus) im ZUMA. Dr. Karin Kurz und Martina Wasmer sind wissenschaftliche Mitarbeiterinnen im „Allbus“. (Ansprechpartner: allbus@zuma-mannheim.de)

Weitere Autoren:

Dr. Hanfried Andersen arbeitet an der Technischen Universität Berlin, Fachbereich Wirtschaft und Management, Fachgebiet Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie. Dr. Felix Büchel ist Hochschulassistent an der Technischen Universität Berlin, Institut für Volkswirtschaftslehre. Dr. Wolfgang Seifert ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin.

Bibliographische Hinweise

(nur für Teil I)

1. Publikationen des Statistischen Bundesamtes

Bei den im Teil I enthaltenen Angaben handelt es sich überwiegend um Ergebnisse der amtlichen Statistik. Als grundlegende Quellen dienten folgende allgemeine Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes:

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland (jährlich.)

Statistisches Jahrbuch für das Ausland (jährlich.)

Wirtschaft und Statistik – Monatszeitschrift

Lange Reihen zur Wirtschaftsentwicklung (zweijährlich.)

Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer (zweijährlich.)

Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972

Bildung im Zahlenspiegel (jährlich.)

Im Blickpunkt:

Ausländische Bevölkerung in Deutschland, Ausgabe 1995

Familien heute, Ausgabe 1995

Ältere Menschen in der Europäischen Gemeinschaft, Ausgabe 1994

Kultur in Deutschland, Ausgabe 1994

Fachserien:

- 1 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit
- 2 Unternehmen und Arbeitsstätten
- 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
- 4 Produzierendes Gewerbe
- 5 Bautätigkeit und Wohnungen
- 6 Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus
- 7 Außenhandel
- 8 Verkehr
- 9 Geld und Kredit
- 10 Rechtspflege
- 11 Bildung und Kultur
- 12 Gesundheitswesen
- 13 Sozialleistungen
- 14 Finanzen und Steuern
- 15 Wirtschaftsrechnungen
- 16 Löhne und Gehälter
- 17 Preise
- 18 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
- 19 Umweltschutz

Die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes können über die Verlagsauslieferung SFG – Service – Center Fachverlage GmbH, Postf. 43 43, 72774 Reut-

lingen (Telefon: 0 70 71/93 53 50; Telefax: 0 70 71/3 36 53) bezogen werden. Anfragen zum Veröffentlichungsprogramm des Statistischen Bundesamtes bitten wir zu richten an den Allgemeinen Auskunftsdienst (Telefon: 06 11/75 24 05; Telefax: 06 11/75 33 30).

2. Ergänzende Literatur

Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (Hrsg.): Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland (jährl.)

Bolte, K. M. u. a. (Hrsg.): Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (vierteljährl.)

Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.): Rote Liste der gefährdeten Pflanzen Deutschlands, Bonn 1996

Dass. (Hrsg.): Daten zur Natur, Bonn 1997

BP (Hrsg.): Statistical Review of World Energy 1996 (jährl.)

Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (monatl.)

Dies. (Hrsg.): Arbeitsstatistik-Jahreszahlen (jährl.)

Dies. (Hrsg.): Strukturanalyse, Bestände an Arbeitslosen und offenen Stellen (jährl.)

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (Hrsg.): Geschäftsbericht (jährl.)

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt (Hrsg.): BIB-Mitteilungen (unregelmäßig)

Dass. (Hrsg.): Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft – Demographie (vierteljährl.)

Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.): Finanzbericht (jährl.)

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Arbeitssicherheit '95, 1996

Dass. (Hrsg.): Hauptergebnisse der Arbeits- und Sozialstatistik (jährl.)

Dass. (Hrsg.): Die Rentenbestände in der gesetzlichen Rentenversicherung in der Bundesrepublik Deutschland (jährl.)

Dass. (Hrsg.): Die gesetzliche Krankenversicherung in der Bundesrepublik Deutschland, Statistischer und finanzieller Bericht (jährl.)

Dass. (Hrsg.): Materialband zum Sozialbudget (jährl.)

Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Hrsg.): Berufsbildungsbericht (jährl.)

Dass. (Hrsg.): Berichtssystem Weiterbildung VI, 1996

Dass. (Hrsg.): Grund- und Strukturdaten (jährl.)

Dass. (Hrsg.): Informationen Bildung – Wissenschaft (monatl.)

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Münster-Hiltrup (jährl.)

Dass. (Hrsg.): Waldzustandsbericht der Bundesregierung, Bonn (jährl.)

Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (Hrsg.): Daten des Gesundheitswesens, Bonn (jährl.)

Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.): Bundesbaublatt (monatl.)

Bundesministerium für Verkehr (Hrsg.): Verkehr in Zahlen (jährl.)

Dass. (Hrsg.): Verkehrsprojekte Deutsche Einheit, August 1993

Bundesministerium für Wirtschaft: Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland (monatl.)

Dass. (Hrsg.): Energiedaten '95 (jährl.)

Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Geschäftsbericht (jährl.)

Dies. (Hrsg.): Monatsbericht, Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 1 bis 5

Council of Europe Press (Hrsg.): Recent Demographic Developments in Europe, Strasbourg (jährl.)

Deutscher Bundestag – Enquete-Kommission Schutz der Erdatmosphäre (Hrsg.): Klimaänderung gefährdet globale Entwicklung, Zukunft sichern – Jetzt handeln, 1992, Bonn/Karlsruhe 1992

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Pkw-Bestandsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2010, Wochenbericht 22/94 vom 2. Juni 1994

ECE (Hrsg.): Annual Bulletin of Housing and Building Statistics for Europe and North America, Genf (jährl.)

Encyclopaedia Britannica Inc. (Hrsg.): Britannica World Data, Chicago (jährl.)

EUROSTAT (Hrsg.): Erhebung über Arbeitskräfte, Luxemburg/Brüssel (jährl.)

Dass. (Hrsg.): Energie, Luxemburg/Brüssel (monatl.)

Dass. (Hrsg.): Statistik kurz gefaßt – Bevölkerung und soziale Bedingungen, Luxemburg/Brüssel (jährl.)

ifo Institut für Wirtschaftsforschung: Verkehrskonjunkturprognosen (halbjährl.)

ILO (Hrsg.): Yearbook of Labour Statistics, Genf (jährl.)

IMF (Hrsg.): International Financial Statistics, Washington, D.C. (monatl.)

Intraplan Consult GmbH/Institut für angewandte Verkehrs- und Tourismusforschung (Hrsg.): Personenverkehrsprognose 2010 für Deutschland, Schlußbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Juni 1991

Kessel u. Partner (Hrsg.): Güterverkehrsprognose 2010 für Deutschland, Schlußbericht, Forschungsprojekt des Bundesministeriums für Verkehr, Juli 1991

Kraftfahrt-Bundesamt/Bundesamt für den Güterverkehr (Hrsg.): Statistische Mitteilungen (monatl.)

Macmillan (Hrsg.): The Statesman's Yearbook (jährl.)

Nowak, E., Blab, J., Blees, R. (Hrsg.): Rote Liste der gefährdeten Wirbeltiere in Deutschland, Bonn 1994

OECD (Hrsg.): Labour Force Statistics, Paris (vierteljährl.)

- Dies. (Hrsg.): Quarterly National Accounts 1, 1996
- Rat von Sachverständigen für Umweltfragen: Umweltgutachten 1996 zur Umsetzung einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung, Stuttgart 1996
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten (jährlich.)
- Societäts-Verlag (Hrsg.): Tatsachen über Deutschland, Frankfurt a. M. 1995
- Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder (Hrsg.): Dokumentation 132–134
- Umweltbundesamt (Hrsg.): Daten zur Umwelt 1992/93, Berlin 1994
- Dass. (Hrsg.): Monatsberichte aus dem Meßnetz, Berlin (monatlich.)
- Umweltbundesamt/Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Umweltdaten Deutschland 1995, Berlin und Wiesbaden, 1995
- UN (Hrsg.): Demographic Yearbook, New York (jährlich.)
- Dies. (Hrsg.): Energy Statistics Yearbook, New York (jährlich.)
- Dies. (Hrsg.): Statistical Papers, Series A: Population and Vital Statistics Report, New York (vierteljährlich.)
- Dies. (Hrsg.): UN-Monthly Bulletin of Statistics, New York (monatlich.)
- Dies. (Hrsg.): World Population Prospects, New York (zweijährlich.)
- UNESCO (Hrsg.): Statistical Yearbook, Paris (jährlich.)
- VDA (Hrsg.): Tatsachen und Zahlen (jährlich.)

Stichwortverzeichnis

Kursiv gesetzte Seitenzahlen beziehen sich auf Teil II.

- Abendschulen 54
- Abfallaufkommen, -beseitigung 379 f., 391 ff., 404
- Abgabenbelastung 261 ff., 344
- Abgeordnete 158 ff., 164 ff.
- Abitur 55, 70
 - s. a. *Hochschulreife*
- Abtreibungen 193 f.
- Abwässer/Abwasser-
beseitigung 379 f., 397 f.
- AIDS 182 f.
- Akademiker 60 ff.
- Aktien 323 f.
- Allgemeine Bevölkerungsumfrage
der Sozialwissenschaften
(ALLBUS) 423, 424
- Alkoholkonsum 114 ff., 191 f.
- Alleinerziehende 33 f., 36, 474, 477
- Alleinlebende 32 f., 469, 477
- Altersaufbau, -struktur 27 ff.
- Alters- und Hinterbliebenenver-
sorgung 201 ff.
- Amtsgerichte 226 ff.
- Angestellte 84 ff., 105 ff., 247 f.,
337 ff.
- Angestelltengehälter 341 ff.
- Ängste und Sorgen
 - s. *Sorgen*
- „Anstaltsbevölkerung“ 502, 510
- Anleihen 323 f.
- Anomie (-symptome) 430, 431
- Äquivalenzeinkommen
 - s. *Netto-Äquivalenzeinkommen*
- Arbeiter 84 ff., 106 ff., 247 f., 337 ff.
- Arbeitgeberleistungen 201 ff., 204 f.
- Arbeitgeberverbände 170 ff.
- Arbeitnehmervereinigungen 170 ff.,
- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
93, 214
- Arbeitseinkommen 483, 573, 583
- Arbeitsförderung 202, 212 ff.
- Arbeitsgerichte 226 ff.
- Arbeitskämpfe 175
- Arbeitskosten
 - Handel 315 f., 345
 - Kreditgewerbe 322, 345
 - Produzierendes Gewerbe 345
 - Versicherungen 345
- Arbeitslose 88 ff., 93 ff., 100, 106 ff.,
380, 432
- Arbeitslosengeld, -hilfe, 79, 102,
212 ff.
- Arbeitslosenquote 89 ff., 93 ff.
- Arbeitslosigkeit 76 ff., 88 ff., 92 f.,
96 ff., 99 ff., 212 ff., 430, 482, 489
- Angst vor 430
- Dauer 101 f.
- Arbeitsmarkt 76 ff., 489 ff., 580
- Politik 92 ff.
- Problemgruppen 96 ff., 100
- Arbeitsmarktchancen 488, 492
- Arbeitsplatzindikatoren 485
- Arbeitsplatzverlust 92 ff.
- Arbeitsplatzzufriedenheit 485
- Arbeitsproduktivität 254
- Arbeitssteilung 445, 450
- Geschlechtsspezifische 450
- im Haushalt 445, 450
- Arbeitsunfähigkeit 180 f.
- Arbeitsunfälle 180 ff.
- Arbeitszeit 146 ff., 339, 483, 496,
574
- Arbeitszeitwünsche 496 ff.
- Architekten 327 f.
- Armut 507, 508 ff., 515 ff., 521 ff., 575
- Arztbesuche 542
- Ärzte 187 ff., 327 f.
- Ärztedichte 187
- ASEAN-Länder 265 f.
- Asylsuchende, -berechtigte 43 f.,
217 ff., 457, 504, 518, 566
- Ausbaugewerbe 300 f.
- Ausbildung 48 ff.
 - s. a. *Schul- und Berufsausbildung*
- Ausbildungsförderung 73 ff., 202
- Ausfuhr 264 ff., 287, 416

- Ausführpreise 269 f.
- Ausgaben
 - Bundesanstalt für Arbeit 213
 - Erziehungsgeld 216 f.
 - für Freizeitgüter 148 ff.
 - für Gesundheit 196 ff., 210 ff.
 - für Kultur 148 ff.
 - für Sport und Erholung 148 f.
 - für Umweltschutz 404
 - Kindergeld 214 ff.
 - Krankenversicherung 210 ff.
 - öffentlicher Haushalte 148 f.
 - privater Haushalte 103 ff., 108 ff., 148 f., 330 ff.
 - Rentenversicherung 205 ff.
 - Sozialhilfe 217 ff.
 - Umweltschutz 404 f.
- Ausländer 39 ff., 216, 219, 424, 458, 517, 533, 579 ff.
 - Arbeitslose 96 ff.
 - Arbeitseinkommen 583
 - Arbeitsmarkt 580
 - Aufenthaltsdauer 41
 - berufliche Mobilität 581
 - Bildungsniveau 72
 - Ehepartner 35 f.
 - Einbürgerung 463
 - Erwerbsbeteiligung 580
 - Integration 571, 579 ff., 585 ff.
 - Kinder 41 f., 51, 54 f., 72, 214
 - Kontakte mit Deutschen 585
 - Sozialhilfeempfänger 218 f., 221
 - Zu- und Fortzüge 20, 39 ff., 46 f., 458, 565
- Ausländerfeindlichkeit 467
- Außenhandel 264 ff., 269 ff., 416
- Außenhandelsbilanz 264 ff., 269 ff.
- Außenwirtschaft 264 ff.
- Aussiedler 21, 23, 424, 457, 460, 464, 466, 502 f., 518, 565
- Aussperrung 175
- Ausstattung der privaten Haushalte 122 ff.
- Auszubildende 57 ff., 60 ff.
- Autos
 - s. Personenkraftwagen*
- BAföG
 - s. Bundesausbildungsförderungsgesetz*
- Bahnverkehr 349
- Banken 321 ff.
- Bargeldumlauf 321
- Baufertigstellungen 142 ff.
- Baugenehmigungen 142 ff.
- Baugewerbe 291 f., 300 ff.
- Baukosten 145
- Bauland 335 f.
- Baupreisentwicklung 335 f.
- Bausparen 126
- Bausparkassen 323
- Bautätigkeit 142 ff.
- Beamte 84 f., 105 ff., 247 f.
 - Altersversorgung 202
 - Haushaltseinkommen 105 ff.
- Beförderungen (Verkehr) 356 ff.
- Beherbergungsgewerbe 316 ff.
- Behinderte 194 f.
- Bekleidung 111 ff.
- Bergbau 291 ff.
- Berufe 84 ff.
- Berufsausbildung 49, 56 ff., 99, 101
- Berufskrankheiten 183 f.
- Berufsschulen 49 f., 52, 56, 72
- Berufsverbände 170 ff.
- Beschäftigte
 - s. a. Erwerbstätige*
 - Baugewerbe 302
 - Bergbau 292 ff.
 - Energie- und Wasserversorgung 303 f.
 - Freie Berufe 328
 - Gastgewerbe 317 f.
 - Handel 310 ff.
 - Handwerk 305

- Kreditgewerbe 322
- Landwirtschaft 278 ff.
- öffentlicher Dienst 246 ff.
- Produzierendes Gewerbe 291 f.
- Verarbeitendes Gewerbe 292 ff.
- Versicherungen 325
- Bestattungen, kirchliche 177 ff.
- Beteiligung 599
 - soziale 158 ff.
 - politische 599
- Betriebe
 - s. a. *Unternehmen*
 - forstwirtschaftliche 288 ff.
 - landwirtschaftliche 275 ff.
- Betten in Krankenhäusern 190
- Bevölkerung 19 ff., 411
- Bevölkerungsbewegung 44 ff.
- Bevölkerungsdichte 24 ff.
- Bevölkerungsentwicklung 20 ff.
- Bevölkerungsverteilung, räumliche 24 ff.
- Bibliotheken 155
- Bierkonsum 115 f., 191
- Bilanz (Kreditinstitute) 322 f.
- Bildung 48 ff., 69 ff., 120, 412, 481 ff.
- Bildungsabschluß 99, 101, 412
- Bildungsbereiche 49
- Bildungsausgaben, öffentliche 72 f.
- Bildungschancen 69 ff.
- Bildungsniveau 69 ff., 481, 488
- Bildungssystem 49
- Binnenschifffahrt 349, 354 f., 359
- Biosphärenreservate 408
- Bodennutzung 274 ff.
- Braunkohle 368, 370
- Bruttoinlandsprodukt 252 ff., 255 ff., 258 ff., 264 f., 364, 379 f., 415
- Bruttosozialprodukt 236, 253, 347
- Bruttowertschöpfung 253, 255 ff., 291
- Bücher 121, 149, 155
- Bundesausbildungsförderungsgesetz 73 ff.
- Bundesgerichte 226 ff.
- Bundesländer 24, 26, 95, 159, 166 f., 176, 235, 237 f.
- Bundestag, Deutscher 159, 162, 164 f.
- Bundestagswahlen 158 ff., 163
- Bundesverfassungsgericht 227 f.
- CD-Player 124
- Chemische Industrie 294, 381 f.
- Chöre 157
- Computer (PC) 125
- Demokratie, 599, 608 ff.
 - Einstellung zur 613
 - Zufriedenheit 616 f.
- Diebstahlsdelikte 280
- Dienstleistungsbereich 82 ff., 309 ff.
- Dienstleistungsunternehmen 255 ff., 309 ff.
- Doppelbelastung 447, 450, 478
- Drogenkonsum 192
- Düngemittel 398 f.
- EFTA-Länder 265 f.
- Ehe/Partnerschaft 475 f.
- Ehedauer 37, 470 ff.
- Ehelösungen 36 ff.
- Ehepaare, binationale 35 f.
- Ehescheidungen 36 ff., 471
- Eheschließungen 36 ff., 470, 472
- Eierzeugung 283, 285
- Eigentumswohnungen 131 f., 137 ff.
- Einbürgerungen 462 f., 587
 - Einstellungen zu 462
- Einfuhr 264 ff., 287, 416
- Einfuhrpreise 269 f.
- Einkommen 79 ff., 502, 504, 515, 593

- aus unselbständiger Arbeit 76 ff., 105 ff., 253, 260 ff.
- aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 105 ff., 253, 260 ff.
- der privaten Haushalte 263, 502
- Kaufkraft 504
- verfügbares 104 ff.
- von Arbeitslosen 79, 102
- Einkommensarmut 507 f., 511, 513 ff.
- Einkommensniveau 504
- Einkommenspositionen 468, 473
- Einkommenssituation 505, 515
- Einkommensteuer 240 ff.
- Einkommensungleichheit 506 f., 513, 518
- Einkommensverteilung 104 ff., 242, 473, 502, 504 ff., 510, 575, 583
- Einnahmen
 - der öffentlichen Haushalte 240 ff.
 - der privaten Haushalte 103 ff.
- Einschulung 51
- Einstellungen
 - zur Ehe 424
 - zur Familie 424
 - gegenüber Ausländern 457 ff.
 - gegenüber Zuwanderern 457 ff., 460
 - zur Rolle der Frau 424, 450
- Einwohner 24 ff.
- Einzelhandel 310 ff., 345
- Eisenbahnverkehr 349, 353, 356 ff.
- Elektrizitätsversorgung 304, 417
- Emissionen 364, 380 ff., 388 ff.
- Energieausgaben 111 ff., 117 ff.
- Energieeinfuhr 369, 374 f.
- Energiepreise 373 ff.
- Energieträger 369 ff.
- Energie- und Wasser-
versorgung 291 f., 303 ff.
- Energieverbrauch 364 ff., 372 f.
- Entwicklungsländer 264
- Erdgas 364, 368, 370
- Erdöl 364 ff., 368, 370, 374
- Ersparnis 104, 263
- Erwerbsbeteiligung 79 ff., 489, 498, 580, 592
- Erwerbslose 76 ff.
- Erwerbsorientierung 492, 499
- Erwerbsquote 79 f., 413
- Erwerbstätige 76 ff., 84 ff., 380, 432, 489
- Erwerbstätigkeit 76 ff., 413, 572
- Erwerbsstatus 481, 489
- Erwerbswünsche 491
- Erzeugerpreise 329
- Erziehungsgeld 202, 216 f., 498
- Erziehungsurlaub 498
- Europäische Gemeinschaften/
Europäische Union 94, 265 f., 371
 - Außenhandel 265 f.
- Europäisches Parlament 158, 167 f.
- Evangelische Kirche 176 ff.
- Export 264 ff., 287
- Exportgüter 267 f.
- Exportquote 294 ff.
- Fachhochschulen 49, 55, 70 f.
- Fachschulen 49
- Fahrzeugbestände 351 ff.
- Familien 32 ff., 468 ff., 474 f., 478 ff.
- Familienarbeitskräfte 84 ff., 278 f.
- Familiengerichte 228
- Familienstand 37 ff.
- Familientypen/Familienformen 468 f.
- Feldfrüchteanbau 280 ff.
- Fernsehen
 - Fernsehgeräte (in Haushalten) 121, 124, 149
 - Programm 153
 - Teilnehmer 152 f.
- Fernwärme 371
- Feuchtgebiete 408
- Finanzausgleich 244
- Finanzen, öffentliche 235 ff.

- Finanzgerichte 226 ff.
 Fischerei 82, 106, 255 ff., 273, 289 f.
 Flächennutzung 280 ff.
 Fleischerzeugung 283 ff.
 Flüchtlinge 504
 Flugzeuge 355 f.
 Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) 387, 390
 Fonds „Deutsche Einheit“ 235 f., 239
 Forstwirtschaft 82, 106, 255 ff., 273 ff., 287 ff.
 Frauen 450 ff., 498
 – Abgeordnete 165 f.
 – Arbeitslose 96
 – Bevölkerung 19
 – Bildungsniveau 69, 71 f.
 – Erwerbsquote 80
 – Erwerbstätigkeit 80, 86 f., 207, 453, 492
 – Erwerbswünsche 491
 – Gewerkschaftsmitglieder 171 f., 175
 – Haushalt 447
 – im öffentlichen Dienst 248
 – Parteimitglieder 169 f.
 – Rente 206 ff.
 – Rolle 450 ff.
 – Schwangerschaftsabbrüche 193 f.
 – Sozialhilfeempfänger 220
 – Stellung im Beruf 86 f.
 – Straffälligkeit 233
 – Studienabsichten 65
 – Überschuß 28 ff.
 – Verdienste 338 ff.
 – Wahlbeteiligung 161 f.
 Freie Berufe 327 ff.
 Freie Waldorfschule 52 ff.
 Freiheitsstrafen 231 ff.
 Freizeit 146 ff., 348, 445, 486
 Freizeitgesellschaft 146 f.
 Freizeitgüter 120 ff.
 Fremdenfeindlichkeit 467
 Gas 366 f.
 s. a. *Erdgas*
 Gastarbeiter 39 ff., 457, 466, 481, 565, 579
 Gastgewerbe 316 ff.
 Gaststudium 69
 Gebrauchsgüter 119 ff., 122 ff.
 Geburten 22 ff., 30 ff., 411
 Geburtenüberschuß, -defizit 22 ff., 29 ff., 48, 411, 468
 Gehälter 337 ff.
 Geldstrafen 233
 Geldvermögen 125 ff.
 Gemeinden 32, 235, 237 f.
 Gemüseanbau 280 ff.
 Genuß- und Rauschmittel 192
 Gerichte 226 ff.
 Gesamtschulen 49, 52 f.
 Geschirrspülmaschinen 123 f.
 Geschlechtskrankheiten 182 f.
 Gesellschaftliche Mitwirkung 158 ff.
 Gesundheit 180 ff., 414, 538 ff.
 – Arztbesuche 542
 – Ausgaben 196 ff., 210 ff.
 – Beeinträchtigung 401 f.
 – Berufe 187 ff.
 – Krankenhausaufenthalt 545
 – Vorsorge 190 ff.
 – Zufriedenheit mit 538 ff., 542
 Gesundheitswesen, Schulen 56 f.
 Getränke 114 ff.
 Getreideanbau 280 f.
 Gewässerschutz 399, 404
 Gewerbesteuer 241
 Gewerkschaften 171 f.
 Gewinne
 s. *Kostenstruktur*
 Gini-Koeffizienten 505 ff., 513
 Gottesdienstbesucher 177 ff.

- Großhandel 310 ff., 345
- Großstädte 25, 42
- Grundschulen 49, 51 ff.
- Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe 292
- Güterverkehr 347 f., 358 ff.
- Güterwagen 353
- Gymnasium 52 ff.

- Handel 255 ff., 309 ff.
 - Arbeitskosten 315 f., 345
- Handelsvermittlung 309 f.
- Handwerk 291 ff., 305 ff.
- Hauptschulen 49, 52 ff., 70
- Hausfrauen 450, 577
 - Erwerbswünsche 491
- Haushalte, öffentliche 235 ff., 255 ff.
 - Ausgaben 203 ff., 236 ff.
 - Einnahmen 235 ff., 240 ff.
 - Personal 246 ff.
 - Schulden 244 ff.
- Haushalte, private 32 ff., 103 ff., 203 f., 255 ff., 330 ff., 568
 - Ausgaben 103 ff., 108 ff.
 - Ausstattung 122 ff.
 - Einkommen 103 ff., 263, 502, 504, 513
 - Einnahmen und Ausgaben 103 ff., 148 ff.
 - Energieverbrauch 372 f.
 - Umweltbelastung durch 382, 393
 - wirtschaftliche Situation 437, 598
 - Zusammensetzung 32 ff.
- Haushaltseinkommen 502, 513, 516, 532, 570, 574
- Haushaltsformen 468, 522, 524
- Haushaltsgeräte
 - s. *Gebrauchsgüter*
- Haushaltsgröße 33 f.
- Haushaltsnettoeinkommen 516

- Haushaltstypen 108 ff., 522, 533
- Haumüll 393 ff.
- Haus- und Grundvermögen 126 ff.
- Heiratsalter 37, 470 ff.
- Hepatitis 182
- Heranwachsende 232
- Hochschulabsolventen 55
- Hochschulen 62 ff.
 - Personal 68 f.
- Hochschulreife 69 ff.
- Hörfunk/Rundfunk 152 f.
- Hotels 317

- Immigranten 424, 458, 460, 565
 - Einstellungen gegenüber 458
 - soziale Integration 571
 - Zuzugsmöglichkeiten 458
- Immissionen 384
- Import 264 ff., 287
- Individualverkehr 348, 356 ff., 380
- Industrie 291 ff.
 - Energieverbrauch 372
- Infektionskrankheiten, meldepflichtige 182 f.
- Ingenieure 327 f.
- Insolvenzen 301
- Integration
 - s. a. *Ausländer*
 - politische 599
 - soziale 579, 585
- Investitionen 258 ff., 272, 291, 298, 415
 - für Umweltschutz 404
- Investitionsgüter produzierendes Gewerbe 292
- Islam 177
- Italiener 460, 463, 465

- Juden 177
- Jugendhilfe 202, 222 ff.
- Jugendkriminalität/Jugendstrafen 233

- Kapitalbilanz 271
- Kartoffelanbau 281 f.
- Katalysatorfahrzeuge 405 f.
- Katholische Kirche 176 ff.
- Kaufkraft der Einkommen 342 ff., 504, 519
- Kernenergie 366 f., 370 f., 373
- Kinder
 - Altersaufbau 27 ff.
 - Ausbildung 49 f., 54
 - Ausländer 41 f., 51, 54 f.
 - Geburten 30 f.
 - Haushaltsgröße 32 ff.
 - in unvollständigen Familien 33 f.
 - Unfälle im Straßenverkehr 363
- Kindergärten 49 f., 54
- Kindergeld 202, 214 ff.
- Kino 122, 151 f.
- Kirche
 - evangelisch 176 ff.
 - katholisch 176 ff.
- Kläranlagen 397 f.
- Kohle 364, 366 ff.
- Kohlendioxid 381 ff., 389
- Kollegs 54
- Kommunalwahlen 158
- Konfessionen 176 ff.
- Konkurse 301
- Körperschaftsteuer 240 f.
- Kostenentwicklung im Gesundheitswesen 196 ff., 210 ff.
- Kostenstruktur
 - s. a. *Arbeitskosten*
 - Baugewerbe 302 f.
 - Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 299 f.
 - Energie- und Wasserversorgung 304 f.
 - Gastgewerbe 320
 - Handel 315 f.
- Kraftfahrzeuge
 - Bestand 351 ff., 417
 - Kosten 120 f., 149
 - schadstoffreduzierte 405 f.
- Kraftfahrzeugsteuer 121
- Kraftfahrzeugversicherung 121
- Kraftstoffe 121
- Kranke 180 ff.
- Krankenhausaufenthalte 545
- Krankenhäuser 188 ff.
- Krankenpflegepersonal 189
- Krankenversicherung
 - gesetzliche 196 ff., 202, 210 ff., 326
 - private 197 ff., 326
- Krankheit 180 ff.
- meldepflichtige 182 f.
- Kreditaufnahme
 - öffentliche Haushalte 244 ff.
- Kreditinstitute 321 ff.
- Kriegsopferversorgung 205
- Kriminalität 229 ff., 430
- Kühlschränke 123 f.
- Kultureinrichtungen 150 ff.
- Kündigung 93
- Kuren 547
- Kurzarbeit 92 ff.
- Landgerichte 226 ff.
- Landschaftsschutz 405 ff.
- Landtagswahlen 158, 166 f.
- Landwirte 105
- Landwirtschaft 82, 106, 255 ff., 273 f., 280 ff.
- Beschäftigte 277 ff.
- Lärm/Lärmbekämpfung 401, 404
- Lärmbelästigung 558
- Lärmschwerhörigkeit 402
- Lastenausgleich 202
- Lastkraftwagen 352
- Lebendgeborene
 - s. *Geburten*
- Lebensbedingungen 421, 426, 440, 517

- Lebensbereiche(n)
 - Wichtigkeit von 476, 549
 - Zufriedenheit mit 486, 487, 576
- Lebenserwartung 32
- Lebensformen 468 f.
- Lebenshaltungsindex 330 ff., 336 f.
- Lebensunterhalt 79
- Lebensversicherung 125 ff., 326
- Lebenszufriedenheit 427, 433, 476, 576, 598
 - s. a. *Zufriedenheit*
- aktuelle 428
- erwartete 428
- Lehrer 57
- Lehrstellen 57 ff.
- Leistungsbilanz 271 ff.
- Löhne 261 ff., 329 ff., 337 ff., 342 ff.
- Lohnsteuer 240 ff., 261
- Lokomotiven 353
- Luftbelastung 384 ff.
- Luftreinhaltung 404 f.
- Luftschadstoffe 379
- Luftverkehr 355 ff., 359
- Luftverschmutzung 558

- Medizinische Versorgung 187 ff.
- Mietbelastungsquote 532, 570
- Mieten 111 ff., 117 ff., 528, 531
- Mietwohnungen 131 f., 135 ff., 526
- Mikrowellengerät 123 f.
- Mikrozensus 20, 106, 191
- Milcherzeugung 283, 285
- Mineralölsteuer 241
- Mitbestimmung 173 ff.
- Mitgliedschaften
 - Gewerkschaften 171 f., 603 f.
 - Interessengruppen 603 f.
 - Parteien 168 ff., 603 f.
 - Vereine 156 f., 603 f.
- Mithelfende Familienangehörige 84 ff.

- Möbel 119 f.
- Mobilität
 - berufliche 495
 - räumliche 535, 565
 - soziale 590 ff.
- Monatsverdienste (Angestellte) 341 f.
- Mordfälle 230
- Müllbeseitigung 393 ff.
- Museen 152
- Musik 156 f.

- Nähmaschinen 123 f.
- NAFTA-Länder 265 f.
- Nahrungs- und Genußmittel 111 ff., 114 ff.
- Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe 292
- Nationalparke 407
- Naturschutz/Naturschutzgebiete 380, 405 ff.
- Netto-Äquivalenzeinkommen 505, 512, 516, 574
- Nichteheliche Lebensgemein-schaften 34 f.
- Nichterwerbstätige 106 ff., 491
- Nominallöhne 342 ff.
- Notare 229, 327 f.

- Obsternte 280 ff.
- Offene Stellen 88 ff.
- öffentlicher Dienst 246 ff.
- OPEC-Länder 374
- Organisationsgrad 604
- Ozon 384 ff.

- Partizipation 600
- Partnerschaft
 - s. *Ehe/Partnerschaft*
- Parteien 161 ff., 603
- Parteimitgliedschaft 168 ff., 603 f.
- Pensionäre/Pensionen 78 f., 107, 202

- Personal
 - Gesundheitswesen 188 f.
 - Hochschulen 66 f.
 - öffentlicher Dienst 246 ff.
- Personalausgaben (öffentliche Haushalte) 237
- Personalkosten
 - s. *Arbeitskosten*
- Personalnebenkosten 345 f.
- Personenkraftwagen 297, 351 ff.
 - schadstoffreduzierte 405
- Personenverkehr 347 f., 356 ff.
- Pferdebestand 283
- Pflanzen, gefährdete 401
- Pflanzenschutzmittel 398
- Pflegeversicherung 204
- Politik 437
 - Integration 599 ff.
 - Interesse 158 ff., 600 ff.
 - Sytembewertung 436 f.
 - Zufriedenheit mit 617
 - Wirtschaft 437
 - Systembewertung 437
- Polytechnische Oberschulen 70
- Preise, Preissteigerungen 329 ff., 373 ff.
- Preisentwicklung 329 ff.
- Preisindizes 329 ff.
- Primärenergie/Primärenergieverbrauch 364, 366 f., 380
- Privater Verbrauch 103 ff., 110 ff., 258 ff., 378
- Problemgruppen
 - des Arbeitsmarktes 96 ff., 100
- Problemlagen 432
- Produktivität 254
- Produzierendes Gewerbe 82 f., 255 ff., 291 ff.
- Prüfungen
 - Berufsausbildung 60 f.
 - Hochschulen 63, 65
- Raucher/Rauchgewohnheiten 114 ff.
- Reallöhne 342 ff.
- Realschulen 49, 52 ff., 55, 70
- Rechtsanwälte 229, 327 f.
- Rechtsprechung 226 ff.
- Rehabilitation 196
- Religionszugehörigkeit 176 ff.
- Renten 78 f., 107, 205 ff.
- Rentenversicherung, gesetzliche 202, 205 ff.
- Richter 229
- Rinderbestand, -schlachtungen 283 ff.
- Rohstahl 417
- Rohstoffe 364 ff., 368 ff.
- Rolle des Staates 608
- Rundfunk
 - Geräte 121 f., 124, 149
 - Programm 152 f.
- Saisonverläufe (Handel) 311, 315
- Säuglingssterblichkeit 414
- Schadstoffemissionen 364, 380 ff., 388 ff.
- Schafbestand 283 ff.
- Scheidungen 36 ff., 471 f.
- Scheidungsrisiko 471 f.
- Schichtung, soziale 590, 594
- Schichtzugehörigkeit (subjektive) 594
- Schienenfahrzeuge 353 f.
- Schienennetz/Schienenverkehr 348 f.
- Schiffahrt 354 f.
- Schlachtungen 283 ff.
- Schulabgänger 55
- Schulabschluß 70
- Schul- und Berufsausbildung 48 ff., 57 ff.
- Schulpflicht 50 f.
- Schulden
 - öffentliche Haushalte 244 ff.

- private Haushalte 128 f.
- Schulen 49 ff.
- des Gesundheitswesens 56 f., 72
- Schüler 49 ff., 69 ff.
- Schutzgebietskategorien 405 ff.
- Schwangerschaftsabbrüche 193 f.
- Schwefeldioxid 389
- Schweinebestand, -schlach-
tungen 283 ff.
- Schwerbehinderte 194 f.
- Arbeitslose 96
- Seeschifffahrt 354 f., 359
- Selbständige 84 ff., 105 ff.
- Selbstmordfälle 185
- Selbstversorgungsgrad 286 ff.
- Siedlungs- und Verkehrsfläche
378
- Singles 469, 477
- Sonderschulen 49, 53 f.
- Sorgen 430, 448, 556, 576
- Sozialbeiträge 207, 261
- Sozialberichterstattung 421
- Sozialbudget 201 ff.
- Soziale Lagen 590
- Soziale Distanz 463, 465
- Soziale Sicherung 201 ff., 612
- Sozialer Wohnungsbau 143 f.
- Sozialgerichte 226 ff.
- Sozialhilfe 79, 202, 217 ff., 505,
511, 515, 576
- Sozialhilfeempfänger 107, 515
- Sozialleistungen 608
- Bewertung 612 f.
- Sozialpolitik 608
- Sozialstaat 608 ff.
- Sozialstruktur 424, 590
- Sozialversicherung 201 ff., 205 ff.
- Sozio-oekonomisches Panel
(SOEP) 423, 502
- Spareinlagen 125 f., 323
- Sparquote 263
- Sparkassen 321
- Sport 122, 156
- Staatsanwälte 229
- Staatsbürgerschaft 462
- Staatsquote 237
- Staatsschulden 244 ff.
- Staatsverbrauch 258 ff., 415
- Stäube 402
- Steinkohle 368, 370, 417
- Stellung im Beruf 84 f., 105 ff.
- Sterbefälle, Sterblichkeit 20, 27 ff.,
30 ff.
- Steuerbelastung 240, 344
- Steuerberater 327 f.
- Steuereinnahmen 240 ff.
- Steuererleichterungen 205
- Steuerpflichtige 242 f.
- Steuerquote 240
- Strafgefangene 234
- Strafgerichte 226 ff.
- Straftaten 229 ff., 430
- Strafvollzug 233 f.
- Straßennetz 348 f.
- Straßenverkehr 356 ff.
- Straßenverkehrsdelikte 231
- Straßenverkehrsunfälle 360 ff.
- Stratosphäre 386
- Streiks 175
- Streusalz 398
- Stromerzeugung 369 ff., 381 f.
- Studierende 62 ff.
- Studienabsichten 64 f.
- Studienfächer 64 f.
- Stundenlohn (Industriearbeiter)
340 f.
- Subventionen 239
- Tabakwaren (Konsum) 114 ff.
- Tabaksteuer 241
- Tanker 354
- Tarifpartner 170 ff.
- Taufen 177 ff.
- Teilzeitarbeit/Teilzeitbeschäftigte
- Gastgewerbe 318
- Gesundheitswesen 188

- Handel 311
- öffentlicher Dienst 246
- Theater 150 f.
- Tiere, gefährdete 401 f.
- Tierische Produktion 283 ff.
- Todesursachen 184 ff., 360 ff.
- Totschlagsdelikte 230
- Tourismus/Tourismugewerbe 348
- Transferleistungen des Staates 103
- Transformation, gesellschaftliche 421, 425
- Transformationsprozeß, sozialer 470, 598
- Transporte 358 ff.
- Trauungen, kirchliche 177 ff.
- Treibhauseffekt 387 f.
- Troposphäre 387
- Tuberkulose 182
- Türken 460, 464 f.

- Übersiedler 503, 518, 565
- Umsatz
 - Baugewerbe 302 f.
 - Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 294 f.
 - Energie- und Wasserversorgung 303 f.
 - Gastgewerbe 318 f.
 - Handel 311 ff.
 - Handwerk 305
- Umsatzsteuer 240 f.
- Umschulung 67 f.
- Umwelt 347 f., 377 ff., 400 ff., 430, 549 ff.
 - Ökonomie 377 ff.
 - Sorgen 430, 556
 - Wichtigkeit 549
 - Zufriedenheit 550
- Umweltbelastungen 377 ff., 384 ff.
- Umweltökonomische Gesamtrechnungen 377 ff.

- Umweltrecht, internationales 403
- Umweltschutz 403 ff.
 - Zufriedenheit mit 550
- Unfälle 180 f., 360 ff.
- Unfallursachen 363
- Unfallverletzte Personen 360 ff.
- Unfallversicherung 202, 326
- Ungleichheit der Einkommen 519
- Universitäten 60 ff.
- Unterhaltungselektronik 121 f.
- Unterhaltungsgüter 120 ff.
- Unternehmen
 - Baugewerbe 302
 - Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 294 f.
 - Energie- und Wasserversorgung 303 f.
 - Gastgewerbe 317 f.
 - Handel 310 ff.
 - Handwerk 305
 - Kreditinstitute 322
 - Versicherungen 325
- Urlaub 147 ff.

- Verarbeitendes Gewerbe 291 ff.
- Verbrauch, privater 103 ff., 378, 415
- Verbraucherpreise 330 ff.
- Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe 292
- Verdienste 337 ff.
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf 450, 453, 478, 498
- Vereinigung, Deutsche 421, 425, 440 f., 489
- Vereinsmitgliedschaft 156
- Verfahren bei Gerichten 228 f.
- Verkehr 347 ff.
 - Ausgaben 350
 - Energieverbrauch 372 f.
 - Infrastruktur 348 ff.
 - Luftbelastung 348, 381 f.
 - Unfälle 348, 360 ff.

- Wertschöpfung 255 ff.
- Vermögen 125 ff.
- Vermögensbildung (Förderung) 202, 204
- Vermögensdelikte 231
- Verpackungen 396 f.
- Verschuldung
 - s. *Schulden*
- Versicherungen 125 f., 324 ff.
- Vertriebene 20
- Verurteilte 231 ff.
- Verwaltungsgerichte 226 ff.
- Videorecorder/Videokamera 124 f.
- Viehbestand 283 ff.
- Vogelschutzgebiete 407
- Volkseinkommen 253, 260 ff.
- Volkshochschulen 69
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 106 ff., 251 ff.
- Volkszählung 20 f.
- Vorsorgeuntersuchungen 190 f.

- Wachstumsraten 253 ff., 347 f.
- Wahlberechtigte 160
- Wahlbeteiligung 159 ff., 601
- Wahlen 158 ff.
- Waldfläche 287 f.
- Waldschäden 400 f.
- Wanderungen 44 ff.
 - Außenwanderung 46 ff., 51
 - Binnenwanderung 44 ff.
- Warenkorb 331
- Waschmaschinen 123 f.
- Wassergefährdende Stoffe 399
- Wassergewinnung, -versorgung 397
- Wasserkraft 366 f.
- Wasserstraßen 349
- Weinanbau 282 f.
- Weinkonsum 191
- Weiterbildung 67 ff., 93
- Wertpapiere (festverzinsliche) 125 ff., 323 f.

- Wiedervereinigung
 - s. *Vereinigung, Deutsche*
- Wiedergutmachung 205
- Wirtschaftsbereiche 82 f., 255 ff.
- Wirtschaftsdaten, internationale 417
- Wirtschaftskreislauf 251 ff.
- Wirtschaftsordnung 250 ff.
- Wirtschaftswachstum 348
- Wohlbefinden 422, 426 ff., 432 ff., 441, 447, 476, 481, 485, 549, 576, 594, 598
- Wohlfahrtssurvey 423, 425
- Wohnbedingungen 526
- Wohnen 130 ff., 526 ff., 569
- Wohnfläche 380, 529 f., 569
- Wohngeld 202, 204, 576
- Wohnmobilität 535
- Wohnraumversorgung 130 ff., 137 ff., 417, 529 f.
- Wohnungen
 - Ausstattung 133 ff., 527
 - Belegung 137 ff.
 - Bestand 130 ff.
 - Eigentum 131, 526, 569
 - fertiggestellte 142 ff.
 - Größe 131 ff.
 - Heizungsart 134 f.
 - Mieten 111 ff., 117 ff., 135 ff., 569
 - Renovierungsbedürftigkeit 526 ff.
 - Wechsel 535
- Wohnungsbautätigkeit 142 ff.
- Wohnungslosigkeit 502, 511
- Wohnungsnotfälle 510
- Wohnverhältnisse 526 ff.
- Wohnzufriedenheit
 - s. *Zufriedenheit*

- Zahlungsbilanz 270 ff.
- Zahnärzte 327 f.
- Zeitungen, Zeitschriften 121 f., 149, 154 f.
- Zigarettenkonsum 114 ff., 191 f.

- Zivilverfahren bei Gerichten 226 ff.
- Zölle 240, 243
- Zufriedenheit 427, 598
 - aktuelle 428
 - Arbeit 444 f., 486
 - Demokratie 616 f.
 - Einkommen 444
 - erwartete 428
 - Freizeit 445, 486
 - s. a. *Freizeit*
 - Gesundheit 441, 486, 538
 - in Lebensbereichen 441 ff., 447, 486, 576, 594, 598
 - Lebensstandard 444 f.
 - mit dem Leben 427, 476, 576
 - Tätigkeit im Haushalt 445
 - Umweltschutz 441, 550
 - Wohnung 444, 486, 536
- Zukunftseinschätzung 430, 439, 562, 578
- Zukunftserwartungen 481, 487
- Zuwanderer 424, 457 ff., 502, 565 ff., 581
 - Armut 509 f.
 - Einkommen 508
 - -gruppen 502, 565 f.
 - Lebensbedingungen 569
 - Stichprobe 424, 502, 565
- Zuwanderung 459 f., 463, 517 f., 565
 - Überschüsse 21
- Zuzugsmöglichkeiten 458

Zeichenerklärung (Teil I)

In den Tabellen wurden folgende Zeichen verwendet:

- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Angaben fallen später an
- × Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu
- / keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]
